Geſchichte der Stadt Wien.

Digitized by the Internet Archive
in 2016 with funding from
Getty Research Institute

https://archive.org/details/geschichtedersta02weis_0

Geschichte

der

Stadt Wien

von

Karl Weiß

Archiv- und Bibliothek-Director der Stadt Wien.

Zweiter Band.

Mit sieben Tafeln im Farbendruck, zehn schwarzen lithographierten Tafeln und sechsundzwanzig Holzschnitten.

Zweite umgearbeitete Auflage.

Wien 1883.

Verlag von Rudolf Lechner.

Mit Vorbehalt aller Rechte sowohl bezüglich des Textes, als aller in dem Werke enthaltenen Holzschnitte und Tafeln.

Druck von R. v. Waldheim in Wien.

Inhalt

des

zweiten Bandes.

Die neue Zeit.

		Seite
I. Abschnitt.	Von Kaiser Maximilian I. bis auf Kaiser Ferdinand IV.	1
II. „	Von Kaiser Leopold I. bis auf Kaiser Karl VI.	130
III. „	Kaiserin Maria Theresia und Kaiser Josef II.	187
IV. „	Von Kaiser Leopold II. bis auf Kaiser Ferdinand I.	227
V. „	Der Ausbau der Stadt und Vorstädte	311
VI. „	Verfassung, Rechtspflege und Verwaltung	364
VII. „	Gang der religiösen Bewegung. Pfarren, Kirchen, Klöster und Kapellen	410
VIII. „	Handel, Verkehr und Gewerbe	436
IX. „	Unterricht und Erziehung. Wissenschaften	461
X. „	Dichtung und Musik	482
XI. „	Bildende Künste	502
XII. „	Feste, Theater, Concerte und Volksbelustigungen	519

Die Gegenwart.

I. Abschnitt.	Bis zur Thronentsagung Kaiser Ferdinand's I.	531
II. „	Kaiser Franz Josef I.	568
III. „	Die Neugestaltung der Stadt	610

Anhang:

Reihenfolge der Bürgermeister	636
„ „ Bürgermeister-Stellvertreter	640
„ „ Stadtrichter	640
„ „ Vicebürgermeister des Civil- und Criminalgerichtes	643
„ „ Stadtschreiber	644
„ „ Vicebürgermeister des politisch-ökonomischen Senates	645
Magistratsdirector	645
Bischöfe und Erzbischöfe von Wien	646
Quellen und Belege	647
Personen-, Orts- und Sachregister	650
Verbesserungen	663

Verzeichnis der Abbildungen

des

zweiten Bandes.

(Ohne Initialen.)

(XVII Tafeln und 26 Holzschnitte.)

	Seite
R. Meldemann's Rundansicht zur Zeit der ersten Türkenbelagerung (Bruchstück) (Taf. I)	49
Sultan Suleiman. Fliegendes Blatt von H. Guldenmundt (Taf. II)	51
Der Kampf beim Kärntnerthurm. (Holzschnitt)	51
Der Gefangenen Klagen. Fliegendes Blatt von H. Guldenmundt (Taf. III)	53
Plan der Vertheidigungswerke Wiens von L. Camuccio und L. Anguisola 1683 (Taf. IV)	152
Flugblatt auf Kara Mustapha 1683 (Taf. V)	161
Das Ende der Trankſteuer (Taf. VI)	216
Ein Theil der inneren Stadt im Jahre 1609 (Taf. VII)	315
Das Burgthor von außen (Holzschnitt)	318
Das Schottenthor von außen (Holzschnitt)	320
Das Schottenthor von innen mit dem darauf ſtehenden Hauſe (Holzschnitt)	321
Das Neuthor von außen (Holzschnitt)	322
Das Neuthor von innen mit dem darauf ſtehenden Hauſe (Holzschnitt)	323
Das Rothethurmthor ſammt Umgebung (Holzschnitt)	324
Das Rothethurmthor von außen (Holzschnitt)	325
Das Stubenthor von außen (Holzschnitt)	326
Das Kärntnerthor von außen (Holzschnitt)	327
Wien von der Südſeite 1678 (Taf. VIII)	328
Der Graben mit dem Freiſingerhof (Holzschnitt)	333
Der Hof des Rathhauſes (Holzschnitt)	338
Das neue Landhaus (Holzschnitt)	339
Das Wenzelsberg'ſche Haus (Holzschnitt)	357
Avers und Revers der Salvatormedaille (Holzschnitt)	377
Die Wiener Bürgerwehr im XVI. Jahrhundert (Taf. IXa, IXb)	400—403
Ein Vicelieutenant der Bürgerwehr 1671 (Taf. X)	405
Ein Officier des Wiener Bürgerregiments 1783 (Taf. XI)	406
Ein Officier des ungariſchen (Wiener) Bürgercorps 1783 (Taf. XII)	408

	Seite
Ein Officier des Bürgerregiments aus dem Jahre 1783 (Holzschnitt)	406
Ein Wiener Freiwilliger aus dem Jahre 1797 (Holzschnitt)	406
Zwei Corporale des Bürgerregiments aus dem Jahre 1806 (Holzschnitt)	407
Ein Wiener Landwehrmann aus dem Jahre 1809 (Holzschnitt)	408
Das Portal der Salvatorkapelle (Holzschnitt)	504
Die Karlskirche (Holzschnitt)	508
Das Turnier auf dem Burgplatze 1560 (Taf. XIII)	520
Scene aus der Oper „Angelica Vincitrice di Alcina“ (Taf. XIV)	522
Vier Volkstypen aus Brand's Kaufruf in Wien (Taf. XV und XVI)	526—529
Die Altlerchenfelderkirche (Holzschnitt)	626
Die Votivkirche (Holzschnitt)	629
Das neue Rathhaus (Holzschnitt)	633

Die neue Zeit.

Erster Abschnitt.

Von Kaiser Maximilian I. bis Kaiser Ferdinand IV.

Die K. Friedrich III. durch die zähe, ausdauernde Verfolgung seiner politischen Pläne den Grund zur späteren Weltstellung seines Hauses legte, so fiel seinem Sohne K. Maximilian I. die schwierige Aufgabe zu, die mit großen Opfern errungenen Erfolge festzuhalten. Dass ihm dies gelang, ja, dass er weit mehr erreichte, als sein Vater anstrebte, lag in der seltenen Vereinigung von Eigenschaften des Geistes und des Charakters, durch die er Personen und Verhältnisse zu beherrschen verstand, und in der Verkettung von Ereignissen, die das politische und territoriale Übergewicht der Habsburger begünstigten. Von nationaler Bedeutung wurden die Erfolge dieser Politik dadurch, dass sie die Traditionen von der einstigen Weltstellung des Trägers der deutschen Reichsgewalt wiederbelebten und den politischen Einfluss des Reiches in einem nicht zu unterschätzenden Maße erweiterten.

Die ganze Regierungsepoche des Kaisers füllte das Ringen und Kämpfen um eine Neugestaltung der europäischen Staaten aus, dessen wichtigste Momente die Kriege zwischen Österreich und Frankreich um das Übergewicht in Italien und Spanien, die Unternehmungen zur bleibenden Vereinigung von Böhmen und Ungarn mit den österreichischen Erblanden, die Rüstungen zur Bekämpfung

der Türkenmacht und die Verhandlungen zur Reform der deutschen Reichsverfassung bildeten. In Italien wechselten die Waffenerfolge mit den Bündnissen. Infolge der Schaukelpolitik der Päpste und der venetianischen Republik, welche den Einfluss der fremden Mächte bekämpften, gelang es weder Österreich noch Frankreich dort festen Fuß zu fassen. Glücklicher war das Haus Habsburg in Spanien. Durch die Heirat des Sohnes Maximilian's, Philipp, mit Johanna, Erbtochter des K. Ferdinand des Katholischen von Arragon (21. October 1496), wurde nach dem Tode des letzteren (24. Jänner 1516) — da Erzherzog Philipp, Regent von Burgund, am 25. September 1506 gestorben war — der Enkel des Kaisers, Erzherzog Karl, nicht nur der Erbe Spaniens, sondern auch der neu entdeckten Länder jenseits des Oceans, Siciliens und Neapels, Navarras, Roussillons und Cerdagnes. Im Jahre 1515 gelang es K. Maximilian I., seinem Hause auf dem Fürstentag zu Wien den Anfall von Böhmen und Ungarn zu sichern. Seine große Klugheit zeigte er in seinen Beziehungen zu den deutschen Fürsten, indem er sie für seine Unternehmungen zu gewinnen wusste, ohne seinen eigenen Rechten viel zu vergeben. Freilich machte dabei die Reform der Reichsverfassung nur langsame Fortschritte. Die Versuche, in der Regierungsform die Einheit der Nation zum Ausdruck zu bringen, scheiterten trotz der großen Popularität des Reichsoberhauptes, an dem Gefühle der Selbständigkeit und dem engherzigen Geiste der Reichsstände, die sich durchaus nicht zu einer Einschränkung ihrer Landeshoheit verstehen wollten, und der Kaiser war sogar genöthigt, wenn auch mit großem Widerstreben, seine Zustimmung zu Einrichtungen zu geben, deren unausbleibliche Wirkung eine Schwächung der Centralgewalt sein musste.

Auch in den österreichischen Erblanden bemühte sich K. Maximilian I., der Verwaltung eine fest gegliederte Organisation zu geben. Das schon vorhandene Wirrsal der inneren Zustände, dadurch geschaffen, dass die Eingriffe der Stände jeden Einfluss der Regierungsorgane untergraben hatten und das Volk unter einer schrankenlosen Willkür der Reichen und Mächtigen litt, drohte bei dem häufigen Wechsel des Hoflagers und der langen Abwesenheit des Kaisers von den Erblanden noch größer zu werden. Der Kaiser setzte daher sowohl im Interesse einer zweckmäßigeren Verwaltung der landesfürstlichen Einkünfte und einer besseren, einheitlicheren Handhabung der Gesetze und Anordnungen als auch in der Absicht, seinen Unterthanen kräftigeren Schutz gegen Bedrückungen zu gewähren, am 12. März 1501 von Innsbruck aus die sogenannte niederösterreichische Regierung ein. An die Spitze derselben stellte er den obersten Hauptmann Wolfgang von

Polheim, während er zum Kanzler mit dem ständigen Sitze in Wien Georg von Neideck ernannte. Die ganze Regierung war aus zehn Mitgliedern, Statthaltern oder Regenten, zusammengesetzt. Außerdem bestand in Wien die Hofkammer mit dem Vicedom-Amte für die landesfürstlichen Steuern und Gefälle und die Hauskammer für die kaiserlichen Gebäude und die Jägerei. Das Hofgericht wurde nach Wiener-Neustadt verlegt. Die Stände der niederösterreichischen Erblande (Österreich unter der Enns, Österreich ob der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain) waren aber mit dieser, ohne ihre Mitwirkung eingesetzten Regierung nicht zufrieden, und Klagen über Klagen ertönten auf den Landtagen. Im Jahre 1508 vereinigten sie sich in Mürzzuschlag zu einer Beschwerdeführung beim Kaiser, und am 10. April 1510 kam das Augsburger Libell zustande, in welchem die Einsetzung einer den fünf Erblanden gemeinsamen Regierung, deren Sitz in Wien sein sollte, und in welcher der oberste Hauptmann, der Landmarschall und der Kanzleiverwalter den Kaiser in allen Regierungs-Angelegenheiten vertreten sollten, in Aussicht gestellt wurde. Aber der Kaiser konnte sich nicht zur Ausführung dieser Vereinbarung entschließen, und die alte niederösterreichische Regierung bestand fort. Die Gehässigkeit der Stände wuchs, die Klagen und Beschwerden über die schlechte Verwaltung häuften sich; aber erst in den letzten Lebensjahren des Kaisers drangen die Erblande mit ihrer Forderung nach einer Reform der Regierung durch. Infolge der Berufung des Kaisers versammelten sich zu Anfang des Jahres 1518 in Innsbruck Ausschüsse aller drei Gruppen der österreichischen Erblande. (1. Gruppe: Österreich ob und unter der Enns, Steiermark, Kärnten, Krain. 2. Gruppe: Elsaß, Sundgau, Breisgau, Schwarzwald, Villingen, Preylingen, Vierwaldstetten und Amt Hauenstein. 3. Gruppe: Tirol.) Nach lebhaften Kämpfen errang jeder dieser drei Ländercomplexe eine selbständige Regierung, das Vorschlagsrecht bei Besetzung der Rathsstellen, und die Zusage, dass zahlreiche Übelstände in der bisherigen Verwaltung und Rechtspflege abgestellt würden. Für die zweite und dritte Gruppe (Vorderösterreich und Tirol) wurden anstandslos Ensisheim und Innsbruck als Regierungssitze bestimmt. Größere Schwierigkeiten bereitete die Wahl für die erste Gruppe (Innerösterreich), und da zeigte sich die alte Eifersucht und Missgunst gegenüber Wien. Denn ungeachtet dessen, dass die Vertreter der Stadt mit Recht die Befugnis derselben, Haupt der Erblande, also auch Regierungssitz zu sein, geltend machten, drang diese Forderung infolge der heftigen Opposition der übrigen Vertreter, besonders der Krainer, nicht durch. Zur Beseitigung jeder Rivalität der einzelnen Landeshauptstädte entschied man sich für Bruck a. d. Mur. Jede der drei Gruppen erhielt eine Raitkammer, und

jede Provinz einen Vicedom, der die Überschüsse der Landeseinkünfte an erstere abzuführen hatte. Als oberstes Verwaltungs- und Justizorgan, dem die Gruppenregierungen untergeordnet waren, setzten die Ausschüsse einen aus sechzehn Mitgliedern bestehenden Hofrath ein, der stets um die Person des Landesfürsten sein sollte. Auch bei der Wahl der Mitglieder dieser Behörde verlangten sie eine angemessene Berücksichtigung der einzelnen Landschaften. Nachdem der Kaiser allen diesen Reformen seine Zustimmung ertheilt hatte, kehrten die Vertreter der drei Gruppen befriedigt in ihre Länder zurück; sie bewilligten dem Kaiser jene Geldsummen, deren er zum Kriege gegen die Türken bedurfte und sahen mit Spannung dem Inslebentreten dieser Einrichtungen entgegen.

Auch die Wiener begrüßten K. Maximilian I. bei seinem Regierungsantritte als den Vorboten einer neuen, besseren Zeit, und sie hofften von seiner Weisheit, dass er mit Kraft die Schäden und Gebrechen ihres Gemeinwesens beseitigen und den tief gesunkenen Wohlstand der Stadt heben werde. Wir erwähnten bereits, dass die Bürger sich gleich nach dem Abzuge der Ungern beeilten, ihre Rechte und Freiheiten erneuern zu lassen; schon am 29. September 1490 besaßen sie den darauf bezüglichen Brief des Königs, in dem er zugleich in milden Worten Vergeben und Vergessen des früheren Ungehorsams aussprach. Angesichts des Rückganges in der bisherigen Wohlhabenheit ihrer Stadt, des Versiegens der früheren Quellen ihres Reichthums und der Abnahme der Bevölkerung waren sie damit keineswegs zufrieden. Unmittelbar nach dem Regierungsantritte, im Jahre 1494, überreichte der Stadtrath dem K. Maximilian eine Vorstellung, worin er eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Lage der Stadt machte. Er bat darin: 1. dass die Straßen von Venedig und anderen Ländern her durch die Aufhebung der Aufschläge und neuen Mauten frei gemacht, 2. die zollfreie Durchfuhr der Waren von einigen Städten, wie Neustadt, Bruck, Heimburg, Mürzzuschlag u. s. w. aufgehoben, 3. diejenigen, über die die Acht oder die Urfehde verhängt würde, bleibend aus der Stadt verwiesen, 4. die Häuser und Wohnungen der Bürger durch das Hofgesinde und die Söldner nicht beschwert, 5. für die Bezahlung der Gemeindeschuld längere Termine angesetzt, 6. die Entrichtung der Stadtsteuer bis zur Vollendung des Gebäudes bei dem Salzthurm, der Ausbesserung der Zäune und des Pflasters sistirt, 7. die Stadtsteuer wegen der Verminderung der ansässigen Leute und der Bürger ermäßigt, 8. die Juden aus der Stadt vertrieben, 9. Appellationen gegen Entscheidungen des Stadtrathes und der Stadtschranne nicht gestattet, 10. die Weineinfuhr der Klöster auf ihr altes Maß beschränkt,

11. die Burgrechte der Geistlichen auf Brandstätten aufgehoben, 12. die Pächter der Mauten zur Einhaltung der Tarife verhalten, 13. dem Adel der Handel mit Wein, Getreide, Holz, Salz u. s. w. verboten, 14. den Besitzern von Grundbüchern Verkäufe von Häusern vor Entrichtung der rückständigen Steuern nicht gestattet, 15. die Weinzehentner und Bergherren zur Achtung der Rechte der Stadt verhalten, 16. den Hofhandwerkern und dem Hofgesinde der Handwerksbetrieb und die Handelsgeschäfte mit Fremden untersagt, 17. die Bürger beim Bezuge steierischen Eisens in Mürzzuschlag und Neustadt nicht durch Zölle beschwert, 18. die Landsteuer ermäßigt, 19. die von K. Friedrich III. angeordneten Durchgänge bei den Häusern aufgelassen, und 20. die Freiheiten des Bürgerspitals bestätigt würden. Der Kaiser scheint aber nicht Zeit und Lust gehabt zu haben, auf diese Vorschläge näher einzugehen.

Eine andere Beschwerde galt der Verletzung des Niederlagsrechtes. K. Mathias von Ungarn hatte nämlich den ausländischen Kaufleuten gestattet, in Wien Niederlagen zu errichten und ihre Waren an jedermann zu verkaufen, eine Erlaubnis, die im Widerspruche mit den Privilegien der Stadt war, zudem als die fremden Handelsherren sich nicht mit dem Großhandel begnügten, sondern zuweilen noch weiter giengen und einzelne Artikel auch in kleineren Quantitäten, allerdings nicht zum Nachtheile des Publicums, sondern nur zu jenem der Wiener Kaufleute verkauften. K. Maximilian I. konnte sich lange nicht entschließen, das Niederlagsrecht in seinem alten Umfange wieder herzustellen, da er mehrfache Gründe hatte, sich mit den Fuggers und anderen großen Kaufherren in Augsburg, Nürnberg, Köln, Frankfurt u. s. w. nicht zu verfeinden und da er besorgte, dass diese sich andere Handelsplätze aufsuchen und dem fürstlichen Kammergut dadurch nicht unerhebliche Summen an Zöllen und Mauten entziehen würden. Nach wiederholten, vergeblichen Petitionen erwirkte endlich der Stadtrath vom Kaiser am 30. Juli 1512 die Wiederherstellung des alten Niederlagsrechtes. Damit aber nicht zufrieden, wusste er den Statthalter und die Regenten zu bestimmen, dass auf Grund des erneuerten Privilegiums die ausländischen Kaufleute aus der Stadt gänzlich vertrieben wurden, worauf diese thatsächlich ihre Niederlagen nach Brünn verlegten. Als der Kaiser im darauffolgenden Jahre aus Burgund nach Deutschland zurückkehrte, erhoben die deutschen Kaufherren über den an ihnen verübten Gewaltact heftige Beschwerde. Er beauftragte seinen Vicedom Laurenz Sauer, der sein besonderes Vertrauen genoss, die ganze Angelegenheit in seine Hand zu nehmen, die Klagen des Wiener Handels- und Gewerbestandes zu untersuchen und einen vorläufigen Ausgleich dahin zu treffen, dass die ausländi-

schen Kaufleute unter bestimmten Beschränkungen wieder den Wiener Platz besuchen dürfen. Wir werden in einem späteren Abschnitte Gelegenheit finden, auf die Ergebnisse der Verhandlungen eingehender zurückzukommen und erwähnen vorläufig nur, dass der Kaiser am 22. Jänner 1515 in einem an die ausländischen Kaufleute, zu Handen der Stadt Augsburg, ihres Mandatars, gerichteten Briefe ihre Rechte in Betreff des Handelsverkehres in Wien feststellte, Rechte, welche das alte Niederlags-Privilegium unserer Stadt schädigten; denn wenn auch der Kaiser ihre Geschäfte auf den Großhandel beschränkte, befreite er sie doch dafür von dem Zwange, ihre Waren nur an Bürger verkaufen zu dürfen.

Infolge der lange unberücksichtigt gebliebenen Wünsche der Stadt war natürlich die Unzufriedenheit der Bürger mit der Regierung des Kaisers gestiegen, welcher man ohnehin zur Last legte, dass sie kein Herz für das Wohl der Bürger habe, in ihren Amtshandlungen willkürlich vorgehe und sich Eingriffe in die Rechte der Stadt erlaube. Es traten daher auch wiederholt die Vertreter der Stadt auf den Landtagen in Opposition gegen die Regenten des Landes; diese wiederum suchten immer mehr die Wahlen in den äußeren und inneren Rath zu beeinflussen. Die Bürger beschuldigten die Regenten der Bestechlichkeit, die Regenten den Stadtrath einer schlechten Verwaltung und der Berufung wenig achtbarer, mit Schulden belasteter Männer in den Stadtrath, die sich bei ihren Amtshandlungen nur von Eigennutz leiten ließen. Bei einem Processe kam es im Jahre 1512 thatsächlich so weit, dass der Bürgermeister Hans Sueß und der Stadtrichter Plechinger wegen Missbrauches der Amtsgewalt abgesetzt und an deren Stelle Leonhart Pudmannsdorfer zum Bürgermeister und Dr. Martin Capini, der Siebenbürger, zum Stadtrichter ernannt wurden. Nachträglich scheint sich allerdings herausgestellt zu haben, dass diese Beschuldigung auf falschen Aussagen beruhte; aber Dr. Martin Siebenbürger, welcher die Untersuchung führte, gieng so weit, dass er den Angeklagten durch die Tortur ein Geständnis darüber zu erpressen suchte, ob nicht der Kanzler Dr. Schneidpöck und der Regimentsrath Rottal sich eine Bestechung zu Schulden hätten kommen lassen. Die gegenseitige Verbitterung führte endlich zum Sturze der seit Jahrhunderten zu Kraft bestehenden Gemeinde-Autonomie. K. Maximilian I. gab Wien am 20. November 1517 ein neues Stadtrecht, worin er seiner Regierung auf die Wahl des Bürgermeisters und der Stadträthe einen bedeutenden Einfluss einräumte, indem der Statthalter ausdrücklich das Recht erhielt, solche Wahlen von Männern zu annulliren, die in ungünstigen Vermögensverhältnissen lebten oder denen ungebürliche Handlungen zur Last fielen. Er

wollte eben, dass nur die besten und erprobtesten Bürger Zutritt in die Rathsstube erhielten.

Der Geist des Widerspruches trat aber nicht bloß gegenüber der weltlichen, sondern auch gegenüber der kirchlichen Macht und ihren Einrichtungen hervor. Die Infallibilität des Papstes und die von Rom aufgestellten Dogmen, die Reliquien-Verehrung, die Vermehrung und die Besitzerwerbungen der Klöster und das beschauliche Leben der Mönche wurden einer beißenden Kritik unterzogen. Anfangs blieben diese Regungen einer freieren Auffassung der religiösen Zustände vereinzelt und auf enge Kreise beschränkt. So mag man, als im Jahre **1441** Leonard, der Chormeister von St. Stephan, Angriffe auf die Mendicantenorden machte, diesem Vorgange keine große Bedeutung beigelegt haben. Größeren Eindruck machte schon das Auftreten des Dr. Johann Kaltenmarkter, der Doctor des canonischen Rechtes und der Theologie, von **1470** an mehrmals Rector der Universität, Domherr zu Regensburg, Passau und Wien, Pfarrer zu St. Michael und Official des Bisthums Passau war. Dieser bekämpfte, gerade zu der Zeit, als er passauischer Official war, unter der Herrschaft des K. Mathias Corvinus in seinen Vorträgen die Rechte der Mendicanten in Bezug auf die Beichte und die Begräbnisse, beschuldigte sie des Ungehorsams, des Geizes und der Hoffart, sprach dem Papste das Recht ab, Mönchen solche Privilegien zu ertheilen und bekannte sich überhaupt zur Ansicht, dass das Concil über dem Papst stehe. Auf Andringen der theologischen Facultät, die seit **1452** die Befugnis hatte, Personen für ungeziemende Äußerungen über die Kirche zur Verantwortung zu ziehen, widerrief Kaltenmarkter seine Lehren und wiederholte infolge eines päpstlichen Breve's am **23.** October **1492** in öffentlicher Versammlung seinen Widerruf. Bezeichnend ist es, dass Kaltenmarkter trotz seiner Auflehnung gegen Rom später (**1500—1506**) wieder Official des Bisthums Passau wurde. Dadurch geschah es auch, dass sein Auftreten bei der fortdauernden Gährung der Geister gleichgesinnten Männern Muth gab, ihren Anschauungen in weiteren Kreisen Ausdruck zu geben. So predigte schon **1508** ein Cooperator in der Kirche zu St. Michael im Sinne Kaltenmarkter's; im Jahre **1510** erhob der Commendator des Heiligengeistklosters vor dem Kärntnerthor, Dr. Philipp Torrianus, seine Stimme gegen den Ablass, ein Bernhardinermönch bei St. Peter gegen die Reliquien, ein anderer Bernhardiner bei St. Laurenz am Alten Fleischmarkt gegen die Wiener Geistlichen, indem er behauptete, diese seien so schlecht, dass für jeden derselben ein Pferd bereit stehe, um ihn nach seinem Tode in die Hölle zu bringen, und der Prediger Albert bei den Schotten gegen den blinden Gehorsam der Mönche.

Wurden diese kühnen Neuerer auch bestraft, so blieb der Eindruck ihrer Reden doch im Volke haften, umsomehr als nach der Verbannung von der Kanzel die Angriffe auf die Kirche in Spottschriften und gelehrten Erörterungen fortgesetzt wurden, welche seit der Erfindung der Buchdruckerkunst rasche Verbreitung fanden.

Diese Bestrebungen wurden durch den Umstand gefördert, dass das Ansehen der theologischen Facultät infolge der Förderung der humanistischen Studien an der Hochschule auch in den gebildeten Kreisen eine schwere Einbuße erlitt. Schon in den letzten Jahren der Regierung des K. Friedrich III. machte sich eine frischere Strömung in den Gelehrtenkreisen geltend. Die artistische Facultät hob sich aus ihrer bisherigen untergeordneten Stellung durch den Zuwachs neuer, die classischen Studien pflegender Lehrkräfte empor. Unter K. Maximilian I. kam die neue Richtung vollständig zur Anerkennung, und auf seine Anregung besuchten eine Reihe ausgezeichneter Vertreter des Humanismus Wien, die durch Gastvorträge auch hier das Interesse an den Werken griechischer und römischer Schriftsteller weckten. Aus Venedig, Padua und Bologna wurden, trotzdem die Anhänger der alten Schule widerstrebten, hervorragende Vertreter dieser Studien an die Hochschule berufen, Dichterkrönungen kamen in Aufschwung und eine Anzahl gelehrter Männer vereinigte sich zur Gründung einer Gesellschaft, deren Zweck die Pflege des Humanismus war. Durch dieses rege Leben erhielt die Universität eine neue Anziehungskraft für die Studierenden, und dieselben strömten vom Rhein, aus der Schweiz und Italien, aus Ungarn und Böhmen nach Wien, so dass manche Jahre hier an 5000 Studenten versammelt waren.

Wien sah den Kaiser selten in seiner Mitte und selbst dann immer nur auf kurze Zeit. Als Grund erzählte man sich, dass er den Wienern ihre einstige Haltung gegenüber seinem Vater nicht vergessen konnte. In der That war das Leben des Kaisers überhaupt ohne Ruhe und Rast. Bald zog es ihn nach Burgund, bald nach Deutschland oder nach Italien, am häufigsten in die Tiroler Berge, deren Thäler er, der alten Waidmannslust nachhängend, nach allen Richtungen durchstreifte. Für die Bürger war das Fernbleiben des Kaisers sehr empfindlich, weil sie darin ein Herabdrücken der Bedeutung die Stadt erblickten und die materiellen Vortheile entbehrten, die ein glänzendes, durch die Pflege der Kunst und der Wissenschaft verschönertes Hofleben, an dem der Kaiser bis in seine letzten Lebensjahre Gefallen fand, mit sich brachten. Demungeachtet versäumten sie nicht, den Kaiser in dem ersten Decennium seiner Regierung gelegentlich durch kleine Geschenke zu erfreuen. So sandten sie ihm und seiner Gemahlin wiederholt (in den

Jahren 1499 und 1501) große Fische nach Linz und bewirteten auch seine Räthe, wenn diese die Stadt berührten.

Erst wenige Jahre vor dem Lebensende des Kaisers wurde Wien der Schauplatz einer großen politischen, mit glänzenden Festen verbundenen Begebenheit. K. Maximilian I., den Gedanken eines großen Krieges gegen die Türken fortwährend im Auge behaltend, glaubte im Jahre 1515 den Zeitpunkt zu einer ernstlichen Vorbereitung der Action geeignet. Er stand damals auf der Höhe der Erfolge seiner politischen und dynastischen Bestrebungen. Seinen beiden Enkeln Karl und Ferdinand, den Söhnen des Erzherzogs Philipp, hatte er die Erbfolge in Neapel, Castilien und Arragonien gesichert und die Anerkennung seiner Tochter Margareta als Statthalterin der Niederlande von den dortigen Ständen erwirkt. Gleichzeitig stand aber auch kein Hindernis im Wege, die in früheren Verträgen beschlossene, ihm jedoch streitig gemachte Erbeinigung zwischen dem österreichischen Hause einerseits und dem ungarischen und böhmischen anderseits durch eine Wechselheirat ins Werk zu setzen und ein Bündnis mit Ungarn, Böhmen und Polen zum Beginn des Türkenkrieges abzuschließen. Ludwig, König Wladislaw's einziger Sohn, sollte nämlich mit einer Enkelin des Kaisers, der Infantin Maria von Castilien, und einer der Enkel desselben, Karl oder Ferdinand, mit Anna, der Tochter des Königs Wladislaw, vermählt werden.

In Preßburg führte der Cardinal-Bischof von Gurk, Mathias Lang, mit den Königen Wladislaw und Sigismund I. im Namen des Kaisers im März und April 1515 die letzten Vorverhandlungen, worauf eine Zusammenkunft des Kaisers in Wien zum Abschluss der Verträge und zur Feier der Doppelvermählung beschlossen wurde. Am 10. Juli 1515 stieg Maximilian, mit glänzendem Gefolge von Augsburg kommend, im Schloss Hacking bei Wien ab. Vor ihm waren angekommen: der Markgraf Casimir von Brandenburg-Baireuth, der Graf von Henneberg, der Cardinal Mathias Lang, der Erzbischof von Bremen, die Herzoge Wilhelm und Ludwig von Baiern, die Herzoge Albrecht von Mecklenburg und Ulrich von Württemberg und zahlreiche andere Edelleute.

Nachdem der Kaiser am 15. Juli in der Feste Trautmannsdorf, K. Wladislaw in Bruck a. d. Leitha und K. Sigismund in Heimburg Nachtquartier gehalten, fand die Begegnung der Fürsten mit ihrem reichen Gefolge am 16. Juli auf einem Waldhügel, Hart genannt, bei einem dort errichteten Baume statt. Nach der früher getroffenen Verabredung erschienen K. Maximilian I. und K. Wladislaw wegen ihres Alters in einer

Sänfte, K. Sigismund und der Kronprinz Ludwig zu Pferde und Prinzessin Anna zu Wagen. Nach vorgenommener Begrüßung reichte der Kaiser seinen Gästen die Rechte und hielt eine lateinische Ansprache, welche K. Sigismund erwiderte. Tief gerührt wiederholte K. Wladislaw die Worte seines Bruders, während sich die Kinder des Königs demüthig vor dem Kaiser verneigten. Nach einer abgehaltenen kleinen Jagd bezogen K. Wladislaw das Schloss Trautmannsdorf, K. Sigismund jenes zu Enzersdorf a. d. Fischa und der Kaiser das Schloss Laxenburg.

Am 17. Juli hielten die verbündeten Monarchen in Wien ihren Einzug, dessen Glanz und Pracht durch ungünstiges Wetter getrübt wurde. An 1500 Bürger und Bürgerssöhne in rother Kleidung, mit sechs Rathsherren in Harnischen an der Spitze, zogen dem Kaiser und den Königen entgegen und bewillkommten sie auf freiem Felde. Bei dem Einzuge eröffneten diese den Zug, worauf 600 Mann wohlgerüstetes Reichsvolk mit langen Spießen und Handrohren, die Schuljugend, die Priesterschaft, die Studenten und die Universität, endlich sechzig Zünfte mit ihren Fahnen folgten. Hierauf kamen polnische Reiter und ungarische Husaren, an welche sich die geistlichen und weltlichen Fürsten, die Magnaten beider Königreiche, die Monarchen und ihre Kinder theils in Sänften, theils zu Pferde und in Wagen schlossen. Den Nachtrab bildete Markgraf Georg mit 800 Reitern. Bei St. Stephan wohnten die kaiserlichen Gäste dem Tedeum bei. K. Wladislaw mit seinen Kindern wurde in der Burg, K. Sigismund im „Hasenhaus“ in der Kärntnerstraße beherbergt.

Am 19. Juli hielt der Kaiser in der Burg eine Berathung über die politische Lage ab. Er schilderte in lebhaften Farben das Treiben der Reichsfeinde, des Königs von Frankreich und des Dogen von Venedig, welche bisher Ursache waren, dass er den lange beabsichtigten Türkenkrieg nicht zur Ausführung hatte bringen können, und bat die Könige, ihn bei der Verwirklichung seines großen Unternehmens unterstützen zu wollen. Wie Augenzeugen versichern, war die Rede von so gewaltiger Wirkung, dass sie den Zuhörern Thränen entlockte. Hierauf fand Abends in der Burg ein Tanzfest statt, wo die Könige und deren Kinder die Enkelin des Kaisers, die Infantin Maria von Spanien, kennen lernten. Der 20. und 21. Juli galt abermals politischen Geschäften. Sonntag den 22. Juli wurde im Dome von St. Stephan die Doppelvermählung gefeiert. Im festlich geschmückten Chore saßen rechts der Kaiser mit den Brautpaaren, links die geistlichen Fürsten. Zuerst wurde Maximilian im kaiserlichen Ornate und mit der Krone auf dem Haupte für seinen Enkel mit der Prinzessin Anna,

hierauf der Kronprinz Ludwig mit der Infantin Maria durch den Cardinal-Primas von Ungarn getraut. Zur Feier der Vermählung fand um 1 Uhr Mittags auf dem Neuen Markt ein großes Rennen und Stechen statt. Zwanzig Fürsten, Grafen und Herren, darunter auch K. Maximilian I., nahmen an dem prächtigen Spiele theil. An demselben Abende feierte auf Wunsch des Kaisers auch der Landeshauptmann von Steiermark, Siegmund Freiherr von Dietrichstein, mit Barbara Freiin von Rottal in der Burg seine Vermählung. Nachdem durch ein großes Turnier am 25. Juli die Feste am Hofe beendigt worden waren, wurden am 28. Juli abends die Ergebnisse des Congresses in einem von Cuspinian vorgetragenen Entwurfe den Fürsten zur Annahme empfohlen, worauf diese ein Schutz- und Trutzbündnis gegen alle ihrem Länderbesitz drohende Gefahren abschlossen und an dem wechselseitigen Erbvertrage unverbrüchlich festzuhalten versprachen. Am 2. August unterschrieben die Fürsten in der Burg zu Neustadt den Vertrag, worauf sie sich trennten.

Kurz nach diesem denkwürdigen Congresse gelangten die Pläne des Kaisers in Betreff der Bildung einer großen habsburgischen Weltmonarchie auch zur Verwirklichung. Am 23. Jänner 1516 starb König Ferdinand von Arragonien kinderlos und des Kaisers Enkel gelangten in den Besitz der Kronen von Castilien, Arragonien, Sicilien, Neapel, Sardinien und der Niederlande. Am 13. März 1516 starb K. Wladislaw von Ungarn und dessen Sohn Ludwig, des Kaisers Eidam, bestieg den Thron. Im Westen und Osten breitete sich nunmehr der habsburgische Doppeladler aus, und weil dieser glänzende Erfolg nicht auf Krieg, sondern auf Wechselheiraten beruhte, so gab dies Anlass zu dem bekannten Ausspruch: „Bella gerant alii, tu felix Austria nube.“ K. Maximilian I. überlebte die Erfolge seiner Politik nur wenige Jahre. Im Herbste 1818 auf der Reise von dem Reichstage in Augsburg nach Tirol erkrankend, begab er sich noch im leidenden Zustande nach Wels, wo er unter furchtbaren Leiden am 12. Jänner 1519 verschied, — „zum Verderben der ganzen Menschheit“, wie Cuspinian schreibt. Seine beiden Leibärzte, Wilhelm Polynnius und Georg Tanstetter, Professoren der Wiener Universität, brachten die Leiche in Begleitung von fünfzehn infulirten Prälaten und zahlreichen Herren des österreichischen Adels nach Wien. Am 29. Jänner 1519 fanden die feierlichen Exequien in der Stephanskirche statt, bei welchen der Humanist Philipp Gundelius die Leichenrede hielt. Am 3. Februar wurde die Leiche nach Wiener-Neustadt gebracht und nach dem Wunsche des Verstorbenen in der Burgkapelle neben der Mutter Maximilian's, Eleonora, beigesetzt. Ange-

sichts der unausgeführten Reformen in den Erblanden rief die traurige Kunde von dem Tode des Kaisers große Bestürzung hervor. Am ungetheiltesten war der Schmerz in den Kreisen der Humanisten. In dem Hause Nr. 897 in der Singerstraße, einst Eigenthum des gelehrten Cuspinian, sind noch heute drei Inschriftsteine eingemauert, deren einer in folgenden lapidaren Zügen das Wirken des Fürsten preist: „Imp. Caes. Aug. Maximilianus, Friederici III. fil., Archidux Austriae, Liberales Litteras Viennam invenit, Gymnasium Viris illustribus ornavit, Imperatorias leges adduxit, Barbariem e Germania sustulit ac Militarem Disciplinam Germanos docuit.“

Die größte Erregung über das Hinscheiden des Kaisers zeigte sich in Wien, dem Mittelpunkte der ständischen Bewegung und dem Hauptherde der Opposition gegen die kaiserliche Regierung. Diese Erregung steigerte sich nach dem Bekanntwerden des von Maximilian wenige Tage vor seinem Tode verfassten Testamentes, in dem er die Erblande zum Gehorsam gegen das bisherige Regiment bis zum Eintreffen der neuen Erbfürsten aufforderte und den Testamentsvollstreckern das Recht einräumte, an der Regierung Veränderungen nach ihrem Gutdünken vornehmen zu dürfen. Die im Einvernehmen mit dem Kaiser gefassten Beschlüsse des Innsbrucker Ausschusstages, welche die Machtsphäre der Stände bedeutend erweiterten, waren darin mit Stillschweigen übergangen, mithin vollständig in Frage gestellt, wiewohl die Mitglieder des neuen österreichischen Hofrathes schon bestimmt waren.

Als am 14. Jänner 1519 die erste Nachricht von dem Tode des Kaisers und seinen letztwilligen Anordnungen in Wien eintraf, berief die niederösterreichische Regierung, deren Mitglieder der oberste Hauptmann Georg von Rottal, der Kanzler Dr. Joh. Schneidpöck, später Freiherr von Schönkirchen, Vicedom Lorenz Sauer, der Bischof von Wien Georg von Slattonia, Propst Georg II. von Klosterneuburg, Johann von Lamberg, Albert von Wolkenstein und Sigmund Welzer waren, sogleich die Landtage der innerösterreichischen Erblande, darunter auch den Niederösterreichs, für den 26. Jänner 1519 nach Wien ein. Bürgermeister Wolfgang Kirchhofer und der Stadtrath der Hauptstadt wurden zur Ablegung ihres Eides, den sie auch willig leisteten, sogleich in die Burg berufen.

Nicht so gefügig war jener Kreis von Männern, der seit Jahren den Sturz des ihnen verhassten Regimentes anstrebte und die Verwirklichung der Innsbrucker Reformen sehnsüchtig erwartete. In Graz, Klagenfurt, Linz und Laibach waren, so wie in Wien, diese Männer im wesentlichen der Ansicht, dass mit dem Tode des Kaisers das Mandat der alten Regierung erloschen

sei, dass die Stände bis zur Ankunft der fürstlichen Nachfolger das Recht hätten, die Regierung selbst zu führen, und dass dem Huldigungseide der Stände die Bestätigung der Landesfreiheiten durch die Landesfürsten vorausgehen müsse. Aus diesem Grunde war in Wien auch ein Theil der Bürger mit der Haltung des Bürgermeisters und des Stadtrathes unzufrieden, weil diese ohne alles Bedenken den alten Regenten im Namen der Gemeinde gehuldigt hatten.

Die infolge dessen entstandene Gährung war umso bedenklicher, als sich an die Spitze der Unzufriedenen der hochangesehene Bürger Martin Capini, mit dem Beinamen Siebenbürger, stellte. Von einer Familie stammend, die wahrscheinlich um die Mitte des XV. Jahrhunderts aus Hermannstadt eingewandert war, erwarb sich schon sein Vater Siegmund Siebenbürger eine geachtete Stellung, worauf die Thatsache hinweist, dass derselbe in den Jahren 1491—1493 — mithin gerade in der wichtigen Periode der Wiederbefestigung der habsburgischen Herrschaft, — von K. Friedrich III. zu dem wichtigen Amte eines Stadtrichters berufen worden war. Es ist jedoch bemerkenswert, dass Siegmund Siebenbürger mit dem Tode des Kaisers seine öffentliche Laufbahn abschloss, wiewohl er erst im Jahre 1506 starb. Sein Sohn Martin erwarb sich eine umfassende wissenschaftliche Bildung. Er schloss sich, obwohl in Wien gebürtig, an der Universität der ungarischen Nation an, welche ihn im Jahre 1503 zum Procurator wählte. Nach Beendigung seiner Studien in der artistischen Facultät trat er mit den Vertretern der humanistischen Studien in sehr regen Verkehr, zählte zu den näheren Freunden des Konrad Celtes und hielt als Magister Vorlesungen über einige philosophische Disciplinen. Später wandte er sich dem Rechtsstudium zu, erlangte in der juridischen Facultät den Doctorgrad und führte die Geschäfte derselben als Decan in den Jahren 1505, 1510 und 1515. Die Würde eines Rectors blieb ihm deshalb verschlossen, weil er verheiratet war. Martin Siebenbürger genoss aber nicht nur unter seinen Fachgenossen, sondern auch in weiteren Kreisen bedeutendes Ansehen. Als Rechtsanwalt wurde sein Wissen und seine Erfahrung so hoch geschätzt, dass seine Aussprüche nach dem Zeugnisse eines Zeitgenossen als Orakel galten und die Bürger sich an ihn von allen Seiten herandrängten. In das öffentliche Leben trat Siebenbürger erst in reiferen Jahren. Wir begegnen ihm zum erstenmale im Jahre 1512 als Stadtrichter, und zwar unmittelbar nach der Entsetzung des Bürgermeisters H. Sueß und des Stadtrichters Plechinger, die, wie schon erwähnt, wegen Missbrauches der Amtsgewalt erfolgte. Er blieb aber nur in diesem Jahre in seiner Stellung. Schon 1513 berief die Regierung hiezu einen anderen Mann. Aus allem, was wir sonst über Martin Siebenbürger wissen, geht hervor, dass er etwas stolz und

selbstbewusst, dabei leidenschaftlich und eigenwillig war. Anderseits hielt er unerschütterlich an dem fest, was ihm als Recht galt und bekämpfte unerbittlich Acte der Willkür und der Bedrückung, so dass das ihm entgegengebrachte Vertrauen nicht bloß seiner geschickten Handhabung der geistigen Waffen, sondern auch seinem bürgerlichen, makellosen Charakter gegolten zu haben scheint. Mit den leitenden Regierungsmännern stand er aus persönlichen und sachlichen Gründen schon seit Jahren auf sehr gespanntem Fuß; denn er vertrat die Anschauung, dass die Stände ein verfassungsmäßiges Recht besäßen, an der Verwaltung des Landes theilzunehmen, ein Recht, das ihnen durch die Regenten vielfach geschmälert wurde. Dem Einflusse dieser war es vielleicht zuzuschreiben, dass Martin Siebenbürger nicht in den inneren Rath gelangte, indem man sich eine unbequeme Opposition ferne zu halten suchte. Möglich ist es übrigens auch, dass er selbst darnach kein Verlangen trug, sondern sich mit der Wahl zum Genannten begnügte und es vorzog, außerhalb des inneren Rathes mit gleichgesinnten Freunden die Regierung zu bekämpfen.

Bevor noch der niederösterreichische Landtag zusammentrat, wurde von der Opposition die Bewegung damit eingeleitet, dass sie im Hinblick auf die ernste und kritische Lage auf eine Verstärkung des Stadtrathes durch Genannte (äußere Räthe) in größerem Maße, als sie vom Bürgermeister und dem Stadtrathe nach dem Vorgange der früheren Jahre zu erwarten war, drang. Martin Siebenbürger und seine Genossen beriefen für den 15. Jänner aus eigenem Antrieb die Genannten auf das Rathhaus, wo dieselben beschlossen, den Stadtrath durch dreiundfünfzig Genannte — anstatt durch zwanzig — zu verstärken und sogleich die Wahl der Betreffenden vornahmen. Als sich der Bürgermeister anfangs weigerte, die Legalität des Vorganges anzuerkennen, erklärte Siebenbürger, einer der Gewählten, dass er und seine Genossen entschlossen seien, auch ohne den Stadtrath allein Berathungen abzuhalten, und setzte es durch, dass die Dreiundfünfzig durch zwei Tage am Rathhaus abgesondert tagten. Erst hierauf zeigte sich der Bürgermeister nachgiebiger, und im Wege der Vereinbarung setzte der Stadtrath mit den Genannten seine Berathungen fort, und beide wählten als Vertreter Wiens neben anderen auch Siebenbürger und Hans Rinner in den Landtag*). Keiner von beiden gehörte im Jahre 1519 dem inneren Rath an.

*) Letzterer war 1514—1516 Stadtrichter und 1517 Bürgermeister. Am 15. Mai 1515 verlieh K. Maximilian dem Stadtrichter Hans Rinner für die dem Kammergut und der Salzkammer geleisteten Dienste das Recht, in seinem Hause in der Kärntnerstraße, neben dem alten Fleischhof, gleich den Besitzern der am Salzgries gelegenen Häuser, den Salzhandel betreiben zu dürfen. (Original im Haus-, Hof- und Staats-Archiv.)

Am 28. Jänner 1519 — mithin zwei Tage nach dem im Einladungsschreiben angegebenen Termine — eröffnete der Kanzler Dr. Schneidpöck den Landtag. Nach einem, wie uns scheint, unvollständigen Verzeichnisse waren 39 Herren, 101 Ritter, 4 Prälaten und 4 Vertreter von Städten anwesend. Gleich in seiner Eröffnungsrede verlangte der Kanzler die Anerkennung des bestehenden Regiments. Dagegen forderte der Landtag vor einer Entscheidung Einsicht in das Testament des Kaisers. Die Regierung verweigerte dies und machte nur das Zugeständnis, sich bis zur Ankunft der Fürsten mit einem ständischen Beirathe umgeben zu wollen, worauf die Majorität des Landtages — darunter auch die Vertreter der Städte — jede Anerkennung des Regiments verweigerten. Nachdem durch acht Tage der Kampf im Landtage gewüthet hatte, tauchte vor der endgiltigen Entscheidung der sonderbare Vorschlag auf, die Wohlmeinung des inneren Rathes und der Genannten von Wien einzuholen, ein Vorschlag, der offenbar in der Meinung gemacht wurde, dass infolge des Einflusses der Bewegungspartei jene das Vorgehen der Majorität billigen würden.

Bürgermeister Kirchhofer und der Stadtrath suchten sich in ihrer Verlegenheit damit zu helfen, dass sie das Gutachten von sieben Rechtsgelehrten einholten, welche sich für die Beibehaltung des Regiments mit einem ständischen Beirath entschieden. Sowohl der Bürgermeister als die Mehrzahl des Stadtrathes waren, wahrscheinlich unter dem Einflusse des Stadtanwaltes Cuspinian, damit einverstanden. Anders dachten aber in der Sitzung die dreiundfünfzig Genannten. Diese verlangten die Absetzung der Regenten und eine neue Landesordnung. Als der Bürgermeister und der Stadtrath hartnäckig auf ihrem Standpunkte verblieben, begleiteten die Genannten, umgeben von der aufgeregten Volksmenge, erstere in das Landhaus, wo sie im Hofe in lärmenden Ausbrüchen ihrer Meinung Geltung zu verschaffen suchten. Der Fleischer Lungl drang mit gezücktem Schwerte bis an die Thüre der Stube, in der die Vertreter der Städte tagten.

In dieser verzweifelten Lage erklärten sich der Bürgermeister und der Stadtrath für eine neue Landesordnung. Damit war das Schicksal der alten Regenten besiegelt. Fast der ganze Landtag mit dem Landmarschall Caspar von Wolkersdorf trat auf die Seite der Opposition. Nur der Prälat von Klosternenburg und der Bischof von Wien blieben ihrer eigenen Sache treu. Ein Sturm erhob sich im Landtage gegen die alte Regierung. Am heftigsten sprach unter den Rednern Martin Siebenbürger, der ihr Eigennutz und Landesverrath vorwarf. Sogleich wurde eine neue Landesordnung berathen. Vierundsechzig Mitglieder sollten den

Landrath bilden, und je vier Mitglieder aus den vier Ständen die Regierungsgeschäfte leiten. In Anerkennung der von den Wienern der Opposition geleisteten Dienste entfielen von den sechzehn Städtemitgliedern des Landrathes acht auf Wien; zwei Abgeordnete traten in das neue Regierungs-Collegium ein. Als es am Rathhause zur Wahl der acht Mitglieder in den Landrath kam, zeigte sich der überwiegende Einfluss der Opposition. Nur zwei, Hans Graf und Martin Keck, wurden aus dem inneren Rath, die übrigen sechs: Martin Siebenbürger, Hans Rinner, Ulrich Schweizer, Hans Arkel, Hans Schwarz und Friedrich Piesch, aus den Genannten genommen. Die neue Regierung ließ es nicht an einem entschiedenen Vorgehen fehlen. Sie stellte ein ständisches Truppencorps auf, belegte das Kammergut mit Beschlag, besetzte die Stellen mit ihren Anhängern und prägte sogar eine eigene Münze, als ob das Land keinen Fürsten besäße und im Zustande des Interregnums wäre.

Infolge dieser offenkundigen Auflehnung zogen sich die alten Regenten nach Wiener-Neustadt zurück und bestellten zum obersten Feldhauptmann Hans von Hardegg. Von dort aus berichteten sie über die Wiener Vorgänge an den Hof von Barcelona und erbaten sich Weisungen über ihr ferneres Verhalten. K. Karl dankte ihnen für ihre Treue und kündigte ihnen die Bestellung des Markgrafen Kasimir von Brandenburg zum obersten Hauptmann der Erblande an. Aber auch die neuen Regenten suchten sich trotz ihres widersprechenden Verhaltens eines mächtigen Schutzes zu versichern. Sie nahmen durch Georg von Roggendorf die Vermittlung der Erzherzogin Margareta in Anspruch, die auch am 12. März 1519 brieflich eine billige Erwägung ihrer Klagen versprach. Ermuthigt durch die Instructionen aus Spanien, forderten die alten Regenten den Wiener Stadtrath auf, Abgeordnete nach Neustadt zu entsenden. Obgleich sich dieser hiezu bereit zeigte, unterblieb doch auf Befehl des Landrathes die Abordnung von Mitgliedern.

Inmitten eines lebhaften Schriftaustausches zwischen der alten und neuen Regierung trat am 27. März in Bruck a. d. Mur ein General-Landtag der innerösterreichischen Erblande und des Landes Tirol zusammen, wozu die landesfürstliche Regierung Vertreter entsendet hatte. Der Zweck der Berathung war, ein gemeinsames Vorgehen der Erblande zu erzielen, auf dessen Grundlage eine Botschaft nach Spanien abgehen sollte. Nachdem ersteres in der Richtung gelang, dass in jedem Lande die Stände die Ausübung gewisser landesfürstlicher Rechte bis zum Eintreffen der Fürsten übernahmen, wurden zehn Mitglieder, darunter für Niederösterreich Michael

von Eiczing und Martin Siebenbürger, für die Botschaft nach Spanien gewählt. Nach der gemeinschaftlichen Instruction hatte die Botschaft bei den Landesfürsten auf eine baldige Besitzergreifung der Erblande zu dringen und das Verhalten der Stände gegenüber den Regenten zu rechtfertigen.

Bevor die Mitglieder der Gesandtschaft die Reise nach Spanien antraten, begaben sie sich in ihre Länder zur Entgegennahme der Special-Instructionen, wobei die Verschiedenheit in der Stellung der Stände der einzelnen Erblande hervortrat. Während alle übrigen sich für eine sehr maßvolle und entgegenkommende Haltung erklärten, bewahrten die Niederösterreicher ihren Trotz, der jedes versöhnliche Wort der Neustädter Regierung wirkungslos machte, und blieben bei der Rechtsanschauung, dass die alten Regenten ihr Amt ungesetzlicherweise ausübten. Ein am 10. April 1519 angeschlagenes Mandat der Neustädter Regierung wurde von den Mauern abgerissen. Am 11. April 1519 fand im Hofe des Rathhauses eine Bürgerversammlung statt, in welcher die Instruction für die Wiener Abgeordneten vorgelegt wurde. Michael von Eiczing vertheidigte in einer leidenschaftlichen Rede das Verhalten der Stände und die Berechtigung derselben zur Abfassung einer neuen Landesordnung und schwur, mit Leib und Seele bei den Wienern zu stehen; die Menge brach in Verwünschungen gegen die Neustädter Regierung, gegen den Bürgermeister und den Stadtrath aus, und wahrscheinlich kam es in diesen Tagen auch zu anderen, sehr bedenklichen Excessen. Man drohte den alten Regenten mit Repressalien an Leib und Gut, und aus Hass gegen den Prälaten von Klosterneuburg, der es mit denselben hielt, zogen eines Tages Leute nach Klosterneuburg, drangen in das Stift und bemächtigten sich des silbernen Sarges, in dem die Gebeine des heil. Leopold lagen. Darüber empört, schrieben die Freunde der Regenten Pasquille auf die neue Regierung, von welchen eines an dem Hause des M. Siebenbürger am Lugeck klebte.

Ende Juni 1519 trat die Botschaft von Villach, dem Versammlungsorte, aus die Reise nach Spanien an. Der erste Streit entspann sich über die zu wählende Person des Sprechers der Deputation. Die Mehrzahl der Mitglieder entschied sich für Martin Siebenbürger. Die Steirer wollten sich dieser Wahl nicht fügen mit der Ausflucht: es scheine ihnen nicht passend, dass ein Mann von so niederem Stande vor solchen Herren und in solchen Landen die Werbung vornehme; deshalb blieb die Angelegenheit unentschieden. In der That stand der leidenschaftliche, von der feindseligsten Stimmung beseelte Mann den Steirern bei ihrer loyalen Haltung im Wege. In Treviso (30. Juni) erhielten sie ein Schreiben des K. Karl,

worin er sie unter Hinweis auf die neu eingesetzte oberste Regierung der beschwerlichen Reise entheben wollte. Doch die Gesandtschaft setzte unbeirrt ihren Weg fort. In Venedig bereitete ihr die Signoria einen sehr freundlichen Empfang, und in Rom wurde sie beim Papste zum Fußkuss zugelassen. In Neapel gefiel es ihr so gut, dass die Gesandten fast den Zweck ihrer Reise vergaßen und sich dort drei Wochen aufhielten. Als sie sich endlich eingeschifft hatten, mussten sie infolge eines heftigen Sturmes in Palermo landen. Nach fünfmonatlicher Reise kam sie endlich am 3. November 1519 in Barcelona an.

Am 6. November empfieng K. Karl die Gesandten in Molin de Re, seiner zeitweiligen Residenz. Da ihnen bedeutet wurde, sich, der Sitte gemäß, in der Audienz der lateinischen Sprache zu bedienen, so blieb nichts übrig, als Martin Siebenbürger die Führung der Deputation anzuvertrauen. Im Saale angelangt, reichte K. Karl den Gesandten die Hand. Er zog sie aber zurück, als diese sie, der Sitte gemäß, küssen wollten. „Da hob Siebenbürger an," wie Siegmund von Herberstein erzählt, „seine Werbung zu thun. Er hatte sein Haar mit einer gestrickten Hauben eingebunden gehabt, die ihm das halbe Haupt kaum umgeben. Dazu hatte er nicht gewusst Maß zu halten, sich zur Unzeit gebückt und geneigt, und wenn er sich hätte neigen sollen, dies unterlassen. Das Meiste, was er sprach, war gegen die verabredete Instruction. Unter anderem ermahnte er den Kaiser „die deutschen Lande zu behalten und seinem Bruder die spanischen zu lassen, oder Seine Majestät soll die spanischen behalten und die deutschen seinem Bruder lassen". Wie das geredet war, stand Maximilian Transsilvan (des Königs Secretär) neben dem Hoffmann (Deputations-Mitglied für Steiermark), seinem Schulgesellen, und sprach das eine über das andere Mal: „Das ist nicht gut; jedermann redet wahrhaftig schimpflich davon."

In der That rief die Art und Weise, wie Siebenbürger sich seiner Aufgabe entledigt hatte, nicht bloß das Missfallen des Hofes, sondern auch jenes der Mitglieder der Botschaft hervor. Schon dass er dem Kaiser keinen höheren Titel als „Primum omnium" gab, auch dass er wider die Instruction die fünf Provinzen namentlich aufführte, wurde ihm als grober Fehler angerechnet. Noch mehr verübelte man ihm die Vermessenheit, dem König die Theilung des Reiches mit seinem Bruder vorzuschlagen. Die Folge davon war, dass eine Spaltung in der Botschaft eintrat. Die Steirer trennten sich von dem Standpunkte der Opposition, suchten bei Hofe und den königlichen Räthen die Haltung der steierischen Stände zu entschuldigen und legten gegen das Auftreten Siebenbürger's in der

Audienz Protest ein, wodurch sie sich die Gunst und das Vertrauen des Großkanzlers Gattinara zu erwerben wussten. Dieser Haltung der Steirer schlossen sich die Abgesandten von Kärnten, Krain und Tirol an, so dass Siebenbürger mit den Abgesandten von Ober- und Unterösterreich allein zurückblieb.

Am 25. November erhielt die Botschaft die ziemlich ungnädige Antwort des Kaisers, zuerst mündlich durch den Kanzler und in Gegenwart mehrerer Räthe des Kaisers, dann schriftlich. Sie wurde erinnert, wie nach des Kaisers Tod die Landschaften selbst anordneten, dass bis zur Ankunft des Landesfürsten Ruhe und Friede aufrecht erhalten werden sollte. Dies wurde aber dahin verstanden, dass in die Einkommen, Hoheitsrechte und Regalien ihrer Fürsten und Herren Eingriffe gemacht, und die Regierung, die der Kaiser eingesetzt und in seinem Testamente bestätigt hatte, gewaltthätig verändert wurde. Wenn einige Räthe strafwürdig handelten, so gebühre niemandem, Recht selbst zu sprechen, sondern es wäre Sache der Unzufriedenen gewesen, sich an den König und dessen Bruder um Abhilfe zu wenden. Da die Landesfürsten nicht sogleich in die Erblande kommen können, so möge die Botschaft der aus einigen Fürsten und anderen angesehenen Männern zusammengesetzten obersten Regierung den Eid der Treue und des Gehorsams leisten, und auch ihre Landsleute bestimmen, das Gleiche zu thun, zudem die oberste Regierung die Vollmacht habe, die Freiheiten der Lande zu halten und zu bestätigen. Mit dieser Antwort zog sich die Botschaft in das anstoßende Gemach zur Berathung zurück, wo sogleich die Spaltung offen zum Ausbruche kam, und der Versuch zur Vereinbarung einer gemeinsamen Gegenvorstellung scheiterte. Die Abgesandten Steiermarks, Kärntens und Krains zeigten sich bereit, die alte Regierung anzuerkennen, indem sie in Abrede stellten, zu einer Klage wider sie Ursache zu haben; jene für Oberösterreich erklärten, dass sie keine Vollmacht hätten, eine Entscheidung zu treffen. Nur Siebenbürger verharrte im Namen seines Landes hartnäckig bei seinen Beschwerden über die alten Räthe. Einzelne Mitglieder der Botschaft verhandelten hierauf weiterhin mit den Regenten und erhielten feierliche Versprechungen in Bezug auf die Schonung der Rechte und Freiheiten ihrer Lande. Nach einer kurzen Abschieds-Audienz beim König traten die Gesandten Mitte December die Rückreise an. Am 4. Februar 1520 wieder in Villach angekommen, trennten sie sich in Zwist und Hader.

Während der Abwesenheit der Botschaft hatte die ständische Regierung ihr souveränes Vorgehen fortgesetzt. Als im August 1519 der bisherige Hansgraf Georg von Herrenstein gestorben war, wurde von ihr, ohne

eine Entschließung des Königs abzuwarten, im Einverständnis mit dem Stadtrath und den Genannten zum Verweser dieses Amtes Hans Rinner, der Freund Siebenbürger's ernannt, welcher allerdings nachträglich — wiewohl vergeblich — sich der fürstlichen Bestätigung seiner Ernennung zu versichern versucht hatte. Hand in Hand mit der ständischen Regierung giengen die Genannten, die den Bürgermeister und einzelne Mitglieder des Stadtrathes wegen früherer Amtshandlungen zur Verantwortung zogen, die Rechnungen des Vicedoms bemängelten und sich weigerten, den Anordnungen des inneren Stadtrathes Folge zu leisten.

Nach der Rückkehr aus Spanien fand die Botschaft die von K. Karl am 19. Juli 1519 eingesetzte oberste Regierung bereits in voller Thätigkeit. Da sie anfangs mit den Angelegenheiten in Deutschland vollauf beschäftigt war, so entsandte sie in die Erblande Huldigungs-Commissäre zur Einberufung der Landtage und Abnahme der Eide. In Österreich unter der Enns wurden die Stände auf Grund der alten Verfassung für den 20. Jänner 1520 einberufen. Während in Steiermark, Kärnten und Oberösterreich die Huldigung anstandslos vor sich gieng, kam in Niederösterreich der Landtag in Krems nicht zustande, weil man wahrscheinlich vorerst den Bericht der Deputations-Mitglieder abwarten wollte. Eiczing und Siebenbürger bestärkten den Landrath und den Wiener Stadtrath in ihrer bisherigen Haltung. Sie stellten ihre Mission als gelungen dar und verfochten die Anschauung, dass ihre Verhandlungen mit dem Hofe die Sachlage verändert hätten. Siebenbürger berief sich auf den Kanzler Gattinara, der auf seine Anfrage, ob der Landrath fortbestehen dürfe, angeblich eine bejahende Antwort gegeben hatte.

Im Hinblick auf diesen Bericht trat die ständische Regierung mit der obersten Regierung in Augsburg, der Neustädter Regierung und den Huldigungs-Commissären in schriftlichen Verkehr. Sie wollte, dass der Huldigungs-Landtag insolange aufgeschoben werde, bis die Fürsten in den Erblanden eingetroffen sein würden. Das Verlangen der alten Regenten wegen sogleicher Herausgabe des Kammergutes und der Entfernung des Hausgrafen Rinner wurde entschieden verweigert.

Endlich drangen aber die gemäßigteren Elemente im Landrathe durch. Es kam am 9. Juli 1520 in Klosterneuburg die Huldigung zustande, worauf die Commissäre des obersten Regiments die Freiheiten der Stände bestätigten. Jedoch protestierten letztere, hiedurch die alten Regenten anerkannt zu haben und ihnen zum Gehorsam verpflichtet zu sein. Die Wiener Deputierten allein weigerten sich auch jetzt noch, der Aufforderung Folge zu

leisten, indem sie sich darauf beriefen, dass sie nach altem Rechte nur in Wien zur Huldigung verpflichtet seien. Um der Form zu genügen, erklärten sich die Commissäre bereit, den Wunsch der Deputierten zu erfüllen. Am 11. Juli 1520 zog Markgraf Kasimir von Brandenburg unter Glockengeläute in der Stadt ein und nahm in der Hofburg die Huldigung entgegen. Bezüglich der alten Regenten stellte sich auch bei diesem Anlasse die Mehrzahl des Stadtrathes auf den Standpunkt der Stände. Nur Einzelne, wie Cuspinian, Hans Sueß, Wolfgang Treu, M. Saurwein, Schrettel, Welling, anerkannten die landesfürstlichen Regenten.

Während dieser Vorgänge war K. Karl V., der in Frankfurt a. M. zum römisch-deutschen Kaiser gewählt worden (28. Juni 1519) in Deutschland zu seiner Krönung eingetroffen. Noch vor derselben hatte er Deputierte der Landschaften der Erblande nach Augsburg zu einer Berathung über die gemeinsame Regierung berufen. In Niederösterreich zeigten sich bei der Vornahme der Wahl wieder die verworrenen Verhältnisse. Während jene Herren, Prälaten und Ritter, welche bisher immer die alten Regenten anerkannt hatten, sich in Wiener-Neustadt versammelten, beriethen die Anhänger der ständischen Regierung in Wien. Erstere wählten die Grafen Hardegg, die Herren von Trautmannsdorf und Lamberg und den Kanzler Dr. Schneidpöck, letztere ihre alten Vertrauensmänner Eiczing, Siebenbürger, dann Victor Gampus, einen jungen Advocaten.

Die Verhandlungen mit den Ausschüssen der einzelnen Länder begannen am 18. August 1520 und wurden getrennt geführt. Während die Mehrzahl der Vertreter der Erblande den Wünschen der obersten Regierung nachkam, forderten die Niederösterreicher beharrlich die Einsetzung einer ganz selbständigen Regierung für die Erblande mit dem Sitze in Wien, einen jährlichen Wechsel der Mitglieder mit Ausnahme des obersten Hauptmanns und des Kanzlers und den Ausschluss der Mitglieder der Neustädter Regierung, worauf nicht eingegangen werden konnte. Die Wiener überreichten eine besondere Beschwerdeschrift. Sie beklagten sich darin neuerdings, dass die alten Regenten die Freiheiten der Stadt wiederholt verletzt hätten, indem diese öfter nach ihrem Willen und Gefallen Leute in den inneren Rath und in den Ausschuss der Genannten gesetzt hätten, von welchen die Regimentsräthe Geschenke oder Mittheilungen über die Vorgänge in der Rathsstube erhielten. Wiewohl gesetzlich niemand ohne richterliches Erkenntnis seines Amtes verlustig erklärt werden könne, sei es doch geschehen, dass die Regierung diesen Gewaltact an vier Räthen verübt habe, weil diese angeblich dem Bischof nach Klosterneuburg entgegengezogen seien. Ebenso habe

das Regiment jenes Recht grob verletzt, vermöge dessen die Stadt in erster Instanz gegen jeden Bürger durch den Bürgermeister, Richter und Rath, wenn nicht ein Fall des crimen laesae majestatis oder proditionis civitatum vorliege, verfahren dürfe. Infolge der Haltung der Wiener führten die Augsburger Verhandlungen zu keinem Ergebnisse, indem die oberste Regierung jede Schwächung der landesfürstlichen Gewalt zurückwies; sie beschloss daher, für den 2. October 1520 einen Landtag nach Klosterneuburg auszuschreiben, auf welchem neuerdings versucht werden sollte, eine Vereinbarung herbeizuführen. Die Wiener Deputierten, damit nicht zufrieden, versuchten auf anderem Wege an's Ziel zu gelangen. Eiczing und Siebenbürger sandten Dr. Gampus zur Berichterstattung nach Wien, während sie selbst an den Hof des Königs reisten, in der Absicht, mit ihren Anliegen dort durchzudringen. In Mastricht angekommen, brachten sie in einer Audienz bei dem Kaiser ihre Beschwerden vor, und, als dieser nach Aachen reiste, bevor sie eine Antwort erhalten, schlossen sie sich dem kaiserlichen Gefolge an. Aber auch hier blieben ihre Bemühungen erfolglos. K. Karl V. verwies sie auf die dem nächsten Landtage zu machenden Vorlagen.

Während dieser vergeblichen Anstrengungen der Wiener Deputierten gelang den delegierten Hofcommissären auf dem Landtage zu Klosterneuburg mit der überwiegenden Mehrheit der Stände die geplante Vereinbarung. Letztere anerkannten die aus den Hofcommissären gebildete Regierung; sie gaben sich damit zufrieden, dass die Verleihung des Blutbannes an die Städte erst dann stattfinden solle, wenn die Bürgermeister neu gewählt und die bisherigen Ausschüsse beseitigt sein würden und versprachen, die Landräthe aus dem Vierundsechziger-Ausschusse zu entlassen und auf die Entfernung des Hansgrafen Rinner hinzuwirken. Die Regierung erklärte sich ihrerseits bereit, die Besetzung des Landgerichtes sofort vorzunehmen.

In Wien behielt ungeachtet der Beschlüsse des Klosterneuburger Landtages die Bewegungspartei das Übergewicht. Bürgermeister Kirchhofer, schwach und schwankend in seinem Auftreten, blieb nach wie vor deren Spielball. Weder der Rath des von Augsburg zurückgekehrten Gampus, noch jener des Landtages vermochten den Stadtrath und die Genannten zu bestimmen, den Hansgrafen Rinner seines Amtes zu entheben und die Geschäfte dem vom König bestimmten Nachfolger zu übergeben. In dieser trotzigen Haltung verharrten sie auch nach der Rückkehr Siebenbürger's von dem Hoflager. Das Übergewicht der Opposition zeigte sich, als diese, dem Mandate K. Karl's, vom 10. September 1520 entsprechend, am 24. Sep-

tember desselben Jahres die Neuwahl des Bürgermeisters und des Stadtrathes vornahm. Siebenbürger, aus seiner Stellung im Landrathe vertrieben, wurde zum Bürgermeister und von den achtzehn Stadträthen der bisherigen Verwaltung wurden nur sieben wiedergewählt. Unter den neuen Stadträthen befand sich auch Hans Riuner, welcher indes am 10. Jänner 1521 der Aufforderung zur Niederlegung des Hansgrafenamtes Folge geleistet hatte. Nur mit Widerstreben bestätigte K. Karl V. in seinem von Worms datierten Mandate vom 27. Jänner 1521 die Wahlen, indem er hervorhob, dass unter den Gewählten Personen seien, gegen welche er Beschwerden trage. Wie im Vorgefühl der kommenden Ereignisse erkannte Siebenbürger selbst die gefährliche Lage, in die ihn das Vertrauen seiner Mitbürger versetzt hatte. Nach seiner eigenen Angabe war er über seine Wahl vom Herzen erschrocken: „Gott geb', ich sei es nicht (Bürgermeister)," rief er aus, „denn mein Verderben daran steht." Siebenbürger versah auch nur bis zum Schluss des Jahres 1521 im Amt. An seine Stelle trat bei den Neuwahlen am Schluss dieses Jahres der Stadtschreiber und Licentiat beider Rechte Michael Guetrater. Er selbst blieb blos Mitglied des inneren Rathes.

Zur selben Zeit vollzog sich das für die politische Gestaltung des östlichen Europa folgenreiche Ereignis der Theilung der habsburgischen Länder, nach dessen Eintritt, wie aus der Äußerung Siebenbürger's in der Audienz am Hofe des Kaisers in Spanien hervorgeht, bisher die einflussreichsten Kreise in Österreich sehnlichst Verlangen getragen hatten. K. Karl V. und seine Minister, den Gedanken der Gründung einer katholischen Weltmonarchie aufgebend, erkannten, dass die eigenthümlichen Verhältnisse in den östlichen Ländern des habsburgischen Reiches die Bildung eines großen, selbständig geleiteten Staatswesens erfordern, welches in Verbindung mit Ungarn und Böhmen die Macht besitzen würde, dem Vordringen der Türken in Europa entgegen zu wirken, weil wiederholte Erfahrungen gezeigt hatten, dass vom deutschen Reiche selbst eine ausgiebige Hilfe nicht zu erwarten sei. Von diesem Gesichtspunkte aus hatte daher K. Karl V. am 7. November 1520 zur Heirat seines Bruders Ferdinand mit Anna von Ungarn seine Zustimmung gegeben, während des Reichstages in Worms seinen Bruder zum Statthalter in Deutschland ernannt, und die Theilung des Erbes zur Ausführung gebracht. Am 28. April 1521 wurde festgesetzt, dass an Erzherzog Ferdinand die fünf innerösterreichischen Erblande: Österreich ob und unter der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain fallen, K. Karl V. dagegen die übrigen Gebiete: Tirol, Vorderösterreich, Görz, Friaul und Triest behalten solle. Gleich darauf, am 27. Mai 1521,

vollzog Erzherzog Ferdinand sein Beilager mit der Prinzessin Anna in Linz. Am 22. Jänner 1522 überließ der Kaiser seinem Bruder auch die übrigen deutschen Erblande. Durch den Brüsseler Vertrag vom 7. Februar 1522 gieng der rechtliche, selbständige Besitz der deutschen Erblande auf denselben über.

Erzherzog Ferdinand trat unter ähnlichen Verhältnissen wie Albrecht, der Sohn des ersten Habsburgers, die Regierung der österreichischen Länder an. Fremd waren ihm das Volk und seine Sitten, fremd die Einrichtungen des Landes, fremd selbst die Sprache, und wie damals, war auch jetzt das Ansehen der landesfürstlichen Regierung durch die Bestrebungen der Stände nach Erweiterung ihrer Rechte geschwächt. Über die persönlichen Eigenschaften des Erzherzogs verlautete, dass er stolz und ehrsüchtig, heftig in seinen Worten, rasch in seinen Entschlüssen sei. Anderseits rühmte man sein offenes, zeitweilig heiteres Wesen, seine strenge Sittlichkeit und die seltene Übereinstimmung der Gesinnung mit seinem älteren Bruder, durch die er es verschmäht hatte, die spanische Krone auf dem Wege der Intrigue an sich zu reißen.

Unmittelbar nach seiner Vermählung nahm Erzherzog Ferdinand am 5. Juni 1521 zu Ips die Huldigung der niederösterreichischen Stände entgegen. Gleich bei den ersten Verhandlungen zeigte er, dem Wesen seines Charakters entsprechend, ein entschiedenes Auftreten, und in Linz, wo die Berathungen fortgesetzt wurden, kam es bereits zu scharfen Erörterungen. In der Audienz machte der Erzherzog, umgeben von seinen Räthen, den Vertretern der Stände ungeschminkt zum Vorwurf, dass sie, wie er erfahren, mit der Absicht umgegangen seien, das Land in die Hände eines fremden Fürsten zu bringen. Diese Beschuldigung wies Michael von Eicing entrüstet zurück. Er erklärte dies für eine Verleumdung und forderte Genugthuung: „Ist der Angeber," rief er aus, „in der Stube und von ehrlicher Geburt, so trete er heran und wiederhole seine Worte. Wir wollen uns, so wert uns Geld und Gut ist, auf dieser Stelle dahin verantworten, dass er Grund und Wahrheit verschwieg." Der Erzherzog schwieg, zog sich mit seinen Räthen zu einer geheimen Berathung zurück und verabschiedete die Stände mit dem Versprechen, dass er nach seiner Rückkehr aus den Niederlanden Gerechtigkeit üben werde. Nachdem er die Mitglieder des österreichischen Hofrathes und des Landrechtes, erstere mit dem Sitze in Graz, ernannt und seiner Gemahlin die Regierungsgeschäfte übertragen hatte, verließ er Ende October die Erblande.

Die Kunde von den Äußerungen des Herzogs rief in Wien eine leicht begreifliche Aufregung hervor. Alle, die an den Vorgängen der letzten Jahre theilgenommen hatten, geriethen in Unruhe und Besorgnis, wiewohl sie sich

der Überzeugung hingaben, mit ihrem Auftreten nur die Rechte des Landes und ihrer Mitbürger vertheidigt zu haben, eine Überzeugung, die auch in Siebenbürger, wie seine Aufzeichnungen zeigen, rege war. Nach seiner Auffassung waren die Stände unmittelbar nach dem Tode des K. Maximilian I. berechtigt gewesen, die Verwaltung Niederösterreichs bis zum Eintreffen des jungen Fürsten aus Spanien zu führen. Das Testament des Kaisers glaubte er nicht anerkennen zu dürfen, weil dieses mit den Beschlüssen des Innsbrucker Ausschusstages in Widerspruch stand. In Momenten leidenschaftlicher Aufregung und des Ausbruches seines persönlichen Hasses gegen die alten Regenten mag er Äußerungen gemacht haben, die als Verrath gegen die Dynastie gedeutet werden konnten. Dass er aber niemals eine ernste feindselige Gesinnung gegen dieselbe gehabt hatte, bezeugen seine Reise nach Spanien und seine wiederholten Versuche, mit dem Kaiser, durchaus nicht gegen dessen Interessen, die Wirren seines Landes zum Abschluss zu bringen. Unbefangenen Erwägungen dieser Art waren jedoch die den Erzherzog umgebenden Räthe umsoweniger zugänglich, als mehrere derselben der alten Regierung angehörten und deshalb zu erwarten stand, dass sie sich nicht einer milden, sondern der strengsten Auffassung der Handlungsweise der „Rebellen" zuneigten.

Aus den Niederlanden zurückgekehrt, hielt Erzherzog Ferdinand sein den niederösterreichischen Ständen gegebenes Versprechen. Ohne Wien berührt zu haben, — wiewohl er auf der Donau bis Klosterneuburg fuhr und mit Propst Georg II. daselbst eine kurze Besprechung hatte — schlug er am 12. Juni 1522 sein Hoflager in Wiener-Neustadt auf. Schon einige seiner Ankunft vorausgegangene Verfügungen, wie die Standeserhebung des Kanzlers Schneidpöck und des Herrn von Lamberg zu Freiherren, sowie die Einsetzung des Georg von Nottal zum Vorstand der Raitkammer, die Männer der alten Regierung waren, ließen erkennen, wie der Erzherzog und sein Vertrauter, der Spanier Salamanca, über die ganze Bewegung dachten. Wenige Tage darauf, am 17. Juni 1522, wurde am Riesenthore der Stephanskirche in Wien ein landesfürstliches Mandat angeschlagen, worin er alle jene, die an dem ersten Wiener Landtage des Jahres 1519 theilgenommen hatten, auf den 8. Juli 1522 nach Wiener-Neustadt in der Absicht berief, in dem Streite, der auf dem erwähnten Landtage unter der Landschaft ausgebrochen sei, und die Missachtung der Obrigkeit und Verletzung des fürstlichen Kammergutes zur Folge gehabt habe, die Entscheidung fällen zu wollen. Das Mandat erregte ungeheures Aufsehen. Als der Tag des Processes heranrückte, strömten Leute aus allen Theilen des Landes in die Neustadt, wo sich, wie Bürgermeister Kirchhofer erzählt, jeder entweder als Anhänger

der alten Regierung oder als solcher der Landesordnung einzeichnen musste. Bezeichnend ist, wie Kirchhofer seine eigene Stellung charakterisiert. Obwohl er Anhänger der alten Regierung gewesen sei, so habe er ihr doch seine Treue nicht bewahren können, weil ihm als Bürgermeister keine entscheidende Stimme zugekommen sei. Was ein ehrsamer Rath beschlossen, habe er vollführt.

Am 10. Juli hielt der Erzherzog auf offenem Hauptplatze Gericht. Er saß auf einer hohen purpurbedeckten Tribüne unter einem Baldachin in goldverziertem Armstuhl. Ihm zunächst stand sein Beichtvater Johann II. von Revellis, Dechant an der St. Stephanskirche und später Bischof von Wien. Das Richtercollegium, dem drei Secretäre Dienste leisteten, war aus zwölf, an den Vorgängen unbetheiligt gewesenen Personen zusammengesetzt. Als Vertreter der alten Regierung fungirte Schneidpöck Freiherr von Schönkirchen und als Vertreter der ständischen Regierung Dr. Victor Gampus, seit Beginn des Jahres 1522 Wiener Stadtschreiber. Zuerst wurde Schönkirchen das Wort ertheilt, welcher in einer dreistündigen Rede die Anklage erhob. Zur Entgegnung erhielt Gampus einen Tag Bedenkzeit. Am 11. Juli vertheidigte dieser in maßvoller Rede die Anhänger der ständischen Regierung und gab dem Wunsche Ausdruck, dass durch Beendigung des Streites die Aufregung beseitigt werden möge. Als aber hierauf Mitglieder der ständischen Regierung selbst das Wort ergriffen und in heftigster Weise die Vorlesung der Beschwerdeartikel über die alten Regenten verlangten, wehrte sich dagegen Schönkirchen, indem er äußerte, sie seien schon lange genug verleumdet worden. Der Erzherzog erklärte jedoch das Verlangen der Vertreter der Stände in Erwägung ziehen zu wollen und ließ Nachmittags verkündigen, dass er die Verlesung gestatten werde, wenn die Beschwerdeführer der Schrift ihre Namen beisetzen würden. Nicht alle besaßen den Muth, auch in dieser schwierigen Lage ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben. Mehrere, wie der Landmarschall C. von Wolkersdorf, Kirchmayer und andere Ständemitglieder und Bürger, unterschrieben sich nicht und entschuldigten ihre bisherige Haltung. Am 14. Juli wurde der Process wieder aufgenommen. Nachdem Schönkirchen die Ausführungen des Dr. Gampus widerlegt hatte, wurde am 16. Juli die Beschwerdeschrift nach einer von letzterem gehaltenen Gegenrede dem Erzherzoge überreicht und die Verhandlung noch an demselben Tage geschlossen. Eine volle Woche beschäftigte sich hierauf der Gerichtshof mit der weiteren Untersuchung und der Einvernehmung der Zeugen, zu welchen auch Kirchhofer zählte, worauf der Erzherzog am 23. Juli 1522 durch den Secretär Hans Öder den Urtheilsspruch ver-

kündigen ließ. Das Verhalten der alten Regenten in Bezug auf die Verwaltung der Erblande wurde auf Grund der Augsburger und Innsbrucker Libelle und des Testaments des Kaisers zu Recht erkannt. Das Urtheil dagegen erklärte, dass jene ständische Partei, welche eine neue Landesordnung eingeführt, in allen ihren Handlungen wider die rechtliche Ordnung gehandelt habe. Aus angeborner Güte und im Vertrauen darauf, dass er sich dadurch ihre Dankbarkeit sichern werde, wurde den Anhängern der neuen Landesordnung die verdiente schwere Strafe nachgesehen; nur die Urheber der Rebellion wurden zur Verantwortung gezogen. Alsogleich wurden Michael von Eicing, Johann von Puchheim, Martin Siebenbürger, Hans Rinner und acht Wiener Bürger, worunter fünf: Stephan Schlagintweit, Caspar Reutter, Siegmund Steiner, Hans Schwarz und Wolfgang Schmiedinger im Jahre 1521 Mitglieder des inneren Rathes gewesen waren, ins Gefängnis abgeführt. Man erzählt sich, Erzherzog Ferdinand habe nach beendigter Verkündigung des Urtheilsspruches erwartet, dass die Verurtheilten seine Gnade anrufen würden. Doch unbeugsam blieb ihre Haltung, fest ihr Glaube an die Wahrheit und Gerechtigkeit ihrer Sache. Ein einziger, der Bürger Flaschner, wollte sich durch Flucht der Strafe entziehen, dem es auch gelang, nach Wien zu entkommen, wo er jedoch aufgegriffen und nach Neustadt zurückgeführt wurde.

Am südöstlichen Ende des Hauptplatzes zu Wiener-Neustadt erhob sich am 9. August ein niederes Schaffot*). Auf diesem wurden Michael von Eicing und Johann von Puchheim enthauptet. Am 10. August traf die Reihe Martin Siebenbürger, Hans Rinner und Stephan Schlagintweit. Der Leinwandhändler Hans Schwarz, der von den Rebellen bestellte Münzmeister, wurde zum Tode durch das Schwert verurtheilt, worauf sein Leichnam auf dem Richtplatze verbrannt werden sollte. An ihm und dem Bürger Flaschner wurde die Hinrichtung am 11. August bei der Denksäule vor dem Wiener Thor vollzogen. Auf Fürbitte der Erzherzogin unterblieb die Verbrennung des Leichnams des Schwarz. Den übrigen Bürgern wurde die Todesstrafe erlassen. Der Stadtschreiber Dr. Victor Gampus erhielt die Weisung, in drei Stunden Wien, binnen drei Tagen Niederösterreich und binnen drei Jahren die übrigen Erblande zu verlassen. Die Leichen der Hingerichteten wurden nach Wien gebracht und lagen über Nacht im Kloster zu St. Laurenz auf den Wägen. „Das Volk in der Stadt,"

*) Der Platz, auf dem das Schaffot stand, ist noch heute durch eine mit größeren Steinen rund ausgepflasterte Stelle ausgezeichnet.

bemerkt hiezu Siegmund von Herberstein in seinem Tagebuche, „ist ganz verzagt und still gewest mit großen Sorgen und Trauern."

An dieser großen Trauer des Volkes trug nicht blos der warme Antheil an dem harten Schicksal der Hingerichteten, weil sie Opfer ihrer rechtlichen politischen Überzeugung waren, sondern auch die Wahrnehmung Schuld, dass der Gesammtheit der Bürger aus ihrem Verhalten eine Schädigung ihrer Rechte und Freiheit zu erwachsen drohe. Schon vor Beginn des Processes, am 4. Juli 1522, hatte der Stadtrath in der That von Erzherzog Ferdinand den Auftrag erhalten, die in der Rathsstube stehende Truhe mit den Privilegien der Stadt nach Wiener-Neustadt zu senden. Ebendorthin wurden vor der Vollstreckung des Urtheils, am 7. August 1522, die Genannten, welche in der ganzen Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt hatten, vor das erzherzogliche Gericht vorgeladen. Sie wurden davon in Kenntnis gesetzt, dass der Kammerprocurator Dr. Max Peck sie auf Grund des Urtheils vom 23. Juli 1522 angeklagt habe, ihre Privilegien und Gewohnheitsrechte bei der Wahl des Bürgermeisters und des Rathes missbraucht zu haben, zum Schaden des Landesfürsten und der Handhabung guter Polizei und Ordnung. Da auch der Antrag vorlag, ihre Rechte und Freiheiten zu cassieren, so hatten sie binnen sechs Tagen vor ihm, dem Erzherzoge, zu erscheinen. Die Genannten ließen sich jedoch durch gewählte, rechtskundige Vertrauensmänner vertheidigen. Am 16. August 1522 erfloss das Urtheil, dass alle ihre Freiheiten und Gewohnheiten todt und aufgehoben seien und am 4. October 1522 forderte der Erzherzog den Stadtrath auf, die Genannten und die Hausgenossen als nicht mehr bestehend zu betrachten und mit den Personen wie mit anderen Bürgern vorzugehen. Gleichzeitig, am 4. October 1522, hob er die Gerichtsbarkeit der Hausgenossen auf, und, da es bisher Übung war, dass der Stadtrichter nach eigenem Ermessen stets einige Genannte als Gerichtsbeisitzer wählte, so berief er für alle Zukunft zu diesem Amte zwölf von dem Landesfürsten ernannte Bürger, welche durch den Hofrath in Eid genommen wurden. Ohne Zweifel war schon damals auch eine Reform der Stadtverfassung ins Auge gefasst worden. Da aber diese Maßregel eine sorgfältige Prüfung der bisherigen Freiheiten erforderte, so ließ der Erzherzog vorläufig den Stadtrath in seiner bisherigen Zusammensetzung fortbestehen, ohne dass dessen Mitglieder jährlich durch Neuwahlen erneuert wurden. Dies beweist der Abgang der Verzeichnisse der Rathsmitglieder in den Jahren 1523—1526. Erst am 12. März 1526 erhielt Wien eine neue Stadtordnung, in welche jedoch nur ein Theil der alten Rechte und Freiheiten aufgenommen worden war. „Die Läuf in der Natur," schreibt K. Ferdinand I., „ringen furt mit neuen

Geschichten und erzaigen sich in sonderer Form und Gestalt, daraus dann neue Satzung und Ordnung der Zeit und ihrer Anzaigung gleichformig zu bedenken." In der neu anbrechenden Zeit der Erstarkung der Fürstengewalt taugte nicht eine freie Verfassung, ein Selbstbestimmungsrecht der Bürger, an dem diese allerdings selbst schwer gesündigt hatten.

Dieselben Männer, welche die politische Bewegung der letzten Jahre leiteten, standen auch an der Spitze der kirchlichen Reform, die zur selben Zeit die Gemüther in lebhafte Aufregung versetzt hatte. Wir wissen, dass in Wien der Boden hiezu seit Jahren vorbereitet war, und dass aus den Reihen der Geistlichkeit selbst der Ruf nach einer Verbesserung der kirchlichen Zustände gehört wurde. Es ist Thatsache, dass die Schriften des Reuchlin und Erasmus, welche die religiösen Fragen von einem großen, allgemeinen Gesichtspunkte aus behandelten, in den gebildeten Kreisen Eingang fanden und von den Humanisten eifrig gelesen wurden. Sogar unter dem Adel war eine feindselige Stimmung gegen die Klöster entstanden, infolge der Beeinträchtigung, die er durch sie in seinen materiellen Interessen erlitt. Welchen gewaltigen Eindruck musste nicht in dieser, durch die Kämpfe gegen die Regierung gesteigerten Aufregung die Nachricht hervorrufen, dass der Augustinermönch Martin Luther am 31. October 1517 an die Thüren der Kirche in Wittenberg fünfundneunzig Streitsätze gegen die Kraft des Ablasses angeschlagen hatte! Mit größter Spannung sah man dem Ausgange des gegen Rom gerichteten Kampfes entgegen, wiewohl man nicht ahnte, wohin derselbe führen werde, und mit Begierde wurden die leidenschaftlichen Schriften gelesen, die diesen Kampf von Anbeginn an begleiteten.

Die Wirkung von Luther's Schritt zeigte sich schon auf dem Ausschusstag des Jahres 1518 in Innsbruck. Die Beschwerden gegen die Geistlichkeit wurden in so großer Zahl wie noch nie erhoben. Die weltlichen Stände klagten, dass die Klöster den Adel immer mehr von der Besetzung der geistlichen Pfründen ausschlössen, die besten weltlichen Güter an sich zögen, die gestifteten Messen nicht gewissenhaft hielten, auf den Pfarren Geistliche anstellten, welche zur Seelsorge nicht taugten und nach dem Tode der Seelsorger in den Pfarrhöfen nähmen, was sich vorfände. An einigen Orten käme es vor, dass die Priester die Leichen solcher Personen aus den Friedhöfen entfernten, deren Erben nicht im Stande seien, für das Seelgeräth der Verstorbenen den Sterbeochsen oder die Sterbekuh abzuliefern, dass sie die Nothtaufe verweigerten, die geistlichen Strafen in Geldbußen umwandelten, den Ehebruch gegen Empfang von Geld und Gut erlaubten.

Priester giengen in Laienkleidern und bewaffnet umher und säßen öffentlich mit ihren Dirnen zu Hause, als wären es ihre Weiber. Oft nähmen bei Hochzeiten und an Kirchtagen die Zuhälterinnen der Geistlichen in kostbaren Kleidern die ersten Plätze ein. Von Erfolg waren diese Beschwerden ebensowenig, wie jene über die Verwaltung der Erblande. Nach dem bald darauf eingetretenen Tode des Kaisers beschäftigte sich die Opposition mit anderen Fragen, als der Verbesserung der kirchlichen Zustände.

Ein wachsameres Auge zeigte die theologische Facultät der Universität. Von den Vorgängen auf dem Reichstage zu Augsburg, der Haltung des Kurfürsten von Sachsen, der Zusammenkunft des päpstlichen Nuntius Karl von Maltiz mit Luther in Altenburg und der großen Disputation der Theologen in Leipzig für und wider die Autorität des Papstes, von diesen Ereignissen, welche in Flugschriften voll beißender Satire von den Anhängern Luther's lebhaft erörtert wurden, gut unterrichtet, nahm sie schon im April 1520 entschieden Stellung in der kirchlichen Frage. Sie machte auf verschiedene, in Wien gedruckte und Ärgernis erregende Bücher, die im Volke Verbreitung fanden, aufmerksam und verlangte von dem Bischofe und dem Stadtrathe, dass diese die Buchdrucker und die Käufer bestrafen möchten. Beide verhielten sich aber diesem Verlangen gegenüber gleichgültig. Entschiedener gestalteten sich die Verhältnisse nach dem Erscheinen der päpstlichen Bulle vom 16. Juni 1520, in der einundvierzig der lutherischen Lehrsätze als falsch, verführerisch und ketzerisch verdammt wurden. Im November 1520 erhielt die Universität von dem päpstlichen Commissär Dr. Johann Eck aus Ingolstadt, dem heftigsten Gegner Luther's, ein Schreiben mit der Aufforderung, die päpstliche Bulle zu publicieren, ihre Angehörigen vor Luther's Lehrsätzen zu warnen und dessen Schriften und Bücher zu vernichten. Zunächst wartete die theologische Facultät das Verhalten des Bischofes und des Stadtrathes ab. Ungeachtet ihres Drängens weigerten sich diese, die Bulle zu veröffentlichen und die ketzerischen Bücher mit Beschlag zu belegen, angeblich deshalb, weil sie nicht der Entscheidung des Kaisers und des Landesfürsten vorgreifen wollten. Ebenso missbilligten die übrigen Facultäten der Universität und der Statthalter den Eifer der theologischen Falultät und bekannten sich als Gegner der päpstlichen Gewalt. Selbst nach dem Eintreffen des kaiserlichen Schreibens vom 30. December 1520, welches, die bisherige Haltung der Universität strenge tadelnd, die sofortige Publication der Bulle forderte, zögerten noch der Bischof und die Universität mit der Vollführung des Auftrages. Erst nach weiteren Drohungen der Theologen und nach einer neuerlichen ernsten Mahnung des Dr. Eck verkündigte die Universität und

einige Tage später der Bischof das päpstliche Anathem und das Verbot ketzerischer Schriften. Bald darauf, am 14. April 1521, wurde bei St. Stephan, auf dem Friedhof bei St. Michael und am Lugeck das kaiserliche Schreiben angeschlagen, welches jedem Anhänger Luther's, wer immer er sei, befahl, die lutherische Secte zu verlassen und Luther's „pesthauchende" Schriften der Obrigkeit zu überliefern.

Unter den damaligen Verhältnissen, wo die fürstliche Regierung ohnmächtig in Neustadt residierte, deren Gegner aber in Wien die volle Gewalt ausübten und der Bischof, selbst ein stiller Anhänger religiöser Reformen, sich passiv verhielt, war vorauszusehen, dass die Befehle des Kaisers wirkungslos bleiben würden. Für die im Volke herrschende Stimmung ist es bezeichnend, dass man den Decan der theologischen Facultät wiederholt insultierte und dass ungeachtet des Verbotes ketzerischer Schriften eine bei Winterburger in deutscher Sprache gedruckte, sehr aufregende Schrift gegen das Papstthum, deren Verfasser Joachim von Watt (Vadianus), ein geborener Schweizer, Professor der Rhetorik an der Universität war, große Verbreitung fand. Der Verfasser eiferte darin gegen das Primat des Papstes und die kirchlichen Ceremonien und erklärte die heilige Schrift als die einzige und echte Quelle der Offenbarung. Andere Schriften von Anhängern Luther's wurden fortwährend nachgedruckt, darunter am häufigsten jene des Franciscanermönches Joh. Eberling für die Priesterehe.

Nicht geringes Aufsehen erregte im Spätherbste 1521 das Auftreten des ehemaligen Würzburger Dompredigers Paul Speratus. Nach seiner Verheiratung von dem Erzbischof aus Salzburg ausgewiesen, ließ er sich an der Wiener Hochschule immatriculieren und zeigte sich ohne Scheu mit seiner Frau am Arm. Eines Tages predigte ein Mönch zu St. Peter gegen die Priesterehe, „ein großbaucheter Schreier", wie Speratus sich ausdrückte, und machte gegen diesen Ausfälle. Speratus erhielt die bischöfliche Erlaubnis, am 12. Jänner 1522 bei St. Stephan zu predigen. Wider die Erlaubnis des Bischofs pries er darin in Anwesenheit einer großen Anzahl von Bürgern den ehelichen Stand der Priester, verdammte die geistlichen Gelübde und das Klosterleben und lehrte die lutherische Doctrin vom rechtfertigenden Glauben. Zu einem Einschreiten gegen diese Entweihung seiner eigenen Kirche war der schwache geistliche Oberhirt nicht zu bestimmen. Wieder war es die theologische Facultät, welche gegen diesen Scandal vorgieng und den Predigern den Auftrag ertheilte, die Angriffe und Lehren des Speratus zu widerlegen. Er selbst wurde zum Erscheinen vor der Facultät aufgefordert und infolge seiner Weigerung excommuniciert, worauf er sich auf Einladung des Priors

des Dominicanerklosters nach Iglau begab und von dort aus später die Excommunication mit einer geharnischten Gegenschrift beantwortete. Von welcher Wirkung die Predigt und die Schriften des Speratus waren, geht aus dem Berichte hervor, den die Theologen am 17. August 1522 an Erzherzog Ferdinand nach Wiener-Neustadt sandten, und worin sie über das starke Umsichgreifen des Lutherthums bittere Klage führten. Und dazu hatten sie umsomehr Grund, als insbesondere in Wien die extremste Richtung der Reformation, die Lehren der späteren Wiedertäufer, Anklang fanden.

Erzherzog Ferdinand schritt nicht unmittelbar nach seinem Eintreffen in Österreich gegen die Lutheraner ein, da ihn zunächst die Wiederherstellung geordneter politischer Zustände in den Erblanden beschäftigte. Erst infolge specieller Weisungen des Kaisers erließ er am 12. März 1523 ein strenges Edict gegen die Verbreitung der Lehren und Schriften Luther's und Zwingli's, das aber ebenso wirkungslos blieb, wie die früheren Befehle. Denn auch unter den Mitgliedern der vom Erzherzoge neu eingesetzten Regierung bestand die Anschauung, dass die Verbreitung der Irrlehren nicht durch einseitige Gewaltmaßregeln, sondern nur im Einvernehmen mit den Ständen durch ein Concil und durch Abstellung der bestehenden Missbräuche beseitigt werden könne. Ebenso dachte die Universität, mit Ausnahme der Theologen. Nur der nach dem Tode Slatkonia's († 26. April 1522) neu eingesetzte Bischof von Wien, Johann von Revellis, der frühere vertraute Rathgeber des Erzherzogs, war zu einem strengeren Vorgehen geneigt. Sein Einfluss bewirkte, dass der Beneficiat Eckenberger, welchen bisher die Regierung anstandslos lutherische Lehren in der Kapelle ihres eigenen Hauses und in jener der Burg predigen ließ, entfernt wurde.

Auch in Deutschland gelang es dem päpstlichen Stuhle, den kaiserlichen Statthalter Erzherzog Ferdinand und mehrere ihm gleichgesinnte Fürsten außerhalb des Reichstages zu einer Vereinbarung gegen die lutherischen Lehren zu bestimmen. Ende Juni 1524 versammelten sich letztere nebst einer großen Anzahl von Bischöfen aus Österreich, Baiern, Franken und Schwaben in Regensburg unter Zuziehung des päpstlichen Legaten. Da es nicht angieng, die thatsächlich vorhandenen Missbräuche und Bedrückungen des niederen Clerus zu übersehen, so glaubten die Fürsten den Fortschritten der religiösen Bewegung dadurch Einhalt zu thun, dass sie mit Gutheißung des Legaten die Beseitigung der schreiendsten Übelstände in ihren Ländern, die Abhaltung von Synoden und Concilien und die Visitation der Klöster beschlossen. Dagegen sollte der Gottesdienst nach der Weise der Väter unge-

ändert aufrecht erhalten und gegen die Hauptsätze des Lutherthums strenge eingeschritten werden. Ein General-Mandat verkündigte den Unterthanen die Beschlüsse des Regensburger Conventes.

In Österreich war die Wirkung der gegen die Lutheraner geübten Strenge schon früher zutage getreten. Jakob Peregrin, Pfarrer im Bürgerspital, hatte einige Zeit in seiner Kirche, dann bei St. Stephan, in der Burgkapelle und an anderen Orten dem Volke unangefochten gepredigt, dass man, wenn man nur glaube, der Glaube der guten Werke nicht benöthige, dass der Heiligencultus wenig Beachtung verdiene, eine brave Magd mit ihrer Arbeit mehr nütze, als ein Mönch mit seinem müßigen Leben und die Ehe kein Sacrament sei. Peregrin wurde auf Befehl des Bischofs gefangen genommen, vor ein Gericht gestellt, zum Widerruf seiner Lehren, dann zu zweijährigem Gefängnisse in einem Karthäuserkloster und zur Ausweisung aus Österreich und Baiern verurtheilt. Am 4. September 1524 leistete Peregrin bei St. Stephan öffentlich den Widerruf und trat seine Strafe an. Ebenso wurde der Achter bei St. Stephan Johann Vaesel behandelt und die gleiche Strafe über ihn am 30. September 1524 verhängt. Weit härter büßte der Bürger Caspar Tauber, der allerdings noch weiter wie seine Gesinnungsgenossen gieng, seine Abtrünnigkeit. Er bestritt nämlich, dass man Christus, welcher ein Geist sei, in die Gestalten des Weines und Brotes bannen könne, verwarf die Segnungen der Kirche, das Priesterthum, die Ohrenbeichte und die Verehrung Mariens und der Heiligen und schrieb selbst einen Tractat gegen die katholische Kirche. Er nahm bereits den Standpunkt der Wiedertäufer ein, weshalb ihn diese auch zu den ihrigen zählten. Infolge Gerichtsspruches sollte Tauber an drei Sonntagen vor dem Riesenthore zu St. Stephan im Büßerkleide und mit dem Strick um den Hals widerrufen. Da er statt dessen am 8. September 1524 vor dem Volke hartnäckig seine Irrlehren vertheidigte, wurde er dem Stadtgerichte übergeben, am 10. September zum Tode verurtheilt und am 17. desselben Monats auf dem Gries vor dem Stubenthore mit dem Schwerte hingerichtet und sein Leichnam verbrannt.

Weder der schwache Versuch einer Restauration der katholischen Kirche, noch die verhängten Strafen machten aber einen tieferen Eindruck auf das Volk. Blieb es doch nicht unbekannt, dass ein großer Theil der deutschen Reichsstände die Beschlüsse des Regensburger Conventes missachtete und die lutherischen Lehren begünstigte. Aber auch im Lande selbst fanden die Anhänger der neuen Lehre einen starken Rückhalt im Herren- und Ritterstande, welcher diese Bewegung, vorläufig im Stillen, begünstigte, freilich weniger aus religiöser Überzeugung als wegen der Vortheile, die ihm die Vertreibung

der Mönche von den Pfarren und die Aneignung der geistlichen Güter in Aussicht stellte. Auch die Universität verharrte in ihrer feindlichen Haltung gegen die katholische Kirche. Neue ketzerische Schriften wurden im Geheimen gedruckt und unter den Bürgern verbreitet. Für das Volk selbst lag viel Verlockendes in der Abschaffung der Fastengebote und der Ohrenbeichte, sowie in der von den Wiedertäufern gelehrten Gemeinschaft der Güter, und auch der niedere Klostercleru, arm und moralisch verwildert, sah in dem Lutherthum ein Mittel, sich von dem seinen Lüsten auferlegten Zwange zu befreien. Einzelne Prediger ließen trotz der Verbote nicht ab, verdächtige Äußerungen über Rom fallen zu lassen. Die theologische Facultät wusste sich schließlich nicht mehr zu helfen. Sie erklärte am 14. Juli 1526 dem Bischofe, dass sie unvermögend sei, fernerhin in Sachen des Glaubens etwas zu unternehmen, da es ihr nicht nur an Geld, Leuten und Localitäten zu ihren Amtshandlungen fehle, sondern dass auch ihre Mitglieder des Lebens nicht mehr sicher seien. K. Ferdinand I. glaubte durch ein neues strenges Mandat vom 20. August 1527 dem Umsichgreifen der Häresie entgegenwirken zu müssen. Nach Wiederholung der früheren, gegen die religiösen Irrlehren gerichteten Verbote kündigte er die strengsten Strafen gegen die Ketzer an. Er verzeichnete die hauptsächlichsten Angriffe gegen die katholische Kirche und deren Institutionen und bedrohte die Wiedertäufer mit der Todesstrafe, ohne aber dadurch einen merklichen Erfolg erzielt zu haben.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen der religiösen Bewegung in Niederösterreich war die in den niederen Volksclassen zutage getretene starke Hinneigung zu den Lehren der Wiedertäufer, wodurch die religiöse Bewegung zugleich einen social-politischen Charakter erhielt. Dass unter den Bauern schon vor dem Beginn der Reformation eine große Unzufriedenheit gegen ihre geistlichen und weltlichen Grundherren herrschte, bezeugen einzelne Aufstände und Gewaltacte im Viertel ober dem Manhartsberge im Jahre 1517. Diese wiederholten sich in anderen Theilen des Landes und erreichten im Jahre 1525 ihren Höhepunkt durch den Aufstand von zwölftausend Bauern in der Gegend zwischen Wien und Wiener-Neustadt. Dazu kamen nun die Predigten und die auch auf dem flachen Lande verbreiteten Schriften über die ungerechte Vertheilung von Grund und Boden, den Druck der Zehente, der Robot und das Übermaß von Steuern, Einrichtungen, welche im Widerspruch mit der reinen evangelischen Lehre stünden.

Die Hauptsitze der Anhänger communistischer Grundsätze waren in Melk und Penzing, und der eifrigste und gefährlichste Verkündiger derselben Balthasar Hubmayer. Dieser, ein Mann von nicht gewöhnlicher Bildung,

war in Nikolsburg in Mähren ansässig und zog wie ein Wanderlehrer durch das Viertel unter dem Manhartsberg und das Viertel unter dem Wienerwalde. Er ermunterte die Bauern und Handwerker, sich zu einem Bund zu vereinigen. „Es sei," wie er sagte, „die Zeit gekommen, dass Gott der weltlichen Herren Schinden, Schaben, Stöcken, Blöcken, Zwingen, Dringen und andere Tyrannei nicht mehr leiden solle und dass man mit den armen Leuten nicht wie Herodes mit den unschuldigen Kindern umgehe." Damit solches abgestellt werde, müsse man zusammenkommen und nach dem Wort Gottes Ordnung machen. Die Gemeinden mögen sich brüderlich vereinigen, sich im Landtage Gehör verschaffen, der Obrigkeit das Schwert nehmen und anderen übergeben. Erst nach langem Zögern setzte man Hubmayer mit seiner Frau in Greifenstein gefangen und übergab sie dem Passauer'schen Gerichte. Als sich die socialpolitische Tendenz seiner Brandreden herausstellte, wurde er nach Wien eingeliefert und vom weltlichen Gerichte in Untersuchung gezogen. In seinem Verhöre erklärte er, auf die künftige Verbreitung mehrerer seiner religiösen Anschauungen bis zur Einberufung eines Concils verzichten zu wollen; aber seine socialen Grundsätze vertheidigte er standhaft als seine innerste Überzeugung. Hubmayer, als Ketzer und Aufrührer zum Tode verurtheilt, wurde am 10. März auf die Richtstätte, die Haide in Erdberg, geführt. Zahlreiche Scharen von Handwerkern und Bauern folgten dem Zuge, zu dessen Begleitung, in der Besorgnis eines Befreiungsversuches, Bürger und Söldner aufgeboten wurden. Auf der Richtstätte angelangt, betete Hubmayer: „O mein gnädiger Gott, verleihe mir Geduld in meiner großen Marter. O mein Vater, ich sage Dir Dank, dass Du mich hinnehmen willst aus diesem Jammerthal; mit Freuden begehre ich zu sterben und zu Dir zu kommen." Gegen das Volk gewendet, bat er seine Brüder um Verzeihung, wenn er sie mit Worten oder Werken beleidigt habe. Während ihm schon der Scharfrichter die Kleider auszog, Hände und Füße fesselte, Bart und Kopfhaare mit Schwefel und Pulver rieb, betete er mit lauter Stimme und rief noch mit brennenden Haaren: „Jesus! Jesus!" Diese erschütternde Scene machte auf das Volk einen mächtigen Eindruck und tiefes Mitleid erfüllte die Gemüther. Damit weitere Kreise von den verbrecherischen, die sociale Ordnung gefährdenden Lehren Hubmayer's Kenntnis erlangten, ließ der fürstliche Rath Johann Faber, einer der heftigsten Bekämpfer des Lutherthums, das Urtheil veröffentlichen. Aber schon wenige Tage darauf erschien in Wien eine Gegenschrift, welche Hubmayer als Märtyrer hinstellte. Am 13. März wurde Hubmayer's Frau, die ihrem Manne mit Fanatismus zur Seite gestanden hatte, mit einem Steine um den Hals in der Donau ertränkt.

Hierauf wurde eine Untersuchung gegen die Anhänger Hubmaier's eingeleitet, welche ihre Irrthümer abschworen. Zwei, ein Schuhmacher und ein Bauer in Penzing, die auf ihren Grundsätzen verharrten, wurden in Wien am 24. März 1528 hingerichtet.

Nächst diesen zerrütteten inneren Zuständen riefen die Fortschritte der Türkenmacht in Österreich große Beunruhigung hervor. Wir wissen, dass K. Maximilian I. in seinen letzten Lebensjahren das Zustandebringen eines Kreuzzuges gegen die Osmanen auf das lebhafteste beschäftigte. Nach seinem Tode steigerte sich die Gefahr dadurch, dass Suleiman II. den türkischen Thron bestieg (1519), ein junger, kriegslustiger Fürst, der unverwandt sein Auge dahin richtete, der Ausbreitung des habsburgischen Reiches, die der Verwirklichung seiner großen Pläne hinderlich war, entgegenzutreten. Auch Kaiser Karl V. und seinen Bruder Erzherzog Ferdinand drückte die Sorge über das Vordringen der Türken, insbesondere als nach der Einnahme von Belgrad fast ein Drittheil von Ungarn in ihre Gewalt gelangt war. Sie lenkten auf den Reichstagen fort und fort die Aufmerksamkeit der Reichsstände auf die, dem deutschen Reiche drohenden Gefahren, ohne dass es ihnen aber gelingen wollte, die erforderlichen Geldmittel zur Befestigung der östlichen Reichsgrenzen und zur Aufstellung einer gewaltigen Truppenmacht zu erlangen. Zunächst nahmen übrigens K. Karl V. die fortdauernden Kämpfe mit K. Franz I. von Frankreich um die Oberherrschaft in Italien, die erst mit der erschütternden Katastrophe von Pavia zum Abschlusse gelangten, vollauf in Anspruch.

Im Jahre 1525 erhob die nationale Partei in Ungarn unter Führung des Johann Zapolya neuerdings ihr Haupt. Die vorläufige Absicht derselben war, sich am königlichen Hofe einen größeren Einfluss als bisher zu sichern und die wichtigen Ämter daselbst mit ihren Anhängern zu besetzen. Während der dadurch im Lande entstandenen heftigen Parteiungen beschäftigte sich Sultan Suleiman II. mit dem Plane, seinem Verbündeten, K. Franz I. von Frankreich, welcher in der Gefangenschaft des Kaisers zu Madrid war, zu Hilfe zu kommen. Die Wirren in Ungarn benützend, wollte er mit einem Landheere durch Ungarn nach Oberitalien vordringen, während die türkische und französische Flotte Spanien angreifen sollte. Am 26. April 1526 zog Sultan Suleiman II. mit einem gewaltigen Heere von Konstantinopel aus und stand schon vor Peterwardein, bevor noch der König von Ungarn als Verbündeter des Kaisers sein Heer gesammelt und Hilfsvölker aus Österreich, Böhmen und Mähren an sich gezogen hatte. Am 29. August 1526 kam es bei Mohacs zu einer Schlacht, in der die

Ungern trotz verzweifelter, tapferer Gegenwehr infolge der erdrückenden Übermacht der Türken eine furchtbare Niederlage erlitten. Die vornehmsten Führer der Nation und ein großer Theil der Magnaten fielen, und auf der Flucht verlor auch König Ludwig durch einen Sturz in einen Morast sein Leben. Angesichts dieser Katastrophe war an keinen weiteren Widerstand zu denken. Da das Land weit und breit wüste lag, so wurden dem Sultan die Schlüssel der Festung Ofen entgegengetragen, welcher daselbst das Bairamfest feierte, jedoch bald darauf wieder nach Konstantinopel zurückkehrte, um Vorbereitungen zum Kriege gegen Persien zu treffen.

Durch den Tod Ludwig's stand nun Erzherzog Ferdinand infolge der Erbverträge der Weg zur Erwerbung von Böhmen und Ungarn offen. Sein Recht, den böhmischen Thron zu besteigen, beruhte aber damals auf scheinbar sich widersprechenden Principien. Unbestreitbar war die Thronfolge mit dem Erbrecht verbunden, aber parallel mit diesen lief das Wahlrecht der Nation. Keines dieser Rechte war mit solcher Bestimmtheit begrenzt, dass es möglich gewesen wäre anzugeben, wo das eine begann und das andere aufhörte. Erzherzog Ferdinand, der seine Ansprüche auf das Erbrecht stützte, schickte eine Gesandtschaft, bestehend aus S. von Pohlheim, N. von Rabenhaupt, G. von Puchheim und Hans von Starhemberg, nach Prag, um sein Recht bei den dort versammelten Ständen geltend zu machen. Diese wollten aber das Erbrecht nicht anerkennen, sondern bestanden auf dem Rechte der Wahl. Erst als die Abgesandten des Erzherzogs dieses anerkannten und auch auf die Capitulations-Bedingungen eingiengen, entschieden sie sich nach langer Berathung, ungeachtet der gefährlichen Mitbewerbung des Herzogs Ludwig von Baiern, am 23. October 1526 einstimmig für Ferdinand und seine Gemahlin Anna. Am 1. December ritt die böhmische Krönungsbotschaft mit großer Pracht in Wien ein; wenige Tage darauf trafen die Botschaften von Mähren und Schlesien ein und nach Ausfertigung der Majestätsbriefe, worin Ferdinand das böhmische Wahlrecht und die Rechte der Stände anerkannt hatte, stand der Krönung, welche am 24. Februar 1527 in Prag stattfand, kein Hinderniß mehr im Wege. Schwieriger lagen die Verhältnisse in Ungarn. Nach dem Unglückstage bei Mohacs machte die nationale Partei aus ihren lang gehegten Plänen kein Hehl mehr. Sie rief Johann Zapolya, Grafen der Zips und Woiwoden von Siebenbürgen, in Tokay zum Könige aus und ließ ihn am 11. November 1526 in Stuhlweißenburg krönen.

K. Ferdinand begab sich auf die erste Nachricht von dem Tode des Königs Ludwig von Ungarn von Innsbruck nach Linz. Von hier aus

machte er zunächst Schritte bei seinem Bruder K. Karl V., um seine Unterstützung bei der Erwerbung der Kronen von Ungarn und Böhmen und zur Bekämpfung der Türken zu erlangen; zugleich wandte er sich an die Reichsstände und betrieb in den Erblanden die Rüstungen. Waren auch seine Bemühungen in Böhmen erfolgreich, so verschlimmerten sich seine Aussichten in Ungarn umsomehr, als die Wahl Zapolya's zum König von Ungarn vom Papst, den Königen von Frankreich und England und von der Republik Venedig mit solcher Befriedigung aufgenommen wurde, dass sie mit dem Neugewählten ein Bündnis abschlossen. Die baierischen Herzoge giengen infolge ihres Missvergnügens über die fruchtlose Bewerbung um die böhmische Krone noch weiter; sie gaben Zapolya den Rath, in Österreich einzufallen, bevor K. Ferdinand seine Rüstungen vollendet habe, stachelten die Türken zu einem Einfalle in Krain und Kärnten auf und stellten außerdem die Anwerbung deutscher Landsknechte in Aussicht.

Angesichts dieser ungünstigen Verhältnisse entschloss sich K. Ferdinand I. seine vertragsmäßigen Rechte mit Waffengewalt zur Geltung zu bringen. Am 30. Juli 1527 brach sein Heer unter Führung des Markgrafen Casimir von Brandenburg-Eulenbach von Wien nach Ungarn auf und erzielte so glückliche Erfolge, dass K. Ferdinand schon am 21. August 1527 in Ofen seinen Einzug halten konnte. Infolge der Erkrankung des Feldherrn übernahm hierauf Graf Niklas Salm den Oberbefehl, welcher am 27. September 1527 Zapolya bei Tokay eine so empfindliche Niederlage beigebracht hatte, dass sich dessen Heer in wilder Flucht auflöste, die Zahl seiner Anhänger bedeutend zusammenschmolz und er selbst bis Großwardein retirierte. Unter dem mächtigen Eindrucke dieses Sieges berief K. Ferdinand I. für den 27. September 1527 eine Reichsversammlung nach Stuhlweißenburg, an der der größte und einflussreichste Theil der Zapolya'schen Anhänger Theil nahm. Nachdem der Reichstag K. Ferdinand I. am 8. October 1527 feierlich als König von Ungarn anerkannt hatte, fand am 3. November daselbst dessen Krönung und am 4. November jene der Königin statt.

Wiewohl Zapolya im Herbste 1527 und Frühjahre 1528 noch weitere Niederlagen erlitt und sich bis Tarnow in Polen zurückzog, so gab er doch seine Ansprüche auf Ungarn nicht auf. Im Einverständnisse mit seinen Bundesgenossen fasste er den schmachvollen Entschluss, Ungarn gegen K. Ferdinand I. mit türkischer Hilfe zu behaupten und ein Bündnis des ganzen antihabsburgischen Europa, mit Sultan Suleiman an der Spitze, zustande zu bringen. Ungeachtet der diplomatischen Gegen-

anstrengungen des Wiener Hofes in Konstantinopel gelang Zapolya das eine, dass Sultan Suleiman dem Könige, vor Abschluss der Bündnisse mit den christlichen Fürsten, den Krieg erklärte, mit dem kühnen Gedanken, durch seine wilden asiatischen Horden die östliche Ländermacht der Habsburger dauernd zu brechen und die Hauptstätten der osteuropäischen Kultur zu vernichten.

Die Besorgnisse vor einem Einfalle der Türken in Österreich waren schon nach dem Ausgange der Schlacht bei Mohacs und nach dem Einzuge des Sultans in Ofen mächtig rege und fanden in den Landtagsverhandlungen des Jahres 1526 lebhaften Ausdruck. Die Stände drangen auf Gründung eines Erblandevereines zur wechselseitigen Unterstützung in Schriften und Gegenschriften wie bei einem Processs. Im Ganzen blieben aber doch die Beschlüsse hinter der Ausführung zurück. Man stritt und zankte sich um die Höhe der zu leistenden Mittel, machte diese abhängig von der Erledigung der Beschwerden und war wohl bereit, ein Hilfscorps aufzustellen, aber nur zum Schutze der Grenzen des Landes. Auch auf den späteren Landtagen täuschten sich die Stände über die Größe der Gefahr. So bewilligte der niederösterreichische Landtag noch zu Ende des Jahres 1528 nur die Besteuerung der Prälaten und der niederen Geistlichkeit zur Kriegführung, sowie die Entrichtung eines Leibwachenpfennigs für den gemeinen Mann, während die Landherren und Ritter sich nur zur Beistellung einer Anzahl von Reisigen und Fußknechten zu verpflichten hatten. Nicht besser ergieng es dem König bei den deutschen Reichsständen. Nach heftiger Opposition bewilligte der Reichstag zu Speier im April 1529 eine mäßige Hilfe nur unter der Bedingung, dass der Kaiser die volle Religionsfreiheit zu gewähren versprach. Erst nach dem Eintreffen der Nachricht von der Überschreitung der Grenzen durch die Vorhut des türkischen Heeres erwirkte K. Ferdinand I. in Regensburg bedingungslos die Gewährung einer Aushilfe. Auf dem niederösterreichischen Landtage feilschten die Stände noch im Juni 1529 — zu einer Zeit, wo die Türken schon vor Ofen standen — um die Höhe der Summe und knüpften an ihre Gewährung sehr lästige Bedingungen.

Wien erwartete im Falle ununterbrochener siegreicher Fortschritte der türkischen Waffen das traurigste Los. Die Stadt war nach der Bezwingung der ungarischen und croatischen Festungen das letzte und größte Bollwerk zum Schutze gegen ein weiteres Vordringen der Türken nach dem Westen Europa's. Von ihrer Widerstandsfähigkeit, von dem Muthe und der Hingebung ihrer Vertheidiger hieng es ab, ob sich die Tage der Hunnen und Avaren wiederholen und die durch Jahrhunderte gepflegte Kultur deutscher

Gefilde einem wilden, greulichen Fanatismus zum Opfer fallen sollte oder nicht. Die Größe und Bedeutung der Bezwingung Wiens erkennend, träumte deshalb auch Suleiman seit Jahren von dem sehnlichen Verlangen, den Halbmond auf die Spitze des St. Stephansthurmes aufzupflanzen und die Stadt vom Grunde aus zu zerstören. Deshalb brachen auch er und seine Horden in Jubel auf; sie küssten, wie Stern von Labach schreibt, dreimal die Erde, als sich mit ihnen Zapolya und seine christlichen Freunde verbündeten und Verräther an ihren heiligsten Interessen wurden.

Seit der Mitte des XV. Jahrhunderts war viel zum Schutze der Stadt und der Vorstädte gegen feindliche Einfälle geschehen. Wiederholt wurden die Stadtmauern verstärkt, der Stadtgraben vertieft und verbreitert, die früher offenen Vorstädte durch Gräben, Zäune, ja selbst an einzelnen Stellen durch feste Mauern geschützt. An den in die Vorstädte einmündenden Straßen und an den höchst gelegenen Punkten der Vorstädte, wie bei den Klöstern zu St. Niklas und St. Tibold und der Kirche zu St. Ulrich, standen Thürme und Bollwerke. Die Erhaltung und die Vervollkommnung der Befestigungen hatte der Gemeinde fortdauernd große Geldopfer verursacht und einen nicht geringen Theil des Einkommens verschlungen. Man kann nicht behaupten, dass die Geldopfer nutzlos gebracht worden waren, indem, solange der Gebrauch der Feuergeschütze unbekannt war, die Stadt ihre Widerstandsfähigkeit dadurch erprobt hatte, dass sie niemals mit Waffengewalt, sondern stets nur durch Aushungerung in feindliche Hände gefallen war. Anders gestalteten sich die Verhältnisse nach der Ausbildung der Belagerungskunst unter dem Einflusse des Gebrauches der Feuergeschütze. Da reichten die alten Befestigungen zur Verhinderung der Annäherung des Feindes nur nothdürftig aus, insbesondere bei der Lage der Vorstädte, deren Häuser willkommene Stützpunkte für den Feind abgaben, von welchen aus er mit seinen Geschossen bis in die Stadt reichte. Den geringsten Schutz hatte Wien gegen die Donauseite, da es hier an einer Flotille fehlte, welche das Übersetzen des Canals durch feindliche Truppenabtheilungen verhindern konnte. Furcht und Bangen bemächtigte sich deshalb auch der Bürger bei dem Gedanken an ein Vordringen der Türken bis Wien, zudem über deren Belagerungsmittel, deren Grausamkeit und Raubsucht die schrecklichsten Gerüchte verbreitet waren.

Schon wenige Wochen nach dem Tode des Königs Ludwig von Ungarn wurden Berathungen zur Vertheidigung der Stadt getroffen. Im October 1526 stellte die Regierung alle Festungsbauten in den Vorstädten ein, mit Ausschluss der bereits vor dem Stubenthore bis an die Donau be-

gonnenen, weil alle Mittel auf die Vertheidigung der inneren Stadt concentriert werden sollten. Zur Verproviantierung der Stadt ordnete die Regierung die gute Instandhaltung aller Mühlen an. Der kaiserliche Zeugmeister hatte den Befehl, die Geschütze und Kriegswaffen der Stadt zu besichtigen und diese gebrauchsfähig zu machen. Von den Kleinodien der Kirchen wurden so viele in Anspruch genommen, dass aus dem Erlöse 4000 Pfund Pfennige zu den fortificatorischen Bauten und zur Anschaffung von Proviant verwendet werden konnten, wogegen allerdings der Stadtrath vergebens Einsprache erhob, in der Besorgnis, dass diese Verfügung unter den Bürgern, von denen die meisten Kleinodien als fromme Geschenke herrührten, Aufregung hervorrufen werde. Zur Aufrechthaltung der Verbindung der Stadt mit Süddeutschland, Böhmen und Mähren rüstete die Regierung eine Donauflotille aus. Die fortificatorischen Arbeiten wurden schon im Jahre 1527 unter Leitung der fürstlichen Baumeister Johann Tscherte und Georg Lang in Angriff genommen und von der Stadt hiefür allein 7690 Pfund Pfennige verausgabt. Zum obersten Feldhauptmann für die niederösterreichischen Lande, beziehungsweise auch für Wien, ernannte der König im Jahre 1528 Niklas Grafen zu Salm den älteren, seinen vorzüglichsten, durch glänzende Waffenthaten in Italien und Ungarn berühmtesten Feldherrn.

Nachdem den Türken am 10. September 1529 die vollständige Einname der Festung Ofen gelungen war, brach Sultan Suleiman nach Wiedereinsetzung des Zapolya zum König von Ungarn mit seinem Heere sogleich nach Wien auf. Ohne Gegenwehr ergaben sich die Donaufestungen Plintenburg, Gran, Komorn und Altenburg. Nur Preßburg leistete Widerstand; sein Vertheidiger Zalai erklärte dem Sultan, das Schloss erst dann übergeben zu wollen, wenn Wien erobert sein würde.

Auf ein so rasches Anrücken der Türken war man in der Hauptstadt nicht vorbereitet. Weder der Ausbau der Befestigungswerke war vollendet, noch eine genügende Besatzung und ein ausreichender Vorrath von Lebensmitteln angesammelt. Neue Anstrengungen wurden gemacht, das Versäumnis nachzuholen. Der oberste Feldhauptmann Graf Niklas Salm zog schleunigst alle zur Verfügung gewesenen Truppen aus der nächsten Nähe nach Wien; er sandte Eilboten nach Deutschland zur Beschleunigung des Anmarsches der Reichstruppen und requirirte vom flachen Lande alle Getreidevorräthe. Unter den Bürgern herrschte über das Schicksal ihrer Stadt eine verzweifelte Stimmung, zudem sich Gerüchte verbreitet hatten, dass keine Aussicht auf das rechtzeitige Eintreffen der Reichshilfe vorhanden sei. Insolange der König mit seinem Hofstaat in der Burg verweilte, dachten nur wenige an ihre

persönliche Sicherheit. Als aber K. Ferdinand nach Linz übersiedelte, verließen die wohlhabenden Bürger mit ihren Familien und ihren Wertsachen die Stadt. Am 17. September begann die Flucht, welche an den nächsten Tagen solche Dimensionen annahm, daſs von den zwölf Stadträthen nur der Bürgermeister Wolfgang Treu, der Stadtrichter Pernfuß und drei Rathsmitglieder, und von mehr als 3500 bewaffneten Bürgern kaum 3—400 standhaft auf ihren Posten ausharrten. Mit gutem Grunde konnte deshalb auch Bürgermeister Treu dem K. Ferdinand, der in seiner Geldnoth von Linz aus bei ihm vertraulich angefragt hatte, ob nicht von den Bürgern Gold- und Silbergeschirre zu erlangen seien, am 18. September 1529 antworten, daſs er mit einer solchen Forderung zu spät komme, indem die meisten Bürger mit ihrem Hab und Gut in andere Länder geflohen seien.

Nach dem Eintreffen der Vorhut der türkischen Hauptmacht bei Bruck an der Leitha hielt Graf N. Salm einen großen Kriegsrath ab. Infolge der bedenklichen Lage Wiens wurde die Frage in Erwägung gezogen, ob es zweckmäßiger sei, außerhalb der Stadt ein Lager zu beziehen und dort dem Feinde eine Schlacht anzubieten oder sich in eine Belagerung einzulassen. In einem an den König über diesen Kriegsrath am 20. September 1529 erstatteten Berichte machte Graf Salm geltend, daſs die Besatzung derzeit aus 9900 Fußknechten und 2600 Reisigen bestehe und es gewagt sei, sich in einem so ausgedehnten und ungenügend befestigten Orte wie Wien, der überdies schlecht verproviantiert sei, mit einer Truppenmacht von 12.000 Mann einsperren zu lassen. Der Kriegsrath entschied sich, Wien nur bis zur Ankunft der Reichshilfe besetzt zu halten und hierauf den Feind im offenen Felde zu erwarten, mittlerweile jedoch Proviant mit Gewalt in die Stadt hereinzubringen und zu einer besseren Befestigung alle möglichen Vorkehrungen zu treffen. Was Graf Salm zu thun gedachte, wenn sein ganzes durch die Reichshilfe verstärktes Heer von den Türken geschlagen werden würde, ist zwar in dem Berichte nicht bestimmt ausgesprochen. Wahrscheinlich wollte er in diesem Falle nur die nothwendigste Besatzung nach Wien werfen und mit seiner Hauptmacht sich zurückziehen. In der Besorgnis vor der Ausführung eines solchen Vorhabens liegt auch der Schlüssel zur Lösung des zaghaften Verhaltens der Bürgerschaft. Sie fürchtete die Preisgebung der Stadt angesichts der Schwierigkeit ihrer Vertheidigung und wollte sich nicht nutzlos der Gefahr eines barbarischen Gemetzels aussetzen.

Schon am nächsten Tage, nach Absendung des Berichtes an den König, trafen die ersten Abtheilungen der sehnlichst erwarteten Reichs-Hilfsvölker unter dem Commando des Pfalzgrafen Philipp von Baiern zu Schiffe

von Passau in Wien ein. Das muthige und entschlossene Auftreten des jungen Fürsten, seine Erklärung, mit Leib und Leben in Wien bleiben und mit der Besatzung alle Leiden ertragen zu wollen, rief eine Wendung in den Entschlüssen des Kriegsrathes herbei. Auf die Beseitigung der Proviantnoth und die Bildung eines Entsatzheeres vertrauend, beschloss dieser, die innere Stadt auf das Äußerste zu vertheidigen und nur die Vorstädte preiszugeben.

Nach dem Einrücken der Reichstruppen — die letzten Abtheilungen trafen am 25. September ein — bestand die Besatzung der Stadt aus ungefähr 20.000 Mann. Das Obercommando derselben behielt Graf Niklas Salm der ältere; ihm zunächst im Commando stand sein Schwager, der oberste Feldhauptmann Wilhelm Freiherr von Roggendorf. Zum Zwecke der Vertheidigung wurden die Befestigungen in Quartiere getheilt und deren Leitung folgenden Commandanten anvertraut: den Theil vom Stubenthor abwärts bis zum Piberthurm und Rothenthurm und von ersterem aufwärts bis zur Hälfte des Kärntnerviertels dem Pfalzgrafen Philipp von Rhein mit einem Theil der Reichstruppen, von hier bis zum Augustinerkloster Eck von Reischach mit sechs Fähnlein Landsknechten und von letzterem bis in den Burggarten Abel von Holneck mit sechs Fähnlein steierischer Truppen; die Burg bis zum Schottenthor Leonhard von Fels mit sieben Fähnleins des „alten Haufens", d. i. alter in den Feldzügen gegen Zapolya wiederholt verwendeter Truppen; das Schottenthor bis zum Judenthurm und Elendthurm Reinprecht von Ebersdorf mit zwei Fähnlein Knechten und den Spaniern (die dann während der Belagerung in das Kärntnerviertel zur Verstärkung der dortigen Truppen verlegt wurden); den Thurm in Elend bis zum Rothenthurm Obersten Ernst von Brandenstein mit zweitausend böhmischen Hilfstruppen, dann Wilhelm von Wartemberg und Hans von Hardegg, den beiden letzteren mit deutschem Reichsvolk. Von den Mitgliedern der Regierung blieben in der Stadt: der Statthalter Georg Freiherr von Puchheim, der Kanzler der niederösterreichischen Lande Niklas Rabenhaupt von Sucha, der Vicedom Max Beck von Leopoldsdorf und neun Kriegs-, Regiments- und Kammerräthe. — Für die Aufrechthaltung der Ordnung und die Pflege der Verwundeten hatten Bürgermeister Wolfgang Treu, der Stadtrichter Paul Pernfuß und die drei zurückgebliebenen wackeren Stadträthe Sebastian Eisler, Sebastian Schrantz und Wolfgang Mangold zu sorgen. Die Leitung der schwierigen und gefahrvollen fortificatorischen Arbeiten während der Belagerung blieb in den Händen des königlichen Baumeisters Johann Tscherte. Ohne Nutzen

blieb die Donauflotille, da die zur Bemannung bestimmten wällischen Schiffleute nicht rechtzeitig eintrafen. Um die Schiffe nicht in die Hände der Türken gelangen zu lassen, wurden sie theils verbrannt, theils in die Donau versenkt.

Schon am 19. September erschien die Vorhut des Feindes vor Wien und wüthete mit Stürmen und Brennen in der unmittelbaren Umgebung. Um sie zu vertreiben, wurde aus der Festung ein Ausfall gemacht, bei dem aber die Belagerer Verluste erlitten hatten. Die Köpfe der gefangenen Soldaten sandte der Pascha Mohamed Beg dem Sultan nach Bruck an der Leitha, wo die türkische Hauptmacht am 20. September eingetroffen war. Sonntag den 22. September bezog der Pascha mit dem rumelischen Heere vor Wien ein Lager. An demselben Tage ließ Graf N. Salm die Vorstädte in Brand stecken, damit sich die Feinde nicht unmittelbar vor den Mauern festsetzen konnten, worauf die Türken das Kloster zu St. Theobald in Flammen aufgehen ließen. Montag den 23. September erschien der Sultan selbst mit seinen Janitscharen und dem Reste des Belagerungsheeres. Bei St. Mary erhob sich sein kostbares Zelt inmitten eines weiten von der Donau bei Ebersdorf bis Simmering und den Wienerberg aufwärts und bis gegen Schwechat und Trautmannsdorf abwärts reichenden, durch Schanzen und Gräben geschützten Flächenraumes, auf welchem das aus 300 Stücken bestehende Feldgeschütz stand und 12.000 Janitscharen und 500 Mann der Leibgarde lagerten. Gegen die Stadt zu bis zum Ladislausthurm (auf der Wieden) war das Gros des Heeres unter Führung des Ibrahim Pascha aufgestellt. Auf dem Walle nächst dem Ladislausthurm erbauten die Türken eine Schanze für acht Falconets zur Beschießung des Kärntnerthurms. Eine zweite Schanze mit hohem Wall, hinter welchem Geschütze standen, warfen die Türken bei der Heiligengeistmühle vor dem Kärntnerthor auf. Hier schlugen sie über die Wien Brücken, drangen in die Vorstadt und gruben bei vierzig Gänge in die Erde, die bis zum Stadtgraben reichten und unter deren Schutz sie die Stadtmauern zu ersteigen versuchten. In den Vorstädten vor dem Kärntner- und Burgthor setzten sich auch die in großer Zahl mitgebrachten Büchsenschützen in die niedergebrannten Häuser fest, bohrten in die Mauern Schiesslöcher und unterhielten hier ununterbrochen und gut gedeckt bei Tag und Nacht das heftigste Feuer. Auf der Anhöhe bei St. Theobald bis gegen Penzing stand der Pascha von Anatolien mit seinen Truppen, im St. Ulrichsthale der Pascha von Bosnien und am Sporkenbühel (Thury) bis nach Heiligenstadt der Pascha von Mostar mit seinen Truppen. An

der Donau in einer Au gegenüber dem Neubruch und an der Gstetten hinauf bis gegen Nussdorf beherrschte ein Corps die Wasserstraße und sicherte die Proviantierung.

Unter den ungünstigsten Witterungsverhältnissen begann die Belagerung. Sturm, Regen und Kälte belästigten den an südliches Klima gewohnten Feind und erschwerten die Zufuhren. Die Hoffnung der Belagerten gieng dahin, durch häufige, immer wiederkehrende Ausfälle den Feind zu ermüden, durch Ausdauer und Wachsamkeit dessen Angriffe auf die Befestigungen zurückzuweisen, bis das Entsatzheer eintreffen oder bis der eintretende Winter den Feind zur Aufhebung der Belagerung zwingen würde. Von begeisteter Hingebung für die übernommene große Aufgabe erfüllt, gelobten die Belagerten standhaft und muthig die letzte Bresche zu vertheidigen, den letzten Mann der heiligen Sache der Religion, Kultur und Freiheit zu opfern.

Am 23. September, nach einer stürmischen Nacht, unternahm Graf Salm den ersten größeren Ausfall. Fünfhundert Reiter rückten vom Stubenthor aus gegen St. Marx vor und lieferten den Türken ein Gefecht, das aber unglücklich endete, indem sie mit dem Verluste von drei Todten und sieben Gefangenen in die Festung zurückgeworfen wurden. Unter den letzteren waren Graf Hans von Hardegg und Fähnrich Christoph Zedlitz. Am folgenden Tage von dem Sultan befragt, ob die Vertheidiger nicht geneigt seien, die Stadt aufzugeben, erwiderten diese, dass sie Leib und Leben für deren Erhaltung zu opfern bereit seien. Als hierauf der Sultan aus ihrem Munde erfahren, dass der König die Stadt verlassen, erklärte er, ihn inmitten des deutschen Reiches aufsuchen zu wollen, und tadelte das Niederbrennen der Vorstädte, wodurch viele Bewohner arm gemacht wurden. Am zweiten Tage der Gefangenschaft schickte der Sultan den Fähnrich Zedlitz und vier andere Soldaten, mit Seidenkleidern und Gold beschenkt, in die Stadt, und verlangte von dem Grafen Salm die sogleiche Übergabe der Stadt mit dem Anerbieten, seine Leute in das Innere nicht lassen zu wollen, widrigens er Wien vollständig zerstören wolle. „Wie ein Gott im Himmel ist," betheuerte Suleiman, „so sei es billig, dass auch auf Erden nur ein Haupt und ein Regent herrsche. Und dieser wolle er sein und seinen Kopf nicht früher zur Ruhe legen, bis er nicht die ganze Christenheit bezwungen habe." Als Graf Salm diese Drohung unbeantwortet ließ, traf Suleiman energische Anstalten zur Bezwingung Wiens, und entsendete gleichzeitig Streifcorps bis nach Oberösterreich und Steiermark zur Plünderung, Verwüstung und Verbrennung der Städte und Dörfer und zur Niedermetzlung der Einwohner.

Am 25. September war der Aufmarsch des türkischen Belagerungsheeres vollendet. In dichten Reihen standen die Zelte rings um die Stadt und verhinderten jeden Verkehr nach außen. Am 26. September schlossen 500 vor der großen Donaubrücke erschienene Nassernschiffe, welche die Brücken in der Wolfsau und am Tabor in Brand steckten, die Stadt von der Flussseite ein.

Am 28. September machten drei Fähnleins Knechte mit einigen Reitern beim Burgthor einen Ausfall gegen das Corps des Paschas von Semendria und tödteten an 300 Janitscharen, während die Türken 30 Knechten die Köpfe abschnitten und 10 Mann gefangen nahmen. An demselben Tage drangen Reiter in die Schottenau. Am 29. September suchten die Vertheidiger durch ein heftiges Feuer von den Festungswällen und Thürmen die Minenarbeiten der Türken zu stören. Am 30. September hoben die Türken die Wache der Landsknechte an der Schlagbrücke auf. In der Festung wurden zur Erhöhung der Proviantportionen die Vorräthe an Wein, Mehl, Fleisch, Salz und Schmalz aufgenommen. Als hierauf jede Rotte 8 Brode und 15 Achter Wein erhielt, machte der ungewohnte starke Wein die Knechte so betrunken, dass mit denselben nichts anzufangen war, worauf die Weinportion wieder verringert wurde. Am 1. October unternahmen 300 Landsknechte einen Ausfall beim Schottenthor, jedoch ohne Erfolg. Am 2. October erhielten die Begs von Semendria und Bosnien den Befehl, mit ihren Soldaten die Stadtmauer zu untergraben. Die Akindschibegs stellten mit ihren Rennern Leitern zurecht; die Leibgarden und die Anatolier trugen zur Ausfüllung des Grabens Faschinen herbei. Am 3. October stieg der Ernst der Lage. Die Türken begannen ein heftiges Feuer bis tief in die Nacht, und in Erwartung eines beginnenden Sturmes blieb die ganze Besatzung unter Waffen. Das Kärntnerthor und die Schlagbrücke daselbst geriethen in Brand. Ein Ausfall in die Widmervorstadt hatte anfangs einen günstigen Erfolg. Die Türken wurden aus dem Frauenhaus verjagt; viele von ihnen aber erschlagen. Als sich die Soldaten in die Festung zurückziehen wollten, verfolgten sie die Türken. Vor dem Widmerthor kam es zum Handgemenge. In der Furcht vor dem Eindringen in die Stadt wurde das Eingangsthor geschlossen und ein Theil der von der Festung abgeschnittenen Ausfallstruppen, bei 500 Mann, geköpft. Am 4. October erneuerte sich das Feuer der Türken so heftig, dass das Gegenfeuern der Mannschaft auf dem Kärntnerthurm eingestellt werden musste, bis ein hölzerner Schutzwall errichtet worden war. Die Türken, ununterbrochen mit dem Minengraben beschäftigt, wurden so kühn, dass sie auf Leitern die Mauern erstiegen und durch die

Hauptstadt Wienn in Osterreich/ sampt der ſewigen gelegenheit/

Taf. I.

Land/ Auch wo er ſich vnd ſeine Waſcha allenthalben in die Landſchafft gelegert/ die Stadt mit groſſem Schieſſen/ Stürmen/ Graben/ Tag vnd Hülff/ auch Manlichen Widerſtand/ ſo ſie dem Erbfeind gethan/erhalten haben/ Iſt auß dieſer Contrafactur ſampt dem Bericht ſo dazu gehört/ gnugſam zuvernemen.

Zu k. Weiss Geschichte der Stadt Wien II Bd

R. v Waldheim art. Anst

Bruchstück von Niclas Meldemann's
„Rundansicht der Stadt Wien während der ersten Türkenbelagerung" (1529)
(Facsimile)

Schießlöcher zwei Fähnleins hineinsteckten. Eck von Reischach hielt eine ermuthigende Ansprache an seine Soldaten, das traurige Los verkündigend, das ihnen beim Falle der Festung bevorstehe. Eine den Türken entkommene Frau wurde an einem Seil über die Mauern gebracht. Drei ihrer Kinder hatten die Türken erwürgt, eine Tochter grausam misshandelt. An demselben Tage begann die Verringerung der Proviantportionen. Am 5. October blieben aus Furcht vor einem Überfalle aus der Festung sämmtliche Paschas und Agas mit ihren Leuten zu Pferde in Bereitschaft. In der Festung verbreitete sich schon um 5 Uhr morgens große Aufregung durch die falsche Nachricht, dass ein Stück Stadtmauer einzustürzen drohe. Um 6 Uhr abends versammelte Pfalzgraf Philipp alle Hauptleute und ließ durch das Los entscheiden, welche Fähnleins aus den Regimentern den großen Ausfall am folgenden Tage mitzumachen haben. Am 6. October fand dieser Ausfall statt, zu dem Zwecke, die Türken aus den Schanzen und Gräben zu vertreiben. Vom Salzthurm aus griffen 8000 Mann die Türken in ihren Stellungen vor dem Widmer- und Kärntnerthor an. Es entspann sich ein gewaltiger Kampf. Eck von Reischach verlor den Vordertheil seines Harnisches und Panzers, Steinpeis wurde erschossen und Wolf Hagen, Hauptmann des alten Haufens (aus den Feldzügen in Ungarn) bei St. Martin mit einigen Knechten und Doppelsöldnern enthauptet. Der Sieg blieb den Türken. Die Angreifenden erreichten zur Noth die Festung. Nachmittags wurden zwei Minen gesprengt und zwei Breschen geschossen. Es kam zu heftigem Handgemenge und mit Noth wehrten die Truppen die eindringenden Türken ab. In der Nacht auf den 7. October machten sie unter großem Lärm Vorbereitungen zu einem Sturm. Bis 5 Uhr nachmittags stand die Besatzung in Schlachtordnung, ohne dass es aber zu einem Kampf gekommen war. Um 9 Uhr abends schickten sich die Nassern beim Rothenthurmthor scheinbar zum Angriffe an. Zwei Basteien wurden ausgebrannt und die Stadtmauer an zwei Orten bei St. Clara gesprengt.

Am 8. October erklärte der tapfere Pfalzgraf Philipp neuerdings seinen Soldaten, mit Leib und Leben bei ihnen ausharren zu wollen und verkündigte ihnen, dass die Vorhut des Entsatzheeres, bestehend aus den Regimentern des Kunz Gotzmann und Jakob von Wernau bereits in Korneuburg angelangt sei und die Absicht habe, sich in die Stadt zu werfen. Am 9. October gelang es den Türken, um 2 Uhr nachmittags, nach einem furchtbaren Kanonenfeuer an zwei Orten neben dem Kärntnerthor mehrere Klafter breite Breschen in die Stadtmauer gegenüber von St. Clara zu sprengen. Weiteres Unglück wurde dadurch verhütet, dass

es den Vertheidigern durch ihre Gegenminen gelungen war, dem Feinde acht Tonnen Pulver wegzunehmen, wobei sich ein bedeutender Kampf entspann, in welchem Niklas Graf Salm, Hans Katzianer und andere Hauptleute persönlich eingriffen. Nach großen Verlusten an Mannschaft wurden die Angriffe der Türken energisch zurückgewiesen, die Breschen geschlossen und die schwer beschädigten Stadtmauern zur Noth ausgebessert. Ein anderer Feind — Verrath drohte aber den Muthesmuth der Vertheidiger zu erschüttern. Zwei Spione wurden entdeckt und erbarmungslos aufgehängt. Aber auch im türkischen Lager riss durch Mangel an Proviant Entmuthigung ein. Der Sultan beschloss deshalb einen großen Sturm zu wagen und nach dessen allfälligem unglücklichen Ausgang die Belagerung aufzuheben. Am 10. October bereiteten die Türken auf der ganzen Linie vor dem Kärntnerthor das blutige Unternehmen vor. Schon am frühen Morgen ritten Herolde durch das Lager und stellten denjenigen, welche die Festung erstürmten, eine große Belohnung in Aussicht. Ein furchtbares, anhaltendes Geschützfeuer schwächte derart die Widerstandskraft der Stadtmauern, dass dieselben gestützt und die Brustwehren mit Holz und Erdreich angeschüttet werden mussten. Auf das Äußerste gefasst, ließ Graf Salm innerhalb der Stadtmauer breite Gräben ziehen, damit die Türken beim Überschreiten der Stadtmauer ein neues Hindernis zu überwinden hätten.

Zur Aneiferung erschien der Sultan persönlich in den Laufgräben und belobte den Pascha über die Wirkungen der Minensprengung. Am darauffolgenden Tage — 11. October — versuchten die Türken in der Ausdehnung vom Kärntnerthor bis zum St. Laurenzkloster den ersten gewaltigen Sturm auf die Festung, nachdem sie früher durch eine Mine in der Mauer beim Kärntnerthurm neuerlich eine Bresche gesprengt hatten. Sie wurden aber mit einem Verluste von 1000 Mann zurückgeworfen; die Vertheidiger verloren nur 30 Mann. Nochmals forderte der Sultan den Grafen Niklas Salm zur Übergabe der Festung auf; er bot den Soldaten wie den Bewohnern freien Abzug mit ihren Familien und ihrer Habe an und versprach, dass seine Soldaten außerhalb des Umkreises der Festung bleiben sollen. Nach Ablehnung der Capitulation eröffneten die Türken am 12. October vormittags mit dem Muthe der Verzweiflung den Angriff. Durch die Wirkung ihrer Geschütze und infolge zweier Minensprengungen stürzte um 3 Uhr nachmittags ein großer Theil der Stadtmauer vom Kärntnerthor bis zum Stubenthor ein. Mit unvergleichlicher Tapferkeit traten die Knechte und die Spanier mit flatternden Fähnleins in geschlossenen Reihen vor und bildeten mit ihren Leibern eine feste, unerschütterliche

Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien. II Bd

R. v. Waldheim art. Anst Wien.

Fliegende Blätter über die erste Türkenbelagerung (1529)
v. Hans Guldenmundt
Sultan Suleiman.
(Facsimile.)

nicht mehr die gefährdeten Orte verlassen und stündlich sich die Zahl der Soldaten durch feindliche Kugeln, durch Minensprengungen und infolge der Erschöpfung der Kräfte vermindert. Eindringlich beschwor Graf Salm am 11. October den zögernden Pfalzgrafen Friedrich, „ihnen eilend und eilend zu hilf, trost und rettung zu kommen und dasselb keinen augenblick in lengern verzug stellen"; er erneuerte nach dem furchtbaren Sturme am 12. October nachmittags sein Bitten und Drängen und machte ihn für das Eintreten der nahezu unvermeidlichen Katastrophe verantwortlich. Aber selbst diese eindringliche Mahnung war auf den Pfalzgrafen Friedrich ohne Eindruck geblieben, da kleinlicher Eigennutz und heimliche Schadenfreude über die Bedrängnis des K. Ferdinand alle anderen Rücksichten überwogen.

Der Rückzug der Türken wurde in aller Stille begonnen, damit die Belagerer darüber in Unkenntnis blieben. Von den zurückgebliebenen Türken wurde noch am 13. und 14. October das Beschießen und das Stürmen erneuert, und am letzten Tage um 12 Uhr mittags rechts und links vom Kärntnerthurm zwei Minen gesprengt. Bei Zurückweisung des letzten Sturmes erlitt der greise Führer Graf Niklas Salm, der an der gefährlichsten Stelle durch seine persönliche Theilnahme den gesunkenen Muth der Soldaten zu entflammen bemüht war, durch ein abgesprengtes Steinstück am Schenkel eine Wunde. Es war der letzte fruchtlose Versuch, den heldenmüthigen Widerstand der Stadt zu brechen. In der Nacht verkündigten das Geheule und Lärmen der Türken und ihrer Gefangenen, die Feuer der angezündeten Zelte und Geräte den Vertheidigern die Erlösung von den Leiden und Bedrängnissen der letzten Wochen. Mit entsetzlichen Greuelthaten begleiteten die Türken ihren Abzug, indem sie mehr als 2000 gefangene Christen — Männer, Frauen und Kinder — ermordeten und den Rest in die Gefangenschaft schleppten.

Mit Jubel begrüßte die Stadt die Nachricht von der Aufhebung der Belagerung. Boten eilten nach Prag und überbrachten K. Ferdinand I. die Kunde. Von St. Stephan ertönten Schalmeien und Flöten, und auf den zerschossenen Wällen ertönten Freudensalven. Am 15. October versammelten sich unter dem Geläute aller Glocken die Commandanten, die Hauptleute und die Behörden in dem St. Stephansdome zur Beiwohnung eines feierlichen Tedeums. Alle Leiden und Entbehrungen waren vergessen, welche die Soldaten und Bürger zu ertragen hatten. Dankerfüllt eilte Bürgermeister W. Treu, der bis zur letzten Stunde unermüdet sein schweres Amt auf den Wällen wie in den Spitälern versehen, an das Krankenlager des verwundeten Grafen Salm, um ihm und den übrigen Führern für ihre

O Herre Gott laß dich erbarmen
Vnser Ellendt gefangen armen
Erwürgen sech wir vnsere kinder
Genumen sind vns Schaff vnd Rinder
Hawß vnde hoff ist vns verbrent
Vnd wir gefürt in das ellendt
Wch das vns vnser mütter trüg
Erst muß wir ziehen in dem pflüg
Vnd Gersten essen wie die Pferdt
Mit vnserm munde von der erdt
Zum grymer todt vnd vns erlöß
Von dem grausamen Thürcken böß.

Hans Guldenmundt.

Die gefangen klagen.

Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien. II. Bd

R. v. Waldheim art. Anst. Wien.

Fliegende Blätter über die erste Türkenbelagerung (1529)
v. Hans Guldenmundt
Der Gefangenen Klagen.
(Facsimile.)

Tapferkeit zu danken *). „Die ehrlichen, ritterlichen treuen Leute," schreibt Peter Stern von Labach, ein Augenzeuge der Belagerung, „sind in besonderen Ehren zu halten, insbesondere sind die deutschen Lande zu großem Dank schuldig. Denn hätte der Türk Wien erobert, so wäre er noch diesen Herbst in die oberen deutschen Lande gedrungen und hätte alles verbrannt und verdorben. Sein Gelöbnis, dass er drei Jahre darauf verwenden wolle, um Deutschland seine Gewalt und Macht fühlen zu lassen, würde in Erfüllung gegangen sein **)."

Nach den ersten Freudenausbrüchen trat der Ernst der Lage der Stadt in den Vordergrund. Die Besatzung hatte 1700 und die Bürgerschaft über 700 Todte. Es bedurfte neuer Mühen und Anstrengungen, die zerrütteten Verhältnisse zu ordnen, das bürgerliche Leben, Handel, Gewerbe und Verkehr wieder in normale Bahnen zu lenken und die traurigen Spuren der Belagerung auf den Stadtwällen, den Straßen und Plätzen zu beseitigen. Zunächst traf drei Verräther die Todesstrafe, welche im Einverständnisse mit den Türken an einem verabredeten Tage die Stadt in Brand stecken wollten, um in der Verwirrung und Aufregung sich derselben zu bemächtigen. Eine bedenkliche Meuterei der fremden Soldaten drohte durch den außerordentlichen Geldmangel, den die niederösterreichischen Stände verschuldet hatten, zum Ausbruch zu kommen. Am 20. October 1529 traf Pfalzgraf Friedrich, der oberste Feldhauptmann der am Reichstage zu Speier gewährten Hilfstruppen, in Wien ein und übernahm von seinem Neffen, dem tapferen Pfalzgrafen Philipp, das Commando über die vierzehn

*) Dem Andenken des heldenmüthigen Vertheidigers der Stadt Wien, Grafen Niklas Salm († 4. Mai 1530), wurde von seiner Gemahlin ein prachtvolles Denkmal in der St. Dorotheerkirche in Wien errichtet. Nach Aufhebung der Kirche wurde dasselbe von der Familie reclamiert und nach Raitz in Mähren gebracht. Es gelang den Bemühungen des Wiener Alterthumsvereines bei Sr. Durchlaucht dem Fürsten und Altgrafen Hugo zu Salm-Reifferscheidt, dass dasselbe neuerdings nach Wien kam. Nach dessen Restaurierung auf Kosten des erwähnten Vereines wurde das Denkmal am 17. April 1878 in der Heilands- (Votiv-) Kirche aufgestellt.

**) Das Ereignis der ersten Türkenbelagerung Wiens wurde gleichzeitig in Schriften und Abbildungen gefeiert, worauf ich in den „Quellen und Belegen" dieses Bandes zurückkommen werde. Unter den letzteren sind die interessantesten Niklas Meldemann's „Rundansicht der Stadt Wien zur Zeit der ersten Türkenbelagerung" und Hans Guldenmundt's „Fliegende Blätter über das türkische Heer". Auf Tafel I folgt das Facsimile eines Theiles des überaus seltenen Blattes von N. Meldemann und auf Tafel II und III folgen die Facsimile zweier Blätter von H. Guldenmundt, und zwar „Sultan Suleiman" und „Der Gefangenen Klagen" nach den im Besitze des FZM. R. v. Hauslab befindlichen Originalien.

Fähnlein Reichssoldaten. Diese, eingedenk ihrer muthigen, aufopfernden Haltung, forderten am 23. October vor ihrer Rückkehr nach Deutschland die Auszahlung des zweimonatlichen Soldrückstandes, eines dreifachen Sturmsoldes und den Nachlass der Vergütung für den von ihnen bezogenen Proviant. Da weder Pfalzgraf Friedrich noch der Bürgermeister im Stande waren, das Begehren ganz zu erfüllen, so traten die Knechte bei dem St. Clarakloster in einen Ring zusammen, fällten die Spieße gegen die in ihrer Mitte befindlichen Obriste und drohten die Stadt zu plündern. Vergebens blieben alle Vorstellungen des Pfalzgrafen Friedrich; sie schlossen am 26. October abermals einen Ring und erneuerten ihre Drohungen. Schließlich stellten sie sich mit dem Proviantnachlasse zum Nachtheile der Bürger, die nunmehr aus Eigenem Ersatz zu leisten hatten, und dem einfachen Sturmsold zufrieden. Das Schlimmste aber war, dass nun auch die böhmischen Soldaten und jene der österreichischen Städte die gleichen Begehren stellten und sogar den Grafen Salm in seinem Hause bestürmten, bis es Leonhard von Vels und Eck von Reischach gelang, die Forderungen zu ermäßigen und mit Hilfe der inzwischen eingetroffenen Gelder zu begleichen. — Unterdessen waren auch die Bürger, welche während der schweren Bedrängnis aus der Stadt geflohen waren, zurückgekehrt. Schuldbewusst, waren die meisten bereit, für ihre Haltung eine Strafe über sich ergehen zu lassen. Jedoch mit Rücksicht auf die Zustände, die in Wien unmittelbar vor der Ankunft der Türken herrschten und die Furcht und Verzagtheit der Bürger erklärlich machten, befahl König Ferdinand, von einer Bestrafung abzusehen. Nur jene, welche in Amt und Würde gewesen waren und ihre Pflichten verletzt hatten, sollten ihr schmähliches Verhalten büßen. Obwohl auf Fürbitte des Bürgermeisters die strafweise Ausstoßung dieser Männer aus dem Stadtrathe unterblieb, so wurde dieser doch, ungeachtet die Wahlperiode noch nicht abgelaufen war, neu besetzt. — Die obdachlosen Familien der Bewohner der abgebrannten Vorstädte erhielten Holz und Geldbeträge zur vorläufigen Errichtung von Nothhütten, bis die Frage des Wiederaufbaues der Vorstädte entschieden war. Die daselbst befindlichen Klöster St. Niklas auf der Landstraße, das der Heiligengeistbrüder vor dem Kärntnerthor, St. Martin und St. Theobald vor dem Widmerthor, St. Magdalena vor dem Schottenthor und St. Johann im Oberen Werd wurden nicht mehr aufgebaut und deren Mönche und Nonnen anderweitig versorgt. Für das zugrunde gegangene Spital vor dem Kärntnerthor entschädigte K. Ferdinand I. die Bürger später durch die Überlassung eines Theiles des St. Clarakloster in der Stadt, wohin die Armen und Kranken

vor Beginn der Belagerung gebracht worden waren. — Die größte Schuld an dem durch den Einfall der Türken in Österreich herbeigeführten Unglücke maß der König dem Verhalten der niederösterreichischen Stände zu. Auf dem am 9. December 1529 in Wien eröffneten Landtage warf er ihnen vor, dass ihr Mangel an Opferwilligkeit Österreich zu einem Grenzlande gegen die Türken gemacht habe und dass nunmehr fort Einfälle von diesen und dem Grafen Hans von der Zips zu besorgen seien. Er wies darauf hin, dass nur wenige die vom Landtage bewilligte Geldhilfe leisteten und dem Aufgebote gemäß nach Wien zogen, und verhängte über die Ungehorsamen eine Geldstrafe, deren Verweigerung mit Güter-Confiscation bestraft werden sollte. Waren diese Vorwürfe auch nicht vollständig gerechtfertigt, so unterlag es doch keinem Zweifel, dass die Stände zur Erhaltung und Rettung Wiens wenig beigetragen hatten und die Anklage des Königs auf dem General-Landtage in Linz (Jänner 1530), wonach Wien nicht durch die Stände des eigenen Landes, sondern durch die Reichsstände und die Bemühungen des Königs seinem Verderben entrissen worden sei, gerechtfertigt war.

Bei der Entmuthigung, die sich der Türken infolge ihrer vergeblichen Belagerung Wiens bemächtigt hatte und bei dem Rückschlage, den dieses Ereignis auf die Partei des Zapolya übte, wäre es für K. Ferdinand I. nicht schwer gewesen, seine Herrschaft in Ungarn zu befestigen, wenn er mit verstärkter Heeresmacht die Türken und ihre Freunde hätte verfolgen können. Er hatte aber nicht einmal genügend Geld, die alten Truppen zu bezahlen und zusammenzuhalten, viel weniger, dass er die Mittel besessen hätte, neue Truppen heranzuziehen. So geschah es, dass sich nur einzelne Abtheilungen herbeiließen, in Ungarn einzurücken, welchen es allerdings gelang, sich einiger Grenzplätze, wie Altenburg, Raab, Komorn, Martinsberg und Trentschin zu bemächtigen. Aber schon die Einnahme des Schlosses Gran scheiterte, so dass an eine Wiedereroberung der Festung Ofen nicht gedacht werden konnte.

In dieser Lage folgte Ferdinand I. dem Rathe seines Bruders K. Karl V. und ließ in den Operationen gegen Ungarn einen Stillstand eintreten. Mittlerweile sollte durch eine nach Konstantinopel entsendete Botschaft (1530) der Versuch gemacht werden, den Sultan zur gänzlichen Räumung Ungarns zu bestimmen. Mit Zapolya hoffte Ferdinand umso leichter fertig zu werden, als das Land, der inneren Fehden müde, sich nach dem Frieden sehnte. Stolz und hochmüthig wies der Sultan die Anträge zurück; er forderte den K. Ferdinand I. drohend auf, die Festungen heraus-

zugeben, die er noch in einem Theile von Ungarn besitze und erklärte den Gesandten entschieden, dass Wien und alles, was ihr Herr in Deutschland besitze, ihm gehöre. Hierüber empört, wollte dieser im Spätherbst 1530 zum Schwert greifen und durch Roggendorfer Ofen einnehmen lassen. Als das Unternehmen misslang, entschloss er sich zu dem demüthigenden Schritte, dem Sultan einen Jahrestribut anzubieten, falls dieser Ungarn räume. Auch dieses Anerbieten verfieng nicht. Die alten Nebenbuhler der Habsburger und die Mitglieder des Schmalkaldner Bündnisses verdoppelten im Vereine mit Zapolya, und unterstützt von Frankreich, nach der von K. Karl V. geförderten Wahl seines Bruders K. Ferdinand I. zum römisch-deutschen König (5. Jänner 1531) ihre Anstrengungen, um das Zustandekommen eines Friedens mit dem Sultan zu vereiteln. K. Ferdinand I., einen neuen Zusammenstoß mit diesem voraussehend, hielt dem Kaiser und den deutschen Reichsständen schon im Frühjahre 1531 die großen Gefahren eines solchen für Deutschland und Italien vor Augen und beschwor sie, mit den Kriegsvorbereitungen nicht inne zu halten. Im November 1531 machte er im Einverständnisse mit dem Kaiser dem Sultan den Vorschlag, dass Zapolya Ungarn mit dem Königstitel bis zu seinem Tode besitzen solle, falls er sich nicht mehr verheirate und die Krone nach seinem Tode an Ferdinand vererbe. Ehe aber noch der Gesandte die osmanische Grenze überschritten hatte, trafen schon die Nachrichten von den großartigsten Rüstungen des Sultans zu Wasser und zu Lande ein. Am 26. April 1532 begann derselbe unter ungewöhnlichem Pomp in der That den entscheidenden Feldzug gegen den mächtigsten Feind, den er kannte, gegen K. Karl V., in dem sich nach seiner Ansicht die Gewalt des ganzen Abendlandes verkörperte. Zuerst sollte Wien und dann Regensburg, der damalige Sitz der Reichsstände, genommen werden.

Angesichts der religiösen Spaltung in Deutschland und des geheimen Einverständnisses der protestantischen Gegner der Habsburger mit Zapolya war es lange fraglich, ob es möglich sein werde, im Falle der Noth ein Heer aufzubringen, das dem Sultan erfolgreich entgegentreten könnte. Im Hinblicke auf den in Aussicht stehenden großen Kampf hatte K. Karl V., dem Rathe seines Bruders folgend, schon auf dem Reichstag zu Augsburg (1531) den Protestanten bedeutende Zugeständnisse gemacht und sah, da diese damit nicht zufrieden waren, sich genöthigt, selbst wider den Willen der Majorität der Reichsstände noch weiter zu gehen, um nur ein gemeinsames Vorgehen gegen den Erbfeind der Christenheit zu erzielen. Erst nach dem Abschlusse des ersten Religionsfriedens zu Regensburg (25. Juli 1532)

— zu einer Zeit, wo die türkische Hauptmacht schon bei Essek stand — erkannten die religiösen Parteien die Größe der Gefahr und machten einträchtig große Rüstungen gegen die Türken.

In Wien waren schon seit dem Jahre 1530 die Besorgnisse vor einem neuerlichen Erscheinen der Türken sehr rege. Eingedenk der erst kürzlich überstandenen großen Gefahren und der geringen Widerstandsfähigkeit der Stadt drängten die Regierung und der Stadtrath den König, die Befestigungen nicht nur ausbessern zu lassen, sondern auch zu verstärken. K. Ferdinand I. erkannte die Nothwendigkeit, dass für Wien etwas geschehen müsse, damit die Stadt gegen einen neuerlichen Überfall gesichert bleibe; aber aus Mangel an Geld konnten die hiezu erforderlichen Arbeiten nur langsam fortschreiten. Zuerst gieng man an die dringendsten Ausbesserungen. Es wurden der Schutt aus den Stadtgräben entfernt, die Minengänge verschüttet, die Breschen in den Stadtmauern geschlossen und die Streichwehren erhöht. Die niederösterreichischen Stände weigerten sich diesmal nicht, Geldmittel zur Befestigung der Stadt zu bewilligen; zugleich wiesen sie aber darauf hin, dass die Erhaltung derselben von europäischem Interesse sei. Sie klagten über die Zögerung des Papstes, des Kaisers und der Reichsstände, und verlangten die Bildung eines Erblandevereines zu gegenseitigem Schutz. Im Winter 1530—1531 wollte der König erfahrene Baumeister zur Untersuchung der Befestigungswerke nach Wien entsenden. Als das nicht zustande kam, setzte die Regierung selbst eine Commission ein, welche dem Könige einen Plan zur Umgestaltung der Festungswerke vorlegte. Es sollten vier bis fünf Bastionen um den Stadtgraben, dazwischen Cavaliere und Katzen und an der Außenseite des Stadtgrabens Streichwehren erbaut werden. Schon im März 1531 wurde mit den Bauten und gleichzeitig mit der Abbrechung der noch vorhandenen Ruinen der Vorstädte begonnen und die Besitzer der Häuser wurden zu Ansiedlungen im Unteren Werd, in der Niklasvorstadt längs der Wien und jenseits der Brücke vor dem Kärntnerthor angewiesen. Die Städte Straßburg, Nürnberg, Köln, Augsburg, Aachen, Nördlingen, Offenburg, Schwäbisch-Gmünd, Hundsheim, Rattenburg und Weißenburg sandten den Bürgern Wiens Beiträge in Geld und Kriegsmaterialien (Pulver und Harnische) zur Unterstützung. Bereitwillig übernahmen letztere die Erbauung der Bastei nächst dem Predigerkloster und andere Leistungen. Die Kosten der übrigen Bauten sollten mit den Beiträgen der landesfürstlichen Kammer und der niederösterreichischen Stände bestritten werden. Im November 1531 wurden zwar der Regierung auch Hilfsgelder der böhmischen Krone gegen die Türken

zur Verfügung gestellt; doch flossen dieselben nicht sogleich ein. Da deshalb die Geldmittel nicht ausreichten, so geschah es, dass die Arbeiten gänzlich eingestellt werden mussten und die eingetretene Kälte kam sehr gelegen, um augenblicklich die Nothlage bemänteln zu helfen. Große Bekümmernis erfüllte daher die Gemüther, als im Frühjahre 1532 die Nachricht vom Aufbruche des Sultans von Konstantinopel eintraf, indem noch wenig für die Vertheidigungskraft Wiens geschehen war. Erst jetzt suchte man außerordentliche Geldmittel aufzutreiben. Am 18. April 1532 befahl K. Ferdinand I., aus den Kirchen Nieder- und Oberösterreichs die wertvolleren Kelche einzuliefern, Sammlungsbüchsen aufzustellen, die geistlichen Güter zu verkaufen und den Erlös zum Bau der Vorwerke zu verwenden.

K. Karl V. führte ein stattliches, wohlausgerüstetes Heer von Regensburg zur Vereinigung mit den Truppen der österreichischen Erblande nach Wien, in dessen unmittelbarer Nähe der große Entscheidungskampf ausgefochten werden sollte. Sehnlichst wünschte der Kaiser persönlich seinem großen Feinde gegenüberzustehen. Muthig und siegesbewusst zogen die deutschen und spanischen Soldaten der Donau zu, zur dauernden Abwehr der orientalischen Barbaren, die mit Feuer und Schwert die abendländische Cultur zu vernichten drohten, um auf den Trümmern den siegreichen Halbmond aufzupflanzen. In der Neustädter Ebene wollte der Kaiser dem Sultan seine aus 80.000 Mann bestehende Armee entgegenstellen, während zum Schutze Wiens nach dem ursprünglichen Plane ein Theil der Reichsarmee vor dem Stubenthor ein Lager beziehen sollte. Die Leitung der Vertheidigung der Stadt fiel durch Beschluss der niederösterreichischen Stände dem Feldhauptmann Hans Katzianer zu.

Als die deutsche Reichsarmee sich in Bewegung setzte, waren aber die Türken der österreichischen Grenze schon so nahe, dass diese wahrscheinlich lange vor dem Eintreffen der ersteren vor Wien angelangt wären, wenn nicht eine überaus ruhmwürdige, ja wunderbare Waffenthat den Vormarsch der Türken verzögert hätte. Der tapfere kaiserliche Hauptmann Niklas Juritschitz wollte das Schloss und die Stadt Güns bis aufs Äußerste vertheidigen. Aus dreißig Reitern bestand die ganze militärische Besatzung; die übrigen Vertheidiger waren Einwohner des Ortes und zusammengelaufene Bauern. Eilfmal versuchten die Türken das Schloss zu stürmen und stets leisteten Juritschitz und seine Schar beherzten Widerstand. Am 28. August waren Janitscharen und Reisige bereits bis zum letzten Verhau vorgedrungen, als in der höchsten Verzweiflung wehrlose Flüchtlinge, Greise, Weiber und Kinder ein furchtbares Geschrei erhoben, worüber die sieg-

reichen Osmanen, in der Meinung, dass frische Mannschaft vordringe, derart erschraken, dass sie zurückwichen und Suleiman die Belagerung aufhob.

Dadurch hatte der Kaiser Zeit gewonnen, seine Streitkräfte im Tullnerfeld zu sammeln. Nachdem ihm dies gelungen war, bezog das Heer, das schönste, welches die Christenheit je sah, jenseits der Donau bei Kornenburg ein Lager. Eine Abtheilung zog nach Wien zur Verstärkung der Besatzung, doch die Ausschreitungen der Landsknechte bestimmten die Regierung, dieselben wieder in das zwischen Korneuburg und Bisamberg errichtete Lager zu verlegen. Hierüber lehnten sie sich auf, rotteten sich bei St. Stephan zusammen und inscenierten einen förmlichen Aufruhr. Vergebens machten ihnen der Cardinallegat und die spanischen Hauptleute Vorstellungen, bis Roggendorf endlich die ganze Bürgerschaft unter die Waffen treten und Geschütze mit Kettenkugeln aufführen ließ, wodurch die Meuterer eingeschüchtert wurden und die Waffen streckten.

Als Sultan Suleiman von der Größe des Heeres Kenntnis erhielt, schente er sich, seinen Gegner im offenen Felde aufzusuchen. Er zog mit einem Theil seines Heeres nach Steiermark und ließ seine Akindschi, 15.000 an der Zahl, in Österreich zurück. Nachrichten aus den jonischen Gewässern über die Niederlage der türkischen Flotte, der hartnäckige Widerstand der Stadt Grätz und die fast gänzliche Aufreibung der Akindschi bestimmten zuletzt den Sultan, dem gefährlichen Kampfe durch einen raschen Rückzug auszuweichen, wodurch sein Gegner um den ersehnten Triumph kam.

Nach dem Rückzug der Türken hielt K. Karl V. am 23. September 1532 an der Seite seines Bruders in Wien seinen Einzug und am 3. October über das im Marchfelde versammelte Reichsheer eine glänzende Heerschau ab. Es war dieser Besuch der Einzige, welchen der Kaiser unserer Stadt gemacht hat.

Wäre es nach dem Willen des Kaisers gegangen, so würde sicher mit dem versammelten großen Heere ein vernichtender Schlag gegen die Türken unternommen und ganz Ungarn unter die Herrschaft seines Bruders zurückgeführt worden sein. Allein die deutschen Hilfstruppen glaubten damit genug gethan zu haben, dass sie den Feind über die deutschen Grenzen zurückwarfen. Die Kriegshauptleute beriefen sich auf ihre Instructionen, in welchen von einer Eroberung Ungarns nicht die Rede sei und der oberste Feldhauptmann Pfalzgraf Friedrich von Baiern, derselbe, der im Jahre 1529 beinahe den Fall Wiens verschuldet hätte, weigerte sich geradezu, weiter gegen Zapolya vorzurücken und zeigte damit, dass es ihm ebenso wie der Mehrzahl der deutschen Reichsstände bei dem Zuge

gegen die Türken nicht um die Befestigung der Herrschaft der Habsburger im Osten Europas, sondern nur um die augenblickliche Sicherung der deutschen Grenzen zu thun war. Es blieb K. Ferdinand I. allein überlassen, die Türken bis nach Ungarn zu verfolgen. K. Karl V. verließ nach Auflösung des deutschen Reichsheeres am 13. November 1532 Wien und begab sich nach Bologna, um sich dort mit dem Papste über die Lage der Dinge in Deutschland zu besprechen.

Infolge der misslichen Rückwirkung der religiösen Bewegung in Deutschland auf die Geneigtheit der Reichsstände zur Unterstützung des Kaisers gegen die Macht der Türken und der Ungern, blieben die österreichischen Erblande und vor allem Wien unausgesetzt den Gefahren neuer Türken-Invasionen ausgesetzt. K. Ferdinand I., außer Stande, allein den Krieg gegen den Sultan und den Wojwoden Johann Zapolya fortzusetzen, knüpfte mit letzteren Friedensunterhandlungen an, welche nach wiederholten Unterbrechungen und kleineren Kriegsunternehmungen hinter dem Rücken der Pforte zu dem am 24. Februar 1538 definitiv abgeschlossenen Frieden führten, worin Zapolya seinem Bündnisse mit dem Sultan entsagte und seine Zustimmung dazu gab, dass nach seinem Tode, gleichviel ob er einen Sohn hinterlassen würde oder nicht, sämmtliche Länder der ungarischen Krone an K. Ferdinand I. und dessen gesetzliche Erben fallen sollen. Dieser geheime Friede war aber nur von kurzer Dauer. Denn als K. Johann von Ungarn am 23. Juli 1540 starb, ließ die Königin-Witwe ihren wenige Tage vorher (6. Juli 1540) geborenen Sohn zum König ausrufen. Erzürnt über diesen Friedensbruch, entsendete K. Ferdinand I. unter Führung des Leonhard von Fels ein Heer nach Ofen, welches sich aber infolge von Meutereien und der Winterkälte erfolglos zurückzog. Zur Behauptung der Stellung ihres Sohnes rief die Königin-Witwe auf Anrathen ihrer Partei den Sultan um Hilfe an. Im April 1541 rückte abermals eine Heeresabtheilung mit Wilhelm von Roggendorf an der Spitze gegen Ofen. Von Bischof G. Martinuzzi vertheidigt, leistete die Festung so hartnäckigen Widerstand, dass Roggendorf's Truppen, ohnehin durch Seuchen und erfolglose Stürme geschwächt, abermals den Rückzug antreten mussten. Wenige Tage darauf (26. August 1541) stand Suleiman vor der Festung, dessen Thore sich ihm widerstandslos öffneten. Die Königin-Witwe stellte ihren Sohn, dem Rathe Martinuzzi's folgend, unter den Schutz des Sultans, der Ungarn zu einem türkischen Paschalik erklärte.

Nun erst stiegen neuerdings die Besorgnisse in- und außerhalb der österreichischen Erblande über ein weiteres Vordringen der Türken gegen

Westen. Es wurde für nothwendig erkannt, starke befestigte Punkte zur Verhinderung von Überfällen der Türken zu schaffen, wozu an der Donau Komorn, Raab und Wien ausersehen wurden. Die Vorstellungen des K. Ferdinand I. bei den Ständen der Erblande und Böhmens, sowie bei den Reichsständen fanden in dieser Richtung ein bereitwilliges Entgegenkommen. Insbesondere glaubten letztere in der Befestigung dieser Städte deutsche Interessen hinreichend gewahrt. In Wien begannen die Befestigungsarbeiten neuerdings im Jahre 1543. In der Erkenntnis der Nothwendigkeit der Sicherung der Stadt, erhielt der Stadtrath in demselben Jahre auch von einzelnen Städten und Kaufleuten Spenden zur Erleichterung der Lasten, wie von Augsburg, Nürnberg, Ulm, Salzburg, Waidhofen an der Ips und Iglau, von den Fuggers in Augsburg und von Kaufleuten aus Florenz, welche zur Vollendung der Prediger- und Bürgerbastei verwendet wurden. In den folgenden Jahren wurde ein Gesammtplan für die Befestigung der Stadt festgestellt. Italienische und spanische Ingenieure und Architekten betheiligten sich an der Ausführung der Bauten. Bald wären aber diese Vorsichten nutzlos gewesen. Denn im Jahre 1546 war Wien nahe in Gefahr, durch Verrath in die Hände der Türken zu gelangen, indem türkische Unterthanen sich als Kaufleute verkleidet in die Stadt geschlichen hatten, um im Einverständnisse mit dem Verräther Christoph von Roggendorf sich der Stadt zu bemächtigen.

Nicht so einsichtsvoll und opferwillig zeigten sich die deutschen Reichsstände nach der Besetzung Ofens durch die Türken bei der Bewilligung von Kriegsmannschaft, wodurch die Versuche zur Wiedereroberung der Festung im Jahre 1542 ein klägliches Ende nahmen. Als im Jahre 1543 hierauf K. Ferdinand's bei Preßburg gesammeltes Heer wegen Mangel an Geld und Proviant auseinander gehen musste, erübrigte dem Kaiser und seinem Bruder trotz alles Widerstrebens nichts, als mit dem Sultan und der Regierung des jüngeren Johann von Zapolya einen Waffenstillstand abzuschließen. Im Jahre 1551 kam es sodann zu einem Vertrage des K. Ferdinand I. mit der Königin-Witwe von Ungarn, worin dem Sohne der letzteren drei schlesische Herzogthümer zugesprochen und die Hand der Erzherzogin Isabella, der Tochter Ferdinand's I., in Aussicht gestellt wurde, wogegen sie für sich und ihren Sohn auf die Herrschaft über Siebenbürgen und die von den Türken nicht besetzten Theile Ungarns entsagte. Durch diesen Vertrag hatte aber K. Ferdinand I. keine praktischen Vortheile erzielt. Denn die Anhänger des jungen Zapolya wollten von einer Herrschaft der Habsburger selbst nach dessen Vermählung mit Isabella

nichts wissen. Im Bunde mit der Pforte setzten sie den Krieg erbittert fort, der mit dem wenig ehrenvollen achtjährigen Frieden vom 15. September 1562 endete, in dem K. Ferdinand I. nur im Besitze der von ihm besetzten Theile von Ungarn und Siebenbürgen blieb und sich zur Bezahlung eines Jahrestributes von 30.000 Ducaten an den Sultan entschließen musste. Ofen blieb fort die Residenz eines türkischen Paschas.

Zu den Besorgnissen über das Anwachsen der Türkenmacht gesellte sich die fortschreitende Zersetzung in den kirchlichen Zuständen. Immer mehr lockerte sich die Disciplin des Clerus, immer schwieriger wurde es dem Bischofe, sich Ansehen und Gehorsam zu verschaffen. Das Ringen des niederen Clerus nach einer freieren Stellung entsprang aber in vielen Fällen keineswegs den lautersten Motiven. Ein Theil der Geistlichkeit strebte nur darnach, um nach eigenem Ermessen mit dem Kirchengute schalten und walten zu können; ein anderer Theil machte davon Gebrauch, damit er sein verwildertes, sittenloses Leben unbeirrt fortsetzen konnte. Wenigen war nur die Lehre von dem „reinen, der menschlichen Zusätze entkleideten Evangelium" der innere Antrieb zum Abfall von der römischen Kirche. Der Bischof von Wien, Johann Faber, seit dem Jahre 1533 an der Spitze der Diöcese, erhob in bitteren Worten Klage über diese Zustände. Seitdem die Pfarren, die Kirchen und die Pfarrhöfe durch die Türken verbrannt und die Pfarrer erschlagen wurden, sei er ein Bischof ohne Clerus. Weder die Bettelorden, noch der Stadtrath, weder das Domcapitel, noch die Universität kümmerten sich um ihn. „Ich habe gar keine Gewalt, ich kann nichts abbestellen, die Religion wird nicht besser, sondern schlechter, denn es herrscht viel Negligenz und in choro et in foro geht vieles vor, was ich eben nicht abstellen kann." Insbesondere gegen die Barfüßer erhob er wegen ihrer Übergriffe, ihrer Habsucht und ihres schlechten Lebenswandels lebhaft Einsprache und wollte nicht, dass sie in der Stadt ein Kloster errichteten, worauf diese dem Bischofe nachsagten, dass er ein halber Lutheraner sei und sie nur wegen ihrer gut katholischen Haltung verfolge. Demselben Manne wurde ein derartiger Vorwurf gemacht, der, um dem Lutherthum entgegenzuwirken, selbst jeden Sonntag bei St. Stephan gepredigt und einen Theil seines geringen Einkommens zur Drucklegung von Belehrungen für die Pfarrer verwendet hatte, wie diese das Volk dem katholischen Glauben erhalten sollen und dessen Eifer zur Zeit seines Todes (1541) in den meisten Klöstern der Stadt eine wesentliche Besserung der sittlichen Zustände herbeigeführt hatte, welche nur deshalb von kurzer Dauer war, weil Bischof Nausea zwar ein gelehrter und seinen Beruf eifrig pflegender Mann war, aber nicht die Energie seines Vor-

gängers zur Aufrechthaltung der Zucht und Ordnung unter den Geistlichen besaß.

Die Wirkung der zerrütteten kirchlichen Zustände äußerte sich am stärksten auf die Universität. Da für die Theologen keine Aussicht auf ein Fortkommen vorhanden und durch die religiösen Parteiungen unter den Lehrern und Schülern die Disciplin in allen Facultäten gelockert worden war, so gerieth sie immer mehr in Verfall. Hätte es von dem Willen der Gemeinde abgehangen, so wäre die Hochschule geschlossen worden, weil sie nunmehr keine Quelle des Wohlstandes, sondern eine empfindliche Last war. In den Bursen stiegen statt Studenten Handwerksburschen ab, statt der Studien wurden Landsknechtspiele getrieben und die adeligen Herren schickten ihre Söhne an die Universitäten nach Tübingen, Leipzig, Wittenberg und Rostock, weil sie dort in der neuen Lehre besser unterrichtet wurden. Von der Reform der Regierung in den Jahren 1533 und 1537, wodurch die Hochschule eine Staatsanstalt geworden war, war noch nichts zu verspüren, weil der Kaiser, durch die Macht der Verhältnisse gedrängt, nicht im Stande war, seiner politischen und religiösen Überzeugung zu folgen.

Was die Stellung der Bürger zur lutherischen Lehre betrifft, so sprechen mannigfache Anzeichen dafür, dass in den ersten Decennien der religiösen Bewegung die Mehrzahl an dem alten, katholischen Glauben festhielt, wenn sie auch den Verfall des geistlichen Standes empfand und einzelnen Neuerungen nicht abhold war. Im Stadtrathe hatte die katholische Partei das entschiedene Übergewicht. Dafür spricht, dass die hervorragendsten und wichtigsten Ämter mit Männern wie H. Schallautzer, W. Treu, Ladislaus von Edlasberg, W. Lazius, Sebastian Schranz, Christian Tanstetter, Hans Thau, G. Prandstetter u. s. w. besetzt wurden, und selbst die Söhne von Familien, die man anfangs zur protestantischen Partei zählte, wie jene der Hutstocker und der Siebenbürger, sich später der katholischen anschlossen. Noch am 24. August 1542 gab der Stadtrath ein Gebet um Hilfe gegen die Türkennoth heraus, das seinen katholischen Charakter nicht verleugnete. Ebenso schildert Wolfgang Schmelzl den Eifer des Stadtrathes und der Gemeinde beim Gottesdienste zu St. Stephan:

Mit frewden gieng ich in tempel ein
da war ersamer rath und gemein
versammelt zu hören Gottes wort
vil tausend menschen standen da
und predigt Bischof Neusea,
wie er dann pflegt zu aller zeit
sein schafflein zgeben selbs die weidt.

Diese Haltung der Bürger entsprang aus ihren Beziehungen zum Hofe. Die große Strenge, mit der K. Ferdinand anfangs auftrat, hatte wohl tief verstimmt. Aber bald zeigte sich, dass seine Strenge und Härte nicht in dem Wesen seines Charakters lag. Seine Angewöhnung deutscher Sitten, seine Gutmüthigkeit und Freigebigkeit, seine Leutseligkeit und Anspruchslosigkeit gewannen ihm die Herzen Aller, vollends, als er wiederholt seinen guten Willen bekundet hatte, die drückende Lage der Bürger zu verbessern. Nach der Türkenbelagerung bemühte er sich, durch Verbesserungen in der Rechtspflege und Verwaltung dem Verfall des Gemeindewesens entgegenzuwirken. Er schenkte der Stadt Grund und Boden zu neuen bürgerlichen Ansiedlungen außerhalb derselben, Klöster zur Errichtung von Spitälern, sorgte für die Verschönerung und die Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit der Stadt und gab dem Markt-, Zunft- und Gewerbewesen neue, verbesserte Einrichtungen. Durch ihre gut katholische Haltung hofften die Bürger von K. Ferdinand I. Schutz gegen die „Niederläger" zu erlangen, die sie aufs heftigste hassten. Und da die Niederläger meist dem Lutherthum anhiengen, so erblickten sie in diesem zugleich den Feind ihres Wohlstandes, ihrer gesicherten Existenz. Indem sie nun dem katholischen Glauben treu blieben, erwarteten sie von Ferdinand, dass er sie von diesen Eindringlingen befreien werde, ebenso wie von den Juden, gegen welche sie dem Könige im Jahre 1547 wegen Schachers mit Gold, Edelsteinen, Sammt, Seide, Tuch und Leinwand und wegen des betrügerischen Vorgehens derselben bittere Klage geführt hatten. Nur in den unteren Volksclassen, unter den Handwerkern und Arbeitern war der Anhang der neuen Lehre im Wachsen.

Ungefähr bis zum Jahre 1546, dem Todesjahre Luther's, trat keine Änderung in der Haltung K. Ferdinand's I. gegenüber der protestantischen Bewegung ein. Die politischen Verhältnisse nöthigten diesen, die religiösen Irrungen mit Vorsicht und Milde zu behandeln, zudem als die protestantische Partei es nicht verschmähte, sich mit allen Gegnern der Habsburger zu verbünden, und der offene Übertritt des bis dahin katholischen Herzogs Georg von Sachsen und des Markgrafen Joachim II. von Hohenzollern-Brandenburg zum Lutherthum im Jahre 1539 die Machtstellung des letzteren bedeutend verstärkte. K. Ferdinand I. duldete stillschweigend die Ausübung des protestantischen Gottesdienstes und die Verbreitung des Lutherthums unter den Adeligen, ohne aber trotz aller bestandenen Mandate die freie Religionsübung gesetzlich ausgesprochen zu haben, wiewohl die Stände dem König wiederholt zu Gemüthe geführt hatten, dass die Türkenkriege eine Strafe Gottes für den Abfall von der wahren christlichen Kirche seien.

Noch auf dem Landtage im December 1546 beruhigte K. Ferdinand die Stände in Betreff der vom Kaiser ausgesprochenen Ächtung des schmalkaldischen Bundes durch die Erklärung, dass mit der Bestrafung der Mitglieder desselben keineswegs die Unterdrückung der protestantischen Lehre bezweckt werde.

Erst mit dem Jahre 1546 zeigen sich Symptome einer Gegenströmung. Es machte auf Ferdinand einen tiefen Eindruck, dass die protestantischen Stände Böhmens mit dem geächteten Kurfürsten von Sachsen zum Schutze ihres Glaubens einen Vertheidigungsbund schlossen, dessen politisches Endziel die Einsetzung des Kurfürsten Johann Friedrich zum König von Böhmen war, und dass rings um ihn, selbst in den Erblanden, die protestantische Lehre immer mehr Boden gewann. Katholische Schriftsteller erzählen, dass in Österreich auf dem Lande auf einen Katholiken dreißig Lutheraner kamen. Innerhalb von zwanzig Jahren ereignete es sich nicht, dass sich ein Theologe zum Priester weihen ließ und die Pfarren waren daher verlassen oder von evangelischen Predigern besetzt. Selbst in und um Wien stand es nicht besser. In Hernals und im niederösterreichischen Landhaus tauchten fast täglich neue evangelische Prediger auf, die Stände bemächtigten sich der Minoritenkirche und Pastoren bezogen mit Weib und Kindern die Klosterräume. Neuerdings gewann auch in Wien die Secte der Wiedertäufer Boden. Ein Mitglied derselben wurde im Jahre 1545 ertränkt, vier wurden am 22. November 1546 geköpft und im Jahre 1549 verbrannte man den Wiedertäufer Christoph Hebenstreit, einen Edelmann, auf dem Gries. Im Jahre 1550 entgiengen drei Wiedertäufer der Hinrichtung nur durch die Flucht; einer derselben wurde am 7. Juni 1550 in der Donau ertränkt. Im Landtag saßen nur mehr fünf Katholische vom Herrenstand. Katholische Leichenbestattungen mit Sang und Klang, Processionen und Andachten der Bruderschaften mussten eingestellt werden, weil die Geistlichkeit in Gefahr war, auf den Straßen beschimpft zu werden. Im Jahre 1549 ereignete sich der empörende Scandal, dass ein lutherischer Bäckergeselle am Graben vor dem Hause eines Zinngießers (C.-Nr. 1120, Or.-Nr. 2) in die Frohnleichnamsprocession drang, dem Priester die Monstranze aus der Hand riss und sie zu Boden warf mit den Worten: „Was thut ir eurem Gott fir ain ehr, auff das ir inn also herumtragt in den Koth.“ Der Frevler wurde ergriffen und in Untersuchung gezogen. K. Ferdinand I. wollte ihn durch gelehrte Männer bekehren lassen. Als er aber hartnäckig an seinem Glauben festhielt, wurde am 12. November 1549 seine Hinrichtung vollzogen. Ein Zeitgenosse schildert die Martern, welche der Bäckergeselle zu

erdulden hatte: „Erstlich ist er gefürt worden (von dem Schergenhaus) auf einem wagen darauff ein pinn mit laden, ist er darauf gewesen; als dann hat im der zichtiger mit einer zangen die zungen herausgenommen und halbe abgesnitten geschehen an dem ortt, da er das hochwürdig sacrament hat ungeert, darnach hat im der zichtiger im namen meister Gallus all beede hendt abgeslagen, darnach ist er geschlayfft worden; hat er gesagt: herr in deine hemdt befiel meine geist. Darnach hat man pracht den menschen fur das stubentor und in auf der ganswayd verprennt zu einen aschen." Als Sühne beantragte die theologische Facultät die Erbauung einer Kapelle an dem Orte des Frevels, worauf jedoch der König nicht eingieng. Er ließ an der Ecke der Dorotheergasse eine steinerne Denksäule mit deutscher und lateinischer Inschrift errichten.

Eine nachhaltige Wirkung hatten die Versuche des Königs, die Ausbreitung des Lutherthums zu hindern, nicht. Als er im Jahre 1546 auf Andringen des Bischofs von Wien anordnete, dass niemand in eine Facultät der Universität aufgenommen werden dürfe, der nicht vorher durch eine Prüfung vor dem Rector seine gut katholische Gesinnung dargelegt habe, übte diese Anordnung eine so schlimme Wirkung auf die Hochschule, dass erstere bereits im Jahre 1554 wesentlich gemildert werden musste. Im Jahre 1548 wurden alle an außerösterreichischen Universitäten studierenden Landeskinder zurückberufen und dieselben mit der Landesverweisung bedroht, wenn sie anderswo als in Wien, Freiburg und Ingolstadt ihre Studien fortsetzten. Auch diese Verordnung wurde schon im Jahre 1556 zurückgenommen. Ja, der König wurde sogar in die Nothwendigkeit versetzt, sich gegen zu weitgehende Beschwerden des Episcopats zu wehren. Als ihm die Beschlüsse des im Februar 1549 in Salzburg abgehaltenen Provinzial-Concils bekannt wurden, verweigerte er ihre Durchführung in seinen Ländern. Er erklärte, dass ihm der Schirm und Schutz der katholischen Kirche zwar am Herzen liege, dass ihn aber das nicht hindern könne, eine heilsame Reformation zu fördern. Die Angriffe auf seine Person und seine Regierung, welche ihn der Unterstützung des Lutherthums beschuldigten und ihm eine Mitwirkung an dem Verfall des Clerus zur Last legten, wies er zurück und warf den Bischöfen vor, unter dem Deckmantel der Religion ihre Rechte vermehren und jene des Landesfürsten schmälern zu wollen.

Das geeignetste Mittel, der protestantischen Lehre entgegenzuwirken, erkannte der König in der Einflussnahme auf den Geist der Erziehung und des Unterrichts. Seit mehreren Jahren hatte er das Wirken des neu gegründeten Ordens der Gesellschaft Jesu beobachtet. Ein Mitglied

desselben, Nikolaus Bobadilla, verweilte schon seit dem Jahre 1542 an seinem Hofe und genoss seine Gunst. Es machte auf den König großen Eindruck, als Bobadilla bei seiner Anwesenheit in Wien in seiner Gegenwart einen Lutheraner mit Erfolg bekämpfte. Am 11. December schrieb K. Ferdinand I. an den Stifter der Gesellschaft, Ignatius von Loyola, er möge einige Mitglieder des Ordens zum Unterrichte der Jugend nach Wien abordnen, wobei er zugleich die Errichtung eines Collegiums in Aussicht stellte.

Am 31. Mai 1551 trafen zwölf Patres, darunter Nikolaus Lannoy und Cl. Jajus, in Wien ein und nahmen zuerst im Dominicanerkloster, wo ohnehin nur ein Prior mit drei Conventualen lebte, ihren Aufenthalt. Nicht nur die Universität, auch der Stadtrath begrüßte sie freundlich. Für die Haltung des letzteren ist es charakteristisch, dass er den Jesuiten kurz nach ihrer Ankunft ein Landhaus sammt Garten in der Leopoldstadt zum Geschenk machte. Drei Jahre später (1554) bezogen die Jesuiten das ihnen vom König eingeräumte, schon lange in Verfall gerathene Karmeliterkloster am Hof, wo sie zuerst eine niedrige lateinische Schule, bald darauf ein Convict für zahlende Zöglinge und im Jahre 1558 ein Collegium für Arme gründeten. Noch wichtiger war, dass der Kaiser den Jesuiten im Jahre 1560 ein Haus zu dem Zwecke schenkte, damit darin junge Söhne des niederösterreichischen Herren- und Ritterstandes erzogen würden.

Mit dem Eintreffen der Jesuiten unternahm er neuerdings Schritte zur Bekämpfung des Lutherthums. Am 1. August 1551 erschien ein Edict, welches die Anstellung von Lehrern an den unteren Schulen, die nicht früher von der Universität geprüft waren, untersagte. An den Bischof von Wien richtete der König am 3. Februar 1551 das Ersuchen, die Gewölbe der Buchdrucker visitiren und die ketzerischen Bücher vernichten zu lassen. Bischof Nausea, mit Widerstreben dem Wunsche nachkommend, beschränkte sich nur darauf, die Listen der Bücher durchzusehen, ohne diese selbst gelesen zu haben. Am 1. Jänner 1554 vollzog K. Ferdinand I. die Reform der Universität nach der von dem Jesuiten Canisius vorgenommenen Visitation in der Richtung, dass sie den Charakter einer wissenschaftlichen Staatsanstalt erhielt. In demselben Jahre erschien der so berühmt gewordene Katechismus von Canisius als Leitfaden für den Religionsunterricht, der seine Spitze vorzüglich gegen die lutherischen Sätze von der Sünde im Gerechtfertigtwerden und von der Entbehrlichkeit der guten Werke richtete. Aber schon ein Jahr später traten die Lutheraner

gegen denselben mit Heftigkeit auf. — Gleichfalls im Jahre 1554 reformierte K. Ferdinand I. das Domcapitel und den Gottesdienst bei St. Stephan, welche nach dem Tode des Bischofs Nausea in Verfall gerathen waren. Ein Jahr darauf fand eine neuerliche Visitation der Klöster statt.

Diese Schritte hoben den Muth und die Zuversicht des katholischen Clerus, steigerten aber auch die Erbitterung der Anhänger Luther's. Am 15. August 1554 veranstaltete die spanische Bruderschaft bei den Franciscanern eine öffentliche Procession. Sogleich erschien eine Flugschrift von protestantischer Seite, welche sich darüber in ungeziemender Weise lustig machte. „Man verbietet," heißt es darin, „die Communion nach der Einsetzung Christi, den Ehestand der Priester und dergleichen von Gott selbst gebotene Stücke und setzet an ihrer Statt heidnische Affenspiele und lose, nichtige Menschensündlein." Unter diesen „Affenspielen" verstand man jene, allerdings merkwürdige Procession, welche sich durch die mit grünem Reisig geschmückte Singerstraße, das Blutgäßlein und die Grünangergasse bewegte und an zwei bei dem Eingange des Blutgäßleins und der Grünangergasse errichteten Altären anhielt. Voran trug ein Mönch, mit einem weißen Chorrock bekleidet, ein silbernes Kreuz, darauf folgte der Meßner in rothem Rock mit einer Glocke, umgeben von neun Mitgliedern der spanischen Bruderschaft in blauseidenen Unter- und weißatlassenen Oberkleidern, blauen Hüten, mit Schellen an den Füßen und vermummten Gesichtern. Einer derselben schritt mit Trommel und Pfeife voran, dann folgten die anderen acht Spanier mit blau und weiß gemalten Stangen, und zwei in schwarzen Sammtkleidern mit vermummten Gesichtern, welche nach Trommel und Pfeife tanzten. Diesen folgten vier Spanier, die unter einem Baldachin auf einer Bahre ein silbernes Marienbild trugen, welches, in einen blauen Atlasmantel gehüllt, auf einem vergoldeten Sessel saß. Hinter dem Baldachin gieng ein Musikcorps mit Zimbeln, Pfeifen und Posaunen, Barfüßermönche, spanische Geistliche in ihren Meßkleidern, ein spanischer Bischof und spanische Weiber. Bei dem Altar angelangt, stellten sie das Marienbild auf, setzten daneben einen Sessel hin, und legten darauf ein in kleine Stücke getheiltes Crucifix. Nachdem man einmal um beide getanzt, sprang ein Mitglied der Procession zum Stuhl hin, nahm ein Stück von dem Crucifix weg und tanzte weiter. So gieng es fort, bis alle Stücke weggenommen waren, die übrigens nach beendigtem Rundtanz wieder auf den Stuhl gelegt wurden. Damit war die Ceremonie beendigt, die vor der Kirchenthür und vor dem Hochaltar wiederholt wurde. Alle, die an dieser Procession theilnahmen, verdienten sich damit einen großen Ablaß.

Das offene Auftreten des K. Ferdinand I. gegen das Lutherthum rief unter dem Adel der Erblande große Beunruhigung hervor und führte zu einem sehr ernsten Conflict. Die nächste Veranlassung hiezu gab das Verbot vom 20. Februar 1554, das heil. Abendmahl unter beiden Gestalten zu nehmen. Als im Jahre 1555 der Religionsfriede in Augsburg zustande gekommen war, trat am 22. Jänner 1556 in Wien ein Ausschusslandtag der Erblande zusammen. Der König verlangte in seinen Propositionen, dass die Stände dem Verfalle der Religion, der Pfarren und Klöster entgegenwirken wollen. Darauf richteten diese eine sehr eingehende Beschwerdeschrift an den König, worin sie über die Beschränkung der Glaubensfreiheit, als den Bestimmungen des Religionsfriedens entgegen, lebhaft Klage führten und entschieden erklärten, bei der reinen Lehre des Evangeliums verbleiben und auch das Abendmahl in jeder Gestalt wie bisher nehmen zu wollen. Wiewohl der König in seiner Antwort darauf hinwies, dass er als katholischer Fürst sich zur Abstellung der Beschwerden nicht verpflichtet fühle, die Einbeziehung der niederösterreichischen Lande in den Augsburger Religionsfrieden bestritt und es jenen freistellte auszuwandern, die sich nicht den Befehlen der Obrigkeit fügen wollten, so versprach er zuletzt doch unter der Bedingung sein Mandat vom 20. Februar 1554 zurücknehmen zu wollen, wenn sich die Stände keiner Sectenbildung oder Ketzerei schuldig machten und die Prediger und Lehrer der Verkündigung des Lutherthums enthielten, womit sich erstere aber anfangs nicht zufrieden stellten und auf der Anerkennung des Religionsfriedens beharrten. Erst nach einer neuerlichen ernsten Ermahnung ließen sie die letzterwähnte Forderung fallen; sie erklärten aber nach wie vor von ihrer Confession und ihren Bekenntnissen nicht weichen zu wollen. Die Folge der Haltung des Adels war, dass die protestantische Lehre auf dem flachen Lande ihren Einfluss behielt, trotz der Erneuerung der Mandate der Regierung und der Klostervisitationen.

Wie schwach das Gegengewicht der Regierung war, erfahren wir aus den Vorgängen in Wien, wo doch der Einfluss der Jesuiten am stärksten fühlbar war. Es hatte nämlich in den weitesten Kreisen kein geringes Aufsehen erregt, als im Jahre 1554 K. Maximilian den Geistlichen Johann Sebastian Pfauser zu seinem Hofprediger ernannte, denselben Mann, welchen sein Vater aus dieser Stellung als Hofprediger entlassen hatte, weil er verheiratet und nicht entschlossen war, sich von seinem Weibe zu trennen. Der Freimuth Pfauser's in seinen Predigten bei den Augustinern, dessen Angriffe auf die Gebrechen der katholischen Kirche und die lutheranische Form

des Gottesdienstes machten auf das Volk tiefen Eindruck, und der Umstand, dass K. Maximilian den Predigten beiwohnte, rief das Gerücht von dem Übertritt des jungen böhmischen Königs zur evangelischen Lehre hervor. Als die schwer verfolgten böhmischen Brüder davon hörten, sandten sie zur Erforschung der Wahrheit einen ihrer Priester mit Namen Blahoslaw nach Wien, der am 8. März 1555 hier ankam. Er berichtete über Pfauser, dass ihm derselbe durchweg als ein evangelischer, dem Papstthum und den Jesuiten abgeneigter Mann erscheine, wiewohl er mit der Sprache nicht frei heraus wolle. Über den Gottesdienst bei den Augustinern erzählte er, dass nach dem Erscheinen des jungen Königs ein kurzes lutherisches Lied gesungen, hierauf gebetet und die Predigt, bestehend aus einer Erläuterung des evangelischen Textes, gehalten wurde. Den Schluss des Gottesdienstes machte abermals ein Gebet, worauf K. Maximilian und das Volk die Kirche verließen.

Von Canisius über diesen Vorgang unterrichtet, schickte K. Ferdinand I. seinem Sohne ein strenges Abmahnungsschreiben. K. Maximilian wusste jedoch seinen Vater zu beruhigen, und als dieser nach seiner Rückkehr nach Wien sich von der gewaltigen Kraft des Kanzelredners persönlich überzeugt hatte, war er davon so beeinflusst, dass er dem Pfauser sein Wohlgefallen ausdrückte, was sich nur daraus erklären lässt, dass Pfauser in Gegenwart des Königs seiner wahren Überzeugung nicht Ausdruck gab. Nach und nach lernte letzterer den geschmeidigen Mann besser kennen, und es kam im Jahre 1557 in der Hofburg zu einem überaus heftigen Auftritte zwischen ihm und Pfauser, worauf der König in seinen Sohn drang, den Mann aus seiner Nähe zu entfernen. Doch K. Maximilian konnte sich dazu nicht entschließen, sondern bemühte sich, die Besorgnisse seines Vaters zu zerstreuen und ließ durch Melanchthon (25. März 1557) in einer Denkschrift die Fundamentalsätze der christlichen Kirche beleuchten.

Die Haltung Pfauser's wirkte auch auf andere Geister. Zu diesen zählte der Hofcaplan P. Scalich, der durch eine päpstliche Empfehlung in diese Stellung gekommen war. In Vertretung eines Professors der Theologie hielt Scalich im Jahre 1557 Vorlesungen an der Universität, in denen er seine Hinneigung zum Lutherthum bekannte und von dem Papste sagte, dass er, vom Satan regiert, in beständiger Heuchelei lebe. Demungeachtet nahm ihn Maximilian in Schutz und bemühte sich, wenn auch vergebens, seine Ausweisung aus Wien zu hintertreiben.

Die Lutheraner vergalten dem Könige seine feindliche Haltung durch Witz- und Spottbilder. Im Herbst 1558 circulierten hier und auf dem

Lande satirische Zeitbilder zum Theile in Verbindung mit Pasquillen. Eines der Bilder, betitelt: „Der reiche Mann", bezog sich unmittelbar auf K. Ferdinand I., den jüngst verstorbenen Kaiser Karl V. und die Söhne des ersteren; zwei stellten K. Karl V. und den Papst nackt und ein anderes die Passion der Geistlichen dar. Die Spottbilder: „Der reiche Mann" und jenes mit dem Titel: „Evangelium Lucas am 16." wurden von dem hier anwesenden Nürnberger Künstler Hans Lautensack, demselben, von dem die prachtvolle, äußerst seltene Ansicht von Wien herrührt, im Jahre 1556 gezeichnet. Er ließ sie durch einen bei dem Hofmaler Seißennecker wohnenden Donaten in Holz schneiden und in 200 Exemplaren verbreiten. Die Mehrzahl der übrigen Spottbilder stammte aus Nürnberg und Augsburg und wurden hier im Geheimen von Buchhändlern und Buchbindern verkauft. Auf Anordnung des Königs wurde eine Untersuchung eingeleitet, die Confiscation der Bilder vorgenommen und am 18. Februar 1559 erschien ein strenges Verbot gegen alle Pasquille und Spottbilder mit der Zusicherung einer Belohnung von 300 Gulden im Falle der Namhaftmachung ihrer Verfasser, das aber wie alle früheren Verbote nicht beachtet wurde.

Während dieser Begebenheiten waren wichtige Änderungen in den Beziehungen des K. Ferdinand I. und seines ältesten Sohnes Maximilian zum spanischen Hofe eingetreten. Es lag in den ursprünglichen großen Plänen K. Karl's V., zur Begründung der habsburgischen Weltmonarchie seinem Sohne Philipp, dem Erben der spanischen Länder, auch die römisch-deutsche Kaiserwürde zu sichern. Durch diesen Versuch einer Ausschließung des K. Maximilian, des zunächst berechtigten natürlichen Nachfolgers, trat eine solche Störung in dem bisherigen herzlichen Verhältnisse der Mitglieder des habsburgischen Hauses ein, dass die Durchführung dieses Planes wahrscheinlich eine totale Veränderung der Politik des K. Ferdinand I. in Deutschland und Frankreich zur Folge gehabt hätte. Da auch die Mehrzahl der deutschen Reichsfürsten der Wahl des Erzherzogs Philipp zum römisch-deutschen Kaiser entgegen war, so gab K. Karl V. im Jahre 1552 wohl seinen Plan auf, aber das Verhältnis zwischen beiden Linien nahm nicht mehr den alten, herzlichen Charakter an; insbesondere zwischen Maximilian und seinem Vetter Philipp traten wiederholt Spannungen ein, welche die spätere Stellung des ersteren zur Reformation und zur spanischen Politik beeinflussten.

In eine peinliche Lage gerieth K. Ferdinand I. im Jahre 1558, als sein Bruder Kaiser Karl V., müde der Kämpfe mit den Reichsständen, die deutsche Kaiserwürde niedergelegt hatte. Nicht ohne Widerstreben der protestanti-

schen Stände wurde die Kaiserkrone an K. Ferdinand I. übertragen. Von Frankfurt am 15. April 1558 nach Wien zurückkehrend, wo ihm die Bürger einen glänzenden Empfang bereitet hatten, traf den Kaiser hier die Nachricht, dass Papst Paul IV., ein erbitterter Feind des Wiener Hofes, die Kaiserwahl für null und nichtig erklärt habe, weil sie ohne seine Zustimmung erfolgt war, so dass ihm nichts erübrigte, als die Unterstützung der protestantischen Reichsstände in Anspruch zu nehmen, um die päpstlichen Prätensionen zurückzuweisen.

Auf die Haltung des Kaisers gegenüber dem Lutherthum in seinen Ländern blieb die ihm von der päpstlichen Curie bereitete Kränkung ohne Einfluss. Für ihn war es Sache des Gewissens und der Überzeugung, an der römischen Kirche festzuhalten. Deshalb wies er auch die Begehren der niederösterreichischen Stände in den Jahren 1559 und 1562 zurück, ihre Prädicanten, Pfarrer und Kirchendiener in der Ausübung ihrer Functionen belassen und einen Prädicanten in Wien auf landschaftliche Kosten halten zu dürfen. Vielmehr ermahnte er sie fortwährend, ihre Haltung aufzugeben und beklagte die im Jahre 1562 unter den niederösterreichischen Ständen eingetretene Spaltung, die dadurch entstand, dass die Herren und Ritter die Steuern verweigerten. Dabei war er aber nicht abgeneigt, kirchlichen Reformen zuzustimmen, wenn sie im Einverständnisse mit dem Papste erfolgten; davon gibt der Umstand Zeugnis, dass er wenige Monate vor seinem Tode für die Darreichung des heil. Abendmahles unter beiderlei Gestalten und für die Gestattung der Priesterehe eintrat, und er hatte die Genugthuung, dass seine in Rom gemachten Schritte mindestens in einer Richtung nicht erfolglos blieben. Denn am 18. Juni 1564 verkündigte der Wiener Bischof Urban von Gurk in der St. Stephanskirche das päpstliche Breve über die Darreichung des Abendmahles unter beiderlei Gestalten und ließ eine Anleitung über den Gebrauch des Kelches vertheilen. Der päpstliche Nuntius berichtete nach Rom, dass infolge des Zugeständnisses zwei Drittheile der in Wien Abgefallenen zur Kirche zurückgekehrt seien.

In stetem Kampfe mit der antipapistischen Zeitströmung und seiner eigenen religiösen Überzeugung hatte K. Ferdinand I. seine Regierungsjahre vollbracht. Er starb, wie er gewünscht, am Tag des Apostels Jacobus (25. Juli 1564) in der Hauptstadt und hinterließ testamentarisch ein neues, wichtiges Hausgesetz, nach welchem seinem ältesten Sohne Maximilian die Regierung von Ungarn, Böhmen und Österreich, seinem zweiten Sohne Ferdinand jene von Tirol und der Vorlande und seinem dritten Sohne Karl jene von Steiermark, Kärnten,

Krain und Triest zufiel. Sein Tod betrübte Fürsten und Völker, welche ihm trotz aller Spannungen und Widerwärtigkeiten vertrauten. Seine gute und reine Natur, sein unbescholtener Lebenswandel, seine Gottesfurcht, seine Gutmüthigkeit und Leutseligkeit gelangten immer mehr zur Anerkennung, je leidenschaftsloser sein Wirken beurtheilt wurde.

K. Maximilian II. (geb. 31. Juli 1527) zeigte in seinen Jünglingsjahren Anlagen, die nicht zu seinem Vortheile gereichten. Sein Vater machte ihm zum Vorwurfe, dass er eine eigenwillige, reizbare Natur, voll Unlust zu einer geregelten Thätigkeit und zum Trunke und liederlichen Verkehre mit dem weiblichen Geschlechte geneigt sei. Zum Glück siegte in Maximilian seine bessere und edlere Natur. Denn die Zeitgenossen preisen ihn als einen Fürsten, der durch seinen hellen Geist, seine Güte und seine seltene, vielseitige Bildung die Herzen zu gewinnen wusste. Wiewohl er sich mit Maria, der älteren Tochter des K. Karl V., ohne eine besondere Zuneigung vermählt hatte (13. September 1548), so fand er bald nach der Hochzeit an seiner Gemahlin so großen Gefallen, dass er sie zärtlich liebte. Dem Wunsche seines Schwiegervaters folgend, verlebte er die ersten zwei Jahre seiner Ehe in Spanien, um sich dort in den Gang der politischen Geschäfte einzuweihen. Als aber die Pläne K. Karl's V. wegen Gewinnung der deutschen Kaiserkrone für Erzherzog Philipp offenkundig wurden, kehrte Maximilian II. — seit Jänner 1549 von den böhmischen Ständen als König anerkannt — im Herbste 1550 zur Vertretung seiner Rechte nach Deutschland zurück und fasste seit dieser Zeit eine stille Abneigung gegen seinen Schwiegervater und seinen Vetter, die dadurch noch mehr gesteigert wurde, als K. Karl V. mit der Auszahlung des Heiratsgutes zögerte und seinen Ehrgeiz nach einer entsprechenden Stellung am spanischen Hofe nicht befriedigte. Aus dieser Spannung gieng auch sein stetes Streben hervor, die Spanier, die er der Spionage beschuldigte, aus seinem Hofstaate zu entfernen. Noch gespannter wurde das Verhältnis von dem Zeitpunkte an, als K. Maximilian II. mit Lutheranern in engeren Verkehr trat, worüber am spanischen Hofe Entsetzen herrschte. — Was die Beziehungen Maximilian's zu seinem Vater betrifft, so wurden diese seit seiner Begünstigung des Lutherthums oft getrübt. Vielfach beschäftigte die Geschichtsschreiber die Frage, seit welcher Zeit K. Maximilian II. sich zum Lutherthum hinzuneigen begann. Soviel ist gewiss, dass sichere Wahrnehmungen bis zum Jahre 1555 nicht vorhanden sind. Unzweideutige und glaubwürdige Zeugnisse weisen darauf hin, dass er bis zu diesem Jahre alle Merkmale eines guten Katholiken an den Tag gelegt hatte. Erst Pfauser scheint seine Abneigung gegen das Papstthum

bewirkt zu haben, und seit dieser Zeit verkehrte er viel mit Lutheranern und unterließ es, der Messe oder Processionen beizuwohnen. Seit dem Jahre 1560 — nach seiner Begegnung mit Cardinal Hosius und dem Beginn der heftigen Streitigkeiten zwischen den Lutheranern und Calvinisten — begann K. Maximilian II. eine vermittelnde Stellung zwischen den beiden großen religiösen Parteien einzunehmen. Die Wahrung der höchsten politischen Interessen seines Hauses gestattete ihm nicht, seinen persönlichen Gefühlen und Anschauungen folgend, eine durchgreifende Reform der römischen Kirche anzustreben. Welchen Schwierigkeiten wäre sonst nicht die Erbhuldigung der böhmischen Stände (20. September 1562), die Wahl zum römischen König (24. November 1562) und die Krönung zum König von Ungarn (8. September 1563) begegnet! Nur aus Gründen der Politik läßt sich auch seine später eingetretene Wiederannäherung an den spanischen Hof erklären, wohin er im Jahre 1563 seine beiden Söhne, die Erzherzoge Rudolf und Ernst, zu längerem Aufenthalte sandte.

Bald nach dem Regierungsantritte K. Maximilian's II. traten für Wien die Besorgnisse vor einem Türkeneinfalle neuerdings in den Vordergrund. Der alte Sultan Suleiman versuchte noch einmal sein Glück in einem Vordringen gegen Deutschland. Dem Kaiser, der immer das Dahinschwinden des Interesses an der Bekämpfung der Ungläubigen beklagt hatte, kam das kriegerische Unternehmen gelegen. Von der Idee erfüllt, dass es ihm vielleicht gelingen werde, einen großen Schlag gegen die Türken zu führen, brach er diesmal, reichlich von den Reichsständen unterstützt, im Jahre 1566 in Begleitung vieler Fürsten und Herren mit einem gewaltigen Heere von Wien nach Ungarn auf und bezog bei Raab ein Lager. Noch einmal betrachtete das ganze Abendland den Türkenkrieg als eine gemeinschaftliche Sache, und Deutsche, Italiener, Franzosen, Engländer und Polen schlossen sich dem Zuge an. Da geschah das Unerwartete; es fehlte der Muth zu einer kräftigen Offensive. K. Maximilian II. glaubte, dass ihn der Gegner im Lager bei Raab aufsuchen werde. Nicht einmal dem vom Grafen Niklas Zrinyi heldenmüthig vertheidigten Szigeth kam er zu Hilfe, selbst dann nicht, als der Sultan schon durch die Anstrengungen der Belagerung und die Unbilden des Klimas sein Leben eingebüßt hatte. So gelang es den Türken, nachdem sich Zrinyi geopfert, die Festung Szigeth zu erobern. Als sie hierauf, befriedigt von dem Erfolg, sich zurückzogen, löste sich auch das schöne deutsch-ungarische Heer auf, ohne den Feind gesehen zu haben. Am 17. Februar 1568 schloss der neue Sultan Selim II. mit dem Kaiser auf acht Jahre Frieden. Ein Jahr darauf, nach dem Misslingen

der Verschwörung Georg Botschkai's, welche die Vertreibung der Habsburger aus Ungarn zum Ziele gehabt hatte, traf der Kaiser einen Ausgleich mit Johann Siegmund Zapolya, welcher wenigstens für einige Zeit die Ruhe in Ungarn herstellte, ohne dass aber dadurch die Stellung der Türken in den von ihnen besetzten ungarischen Gebieten beeinträchtigt worden wäre.

Von dem Geiste, der K. Maximilian II. bei seinem Regierungsantritte in Glaubenssachen erfüllte, gaben seine ersten Regierungsmaßregeln Zeugnis. Wie sein Vater, wollte auch er eine Vereinigung des alten und des neuen Glaubens zustande bringen und behandelte daher die Bekenner des letzteren als Katholiken, die von Rom unabhängig seien. Deshalb verfügte er am 5. September 1564, dass der Zulassung zur Promotion an der Wiener Universität nicht mehr die Ablegung des förmlichen römisch-katholischen Glaubensbekenntnisses vorherzugehen habe, sondern dass es genüge, wenn der Candidat erkläre, Mitglied der katholischen Kirche zu sein. In Übereinstimmung mit dieser Haltung gab der Kaiser den niederösterreichischen Ständen, als diese im December 1564 von dem Kaiser freie Religionsübung und Schutz der Augsburgischen Confession verlangten, eine ziemlich ausweichende Antwort und versprach am 11. December 1564 im allgemeinen, dass sie von niemanden beschwert werden sollten, wenn sie zu keiner fremden Secte hielten, sich zu keinen falschen Meinungen bekennen und die Pfarrer und Seelsorger dem Worte Gottes gemäß leben würden. Und als die Stände im Jahre 1565 vom Kaiser verlangten, dass er die Ausübung ihrer Religion in offenen Kirchen gestatte, die vielen Abgöttereien abstelle und die Augsburgische Confession als die einzig wahre und echt katholische erkläre, zeigte er sich sehr ungehalten über diesen Eingriff in seine fürstlichen Rechte. Er tadelte ihre heftige und gehässige Sprache und erklärte, dass es ihnen nicht freistehe, zu dieser oder jener Religion überzutreten, da das Reichsgesetz die Macht hiezu nur dem Landesfürsten, nicht den Unterthanen zugestehe. In die bischöfliche Gewalt sich einzumengen, fühle er keinen Beruf. Ebenso ergieng es den Ständen mit ihrem Verlangen, die Zöglinge der von ihm im Jahre 1565 eröffneten adeligen Landschaftsschule in Wien in der Augsburgischen Confession unterrichten zu lassen. Der König antwortete zögernd und ausweichend, „dass er den Präceptor anweisen werde, die Jugend in guten Sitten und in der Furcht des Herrn zu erziehen".

Noch entschiedener war sein Standpunkt gegenüber dem Verlangen der Städte und Märkte nach freier Religionsübung. Von dem Feldlager in Raab aus genehmigte er am 7. September 1566 ein Generale, welches die Gemeinschaft der Städte und Märkte mit den oberen Ständen

strengstens verbot, worüber es in Wien zu einem heftigen Conflicte kam. Als nämlich zu Ende des Landtages des Jahres 1566 der Landmarschall Freiherr von Roggendorf den vierten Stand zu einer Berathung mit dem Herren- und Ritterstand in Religionssachen eingeladen hatte und unter den Forderungen an die Regierung auch ein Punkt wegen Ausweisung der Jesuiten aus Österreich war, erklärte zur Überraschung des Herren- und Ritterstandes der Wiener Bürgermeister Hans Übermann im Namen des vierten Standes, dass der Kaiser ihm auf Grund des Augsburger Religionsfriedens vom Jahre 1555 strenge verboten habe, sich mit den zwei oberen Ständen in eine Tractation einzulassen. Roggendorf gerieth darüber in Aufregung. Er erwiderte, des Bürgermeisters Entschuldigung sei nicht gerechtfertigt, weil der vierte Stand dem Könige wohl in weltlichen aber nicht in geistlichen Dingen Gehorsam leisten müsse*). Es müsse vielmehr angenommen werden, dass sich der vierte Stand gegen die zwei oberen Stände in Religionssachen bisher nur zum Schein so benommen und seine bisherige Anhänglichkeit keinen anderen Zweck gehabt habe, als in die Geheimnisse der zwei oberen Stände eingeweiht zu werden, was in Zukunft in anderen Landessachen großes Misstrauen gegen ihn erwecken müsse. Der Bürgermeister wies diese Verdächtigungen zurück und beharrte auf der ihm vom Kaiser vorgezeichneten Haltung, worauf die oberen Stände diesem eine Beschwerdeschrift übergaben. K. Maximilian II. ließ mit der Erledigung nicht lange warten. Am 17. December 1566 bedeutete er in sehr gereiztem Tone den Ständen, dass er aus dem Verzeichnisse der protestantischen Mitglieder zwar ersehe, dass sich die Mehrzahl zur „wahren Lehre“ bekenne, „die wenigsten aber von der reinen Gottesfurcht und Liebe beseelt seien“. Zugleich wiederholte er ihnen, dass er den Religionsfrieden aufrecht erhalten und das Werk der Reformation fortsetzen wolle, dagegen das Recht der Aufrichtung oder Ablehnung einer Religion für sich allein in Anspruch nehme.

Erst als der Gedanke einer Vereinbarung der alten und neuen Lehre sich unausführbar gezeigt und die politischen Verhältnisse unausgesetzt die financielle Unterstützung der Stände erfordert hatten, gestattete der Kaiser am 18. August 1568 den letzteren die freie Ausübung der Augsburgischen Confession in ihren Schlössern, Städten und Märkten und in

*) Ein Theil der Vertreter der übrigen Städte Niederösterreichs war mit der Haltung des Wiener Bürgermeisters nicht einverstanden. Sie erklärten, es mit den oberen Ständen halten zu wollen, und baten den letzteren, ihnen dies zu gestatten. Als der Kaiser ihr Verlangen zurückwies, reisten sie nach Hause, um sich mit ihren Gemeinden zu berathen.

ihren Patronatskirchen. In einem geheimen Übereinkommen wurden sie verpflichtet, ohne Zustimmung der Regierung keine theologischen Bücher drucken und für die äußeren Kirchengebräuche eine Agende durch zwölf fromme Theologen verfassen zu lassen, von denen der Kaiser sich vorbehielt, sechs Mitglieder zu ernennen, in der Hoffnung auf das Zustandekommen eines Werkes, das die Lutheraner mit der alten Kirche versöhnen und seinen Schritt vor dem Papste rechtfertigen würde. Die unter dem Einflusse von Cythräus im Jahre 1569 zustande gekommene Agende missfiel aber dem Kaiser. Er ließ sie von anderen Theologen umarbeiten, übergab sie im Mai 1570 den Ständen und bewilligte ihre Drucklegung in der Druckerei derselben zu Stein an der Donau. Gleichzeitig gestattete er im Geheimen den Ständen die Ernennung von Deputierten zur Leitung ihrer kirchlichen Angelegenheiten und die Bestellung eines Superintendenten. Mit dieser versöhnlichen Haltung erreichte aber der Kaiser bei der schroffen Haltung der religiösen Parteien seinen Zweck nicht. Die strengen Protestanten, besonders die Calviner und Flacianer, waren mit den Bestimmungen der Agende nicht zufrieden und klagten, dass sie eine zu willkürliche Auslegung zulassen. Auf katholischer Seite wurde Beschwerde geführt, dass die evangelischen Stände die Agende und die den Protestanten eingeräumte geistliche Jurisdiction zu rücksichtslos ausbeuten, indem erstere alle ihre Patronatskirchen mit Prädicanten besetzten, die katholischen Pfarrer vertrieben und sich der Einkünfte der geistlichen Stiftungen bemächtigten.

Durch das Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der gemäßigten Protestanten wurde die Stellung der Jesuiten in Wien wesentlich nicht beeinträchtigt. Der Kaiser legte diesen keine Hindernisse in den Weg, so dass sie Schritt für Schritt mehr Boden gewinnen konnten, wie dies thatsächlich auch der Fall war. Ihre Unterrichtsmethode, ihre Kanzelberedsamkeit und ihre Streitschriften blieben nicht ohne Eindruck. Während die übrigen Kirchen wenig besucht wurden, war die ihrige am Hof stets dicht gefüllt; während die übrigen Klöster verödeten und nur wenige junge Leute sich zum Eintritte in dieselben meldeten, erhielten die Jesuiten immer neuen Zuwachs, so dass sie zur Unterbringung desselben und zur Erweiterung der Unterrichtsräume Häuser ankaufen mussten. Der Kaiser hatte vom politischen Standpunkte aus keinen Grund, den Jesuiten feindlich zu sein, da sie bei ihren Bestrebungen zugleich die Tendenz zu erkennen gaben, die Autorität seiner Regierung gegenüber den Ausschreitungen der protestantischen Partei in der Hauptstadt zu kräftigen. Er wollte daher den Einfluss der Jesuiten in Wien keineswegs schwächen und wenn er ihnen im Jahre 1565 die eine der theologischen Lehrkanzeln

an der Universität entzog, so geschah es nur aus dem Grunde, damit ein aus Ungarn vertriebener Bischof ein Unterkommen fand. Und als sie in demselben Jahre die adelige Landschaftsschule mit ihren Convictoren räumen mussten, entschloss er sich hiezu nur, um einem offenen Conflicte mit den protestantischen Ständemitgliedern aus dem Wege zu gehen. Weiter gieng er nicht. Vielmehr tadelte er den Stadtrath mit aller Strenge, als dieser sich mit Gewalt der früher einem gewissen Jordan gehörigen und von den Jesuiten gekauften Häuser auf dem Judenplatz bemächtigte, angeblich zur Unterbringung der Gäste des Hofes, die aus Anlass der Exequien für den Kaiser erwartet wurden, eigentlich aber, wie die Jesuiten sagten, zu dem Zwecke, damit die vielen Lutheraner eine Unterkunft erhielten, und befahl ihm, die Häuser ihren Eigenthümern zurückzustellen. Auch in anderen Verfügungen spricht sich ein gewisses Wohlwollen des Kaisers für die Jesuiten aus. So bestätigte er denselben 1568 den Besitz der Kirche und des Klosters bei den Karmelitern, die Einkünfte aus der Maut zu Linz und die Stipendien für die Erhaltung der zwei theologischen Lehrkanzeln, unterstützte sie im Vereine mit der Kaiserin beim Aufbaue des Convictes und wies ihnen 1571 Einkünfte aus dem verfallenen St. Claraklоster zu; außerdem übergab er ihnen 1573 die Kirche zu St. Anna mit dem Pilgerhause und gestattete ihnen, in ihrem Collegium bei der Universität eine Congregation der heil. Barbara nach dem Muster des deutschen Collegiums in Rom zu errichten. Nachdem sie von ihm schon im Jahre 1570 die Erlaubnis erhalten hatten, Theologie, Philosophie, Rhetorik und Beredsamkeit öffentlich in ihrem Collegium zu lehren, bekamen sie dann auch das Recht, ihren Theologen die Doctorswürde zu verleihen.

Das Wirken der Jesuiten sollte dem Umsichgreifen des Protestantismus in der Hauptstadt Einhalt thun. Denn es ist kein Zweifel, dass sich unter K. Maximilian II. die neue Lehre auch unter den Bürgern stark verbreitete. Als der Bürgermeister H. Übermann im Jahre 1566 Anstand nahm, mit den oberen Ständen in Religions-Angelegenheiten gemeinschaftliche Sache zu machen, geschah dies nur aus Rücksicht für das kaiserliche Verbot, keineswegs infolge seiner streng katholischen Gesinnung. Mancherlei Anzeichen sprechen dafür, dass selbst im Stadtrathe zahlreiche Freunde des Lutherthums saßen, welche sich auch gerne offen dazu bekannt hätten, wenn es ihnen gestattet gewesen wäre. So hatte der Stadtrath gar keinen Anstand genommen, an der Bürgerschule einen Rector Namens Benedict Kleinschnitz aus Elchingen in Schwaben anzustellen, unter dessen Leitung sectische Präceptoren und Collaboratoren nach ihrer Lehrmeinung und nicht nach dem kleinen katholischen

Katechismus (von Canisius) Unterricht ertheilten, bis K. Maximilian II. am 18. September 1567 die Beseitigung dieser Lehrer und die Einführung des genannten Buches befahl. Im Jahre 1568 hatte der Stadtrath an der Rathhauskapelle zu St. Salvator einen alten aus Passau gebürtigen Priester mit Namen Balthasar Freyunger angestellt, der früher im Spitale zu St. Mary die Seelsorge versehen hatte, zu dieser Function aber wegen der Beschwerlichkeit des Dienstes nicht mehr geeignet war. Freyunger schloss sich jenem Kreise von katholischen Priestern an, welche mit Offenheit gegen die Missbräuche in der katholischen Kirche eiferten und für die Ertheilung des Abendmahles unter beiderlei Gestalten in ihren Predigten eintraten. Noch zu der Zeit, als er in St. Mary war, wurde er einige Tage im Arrest behalten und ihm das Predigen und Spenden der Sacramente verboten. Das Domcapitel zu St. Stephan erhob im Jahre 1570 beim Stadtrathe gegen die Besorgung des Gottesdienstes durch Freyunger Einsprache, aber nicht nur wegen seiner Haltung in religiösen Fragen, sondern auch wegen seiner Übergriffe in der Ausübung pfarrlicher Functionen. Als der damalige Bürgermeister Hans von Thau sich weigerte, den Priester von St. Salvator zu entfernen, kam der Fall vor den Kaiser, der dem Stadtrathe bittere Vorwürfe darüber machte, dass er sectische Priester anstelle und die Entfernung Freyunger's anbefahl. Um sich zu rechtfertigen, schickte der Stadtrath eine Deputation nach Prag, welche dem Kaiser den Sachverhalt darlegen und das religiöse Verhalten der Gemeinde rechtfertigen sollte. Durch die erhaltenen Aufklärungen günstig gestimmt, wollte der Kaiser anfangs dem Stadtrathe erlauben, Freyunger in seiner Stellung zu belassen. Inzwischen war aber auch ein „Pfaff von St. Stephan", wie es in dem Berichte der Deputation an den Bürgermeister heißt, am Hoflager eingetroffen, der durch seinen Einfluss den Kaiser gänzlich umstimmte, so dass Freyunger nur unter der Bedingung im Genuss des Beneficiums belassen wurde, dass er keine Predigten hielt und keine Sacramente spendete.

An den Fortschritten des Protestantismus in Wien trugen viel die Zustände unter dem katholischen Clerus Schuld, die durch einzelne Vorkommnisse sehr grell illustriert werden. So legte Urban von Gurk im Jahre 1568 die Administration des Wiener Bisthums nieder, weil er sich nicht mächtig genug fühlte, den Übelständen in seiner Diöcese Einhalt zu thun. Das Domcapitel bei St. Stephan versah nach seiner eigenen Darstellung den Gottesdienst schlecht und willkürlich. Einer der Domherren musste sich im Jahre 1569 wegen ärgerlichen Lebenswandels flüchten und einem anderen wurde im Jahre 1570 aus demselben Grunde das Canonicat entzogen. In

den Klöstern gab es Leute, welche den Ordenshabit ohne jede Berechtigung trugen. Die Conventualen von St. Dorothea wurden im Jahre 1571 wegen leichtfertigen Lebens und auffälligen Zusammenscharrens von Geld in Untersuchung gezogen. Wahrhaft verwildert waren die wälschen Mönche bei den Minoriten. Einer von ihnen bestahl den Kirchenschatz, und der Guardian, der kurz vorher sein eigenes Kind beerdigt hatte, bedrohte ein Weib und deren Tochter, die im Kloster eine „Keuschen" in Bestand hatten, mit dem Leben, weil sie nicht seine Wünsche befriedigten. Nicht besser trieben es die wälschen Mönche bei den Augustinern und Dominicanern, so dass dem Kaiser im Jahre 1575 nichts übrig blieb, als sämmtliche wälsche Mönche aus den drei genannten Klöstern zu vertreiben. Am ärgsten waren die Zustände im Nonnenkloster zu St. Jakob, wo schamlos jeder Sitte und Pflicht Hohn gesprochen wurde. Diese Zustände ermuthigten die Protestanten zu den rohesten und gewaltthätigsten Handlungen. Oder war es nicht empörend, wenn zur Weihnachtszeit ein Crucifix aus einem Friedhofe in der Nacht geraubt und, nachdem ihm Hände und Füße abgeschlagen worden waren, zum Spott an einem Lindenbaume aufgehängt wurde, oder wenn lutherische Herren während des Gottesdienstes sich ihre Pferde durch die Stephanskirche nachführen ließen, und ein anderesmal ein Lutheraner während der Messe in St. Stephan an den Altar trat und vom Priester begehrte, dass er ihm aus dem geweihten Kelche einen Trunk reiche, oder wenn schändliche Pasquille an den Kirchenthüren angeschlagen und Priester, die mit den Sterbesacramenten durch die Straßen zogen, verhöhnt und misshandelt wurden?

Mussten den Kaiser schon diese traurigen Zustände dahin bringen, dass er endlich seine vermittelnde Stellung in Religionssachen aufgab, so kamen noch große politische Ereignisse dazu, welche ihn nöthigten, sich aus Staatsklugheit, unbeschadet seiner persönlichen Anschauungen, der katholischen Partei zu nähern. Zunächst berührte ihn im Jahre 1570 die Katastrophe, deren Mittelpunkt der Prinz Don Carlos, der Erbe von Spanien, war, sehr nahe, indem er durch dieselbe in neue Beziehungen zu dieser Monarchie trat. K. Philipp fasste nämlich den Plan, sich mit einer Tochter des Kaisers zu verehelichen und eine Infantin mit einem Sohne Maximilian's II. zu vermählen — ein Plan, dessen Verwirklichung nur zu erwarten stand, wenn der streng katholische K. Philipp über die religiösen Anschauungen des Kaisers beruhigt war. Während dieser den spanischen König stets als einen Nebenbuhler behandelt hatte, bezeigte er demselben nunmehr große Ehrfurcht und trat zu ihm in intime Beziehungen. — Im Jahre 1571 fand die

politisch wichtige Vermählung des Erzherzogs Karl von Steiermark mit Maria von Baiern statt, die erst nach gewaltigen kirchlichen Hindernissen zustande kam. Wochenlang wurden zu derselben große Vorbereitungen getroffen, und von den Fuggers in Augsburg ein eigenes Anlehen aufgenommen, um die Kosten der großartigen, seltenen Feste, die aus diesem Anlasse hier gefeiert wurden, zu decken. — Im Jahre 1572 starb in Polen der letzte Jagellone. Um die Krone für seinen Sohn Erzherzog Ernst zu erwerben, näherte sich der Kaiser dem Papste, unterlag aber den Anstrengungen des französischen Hofes, der für Heinrich von Anjou eingetreten war. Noch einmal eröffnete sich dem Kaiser die Aussicht, den polnischen Thron zu erwerben, als im Jahre 1574, wenige Wochen nach seiner Krönung, König Heinrich die Nachricht von dem Tode seines Bruders K. Karl IX. erhielt und, um seine Rechte auf Frankreich geltend zu machen, ohne Zustimmung der Reichsstände aus Krakau entfloh. Am 23. Juni 1574 in Wolkersdorf eintreffend, bot ihm der Kaiser seine Gastfreundschaft an und veranstaltete ihm zu Ehren in Wien mehrere glänzende Festlichkeiten zum Verdrusse der Lutheraner, welche in Heinrich von Anjou den Urheber der Bluthochzeit hassten. In Polen fand eine neue Königswahl statt, bei der aber der Kaiser neuerdings unterlag, indem am 1. Mai 1576 Stephan Bathory zum König von Polen gekrönt wurde.

Bereits körperlich leidend, brach der Kaiser am 1. Juni 1576 von Wien aus zum Reichstag nach Regensburg auf, wo er angesichts der Beschwerden der protestantischen Reichsstände aufregende und anstrengende Verhandlungen zu führen hatte. Er erkrankte und verschied dort unter unsäglichen Schmerzen am 12. October 1576. Unmittelbar vor seinem Tode verweilte beim Kaiser, ohne dass er ausdrücklich nach ihm verlangt hatte, sein Hofcaplan, der Bischof von Wiener-Neustadt, Lambert Gruter, der die Mission hatte, ihn zu einer Aussöhnung mit der römisch-katholischen Kirche zu bestimmen. Aus den Berichten über die Unterredung ist nicht zu entnehmen, ob ihm dies vollständig gelang. Der spanische Botschafter Marquis von Almagan, welcher neben dem Sterbezimmer des Kaisers verweilt hatte, schrieb am Todestage nach Madrid: „Der Unglückliche ist gestorben, wie er gelebt hatte“.

Wiewohl K. Maximilian II. eine sehr zahlreiche Familie hatte, so setzte er doch die Theilung der ihm zugefallenen Länder nicht fort, sondern seinen ganzen Besitz erhielt der älteste Sohn Rudolf II. (geb. 18. Juli 1552), der schon seit 25. September 1572 König von Ungarn, seit 22. September 1575 König von Böhmen und seit 1. November 1575 römischer

Kaiser war; dessen Brüder, die Erzherzoge Ernst, Mathias, Maximilian, Albrecht und Wenzeslaus bekleideten theils inner-, theils außerhalb des Reiches verschiedene Stellungen.

Kaiser Rudolf II. war von gutmüthigem Charakter und hatte keine geringe geistige Begabung und vielseitige Kenntnisse, aber ein sehr phlegmatisches Wesen, das in späteren Jahren in Melancholie übergieng. Aus Spanien brachte er wohl strengere kirchliche Anschauungen mit, als sein Vater besessen hatte, aber sie wirkten zu wenig stark auf sein Gemüth, als dass sie ihn zur Unduldsamkeit getrieben hätten. Seine Neigungen waren weniger auf die Beschäftigung mit Glaubenssachen oder die persönliche Führung der Geschäfte, als auf die Pflege seiner Liebhabereien gerichtet, denen er sich hingab, während er Räthen, die nicht immer die besten waren, die Regierung überließ. Nur in einem Punkte war er von seinen spanischen Erinnerungen vollkommen beherrscht: in der Besetzung der wichtigsten Ämter, die nur Katholiken der strengeren Richtung erhielten. Diese, im Vereine mit Brüdern des Kaisers, den Bischöfen, den Jesuiten und dem gleichgesinnten Clerus, hielten den weiteren Verfall des Katholicismus auf und bereiteten dessen Wiederbelebung vor. Wochenlang in seinen Gemächern zurückgezogen lebend, beschäftigte K. Rudolf II. sich am liebsten mit Malerei, Bildhauerei und Mosaikarbeit und sammelte leidenschaftlich die kostbarsten Kunstgegenstände aus allen Ländern. Ebenso betrieb er mit krankhaftem Eifer Alchymie und Astrologie, und umgab sich mit Sterndeutern und Chemikern, theils Abenteurern, theils ehrlichen Männern der Wissenschaft, unter welch' letzteren Tycho de Brahe und Keppler unsterblichen Ruhm erlangten. Rudolf II. blieb unvermählt, lebte aber in einem vertrauten Verhältnisse mit der Tochter eines Cavaliers an seinem Hofe, aus welcher Verbindung sechs Kinder hervorgiengen.

Unmittelbar nach seinem Regierungsantritte schlug K. Rudolf II. sein ständiges Hoflager in Prag auf und setzte als Statthalter für Österreich seinen Bruder Erzherzog Ernst ein. Während seiner ganzen Regierung besuchte er sehr selten und selbst dann nur auf kurze Zeit die Hauptstadt der österreichischen Erblande. Dieselbe hörte zeitweilig auf, der politische Mittelpunkt des habsburgischen Reiches und der Sitz eines glänzenden Hofstaates zu sein. Der Schwerpunkt der Monarchie lag an der Moldau, wohin auch der Hofkriegsrath, der Reichshofrath und der geheime Rath des Kaisers übersiedelten.

Von den großen politischen Begebenheiten während der Regierung K. Rudolf's II. wurde Wien nicht unmittelbar berührt. Zwar tagte hier, da

man den Ausbruch eines Krieges mit dem Sultan besorgte, im Jahre 1577 eine große Commission unter dem Vorsitze des Erzherzogs Ernst zur Vornahme der nothwendigsten Grenzbefestigungen, wobei auch der Zustand der Fortificationen Wiens genau untersucht und bedeutende Verbesserungen als nothwendig erkannt wurden; doch kam es erst in späteren Jahren zu neuen Kriegen mit den Türken, durch deren Verlauf Wien übrigens gar nicht bedroht wurde. Die Bürger hatten nur mit den Ständen fortwährend drückende Steuern zum Unterhalte der Bewachung der croatischen Grenzen und zum Baue neuer Festungen zu tragen.

Die Protestanten betrachteten den Regierungsantritt des Kaisers mit Misstrauen. Als der niederösterreichische Landtag zur Erbhuldigung einberufen wurde, und der Kaiser auf demselben nicht persönlich erschien, sondern sich durch seinen Bruder vertreten ließ, machten die evangelischen Stände mancherlei Schwierigkeiten und wollten anfangs die Huldigung nicht leisten, bis nicht vom Kaiser auch den Städten und Märkten volle Religionsfreiheit gewährleistet worden sei. Und als der Statthalter ein Aufgebot verlangte, erwiderte der Landtag, dass der österreichische Bauer das Kriegshandwerk hasse und zu einem solchen Aufgebot nicht tauglich sei. Nur mit Mühe drang im October 1577 die Regierung mit ihrer Forderung durch.

Das Misstrauen der evangelischen Stände war, wie sich aus der Haltung des Erzherzogs und seiner Räthe gegenüber den Protestanten in Wien zeigte, nicht grundlos. Der Bischof von Wien entfernte im Jahre 1577 aus den Kramläden der Häuser vor der Stephanskirche sechs Buchhändler, weil sie im Verdachte des Verkaufes sectischer Bücher standen und nahm persönlich eine Visitation in den Kramläden vor; dieselbe hatte aber geringen praktischen Erfolg, weil es ihm nicht gestattet war, auch den Buchhändlerladen im Landhause zu visitiren, wo die gefährlichsten Bücher ohne Scheu zum Kaufe ausgeboten wurden. Charakteristisch war die Beschwerde der Buchhändler; sie klagten, mit katholischen Büchern gar kein Geschäft machen zu können und drangen darauf, dass nicht bloß den Bürgern der Stadt, welche den Buchhandel betrieben, sondern auch den fremden, bei den Märkten sich einfindenden Buchhändlern der Verkauf antikatholischer Flugschriften und Bücher untersagt werde. Diese Beschwerde hatte jedoch wenig Erfolg, und es kam bald darauf so weit, dass jeder Buchhändler dem Bischof einen Katalog der in seinem Verlage befindlichen Bücher vorlegen musste. Doch auch dem Buchhändler im Landhause, Elias Freitag, rückte man nun an den Leib. Bischof Caspar fungirte nämlich im Jahre 1579 als Mitglied des Herrenstandes und unternahm an der Spitze einer Commission eine Visitation im

Landhause. Er fand nicht allein lutherische, sondern auch flacianische und andere nach seiner Ansicht sehr schädliche Schriften, aber kein einziges katholisches Buch. Darauf hin wurde Freitag befohlen, die Bücher außer Land zu schaffen, und der Laden für einen Tag gesperrt. Die Beschwerde der Stände über diesen Eingriff in ihr Freihaus wurde zurückgewiesen.

Von den Prädicanten wüthete in Wien am heftigsten der evangelische Prediger im Landhause, Josua Opitz, ein eifriger Flacianer, zu dessen Predigten sich Bürger und Soldaten trotz aller Verbote zahlreich einfanden. Opitz richtete seine Angriffe vorzüglich gegen das Cölibat der katholischen Geistlichkeit. Wiewohl er an dem Jesuiten Scherer einen an Schärfe der Polemik ihm gewachsenen Gegner fand, so erwarb er sich doch einen großen Anhang im Volke, welches sein rücksichtsloses Auftreten bewunderte und durch seine Reden so sehr entflammt wurde, dass es nach den Predigten stets Lust zeigte, sich an den Päpstlichen zu vergreifen, und jede gesellige Berührung mit denselben vermied. Die Aufregung unter den Bürgern wurde so groß, dass die Ruhe der Stadt gefährdet schien, zudem Opitz auch gegen die Behörden heftige Angriffe richtete. Kaiser Rudolf II. beauftragte am 3. Mai 1577 von Bautzen aus Erzherzog Ernst, dem von den evangelischen Ständen begünstigten Treiben der Prädicanten in Wien ein Ende zu machen. Dieser untersagte dem Stadtrath und der Universität am 5. Juni 1577 das Predigen, Taufen, Copulieren und das Conducieren der Verstorbenen nach evangelischem Ritus. Die Stände protestierten gegen diese Beeinträchtigung der freien Religionsübung in Wien und verweigerten geradezu den Gehorsam, als die Regierung am 9. Mai 1578 die Ausweisung des Josua Opitz verlangte. Zur Vermeidung eines offenen Conflictes versuchte es die Regierung zuerst mit gütlichen Verhandlungen. Erst ein unerhörter Vorfall, ähnlich jenem bei der Leichenfeier Kaiser Maximilian's II. in Prag, führte zu entscheidenden Schritten. Während der Frohnleichnamsprocession (Mai 1578), der K. Rudolf II. mit den Erzherzogen Ernst und Maximilian und dem Herzoge Ferdinand von Baiern beiwohnte, entstand auf dem Bauermarkt durch den Einsturz einer von Zusehern überfüllten Tribüne ein furchtbares Geschrei. Die Wälschen und Spanier, in der Meinung, dass der Spectakel von Lutheranern herrühre, zogen vom Leder und stürzten auf den Kaiser und die Prinzen zu, welche gleichfalls ihre Degen entblößten. Die Geistlichkeit ließ den Himmel, die Monstranzen und die Wachskerzen fallen und flüchtete sich in die Stephanskirche, während der Nuntius in Ohnmacht fiel, und der venetianische Gesandte in seine auf der Bastei gelegene Wohnung floh. Man blieb aber bei der Meinung, dass der ganze Tumult von

den Lutheranern angezettelt worden sei, welche sich über die seit Jahren nicht mehr öffentlich abgehaltene Procession geärgert hätten. Am 21. Juni früh Morgens wurden die Prädicanten Opitz, Hugo Tettelbach und der Schulmeister Sesser aus Wien fortgeschafft. Ersterer rächte sich für seine Vertreibung dadurch, dass er die Wiener aller möglichen Schandthaten beschuldigte. Ungeachtet dieser Maßregel blieb den Anhängern der evangelischen Lehre noch hinreichend Gelegenheit, ihren Gottesdienst abzuhalten. Denn es wurden nun Bethäuser außerhalb der Stadt, von Helmhart Jörger in Margareten und von Adam Geyer in Inzersdorf und in Herrnals errichtet, welche die Regierung aber schon im Jahre 1578 trotz des Protestes der Stände schließen ließ. Gleichzeitig mit der Ausweisung der Prädicanten erließ der Kaiser ein Edict, welches den Evangelischen in Wien die offene Abhaltung des Gottesdienstes untersagte. Den neu aufzunehmenden Bürgern in den Städten und Märkten wurden neunundzwanzig katholische Confessionsartikel vorgelegt, nach deren befriedigender Beantwortung sie erst den Eid leisten durften. — Die Protestanten ließen es aber bei der gesetzlichen Opposition nicht bewenden. Als ihre an den Kaiser gerichteten Proteste wirkungslos blieben, setzten sie einen förmlichen Aufstand in Scene. Am 19. Juli 1579 morgens versammelten sich auf dem Burgplatze angeblich bei fünftausend Personen, darunter viele Bürger mit ihren Familien, und erwarteten Herzog Ernst. Als dieser von der Kirche zu Wagen zurückkehrte, erhoben sie ein großes Geschrei und riefen: „Wir verlangen das Evangelium, das Evangelium!“, während mehrere Rathsmitglieder dem Erzherzoge eine Petition zum Fenster hineinreichten, in der freie Religionsübung in Wien und anderen Städten verlangt wurde. Dieser, wiewohl hoch erzürnt, nahm die Petition an und versprach mit dem Kaiser darüber Rücksprache zu pflegen, worauf sich die Tumultuanten zerstreuten. Der Kaiser ließ aber eine Untersuchung anstellen, welche damit abschloss, dass die Rädelsführer zum Tode verurtheilt wurden, eine Strafe, die später in Landesverweisung umgewandelt wurde. Zur Vermeidung ähnlicher Tumulte erhielt die Stadt von nun an eine Garnison aus regulären Truppen.

Sollte aber eine dauernde Besserung der Zustände eintreten, so musste auch eine gründliche Reform des Clerus sowohl an der Domkirche, wie in den Klöstern in Angriff genommen werden, da dieser durch seine Unwissenheit, seinen Lebenswandel und seine nachlässige Pflichterfüllung öffentliches Ärgernis gab. In zahlreichen Berichten an die Regierung schildert, wie sein Vorgänger, auch der im Jahre 1575 neu ernannte Bischof Caspar Neubeck die traurige sittliche und financielle Lage des Bisthums: „Wenn Ihre kaiserl.

Majestät mir und dem Bisthum motu proprio nicht zu Hilfe kommen," schreibt er an Herrn von Dietrichstein am 9. Juli 1578, „so ist's geschehen, gleichwohl nicht um mich, sondern um das Bisthum." Wenn ihm nicht Hilfe zutheil werde, müsse er sich in andere Orte und Conditiones begeben, um sein Brot mit seiner Arbeit zu verdienen. Dabei gerieth er in Conflict mit dem vom Kaiser eingesetzten Klosterrath, welcher sich Eingriffe in seine Rechte erlaubte. Auf Anordnung des Erzherzogs begann der Bischof im Jahre 1577 eine Visitation der ihm unterstehenden Pfarren, welche die gröbsten Missbräuche bei der Ausübung der geistlichen Beneficien zutage förderte. Ebenso zeigten die Visitationen der Minoriten, Dominicaner, Augustiner den tiefsten Verfall, und als er das Domcapitel zu reformieren versuchte, begegnete er dem größten Widerstande. Mit Spott und Hohn überschütteten die Jesuiten im Gefühle ihrer Überlegenheit das Leben der müßigen, nur auf ihr leibliches Wohl bedachten Prälaten der Klöster, vorzüglich der Jesuit Scherer, der in seinen Predigten von diesen Priestern ein grelles Bild entwarf. Dies hatte zur Folge, dass die Jesuiten, von dem Klostercleras vielfach angefeindet, den Vorwurf hören mussten, dass sie durch ihren Übereifer der katholischen Sache mehr Schaden als Nutzen zugefügt hätten, ein Vorwurf, der aber keineswegs berechtigt war, denn selbst der evangelische Raupach schreibt über Scherer's Predigten zum Jahre 1580: „sie hätten solche Wirkung geübt, dass in einem Jahre mehrere hundert Lutheraner wieder Papisten wurden, darunter selbst protestantische Professoren der Universität". Dass die Jesuiten kein Mittel unversucht ließen, um auf das Volk einzuwirken, zeigt übrigens die von ihnen besonders gepflegte Austreibung der Teufel. Im Jahre 1583 wurde in das Nonnenkloster zu St. Laurenz ein Mädchen, Anna Schlutterbauer, gebracht, welches nach den Processacten nicht weniger als 12652 Teufel in sich hatte. Diese Teufel gelangten in das Mädchen durch ihre Base Elisabeth Plainacher, welche sich mit ihr, wie Scherer bei St. Stephan predigte, in einen Kreis stellte, aus einem Glase eine Fliege ließ, die zu einem zottigen Manne wurde, und zu ihr sagte: „Sieh', das ist dein Bräutigam!" Als das Mädchen ihn nicht haben wollte, wurde es geschlagen und musste verzauberte Äpfel essen, in denen der Teufel verborgen war. Während Elisabeth Plainacher auf der Richtstätte in Erdberg verbrannt wurde, kam das Mädchen in das Barbarastift, wo ihr die Jesuiten durch ein Getränke die Teufel nach zwei Monaten austrieben. Triumphirend verkündigten sie diese angebliche Wunderthat von der Kanzel, indem sie die Protestanten aufforderten, Gleiches zustande zu bringen. Eine ähnliche Teufel-

austreibung fand im Jahre 1590 an einer adeligen Frau in der Schottenkirche statt.

Mit rascherem und entschiedenerem Erfolge machte die Gegenreformation im Schulwesen Fortschritte, nachdem Melchior Klesel zum Dompropst und Kanzler der Universität (1579) berufen worden war. Dieser, der Sohn eines Bäckers in der Kärntnerstraße, war in seiner Jugend Protestant gewesen, aber frühzeitig zur katholischen Kirche übergetreten. Mit hervorragendem Talent, Willensstärke und Ausdauer begabt, zeichnete er sich durch seinen kirchlichen Eifer, seine Gelehrsamkeit und Lebensweise aus. Durch diese Eigenschaften erlangte er ein so starkes, geistiges Übergewicht, dass er sich zu den höchsten kirchlichen Würden emporschwang und in die einflussreichste politische Stellung trat. Die nächste Folge von Klesel's Berufung war, dass noch 1579 eine neue Schulordnung für die unteren Schulen bei St. Stephan, St. Michael und den Jesuiten eingeführt, im Jahre 1580 eine Bücherinquisition eingesetzt ward, und dass seit 1581 an der Universität kein Studierender promovieren durfte, der nicht das römisch-katholische Glaubensbekenntnis abgelegt hatte. Noch einschneidender wurde das Wirken Melchior Klesel's, als er im Jahre 1588 von K. Rudolf II. in jene Commission berufen wurde, deren Hauptaufgabe es war, die Städte und Märkte dem Einflusse der protestantischen Lehre zu entziehen. Sein Wirken hatte in kurzer Zeit den Erfolg, dass zwölf Städte und Märkte feierlich erklärten, im Schoße der katholischen Kirche bleiben zu wollen, worauf ihm der Kaiser im Jahre 1590 eine besondere Vollmacht zur Fortsetzung des Werkes ertheilte. Mit Feuereifer gieng Klesel an diese Arbeit und konnte schon nach einem Jahre berichten, dass weitere zehn Städte denselben Revers ausgestellt hatten. Unter den Städten, welche sich zu einem solchen Reverse nicht herbeilassen wollten, nennt Klesel auch Wien. Ein rascher Umschwung war hier nicht zu erwarten, wenn auch die Jesuiten immer festeren Boden gewannen. Hatten sie es doch im Jahre 1594 so weit gebracht, dass ihr Collegium aus siebenunddvierzig Mitgliedern bestand und ihre Schulen von achthundert Zöglingen besucht waren, während die Universität kaum den zehnten Theil dieser Anzahl aufzuweisen hatte. Noch im Jahre 1596 klagte Klesel in einem Berichte an den Kaiser, dass die Prädicanten heimlich und schleichend in die Stadt kämen und bei verschlossenen Thüren ihren Gottesdienst hielten, und dass Bürgermeister und Richter niemals zur Abstellung dieser Ausschreitungen zu haben seien.

Je entschiedener die Regierung auftrat, desto heftiger wurde die Opposition der oberen Stände. Schon damals regte sich in diesen der Gedanke, der Regierung offenen Widerstand zu leisten, der aber bald aufgegeben wurde, als die

theologischen Facultäten in Heidelberg und Rostock in den Jahren 1579 und 1580 auf die Anfrage, ob die Stände sich den Druck gefallen lassen müssten, erklärten, dass gegen den Landesfürsten nicht aufzukommen, sondern alles Heil von der Intervention der Reichsstände zu erwarten sei. Im Grunde bedrohte aber die Regierung gar nicht die Ausübung des Augsburg'schen Religionsbekenntnisses, sondern nur die immer stärker hervortretende Hinneigung der evangelischen Stände und ihrer Prediger zu den Lehren der Flacianer, worin eine weit größere Gefahr für die evangelische Lehre lag, weil die Zerfahrenheit der religiösen Grundsätze von schlimmer Wirkung auf das Volk war, wie dies die Ergebnisse der Berathungen der im Jahre 1580 in Horn abgehaltenen Versammlungen der Evangelischen und die in demselben Jahre stattgehabten Visitationen bei ihren Predigern auf dem flachen Lande bezeugten; welche vergebens Einheit in den Lehrsätzen und Einheit im Gottesdienste herzustellen versuchten. Die Ausschreitungen der evangelischen Stände, insbesondere ihr Bestreben, auch in den Städten und Märkten ihren Einfluss zu bewahren und jenen Klesel's zu paralysieren, riefen übrigens im Lande selbst eine bedenkliche Aufregung hervor. Im Jahre 1595 kam es zu einem förmlichen Bauernaufstande, der mit der Vertreibung von katholischen Pfarrern in mehreren Ortschaften begann, bald aber noch eine andere Richtung nahm und sich auch gegen den Druck der Grundherren, gegen die landesfürstlichen Auflagen und die schweren Militärlasten richteten. Die Bauern plünderten nicht bloß die Pfarren, sondern auch die Schlösser, Burgen und Städte. Erst im April 1597 gelang es, den Aufstand zu bewältigen; an vierhundert Gefangene wurden nach Wien eingeliefert, und vier Rädelsführer büßten am 21. October 1597 ihr Verbrechen mit dem Tode.

An der saumseligen Haltung der Regierung in der Bekämpfung des Bauernaufstandes trug ihre Lage, die seit dem Wiederausbruch des Krieges mit den Türken (1592) sehr bedrängt war, Schuld. Während anfangs mit Glück gegen dieselben operiert wurde, geschah es, dass am 29. September 1594 Graf Ferdinand Hardegg, der Commandant von Raab, in verrätherischem Einvernehmen dem Feinde diese Festung mit dem gesammten Kriegsmaterial übergab. Es wurde gegen ihn und seine Mitschuldigen in Wien ein Hochverrathsproces eingeleitet und am 20. Mai 1595 zuerst gegen die letzteren, achtzig an der Zahl, die Todesstrafe, theils durch das Schwert, theils durch den Galgen vollzogen. Am 16. Juni wurde auch Graf Hardegg und sein Genosse Niklas Berlin auf dem Hof geköpft. Als dem Scharfrichter an Berlin die Execution misslang, entstand ein Auflauf, weil das Volk fürchtete, dass die in der Stadt anwesenden Soldaten dem Scharfrichter zu Leibe

gehen würden, und derselbe musste unter militärischem Schutz in das Schergenhaus in der Rauhensteingasse gebracht werden. Zu derselben Zeit brach unter den abgedankten Soldaten eines Regimentes eine große Meuterei aus; die Empörer zogen am 11. Juni 1595 in den Steyrerhof, um von den Hauptleuten den ihnen angeblich gebürenden Sold zu erzwingen. Es kam zum Handgemenge, zum Hauen, Schießen und Stechen, so dass der Stadtrath Sturm läuten und die ganze Besatzung unter Waffen treten ließ. Einen dritten ähnlichen Excess machten am 13. Juli 1595 in St. Ulrich die abgedankten Soldaten eines anderen Regimentes, ein Excess, der gleichfalls nur durch militärische Gewaltmaßregeln unterdrückt werden konnte.

Hatten schon diese Begebenheiten im Zusammenhange mit den vom flachen Lande eingetroffenen Nachrichten über die Fortschritte der Bauernbewegung in Wien eine trübe Stimmung erzeugt, so wuchs diese, als im Jahre 1596 aus Ungarn die Botschaft eintraf, dass der Sultan persönlich mit einem großen Heere nach Ofen gezogen sei. Neuerdings drohte die Gefahr eines Vordringens der Türken bis Wien, weil bereits Raab in der Gewalt derselben war. Tag und Nacht arbeiteten Bürger, Bauern und Soldaten an der Instandsetzung der Festungswerke und an dem Schutz der Vorstädte, und öffentliche Gebete und Processionen wurden veranstaltet. Der Sultan wandte sich aber unerwarteterweise gegen Erlau. Kaum war hiedurch die unmittelbare Gefahr beseitigt, so entstand eine neue Bestürzung, als der Plan eines Feuerwerkers, Namens Franz Diano, entdeckt wurde, welcher beim Anrücken der Türken die Festungswerke vom Rothenthurm bis zum Stubenthor in die Luft zu sprengen beabsichtigte. Erst als am 29. März 1598 Adolf von Schwarzenberg die Festung Raab zurückerobert hatte, wurde die Gefahr einer Belagerung Wiens durch die Türken als beseitigt angesehen. Als Denkmal dieser glänzenden Waffenthat befahl K. Rudolf II. allen Ständen und Städten auf allen Kreuzwegen und Anhöhen steinerne Denksäulen mit folgender Inschrift zu errichten:

Sag' Gott dem Herrn Lob und Dank,
Dass Raab ist kommen in der Christen Hand.

Solche Inschriften trugen in Wien die Denksäulen bei dem Armenhause in der Währingergasse (dem Bäckenhäusl), an der steinernen Wienbrücke, vor dem Kärntnerthor und an der Burgfriedensgrenze auf dem Wienerberge (der Spinnerin am Kreuz).

Eine entscheidende Wendung in dem Kriege mit der Türkei führte die glänzende Waffenthat Schwarzenberg's nicht herbei. Dazu waren die politischen und religiösen Verhältnisse in Ungarn und Siebenbürgen nicht

angethan, wo die Furcht vor einer katholischen Gegenreformation die Protestanten abhielt, den kaiserlichen Waffen eine kräftige Unterstützung zu leihen. Ebenso wirkte der Mangel an Geld und Proviant lähmend auf die Kriegsoperationen ein und führte zu neuen Meutereien unter den Soldaten und zur verrätherischen Übergabe fester Plätze, wie z. B. Kanischa's, Bobotscha's und Komorn's. Am 15. Juni 1601 wurden auf dem Hof in Wien mehrere Anstifter solcher Verräthereien, darunter Georg Paradeiser, Oberst und Commandant der Festung Kanischa, hingerichtet. In Siebenbürgen und einem Theile Ungarns brachen Unruhen aus, während welcher Sigismund Bathory im Jahre 1601 die Herrschaft über das Land an sich riss, und, kaum war es dem Kaiser gelungen, mit Bathory ein Abkommen zu treffen (1602), so erhielt der Aufstand in dem energischen Stephan Botskai einen weit gefährlicheren Führer. Blutige Kämpfe erfolgten, und K. Rudolf II., die Gefahr, die der habsburgischen Herrschaft in Ungarn drohte, nicht erkennend, vermehrte die Zahl seiner Gegner dadurch, dass er die Forderungen der ungarischen Protestanten auf den Landtagen zurückwies. So erreichte es Stephan Botskai im Jahre 1604, dass ihn die Siebenbürger zu ihrem Fürsten ausriefen.

Von der schlechten Disciplin des kaiserlichen Heeres während dieser Kämpfe gibt der im Jahre 1604 in Wien vorgefallene Aufstand des Mörsberg'schen Regimentes Zeugnis, welches seine Officiere davonjagte und sich nach Schwechat zurückzog. Erzherzog Mathias rückte mit der ganzen Stadtguardia und der Bürgerwehr den Soldaten entgegen, worauf diese die Waffen streckten. Die Rädelsführer wurden mit dem Schwerte hingerichtet und dem von den Soldaten gewählten Oberst die Zunge ausgerissen. Am 16. August desselben Jahres sollten sechzehn Soldaten des Althan'schen Regimentes wegen Meuterei am Hof hingerichtet werden, sie wurden jedoch vom Erzherzoge begnadigt.

Die größte Schuld an diesen Zuständen trugen die Zerwürfnisse im Hause Österreich. Zwischen dem Kaiser und Erzherzog Mathias, der, ganz im Gegensatz zu seinem Bruder, heiteren Sinnes, leicht erregbar und unternehmungslustig war, bestand schon seit mehreren Jahren eine feindselige Stimmung, indem K. Rudolf II. dem vorerwähnten Bruder ehrgeizige Absichten zur Last legte. Erst im Jahre 1590 versöhnten sich die Brüder durch Vermittlung der Mutter. Mathias wurde nach dem Tode des Erzherzogs Ernst (20. Februar 1595) Statthalter in Österreich und Ungarn und Vertreter des Kaisers im Reiche, wodurch er bedeutenden Einfluss auf die Führung der Staatsgeschäfte gewann. Da der Kaiser sich zu einer Vermählung

nicht entschließen konnte, so hatte er auch alle Anwartschaft, eine noch bedeutendere, seinem Ehrgeize zusagendere Stelle in seinem Hause einzunehmen.

Dazu gesellten sich noch besondere, die Aspirationen des Erzherzogs begünstigende Verhältnisse.

Um das Jahr 1600 nahm K. Rudolf's II. melancholische Gemüthsstimmung eine so krankhafte Wendung, dass sie an Verrücktheit grenzte. Sonderbare Vorstellungen trübten den Verstand des Kaisers. Beängstigt durch eine Prophezeiung Tycho de Brahe's, fürchtete er ebenso wie Heinrich III. von Frankreich, von einem Mönche ermordet zu werden. Gleich in den ersten Stadien der Geisteskrankheit des Kaisers hielt Erzherzog Mathias mit den Erzherzogen Maximilian und Ferdinand von Steiermark in Schottwien eine Berathung, wo sie die Form besprachen, in welcher mit K. Rudolf II. die Nachfolge ins Reine gebracht werden sollte. Zu diesem Zwecke begab sich Erzherzog Mathias nach Prag; seine Bemühungen hatten aber trotz der Unterstützung Spaniens keinen Erfolg. Nach der Wahl Botskai's zum Fürsten von Siebenbürgen traten die Erzherzoge in Linz (10. Mai 1605) zusammen und beschlossen, bei dem Kaiser für die Machterbschaft entschieden einzutreten, mit der Androhung, dass sie im Falle der Weigerung selbst dafür Sorge tragen würden. Weder mündliche noch schriftliche Vorstellungen des Erzherzogs Mathias fanden am Prager Hofe Gehör; im Gegentheile bewirkten sie, dass der Kaiser die hierauf folgenden Schritte, die sein Bruder bei den Führern der deutsch-protestantischen Partei Ungarns, den Freunden Botskai's, zur Erzielung eines Friedens machte, mit Misstrauen und Argwohn verfolgte und den am 9. Februar 1606 mit Botskai zustande gekommenen Präliminarvertrag nicht anerkannte. Angesichts der für das Reich dadurch heraufbeschworenen Gefahr schlossen die Erzherzoge in Wien am 25. April 1606 einen geheimen Vertrag, worin, im Hinblick auf den Geisteszustand des Kaisers, Kraft der bestehenden Familienverträge Erzherzog Mathias die Regentschaft übertragen wurde. Dieser beeilte sich hierauf, mit dem Fürsten Botskai und der Wiener Insurrection am 29. Juni 1606 den definitiven Frieden abzuschließen, welcher dem Protestantismus freie Religionsübung und Botskai für Lebenszeit die Herrschaft über Siebenbürgen und acht Comitate Ostungarns zugestand. Nach langem Widerstreben ratificierte auch der Kaiser den Vertrag. Als ein bemerkenswertes Moment muss bezüglich dieses Vertrages hervorgehoben werden, dass die Stände der deutsch-böhmischen Lande die Bürgschaft für dessen Ausführung übernahmen. Vier Monate später (29. October 1606) kam auch ein zwanzigjähriger Friede mit der Pforte zustande.

Im Besitze der Vollmachten zu selbständigem Handeln, gieng nunmehr das ehrgeizige Bestreben des Königs Mathias II. dahin, K. Rudolf II. vollständig die Regierung über Österreich, Ungarn und Mähren zu entwinden. Nur über Böhmen sollte vorläufig der Kaiser noch gebieten, insolange er nicht vollständig regierungsunfähig sein würde. Er suchte sich bei diesen Bestrebungen der Unterstützung der Stände Nieder- und Oberösterreichs durch Versprechung weitgehender, politischer und confessioneller Zugeständnisse zu versichern und trat zu diesem Zwecke selbst mit den protestantischen Reichsständen Deutschlands in Verbindung, damit ihm auch von dieser Seite keine Schwierigkeiten bereitet würden. Ungeachtet aller Gegenmaßregeln, Unterhandlungen und Drohungen des Prager Hofes gelang es König Mathias II., die Stände zu bestimmen, dass sie vom Kaiser die Abtretung von Österreich, Ungarn und Mähren an ihn verlangten. Trotz aller Proteste der Sendboten K. Rudolf's II., wurde K. Mathias II. im Jänner 1608 zum Gubernator Ungarns gewählt. Bald darauf rückte er an der Spitze eines Heeres in Böhmen ein und nöthigte den Kaiser zum Abschluss des Vertrages vom 25. Juni 1608, welcher die Abtretung Österreichs, Ungarns und Mährens an ihn und die Anwartschaft auf Böhmen feststellte. Wenige Tage nach dem Einmarsche schloss eine Anzahl von Ständemitgliedern von Ungarn, Mähren, Ober- und Niederösterreich zu Sterbohol ein Bündnis zur gegenseitigen Unterstützung bei den an König Mathias II. zu stellenden Forderungen.

Der mit Hilfe der Stände errungene, große politische Erfolg bereitete dem König Mathias II. große Verlegenheiten; denn die zwei oberen niederösterreichischen Stände verlangten als Preis für die ihm gewährte Bundesgenossenschaft die Erfüllung nachfolgender Punkte: Religionsfreiheit der oberen Stände wie der Städte und Märkte, Gleichstellung mit den Katholischen bei Besetzung der Ämter und Wiederherstellung der Zustände in Schule und Kirche, wie sie beim Tode K. Maximilian's II. bestanden hatten.

Dem K. Mathias war das Eingehen auf diese Forderungen um so schwieriger, als er seit der Bewältigung des Bauernaufstandes gegen die Protestanten persönlich eine große Abneigung hatte und unter dem Einflusse Klesel's eifriger als je bemüht war, die Prädicanten in den Städten und Märkten auszurotten und aus den von ihnen unrechtmäßig besetzten Pfarren zu vertreiben.

Mathias hielt, von Prag zurückkehrend, am 14. Juli 1608 als Landesfürst in Wien seinen Einzug. Von dem freudigen Eindrucke, den die Verzichtleistung des Kaisers auf die Herrschaft über das Stammland der Monarchie machte, gibt der ungewöhnlich glänzende Empfang, welchen die

Bürger dem neuen Herrscher bereiteten, Zeugnis. An dreißigtausend Mann, in zehn Fähnlein getheilt, die kaiserlichen Räthe, Officiere und Diener, die Bürger, deutsche und italienische Handelsherren zu Pferde, die Stadtguardia und Raaber Husaren nahmen von der großen Taborbrücke gegen die Stadt zu Aufstellung und eröffneten dann auch den Zug. Drei kunstvolle Triumphpforten schmückten die Straße zwischen den Brücken, und in der Taborstraße hatte Lazarus Henckel auf seine Kosten eine Triumphpforte und zwei Springbrunnen für weißen und rothen Wein errichtet. Vor dem Rothenthurmthore stand der Stadtrath mit einem von berittenen Bürgern gehaltenen Baldachin aus weißem und rothem Damast, unter welchem der König einritt. Nahe dem Rothen Thurm begrüßten ihn, gleichfalls unter einem Baldachin, die Juden mit den Gesetztafeln und unter rituellen Ceremonien. Am Lugeck erhob sich eine von den italienischen Niederlägern errichtete, mit den sieben Hauptplaneten verzierte Triumphpforte und beim Eingange in den St. Stephansfreithof erwartete den König der Clerus mit einem Baldachin, unter welchem er sich in den Dom begab und dem feierlichen Te Deum laudamus beiwohnte. Auf dem hohen Thurm ober dem goldenen Knopf schwenkte ein Mann eine weiß-rothe Fahne. Von St. Stephan aus bewegte sich der Zug über den Stock-im-Eisenplatz, Graben und Kohlmarkt in die Burg, wo sich noch sechs von den deutschen Handelsleuten, der Bürgerschaft und den Hofhandelsleuten erbaute Triumphpforten erhoben. Während des ganzen Einzuges erdröhnte von den Basteien der Donner der Geschütze.

Die evangelischen Stände Niederösterreichs ließen sich durch diese Loyalitäts-Kundgebungen in ihrer verabredeten Haltung nicht beirren, und, als um die Mitte des Monats August der niederösterreichische Landtag zur Huldigung versammelt war, erklärten sie, diese nicht vor Erledigung ihrer Religions-Gravamina leisten zu wollen. Vergebens ermahnte sie der König zur Erfüllung ihrer Unterthanenpflichten, vergebens versuchte der Erzherzog Maximilian zu vermitteln, und ebenso vergebens protestierten die katholischen Stände gegen dieses gesetzwidrige Vorgehen (20. September); hartnäckig vertrat Tschernembl, an dem Grundsatze der Volkssouveränität festhaltend, die Anschauung, dass K. Mathias insolange nicht das Recht habe, als Landesfürst aufzutreten, bis er sich nicht mit den Ständen verständigt hätte, und diese ihn als ihren Herrn anerkannt haben würden. Angesichts der Weigerung des Königs, die Forderungen der evangelischen Stände zu erfüllen, bestimmten Tschernembl, Gottfried und Richard von Starhemberg und Erasmus von Eiczing ihre Gesinnungsgenossen, den Landtag zu verlassen und sich nach Horn zu begeben, dort die Berathungen fort-

zusetzen und sich zum offenen Widerstande zu rüsten; sie bewaffneten ihre Unterthanen, nahmen Officiere in Sold und belegten die Güter des Königs und der Klöster mit Kriegsvolk. Am 3. October 1608 fertigten die evangelischen Stände in Horn ihren Bundbrief aus. Am 4. October 1608 leisteten dagegen die katholischen Stände und von den lutherischen Karl von Teufel und Friedrich von Windischgrätz in Wien den Huldigungseid, welchem Vorgehen sich am 10. October 1608 mit den meisten übrigen Städten und Märkten auch die Stadt Wien anschloss. Nur einige äußere Räthe, wie H. Unger, H. Bruckner und Georg Erasmus, waren den Protestanten nach Horn und Preßburg gefolgt.

König Mathias hatte nun die Wahl, entweder seine fürstliche Autorität zu schwächen oder das Signal zu einem erbitterten Religionskampfe zu geben. Eine Entscheidung war für ihn um so schwieriger, als er kurz vorher, am 30. August 1608, den mährischen Ständen politische und religiöse Zugeständnisse gemacht hatte und durch ein schroffes Auftreten seine unmittelbar bevorstehende Krönung zum König von Ungarn gefährden konnte. K. Mathias II. lehnte daher den Vorschlag Klesel's, die aufrührerischen Stände mit Waffengewalt zur Huldigung zu zwingen, ab und nahm, dem Rathe des Kurfürsten von Sachsen folgend, eine zuwartende Haltung ein. Dieser verdankte es Mathias auch wesentlich, dass am 19. November 1608 in Preßburg seine Krönung zustande kam. Die evangelischen Stände in Horn blieben unterdessen nicht müßig. Sie suchten bei den evangelischen Kurfürsten und bei den Ständen in Mähren und Ungarn Schutz und Anerkennung ihrer vermeintlichen Rechte und drohten sogar, sich zu Gunsten einer neuerlichen Herrschaft K. Rudolf's II. erklären zu wollen. Gedrängt von einem Theile seiner Räthe und dem ungarischen Palatin Thurczo, entschloss sich K. Mathias II., trotz der Abmahnungen Klesel's, zur Nachgiebigkeit. Am 19. März 1609 erfolgte von Wien aus die königliche Entschließung, in der er den drei Ständen, den Herren, der Ritterschaft und den Städten und Märkten ob und unter der Enns, die freie Religionsübung in ihren Schlössern, Häusern, Mühlen, Besitzungen und Wohnungen unter den weitgehendsten Zugeständnissen gewährte und alle Beschränkungen derselben aufhob. Die Proteste der katholischen Stände, die Verwahrung des Nuntius und die Beschwerde der Bischöfe von Wien und Passau blieben wirkungslos. Am 23. April 1609 dankte der Führer der evangelischen Stände dem Könige in Horn für die gewährte „Capitulation", wie jene den königlichen Erlass bezeichneten, und am 29. April 1609 huldigten sie ihm still und geräuschlos. Am 2. Mai 1609 eröffneten Freiherr von

Jörger, Hans Adam, Geyer und Landau, ohne das in der „Capitulation" vorgesehene Schiedsgericht abzuwarten, ihre Kirchen zu Herrnals, Inzersdorf und Rodaun und erwiderten die Mahnung des Königs betreffs der Überschreitung ihrer Befugnisse mit der Erklärung, dass sie nur die königliche Resolution zur Ausführung brächten. Die Kirche in Inzersdorf wurde geschlossen, und nur jene in Herrnals blieb stillschweigend geöffnet, wo nun dem von dem kursächsischen Theologen Dr. Mathias Hoe gehaltenen Gottesdienste öfter so viele Zuhörer aus Wien beiwohnten, dass jener zuweilen, wie am Dreifaltigkeitssonntage (14. Juni 1609), von einem Fenster des Schlosses aus der im Freien versammelten Menge zu predigen genöthigt war. — Dem Bischofe Klesel, dessen ihnen feindselige Gesinnung die Protestanten kannten, wurden seine Besitzungen in Wiener-Neustadt von ständischen Truppen verwüstet und als er die königlichen Truppen unter Dampierre zu Hilfe rief, welche die ständischen schlugen, forderten die Protestanten — allerdings ohne Erfolg — die Abdankung Dampierre's und die Ausschließung des Bischofs Klesel vom Landtage, indem sie diesem alles Unheil, das er als Gegen-Reformator über sie und das Land brachte, beimaßen. Im Lande trafen sie alle Vorbereitungen, um aus den ihnen gewährten Rechten den größten Nutzen zu ziehen und das Ansehen und die Macht der evangelischen Lehre zu befestigen. Wiederholt erklärten Tschernembl und seine Freunde dem Könige, dass die Hinneigung zum Papste und zu den Jesuiten sein und seines Hauses Verderben sein werde.

Unter den Katholiken riefen die den Protestanten gemachten Zugeständnisse große Bestürzung hervor. Bischof Klesel bemühte sich beschwichtigend einzuwirken. In einem Briefe an die Oberin des Klosters zur Himmelspforte vom 3. Mai 1609 betheuerte er, dass die königliche Resolution vom 19. März 1609 nur aus politischen Rücksichten erfolgt sei. „Des Königs Absicht," heißt es darin, „sei immer gewesen, die Lutherischen nur zur vereinigten Huldigung zu bewegen und seinerzeit die Artikel wieder aufzuheben." Es dauerte auch nicht lange, so bestimmte der Bischof den König, wenigstens nach einer Richtung hin die Wirkung der Resolution abzuschwächen. Auf seinen Rath wurden den Städten und Märkten ihre Privilegien nur unter der Bedingung bestätigt (24. September 1609), dass sie in Verbindung mit den katholischen Ständen blieben. Unter Führung des Bischofs Klesel und des Freiherrn von Liechtenstein schlossen am 1. Februar 1610 die katholischen Mitglieder der drei oberen Stände zum Schutze der römisch-katholischen Religion für drei Jahre ein Bündnis, in welchem sie sich solidarisch verpflichteten, wie ein Mann für ihren Glauben einzustehen und ihre

Rechte nöthigenfalls mit Waffengewalt zu vertheidigen. Seiner innersten religiösen Gesinnung entsprechend, genehmigte K. Mathias am 11. Februar 1610 freudig dieses Bündnis mit der Erklärung, bei ihnen, den Katholiken, als den Vertheidigern einer gerechten Sache, leben und sterben zu wollen. Was half ihnen aber diese Erklärung! An eine Abänderung der Resolution war doch nicht zu denken. Denn die protestantischen Stände hatten an den evangelischen Kurfürsten und den mährischen und ungarischen Ständen einen mächtigen Rückhalt. Wenige Wochen nach der Bestätigung des katholischen Bündnisses, am 26. März 1609, war K. Mathias, anläßlich der bei den Ständen angesuchten Kriegshilfe zum Schutz gegen die Anschläge des Prager Hofes genöthigt, die vom Palatin Thurczo mit den ober- und niederösterreichischen Protestanten geschlossene Übereinkunft zu bestätigen, die Entschließung vom 19. März 1609 aufrecht zu erhalten, die landesfürstlichen Städte und Märkte nicht als Kammergut, sondern als vierten Stand anzuerkennen und auch ihnen freie Religionsübung zu verbürgen.

So wie im ganzen Lande, führten auch in Wien die Entschließungen des Königs zu einer großen Spaltung. Es sprechen verschiedene Anzeichen dafür, dass in den letzten Jahren der überwiegende Theil der Bürger sich wieder dem katholischen Glauben zugewendet hatte. So wissen wir, dass der Stadtrath dem Könige im Jahre 1609 anstandslos die Huldigung leistete und nur vier Räthe sich den protestantischen Ständemitgliedern anschlossen. Es ist aber auch bezeichnend, dass der Bürgermeister und der Rath im Jänner 1610 jene Räthe und Bürger, welche mit den evangelischen Ständen nach Preßburg gereist waren, um den Schutz der Ungern in Angelegenheit der Glaubensfreiheit anzurufen, in Untersuchung zog, und dass diese einer Strafe nur deshalb entgiengen, weil gerade damals die evangelischen Kurfürsten über die Beeinträchtigung der den landesfürstlichen Städten gewährten Glaubensfreiheit sich beschwert hatten. Für die Kräftigung des katholischen Glaubens spricht endlich auch der Umstand, dass die Jesuiten sich fortdauernd eines großen Zuspruches von Schülern und eines großen Zudranges bei ihren Predigten erfreuten und dass, als sie an den drei Faschingstagen (1. bis 3. März) des Jahres 1609 zum erstenmale das vierzigstündige Gebet in der Kirche am Hof abhielten, wozu K. Mathias und Erzherzog Maximilian persönlich erschienen, sich eine so große Menge von Katholiken und Protestanten einfand, dass die Kirche zu klein war, alle zu fassen. Die evangelische Lehre hatte nur noch unter den Handwerkern und den fremden Kaufleuten einen starken Anhang. Erst mit der Anerkennung der Glaubensfreiheit im Jahre 1609 änderten sich auch in Wien neuerdings wieder die Verhältnisse. Bereits im

Jahre 1612 klagte Bischof Klesel den katholischen Ständen, dass er nunmehr in seiner geistlichen Gerichtsbarkeit sehr gestört werde, dass die Prädicanten von Herrnals ungescheut in der Stadt taufen, das Abendmahl austheilen, mit ihren rührigen Reden die Katholiken angreifen, Hochzeiten verkünden und Buchläden eröffnen. Er könne diesen Zuständen nicht ruhig zusehen und verlange Abhilfe, da Wien sammt seinem Burgfrieden, wie er in einer späteren Eingabe vom Jahre 1613 bemerkt, „sein geistlicher Schafstall sei, worin er als Bischof der oberste Hirt".

Die Erfolge der österreichischen Protestanten blieben auch nicht ohne Rückwirkung auf ihre Glaubensgenossen in Böhmen. Diese stellten an K. Rudolf II. ähnliche Forderungen. Nach harten Kämpfen zwischen den Führern der Katholiken und denen der Protestanten am Prager Hofe entschloss sich der Kaiser zu dem Majestätsbriefe vom 9. Juli 1609, der den Religionsfrieden K. Maximilian's II. vom Jahre 1575 zur Grundlage hatte. Da aber die böhmischen Stände hiedurch nicht befriedigt waren, so betrachtete der Kaiser als Quelle seiner üblen Lage die Nachgiebigkeit des K. Mathias und dachte mit seinen Räthen ernstlich daran, den Länder-Abtretungsvertrag zu Gunsten des Erzherzogs Leopold abzuändern, wodurch es zu einer großen Spannung zwischen den Brüdern kam. Wiewohl es im April 1610 zu einer Aussöhnung kam, so rief doch kurz darauf der Kaiser gegen den Willen seines Bruders, des K. Mathias, das Passauer'sche Kriegsvolk zu Hilfe und ließ es direct gegen Prag marschieren, damit es ihm Schutz gegen weitere Forderungen der Stände gewähre. Dieser verhängnisvolle Schritt kostete ihm die böhmische Krone. Fast das ganze Land rüstete sich zum Kampfe. Der Aufforderung der Protestanten folgend, rückte K. Mathias in Böhmen ein und traf am 24. März 1611 vor Prag ein. Von allen Seiten gedrängt, musste der hilflose Kaiser zu Gunsten des K. Mathias der böhmischen Krone entsagen (11. April und 15. Juni 1611). Frei von allem bevormundenden Einflusse, verehelichte sich K. Mathias noch im Alter von 54 Jahren mit der jungen Erzherzogin Anna, der Tochter seines Oheims Ferdinand von Tirol. Aber nur wenige Monate überlebte K. Rudolf II. die letzten ihm bereiteten Demüthigungen; am 20. Jänner 1612 befreite ihn der Tod von dem tragischen Geschicke, das sich dieser begabte und gute Fürst durch sein geringes Verständnis für die Behandlung politischer Fragen bereitet hatte.

Nachdem K. Mathias auf dem Reichstage zu Frankfurt a. M. nur unter Widerstreben der Reichsstände und in Ermanglung eines anderen Candidaten am 24. Juli 1612 zum römisch-deutschen Kaiser erwählt worden

war, hielt er als solcher am 25. November 1612 in Wien seinen Einzug, aber nicht mit jenem großen Gepränge wie im Jahre 1608, wo die Stadt Ursache zur Freude hatte, da sie sich der Hoffnung hingeben durfte, wieder in den Genuss der Vortheile einer kaiserlichen Residenz zu kommen.

K. Mathias II. hatte durch die Gunst der Verhältnisse, die mit großer Leichtigkeit gemachten Zusagen und Versprechungen und die ungewöhnliche Gewandtheit seines ersten Rathgebers, des Cardinals Klesel, das Ziel seiner Wünsche erreicht; er konnte sich aber keineswegs der errungenen Erfolge sorglos erfreuen. Da außer ihm und seinem Rathgeber Klesel niemand eine Nachkommenschaft aus seiner Ehe erwartete, so wurde er sogleich nach seinem Regierungsantritte gedrängt, seinen Nachfolger auf dem Kaiserthrone sowie in den österreichischen Ländern und in Ungarn und Böhmen zu bestimmen. Der Kaiser, der aber immer einen leiblichen Erben erhoffte, beschäftigte sich nur widerwillig mit dieser Frage, und er wollte auch aus dem Grunde deren Lösung hinausschieben, weil er die Absicht hatte, für den Fall der Kinderlosigkeit seiner Ehe, den Thron dem Erzherzog Ferdinand von Steiermark zu sichern, ein Plan, der jedoch der Einwilligung seiner Brüder bedurfte. Denn er war überzeugt, dass die Gefahren, welche das habsburgische Reich bedrohten, nur von einem in voller Manneskraft stehenden, zu energischem Handeln geneigten Manne bewältigt werden könnten. Welcher Art diese Gefahren waren, sprach er im Jahre 1613 in einem Briefe an Erzherzog Ferdinand von Steiermark aus. So lange er lebe, schreibt er, werde der Bau noch zusammenhalten, aber nach seinem Tode werde er wohl aus den Fugen gehen. In Österreich sei er in Zweifel, ob er den Ständen Ober- oder deren Niederösterreichs schlechtere Absichten zuschreiben solle. In Ungarn kümmere sich der Palatin nicht um seine Befehle und habe in einer Gesellschaft sogar geäußert, dass sein Plan dahin gehe, die Habsburger zu entsetzen. In Böhmen erhalte er keine Steuern, wenn er nicht auf dem Landtage die Wünsche der Evangelischen erfülle und in Mähren stehe es so wie in Ungarn. Den Gefahren, die sein Haus durch diese Zerrüttung des Reiches bedrohten, hoffte er durch Aufstellung eines gewaltigen Heeres, zu der ihm die deutschen Reichsstände und andere Mächte die Mittel gewähren und welche ihn in den Stand setzen sollten, den revolutionären Anschlägen entgegenzutreten, zu begegnen. Er täuschte sich aber, da er gerade damals seine conciliante Haltung den Protestanten gegenüber neuerdings aufgegeben hatte und unter dem Einflusse Klesel's die Glaubensfreiheit der Protestanten, die er nicht nur als Ketzer, sondern auch als Gegner seines Hauses im Innersten seiner Seele hasste, einzuschränken geneigt war.

In Wien traf bald nach dem Regierungsantritte des Kaisers ein, was Klesel der Oberin bei der Himmelspforte zu ihrem Trost geschrieben hatte. Als sich im Jahre 1613 ein Streit zwischen Klesel und den niederösterreichischen Ständen in Bezug auf die Herrnalser Pfarre entspann, und ersterer über die Nachtheile, die er durch die Prädicanten daselbst in seinen Einkünften erleide, Beschwerde führte, unterstützte K. Mathias die Forderungen Klesel's im Landtage und erklärte sogar im Jahre 1614 die Familie Jörger des Lehensrechtes auf das Gut Herrnals für verlustig. Ähnlich ergieng es dem Besitzer des Ostermair'schen Freihofes zu St. Ulrich, Johann Pacheleb, der gleichfalls einen protestantischen Prediger hielt. Infolge der Beschwerde des Abtes zu den Schotten untersagte die Regierung dem Pacheleb die Ausübung des evangelischen Gottesdienstes und der Prädicant, welcher den Gehorsam verweigerte, wurde abgeschafft. Als Abgeordnete der evangelischen Stände, der Herren und Ritter, mit einigen Wiener Bürgern sich zum Kaiser nach Ebersdorf begaben und über die Einstellung des lutherischen Gottesdienstes Beschwerde führten, wurden die Bürger zur Audienz gar nicht zugelassen und den übrigen Deputations-Mitgliedern über die unberechtigte Ausübung des evangelischen Gottesdienstes zu St. Ulrich, einem Grundeigenthum der Schotten, das Missfallen des Kaisers ausgesprochen. Die Bürger erhielten von der Regierung und dem Stadtrathe für ihren Schritt, zu dem sie nicht bevollmächtigt waren, einen Verweis. Noch entschiedener zeigte der Kaiser seine Gesinnung bei der auf Anrathen des Bischofs Klesel in's Werk gesetzten Reform der Universität. Am 25. Februar 1617 übertrug er den Jesuiten die philosophische Facultät, wodurch sie das Recht zur Besetzung von fünf Lehrkanzeln erhielten. Allerdings wurde diese Verfügung wegen der Unverträglichkeit der Jesuiten gegenüber den übrigen akademischen Mitgliedern nach zwei Jahren wieder aufgehoben; dafür eröffneten erstere neuerdings die philosophischen Curse an ihrem Collegium. Wurde über diese Haltung des Kaisers von den protestantischen Ständen im Landtage geklagt, so wies der Kaiser immer darauf hin, dass durch seine Verfügungen die Resolution vom 19. März 1609 nicht verletzt werde, sondern dass sie nur den Zweck hätten, Übergriffe der Protestanten abzuwehren und seine Glaubensgenossen zu schützen.

Als die Hoffnung des Kaisers, mit Hilfe der auswärtigen Mächte seine Macht zu befestigen, nicht in Erfüllung gegangen war, wandte er sich an die Stände seiner Länder um die Bewilligung von Geldmitteln zur Aufstellung eines großen Heeres, wozu ihm die Gefahr des Ausbruches eines Türkenkrieges die Veranlassung gab. Zuerst berief der Kaiser die

böhmischen Stände nach Budweis (1614). Die Opposition täuschte sich aber nicht über die eigentliche Bestimmung der Kriegsrüstungen. Ohne auf die Propositionen des Kaisers einzugehen, verlangte sie die Einberufung eines Generallandtages zur Herstellung einer Conföderation und warnte vor der Ausrüstung einer Armee, welche möglicherweise den Verlust aller Kronen zur Folge haben könnte. Hierauf berief der Kaiser für August 1614 einen Generalconvent von Vertretern aller Länder nach Linz zur Berathung derselben Propositionen. Aber auch die überwiegende Majorität dieses Generalconventes lehnte alle Kriegsrüstungen ab und empfahl, mit dem Sultan Frieden zu schließen und Bethlen Gabor als Fürsten von Siebenbürgen anzuerkennen. Endlich entschloss sich der Kaiser auf Anrathen Klesel's den verlangten Generallandtag für den 15. Juni 1615 nach Prag einzuberufen, auf welchem außer den böhmischen Ständen Deputationen aus Mähren, Schlesien, den beiden Lausitzen und aus Österreich ob und unter der Enns erschienen. Der Hauptzweck der Versammlung, durch Bildung einer Conföderation der Stände die gemeinsamen politischen und religiösen Interessen der unter dem habsburgischen Scepter vereinigten Länder thunlichst zu wahren, scheiterte aber an der Zwietracht derselben, und nach langen Verhandlungen erreichten die kaiserlichen Räthe wenigstens so viel, dass eine Defensionsordnung gegen äußere Feinde zustande kam. Ebenso klug giengen die kaiserlichen Räthe zu Werke, als hierauf die böhmischen Stände über zwei sie allein berührende Angelegenheiten, die selbständige Veranstaltung von Kreistagen und die Erneuerung der Erbeinigung Böhmens mit den deutschen Kurfürsten und mit dem Könige von Polen beriethen. Sie verhinderten nicht nur die Fassung von, dem Kaiser ungünstigen Beschlüssen, sondern sie bewilligten sogar die bedeutenden königlichen Steuerforderungen. Aber auch der Kaiser zeigte sein Entgegenkommen für die Stände dadurch, dass er mit den Türken in Friedensunterhandlungen trat und Bethlen Gabor als Fürsten von Siebenbürgen anerkannte.

Ermuthigt durch den glücklichen Verlauf der Landtage, nahm der Kaiser gegenüber den Protestanten in Böhmen wieder eine ziemlich schroffe Haltung ein. Er wies im Jahre 1616 deren Beschwerden über die gewaltsame Schließung mehrerer Kirchen und die Begünstigung der Katholiken bei der Anstellung von Pfarrern auf den königlichen Gütern zurück und schrieb, nachdem am 31. Jänner 1617 zwischen ihm und seinen Brüdern ein geheimer Vertrag in Bezug auf die Thronfolge des Erzherzogs Ferdinand zustande gekommen war, ganz unerwartet einen Landtag zur Bestimmung der Nachfolge in Böhmen aus. Diese Haltung rief unter den Protestanten des Landes

eine beispiellose Aufregung hervor. In der Schließung der Kirchen und der Begünstigung der katholischen Pfarrer erblickten die Protestanten eine Verletzung des Majestätsbriefes des Jahres 1609 und in der Bestimmung der Thronfolge die Nichteinhaltung des von dem Kaiser im Jahre 1611 gegebenen Versprechens: während seiner Lebenszeit diese Angelegenheit unberührt zu lassen, wodurch sie sich aus dem Grunde beunruhigt fühlten, weil bei der streng katholischen Gesinnung des in Aussicht genommenen Thronfolgers der Fortbestand und die Weiterentwicklung der protestantischen Lehre in Böhmen ernstlich gefährdet war. Sie entschlossen sich deshalb, auf die Forderung des Kaisers nicht einzugehen und sich die freie Wahl des Thronfolgers für einen späteren Zeitpunkt vorzubehalten, ohne Rücksicht darauf, dass die böhmische Krone seit dem Jahre 1526 an das Haus Habsburg nicht durch Wahl, sondern stets durch das Erbrecht von einem Besitzer auf den anderen übergegangen, und dass die Wahl des K. Mathias II. im Jahre 1608 nur eine Folge besonderer Verhältnisse gewesen sei. Als es aber am 8. Juni 1617 zum Wahlacte kam, gab die Opposition aus Furcht vor den Folgen eines ablehnenden Votums ihren Widerstand auf, so dass die Erhebung des Erzherzogs Ferdinand zum König von Böhmen fast einstimmig vor sich gieng, zudem sich dieser durch einen Revers verpflichtet hatte, alle Rechte und Freiheiten — worunter auch der Majestätsbrief vom Jahre 1609 verstanden war — aufrecht erhalten zu wollen. Zwei Tage später fand in Prag die feierliche Krönung statt.

Nach Sicherung der Erbfolge in Böhmen wurden Verhandlungen zur Erhebung Ferdinand's auf den deutschen Thron eröffnet. Dieselben verzögerten sich anfangs durch den Widerstand eines Theiles der protestantischen Fürsten, später durch Einwendungen des Kardinals Klesel. Dagegen proclamierten bereits am 16. Juni 1618 die ungarischen Stände Ferdinand zum König von Ungarn, worauf dessen Krönung am 1. Juli 1618 vollzogen wurde.

Wenige Tage nach dem ungarischen Wahlacte nahmen die Ereignisse in Böhmen durch die Erbitterung der beiden religiösen Parteien eine verhängnisvolle Wendung. Zu Ende des Jahres 1617 hatte nämlich die königliche Regierung Verfügungen zur Maßregelung der Prager Gemeinde und der übrigen protestantisch gesinnten Städte getroffen. Infolge der dadurch wachgerufenen Besorgnisse waren im März 1618 Deputierte der Protestanten aller Kreise in Prag eingetroffen, um von der Regierung in drohenden Worten die Zurücknahme der einschneidenden Verfügungen zu verlangen, worauf die Regierung mit der Auflösung des Protestantentages geantwortet hatte. Die

Aufregung stieg, als diese Versuche zur Gewinnung der Städte und zur Spaltung der Evangelischen machte, indem sie die Utraquisten zum Anschluss an die Katholiken zu bringen strebte, und zum Verdruss der strengen Protestanten die Abhaltung einer utraquistischen Procession in Prag bewirkte, die sich der Bethlehemkirche, der Wiege des Hussitenthums, bemächtigte, und zwar, wie die Protestanten besorgten, zu dem Zwecke, dass dieselbe in ein katholisches Gotteshaus umgestaltet werde. Infolge dieser herausfordernden Schritte versammelten sich die protestantischen Stände wider den Willen der Regierung in der böhmischen Hauptstadt, in der festen Absicht, die äußersten Schritte zu unternehmen. Thatsächlich beschlossen am 22. Mai 1618 die Führer in einer geheimen Berathung die Ermordung der verhasstesten Regierungsanhänger und brachten am darauffolgenden Tage diese entsetzliche Gewaltthat zur Ausführung. Graf Mathias Thurn, der Führer der Bewegung, drang im Vereine mit den Ständen und dem Volke bewaffnet in das Prager Schloss. Hier wurden die beiden Statthalter Jaroslaus von Martinitz und Wilhelm von Slawata sammt den Secretär des letzteren, Philipp Fabricius, durch das Fenster in den Schlossgraben hinabgeworfen und eine neue Regierung eingesetzt.

Die Nachricht von den Prager Ereignissen, welche K. Mathias II. in Wien und K. Ferdinand II. in Preßburg traf, rief die größte Bestürzung hervor. Während der Verhandlungen zur Niederwerfung des Aufstandes kam der seit Jahren bestehende Hass des K. Ferdinand II. und des Erzherzogs Maximilian gegen den Cardinal Klesel zum Ausbruch. Man maß ihm die Schuld an den eingetretenen Ereignissen bei und warf ihm Verrath an Staatsgeheimnissen zur Befriedigung seiner unersättlichen Geldgier vor. Sie beschlossen, Cardinal Klesel von dem Kaiser, dessen unbegrenztes Vertrauen er genoss, ohne dessen Wissen gewaltsam zu trennen. Als jener sich am 20. Juli 1618 um 2 Uhr nachmittags auf Wunsch des Erzherzogs Maximilian in dessen Wohnung in die Wiener Hofburg begeben hatte, wurde er im Vorzimmer auf Befehl des K. Ferdinand II. gefangen genommen und nach heftigem Widerstreben veranlasst, dass er daselbst seine Cardinalskleidung gegen einen gewöhnlichen Priesteranzug vertauschte. Durch einen verdeckten Gang brachten ihn mehrere Herren aus der Burg auf die Bastei und von hier auf einem besonderen Fahrweg, den der Erzherzog vier Tage zuvor hatte herrichten lassen, vor das Schottenthor, wo er in einem sechsspännigen Wagen, escortiert von einer von Dampierre geführten Reiter-Abtheilung, in aller Eile nach Schottwien und von da aus unter Begleitung Breuner's und Wolkenstein's über Steiermark und Kärnten zuerst nach Schloss

Ambras in Tirol, dann nach St. Georgenberg ins Exil gebracht wurde. Als der Kaiser, an Podagra krank darniederliegend, von dem Geschehenen Kenntnis erhielt, fiel er in Ohnmacht. Erst nach wiederholter Rechtfertigung des Königs und des Erzherzogs, die darlegten, dass dieser Schritt im Interesse ihres Hauses und des Reiches nothwendig gewesen, und dem Papste die Prüfung der Beschuldigungen überlassen worden sei, beruhigte er sich und verzieh ihnen mit dem Hinweise auf seine hilflose Lage. — Nach diesem Zwischenfalle wurden die Rüstungen gegen Böhmen energisch aufgenommen, die Mitwirkung Spaniens, der deutschen katholischen Fürsten, der Stände Ungarns, Mährens und Österreichs zur Bekämpfung des Aufstandes in Anspruch genommen und Graf Buquoy zum Oberbefehlshaber des kaiserlichen Heeres ernannt, nachdem schon anfangs August ein Theil desselben unter Dampierre's Führung in Böhmen eingerückt war.

Die Österreicher waren aber so wenig wie die Ungern und Mährer geneigt, den Kaiser zu unterstützen, sondern drangen vielmehr in ihn, den Frieden wieder herzustellen. Am 21. Mai 1618, einen Tag vor dem Fenstersturze, hatten die protestantischen Stände Österreichs eine Beschwerdeschrift über die Behandlung der landesfürstlichen Städte überreicht, welche unbeantwortet blieb. Hiedurch gereizt und in voller Kenntnis der Stimmung ihrer böhmischen Glaubensgenossen nahmen die Stände in der von ihnen überreichten Beschwerdeschrift eine geradezu feindselige Haltung ein. Sie verweigerten der Regierung die Ausfolgung von Waffen und Munition und ließen das Zeughaus zur Verhütung eines Überfalles bei Tag und Nacht bewachen. Nur der Wiener Stadtrath zeigte sich geneigter; er schenkte dem Kaiser 14.000 Gulden als Beitrag zu den Kriegskosten und verstand sich noch zu einem Darlehen von 30.000 Gulden, zum großen Verdruss der Protestanten.

Als die Protestanten nach vier Monaten noch keine Antwort auf ihre Beschwerdeschrift erhalten hatten, beschlossen Ende September 1618 fünfundachtzig Mitglieder des Herren- und Ritterstandes mit Freiherrn Christoph Andreas von Thonrädel an der Spitze, dieselbe vom Kaiser zu erzwingen. Sie begaben sich am 28. September nach Ebersdorf, seinem damaligen Aufenthalte. Der Kaiser empfieng wohl die Deputation, aber die langen Auseinandersetzungen Thonrädel's hatten ihn derart ermüdet, dass er diesen bat, sich kurz zu fassen, da er krank sei und das Mittagsmahl seiner harre. Die Deputation erörterte hierauf schriftlich ihre Beschwerden. Als die Deputationsmitglieder vierzehn Tage vergebens auf eine Antwort gewartet hatten, verlangten sie neuerdings eine Audienz, und nach deren Verweigerung drohten sie, vor der Hofburg so lange knieen zu wollen, bis ihr Begehren erfüllt

würde. Auf das hin erhielten sie am 12. October die erzwungene Audienz, in welcher Thonrädel so herbe Beschuldigungen aussprach, dass K. Mathias II. in die heftigste Aufregung gerieth. Am 9. November 1618 erfolgte endlich die verlangte Antwort, welche aber die Mitglieder nicht im mindesten befriedigte.

Die Böhmen, von diesen Vorgängen unterrichtet, suchten die österreichischen Protestanten für den Anschluss an ihre Sache zu gewinnen. Nach dem Falle von Pilsen beschloss Graf Thurn zu diesem Behufe einen Einfall in Österreich. Am 27. November 1618 überschritt Graf H. Schlick mit 4000 Mann die österreichische Grenze, bemächtigte sich der Stadt Zwettl und warf die Truppen Dampierre's so weit zurück, dass Abtheilungen der Böhmen immer weiter vordrangen. In Wien war die Furcht vor einem Handstreich so groß, dass die Bewohner der Vorstädte und der Umgebung mit ihrer Habe in die innere Stadt flüchteten, dass man zwei Thore derselben schloss und die Donaubrücke sorgfältig überwachte. In dieser Noth berief der Kaiser einen Landtag nach Wien, an welchem sich die Protestanten insolange nicht betheiligen wollten, bis nicht ihren Beschwerden abgeholfen war. Da der Kaiser darauf nicht eingieng, wurde der Landtag geschlossen. Weitere feindselige Schritte wagten die protestantischen Stände vorläufig nicht, weil Graf Thurn durch die Weigerung der mährischen Stände, sich den Böhmen anzuschließen, seinen Plan, die Donau zu überschreiten und den Kaiser in seiner Residenz anzugreifen, fallen lassen musste. Sie beschränkten sich darauf, in ihrer trotzigen Haltung zu verharren und giengen darin so weit, dass sie den Durchzug eines von Fugger ausgerüsteten Regimentes durch Niederösterreich zur Verstärkung des kaiserlichen Heeres in Böhmen verweigerten. Auch weiteren Versuchen der Regierung, zwischen Katholiken und Protestanten zu vermitteln, zeigten sich die protestantischen Stände abgeneigt und sie wiesen die veröffentlichte versöhnliche Erläuterung des kaiserlichen Rescriptes vom 9. November 1618 zurück.

Wenige Tage darauf, am 20. März 1619, starb K. Mathias II. in der Hofburg, erschöpft durch die körperlichen und moralischen Leiden der letzten Monate in ähnlicher Lage wie sein Bruder, nach einem heftigen Todeskampfe. Seine Gemahlin war ihm schon am 14. December 1618, sein Bruder Erzherzog Maximilian am 2. November 1618 im Tode vorangegangen.

K. Ferdinand II. war ein begabter, weitblickender Fürst, ein Politiker mit starken Combinationen, der ein festes Ziel unverrückbar im Auge behielt, durch seine von Jesuiten geleitete Erziehung aber in einseitigen Ansichten befangen. Von Natur schwächlichen Körperbaues, erhielt er durch eine sorg-

fältige Erziehung Kraft und Ausdauer in körperlichen Übungen. Durch diese entwickelte sich seine schrankenlose Leidenschaft für Jagden, Lanzenrennen und Turniere, die das Maß des Billigen und Vernünftigen bedeutend überschritten. Seine Musikneigung führte ihn zu Liebhabereien, die dem Volke viel Geld kosteten und ein Heer von fremdländischen Sängern und Tänzern nach Österreich verpflanzten.

Wie K. Ferdinand II. die politischen und religiösen Verhältnisse des Reiches auffaßte, hatte er schon während seiner Verwaltung in Steiermark gezeigt, wo er den Ausspruch that, daß ihn die halben Maßregeln seiner Vorgänger nicht befriedigen, und er stimmte darin mit Klesel überein, daß an einen festen, gesicherten Bestand der habsburgischen Monarchie nicht früher gedacht werden könne, als bis nicht durch einen vollständigen Sieg des Katholicismus der österreichischen Staatsidee, deren Keime sich schon seit Max I. durch die Türkenkriege zu entwickeln begonnen hatten, entschiedener der Weg gebahnt sei. Da aber dies ohne eine Beschränkung der Ständegewalt nicht zu erreichen war, weil im Adel die größte Macht der Protestanten lag, so war es K. Ferdinand II. klar, daß mit dem Vernichtungskampf gegen den Protestantismus auch jener gegen das alte Ständewesen ins Auge gefaßt werden müsse.

Als K. Ferdinand II. die Regierung übernahm, standen die Verhältnisse in Böhmen sehr ungünstig. Sein Heer war zusammengeschmolzen und wiederholt von den Aufständischen geschlagen worden; die Werbungen in Ungarn, Deutschland, Frankreich und Italien schritten wegen Mangels an Geld langsam vorwärts, und seine Versuche eines friedlichen Ausgleiches scheiterten an der Zuversicht der Protestanten auf den endlichen Sieg ihrer Sache, die in der That gerechtfertigt war. Denn sie hatten nicht nur einen starken Rückhalt an der deutschen protestantischen Union, sondern ihre Lockungen zu einer Conföderation mit den Österreichern, Mährern und Ungern versprachen nach dem Tode des K. Mathias II. auch einen besseren Erfolg als früher. Fast schien es, als sei der Untergang des Hauses Habsburg besiegelt.

Nach dem Tode des Kaisers war Erzherzog Albrecht der gesetzliche Erbe von Österreich ob und unter der Enns. Dieser hatte schon früher K. Ferdinand II. bevollmächtigt, im Falle eintretender Vacanz die Huldigung der Stände entgegenzunehmen. Die protestantischen Stände Niederösterreichs verweigerten aber am 25. März 1619 entschieden die Huldigung vor Behebung ihrer Religionsbeschwerden und verließen den Landtagssaal, worauf auch die Katholiken die weiteren Berathungen vertagten. Dagegen

leistete der Wiener Stadtrath der Aufforderung der Regierung bereitwillig Folge; er huldigte mit dem äußeren Rathe am 31. Mai 1619 Erzherzog Albrecht und anerkannte K. Ferdinand II. als Administrator und Gubernator des Landes. Noch entschlossener zeigten sich die Oberösterreicher, die überhaupt nur Erzherzog Albrecht huldigen und die Sache der Böhmen als eine gerechte bis zum letzten Mann vertheidigen wollten. Ende April 1619 traf eine Deputation derselben in Wien ein, welche die Niederösterreicher zu einem gleichen Vorgehen und K. Ferdinand II. zur friedlichen Beilegung des böhmischen Streites zu bestimmen suchte. Jene zögerten zwar abermals mit einem entscheidenden Entschlusse; aber im Innersten waren sie dazu jede Stunde bereit, sobald die Mährer den Anschluss an Böhmen erklärten. Was K. Ferdinand II. betrifft, so wies er die an ihn gestellte Forderung zurück und war nur sehr betroffen, dass, während die Linzer Deputation noch in Wien verweilte, aus Böhmen die Nachricht eintraf, dass die Oberösterreicher Hohenfurt besetzt hätten, um den Zuzug kaiserlicher Truppen zu verhindern. Ebenso empfindlich berührte es ihn, dass eine Deputation der Österreicher nach Preßburg gieng, und dort Beschwerde führte, dass dem K. Ferdinand II. die Werbung von ungarischen Soldaten gestattet worden sei. Sehnsüchtig sah er dem Anmarsche des Heeres aus Flandern, Elsaß und Lothringen entgegen, das ihn aus der verzweifelten Lage befreien sollte.

Die Böhmen, in Kenntnis der ungünstigen Lage des Königs, suchten noch vor dem Eintreffen der Verstärkungen einen entscheidenden Schtag zu führen. Ende Mai 1619 rückte Graf Thurn neuerdings in Österreich ein, in der Absicht, Wien in seine Gewalt zu bekommen. Nachdem er mit Hilfe der Stände Laa in seine Gewalt erhalten, trat er am 31. Mai an der Spitze einer Armee von 10.000 Mann den Marsch gegen die Hauptstadt an.

Bei dem Stande der Befestigung war wohl nicht zu besorgen, dass es dem Grafen Thurn ohne einen ausgiebigen Belagerungspark, den er nicht besaß, gelingen werde, sich der Stadt so leicht zu bemächtigen. Zwar hatte letztere Ende Mai nur eine Besatzung von 2000 Mann, diese konnten aber durch die ungarischen Hilfstruppen auf die doppelte Zahl gebracht werden. Was die Bürgerschaft betrifft, so stand an der Spitze derselben Daniel Moser, ein entschiedener Anhänger und Günstling des Hofes, und seine Gesinnung theilte auch die überwiegende Mehrzahl der Stadträthe. Aber die Bürger selbst bildeten eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung und im Ganzen kann man annehmen, dass die Hälfte der letzteren durch den Einfluss des Adels noch immer der protestantischen Lehre geneigt war. Es

war daher die Besorgnis nicht ausgeschlossen, dass durch einen Gewaltstreich der Protestanten Graf Thurn in den Besitz Wiens gelangen konnte. Bürgermeister Moser und der Stadtrath ließen es deshalb nicht an Vorsichten fehlen und warben auf zwei Monate und mit einem Kostenaufwande von 25.000 Gulden drei Fähnlein mit 1500 Mann zur Vertheidigung der Stadt, und die Jesuiten bestimmten 500 Studenten, sich den Maßregeln der Bürgerschaft anzuschließen.

Schon in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni waren zwei mährische Regimenter in Eilmärschen an der Donau gegenüber von Fischamend eingetroffen. Im Einverständnisse mit dem Besitzer des Ortes, dem Freiherrn von Teufel, erreichten mehrere Officiere und Soldaten, als Winzer und Bauern verkleidet, das rechtseitige Ufer, bemächtigten sich vier größerer Überfuhrplätten und schickten sie auf das jenseitige Ufer. Bevor sich die Fischamender von ihrem Erstaunen erholt hatten, war ein Theil der Reiterei und des Fußvolks schon im Besitz des Ortes. Graf Thurn, von dem glücklichen Gelingen in Kenntnis gesetzt, kam mit dem Rest der Truppen nach und übersetzte ohne Widerstand die Donau. Nur das mit Mauern umgebene Städtchen Großenzersdorf behielt er in seiner Gewalt, um die heranziehenden ungarischen Hilfstruppen zu bedrohen, von welchen auch eine am rechten Ufer heranrückende Abtheilung, aus 4000 Reitern bestehend, am 4. Juni 1619 bei Schwechat von den Böhmen zurückgeschlagen wurde. Nach diesem Erfolge näherte sich am 5. Juni Graf Thurn mit seinem Heere den Vorstädten Wiens.

K. Ferdinand II. verblieb trotz der ihm drohenden Gefahren in der Burg. Auf die Nachricht von dem Einbrechen Thurn's in Österreich erhielt Graf Buquoy in Budweis die Aufforderung, unmittelbar nach dem Eintreffen der Verstärkungen aus Flandern nach Wien aufzubrechen. In Krems stand schon Ende Mai Dampierre und erwartete nur neue Zuzüge von Truppen, bevor er nach Wien aufbrach. Der König selbst war fest entschlossen, nicht von der Stelle zu weichen; er baute in seiner Glaubensstärke auf Christus, vor dessen Bild ihn eines Tages sein Beichtvater traf. „Ich habe," so erklärte er diesem, „die Gefahren erwogen, die mich allseitig bedrohen, und, da ich keine menschliche Hilfe weiß, so bat ich Gott um Hilfe; ist's aber Gottes Wille, so mag ich in diesem Kampfe untergehen."

In der Hoffnung, den König aus seiner Bedrängnis zu befreien, luden die katholischen Stände ihre protestantischen Genossen für den 3. Juni zu einer Conferenz in Wien ein und wollten sie durch Concessionen bestimmen, gemeinschaftlich weiteren Angriffen Thurn's zu begegnen. Die Protestanten

verlangten aber vor Allem den Anschluss an Böhmen, was die Katholiken verweigerten. Darauf hin brachen sie die Verhandlungen ab und erklärten, ihre eigene Cassa führen und ein besonderes Regierungs-Directorium einsetzen zu wollen.

Am 5. Juni 1619, dem Tage des Vorrückens des Grafen Thurn gegen Wien, erschienen um 10 Uhr morgens unter Führung des Paul Jakob von Starhemberg sechzehn protestantische Mitglieder der Stände Niederösterreichs im Vorzimmer des Königs, um diesen von ihren Beschlüssen in Kenntnis zu setzen und ihren Anschluss an Böhmen zu rechtfertigen. Unter ihnen that sich besonders Andreas Freiherr von Thonrädel hervor, welcher dem König heftige Vorwürfe über die Zuchtlosigkeit des ungarischen Kriegsvolkes und die Verletzung der Freiheiten des Adels machte und von ihm verlangte, dass er das fremde Kriegsvolk von Wien entferne. Da K. Ferdinand II. die Beschwerden entschieden zurückgewiesen hatte, so entspann sich eine sehr hitzige Discussion. In diesem Augenblicke, 11 Uhr vormittags, schmetterten die Trompeten auf dem Burgplatz. Ein Zug Reiter des Dampierre'schen Regiments war von Krems gekommen und im Arsenal eingetroffen. Sogleich stellte sich der Hauptmann des Arsenals, Gilbert von Saint Hitaire, wahrscheinlich in Kenntnis von den Absichten der Stände, an die Spitze der 400 Mann, eilte mit ihnen in die Burg und blieb mit aufgezogenen Büchsen so lang auf dem Platze, bis die Audienz der evangelischen Stände vorüber war. Beunruhigt durch den auf dem Platze entstandenen Lärm, ließen Thonrädel und seine Genossen, zudem sie schon im Landhause durch Handwerker vor dem Betreten der Burg gewarnt worden waren, im Glauben an einen Verrath von ihren ungestümen Forderungen ab und verließen schleunigst die Burg. Ungeachtet des unstatthaften Benehmens berief der König die Stände nachmittags neuerdings zu einer Audienz und suchte sie begütigend zu einem Vergleiche mit den Katholiken und zur Veranlassung des Rückzuges der Böhmen aus Österreich zu bestimmen, was diese aber einstimmig ablehnten.

Die Protestanten wussten, weshalb sie in ihrer schroffen Haltung verharrten. Es ist zweifellos, dass sie mit dem Grafen Thurn im Einverständnisse gehandelt und ihm wahrscheinlich das Versprechen gegeben hatten, ihm die Thore Wiens durch Verrath zu erschließen. Denn Graf Thurn schlug am darauffolgenden Tage sein Hauptquartier zuerst auf der Landstraße, dann in der Favorita auf der Wieden auf und erwartete, dass ihm, wie er am 10. Juni 1619 an die Directoren in Prag schrieb, im Geheimen ein Thor geöffnet werden würde. Seine Erwartung gieng aber nicht in Erfüllung.

Denn mit größter Wachsamkeit versahen die auf 4000 Mann vermehrte Besatzung und mit ihnen die katholischen Bürger und die Studenten den Dienst. Um Gelegenheit zu erhalten, mit dem Grafen Thurn in vertraulichen Verkehr zu treten, boten hierauf die protestantischen Stände am 6. Juni 1619 zum Schein dem Könige an, durch eine Deputation Graf Thurn fragen zu wollen, weshalb er vor Wien erschienen sei, worauf dieser übrigens einging, weil er damit Zeit für das Anrücken seiner Truppen zu gewinnen gehofft hatte. Von ihrer Unterredung zurückgekehrt, berichteten sie dem Könige, dass Graf Thurn die Herstellung eines allgemeinen Friedens anbahnen wolle, ein Vorhaben, das aber keineswegs aufrichtig gemeint war, weil er gleichzeitig mit dem Grafen Stanislaus Thurczo wegen des Anschlusses in Böhmen verhandelte und an dem Abschluss dieser Verhandlungen nur dadurch verhindert wurde, dass er infolge der Nachrichten aus Böhmen am 14. Juni 1619 bei Schwechat den Rückzug anzutreten genöthigt war.

Nach dieser schweren Bedrängnis und dem glänzenden Siege seiner Waffen bei Zablat über die böhmischen Aufständischen (10. Juni 1619), reiste K. Ferdinand II. am 11. Juli mit großem Gefolge von Wien nach Frankfurt a. M. zur persönlichen Theilnahme an den Wahlverhandlungen und betraute mit der Stellvertretung während seiner Abwesenheit seinen Bruder Erzherzog Leopold. Ungeachtet aller Gegenanstrengungen des Pfalzgrafen Friedrich wurde K. Ferdinand II. infolge der Einigkeit der geistlichen Kurfürsten am 28. August 1619 zum römisch-deutschen Kaiser gewählt, worauf am 19. September 1619 dessen Krönung folgte.

Als er aus dem Reiche zurückkehrte, erwarteten den Kaiser neue folgenschwere Ereignisse. Infolge der Niederlage bei Zablat waren die Böhmen zum Äußersten geschritten und hatten auf dem großen Conföderations-Landtage am 27. August 1619 die Absetzung des K. Ferdinand II. unter gleichzeitiger Wahl des Friedrich von der Pfalz zum König verkündigt. Zu gleicher Zeit, und zwar im Einverständnisse mit dem protestantischen Theile der ungarischen und böhmischen Stände, erklärte der Fürst von Siebenbürgen, Bethlen Gabor, dem Kaiser den Krieg, in der Absicht, zuerst Ungarn von der Herrschaft der Habsburger zu befreien und hierauf den Böhmen zu Hilfe zu kommen. Durch die allgemeine Unterstützung in Ungarn und die schlechte Disciplin der kaiserlichen Truppen kamen rasch fast alle festen Plätze in die Gewalt Bethlen's; er war auch bereits am 14. October im Besitze der Krönungsstadt Preßburg und vereinigte sich am 23. October 1619 bei Wülfersdorf mit dem Grafen Thurn, um von hier aus gemeinschaftlich die weiteren Operationen zur Eroberung Wiens einzuleiten.

Schon die Einnahme von Preßburg rief hier großen Schrecken hervor. Täglich kamen Flüchtlinge aus Ungarn, Mönche und Nonnen, und suchten Schutz. Angesichts der Gefahr verließen anderseits die mährischen und böhmischen Flüchtlinge die Stadt; diesen folgten andere geistliche und weltliche Personen, und selbst K. Ferdinand II., eben von Frankfurt a. M. zurückgekehrt und seit 8. October 1619, durch die Abdankung des Erzherzogs Albrecht, Landesfürst von Niederösterreich, fühlte sich bedroht, reiste nach Graz und ließ Erzherzog Leopold zurück. Die Hauptstadt wurde ohne ausreichende Besatzung sich selbst überlassen, während ein Theil der Bevölkerung, wie die meist protestantisch gesinnten Kaufleute, Krämer und Leinweber, voll Unmuth darüber war, dass die Regierung vor kurzem sie mit einer besonderen Geldcontribution belegt hatte. Die Bürger hatten nur die Hoffnung, dass die mit ihrem Heere in Anmarsch befindlichen kaiserlichen Feldherren Graf Buquoy und Dampierre die feindliche Armee, welcher sie am 24. October 1619 bei Ulrichskirchen gegenüberstanden, schlagen und sodann zum Schutze der Stadt rechtzeitig eintreffen würden.

Nach einer Berathung mit dem herbeigeeilten Erzherzog Leopold trat das kaiserliche Heer am 25. October, ohne dass es zu einer Schlacht gekommen war, den Rückzug an und wollte durch die am linken Ufer vor der großen Brücke aufgeworfene Wolfsschanze über die Donau zurückweichen. Von dem feindlichen Bundesheere verfolgt, entwickelte sich aber hier ein hartnäckiger Kampf, in welchem es den Kaiserlichen nur mit großer Anstrengung gelang, den Übergang zu bewerkstelligen und die Stadt und die Vorstädte zu besetzen. Infolge der gelungenen Verstärkung der Besatzung wagte das böhmische Bundesheer keinen unmittelbaren Angriff auf Wien, sondern es blieb vorläufig im Marchfelde stehen, und nur ein Theil desselben übersetzte später die Donau unterhalb Wien.

Wie groß aber auch die Freude der Bürger über den Einzug des Grafen Buquoy war, so wurden ihnen doch bald die üblen Folgen der Überfüllung der Stadt mit schlecht disciplinirten Truppen unleidlich, und der Kaiser wurde bei seiner Rückkehr nach Wien Zeuge des eingetretenen Elends. Die Bauern, welche früher mit Lebensmitteln zu Markte gekommen waren, blieben weg, theils weil sie die Soldaten vor den Thoren plünderten, theils weil ihnen feindliche Abtheilungen Pferde und Wägen wegnahmen. An Disciplin nicht gewöhnt, durch Soldrückstände in Noth versetzt, durchzogen die Soldaten bei hellichtem Tage die Straßen, beraubten Frauenspersonen ihrer Mäntel, Hüte und silbernen Gürtel, und erpressten unter Misshandlungen von den Juden Geld. Der Stadtrath sah ohnmächtig dem Treiben zu, in der

Besorgnis, dass es wie in früheren Jahren zu Meutereien kommen könnte. Der Kaiser wurde unmuthig über die Zustände und hätte gerne die Stadt wieder verlassen, wenn er nicht in die Gefahr gekommen wäre, durch ungarische Reiter gefangen genommen zu werden.

Gegen Ende November 1619 hatte sich das böhmische Bundesheer bei Bruck an der Leitha gesammelt und brach nach Wien auf, durch Plünderung und Niederbrennen der Märkte und Dörfer unsägliches Elend auf dem Lande verbreitend. In dieser drangvollen Lage kam dem K. Ferdinand II. neuerdings unerwartet Hilfe. Graf Georg Drugeth von Hommonay, einer seiner eifrigsten Parteigänger, war im Auftrage des Königs von Polen Ende November 1619 an der Spitze einer aus 11.000 Kosaken zusammengesetzten Armee in Oberungarn eingebrochen. Bei dem Schloss Ztropko brachte er Georg Rakoczy, einem der Generale Bethlen's, eine solche Niederlage bei, dass dieser, nur von fünf Mann begleitet, sein Heil in der Flucht suchen musste. Die Nachricht von diesem Schlage machte den Fürsten Bethlen so bestürzt, dass er von einem weiteren Vordringen nach Wien abließ und mit seinem Herre nach Ungarn abzog, worauf auch Graf Thurn mit seinen in elendem Zustande befindlichen Truppen nach Mähren zurückmarschierte.

Für den Kaiser hatte aber das plötzliche Erscheinen Hommonay's auf dem Kriegsschauplatze keinen nachhaltigen Erfolg. Seine Sache gestaltete sich in Ungarn so schlimm wie in Böhmen. Denn ungeachtet der Bemühungen seiner Abgesandten, überwog die dem Kaiser feindliche Partei auf dem Preßburger Reichstage. Am 8. Jänner 1620 anerkannte dieser Bethlen Gabor als Fürsten von Ungarn, dessen Wahl zum Könige sich auf einen späteren Zeitpunkt vorbehaltend. An militärischen Mitteln zu schwach, gleichzeitig in Ungarn und Böhmen den Krieg zu führen, entschloss sich K. Ferdinand II. am 23. Jänner 1620 zu einem für ihn demüthigenden Vergleich mit dem Fürsten Bethlen Gabor, indem er dessen Herrschaft über den größten Theil Ungarns anerkannte, um sich mit ganzer Macht auf seinen Gegenkönig in Böhmen werfen zu können. Wenn es ihm dort gelang, mit Hilfe seiner Freunde, des Papstes, des Königs von Spanien, des Herzogs von Baiern und anderer katholischer Fürsten eine günstige Wendung der Lage herbeizuführen, so hoffte er dann auch den Siebenbürger-Fürsten aus Ungarn zu vertreiben.

Bevor aber der Kaiser den Schwerpunkt seiner Action nach Böhmen verlegte, erkannte er es als dringendste Nothwendigkeit, den Widerstand der protestantischen Stände Nieder- und Oberösterreichs zu brechen. Denn dieser war während der Verhandlungen mit Bethlen bereits zur offenen Erhebung gegen

die habsburgische Herrschaft gediehen. So hatten die protestantischen Stände beider Länder ein Heer in der Stärke von 9000 Mann aufgestellt, das die Aufgabe hatte, gemeinschaftlich mit den Böhmen die Kaiserlichen aus allen befestigten Plätzen zu vertreiben und bald darauf, am 14. Jänner 1620, die niederösterreichischen Stände in Horn auf Andringen der Herren von Thonrädel und Tschernembl den Beschluss gefasst, die Kaiserlichen als Feinde zu behandeln und das Bündnis mit Böhmen auch auf Ungarn auszudehnen. Gegenüber diesen Herausforderungen war aber der Kaiser nicht unthätig geblieben.

Schon Mitte December hatte Graf Buquoy mit seinen Truppen Wien verlassen und bis Mitte Jänner 1620 die wichtigsten Plätze an der Donau, Krems, Mölk und Ips, in seiner Gewalt. Gleichzeitig rückten Baiern und italienische Hilfstruppen in Oberösterreich ein, welche nach Böhmen marschierten. Am 10. Februar 1620 gelang es dem Grafen Buquoy, den Böhmen und Oberösterreichern bei Laugenlois eine empfindliche Niederlage beizubringen. Inzwischen waren auch polnische Kosaten unter Dampierre auf dem Kriegsschauplatze erschienen, welche aber während ihrer Einquartierung in den Vorstädten Wiens barbarischen Greuel verübten. Sie belagerten den ganzen Tag die Wirtshäuser, machten die Straßen unsicher und bebten selbst vor Mord nicht zurück. Im nüchternen Zustande verkauften sie ihren Raub, Kleider und Schmucksachen, und ließen voll Übermuth ihren Pferden Wein aus silbernen Schüsseln reichen. Als sie Mitte Februar abzogen, hatten die Bürger den Bewohnern der Vorstädte eine Entschädigung von 40.000 Gulden zu zahlen.

Nach dem glücklichen Erfolge seiner Waffen versuchte der Kaiser noch einmal, sich auf friedlichem Wege mit den protestantischen Ständen zu verständigen und sie zur Huldigung zu bewegen. Zu diesem Zwecke lud er sie ein, eine Deputation nach Wien zu entsenden.

Um nicht den Schein der Unversöhnlichkeit auf sich zu laden, folgten sie, ungeachtet der gefassten Beschlüsse, dieser Einladung und entsendeten sechs Deputierte, darunter Adam von Traun, Ferdinand von Herberstein und Ludwig von Kufstein, die am 22. Februar in Wien eintrafen. Da den Ständen der ernste Wille mangelte, eine Verständigung herbeizuführen, nahmen die Verhandlungen einen sehr schleppenden Verlauf. Zuerst verlangten sie die Bewilligung eines Waffenstillstandes auf dem ganzen Kriegsschauplatze, dann die Gewährleistung ihrer religiösen Freiheiten und die Aufrechthaltung ihrer Conföderation mit Böhmen, bevor sie die Huldigung leisteten. Es wurden Denkschriften auf Denkschriften dem Kaiser überreicht, aber nur zu dem

Zwecke, eine Entscheidung solange zu verzögern, bis die Ereignisse in Böhmen eine für sie günstige Wendung genommen haben würden.

Nach wiederholter Fristerstreckung forderte der Kaiser sämmtliche Ständemitglieder auf, die Huldigung am 1. Juni 1620 zu leisten. Den Protestanten Niederösterreichs versprach er, drei Tage vor der Huldigung, ihre Forderungen beantworten zu wollen. Die oberösterreichischen Deputierten erhielten die Weisung, am 9. Juni zu huldigen. In der That erfüllte der Kaiser sein Versprechen und ließ Herrn von Kufstein, dem Führer der Deputation, am 28. Mai seine Antwort auf die Forderungen der niederösterreichischen Stände zukommen. Er lehnte darin die Bestätigung des Bündnisses mit den Böhmen ab, mit dem Bemerken, dass dies nur eine Gutheißung von Meineid, Friedensbruch und Rebellion wäre und erklärte, vor der Huldigung den üblichen Revers bezüglich ihrer Privilegien und der freien Religionsübung nach der augsburgischen Confession ausstellen zu wollen.

Ungeachtet dieser in wichtigen Punkten entgegenkommenden Haltung des Kaisers zeigte sich, dass die extreme Partei der protestantischen Stände, welche damals in Retz ununterbrochen verweilte, von einer Aussöhnung nichts wissen wollte. Dort waren die Führer im Geheimen schon lange darin einig, K. Ferdinand II. abzusetzen und die Herrschaft über Österreich dem König Friedrich von der Pfalz anzubieten. Nachdem ihnen aus Wien Nachrichten zugekommen waren, luden sie Deputierte aus Böhmen und Oberösterreich zu entscheidenden Schritten nach Retz ein und traten am 17. Juni 1620 in die Vollberathung ein. Nach stürmischen Verhandlungen, in denen die Gemäßigteren vor äußersten Schritten abmahnten, wurde am 21. Juni 1620 beschlossen, den Kaiser noch einmal zur Erfüllung aller Forderungen aufzufordern. An demselben Tage wählte die extreme Partei, — die aus 27 unter 80 Mitgliedern bestand — nach Entfernung der übrigen Ständemitglieder den König von Böhmen vorläufig zum Schutzherrn von Niederösterreich — ein Beschluss, der aber wegen seiner hochverrätherischen Tendenz infolge Protestes einer Anzahl von Edelleuten rückgängig gemacht wurde. Hans Ludwig von Kufstein erhielt die Mission, mit zwei Schreiben nach Wien zu reisen. In dem einen stellten die protestantischen Stände dem Kaiser einen Termin von vierzehn Tagen zur Erfüllung ihrer Forderungen mit der offenen Drohung, dass sie im Falle der Ablehnung entschlossen seien, auf andere Mittel zur Erhaltung ihrer Freiheiten zu denken. In dem zweiten für die geheimen Räthe bestimmten Schreiben wurde diesen die Schuld an der bisherigen Unnachgiebigkeit des sonst wohlwollenden Kaisers zugeschrieben und dieselben ersucht, von ihren „tyrannischen"

Rathschlägen abzugehen, widrigens sie die schlimmen Folgen am härtesten zu tragen hätten.

Der Kaiser empfieng Herrn von Kufstein am 5. Juli 1620 nach seiner Rückkehr von dem Vespergebet in der Burgkapelle. Wiewohl er wahrscheinlich von den in Retz gefassten Beschlüssen bereits in Kenntnis war, so nahm er doch das für ihn bestimmte Schreiben mit den Worten entgegen, dass er die Schrift erst studieren und „dann seine Antwort geben wolle, wie er sie vor Gott verantworten könne", worauf Kufstein versicherte, „dass er dem Kaiser stets treu sein werde, soweit er das mit gutem Gewissen sein dürfe". — „Mit gutem Gewissen," fiel ihm der Kaiser in die Rede. „Ich auch, was ich mit gutem Gewissen und (unbeschadet meiner) Ehre thun kann, will ich thun." Hiemit war die Audienz zu Ende. Als Kufstein das kaiserliche Gemach verließ, traf er in der Rathsstube die Geheimräthe Meggau und Trautmannsdorf und übergab ihnen das für sie und ihre Amtsgenossen bestimmte Schreiben, mit der Bitte, dass sie ihn nicht dafür entgelten lassen möchten, wenn sie sich vielleicht durch die eine oder die andere Stelle beleidigt fühlen sollten.

Auf eine solche Sprache, wie sich die protestantischen Stände in ihrem Schreiben anmaßten, waren der Kaiser und seine Räthe nicht gefasst. Tief beleidigt und empört, beschlossen sie die Verhandlungen vollständig abzubrechen, zudem als das Anrücken des tigistischen Heeres gegen Österreich und Hilfe aus Flandern und Sachsen nahe bevorstand. Am 6. Juli 1620 erhielten die in Wien versammelten Stände den Auftrag zur Leistung der Huldigung unverweilt einen Ausschuss zu wählen. Herr von Kufstein, der Überbringer der Retzer Botschaft, wurde am 9. Juli von dem Landschafts-Secretär verständigt, dass er Wien vor Sonnenuntergang zu verlassen habe. Seine Glaubensgenossen im Landhause, über dessen Ausweisung erregt, wollten den Kaiser bestimmen, seinen Befehl zurückzunehmen und die Schreiben der Retzer Versammlung weiter in Erwägung zu ziehen. Eine Deputation fuhr in früher Nachmittagsstunde in die Gatterburg, das spätere Lustschloss Schönbrunn, zur Audienz. Nachdem Gundacker von Polheim die Bitte seiner Glaubensgenossen vorgebracht, erwiderte der Kaiser mit innerer Erregung und ungewohnter Entschiedenheit des Ausdruckes: „Nie und nimmer hätten es Unterthanen gewagt, ein solches Schreiben an einen Herrn von Österreich zu richten und ebensowenig hätten sie es gewagt, die fürstlichen Diener in einer Weise zu bedrohen, wie dies gegenwärtig gegen seine Geheimräthe der Fall sei. Wie hätten sie es wagen können, ihn dem Einflusse seiner Räthe ganz unterthan hinzustellen; habe er auch nicht die allergrößte Vernunft, so traue er sich doch

die ihm von Gott anvertrauten Länder mit seinem Beistand selbst zu regieren, und sei kein Narr und sei kein Kind, das sich von seinen Räthen regieren lasse, und er könne sich nur wundern, wie die in Wien befindlichen Stände augsburgischer Confession sich dieser Sache annehmen könnten. Was den Kufstein betreffe, so halte er ihn und seine Brüder nicht für treulos, müsse es aber bei dem Beschlusse belassen." Diese Entschiedenheit des Ausdruckes verfehlte nicht ihre Wirkung, und die Deputierten begnügten sich nur mit der Bitte, den Ausweisungstermin Kufstein's zu verlängern, was der Kaiser nachträglich bewilligte.

An den in Wien versammelten protestantischen Ständen war es nun, sich zu entscheiden, ob sie ihr Los von jenem ihrer Glaubensgenossen trennen wollten oder nicht. Unzweifelhaft waren sie von dem vor wenigen Tagen in Ulm abgeschlossenen Neutralitätsvertrage zwischen der katholischen Liga und der protestantischen Union, welcher K. Friedrich von der Pfalz jeder activen Hilfe der deutschen Glaubensgenossen beraubte und dem Kaiser die Hilfe Baierns und Sachsens sicherte, sowie von der Unterstützung des Kaisers durch Spanien und Frankreich unterrichtet. Angesichts der ungünstigen Wendung der politischen Verhältnisse hatten sie nicht mehr den Muth zu längerem Widerstande und sie überreichten am 11. Juli dem Kaiser eine Schrift, in der sie ihr Vertrauen aussprachen, dass die Huldigung ihren Rechten und Freiheiten nicht abträglich sein werde. Der Kaiser versprach, trotz des Abrathens des spanischen Gesandten, welcher die Zeit für gekommen hielt, die Protestanten in Österreich gänzlich zu unterdrücken, ihre Privilegien nicht antasten und in den religiösen Verhältnissen den Zustand, wie er sich unter K. Mathias II. entwickelt habe, belassen zu wollen. Am 13. Juli 1620, dem für die Huldigung angesetzten Tage, wohnte der Kaiser morgens um 8 Uhr im St. Stephansdome einem Hochamt bei und ritt nach dessen Beendigung in die Burg zurück, während die Stände zu Fuß folgten. Im Huldigungssaale angelangt, versammelten sich um ihn der Prälatenstand vollständig, vom Herrenstande 33 Katholiken und 33 Protestanten, vom Ritterstand 30 Katholiken und 38 Protestanten und die Vertreter der landesfürstlichen Städte und Märkte. Nach einer vom Kaiser gehaltenen Ansprache, in der er die Aufrechthaltung ihrer Rechte neuerlich bestätigte, leisteten alle Mitglieder die Huldigung, worauf er ihnen versprach, ein gnädiger Vater und Herr bis in den Tod bleiben zu wollen. Unter mannigfachen Feierlichkeiten schloss der denkwürdige Tag. Am folgenden Tage erschien ein kaiserliches Patent, welches die in Retz versammelten Stände aufforderte, innerhalb von vierzehn Tagen die Huldigung zu leisten, widrigenfalls sie als Hochverräther behandelt würden.

Nachdem Kufstein dem Acte beigewohnt, ohne sich aber an der Huldigung betheiligt zu haben, reiste er nach einer Audienz beim Kaiser nach Metz, um dort über die Vorgänge in Wien Bericht zu erstatten. Schon auf der Reise dahin zeigte er dem Kaiser brieflich seine Unterwerfung an. Die Stände in Metz dagegen waren schon vor dem Eintreffen Kufstein's (30. Juli) betreffs ihrer Haltung im Reinen, da K. Friedrich ihnen erklärt hatte, eine Wahl zum Erzherzog oder Schutzherrn von Österreich annehmen zu wollen.

Nach dem von Kufstein erstatteten Berichte brachen sie am 1. August 1620 die Verhandlungen mit dem Kaiser ab, wählten den König von Böhmen zum Schutzherrn und gelobten sich, mit Ausnahme weniger Mitglieder, schriftlich gegenseitige Hilfeleistung. Wie schlecht waren sie aber über die politische und militärische Lage berathen! Als ihre Deputation am 23. August in Prag eintraf, welche dem Könige die Nachricht von seiner Wahl zum Schutzherrn über Österreich überbrachte, war dieser bereits in solcher Bedrängnis, dass er dieselbe nothgedrungen ablehnen musste. Gleichzeitig erfuhren sie, dass in Oberösterreich Maximilian von Baiern am 20. August 1620 die aufrührerischen Stände zum Gehorsam genöthigt hatte und sich anschickte in Niederösterreich einzumarschieren, um sich mit Buquoy zu vereinigen. Mit Schrecken vernahmen sie diese Nachricht, da durch diese Vereinigung das böhmische Heer unter dem Fürsten von Anhalt schwer bedroht wurde.

Während die Ereignisse in Böhmen eine für die Protestanten immer ungünstigere Wendung nahmen, verkündigte am 16. September 1620 ein Herold in Begleitung von Trompetern und Paukenschlägern zuerst auf dem Burgplatze und dann auf den Hauptplätzen Wiens ein vom 12. September datiertes kaiserliches Patent, durch welches einunddreißig Mitglieder des österreichischen Adels ihres Lebens und ihrer Güter für verlustig und sie sammt und sonders für vogelfrei erklärt wurden. Vergeblich waren die Anstrengungen ihrer Freunde und Verwandten zur Einstellung der Ächtung; ihre Bitten fanden kein Gehör. Mit einem großen Theil der Güter wurden die Anhänger des Kaisers belohnt. — Bald darauf ereilte aber auch die Böhmen und den „Winterkönig" das Schicksal. In der Schlacht am Weißen Berge, am 8. November 1620, vernichteten die Kaiserlichen und Ligisten durch die glänzende Führung Buquoy's und durch das rechtzeitige Eingreifen Tilly's die Armee Friedrich's von der Pfalz und nöthigten diesen durch die Flucht aus dem Lande sein Leben zu retten.

Die Nachrichten von der Eroberung Prags riefen am Hofe grenzenlose Freude hervor. Das erste Gefühl des Kaisers war das der Dankbarkeit gegen Buquoy und die Officiere des Heeres, die er mit Gunstbezeugungen und

Geschenken überhäufte. Am 24. November 1620 gieng eine Procession, der K. Ferdinand II. mit dem ganzen Hofe beiwohnte, von der Augustinerkirche nach St. Stephan, wo Cardinal Dietrichstein eine Dankrede hielt. Ähnliche Feierlichkeiten wurden in den übrigen Kirchen Wiens abgehalten mit Predigten voll leidenschaftlicher Ausfälle gegen die Protestanten. Bei den Kapuzinern sprach ein Prediger die Hoffnung aus, dass der Kaiser diese „mit eiserner Ruthe züchtigen und wie ein irdenes Gefäß zertrümmern werde". Als wenige Tage später aus Prag eine Kiste mit den wichtigsten Privilegien des Landes und den Originalien der Conföderationsurkunden eintraf, soll der Kaiser eigenhändig vom Majestätsbrief das Siegel abgerissen und verbrannt und letzteren mitten durchschnitten haben. In dieser Form wird noch heute diese Urkunde aufbewahrt.

Die weiteren Folgen der Schlacht am Weißen Berge waren von überwältigender Wirkung für das ganze Reich. Nicht bloß in Böhmen, sondern auch in Mähren, Schlesien und der Lausitz unterlagen die dem Hause Habsburg feindlichen Parteien. Auf die militärischen Siege folgten die Massenconfiscationen der Güter des aufständischen Adels und die Vertheilung der letzteren an die Anhänger der kaiserlichen Regierung. In Städten und Dörfern verließen tausende von Familien ihre Heimat und suchten dort Zufluchtsstätten, wo sie der evangelischen Lehre treu bleiben konnten.

Im Laufe der folgenden Jahre vollzog sich in den Ländern des habsburgischen Reiches — mit Ausschluss der Länder der ungarischen Krone — eine politische, religiöse und sociale Umwälzung, die von dem größten Einflusse für die künftige Gestaltung des Reiches wurde. Unter furchtbarem Drucke auf die Geister, unter Verübung maßloser Gewaltthaten und Racheacte begann die römische Hierarchie die Restauration des Katholicismus. Doch die Schmerzensrufe der Unterdrückten und Verstoßenen blieben nicht ohne kräftigen Wiederhall in anderen, überwiegend protestantisch gesinnten Ländern. Sie entzündeten einen durch nahezu dreißig Jahre wüthenden Glaubenskrieg, der auf den Trümmern des materiellen Wohlstandes und zum dauernden Schaden der menschlichen Culturbestrebungen die religiöse Spaltung des deutschen Volkes dauernd besiegelte.

Während der denkwürdigen Verhandlungen zwischen dem Kaiser und den protestantischen Ständen über die zu leistende Huldigung standen die Wiener Bürger vollständig auf Seite des ersteren. Es lag nicht in ihrem Interesse, die Pläne der extrem gesinnten Protestanten zu fördern. Außerdem, dass sie dem Kaiser bereitwilligst gehuldigt hatten, bezeugten sie ihre Loyalität dadurch, dass sie ihm trotz der schweren Steuern ein Geschenk von 10.000 Gulden

machten. Um sich dem Kaiser auch sonst hilfreich zu erweisen, stellte der Stadtrath der Regierung die in seiner Verwahrung gewesenen Waisengelder gegen ordentliche Verzinsung und jederzeitige Rückstellung zur Verfügung.

Als der Kaiser nach Schließung seiner zweiten Ehe mit der Prinzessin Eleonore von Mantua in Innsbruck (4. Februar 1622) am 26. Februar nach Wien kam, bereitete ihm der Adel und die Bürgerschaft einen glänzenden Empfang. Der Stadtrath kam aber auch in religiöser Hinsicht den Bestrebungen des Kaisers entgegen, freilich wesentlich in der Absicht, sich dadurch in den Besitz eines für die Kräftigung des Bürgerthums wichtigen Privilegiums zu setzen. Er führte darüber Klage, dass in der Stadt und den Vorstädten ein nicht geringer Theil des Grundbesitzes in die Hände von nicht bürgerlichen, meist protestantischen Familien, gelangt sei. Dadurch war die Zahl der Bürger auf 1500 und jene der bürgerlichen Häuser auf 800 herabgesunken. Die Bürger schlugen nun dem Kaiser vor, im Burgfrieden nur Bürgern einen Grundbesitz zu gestatten, wogegen sie bereit waren, keinen Bürger dulden zu wollen, der nicht zum katholischen Glauben sich bekannte. Es war dies zugleich ein Schlag gegen die verhassten, fremden „Niederläger", deren Zulassung auf den Wiener Markt zwar nicht gänzlich zu vermeiden war, die aber dadurch in ihrer weiteren Ausbreitung wesentlich beschränkt wurden. Aus diesem Vorschlage gieng das bekannte Einstandsprivilegium der Stadt Wien vom 18. Juli 1623 hervor, das in unserem Gemeinwesen durch volle zwei Jahrhunderte in politischer und financieller Beziehung eine große Rolle spielte. Die Freude über die Erlangung desselben war so groß, dass die Bürger dem Kaiser ein Geschenk von 50.000 Gulden zu Kriegszwecken verehrten. Infolge dieses Privilegiums verließen zahlreiche protestantische Bürger die Hauptstadt und opferten eher einen Theil ihres Vermögens, als dass sie ihrem Glauben untreu wurden. Denn sie mussten ihre Häuser nicht bloß im Schätzungswerte an katholische Bürger verkaufen, sondern auch von dem Werte ihres gesammten Vermögens zehn Procent als Abfahrtsgeld zurücklassen, das der Kaiser „ad pias causas und auch zur Stadtbefestigung" verwenden zu wollen erklärte *).

Mit der Purification des Bürgerthums von dem Protestantismus gieng Hand in Hand die Vereinigung des Jesuitencollegiums mit der Universität, die der Kaiser am 22. October 1622 angeordnet und nach der geschlossenen Übereinkunft am 13. October 1623 als „sanctio

*) Wie bedeutend der Besitzwechsel war, beweisen die Stadtrechnungen. So wurden im Jahre 1624 allein nahe an 30.000 Gulden an „Abfahrtsgeldern" eingehoben.

pragmatica“ ins Leben gerufen hatte. Durch letztere kam die Universität vollständig in die Hände der Jesuiten. Sie erbauten hierauf ein neues Collegium und eine neue Kirche, welches im Jahre 1625 fünfundvierzig Priester bezogen. Da diese das ganze Vermögen mitgenommen hatten, so waren dadurch die am Hofe zurückgebliebenen Jesuiten aller Geldmittel entblößt. Mit einem Sack auf der Schulter bettelte der Vorstand von Haus zu Haus um Almosen. Dieses Schautragen der äußersten Armut blieb nicht ohne Erfolg. Es flossen so zahlreiche Geschenke für das neue Professhaus am Hofe ein, dass nach einem Jahre bereits vierzig Geistliche wieder erhalten werden konnten.

Der Ausspruch „cedere aut catholice credere“ erhielt nun in Wien die weiteste Ausdehnung. Es kam wiederholt vor, dass Prädicanten aus der Umgebung Wiens bei ihren Glaubensgenossen in der Stadt heimlich die Seelsorge verrichteten. Im Jahre 1624 richtete der Kaiser an die lutherischen Stände den Befehl, dass ihre Prädicanten sich aller Eingriffe in die bischöfliche Jurisdiction gänzlich zu enthalten hätten. Der Stadtrath verbot seinerseits am 9. September 1624 den Bürgern, Einwohnern, Handwerksgesellen und Dienstboten das „Auslaufen“ zu den Prädicanten nach Herrnals und anderen Orten und, um seinem Verbote Nachdruck zu geben, ließ er die Stadtthore mit Schildwachen besetzen, die nach Herrnals Wallfahrenden in Arrest setzen und den sich einschleichenden Prädicanten die Kelche wegnehmen. Das gleiche Verbot publicierte der Rector für alle Angehörigen der Universität. Als die Stände sich über diesen Vorgang beschwerten und dem Stadtrathe drohten, dass sie diese Diffamation ahnden würden, wurde ihnen vom Kaiser bedeutet, dass sie diese Angelegenheit nichts kümmere. Auf eine Replik der Stände über die Verletzung der zugesicherten Religionsconcession des vierten Standes erwiderte der Kaiser trocken, dass es bei seiner Resolution zu verbleiben habe. Am 20. März 1625 gieng der Stadtrath noch einen Schritt weiter. Die Einwohner der Stadt erhielten den Auftrag, sich innerhalb von vier Monaten in der katholischen Lehre unterrichten zu lassen; den Katholiken wurde befohlen, die katholischen Kirchen und Predigten zu besuchen. Dieses Übermaß von Bekehrungseifer rief nicht nur die größte Erbitterung hervor, sondern führte auch zu den unwürdigsten Scenen. Manche, die dem Zwange Folge leisten mussten, ließen sich im Beichtstuhle zum Schein absolvieren und lachten dann den Priester höhnisch aus. Da aber trotz aller Verbote die Protestanten nach Herrnals liefen, und das Gut dem Besitzer Helmhart, Freiherrn von Jörger, einem der fanatischesten Anhänger der evangelischen Lehre, ohnehin confisciert worden war, so wurden zu derselben Zeit die Prädi-

canten aus der Kirche vertrieben und das Schloss Herrnals sammt der Kirche dem Wiener Domcapitel zum Geschenk gemacht. Am 24. August 1625 fand in der festlich geschmückten Kirche wieder der erste katholische Gottesdienst statt. Der Jesuit J. Labbe hielt unter einem großen Andrang des Volkes die Predigt. Während derselben setzte ein Lutheraner in seiner Wuth das der Kirche zunächst gelegene Haus in Flammen. Die Folge davon war die Vertreibung aller Protestanten aus dem Orte, worauf sich deren Prädicanten nach Inzersdorf zurückzogen. Dort blieben sie mit Zustimmung der Regierung noch ein Jahr unter dem Schutze des Freiherrn von Teufel, des Besitzers des Gutes, und verließen hierauf Österreich. Der religiöse Druck wurde aber noch stärker. So befahl ein kaiserliches Decret vom 21. Jänner 1627 den Ärzten, protestantischen Kranken die Fortsetzung der Kur zu verweigern, wenn diese sich hartnäckig weigerten die Sacramente zu empfangen. Am 14. September 1627 folgte das Edict über die Ausweisung akatholischer Prediger und Schulmeister und das Verbot des Lesens akatholischer Bücher. Nach Verschärfung dieses Edictes im Jahre 1628 begannen die Hausdurchsuchungen in allen Theilen der Stadt, bei Buchhändlern und Privaten, und die Vernichtung aller daselbst vorgefundenen, religiös bedenklichen Bücher. Bei diesem Drucke kann es nicht überraschen, dass nach einem Ausweise in der Zeit vom Palmsonntag bis zum weißen Sonntag des Jahres 1629 mehr als 2400 Personen die neue Lehre in Wien abgeschworen hatten.

Zur Zeit dieser Ereignisse, am 17. December 1623, endigte in Rom der gegen den Cardinal Klesel geführte Process mit dessen vollständiger Freisprechung. Der Kaiser berief ihn wieder nach Wien zurück und setzte ihn in seine Diöcese ein. In seinem Groll gegen den ersteren verblieb der Cardinal aber noch mehrere Jahre an der Tiber. Klesel hielt erst am 25. Jänner 1628 in Neustadt und am 5. Februar 1628 in Wien seinen feierlichen Einzug und widmete sich nunmehr ausschließlich den geistlichen Angelegenheiten. Am 5. Jänner 1629 vom Kaiser zum Generalreformator für Wien ernannt, gieng er in seinem Eifer so weit, dass er sich vom Bürgermeister die akatholischen Bürger und Bewohner zur Bekehrung vorführen ließ. — Ein Theil des Clerus glaubte, es werde einen mächtigen Eindruck auf das Volk ausüben, wenn die mittelalterlichen Geislerfahrten wieder in Aufschwung gebracht würden. Im Jahre 1626 fand eine solche Procession statt.

Da der Zustand der alten Klöster nicht befriedigte, wurden neue gegründet. Es erhielten die Barnabiten, die Trinitarier, die Paulaner, die Karmeliter und Karmeliterinnen zur Nieder-

lassung Grund und Boden, nicht ohne Widerspruch Klesel's, welcher den Bettelmönchen nicht geneigt war. Auch Jesuitinnen ließen sich (1627) am Stoß im Himmel für den Unterricht der weiblichen Jugend nieder: sie wurden aber schon im Jahre 1631 unterdrückt. Nur über die Kapuziner, die sich gleichfalls um Aufnahme in die Stadt bewarben, dachte Klesel besser. Das schlichte Auftreten dieser Mönche, deren selbstloser Eifer auf der Kanzel und im Beichtstuhle machte auf ihn einen günstigen Eindruck. — Auch neue kirchliche Feste und Wallfahrten wurden ins Leben gerufen. Nachdem bereits im Jahre 1615 über Anregung mehrerer Bürger eine Congregation zur Errichtung einer Procession nach Mariabrunn am Tage des Festes der Geburt Mariens (8. September) gestiftet worden war, wurde über Vorschlag des Kaisers mit päpstlicher Genehmigung, vom Jahre 1629 an, jährlich das Fest der unbefleckten Empfängnis Maria's (8. December) festlich begangen. Im Jahre 1632 erneuerte Klesel die von ihm schon 1587 eingeführte Wallfahrt nach Mariazell welche am 28. Juni von St. Stephan aus unternommen wurde.

Einen bezeichnenden Gegensatz zu den Bedrückungen der Protestanten bildete die Toleranz gegen die Juden. Wiewohl ihre Stellung seit der Ordnung K. Ferdinand's I. vom Jahre 1528 nicht sehr günstig war, so wussten sie sich doch zu behaupten, weil sie bei der stetigen Finanznoth des Hofes nicht entbehrt werden konnten. Selbst als sie auf das Andringen der niederösterreichischen Stände und des Wiener Stadtrathes im Jahre 1575 aus dem Lande vertrieben worden waren, gelang es ihnen kurze Zeit darauf doch wieder, sich in Wien aufhalten zu dürfen und trotz aller Klageschriften der Stände und der Bürger zu behaupten, weil sie eben bei der Negociirung von Anlehen unentbehrlich waren. Eine im Jahre 1614 verfügte theilweise Ausweisung der Juden wurde ein Jahr später wieder zurückgenommen.

K. Ferdinand II. war dankbar für die ihm von den Juden geleisteten Geldhilfen. Er gestattete ihnen am 20. Juli 1620 die Erbauung einer Synagoge und einer Schule in der Stadt. Sie durften seit 1625 ungehindert Gewölbe und Kaufläden haben, Märkte beziehen, Gewerbe betreiben und Pfänder auslösen. Nur erhielten sie als Wohnstätten einen besonderen Bezirk im Unteren Werd (Leopoldstadt) zugewiesen. Als die strengen Verordnungen zum Besuche der katholischen Kirchen erflossen, mussten die Juden im Jahre 1630 sich ersteren gleichfalls fügen. Doch leisteten sie passiven Widerstand und, wie ein Bericht erzählt, schlief ein Theil bei den Predigten ein.

So wie in Österreich gelang die Gegenreformation dem Kaiser auch in den anderen Theilen seines Reiches. In Oberösterreich stieß zwar die Katholisierung auf bewaffneten Widerstand. Die Bauern, mit Stephan Fadinger an der Spitze, organisierten im Jahre 1626 einen gewaltigen Aufstand, der aber nach dem Tode des Führers rasch bewältigt wurde. Im Jahre 1628 gelang es hierauf dem Kaiser, Oberösterreich von Baiern wieder einzulösen. In Böhmen war die Gegenreformation 1627 so weit gediehen, dass der Majestätsbrief des Kaisers Rudolf II. aufgehoben, eine neue Landesordnung, welche die Alleingeltung der römischen Kirche aussprach, publiciert und Böhmen in ein Erbkönigreich verwandelt werden konnte. Eine massenhafte Auswanderung war die Folge. Am 25. November 1627 folgte die Krönung des Sohnes des Kaisers, Ferdinand III., zum Erbkönig. Ähnliche Verhältnisse wie in Böhmen herrschten auch in Mähren und Schlesien. In Ungarn nahm die Gegenreformation durch den mächtigen Einfluss des Erzbischofs Pazman von Gran einen friedlicheren Verlauf. Die überwiegende Mehrzahl des Adels bekehrte sich zum alten Glauben; dafür retteten die Magnaten ihre politischen Rechte. In Siebenbürgen führte die Gegenreformation nach dem Tode Bethlen Gabor's (15. November 1629) zu heftigen Parteikämpfen, welche der katholisch gesinnten Witwe desselben das Fürstenthum kosteten, indem Georg Rakoczy im Jänner 1630 zum Fürsten von Siebenbürgen gewählt wurde. Ebenso glücklich ließen sich die Unternehmungen des Kaisers zur Wiederherstellung der kaiserlichen Macht in Deutschland an. Wallenstein's und Tilly's Heere halfen dem Kaiser und den katholischen Reichsständen zum Sieg, so dass man im Jahre 1628 an eine Beendigung des Krieges dachte. Da erstand aber in dem jungen und tapferen König von Schweden, Gustav Adolf, ein neuer gewaltiger Gegner, welcher der protestantischen Sache eine glückverheißende Wendung gab. Die Zerwürfnisse Wallenstein's mit dem kaiserlichen Hofe und den Reichsständen begünstigten Gustav Adolf's erstes siegreiches Auftreten. Bei Lützen (16. November 1632) maßen sich die beiden größten Feldherren. Gustav Adolf fiel im heldenmüthigen Kampfe, aber sein Kanzler Oxenstierna wurde die Seele einer protestantischen Union, welche, unterstützt von Frankreich, dem Kriege einen neuen Aufschwung gab. Die Haltung Wallenstein's gegenüber dem Führer der Protestanten, Bernhard von Weimar, brachte ihn in Verdacht, die Rolle eines Verräthers zu spielen. Der Kaiser sprach (24. Jänner 1634) gegen Wallenstein die Acht aus. Er und seine treuesten Generäle wurden zu Eger getödtet (25. Februar 1634). Nun übernahm des Kaisers Sohn,

König Ferdinand III., das Commando, eroberte Regensburg und erfocht bei Nördlingen (27. August 1634) einen glänzenden Sieg über die Schweden, wodurch die katholische Partei wieder das Übergewicht erlangte und bald darauf (22. December 1636) die Wahl des jungen Ferdinand III. zum römisch-deutschen Könige zu Regensburg durchsetzte. Es war dies der letzte, große politische Erfolg des Kaisers. Ohne das Ende des furchtbaren Krieges erlebt und der Welt den ersehnten Frieden gegeben zu haben, starb er am 15. Februar 1637 in der Hofburg in Wien. Er hinterließ durch die Grausamkeiten, welche im Namen des alten Glaubens in seinem Auftrage verübt wurden, kein ruhmvolles Andenken, wenn auch die größte Schuld seine Rathgeber trifft, welche ihm die Meinung beibrachten, dass der Glaube diese Grausamkeiten erfordere.

Nach dem Willen des Kaisers fielen seinem ältesten Sohne alle Länder zu mit Ausnahme der ober- und vorderösterreichischen, die Erbeigenthum seines Bruders, des Erzherzogs Leopold, blieben. Letzterer hatte nach eingeholter päpstlicher Dispens im Jahre 1626 dem geistlichen Stande entsagt und sich mit der schönen Medicäerin Claudia Felicitas verehelicht.

Ferdinand III. schritt auf der Bahn seines Vaters mit noch größerer Entschiedenheit weiter. Nicht weniger geistig begabt als dieser, besaß er einen tieferen Fond von Bildung und ein lebhafteres Interesse für die gute Verwaltung seiner Länder. Er war ernst und zurückhaltend in seinem ganzen Wesen, von großer Sittenreinheit und Religiösität und liebte leidenschaftlich Musik und Kunstwerke; dabei pflegte er aber auch die Jagd. Unähnlich seinem Vater war er sparsam und einfach in seinem Haushalte. In seiner Erziehung äußerte sich der jesuitische Zug vornehmlich in seiner übereifrigen Pflege des Marien-Cultus und in seinem Bestreben, das Fest der immaculata conceptio in all seinen Erblanden einzuführen. In Fragen der Politik aber gestattete er den Jesuiten keinen maßgebenden Einfluss; auf diesem Gebiete blieben die bedeutendsten Rathgeber sein Bruder Erzherzog Leopold, und Max Freiherr von Trautmannsdorf, einer der größten Diplomaten Österreichs.

So wie sein Vater strebte auch K. Ferdinand III. nach Herstellung des Friedens; aber die von ihm verfolgte Politik, die Anstrengungen Frankreichs und Schwedens und mit diesen vereint jene der deutschen protestantischen Fürsten, das Haus Österreich aus Deutschland vollständig zu verdrängen — ein politisches Ziel, das damals den Gegenstand mehrerer Staatsschriften bildete, — führten zu neuen erbitterten Kämpfen. Im Frühjahre 1639

drang der schwedische General Banér in Böhmen ein, mit der Absicht nach seiner Vereinigung mit Bernhard von Weimar bis nach Wien vorzudringen; sein Plan misslang durch den bald darauf erfolgten Tod des letzteren, welcher im Jahre 1640 von dem Bruder des Kaisers, Erzherzog Leopold Wilhelm, aus Böhmen wieder hinausgetrieben wurde. Im darauffolgenden Jahre schlug das Kriegsglück um und der Kaiser verlor Schlesien an den Schwedengeneral Torstenson. Im Jahre 1644 riefen die Protestanten zu Kaschau Georg Rakoczy zum Fürsten von Ungarn aus, worauf dieser dem Kaiser im Einverständnisse mit Frankreich und Schweden den Krieg erklärte. Von der Pforte bedroht, gab aber Rakoczy seinen Einfall in Mähren und seine beabsichtigte Vereinigung mit Torstenson vor Brünn auf.

Wien hatte schon im Jahre 1631 Gelegenheit, K. Ferdinand III. festlich zu begrüßen, als er mit Maria, Infantin von Spanien, hier seine Hochzeit feierte. Nach seinem Regierungsantritt bestätigte er sogleich die Rechte der Stadt, insbesondere das Einstandsprivilegium, aber auch hier gab er zu erkennen, dass auch er die Hebung und Kräftigung der katholischen Kirche im Auge behalten werde. Ungeachtet aller Bedrückungen und Bekehrungsversuche gab es in Wien noch eine beträchtliche Zahl von Anhängern der evangelischen Lehre, die aber nur im Geheimen ihre Übungen fortsetzen konnten. Gegen diese richtete Ferdinand III. am 3. September 1638 das Verbot des heimlichen Zusammenkommens, des Predigtlesens, des Beherbergens akatholischer Geistlicher und der Verbreitung akatholischer Bücher. Eine weitere Ausführung der strengen religiösen Grundsätze war, dass die Regierung im Jahre 1643 selbst bei gerichtlichen Eiden jeder Art das katholische Glaubensbekenntnis verlangte, ein unerhörter Gewissensdruck in rein bürgerlichen Angelegenheiten. Die Jesuiten gelangten in dieser Periode zu ihrer größten Blüte und Kraftentfaltung. Auf der Universität hielten sie die Mehrzahl der Lehrstühle besetzt und verdrängten immer mehr die Dominicaner, Augustiner und Minoriten. Im Schoß der Katholiken machte in dieser Zeit der Streit zwischen Dominicanern und Jesuiten über die Frage der unbefleckten Empfängnis wegen der Heftigkeit der Controverse einiges Aufsehen. Der Kaiser hatte seiner Parteinahme für die Jesuiten unverholen Ausdruck gegeben. Die Klöster wurden vermehrt durch die beschuhten Augustiner auf der Landstraße, die Benedictiner vom Monte Serrato in der Alservorstadt und die Serviten in der Roßau. Zur Steigerung des katholischen Sinnes genehmigte der Kaiser am 23. August 1639 die Einführung einer neuen Procession von St. Stephan zur Bartholo-

mäuskirche in Herrnals und den Bau von sieben Kreuzstationen auf dem Wege dahin, wozu der Stadtrath seinen Beitrag leistete.

Gegen die Juden übte auch K. Ferdinand III. große Toleranz, ungeachtet der Stadtrath fortwährend mit den heftigsten Beschuldigungen gegen sie auftrat und auf deren Austreibung drang. Die Bürger klagten im Jahre 1637, dass die Juden allen Handel in der Stadt an sich rissen, mit den Waren in die Häuser hausieren giengen, die Münze verschlechterten, Wucher trieben, den Fiscus schädigten, christliche Ammen hielten und in ihren Synagogen Christus und Maria lästerten. Der Kaiser schenkte aber diesen Klagen kein Gehör und verbat ihnen nur, in den Gewölben zu wohnen. Dafür hatten sie 35.000 Gulden an Toleranzsteuer und jährlich 4000 Gulden an Tribut zu zahlen.

Erst gegen den Schluss des dreißigjährigen Krieges wurde Wien abermals von den Kriegsstürmen unmittelbar berührt, indem nämlich K. Ferdinand III. den Krieg gegen die Protestanten mit weit geringerem Geschick führte. Was Gustav Adolf vergebens angestrebt, den Kriegsschauplatz an die Donau zu verlegen und den Kaiser im Brennpunkt seiner Macht zu schwächen, gieng unter Torstenson in Erfüllung. Nach der furchtbaren Niederlage der Österreicher bei Jankau (6. März 1645) in Böhmen stand dem schwedischen Feldherrn der Weg nach Wien offen, und er zögerte auch nicht, die Vortheile seiner Lage zu benützen. Wohl hatte man hier die Eventualität einer Schwedenbelagerung schon seit dem Jahre 1638 ins Auge gefasst und sich bemüht, die Festungswerke zu verstärken und die Lücken in der Fortification auszufüllen, insoweit dies die von den Ständen aus der Landessteuer zwar bewilligten, aber nur theilweise flüssig gemachten Gelder zuließen. Auf ein so plötzliches Erscheinen des Feindes war man aber nicht vorbereitet. Auf die Nachricht von dem Unglücke bei Jankau gab der Kaiser am 9. März 1645 von Haid aus seinem Generalwachtmeister Ernst Freiherrn von Traun sogleich den Befehl, Einleitungen zur Vertheidigung alles Landes jenseits der Donau zu treffen. Da es in Wien mit der Stadtquardia nicht zum besten aussah, verfügte er, dass jedes Haus in der Stadt und den Vorstädten, ohne Unterschied ob bürgerlich oder frei, einen bewaffneten Mann zu stellen habe. Zuerst eilte die Kaiserin, welche eben in Linz verweilte, nach Wien (14. März), wenige Tage darauf (19. März) folgte der Kaiser von Prag mit dem Entschlusse, Wien um jeden Preis zu halten. Die vom Lande eingetroffenen Schreckensberichte über die Greuel der Feinde wie der Kaiserlichen riefen hier die größte Aufregung hervor.

Torstenson gieng aber nicht unmittelbar auf Wien los. Er begnügte sich vorläufig, die Landstädte zu plündern und in seine Gewalt

zu bekommen. Erst am 8. April kamen die Schweden vor Kreuzenstein und Korneuburg und setzten sich an demselben Tage in den Besitz dieser beiden befestigten Orte.

Die Hauptstraße von Wien nach Mähren und Böhmen hatte damals noch eine andere Richtung. Sie führte durch die Augartenstraße in die Schottenau (Brigittenau), von dort zu einer Brücke, über die man in die Taborau kam. Von dieser leitete die sogenannte lange Brücke in die Wolfsau, die wieder ein kleiner, ebenfalls überbrückter Donauarm durchschnitt. Jenseits der Wolfsau bildete die sogenannte Wolfsschanze einen festen Brückenkopf. Von der Ausdauer in der Vertheidigung dieses Punktes hieng es wesentlich ab, ob Wien die Leiden einer neuerlichen Belagerung auf sich zu nehmen haben würde. Ungeachtet aller Anstrengungen, gelang es dem kaiserlichen Regiment Fehrenberg nicht, diese Schanze zu behaupten, sondern sie wurde nach einer heftigen Beschießung durch die Schweden in der Nacht vom 9. auf den 10. April geräumt.

In Wien herrschte schon seit Ende März Verwirrung und Zaghaftigkeit. Wie sich bei dem ersten Erscheinen der Schweden alles nach Wien geflüchtet hatte, so suchte nun alles seine Rettung in der Flucht aus der Stadt. Tausende von Wagen brachten Hab und Gut der Reichen nach Graz, Salzburg und Venedig. Um dem planlosen Flüchten zu steuern, ergieng das Verbot, dass keine Mannsperson im Alter von 16 bis 60 Jahren, welche Waffen führen konnte, die Stadt verlassen dürfe. K. Ferdinand hielt am 29. März einen öffentlichen Bittgang ab, der von der Schottenkirche aus mit dem Bild der heil. Maria sich in Bewegung setzte und bei St. Stephan endigte, mit dem Gelöbnis, nach glücklich überstandener Bedrängnis der heil. Maria zu Ehren an einem öffentlichen Platze eine Statue zu errichten, wie es auch zwei Jahre darauf durch die Errichtung eines marmornen Monumentes am Hof (18. Mai 1647) geschah. Die bewaffneten Bürger wurden gemustert, die Handwerksgesellen beschrieben und die Studenten aufgefordert, sich unter einen Hauptmann zu stellen. In wenigen Tagen standen bei 5000 Mann bewehrt da, welche vor dem Kaiser ihre Waffenfertigkeit zeigten. Den Schanzenbau hatte die Landrobot auf sechs Meilen im Umkreise von Wien zu leisten und jeder Bewohner sich auf ein Jahr mit Mundvorrath zu versehen. Die Vertheidigung des Donaustromes überließ der Kaiser dem ständischen Aufgebot.

General Torstenson nahm sein Hauptquartier in Stammersdorf und erwartete hier die Ankunft Rakoczy's, um mit diesem vereinigt die Einleitungen zur Einnahme der Hauptstadt zu treffen. Durch vier Tage

hatte Wien neuerdings die Schrecken einer Belagerung zu ertragen, indem das schwedische Geschütz fortan starkes Feuer gegen die Stadt unterhielt. Der schwedische General hatte sich aber in seinen Berechnungen getäuscht; denn Rakoczy, wiederholt von den Kaiserlichen geschlagen, stand damals schon in geheimen Unterhandlungen mit dem Kaiser wegen eines Waffenstillstandes, und zögerte deshalb mit der versprochenen Hilfeleistung. Angesichts dieser veränderten politischen Lage brach Torstenson wider alles Vermuthen am 14. April 1645 aus seiner festen Stellung auf und schlug mit der Hauptmacht die Richtung nach Mähren ein, so dass nur die Wolfsschanze von seinen Truppen besetzt blieb.

Sollte Wien von jeder unmittelbaren Gefahr befreit werden, so mussten die Schweden auch aus diesem befestigten Punkte vertrieben werden. Es verflossen aber mehrere Wochen, bis die Kriegslage sich so gestaltet hatte, dass an eine Eroberung der Wolfsschanze gedacht werden konnte. Zuerst handelte es sich darum, das Land jenseits der Donau von den Schweden gänzlich zu säubern, was aber nicht gelang, indem Krems, Korneuburg und andere befestigte Punkte unbezwingbaren Widerstand leisteten. Inzwischen machte auch Rakoczy, da ein Waffenstillstand nicht zustande gekommen, wieder Versuche, sich mit den Schweden zu vereinigen, wodurch Erzherzog Leopold Wilhelm genöthigt wurde, Preßburg vor einem Überfalle von Rakoczy's Scharen zu sichern. Erst gegen Ende Mai 1645 begannen ernste Einleitungen zur Einnahme der Wolfsschanze. Obrist Friedrich Reich, ein tapferer, umsichtiger Soldat, hatte den Plan entworfen und das Commando übernommen. Sonntag den 28. Mai begann die Beschießung der von dem schwedischen Obristlieutenant Kallow mit 150 Soldaten und 40 gefangenen österreichischen Bauern vertheidigten Schanze. Am 30. Mai gelang es den Kaiserlichen, die Schanze, mit Obrist Reich an der Spitze, im Sturm zu erobern und die ganze Besatzung gefangen zu nehmen. Der schwedische General Wittenberg war mit seiner Heeresabtheilung von 4000 Mann zur Befreiung der Belagerten zu spät eingetroffen. Als während der Belagerung der Vertheidiger Wiens, Erzherzog Leopold Wilhelm, in der Schottenau campierte, schlug neben ihm eine feindliche Kugel ein, ohne ihn zu beschädigen. Zum Gedächtnis ließ er an der Stelle eine Kapelle bauen, welche er der heil. Brigitta, einer schwedischen Heiligen, weihte und seit dieser Zeit führt die Au die Bezeichnung Brigittenau. Erst ein Jahr später kamen Krems (5. Mai) und Korneuburg, letztere Stadt nach zehnwöchentlicher hartnäckiger Belagerung (26. Juli), in die Gewalt der Kaiserlichen.

Nach mehrjährigen Verhandlungen kam endlich am 24. October 1648 jener unglückliche Religionsfriede — der sogenannte westphälische — zustande, durch welchen das deutsche Reich in eine Reihe politischer Individualitäten aufgelöst und fortwährenden Eingriffen fremder Mächte der Weg gebahnt wurde. Den Protestanten in Deutschland brachte er die Gleichberechtigung mit den Katholiken, von welcher Bestimmung jedoch die Erblande des Kaisers ausgeschlossen blieben. Vergebens bemühten sich die evangelischen Stände derselben — damals noch aus 30 Mitgliedern des Ritter- und 45 Mitgliedern des Herrenstandes bestehend — diese Begünstigung auch für sich zu erlangen, vergebens richteten sie noch im Jahre 1652 eine Beschwerde über die Bedrückung ihrer Kirche und die Schädigung ihres Interesses an den Kaiser. Sie mussten entweder in den Schoß der katholischen Kirche zurückkehren oder das Land verlassen. Stärker als je schritt man in den Erblanden auch nach dem westphälischen Frieden gegen alle Bewegungen des Protestantismus ein. Wie die Juden bedurften auch die Protestanten einer besonderen Erlaubnis der Regierung, in Wien zu verweilen, und am 4. Jänner 1652 verkündigte der Kaiser das Reformationspatent für Niederösterreich, das jedem Unterthanen die jährliche Beichte und Communion anbefahl, das Lesen akatholischer Bücher verbot, die Heiligung der Sonn- und Feiertage, die Entblößung des Hauptes bei dem Vorübertragen des Venerabile, die Haltung der Fasttage und das Anhören der Predigten anordnete. Wer dagegen handelte, verfiel schweren Strafen, und jeder Pfarrer war verpflichtet, Verzeichnisse der Übertreter den Behörden vorzulegen. Im Jahre 1656 folgte das Patent über die Pflicht der offenen Ablegung der Beichte und der Communion, und im Jahre 1657 eine Beschreibung aller Bewohner der Hauptstadt, damit durch die geistliche Behörde jene Katholiken, die sich über die abgelegte österliche Beichte und Communion nicht ausweisen, gestraft, und jene Protestanten ausgeforscht werden konnten, die ohne besondere Erlaubnis hier verweilten. Noch ein Jahr vor dem westphälischen Frieden hatten die Wiener enorme Geldcontributionen zu tragen. Die Niederläger mussten 100.000 Gulden, die Handelsleute 50.000 Gulden zur Bezahlung der Truppen entrichten.

Am 5. Juni 1649 kam es zu einem blutigen Tumulte zwischen Studenten und Juden, wozu die Erschießung eines Studenten durch die Thorwache beim Eingang in die Judenstadt den Anlass gab und am 24. Juli 1649 entstand eine große Schlägerei zwischen Soldaten und Studenten, weil letztere die Juden bei ihren Gewölben misshandelten. Seither war der Hass zwischen beiden Parteien so groß, dass die Juden eine zeit-

lang nur unter militärischer Begleitung aus dem Unteren Werd in die Stadt gehen konnten.

In diesem Geiste regierte Ferdinand III. die Erblande, mit Ausnahme von Ungarn, wo der Schutzwall der Landesverfassung der energischen Durchführung der Gegenreformation große Schwierigkeiten in den Weg legte. Auf die auswärtige Politik hatte die religiöse Frage aber keinen bestimmenden Einfluss mehr. In dem Kriege zwischen Polen und Schweden (1655) stand der Kaiser auf der Seite seiner einstigen gefürchteten Gegner, der Schweden, zur großen Überraschung der Welt, bis er im Jahre 1657 gezwungen wurde, mit König Johann Kasimir von Polen ein Bündnis abzuschließen. Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages mit Polen starb er im 49. Lebensjahre (2. April 1657). Schon im Jahre 1654 hatte ihn ein schwerer Schlag getroffen. Der Thronfolger, Ferdinand IV., 1653 zum römischen König gewählt, war in demselben Jahre (9. Juli) an den Blattern gestorben. Seit dieser Zeit wurde er immer stiller und schwermüthiger, wozu die Kränkung darüber kam, dass er die Wahl seines jüngeren Sohnes Leopold zum römischen König von den Reichsständen nicht erwirken konnte. Dagegen hatten dem Erzherzog ungeachtet seiner hohen Jugend die niederösterreichischen Stände bereits im Jahre 1654 gehuldigt; noch in demselben Jahre (27. Juni) wurde er zum König von Ungarn und am 14. September 1656 zum König von Böhmen gekrönt. Ende März 1657, in der Osterwoche, erkrankte der Kaiser in der Burg. Die Hofleute glaubten nur an ein vorübergehendes Unwohlsein, aber die Geistlichen waren besser unterrichtet. Als Graf Schwarzenberg, der Obersthofmeister des Erzherzogs Leopold Wilhelm, in die Kapuzinerkirche kam, um das heilige Grab zu besuchen, sagte ihm Pater Gregorius ins Ohr, man möge auf das, was das Gewissen Sr. Majestät erfordere, bedacht sein. Am 1. April empfieng der Kaiser die letzte Ölung. Nochmals ließ er seinen Bruder zu sich rufen, war aber so schwach, dass er seine Gedanken nicht mehr sammeln konnte. Um die Mitternachtsstunde brach plötzlich unter der Wohnung des Kaisers in der sogenannten wällischen Küche Feuer aus. Die Flammen schlugen zum Fenster und durch den Kamin zum Dach hinaus, und die ganze Burg schien wie im Feuer zu stehen. Der Schreck darüber verschlimmerte seinen Zustand und vier Stunden später war er eine Leiche.

Zweiter Abschnitt.

Von Kaiser Leopold I. bis auf Kaiser Karl VI.

Die politische Folge der schweren Niederlage des Protestantismus in Österreich war, dass alle Bestrebungen der Regierung nun darauf gerichtet blieben, ihre Machtsphäre zu erweitern und jedes Hindernis ihrer freien Bewegung zu beseitigen. Ohne dass gerade ein Staatsstreich ausgeführt worden wäre, wurden die Rechte der Stände, wie zum Beispiel jenes der Steuerbewilligung, fort und fort angefochten, so dass diese sie, der immer wiederkehrenden Kämpfe müde, immer seltener geltend machten. Dem hartnäckigsten Vertheidiger der ständischen Freiheiten, dem Herren- und Ritterstande, hatten schon die zahlreich angedrohten, zum Theil selbst ausgeführten Güterconfiscationen und die äußerst prekäre Lage einzelner, noch vorhandener, protestantischer Adelsfamilien die Lust zu zähen, heftigen Kämpfen benommen. Der Prälatenstand, seit dem Auftreten Klesel's bedeutend purificiert, war durch die kirchlichen Interessen darauf angewiesen, regierungsfreundlich zu sein. Die Städte und Märkte aber, denen auf den Landtagen ohnehin die Rolle des Aschenbrödels zufiel, hatten am wenigsten Grund, sich für die Aufrechthaltung der alten ständischen Freiheiten zu erwärmen, da in ihrem eigenen Gemeinwesen der Sinn für ein

selbstthätiges Bürgerthum erstorben war. So gewann die Idee Fleisch und Blut, dass der Landesfürst in seiner Person alle Gewalt und alles Recht vereinige. Aus dieser Idee gieng aber in Österreich noch nicht, wie in Frankreich, das absolute Fürstenthum hervor, das sich mit dem Staate eins fühlte. Provinzielle Besonderheiten in Verfassung, Verwaltung, Rechtspflege, Polizei und Wehrpflicht lebten mit zäher Kraft fort, und das gemeinsame Band, welches die verschiedenen Länder zusammenhielt, blieb immer nur die Dynastie. Und so richtig es auch sein mag, dass durch die Beschränkung des alten Ständewesens das Volk keine Einbuße erlitt, so erwuchs daraus doch der Nachtheil, dass das ganze politische Leben in den Erblanden erlosch. Nur in den Ländern der Stephanskrone wahrten sich, durch besondere Verhältnisse begünstigt, die Stände ihre politischen Rechte und machten von diesen in ihrem Widerstande gegen den Wiener Hof fort den weitesten Gebrauch.

Wien hatte, wie wir gesehen, schon längst darauf verzichtet, in politischen Fragen eine hervorragende Rolle zu spielen. Seit der Ferdinandeischen Verfassung vom Jahre 1526 war die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten wieder ausschließlich in den Händen von behausten Bürgern, wobei noch in Betracht kommt, dass die Zahl derselben nicht durch die Wahl der Gesammtheit der Bürger, sondern durch die Wahl des inneren Rathes ergänzt wurde, und dass die Regierung durch ihren Anwalt den größten Einfluss auf die Berathungen ausübte und sich in wichtigen Angelegenheiten die Entscheidung vorbehielt. Wie ließ sich bei einer nicht aus dem Vertrauen der gesammten Bürger und Handwerker hervorgegangenen Verwaltung erwarten, dass sie in politischen Fragen ein gewichtiges Wort mitspreche, oder dass dieses, wenn sie sich dazu ermannte, Beachtung fand! Wie schwer war es aber auch für die Bürger, mit den protestantischen Ständen gemeinschaftlich vorzugehen, da diese Bestrebungen begünstigten, welche den Lebensinteressen der Hauptstadt zuwiderliefen! Daraus erklärt sich auch, dass der Stadtrath selbst zu einer Zeit, wo er auch in seiner Mitte Anhänger der evangelischen Lehre besaß, eine sehr gemäßigte Haltung einnahm, die religiöse von der politischen Frage sorgfältig getrennt hielt, an seiner Loyalität gegen die Dynastie niemals einen Zweifel aufkommen ließ und, eingedenk der Anordnung K. Maximilian's II., sich zuletzt auch in der religiösen Frage von den Schritten der protestantischen Stände ferne hielt.

Aber nicht bloß der auf dem Gemeinwesen der Stadt lastende Druck, sondern auch das Zusammenwirken anderer Momente wirkte lähmend auf die Entwicklung des politischen Lebens. Durch die Türkenkriege, die wiederholte Zerstörung der Vorstädte, den Niedergang des Handels und der

Gewerbe und den Übergang vieler Häuser der Stadt in den Besitz von Fremden war die Zahl der Bürger bedeutend zusammengeschmolzen; letztere bildeten einen geringen Bruchtheil der Bevölkerung gegenüber den fremden, hier ansässigen Kaufleuten und Handwerkern, den Bediensteten des Hofes und des Adels. Nach dem Modus der Repartition lasteten auf diesen Bürgern bedeutendere Landessteuern als zu einer Zeit, als deren Anzahl größer war. Dieser Steuerdruck im Zusammenhange mit den Missernten, den Verwüstungen der Kriege und der Entwertung des Grundes und Bodens durch den Mangel an Arbeitskräften musste die Verarmung der Bürger befördern, zudem als letztere auch durch die Niederläger und die Juden in ihrem Erwerbe bedeutend geschmälert wurden.

Es begann sich das Gemeinwesen immer mehr den Ansprüchen des Hofes und der Regierung unterzuordnen, ohne Rücksicht auf ältere Rechte und Freiheiten. Kam es zu Beschwerden und Klagen, so betrafen sie nur die Lasten der Stadt, welche ihr aus der Fortification, den fortdauernden Kriegen, den Aufschlägen und Zöllen erwuchsen und wurden in einer Form vorgebracht, welche die Ehrfurcht und das Gefühl der Unterthanentreue nie verleugneten. In dieser Haltung zu verharren, hatten die Bürger in der nun folgenden Periode umsomehr Grund, als ihre Stadt nun die bleibende Residenz der Kaiser wurde. Diesem Umstande verdankte Wien sein neuerliches Emporblühen, seine Verschönerung im Innern und in den neu entstandenen Vorstädten, seine Paläste und Monumente, seine Kunstschätze und wissenschaftlichen Sammlungen, zahlreiche Anstalten zur Pflege und Verbesserung der Gesundheit, ja selbst die Wiederanknüpfung alter Handelsbeziehungen. Anderseits hielt aber auch das Hofleben ungeachtet seiner strengen Abgeschlossenheit, seines Fernhaltens aller bürgerlichen Kreise und seines fremdländischen Charakters das ganze geistige Leben der Stadt in seinem Zauberkreis gefangen und ließ Regungen und Keime einer sich in den unteren Kreisen entfaltenden selbständigen Cultur nicht aufkommen. Durch den Hof bereitete sich aber auch ein Wechsel in den Elementen der Bevölkerung vor. Infolge der früheren Stellung als Handelsplatz waren in Wien wohl schon in ältester Zeit Angehörige der verschiedensten Nationalitäten zusammengeströmt, von denen sich hier aber nur ein geringer Theil bleibend niederließ. Anders gestalteten sich die Verhältnisse von der Zeit an, als der Kaiser in Wien seine ständige Residenz nahm und mit dem ganzen Hofstaat auch zugleich alle obersten Regierungsbehörden in unserer Stadt verweilten. Deutsche, spanische, niederländische, böhmische und ungarische Familien, welche zum Hof und der Regierung in engen Beziehungen standen, blickten aus ihrer engeren Heimat nach Wien, um sich hier eine glänzendere Zukunft zu eröffnen.

Der Erbe des Reiches, K. Leopold I., bei seinem Regierungsantritte ein Jüngling von siebzehn Jahren, erweckte bei seiner schwächlichen Gesundheit für seine geistige Entwicklung keine besonderen Hoffnungen. Ursprünglich für den geistlichen Stand bestimmt, zeigte er Scheu und Befangenheit bei seinem ersten Auftreten, dabei aber Aufmerksamkeit und Interesse an ernsten Regierungsgeschäften und Neigung zur Annahme von Rathschlägen erfahrener Männer. Seine einzigen Leidenschaften waren, wie bei seinen Vorfahren, Jagd und Musik, die er bis in sein hohes Alter pflegte. In seinen sonstigen Lebensgenüssen blieb er mäßig und insbesondere rühmte man an ihm fleckenlose Reinheit der Sitten. Als vornehmster Rathgeber wurde K. Leopold I. von seinem Vater sein Oheim Erzherzog Leopold Wilhelm empfohlen, der aber, mehr Soldat als Staatsmann, sich um die Regierungsgeschäfte wenig kümmerte und in seiner Muße weit mehr an Bildern und Curiositäten Gefallen fand. Dagegen liebte es seine Stiefmutter K. Eleonora, eine geistvolle und prachtliebende Frau, sich in die öffentlichen Geschäfte zu mengen und die Staatsgeheimnisse zu erfahren. Die Leitung der Staatsgeschäfte hatte ausschließlich der geheime Rath, an dessen Spitze der Obersthofmeister stand. Die wichtigsten Räthe in der ersten Zeit der Regierung K. Leopold's I. waren: Graf Johann Portia, Fürst Johann Auersperg, Fürst Wenzel Lobkowitz, Graf Adolf Schwarzenberg und Graf Ludwig Sinzendorf. Eine besondere Stellung nahm am Hofe der Jesuit P. Müller, der Beichtvater des Kaisers, ein, der immer zu ihm Zutritt hatte. Unter dem mächtigen Einflusse dieser Männer wurden dem Kaiser als Leitsterne der auswärtigen Politik die Behauptung der deutschen Kaiserwürde, die Bekämpfung Frankreichs und Schwedens und die Allianz mit Spanien und Polen eingeprägt. Im Innern galt als Ziel der Bestrebungen die Befestigung der Herrschaft in Ungarn, die Wiedervereinigung Siebenbürgens mit der Stephanskrone und die Vertreibung der Türken aus den von ihnen besetzten ungarischen Gebieten. In kirchlichen Fragen folgte K. Leopold I. den Grundsätzen seines Vaters.

Unmittelbar nach seinem Regierungsantritte traf K. Leopold I. die Einleitungen zur Kaiserwahl, welche durch die Uneinigkeit und die Abneigung der Mehrzahl der Fürsten gegen Österreich, durch die Intriguen Frankreichs, dessen König Ludwig XIV. sich zuerst selbst um die Kaiserkrone bewarb, dann aber für den jungen Kurfürsten von Baiern eintrat, und zuletzt selbst durch die von den geistlichen Fürsten aufgestellte Candidatur des Erzherzogs Leopold Wilhelm lange Zeit schwankend war. Zuletzt siegten aber das Wirken des umsichtigen und vielerfahrenen Reichs-

vicekanzlers Graf Ferdinand Kurz, das maßvolle Auftreten, sowie die Geldgeschenke des Fürsten Lobkowitz an den deutschen Höfen, und am 18. Juli 1658 erfolgte in Frankfurt die Wahl Leopold's I. zum römisch-deutschen Kaiser nach heftigen, durch Änderungen in der Wahlcapitulation hervorgerufenen Kämpfen im Kurfürsten-Collegium, worauf am 1. August daselbst die Krönung stattfand.

Angesichts dieser Vorgänge sah man in Wien mit großer Spannung der Rückkehr des Kaisers entgegen. Er hielt am 1. October 1658 in Wien seinen feierlichen Einzug. Der Adel Niederösterreichs und die Bürger der Stadt geleiteten ihn zu Pferde von Schönbrunn aus in die Hauptstadt. Unter einem kostbaren, am Getreidemarkt errichteten Zelte nahm er im Namen der Stände die Begrüßungsrede des Dr. J. Suttinger und unter dem Stubenthor die Schlüssel der Stadt entgegen, welche ihm Bürgermeister Dietmayr von Dietmannsdorf an der Spitze einer Deputation des Stadtrathes mit einer ungemein gezierten Rede überreichte. Hierauf ritt der Kaiser unter einem von Bürgern getragenen Baldachin nach St. Stephan, wo ihn die Universität und der Clerus empfieng. Am Stock-im-Eisen, auf dem Graben und Kohlmarkt standen drei von den fremden Kaufleuten erbaute Triumphpforten; den ganzen Tag über floss auf Kosten der Gemeinde rother und weißer Wein aus einem künstlichen Brunnen beim „Goldenen Hirschen", und auf den Plätzen wurden gebratenes Geflügel und andere Eßwaren vertheilt. Von der Spitze des Stephansthurmes schwang ein Gärtner eine Fahne, was dem Muthigen bald übel bekommen wäre, da er die ganze Nacht oben zubringen musste.

Gleich nach seinem Regierungsantritte begann K. Leopold I. im Bunde mit dem Könige von Polen einen Krieg mit Schweden, dessen König durch seine Verbindung mit dem Fürsten Rakoczy von Siebenbürgen die Sicherheit der Grenzen Ungarns bedroht hatte. Unterstützt von Dänemark und Brandenburg, führte er den Krieg nahezu fünf Jahre und derselbe kostete schwere Opfer an Geld und Soldaten, ohne dass aus den unter Montecucculi's Leitung erzielten militärischen Erfolgen Österreich einen Gewinn gezogen hätte. Vielmehr erhielt Polen seine Unabhängigkeit, Schweden behielt durch die Vermittlung Frankreichs seine Machtstellung, und der Kurfürst von Brandenburg wurde Souverän über Preußen.

Der nordische Krieg hatte unmittelbar zur Folge, dass neuerdings ein Krieg mit der Pforte zum Ausbruche kam. Sultan Mahomed IV. hatte nämlich die Betheiligung Rakoczy's an dem Kriege gegen Österreich als eine Verletzung seiner Vasallenstellung betrachtet. Nach Siebenbürgen zurückgekehrt,

wurde Rakoczy vom Sultan abgesetzt, welcher das Land in ein türkisches Paschalik umwandeln wollte. Wiewohl K. Leopold I. sich durch dieses Auftreten in seinen Rechten auf Siebenbürgen beeinträchtigt fühlte, so wollte er deshalb doch nicht zum Kriege schreiten. Erst als die siebenbürgischen Stände sich im Frühjahre 1661 an Österreich um Hilfe wandten, entschloss sich der Kaiser zur Theilnahme an dem Kriege und zur Beschützung des Fürsten Johann Kemeny gegen den türkischen Candidaten Apaffi. Montecucculi, in Siebenbürgen einrückend, besetzte mehrere feste Plätze, worauf im Jahre 1663 der Krieg mit der Pforte unvermeidlich wurde.

Als der österreichische Oberbefehlshaber Montecucculi in Ungarn einrücken wollte, widersetzten sich die Stände solange dem Eindringen eines deutschen Heeres, bis die Insurrectionsarmee aufgestellt war. Erstere war daher genöthigt, vorläufig bei Altenburg eine feste Stellung einzunehmen. Doch das ungarische Aufgebot ließ lange warten, und der Großvezier drang mit seiner Armee von 120.000 Mann und 12.000 Janitscharen widerstandslos bis Gran und Preßburg vor, während ein Streifcorps von 30.000 Mann von Steiermark aus in Österreich einzubrechen drohte.

In Wien sah man durch dieses rasche Vorrücken der Türken im August 1663 neuerdings den Schrecken einer Belagerung entgegen. Nachdem der Kaiser den Fürsten von Gonzaga zum Stadtcommandanten ernannt hatte, wurden die bestehenden Festungswerke nothdürftig in Stand gesetzt, an der Donauseite ein neues Werk, welches später die Benennung Gonzagabastei erhielt, angelegt, die Studenten beschrieben und gemustert, die Bürger zur Verproviantierung auf ein Jahr aufgefordert, und jene, welche hiezu nicht die Mittel besaßen, beordert, binnen acht Tagen die Stadt zu verlassen, worauf tausende von Bewohnern mit Hab und Gut sich auf der Straße nach Linz flüchteten. Vor der Stadt wurden die Häuser bis zur äußersten fortificatorischen Linie abgebrochen, so dass das Terrain gegen Süden bis zur Ungergasse eine öde Fläche bildete. Die Gesandten und die Regierung harrten nur der Befehle des Kaisers, um gleichfalls Wien zu verlassen.

Zum Glück hielt die tapfere Vertheidigung von Neuhäusel und Montecucculi's Besetzung der Insel Schütt das weitere Vordringen der Türken auf. Vergebens erwarteten aber die tapferen Vertheidiger Neuhäusels einen Entsatz. Nach fünfwöchentlicher Vertheidigung capitulierte am 26. September 1663 die Festung; die Mehrzahl der Ungern trat sogleich in türkische Dienste. Da bald darauf ungewöhnlich starkes Regenwetter eingetreten war, endete der Großvezier für dieses Jahr den Feldzug und zog mit

seinen Truppen, mit Beute reich beladen, in die türkischen Provinzen zurück. „Der Himmel," schrieb der venetianische Gesandte Sagredo, „brachte das ein, was durch die Nachlässigkeit der Minister versäumt war; er schickte Regenwetter, dass die Wege grundlos wurden und der Vezier vierzig Tage in Pest bleiben musste. Gott hat den Türken die Hand gereicht, aber die Augen zugebunden. Wäre der Großvezier, statt Neuhäusel anzugreifen, nach Wien geeilt, so hätte er die Stadt ohne Soldaten und ohne Lebensmittel, die Bevölkerung voll Schrecken und Furcht gefunden und leicht überwältigt. Als man den Vezier in Konstantinopel darüber tadelte, erwiderte er, man habe nicht voraussetzen können, dass eine durch feste Mauern geschützte, wichtige Stadt so vernachlässigt werde."

Um den Krieg im nächsten Jahre mit besserem Erfolg führen zu können, wurden große Vorbereitungen getroffen und das gesammte deutsche Reich zum Kampfe gegen die Türken aufgeboten. Auch Frankreich versprach als Mitglied des Rheinbundes ein Hilfscorps beizustellen. Aber nur langsam vollzog sich der Aufmarsch und schlecht stand es mit der Einigkeit der Heerführer. Nach langer Zögerung entschloss sich der Kaiser im Juni 1664 die in Südungarn aufgestellte, von Souches, Hohenlohe und Zrinyi befehligte Armee zu verstärken und unter das Obercommando des Grafen Montecucculi zu stellen. Am 1. August kam es zur Schlacht bei St. Gotthard an der Raab, in welcher das christliche Heer einen so glänzenden Sieg über die Türken erfocht, dass der Großvezier, von der Macht Österreichs überzeugt, sogleich im Geheimen Friedensverhandlungen anknüpfte, welche schon am 10. August 1664 zum Abschluss gelangten, und deren wesentlicher Inhalt war, dass alle Feindseligkeiten zwischen Österreich und der Türkei auf zwanzig Jahre aufzuhören, die Türken Großwardein und Neuhäusel zu behalten, an den Grenzen alles im alten Stand zu bleiben und beide Theile Apaffi als unabhängigen Fürsten von Siebenbürgen anzuerkennen hätten. Groß war die Enttäuschung aller, die von dem Kriege die Vernichtung der Türkenherrschaft in Europa erwartet hatten. Aber der Kaiser gab zu dem überraschenden Friedensschlusse seine Zustimmung, weil es an Geld zur weiteren Kriegführung fehlte, bei dem bevorstehenden Ableben des Königs von Spanien der Ausbruch eines Krieges zu erwarten stand, und die Räthe des Kaisers besorgten, dass bei einer Befreiung ganz Ungarns von der Türkenherrschaft die Ungern die erlangte Freiheit zum Abfall von dem Hause Österreich benützen würden.

Zur Bekräftigung einer dauernden Freundschaft und zur Abänderung des Vertrages wurde der Vasvárer Friede durch besondere Botschafter

bestätigt. Im April 1665 schickte der Kaiser den Grafen Walter Leslie, den Haupttheilnehmer an der Ermordung Wallenstein's, mit zahlreichen und kostbaren Geschenken für den Sultan, dessen Mutter, den Großvezier und andere Würdenträger nach Konstantinopel. Vor seiner Abreise auf vierunddreißig Schiffen fuhr Graf Leslie mit der ganzen Botschaft in prachtvollem türkischen Costüme in der Hofburg auf und erregte allgemeine Bewunderung. Nach zwei Monaten hielt der türtische Botschafter Mohammed Pascha in Wien seinen Einzug, wobei die ganze Bürgerschaft in Parade aufgestellt war. In der Audienz am 18. Juni 1665 überreichte dieser dem Kaiser nicht minder kostbare Gegengeschenke, wie: ein großes türkisches Zelt, einen mit fünfundfünfzig Diamanten besetzten Reiherbusch, ein Kistchen mit wertvollen Steinen, drei arabische, gezäumte Pferde, zwölf andere Pferde, siebzig Kaftans, sechs persische Teppiche und vierzig Turbans. Ungeachtet dieser Freundschaftsbeweise, die enormes Geld kosteten, erzielte Graf Leslie in Konstantinopel keinen politischen Erfolg. Nur einige Handelsbegünstigungen für die von Sinzendorf in Wien gegründete orientalische Handelscompagnie und einige wertvolle Beweise für die Umtriebe der Ungern zum Schaden des Wiener Hofes waren die Früchte dieser Mission.

Nach dem Friedensschlusse mit der Pforte wurde die schon lange in Aussicht genommene Heirat des Kaisers mit der jüngeren Tochter des Königs von Spanien, Prinzessin Margareta Theresia (geb. 12. Juli 1651) — die ältere, Maria Theresia, war bereits an K. Ludwig XIV. von Frankreich vermählt — in's Werk gesetzt. Durch die Erwerbung Tirols infolge des Aussterbens der dort regierenden männlichen Linie des Hauses Österreich (Erzherzog Sigismund starb am 25. Juni 1665) und durch den bald darauf erfolgten Tod des Königs von Spanien (19. September 1665) verzögerte sich dieselbe aber bis Ende des Jahres 1666. Nach einer beinahe drei Monate dauernden Reise betrat die junge Braut am 25. November 1666 das niederösterreichische Gebiet. In Schottwien war ihre erste, ganz kurze Begegnung mit ihrem Bräutigam; am 28. November wurde sie von der Kaiserin-Witwe und den Erzherzoginnen Eleonora und Maria Anna in Wiener-Neustadt begrüßt und nach Ebersdorf geführt, wo sie einige Tage ausruhte. Für die politische Stimmung ist es bezeichnend, dass man den unerwartet kurzen Aufenthalt des Kaisers in Schottwien mit einer Verschwörung der Ungern in Zusammenhang brachte, deren Theilnehmer angeblich den Kaiser auf der Reise dahin ermorden wollten.

Die Prinzessin hielt am 5. December ihren Einzug in die Hauptstadt. Von dem Kaiser in St. Marx erwartet, fuhr sie in einem prachtvollen

Wagen, den ersterer zu Pferde begleitete und von ebenfalls berittenen Hofcavalieren, Ständen, Bürgern, Herolden und 1500 Edelleuten gefolgt, unter dem Jubel der Bevölkerung durch das Stubenthor über den Stephansplatz, Graben und Kohlmarkt in die Augustinerkirche, wo der Nuntius die Trauung vollzog. Dem kaiserlichen Beilager folgten überaus glänzende Feste. Drei Tage nach der Hochzeit wurde ein Feuerwerk auf der Burgbastei abgebrannt. Am 24. Jänner 1667 folgten nach langen Vorbereitungen unter Mitwirkung des Kaisers ein prachtvolles „Festballet" oder Carousel auf dem Burgplatze in bunten Aufzügen, welche die vier Elemente darstellten*), und an einem späteren Tage ein hochzeitliches Lustjagen im Prater. Die Stände Niederösterreichs gaben dem Kaiser ein Hochzeitsgeschenk von 100.000 Gulden. Nach diesen rauschenden Lustbarkeiten trat wieder das frühere Stilleben am Hofe ein. Die Kaiserin, fromm, unschuldig und bescheiden, führte an der Seite ihres Gemahls eine glückliche Ehe. Sie nahm an dem Vergnügen des Kaisers, der Musik, gerne theil, sonst brachte sie ihre Zeit mit Beten, Sticken und Nähen zu und machte nur selten Spazierfahrten. Den Bürgern gefiel die einfache, anspruchslose Erscheinung der „kleinen Spanierin", wie sie genannt wurde, am meisten aber ihr gründlicher Hass gegen die Juden, und sie trug viel dazu bei, den Kaiser beliebt zu machen, an dessen ernstes, gemessenes Benehmen sich die Wiener lange nicht gewöhnen konnten.

Was aber den besten Eindruck machte, war, dass den Spaniern am Hofe, gegen die man eine tiefe Abneigung hegte, kein Einfluss, wie man besorgte, eingeräumt wurde. Kam es doch gleich wenige Tage nach der Hochzeit infolge des brüsken Auftretens der Spanier in der Stadt zu einem förmlichen Auflauf. Ein Trupp spanischer Bedienten insultirte am 18. December den Grafen Khevenhüller bei seiner Rückkehr vom Hofe und wollte ihn ermorden, weil er dem Diener des spanischen Gesandten den Eintritt in den Prater verwehrt und dessen Schelten mit Schlägen beantwortet hatte. Sie verfolgten ihn mit Degen und Pistolen bis in die Bräunerstraße und verwundeten dessen Diener. Als sie hierauf von der Stadtguardia angegriffen wurden, stellten sie sich zur Wehre, bis einer derselben erschossen wurde.

Nach zwei Richtungen hin war die Aufmerksamkeit der Regierung des Kaisers in den nächsten Jahren in Anspruch genommen: in der äußeren Politik von den Bestrebungen Frankreichs zur Erwerbung Spaniens und der Niederlande, und in der inneren Politik von den geheim betriebenen Unternehmungen der Ungern zur Losreißung vom Verbande

*) Wir kommen auf diese Feste in einem späteren Abschnitte ausführlicher zurück.

mit Österreich. Als K. Ludwig XIV. im Mai 1667 in den Niederlanden einrückte und die deutschen Fürsten dem Kaiser jede Unterstützung zu einem Kriege gegen Frankreich verweigerten, schloss K. Leopold I. im Jahre 1668 mit ersterem einen Theilungsvertrag über die spanischen Lande, ohne zu bedenken, dass er sich dadurch des von seinem verstorbenen Schwiegervater anerkannten Rechtes der Nachfolge in der gesammten spanischen Monarchie begab.

Zu spät erkannte der Kaiser, dass er durch den Verrath seines Ministers, des Fürsten Auersperg, zu einer That verleitet worden war, welche den Traditionen der Dynastie widersprach. Ein Jahr später musste zwar Frankreich mit Spanien gegen Abtretung einiger Grenzlandschaften Frieden schließen, wenige Jahre darauf (1. November 1671) gelang es Frankreich aber doch infolge der antispanischen Stimmung am Hofe und der Rathschläge des von Ludwig XIV. gewonnenen Ministers Fürsten Lobkowitz, Österreich zum Abschluss eines Neutralitätsvertrages zu bestimmen, worin sich der Kaiser verpflichtete, sich in keinen Krieg einzumischen, der außerhalb des deutschen und des spanischen Reiches geführt würde. Dies bedeutete für Frankreich, dass der Kaiser demselben stillschweigend gestattete, Holland zu erobern, Elsaß und Lothringen zu besetzen und die Eroberung der spanischen Niederlande vorzubereiten.

Die antidynastische Bewegung in Ungarn entsprang daraus, dass der Kaiser und seine Räthe die ungarische Verfassung in den Jahren 1658 und 1661 verletzt hatten. Anstatt eines Reichstages wurde eine Scheinvertretung, bestehend aus einzelnen von der Krone ernannten Adeligen und aus Geistlichen einberufen, in welcher deutsche Minister als königliche Commissäre fungirten. Es lag diesem Vorgange der Regierung der Plan zugrunde, Ungarn auf den Fuß der deutschen Erblande zu stellen. Ebenso berief im Jahre 1664 der Kaiser anstatt des Reichstages einige Notabeln nach Wien, um mit ihnen die nothwendigen Maßregeln zur Herstellung des Friedens mit der Türkei zu besprechen und als sich diese nicht geneigt zeigten, in die Vorschläge der Regierung einzugehen, drohte man ihnen die Reiherbüsche von den Kalpaks auszureißen, die goldenen Knöpfe abzuschneiden und „böhmische Hosen“ anzuziehen. Als die Regierung ihrem Misstrauen gegen die Ungern auch durch die Besetzung aller Grenzplätze mit deutschen Soldaten Ausdruck gab, wurden die Beschwerden immer heftiger und eine Anzahl der angesehensten Männer beschäftigte sich infolge dieser Vorgänge mit dem Gedanken, unter dem Schutze Frankreichs und der Türkei das Land von dem Verbande mit dem Habsburg'schen Hause loszureißen.

Die Führer der Verschwörung waren: der Erzbischof Liptai von Gran, der Palatin Graf Franz Wesselenyi, der oberste Land- und Hofrichter Graf Nadasdy und der Ban von Croatien, Graf Peter Zrinyi. Mit diesen traten später noch der Markgraf Frangipani in Italien, Zrinyi's Schwager, Stephan Tököli, Michael Teleki und Niklas Bethlen in Siebenbürgen, dann Graf Tattenbach, Landeshauptmann in Steiermark, in Verbindung. Bereits im Sommer 1665 wurde das erste Bündnis geschlossen. Die Verschwornen beriethen wiederholt darüber, auf welche Weise sie sich der Person des Kaisers bemächtigen und ihm das Leben nehmen könnten. Gerüchte hievon drangen auch in weitere Kreise, und als am 13. Februar 1668 der vor acht Jahren neu erbaute Tract der Burg durch die Unvorsichtigkeit eines Tischlergesellen niederbrannte und kurz darauf auch in Ebersdorf und in der Favorita während der Anwesenheit des Kaisers Feuer ausgebrochen war, hatte man Verdacht, dass diese Brände durch Nadasdy angezettelt worden seien. Erst in demselben Jahre (1668) erlangte der Kaiser durch den Verrath eines griechischen Dolmetsches, dann der Witwe Wesselenyi, der Gräfin Szechy, dieser gefeierten ungarischen Patriotin, und des Laszlo Fekete von diesem geheimen Treiben Kenntnis. Als die Verschwörer fürchteten zur Verantwortung gezogen zu werden, war Zrinyi bereit, die Schuld auf Nadasdy zu wälzen und Verrath zu üben, wenn der Kaiser ihm Croatien und dem Rakoczy Siebenbürgen überlassen wolle. Einzelne „Patrioten" wie Mednyanski waren geneigt, gegen gute Bezahlung kompromittierende Briefe auszufolgen, so dass die Regierung bald genug wusste, um gegen die Hochverräther mit Erfolg einschreiten zu können. Lange widerstrebte es aber K. Leopold I., sie den Gerichten zu übergeben. Hatte er doch zu derselben Zeit die weit schmerzlichere Erfahrung gemacht, dass sein erster Minister, Fürst Auersperg, der Erzieher seines Bruders, an den er und sein Vater Ehren und Güter verschwendet, sich von Frankreich hatte bestechen lassen, um den Cardinalshut zu erlangen. Das immer kühnere Auftreten Tattenbach's und Rakoczy's drängte endlich zu entscheidenden Schritten*). Am 22. März 1670 wurde zuerst Tattenbach in Graz

*) Es wird auch erzählt, dass an dem Kaiser im April 1670 eine Vergiftung durch brennende Kerzen versucht worden sei, welche der berüchtigte Goldmacher Borri ausgeführt haben soll. Borri war allerdings vom 28. April bis Mitte Juli 1670 in Wien, wo ihn der Finanzminister Freiherr von Sinzendorf, um aus seiner leichtsinnigen Wirtschaft gerettet zu werden, zum „Goldmachen" verwendete und ihm zu diesem Zwecke eine Wohnung auf der Bastei und 800 Thaler gab, von denen Borri 400 für seine Arbeiten verwenden und bis zu 4500 Thaler vervielfältigen wollte. Borri wurde

verhaftet. Bald darauf erfolgte die Gefangensetzung Zrinyi's und Frangipani's in Wiener-Neustadt. Erst am 3. September 1670 verhaftete man auch Nadasdy in seinem Schloss Pottendorf und brachte ihn in das Landhaus nach Wien.

Nadasdy bekannte sein Verbrechen. Er erklärte dem Hofkanzler Hocher, seinem Untersuchungsrichter, dass ihn das Streben nach dem Palatinat dazu gebracht habe. Nach Beendigung des Untersuchungsverfahrens wurde für den ganzen Process ein besonderer Gerichtshof niedergesetzt, welcher gegen alle Gefangenen die Anklage auf Hoch- und Landesverrath stellte. Zrinyi und Frangipani wählten den Wiener Advocaten Dr. Eyler zu ihrem Vertheidiger. Am 18. April 1671 wurde Zrinyi und Frangipani, am 20. April Nadasdy zum Tode verurtheilt. Nach zwei großen Ministerconferenzen bestätigte der Kaiser am 25. April die Urtheile und in der Nacht zum 27. April brachte man Nadasdy vom Landhaus in das Rathhaus und übergab ihn dem Stadtrichter Johann Moser. Ungeachtet dessen, dass alles geheim gehalten wurde, war doch das Volk auf den Straßen. Am 28. April nachmittags wurde Nadasdy das Todesurtheil verkündigt; er erbleichte und erwiderte nur: „Alle Gewalt ist von Gott, und wer sich dieser Gewalt widersetzt, widersetzt sich Gott." Er ließ dem Kaiser seinen Dank sagen und bat nur noch über 10.000 Gulden zum Heil seiner Seele testieren zu dürfen. Zwei Tage brachte er hierauf mit Gebeten und religiösen Übungen zu. Donnerstag den 30. April morgens wurde er in die Bürgerstube des Rathhauses geführt, wo die Vorbereitungen zu seiner Hinrichtung getroffen waren, und der Stadtrichter las ihm noch einmal das Todesurtheil und den Befehl des Kaisers vor, die Strafe des Handabhauens zu unterlassen. Ruhig und gefasst hörte Nadasdy alles an, und, nachdem ihm sein Diener die Haare und die Kleider geordnet hatte, empfieng er, auf einem Lehnstuhle sitzend, den Todesstreich. Mit Ausnahme der kaiserlichen Commissäre, des Stadtrichters und Beichtvaters und des Henkers hatte nur der türkische Chiaur von Ofen Zutritt. An Zrinyi und Frangipani wurde das Urtheil in Wiener-Neustadt vollzogen. Um jede Bewegung in Wien im Keime zu unterdrücken, waren am Tage der Hinrichtung alle Wachen doppelt besetzt, die Stadtthore abgesperrt, auf dem Graben die Stadtquardia, auf anderen Plätzen

---

als Gefangener von Schlesien nach Wien gebracht, weil man ihn irrthümlich für den ungarischen Verschwornen Boeri hielt. Als der Papst von der Verhaftung Borri's erfuhr, verlangte er dessen Auslieferung. Diese erfolgte von Seite des Kaisers unter der Bedingung, dass dessen Leben geschont werde. Borri starb 1695 in der Engelsburg zu Rom.

und im Rathhause die Bürger aufgestellt und aus Laxenburg Militär in die Stadt gezogen. Reiterpatrouillen durchzogen während der Execution die Straßen, und die Feuerleute standen auf ihrem Posten bereit, um die Folgen jeder Brandlegung hintanzuhalten. Nach Beendigung der Execution gestattete man dem Volke, den Leichnam im Rathhause zu besichtigen. Zum Andenken an dieses traurige Ereignis ließ der Stadtrath in der Bürgerstube eine Gedenktafel, die daselbst heute noch vorhanden ist, anbringen.

Zu derselben Zeit, als sich die ersten Gerüchte von dem Ausbruche einer großen ungarischen Revolution in Wien verbreiteten, hatten die Bürger neuerdings Anstrengungen gemacht, eine gänzliche Vertreibung der Juden ins Werk zu setzen. Verschiedene Momente wirkten mit, dass sie diesmal ihr Ziel, wenn auch nur für kurze Zeit, erreichten. Eine gewisse Aufregung war schon seit dem Jahre 1665 vorhanden, als man anfangs Mai den zerstückelten Leichnam eines Weibes in der Pferdeschwemme der Judenstadt in der Leopoldstadt fand. Es wurde von den Gerichten ermittelt, dass dieses Weib, das in dem Hause des Goldschmieds „zum Wahrzeichen" auf dem Neustift gewohnt, vor einigen Wochen mehrere Gegenstände verkauft und ihr Mann gemeinschaftlich mit einem Juden den Mord verübt hatte. Während des Türkenkrieges beschuldigten einzelne Wiener die Juden, dass sie dem Sultan als politische Agenten Dienste geleistet hätten. Dass sie den Wöchnerinnen die neugeborenen Kinder abkauften und fort ungeheuren Wucher trieben, betrachtete man als eine alte, unausrottbare Gewohnheit.

Im Jahre 1670 traf es sich, dass vor der Vermählung der Erzherzogin Eleonora mit dem Könige von Polen in der Burg mehrere Feste stattfanden. Nach einem Balle erkrankte die Kaiserin und gebar vor der Zeit einen Knaben, welcher aber gleich nach der Geburt starb. Um Gott für ihre Rettung aus der Todesgefahr zu danken, erbat sich die Kaiserin von ihrem Gemahl die Erfüllung des von ihr längst gehegten Wunsches: die Austreibung der Juden aus Österreich, und nachdem auch der Bischof von Kollonitsch, die Inquisitions-Hofcommission und die Hofkanzlei damit einverstanden waren, so erschien am 28. Februar 1670 der kaiserliche Befehl, dass die Juden in Wien — deren Zahl sich damals auf ungefähr 3000 belief — und ebenso die in Niederösterreich bis zum Frohnleichnamsfeste Stadt und Land zu verlassen hätten. Vergebens blieben ihre Bemühungen diese Maßregel rückgängig zu machen. Am 28. Juli 1670 räumten sie ihren Ghetto im Unteren Werd, worauf die Synagoge abgebrochen, an deren Stelle die Kirche zum heil. Leopold erbaut und das Talmudlehrhaus in eine Schule umgewandelt wurde. Nur der jüdische Friedhof in der Rossau blieb unan-

getastet. Aus dem Erlöse der Häuser, der sich auf die Summe von 110.000 Gulden belief, zogen die Juden nur geringen Vortheil, weil die Regierung mehr als 100.000 Gulden zur Bezahlung ihrer Schulden zurückbehielt. Der Jubel der Bürger war von kurzer Dauer. Theils lösten sie ihr Versprechen, die jährliche Judensteuer von 14.000 Gulden zu bezahlen, nicht ein, theils war das Finanzwesen des Hofes und des Staates so zerrüttet, dass die Regierung zur Linderung der Geldnoth die Juden nicht entbehren konnte. Nachdem sich letztere verpflichtet hatten, 300.000 Gulden für ihre Wiederaufnahme zu bezahlen, erhielten im Jahre 1675 250 jüdische Familien die Erlaubnis, sich neuerdings in Wien niederzulassen, zudem die mächtigste Gegnerin der Juden, Kaiserin Margareta Theresia, schon am 12. März 1673 einem Lungenleiden erlegen war, zur Trauer der Wiener, welche dieser Fürstin das freundlichste Andenken bewahrten.

Es war dem Kaiser nicht gegönnt, lange Zeit den Verlust, der ihn betroffen hatte, zu betrauern. Der Papst, die Königin-Witwe von Spanien und die Minister drangen aus politischen Gründen in ihn, bald eine zweite Ehe einzugehen. Die Wahl fiel auf die Erzherzogin Claudia Felicitas von Tirol (geb. 30. Mai 1653) und schon am 15. October 1673 vollzog der Nuntius die Trauung in Graz. Am 11. November hielten die Neuvermählten unter dem üblichen Gepränge ihren Einzug in Wien. Mit Claudia Felicitas kam ein anderer Zug in das Hofleben. Von bezaubernder Schönheit, heiterem Sinne und glänzendem Geiste, liebte sie Pracht und Glanz, Feste und öffentliche Aufzüge und reiche, kostbare Toiletten, in denen sie von keiner anderen Dame übertroffen sein wollte. Anfangs fand man daran Gefallen, aber schon nach einem Jahre beschuldigte man die Kaiserin einer übergroßen Eitelkeit, eines hochmüthigen und rauhen Benehmens und Mangels an Gemüth. Bei dem fühlbaren Einflusse, den sie auf ihren Gemahl übte, fiel es ihr auch nicht schwer, politische Intriguen zu knüpfen, die oft zu ernsten Zwistigkeiten Anlass gaben.

Zur Zeit der zweiten Heirat des Kaisers vollzog sich eine große Wandlung in der äußeren und inneren Politik. Da Frankreich in den letzten Jahren bei seinem Zuge gegen Holland wiederholt deutsches Gebiet verletzt und seine Eroberungssucht größere Dimensionen angenommen hatte, so ergieng vom Reiche immer nachdrücklicher der Ruf an den Kaiser, zum Schutze der Reichsgrenzen einzutreten und vereint mit den deutschen Fürsten den Übermuth K. Ludwig's XIV. zu zügeln. Beide Parteien, die deutsche und die französische, bekämpften sich lange, bis endlich letztere unterlag. Am 30. August 1673 trat der Kaiser in ein Bündnis mit Holland und Spanien und wies den

bisher allmächtigen französischen Gesandten Gremonville aus Wien weg; am 1. Juli 1674 schloss der Kurfürst von Brandenburg einen Schutz- und Trutzvertrag mit Österreich und dessen Verbündeten gegen Frankreich. Der schon früher zum Ausbruch gekommene Krieg wurde mit erneuerter Heftigkeit geführt, ohne dass aber dauernde günstige Erfolge erzielt wurden. Am 17. October 1674 wurde der erste Minister des Kaisers, Fürst Lobkowitz, unter Mitwirkung der Kaiserin angeblich wegen verrätherischen Einverständnisses mit Frankreich endlich gestürzt und auf seine Güter verbannt. Durch die gemachten Erfahrungen misstrauisch gemacht, übernahm nun der Kaiser selbst die Führung der Politik, was nicht besser und vortheilhafter für Österreich war. Nach mehrjähriger Kriegführung gelang es dem klugen Vorgehen Frankreichs und Schwedens mit den einzelnen Mächten Frieden zu schließen. Nachdem Holland und Spanien vorausgegangen, trat auch Österreich und das deutsche Reich dem am 5. Februar 1679 zu Nymwegen geschlossenen Vertrage bei, durch welchen sich Frankreich den Weg in das Herz Deutschlands bahnte und fast alle deutschen Fürsten in Abhängigkeit von sich brachte. Ungelöst blieb nur die Frage, was nach dem Tode des kranken Königs mit Spanien geschehen sollte.

Gleichzeitig mit der Änderung des Verhältnisses zu Frankreich änderte der Kaiser seine Haltung gegenüber den Ungern. Bisher hatte er seine Bestrebungen, die Länder der Stephanskrone auf den Fuß der deutschen Erblande zu stellen, fortgesetzt, die alte ungarische Verfassung beseitigt, gegen den Protestantismus Gewalt angewendet und eine deutsche Regierung, mit dem Hoch- und Deutschmeister Caspar von Ampringer an der Spitze, eingesetzt, die aber ohne Halt und Lebenskraft blieb. Die Folge dieser gewaltthätigen Politik waren neue Verschwörungen zum Umsturze der habsburgischen Herrschaft, welche, von Frankreich, Polen und der Türkei unterstützt, zu einem blutigen Parteikriege in Ungarn und zu einer neuerlichen Erhebung der siebenbürgischen Kuruzzen führten. Durch die Erfolge, die der Führer der Aufständischen Graf Emerich Tököly im Jahre 1678 in den ungarischen Bergstädten errang, bewogen, entschloss sich der Kaiser, seinen Einheitsplänen zu entsagen und die deutsche Regierung außer Kraft zu setzen. Die Mehrzahl der Aufständischen nahm die zur Verständigung gebotene Hand an, da sie durch den von Frankreich mit dem Kaiser geschlossenen Frieden der mächtigsten Stütze beraubt worden waren, und auch Graf Tököly mit seinen Kuruzzen gieng auf einen dreijährigen Waffenstillstand ein.

Dass der Kaiser mit so großer Entschiedenheit gegen die Protestanten in Ungarn auftrat, hatte seinen Grund in den fortgesetzten engen Beziehungen,

welche diese mit ihren Glaubensgenossen in Österreich hatten. Ungeachtet des geistigen Druckes hieng noch immer eine Anzahl von Adeligen der evangelischen Lehre an. Auch in Wien bekannten sich einzelne Familien im Stillen zu ihr und wohnten dem Gottesdienste in den Häusern der Gesandten protestantischer Regierungen bei. Am zahlreichsten waren außerhalb der Stadt die Protestanten in St. Ulrich, wo sie sich noch zu Ende des XVII. Jahrhunderts auf mehr als 140 Personen beliefen. In der Stadt selbst wurden nur die fremden protestantischen Kaufleute aus der Schweiz, aus Nürnberg, Augsburg, Ulm und anderen Orten, die die Genossenschaft der Niederläger bildeten, offen geduldet, welche einen regen Verkehr mit ihren Glaubensgenossen in Ungarn dadurch unterhielten, dass sie in Preßburg und Ödenburg bei besonderen Anlässen dem Gottesdienste beiwohnten und dort ihre Kinder erziehen ließen. Auch einige Adelige folgten diesem Beispiele, aber nur kurze Zeit. Denn die jungen Leute hatten, wenn sie nach Wien zurückkehrten, nur dann Aussicht in Regierungsämter eintreten zu können, wenn sie ihrem Glauben untreu wurden. Dies waren die Verhältnisse der Protestanten in Wien noch um das Jahr 1670 nach einem Berichte des schwedischen Gesandten Esaias Pufendorf an den König von Schweden, dessen zu ihrem Schutze unternommene Vorstellungen bei dem Kaiser ohne Erfolg blieben.

Im Jahre 1676 traf den Kaiser in seiner Familie ein neuer Schlag. Seine zweite Gemahlin, Kaiserin Claudia, starb am 18. März, so verlassen von allen, dass sie nach den Worten eines Zeitgenossen aus dem Leben schied, ohne einen anderen Beistand gehabt zu haben, als Gott und die Engel. Der Kaiser heiratete noch in demselben Jahre (14. December 1676) zu Linz die Prinzessin, welche ihm schon früher zugedacht war, Eleonore von Pfalz-Neuburg, eine edle Frau, mit welcher Glück und Freude in der kaiserlichen Familie wieder einkehrten. Diese erfüllte auch den sehnlichsten seiner Wünsche und gebar ihm zwei Söhne, Josef (geb. 26. Juli 1678) und Karl (geb. 1. October 1685).

Kurz nach Beginn des Jahres 1679 traf die Stadt ein schweres Unglück. Es brach abermals die Pest aus, mit einer so verheerenden Wirkung wie nie zuvor. Die ersten Fälle zeigten sich in der Leopoldstadt; von dort verbreitete sie sich zunächst in die anderen Vorstädte und drang erst mit dem Eintritt der heißeren Jahreszeit in die engen Straßen der inneren Stadt. Anfangs hielt man die Krankheit nicht für gefährlich. Noch im Juli, erzählt Abraham a Santa Clara, stand die Stadt in höchster Glorie, die Burg war vom Kaiser bewohnt, der Adel in unzähliger Menge

anwesend, der russische und der polnische Botschafter hielten mit großer Pracht ihren Einzug und „klingende Trompeten und allseits erschallende Musik aus den adeligen Palästen und Höfen machte solches Getös, dass man davor gehalten, der Himmel hab ein Loch bekommen, wodurch die Freude metzenweise in die Wienerstadt gefallen". Wenige Tage darauf steigerten sich aber die Pestfälle in solchem Maße, dass sie die größte Bestürzung hervorriefen. Der Kaiser mit dem Hof zog sich am 9. August auf den Kahlenberg zurück; später verlegte er seine Residenz nach Prag. Ihm folgten der Adel, die Gesandten, Räthe und reicheren Bürger. Öd und verlassen waren die Straßen der Stadt und der Vorstädte, Handel und Gewerbe standen still und fast niemand getraute sich seine Wohnung zu verlassen, weil er die Gefahr der Ansteckung fürchtete. Ärzte und Krankenwärter weigerten sich, in den Spitälern Dienste zu leisten und flohen die Orte der Verheerung. Bis 28. September zählte man 300 leerstehende Häuser und 12.000 Todte. In der allgemein herrschenden Verwirrung geschah es, dass Sterbende mit den Todten aufgeladen und in die Pestgrube geworfen wurden. Ein Sackpfeifer, Namens Augustin, lag auf dem Wege nach St. Ulrich betrunken auf der Straße; die Siechenknechte, in der Meinung, dass er todt sei, luden ihn mit Todten auf einen Wagen und warfen ihn in eine der Pestgruben. Ohne von der Pest befallen zu sein, erwachte er am nächsten Morgen und wurde erst, als er Lärm erhoben, aus dieser gräßlichen Lage befreit. Auf ihn bezieht sich das Wiener Volkslied: „O du lieber Augustin!" Erst im Monate November ließ die Pest in ihrem Wüthen nach — ein namenloses Elend war ihre Folge. Dem Andenken an dieselbe verdankt die Säule auf dem Graben ihre Entstehung, zu welcher K. Leopold im Jahre 1687 den Grund gelegt hat.

Zu der tiefen Betrübnis über die furchtbaren Verheerungen der Pest in Wien und anderen Theilen des Reiches gesellte sich die Aussicht auf neue blutige Waffenspiele. Ungeachtet aller Abmahnungen hatte der Kurfürst von Brandenburg in der Hoffnung auf die Erwerbung Pommerns zu Anfang des Jahres 1681 ein zehnjähriges Bündnis mit Frankreich geschlossen, das die Reunionsgelüste Ludwig's XIV. auf Kosten deutschen Reichsgebietes mächtig förderte. Die unmittelbare Folge war, dass Frankreich sich im October 1681 der Stadt Straßburg bemächtigte. Im deutschen Reiche entstand darüber zwar gewaltiger Lärm, und es wurde dem Kaiser von dem Mainzer Kurfürsten vorgeworfen, dass er nicht fähig sei, das Reich zu behaupten. Aber keiner der Ankläger wollte es deshalb zu einem Kriege mit Frankreich kommen lassen; nur der junge Kurfürst Maximilian

Emanuel von Baiern war bereit, an der Seite des Kaisers zum Schutz des Reiches einzutreten.

Wie empört auch der Kaiser über den Friedensbruch war, den Frankreich durch die Besetzung des Elsaß begangen hatte, so verzögerte sich doch die Eröffnung des Krieges, weil gleichzeitig auch von Osten her eine nicht geringere Gefahr drohte. Der Kaiser gab zwar seinen ernsten Willen zu erkennen, sich mit den Ungern vollständig auszusöhnen, indem er zu Ende des Jahres 1681 auf dem Ödenburger Reichstage den Protestanten freie Religionsübung verbürgte und die alte ungarische Verfassung herstellte. Auch mit Tököly versuchte er sich zu verständigen, jedoch vergeblich, da Frankreich nicht nur alle Versuche zu einem friedlichen Ausgleiche mit dem Kuruzzenführer zu hintertreiben suchte, sondern gleichzeitig auch in Konstantinopel zum Kriege gegen Österreich aufreizte. War man doch davon unterrichtet, dass K. Ludwig XIV. die abenteuerlichsten Pläne schmiedete, um im Westen Deutschlands freie Hand zu erhalten, indem er der Pforte die Theilung der österreichischen Länder anbot, so dass Böhmen, Mähren und Schlesien an sein Haus, alles übrige an die Türken fallen sollte. Der Kaiser und seine Räthe schwankten, ob sie ihre volle Kraft für den Krieg mit Frankreich oder für den mit der Pforte einsetzen sollten, weil bei der Unzulänglichkeit der Kriegsmittel an die Führung eines Doppelkampfes nicht gedacht werden konnte.

Dem kaiserlichen Hofe blieb aber nicht Zeit zu langen Erwägungen und Vorbereitungen. In Konstantinopel erwartete man schon seit Jahren begierig den Ablauf des mit Österreich auf zwanzig Jahre abgeschlossenen Friedens, um die bei St. Gotthard erlittene große Niederlage endlich vergelten zu können und fasste, durch die Rathschläge und Verabredungen mit Frankreich bestärkt, den Plan, nicht bloß ganz Ungarn zu erobern, sondern die osmanische Herrschaft selbst über einen Theil der deutschen Länder des Hauses Österreich auszudehnen. In dieser Absicht hatte die Pforte schon seit dem Jahre 1682 einen Vertrag mit Tököly für den Kriegsfall geschlossen, und thatsächlich unterstützten auch im August 1682 türkische Truppen den Kuruzzenführer, als derselbe die Feindseligkeiten wieder eröffnete. Der Krieg war daher so gut wie entschieden, wie dies auch der außerordentliche österreichische Botschafter Alberto Caprera in seinen Berichten offen und unumwunden aussprach. Wenn demungeachtet der Wiener Hof unschlüssig blieb, so hatten, wie uns die venetianischen Gesandtschaftsberichte belehren, die an demselben sich durchkreuzenden Einflüsse Schuld. Der spanische Botschafter suchte nämlich noch immer auf den Kaiser zu wirken, dass er neue Anstrengungen zur Aufrechthaltung des Friedens mit der Pforte machen

möge, damit er sich im Interesse Spaniens mit voller Macht auf Frankreich werfen könne.

Erst zu Ende des Jahres 1682 und zu Anfang des nächsten Jahres begann der Kaiser Allüirte zu werben und die Mittel zur Kriegführung herbeizuschaffen. Auf Spanien, den Dogen von Venedig und Papst Innocenz XI. konnte er von früher her rechnen. Am 26. Jänner 1683 schloss der Kurfürst Max Emanuel von Baiern einen Vertrag über die Stellung von Hilfstruppen, welche vereint mit der kaiserlichen Armee, jedoch unter seinem Commando im Felde operiren sollten. Auch der Kurfürst von Sachsen war einem Bündnisse nicht abgeneigt; die Verhandlungen blieben jedoch einige Zeit erfolglos, weil er sich der Besorgnis vor einem Einfalle Frankreichs in sein Land nicht erwehren konnte. Was König Johann Sobieski von Polen betrifft, auf dessen Hilfe der Kaiser besonderen Wert legte, weil dieser über die größte Truppenmacht verfügte und durch dessen Mitwirkung Österreich von Norden her gedeckt war, so waren schon seit einem Jahre alle Anstrengungen gemacht worden, denselben von seiner bisherigen Verbindung mit dem Könige von Frankreich und dem Kuruzzenführer Tököly abzubringen. Nachdem bereits eine merkliche Spannung zwischen K. Sobieski und K. Ludwig XIV. bestand, und ersterer mit der Eitelkeit eines Emporkömmlings sich schmeichelte, dass durch eine Annäherung an den Kaiser die von ihm sehnlichst gewünschte Verbindung seines Sohnes Jakob mit der Erherzogin Antonia, der muthmaßlichen Erbin Spaniens, gefördert würde, schloss er am 31. März 1683 mit K. Leopold I. ein Schutz- und Trutzbündnis gegen die Türken, worin er sich verpflichtete 40.000 Mann zu Hilfe zu senden, wogegen der Kaiser im Falle eines Angriffes 60.000 Mann stellen sollte. Von dem deutschen Reiche konnte Österreich außer auf Baiern und Sachsen noch auf württembergische und fränkische Hilfsvölker zählen. Auch die Schweiz ließ sich zur Stellung von Hilfstruppen herbei und gestattete die Werbung von Soldaten auf ihrem Gebiete. Der Kurfürst von Brandenburg dagegen erklärte, dass er — so lange die Verhältnisse mit Frankreich nicht geordnet seien — für die Vertheidigung des Reiches am Rhein Sorge tragen müsse.

Der Sultan übergab die Führung seines wohlausgerüsteten Heeres von 200.000 Mann dem Großvezier Kara Mustapha, dem Haupte der Kriegspartei, der in seinem Ehrgeize und Übermuth die Zuversicht aussprach, nach einem siegreichen Feldzuge an die Spitze des aus einem Theile der eroberten österreichischen Länder gebildeten Paschaliks mit dem Sitze in Wien gestellt zu werden. Am 30. März 1683 brach die türkische Armee

von Adrianopel auf und traf nach einem sehr beschwerlichen Marsche anfangs Juni an der Save und der Drau ein. Tököly, der „Fürst von Ungarn“, und die türkischen Unterfeldherren riethen dem Großvezier, zunächst sich der von den kaiserlichen Truppen noch besetzten, festen, ungarischen Plätze zu bemächtigen und erst nach deren Bezwingung gegen Wien vorzurücken. Kara Mustapha hingegen, von den Fortificationszuständen der Stadt und den langsam vorschreitenden Kriegsvorbereitungen Ungarns unterrichtet, brannte vor Begierde, rasch das Ziel seiner ehrgeizigen Hoffnungen zu erreichen, und beschloss zuerst Wien zu erobern, in der Überzeugung, dass dann der Besitz der ungarischen Plätze ohne Mühe und Blutvergießen zu erreichen sein werde. Nicht achtend des Fluches, den Sultan Suleiman nach seinem verderblichen Rückzuge im Jahre 1529 über jeden seiner Nachfolger, der Wien zu belagern neuerdings unternehmen würde, ausgesprochen hatte, setzte Kara Mustapha seinen Marsch fort und rückte über Stuhlweißenburg und Ofen gegen Raab vor.

Wie schlimm stand es nicht gegenüber diesem energischen Vorgehen mit dem kaiserlichen Heere! Viel zu spät wurde mit dessen Aufstellung begonnen, als dass eine Offensive hätte ergriffen werden können. Nicht einmal zu einer erfolgreichen, defensiven Kriegführung waren ausreichende militärische Kräfte vorhanden. Während das türkische Heer schon an der Save und der Drau stand, waren in dem Lager bei Kittsee kaum 30.000 Mann, nothdürftig ausgerüstet, unter dem Befehle des Herzogs Karl von Lothringen und nur ein Artilleriepark von 90 Geschützen unter dem Commando des Ernst Rüdiger von Starhemberg vereinigt. Diese Armee sollte den sechsfach überlegenen Türken eine Schlacht anbieten, die Grenzen von Pettau bis Jablunka überwachen und überdies noch die Besatzungen einiger ungarischer Festungen verstärken! Das Unmögliche einer solchen Aufgabe erkennend, zog sich Herzog Karl von Lothringen bei der Annäherung der Türken nach einigen Gefechten in zwei getrennten Heeresabtheilungen gegen Wien zurück. Das Fußvolk und die Artillerie nahm am linken Donauufer die Richtung gegen das Marchfeld, die Reiterei unter Karl von Lothringen's persönlicher Führung blieb am rechten Stromesufer und hatte bei Petronell ein so unglückliches Arrièregefecht mit einer Abtheilung von Tataren zu bestehen, dass sie bis an die Fischa zurückeilte und dort ein Lager bezog. Widerstandslos konnten die Türken mit ihrer ganzen Macht den Marsch bis vor die Mauern Wiens fortsetzen. Das Schicksal der Stadt hieng abermals davon ab, ob es der kaiserlichen Armee, durch die deutschen und polnischen

Hilfstruppen verstärkt, gelingen werde, den Türken vor Wien eine entscheidende Niederlage beizubringen.

So schlimm wie mit der Aufstellung eines starken Heeres stand es auch mit den Vertheidigungsanstalten Wiens. In welchem Zustande die Festungswerke bereits im Jahre 1674 waren, erfahren wir aus der Schilderung des Ingenieurs Baron de Wymes. Die Stadtmauern drohten an einigen Stellen einzustürzen; die Brustwehren waren zum Schutze der Vertheidiger wenig geeignet, der Stadtgraben hie und da zu seicht, die Ausgänge und Ausläufe in den Stadtgraben zu groß, die Contrescarpen nicht in entsprechendem Zustande und die Pallisaden versault. Die Rathschläge dieses Ingenieurs blieben unausgeführt, und selbst dann dachte man nicht an eine Instandsetzung der Festungswerke, als der Feind bereits seine Operationen begonnen hatte.

Als am 7. Juli 1683 in Wien die Nachricht eintraf, dass Herzog Karl von Lothringen, von den Türken geschlagen, nach Fischamend retiriert sei, trat am Hofe wie in der Bevölkerung eine namenlose Bestürzung ein. Alles traf noch an demselben Tage Anstalten, die Stadt zu verlassen. Wer in irgend einer Weise sich entfernen konnte, ergriff die Flucht und ließ Haus und Hof im Stich. Abends 8 Uhr folgte der Kaiser mit seiner Familie und dem ganzen Hofstaate. Er fuhr über die große Donaubrücke zuerst nach Korneuburg und setzte am folgenden Tage unter Drohungen und Insulten des erbitterten Landvolkes die Reise nach Linz fort. Ein Deputierten-Collegium übernahm die Besorgung der Regierungsgeschäfte und Graf Rüdiger von Starhemberg die Vertheidigung der Festung, welches schwierige Amt er noch am 7. Juli antrat.

Durch die furchtbare Nothlage gedrängt, entwickelten die in Wien Zurückgebliebenen eine fieberhafte Thätigkeit. Im Stadtrathe gieng den Bürgern mit seltener Thatkraft und Hingebung Bürgermeister Andreas von Liebenberg voran. Auf seinen Befehl hatten sogleich alle Häuser je einen Mann zur Schanzarbeit beizustellen, die Pferdebesitzer ihre Gespanne zur Aufführung der Geschütze herzugeben und die Bewohner der Vorstädte mit ihrer Habe und ihren Victualien in die Stadt zu ziehen. Gleichzeitig wurden Einleitungen zu einer Verproviantierung der Stadt für längere Zeit getroffen und mit der Errichtung der Contrescarpen und der Setzung der Pallisaden begonnen. Um die Bürger zur Mitwirkung aufzumuntern, führte Bürgermeister Liebenberg eigenhändig einen Schiebkarren mit Erde und der Stadtcommandant Graf Starhemberg hielt eine öffentliche Ansprache an die Bevölkerung, worin er zur muthigen Ausdauer aufmunterte. Am

8. Juli durchzog Karl von Lothringen's Reiterei in der Stärke von 10.000 Mann die Stadt und bezog in der Leopoldstadt und Taborau ein Lager. Bereits am 9. Juli versammelten sich die Bürger bewaffnet bei ihren Fähnlein, verstärkt durch Priester und Handwerker, zur Theilnahme an den Schanzarbeiten. Am 10. Juli erhielt die Garnison, bestehend aus der Stadtquardia und anderen Truppenabtheilungen, eine Verstärkung von 1000 Mann. Die kaiserliche Schatzkammer und das geheime Archiv wurden auf Schiffe geladen und nach Linz, später nach Passau gebracht. Auf den Basteien begann die Errichtung von Batterien, auf den Dächern der Häuser und vor deren Eingängen wurden Wasserbottiche aufgestellt. Am 12. Juli verkündigte der Brand der Orte Schwechat, Pellendorf, Inzersdorf, Laa u. s. w. das Erscheinen der Türken, und einzelne Tataren streiften schon über den Laaerberg bis zur neuen Favorita (Theresianum) und nach St. Marx. Unter dem Eindrucke dieser Ereignisse ließ der Rector der Universität, Dr. L. Grüner, die Marienfahne auf dem Universitätsgebäude aufpflanzen mit der Aufforderung an die Studenten zur Bildung von Freicompagnien, und der vollständig versammelte Stadtrath erklärte sich in Permanenz. Dem Bürgermeister standen besonders der Stadtrichter Simon Schuster, und die Stadträthe G. Mozi, J. Weikhard, Wall D. Focky, Jakob D. Tepser, A. Fiechtl, C. Pätzinger, W. B. Puchenegger und Joh. Ruckenbaum, dann der Stadtschreiber Hocke und der Ingenieur Joh. D. Suttinger bei der Einquartierung der Soldaten, der Herbeischaffung von Schanzkörben und Ochsenhäuten und bei der Verproviantierung zur Seite. Die Bürgerwehr, nach den vier Jung- und vier Alt-Vierteln in acht Compagnien vertheilt, aus 1800 Mann bestehend, ferner die Studenten und Handwerker, gleichfalls in der Zahl von 1800 Mann, stellten sich unter das Commando Starhemberg's, so dass demselben zur Vertheidigung eine Besatzung von 16.000 Mann zur Verfügung stand. An diesem Tage wurden die Vorstädte mit ihren Palästen und Kirchen niedergebrannt. Augenzeugen versichern, dass Troja's Brand nicht so schrecklich gewesen sein könne.

Am 13. Juli begann das über Schwechat heranrückende türkische Heer den Aufmarsch auf dem Rücken des Laaer- und Wienerberges und umgieng, gedeckt durch Wald und Weingärten, die Stadt. Nur einzelne Abtheilungen drangen in die Vorstädte, wurden aber bald aus denselben vertrieben. Bei einbrechender Nacht boten die Türken auf ihrem Marsche und die Feuersäulen der Vorstädte und der umliegenden Dörfer ein grauenhaftes Schauspiel. Am 14. Juli begann die Aufstellung des türkischen Lagers,

das, vom Laaer Hölzl angefangen, in seiner äußersten Breite bis über Schönbrunn und Hütteldorf, die Schmelz, Herrnals, Währing und Heiligenstadt reichte und näher gegen die Stadt St. Marx, Simmering, Hundsthurm, Gumpendorf, Ottakring, Himmelpfortgrund, Sporkenbühel bis hinab an die Donau die Niederungen der Stadt in einem Halbkreis umzog. Hinter St. Ulrich, nahe bei der Schmelz, erhob sich das türkische Hauptquartier, in welchem Kara Mustapha in einem prachtvollen Zelte lagerte; um dasselbe gegen Osten und Westen gruppierten sich die Paschas mit ihren Truppen in der Stärke von 168.000 Mann. Zahlreiche fliegende Corps deckten den Rücken der Aufstellung. Diesmal richteten die Türken ihre Hauptangriffe gegen jenes Fortificationssegment, das sich zwischen dem Burg- und Schottenthor befindet, gegen die Burgbastion mit ihrem Cavalier und dem links gelegenen Augustinerravelin und die Löwelcourtine sammt der Löwelbastion. Zuerst begannen die Türken beim Rothen Hof und in St. Ulrich, dann bei der Laimgrube die Anlage von Laufgräben und der sie deckenden Batterien, worunter die bedeutendsten beim Croatendörfel (Spittelberg) und beim Rothen Hof standen. Nach Vollendung dieser Arbeiten legten sie gegen die Burg- und Löwelbastei Minen, die Hauptstärke des damaligen Belagerungskrieges *).

In ernster, aber entschlossener Stimmung sah man in der Festung den Vorbereitungen des Feindes entgegen. Wussten ja doch die Belagerten, welches Los ihnen, ihren Frauen und Kindern bevorstehe, wenn es den Türken gelang, sich der Stadt zu bemächtigen! Geduldig ertrugen sie alle ihnen aufgebürdeten Vertheidigungsarbeiten und mit vollster Hingebung fügten sie sich den militärischen Anordnungen.

Am 14. Juli begannen die Türken vom Sporkenbühel (Himmelpfortgrund) aus die Beschießung der Stadt; Kirche und Kloster bei den Schotten geriethen zum Schrecken der Bewohner in einen fürchterlichen Brand, der nur mit größter Anstrengung gelöscht werden konnte. Im Volke argwohnte man eine absichtliche Legung des Feuers. Als daher der Lustigmacher

*) Auf Tafel IV geben wir einen Plan der Vertheidigungswerke Wiens, aufgenommen und gezeichnet von Bartholomäus Cammuccio und Leander Anguisola mit der Aufschrift: „Vienna a Turcis obsessa et Deo dante a christianis eliberata“. Derselbe ist dem Werke von Joh. Petr. a Valkeren: Vienna a Turcis obsessa. Viennae. Austriae 1683. 4., entnommen und nach der Reproduction des A. von Camesina in seinem Werke: „Wiens Bedrängnis während der zweiten Türkenbelagerung“ angefertigt worden.

Vienna
á Turcis obsessa

DEO DANTE

A Christianis
eliberata

Auflegung deren Ziffern

Eigentliche Delineation und Abzeichnung der Belagerung der Kayserl. Residentz-Stadt Wien in Oesterreich, wie dieselbe den 14. July 1683 von denen Türcken, Tartarn, Rebellischen Ungarn Wallachen, Moldauern und Siebenbürgern unter Commando des Türckischen Groß-Vezirs oder Feld-Herrn Kara Mustapha Bassa genannt, angelegen, und den 12. September desselben Jahrs durch Göttes Segen und der alliirten Christen Entsetzung aufgehebt worden.

Bartholomaeo Cammuccio,
et
Leandro Anguissola,
Authoribus

1. Schlachtordnung vor Leopoldstadt 2. Contrefassen 3. Ebend. Posto 4. Berg-Thor 5. Der Retirade 6. Der Türcken Lauff-Graben auf der Seiten Mariä 7. Berg-Postey 8. Stahl-Postey 9. Das Revelin vor der mitten zwischen Num 8 & 10 Hauß-Berg 11. Der Kalckofen oder Curtin 12. Der Nordwestlichste Curtin 13. Die Tuffe im Graben 14. Das Ober-Bollwerck über der Isbl. Postey gegen rechte Courtine oder Katze. 15. Zwey Postyen auf die mittel Curtin, das Revel. Ganz gegen das Werck gemacht 16. Kornmitte auf der Berg-Postey 17. Die Curtine zwischen Num 8 & 18. Wasserthurn-Postey 19. Abtey zu Schotten 20. Aufzug der Magazinischen Sinie mit ihren Traversen so die Türcken durchgraben Turckenschanz das ist Mauslöche genannt. 21. Orthor vor den Saaffgraben, zu der Gefangenen und Ausfallen. 22. Canall innerhalb der Neuen Thor, so von der Donau zum Arsenal. 23. Brustwehr, so die Türcken auf jener Seiten der Donau aufgeführt haben. 24. Tappe oder Gallerien. 25. Kornthurn Postey. 26. Marckstall Capuciner der Belägerten. 27. Mahler-Revelin oder Tyrol-Schanzl. 28. Underscheidliche Batterie der Türcken. 29. Kärnthner Revelin. 30. Das Bollwerck der Spanier genannt. 31. Neun Neuen so die Türcken unter der Curtinen gegen der Burg und Isbl-Postey schon verfertigt hatten. 32. Mahler-Postey. 33. Neustifter Postey. 34. Ritter-Postey. 35. Postey zur Hellebarden. 36. Drum-Postey. 37. Vogl-Thurn. 38. Curtine vor den PP. Augustinern Closter und Kirchen. 39. Schotten-Revelin. 40. Revelin vorm Neuen Thor. 41. Wasser-Revelin. 42. Jodocus Schantzl. 43. Tabor-Revelin. 44. Die Ober-Postey vor den PP. Dominicanern. 45. Stuben-Schantzl. 46. Revelin im Dreyeck genannt. 47. Revelin von den PP. Augustinern. 48. Schotten-Thor. 49. Neu-Thor. 50. Der rothe Thor oder der Oberfall. 51. Der Fischer-Thürl. 52. Der Unterfall. 53. Das Stubenthor. 54. Das Kärnthner-Thor. 55. Niederer und vergrabener Weg worunder die Belegerten so vom Revelin 9 und 21 ab und zugingen. 56. Abschnitt deren Belegerten, so sie von dem Neuen-Thor in dem Contrescarpen gemacht haben. 57. Die Reserve. 58. St. Stephan Kirchen. 59. Predigen Closter. 60. Der Weg zur Leopoldstadt. 61. Der Weg zum Prater. 62. Bey den Weingarthern. 63. Auf der Landstrassen. 64. Auf der Wieden. 65. Auf der Wien. 66. Auf der Laimgrueben. 67. Das Closter Dorffl. 68. Nach St. Ulrich. 69. Die Alsergassen. 70. Waringergassen. 71. Die Schlösser. Thurn an den Ecken der Lauff-Graben. 72. Allhier hat der Große Vezier retirirt commandirt und angeführt. 73. Hannibal Aga. 74. Hassan Bassa von Sophien. 75. Ismael Zehara Aga. 76. Kara Mahomet Bassa aus Mesopotamien, so aber darvor über zu hauffen von den unsrigen getroffen, im wendet Hassan Bassa von Bosnien. 77. Ismael Cigalasy Bassa und Kihaya Beg. 78. Mahomet 79. Soliman Swalogi Bassa. 80. Trauson scher Garten hinter rech der Großer ist auf 81. Loch durch die Mauer brecher lasse durch welches 82. in die Lauffgraben entrath so zu offt bis Rottenhoff eingerechtet worden und zwar zwi Revelin oder zum Löbl. Bastion 83. Turckisch Battery auf die erobrten Revelin. 84. Die Graben vermittels welch der Türcken das Wasser, so vom S. Ulrich herab rennt, von innen Saaffgraben ab und anderwerts ihm Darvorl nehmen. 85. Kirch St. Marxe de Monte Sarrato und Abtey. 86. St. Margarethen Kirch unter Weingarthern.

Cum Privilegio Cæsareo
Sumptibus Authoris
Dom.co Rossetti Scul.

Scala Perticarum Rynlandicarum

Scala Passuum Communium

Danuby

Donaw

Allbert Cammuccio fec

R. v. Waldheim art. Anst Wien.

Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien. II Bd

Plan der Belagerungswerke im J. 1683
v. B. Cammuccio und L. Anguisola.

Thanon, genannt „Baron Zwiefel“, mit einer Pistole in das Feuer schoss, wurde er vom Volke gelyncht. Am 16. Juli richteten die Türken ihren Angriff gegen die Burgbastei; der Herzog von Lothringen verließ mit seiner Reiterei die Taboranen und die Praterinseln und zog sich über die Donaubrücke zurück, worauf die Türken die Leopoldstadt niederbrannten und hinter den Ruinen des Barmherzigen- und Karmeliterklosters Batterien errichteten. Am 17. Juli ergiengen neue Aufforderungen an die Handwerker und ihre Dienstleute zur Betheiligung an der Vertheidigung der Stadt. Am 18. Juli eröffnete der Feind seine Laufgräben gegen die Burg- und die Löwelbastei und erbaute Batterien beim Rothen Hof und in der Leopoldstadt. Am 19. Juli richtete er aus den Batterien ein heftiges Feuer gegen die Burg. Am 20. Juli wurden die Befestigungen gegen die Donau zu verstärkt und in der Nacht ein erfolgreicher Ausfall zur Zerstörung der Belagerungsarbeiten gemacht. Am 21. Juli brachte ein Reiter des Götz'schen Regiments vom Herzog von Lothringen die Nachricht von dem baldigen Eintreffen des Succurses. Am 22. Juli brachte ein Diener des im türkischen Lager gefangen gehaltenen, kaiserlichen Residenten von Kunitz die Nachricht, dass der Großvezier hoffe, in einigen Tagen die Stadt in seine Gewalt zu bekommen. Am 23. Juli sprangen die ersten Minen vor der Burg- und der Löwelbastei. Am 24. Juli versuchten die Türken einen Sturm auf den Burgravelin, welcher aber glücklich abgeschlagen wurde. Am 26. Juli abends flog ein Pfeil in die Stadt, worin Kara Mustapha ein aufgefangenes Schreiben Starhemberg's an den Herzog von Lothringen mit dem Beisatze zurückschickte, dass er bereit sei, die Bürgerschaft gnädig zu behandeln, wenn sie freiwillig die Thore öffnen würde. Als Antwort erklangen auf der Kärntnerbastei Trompeten und Pauken und lustige Weisen, womit man dem Feinde zeigen wollte, dass die Belagerten guten Muthes seien. Am 27. Juli versuchten die Türken neuerlich einen Sturm auf die Burgbastion, abermals ohne Erfolg. An diesem und den folgenden Tagen machten auch die Vertheidiger wiederholt Ausfälle zur Erbeutung von Ochsen, da die Theuerung bereits empfindlich fühlbar wurde. Überdies machte die Ruhr so große Fortschritte, dass die Mannschaft für die Schanzarbeiten verringert werden musste. Am 1. August unternahmen die Türken vier Stürme vor dem Burgravelin und einen beim Rothen Thurm und versuchten durch Pechkränze die Pallisaden anzuzünden. Am darauffolgenden Tage warfen sie Feuerkugeln und in brennenden Schwefel getauchte Pfeile in die Stadt. Abends flog bei der Burg eine Gegenmine auf, welche die feindlichen Laufgräben stark beschädigte. Am 3. August

gelang es den Türken nach heftigem Kampfe sich in der Contrescarpe vor der Burg festzusetzen, dafür verloren sie bei dem Auffliegen einer Gegenmine bei der Löwelbastei 300 Mann. Am 5. August drangen die Türken dreimal zum Sturme gegen die letzterwähnte Bastei vor; sie wurden aber zurückgeschlagen. Graf Starhemberg verlegte sein Hauptquartier in die Burg. Am 7., 8. und 9. August wurde beiderseits heftig gekämpft. Minen und Gegenminen flogen auf, und wiederholt suchte der Feind sich der Vorwerke zu bemächtigen. Als der Feind am 12. August die vordere Spitze des Burgravelins in die Luft sprengte, erfolgte ein heftiger Sturm, der ihm, ohne einen Erfolg zu bringen, einen Verlust von 2500 Mann verursacht hatte.

Inzwischen stieg aber die Bedrängnis der Stadt. Die Zahl der Vertheidiger schmolz zusammen. Verwundete und Kranke füllten bereits die Spitäler, Hunger und Noth traten ein, und die Kraft der Bürger und Handwerker schien sich zu erschöpfen. Graf Starhemberg, seit mehreren Tagen krank und ohne Nachricht, wann auf einen Ersatz gezählt werden könnte, beauftragte den Bürgermeister am 13. August, ihm einen kühnen, verwegenen Mann zu senden, der das Wagnis unternähme, unerkannt durch das türkische Lager zu kommen und eine Sendung an den Herzog von Lothringen zu übernehmen. Hiezu erbot sich Georg Franz Koltschützky*), ein geborner Raize, zuletzt kaiserlich türkischer Hofcourier. Er sprach geläufig türkisch, kannte die osmanischen Sitten und Gebräuche und besaß großen persönlichen Muth. Wirklich gelang ihm die schwierige und gefährliche Mission. Am 14. August abends sah man vom Stephansthurme aus bei Stammersdorf die Freudenfeuer, welche Koltschützky anzuzünden versprochen hatte. Am 17. August 4 Uhr früh kehrte derselbe glücklich in die Stadt zurück und überbrachte Starhemberg ein Schreiben des Herzogs von Lothringen, worin dieser das baldige Eintreffen eines Hilfsheeres von 70.000 Mann verkündigte und Nachricht gab, dass er mit seinem Corps bei Stillfried stehe und Tököly bei Preßburg geschlagen worden sei. Auf diese frohe Kunde hin, die den gesunkenen Muth mächtig hob, sendete Graf Starhemberg am 19. August eine neuerliche Botschaft an den Herzog von Lothringen, die Koltschützky's Diener, Georg Michaelowitz, vollführte.

Die Lage der Stadt hatte sich während dieser Vorgänge neuerdings verschlimmert. In der Nacht vom 15. auf den 16. August war es dem Feinde gelungen, sich in dem Graben vor der Löwelbastei festzusetzen,

*) Nach einem eigenhändigen Actenstücke im Stadtarchive lautet sein Name genau: Georg Franz Kholtschützky.

worauf er am folgenden Tage einen heftigen Sturm unternahm, der von den Vertheidigern nur mit Anwendung einer beispiellosen Tapferkeit zurückgewiesen werden konnte. Am 18. August stürmte der Feind den Burgravelin und pflanzte dort zehn Fähnlein auf, die zuletzt nur dem heftigsten Feuer der Belagerer wichen. Am 20. August erweiterte der Feind seine Angriffe bis auf die Melker- und Biberbastei und am 23. August fasste er neuerdings am Burgravelin nach einem starken Verluste an Mannschaft Fuß, nachdem er diese Position am 17. August verloren hatte. In der Stadt wurde die Noth infolge des Wüthens der Ruhr so groß, dass auf den Straßen Kranke und Verwundete herumlagen, weil in den Spitälern kein Platz war, und das Fleisch von Pferden, Eseln und Katzen zur Nahrung verwendet werden musste. Und doch war das Maß der Leiden noch nicht voll. An den folgenden Tagen vom 23. bis 30. August dauerten die Kämpfe ununterbrochen fort, und mit schwerer Sorge machte man die Wahrnehmung, dass die Türken alle Kraft daran setzten, die Burg- und die Löwelbastei zu erstürmen.

Kara Mustapha, welcher die Belagerung anfangs leicht genommen und sich mehr in Baden als im Lager aufgehalten hatte, war durch den hartnäckigen Widerstand Wiens nunmehr tief erbittert. In Kenntnis von dem Herannahen der Entsatzarmee, verdoppelte er seine Anstrengungen, und es gelang ihm auch am 3. September, sich des Burgravelins vollständig zu bemächtigen, in die Courtine Breschen zu schießen und am 6. September einen Theil der Löwelbastion zu sprengen. Ohne Schutz, Mann an Mann stehend, galt es mit Heldenmuth dem Anstürmen des Feindes zu begegnen. Am 7. September musterte Kara Mustapha sein Heer und begann von neuem die Stadt aus allen Batterien heftig zu beschießen. Am 8. September fiel abermals ein Stück der Löwelbastion und unter furchtbarem Geschrei versuchten die Türken die Bresche zu stürmen. Während der Sturm in den folgenden Tagen bei der Löwelbastei am stärksten tobte, starb Bürgermeister S. Liebenberg (10. September) an den Folgen übermäßiger Anstrengung in seinem schweren Berufe, und schon fürchtete man, dass die Stadt endlich den furchtbaren Qualen und Opfern erliegen werde.

Da nahte endlich der Tag des Entsatzes. Nachdem Herzog Karl von Lothringen mit seiner Reiterei sich über die Donau zurückgezogen hatte, suchte er mit aller Macht die Ankunft der erwarteten Verstärkungen zu beschleunigen. Als Sammelpunkt des Entsatzheeres bestimmte er Krems. Zuerst traf das polnische Corps des Fürsten von Lubomirski, aus dem Waagthale anmarschierend, ein, mit welchem vereinigt er die Angriffe Tököly's zurückwies.

Am 6. August kamen die Baiern unter dem Commando des jungen Kurfürsten Max Emanuel nach Linz. Die nächsten waren die Württemberger und Franken. Am 3. September standen die Sachsen unter dem Kurfürsten Johann Georg III. in Meissau. Am 4. August nahmen die Polen unter K. Johann Sobiesky's Führung in Tuln Aufstellung. Noch vor dem Eintreffen des gesammten Heeres, am 30. August, hielten die Alliirten im Hauptquartiere des Königs Johann Sobiesky von Polen zu Hollabrunn einen Kriegsrath über die einzuleitenden Entsatz-Operationen. Man entschied sich, dem Plane des Herzogs von Lothringen folgend, für den Marsch durch den Wienerwald und über das Kahlengebirge. Nachdem der Kaiser seine ursprüngliche Absicht, das Obercommando zu übernehmen, aus politischen Gründen aufgegeben hatte, fiel dieses, im Hinblick auf seinen hohen Rang, K. Sobiesky zu, und der Kaiser ließ ihm durch einen Abgesandten den goldenen Commandostab überreichen; jedoch die Seele des Kriegsrathes blieb Herzog Karl von Lothringen.

Am 5. September setzte sich die 87.000 Mann starke und mit 168 Geschützen ausgerüstete Armee von ihren Sammelpunkten aus, in drei Treffen geordnet, derart in Bewegung, dass Prinz Karl von Lothringen den linken Flügel mit kaiserlichen und sächsischen Truppen, der König von Polen den rechten mit polnischen Truppen und je einem Regimente der kaiserlichen, sächsischen, baierischen und fränkischen Truppen, und die Kurfürsten von Baiern und Sachsen das Centrum commandierten. Nachdem das Heer bis zum Fuße der Gebirgsrücken vorgedrungen war, schob K. Sobiesky am 10. September das Gros des rechten Flügels, die Polen, von Königstetten gegen den Tulbingerkogel, den Rest der Polen, die Baiern und die deutschen Reichstruppen ins Hagen- und Kierlingthal und den linken Flügel, die Kaiserlichen und die Sachsen, längs der Donau über Höflein bis gegen Klosterneuburg vor und ließ die letzteren im Weidlingthale links vom Bache eine Lagerstellung beziehen. In der darauffolgenden Nacht wurde die Besatzung auf dem Kahlenberge durch eine Abtheilung Sachsen verstärkt. Am 11. September setzte sich das Fußvolk in geänderter Schlachtordnung in Bewegung und erstieg bei drückender Hitze und Mangel an Wasser und mit Zurücklassung der schwer beweglichen Geschütze die Berghöhen, und unter lautem Jubel pflanzten die Kaiserlichen auf dem von ihnen besetzten Schlosse am Leopoldsberge zum Zeichen für die Belagerten, daß der Entsatz angerückt sei, eine große Fahne auf. Noch Vormittags versammelten sich daselbst K. Sobiesky, Herzog Karl von Lothringen, die Kurfürsten von Baiern und Sachsen und die

bedeutenderen Generäle, um die sich vor ihnen ausbreitende Stadt und das sie umgürtende Türkenlager zu überschauen. Als der König anstatt sanfter Abstufungen ein von Gehölzen, Schluchten und Hügeln durchschnittenes Terrain vor sich sah, das den Gebrauch der Reiterei unmöglich machte, gerieth er in lebhafte Unruhe und zweifelte an dem Gelingen des Unternehmens. Anders dachten aber die kaiserlichen und die deutschen Heerführer. Sie vertrauten dem Muthe und der Hingebung ihrer Soldaten bei Überwindung der Terrainschwierigkeiten. In dem darauf abgehaltenen Kriegsrathe wurde beschlossen, am nächsten Schlachttage mit der gesammten Macht vom Gebirge abwärts vorzudringen, hierauf eine feste Stellung einzunehmen und am 14. September das feindliche Lager anzugreifen.

Kara Mustapha ließ in seltener Verblendung über seine Lage ruhig das Anrücken des Entsatzheeres geschehen. Er widersetzte sich weder dessen Übergang über die Donau, noch griff er die getrennten Corps einzeln an oder versuchte sie nach ihrer Vereinigung in den leicht zu vertheidigenden Gebirgspässen aufzuhalten. Unbekümmert setzte er seine Belagerungsarbeiten fort, ließ den Kern seines Fußvolkes in den Laufgräben stehen und glaubte den sich vorbereitenden Schlag dadurch von sich abwenden zu können, daſs er ein größeres Reitercorps, jedoch ohne Geschütze, an den Fuß des Gebirges vorrücken und einige schwache Versuche zur Besetzung des Leopolds- und Kahlenberges machen ließ. Erst am 11. September nachmittags ließ er, die Größe der Gefahr erkennend, den größeren Theil der Armee in die Schlachtlinie einrücken und beschleunigte dadurch wider den Willen der Alliirten den Entscheidungskampf*).

Schon am frühen Morgen des 12. September wurde es im christlichen Lager rege. Bevor K. Sobiesky die letzten militärischen Anordnungen traf und sich an die Spitze des rechten Flügels begab, wohnte er mit den Generälen einer stillen Messe in der Kapelle auf dem Leopoldsberge bei, welche der berühmte, aus Venedig angekommene Kapuziner Marcus Avianus las, und wobei der König, nachdem er in frommer Demuth ministriert hatte, das heil. Abendmahl nahm. Hierauf gab er den Befehl zum Angriff. Zuerst entspann sich der Kampf am linken Flügel, den Prinz Karl von Lothringen commandirte, in den Hohlwegen zwischen dem Kahlen- und Leopolds-

*) Die anschaulichste Darstellung der Entsatzschlacht enthält ein Blatt, gezeichnet von Leander Anguisola, in dem Werke: „Francisci de Rosetti vagguaglio distinto, di quanto occorse nella compagnia passata trà l'armi christiane e Turchese sotto Vienna 1684", das von A. v. Camesina in seinem „Wiens Bedrängnis während der zweiten Türkenbelagerung" reproduciert wurde.

berge. Unter großem Blutvergießen gelang es dem Prinzen gegen Mittag bis nach Nußdorf und Heiligenstadt vorzudringen, wo er inne hielt, um dem Centrum, welches die Sachsen, Baiern, Franken und Schwaben bildeten, und dem rechten Flügel der polnischen Armee Zeit zu lassen, über den Hermannskogel und Reisenberg (Kobenzl), dann über Neustift, Dornbach und Hütteldorf sich entwickeln zu können. Mit Bangen sah Herzog Karl, der bisher allein den Anprall des Feindes mit heldenmüthiger Tapferkeit ausgehalten, dem Augenblicke des Eingreifens seiner Alliirten entgegen. Zunächst trafen die Deutschen ein, während die Polen nur langsam die Terrainschwierigkeiten überwanden. Gegen 2 Uhr nachmittags traten endlich auch diese in die Schlachtlinie ein und nun wüthete der Kampf auf dem rechten Flügel mit abwechselndem Erfolge. Kara Mustapha, klug erkennend, dass die Kaiserlichen und die Deutschen aus ihren Positionen nicht zu verdrängen seien, hatte dort eine starke Stellung genommen und warf sich mit Ungestüm auf die Polen, welche anfangs vor den kräftigen Stößen zurückwichen und erst, nachdem sie über Wunsch Sobiesky's durch kaiserliche und deutsche Truppen verstärkt worden waren, zähen Widerstand leisteten und zuletzt mit ihrer Reiterei zum Angriffe übergehen konnten. Damit war auch das Signal zum weiteren Eingreifen des linken Flügels und des Centrums gegeben. Herzog Karl von Lothringen stürmte, alle persönlichen Gefahren verachtend, mit Ungestüm über Nußdorf hervor gegen die Türken und richtete unter ihnen arge Verwirrung an. Anfangs bis über den Krotenbach zurückgedrängt, wollten sie dort Stand halten. Die Kaiserlichen, die Sachsen und Franken aber ließen ihnen nicht Zeit, sich festzusetzen; erstere besetzten Döbling, letztere stürmten die große Schanze hart am Krotenbach. Die Baiern rückten über Sievering gegen Währing und Hernals, die Polen brachen von Hütteldorf hervor und marschierten gegen die Schmelz und längs der Wienflussufer, wo sie Gelegenheit fanden, ihre tapfere Reiterei erfolgreich zu verwenden.

Als Kara Mustapha zu seinem Schrecken das Zurückweichen seiner Truppen auf allen Punkten wahrgenommen, gab er die Schlacht verloren. Ohne einen weiteren Versuch zu machen, das ungestüme Vorrücken des Christenheeres aufzuhalten, überließ er das Commando dem Pascha von Ofen und sammelte die Reste des Heeres in den Laufgräben, um wo möglich das Belagerungsgeschütz zu retten. Fluchtähnlich verließen die Türken alle ihre Stellungen. Gegen Abend war der vollständige Sieg des Entsatzheeres entschieden — Wien aus seiner furchtbaren Bedrängnis befreit. Freudig eilte der Markgraf von Baden an der Spitze einiger Regimenter

durch die Rossau gegen das Schottenthor und verkündigte den muthigen Vertheidigern ihre Erlösung aus Noth und Gefahr. Prinz Karl von Lothringen, der behutsam durch die Vorstädte an der Donau vorrückte, zog mit den Baiern und den Sachsen durch das verlassene Türkenlager zur weiteren Verfolgung des Feindes. Nur die Polen durchwühlten beutegierig und, ohne einem Befehle weiter zu gehorchen, das Hauptlager der Türken auf der Schmelz und bemächtigten sich dort der zurückgelassenen, wertvollen Gegenstände. Mit der Vertheilung der Beute sich beschäftigend, überließen sie den Deutschen den letzten Kampf bei der Spinnerin am Kreuz, wo Kara Mustapha sein inzwischen dort errichtetes Lager noch hartnäckig vertheidigte.

Als er auch daraus vertrieben worden war, beglückwünschten Herzog Karl und die übrigen deutschen Reichsfürsten bescheiden und zuvorkommend noch Abends den König von Polen zu den glänzenden Erfolgen der Waffen, an welchen, wie der König selbst erwiderte, den Kaiserlichen und den Deutschen ein hervorragender Antheil zufiel.

Die Vertheidiger Wiens hatten die letzten zwei Tage in furchtbarer Aufregung verlebt. Sie wussten, dass der Moment der Erlösung gekommen sei. Aber bange Zweifel erfüllten die Gemüther, ob der Entsatz auch gelingen werde. Noch am 12. September setzte der Feind die Kanonade und Miniarbeit mit allem Nachdrucke fort, während die Belagerten infolge des Mangels an Pulver und Munition und an brauchbarem Geschütz nur schwachen Widerstand zu leisten vermocht hatten. Als gegen 5 Uhr nachmittags der Sieg der Alliirten entschieden war, da erfüllte grenzenloser Jubel die Bevölkerung, und schon am 13. September morgens öffneten sich die Ausfallsthore, und ganze Scharen drängten sich in die zerschossenen Bollwerke und in das verlassene Türkenlager. Von Noth und Hunger getrieben, bemächtigten sie sich der zurückgelassenen Vorräthe an Ochsen, Victualien, Reis, Kaffee, Öl u. s. w. Der König von Polen, der die Nacht im Zelte des Großveziers zugebracht, besichtigte Morgens mit dem Herzoge von Lothringen, den Kurfürsten von Sachsen und Baiern das Lager und hierauf die Vertheidigungswerke der Stadt. Von dem Grafen Rüdiger von Starhemberg begrüßt, spendete K. Sobiesky demselben das wärmste Lob über seine Vertheidigung. Später begab sich der König mit großem Gefolge in die Stadt selbst und verrichtete zuerst in der Jesuitenkirche am Hof seine Andacht. Die mit ihren Fahnen aufgestellte Bürgerschaft dankte ihm in herzlichen Worten, während das übrige Volk ihm Hände, Füße und Kleider küsste, weil ihm als dem Oberbefehlshaber der Armee das größte Verdienst an dem glücklichen Entsatze zugeschrieben wurde. Nachdem der König noch im St. Ste-

phansdome, unter dem Geläute der Glocken und dem Donner der Geschütze, dem Dankamte beigewohnt hatte, kehrte er zu seinen Truppen zurück.

Am 14. September hielt K. Leopold I., zu Schiffe von Klosterneuburg kommend, seinen feierlichen Einzug. Beim Rothen Thurm wurde er vom Herzog Karl von Lothringen und dem Grafen Rüdiger von Starhemberg empfangen und zum Stubenthor geleitet, wo der Verweser des Bürgermeisteramtes, Daniel Focky, an der Spitze des Stadtrathes den Monarchen begrüßte. K. Leopold I. dankte den Bürgern für ihre große Opferwilligkeit und ihre bewährte Treue. Inmitten der Bürgerwehr begab er sich hierauf nach St. Stephan, um dem feierlichen Tedeum beizuwohnen. Als er die Kirche verließ, bat ihn Bischof Emerich, das Zeichen des Mondes und der Sonne, diese heidnischen Symbole, von der Thurmspitze herabnehmen und dafür das Kreuz, das Symbol des Christenthums, aufpflanzen zu dürfen. Mit Zustimmung des Kaisers fand am 15. Juli 1686 die feierliche Kreuzaufsetzung statt. Vom Dom aus zog der Kaiser in die Stallburg, da er die Hofburg wegen ihrer Schäden nicht beziehen konnte. Am 15. September besichtigte der Kaiser die von der Landstraße bis Schwechat und Mannswörth aufgestellte Entsatzarmee, wobei er seine erste, persönliche Begegnung mit König Sobiesky hatte, die kaum eine Viertelstunde dauerte. Zeugen der Begegnung erzählen, dass sie kühl und formell, ohne ein Merkmal von Herzlichkeit und Vertraulichkeit war. Der Kaiser konnte nicht vergessen, wie feindlich sich Sobiesky früher gegen ihn benommen hatte, und dieser mag verstimmt gewesen sein, dass seine Aussicht auf eine Familienverbindung durch die geleistete Hilfe nicht besser geworden war. An demselben Tage ernannte der Kaiser Graf Rüdiger von Starhemberg für seine großen Verdienste zum Feldmarschall und gab ihm einen wertvollen Ring. In das polnische Lager sendete er einen mit Diamanten besetzten Degen für den Sohn des Königs, den Prinzen Jakob, und reiche Geschenke für die Officiere. Kurz darauf brachen Herzog Karl von Lothringen und König Sobiesky mit ihren Armeen nach Ungarn auf, um das entmuthigte türkische Heer weiter zu verfolgen.

Wie die Erhebungen zeigten, waren die Verluste der Belagerten an Menschenleben und die Schäden der Stadt außerordentlich groß. Von der kaiserlichen Garnison, die anfangs 16.000 Mann zählte, waren 5000 Mann umgekommen und über 2000 Mann lagen in den Spitälern. Von den Bürgern und anderen bewaffneten Personen, deren Zahl sich auf 4000 belief, giengen 1650 Personen theils durch den Feind, theils durch Krankheiten zugrunde. Fast alle 854 bürgerlichen Häuser, 33 Freihäuser und 7 Klöster

Wie die Arbeit / so der Lohn.

Abbildung / welcher gestalt der Türckische Groß-Vizir Cara Mustapha Bassa, strangulirt und neben 36. Vornehmen Bassen hingerichtet worden.

im Februario 1684.

A. **Der Janiescharen** Aga.

Hör' Alter von mir an / deß Sultans ernsten Willen /
Als dessen Grimm vnd Zorn nun nicht mehr ist zustillen /
Dann nur durch deinen Todt / nicht länger Groß-Vizir,
Solt werden du genannd / drumb reich alsbalden mir /
Des Käysers-Sigel her / hiemit bist du entsetzet /
All deiner Macht und Ehr; Du warest groß geschätzet /
Allein dein Ubermuth dir Ehr und Leben raubt /
Sih' hier deß Sultans Hand / zulisern Ihm dein Haupt.

B. **Groß-** Vizir.

Ach! was soll dises seyn / was muß ich da anhören /
Ist diß dann der Befehl / deß Sultans meines Herrn /
Womit hab ichs verdient? ich sucht ja immerzu /
Zumehren Machmets Reich / ohn alle Rast und Ruh.
Wer kan vor Ungelück / daß ich hab müssen lauffen /
Von Wirn mit Spott und Schad / sambt meinem starcken Hauffen /
Die Sonn nicht allzeit scheint / das Krieges-Glück ist rund /
Es wendt sich alle Tag / ja auch wol alle Stund /
Halt nur ein wenig inn' / erlaube mir zu reden /
Mit meinem Groß-Sultan, villeicht kan ich erretten /
Mein altes graues Haubt / ich bitte / laß mich zieh'n /
Und bringen meinen Kopff / dem Kayser selber hin.

Janiescharen Aga.

Nein / nein es kan nicht seyn / du must dich jetzt bequemen /
Es lautet der Befehl / alsbalden dir zunehmen /
Dein Leben / so genug in Ubermuth gepracht /
Wer es so närrisch wagt / den Streick zu Lohn empfangt.

Groß- Vizir.

Weil die Verhängnuß will / so bitt ich / mir vergönne /
In meine Kammer hin zugehn / auff daß ich könne /
Mich sauber reinigen / und waschen von mir ab /
Die Mackel meiner Seel / eh' ich kommi in das Grab /
Wie würde Machomet / dem ich mit Leib und Leben /
In allen meinem Thun / zu eigen war ergeben /
In seinem Paradiß mich seltzam schauen an /
Wann ich volbrächte nicht / was schafft sein Alcoran.

Janiescharen Aga.

Ey waschen / vil zuspat / das Wasser ist gefroren /
Du findst in jener Welt / nicht / was du hier verlohren /
Ihr / die ihr seyd bestellt / greifft ihn nur hurtig an /
Es ist deß Sultans Will / so muß es seyn gethan /
Der alte Narr hat sich ja lassen recht bethören /
Weil er ihm nicht den Zug in Oesterreich ließ wehren /
Drumb gebet ihm den Lohn / wer so verscherzt sein Heyl /
Dem wird zu gutee letzt / der Strick und Schwerd zutheil.

C. **4. bestellte so ihn erwürgen.**

So / So / mein Alter komm / wir wollen dies bald machen /
Es wird die gantze Welt zu deinem Unheil lachen /
Ein jeder Muselmann sich deßder höchst erfreut /
Nicht weniger frolockt Wienn / samt der Christenheit /
Fahr hin in Plutons Reich / zu deinen Mitgesellen /
Wir wollen auff dein Grab noch diß Grabschrifft stellen:

Hier liegt der Groß-Vizir, gestürtzet durch das Glück /
Der alles fressen wolt' / erstücket an dem Strick.

der Vorstädte waren verwüstet, abgesehen von den 212 Häusern, die daselbst schon früher durch die Erweiterung des fortificatorischen Rayons für immer abgebrochen worden waren. In der Stadt selbst hatten der größte Theil der Häuser durch die Bomben und die Feuersbrünste, ferner die Stadtthore, die Brücken, Brunnen und das Pflaster schwer gelitten.

Der ganze Schauplatz der Belagerung bot einen grauenhaften Anblick! In- und außerhalb der Stadt ein Bild des Jammers und der Verwüstung! Zerschossen lagen die Bastionen, Thürme, Courtinen, Häuser und Kirchen, darunter auch der neue, Leopoldinische Tract der Burg; von Rauch und Feuer waren die zahlreichen Brandstätten geschwärzt, mit Schmutz und Unrath Straßen und Plätze bedeckt; dazwischen wandelten bleiche Hungergestalten, den Verlust ihrer Habe und ihrer Angehörigen betrauernd. Doch wie sah es erst im Lager aus! Überall Leichen, gefallene Pferde, Kameele, Ochsen und Unflath, wovon sich ein ekelerregender Gestank verbreitete. Jene, die in den Vorstädten Häuser und Gärten besaßen, fanden in den Zimmern und Kellern Leichen und Äser, die im Wein der gesprengten Fässer schwammen. Tiefes Mitleid erregte es, als man in allen Theilen des Lagers bei 500 kleine Kinder fand, meist zurückgelassen von den in die Sklaverei abgeführten christlichen Gefangenen, darunter viele Säuglinge, die nach der Mutterbrust schrien. Bischof Kollonitsch, der während der Belagerung mit größter Aufopferung sich der Krankenpflege gewidmet hatte, ließ die Kinder am 14. September sammeln, in die Stadt bringen und in dem Gebäude des Strafhauses in der Leopoldstadt verpflegen.

Sobald die Kunde von der abermaligen Niederlage der Türken vor den Mauern Wiens, von den Leiden und Drangsalen der Belagerten und der Tapferkeit des Entsatzheeres durch Flugblätter und Relationen in weitere Kreise gedrungen war, rief sie die ungetheilteste Bewunderung hervor. In Liedern und Gesängen, in Schilderungen und Tagebüchern, in Bildern und Medaillen wurde die Hingebung Starhemberg's, des Königs Sobiesky, des Prinzen Karl von Lothringen, der Kurfürsten von Sachsen und und Baiern, und der patriotische Geist der Bürger hochgefeiert, in zahlreichen Spottgesängen der Übermuth und die Kurzsichtigkeit des türkischen Heerführers dargestellt*). Wir lassen hier einige Strophen aus einem solchen Spottgedichte folgen:

---

*) Wir werden auf die Literatur und die Denkmale über die zweite Türkenbelagerung in den Quellen ausführlicher zurückkommen. Auf Tafel V geben wir das Facsimile eines der Flugblätter nach dem Originale in der Stadtbibliothek.

Packe dich, Bluthund, du Primo-Vezier,
Nichtes verfanget dein hundisches Pochen!
Laufe nach Hause, du Mahomets-Thier,
An deme die Christen sich rühmlich gerochen!
Frage den Mahomet, deinen Propheten,
Warumb Er lasse Sein Ebenbild tödten?

Schäme dich Wüterich, Christen Tyrann,
Dass du bei Viertzigmahl Tausend verlohren;
Sage, was Starenbergs Heldenfaust kan,
Hat Er dich, Bluthund, nicht tapfer geschohren?
Die Janitscharen und Spahi zusammen
Wurden vertilget durch Schwerdter und Flammen.

Sage, wie schmecket der Wiener Confect?
Sind dir die Bohnen im Magen verrostet?
Hastu Graf Starenbergs Speise geschmeckt,
Welche viel Tausend zur Zahlung gekostet?
Trolle dich, Bluthund, du Mörder der Deinen,
Dieser Spott schallet in Mahomets-Hainen.

Ist es nicht besser, Ägyptischer Bähr,
Dass du am seidenen Stricke solst hangen,
Alss dass die Christen nach deinem Begehr
Bleiben von Türcken und Tartarn Gefangen?
Packe dich, Mordhund, und eile nach Hause
Mahomets-Katze, Sultanische Mause!

Komme noch einmahl zu stürmen das Wien,
Lass dich noch einmahl im Graben erblicken,
Komme und sprenge noch einige Min,
Schaue, wie Schrote und Hagel aus Stücken
Dich und die Deinen bald werden zerschmeissen,
Dass ihr viel Tausend ins Grabe solt beissen.

Die Gemeinde anerkannte die Verdienste der Männer, die sich während der Belagerung ausgezeichnet hatten. So machte sie dem Grafen Rüdiger von Starhemberg ein Geschenk von 1000 Ducaten und befreite das seiner Gattin gehörige Haus C.-Nr. 1013 (Or.-Nr. 10) in der Krugerstraße für die Dauer des Verbleibens in der Familie von allen städtischen Steuern. Den kaiserlichen Hoffourier Georg Franz Koltschützky und seine Frau Maria Ursula belohnte sie über sein Ansuchen mit der

Schenkung eines Hauses in der Leopoldstadt (heute C.-Nr. 285, Or.-Nr. 10 Haidgasse)*).

Unermesslich waren die politischen Folgen des Ereignisses. Siegreich drang mit dem polnischen vereint das kaiserliche Heer in Ungarn unter Führung Sobiesky's und Starhemberg's vor und eroberte am 21. October 1683 Gran. Als der König von Polen hierauf mit seinem Heere in sein Land zurückgekehrt war, setzte in den folgenden Jahren (1684—1688) Prinz Karl von Lothringen den Krieg gegen die Türken mit glänzendem Erfolge fort. In den edelsten Geschlechtern Deutschlands, Frankreichs und Spaniens erwachte nach dem Beispiele des Prinzen Eugen von Savoyen ein hoher, ritterlicher Sinn. Sie eilten nach Österreich, um unter seinen Fahnen zu kämpfen und die Kraft des türkischen Reiches zu brechen. Es kamen nun die glänzendsten Tage der österreichischen Heerführung: die Eroberung von Gran (1683), die Erstürmung von Neuhäusel (1685) und Ofen (1686), die Schlacht bei Mohacs (1687), die Eroberung Stuhlweißenburgs und Belgrads (1688) und die Schlacht bei Salankemen (1691), wo Karl von Lothringen, Markgraf Ludwig von Baden und Prinz Eugen von Savoyen unsterbliche Lorbeern errangen. Von entscheidender Bedeutung wurde aber nach Übernahme des Obercommando's der kaiserlichen Armee durch Eugen von Savoyen der Sieg bei Zenta (11. September 1697), dem bald darauf der Karlowitzer Friede (26. September 1699) folgte. Seit diesen ruhmvollen Tagen war die Macht der Türken so gebrochen, dass sie aufhörten, Österreich und Deutschland gefährlich zu sein.

Noch wichtiger waren die Früchte der kaiserlichen Siege für die Gestaltung der inneren Verhältnisse des Reiches. Ganz Ungarn und Siebenbürgen, von der türkischen Herrschaft losgelöst, gelangten nunmehr dauernd in den Besitz des habsburgischen Hauses und nur mehr schwachen Widerstand konnten die nationalen Parteien der habsburgischen Herrschaft leisten. Selbst aus Serbien, Bosnien, der Walachei und einem Theile von Albanien wurden nach der Eroberung Belgrads im Jahre 1688 die Türken vertrieben.

Keine Stadt des Reiches empfand die Bedeutung der Siege der österreichischen Waffen über die Türken lebhafter als Wien. Was die Kaiser

---

*) Es ist nicht nachweisbar, dass Koltschützky Kaffeesieder war und in der inneren Stadt ein Kaffeehaus betrieb oder vielmehr für seine Verdienste durch die Ertheilung eines Kaffeehausgewerbes ausgezeichnet wurde. Koltschützky verkaufte das ihm im Jahre 1684 geschenkte Haus in der Leopoldstadt bereits wieder im Jahre 1686.

für den Aufschwung ihrer Residenz gethan, was die Bürger an Hab und Gut erworben, blieb unsicher in seinem Bestande, ohne Wert für die Zukunft, so lange Wien die Aufgabe einer Grenzfestung zu erfüllen hatte, und siegestrunkene, beuteluſtige Barbaren mit Leichtigkeit bis an seine Thore vordringen konnten. Das ganze bürgerliche Leben athmete nur innerhalb der Festungsmauern frei. Die Existenz der Bewohner in den Vorstädten war ein mühseliges Fristen von Heute auf Morgen, ein Sein voll Furcht und Sorge, das bei

Aversseite einer Medaille auf die zweite Türkenbelagerung.

dem nie ruhenden Kriegslärm in Ungarn und der Türkei plötzlich zugrunde gerichtet werden konnte. Erst nach der gänzlichen Vertreibung der Türken konnte man auf dauernd begründete Zustände rechnen, hoffen, dass sich im Osten ein fester Schutzwall gegen türkische Barbarei erheben werde. Den Prinzen Eugen, der bei Zenta die Macht der Türken dauernd gebrochen, feierten deshalb im Gefühle der Bedeutung dieser That die Bürger nicht blos als den Retter des Reiches, sondern auch als den Schirm und Schutz Wiens.

Nach der zweiten Türkenbelagerung wandten sich die Bürger an den Kaiser um Erfüllung mehrerer Bitten zur Hebung des tief gesunkenen

Gemeinwesens. Sie baten um die Erweiterung des Burgfriedens, um Ersatz für die Häuser, welche in den Bau der neuen Kirchen und Klöster einbezogen wurden, Zurückzahlung der Geldvorschüsse an den Hof und der Pestauslagen, Steuerbefreiung auf vier bis sechs Jahre, Nachsicht der Toleranzgelder, Erneuerung des Verbotes der Einfuhr fremder Weine, Verminderung der Monopole und des Leutgebens durch die Hofbediensteten und Stadtquardiasoldaten, und endlich um ein Mandat an die Geistlichen, dass

Reversseite einer Medaille auf die zweite Türkenbelagerung.

sie die Kinder der Bürger bei noch zartem Alter nicht in die Klöster lockten und ihre Töchter gegen den Willen der Väter zu „unanständigen Heiraten" verleiteten. Der Kaiser ließ sich, indem er die Bürger auf bessere Zeiten vertröstete, in seiner Erwiderung am 5. Juli 1684 nur zur Erfüllung einzelner Bitten herbei. Die Regierung konnte auf eine Gewährung von Geldvorschüssen nicht eingehen, weil sie, oft selbst in den bittersten Geldverlegenheiten, vollauf mit Plänen zur Erhöhung des Staatseinkommens, und zwar durch die Vermehrung der Zölle, Mauten und Aufschläge auf fast alle Lebensbedürfnisse, beschäftigt war! Frühere Versuche, durch die

Steigerung der Productionsfähigkeit der Industrie den Wohlstand zu vermehren, waren an der heillosen Gebarung, die sich des Kaisers Finanzminister Graf Sinzendorf zuschulden kommen ließ, gescheitert — eine Gebarung, welche von den Gerichten mit Diebstahl, Meineid und Betrug qualificiert wurde. Um sich neue Finanzquellen zu eröffnen, betrieb der Staat selbst, freilich mit kläglichstem Erfolge, einzelne Industriezweige monopolistisch oder ertheilte einzelnen Personen Monopole. Ideen, wie sie der vom Kaiser in seinen Dienst übernommene Nationalökonom Johann J. Becher und später Wilhelm von Schröder im Interesse der Hebung der Industrie aussprachen, fanden noch keinen fruchtbaren Boden. Die Geldnoth erstreckte sich bis auf die Bedürfnisse des Hofes und gieng so weit, dass man wiederholt keine Couriere absenden konnte und sich eines Tages sogar die Hofmusikanten vor den Augen des Kaisers zu spielen weigerten, weil die Monatsgage ausgeblieben war.

Gegen die Geistlichkeit offen aufzutreten, hielt man aus politischen Gründen für nicht zulässig. Denn gerade am Ende des XVII. Jahrhunderts stand in Wien der Katholicismus in höchster Machtfülle, und der Einfluss der Geistlichkeit erstreckte sich nicht bloß auf religiöse, sondern auch auf weltliche Fragen, sowohl am Hofe, wie in den Häusern des Adels. Insbesondere die Jesuiten hatten unter K. Leopold I. an Macht derart gewonnen, dass sie selbst den Bischof von Wien und die übrigen geistlichen Orden vollständig in Schatten stellten, und die kaiserlichen Beichtväter, die aus ihnen genommen wurden, an den öffentlichen Aufzügen zu Pferde theilnahmen. Trotz dieser Bevorzugung waren im Jahre 1697 Gerüchte über eine Verschwörung der Jesuiten gegen den Kaiser und den römischen König hier in Umlauf, und es ist bezeichnend für die Stimmung gegen diesen Orden, dass diesen Gerüchten auch Glauben geschenkt wurde, so dass er, um sich von den Beschuldigungen zu reinigen, den Kaiser veranlasste, persönlich den bösen Gerüchten entgegenzutreten.

Es gab wohl eine Zeit, wo K. Leopold, angeregt durch den spanischen Franciscaner Spinola, den späteren Bischof von Wiener-Neustadt, in Deutschland eine Union zwischen Katholiken und Protestanten angestrebt hatte. Diese mildere Auffassung kam aber keineswegs in seinen Ländern zur Geltung. Hier trat der Kaiser, insbesondere nach der großen ungarischen Verschwörung, fortdauernd gegen diejenigen seiner Unterthanen, welche Anhänger der protestantischen Lehre blieben, mit Strenge auf. So verbot er den evangelischen Herren und Landleuten am 26. Jänner 1683 in Wien in den Häusern der dänischen und kurbrandenburgischen Gesandten dem Gottes-

dienste beizuwohnen. Wiederholt wurden die evangelischen, fremden Kaufleute, welche sich hier niedergelassen hatten, bestimmt, sich dem Katholicismus anzuschließen. Demungeachtet hatten die Protestanten ihren Anhang, und in St. Ulrich — einem Dorfe, das der inneren Stadt ganz nahe lag — zählte man noch zu Ende des XVII. Jahrhunderts nahe an 200 evangelische Bewohner. Diese Abneigung des Kaisers wurzelte in der Überzeugung, dass die Protestanten seinem Hause feindlich gesinnt seien. Nur in der Pflege des katholischen Glaubens ersah man das Mittel, sich allen Einfluss auf das Volk zu wahren, und in den Jesuiten die rührigsten Organe, diesen zur Geltung zu bringen. An der Hochschule hielten sie die Jugend durch rethorische und poetische Tändeleien in bequemer Zucht. Philosophie ward nur vom Standpunkte der kirchlichen Autorität gelehrt, der Religionsunterricht in allen Classen ihres Lehrplanes eingeführt und eine vornehme Geringschätzung gegen nationale Sprache und Bildung verbreitet. Auf das Volk wirkten sie durch Missionen und Predigten, durch Processionen und Andachten und die höchste Entfaltung äußeren Glanzes bei den kirchlichen Ceremonien. Den mächtigsten Hebel, die Geister in Abhängigkeit von der Kirche zu bringen, erkannte man in der Vermehrung der religiösen Bruderschaften. In jedem Stand und jeder Zunft entstanden diese Vereine, welche zugleich der Geistlichkeit beträchtliche Geldmittel zuführten. Die Bruderschaften förderten und erhöhten den Glanz der Processionen und Wallfahrten. Es ist unglaublich, wie groß die Zahl der letzteren in Wien war. Sie fielen jährlich in die Zeit vom April bis anfangs November und erreichten im Jahre 1702 die Zahl von 60, die theils von einer Kirche zur anderen in der Stadt und den Vorstädten, theils in Wallfahrtsorte der Umgebung Wiens unternommen wurden. Es gab aber keine Procession und keine Andacht, die nicht zugleich mit einer Predigt verbunden war. — Einem Augustinermönch jener Zeit, Abraham a Santa Clara, danken wir den Einblick in das Treiben der Geistlichkeit, in die sittliche Verkommenheit und Rohheit der Gesinnung, in der ein großer Theil der Mönche lebte. Seitdem der Katholicismus wieder uneingeschränkt herrschte, war er in denselben Zustand gerathen, wie bei dem Beginne der Reformation. Dieselbe Verwilderung und Rohheit überkam auch das Volk, mit dem die Geistlichkeit in innigster Berührung stand, und es kann nicht befremden, dass ein förmliches Schreckenssystem in Anwendung kommen musste, um Blasphemien unerhörter Art entgegen zu treten. Im Jahre 1688 durchstach ein Mann das Jesukind auf einem Marienbild mit einem Degen. Im Jahre 1697 lästerte ein 19jähriges Mädchen im Zuchthaus die Hostie, im Jahre 1702 zerschnitt ein Mädchen

eine Hostie, im Jahre 1705 spie ein anderes sie nach der Communion aus, und in den Jahren 1713—1715 wurden 15 Personen wegen Zerbrechens des Crucifixes und anderer Gotteslästerungen hingerichtet. Fälle von Kindesmord häuften sich so stark, dass im Jahre 1706 ein eigenes Patent dagegen erschien. Diese Erscheinungen zeigen, welch schwache Wurzel im Volke das religiöse und sittliche Bewusstsein gefasst hatte.

Mit dieser Verwilderung Hand in Hand gieng das Bettelwesen, eine traurige Nachwirkung der Kriege, welche tausende von Familien um Hab und Gut gebracht und arbeitsunfähige Krüppel oder auch Vagabunden geschaffen hatten. Die Zahl der Bettler war im Jahre 1683 so groß, dass beim Heranrücken der Türken 7000 aus der Stadt geschafft werden mussten, welche bei Tag in den Straßen und vor den Kirchenthüren standen und zur Nachtzeit Diebstähle verübten. Kaum war die Belagerung zu Ende, so kehrten sie wieder nach Wien zurück und trieben trotz der Stadtquardia, Rumorwache und der Bettlerpatente ihr Unwesen fort. Es gab aber damals noch eine besondere Gattung, die sogenannten Audienzbrüder, routinierte Betrüger, die sich den Weg zu Hof und in die Paläste des Adels zu bahnen wussten. Auf des Kaisers Gutmüthigkeit bauend, stand eines Tages solch ein Audienzbruder vor ihm und bat um ein Almosen. Nicht zufrieden mit dem, was er erhalten, griff er nach dem Tische, wo die Geldstücke lagen, und nahm sich eines derselben.

Nach dem ersten siegreichen Vordringen der Kaiserlichen im Osten hatte sich auch die Stellung Leopold's I. im deutschen Reiche gebessert, und mit größerem Vertrauen als früher blickten die Reichsfürsten auf den Schutz des Reichsoberhauptes. Als Frankreich im Jahre 1689 den Waffenstillstand mit Österreich brach und die Rheingegenden verwüstete, wurde K. Ludwig XIV. auf dem Reichstage als „Reichsfeind" erklärt, am 24. Jänner 1690 in Anwesenheit des Kaisers einmüthig Erzherzog Josef I. in Frankfurt a. M. zum römischen König gewählt und zwei Tage später die Krönung vollzogen. Am 4. März 1690 hielten der Kaiser und sein gekrönter Sohn in Wien unter ungewöhnlichen Feierlichkeiten und in Anwesenheit von Abgeordneten der Stände sämmtlicher Länder ihren Einzug.

Im Sommer 1691 wurde Wien abermals durch die in Ungarn ausgebrochene asiatische Pest in Unruhe versetzt. Umfassende Vorkehrungen wurden getroffen und, als anfangs September hier vereinzelte Fälle vorkamen, die strengste Contumaz eingeführt. Es gelang wirklich, die furchtbare Krankheit einzudämmen, so dass im Ganzen nur 36 Personen an derselben starben.

Außerordentliches Aufsehen erregte im Jahre 1696 die Ermordung des kaiserlichen Kammerherrn Graf Ferdinand von Halleweil. Seit November 1695 verweilte Prinz Karl Josef de Ligne als Vertreter Portugals am kaiserlichen Hofe und hatte in der kurzen Zeit seines Aufenthaltes durch seinen fabelhaften Aufwand und seine besonderen Liebhabereien viel von sich reden gemacht. Zu den Cavalieren, mit welchen der Prinz in näherem Verkehr stand, gehörte Graf Halleweil. Beide vereinigte die Liebe zu seltenen antiken Medaillen und zu hohem Spiel. Eines Tages verlor der Prinz eine sehr bedeutende Summe — man sprach von 50.000 Gulden — an Graf Halleweil. Ersterer erklärte sich wohl bereit, dem Grafen die Summe zu bezahlen, nahm ihm aber das Versprechen ab, über die Schuld gegen jedermann Stillschweigen zu beobachten, ein Versprechen, welches dieser nicht gehalten zu haben scheint. Am 10. August 1696 fuhren beide auf die Jagd in den Wienerwald, während welcher Graf Halleweil in der Nähe von Purkersdorf durch einen gedungenen Italiener ermordet wurde. Ganz Wien hielt sich überzeugt, dass diesen Mord Prinz de Ligne aus Geiz und Rache veranlaßt hatte, wiewohl kein Beweis beigebracht wurde, und die Aufregung im Volke war so groß, dass der Gesandte als Mönch verkleidet sich aus Wien flüchten musste. Er wurde in Schottwien angehalten, jedoch auf Befehl des Kaisers wieder frei gelassen. In Portugal zog der König den Prinzen de Ligne in Untersuchung. Da diese aber ohne Ergebnis blieb, nahm er ihn wieder in Gnaden auf.

Eine der größten Feierlichkeiten zur Verherrlichung der Wunderkraft des katholischen Glaubens fand im Jahre 1697 statt. Aus Pötsch in Ungarn wurde auf Befehl des Kaisers ein Marienbild aus der dortigen griechisch-unirten Pfarrkirche gebracht, von welchem durch Zeugen, worunter sich auch der Feldmarschall-Lieutenant Graf Corbelli befand, angeblich erwiesen wurde, dass aus den Augen häufig Thränen flossen. Dieses Bild wurde am 7. Juli 1697 in die neue kaiserliche Favorita (Wieden) gebracht, daselbst mit Gold und Edelsteinen geschmückt, und mit demselben durch drei Monate Processionen in allen Kirchen der Stadt abgehalten, worauf es auf den Hauptaltar des St. Stephansdomes kam. Während dieser Processionen traf die Nachricht von dem glorreichen, entscheidenden Siege des Prinzen Eugen bei Zenta über die Türken ein. Seit dieser Zeit wollte man in den Augen des Bildes keine Thränen mehr wahrgenommen haben.

Wenige Monate vor dem Karlowitzer Frieden mit der Pforte (26. Jänner 1699), welcher die Grundlagen zur künftigen Machtstellung Österreichs gegen Osten schuf und die Herrschaft der Türken auf die unteren

Donauländer beschränkte, besuchte den Kaiser in Wien sein neuer Bundesgenosse, Czar Peter der Große. Derselbe hielt am 26. Juni 1698, Abends 9 Uhr, im Gefolge einer Gesandtschaft incognito vom Tabor aus seinen Einzug. K. Leopold I., der auf diesen Besuch einen hohen Wert legte, erwies seinem Gaste die größten und schmeichelhaftesten Ehren. Er richtete ihm den Palast des Grafen Königseck in Gumpendorf prachtvoll ein und hatte am darauffolgenden Tage mit ihm in der Galerie der Favorita (Wieden) seine erste Zusammenkunft. Czar Peter erregte durch sein ganzes Wesen das lebhafteste Interesse der Wiener. Von Wissbegierde erfüllt, schenkte er alle Aufmerksamkeit den Merkwürdigkeiten der Stadt und den Einrichtungen des kaiserlichen Heeres. Er conferierte viel mit den bedeutendsten Staatsmännern und Generälen, insbesondere fesselte seine Neugierde der berühmte Türkenbesieger Prinz Eugen. Von seinen sonstigen Extravaganzen hielt er sich hier zurück und bezähmte selbst seine Derbheit. Am 29. Juni 1698 veranstaltete der Kaiser zu Ehren seines Namensfestes im Palaste des Grafen Königseck ein großes, musikalisches Fest sammt Ball und Feuerwerk und am 11. Juli in der Favorita ein prachtvolles Costümfest, auf welchem die Prinzen und der Adel in Trachten der Bewohner der europäischen Länder erschienen. Der Kaiser und die Kaiserin waren als Wirt und Wirtin und der Czar als friesländischer Bauer verkleidet. Bei dem Bankette brachte der Kaiser in einem Krystallglas die Gesundheit des Czars aus, welcher diese Freundlichkeit in herzlichen Worten erwiderte, in seiner Ungezwungenheit aber dem Kaiser das Glas vom Munde wegnahm und dasselbe bis zur Neige leerte, worauf dieser es seinem Gaste zum ewigen Andenken schenkte. Erst am 30. Juli 1698 reiste der Czar von Wien ab, nachdem er früher dem Hofe durch seinen Gesandten kostbare Geschenke hatte übergeben lassen.

Während der Anwesenheit des russischen Czars erfüllte der Kaiser zur Förderung der Entwicklung Wiens nach vieljährigen Verhandlungen eine der dringendsten Bitten der Bürger. Am 15. Juli 1698 erweiterte er den Burgfrieden. Wie nothwendig dieses Privilegium war, bezeugt die Thatsache, dass die Zahl der bürgerlichen Häuser, welche noch im XV. Jahrhundert 5200 betragen hatte, nunmehr auf 550 in der Stadt und auf 450 vor der Stadt zusammengeschmolzen war, indem die übrigen theils zu Collegien und Klöstern verbaut, theils von städtischen Steuern befreit, an 300 Häuser durch die Belagerung zerstört und mehr als 60 Häuser zur Erweiterung des fortificatorischen Rayons abgebrochen worden waren. Durch dieses Privilegium erhielt das Wiener Gemeindegebiet im Ganzen jene Grenzen, wie sie noch heute bestehen.

Nach langen Erwägungen über die Wahl der Gemahlin des Thronfolgers K. Josef I. entschied sich der Hof noch in demselben Jahre für die Prinzessin Wilhelmine Amalia, Tochter des Herzogs Friedrich zu Hannover, und zwar, wie gleichzeitige Schriftsteller bemerken, wesentlich in der Erwartung, dass ihre körperliche Beschaffenheit den künftigen Bestand des Hauses Österreich sichern werde. Der Trauungsact wurde am 15. Jänner 1699 durch Procuration in Modena vorgenommen, worauf die junge Königin mit großem Gefolge an den kaiserlichen Hof abreiste. Nachdem sie von ihrem Gemahl in Melk begrüßt worden war, traf sie am 21. Februar in Ebersdorf ein und hielt am 23. Februar 1699 von der Favorita aus ihren Einzug in Wien. Alles vereinigte sich, um die Vermählung mit größtem Glanze zu feiern, wobei die ungarischen Magnaten sich besonders hervorthaten. Triumphpforten schmückten die Straßen der Stadt und vom Stubenthore bis zur Stephanskirche und von hier bis zur Burg bildeten die uniformirten Bürger und Niederläger Spalier. Der Einzug sammt der Einsegnung im Dome dauerte von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. Nach der Hoftafel zogen sich die Neuvermählten in ihre Gemächer zurück. Der Biograph Josef's I. vergisst nicht hervorzuheben, dass der Kaiser und die Kaiserin im Schlafgemache so lange verweilten, bis Gräfin Caraffa und Fürstin Lobkowitz die Königin ausgekleidet und zu Bette gebracht hatten und der König gleichfalls ausgekleidet war. Nach einigen Tagen begannen die Vermählungsfeste. Am 28. Februar fanden eine prächtige Serenade auf dem Burgplatze mit allegorischen Gruppen, am 1. März großes Feuerwerk und am 2. und 3. März Ball und Theater statt.

Wenige Tage nach Beendigung der Feste zeichnete der Kaiser den Hofbanquier Samuel Oppenheimer, der seit mehr als zwanzig Jahren dem Hofe und dem Staate durch seine weitverzweigten Verbindungen und durch seinen Credit Dienste geleistet hatte, wegen seines großen Einflusses aber auch von den christlichen Banquiers, darunter besonders von Schreivogel, gehasst wurde, durch das Privilegium der Steuerbefreiung und der Erwerbung von Grund- und Hausbesitz in der Stadt aus. Dieses seltene Privilegium erregte unter den Bürgern großes Aufsehen, und sie besorgten, dass es Oppenheimer und seinem Collegen Wertheimer mit der Zeit gelingen werde, auch anderen ihrer Glaubensgenossen das Recht der Besitzfähigkeit in der Stadt zu verschaffen. Ein Jahr später gaben die unteren Volksclassen ihre Stimmung bei einem geringfügigen Anlasse zu erkennen. Am 22. Juli 1700 standen Diener Oppenheimer's vor dem Hause ihres Herrn auf dem Petersplatze (Or.-Nr. 15 zur „Brieftaube" in der Freisingergasse) und lachten über

zwei Schornsteinfeger, die sich vor dem daselbst befindlichen Bierhause gütlich thaten. Dies genügte, um einen Auflauf zu veranlassen, da man in dem Benehmen der Diener eine Verspottung der Christen erblickte. Sie wurden geprügelt, das Haus Oppenheimer's gestürmt, die Cassen geplündert, die Handelsbücher vernichtet und die Einrichtungsgegenstände zum Fenster hinausgeworfen. Schon war das Volk bereit, die Wohnungen aller Juden zu stürmen, als das Standrecht publiciert, Kanonen auf dem Petersplatze aufgeführt und am folgenden Tage zur Abschreckung von weiteren Gewaltthätigkeiten ein Schwertfeger- und ein Schornsteinfegergeselle an einem Fenster des Oppenheimer'schen Hauses aufgehängt wurden. Zur Beschwichtigung der aufgeregten Gemüther wurden am 18. September die Judengarküchen verboten, die fremden Juden ausgewiesen und den auf dem Petersplatze wohnenden Juden untersagt, sich am Fenster zu zeigen, wenn das Allerheiligste vorübergetragen wurde.

In Ausführung des Karlowitzer Friedens hatte der Kaiser im Jänner 1699 eine große Botschaft unter Führung des Grafen Wolfgang Öttingen mit reichen Geschenken für den Sultan, dessen Familie und Minister nach Konstantinopel entsendet. Im Jahre 1700 erwiderte sie der Sultan mit einer noch glänzenderen Botschaft, die am 30. Jänner in Wien mit großen Ceremonien ihren Einzug hielt. Unter den zahlreichen Geschenken wurden gerühmt: ein prachtvolles Zelt, ein Federbusch mit 52 Diamanten, ein Pferdezaum mit 531 Diamanten und 338 Rubinen, ein Steigbügel von Gold mit 128 Diamanten und 204 Rubinen, ein Sammtsattel mit Perlen, Smaragden und Gold durchwirkt, ein Pferdezaum mit Gebiss von Gold, 112 Smaragden, 387 Rubinen und 99 Diamanten, arabische Pferde, persische Teppiche und Stoffe und zwei Leoparden mit persischem Brocat überdeckt und mit silbernen Ketten gefesselt. Am 9. Februar 1700 empfieng der Kaiser in feierlicher Audienz den Botschafter, welcher voll Unterwürfigkeit seinen Mantel küsste. An demselben Tage machte der Gesandte auch dem Hofkriegspräsidenten Grafen Rüdiger von Starhemberg, dem Vertheidiger Wiens im Jahre 1683, seinen Besuch.

Am 1. November 1700 starb König Karl II. von Spanien. Dieser bei der schwächlichen Natur des Dahingeschiedenen lang erwartete Todesfall führte neue Kriege herbei. Der Kaiser machte für sich ein Erbrecht geltend und übertrug es auf seinen jüngeren Sohn Erzherzog Karl. König Ludwig von Frankreich berief sich dagegen auf ein Testament Karl's II., das Philipp von Anjou zum Erben des spanischen Reiches eingesetzt hatte. Die Behauptung des habsburgischen Erbrechtes gegenüber den französischen Ansprüchen betrach-

teten der Kaiser und Prinz Eugen als eine Sache von größter Bedeutung für die kaiserliche Machtstellung in Italien, den Niederlanden und Deutschland. Des Kaisers Verbündete waren England und Holland, und auch Friedrich von Preußen stellte sich um den Preis der Erhebung seines Landes zu einem Königreich auf dessen Seite. Zu Frankreich standen die Kurfürsten von Baiern, Köln, Braunschweig und Savoyen. Die übrigen Reichsfürsten dagegen hielten den Erbfolgekrieg für eine Angelegenheit, die nur das Haus Habsburg, nicht das Reich unmittelbar berühre und hielten sich für berechtigt, nur vom Standpunkte ihrer persönlichen Interessen vorzugehen. Erst im Jahre 1702, nachdem Prinz Eugen bereits glänzende Siege in Italien erfochten, beschloss auch das deutsche Reich seine Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich.

Während des Krieges hatte sich die Lage der kaiserlichen Regierung durch eine im Jahre 1701 in Ungarn und Siebenbürgen entdeckte Verschwörung gegen das Leben des Kaisers, an deren Spitze Fürst Franz Rakoczy von Siebenbürgen stand, verschlimmert. Die Veranlassung hiezu gab die Unzufriedenheit eines Theiles der Ungern über die Verkümmerung ihrer nationalen Selbständigkeit nach dem letzten Türkenkriege, die Nichteinberufung des Reichstages, den fortdauernden Aufenthalt der deutschen Truppen in Ungarn, die hohe Besteuerung des Salzes, die Entvölkerung und die Verheerung des Landes und die Schmälerung des Handels und des Weinbaues durch die deutsch-österreichischen Grenzzölle. Als die Regierung von der Verschwörung und den geheimen Verabredungen mit Frankreich Kenntnis erhalten hatte, nahm sie Franz Rakoczy gefangen und ließ ihn am 29. Mai 1701 nach Wiener-Neustadt bringen. Während des Gerichtsprocesses gelang es aber Rakoczy durch Verrath nach Polen zu entfliehen, wo er, unterstützt von dem französischen Gesandten, die Vorbereitungen zum Aufstande in Ungarn und Siebenbürgen traf.

Der Krieg gegen Frankreich wurde in Deutschland mit abwechselndem Erfolge geführt. König Josef I. begab sich am 26. Juni 1702 nach dem Kriegsschauplatze zur Theilnahme an den Kämpfen. Nur mit Widerstreben gab der Kaiser, besorgt um das Leben des Kronprinzen, seine Zustimmung und gelobte zu Ehren des heil. Josef in Wien eine Denksäule errichten zu wollen, wenn er gesund zurückkehren würde. Nachdem K. Josef I. der Belagerung der Festung Landau bis zu deren Übergabe am 12. September 1702 beigewohnt hatte, kehrte er wieder nach Wien zurück. — Glücklicher als in Deutschland waren die Franzosen in Italien. Es gelang ihnen im Jahre 1703 unter Vendome in Tirol einzubrechen, während Villars, das deutsche Heer umgehend, sich mit dem Kurfürsten von Baiern ver-

einigte, um im Bunde mit den aufständischen Ungern, die von Rakoczy geführt wurden, auf Wien vorzurücken. Prinz Eugen, die Größe der die innere Stadt und die neu entstandenen Vorstädte bedrohenden Gefahr erkennend, drang darauf, Wien in Vertheidigungszustand zu setzen. Am 7. October 1703 wurde die Verproviantierung der Stadt und am 16. Jänner 1704 die Inangriffnahme der Vertheidigungsmaßregeln und eine außerordentliche Steuer zur Erlangung der Geldmittel angeordnet. Am 19. Februar 1704 schlug Prinz Eugen vor, nicht nur die Festungswerke in die Vertheidigung einzubeziehen, sondern auch die Vorstädte zu ihrer Sicherung mit einer Defensionslinie aus Gräben und Palissaden zu umgeben, und die Leopoldstadt zu befestigen. Am 13. März 1704 geriethen die Bewohner der Vorstädte auf die Nachricht von der Ankunft der Kuruzzen in St. Marx in solche Bestürzung, dass sie aus den Häusern flohen und ihr Hab und Gut im Stiche ließen. Der Kaiser genehmigte den Plan Eugen's; am 26. April begann der Bau der Linienwälle und am 11. Juni waren sie nothdürftig vollendet. Alle Bewohner der Stadt und Vorstädte zwischen 18 und 60 Jahren mussten Schanzarbeit verrichten oder einen Stellvertreter stellen. Die Bewachung und Vertheidigung der Linien hatten die Bürger gemeinschaftlich zu übernehmen. Wiewohl die Kuruzzen sich am 11. Juni bis nach Schönbrunn gewagt und Zwölfaxing, Mannswörth und Hainburg niedergebrannt hatten, so kam es doch zu keinem Kampfe. General Heister's Sieg über Rakoczy's Scharen bei Tyrnau am 26. September 1704 sicherte die Stadt vor einem ernsten Angriff. Schon früher, am 13. August 1704, hatten Prinz Eugen und Marlborough bei Hochstädt die Franzosen und Baiern so glänzend besiegt, dass die feindlichen Heere in Gefangenschaft gerathen waren und erstere sich über den Rhein zurückzogen, worauf Erzherzog Karl nach Spanien reiste und von dem streitigen Erbe Besitz ergriff.

Wenige Monate darauf (5. April 1705) beschloss Kaiser Leopold I. sein Leben, das Reich im Zustande tiefer Erschütterung und Erschöpfung zurücklassend. Noch auf dem Sterbebette drang er auf die Erfüllung seines Gelübdes wegen Errichtung einer Denksäule des heil. Josef, welche auch auf dem Hohen Markt aufgestellt wurde. Er starb, wie er gelebt hatte, sagt der venetianische Botschafter Dolfin von ihm, mit allen äußeren Zeichen wahrhaft christlicher Frömmigkeit und mit jener Charakterstärke, die ein Cäsar an den Tag legen muss, wenn er in das Grab hinabsteigt.

Kaiser Josef I. bestieg den Thron in der Blüte seines Lebens. Voll Lebenslust und heiteren Sinnes und von schöner äußerer Erscheinung, besaß

er einen vorurtheilsfreien Blick in der Auffassung der staatlichen Verhältnisse aber nicht den Ernst und die Ausdauer, um sich mit Eifer den Staatsgeschäften zu widmen. Ein Zögling des pfälzischen Weltgeistlichen Franz von Rummel, hatte Josef I. eine große Abneigung gegen die Jesuiten, insbesondere gegen deren Einmengung in Politik, die sie, wie unter Leopold I. die Verbindungen der Jesuiten mit dem französischen Hofe bezeugten, immer nur im römischen Interesse betrieben. Prachtliebend und freigebig, mehr als es die Finanzlage des Staates erlaubte, entwickelte er einen lebhaften Sinn für Kunst und zog zahlreiche Künstler an seinen Hof. Dieselbe Lebhaftigkeit des Geistes und vielseitige Bildung entwickelte auch seine Gemahlin, die Prinzessin Amalie von Hannover. Nach den großen Veränderungen, die K. Josef I. nach seinem Regierungsantritte in den wichtigsten Stellen vornahm, erwartete man auch eine durchgreifende Umgestaltung in allen Zweigen der Verwaltung. In seiner Vergnügungssucht kümmerte er sich aber mehr um die Jagd und das Theater als um die Staatsgeschäfte. Ungehört verhallten die Vorstellungen, Ermahnungen und Bitten Eugen's, energisch in die Herstellung einer neuen Staatsordnung einzugreifen, das Kriegswesen und die Finanzen zu ordnen und das Reich vor seinem Zerfalle zu retten. Denselben Hass, wie der Vater gegen Frankreich nährend, setzte Josef nur den spanischen Erbfolgekrieg mit Nachdruck fort. Eugen und Marlborough, Guido von Starhemberg und Ludwig von Baden fochten in Italien, Deutschland, Spanien, den Niederlanden und Belgien mit Glück gegen die Franzosen, ohne aber eine Besserung der politischen Lage des Reiches erzielt zu haben, weil immer neue Feinde auf dem Schauplatze auftraten, so auch K. Karl XII. von Schweden, der nach der siegreichen Bezwingung Sachsens und Polens die Nordgrenze Österreichs bedrohte. Schon hoffte man in Wien, dass der mit großen Opfern erkämpfte Sieg bei Malplaquet (1709) eine entscheidende Wendung herbeiführen werde, als in England Marlborough gestürzt wurde. Sein Nachfolger entschied sich gegen die weitere Fortsetzung des Krieges, wodurch Österreich eine kräftige Stütze verlor.

Für Wien war übrigens die Regierung des Kaisers nach mehrfacher Richtung hin von Bedeutung. Zur Hebung und Bildung des künstlerischen Geschmackes wurde die schon seit dem Jahre 1692 als Privatanstalt unter der Leitung des Hofmalers Peter von Strudel stehende Schule für Malerei, Bildhauerei und Baukunst in eine öffentliche, kaiserliche Akademie der Künste umgestaltet und am 18. December 1705 eröffnet.

Wenige Monate später fand die Gründung der Wiener Stadtbank statt, wozu die Handelskrisis, welche seit der Crida des Hofbanquiers

Oppenheimer im Jahre 1703 bestand, wesentlich beitrug. Bei dessen großer Geschäftsverzweigung war nämlich die Wiener Kaufmannschaft in großer Verlegenheit, weil der Staat an Oppenheimer seinen bedeutendsten Geldgeber verlor und bei dem tief erschütterten Credite der Finanzen alles eine Zahlungsunfähigkeit des Staates besorgte. Stand es ja so schlimm, dass Prinz Eugen am 3. October 1703 an Guido Starhemberg schrieb: „Ja, wenn die ganze Monarchie auf der äußersten Spitze stehen und wirklich zugrunde gehen sollte, man aber nur mit 50.000 Gulden oder noch weniger in der Eile aufhelfen könnte, so müsste man es eben geschehen lassen und vermöchte dem Übel nicht zu steuern." Die Regierung schritt endlich zu einem neuen, ihr schon seit 50 Jahren fort und fort empfohlenen Mittel, nämlich zur Gründung einer Zettelbank, wie solche schon lange in Venedig, Hamburg, Amsterdam und Nürnberg bestanden. Die Banco del Giro verfolgte den Zweck, das Außerlandgehen der baren Geldmittel aufzuhalten und den Handel zu heben. Die Wiener Kaufleute erblickten aber in dem Institut nur ein Zugeständnis an die jüdischen Geldmäkler und betrachteten es mit entschiedenem Misstrauen. Nebstbei geschah es, dass sich Männer wie Karl Eusebius Liechtenstein und Traun, die allgemeines Vertrauen genossen, von den Geschäften der Bank zurückzogen. Wäre die Nothlage nicht so groß gewesen, so hätte die Regierung das Banksystem wahrscheinlich wieder fallen gelassen. Auf Vorschlag des Grafen Gundaker von Starhemberg entschloss sich aber K. Josef I. ein neues Project ausarbeiten zu lassen. Der neuen Bank wurde die Aufgabe gestellt, die alten Staatsschulden innerhalb von 15 Jahren zu bezahlen. Zur Gewinnung des öffentlichen Vertrauens sollte sie vollständig unabhängig von den Organen der Regierung sein, zu welchem Zwecke ein Übereinkommen mit dem Wiener Stadtrathe geschlossen wurde, wonach dieser die Verantwortung für die statutenmäßige Führung der Bankgeschäfte in Wien zu übernehmen hatte. Der Kaiser gab zur Wiener Stadtbank am 24. December 1705 seine Zustimmung und am 1. März 1706 begann sie ihre Wirksamkeit. Es war das das erste Mal, dass der Staat sich aus den Händen der Banquiers zu befreien versucht und die Mithilfe der Bürger in Anspruch genommen hatte, um seinen finanziellen Credit zu heben.

Während des Inslebentretens der Stadtbank, am 17. Jänner 1706, fand neuerdings ein Judentumult statt, der zugleich von der im Volke herrschenden und gegen die Regierung gerichteten, aufgeregten Stimmung Zeugnis gibt. Abermals wurde Oppenheimer's Haus der Ausgangspunkt des Excesses. An dem erwähnten Tage rotteten sich Studenten

und Handwerker ohne irgend eine bekannte Veranlassung vor dessen Wohnung zusammen und verlangten die Ausweisung der Juden. Als sie nichts ausrichteten, zogen sie gegen die Burg, zertrümmerten an 300 Laternen und verübten solche Excesse, dass das Militär und die Stadtguardia Feuer gab, wobei sieben Excedenten todt auf dem Platze blieben. Von der Stadt zog der Volkshaufe durch die Alservorstadt und Liechtenthal, wo er stahl und raubte, nach Nussdorf und plünderte hier den Weinkeller eines Juden und eines geistlichen Freihofes. Die Regierung war wegen der Betheiligung der Studenten und der Saumseligkeit des akademischen Senates bei deren Bestrafung nicht abgeneigt, der Universität die Jurisdiction zu entziehen, worauf aber der Kaiser nicht eingieng. Zur Beschwichtigung des Volkes ordnete die Regierung am 3. November 1706 eine strenge Controle an den Stadtthoren über alle sich einschleichenden, nicht concessionierten Juden an.

In der bedenklichsten Lage des Reiches starb K. Josef I. an den Folgen der Blattern (17. April 1711). Es lässt sich schwer vorausbestimmen, welche Wendung dieses Ereignis herbeigeführt haben würde, insbesondere in einer Zeit, wo man in der Politik vor der Anwendung der verwerflichsten Mittel nicht zurückschreckte, wenn nicht Männer wie Prinz Eugen, Fürst Trautson, Freiherr von Seilern, Graf Wratislaw und Graf Palffy dem Throne nahe gestanden hätten, welche in erprobter Treue und großer Thatkraft nur das Beste der Dynastie im Auge hatten. K. Josef I. starb ohne männlichen Erben; der Thronfolger war sein Bruder, König Karl III. von Spanien. Berücksichtigt man, dass gerade damals England, der mächtigste Bundesgenosse Österreichs, sich zurückgezogen und Frankreich genähert hatte, und keine Macht geneigt zu sein schien, einer Wiedervereinigung der spanischen und österreichischen Länder zuzustimmen, ferners dass in Ungarn noch immer die Verhandlungen mit den Führern der Rebellen, Rakoczy und Karoly, in der Schwebe waren, so sieht man, daß es nicht an Gefahren für den Bestand des Reiches fehlte. Unter Mitwirkung jenes Kreises hervorragender Staatsmänner, an deren Spitze Prinz Eugen stand, gelang es aber, die großen Schwierigkeiten der Lage zu überwinden.

Unmittelbar nach dem Tode K. Josef's I. entschied sich der geheime Rath für die Einsetzung einer Regentschaft, welche des Kaisers Mutter, Eleonora, zu führen hatte. Gleichzeitig wurden Einleitungen zur Kaiserwahl in Frankfurt getroffen, in allen Erbländern das Militär und die Beamten in Eid genommen und die Verhandlungen mit den ungarischen Insurgenten auf den noch von K. Josef I. genehmigten Grundlagen abgeschlossen. Am 22. December 1711 fand die Krönung in Frankfurt a. M. statt, und

am 26. Jänner 1712 hielt K. Karl VI. in Wien seinen Einzug. Dieser, von ernstem, aber im vertrauten Verkehr sehr gewinnendem Wesen, besaß wohl Scharfsinn, aber nicht den weitschauenden Blick des Staatsmannes, welcher es allein möglich macht, den kommenden Ereignissen die Spitze zu bieten. Oft unschlüssig und schwer zu einer Entscheidung zu bringen, hemmte er nicht selten das Eingreifen in wichtige politische Actionen. Was den Kaiser aber ehrte, war die Treue des gegebenen Wortes und das Streben, den geistigen und materiellen Aufschwung seiner Länder zu fördern.

Bald nach seinem Regierungsantritte, am 19. April 1713, kam ein für die Zukunft des Reiches wichtiges Staatsgrundgesetz, die pragmatische Sanction, zustande, in der die Einheit und Untheilbarkeit der Monarchie ausgesprochen und die Erbfolgeordnung in der Weise geregelt wurde, dass weibliche Erben nach dem Grad ihrer Verwandtschaft mit dem Kaiser ebenso wie leibliche Manneserben desselben zur Besteigung des Thrones fähig sein sollten. Vorläufig wurde aber dieses Staatsgrundgesetz geheim gehalten und erst in späteren Jahren die Zustimmung der Stände der einzelnen Länder und der europäischen Cabinete eingeholt. Die ersten Stände, welche die pragmatische Sanction annahmen, waren jene von Niederösterreich, welche den Act in einer am 22. April 1720 abgehaltenen, feierlichen Versammlung vollzogen.

Da infolge von Englands Abfall der Krieg mit Frankreich um die spanische Erbfolge aufgegeben werden musste, so gieng durch den Frieden von Utrecht (11. April 1713) der Thron von Spanien an Philipp V. über; dafür kam durch den Rastatter Frieden (7. März 1714) ein Theil der spanischen Besitzungen in Italien und den Niederlanden an Österreich und ein Theil des von Frankreich gewonnenen deutschen Gebietes fiel wieder an das Reich zurück. In den Jahren 1716—1718, als Österreich in einen Krieg mit der Türkei gerathen war, wurde die Pforte durch den glänzenden Sieg Eugen's bei Peterwardein (1716) und die Eroberung Belgrads (1717) genöthigt im Frieden von Passarowitz (21. Juli 1718) an Österreich das Temesvarer Banat, die Walachei bis an den Alt, Bosnien bis an die Unna und Belgrad mit Serbien abzutreten. Noch während des Krieges von König Philipp von Spanien in seinen Besitzungen in Italien angegriffen, schloss der Kaiser mit England, Frankreich und Holland eine Quadrupelallianz (2. August 1718), in welcher er auf Spanien verzichtete, Sardinien an Savoyen abtrat und dagegen Sicilien erhielt. Österreichs Macht hatte sich durch diese Staatsacte mächtig gehoben, und erst in der zweiten Hälfte der Regierung

K. Karl's VI. trat ein Rückschlag ein. Um nämlich die Anerkennung der pragmatischen Sanction von Seite einzelner, mächtiger Gegner zu erwirken, musste sich der Kaiser die schwersten Opfer gefallen lassen. Er suspendierte zu Gunsten der Westmächte im Jahre 1727 die im Jahre 1722 gegründete ostindische Handelsgesellschaft und hob dieselbe durch den sogenannten zweiten Wiener Vertrag vom Jahre 1731 gänzlich auf, in welchem er auch Spanien die Besetzung der Festungen in Toscana und Parma zugestand. Er unterstützte im Jahre 1733 die Erhebung des Kurfürsten von Sachsen August III. auf den polnischen Thron, um die Anerkennung der pragmatischen Sanction von ihm zu erlangen, und gerieth dadurch in neue Kriege mit den Westmächten, welche zur Folge hatten, dass der Kaiser im Wiener Frieden vom 18. November 1738 mailändische Gebiete an Savoyen, Neapel und Sicilien an Spanien abtreten musste. Lothringen fiel an Frankreich gegen Überlassung von Toscana an den Herzog Franz von Lothringen. Die Vortheile gegen die Türken giengen durch die Unfähigkeit der Generäle Neipperg und Wallis wieder verloren, indem ihnen K. Karl VI. im Belgrader Frieden (18. September 1739) Serbien und die österreichische Walachei zurückstellen musste. Tief ward es in Deutschland empfunden, dass nebst dem Elsaß nun auch Lothringen aus vermeintlich dynastischen Rücksichten geopfert wurde!

In dieser schlimmen Lage erprobte sich zuerst die Macht eines gemeinsamen staatsrechtlichen Verbandes, den die pragmatische Sanction geschaffen hatte. Wenn von ihr auch nicht die Fundamente des Reichsverbandes berührt wurden und Österreich noch immer ein Staatenbund mit einheitlicher Spitze, die Regierung in den Händen des Adels und der Geistlichkeit blieb, so war durch sie doch der Zusammenhang der verschiedenen Länder wesentlich gekräftigt. Die Entwicklung von Centralbehörden machte es möglich, dass die ersten Bausteine zu einer besseren Verwaltung, zu Reformen in der Rechtspflege, im Kriegs- und Finanzwesen und zum Aufschwung des Handels und der Gewerbe gelegt werden konnten. Der Blick der Staatsmänner begann die Bedürfnisse des Ganzen ins Auge zu fassen und nach allgemeinen Grundsätzen vorzugehen. Man verbesserte die schlechten Verkehrsanstalten, beseitigte die Mängel der Grundbuchsführung und einen Theil der so nachtheiligen Monopole von Handelsartikeln, versuchte dem Wucher, unter dem der Gewerbsmann und Bauer litt, durch Sicherstellung des Capitals Einhalt zu thun und verhinderte das Ausströmen des baren Geldes in das Ausland, indem man den Credit der Wiener Stadtbank und das Vertrauen auf dieselbe zu steigern bemüht war. Dieser Anlauf zu einer besseren Regierung

wirkte belebend auf den Gemeingeist des Volkes und förderte in allen Classen die Opferwilligkeit gegenüber den Angriffen auf den Bestand des Reiches.

Auf das Hofleben hatten die Versuche zur Regenerierung des Staatswesens noch keinen Einfluss. Stärker als je war hier das alte spanische Ceremoniell in Schwung. Vom Morgen bis in die Nacht blieben die Stunden, für jede Jahreszeit, die Festtage des Jahres gleichmäßig eingetheilt. Spanische Sitte und Gewohnheit hatten beim Kaiser so fest Wurzel gefasst, dass sich auch seine Gemahlin, die schöne und geistvolle Prinzessin Elisabeth von Braunschweig-Lüneburg, mit welcher er seit 23. April 1708 vermählt war, wenn auch schwer, hineinfügen musste. Der Kaiser behandelte die aus Spanien mitgekommenen Mitglieder seines Hofstaates mit Vorliebe, daher auch in Wien zu keiner Zeit so viele Spanier lebten wie unter Karl VI. Diese Vorliebe war selbst von großen politischen Folgen; denn allgemein herrschte die Meinung, dass der allmächtige Günstling des Kaisers, Graf Althan seinen nicht immer nützlichen Einfluss nur seiner Gemahlin, der reizenden Spanierin Gräfin Maria Pignatelli, verdanke, mit welcher Karl VI. seit seinem Regierungsantritte in enger freundschaftlicher Beziehung stand. Graf Althan galt als das Haupt der spanischen Partei, deren Macht darin bestand, dass sie fortwährend Uneinigkeit zwischen den Ministern säete und selbst wiederholt Zerwürfnisse zwischen dem Kaiser und dem Prinzen Eugen herbeiführte.

In religiösen Angelegenheiten drang aber ungeachtet des spanischen Einflusses eine mildere Auffassung durch, wozu nicht wenig die Gemahlin des Kaisers beitrug, die einem protestantischen Hause angehörte und erst vor ihrer Vermählung zur katholischen Kirche übergetreten war. Das Schreckenssystem der Jesuiten, das über Blasphemien die Todesstrafe verhängte, ein System, das noch die Witwe Kaiser Leopold's I. während der kurzen Dauer ihrer Regentschaft aufrecht erhalten hatte, gieng zu Ende. Im Jahre 1720 wurde in Wien die letzte Person wegen Gotteslästerung hingerichtet. Hier rief die Einbuße der Jesuiten an Macht und Einfluss große Befriedigung hervor. Denn den Bürgern waren sie durch ihre Eingriffe in das Familienleben schon längst verhasst geworden, und sie konnten es nicht verwinden, dass jene die Beichte benützten, um ihre Söhne in die Klöster zu locken und ihre Töchter zu Heiraten wider den Willen der Eltern zu verleiten. Die Denkweise des Kaisers spricht sich in der Antwort aus, die er den Jesuiten auf ihr Verlangen nach einem strengen Vorgehen gegen die Protestanten gab: „Ob ich wohl Euren Eifer billige und bereit bin, die römische

Kirche mit Gefahr meines Lebens zu vertheidigen, so verlangen doch Politik, Gerechtigkeit und das allgemeine Wohl, dass ich meine protestantischen Unterthanen nicht verlasse."

Von großen politischen und kriegerischen Begebenheiten wurde Wien unter Karl VI. nicht berührt. Die innere Entwicklung der Stadt schritt ungestört fort. Mannigfache Anstrengungen wurden gemacht, dem Handel und den Gewerben einen neuen Aufschwung zu geben und das Kunstleben in neue Bahnen zu lenken. Der Bau großer und reich ausgestatteter Paläste und die prachtvolle Ausstattung der Innenräume, sowie der edle Neubau der gewöhnlichen Häuser hob den Glanz der äußeren Erscheinung der Stadt. Eine Reihe von humanitären Anstalten linderte die Noth und das Elend der ärmeren Bevölkerung.

Nur unmittelbar nach dem Regierungsantritte des Kaisers traf Wien ein harter Schlag durch den Wiederausbruch der Pest. Besorgnisse hatte man schon seit dem ersten Auftauchen der Seuche in Ungarn (1709). Man traf verschiedene Vorkehrungen, errichtete an den Linien Contumazanstalten, erneuerte die Verordnungen wegen Reinhaltung der Straßen und Wohnungen und veröffentlichte am 25. November 1712 eine Pestordnung. Demungeachtet kam die Epidemie am 7. Februar 1713 im Bürgerspital zum Ausbruch. Ein aus Ungarn angekommenes Weib, das sich in der Gebäranstalt des Bürgerspitals zu St. Clara aufhielt, starb darin unter den Erscheinungen der Seuche, worauf auch andere Frauen von derselben ergriffen wurden. Wiewohl die Pestkranken sogleich im Lazareth- und Contumazhof abgeschlossen wurden, verbreitete sich die Seuche doch mit großer Schnelligkeit in allen Vorstädten und forderte zahlreiche Opfer. Es machte einen guten Eindruck, dass der Kaiser während der ganzen Dauer der Epidemie in Wien blieb, und dass am 11. Juli 1713 auch die Kaiserin aus Spanien hier eintraf, indem dadurch der Adel und die Beamten verhindert waren, sich von dem Unglücksorte zu entfernen. Im Juni wurden die Processionen eingestellt, die Schulen geschlossen und die Abhaltung von Predigten in den Kirchen hörte auf. Am 22. October 1713 veranstaltete Karl einen feierlichen Zug nach St. Stephan und machte vor dem Hochaltar das Gelübde, dass er zur Abwendung der Pest eine Kirche zu Ehren des heiligen Karl von Borromäus bauen wolle. Im Februar 1714 hörte die Pest zu wüthen auf, nachdem sie binnen Jahresfrist 8644 Menschen (von 130.000 Einwohnern) dahingerafft hatte. Zur Erinnerung an die Befreiung Wiens von ihr wurde eine Gedenkmünze ausgeprägt, welche auf dem Avers die Ansicht der Stadt mit der Überschrift: „Wien ohne W" zeigte.

Am 13. April 1716 trat das lang erwartete Ereignis der Geburt eines Thronerben ein, welches in Wien zu großer Freude Anlaſs gab. Der Prinz wurde noch am Tage der Geburt getauft, wobei er den Namen Leopold Johann Josef und den Titel Erzherzog von Österreich und Prinz von Asturien erhielt. Abends fanden eine glänzende Beleuchtung der Stadt und der Vorstädte, Feuerwerk und Musikproductionen statt. Die Sorge um die Zukunft des Hauses Österreich war gewichen, aber nur für kurze Zeit, denn schon am 4. November 1716 starb der Erzherzog. Ein halbes Jahr später, am 13. Mai 1717, gebar die Kaiserin eine Prinzessin, welche den Namen Maria Theresia erhielt, doch gieng diese Begebenheit still und ohne besondere Kundgebungen der Freude vorüber.

Ein Ereignis von politischer Bedeutung war die Errichtung einer Schiffswerfte in Wien. Schon unter K. Leopold I. tauchte das Project auf, eigene Kriegsschiffe für die Donau zu bauen; es wurde jedoch wieder fallen gelassen, weil man den günstigen Erfolg des Unternehmens bezweifelte. Der Gedanke, von Wien aus die Donau mit Kriegsschiffen zu befahren, entsprach ganz dem unternehmungslustigen Geist K. Karl's VI., welcher sich dabei gegenwärtig hielt, dass auch die Türken vor Wien mit kleinen Kriegsschiffen erschienen waren. Er griff daher den Plan von neuem auf und berief im Jahre 1715 aus London und Hamburg Schiffsbaumeister, welche in der Gegend der heutigen Schwimmschule einen Schiffsbauplatz errichteten. Am 15. Juli 1716 wurden die ersten sieben Kriegsschiffe vom Bischof Kollonitsch eingeweiht, am 10. Juni 1717 weitere drei Schiffe vollendet. Inzwischen war aber der Passarowitzer Friede zustande gekommen, eine Verwendung der Kriegsschiffe gegen die Türken daher nicht thunlich und der Kaiser wusste nicht, was er mit dem Kriegsmaterial anfangen solle, welches eine Auslage von 273.416 Gulden verursacht hatte. Demungeachtet ließ er die Idee nicht fallen. Im Jahre 1737 begann er den Bau neuer Schiffe und warb Matrosen in Hamburg, Genua und Liverpool zu deren Bemannung; die Schiffe erreichten aber nicht die Donaumündungen, sondern giengen schon auf dem Weg zu denselben zu Grunde.

Am 3. Jänner 1720 verloren die Jesuiten durch den Tod der verwitweten Kaiserin Eleonora Magdalena ihre mächtigste Stütze. Die Verstorbene ließ ihren Leichnam in dem Kleide der Mitglieder der Gesellschaft zur Befreiung der Christen aus der Gefangenschaft der Türken, bestehend aus einem weißen Habit, einem himmelblauen Scapulier und weißem Schleier, mit einer eisernen Kette um den Leib, woran ein Todtenkopf hieng,

aufbahren und auf ihren Sarg die Worte setzen: „Eleonora, Magdalena, Theresia. Arme Sünderin".

Schon im Jahre 1715 hatten die Schuhmachergesellen in Wien ihre Arbeiten bei den Meistern wegen zu geringen Lohnes eingestellt und Tumulte in der Stadt und den Vorstädten hervorgerufen. Im Jahre 1722 erneuerten sie die Excesse in so großem Maßstabe, dass die Bewohner in nicht geringe Beunruhigung versetzt wurden. Als alle Ermahnungen zur Rückkehr in die Werkstätten erfolglos blieben, ließ die Regierung zwei der Rädelsführer hinrichten.

Unter Karl VI. wurde das Wiener Bisthum zu einem Erzbisthum erhoben. Gegen diesen Plan des Kaisers erhob der römische Hof lange Zeit Schwierigkeiten, nicht nur, weil man dort im Interesse des Passauer Bischofes eine neue Diöceseneintheilung vermeiden wollte, sondern auch deshalb, weil Bischof Kollonitsch zu Rom im Verdachte war, dass er sein apostolisches Amt gegenüber den Protestanten zu nachsichtig versehe. Am 14. Februar 1723 brachte der kaiserliche Abgesandte endlich aus Rom das erzbischöfliche Pallium für den Bischof mit, worauf dieser am 24. Februar 1723 seinen feierlichen Einzug in die Metropolitankirche hielt. Bald darauf (1727—1729) fanden Verhandlungen wegen Ausscheidung des Viertels unter dem Wiener Wald aus der Passauer Diöcese statt, welche aber wie alle vorangegangenen erfolglos blieben.

Der neue Erzbischof Kollonitsch, der früher im Verdachte gestanden hatte, sich den Protestanten gegenüber passiv zu verhalten, reinigte sich im Jahre 1736 davon durch eine dem Kaiser überreichte Beschwerdeschrift gegen das Überhandnehmen des Lutherthums in der Hauptstadt infolge der Vermehrung der Fabriken in den Vorstädten und des Aufschwunges der Gewerbe. In den Ministern des Kaisers lag aber kein Zug von Verfolgungssucht, vielmehr lebte in ihrer ganzen Denkweise eine gewisse Unbefangenheit bei Beurtheilung religiöser Fragen und, wie es die Verhandlungen mit Leibnitz wegen Gründung einer Akademie der Wissenschaften beweisen, die Überzeugung, dass das erwachte rege Interesse an wissenschaftlichen Forschungen auch in Österreich gepflegt und von den geistlichen Banden befreit werden müsse. Deshalb hatten sie die Einfuhr protestantischer Bücher, ja selbst die Niederlassung protestantischer Buchhändler gestattet und aus demselben Grunde hatte die Beschwerdeschrift auch keinen Erfolg.

Der in Aussicht gewesene Krieg des Kaisers und des deutschen Reiches mit Frankreich rief hier im Jahre 1734 eine außerordentliche Bewegung hervor. Zur Erlangung der Geldmittel schrieb der Kaiser eine Vermögenssteuer

aus, welche den Bürgern große Opfer auferlegte. Am 30. März 1734 reiste Prinz Eugen mit seinem Hauptquartier nach dem Rhein, begleitet von den wärmsten Segenswünschen. Am 25. Mai begann in der Stadt und den Vorstädten eine Generalvisitation zur Ermittlung der sich hier aufhaltenden französischen Emissäre, und es wurde besonderes Gewicht darauf gelegt, dass keinem Geistlichen, der nicht einen Erlaubnisschein des Erzbischofes aufweisen konnte, der Aufenthalt in den Häusern gestattet werde. Mit Spannung und Beunruhigung sah man hier den Kriegsoperationen entgegen, und weil diese eine für Österreich bedrohliche Wendung genommen hatten, wurde im Sommer 1735 die Botschaft von dem bevorstehenden Friedensschlusse mit lebhafter Freude aufgenommen.

Im Jahre 1736 erfüllte sich ein Lieblingswunsch des Kaisers, die Verheiratung der Erzherzogin Maria Theresia mit dem Herzog Franz von Lothringen, Großherzog von Toscana. Er begegnete darin dem oft und dringend gegebenen Rathe des Prinzen Eugen, der mit Betrübnis Verwicklungen voraussah, wenn nach dem Tode des Kaisers kein männlicher Erbe vorhanden sei. Am 31. Jänner 1736 geschah die feierliche Werbung, am 12. Februar wurde die Trauung in der Hofkirche bei den Augustinern vollzogen.

Inmitten der schweren Unglücksfälle, welche den Kaiser in den letzten Jahren trafen, durchdrang die Vermählung der künftigen Erbin des Reiches wie ein freundlicher Lichtstrahl sein umdüstertes Gemüth. „Gott segne und vermehre unser Haus, ich habe frohen Trost," notierte der Kaiser in seinen Handkalender. Die Tage der Freude, welche ihm das Glück seiner Tochter bereitete, waren aber nur von kurzer Dauer. Bald traf ihn ein neuer, unersetzlicher Verlust. Schon während der Vermählungsfeste fühlte sich Prinz Eugen unwohl; hartnäckig wies er jedoch jedes Heilmittel zurück, das ihm der kaiserliche Leibarzt Garelli verordnet hatte. Mit dem Eintritt der besseren Jahreszeit steigerte sich die Hoffnung auf Eugen's Wiedergenesung. Es schien auch, dass die Krankheit ohne ernstliche Folgen vorüber gehen werde, da er wieder seinen täglichen Gewohnheiten nachgieng, die Abendgesellschaften seiner langjährigen Freundin Gräfin Batthyanyi besuchte und noch am 20. April Gäste bei sich zu Tische hatte. Nachdem er noch den Abend bei der Gräfin zugebracht, kehrte er in seine Wohnung zurück und begab sich zur Ruhe. Am nächsten Morgen fand man den Prinzen leblos in seinem Bette; eine Lungenlähmung war eingetreten und hatte sanft und schmerzlos seinen Tod herbeigeführt. Mit großer Bestürzung vernahm der Hof und mit ihm ganz Wien die Trauernachricht. Mit Eugen war der Mann dahin-

geschieden, der als das Idol des Ruhmes und der Größe Österreichs galt, an dessen Heldenthaten sich die glorreichsten Erinnerungen knüpften. Tief ergriffen befahl der Kaiser, das Begräbnis des Prinzen in einer Weise zu veranstalten, wie es vor ihm keinem Unterthanen in Österreich zutheil geworden war. Mit düsterer, nie gesehener Pracht bewegte sich der Leichenzug am 26. April, von 4 Uhr nachmittags an, durch volle zwei Stunden durch die Straßen. Der Leichnam wurde auf einer besonders dazu gemachten Bahre getragen. Die Enden des Bahrtuches hielten vierzehn Feldmarschall-Lieutenants, darunter Fürst Wenzel Liechtenstein, Prinz von Sachsen-Hildburghausen, Fürst Batthyanyi und Graf Wallis. Der Zug bewegte sich von dem Palast in der Himmelpfortgasse durch die Kärntnerstraße, über den Michaelerplatz, Kohlmarkt und Graben nach St. Stephan, wo der Kaiser der Leichenfeier in der Kirche beiwohnte. Was aber noch tieferen Eindruck machte, war der warme Antheil des Volkes und dessen nie gestillte Trauer am Grabe von Österreichs größtem Kriegshelden und edelstem Staatsmann.

Mit Eugen's Tod wuchs für den Kaiser die Last der Sorge um die Zukunft des Reiches. Was er und Eugen für den Frieden der Länder ersehnt, gieng nicht in Erfüllung. Seine Tochter Maria Theresia blieb ohne männlichen Nachkommen und ungeachtet seines felsenfesten Vertrauens auf die Versprechungen und Betheuerungen der Mächte, beschlichen den Kaiser bange Zweifel an deren Aufrichtigkeit und er erinnerte sich des nicht beachteten Mahnrufes Eugen's: „200.000 Soldaten seien besser als alle Tractate". Im Vorgefühle seines nahen Endes und tief verstimmt durch den Belgrader Frieden, schrieb Karl VI. am 30. September 1739 seinem Minister und Freunde Bartenstein: „Das Jahr nimmt viele Jahre meines Lebens weg, an welchem jedoch mir wenig gelegen ist." Ein Jahr darauf erkrankte der Kaiser auf dem Schlosse Halbthurn in Ungarn, wo er sich seinem Lieblingsvergnügen, der Jagd, gewidmet hatte. Als er nach Wien zurückgekehrt war, nahm die Krankheit rasch einen sehr bedenklichen Charakter an. In voller Kenntnis seines bevorstehenden Todes ertheilte K. Karl VI. die letzten Weisungen; am 20. October 1740 um 2 Uhr morgens gab, nach einem herzzerreißenden Abschied von seiner ältesten Tochter und seinem Schwiegersohne, der letzte männliche Sprössling des Hauses Habsburg seinen Geist auf.

Tiefe Niedergeschlagenheit bemächtigte sich der Hauptstadt. Als die Leiche am 24. October mit großem Gepränge durch die Straßen zur letzten Ruhestätte geleitet wurde, beschäftigte man sich im Volke mehr mit dem Gedanken an die kommenden Ereignisse als mit der Person des dahin-

geschiedenen Fürsten. In verschiedenen Kreisen zeigten sich Symptome einer bedenklichen Stimmung. Von dem Schwiegersohne des Kaisers, dem Herzog von Lothringen, hatte man in letzterer Zeit keine günstige Meinung. Man schob seinem Einflusse den schlimmen Ausgang des jüngsten Türkenkrieges zu, weil der Oberbefehlshaber der Armee, General Neipperg, einer seiner Günstlinge war. Auf Johann Christoph Reichsfreiherrn Bartenstein, dem Rathgeber des verstorbenen Kaisers, lastete eine große Abneigung gegen seine Staatspolitik, von der man behauptete, dass sie das Reich an den Rand des Verderbens gebracht habe. Sie drückte sich darin aus, dass der Pöbel gleich nach dem Tode des Kaisers sein Haus mit Koth bewarf. Niemand erblickte einen Ausweg oder konnte sich sagen, wie das lecke Staatsschiff sich werde behaupten können. Am wenigsten traute die große Menge der jungen Thronerbin zu, von der im Volke nichts bekannt war, als dass sie eine sorgfältige Erziehung genossen hatte und Vorzügliches in der Musik und dem Tanze zu leisten verstand. Ja, Viele fanden es unwürdig, sich von einer Frau regieren zu lassen — eine Meinung, welche insbesondere die zahlreichen baierischen Agenten unterhielten, mit denen Wien überfüllt war. Und was die schlimme Stimmung noch steigerte, war der Umstand, dass gerade damals infolge der schlechten Ernte die große Theuerung Zusammenrottungen herbeiführte. Auch dafür machte man die Regierung verantwortlich und warf die Augen auf einen fremden Landesherrn, den Kurfürsten Karl Albrecht von Baiern, den Gemahl der zweiten Tochter K. Josef's I., der die pragmatische Sanction nur während der Dauer von zwei Jahren anerkannt hatte, und von dem es hieß, dass er ältere Besitztitel auf die Erbfolge in Österreich aufweisen könne, und dass er sein Land mit großer Umsicht regiere. Zu dieser bedenklichen Stimmung in den mittleren Classen der Bevölkerung kam noch, dass auch ein Theil des Adels in Österreich und Ungarn, ungeachtet er alle Ursache hatte, der Dynastie dankbar zu sein, mit einer gewissen Sorglosigkeit diese Aussicht auf einen Wechsel des Herrscherhauses aufnahm. Sie glichen, wie Coxe in seiner Geschichte des Hauses Österreich bemerkt, jenen entarteten Römern zur Zeit des Verfalles der Republik, welche unberührt waren von dem Schicksal ihres Vaterlandes, wenn sie nur ihre Landhäuser und ihre Fischteiche behielten.

Dritter Abschnitt.

Kaiserin Maria Theresia und Kaiser Josef II.

Nach den ersten Tagen der Trauer über den unersetzlichen Verlust ermannte sich die junge Fürstin mit bewunderungswürdiger Kraft zur Erfüllung der ihr auferlegten großen und schweren Regentenpflichten und überraschte ihre Umgebung durch das klare Erfassen ihrer Lage.

Maria Theresia hatte bei dem Tode ihres Vaters das vierundzwanzigste Lebensjahr noch nicht zurückgelegt. Wiewohl in den letzten Jahren kein Zweifel mehr vorhanden war, dass ihr einst die Erbfolge in Österreich zufallen werde, so trat sie doch wie ein Neuling an die Spitze der Staatsgeschäfte. Wer bisher mit ihr näher verkehrte, mochte von der Schönheit, dem seltenen Liebreiz und majestätischen Wesen ihrer äußeren Erscheinung, von ihrer Anmuth und ihrer vollendeten Weiblichkeit, ihrem lebhaften Geist und ihrer glücklichen Gabe eines leichten und sicheren Gedankenaustausches bezaubert sein; aber niemand machte sich eine Vorstellung, welche Rolle sie im Augenblicke des Eingreifens in das öffentliche Leben als Herrscherin über das mächtigste und ausgebreitetste europäische Reich spielen werde. Um so ergreifender war der Eindruck, als sie ungeachtet ihrer Erkrankung, infolge der Seelenqualen der letzten Tage, mit männlichem Geiste ihre Leiden unterdrückte, noch am Todestage ihres Vaters die Huldigung der obersten Be-

hörden entgegennahm, mit würdevoller Haltung vom Throne herab zu den sie umstehenden Ministern und Räthen in freier Rede sprach, und dieselben, oftmals von Thränen unterbrochen, bat, in ihrer Treue und ihrem Eifer auszuharren, indem sie ihnen zugleich einen Theil des Selbstvertrauens einflößte, dessen sie bedurften. Muthvoll und entschlossen erklärte sie ihre Rechte und ihren Länderbesitz bis aufs Äußerste vertheidigen zu wollen; mild und versöhnend trat sie und ihr Gemal den früheren Widersachern entgegen und beschämte sie durch ein freundliches, liebevolles Entgegenkommen.

Von den Vorgängen in den Räumen der Hofburg drang aber nur wenig in die Öffentlichkeit. Alles war daher nach wie vor niedergeschlagen und besorgt über die Zukunft des Reiches und voll Misstrauen in die Thatkraft der Kaiserin. Zwar bemühte sich diese gleich nach ihrem Regierungsantritte, die infolge der schlechten Ernte eingetretene Nothlage der ärmeren Classen der Bevölkerung durch eine Ermäßigung der Fleischtaxe und ein Getreide-Ausfuhrverbot zu lindern. Dasselbe machte aber geringe Wirkung gegenüber den Einflüsterungen auswärtiger Agenten, denen es auch thatsächlich gelang, einen Aufstand in Scene zu setzen. Am 22. November 1740, dem Tage der feierlichen Huldigung der niederösterreichischen Stände, kam derselbe zum Ausbruch. An den Orten, wo nach damaliger Gewohnheit aus Anlass dieses Actes Wein und Lebensmittel unentgeltlich ausgetheilt wurden, rotteten sich Handwerksgesellen und Taglöhner zusammen, welche die gröbsten Excesse verübten, in heftigen Ausbrüchen die Regierung beschimpften und endlich in Scharen vor das Haus des Hofkriegsrathes von Wöber zogen, wo sie die Fenster seiner Wohnung einwarfen, weil das Volk glaubte, dass der alte missgestaltete Mann, welcher den Prinzen Eugen in seinen letzten Jahren vollständig beherrscht hatte, an den vielen militärischen Misserfolgen Schuld trage. Als die Stadtguardia eintraf und das Volk auseinander treiben wollte, wurde sie mit Knütteln und Steinwürfen zurückgetrieben. Erst dem Dragoner-Regimente Althan gelang es, die Rädelsführer zu verhaften und die Volkshaufen zu zerstreuen.

In dieser bedenklichen Stimmung trat aber durch die unerwartete Wendung der Beziehungen der Kaiserin zu mehreren auswärtigen Mächten rasch ein Umschwung ein. Anscheinend zeigten sich die auswärtigen Verhältnisse der Erhaltung des Friedens günstig. Spanien war im Krieg mit England, in Frankreich und England die Friedenspartei herrschend. Die Pforte schien durch die Vortheile des Belgrader Friedens befriedigt, und in Russland kam durch den Tod der Kaiserin Anna eine schwache Regentschaft ans Ruder. Ein Angriff Baierns allein oder selbst im Bunde mit Kurköln und Pfalz

war für Österreich nicht gefährlich, und von dem jungen Könige von Preußen, Friedrich II., der vor wenigen Monaten den Thron bestiegen hatte, setzte man voraus, dass in ihm das Gefühl der Dankbarkeit für manche von K. Karl VI. empfangene Wohlthaten lebendig sein werde und seine stets bereiten Freundschafts-Betheuerungen aufrichtig gemeint seien. Abgesehen von allen politischen Erwägungen der Lage, konnte man aber auch annehmen, dass in dem Augenblicke, wo die pragmatische Sanction ihre erste Probe zu bestehen hatte, jede Macht die einfachsten Begriffe von Ehre abhalten würden, Treue und Glauben einer Fürstin gegenüber zu verleugnen, welche ohnedies mit großen Schwierigkeiten im Innern des Reiches zu kämpfen hatte. Diese Voraussetzungen trafen aber nicht ein. Gerade Preußen und Baiern, letztere Macht unterstützt von Frankreich, das seit einem Jahrhunderte auf eine Zerstückelung Österreichs hinarbeitete, machten die ersten Schritte, um das Erbe Maria Theresia's zu schmälern. Dem K. Friedrich II. galten sehr zweifelhafte Ansprüche auf die schlesischen Fürstenthümer Jägerndorf und Liegnitz als Vorwand, seine Macht zu vergrößern, ungeachtet sein Vater die pragmatische Sanction für sich und seine Erben gewährleistet hatte, und Kurfürst Karl Albrecht berief sich darauf, dass er nie die pragmatische Sanction anerkannt und ein näheres Anrecht auf sämmtliche österreichischen Erblande habe. Nachdem alle Versuche des Wiener Hofes, durch empfindliche Opfer den preußischen König zu befriedigen, vergeblich geblieben, und die Kaiserin lange durch dessen doppelzüngige Sprache getäuscht worden war, erhielt sie die Nachricht, dass K. Friedrich II. am 16. December 1740, ohne vorherige Kriegserklärung und noch während der Anwesenheit seiner Abgeordneten am Wiener Hofe, in Schlesien einmarschiert und kurz darauf in den Besitz mehrerer befestigter Puntte gelangt sei. Dazu kam noch, dass nicht bloß Frankreich, sondern auch ein Theil der deutschen Kurfürsten ernste Schwierigkeiten erhoben, auf den Gemahl der Kaiserin, Herzog Franz von Lothringen, die römisch-deutsche Kaiserwürde zu übertragen, und dass außer dem Kurfürsten von Baiern auch der König von Spanien Ansprüche auf Österreich erhob, und zu ihrer Geltendmachung in ein Bündnis mit Frankreich trat.

Diese Bedrängnis in Verbindung mit der herzgewinnenden Art ihres Auftretens und ihrem muthigen Handeln rief in allen Theilen des Reiches das wärmste Mitgefühl hervor. Unglaublich rasch vollzog sich ein Umschwung der Stimmung; an die Stelle lebhafter Unzufriedenheit trat die begeistertste Liebe und Verehrung für die verlassene und treulos behandelte Fürstin, Gefühle, die mit unglaublicher Schnelligkeit von der Hauptstadt bis

in die entferntesten Theile des Reiches drangen und tausende von Widersachern in die aufopferungsfähigsten Anhänger umwandelten. Der gesunde Sinn des Volkes war empört über die Handlungsweise der zwei deutschen Fürsten, welche über dem kaum geschlossenen Grabe des Vaters der Kaiserin, alle früheren Versprechungen verleugnend, wie gierige Wölfe über das Reich der jungen Erbin herfielen. Die patriotische Begeisterung loderte in Wien zuerst in hellen Flammen am 13. März 1741, dem Tage der Geburt des ersten männlichen Sprossen der Kaiserin auf, der als schöne Erinnerung an die kurze, aber ruhmvolle Regierung ihres Onkels den Namen Josef erhielt. Mit größter Spannung hatte man schon seit Wochen dem Ereignisse entgegengesehen. Als das Wiener Diarium meldete, dass ein wohlgebildeter Knabe zur Welt gekommen sei, strömte das Volk mit Freudengeschrei durch die Straßen der Stadt und umwogte die Burg. Als Abends die Stadt beleuchtet wurde, legte jung und alt mit einer Art Unbändigkeit, wie ein Augenzeuge versichert, seine Begeisterung an den Tag. Die großartigste Kundgebung warmer Anhänglichkeit, welche Wien je erlebt, fand aber an dem Tage statt, an welchem die feierliche Vorsegnung der Kaiserin durch den Nuntius vorgenommen wurde, ungeachtet wenige Tage vorher die Nachricht von dem unglücklichen Ausgange der Schlacht bei Mollwitz eingetroffen war. Mit nie gesehener Pracht wurde am 23. April 1741 die Stadt beleuchtet und die Beleuchtung am darauffolgenden Tage wiederholt. Auch in der ärmsten Hütte der Vorstädte gab es Transparente und Sinnsprüche ernster und heiterer Art, und der Jubel erreichte den Höhepunkt, als die Kaiserin im offenen Wagen, die Beleuchtung der Straßen und Plätze in Augenschein nehmend, an der Seite ihres Gemahls in herzgewinnender Art die ihr dargebrachten Huldigungen entgegennahm.

Bald sollten die Wiener Gelegenheit erhalten, ihre Hingebung für die Sache der Kaiserin auch in ernster, gefahrdrohender Lage zu bezeugen. Während man am Wiener Hofe mit den Vorbereitungen zum ungarischen Krönungslandtag beschäftigt war, fiel der Kurfürst Karl Albrecht von Baiern, auf Grund des Nymphenburger Vertrages (vom 18. Mai 1741) von Frankreich unterstützt, mit zwei Armeen in Österreich ein, von denen die eine Wien und die andere Prag bedrohen sollte. Zur Zeit, als die baierisch-französische Armee die Grenzen überschritt und Passau überfiel (31. Juli 1741) verweilte die Kaiserin in Preßburg. Wohl war kein Zweifel, dass die Ungarn bereit sein würden, die pragmatische Sanction zu vertheidigen, aber es gab am Hofe eine Partei, die vor dem Wagnis zurückschrak, die Ungern in Masse zu den Waffen zu rufen, in der Besorgnis vor übertriebenen Ansprüchen,

mit denen das Land dann im geeigneten Momente hervortreten werde. K. Maria Theresia vertraute aber ihrem eigenen, von einer großen Denkweise bewegten Gefühle. Nachdem sie am 25. Juni 1741 als Königin von Ungarn gekrönt worden war, berief sie am 11. September die Mitglieder beider Tafeln in das Schloss, stellte ihnen in tiefer Rührung ihre gefahrvolle Lage dar und appellierte an ihre Hochherzigkeit, ihre Tapferkeit und Treue. Während noch vor wenigen Tagen ein Theil der Ungern, voll Misstrauen in die Erfüllung der von der Kaiserin gegebenen Versprechungen, deren Botschaft mit höhnischem Lachen im Landtage aufgenommen hatte, machten der Ernst und die Schwermuth ihrer Gesichtszüge, die Wärme und Treuherzigkeit ihrer Worte so mächtigen Eindruck, dass eine unbeschreibliche Begeisterung die Ungern ergriff. Voll Stolz, dass gerade bei ihnen Maria Theresia ihre Zuflucht suchte, erscholl aus viel hundert Kehlen der einmüthige Ruf: „Wir weihen unser Leben und unser Blut!“ — ein Ruf, der bald im ganzen Lande den lautesten Wiederhall fand. Es war aber auch hoch an der Zeit, dass die Ungern zu diesem hochherzigen Entschlusse kamen, da vier Tage darauf die Baiern in Linz einrückten.

Die nächste Sorge der Regierung war, Wien vor einem Handstreich zu sichern, zudem es hier an ernsten Besorgnissen und abenteuerlichen Gerüchten gleich nach dem ersten Einmarsche der Baiern nicht gefehlt hatte. Denn seit der zweiten Türkenbelagerung war die Zuversicht auf die dauernde Beseitigung der Gefahr eines feindlichen Einfalles so groß, dass niemand an den Wiedereintritt eines ähnlichen Ereignisses gedacht hatte. Auf den Basteien der Stadt standen Wohnhäuser und in den Vorstädten erhoben sich prachtvolle Paläste, Fabriken und andere Gebäude der aufblühenden Industrie. Die Festungswerke waren im Verfall, das Arsenal und die Zeughäuser geleert und der Vorrath an Lebensmitteln nur für den täglichen Bedarf berechnet. Musste schon diese Sachlage die größte Bestürzung und eine unsägliche Verwirrung hervorrufen, so erzählte man sich auch, dass der frühere österreichische General Schmettau, der nun zu den Preußen hielt, sich im Gefolge des Kurfürsten befände und die Drohung ausgesprochen habe, Wien mit glühenden Geschossen zu überschütten, und dass ein Theil der Bevölkerung mit den Baiern im Einverständnisse stehe.

Die Kaiserin übergab die Vertheidigung der Stadt dem Feldmarschall Grafen Ludwig Khevenhiller, welcher zuerst an die Ausbesserung der Festungswerke Hand anlegen ließ. Am 9. September begannen die Zufuhren an Proviant in langen Zügen aus Ungarn einzutreffen, zu deren Förderung Maut und Aufschläge auf Lebensmittel aufgehoben wurden. Sodann begann

auf den Plätzen die Anwerbung von Soldaten, während die Bürger und Handwerker sich an der Errichtung von Schanzen und Pallisaden und an der Vertheidigung und Bewachung der Basteien zu betheiligen hatten. Die Linienwälle dagegen gab man preis, ja durchbrach sie an mehreren Orten, um den Einmarsch der Ungern zu erleichtern. So gelang es in wenigen Wochen, an 11.000 Bürger, Handwerker und Studenten unter die Waffen zu stellen, welche im Vereine mit den regulären Truppen und der ungarischen Miliz muthig und entschlossen den Feind erwarteten.

Dass den Wienern Zeit gelassen wurde, sich vollständig in Vertheidigungsstand zu setzen, daran war die Unschlüssigkeit des Kurfürsten von Baiern schuld, dessen Heer vom 12. bis 22. September unthätig in Linz geblieben war. Er war bis dahin zu keiner Entscheidung zu bringen, ob er unmittelbar auf Wien losmarschieren oder sich nach Böhmen wenden werde. Erst am 22. September entschloss sich der Kurfürst für den ersteren Plan. Die Franzosen und Baiern überschritten die niederösterreichische Grenze, jedoch so langsam, dass das Hauptquartier erst am 11. October Ips erreichte. Auf die Nachricht von dem bevorstehenden Einrücken eines österreichischen Corps in Baiern änderte der Kurfürst neuerdings seinen Plan und suchte Krems zu erreichen, um von hier aus in Böhmen eindringen zu können. Zur Deckung des Überganges über die Donau drang eine französische Abtheilung bis Tuln und Sieghartskirchen vor, wo sie mit der Vorhut der Österreicher ins Gefecht gerieth. Am 28. October überschritten die Franzosen und Baiern bei Mautern die Donau. Am 3. November hatten die letzten Franzosen Niederösterreich wieder verlassen, durch Brandschatzungen und Gewaltthätigkeiten ein trauriges Andenken hinterlassend.

Mit Angst und Sorge verfolgte man in Wien die Kriegsbegebenheiten. Schon am 20. September hatte sich die Kaiserin mit dem Kronprinzen nach Preßburg zurückgezogen. Am 8. October wurde mit dem wunderthätigen Bilde Maria Pötsch bei St. Stephan eine Procession durch die Straßen veranstaltet. Am 14. October waren auf den Bastionen bereits die Batterien eingereiht. Da erlöste die Nachricht von dem Aufbrechen des Feindes nach Böhmen die Bürger von der Furcht vor einer neuerlichen Belagerung. Der Kurfürst von Baiern bemühte sich, so rasch wie möglich in den Besitz der böhmischen Hauptstadt zu kommen, und es gelang ihm auch in der Nacht vom 25. November 1741 Prag zu erstürmen. Wie er sich früher als Erzherzog von Österreich huldigen hatte lassen, so wurde er nun zum König von Böhmen ausgerufen und am 24. Jänner 1742 unter französischem Einfluss zum römisch-deutschen Kaiser gewählt. Am Wiener Hofe hatten diese Fort-

schritte Karl Albrecht's einen mächtigen Eindruck gemacht. Wohl gelang es den Österreichern am 12. Februar 1742, in München einzurücken und damit den neuen Kaiser seines Stammlandes zu berauben. Inzwischen hatte aber Friedrich von Preußen den kaum geschlossenen Vertrag von Klein-Schellendorf gebrochen und Mähren und Schlesien theilweise besetzt. Außer Stande, einen doppelten, ja dreifachen Krieg zu führen, folgte die Kaiserin dem Rathe Englands, ihres einzigen Bundesgenossen, und schloss am 28. Juli 1742 zu Berlin einen Separatfrieden mit Preußen, worin sie auf Ober- und Niederschlesien Verzicht leisten musste. Nun griff die österreichische Armee mit ungetheilter Kraft die Baiern und Franzosen an. Sie verdrängte erstere aus Böhmen und nöthigte letztere am 16. December 1742, Prag zu räumen und unter furchtbaren Verlusten den Rückzug nach Deutschland anzutreten.

Ebenso begünstigte die Kaiserin das Kriegsglück in Italien, wo Spanien, unterstützt von dem päpstlichen Stuhle, seine Erbansprüche auf den österreichischen Theil geltend gemacht hatte. Im Bunde mit Sardinien, das sich durch die Abtretung einiger Landstriche zwischen dem Po und dem Tessin und eines Theiles von Parma zur Theilnahme an dem Kriege bestimmen ließ, schlug Feldmarschall Graf Traun die Spanier bei Camposanto (8. Februar 1743).

Infolge der glücklicheren Wendung ihrer Lage durch den Friedensschluss mit Preußen hatte die Kaiserin die ihrer Jugend und ihrem ganzen Wesen entsprechende Heiterkeit wiedergewonnen. Sobald es die Staatsgeschäfte zuließen, gab sie sich den Vergnügungen hin, betrieb leidenschaftlich das Reiten, hielt an mehreren Abenden der Woche Spielgesellschaften ab und veranstaltete Feste. Sie that in ihrer Fröhlichkeit vielleicht mehr, als dies die Lage des Staates rechtfertigte. So ließ sie im November 1743 Vorbereitungen zu einem großen Damen-Carousel treffen, woran sie sich selbst betheiligen wollte, während ihre Soldaten in Böhmen die Leiden und Strapazen eines Winterfeldzuges zu ertragen hatten. Als Ende December 1742 die Nachricht von der Einnahme Prags in der Hofburg eintraf, kam dies sehr gelegen. Denn nun hieß es, dass dieses Frauen-Carousel, welches am 2. Jänner mit nie gesehenem Glanze in der neuerbauten kaiserlichen Reitschule stattfand, zur Feier dieses freudigen Ereignisses abgehalten werde. Diese Lustbarkeit erregte in manchen Kreisen so lebhaften Tadel, dass es der Präsident des niederländischen Rathes, Graf Tarouca, der der Kaiserin väterliches Vertrauen einflößte und deshalb auch das Recht besaß, ihr offen die Mängel ihres Charakters mitzutheilen, nicht an Vorstellungen fehlen ließ,

die überquellende Lust am Reiten und an Carousſels zu mäßigen, und es zeigt von ihrem edlen Weſen, daſs die Vorſtellungen Tarouca's nicht ohne Wirkung blieben. „Sprechen Sie immer fort," ſagte K. Maria Thereſia einmal zu dem aufrichtigen Freunde, „wenn ich auch Ihren Rath nicht gleich befolge, Ihre Worte kommen mir ſpäter doch zu Sinn."

Durch die augenblicklichen Erfolge in Böhmen und Italien war die Zukunft des Reiches keineswegs geſichert. Zwar konnte die Kaiſerin nach der Vertreibung der Franzoſen aus Böhmen am 12. Mai 1743 ihre Krönung in Prag vollziehen, ein Ereignis, welches bei ihrer Rückkehr nach Wien am 4. Juli durch einen glänzenden Empfang gefeiert wurde; ferners errangen gleichzeitig die pragmatiſche Armee über die Franzoſen bei Dettingen und die Öſterreicher in Baiern ſo glänzende Erfolge, daſs Karl VII. nach Frankfurt flüchten muſste, und der Wiener Hof an eine dauernde Vereinigung Baierns mit Öſterreich dachte. Dieſe Siege hatten aber nur zur Folge, daſs Frankreich im Jahre 1744 nunmehr den Krieg im größeren Maßſtabe aufnahm, und K. Friedrich II. aus Furcht für das eroberte Schleſien neuerdings in Schleſien einfiel, unter dem heuchleriſchen Vorwande, das Reichsoberhaupt zu ſchützen. Aber auch in Italien und in den Niederlanden erlitten die Öſterreicher empfindliche Verluſte. Nicht genug damit, machte Preußen auch bei der Pforte Verſuche, dieſelbe zu einem Einfalle in Ungarn zu beſtimmen. Als am 16. September 1744 Prag neuerdings in die Hände der Preußen fiel, herrſchte am Wiener Hofe die größte Beſtürzung. H. Karl von Lothringen wurde genöthigt, den glücklich begonnenen Feldzug gegen die Franzoſen am Rhein aufzugeben und nach Böhmen zu marſchieren, worauf die Franzoſen den Rhein überſchritten und Karl VII. nach München zurückkehrte.

Erſt im Jahre 1745 änderte ſich wieder die Lage zu Gunſten der Kaiſerin. Am 20. Jänner 1745 ſtarb Karl VII., worauf ſein Sohn Max Joſef am 22. April 1745 zu Füßen, unter Wahrung ſeiner Rechte auf Baiern, aber auch unter Anerkennung der pragmatiſchen Sanction mit Öſterreich Frieden ſchloſs und damit das Bündnis mit Preußen und Frankreich aufgab. Zur ſelben Zeit (18. Mai 1745) verbündete ſich K. Maria Thereſia mit Sachſen zur Wiedereroberung Schleſiens, wodurch ſich K. Friedrich II. genöthigt ſah, Böhmen aufzugeben; er wuſste aber in wenigen Wochen ſeine Lage dadurch günſtiger zu geſtalten, daſs er die Öſterreicher bei Hohenfriedberg (4. Juni 1745) ſchlug.

Einen theilweiſen Erſatz für dieſe Niederlage fand die Kaiſerin darin, daſs K. Friedrich II. nunmehr der Wahl ihres Gemahls zum römiſch-

deutschen Kaiser keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legte. Es machte ihr keine geringe Freude, als sie ihren geliebten Gemahl Franz von Lothringen am 4. October 1745 von dem Balcon ihres Gasthofes in Frankfurt a. M. mit dem Herzogsmantel und der Krone von Jerusalem auf dem Haupte im feierlichen Aufzuge zur Domkirche und von dort in den Römer reiten sah. Sie war die Erste, welche in ihrer leutseligen, jedem ceremoniellen Zwange abholden Weise mit dem Schnupftuche das Zeichen zum Vivatrufen gab, und sie ließ es sich auch nicht nehmen, ihn beim Krönungsmahle zu sehen.

An der Seite ihres Gemahls trat sie die Rückreise an und traf mit ihrem Gefolge am 27. October 1745 mit zweiunddreißig Schiffen in Wien ein. Unter unaussprechlichen Jubelausbrüchen hielten beide durch drei prachtvolle Triumphpforten ihren Einzug durch die festlich geschmückten Straßen. Von dem Glanze der Beleuchtung der Stadt und Vorstädte gibt noch ein stattlicher Quartband mit der Beschreibung der Objecte und den an allen Orten angebrachten Inschriften Zeugnis.

Schon nach wenigen Wochen wich die fröhliche Stimmung. England drängte die Kaiserin zum Frieden mit Preußen. Ihres mächtigsten Bundesgenossen beraubt, musste K. Maria Theresia sich zu dem schmerzlichsten Schritte entschließen und mit ihrem ärgsten Feinde K. Friedrich II. in Verhandlungen treten, welche, nachdem Leopold von Dessau die Sachsen bei Kesselsdorf geschlagen, zu dem Dresdner Frieden (25. December 1745) führten, worin die Abtretung Schlesiens neuerdings bekräftigt, die Einräumung der gleichen Rechte wie jene der Kurfürsten von Sachsen und Hannover gefordert und der Kaiserin der Besitz der übrigen deutschen Erblande garantiert wurde. — Die Kriege mit Frankreich und Spanien dauerten dagegen noch drei Jahre und wurden erst mit dem Frieden von Aachen (18. October 1748) beendigt, worin K. Maria Theresia Parma, Piacenza und Guastalla an den spanischen Infanten abtrat.

Durch den Eintritt friedlicherer Verhältnisse konnte K. Maria Theresia mit Ruhe ihre Lage überschauen. Eine Schule bitterer, schmerzlicher Erfahrungen lag hinter ihr, die ihren Geist gestählt, ihren Charakter entwickelt und sie die Mittel gelehrt hatten, ein entmuthigtes, fast stumpfsinnig gewordenes Volk zum höchsten patriotischen Aufschwung zu entflammen. Dieselbe Fürstin, welche noch vor wenigen Jahren nur dem Vergnügen gelebt hatte, leidenschaftlich tanzte, Maskenscherz trieb und stundenlang sich mit Musik beschäftigte, war so ernst geworden, dass sie daran nur selten dachte. Vom frühen Morgen an saß sie am Arbeitstisch, beschäftigt mit Fragen,

die das Wohl des Reiches berührten. Ihre Erholung war, mit den Kindern zu spielen und sorgfältig über die Erziehung des kleinen, etwas unfolgsamen Erzherzogs Josef zu wachen. Nur zeitweilig ließ sie sich öffentlich zu Pferde sehen, um den Ungern zu gefallen, oder ergötzte sich mit den Bürgern in der deutschen Komödie an den Bernadoniaden des Kurz und Haffner, oder machte Fußpartien von mehreren Stunden in die waldgrünen Thäler und Berge der Umgebung ihrer Hauptstadt. Bei Audienzen schenkte sie jedem Gehör, las selber die Bittschriften und hatte Sinn und Interesse für die geringfügigsten Anliegen. Sie hielt die Geistlichkeit in Ehren, ohne die Missbräuche derselben zu schonen, sie besuchte die Spitäler und Armenhäuser, um die Wünsche und Beschwerden der Kranken und Armen kennen zu lernen. Trat sie vor die Stände des Reiches, so wusste sie ihre Würde glänzend und ohne kalte Förmlichkeit zu wahren und sprach mit tiefer Bewegung, wenn es galt, ein verletztes Recht zu schützen oder über erlittenes Unrecht zu klagen.

Bei Betrachtung der Lage des Reiches entgieng der K. Maria Theresia nicht, wie ihre eigene Anschauungen bezeugen, dass zur wirksamen Bekämpfung künftiger Gefahren tief eingreifende Reformen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens nothwendig seien. Mit einem bewunderungswürdigen Scharfsinn erkannte sie, durch welche Fehler ihrer Vorfahren das Reich oft in die größte Noth, in die gefährlichsten politischen Krisen gerathen war. Zu diesen Fehlern rechnete sie, dass dieselben gegenüber der Geistlichkeit und dem Adel zu freigebig waren, dass die Minister in ihrer mächtigen Stellung sich mehr von Selbstsucht und Eigennutz als von der Rücksicht für das öffentliche Wohl leiten ließen und dass durch den überwiegenden Einfluss des Adels in den Landtagen die Centralregierung schwach und ohnmächtig war. Sie wollte sowohl Finanzen und Kriegswesen, Verwaltung und Rechtspflege, als auch Handel und Gewerbe, Unterricht und Wissenschaft auf eine höhere Stufe heben, in der Überzeugung, dass die Opferwilligkeit, die Begeisterung ihrer Unterthanen sich rasch verflüchtigen würde, wenn diese nicht durch den Ernst ihres Strebens zur Erkenntnis gelangten, dass all den Quellen des Unglücks und der Zerrüttung des Staates nachgeforscht und eine Regenerierung des Reiches angebahnt werde. Doch begriff sie wohl, dass sie, um dies zustande zu bringen, des Wissens und der Erfahrung intelligenter Männer bedurfte, welche die Verhältnisse ohne Vorurtheile, ohne Standeseinseitigkeit, mit Thatkraft und tiefer Erkenntnis der Bedürfnisse ordneten. Dass sie selbst ohne Vorurtheil zu Werke gieng, zeigte sie dadurch, daß sie gegen alles Herkommen die Männer ihres Ver-

trauens wählte, wo sie solche fand, gleichviel ob sie von hoffähigem Adel waren oder nicht. Zu diesen besonderen Vertrauten und Rathgebern, welche die Kaiserin nach dem Dresdener Frieden über die Lage der Länder und ihrer Leistungsfähigkeit unterrichteten und die überall eingerissenen Missbräuche ergründeten, gehörten Graf Friedrich Wilhelm von Haugwitz, Johann Christoph von Bartenstein, Graf Taronca und Koch (Cabinetssecretär). „Diese dienten mir," wie sie selbst bemerkt, „zu meinem Trost und Rath, zur Erkenntnis und Besserung meiner selbst." Im Bunde mit diesen Männern unternahm sie die Neugestaltung ihres Reiches, deren Ziel nach ihren eigenen Worten war: Österreich groß, stark und glücklich zu machen. Anknüpfend an die Reformen ihres Vaters, gieng sie aber viel weiter; sie erfasste mit Kraft den Gedanken einer festeren Ineinanderfügung der einzelnen Glieder des Reiches, indem sie die Macht der auf aristokratischer Grundlage geschaffenen Verfassung und Verwaltung der einzelnen Länder mehr als bisher beschränkte und die österreichische Staatsidee über die provinciellen Besonderheiten stellte. Dabei galt ihr als oberster Grundsatz, im Volke den Gedanken lebendig zu erhalten, dass die Kaiserin und ihr Gemahl die deutsche Krone trügen, dass Österreich eine Vormauer des deutschen Reiches und das deutsche Element der Bevölkerung der gemeinsame Träger und Vermittler der österreichischen Staatsidee sei. Selbst in Ungarn, das seine Sonderstellung zu bewahren wusste, schlug dieser Gedanke mächtig Wurzel.

Eine der ersten Reformen in den österreichischen und böhmischen Ländern war, dass Maria Theresia zur Erhaltung des stehenden Kriegsheeres von den Ständen an Stelle des jährlichen Bewilligungsrechtes von Truppen und Geld die vertragsmäßige, zehnjährige Verpflichtung zur Bezahlung einer bestimmten höheren Summe, zugleich aber auch eine gerechtere Vertheilung der Lasten unter dem Adel, der Geistlichkeit, den Bürgern und den Bauern erwirkte. Im Zusammenhange damit stand die Umgestaltung der obersten Staatsbehörden, indem die Kaiserin die bisher getrennten österreichischen und böhmischen Hofkanzleien in ein Directorium in politicis et cameralibus verschmolz, zu dessen Präsidenten sie Graf Haugwitz ernannte, und eine oberste Justizstelle für die gesammten österreichischen und böhmischen Länder errichtete, an deren Spitze sie Graf Seilern stellte. Durch die Reformen in der Verwaltung und Rechtspflege sollten die Unterthanen vor der Willkür und Ausbeutung der „Herrschaften" geschützt, Bildung und Aufklärung, wahre Sittlichkeit und Religion verbreitet werden. Wie groß auch anfangs die Unzufriedenheit bei jenen war, welche

durch die neue Gesetzgebung in ihren Privilegien und dadurch in ihrem Eigendünkel und Eigennutz betroffen wurden, so ließ sich die Kaiserin nicht beirren, in der Überzeugung, daſs sie auf dem eingeschlagenen Wege die Wohlfahrt des Volkes fördere. In religiösen Angelegenheiten war die Kaiserin in den ersten Regierungsjahren noch von großer Unduldsamkeit und überall darauf bedacht, den Geist des Katholicismus zu stärken, wiewohl sie mit dem römischen Stuhle auf gespanntem Fuße stand. Sie hatte eine schwer zu überwindende Abneigung gegen die Juden und wäre nicht abgeneigt gewesen, diese gänzlich aus ihren Ländern zu vertreiben, wenn nicht die Stände und ihre obersten Räthe sich dagegen gewehrt hätten. Auch gegen die Protestanten zeigte sie eine große Härte, so daſs es viele vorzogen aus Österreich nach Siebenbürgen auszuwandern. Dabei trat sie aber doch den Mißbräuchen der katholischen Kirche entgegen. Nach Wiederherstellung eines besseren Einvernehmens mit Papst Benedict XIV. drang sie auf eine Verringerung der katholischen Feiertage, damit ihre Unterthanen sich nicht zu häufig der Arbeit entziehen und dem Müßiggange und Ausschweifungen hingeben könnten; nach heftigen Kämpfen mit einzelnen Bischöfen publicierte sie ein Edict, dem zufolge an vierundzwanzig früheren Festtagen zwar der Gottesdienst besucht, nach demselben aber jedwede Arbeit erlaubt sein sollte. Ebenso drang sie auf eine Controle in der Verwaltung des Kirchenvermögens, wies die Übergriffe geistlicher Gerichte in Ehesachen zurück, beschränkte die Asylrechte und rügte kirchliche Gebräuche, welche zu abergläubischen Deutungen Anlaſs gaben. — Zur Hebung des Staatseinkommens führte die Kaiserin, allerdings unter heftigem Widerspruch, solche Steuerreformen ein, daſs ersteres in dem Zeitraume von 1745—1754 von zwanzig Millionen auf vierzig Millionen Gulden stieg. Zur Förderung des Handels errichtete sie das Universal-Commerzdirectorium, mit dem Grafen Rudolf Chotek an der Spitze, und strebte in dem Zollsystem, der Post und bei den Hauptverkehrsstraßen wichtige Verbesserungen an. Dabei ließ sie es fortwährend an Mahnungen zur Sparsamkeit nicht fehlen und gieng durch Herabsetzung der Hofauslagen mit gutem Beispiele voran. Nur dort bewahrte sie eine uneingeschränkte Freigebigkeit, wo es galt, Verdienste um den Staat zu belohnen, Witwen Pensionen zu verleihen und die Armen zu unterstützen, wenn sie auch bei ihrer Leidenschaft für das Kartenspiel dadurch oft in Geldverlegenheit gerieth, ungleich ihrem Gemahl, der in Geldsachen die größte Ordnung beobachtete. Die größte Sorgfalt verwendete Maria Theresia auf die Reorganisation des Heeres. Rückhaltslos hatte nach dem zweiten schlesischen Kriege Prinz Karl von Lothringen die Überlegenheit des militärischen

Talentes des Königs von Preußen und die vorzügliche Organisation seines Heeres anerkannt und befürwortete die Nachbildung der letzteren. Unter dem hervorragenden Antheile des Prinzen, des Fürsten Wenzel Liechtenstein und Grafen Leopold Daun wurde eine neue Organisation durchgeführt.

Als wichtigste Voraussetzung einer fruchtbringenden Wirkung der staatlichen Reformen erkannte die Kaiserin die Hebung der Sittlichkeit und Bildung des Volkes. Es betrübten sie die Ausartungen und Rohheiten, die Vorurtheile und der Aberglaube der unteren Volksclassen, welche sich in dem Glauben an Gespenster und Hexen, Wahrsager und Schatzgräber aussprachen. In der Überzeugung, dass polizeiliche Verbote allein dem Übel nicht abhelfen könnten, dachte die Kaiserin schon in der ersten Regierungsperiode an Verbesserungen in der Volksschule, in den Gymnasien und Universitäten, an die Gründung von Schulen zur Ausbildung von Technikern und Handwerkern, Bestrebungen, die später auf mehreren Gebieten durch die ihr zur Seite stehenden Männer unter epochemachenden Reformen ausgeführt wurden. Hand in Hand mit diesen Bestrebungen giengen die Schöpfungen zur Verbesserung der Erziehung und Ausbildung der Söhne der einzelnen Gesellschaftsclassen und der Anlauf zur Entwicklung einer regeren Thätigkeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst.

Die gewaltigen Veränderungen im Staatsleben, welche die Umwandlung des Volksgeistes anstrebten, zeigten sich vor allem in der Hauptstadt. War früher der Franzosenhass in Raufhändeln, Duellen und extemporierten Comödien zum Ausdrucke gelangt, so wurden seit den beiden schlesischen Kriegen König Friedrich II. von Preußen, dann K. Karl VII. die Zielscheibe sehr derben Witzes und beißender Satire. Diese Stimmung zeigte sich am stärksten am 14. März 1745 bei der Geburt des zweiten Sohnes der Kaiserin, des Erzherzogs Karl. Auch dieses Ereignis wurde an dem erwähnten Tage durch eine glänzende Beleuchtung gefeiert. Da gab es kaum eine Straße in der Stadt, in der nicht in bildlichen Scenen und Versen Frankreich und Preußen verspottet, die Raubgier und Treulosigkeit beider scharf getadelt wurde. Während der Kriegszeit feierte man hier fast jede eingelangte wichtige Nachricht. Lob- und Dankfeste folgten aus Anlass der Befreiung der Stadt Eger (1743), der Eroberung der Festung Ingolstadt (1743), des Rheinüberganges der österreichischen Hauptarmee (1744), der Vertreibung der Preußen aus Böhmen (1744), der Siege über die Baiern bei Jsareck und Pfaffenhofen (1745) und der Eroberung der Festung Guastalla (1746). Im Jahre 1744 verbot man, für die Kriegs- und Friedenszeit französische Unterthanen in Dienste zu nehmen, und als im Jahre 1751 der fran-

zösische Botschafter aus Anlass der Geburt des Dauphin sein Palais beleuchtete, musste der Stadtrath besondere Sicherheitsmaßregeln treffen, damit ihm nicht die Fenster zerschlagen wurden.

Für die Verschönerung der Stadt war allerdings schon unter den Kaisern Josef I. und Karl VI. durch die Erbauung neuer Paläste und öffentlicher Gebäude in der Stadt und den Vorstädten das meiste geschehen. Mit der Herstellung des Friedens wurde diese Thätigkeit auch unter K. Maria Theresia fortgesetzt. An die neue kaiserliche Reitschule in der Burg schlossen sich die Redoutensäle und die Gebäude der Hofbibliothek; die neue Favorita auf der Wieden erhielt die Bestimmung einer Erziehungsanstalt für Adelige. Zur Erweiterung der Universität wurde die Aula und für die Heranbildung tüchtiger, militärisch gebildeter Soldaten die Ingenieur-Akademie in Mariahilf erbaut. Worauf aber die Kaiserin den größten Wert legte, war die Verbesserung der Reinlichkeit der Straßen, die Sorgfalt für die Hebung der Gesundheit der Bevölkerung, da ihr die Wahrnehmung nicht entgieng, dass der bisherige Zustand der Stadt an der großen Sterblichkeit unter der Bevölkerung schuld trug. Eine außerordentliche Sorgfalt legte die Kaiserin für die Erziehung der Waisen, für die Abstellung des Bettelwesens und der Heiraten erwerbloser Personen, sowie die Regelung der Armen- und Krankenpflege an den Tag.

Die große Erhöhung der Zölle für einige Artikel förderte hier die Entwicklung einzelner Industriezweige, wie die Erzeugung von Gold-, Silber- und Eisenwaren, von Tüchern, Hüten, Sammt- und Seidenstoffen, Kleidern und Uhren, und wo die Privatcapitalien zur Anlage von Fabriken nicht ausreichten, gab der Staat Vorschüsse. Andere Industriezweige, wie die Anfertigung von Porcellangeschirr, betrieb der Staat auf eigene Rechnung. Zur Ausbildung einzelner Handwerke berief er tüchtige Arbeitskräfte aus Frankreich, den Niederlanden und England nach Wien. Um den einheimischen Fabricaten und Naturproducten Eingang auf den großen überseeischen Marktplätzen zu verschaffen, förderte der Staat in Wien die Errichtung mehrerer Handelscompagnien, wodurch der Speculationsgeist sowohl unter dem Adel als unter den Bürgern geweckt wurde. Das Emporium für diese Handelsbewegung war Triest, dessen Verkehr mit Wien schon unter K. Karl VI. durch die Erbauung einer neuen Kunststraße und im Jahre 1747 durch die Einführung einer „Poststellfuhr" einen bedeutenden Aufschwung nahm. Welchen Erfolg diese Unternehmungen hatten, wird in einem späteren Abschnitte gezeigt werden.

Man kann aber nicht behaupten, dass alle Reformen der Kaiserin in der Hauptstadt nach ihrer ganzen Bedeutung gewürdigt wurden. So erregte die Einschränkung der Feiertage im Jahre 1754 in den niederen Volksclassen großen Unwillen. Als K. Maria Theresia die ersten Schritte zur Durchführung dieser Maßregel machte und am Ostermontag nach dem Gottesdienste die Werkleute an einem Baue auf dem Burgplatze arbeiten ließ, rottete sich eine große Volksmenge zusammen, welche eine so drohende Haltung einnahm, dass die Arbeit eingestellt werden musste. Die Kaiserin ließ sich dadurch aber keineswegs einschüchtern. Mehrere Geistliche, die das Volk gegen die Regierung aufgehetzt hatten, ließ sie im Schlosse Greifenstein einsperren. Die Besitzer von Verkaufsläden erhielten die Weisung, dieselben an den früheren Feiertagen von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags offen zu halten und zu deren Schutze ließ sie am 24. April — dem ersten aufgelassenen Feiertage — Reiterpatrouillen durch die Straßen ziehen, welche die Gewölbinhaber gegen Excesse des Volkes schützen sollten. Erklärlicher ist das Missvergnügen, welches hier im Jahre 1746 die neue Kopfsteuer hervorrief, die momentan eine solche Veränderung in der Stimmung der Bevölkerung hervorrief, dass, nach einem gleichzeitigen Berichte, sich niemand mehr in den Straßen herandrängte, durch welche die Kaiserin fuhr und dass ihr Bildnis in den Kaufläden unbegehrt blieb.

Nach dem Erbfolgekriege trat aber auch in der äußeren Politik Österreichs eine große Wandlung ein. Immer mehr machte sich die Anschauung geltend, dass die bisherigen Bahnen, auf denen man nur Nachtheile und Einbußen der empfindlichsten Art erlitten hatte, zu verlassen seien. Im Gefühle dieser Überzeugung gab K. Maria Theresia in den Märztagen des Jahres 1749 den Mitgliedern der Conferenz den Befehl, ihre Meinung über das von nun an zu befolgende politische System darzulegen. Unter den Männern, deren Rath die Kaiserin in Anspruch nahm, war der jüngste Graf Wenzel Kaunitz, dessen diplomatisches Talent sich schon während des Erbfolgekrieges und nach demselben auf dem Aachener Congress glänzend bewährt hatte. Derselbe wich in seinen Anschauungen vollständig vom Kaiser und seinen Collegen ab. Als die natürlichen Verbündeten Österreichs betrachtete Kaunitz: England, Holland, Russland und Sachsen; als dessen Feinde: die Pforte, Frankreich und Preußen und unter diesen letzteres als den gefährlichsten Nachbar des Erzhauses. Er erklärte, dass der Hauptgrundsatz der österreichischen Politik bleiben müsse, sich nicht nur gegen feindliche Unternehmungen des Königs von Preußen sicher zu stellen, sondern auch seine Übermacht zu beschränken und das Verlorene wieder hereinzubringen.

Da bei Verfolgung dieser Politik die Unterstützung der natürlichen Verbündeten, insbesondere der Seemächte zweifelhaft sei, so erübrige nichts, als Frankreich zu vermögen, seine bisherige feindliche Haltung aufzugeben und sich dessen indirecte oder selbst directe Unterstützung bei der Wiedereroberung Schlesiens zu sichern, wozu Kaunitz als wirtsamstes Mittel bezeichnete, Frankreich zum Besitze von Savoyen zu verhelfen und Sardinien dafür durch mailändisches Gebiet zu entschädigen. Dieser kühn angelegte Plan stieß anfangs auf großen Widerspruch. Nicht nur der Kaiser schrak vor dessen Verwirklichung zurück, weil er eine gänzliche Veränderung in der Stellung Österreichs zu seinen bisherigen Verbündeten nach sich zog, sondern auch die Kaiserin, wie sehr er auch ihrer innersten Neigung entsprach, zweifelte anfangs an dessen Gelingen und wollte sehr behutsam dabei vorgehen, damit die alten Freunde bei der Ungewissheit der Erwerbung neuer Freunde nicht entfremdet würden. Nur Bartenstein, dem die großen Gefahren, die aus der zunehmenden Macht Preußens in Deutschland für das Haus Österreich hervorgegangen, klar vor Augen schwebten, stellte sich sogleich auf die Seite des Grafen Kaunitz, und im Vertrauen auf dessen Rath, entschlossen sich endlich auch die Kaiserin und deren Gemahl, alle Schritte auf die Verdrängung Preußens aus Schlesien zu richten. Zuerst gieng Graf Wenzel Kaunitz als Gesandter nach Paris, um dort mit den leitenden Personen in persönlichen Verkehr zu treten; nach zwei Jahren, Ende 1752, wurde er zum Staatskanzler ernannt und erhielt dadurch Gelegenheit, die von ihm vertretene Politik zur vollen Geltung zu bringen.

Angesichts der großen Schwierigkeiten, die es verursachte, das Bündnis zwischen Frankreich und Preußen zu sprengen, wollte Graf Kaunitz anfangs mit Hilfe der Seemächte sein Ziel erreichen. Österreich sollte England in einem Kriege mit Frankreich thatkräftig unterstützen, wenn dieses Geld und Subsidien zur Vertheidigung der deutschen Erblande und der Niederlande bot und der österreichisch-russischen Allianz beitrat. Als England keine derartigen Verbindlichkeiten eingieng und Frankreich das Bestreben zeigte, Österreich sich zu nähern, kam Kaunitz auf seinen ursprünglichen Plan zurück und schloss mit dieser Macht unter Mitwirkung der Marquise von Pompadour und ihres Günstlings, des Abbé Bernis, am 1. Mai 1756 zu Jouy ein Bündnis, das gemeinhin nach der Residenz des Königs Versailler Vertrag genannt wird. In dem einen Acte erklärte Österreich an den Streitigkeiten zwischen Frankreich und England über den Umfang ihrer Besitzungen in Amerika keinen Antheil nehmen zu wollen, und in einer zweiten Urkunde, dem Defensiv-Vertrage, versprachen sich beide Monarchen die Vertheidigung

ihrer in Europa gelegenen Staaten. Ein dritter geheimer Vertrag stipulierte die gegenseitige Unterstützung für den Fall des Angriffes einer französischen oder österreichischen Provinz und die Ausdehnung des Vertrages auf andere Mächte, zu welchen außer Spanien und Neapel auch Russland und Sachsen zählten. Im Laufe der folgenden Verhandlungen wurde als Endziel des Bündnisses die Abtretung der Niederlande an Frankreich und die Hilfeleistung der letzteren Macht bei der Erwerbung von Schlesien und Glatz von Seite Österreichs ins Auge gefasst, jedoch ein bestimmter Zeitpunkt zur Verwirklichung dieser Pläne nicht in Aussicht genommen.

K. Friedrich II. von Preußen hatte sich nach dem Erbfolgekriege den Anschein gegeben, als ob er jeder feindseligen Gesinnung gegen Österreich entsagt habe und einen dauernden Frieden bewahren wolle. Handelte es sich aber um eine Bethätigung seiner Gesinnung, wie bei den Verhandlungen über die Wahl des Erzherzogs Josef zum römischen König, so zeigte er stets sein auf die Schwächung Österreichs gerichtetes Bestreben, so wie er auch im engeren Kreise seinen Spott über die Kaiserin und ihre Minister zwanglos an den Tag legte. Dabei entgieng es seinem Scharfblicke nicht, dass sich auch der Wiener Hof mit ihm feindlichen Plänen beschäftigte, und er bemühte sich, in die Geheimnisse des Wiener Hofes einzudringen, ohne bei der Wahl der Mittel heikel zu sein.

Die Wandlung der Politik am französischen Hofe blieb jedoch dem Könige lange Geheimnis. Seine Meinung war, dass Österreich mit Russland ein Offensivbündnis geschlossen habe, und in dieser Voraussicht rüstete er mit rastlosem Eifer zu einem neuen Angriffe auf Österreich. Nachdem K. Friedrich II. vom Wiener Hofe über dessen Truppenansammlungen keine befriedigenden Aufschlüsse erhalten hatte, fiel er am 29. August 1756 mit 70.000 Mann ganz unerwartet in Sachsen ein. Es begann der siebenjährige Krieg, in welchem beide Monarchen ihre Interessen und jene ihrer Staaten mit Hartnäckigkeit vertheidigten, beide von einem großen allgemeinen Gesichtspunkte im Rechte waren, wenn sie für dieselben mit ihrer ganzen Kraft eintraten. Nur der Vorwurf hat keine Berechtigung, dass K. Maria Theresia durch ihr Bündnis französische Truppen zum Kampfe Deutscher gegen Deutsche aufrief, weil sie nur dasselbe that, was der König von Preußen im Jahre 1741 gethan hatte, als er mit gieriger Hast die damals schwer bedrängte junge Fürstin ohne einen rechtlichen Grund einer ihrer schönsten Provinzen beraubte.

In den Wechselfällen des blutigen Waffenspieles, an dem nach und nach fast alle Mächte Europa's theilnahmen, zeigten sich die verjüngte Macht

Österreichs, die Opferwilligkeit des Volkes und die Fortschritte in der Ausbildung seines Heeres im glänzendsten Lichte. Mit Muth und Begeisterung giengen die Söhne des Reiches in den Kampf und in glänzenden Waffenthaten bewiesen sich die österreichischen Feldherren, Graf Daun und Freiherr von Loudon, Freiherr von Lascy, Graf Browu, Graf Radasdy, Erzherzog Karl von Lothringen, Preußens größten Feldherren, an deren Spitze K. Friedrich II. stand, vollständig gewachsen; sie kehrten weit öfter als Sieger, wie Besiegte aus den Schlachten zurück.

Dem Unmuth gegen Preußen machten die Wiener während des siebenjährigen Krieges in einer reichen Anzahl von Flugschriften und Poesien Luft, die auf der einen Seite von der leidenschaftlichsten Erregung, auf der anderen Seite von einer ungewöhnlichen Begeisterung und Thatenlust Zeugnis geben. Ritt ein Courier, vom Schlachtfelde kommend, durch die Straßen nach der Kaiserburg, so verbreitete sich mit Blitzesschnelle die Nachricht. Zuerst brachte ein Flugblatt die Neuigkeit, dann folgte das Diarium mit einer genaueren Relation und wenige Tage darauf erschienen schon Briefe und Reime, worin im Geschmack der Zeit das Ereignis literarisch verarbeitet wurde. Fast alle Typen der Gesellschaft traten auf. Der Priester, der Kaufmann, der Bürger, der Soldat, der Musensohn, der Modeherr und der dünkelhafte Gelehrte, jeder sprach in seinem Gedankenkreise bald natürlich und ungezwungen, bald überschwenglich und zöpfisch zu den Lesern. Den reinsten, unverfälschtesten Ausdruck der Gefühle gab der Dichter Michael Denis in seinen „poetischen Bildern", die sich in der Form streng an Gellert's und Hagedorn's Weise anschlossen. Wenige Wochen nach Eröffnung des Krieges erschien in Wien ein französischer Brief, der das Gepräge des tiefsten Hasses gegen Preußen und seinen König trug. Er erregte in Berlin solches Aufsehen, dass K. Friedrich II. auf's äußerste verletzt, denselben in einem Erlass als eine jene Lästerschriften erklärte, welche die Reichsconstitutionen und die peinliche Gerichtsordnung so schwer verpönten. Der Sieg bei Kolin (18. Juni 1757) rief grenzenlosen Jubel hervor. Man beglückwünschte sich in den Straßen wegen der herrlichen That Daun's, übte Werke der Wohlthätigkeit, strömte in die Kirchen, dankte Gott für das Waffenglück und kaufte Bilder und Münzen, die die Heldenschlacht darstellten; Hoffeste und Feierlichkeiten krönten den glorreichen Tag und die Kaiserin selbst gab seiner Bedeutung dadurch Ausdruck, dass sie den Maria Theresienorden gründete und in einem späteren Dankschreiben an Daun den 18. Juni 1757 als den „Geburtstag der Monarchie" bezeichnete.

Die Manöver der Generäle Daun und Loudon, durch welche die Preußen genöthigt wurden, die Belagerung der Festung Olmütz aufzugeben, erregten die Bewunderung der Zeitgenossen. Aber ebenso rasch schlug die Stimmung der Wiener um, als es dem König Friedrich II. durch Daun's Zaudern gelang, sich der Verfolgung der Österreicher zu entziehen. Ein Flugblatt gab in drastischer Weise der Verzagtheit der Philister Ausdruck, welche heute vor Jubel rasen und morgen bei einer Niederlage sich vor Angst Bart und Haare ausraufen und nach China laufen wollen. Erst nach dem glänzenden Siege bei Hochkirch (13. October 1758) über die Preußen wurde Daun wieder der große Held. Als am 15. October 1758 nachts ein Adjutant des Feldherrn in Begleitung blasender Postillons und Fackelträger mit der Siegesbotschaft durch die Straßen nach Schönbrunn ritt, eilte K. Maria Theresia noch in der Nacht mit ihrer Familie in die Marienkirche zu Hietzing, um Gott für den Sieg ihrer Waffen zu danken. Nach der mörderischen Schlacht bei Kunersdorf (12. August 1759), welche mit der Auflösung des preußischen Heeres endete, verglich eine im ersten Freudenrausch erschienene Flugschrift Loudon und seine Tapferen zugleich mit Achilles und Hector und ließ sie Schulter an Schulter kämpfen, unbekümmert darum, dass die erwähnten griechischen Helden sich feindlich gegenüber gestanden hatten. Die Nachricht von der Gefangennehmung eines preußischen Corps, das von General Fink befehligt wurde, bei Maxen (21. November 1759) rief eine Menge satirischer Gedichte über den „Finkenfang bei Maxen" hervor. Als im Jahre 1760 Loudon, der Liebling des Volkes, ein preußisches Corps unter General Fouquet bei Landshut (23. Juni 1760) kriegsgefangen machte und Daun in Sachsen glänzende Erfolge errang, verglich ein Wiener Poet ersteren mit Scipio und letzteren mit Fabius. Unbeschreiblichen Jubel rief der Einzug der Generäle Tottleben und Lascy in Berlin (9. October 1760) hervor, und schon glaubte man, dass hiemit die Vernichtung der Preußen für immer besiegelt sei.

Nur zu bald trat aber in dem Grundton der poetischen Ergüsse, welche die Siege der Österreicher feierten, eine Wandlung ein. Nach der Schlacht bei Torgau (November 1760), einer der blutigsten, welche je gekämpft wurden, indem 14.000 Krieger das Leichenfeld bedeckten, erwachte durch das Elend, das sich in den blühendsten Landen des Welttheils zeigte, die Sehnsucht nach dem Frieden. Mit verzweiflungsvollem Flehen wandte sich ein Wiener Dichter zu Gott: „Herr! gebiete Tod und Sterben, die du in deinem Grimme rufst, hör' auf, die Menschen zu verderben, die du dir blos aus Liebe schufst." Diese Friedensrufe verhallten aber ohne Berücksichtigung. Nach

fruchtlosen diplomatischen Conferenzen in Augsburg begann der Krieg von neuem in einer für Österreich weit schwierigeren Lage, da die Russen den Österreichern jede Unterstützung zu Offensiv-Operationen versagten. Die Erstürmung der Festung Schweidnitz (1. October 1761) war die letzte glänzende Waffenthat der Österreicher; auf diese folgten im nächsten Jahre die Niederlagen bei Burkersdorf und Freiberg. Nun erst wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und auf dem sächsischen Jagdschlosse Hubertsburg unterzeichneten am 15. Februar 1763 die Vertreter Österreichs und Preußens den Friedensvertrag, welcher den Besitzstand beider Reiche, wie er vor dem Kriege war, anerkannte, und in dem K. Friedrich II. als Kurfürst von Brandenburg versprach, bei der Kaiserwahl dem Erzherzog Josef seine Stimme zu geben.

So unbefriedigend auch der Ausgang des siebenjährigen Krieges war, so trat doch in der auswärtigen Politik keine Änderung ein. Die Kaiserin bewahrte auch fortan unbedingtes Vertrauen in das von Kaunitz befolgte System, und sie war um so mehr entschlossen, die Allianz mit Frankreich und Spanien zu einer unauflöslichen zu gestalten, als sie dabei einen festen Rückhalt in der Gemeinsamkeit des katholischen Glaubens fand, dessen Pflege ihr warm am Herzen lag. Die Versuche Preußens, mit Österreich in engere Beziehungen zu treten, scheiterten an dem Mißtrauen in die Aufrichtigkeit der Freundschaftsbetheuerungen K. Friedrich's II.

An dem Hofe der Kaiserin trat während des Krieges ein großes Familienereignis ein. Der Thronfolger Erzherzog Josef vermählte sich mit Isabella von Parma, welche am 1. October 1760 vom Belvedere aus durch die Kärntnerstraße über den Stock-im-Eisen und Michaelerplatz ihren Einzug hielt und wobei zum erstenmale die ungarische Leibgarde, die am 28. September 1760 zu Preßburg mit großer Feierlichkeit den Eid der Treue geschworen, paradierte. Das Glück dieser Ehe war aber nur von kurzer Dauer. Nachdem Erzherzogin Isabella zwei Töchter geboren hatte, starb sie zum unaussprechlichen Schmerz ihres Gemahls am 27. November 1763.

Nach Beendigung des Krieges widmete Maria Theresia fortdauernd ihre Sorgfalt dem Gedeihen ihrer Familie und dem Wohle ihrer Völker. Sie hatte ihrem Gemahl, K. Franz, an dem sie mit unbegrenzter Liebe hieng, sechzehn Kinder, fünf Söhne und eilf Töchter, geboren, deren Erziehung sie persönlich überwachte. Die Söhne waren: Josef (geb. 13. März 1741), Karl (welcher schon 1761 starb), Leopold (geb. 5. Mai 1747), Ferdinand (geb. 1. Juni 1754) und Maximilian (geb. 8. December 1756),

von den Töchtern überlebten die Mutter Marianne (geb. 6. October 1738), Maria Elisabeth (geb. 13. August 1743), Marie Christine (geb. 13. Mai 1742), Maria Amalia (geb. 29. Februar 1746), Maria Carolina (geb. 13. August 1752) und Marie Antoinette (geb. 2. November 1755). Zu Gunsten der nachgebornen Söhne erklärte der Kaiser sein Land Toscana am 14. Juli 1763 zu einer Secundogenitur, welche nach seinem Tode auf Erzherzog Leopold übergieng. Nach seiner Vermählung mit der Erbprinzessin von Modena-Este erhielt er durch Beschluss des Kaisers auch die Anwartschaft auf Modena, Mirandola, Massa und Carrara. Mit mütterlicher Liebe war die Kaiserin bemüht, ihre Töchter bestens zu versorgen. Die beiden ältesten wurden Äbtissinnen zu Prag und Klagenfurt, Erzherzogin Marie Christine, ihren Liebling, vermählte sie am 8. April 1766 mit Herzog Albert von Sachsen, Maria Amalia am 19. Juni 1769 mit Ferdinand von Parma, Maria Carolina am 12. Mai 1768 mit Ferdinand IV., König beider Sicilien, und Marie Antoinette im Mai 1770 mit dem Dauphin und nachmaligen K. Ludwig XVI. von Frankreich.

Mit innigem Antheil verfolgten die Wiener alle Ereignisse in dem Leben der kaiserlichen Familie. Prächtige Triumphpforten schmückten die Straßen der Stadt, als im St. Stephansdom am 9. April 1764 die Wahl des Erzherzogs Josef zum römischen König (27. März 1764) gefeiert wurde. Mit größtem Glanze wurde am 29. Jänner 1765 der Einzug Josef's nach seiner zweiten Vermählung mit der baierischen Prinzessin Maria Josefa gefeiert. Tiefe Trauer rief die Nachricht hervor, daß der Gemahl Maria Thereſia's, Kaiser Franz, bei dem Beilager des Erzherzogs Leopold in Innsbruck am 18. August 1765 vom Schlag gerührt gestorben sei, und mit schmerzlicher Rührung vernahm man den überwältigenden Eindruck des Ereignisses auf die Kaiserin, welche in ihrer tiefen Trauer sich ihre Haare abschneiden ließ, allen Putz und alles Geschmeide ablegte, ihre Kleider unter ihre Kammerfrauen vertheilte und bis an ihr Lebensende in Trauerkleidern zu gehen gelobte. Die größte Bestürzung trat ein, als die Kaiserin am 23. Mai 1767 an den Blattern erkrankte. Während der ganzen Dauer der Krankheit wurde in allen Kirchen gebetet, und alle Stände, arm und reich, hoch und niedrig, drängten sich in die Gotteshäuser, um die glückliche Wendung der Krankheit zu erflehen. Und als sie nach ihrer Wiederherstellung an der Seite des Thronfolgers Kaiser Josef II. nach St. Stephan fuhr (22. Juli 1767), kannte der Jubel keine Grenzen. Da die Kaiserin wusste, mit welcher Liebe die Völker ihres Reiches an ihr hiengen, theilte sie

auch mit ihnen bei jedem Anlasse das Glück und die Freude ihres Familienlebens, zuweilen in wahrhaft patriarchalischer Weise. So eilte sie, als ihr am 19. Februar 1768 die Nachricht zugekommen war, dass ihrem Sohne, dem nachmaligen Kaiser Leopold II., der erste Sohn geboren worden war, durch die Gänge ins Burgtheater und rief hier, sich weit über die Logenbrüstung hinausbiegend, ins Parterre hinab: „Der Poldel hat an' Buam und g'rad' am Bindtag, an mein' Hochzeitstag!" Darüber entstand ein Beifallssturm, wie er noch nie an diesem Orte gehört worden war.

Was die Kaiserin, unterstützt durch den Rath erfahrener und einsichtsvoller Staatsmänner, vor dem Ausbruche des Krieges an Reformen zur inneren Neugestaltung des Reiches geplant und zum Theil auch in Angriff genommen hatte, wurde nun rastlos weiter geführt. Nach den Unglücksschlägen, welche K. Maria Theresia durch den Tod ihres Gemahls und kurz darauf durch den Tod zweier ihrer erprobtesten Räthe, des Grafen Haugwitz und des Grafen Daun, getroffen hatten, war in ihr eine merkliche Veränderung eingetreten. Sie ließ es wohl nicht an ihrer gewohnten Geschäftsthätigkeit fehlen; aber sie selbst fühlte sich durch den maßlosen Kummer körperlich und geistig geschwächt und betrachtete, durch schmerzliche Erfahrungen beeinflusst, die Welt mit anderen Augen, als in ihren jüngeren Jahren. Damit ihr eine frische, geistig hochstehende Kraft zur Seite stünde, hatte sie beschlossen, den Thronfolger K. Josef, der bereits seit dem Jahre 1761 im Kronrath saß, zum Mitregenten zu ernennen, von dem sie wusste, dass er, wie sie selbst, von glühendster Liebe für seine Völker beseelt sei. Nach einer Richtung giengen die Erwartungen der Kaiserin allerdings in Erfüllung; K. Josef überbot alle ihre Räthe bei den Berathungen im Staatsrathe an Einsicht und Eifer, bei der Behandlung der Staatsgeschäfte an Frische und Regsamkeit. Es zeigte sich aber bald, dass zwischen der Kaiserin und dem Thronfolger in den Anschauungen über die wichtigsten Fragen oft eine tiefe Kluft bestand. K. Maria Theresia, wiewohl mit hohem und klarem Geiste die Bedürfnisse des Reiches erkennend, wollte bedächtig und schonungsvoll bei der Durchführung der Reformen zu Werke gehen und den Staat kräftigen, ohne die erworbenen Rechte der Provinzialstände gänzlich zu vernichten, Bildung und Aufklärung ohne Schwächung der religiösen Gefühle verbreiten und Missbräuche mit möglichster Rücksicht auf die dabei Betheiligten abstellen. Sie war ängstlich geworden und misstrauisch in die heilsame Wirkung der neuen Ideen, die sich gegenüber den morsch gewordenen Einrichtungen der alten Zeit auf allen Gebieten Geltung zu verschaffen suchten. K. Josef II. wollte dagegen durchgreifend und rücksichts-

los an den Aufbau des Staates gehen und die Reformen im Geiste seiner philosophischen Ideale ins Werk setzen. Er tadelte die neugeschaffenen Einrichtungen und die Personen, deren sich seine Mutter bisher bei den Geschäften bedient hatte. Ihm galten historische Rechte wenig, wo es sich um die Stärkung und Kräftigung des Staates handelte, erworbene Rechte nichts, wenn letzterer darunter Schaden litt. Er erwartete alles von der Macht der Aufklärung und Bildung, von der Hebung der sittlichen Würde und der Entfesselung der geistigen Kräfte der Menschen. — Aus diesem Widerstreite der Anschauungen mussten zwischen Mutter und Sohn zahlreiche Zerwürfnisse entstehen, welche den Hof in Parteien spalteten und auf den Gang der Staatsgeschäfte oft von hemmendem Einfluss waren. Zu manchen Reformen gab die Kaiserin wider ihre bessere Überzeugung die Zustimmung, damit sie den ihrem Herzen nahe stehenden Sohn nicht kränkte, und K. Josef gerieth in Widerspruch mit seiner besseren Überzeugung, um die Pflichten eines guten, anhänglichen Sohnes nicht zu verletzen. Wie weit es zwischen beiden gekommen war, zeigt uns ein Brief, den Josef am 9. December 1773 an seine Mutter richtete. Seine peinliche Lage klar erkennend, bittet er sie darin, ihn der Mitregentschaft zu entheben, um die Quelle des Zwiespaltes und die Nachtheile, welche daraus entsprängen, zu beseitigen. „Ich liebe auf dieser Erde Niemanden," schließt er das denkwürdige Schreiben, „als Sie und den Staat, entscheiden Sie, handeln Sie." Dass sich dazu Maria Theresia nicht entschloss, lag in ihrer großen Denkweise. Sie liebte ihren Sohn, sie achtete sein edles Streben und wollte mit großer Selbstverleugnung lieber sich selbst beschränken, seine Fehler und Überstürzungen ertragen, als ihn durch einen demüthigenden Schritt kränken und verletzen.

Unter allen Angelegenheiten erforderten zunächst die Finanzen und das Kriegswesen wesentliche Verbesserungen. Der lange dauernde Krieg hatte die Finanzen tief zerrüttet und den Staatscredit schwer geschädigt. Bei der Armuth der Länder war an neue Steuern nicht zu denken; sowohl K. Josef II. als Kaunitz waren entschieden dagegen. Opferwillig schenkte ersterer das ganze, aus mehr als 22 Millionen Gulden bestehende, von seinem Vater ererbte Vermögen dem Staate und empfahl die Reduction der Zinsen der Staatsschuld, gleichzeitig aber auch die größte Sparsamkeit. Thatsächlich geschah auch vieles in dieser Richtung, aber die Sparsamkeit reichte zur Tilgung der Schulden und zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte nicht aus. Ein neues Finanzsystem mit der Ausgabe von Papiergeld (Bancozetteln) kam in Anwendung.

Im Kriegswesen, dessen Leitung nach dem Tode Daun's Freiherr von Lascy übernahm, wurde vom Generalstabe, der taktischen Ausbildung der Truppen und deren Verpflegung sowie dem Befestigungssystem große Aufmerksamkeit geschenkt. Mit wahrem Feuereifer betheiligte sich K. Josef an diesen Reformen und gerieth hier oft mit der Kaiserin und Kaunitz in Streit. In der Verwaltung erkannte man die Unhaltbarkeit des Directoriums in publicis et cameralibus; es wurden daher die Hofkanzleien für Böhmen und Österreich wieder hergestellt, die Verwaltung der Finanzen an rei Centralbehörden, die Hofkammer, die Creditsdeputation und die Hofrechnungskammer, vertheilt und der Wirkungskreis der Landesbehörden und Kreisämter erweitert. Die Klagen der Bauern über das Übermaß ihrer Verpflichtungen gegenüber den Grundherren fanden bei der Kaiserin ein geneigtes Gehör. Bei der Schwierigkeit, die Robotfrage so zu lösen, daſs beide Theile befriedigt würden, gerieth sie ins Schwanken. Die unerfüllbaren Hoffnungen, welche sie erregt hatten, führten in Böhmen zu Bauernaufständen. K. Maria Theresia ließ sich aber dadurch nicht zurückschrecken und wandte ihre Sorgfalt der Hebung des Bauernstandes zu, um zugleich die Bodenproduction zu fördern. Die schon früher begonnene Verbesserung der Justizpflege kam unter der Mitwirkung von Männern, wie Riegger, Martini, Sonnenfels, Eybel und Rautenstrauch zum Abschluſs, welche neue Gesetzbücher für die Civil- und Strafrechtspflege auf neuen Grundlagen und im Geiste der Humanität ausarbeiteten. Unter dem directen Einfluſs des Mitregenten wurde das Privilegium der Adeligen, ihre Zeugenaussagen bloß mit Berufung auf ihre adelige Treue ablegen zu können und die öffentliche Ausstellung gewisser Verbrecher in der Kirche abgestellt, der Blutbann dem Staate allein revindicirt, die Verbrechen der Ketzerei, Zauberei, Hexerei und Wahrsagerei, das Asylrecht und nach langen Erwägungen des Staatsrathes — endlich auch die peinliche Folter aufgehoben.

Ungeachtet ihrer ausgesprochenen Frömmigkeit rüttelte Maria Theresia an zahlreichen veralteten religiösen Gebräuchen. So verbot sie das Adam- und Evaspiel, den Aufzug der heiligen drei Könige und der Geburt Christi, das Johannesspiel, das Glockenläuten bei Gewittern, das Kreuzschleppen bei Wallfahrten, den Handel der Geistlichen mit Wachskerzen, die Johannisfeier, den Verkauf unechter Reliquien, geweihter Rosenkränze, das Planetstellen, das Überreden an Zauberer, Schatzgräber und Schwarzkünstler — all diese Auswüchse des katholischen Cultus, die theils zu Missbräuchen, theils zu abergläubischen Vorstellungen geführt hatten. Im Interesse der Wahrung der Autorität des Staates bot sie die Hand zur Einführung

des Placetum regium, zum Verbot der Excommunication ohne ihre Zustimmung, zur Beschränkung der Zahl der Klöster und der Veräußerung geistlicher Güter, zur Reform der Ordensstatuten der Klöster, zur Aufhebung des directen Verkehrs der Geistlichkeit mit Rom und zu einer Umgestaltung der religiösen Bruderschaften. Von der Schädlichkeit des Jesuitenordens in seiner damaligen Verfassung überzeugt, unterstützte die Kaiserin in Rom die Bestrebungen zu dessen Beseitigung. Am 14. September 1773 wurde die Aufhebung des Jesuitenordens in Wien kundgemacht. Erzbischof Migazzi erschien in ihrem Professhaus am Hof und verlas die päpstliche Bulle. Die Beamten, Gelehrten und die Geistlichkeit jubelten, weil sie aus verschiedenen Gründen die Väter Jesu hassten. In den unteren Classen der Bevölkerung dagegen nahm man die Nachricht mit dem Ausdruck tiefen Bedauerns auf. „Gestern," schreibt ein Zeitgenosse, „kam die berühmte Bulle Clemens XIV. zu Wien an. Sie wird mit verschiedenem Beifall aufgenommen. Der Pöbel, dessen Schwachheit darin besteht, alle Zeit auf der Seite des Delinquenten zu sein, es mag dieser ein Missethäter oder ein Märtyrer sein, bedauert die frommen Väter. Ihre Mitbrüder, der Clerus, jauchzen; zu ihm schlagen sich alle Idioten, Projectenmacher und Pflastertreter." Ebenso widmete die Kaiserin der Verbesserung der Sittlichkeit durch ihre polizeilichen Reformen die größte Aufmerksamkeit.

Nur nach langem Zögern vollführte die Kaiserin die begonnene Umgestaltung des Unterrichtes, da sie eine entschiedene Abneigung gegen die Freigeisterei und die Doctrinen der Philosophie in Frankreich und England hatte. Dem Einflusse einer Reihe von Männern, an deren Spitze Gerhard van Swieten, Leibarzt der Kaiserin, Kollar, Freiherr von Störk, Eybl, Franz Josef Rautenstrauch, Hess und Birkenstock standen, war es zu verdanken, dass die Kaiserin zu einer besseren Überzeugung gelangte. Gegner der Jesuiten, führten sie jahrelang den Nachweis, dass das System der Jesuiten den ganzen Verfall der Universität verschuldet und der wissenschaftlichen Forschung unerträgliche Fesseln auferlegt habe. In Bezug auf die Gymnasien brachten sie den Grundsatz zur Geltung, dass die Erziehung und Bildung der Jugend nach den vom Staate genau vorgezeichneten Grundsätzen geleitet und durch Kräftigung des deutschen Elementes ein Bindemittel geschaffen werden müsse, welches das österreichische Bewusstsein stärke. Die Reform der Volksschule, diese ruhmvolle That der Kaiserin, hatte den Zweck, der Bildung auch in den unteren Volksclassen Eingang zu verschaffen und dadurch deren Erwerbsfähigkeit zu erhöhen. Auf dem Gebiete des Handels und der Industrie zeigte sich, dass das durch

den Hofcommerzienrath inaugurierte System nicht haltbar sei. Graf Kaunitz wies auf den großen Irrthum hin, dass durch Einfuhrverbote die einheimische Industrie gekräftigt und der Wohlstand gefördert werde, und beklagte den dadurch herbeigeführten Verfall des Handels. Aber diese Anschauungen fanden in Josef selbst den heftigsten Gegner; denn es gelang nur nach und nach und wider den Willen des Kaisers, dass in einzelnen Industriezweigen eine Aufhebung oder Ermäßigung dieser Verbote eintrat. Zur Hebung des Handels, insbesondere nach dem Orient, tauchten mannigfache Projecte auf, von denen jene zur Verbesserung der Schiffahrt auf den wichtigsten Flüssen des Reiches und zur Errichtung von Stapelplätzen auf mehreren Punkten der Meeresküsten von Erfolg waren.

Bei dem Streben der Kaiserin und ihres Sohnes, die einzelnen Theile des Reiches ineinander zu fügen und Wien zu ihrem Mittelpunkt zu machen, blieb ihr Augenmerk auch unverwandt auf die Fortentwicklung der Hauptstadt gerichtet. Wir werden in den späteren Abschnitten sehen, was sie in dieser Richtung für die Verbindung der Stadt mit den Vorstädten und die Ausbreitung der letzteren durch die Eröffnung des Praters und des Augartens, für die Verbesserung des Verkehres, für die Pflege der Sicherheit und Sittlichkeit, die Versorgung der Armen und Waisen, für Unterricht und Erziehung, für das industrielle Leben und für Kunst, Theater und Musik gethan hat.

Noch das letzte Decennium der Regierung Maria Theresia's war durch bedeutende Ereignisse ausgezeichnet. Durch die Theilung Polens (1772) fielen dem Reiche neue Länder zu, aus denen eine besondere Provinz, das Königreich Galizien und Lodomerien, hervorgieng. Im Jahre 1777 überließ die Pforte an Österreich die Bukowina und im Juli 1778 begann zwischen Österreich und Preußen der baierische Erbfolgekrieg, nach dessen Beendigung, in dem Frieden zu Teschen (13. Mai 1779), das Innviertel mit Braunau an die Kaiserin abgetreten wurde. Ein schweres Opfer brachte sie der Politik durch die Vermählung ihrer jüngsten Tochter, Erzherzogin Marie Antoinette, mit dem französischen Thronfolger. Wie glänzend auch die Feste waren, durch welche am 16. und 18. April 1770 in Wien das Fest gefeiert wurde, so mengte sich doch in die Freude über das Ereignis die Sorge über das Schicksal der jungen, unerfahrenen Prinzessin inmitten des Treibens des Pariser Hofes. Zärtlicher als Maria Theresia konnte keine Mutter über dem Glücke ihres Kindes wachen. Um so schmerzlicher musste es die Kaiserin berühren, als weder Güte noch Strenge fruchteten, um in dem nicht selten leichtfertigen Benehmen Marie Antoinette's eine Änderung hervorzurufen.

So verdüsterten Kränkungen über den Zwiespalt mit K. Josef II., über die Haltung Marie Antoinette's und die gleichfalls nicht sehr glückliche Heirat Marie Karolinens mit dem Könige beider Sicilien, sowie endlich der Gang der inneren und äußeren Politik die letzten Lebensjahre der großen Kaiserin, und reine, ungetrübte Freude bereitete ihr nur die Erzherzogin Marie Christine und deren glückliche Ehe mit dem Prinzen Albert von Sachsen. An sich körperlich leidend, verschlimmerten die heftigen Gemüthsbewegungen ihren Zustand. Am 20. November 1780 erkrankte K. Maria Theresia so ernstlich, dass man für ihr Leben fürchtete. Die Brustwassersucht, an der sie litt, verursachte ihr Erstickungsanfälle. Durch die Anwendung ärztlicher Mittel trat wohl eine momentane Erleichterung ein; aber schon wenige Tage darauf steigerte sich das Übel derart, dass die Ärzte dem Kaiser das bevorstehende Lebensende seiner Mutter nicht mehr verheimlichten. Demüthig und gelassen, mit vollem Bewusstsein ihrer Lage, verbrachte die Kaiserin die letzten Tage, umgeben von ihren anwesenden Kindern und unausgesetzt mit der Erledigung dringender Geschäfte und der Ordnung ihrer Familien-Angelegenheiten beschäftigt. Keine Klage, keine Regung der Ungeduld entschlüpfte ihren Lippen; vielmehr sprach sie ihren Kindern und Dienstleuten, welche in Schmerz aufgelöst an ihrem Lager standen, Trost zu. In der Nacht vom 28. auf den 29. November hatte sie mit Josef eine lange Unterredung. Er bat sie, sich Ruhe zu gönnen. „In einigen Stunden," erwiderte sie, „soll ich vor Gottes Richterstuhl erscheinen, und du meinst, ich könne schlafen." Am nächsten Morgen nahm sie von ihren übrigen Kindern rührenden Abschied und bat, sie möchten, wenn auch alle Welt sie vergessen sollte, in ihren Herzen die dankbare Erinnerung an sie nicht erlöschen lassen. Am 29. November, 9 Uhr abends, erhob sie sich von ihrem Lehnstuhl und machte einige Schritte gegen ihr Ruhebett, an dessen Rande sie niedersank, worauf sie auf dasselbe gelegt wurde. Der Kaiser, sein Bruder Maximilian und Prinz Albert standen bei ihr. Josef sprach: „Euere Majestät liegen schlecht." „Ja," antwortete sie, „aber gut genug, um zu sterben." Wenige Athemzüge noch, und K. Maria Theresia war eine Leiche. Schluchzend kniete Josef vor ihr nieder; von Schmerz überwältigt blieb er stumm.

Wahrhaft großartig waren die Kundgebungen der Trauer über den Tod der Fürstin, welche aus allen Theilen des Reiches einliefen. Vor allem war es die Hauptstadt, welche die Größe des Verlustes durch ihren offen kundgegebenen Schmerz am Tage der Leichenfeier und nach derselben durch Reden und Gedichte Ausdruck gab. Nur die unteren Volksclassen, welche in

ihrem kurzsichtigen Unmuth über die eben ins Leben getretene Trauksteuer vergaßen, wie sehr der Kaiserin deren Wohl ihr ganzes Leben hindurch nahe gelegen war, zeigten Gleichmuth.

K. Josef II. trat unter hochgespannten Erwartungen seiner Unterthanen die Regierung des Reiches an. Kaum aus dem Kindesalter getreten, hatte sich die Welt mit seinem eigenartigen Wesen beschäftigt; er überraschte durch seine ungewöhnlich frühe, körperliche und geistige Entwicklung, durch seine Lebhaftigkeit und sein warm fühlendes Herz, aber auch durch seinen Eigensinn und sein aufbrausendes Benehmen. Mit größter Sorgfalt für eine umfassende Bildung ihres Sohnes besorgt, hatte die Kaiserin schon im Jahre 1752 selbst nach den Grundsätzen Bartenstein's eine Denkschrift über den einzuhaltenden Erziehungs- und Studienplan ausgearbeitet und die vorzüglichsten Männer ihrem Sohne als Lehrer beigesellt. Unter den letzteren gewannen Bartenstein und Martini, ersterer durch seine historischen Erläuterungen, worin er ein treues Spiegelbild der Fehler und der Tugenden der Vorfahren Josef's entwarf, letzterer durch seine aus dem Geiste der damaligen Philosophie hervorgegangenen Anschauungen über Natur- und Völkerrecht einen bedeutenden Einfluss. Durch ihren Unterricht erhielt der Geist des Prinzen jene Richtung, die er später in seinen Reformen einschlug. Er lernte durch diese Männer die gewaltige Wirkung der Reformation auf den Forschungstrieb des menschlichen Geistes, die Lehren des Kopernikus und des Galilei über das Weltsystem, Newton's Gravitationsgesetz, die Werke des Hugo Grotius, Machiavelli, Locke, Pufendorf, Thomasius und Leibnitz kennen, mit denen er sich voll Wissbegierde noch im männlichen Alter beschäftigte. Hiezu kam in reiferen Jahren die Lecture von Voltaire's, Montesquieu's und Rousseau's Schriften. Um sich persönlich an ihrem Hauptsitz über die geistige Bewegung zu unterrichten, unternahm er im Jahre 1777 eine Reise nach Frankreich, besuchte in Paris die Werkstätten der Kunst und Industrie, die Humanitätsanstalten und öffentlichen Gerichtsverhandlungen. Er machte Bekanntschaft mit Necker, Turgot, Buffon, Rousseau, Marmontel und D'Alembert. Nur Voltaire vermied er zu sprechen, wie sehr er auch danach Verlangen trug, weil seine Mutter ausdrücklich den Wunsch ausgedrückt hatte, dass er es nicht thun möge. In Wien selbst stand er in ununterbrochenem Verkehr mit Gottfried Freiherrn van Swieten, dem Sohne des Leibarztes der Kaiserin, mit Eybel, Franz von Rautenstrauch, Ignaz von Born, Freiherrn von Gebler, Martini, Sonnenfels, Birkenstock, Männern, die zu den ausgesprochensten Anhängern der Grundsätze der Neuzeit gehörten und zum Theil Freimaurer und Illuminaten waren.

Wollte K. Josef II. nicht seine ganze Vergangenheit verleugnen und den Ideen entsagen, die seine Seele mit mächtigem Zauber gefangen hielten, so musste er nach seinem Regierungsantritte denselben praktische Geltung zu verschaffen suchen. In der That beschäftigte sich gleich in den ersten Wochen sein Geist mit den weitgehendsten Reformen. Im December 1780 schrieb er an den französischen Minister Choiseul, dass er tiefgreifende Änderungen in der Leitung der Provinzen, der Stellung der Geistlichkeit und der Finanzverwaltung vorhabe. An den Erzbischof von Salzburg richtete er im Februar 1781 die Worte: „Ein Reich, das ich regiere, muss nach meinen Grundsätzen beherrscht, Vorurtheil, Fanatismus, Parteilichkeit und Sclaverei des Geistes unterdrückt und jeder meiner Unterthanen in den Genuss der bürgerlichen Freiheiten eingesetzt werden.“ Und als ob sich Josef II. bewusst gewesen wäre, dass ihm nur eine kurze Spanne Zeit zur Durchführung seiner Neugestaltung des Staates gegönnt sei, nahm er mit einer Hast und Raschheit Reformen vor, die, alles Bestehende in Frage stellend, eine unbeschreibliche Gährung im ganzen Reiche hervorriefen und in ihren Widersprüchen, ihren unversöhnlichen Gegensätzen keine Gewähr der Dauer geben konnten.

In der inneren Politik blieb die oberste leitende Idee: die Erhöhung der Selbständigkeit des Staates, dessen Zusammenfassen zu einem großen und einheitlichen, durch die Gemeinsamkeit der Sprache und der Cultur gekräftigten Ganzen, dem sich die Ansprüche der Kirche und der Provinzialstände unterordnen sollten. In der auswärtigen Politik stand im Vordergrunde sein Streben nach einer Kräftigung des deutschen Reiches im Wege der Reform der Verfassung, sein Verlangen nach einer Arrondirung der österreichischen Erblande durch den Austausch Belgiens gegen Baiern, welches Österreich zum Herrn von Süddeutschland machen sollte, die Allianz mit Russland zur Ausbreitung des Reiches im Osten und die Sicherung der Lombardei zur Stärkung des Einflusses des Wiener Hofes auf die apenninische Halbinsel — Bestrebungen, die von Preußen, Sardinien und anderen Staaten lebhaft bekämpft wurden.

Am treuesten spiegelten sich die Bestrebungen Kaiser Josef's II. in Wien, dem Mittelpunkte der Geister, welche an der Umwälzung der Regierungsmaximen thätig waren. Den Wienern stand der Kaiser bei seiner Thronbesteigung nicht fremd gegenüber. Sie hatten seine Theilnahme an dem Gedeihen und Aufblühen der Stadt, seine bürgerfreundliche Gesinnung schon in früheren Jahren kennen gelernt. Seinem Einflusse schrieb man die Anlage der Glacien und Rasenplätze an der Stelle der wüsten, von Gräben, Erd-

hügeln, Staub und Mist bedeckten Fläche, die unbeschränkte Eröffnung des Praters, die Eröffnung des Augartens und die Hebung des deutschen Theaters zu. Die Wiener kannten seine einfache Lebensweise, sein ideales, das Glück der Völker anstrebendes Wirken, seinen vorurtheilsfreien Blick für alle Lebensverhältnisse. So lange aber seine Mutter, die Kaiserin, gelebt hatte, hielt er sich absichtlich von jedem öffentlichen Auftreten, jedem persönlichen Verkehr mit den Bürgern fern. Nur in den letzten zwei Jahren seiner Mitregentschaft ließ er wiederholt den Bürgermeister Hörl zu sich rufen und nahm von ihm Vorschläge entgegen, die auf eine Reform des Gemeindewesens Bezug hatten. Aber man würde doch irren, wenn man behaupten wollte, dass die Wiener so warme Sympathien für den Kaiser hegten, wie für dessen Mutter. Sie fühlten sich beunruhigt durch die geistige Bewegung, die er nach Wien verpflanzt hatte, sie glaubten, infolge seiner Haltung gegenüber der katholischen Kirche, dass er ein Anhänger der protestantischen Lehre sei und fürchteten einen Umsturz der ganzen öffentlichen Ordnung. Es wurzelten die bestehenden Sitten und Einrichtungen zu tief in dem Bürgerthum, als dass nicht jene, die ein Interesse an deren Fortbestand hatten, alle Mittel hätten in Bewegung setzen sollen, die Gemüther über die Absichten des Kaisers zu beunruhigen. Nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Gelehrten, Schriftstellern, Juristen, Ärzten und außer diesen die hier wohnenden, aus Deutschland gekommenen Fremden zählte er zu seinen begeistertsten Anhängern.

Durch die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Einräumung des Eigenthumsrechtes an den unterthänigen Gründen am 1. November 1781, wurden in dem heutigen Gemeindegebiete alle jene Bewohner berührt, die auf dem Grund und Boden der damals noch bestehenden Dominien wohnten. Die Toleranzpatente vom 13. October 1781 gestatteten die Bildung einer protestantischen Gemeinde, und die Judenordnung vom Jahre 1782 bahnte die Gleichstellung der Israeliten mit den übrigen Confessionen an. Große Freude bereitete den unteren Volksclassen die Aufhebung der verhassten Trinksteuer*).

Infolge der Aufhebung jener Klöster, „welche ein bloß beschauliches Leben führten", und keinen Schulunterricht hielten oder sich mit Krankenpflege beschäftigten, am 20. December 1781, wurde es ermöglicht, den sogenannten Religionsfond zu bilden, die Gebäude theils zu anderen

*) Von dieser Freude gibt das auf Tafel VI reproducierte, in Wien erschienene Flugblatt Zeugnis.

Zu K. Weiß' Geschichte der Stadt Wien. II Bd.

R. v. Waldheim art. Anst. Wien.

Denkmal auf das Ende der Trankſteuer den 31 October 1783

Wiener-Flugblatt

(Facsimile in verkleinertem Mafsstabe.)

öffentlichen Zwecken zu verwenden, theils niederzureißen und die Gründe sammt den Gärten in Bauplätze für Privathäuser zu verwandeln. Zur Heranbildung des Priesterstandes beauftragte der Kaiser den Erzbischof Migazzi, am 5. April 1783, ein General-Seminarium zu gründen und am 20. August 1783 verordnete er, dass in Zukunft die Bischöfe und Klöster nur Zöglinge dieses Seminars aufnehmen dürften. Eine weitere Consequenz dieser Reform war die so lang angestrebte und stets verweigerte Loslösung des österreichischen Antheiles von der Passauer Erzdiöcese, wobei dem Kaiser die eben eingetretene Vacanz des Bischofsstuhles zustatten kam. Durch eine neue Pfarreintheilung bewies aber zugleich der Kaiser, dass ihm die Hebung wahrhaft religiösen Sinnes am Herzen lag. Aus dieser neuen Pfarreintheilung gieng dann das Bedürfnis hervor, die bei den Kirchen bisher bestandenen Friedhöfe aufzulassen, welche auch am 1. Jänner 1784 geschlossen und an deren Stelle zunächst vier allgemeine Friedhöfe vor der St. Marxer-, Matzleinsdorfer-, Hundsthurmer- und Währingerlinie traten. Mit den Klöstern hob K. Josef II. am 5. Mai 1783 in Wien sämmtliche 116 Bruderschaften auf, vereinigte sie in eine unter dem Namen: der Liebe des Nächsten und wandte dieser Bruderschaft, dem sogenannten Armeninstitut, das ganze aus einem Capital von 690.000 Gulden und aus jährlichen Beiträgen von 17.806 Gulden bestehende Vermögen der Armencasse zu.

Einen besonderen Aufschwung nahmen nunmehr in Wien die Freimaurer. Der Bestand einer Freimaurerloge reicht bis in das Jahr 1742 zurück*). Kaiser Franz I., Gemahl Maria Thresia's, war Mitglied dieser Loge, welche die Bezeichnung „zu den drei Kanonen" führte. Da die Freimaurer seit der Bulle des Papstes Clemens XII. vom 27. April 1738 in Bann waren, welcher sie mit Gefängnis, Güterconfiscation und Verbannung bedrohte, so musste das größte Geheimnis über ihren Bestand gewahrt bleiben. Sie vermieden daher auch ein bestimmtes Locale zu ihren Versammlungen zu verwenden, und es wurden die Logen an verschiedenen Orten abgehalten. Die Mitglieder gehörten theils dem Adel, theils dem Militär an. Trotz des geheimnisvollen Treibens wurde aber diese Loge schon am 7. März 1743 aufgehoben. Die Polizei erhielt Nachricht, dass die Mitglieder im Mar-

*) Der Bestand der Freimaurer in den Provinzen reicht weit höher hinauf. So wurde bereits im Jahre 1726 zu Troppau durch den Grafen Starhemberg die Loge „Pythagoras" eingeweiht. Dr. H. Beigel: Das System der Loge: Bon Pasteur. Wien 1876.

garetenhof auf dem Bauernmarkt an diesem Tage ein Fest abhalten wollten. Auf Andringen des Erzbischofs Kollonitsch wurde das Haus mit Militär besetzt und ein Theil der Mitglieder, worunter Graf Starhemberg, Baron Liebenstein, Graf Trautmannsdorf, Baron Tinti u. s. w., verhaftet. Die Sage erzählt, dass es dem Gemahl Maria Theresiens selbst nur mit Mühe gelang, der Verfolgung zu entgehen. Demungeachtet constituierte sich die Loge „zu den drei Kanonen" neuerdings, ja es bildete sich hier im Jahre 1754 eine zweite Loge „Friedrich zu Hannover", welche mit der ersteren in Streit gerieth. Die Gründung einer dritten Loge „zum heil. Josef" fällt in das Jahr 1771. Die Freimaurer hatten, wenn sie auch nur geduldet waren, schon zu dieser Zeit in Wien so festen Boden gefasst, dass fast alle dem Fortschritt huldigenden Männer Mitglieder dieser Verbrüderung waren. Kaum war K. Josef II. zur Regierung gelangt, so entwickelten die Freimaurer eine außerordentliche Thätigkeit. Ihren Grundsätzen entsprechend, unterstützten sie die großen Reformen des Kaisers und verbreiteten sich so rasch im ganzen Kaiserstaat, dass sich fast in jeder bedeutenderen Stadt eine oder mehrere Logen bildeten. In Wien selbst bestanden die Logen zu den drei Adlern, zur Beständigkeit, zur wahren Eintracht, zu den drei Feuern, zur gekrönten Hoffnung, zum heil. Josef, zum Palmbaum und zur Wohlthätigkeit. Den ersten Rang behauptete die Loge „zur wahren Eintracht", gegründet von J. Born am 16. März 1780, und es gehörten ihr an: Alxinger, Birkenstock, Blumauer, Denis, Eckhel, Franz von Greiner, J. Haydn, Retzer, Graf Saurau, Sonnenfels, Mozart u. s. w. Dieses Aufblühen der Freimaurer bestimmte K. Josef II. im Jahre 1785 zu einer Regelung der Verbrüderung. In einem kurzen Cabinetsschreiben an den Grafen Dietrichstein vom 11. December sprach er wohl deren gesetzliche Duldung aus, jedoch unter der Beschränkung, dass sie ihre Verbindung mit den Illuminaten und Rosenkreuzern aufgeben. Infolge dieses Schrittes trat in Wien eine Verschmelzung der Logen in jene „zur Wahrheit" und „zur neu gekrönten Hoffnung" ein, welche sich am 28. December 1785 constituierten. In dieser Gestalt verblieben die Freimaurerlogen Wiens bis zum Tode des Kaisers.

An keinem Ort der Erde hatten die kirchlichen Reformen schmerzlicher berührt, wie in Rom. Vom ersten Schritte an, den K. Josef II. unternahm, ließ man es nicht an Bitten, Ermahnungen, ja selbst an Drohungen fehlen, um ihn vom betretenen Wege abzubringen. Der Nuntius, Cardinal Migazzi, und andere Vertrauenspersonen drangen in den Kaiser — jedoch vergebens. Papst Pius VI. glaubte nun das Äußerste versuchen und nach Wien reisen zu müssen, um den Kaiser persönlich anzuflehen, in seinen Gewaltmaßregeln

inne zu halten. Als der Kaiser davon Nachricht erhielt, war er auf das peinlichste berührt. Er schrieb dem Papste am 11. Jänner 1782, dass er dessen Absicht, nach Wien zu kommen, als einen ausnehmenden Beweis seines Wohlwollens betrachten müsse, fügte aber gleichwohl die Bemerkung bei, „dass er von der Richtigkeit seiner Grundsätze in Betreff der kirchlichen Reformen so fest überzeugt sei, dass er es für unmöglich halte, etwas auszusinnen, was ihn davon abbringen sollte". Auf diese Antwort hin riethen mehrere Cardinäle dem Papst die Reise aufzugeben; Pius VI. glaubte aber damit eine Hirtenpflicht erfüllen zu müssen, und ließ sich auch dann nicht davon abbringen, als ihm K. Josef II. eine Zusammenkunft in Florenz vorgeschlagen hatte. Am 27. Februar 1782 reiste er von Rom ab und es vollzog sich jenes denkwürdige Ereignis, welches damals in ganz Europa ungeheures Aufsehen erregte.

Die Reise des Papstes durch die österreichischen Staaten glich einem Triumphzuge. Schon das Ungewöhnliche des Schrittes machte einen tiefen Eindruck auf die Masse. In jeder Stadt und jedem Dorfe wusste man sich zu erzählen, dass Papst Pius VI. den Kaiser aus den Banden der Ketzer und Freigeister befreien wolle. Unter den Bürgern und Bauern lebte noch ein tiefer gläubiger Sinn, der in der Vertreibung der Mönche aus den Klöstern, der Gleichstellung der Protestanten und Juden mit den Katholiken nur die Aufrichtung eines neuen Lutherthums erblickte. Und was noch fehlte, um die Aufregung im Fluss zu erhalten, that die Geistlichkeit dazu, welche sich an die Spitze der Processionen und Aufzüge stellte, die den Heiligen Vater an den Straßen in dicht gedrängten Reihen erwarteten und seinen Segen erflehten.

K. Josef II. unterließ es nicht, dem Heiligen Vater die größten Ehren zu erweisen. In Begleitung seines Bruders, des Erzherzogs Maximilian, reiste er ihm bis Neunkirchen entgegen, wo er ihn am 22. März ehrfurchtsvoll begrüßte. Noch an demselben Tage fuhr Pius VI. an der Seite des Kaisers nach Wien. In Erwartung dieses Besuches herrschte hier seit mehreren Tagen das regste Leben. Tausende von Fremden hatten in der Stadt und den Vorstädten ein Unterkommen gesucht. Von Neudorf an stand die Volksmenge in geschlossenen Reihen bis Wien und brachte dem hohen Gaste des Kaisers die ehrerbietigsten Huldigungen dar. In den nächsten Tagen — es war die Charwoche — beschäftigte sich der Papst meist mit Audienzen, kirchlichen Verrichtungen und fürstlichen Besuchen. Wann immer er sich öffentlich zeigte, musste das Militär Ordnung halten, um die sich herandrängende Menge abzuhalten, und es machte einen tiefen Eindruck, als

er sich eines Tages in die Kapuzinergruft begab, um am Sarge der großen Kaiserin Gebete zu verrichten, am Gründonnerstag in der Burg den zwölf Greisen die Füße wusch und am Charfreitag zu Fuß fast alle Kirchen der Stadt besuchte. Die größte Erwartung knüpfte sich aber an die Nachricht, dass der Papst nach dem feierlichen Gottesdienste bei St. Stephan vom Balkon der Kirche am Hof aus dem versammelten Volke den Segen ertheilen werde. Schon um 7 Uhr morgens war der Platz gedrängt voll von Andächtigen. Um 11 Uhr erschien Pius VI. im weißen Talar und Rochet mit dem rothen Hut auf dem Kopfe, umgeben von drei Cardinälen und zwei Bischofen, auf dem Balkon, setzte sich unter dem rothsammtenen Baldachin nieder und sang die Absolution. „Sie können es nicht glauben," schreibt ein Augenzeuge dieser Scene, „welchen Eindruck es macht, über 50.000 Menschen auf einem Platz versammelt und die ganze große Menge in einem Moment zu überblicken, wo der Ausdruck der frömmsten Gefühle aus allen Mienen leuchtet. Man denke sich nun das Erscheinen des Papstes mit dem ganzen Pomp, der den Vater der Christenheit umgiebt, wie er sich gegen die Erde neigt, dann seine Arme gegen den Himmel emporhebt, in einer Stellung, welche die volle Inbrunst eines Mannes ausdrückt, der das Gebet eines ganzen Volkes der Gottheit darbringt." Nach der Osterwoche verweilte der Papst noch bis zum April in Wien. Er nahm in dieser Zeit die wissenschaftlichen und Kunstanstalten, die Spitäler und Krankenhäuser, das Waisenhaus, den Prater und den Augarten, meist in Begleitung des Kaisers und des Erzherzogs Maximilian, in Augenschein. Am 22. April trat er die Rückreise nach Rom an. Der Kaiser gab ihm das Geleite bis Mariabrunn, wo sich beide verabschiedeten. Wie ausgezeichnet aber auch der Empfang des Papstes war, so war doch das eingetreten, was der Kaiser schon früher ausgesprochen hatte. K. Josef II. wich allen Gesprächen über kirchliche Verhältnisse aus und als zuletzt doch in einer Staatsconferenz die bestandenen Irrungen besprochen wurden, nahm der Kaiser eine solche Haltung ein, dass dem Papste jede Hoffnung auf eine Verständigung benommen blieb. Wenige Monate darauf erhoben sich sogar ernste und heftige Zerwürfnisse zwischen ihnen wegen des Rechtes der Bischofsernennung im Herzogthum Mailand, so zwar, dass K. Josef II. Ende 1783 nach Rom reiste, in der Absicht, mit dem Papst gänzlich zu brechen, wenn er nicht in seine Forderungen willige.

Im innigsten Zusammenhang mit den kirchlichen Reformen des Kaisers standen jene auf dem Gebiete der Erziehung, des Unterrichtes und der Wissenschaft. Da für die Volksschule schon seit dem Jahre 1774 eine neue Ordnung bestand, so gieng der Kaiser an den weiteren Aufbau

und die innere Einrichtung derselben, was in Wien eine wesentliche Vermehrung der Schulen und Schüler und die Einführung des gewerblichen Unterrichtes an Sonntagen zur Folge hatte. Die Gymnasien erhielten im Jahre 1780 einen neuen Schulplan, in welchem auch „Geographie, Weltgeschichte und Naturlehre" berücksichtigt wurden. Die Gymnasien für Kinder privilegierter Stände, wie die Theresianische und Savoyische Ritterakademie, wurden im Jahre 1784 aufgehoben. Die Umgestaltung der Einrichtungen der Universitäten wurde im wesentlichen nur von dem Gesichtspunkte aus durchgeführt, dem Staat pflichtgetreue Bürger und Beamte heranzubilden. Achtung vor der Pflege einer freien wissenschaftlichen Forschung hatte K. Josef II. so wenig wie ein Verständnis für die Aufgabe der Kunst. Drang sich ihm eine bessere Überzeugung auf, so wusste ihn die nüchterne, rationalistische Auffassung seines Präsidenten der Studien-Hofcommission Gottfried van Swieten davon abzulenken, und diesem wird auch zum nicht geringen Theil der Vandalismus mit den Bücherschätzen der aufgehobenen Klöster und die Verschleuderung der Kunstschätze zur Last gelegt, deren Schauplatz damals unsere Stadt war.

Hatten manche der Reformen K. Josef's II. durch die geringe Rücksicht auf die bestandenen Sitten und Gewohnheiten mehr Unbehaglichkeit, Scheu und Misstrauen als Dankgefühl und Bewunderung hervorgerufen, so anerkannte man doch in anderen Handlungen sein weises Walten. Sein Streben, ein sparsames und redliches Gebahren mit den Geldern des Staates herbeizuführen, Missbräuche in seinem Hofstaate und bei den Behörden abzustellen, das Pflichtgefühl der Beamten zu steigern und die Geschäftsführung zu vereinfachen, ließ den Ernst, mit dem er seinen Regentenberuf auffasste, erkennen. Ebenso war es ganz ungewöhnlich, dass Jedermann und fast zu allen Stunden des Tages den Kaiser sprechen konnte. In dem sogenannten Controlorgang, der zu seinem Arbeitscabinet führte, versammelten sich die Bittsteller. So oft er hörte, dass sich Leute eingefunden, trat er heraus, sprach mit ihnen oder führte sie in sein Zimmer. Nicht selten fand er sich verkleidet an diesem oder jenem Orte ein, um sich von dem Thun und Treiben der Menschen zu überzeugen, Urtheile über seine Regierungsmaßregeln zu hören und Missbräuche aufzudecken. Bis in die Schlupfwinkel des Elends und Lasters drang er furchtlos und theilnehmend; kein Beamter, kein Diener war sicher, von ihm belauscht und überrascht zu werden.

Den Bürgern glaubte er dadurch eine Wohlthat zu erweisen, dass er die städtische Verwaltung in einer Weise organisierte, dass der bisherige schleppende Geschäftsgang vermieden ward und die Geschäfte in die

Hände erfahrener und geschäftskundiger Männer gelangten. Den Beruf der Bürger erkannte er darin, dass sie den Wohlstand des Staates durch die Ausbildung der Industrie und des Handels höben. Er begünstigte daher in Wien das Emporkommen neuer Industriezweige noch mehr als seine Vorgänger, berief fremde Arbeiter und Industrielle aus Deutschland und den Niederlanden und schützte die Fabriken durch hohe Einfuhrszölle. Ein Feind der veralteten Handwerksgebräuche, drang er auf deren Abschaffung und suchte das Zunftwesen in wesentlichen Punkten zu mildern. Sowie er Monopole und Privilegien, die das Publicum nur zum Vortheil von Privatpersonen ausbeuteten, abschaffte, ebenso war er bereit Erfindungen zu unterstützen, welche der Gesammtheit zum Nutzen gereichten. Vom Stadtgerichte forderte er eine strenge, unparteiische Rechtspflege. Seiner Denkungsart widerstrebte es, die Todesstrafe über schwere Verbrechen zu verhängen. Als aber im Jahre 1786 Zahlheim, ein Beamter der Gemeinde, seine Haushälterin ermordete, um mit deren Geld seine Schulden zu bezahlen, und auf die Abneigung des Kaisers gegen die Unterzeichnung eines Todesurtheils hoffte, zögerte K. Josef II. demungeachtet nicht, die That strenge zu sühnen und die Hinrichtung des Mörders anzuordnen, ein Ereignis, welches übrigens im Publicum großes Aufsehen erregte, weil die Meinung verbreitet war, dass die Todesstrafe nicht mehr bestehe und der Kaiser sich durch das Zahlheim'sche Verbrechen zu deren Wiedereinführung habe bestimmen lassen. Dagegen war der Kaiser schonungslos bei Verhängung von Strafen, und es machte in Wien einen peinlichen Eindruck, dass auch Verbrecher aus besseren Familien zum Gassenkehren und Schiffsziehen verurtheilt wurden.

Ein Mann wie K. Josef II., der auf Geisteshöhen wandelte, zu denen sich nur Wenige emporzuschwingen vermochten, fühlte recht wohl, dass seine Ideen und Entwürfe ohne tieferes Verständnis bleiben würden, wenn sie nicht das innerste Leben des Volkes durchdrängen. Und er hoffte die mächtigste Unterstützung in dem freien Wort, „dem großen Capital der Nationalehre und Nationalkraft", zu finden, durch dieses die edleren Kräfte zum gemeinsamen Wirken an der Verbreitung der Aufklärung und Bildung heranzuziehen und eine den Leistungen Deutschlands ebenbürtige Literatur zu begründen. Aus dieser großartigen Denkungsweise gieng jene berühmt gewordene Verordnung vom 11. Juni 1781 über die Censur hervor, in der er beinahe unbedingte Preßfreiheit gewährte. Nur Werke und periodische Schriften, welche die Religion, die guten Sitten oder den Staat und den Landesfürsten auf eine gar zu anstößige Art behandelten, sollten

zum Druck nicht zugelassen werden. Aber auch in dieser Richtung stand dem Kaiser eine bittere Enttäuschung bevor. — Eine der ersten literarischen Erscheinungen war eine Broschüre: „Über die Begräbnisse", welche den Zweck hatte, den Neuerungen des Kaisers in Bezug auf die Beerdigung der Leichen Bahn zu brechen. Diese Frage allein gab Anlass zu mehr als zwanzig Broschüren. Darauf beschäftigte man sich am lebhaftesten mit den „Stubenmädchen", und das Verdienst, diese zweifelhafte Frage angeregt zu haben, gebührt Rautenstrauch. Die erste Flugschrift stellte sich die Beantwortung der zwei Fragen: „Wodurch sind die Stubenmädchen so reizend und gefährlich geworden?" und „Woher kommt es, dass (fast alle) diese Mädchen Buhlerinnen sind oder werden?" Eine Literatur von fünfundzwanzig Broschüren behandelte mit Feuereifer das Thema. Daran schlossen sich dann Broschüren über den Adel, die Kleidertracht, die täglichen Vorkommnisse auf dem Graben, über die Putzmacherinnen, Stutzer, die Sitte des Hinableuchtens, die Narrenversorgung, die Pensionen und den Kammerbeutel, die Trinksteuer, den Missbrauch des Wörtchens „von" und „Euer Gnaden" u. s. w. Die literarische Erörterung der kirchlichen Frage wurde eröffnet mit Broschüren über die Wallfahrten, die Bettelmönche, die Ablässe, über das Stollpatent, den Klingelbeutel, über den Klostergeist, die Reform der geistlichen Orden und über Reliquien, Opfer und Mirakelbilder. Sonnenfels, einer der Vorkämpfer der ganzen geistigen Bewegung, wurde gleichfalls Gegenstand von Angriffen; man bekrittelte seine Stellung zur neuen Regierung, und eine Flugschrift führte den Titel: „An Herrn S., Chef der Maulaffenloge am Graben". Die kirchlichen Reformen, die Reise des Papstes nach Wien und die Predigten in den Kirchen beschäftigten die hervorragendsten Schriftsteller und riefen eine Flut von Broschüren hervor. Die Literatur gegen die Prediger und Predigtkritiker nahm einen solchen Umfang an, dass sie sich heute kaum mehr überblicken lässt. Unter den später erschienenen Büchern machte ungewöhnliches Aufsehen ein in Frankfurt a. M. erschienenes Buch über die Gallerie katholischer Missbräuche, an das sich eine Gallerie weltlicher Missbräuche schloss. Nebenbei kam man noch zu sprechen auf die Kirchtage, die Handelsjuden, die Wirte und Kellner, die Betschwestern, die Schwachheiten der Wiener, die Bürgersmädchen, die Büchelschreiber, den Aberglauben, die Spielgesellschaften, die Wucherer, die Bordelle und die Grabennymphen. Fast keine Seite des bürgerlichen und socialen Lebens blieb unangetastet. Ein im Jahre 1784 erschienenes Buch: „Die Wiener Autoren" von Berisch enthält 435 Namen. So viel „Schriftsteller" hatte die Josefinische Preßfreiheit ans Tageslicht gebracht. Von dieser schalen, nichtssagenden Literatur war K. Josef II. schmerzlich überrascht.

Er glaubte, dass ihm die Gebildeten, Leute von Beruf, den Weg zu seinen Reformen bahnen würden. Indes machte sich die bodenloseste Flachheit und Gemeinheit breit. Der größte Theil der ganzen Literatur hatte nur den Zweck, entweder persönliche Eitelkeit zu befriedigen, Scandale hervorzurufen oder dem schmutzigsten Speculationstrieb zu dienen. Selbst Schriftsteller wie Blumauer wandten sich mit Abscheu und Verachtung davon ab. Er bemerkte, dass der Name Schriftsteller fast anfange entehrend, ein Schimpfname zu werden, wie der Name „Fur" bei den Römern. Der Kaiser, von Bitterkeit über dieses Treiben erfüllt, glaubte im Jahre 1784 die Bewegung zurückdämmen zu können, indem er den Verfasser jeder Broschüre, welche von der Censur zum Drucke nicht zugelassen wurden, verhielt, sechs Ducaten bei dem Armeninstitute zu erlegen. Als dies nichts half, unterzog er im Jahre 1789 alle Zeitungen, das Diarium ausgenommen, einer Stempelabgabe. In der wohlgemeinten Absicht, gute Bücher möglichst zu verbreiten, gestattete der Kaiser den Nachdruck fremdländischer Werke, freilich ohne dabei das geistige Eigenthum zu schützen.

Zu dem Missbehagen über den Erfolg eines Theils der Reformen gesellten sich in den folgenden Jahren beunruhigende Nachrichten über deren Rückwirkung auf einzelne Theile des Reiches. In Ungarn und Siebenbürgen hatte die Einführung der deutschen Sprache als Geschäftssprache, der Volkszählung, der Werbbezirke, des neuen Katasters und Steuersystems und die Aufhebung der alten Comitatsverfassung eine gewaltige Gährung hervorgerufen. Die Walachen unter Horja machten ihrem Hass gegen die Grundherren Luft (1784), da ihnen die Meinung beigebracht worden war, dass sie dem Kaiser dienten, wenn sie den Adel beraubten und ermordeten, weil dieser die Befreiung der Bauern hintertreibe. Ein blutiger Aufstand brach in Siebenbürgen aus, der furchtbare Verwüstungen zurückließ. Nicht besser stand es in den Niederlanden, wo der Kaiser durch die Beseitigung alter Rechte und Freiheiten die Opposition des Adels und der Geistlichkeit heraufbeschwor. Es kam sogar im Jahre 1787 zu einem Aufstandsversuch, so dass der Statthalter den Ständen Concessionen machte, welche aber der Kaiser nicht genehmigte. K. Josef's II. Länderaustausch-Project (1785), nach welchem die Niederlande gegen Überlassung Baierns an Österreich dem Kurfürsten Karl Theodor von Baiern zugedacht waren, rief, wie schon erwähnt wurde, den Widerspruch Preußens hervor und veranlasste König Friedrich II. zur Stiftung des Fürstenbundes. Die Allianz mit Frankreich war hinfällig geworden, seitdem die königliche Macht durch die revolutionäre Strömung keine Freiheit der Entschlüsse hatte.

Die Erstürmung der Bastille (14. Juli 1789), die Verkündigung der Volksrechte durch die Nationalversammlung (4. August 1789), die Erzwingung der Übersiedlung des Königs und der Königin nach Paris durch die in Versailles erschienenen aufgeregten Volksmassen (5. October 1789) machten auf den Kaiser einen erschütternden Eindruck. Österreichs Bündnis mit Russland zur Vertreibung der Türken aus Europa rief den zweiten russisch-türkischen Krieg hervor (1787—1789), welcher der Monarchie enorme Summen kostete, da die russische Armee mit österreichischem Gelde erhalten wurde. Der Krieg war allerdings populär, weil man sich von dessen glücklichem Ausgang große Vortheile versprach. Als der Courier mit der Nachricht von der Einnahme Belgrads (12. October 1789) durch Loudon eintraf, beleuchtete aus eigenem Antriebe ganz Wien. Wie groß war aber die Enttäuschung, als später die erwarteten Vortheile ausblieben! — Dabei hatten in Ungarn die vom Kaiser gestellten und von Gewaltmaßregeln begleiteten Forderungen an Recruten und Lebensmitteln ein großes Missvergnügen hervorgerufen, und den Kaiser zur Vermeidung einer offenen Empörung genöthigt, am 28. Jänner 1790 jenes merkwürdige Document zu unterzeichnen, worin für Ungarn fast alle Neuerungen widerrufen und der Regierungs- und Verfassungszustand vom Jahre 1780 hergestellt wurde. Gleichzeitig hoffte K. Josef II. durch Rücknahme seiner Ordonnanzen in Bezug auf Belgien dort den dem Ausbruch nahen Aufstand aufzuhalten; sie kamen zu spät, um die im vollen Gange befindliche Revolution zur Erlangung der Unabhängigkeit aufzuhalten.

Tief ergriffen durch die Vorgänge der letzten Jahre, war der Kaiser ernst und schwermüthig geworden. Wiewohl schon kränkelnd, nahm er an dem Türkenkrieg persönlich Theil. Schon nach der Niederlage bei Lugos war er physisch und moralisch gebrochen nach Wien zurückgekehrt. Fast ein Jahr mit einem Lungenleiden behaftet, hatte er am 13. Februar einen heftigen Anfall, über dessen Ausgang er sich selbst nicht täuschte. Dazu kam, dass am 18. Februar Prinzessin Elisabeth, die Gemahlin seines Neffen, des Erzherzogs Franz, welche er wie seine Tochter liebte, starb. Selbst dem Tode nahe, traf er die Anordnung zu deren Leichenbegängnis. Am 19. Februar verabschiedete er sich noch schriftlich von jenen fünf Damen (den Fürstinnen Liechtenstein und Paar und der Gräfin Thun), in deren Kreise er in den letzten Jahren viele vergnügte Abende zugebracht hatte und am 20. Februar 1790 starb er. Mit bitteren, schmerzlichen Worten beklagte er noch am Sterbebette, dass er den Sieg seiner Grundsätze nicht erlebt, dass seine Absichten, die nur das Glück und das Wohl seiner Unter-

thanen bezweckten, verkannt worden seien. Erst wenige Augenblicke vor seinem Tode ließ er den Beichtvater zu sich rufen, der ihm aus seinem Erbauungsbuche vorzulesen hatte. Bald aber sagte der Kaiser: „Nun ist's genug" und schenkte demselben sein Gebetbuch. Wenige Minuten darauf sank er zurück und, die Hände faltend, ruhig und sanft, hauchte Josef II. seine edle Seele aus. „Sein Tod," schreibt ein Zeitgenosse, „war in der Hauptstadt wenig oder gar nicht betrauert; aber innigst beklagte und beweinte man ihn auf dem Lande, wo der Bauer sich dankbar erinnerte, dass er durch diesen Monarchen wieder in seine Menschenrechte eingesetzt ward. In manchen Orten nahm man die gemalten oder geschnitzten Heiligen von dem Altare, stellte an deren Platz Josef's Porträt und zwang die Geistlichen Messe vor dem Bilde des heiligen Kaisers Josef zu lesen." Auch über dem Thoreingange des Hauses C.-Nr. 175 (Or.-Nr. 37) im Tiefen Graben in Wien, ist noch heute ein Schild „zum heil. Josef", welcher das Bildnis des großen Kaisers zeigt.

Vierter Abschnitt.

Von Kaiser Leopold II. bis Kaiser Ferdinand I.

Da K. Josef II. aus beiden Ehen keine Nachkommen hinterließ, so fiel der Thron seinem jüngeren Bruder Großherzog Leopold zu, der seit dem Jahre 1765 in Toscana regierte. Zwischen beiden Brüdern bestand seit Jahren eine nicht unbedeutende Spannung, zu der die Verschiedenheit der Charaktere und Anschauungen viel beitrug, welche Großherzog Leopold bestimmt hatte, den Kaiserhof zu meiden. Während K. Josef II. mit Feuer und Energie die Verwirklichung seiner Ideen verfolgte, seine Meinung offen und ungezwungen aussprach und seinen Regentenberuf vom höchsten menschlichen Standpunkte aus erfasste war Großherzog Leopold furchtsam, scheu und misstrauisch; er schreckte mit seinem weichen, humanen Sinne vor durchgreifenden, die Rechte und Gefühle einzelner Stände und Personen verletzenden Maßregeln zurück, und erfasste seine Lebensaufgabe von nüchternem, praktischem Standpunkte. In den Traditionen der älteren Zeit lebend, hasste Leopold die philosophischen Staatstheorien, die französischen Gleichheitsideen, und suchte seine Regierungskunst in dem Ausgleich schroffer Gegensätze.

Man sah mit großer Spannung in allen Kreisen der Ankunft des Großherzogs in Wien entgegen, welche am 12. März 1790 erfolgte. Unterrichtet von seiner Denkweise und in Kenntnis dessen, dass er viel Reformen seines Bruders missbilligte, hofften alle den letzteren feindlich gewesenen Kreise auf eine Umkehr in der Bahn des bisherigen Systems, wie dies gleich bei der am 6. April 1790 mit dem alten Ceremoniel abgehaltenen Huldigungsfeier zutage trat. Hocherfreut tranken die Prälaten und die hervorragendsten Adelsmitglieder auf die Gesundheit des Landesfürsten. Im Taumel der Freude gieng Fürst Paar bei dem Feste in der Burg auf den preußischen Gesandten, Marquis Luchesini, zu und rief, mit der Hand auf die Tasche schlagend: „Ihr König mag nur kommen, Leopold besitzt unsere Herzen und unseren Beutel.“ Auch die Massen jubelten in den Straßen und stürmten auf dem Graben unter dem Klange von Trompeten die zierlichen Gerüste, auf

welchen Fleisch, Brot und Wein geboten wurden, und waren ungehalten, als Abends wegen der Landestrauer keine Beleuchtung stattfand.

Gleich die ersten Regierungsmaßregeln wiesen in der That auf eine Schwenkung des Regierungssystems hin. K. Leopold II. stellte sofort nach seiner Ankunft die landständischen Verfassungen wieder her und erließ am 29. März an die Ungern ein Rescript, in dem er den ungarischen Reichstag auf den 6. Juni nach Ofen einberief. Am Tage der Huldigungsfeier hob der Kaiser zur Freude des Adels und der Geistlichkeit, anderseits aber zur großen Betrübnis des Bauernstandes die am 1. November 1789 eingeführte Steuer-Regulierung auf und forderte am 9. April 1790 die Bischöfe zu Vorschlägen wegen Regelung der geistlichen Verhältnisse auf. Er änderte die Zusammensetzung seiner Cabinetskanzlei, zu deren Chef er Fürst Karl Liechtenstein ernannte, entfernte missliebige Persönlichkeiten von seinem Hofe und stellte die alten Hofgebräuche wieder her.

Nach diesen ersten Verfügungen beschäftigten den Kaiser die Angelegenheiten seines Hauses. Er berief seine Verwandten nach Wien, von welchen die Erzherzoge Josef Ferdinand, Karl, Alexander Leopold und Josef Anton am 13. Mai, seine Gemalin mit den Erzherzoginnen Maria Anna, Maria Clementine und Maria Amalia am 16. Mai, und die Erzherzoge Anton Victor, Johann, Rainer, Ludwig und Rudolf am 20. Mai von Florenz eintrafen, wodurch das Hofleben eine lange entbehrte Pracht erhielt. Am 19. September feierte der Hof in der Augustinerkirche in Anwesenheit des Königs und der Königin von Neapel eine dreifache Vermählung, jene der Prinzessin Clementine mit dem Erbprinzen Franz von Neapel, des am 18. Februar 1790 verwitweten Kronprinzen Erzherzog Franz mit der Prinzessin Maria Theresia von Neapel und des Erzherzogs Ferdinand mit der Prinzessin Ludovica von Neapel. — Am 9. October 1790 fand hierauf in Frankfurt a. M. die Krönung Leopold's zum römisch-deutschen Kaiser und am 15. November 1790, nach einem sehr stürmischen Reichstage, in dem K. Leopold II. sehr entschieden die Ausstellung einer neuen Krönungsurkunde verweigert hatte, zu Preßburg dessen Krönung zum König von Ungarn statt, worauf er unter großem Gepränge am 20. November in Wien seinen Einzug hielt und am darauffolgenden Tage eine glänzende Beleuchtung stattfand, welche sich am 24. November zur Feier des Geburtstages der Kaiserin wiederholte.

Während dieser Vorgänge und nachher setzte der Kaiser sein Bestreben fort, durch die Beseitigung jener Neuerungen, in denen er die Ursachen der

Unzufriedenheit erblickte, die Ruhe im Innern des Reiches zu befestigen. Er wich ab von den strengen Bedingungen der Anwendung der deutschen Sprache als Geschäftssprache in Ungarn, Böhmen und Italien, weil er an deren Ausführbarkeit zweifelte. Das Generalseminarium für katholische Geistliche in Wien, eine Hauptquelle der Unzufriedenheit der Bischöfe, wurde beseitigt. Von wohlthätigem Einflusse waren seine Verbesserungen im Gerichtswesen, welche einen rascheren Gang der Geschäfte, strenge Unparteilichkeit der Richter, die Beseitigung der Ausbeutung der Parteien durch Advocaten und eine humane Behandlung der Verbrecher bezweckten. So suspendierte der Kaiser in Wien sogleich den Magistratsrath Martinolli, welcher einen Inquisiten nach ein und ein halb Jahren Gefängnis, ohne ihn verhört zu haben, schuldig gesprochen hatte und hob die Strafe des Schiffziehens und der öffentlichen Ertheilung von Stockstreichen auf dem Hohen Markt auf. Dann verschärfte er die Censurvorschriften. K. Josef II. hatte nur solche Schriften verboten, welche unmittelbar die Dynastie und die Geistlichkeit angriffen oder die französische Revolution zu sehr lobten; dagegen machte er keine Einwendung, wenn Pflichtwidrigkeiten der Beamten und die Thorheiten hochmüthiger Adeliger gegeißelt wurden. Man erzählte sich, dass der Kaiser letztere selbst derart hasste, dass er dem Herausgeber der periodischen Schrift: „Das politische Sieb" Beiträge zukommen ließ, mit den Worten: „Das müssen Sie sieben".

Zur Überwachung der geheimen Gesellschaften und des öffentlichen Geistes genügten dem Kaiser keineswegs die bestehenden Polizei-Einrichtungen. Er ließ die geheime Polizei nach dem Muster der von ihm in Toscana eingeführten umgestalten, ernannte den niederösterreichischen Regierungspräsidenten Graf W. Sauer zum Chef der Polizei und theilte in Wien die Stadt und Vorstädte in Bezirke mit Polizeidirectionen, welche für die Ruhe und Ordnung zu sorgen hatten. Als aber die Bevölkerung, bisher gewohnt, offen ihren Tadel über alle Angelegenheiten auszusprechen, sich durch das Walten der geheimen Polizei beunruhigt fühlte, ließ der Kaiser, der mit seiner neuen Einrichtung nur demagogischen Umtrieben, Geheimbündeleien und staatsgefährlichen Anschlägen entgegenwirken wollte, durch die „Wiener Zeitschrift" und das „Politische Sieb", zwei von ihm begünstigte Zeitschriften, dann durch ein Circulare an die Behörden den Zweck dieser Institution erläutern. Es ist charakteristisch, dass sich der Regierung zur Handhabung der Censur und zu den Diensten der geheimen Polizei die eifrigsten Kräfte aus den freimaurerischen Kreisen zur Verfügung gestellt hatten, wie L. A. Hoffmann, der unter K. Josef II. die „Wöchentlichen

Nachrichten für und wider die Prediger" herausgab, Gotthardy, ein aus Ungarn vertriebener Beamter, Watterot, Professor an einer Mittelschule, früher ein entschiedener Gegner des Sonnenfels und die Exjesuiten Lor. Haschka und K. Hofstätter, von denen der erstere in der Josefinischen Periode sich als heftiger Feind des Papstes, der Geistlichkeit und aller Könige hervorthat und der letztere, ein kenntnisreicher Mann, wenigstens den einen Vorzug hatte, dass er nicht heuchelte und niemals seine Anhänglichkeit an die Jesuiten verleugnete. Das größte Vertrauen bei dem Kaiser erwarb sich von diesen Leuten Hoffmann durch seine wüthende Verfolgung der Freimaurer, Illuminaten und Rosenkreuzer, welche er sämmtlich für Jakobiner hielt. In den Proscriptionslisten, die Hoffmann dem Kaiser vorlegte, befanden sich, wie ein Zeitgenosse erzählt, Männer wie Riegger, Martini, Sonnenfels, Zeiler und Ratschky.

Das Hauptaugenmerk der äußeren Politik K. Leopold's II. war darauf gerichtet, an dem Systeme seines Bruders festzuhalten und im Osten wie im Süden die Stellung des Reiches zu behaupten. Aber noch höher stand ihm die Aufgabe, die französische Revolution zu bekämpfen, zu diesem Zwecke die begonnenen Kriege zu beendigen und neue Verbindungen selbst mit den früheren Gegnern Österreichs einzugehen. Als sein Manifest an die Belgier vom 3. März 1790, worin er ihnen die Bestätigung ihrer Privilegien und Verzeihung alles Geschehenen anbot, ohne Wirkung blieb und er mit den Waffen einzuschreiten gezwungen war, suchte er sich mit Preußen zu verständigen, um dadurch gegen Belgien freie Hand zu haben. Mit Bezug auf den Krieg mit der Pforte hielt K. Leopold II. mit K. Friedrich Wilhelm II. in Reichenbach eine Zusammenkunft, wo er aber, dem Einflusse des Baron Spielmann folgend und aus Furcht, dass Preußen vielleicht den malcontenten Ungern und Belgiern zu Hilfe kommen und dort aufrührerische Bewegungen hervorrufen könnte, eine sehr demüthigende Convention abschloss. Ein österreichisches Armeecorps rückte hierauf in Belgien ein und pacificirte das Land, während England, Preußen und Holland am 3. December 1790 die Garantie für die Souveränetät des Kaisers über die belgischen Provinzen leisteten. Am 4. August 1791 kam auch der Friede von Szistowa mit der Türkei zustande, durch welchen der Kaiser fast alle gemachten Eroberungen preisgab.

Nach dem misslungenen Fluchtversuche des K. Ludwig XVI. forderte der Kaiser, in Besorgnis über das Schicksal seiner unglücklichen Schwester, der Königin Maria Antoinette, von Italien aus, wo er sich seit April 1791 zu dem Zwecke aufhielt, um seinem Sohne, Erzherzog Ferdinand, das

Großherzogthum Toscana zu übergeben, die europäischen Mächte zum gemeinsamen Handeln gegen Frankreich auf. Am 25. Juli 1791 schlossen Österreich und Preußen eine Convention zum Schutze ihrer gegenwärtigen Territorien und zur Anbahnung einer Coalition mit den übrigen Mächten. Als es den Anschein gewann, dass Ludwig XVI. sich mit der Nationalversammlung verständigen werde, kam es zwar ungeachtet des Drängens der Emigranten nicht zum Kriege; aber infolge der bald darauf eingetroffenen beunruhigenden Nachrichten schloss Leopold II. am 7. Februar 1792 mit Preußen in Berlin ein definitives Bündnis zur Vertheidigung der beiderseitigen Länder und zur Aufrechthaltung der Verfassung des deutschen Reiches ab. Noch vor Beendigung der Verhandlungen starb der Kaiser (1. März 1792) an den Folgen der bösartigen Blattern, bevor man noch wusste, dass er krank sei, durch seinen Tod eine unermessliche Bestürzung und Verwirrung inner- und außerhalb des Reiches hervorrufend. Niemand wollte glauben, dass er eines natürlichen Todes gestorben sei, sondern allgemein vermuthete man, dass er durch einen französischen Agenten vergiftet worden sei, was aber vollständig grundlos war.

Der Thronfolger, Erzherzog Franz, stand bei seinem Regierungsantritte im 25. Lebensjahre. Da man voraussah, dass er zur Thronfolge gelangen werde, so hatte ihn sein Onkel K. Josef II. schon im Jahre 1784 nach Wien berufen, um seine Erziehung überwachen zu können. Die Schilderung, welche der Kaiser von den Eigenschaften des jungen Prinzen entwarf, war nicht hoffnungserregend. Er fand seine körperliche Entwicklung vernachlässigt, sein ganzes Wesen eckig und unbeholfen, seinen Charakter zur Eigenliebe geneigt, seinen Geist träge und unentschlossen und seine Bildung mangelhaft. Zu den Lichtseiten zählte der Kaiser sein Gedächtnis, seine leichte Auffassung, seine Gutmüthigkeit und seine Offenheit.

Unter dem unmittelbaren Einflusse des Kaisers hatte der Prinz seine weitere Ausbildung erhalten. Er wurde mit den Verhältnissen des österreichischen Staates vertraut gemacht und dabei besonderer Wert auf die Erwerbung militärischer Kenntnisse gelegt, zu welchem Zwecke er wiederholt militärische Instructionsreisen nach Böhmen und Ungarn unternehmen musste. Der Kaiser umgab den Prinzen mit Lehrern zum Unterricht in den Staatswissenschaften und in den Sprachen der verschiedenen Nationen. Durch seinen guten Willen und Eifer bei der Erfüllung seiner Pflichten gewann der Prinz zuletzt das volle Vertrauen seines Oheims und das Verhältnis beider erhielt den Charakter der Herzlichkeit und der Innigkeit. Erkannte K. Josef II. auch, dass sein Neffe nicht seine Denkweise theile, so schätzte er an ihm doch die Ruhe und Besonnenheit des Urtheils und das Streben, sich

mit allen Bedingungen des Staatswohles vertraut zu machen. Auf diesem Wege errang Erzherzog Franz oft in wichtigen Fragen auf den Kaiser Einfluss, wie auch ihm die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung zugeschrieben wird. Noch größeren Antheil an den Staatsgeschäften nahm der Erzherzog unter der Regierung seines Vaters, der ihn zu seinem Stellvertreter ernannte und ihm selbst das Recht einräumte, jeden Donnerstag Audienzen zu ertheilen.

Das Volk beurtheilte den Prinzen in seiner Weise. Ihm war er der Enkel der großen Kaiserin, der sich nicht wie sein Onkel mit großen philosophischen Problemen beschäftigte, sondern nüchtern und praktisch die Verhältnisse auffasste. Mit Wohlgefallen sahen die Wiener sein schlichtes Auftreten und sein Erscheinen bei den öffentlichen Volksbelustigungen im Prater, und sie priesen sein gutes Herz und seine Religiösität. Es machte einen günstigen Eindruck, dass er bei der Huldigungsfeier am 25. April 1792 die bisherige Sitte der unentgeltlichen Vertheilung von Wein und Lebensmitteln auf den öffentlichen Plätzen abbrachte und das Geld zur Vertheilung an die Armen bestimmte. Noch mehr waren die Bürger erfreut, als der Kaiser bei seiner Rückkehr von den Krönungen in Frankfurt (17. August 1792) und Prag (9. August 1792) den Großhändlern untersagte, Ehrenpforten zu errichten und das Geld zur Freimachung der Stephanskirche von den vorgebauten kleinen Häusern bestimmte. Man hielt das Ereignis so hoch, dass der Magistrat dasselbe sogar durch ein Gedenkblatt verewigte, auf dem der freigemachte Stephansdom dargestellt ist.

Trotz der loyalen Haltung der Bürger herrschte beim Regierungsantritt des Kaisers in Wien eine trübe, sorgenvolle Stimmung, weil man wusste, dass angesichts der Erschöpfung der Staatscassen der unvermeidlich gewordene Krieg mit Frankreich große Opfer erfordern werde. Die Franzosen eröffneten denselben am 29. April 1792 durch einen Einfall in Belgien; sie zogen sich aber schmählich zurück, kaum dass sie der Österreicher ansichtig geworden waren. Am 19. August überschritten die Österreicher und Preußen vereint mit den Hessen unter dem Commando des H. Ferdinand von Braunschweig die französische Grenze. Der weitere Verlauf des Krieges war aber infolge der Uneinigkeit der Feldherren der Alliirten kein glücklicher, und bald gelang es den Franzosen, deutsches Gebiet zu besetzen und zu plündern. Erst hierauf beschloss auch das deutsche Reich den Krieg gegen Frankreich, und als K. Ludwig XVI. am 21. Jänner 1793 und seine Gemahlin am 16. October 1793 ihr Leben auf dem Schaffot endeten, erreichte es Österreich, dass sich fast ganz Europa gegen das brutale, blutbefleckte Auftreten

der jungen französischen Republik erhob. Aber das Massenaufgebot derselben unter der Führung junger und talentvoller Generäle erwies sich stärker als die in ihrer Organisation zersplittertete Coalitionsarmee, und auch in den Feldzügen der Jahre 1793 und 1794 musste diese fast auf allen Punkten dem Ansturm der Franzosen weichen, zudem als auch die alten Gegensätze zwischen Österreich und Preußen wieder erwachten. Österreich räumte Belgien, um seine Armee in Polen zu verwenden, wo sich die dritte Theilung vorbereitete, und schloss sich Russland an, um das Wachsthum Preußens zu verhindern, worauf letzteres vom Kriege mit der französischen Republik zurücktrat und bald darauf den Basler Frieden (5. April 1795) abschloss.

Gleich bei Beginn des Krieges hatte K. Franz II. die gedrückte Stimmung dadurch zu heben gesucht, dass er öffentlich erklärte, die Kosten des Krieges, weil er ihn zu seiner Selbstvertheidigung führe, aus seinem Privatvermögen bestreiten zu wollen. Wiewohl diese Erklärung nicht buchstäblich zu nehmen war, bewirkte sie doch unter den Bürgern eine nicht gewöhnliche Bewegung. Sie wollten an Opferfreudigkeit hinter dem Kaiser nicht zurückbleiben, eröffneten freiwillige Subscriptionen und die Zünfte zeigten insbesondere dadurch ihre Hingebung, dass sie mit ihren alten Willkommsbechern in die Münze eilten. Der Kaiser erwiderte das Geschenk durch einen anderen Willkommsbecher, mit welchem Bürgermeister Hörl am 7. April 1793 bei einem Festbankett im Redoutensaale in Gegenwart des Kaisers und seiner Gemahlin ein Hoch auf deren Gesundheit ausbrachte, eine Feier, die sich zwölf Tage später bei der Geburt des Thronfolgers, Erzherzogs Ferdinand, wiederholte und noch durch eine dreitägige Beleuchtung erhöht wurde. Gleichzeitig gaben die Bürger einen neuen Beweis ihrer patriotischen Gesinnung und leiteten eine Sammlung zur Erhaltung des Wurmser'schen Freicorps ein, welches später, im Jahre 1795, unter Clerfait an dem Siege bei Mainz einen glänzenden Antheil nahm.

Nicht in allen Kreisen Wiens theilte man aber diese Gesinnung der „Erzpatrioten", wie man die Veranstalter der Loyalitätskundgebungen nannte. Es gab, wie Karoline Pichler erzählt, Advocaten, Gelehrte, Kaufleute und Beamte, welche den erfolglos geführten Krieg missbilligten und den Kaiser lebhaft tadelten, dass er Männern, wie dem Grafen Colloredo und Herrn von Schloißnig, die zu einer Einflussnahme auf die Staatsgeschäfte nicht den geringsten Beruf hatten, mehr als erfahrenen Staatsmännern vertraute. Mit diesen Unzufriedenen waren im Bunde die Freimaurer und Illuminaten, die noch immer im Geheimen ihre Logen hielten, und von welchen einige ihre Sympathien mit den französischen Freiheitsideen unverhohlen aussprachen und

sogar den Wunsch hegten, dass das Volk auf verfassungsmäßigem Wege über Krieg und Frieden entscheiden möge*). In eben diesen Tagen giengen auch dunkle Gerüchte durch die Stadt, dass in Wien eine Verschwörung von Jakobinern bestehe, welche nichts Geringeres im Schilde führten, als die Schlagbrücke in die Luft zu sprengen, um die Verbindung mit der Leopoldstadt zu hemmen, die Holzlegestätten anzuzünden, inmitten der Verwirrung einen Aufstand zu erregen, die kaiserliche Familie zu ermorden und den Adel und die reichen Bürger zu plündern. Die Verschwörung, hieß es, sei weitverzweigt im ganzen Reiche und stehe namentlich im Zusammenhange mit einem Aufstandsversuche in Ungarn. Und als gleichzeitig auch immer gräßlichere Nachrichten von der Schreckensherrschaft des Danton und Robespierre eintrafen, wollte man an den Wiener Jakobinern Vergeltung üben. Am 6. November 1793 hefteten einige Exaltierte an dem Riesenthore der St. Stephanskirche einen Aufruf zur Ermordung der „Jakobiner" an und bezeichneten das Haus, wo sich einer ihrer Clubs befinden sollte**). Eine ungeheuere Aufregung bemächtigte sich aller Kreise der Hauptstadt, die noch dadurch gesteigert wurde, dass an den Stadtthoren besondere Vorsichtsmaßregeln bezüglich des Einlasses von Personen angeordnet, an den Festungswerken plötzlich bei Tag und Nacht Ausbesserungen gemacht, und dass in der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August 1794 mehrere Militär- und Civilpersonen, Männer aus allen Kreisen der Gesellschaft, selbst solche, die dem Hof nahe gestanden, aus ihren Wohnungen geholt und in Untersuchung gezogen wurden. Den Process leitete Graf Saurau, die Untersuchung führte Magistratsrath Martinolli, derselbe Richter, gegen den unter K. Leopold II. schwere Anklagen über Dienstverletzung erhoben worden waren. Wie weit der Schuldbeweis hergestellt war, ob wirklich der Plan bestand, die Regierung zu stürzen, ist heute noch nicht aufgeklärt, weil die Einzelnheiten über den Verlauf dieses merkwürdigen

---

*) In dem Jahre 1792 trieben sich in Österreich französische Agenten herum, welche in Flugschriften für die Ideen der französischen Revolution Propaganda machten und Pasquille vertheilten. Die Regierung richtete gegen diese Agenten am 26. Jänner und 5. Februar 1793 ein Circulare mit förmlichen Personsbeschreibungen. Die Namen der letzteren waren: Abbate Piattoli, Ab. Guerra, de St. Cloue, Graf D'Aletous, Foujas de S. Fond und Jourdan. (Originale im Archive des k. k. Ministeriums des Innern.)

**) Im Archive des Ministeriums des Innern ist dieser Aufruf vorhanden. Derselbe lautet: „Bürger! Es ist eine Aufforderung. Sollten wir nicht unsere Mitbürger in Frankreich rächen und hier alle Jakobiner umbringen. Am Franciscanerplatz Nr. 950 ist ein solcher Club."

Processes nicht bekannt sind, und nur soviel ist gewiss, dass die Processe mit der in Ungarn entdeckten Verschwörung zusammenhiengen. Uns liegen bloß die Urtheile und einige gleichzeitig erschienene Flugschriften vor, welche unter dem Einflusse der Regierung veröffentlicht wurden. Das erste kriegsrechtliche Urtheil fällte das Gericht am 10. September 1794 über Gilofski, einen nicht näher bezeichneten Militär. Er hatte sich im Arrest mit einem Schnupftuche erhängt, und erst nachdem dies geschehen, sprach das Kriegsgericht sein Verdict und ließ hierauf den Leichnam vor dem Stubenthor an einen Pfahl aufhängen. Am 8. Jänner 1795 fand die Hinrichtung des Platz-Oberlieutenants Hebenstreit von Streitenfeld auf dem Glacis durch den Strang statt. Dieser war beschuldigt der Verfasser des berüchtigten, aufrührerischen „Eipeldauerliedes“ und revolutionärer Flugschriften, dann der Erfinder und Verfertiger der Höllenmaschinen für die französische und polnische Republik gewesen zu sein. Nach diesen wurden verurtheilt: am 5. Jänner 1795 der Professor an der Neustädter Akademie Billek von Billenberg wegen Theilnahme an mehreren Plänen zur Unterstützung der französischen Republik zu zehnjährigem Schanzbau in Munkacs, Professor Wolstein, „weil er sich beigehen ließ, für das Wohl der französischen Nation ein Sträußchen in der Brühl zu pflanzen und sich das Eipeldauerlied öfter vorsingen zu lassen“, zu zweijährigem Schanzbau und zur Landesverweisung, am 12. März 1795 Johann Hackel, ehemals bürgerlicher Handelsmann und Glückshafen-Eigenthümer, wegen Theilnahme am Landesverrath zu 35jährigem Gefängnis, der k. k. Rath F. Gotthardi, einer der Polizeiagenten unter K. Leopold II., wegen Landesverrath zu 35jährigem, der landesfürstliche Beamte Franz von Troll wegen Theilnahme am Landesverrath zu fünfjährigem Gefängnis, am 12. August 1795 der Kanzleidiener der ungarischen Hofkanzlei Ruschiczka wegen Landesverrath zu 35jährigem Kerker, am 22. Juli 1795 Andreas Freiherr von Riedl, als Verfasser eines Planes zum Umsturz des Staatensystemes, zu 60jährigem schweren Kerker und am 3. August 1795 der Magistratsrath Martin Joh. Prandstetter zu 30jähriger Kerkerstrafe, von dem es in der Begründung des Urtheils hieß, dass er geheime Verbindungszeichen in Vorschlag gebracht, aufrührerische Schriften verfasst und dem Feinde eine Kriegsmaschine übersandt habe. In der Zeit vom 3. August bis 3. September 1795 wurden die letzten Urtheile gefällt. Den Privatlehrer Heinrich Jelinek traf eine 30jährige, den Raitrath Leopold Billek von Billenberg eine 30jährige, den Seifensieder Anton Fränzl eine zweijährige und den Advocaten Ignaz Lutz eine vierjährige Kerkerstrafe. Auch der junge Graf Stanislaus von

Hohenwart, ein Zögling des Freiherrn von Riedl, war in den Proceſs verwickelt und wurde auf unbeſtimmte Zeit gefangen gehalten. Wie das Volk über die Verſchwörer dachte, zeigte ſich bei der Urtheilsverkündigung über Hackel und Brandſtetter. Beide wurden während ihrer Ausſetzung auf der Schandbühne auf dem Glacis mit dem bitterſten Hohn verfolgt *).

Dieſe Proceſſe hatten die traurige Wirkung, daſs ſie einen mächtigen Rückſchlag auf das ſociale Leben in Wien ausübten. Der gehäſſigſte Parteigeiſt erwachte und verpflanzte ſich in die Familienkreiſe. Das Denunciantenweſen nahm ſo überhand, daſs Tagesfragen ſelbſt unter Verwandten nur mit größter Vorſicht beſprochen wurden. Wer ein freiſinniges Wort fallen ließ, galt für einen Jakobiner, wer Ruhe und Sicherheit wünſchte, für einen Ariſtokraten, einen Frömmler und Feind der Aufklärung. Bis ins Theater verfolgten ſich die Parteien. Als zur ſelben Zeit das berühmte Tänzerpaar Herr und Frau Vigano nach Wien kam und den Verſuch machte, fleiſchfarbene Tricots an Armen und Füßen und kurze flatternde, kaum bis an die Lenden reichende Kreppröckchen einzuführen, während der Balletmeiſter Muzzarelli an den alten, ſteifen Coſtümen und Steifröcken feſthielt, wurde Vigano deshalb der Liebling der Fortſchrittspartei und Muzzarelli das Schooßkind der Conſervativen. Selbſt Mozart, der, wie bekannt, enge Beziehungen zu den Freimaurern unterhielt, blieb von Anfeindungen nicht frei. In der „Zauberflöte“, deren Text durch Schikaneder's Einfluſs eine ſtarke freimaureriſche Färbung erhielt, erblickte man eine allegoriſche Verherrlichung der franzöſiſchen Revolution. Pamina bedeutete die Freiheit, Papageno die Ariſtokratie, die Schlange das finanzielle Deficit und Saraſtro's Brüder die Nationalverſammlung. Ebenſo ergieng es mit der Mode. Die Liberalen legten den Zopf und die Perrücke ab und trugen Vollbärte; der weibliche Theil enganliegende Kleider, entblößte Schultern, geſchnürte Schuhe, reiche Armbänder, abgeſchnittenes und in Locken gelegtes oder am Hinterkopf in einen Knoten geſchlungenes Haar. Die „Erzpatrioten“ hielten an Zopf und Haarpuder, an rund geſchnittenen Treſſenröcken und am Dreiſpitz, die Frauen an den langen Taillen, Bouffants und Siebröcken feſt.

Es war eine glückliche Fügung für die Monarchie, daſs zwiſchen dem Kaiſer und ſeinen Völkern ein feſtes Band geknüpft war. Denn es kam eine Zeit, ſo großartig in ihren Begebenheiten, ſo erſchütternd in ihren Folgen für alle Staaten, alle Elemente der menſchlichen Geſellſchaft, daſs ein Gedanke,

*) Noch heute leben im Volksmunde die Worte, welche denſelben zugerufen wurden: „O Spectakel, Herr Hackel“ und „Potz Wetter, Herr Brandſtetter“.

ein Streben, ein Ziel die Bewohner dieses großen Reiches durchdringen mußte, wenn die schweren Opfer an Leben und Gut, welche jene Ereignisse forderten, aufgebracht werden sollten. Wie vor drei Jahrhunderten, als Luther seine Thesen in Wittenberg anschlug, noch niemand ahnte, welche Entwicklung der Streit gegen Rom nehmen werde, so hatte man auch in Österreich bei Beginn des Krieges mit Frankreich noch keine ganz klare Vorstellung von den bewegenden Ideen der Revolution gegen das Königthum. Erst später erfaßten die österreichischen Staatsmänner die ganze Bedeutung der französischen Revolution. Nach der Proclamierung der Republik wurden sie sich bewußt, daß es sich dabei um die Beseitigung des absoluten Königthums, die Vernichtung der Herrschaft einzelner privilegirter Stände, die Erringung gleicher Rechte und Freiheiten für alle Staatsbürger und die Begründung einer berechtigten Volksherrschaft handelte. Für keinen europäischen Staat war aber damals die Verbreitung der französischen Freiheitsideen gefährlicher als für Österreich. Seit K. Maria Theresia zielten alle Reformen auf die Begründung einer starken einheitlichen Staatsgewalt hin, welche ihre Kraft und Macht in der Person des Monarchen suchte. Jede Spur eines Eingreifens anderer Factoren, wie der Stände und der Gemeinden, hatte man zu beseitigen gesucht. Am mächtigsten beherrschte dieses Streben die Reformen K. Josef's II., dessen Regierungsideal war: Alles für — nichts durch das Volk. Durch die Verpflanzung der Ideen der französischen Revolution nach Österreich fürchtete man ein Preisgeben der höchsten Staatsinteressen, eine Zersetzung des Reiches. — Von diesen Erwägungen geleitet, nahmen die Staatsmänner Österreichs den Kampf gegen die neue Ordnung in Frankreich auf und suchten auch andere Mächte für die Sicherung der monarchischen Souveränetät zu gewinnen. Mit den Kriegen gegen Frankreich, an denen nach und nach alle europäischen Staaten Theil nahmen, giengen aber Hand in Hand auch große politische Interessen, Machtfragen, welche ein einheitliches Zusammengehen der Mächte vereitelten. Weder Preußen noch Rußland hatten ein Interesse an dem alten politischen Staatensystem, in dem Österreich eine so hervorragende Rolle spielte. Preußen erblickte seit dem siebenjährigen Krieg, Rußland schon seit Peter dem Großen in Österreich ein Hinderniß seiner aufstrebenden Macht, und dadurch geschah es, daß die von Österreich angestrebte Coalition der leitenden europäischen Cabinete gegen Frankreich nicht auf die Dauer bestand und durch mehrere Jahre Kaiser Franz II. fast allein, ohne kräftige und verläßliche Unterstützung, die Kriege gegen Frankreich führen mußte.

Aus der Stellung Österreichs zu dem europäischen Wettkampf giengen auch die leitenden Grundsätze der inneren Politik hervor. Um nicht in Ungarn und den übrigen Provinzen eine Gährung hervorzurufen, hütete sich die Regierung, an den bestehenden Landesverfassungen zu rütteln, aber es lag ihr ferne, in der Gesetzgebung, abweichend von den Bahnen K. Josef's II., die Rechte des Adels oder der Geistlichkeit zu vermehren und dadurch die Staatsgewalt zu schwächen. Die Gesetzgebung selbst blieb ausschließlich eine Angelegenheit der obersten Staatsgewalt, und nur in der Anwendung der Grundsätze stritten lange Zeit zwei Parteien, die Anhänger Kaiser Josef's II. und die der alten Ständeherrschaft um das Übergewicht, bis es den ersteren gelang, sich wenigstens für einige Zeit in den unbestrittenen Besitz der Macht zu setzen. In der Pflege des religiösen Geistes und in der Unterdrückung freier Meinungsäußerungen in Schrift und Wort wurde das System K. Leopold's II. angewendet. Es vermehrten sich die öffentlichen Processionen, Andachten und Ablässe, der Kaiser und der Hof glänzten durch ihre Betheiligung an den religiösen Übungen und die Staatsdiener erhielten die gemessensten Weisungen, dem Beispiele von oben zu folgen. Die Censur übte die wachsamste Aufsicht über alle Bücher und Schriften, sowie über die Theater, und es durften die Werke der großen deutschen Dichter und Gelehrten nur in Nachdrucksausgaben, aus welchen alle bedenklichen Stellen wegblieben, in den Buchläden verkauft werden.

Im Kriege gegen Frankreich brachte, wie früher erwähnt, das Jahr 1795 eine bedeutsame Wendung. Nach dem Sturze der Schreckensherrschaft löste sich die Coalition der Mächte gegen die französische Republik auf. Österreich, von Preußen wiederholt im Stiche gelassen, schloss im Jänner 1795 mit Russland eine Allianz, der kurz darauf die dritte Theilung Polens folgte; Preußen gieng mit Frankreich den Basler Frieden ein, welcher Österreich die Niederlande, Deutschland das linke Rheinufer kostete. Durch die Demarcationslinie vom 17. Mai 1795 trennte Preußen die Interessen Süddeutschlands von jenen Norddeutschlands und führte dadurch mittelbar die gänzliche Auflösung des deutsches Reiches herbei. Demungeachtet entschloss sich der Wiener Hof, den Krieg mit Frankreich fortzusetzen. Es begann jene denkwürdige Epoche, in welcher Österreich zur Behauptung seiner Stellung die furchtbarsten Anstrengungen machte, und Erzherzog Karl im Vereine mit Wurmser und Clerfait in den Schlachten gegen Buonaparte, Jourdan und Moreau seine ersten Lorbeeren errang.

Infolge der Wechselfälle des Krieges drangen die Franzosen zum erstenmale tiefer in Österreich vor. Mit banger Erwartung sah man hier den

Kriegsnachrichten entgegen. Angeeifert von den muthigen Tirolern, welche ihr ganzes Land in Vertheidigungszustand setzten, sandte Wien im August 1796 das erste Freiwilligencorps nach Italien gegen General Buonaparte, welches sich bei Bevilaqua, Minerbe, Angiare an der Etsch und vor St. Giorgio mit Auszeichnung schlug. Zeuge der tapferen Haltung dieses Corps ist die durchlöcherte und durch Hiebe zerrissene Fahne, welche seit 25. April 1798 das städtische Waffenmuseum schmückt.

Nach dem Vordringen Buonaparte's in Innerösterreich (Frühjahr 1797) empfand Wien nach langer Zeit wieder die Schrecken einer bevorstehenden Invasion. Am 4. April verkündigte der Kaiser den Bürgern die nahe Gefahr. An demselben Tage erschien der Regierungspräsident Graf Saurau am Rathhause, um den Magistrat zur Ergreifung von Vertheidigungsmaßregeln zu bestimmen. Die Bestürzung war um so größer, als man keine Ahnung von einer solchen Nähe der Gefahr und noch vor Kurzem sich hier infolge der glänzenden Kriegführung des Erzherzogs Karl am Rhein den größten Hoffnungen hingegeben hatte. Die Ernennung des populären Prinzen zum Generalissimus und die Übertragung des Obercommando's der italienischen Armee an ihn steigerte die Siegeszuversicht. Tausende von Herzen schlugen Erzherzog Karl bei seiner Ankunft in Wien entgegen, und die Bürger gaben durch eine zweitägige Beleuchtung ihren Sympathien Ausdruck. Aber bei dem Zustande der österreichischen Armee in Italien war an große Erfolge nicht zu denken. Ein beißender Spott über die Bulletins Alvinczy's gab sich kund. „Sie werden mir," schrieb ein Officier, „wenn sie unsere Kriegsberichte lesen, zugeben, dass die Franzosen recht artig sind. Wir Österreicher schlagen und werfen sie zurück; der artige Franzos aber drückt uns zurück." Dass die Franzosen so rasch nach Innerösterreich vordringen konnten, schien den in die Verhältnisse Nichteingeweihten unbegreiflich.

Angesichts der Nothlage verstummte indes bald die Kritik und die edelste patriotische Begeisterung brach sich in Schrift und Wort Bahn. In einem der erschienenen zahlreichen Gedichte, welches die Überschrift trägt: „Für Wien siegen oder sterben", hieß es:

Franken! Wunder sollt ihr sehen,
Naht ihr euch der Vaterstadt,
Wo der Wiener Fahnen wehen,
Wo man Treu' im Busen hat.
Deutsche Brüder, muthig siegen
Wollen wir für's Vaterland
Oder streitend unterliegen,
Sterbend reichen uns die Hand.

Die Bürger gaben ihre Gesellen und Dienstleute zur Landesvertheidigung ab und erklärten dem Kaiser am 7. April 1797 zur Vertheidigung der Stadt an 30.000 waffenfähige Männer aufstellen zu wollen. Dem Feinde entgegenzumarschieren und Haus und Hof zu verlassen, wolle man ihnen aber nicht zumuthen und wies auf den Adel hin, der sich ohnehin in Massen aus der Stadt flüchte und nicht darauf angewiesen sei, mit seiner Hände Arbeit sich und seine Familie zu erhalten. An demselben Tage wurden die Einschreibungen zum Aufgebot eröffnet; der erste sich Meldende war der Schwager des Kaisers, Ferdinand, Herzog von Württemberg, dem auch die Führung des Corps zufiel. Professoren und Schüler der Universität und der Akademie der Künste, die Mitglieder des Handelsstandes und der einzelnen Zünfte stellten Compagnien auf, so dass am 17. April der Kaiser über ein Aufgebot von 8476 Mann auf dem Paradeplatz Revue abhalten und die Kaiserin die Fahnenweihe vornehmen konnte. Außerdem stand noch die Bürgerwehr in einer Stärke von 7502 Mann in Bereitschaft. Der Kaiser erklärte den Hauseigenthümern der Stadt und Vorstädte allfällige Schäden aus seinem Privatvermögen zu ersetzen. Täglich arbeiteten bei 14.000 Personen an der Stadtbefestigung und der Anlage neuer Schanzen. Nebenher lief aber doch auch die größte Verwirrung und Angst. Zaghafte Personen flüchteten sich in die Stadt und sahen schon ihre Häuser in Schutt liegen. Fremde wurden genöthigt, binnen drei Tagen die Stadt zu verlassen. Bei der Stadtbank entstand jeden Tag ein Auflauf, weil diese sich weigerte, die Bancozettel gegen bare Münze umzuwechseln. Und wie die Bank vorgieng, handelte auch jeder Privatmann. Infolge dessen bestand insolange die größte Noth an Bargeld, bis neue Zwölfkreuzerstücke und kleines Papiergeld ausgegeben wurden. Eine große Erbitterung herrschte gegen den Minister Thugut, welcher im Jahre 1793 an Kaunitz' Stelle die Leitung der auswärtigen Politik übernommen hatte. Von ihm erzählte man sich, dass er das größte Hindernis des Friedens sei und sich geäußert habe: „Wenn auch Wien verloren geht, so ist Wien noch nicht die Monarchie." Als er eines Tages über die Mariahilferstraße fuhr, drängte sich das Volk um seinen Wagen und insultirte ihn auf die gröbste Weise.

Nach der am 17. April 1797 abgehaltenen Revue wurde das Hauptquartier des Aufgebotes nach Klosterneuburg verlegt und bestimmt, dass der Ausmarsch am 20. April zu beginnen habe. An demselben Tage traf aber die Nachricht ein, dass zu Goeß bei Leoben der Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit verlängert worden sei, worauf die bereits bis Sieghartskirchen marschierte Avantgarde des Aufgebotes zurückkehrte, die

übrigen Soldaten des Aufgebotes in ihre Cantonnirungsbezirke diesseits und jenseits des Wiener Waldes verlegt und die weitere Aufstellung von Corps eingestellt wurde. Die Bewachung Wiens übernahm vom 21. April an die Bürgerwehr. Nachdem das französische Directorium die von österreichischen und französischen Bevollmächtigten in Goeß geschlossenen Friedens-Präliminarien genehmigt hatte, wurden sämmtliche Abtheilungen des allgemeinen Aufgebotes aufgelöst. Zur Erinnerung an diese erhebenden Beweise von Vaterlandsliebe ordnete der Kaiser die jährliche Begehung des 17. April durch eine kirchliche Feier und die Ausprägung einer Denkmünze an, mit welcher jeder der Theilnehmer an dem Aufgebote seine Brust schmücken durfte. Am 3. Mai stellte sich das nach Wien zurückgekehrte Aufgebot auf dem Glacis vor dem Schotten- und Burgthore auf, wo es der Kaiser und die Kaiserin besichtigten. Der Obercommandant Prinz von Württemberg nahm in einer ergreifenden Rede von den Truppen Abschied, in der er anerkannte, dass noch nie ein Volk in Erfüllung seiner Pflichten so viel gethan habe, wie die Bevölkerung der Hauptstadt. Abends wurden beide Hoftheater dem freien Eintritte geöffnet und in denselben von dem ganzen Publicum die Volkshymne abgesungen. In Erwiderung der Anerkennung, die den Leistungen der Wiener gezollt worden war, zeichnete der Magistrat den Prinzen von Württemberg und den Regierungspräsidenten Grafen von Saurau durch die Verleihung des Bürgerrechtes aus*).

Den Leobener Vereinbarungen folgte am 17. October 1797 der Friede zu Campo Formio. Das Wort: Friede! wirkte wie ein Zauberschlag auf das Leben der Stadt. Auf den Straßen beglückwünschten sich die Leute, die Staatspapiere, welche bis auf 50 Procent Verlust gefallen waren, stiegen wieder, die Lebensmittel wurden billiger und die Fabriken und Werkstätten, welche monatelang stillgestanden waren, kamen in Betrieb. So oft Erzherzog Karl sich öffentlich zeigte, tönte ihm der Jubel des Volkes entgegen, weil man seinem Einflusse den Abschluss der Leobener Friedens-Präliminarien zuschrieb. Niemand kümmerte sich darum, dass durch diesen Frieden Österreich aus seinen vorgeschobenen Positionen hinter die Etsch zurückgedrängt und dadurch seine dominierende Stelle in Italien eingebüßt hatte. Noch weniger erfasste man die Ergebnisse des bald darauf (7. December 1797) eröffneten

*) Nach dreißig Jahren stand noch das denkwürdige Aufgebotsjahr in lebhafter Erinnerung. Nach dem Tode des Herzogs Ferdinand von Württemberg († 20. Jänner 1834) und des Grafen Franz von Saurau († 9. Juni 1832), welche sich um die Bildung und Ausrüstung des Aufgebots die größten Verdienste erworben hatten, wurden deren Bronzebüsten im städtischen Waffenmuseum aufgestellt.

Congresses zu Rastatt, auf dem sich bereits die Wirkung des französischen Übergewichtes zeigte.

Als Vertreter Frankreichs war General Bernadotte nach Wien gekommen, ein Mann ohne alle feinere Bildung, voll rohen Übermuths. Sein und seiner Leute Benehmen hatte schon bei verschiedenen Anlässen Anstoß erregt. Im Theater und an anderen öffentlichen Orten ließen es die Franzosen nicht an spöttischen Bemerkungen fehlen, wenn das Volk sich durch patriotische Anspielungen zu Freudenausbrüchen hinreißen ließ. Ohne die Regierung zu benachrichtigen, ordnete Bernadotte, wie Thugut in einer Depesche darstellt, an, bei einem am 13. April 1798 abgehaltenen Feste nach 7 Uhr abends eine große dreifarbige Fahne vom Balkone seines Hauses in der Wallnerstraße (Or.-Nr. 8) tief in die Straße hineinzuhängen. Anfangs blieb das Volk nur im Vorbeigehen stehen; um 8 Uhr abends aber war schon ein Tumult ausgebrochen. Man erblickte darin eine offene Verhöhnung der patriotischen Gesinnung; ein Mann riss die Fahne vom Balkon herab und eilte in die Burg, wo sie der Hauptwache übergeben wurde. Inzwischen stürmte das Volk das Palais, zertrümmerte die Fensterscheiben und konnte, nachdem aus den Fenstern gefeuert worden, von der Polizei und den Soldaten nur mit Mühe abgehalten werden, in die Wohnung des Botschafters einzudringen; erst um 11 Uhr nachts gelang es, den Volkshaufen zu zerstreuen. Als Bernadotte nicht sogleich Satisfaction erhielt, weil man erst das Ergebnis der Untersuchung abwarten wollte, verließ er am 15. April Wien. Viele glaubten, dass die französische Regierung den Scandal absichtlich hervorgerufen habe, um die Ausführung des Friedens von Campo Formio zu hintertreiben und Grund zu neuem Bruch zu haben. Andere schoben wieder die Schuld auf Thugut, welcher durch kürzlich erfolgte Vorgänge in Italien die Sicherheit der neuerworbenen Besitzungen bedroht glaubte*). Als wenige Tage später, am 17. April 1798, der Jahrestag des Aufgebots gefeiert wurde, zeigte die Bevölkerung demonstrativ ihren patriotischen Geist. Grenzenloser Jubel umgab den Kaiser und die Kaiserin bei ihrer Rückfahrt aus der Stephanskirche und unter klingendem Spiele und mit fliegenden Fahnen durchzogen die Freiwilligen die Straßen der Vorstädte.

Die Besorgnis vor einem Wiederausbruch des Krieges erwies sich bald als gerechtfertigt. Als Frankreich die im Frieden von Campo Formio vor-

*) Über die Vorfälle mit dem Aushängen der französischen Nationalfahne erschien in deutscher und französischer Sprache eine Schrift, welche die österreichische Regierung veröffentlichen ließ.

gesehene Entschädigung Österreichs für die Verluste an italienischem Ländergebiete verweigerte, schlossen Österreich, Rußland und England eine neue Coalition. Ende 1798 überschritten russische Truppen die österreichische Grenze und Ende Februar 1799 begann der Krieg, an dessen glücklichem Ausgange diesmal niemand zweifelte, weil Erzherzog Karl an der Spitze der Armee war. In dieser Zuversicht begrüßten die Wiener den Großfürsten Konstantin und den russischen General Suwarow bei ihrem Eintreffen mit Freuden-Demonstrationen; die ganze Stadt eilte im März 1799 vor die Mariahilferlinie, den Durchmarsch der „braven und tapfern Russen" anzusehen.

Der Verlauf des Krieges entsprach aber nur wenig den gehegten Erwartungen. Bald trat eine grundsätzliche Differenz zwischen den Verbündeten zutage, die den Zerfall des Bündnisses herbeiführte. Den ersten Siegen der Österreicher und Russen in Deutschland, der Schweiz und Italien folgten große Niederlagen. In Frankreich entfaltete sich nach dem Staatsstreiche Buonaparte's vom 9. November 1799 und der Einsetzung einer Consularregierung die Volkskraft noch mächtiger, während infolge von Zerwürfnissen Rußland von der Coalition zurücktrat und durch die Niederlegung des Oberbefehls von Seite des Erzherzogs Karl das Vertrauen in die militärische Führung schwand. Buonaparte bot dem Kaiser den Frieden unter den gleichen Bedingungen wie zu Campo Formio an. Im Gefühl der traurigen Folgen einer Nachgiebigkeit für Österreichs Ehre und Macht erwirkte Thugut die Zurückweisung dieses Anerbietens. Nach dem glänzenden Siege von Marengo (14. Juni 1800) erneuerte Buonaparte seine Anträge, worauf der Kaiser ohne Rücksicht auf England und ungeachtet des Rücktrittes von Thugut einging, um seinen Völkern den ersehnten Frieden zu verschaffen.

Aber es kam anders als der Kaiser hoffte. Der Waffenstillstand gieng Ende November 1800 in einen Krieg über. General Moreau rückte nach der unglücklichen Schlacht bei Hohenlinden (3. December 1800) in Salzburg ein und richtete seinen Marsch gegen Linz. Abermals drohte der Hauptstadt eine französische Invasion. Wohl war man diesmal besser vorbereitet. Schon vor Ablauf des Waffenstillstandes wurde ein neues Aufgebot aufgestellt, an dessen Spitze Adelige und Bürger standen. Man zeichnete große Summen zum Besten des Staatsschatzes, angeblich als freiwillige Gaben, welche aber strenge genommen den Charakter von Zwangsdarlehen hatten. Seit Mitte September bezogen die Bürger wieder die Festungswälle, und einzelne wohlhabende Männer stellten vollständig ausgerüstete Freiwilligencorps auf. Alle diese Anstrengungen wurden aber in der ver-

zagtesten, trostlosesten Stimmung gemacht, weil Österreich ohne Bundesgenossen war und sich keine Aussicht auf eine günstige Wendung des Feldzuges darbot. Als daher am 27. December 1800 Erzherzog Karl abermals als Friedensbote in Wien eintraf, und sich am Faschingmontag zuerst die Nachricht von dem am 9. Februar 1801 geschlossenen Frieden zu Luneville verbreitete, athmeten alle Kreise freier auf. Wenige Tage darauf schimpfte wohl alles über den „mageren Frieden", als man erfuhr, dass Österreich dadurch in seinem Ansehen und seiner Macht sehr geschwächt wurde. Eipeldauer meinte aber in seinen Briefen, dass er nur deshalb so mager ausfiel, weil der Feind den Kleinmuth der Wiener gekannt habe.

Der Friede von Luneville erfolgte nicht blos in der Erkenntnis der Schwäche der militärischen Kräfte, sondern auch der tiefen Zerrüttung der inneren Zustände, durch welche bei einer längeren Fortdauer des Krieges das Reich in Gefahr stand, gänzlich zugrunde zu gehen. Die Niederlagen der Armee, der Verlust an Ländergebiet, die Erschütterung des Staatscredites, das Darniederliegen des Handels und deren unvermeidliche Begleiter: Verarmung und Theuerung hatten das Vertrauen in die Regierung des Kaisers — ja selbst in den Bestand des Reiches geschwächt und den patriotischen Geist verflüchtigt. Unzufriedenheit und Missmuth durchdrangen fast alle Gesellschaftskreise und weckten besonders unter den Gebildeten in Wien neuerdings die Lust an Geheimbünden, die man durch die Jacobinerprocesse der früheren Jahre einzuschüchtern gemeint hatte. So schlimm war die Lage, dass sich der Kaiser selbst hilflos und verlassen sah. „Ich habe," schrieb er am 20. Februar 1801 an Kobenzl nach Paris, „meine Monarchie so sehr an Leuten und Geld erschöpft, dass sie außer Stande ist, in dem Gleichgewichte Europa's den Platz einzunehmen, der ihr gebührt." Selbst Männer wie Erzherzog Johann besorgten, dass sich die Provinzen trennen und getrennte Staaten oder Republiken bilden könnten. „Sollte es dazu kommen," schrieb der Prinz in sein Tagebuch, „so ist mein Entschluss gefasst; ich fechte für das Reich meiner Ahnen, für meinen Kaiser, so lange ich es vermag. Geht es nicht mehr, so gehe ich nach Tirol und erhalte wenigstens dieses Gebirge seinem Fürsten treu."

In der auswärtigen Politik, deren Führung Graf Kobenzl und Graf Trautmannsdorf, später Graf Colloredo übernommen hatten, gieng das Streben der Regierung dahin, durch Beobachtung der Neutralität den Frieden insolange zu erhalten, bis es gelingen würde, durch neue Bündnisse, sei es mit Russland oder mit England, den Grund zu einer neuen Coalition zu legen. Durch dieses Schwanken und Lavieren gerieth man aber

in einen Zustand der Halbheit und Zweideutigkeit, welche andere patriotische Männer heftig bekämpften. Es bildeten sich dadurch zwei Parteien, an deren Spitze einerseits Erzherzog Karl mit seinen Rathgebern Fassbender und Duka und anderseits Kobenzl standen. Die Erbitterung dieser Parteien war so groß, dass Kobenzl seine Gegner des Verrathes von Staatsgeheimnissen beschuldigte.

Die Neutralitätspolitik hätte eine Berechtigung gehabt, wenn der Wille und der Ernst vorhanden gewesen wäre, durch tief eingreifende Reformen die Kraft des Reiches zu heben. Doch dazu wollte der Kaiser noch nicht schreiten. Als es sich um die Errichtung eines Staats- und Conferenz-Ministeriums handelte, gab er die Weisung, die Staatsverwaltung so einzurichten, dass sie von selbst als ein wohl eingerichtetes Uhrwerk, wenn sie einmal im Gange sei, fortliefe und ihrem Endzwecke entspräche. Als diesen Endzweck bezeichnete er Aufrechterhaltung der Religion, der Sitten und der allgemeinen Ruhe, Vollziehung der Gesetze und Anordnungen, Aufnahme der Bevölkerung, Förderung der Erwerbszweige und des Handels, Schützung jedes Standes und jedes einzelnen Unterthans und richtige Einhebung aller Steuern und Abgaben. Durch den bisherigen schleppenden Gang der Verwaltung misstrauisch geworden, erschwerte der Kaiser selbst dadurch die Geschäftsführung, dass er sich über die geringfügigsten Angelegenheiten die Prüfung und Entscheidung vorbehielt und zu einer Lösung der wichtigsten Fragen nicht kam, weil er theils mit Geschäften überhäuft, theils von der Sorge erfüllt war, in der Wahl der Mittel fehlzugreifen. Mit Aufopferung arbeitete Erzherzog Karl, der Präsident des Hofkriegsrathes, an der Reorganisation der Armee. Was er aber plante, erforderte eine längere Dauer gesicherten Friedens, geordnete Finanzen, fähige Officiere und Generale, Bedingungen, die nur in geringem Maße vorhanden waren. In der inneren Verwaltung war der Leiter Graf Leopold Kolowrat, ein kenntnisloser, ruhesüchtiger Mann, der alles gethan zu haben glaubte, wenn er die Machtsphäre der Geistlichkeit erweiterte und die Censur und Polizei mit größter Strenge übte, ohne sich viel darum zu bekümmern, wie dem Hunger und der Noth abzuhelfen sei, Handel und Verkehr zu beleben und die Straßen zu verbessern seien. Auf dem Gebiete des Finanzwesens löste ein Minister den anderen, ein Project das andere ab, und das endliche Resultat war die Vermehrung der Bancozettel und die Erhöhung der Staatsschuld. Um das jährliche Deficit zu beseitigen, wurden entweder Mittel ergriffen, welche, wie die Erhöhung der Salzpreise, der Landescontributionen, der Judensteuer, der Classensteuer und der Personalsteuer, die größte Erbitterung hervor-

riefen*) oder den Credit empfindlich schädigten, wie die Einziehung der Scheidemünze und die Bezahlung der Zinsen der Staatsschuld durch Bancozettel, von welchen ein Gulden infolge des gesunkenen Credites nicht mehr als 45 Kreuzer galt. So musste unter der Fortdauer der schlechten Verwaltung der Wohlstand der Bevölkerung schwer leiden. Ungeduld und Unmuth machten sich in immer entschiedenerer Weise Luft und drangen bis in die höchsten Kreise der Gesellschaft. „Als Bruder und Staatsdiener," schrieb Erzherzog Karl an den Kaiser, „fühle ich mich verpflichtet, Eure Majestät die Reformen ans Herz zu legen, wo die Monarchie dem Verderben so nahe ist und wo alle Administrationszweige so zerrüttet sind." Und in klarer Erkenntnis der Ursachen dieser Lage schrieb Erzherzog Johann in sein Tagebuch die Worte: „Wie kann man auch bei uns gute Köpfe gewinnen. Die Schuld liegt im Verfall der Bildungsanstalten. Unsere Schulen sind weit zurück, die Universitäten von Hilfsmitteln entblößt, keine gelehrten Gesellschaften blühen unter dem Schutze der Regierung. Die Censur handelt mit einer Strenge gegen gar manches gute Buch und wacht so wenig über elende, ja sittenlose Geistesproducte. Ein Grund des Mangels an Köpfen, auch bei dem Adel, liegt darin, dass das Sittenverderbnis täglich zunimmt, Hang zum Sinnlichen, zur Zerstreuung, Gleichgiltigkeit und eine gewisse Rohheit die Charakterzüge jener Classe von Menschen sind, die sich zu der gebildeten Welt zählen."

Schon im Jahre 1804 traten Ereignisse ein, welche für die Fortdauer des Friedens zwischen Österreich und Frankreich nicht vielversprechend waren. Schon als Napoleon den Herzog von Enghien, der einer Conspiration gegen das Leben des ersten Consuls verdächtig war, in Ettenheim, auf deutschem Boden, aufheben und nach Frankreich bringen ließ, ohne auch nur ein Wort der Rechtfertigung bei dem römisch-deutschen Kaiser über die Verletzung deutschen Reichsgebietes zu verlieren, war man in Wien peinlich berührt. Man wollte es aber nicht zum Äußersten kommen lassen und vermied jeden energischen Schritt. Als zu derselben Zeit sich Napoleon, der Aufforderung der gesetzgebenden Körperschaften Frankreichs folgend, zum Kaiser der Franzosen erklärt und damit den Blick nach jenem hohen Ziele, das in der Geschichte durch die Namen Alexander's, Cäsar's und Karl's des Großen markiert wird, gerichtet hatte, fehlte es nicht an Stimmen, wie jene des Friedrich von Gentz, welche gegen die Anerkennung des Kaiserthums, „die Sanctionierung der Revolution", waren. K. Franz II. theilte aber diese

*) Man kam sogar auf den Gedanken, den Besuch des Praters zu besteuern. Dr. A. Fournier: Gentz und Kobenzl. Wien 1880. S. 128.

Anschauung nicht, sondern entschied sich dafür, als Gegengewicht die Würde eines Erbkaisers von Österreich anzunehmen und verlangte als Preis der gegenseitigen Anerkennung, dass K. Napoleon I. ihm den Vorrang einräume, worauf dieser schließlich auch einging. Am 10. August 1804 nahm K. Franz I. in einer Versammlung der Minister und der höchsten Würdenträger den Titel an und Tags darauf wurde der Entschluss des Monarchen in einer Pragmatical-Verordnung kundgemacht, mit dem ausdrücklichen Zusatze, „dass sämmtliche Königreiche, Fürstenthümer und Provinzen ihre bisherigen Titel, Verfassungen, Vorrechte und Verhältnisse beibehalten sollten". Wie in allen Theilen der Monarchie, wurde auch in Wien dieses Ereignis festlich begangen. Am 7. December 1804 begaben sich die Stände im feierlichen Zug in die Hofburg. Während sie dort ihre Huldigung darbrachten, wurde am Hof, auf dem Hohen Markt und auf dem Graben in der Stadt, unter Paradierung des Militärs und der Bürgerwehr, ebenso auf den Plätzen der Vorstädte Leopoldstadt, Landstraße, Wieden, Mariahilf, Josefstadt, Alservorstadt auf zu diesem Zwecke errichteten rothweißen Tribünen unter Trompeten- und Paukenschall das kaiserliche Patent durch eigene kaiserliche Commissäre kundgemacht. Am folgenden Tage fuhren der Kaiser und die Kaiserin unter Entfaltung des reichsten Hofceremoniells nach St. Stephan, um einem Dankamte beizuwohnen*). Goldene und silberne Denkmünzen verewigten das Ereignis. Am 16. December brachte eine Deputation des Magistrates, mit dem Bürgermeister Stephan v. Wohlleben an der Spitze, dem Kaiser und der Kaiserin die Glückwünsche der Bürgerschaft dar. Am 13. April 1805 erhielt die Stadt das Recht, sich römisch- und österreichisch-kaiserliche Haupt- und Residenzstadt nennen zu dürfen.

Ungeachtet der Anerkennung des französischen Kaisers steigerte sich in Wien das Missbehagen und einsichtsvolle Männer wie Gentz beklagten in den heftigsten Ausdrücken, dass sich der Kaiser habe verleiten lassen, den Gefahren aus dem Wege zu gehen und freiwillig von der deutschen Kaiserwürde zurückzutreten. Alle Anstrengungen der einflussreichsten Kreise giengen dahin, Kobenzl und Colloredo, die Vertreter der temporisierenden Richtung, zu stürzen und den Krieg gegen Frankreich vorzubereiten. Es kam aber

*) Für das Wesen des Kaisers ist Folgendes bezeichnend: Ursprünglich sollte die Feier am 1. November abgehalten werden. Als er aber hörte, dass an diesem Tage in der Stadt der Allerheiligen-Markt anfieng und wegen der Feier der Markt auf das Glacis vor das Schottenthor verlegt werden müsste, ordnete er an, dass diese wichtige Feier auf den 8. December aufgeschoben werde. Dr. H. Meynert: K. Franz II. Wien 1872. S. 68.

wenn auch zu keinem Ministerwechsel, doch zu einer neuen mit Russland, England und Schweden geschlossenen Coalition, deren Zweck die gegenseitige Sicherstellung des Länderbesitzes war. Preußen hielt sich davon ferne, weil dort unter Haugwitz, Lombard und Zastrow die Franzosenfurcht eben in höchster Blüte war. Zu Anfang des Jahres 1805 betrieben die Alliirten bereits im Stillen die Vorbereitungen zu einem neuen Kriege gegen Frankreich, und wenige Monate später hatte die Spannung zwischen den Mächten solche Fortschritte gemacht, dass an einem Ausbruch des Krieges nicht mehr gezweifelt wurde.

Es gab aber auch Kreise, welche den Beitritt Österreichs zur russisch-englischen Coalition für ein Unglück erklärten. Niemand traute den Staatsmännern und Generalen die Fähigkeit zu, dem Genie Napoleon's die Spitze zu bieten. In dieser Überzeugung fühlte man sich umsomehr bestärkt, als auch Erzherzog Karl, der Präsident des Hofkriegsrathes, entschieden gegen die Coalition war und den Krieg als ein sehr waghalsiges Unternehmen bezeichnete, und, wie man wusste, selbst der Kaiser nur nach schwerem Kampfe sich im Juli 1805 zu dem entscheidenden Schritte entschloss, insbesondere da im Innern des Reiches die Nothlage in Wien, Brünn und anderen Städten ernste Tumulte hervorgerufen hatte.

Nach einem langen diplomatischen Notenwechsel, während dessen die Mobilisierung der Armee stattfand, begann Ende September 1805 der Krieg. Das Commando über die deutsche Hauptarmee übernahm Feldzeugmeister Freiherr von Mack und jenes der italienischen Armee Erzherzog Karl. Den ersten entscheidenden Schlag führte Napoleon gegen die österreichische Armee in Deutschland, wo sich das Misstrauen der öffentlichen Meinung in den Erfolg des Krieges leider nur zu bald als gerechtfertigt erwies. Mack, von Napoleon wiederholt geschlagen, musste mit dem größten Theile der Armee in Ulm (20. October 1805) capitulieren. Die Folge dieser furchtbaren Katastrophe war die neuerliche Gefahr einer französischen Invasion, welche bei dem raschen Vorrücken der Franzosen, wie niemand zweifelte, für Wien nicht ohne bittere Leiden vorüberziehen konnte.

Der Kaiser bereitete die Bürger schon in seinem Manifeste vom 28. November 1805 auf die sie erwartenden schweren Opfer vor. Unverweilt wurde die Stadt in Vertheidigungsstand gesetzt, eine Anzahl Freicorps errichtet und die Bürgerwehr um 3000 Mann vermehrt. Am 7. November schloss Kaiser Franz den ungarischen Landtag und übersiedelte mit dem ganzen Hof und dem diplomatischen Corps nach Brünn, was auf die Bevölkerung einen schlechten Eindruck machte. Im Ganzen beruhigten sich aber

doch die Gemüther durch das kluge und beschwichtigende Auftreten des Bürgermeisters v. Wohlleben, der für die Aufrechthaltung der Ruhe große Vorkehrungen traf und alle Anstrengungen machte, dass die Hauptstadt von den Festungswällen aus vertheidigt werde. Am 9. November begab sich eine ständische und städtische Deputation nach St. Pölten, um mit dem Prinzen Murat wegen Abschluss einer Capitulation zu verhandeln und die Stadt der Großmuth Napoleon's zu überantworten. Murat versprach, die Stadt unter der Bedingung zu schonen, daß die große Taborbrücke nicht abgebrannt werde. Noch am Abend des 12. November reiste eine zweite Deputation zu Napoleon nach Sieghartskirchen mit einer Vorstellung gegen die von Murat aufgestellte Bedingung, indem Wohlleben darauf hinwies, dass es nicht in der Macht der Stadt liege, eine Schonung der Taborbrücke zu versprechen. Zwei Tage nach dem für die russischen Waffen siegreichen Treffen bei Krems und Stein, am 13. November 1805, mittags zwischen 11—12 Uhr, zog die Avantgarde der französischen Armee unter Murat durch das Burgthor ein. Mit Erstaunen bemerkten die Franzosen, dass alle Hausthore und Verkaufsläden offen standen und die Straßen mit Zuschauern dicht besetzt waren, welche die Einziehenden neugierig betrachteten. Die Wiener dagegen konnten ihre Verwunderung darüber nicht unterdrücken, dass sich an der Seite Murat's zum Wegweiser der Franzosen ein pensionierter österreichischer General in voller Uniform, Namens Funk, hergab. Murat eilte mit seinem Corps auf den Tabor, in der Absicht, sich wenn möglich der Brücke zu bemächtigen, was ihm auch durch List gelang, — ein vielbesprochener Vorfall, welcher der russisch-österreichischen Armee am linken Donauufer beinahe eine Katastrophe bereitet hätte *).

Nach diesem gelungenen Handstreich hielten die Franzosen durch volle zwei Monate (13. November 1805 bis 12. Jänner 1806) Wien besetzt. Kaiser Napoleon bezog das Lustschloss Schönbrunn, Prinz Murat das herzoglich Albertinische Palais, der Commandant von Wien, General Hulin, das fürstlich Lobkowitz'sche Palais, der Generalgouverneur von Niederösterreich, Clarke, und der Generalintendant Daru den Amalienhof in der Burg, in dem auch später Minister Talleyrand abstieg. Als Haupt-

*) Murat täuschte nämlich den Commandanten der österreichischen Truppen, den Fürsten Auersperg, dadurch, dass er ihm vorspiegelte, der Friede mit Österreich sei so gut wie unterzeichnet, wobei er auf den abgedankten österreichischen General Funk hinwies, der in seinem Gefolge war. Auersperg glaubte es, ließ die Avantgarde der Franzosen über die Brücke, welche hierauf das ganze zur Bewachung der Brücke aufgestellte Commando gefangen nahm.

spion und Leiter der geheimen Polizei hatte sich Clarke eines gewissen Karl Schulmeister bedient, der früher in österreichischen Diensten gestanden und vom Minister Lehrbach zu wichtigen Missionen gebraucht worden war. Derselbe, mit den localen Verhältnissen vertraut, wusste sich unentbehrlich zu machen und seine Rolle so gut zu spielen, dass er in den ersten Salons Zutritt hatte. Die Stelle eines kaiserlichen Hofcommissärs bekleidete Graf Wrbna. Auf dem Rathhause war das Verpflegsdepartement der französischen Armee. Hier saß im Rathssaale Bürgermeister v. Wohlleben, umgeben von einer Schaar von Beamten, erledigte die einlaufenden Requisitionen und leitete die ganze Verpflegung und Einquartierung. Die Aufrechthaltung der Ordnung, die Besetzung der Stadtthore und die Escortierung französischer Transporte durch die Straßen besorgte die Bürgerwehr.

Die ersten Tage der Fremdherrschaft giengen ohne bedeutende Zwischenfälle vorüber. Die Wiener besorgten ruhig ihre Geschäfte und schienen sich um die Anwesenheit der Franzosen nicht viel zu kümmern. Nur einmal, nach dem Treffen von Hollabrunn (17. November), machte das Volk seinem unterdrückten patriotischen Gefühle Luft. Auf unerklärt gebliebene Weise verbreitete sich nämlich an diesem Tage das Gerücht, dass die Franzosen in dem Treffen geschlagen seien. Sogleich entstand eine außerordentliche Bewegung in den Straßen. Wo sich Franzosen zeigten, wurden sie vom Volke geneckt und verspottet und ein arger Conflict wäre unvermeidlich gewesen, wenn nicht die Bürgerwehr durch Ermahnungen und Drohungen dessen Ausbruch verhütet hätte. Napoleon selbst verhielt sich gegenüber den Wienern sehr zurückhaltend und ließ sich selten in Wien öffentlich sehen. Nur am Abend gieng er gern verkleidet mit seinem Adjutanten in den Straßen herum. Reibungen zwischen Soldaten und Einheimischen wurden nur durch unverschämte Forderungen der ersteren und insbesondere durch ihre Jagd nach Pferden hervorgerufen. Die höchste Zahl der einquartierten Franzosen betrug 34.000 Mann, die von ihren Quartierherren täglich bewirtet werden mussten. An Geld requirierten die Franzosen von den Ständen bei zwei Millionen und von der Stadt eine halbe Million Gulden. Tief verletzend für die Wiener war, dass die Franzosen nach der Schlacht von Austerlitz ihre Gefangenen mit lärmender Musik durch die Straßen führten, ein Act der Rohheit, den die Wiener dadurch erwiderten, dass sie die Unglücklichen auf das reichste beschenkten.

K. Napoleon's Sieg bei Austerlitz war ausschlaggebend für den ganzen Feldzug. Kaiser Franz I. kam am 4. December zu Saroschütz mit Napoleon persönlich zusammen, und bald darauf, am 26. December 1805, wurde

zu Preßburg der Friede geschlossen, in welchem Österreich Venedig, Tirol und Vorarlberg abtreten und die von Baiern und Württemberg beanspruchte Königswürde, sowie die Souveränität des Kurfürsten von Baden anerkennen mußte. K. Napoleon verließ noch am Tage des Friedensschlusses Wien, in einer besonderen, von Schönbrunn ddo. 27. December 1805 erlassenen Proclamation von den Bürgern Abschied nehmend. Er anerkannte darin ihre gute Haltung, welche er dadurch geehrt habe, daß er den Bürgern die Waffen und die Bewachung der Stadt beließ. Er entschuldigte sich, daß er sich so wenig unter den Bewohnern gezeigt habe, was nicht aus Geringschätzung, sondern deshalb geschehen sei, „weil er sie von keinem der Gefühle abwendig machen wollte, die sie ihrem Fürsten schuldig seien", und übergab ihnen unberührt das Zeughaus.

Als am 12. Jänner 1805 die letzte französische Truppenabtheilung die Hauptstadt verlassen hatte, überwog wohl das patriotische Gefühl der Befreiung von der Fremdherrschaft; gleichwohl konnte das Gefühl der Bitterkeit über alles, was die Stadt in dieser Zeit erlitten hatte, nicht gänzlich zum Schweigen gebracht werden. Das Übermaß an Einquartierung, der enorme Verbrauch der französischen Armee an Lebensmitteln, die Entwertung des Geldes, die mehr als zweimonatliche militärische Dienstleistung, der Stillstand des Handels und der Gewerbe hatten unter den Bürgern die drückendste Noth verbreitet; hunderte von Familien wußten nicht die Mittel zum Lebensunterhalt von heute auf morgen aufzutreiben und wandten sich vergebens an den Magistrat, dessen Cassen durch Napoleon's drückende Geldcontributionen gänzlich geleert waren. Nur die Nächstenliebe linderte das Elend der Menge.

Auf den Kaiser hatten die von den Wienern gebrachten patriotischen Opfer tiefen Eindruck gemacht. Er gab seinen Gefühlen in einer von Feldsberg, 15. Jänner 1805, an dieselben gerichteten Proclamation, worin er seine bevorstehende Ankunft anzeigte, in so warmen Worten Ausdruck, wie sie damals ein Monarch wohl selten gebraucht hatte. Nachdem der Kaiser darin mit Rührung ihrer Standhaftigkeit, ihrer Ausdauer und Wachsamkeit gedacht, apostrophierte er die Bürger: „Ja, gutes Volk, du hast Drangsale ausgestanden, die deinen durch Fleiß und Thätigkeit erworbenen Wohlstand in seiner Grundfeste erschüttert haben. Ich täusche mich über diese Thatsache nicht und habe mich vielmehr sorgfältig bemühet, ganz in die Lage der Umstände einzudringen, da diese Kenntnis unumgänglich nothwendig war, um die Hilfsmittel mit dem Bedürfnisse in Einklang zu bringen." Diese herzliche Kundgebung verfehlte auch nicht ihre Wirkung bei dem am 16. Jänner erfolgten Einzuge des Kaisers und der Kaiserin. Die Wiener vergaßen

in ihrer Gutmüthigkeit ihr Elend und jubelten ihrem Fürsten mit alter Treue und Anhänglichkeit zu, ja tausende von Bewohnern ließen es sich nicht nehmen, ihm bis nach Floridsdorf entgegenzuziehen und den festlichen Zug zu begleiten. Auf dem Wege bildeten die Bürgerwehr und die Freiwilligen Spalier; am Rothenthurmthor empfieng eine Deputation des Magistrats, mit dem Bürgermeister v. Wohlleben an der Spitze, den Kaiser und die Kaiserin. Dasselbe warme Lob wie der Kaiser spendeten den Bürgern für ihre musterhafte Hingebung Erzherzog Karl und Ferdinand Herzog zu Württemberg in den schmeichelhaftesten Schreiben. — Nach diesen Vorfällen beschäftigte sich die Regierung und der Magistrat mit der Wiederherstellung geordneter Zustände. Unter die Armen wurden Lebensmittel und Geld vertheilt, welche die reicheren Bürger zur Verfügung gestellt hatten, und unter den Handwerkern zahlreiche Bestellungen gemacht, damit die Erwerbsthätigkeit in Gang komme.

Was aber den günstigsten Eindruck hervorrief, war, dass der Kaiser ernstlichen Willen zu größeren Reformen im Staatswesen zeigte und sich von jenen Männern lossagte, die nach der Meinung des Volkes die Reichsverderber waren; er nahm einen vollständigen Cabinetswechsel vor. Kobenzl, Kollenbach, Franz Colloredo, Lamberti und Ritter von Stahl wurden von ihren Stellungen entfernt und nicht weniger als fünfundzwanzig Generale entlassen, Graf Philipp Stadion zur Leitung des Ministeriums des Äußern berufen, ein junger Staatsmann, in welchem manche politische Kreise den Staatsretter erblickten. Dieser trat auch mit großen Plänen an die große Aufgabe einer Neugestaltung des Reiches heran. „Lösung der Geistesfesseln und allseitige Förderung jedes rühmlichen und gemeinnützigen Strebens“ stellte er als das Programm seines Wirkens auf.

Zunächst handelte es sich aber darum, neue Formen des Staatslebens festzustellen. Nach der Bildung des Rheinbundes erklärte nämlich der Kaiser, es seinen Grundsätzen und seiner Würde schuldig zu sein, die deutsche Kaiserwürde niederzulegen (6. August 1806) und mit sämmtlichen deutschen Provinzen und Reichsländern seines Hauses aus dem zerfallenen deutschen Reiche auszuscheiden. Dadurch trat auch in dem Titel der Hauptstadt eine Änderung ein; von nun an hieß sie die österreichisch-kaiserliche Haupt- und Residenzstadt.

Wie nun diese in Sprache, Sitten und Bildung verschiedenartigen Länder in einen festen Verband zu bringen seien — darüber tauchten mannigfaltige Pläne auf. Am 4. August 1806 schrieb Gentz an Müller: „Wien muss aufhören Residenz zu sein; die deutschen Staaten müssen als Neben-

länder oder Grenzprovinzen betrachtet, der Sitz der Regierung muſs tief in Ungarn aufgeſchlagen werden.“ So weit kam es nun freilich nicht. Aber dafür konnte man ſich auch nicht zur Verwirklichung eines großen, den Bedürfniſſen entſprechenden Planes entſchließen. K. Franz I. ſchreckte vor ſtaatsrechtlichen Experimenten zurück, zudem ſchon die erſte Nachricht von Änderungen in der Verfaſſung der einzelnen Länder in Ungarn und Böhmen die Gemüther beunruhigt hatten. Stadion, hieß es, ſei ein Fremder, der keine Kenntnis der eigenartigen Verhältniſſe Öſterreichs habe, und thatſächlich zeigte er ſich auch als eine Natur, die weit mehr zu kühnen Entwürfen als zur conſequenten, energiſchen Durchführung von Reformen geeignet war. So blieb die Frage der Neugeſtaltung des Reiches, wie im Jahre 1804 bei Annahme der öſterreichiſchen Kaiſerwürde, ungelöst.

Demungeachtet war Stadion's Einfluſs auf die inneren Angelegenheiten nicht ohne befruchtenden Wirkung auf den öffentlichen Geiſt. Es ſchien, als ob durch ihn neue Räder in die Staatsmaſchine eingefügt worden wären. Wie die Staatsmänner Maria Thereſia's und Joſef's II. erkannte auch Stadion in der Pflege der deutſchen Cultur den feſteſten Kitt für die Verbindung der einzelnen Länder des Reiches. Wohl gab es kein deutſches Reich mehr, ja ein Theil der deutſchen Fürſten lebte in einer Vaſallenſtellung zu Napoleon und die deutſch-öſterreichiſchen Länder waren losgelöst von ihrem alten politiſchen Verband. Aber Stadion lebte in der Überzeugung, daſs dieſe Verhältniſſe nur vorübergehend ſeien und deshalb das nationale Gefühl, das Bewuſstſein der Zuſammengehörigkeit, lebendig erhalten werden müſſe. Von Wien aus ergieng in dieſen Tagen der Erniedrigung der Ruf nach einer ſorgfältigen Pflege der deutſchen Sprache und Literatur. Neue, gelehrte und ſchöngeiſtige Unternehmungen, welche dieſen Zweck verfolgten, traten hier in's Leben. In Sitten und Gewohnheiten drang man darauf, das Franzoſenthum abzulegen, und die Wiener wurden ermahnt, ihr Sprache von allen fremdartigen Zuſätzen zu reinigen, wogegen freilich der Eipeldauer die Befürchtung ausſprach, daſs darunter der öſterreichiſche Volkscharakter leiden könne. In der Pflege der Vaterlandskunde erblickte man das Mittel, das patriotiſche Gefühl zu wecken, in der Ausbreitung der Wiſſenſchaften und der Milderung der Cenſur die Hebel, um die dem Volke innewohnenden Kräfte zu entwickeln. „Die erſte Bedingung aller Cultur iſt Geiſtesfreiheit,“ ſchrieben die „Vaterländiſchen Blätter“ im Jahre 1808. „Ohne ſie fruchten die zahlreichen, mit dem größten Aufwand unterhaltenen Anſtalten nichts.“ Mit einer gewiſſen Befriedigung wies man darauf hin, daſs im Jahre 1806 von 1629 nach Öſterreich eingeführten aus-

ländischen Werken nur 179 und im Jahre 1807 von 1407 solchen Werken nur 169 verboten wurden. Auch auf anderen Gebieten der Verwaltung kamen bessere Anschauungen zur Geltung. Nachdem schon im Jahre 1804 eine neue Schulordnung ins Leben getreten war, erhielten die Schulaufsichtsbehörden die Weisung, auf die Vermehrung der Schulen und die Ausbreitung des Unterrichts in den unteren Volksclassen hinzuwirken. Im Jahre 1806 stellte der Kaiser den Behörden die Aufgabe, Industrie und Handel durch Eröffnung neuer, sowie durch Verbesserung schon bestehender Communicationen und durch andere zweckmäßige Anstalten blühend zu erhalten und durch eine wissenschaftliche Pflege die Nahrungs- und Erwerbswege zu erweitern. Das Verbot wegen Errichtung neuer Fabriken in Wien wurde gemildert. Der Gedanke der Gründung einer polytechnischen Schule fasste schon damals Wurzel, und ebenso wurde die Errichtung von Manufacturschulen beschlossen. Zur besseren Pflege der Landwirtschaft begünstigte der Kaiser im Jahre 1808 die Bildung einer sich damit beschäftigenden Gesellschaft und wollte schon damals die Aufhebung des Getreideausfuhr-Verbotes verordnen. So zeigte sich überall das Bestreben, den Bedürfnissen des Volkswohlstandes gerecht zu werden.

Dieser von Stadion geweckte edlere Geist äußerte sich namentlich nach dem Tilsiter Frieden (9. Juli 1807). Österreich war zwar während des Kampfes zwischen Frankreich und Preußen ebenso neutral geblieben, wie Preußen im Jahre 1797; aber im Stillen brütete man hier bereits darüber, wie dem kolossalen Übergewichte Napoleon's entgegengewirkt werden könne. In der Voraussicht, dass ein Kampf auf Leben und Tod unvermeidlich sei, ermuthigt durch das patriotische Auftreten zahlreicher Männer in Deutschland, regte sich in allen Kreisen die lebhafteste Sympathie für eine Erhebung, und trotz des kläglichen Zustandes des Staates tauchte aus den Tiefen der alte, patriotische Volksgeist wieder auf. Man sah in der Befreiung Deutschlands vom französischen Joch die Bürgschaft einer Rettung der österreichischen Monarchie.

Erzherzog Karl, seit dem Preßburger Frieden Generalissimus der Armee, widmete sich mit aller Sorgfalt der Vermehrung und Ausbildung der Truppen; so wurde zur Verstärkung der regulären Infanterie nach seinen Vorschlägen die Landwehr errichtet. Bereits im Sommer des Jahres 1808 formierten sich die Bataillone aus den meisten Provinzen des Kaiserstaates und vermehrten sich Ende dieses Jahres durch die Opferwilligkeit der ungarischen Stände so ansehnlich, dass dieselben die Zahl von 154 erreichten. Auch Napoleon hatte die Rüstungen Österreichs als das gewürdigt, was sie waren, nämlich als den Entschluss, den Kampf auf Tod und Leben zu wagen;

aber die Unglücksfälle, welche in Spanien und Portugal seine Heere getroffen, zwangen den französischen Kaiser selbst nach Spanien zu gehen, und aus diesem Grunde suchte er den Ausbruch des Krieges mit Österreich zu verzögern und beschwichtigte die Besorgnisse der Pariser über die Absichten des Kaisers Franz I. und die Hilfskräfte seines Reiches durch die Verbreitung der ungereimtesten Nachrichten in den Pariser Blättern.

In Wien sah man dem Ausbruch des Krieges zwar in ernster, aber patriotischer Stimmung entgegen; alle Meinungsverschiedenheiten und Parteifärbungen verschwanden angesichts der Gefahren, denen die Stadt voraussichtlich durch eine zweite französische Invasion entgegensah, und der Entbehrungen, die viele Familien durch die Betheiligung ihrer Angehörigen an dem bevorstehenden Ausmarsch der sechs Wiener Landwehr-Bataillone zu erwarten hatten. Ende Jänner 1809 begann bereits die Bürgermiliz ihre militärischen Übungen. Am 3., 4. und 5. März fand die Musterung, am 9. März die Fahnenweihe der sechs Wiener Landwehr-Bataillone statt.

Hatte schon diese Feier einen großen Eindruck auf die Bevölkerung der Kaiserstadt gemacht, so war die allgemeine Theilnahme noch rührender am folgenden Tage, als die Wiener Landwehr sich auf dem Glacis vordem Franzensthore aufstellte, um mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele auszumarschieren. Mehr als 60.000 Menschen füllten weit und breit das Glacis, unter enthusiastischem Zurufe an die Ihrigen, die in den Reihen der Bataillone standen, voll Stolz und Begeisterung für die große nationale Angelegenheit, zu deren Vertheidigung sie unter die Waffen gerufen wurden. Nach Defilierung der Bataillone vor dem Kaiser marschierten drei Bataillone, begleitet von Erzherzog Ludwig, über die Donau nach Korneuburg und drei, an ihrer Spitze Erzherzog Maximilian, nach Klosterneuburg. Durch eine von dem Bürgermeister eingeleitete Sammlung zum Besten der zurückgebliebenen Familien der Landwehrmänner flossen in vier Tagen mehr als 60.000 Gulden ein.

Diese kriegerischen Vorbereitungen rechtfertigten sich durch die unmittelbar darauf folgenden Ereignisse. Anfangs April wusste man in Wien bereits, dass die Kriegserklärung nach Paris abgegangen sei. Am 6. April verließ Erzherzog Karl Wien, um sich an die Spitze der Hauptarmee am Inn zu stellen, von dort nach Baiern einzubrechen und die Franzosen zurückzudrängen. Am 14. April erschien in Wien das kaiserliche Kriegsmanifest, worin ausführlich der Zweck des Krieges auseinandergesetzt war. Schon früher war der schwungvolle Aufruf des Erzherzogs Karl: „An die deutsche Nation", an allen Orten verbreitet worden, in der Erwartung,

dass bei dem Angriffe in Deutschland eine Erhebung des Volkes gegen die Fesseln der Fremdherrschaft die Operationen der österreichischen Armee unterstützen würde. „Wir überschreiten die Grenze nicht als Eroberer," lautet eine Stelle des Aufrufes, „nicht als Feinde Deutschlands; nicht um deutsche Verfassungen, Rechte, Sitten und Gebräuche zu vernichten und fremde aufzudringen; nicht um Throne zu stürzen und damit nach Willkür zu schalten, nicht um Deutschlands Habe uns anzueignen und deutsche Männer in fernen Unterjochungskriegen aufzuopfern. Wir kämpfen, um die Selbständigkeit der österreichischen Monarchie zu behaupten, — um Deutschland die Unabhängigkeit und die Nationalehre wieder zu verschaffen, die ihm gebühren."

Ungeheuer war daher die Spannung und Erwartung betreffs der Erfolge der ersten Kriegsoperationen zwischen der Donau und der Isar. Leider entsprachen sie abermals nicht den Hoffnungen der Patrioten. Die österreichische Armee wurde in den Gefechten bei Abensberg, Tann und Eckmühl geschlagen und bei Regensburg auf das linke Donauufer zurückgedrängt. K. Napoleon erklärte darauf, direct nach Wien marschieren und dort in vier Wochen eintreffen zu wollen. Diese Nachrichten verbreiteten Furcht und Trauer in der Hauptstadt, die sich noch steigerte, als die Nachricht von dem zwar siegreichen, aber blutigen Gefechte bei Ebersberg, unfern Linz (3. Mai), eintraf, bei welchem die Wiener Landwehr zum erstenmale in das Gefecht gekommen und Wunder der Tapferkeit gewirkt, aber auch große Verluste erlitten hatte.

Erzherzog Rainer, welchem die Leitung der inneren Staatsgeschäfte während der Abwesenheit des Kaisers übertragen war, wandte sich deshalb schon am 30. April in einer Kundmachung an die Bevölkerung, in der er ihren Muth aufzurichten und auf die reichen militärischen Hilfsquellen der Regierung hinzuweisen suchte. Zugleich deutete er aber auch an, dass man sich nun auf eine feindliche Demonstration gegen Wien gefasst machen müsse, und dass Se. Majestät der Kaiser in dieser Voraussicht bereits angeordnet, „alle die Gegenstände, die zu einem Unternehmen dieser Art vorzüglich einladen könnten, bei Zeiten zu entfernen und in Sicherheit zu bringen".

Diese Eröffnung genügte, um in allen Kreisen auf schwere Drangsale vorzubereiten. Am 5. Mai benachrichtigte der Oberste Kanzler Graf Ugarte das Publicum, dass der Kaiser auf alles zur Vertheidigung der Residenzstadt nothwendige vorgedacht und die nöthigsten Befehle für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, für hinlängliche Beischaffung der Lebensmittel und für ordentlichen Geldumlauf erlassen habe. Zur Leitung aller

dahin zielenden Anstalten bestimmte der Kaiser den Staats- und Conferenzminister Grafen von Chotek. Gleichzeitig schritt der junge Erzherzog Maximilian, welcher am 2. Mai in Wien eintraf, um das Stadtcommando zu übernehmen, zur Aufstellung von Freiwilligencorps und errichtete Werbstationen in Altenmarkt, Piesting, Aspang, Klosterneuburg, Waidhofen, Gaming, Lunz, Seitenstetten, Purgstall, Göttweig, Neulengbach und Wilhelmsburg. „Jeder, der ein eigenes Gewehr, Pulver und Blei besitzt, hat solches mitzubringen und die übrigen nicht Bewaffneten müssen mit Sensen, Hacken u. dgl. Dienste leisten." An die Einwohner Wiens wandte sich der Erzherzog am 5. Mai mit der Aufforderung, sich die nachdrücklichste Vertheidigung der Stadt angelegen sein zu lassen. „Eure Vorfahren," rief der kaiserliche Prinz den Wienern zu, „haben unter Ferdinand und Leopold einen mächtigen Feind von den Mauern der Hauptstadt vertrieben. Wenn es ihm, der uns heute bedroht, vor einigen Jahren gelang, in diese Mauern zu dringen, so hatten Unglücksfälle von ganz außerordentlicher Art ihm den Weg dazu gebahnt. Aber jetzt, wo eine Masse von Kräften auf allen Seiten dem Staate zu Gebote steht, jetzt, wo es mehr als Kleinmuth, wo es Pflichtvergessenheit wäre, an der Möglichkeit eines glücklichen Ausganges zu verzweifeln, jetzt sollten wir ihm diese ehrwürdige Stadt, diesen Mittelpunkt der Monarchie, diesen Sitz so vieler glorreicher Fürsten, die Österreichs Namen groß und herrlich gemacht, ohne Widerstand überlassen?"

Und auf eine hartnäckige Vertheidigung der Hauptstadt hatte Erzherzog Karl auch gerechnet, als er von Napoleon's Absichten in Kenntnis gelangt war und als alle seine Anstrengungen, die französische Armee auf ihrem raschen Vordringen gegen Wien aufzuhalten, vergebens geblieben waren. Denn während er auf seinem Zuge nach Böhmen einen weiten Bogen beschreiben musste, gewannen die Franzosen auf der kürzesten Linie längs der Donau so viel Zeit, dass Kaiser Napoleon bereits am 9. Mai sein Hauptquartier in St. Pölten aufschlagen konnte. Um dieselbe Zeit stand das Corps des Feldmarschall-Lieutenants von Hiller in Krems, jedoch abgeschnitten und getrennt von der Hauptarmee.

Angesichts dieser trostlosen Aussichten verwandelte sich Wien binnen wenigen Tagen in ein Feldlager. Am 1. Mai begann bereits das Wegführen aller Schätze und Archive aus Wien, was zu dem Gerüchte Anlaß gab, dass der Kaiser seinen unermesslichen Privatschatz weggebracht habe; am 4. verließ die Kaiserin mit der ganzen Familie die Residenz, worauf die größte Bestürzung eintrat. Ein großer Theil der Fremden verließ die Stadt, viele Familien, deren Väter als Freiwillige in der Bürgermiliz

dienten, wurden aus der Stadt entfernt und am 6. Mai mussten alle ausgetretenen Militärs bei dem Generalcommando erscheinen, um über die Art und Weise der Vertheidigung des Landes und der Stadt Mittheilungen und Befehle zu empfangen. Auf einen freiwillig geäußerten Wunsch der Bewohner der Stadt und Vorstädte Wiens hin hatte man den Vertheidigungsrayon nicht bloß auf die Stadt beschränkt, sondern auch auf die Vorstädte erstreckt, zu welchem Zwecke von Erzherzog Maximilian am 7. Mai einige Einleitungen getroffen wurden. Sowohl in den Vorstädten als in der Stadt wurden alle jene, welche Waffen, Gewehre, Stutzen, Pistolen und Säbel besaßen, aufgefordert, dieselben zu dem Magistrate und den Grundgerichten zu bringen, damit mit diesen sowie anderen im Zeughause befindlichen Waffen die ganze wehrfähige Bevölkerung ausgerüstet werden konnte. An acht Organisierungsplätzen der Stadt und Vorstädte fanden die Einschreibungen statt. Die Mannschaft wurde alsogleich nach Gassen und Bezirken in Compagnien von 150—200 Mann eingetheilt und dem angesehensten, das Vertrauen der Mannschaft genießenden Mann einer Compagnie das Commando übertragen. Über je sechs Compagnien befahl ein gedienter Officier. Die Mannschaft musste täglich durch zwei Stunden in den nöthigsten militärischen Handgriffen Unterricht nehmen, und sich bei wirklich eintretender Feindesgefahr auf vier Tage mit Brot versehen. Es wurden an 70.000 Waffen dem Zeughause entnommen, und es läßt sich wohl ahnen, welche Verwirrung und welches Durcheinander in diesen Tagen herrschte, nachdem das Volk mit Gewalt in das Zeughaus eingedrungen war, Lastträger, Knechte, Weiber und Lehrjungen, aller Gattungen Waffen sich bemächtigend, mit Partisanen, Morgensternen, Gabelbüchsen, Flambergen, Streitkolben und Hellebarden in den Straßen herumzogen. Nachdem diesmal für eine ausreichende Verproviantierung gesorgt war, wurden am 9. Mai Verschanzungen im Prater und Verhaue angelegt, die Franzensbrücke über den Donaucanal abgebrannt und alle Thore der Stadt bis auf das Rothenthurmthor gesperrt und verrammelt. Dabei wurde aber auch eine solche Gemüthlichkeit und Sorglosigkeit an den Tag gelegt, dass einige Tage später, als die Franzosen bereits ihre Vorposten bis vor das Burgthor vorgeschoben hatten, die Wiener ohne Furcht mit ihren Gewehren aus der Stadt in ihre Wohnungen giengen, so dass sie am ersten Abend nicht selten erst durch das: qui vive! der französischen Vorposten an die Gegenwart des Feindes gemahnt wurden.

Inmitten der Vorbereitungen Wiens zu einer energischen und kräftigen Vertheidigung erschien plötzlich der Feind fast vor den Thoren der

Stadt; an demselben Tage, an dem die allgemeine Bewaffnung der Stadt und Vorstädte angeordnet wurde — am 9. Mai — erreichten die Vorposten des Marschall Lannes Hütteldorf, während das Hauptquartier Napoleon's, wie schon erwähnt, in St. Pölten aufgeschlagen war. Da infolge dieses raschen Erscheinens des Feindes die Einbeziehung der Vorstädte in die Vertheidigungslinie unmöglich geworden war, so beschloss man, diese letztere auf die innere Stadt zu beschränken. Am 10. Mai früh Morgens bezog die Bürgerschaft die Festungswälle und die ganze Garnison, bestehend aus 16.000 Mann Linientruppen und Landwehr und aus 1000 Studenten und Künstlern, dann aus dem Bürgermilitär und dem Aufgebot, concentrierte sich im Innern der Stadt. Die Vertheidigungslinie erstreckte sich von der Wasserkunst- bis zur Mölkerbastei. Nur Abtheilungen von Husaren streiften vom Kärntnerthor aus durch die Vorstädte, um vorkommenden Unordnungen zu begegnen, und den Bewohnern derselben Schutz gegen Ausschreitungen und Plünderungsversuche einzelner Abtheilungen von beutelustigen Franzosen zu bieten. Bei diesem Anlasse kam es auch zu kleinen Gefechten zwischen feindlichen Chasseurs und einer Abtheilung der Bürgercavallerie. Erstere, vom Vortrab des Generals Tharreau, drangen von Gumpendorf und Mariahilf keck bis an das Glacis vor und wollten an der Wienbrücke nächst dem Kärntnerthor einige Pulverwagen wegnehmen. Die Abtheilung der Bürgercavallerie jedoch, welche den Pulverwagen als Bedeckung diente, schlug den Angriff muthig ab, ungeachtet sie geringer an Zahl war. Bei einem anderen Gefechte zwischen Husaren und Chasseurs sprengten einige der letzteren in ihrer Verfolgungswuth tollkühn zum Kärntnerthor hinein. Einer derselben wurde im Komödiengäßchen getödtet und die drei anderen schwer verwundet und gefangen genommen.

Am 10. Mai abends besetzten die Franzosen die Vorstädte und umschlossen im weiten Umkreis von Döbling bis Simmering die Festungswerke. An demselben Tage zog das französische Hauptquartier im kaiserlichen Lustschlosse Schönbrunn ein. Zu spät waren zur selben Zeit die Spitzen des Armeecorps des Feldmarschall-Lieutenants von Hiller zu Spitz eingetroffen; sie genügten nur, um die Verbindung mit der Hauptstadt gegen die Donauseite hin zu erhalten. Einen entscheidenden Einfluss auf die Operationen konnten sie nicht mehr nehmen. Die Stadt musste ihrem Schicksale überlassen werden, bis die Hauptarmee des Erzherzogs Karl im Marchfelde eingetroffen war.

Nachdem eine Aufforderung des Marschall Lannes zur Übergabe der Stadt fruchtlos geblieben und durch einen unglücklichen Zufall der Par-

lamentär von einer Abtheilung Husaren schlecht behandelt worden war, wiederholte General Berthier von Schönbrunn aus durch den Gemeindevorstand in Gumpendorf, von Damböck, das Verlangen des Marschalls. Aber auch dieser Schritt blieb ohne Erfolg und die Franzosen begannen nun am 11. Mai nachmittags in zwei Richtungen ihre Operationen gegen die Stadt. General Bertrand ließ in der Breiten Gasse der Vorstadt Spittelberg ein Haus durchbrechen, um sich von rückwärts den Weg zur Anhöhe hinter den kaiserlichen Stallungen zu bahnen und dort Batterien zum Bombardement der Stadt postieren zu können. Gleichzeitig ließ Napoleon das Lusthaus im Prater besetzen, eine Brücke über die Donau schlagen und seine Truppen in den Prater vordringen. Abends 9 Uhr begann das Bombardement mit zwanzig Haubitzen und dauerte mit einer kurzen Unterbrechung bis 3 Uhr morgens. In der Stadt war die Verwirrung fürchterlich. Alle Personen, die nicht unter Waffen standen, flüchteten in die Keller; vierzehn Häuser geriethen in Brand, wobei siebzehn Menschen zu Grunde giengen. Auch von den Basteien aus spielten die Kanonen gegen die Belagerer ununterbrochen fort und brachten denselben namhafte Verluste bei. Das Bürgermilitär versah so muthig und kaltblütig seinen Dienst, dass das Bombardement ohne Erfolg blieb und das Feuer der in Brand gesteckten Häuser durch die getroffenen Vorsichtsmaßregeln keine weitere Ausdehnung erhielt. Wenn demungeachtet um 3 Uhr morgens von den Basteien und Thürmen weiße Fahnen den feindlichen Vorposten anzeigten, dass die Stadt zu capitulieren bereit stehe, so hatte darauf das Vordringen Napoleon's von der Donauseite her in die Jägerzeile und die Leopoldstadt entscheidenden Einfluss. Längere Zeit zwar wurde demselben durch die Gegenwehr eines Theiles der Besatzung der Stadt Einhalt gethan, aber die Truppenübermacht ließ jeden Widerstand als vergeblich erscheinen, und Erzherzog Maximilian, in der Voraussicht, dass die Besatzung der Stadt von der Armee des Erzherzogs Karl gänzlich abgeschnitten würde, übertrug das Commando derselben dem General O'Reilly und zog in derselben Nacht noch mit dem größten Theile der Linientruppen und der Landwehr über die Donaubrücken gegen Spitz hin, nachdem er den Befehl zurückgelassen hatte, die Stadt dem Feinde zu übergeben, um weiteren Zerstörungen durch eine Fortsetzung des Bombardements zu begegnen. Den Anstrengungen und Gefahren gegenüber, denen die Bevölkerung bereits ausgesetzt war, hatte jedoch diese Nachricht keinen günstigen Eindruck hervorgerufen; man wollte die Vertheidigung fortsetzen, in der Hoffnung auf die nahe Hilfe des Erzherzogs Karl, und mit Unwillen und Erbitterung wurden am 12. Mai früh dem

Feinde die Thore der Stadt geöffnet. Diese Stimmung zeigte sich denselben Tag durch vereinzelte Schlägereien zwischen dem Bürgermilitär und den feindlichen Truppen. Das noch fungirende Hofcommissariat mit Freiherrn von Wöber an der Spitze sah sich genöthigt, in einer Kundmachung die Bewohner Wiens zur strengsten Ordnung aufzufordern.

Napoleon hatte schon am 10. Mai den Generalen Andreossy, der seit 1807 Botschafter in Wien war, zum Gouverneur der Hauptstadt ernannt, welcher seinen Sitz im fürstlich Kaunitz'schen Palais in Mariahilf aufschlug. Eine Deputation, bestehend aus dem Landmarschall Graf Dietrichstein, dem Fürst-Erzbischofe von Wien, den Prälaten von Klosterneuburg und Schotten und dem Bürgermeister v. Wohlleben, begab sich am 12. Mai vormittags zu General Andreossy und später zu Marschall Berthier und Kaiser Napoleon, um die Stadt ihrem Schutze anzuempfehlen. Napoleon hielt es für passend, der Deputation mit den härtesten Worten den Widerstand der Stadt und ihre Anhänglichkeit an das Kaiserhaus vorzuhalten. Mit anscheinendem Gleichmuth und in frostiger, ziemlich geringschätzender Form gab er die Versicherung des Schutzes für Personen, Eigenthum und öffentliche Anstalten. Während der Verhandlungen herrschten in der Stadt die größten Besorgnisse über die Haltung der untern Volksclassen, indem viele auf die Basteien stürmten, die Kanonen unbrauchbar machten, das Eisen und Holzwerk nach Hause schleppten und die Wollsäcke auf Schubkarren fortführten.

Nachdem ein Theil der französischen Truppen schon am 12. die Vorstädte besetzt gehalten hatte, rückten die Grenadiere des Generals Oudinot am 13. früh 7 Uhr in die Stadt ein und besetzten die Thore. „Nicht gleich 1805," erzählt ein Zeitgenosse, „wie zu Tisch gebeten, erschienen diesmal die Gallier; man sah ihnen saure Arbeit an; fast kein Truppentheil war vollzählig. Nicht wie damals empfieng sie die Bevölkerung am offenen Fenster, sie schritten durch volksleere Gassen, an verschlossenen Häusern entlang, selbst finster und unmuthig über den Widerstand und den Abscheu, auf den sie getroffen. Das Regiment Elsasser, welches die Tête bildete, war auch nicht geeignet, einen günstigen Eindruck zu machen, denn es trug sehr verfänglich kostbare Beinkleider und Gamaschen von erplünderten ostindischem Nanking." Die erste Maßregel des französischen Gouvernements war die Entwaffnung aller Personen, welche nicht zu einem Militär- oder bürgerlichen Corps gehörten, um Unordnungen vorzubeugen. Am 14. erließ K. Napoleon einen Befehl, womit die Landwehr aufgelöst und jenen Mitgliedern ein Generalpardon zugesichert wurde, welche sich spätestens binnen vierzehn Tagen nach dem Ein-

rücken der französischen Truppen in die Ortschaften, wohin sie gehörten, nach Hause begeben würden. „Sollten Officiere derselben in dem gegebenen Zeitraum zurückzukehren unterlassen, so sollen ihre Häuser abgebrannt und ihre Meubeln oder sonstiges Eigenthum confisciert werden.“ Denselben Tag erfloss noch eine zweite Verordnung wegen Organisation der Gendarmerie für die Sicherheit der Straßen in Österreich, zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Verhinderung des Straßenraubes.

Der erste Befehl zur Entwaffnung der Bevölkerung war jedoch nur von geringem Erfolge und der Magistrat genöthigt, denselben am folgenden Tage mit dem Bemerken zu verschärfen, dass Übertreter desselben einer Kriegscommission übergeben und nach erwiesener Schuld erschossen würden. Sodann wurde die Pflege und Einquartierung der zahlreichen französischen Truppen in Angriff genommen, eine Aufnahme sämmtlicher Wohnungen der Stadt und Vorstädte veranlasst und ein Regulativ für Naturalgenüsse jeder Charge der Einquartierung festgesetzt. Mit 19. Mai trat die Organisation der neuen Civilverwaltung an die Stelle der früher bestandenen Hofcommission ins Leben. Zu dem schwierigen Posten eines Regierungspräsidenten bestimmte Kaiser Napoleon den Grafen von Bissingen, zu jenem eines Vicepräsidenten Augustin Reichmann von Hochkirchen; Stadtcommandant wurde Oberstlieutenant Simonic und an der Spitze des Magistrates verblieb Bürgermeister v. Wohlleben.

Das Verhalten der Bevölkerung gegenüber der neuen usurpierenden Gewalt war entschieden feindlich. Gleich am Tage des Einzuges der Franzosen erschlug ein Fleischergeselle auf dem Glacis einen feindlichen Stabsofficier, bemächtigte sich seines Pferdes und ritt, mit dem Federhut geschmückt und das blutige Beil schwingend, in Mitte eines ihm zujauchzenden Volksschwarms durch die Stadt. Ähnliche Scenen wiederholten sich in den nächsten Wochen; fast jeden Tag kam es zu unruhigen Auftritten, und mit ängstlicher, fieberhafter Spannung sah man den großen Ereignissen entgegen, die sich fast angesichts der Stadt am linken Ufer der Donau auf dem historisch denkwürdigen Boden des Marchfeldes vorbereiteten. So kam es auf dem Minoritenplatze zu einem förmlichen Aufstand, als französische Soldaten unbefugt Wein forderten. Im Liechtenthal wurde auf die Franzosen gefeuert, als sie einen Landwehrmann gefangen durch die Straßen schleppten. Französische Soldaten schossen im Augarten den gewesenen Stadthauptmann Baron Sala nieder, weil er sich weigerte, Arbeiterdienste zu verrichten. In zahlreichen Häusern hielt man eine gewisse Anzahl französischer, baierischer, baden'scher und württembergischer Deserteure versteckt, trotzdem eine Geldstrafe von 50 Gulden

für das Verheimlichen jedes solchen Individuums festgesetzt war. Nebstbei herrschte großer Mangel an Lebensmitteln, so dass die Bäckerladen gestürmt wurden und die Armen Tag und Nacht vor denselben versammelt waren, um sich nur etwas Brot zu verschaffen. Dies war die gerühmte Sorgfalt des französischen Gouvernements für die Befriedigung der Bedürfnisse der Stadt; dies das „Volk von Wien", von dem Napoleon in seinem Tagesbefehle am 13. Mai in hochtönenden Phrasen sprach, dass es während der Dauer der Vertheidigung verlassen, hilflos und preisgegeben jedem Ereignisse sich zeigte und das Mitleid seiner Soldaten verdiente. Man wird es unter diesen Verhältnissen begreifen, dass nur die strengsten Maßregeln und die schärfsten Befehle jede stärkere Bewegung der Massen niederzuhalten vermochten.

Von der herrschenden Stimmung zeugt die Kundmachung des Regierungspräsidenten Grafen Bissingen vom 21. Mai, worin er die Bürger Wiens auf die traurigen Folgen des Ungehorsams aufmerksam machte. „Da wirklich Besorgnisse eintreten," heißt es wörtlich, „und selbst Anzeichen vorhanden sind, dass man hie und da die erwähnte Bürgerpflicht vergessen und durch tollkühne Handlungen Unglück über die Stadt und ihre Bewohner herbeiführen dürfte, so findet sich die Regierung hiermit verpflichtet, die sämmtlichen Bewohner der Stadt und Vorstädte zur Ruhe und unbedingten Folgsamkeit gegen ihre Vorgesetzten erneuert auf das nachdrücklichste anzuweisen und alle Zusammenrottungen auf den Gassen und Plätzen mit dem Beisatze ernstgemessen zu untersagen, dass, wenn ungeachtet der Erinnerungen der bestehenden Obrigkeiten solche Zusammenrottungen nicht unterbleiben würden, die von Zeit zu Zeit die Stadt und die Vorstädte durchziehenden Militärpatrouillen den Befehl erhalten werden, dieses mit Gewalt zu bewirken." Ja das bloße Einmengen der Bürger bei militärischen Vorfällen wurde mit Todesstrafe bedroht.

Alle Drohungen vermochten nicht die in Wien herrschende Aufregung zu stillen; denn man flüsterte sich an allen Orten zu, dass Erzherzog Karl in seiner Stellung am Fuße des Bisamberges einen gewaltigen Streich gegen die französische Armee vorbereite. Am 21. Mai (Pfingstsonntag) zeigte sich in der That seit frühem Morgen unter den Soldaten eine ungewöhnliche Bewegung in den Straßen. Gendarmerie und Chasseurs jagten nach allen Richtungen der Stadt; Truppencolonnen zogen durch die Stadt und die Vorstädte, die mit französischen Soldaten belegten Quartiere waren geleert und viele Elsässer — wie uns in einem Berichte geschildert wird — hatten mit schwerem Herzen von ihren „Landsleuten" Abschied genommen. In einem Hause der Vorstadt Wieden lagen vier aus dem Elsass gebürtige

Soldaten einquartiert. Es waren junge, kräftige und sehr gutmüthige Burschen und die wenigen Tage der unfreiwilligen Bekanntschaft hatten genügt, um sie im ganzen Hause heimisch zu machen. Schon am 20. abends nahmen sie von den Hausleuten Abschied und übergaben dem Hausherrn ihre Ersparnisse und Wertgegenstände, um dieselben in ihre Geburtsorte zu befördern, wenn sie nicht mehr zurückkommen sollten. Es kehrte wirklich kein Einziger mehr vom Schlachtfelde zurück; alle fanden dort den Heldentod.

An dem erwähnten Festtage, nachmittags 3 Uhr, vernahm man in den der Donau nahe liegenden Theilen der Stadt und Vorstädte vom Marchfelde her die ersten Kanonenschüsse. Mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Nachricht von dem Beginn des Entscheidungskampfes, worüber die ganze Bevölkerung in große Aufregung gerieth. Die Menschen erkletterten die Dächer der Häuser, die Spitzen der Thürme und die Anhöhen der Umgebung; auf den Straßen und Plätzen bildeten sich Gruppen, ungeachtet die Patrouillen sie immer zu zerstreuen suchten, und abends sah alles mit Entsetzen und Schrecken die in der Richtung des Schlachtfeldes aufsteigenden Feuersäulen der in Brand gesteckten Häuser, und hörte die vereinzelt nachklingenden dumpfen Kanonenschläge. Noch wusste man aber nichts Bestimmtes über den Erfolg des Tages und vernahm nur, dass sich beide Heere in schlagfertiger Stellung gegenüberstanden.

Der Ernst der Lage zeigte sich am 22. Mai abends. Zum Transporte der Verwundeten wurden alle Last-, Wirtschafts- und Mietswagen auf das Schlachtfeld befördert und bald darauf füllten lange Züge von Verwundeten die Straßen. Unter den Verwundeten befand sich auch Marschall Lannes, der mit zerschmetterten Beinen, das bleiche Haupt im Schoße des Arztes, auf dem Leiterwagen lag. Dieses traurige Bild des Krieges rief die schmerzlichste Theilnahme hervor. Ob Sieg oder Niederlage, stand nicht mehr in erster Reihe der Erörterung. Wie den unglücklichen Soldaten am besten und schnellsten zur Linderung ihrer Schmerzen, zur Stillung ihrer Fieberhitze und zur Rettung ihres Lebens zu helfen sei — das war die nächste Sorge der Bürger während der Nacht. Kaum war jedoch der Morgen des 23. angebrochen, so erdröhnte wieder Kanonendonner; das Kriegsgetümmel erneuerte sich noch stärker als am verflossenen Tage und den ganzen Vormittag sahen die Wiener auf dem Wege in die Leopoldstadt die Reihen jener gefürchteten, geharnischten Reiter in die Schlacht ziehen, auf welche Kaiser Napoleon seine letzte Hoffnung setzte, die aber fast gänzlich aufgerieben werden sollten. Noch am selben Abend wusste man, dass die Franzosen auf die Lobau zurückgedrängt und Erzherzog Karl einen zwar

blutigen, aber glänzenden Sieg errungen hatte. Die Schlacht bei Aspern war geliefert; zum erstenmale hatte Napoleon in Erzherzog Karl seinen Besieger gefunden. „Der Held dieses Jahrhunderts," bemerkt ein Geschichtsschreiber jener Tage, „musste in dieser Schlacht erfahren, dass er es nicht mehr mit geworbenen Söldnern, mit egoistischen Bureaukraten, mit eingebildeten Großen zu thun habe, sondern mit dem Volk selbst und mit Männern, welche an Fürst, Vaterland und Ehre dachten."

Als die erste Aufregung vorüber war, und alles mit Stolz und Freude die bis dahin unerhörten siegreichen Erfolge des Generalissimus der österreichischen Armee im Stillen gefeiert hatte, fühlten die Wiener ihre traurige Lage nur um so schmerzlicher, und es erneuerten sich die alten Scenen des Grolles und des Unmuthes über das auf ihrem Nacken lastende Joch der Fremdherrschaft. In der Furcht vor dem Ausbruche einer Volksbewegung wachte das französische Gouvernement mit der ängstlichsten Sorgfalt über alle Vorfälle in der Stadt und entwickelte zur Vermeidung jedes Anlasses zu Unordnungen ein außerordentliches Entgegenkommen in Bezug auf die Militäreinquartierung und die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln.

Wenn diese Maßregeln darauf berechnet schienen, den Unmuth der Bevölkerung zu brechen, so blieben sie doch ohne Erfolg, weil die Franzosen sich in anderer Hinsicht rücksichtslos und hart bewiesen. So wusste man, dass die k. k. Stallungen am Spittelberg mit österreichischen Kriegsgefangenen angefüllt und diese der härtesten Behandlung preisgegeben waren. Darüber entstand am 23. Juni ein förmlicher Auflauf vor dem Gebäude, und, weil der Anführer der Bürgermiliz, ein Tischler Namens Tell, das Volk nicht barsch genug auseinander trieb, gerieth ein französischer Officier derart in Zorn, dass er mit gezogenem Säbel auf die Bürgerwache einstürmte. Tell riss ihm aber den Säbel aus der Hand und warf ihm denselben zerbrochen vor die Füße. Den folgenden Tag wurde Tell von Gendarmen aus seiner Wohnung geholt und auf dem Getreidemarkt erschossen. Drei Tage später traf dasselbe Los einen Sattler, Namens Eschenbach, infolge der Anklage, dass er auf seinem Grund und Boden drei Kanonenrohre vergraben habe. Um 9 Uhr morgens wurde derselbe aus dem Polizeihause in der Sterngasse, in der Mitte von Grenadieren und Cürassieren, barhaupt im Überrock seines Corps, bleich aber gefasst, auf das Glacis zwischen dem Burg- und Schottenthore geführt und, an einen Salpeterhaufen gelehnt, erschossen. Seine drei Gefährten, der Schlossergeselle Johann Holzapfel und die Sattlergesellen Johann Purkhard und Lukas Kopp, denen zur Last fiel, dass sie Eschenbach geholfen, die Kanonen

nach Hause zu führen, mussten der Hinrichtung beiwohnen und sodann sich von Wien augenblicklich entfernen. Diese und ähnliche Fälle hatten die Stimmung der Bevölkerung nur noch mehr verschlimmert und es ereignete sich sogar in diesen Tagen, dass vor dem Kärntnerthore Kriegsgefangene der französischen Wache in einem Tumulte entzogen und gänzlich befreit wurden. Unter diesen Verhältnissen sah sich am 27. Juni der Generalgouverneur Graf Andreossy veranlasst, eine Proclamation an die Bewohner Wiens zu richten um den „Geist der Unruhe und Unordnung zu dämpfen und sie an die unvermeidlichen Folgen der treulosen Aufhetzungen und täuschenden oder verbrecherischen Hoffnungen" zu mahnen; am 28. Juni publicierte er eine besondere Polizei-Ordnung für Stadt und Vorstädte über die Bequartiernng von Civilpersonen in Privathäusern und Gasthöfen. K. Napoleon selbst ordnete eine indirecte Entwaffnung der Bürgermiliz insofern an, als befohlen wurde, dass von nun an die Gewehre in dem Zeughause und auf den Alarmplätzen zu hinterlegen seien und je nach Bedarf abgeholt und wieder abgegeben werden sollten. Eine am 25. Juni abgehaltene Revue über die Bürgercorps hatte den Zweck, die eigentliche Stärke derselben kennen zu lernen.

Während dieser Vorfälle in Wien bereiteten sich neue Ereignisse auf dem nahe gelegenen Kriegsschauplatze vor. Nach der Schlacht bei Aspern ließ Napoleon nicht nur die Brücken, welche die Lobau und die kleineren Donauinseln mit dem rechten Donauufer verbanden, wieder herstellen und befestigen, sondern auch sechs neue erbauen und durch starke Befestigungswerke decken. Erzherzog Karl hatte es versäumt diese Arbeiten zu hindern und sein ganzes Augenmerk auf die Behauptung von Preßburg und Raab gerichtet, damit Erzherzog Johann seine Truppen mit der Hauptarmee des Generalissimus in Verbindung setzen konnte. Als aber dem Prinzen der Plan nicht gelang, traten mehrfache Schwankungen und Veränderungen in den militärischen Dispositionen des österreichischen Feldherrn ein. Am 4. und 5. Juli setzten die Franzosen über die neuerbauten Brücken auf das linke Donauufer über und am Tage darauf wurde die entscheidende Schlacht bei Wagram geliefert, in welcher sich gegen 300.000 Mann und eine große Zahl Geschütze vom schwersten Caliber gegenüberstanden. Lange Zeit hindurch waren die Franzosen in Gefahr, eine völlige Niederlage zu erleiden, da der eine Flügel unter Massena's Führung zurückgeschlagen wurde. Aber durch eine kühne Wendung wusste Napoleon das Treffen wieder herzustellen und Erzherzog Karl war nach zwölfstündigem Kampfe genöthigt, seine Truppen vom Schlachtfelde zurückzuziehen, was in so vollkommener Ordnung geschah, dass von einer Niederlage keine Rede sein konnte.

Abermals war die Hoffnung, daſs Napoleon durch einen entscheidenden Sieg genöthigt würde, die Hauptstadt zu räumen, vernichtet, und die Wiener hatten nur die traurige Pflicht zu erfüllen, mehr als 20.000 Verwundete zu pflegen. „Eine Straße von Blut," schreibt ein Zeitgenosse, „zog sich von Ebersdorf und Simmering zur St. Marxer- und Favoritenlinie herein, die herrlichsten Krieger schlichen als Jammerbilder daher, von Staub und Wunden entstellt, mit zerrissenen und zerschmetterten Gliedmaßen, in der gewaltigen Hitze verschmachtend, nur um einen Tropfen Wasser, um Hilfe oder um Tod ächzend. Alle Lohnkutscher, Fiaker und viele Bauernwagen wurden aufgeboten, die Verwundeten vom Schlachtfelde in die Spitäler zu führen. Der Selbsterhaltungstrieb zeigte sich in den entsetzlichsten Gestalten." Die Unglücklichen rangen mit einander, um einige Minuten früher in einen Wagen zu gelangen und mildthätiger Pflege näher zu sein. Viele Bürger drängten sich mitten durch die Feinde bis auf das Schlachtfeld, um verwundete Österreicher aufzusuchen. Alle Erwerbslosen wurden zum Charpiezupfen verwendet, und man sah sie an den verschiedensten Orten der Stadt, im Augustinergang, in den Redoutensälen und im sogenannten Fräuleingang der Burg an dieser Arbeit sitzen. Die Franzosen, tief gerührt von den zahllosen Werken der Barmherzigkeit, schlugen an den Straßenecken Zettel an, in denen sie ihren Dank aussprachen. Noch am 11. Juli — also fünf Tage nach der Schlacht — erschien eine Kundmachung des Stadthauptmanns Freiherrn von Lederer, die das Mitgefühl der Wiener mit der Nachricht anfeuerte, daſs französische und österreichische Verwundete auf dem Schlachtfelde nach Pflege und Wartung schmachten, welche nur dann geschaffen werden können, wenn die zum Transporte nöthigen Wagen aufgebracht würden.

Der unglückliche Ausgang der Schlacht bei Wagram hatte die Größe des Wagnisses gezeigt, nicht genügend vorbereitet und ohne Bundesgenossen, den Kampf mit Napoleon aufzunehmen. Der große Versuch, dessen Herrschaft zu brechen, war gescheitert, die düsteren Ahnungen des Erzherzogs Karl, welcher bei den Conferenzen die sanguinischen Auseinandersetzungen des Grafen Stadion ungläubig aufgenommen, hatten sich erfüllt. Alle waren voll banger Erwartung, auf aller Lippen schwebte die Frage: Was nun geschehen werde? Aus dieser Ungewissheit wurden die Wiener jedoch bald befreit. Am 13. Juli nachmittags verkündigte eine Kundmachung des Grafen Bissingen den am 11. Juli geschlossenen Waffenstillstand zwischen den Armeen des Kaisers der Franzosen und des Kaisers von Österreich. Gleichzeitig traf Napoleon von Znaim in Wien ein und schlug wieder seine Residenz in Schönbrunn auf.

Die Nachricht von dem abgeschlossenen Waffenstillstande verbreitete so große Freude, daſs sowohl die Franzosen als die Wiener die Leiden der vergangenen Tage vergaßen und sich mit ungebundener Lust und Freude den Vergnügungen und Zerstreuungen hingaben. Bei den Pariser Restaurants auf dem Kohlmarkt und auf den Basteien traf sich die elegante Welt. Mit Entzücken wohnte der Adel morgens den Paraden der Garden auf der Schmelz und abends der italienischen Oper im Schönbrunner Schloſstheater bei, wo Ronconi und Balsamini mit Weinmüller und Vogel, die Taglioni und Costone mit der Campi und Milder um den Preis sangen. Auch das französische Gouvernement zeigte sich in den nächsten Tagen freundlicher und milder gegen die Bevölkerung Wiens. K. Napoleon I. erließ die strengsten Befehle zur Erhaltung der stehenden Feldfrüchte und zur Sicherung der Ernte. General Berthier tadelte lebhaft, daſs die Schnitter in der Umgebung der Hauptstadt bei ihren Arbeiten Hindernisse gefunden, und daſs Militärpersonen den Arbeitern Sicheln und Garben entrissen hätten. Bürgermeister v. Wohlleben legte der Bürgermiliz an's Herz, einträchtig mit den französischen Truppen zusammenzuwirken, um bei dem gemeinschaftlichen Beziehen der Wachposten Ruhe und Ordnung zu erhalten, und am 18. Juli gab Graf Andreossy die Bewilligung zur Wiedereröffnung des Praters, des Augartens, des Schwarzenberg'schen und Schönbrunner Gartens.

Weitere günstige Folgen machten sich aber keineswegs fühlbar. K. Napoleon blieb bei seinem System der Ausbeutung der feindlichen Länder und benützte schonungslos die Zeit des Waffenstillstandes, um den eroberten Provinzen die härtesten und ungerechtesten Kriegscontributionen aufzuerlegen. Schon früher wurde die regelmäßige Einhebung der landesüblichen Steuern anbefohlen und der Stadt Wien bis anfangs Juli die Zahlung von zehn Millionen Gulden und die Lieferung der verschiedensten Naturalien auferlegt. Auf ganz Niederösterreich wurde eine Kriegscontribution von 50 Millionen Francs vertheilt. Zur Hereinbringung des auf Wien entfallenden Antheils verfügte die Regierung Zwangsmaßregeln. Die Hauseigenthümer der Stadt und Vorstädte hatten den vierten Theil des von ihnen für das Militärjahr 1809 fatierten Zinsertrages zu erlegen, die Mietsparteien, anwesende und abwesende, mit Ausnahme derjenigen, die weniger als 100 Gulden, und der Staatsbeamten, die weniger als 400 Gulden bezahlten, von dem Zinsbetrage für ihre Wohnungen, Stallungen, Gewölbe, Magazine u. s. w. zu obiger Kriegscontribution bestimmte Antheile zu entrichten. Die Besitzer von

Dominical-Realitäten oder Gülten, die Geistlichkeit, die Handelsgremien, die Landesfabriken und sonstigen Honoratioren der Stadt wurden nach einem besonderen Ausmaße ins Mitleid gezogen. Ungeachtet der kategorischen Forderung verweigerte jedoch ein großer Theil der Bevölkerung seine Beiträge; nicht bloß aus Mangel an gutem Willen, sondern auch aus Noth an Geld. Die niederösterreichischen Stände waren deshalb genöthigt, unter ihrer Garantie ein Anlehen im klingenden Conventionsgelde aufzunehmen. Außerdem mußten die Behörden die Plünderung der Archive und der Kunstsammlungen ruhig über sich ergehen lassen. Den Bürgern wurden die sechs Kanonen, welche sie von K. Leopold I. zum Geschenke erhalten, aus ihrem Zeughause genommen.

Mit Sehnsucht sahen angesichts dieser drückenden Lage alle Kreise dem Abschlusse des Friedens entgegen, der sich aber durch die wechselnden politischen Strömungen am Hofe, durch die Einflüsse fremder Mächte und die von Napoleon geforderten drückenden Friedensbedingungen lange verzögerte. Dadurch geschah es auch, dass den Wienern noch die Pflicht auferlegt wurde, den Napoleonstag festlich zu begehen — ein Tag, der übrigens für Napoleon von unglücklichen Ereignissen begleitet war, weil an demselben Tage das unüberwindliche Vlissingen in die Hände der Engländer fiel und die Tiroler unter Andreas Hofer abermals in Innsbruck einzogen. Schon am 14. August benachrichtigte Graf Bissingen das Publicum, dass bei dem Umstande, als zur Geburtsfeier des K. Napoleon am 15. August alle öffentlichen Gebäude beleuchtet werden, der Generalgouverneur Graf Andreossy der Regierung und den Ständen zu erkennen gegeben habe, „dass er es für nöthig erachte, dass auch die übrigen Häuser der Stadt und Vorstädte beleuchtet werden". Jedermann hatte daher die Beleuchtung um halb 8 Uhr abends zu beginnen. In einer zweiten Bekanntmachung verkündigte der Platzcommandant das Programm des Festes. Um 9 Uhr morgens begann in Schönbrunn große Parade; gleichzeitig erdröhnten 60 Kanonenschüsse von den Wällen der Stadt und läuteten alle Glocken der Stadt. Um halb 4 Uhr nachmittags begab sich der Vicekönig von Italien an der Spitze des gesammten kaiserlichen Hof- und Generalstabes nach St. Stephan, um dem vom Erzbischofe celebrierten Tedeum beizuwohnen. Um 6 Uhr war Gala-Diner beim Generalgouverneur. Unter den Transparenten der Stadtbeleuchtung erregte der Witz eines Wiener Bürgers große Heiterkeit. Weithin erglänzten vor seinem Hause die Buchstaben: Z. W. A. N. G. Erst als man näher trat, las man die Worte: Zur Weihe An Napoleon's Geburtstage.

In den letzten Tagen der Anwesenheit der Franzosen fiel ein Ereignis vor, welches von der in Deutschland herrschenden Aufregung über die Fremdherrschaft Zeugnis gab. Am 12. October, 9 Uhr morgens, hielt K. Napoleon I. im Schlosshof zu Schönbrunn über einige Abtheilungen von französischen Soldaten, welche als Gefangene gegen österreichische ausgewechselt worden waren, Musterung. Auf dem Wege zu den Soldaten drängte sich ein junger Mann von einnehmendem Äußern, im blauen Überrock, mit einem Militärhut auf dem Haupte, der ein zusammengefaltetes Papier in den Händen hielt, durch die Suite. Infolge seiner Zudringlichkeit ließ ihn der Flügeladjutant General Rapp durch zwei Gensdarmen auf die Schlosswache führen. Als er daselbst untersucht wurde, fand man in seiner Rocktasche ein großes zweischneidiges Messer. Über dessen Bestimmung befragt, verweigerte er jede Auskunft mit den Worten: „er werde nur dem Kaiser Rede stehen". K. Napoleon I. von dem Vorfalle in Kenntnis gesetzt, ließ sich den Gefangenen vorführen, welcher angab, dass er Friedrich Stapps heiße, 18 Jahr alt und der Sohn eines Pastors aus Naumburg sei und kein Hehl mache, dass er gekommen sei, um den Kaiser zu ermorden. Der Kaiser, der anfangs einen Verrückten vor sich zu haben glaubte, ließ den Arzt rufen. Als dieser sich überzeugt hatte, dass dem jungen Mann nichts fehlte, versuchte ihn K. Napoleon auf andere Gedanken zu bringen und stellte ihm volle Begnadigung in Aussicht, wenn er von seinem verbrecherischen Vorhaben abstehe. „Sie zu tödten," erwiderte Stapps ruhig, „ist für mich kein Verbrechen, sondern Pflicht. Ich verlange mir keine Verzeihung und bedaure nur, daß ich meine Absicht nicht habe ausführen können." K. Napoleon ließ hierauf den jungen Mann dem Gerichte überliefern, welches wiederholt Torturen angewendet hatte, um ihm weitere Geständnisse abzunöthigen. Stapps hatte keine Mitschuldigen oder wollte keine haben. Mit muthiger Fassung betrat er am 15. October 1809 den Richtplatz und bot standhaft seine Brust den Geschossen, welche sein Leben beschlossen.

Auf K. Napoleon hatte der Attentatsversuch einen tiefen Eindruck gemacht. Seit dieser Zeit litt es ihn nicht mehr in Schönbrunn und er drängte zur Unterzeichnung des Friedens, welche in der Nacht vom 13. auf den 14. October 1809 durch seine Minister und die österreichischen Bevollmächtigten Fürsten Liechtenstein und Grafen Bubna erfolgte. Ohne die Zustimmung des in Totis verweilenden Kaisers Franz I. abzuwarten, ließ Napoleon in Wien durch Kanonenschüsse den Friedensschluss verkündigen. Empört über diesen Vorgang und niedergedrückt von den ihm auferlegten Opfern, zögerte Kaiser Franz I. noch drei Tage mit der

Genehmigung des Vertrages. Aber ohne sich selbst und sein Reich in der gefährlichsten Weise bloßzustellen, konnte er die Beendigung des Krieges nicht widerrufen und ratificierte am 18. October 1809 den Vertrag, durch den Österreich: Salzburg, einen Theil Oberösterreichs, einige böhmische Enclaven, ganz Westgalizien und einen Theil von Ostgalizien, den Villacher Kreis in Kärnten, Krain, Triest, Görz und Friaul, Croatien mit Fiume, das ungarische Littorale und das österreichische Istrien — beinahe an 2000 Quadratmeilen und 3 Millionen Einwohner verloren hatte.

Am Tage nach der Unterzeichnung des Friedens ließ Napoleon die Festungswerke Wiens sprengen. Vergebens blieben die Vorstellungen des Bürgermeisters sowie auch dessen Bitte um Rückstellung der sechs Kanonen *). Am 16. October nachmittags verließ Napoleon Schönbrunn. An demselben Tage begann die Sprengung der Ravelins rechts und links vom Schottenthore, welche in den nächsten Tagen unter steter Besorgnis der Bewohner vor den Folgen der Erschütterungen fortgesetzt wurde.

Die gänzliche Vernichtung der Großmachtstellung Österreichs hatte den Muth und das Vertrauen aller patriotischen Geister gebrochen. So tief wurzelte aber demungeachtet das dynastische Gefühl, dass dem Monarchen bei seiner Rückkehr in die Hauptstadt am 21. November ein glänzender Empfang zutheil wurde. Eine Überraschung war diese im eigentlichen Sinne des Wortes; denn kaum hatte der Courier die freudige Kunde gebracht und Graf Wrbna der Bevölkerung dieses Ereignis verkündigt, so fuhr K. Franz I. schon ohne alles Gepränge, ohne jede kriegerische Begleitung in einem einfachen zweispännigen Wagen bei der St. Marxerlinie herein. Bürgermeister und Magistrat waren vor dem Stubenthor aufgestellt, alle Straßen von Bewohnern gefüllt, um der ersehnten Rückkehr des verehrten Monarchen beizuwohnen. Lassen wir Hormayr sprechen, wie er den Moment des Wiedersehens schildert: „Diesen Zug vom Stubenthor bis hin nach der Burg beschreiben, ohne in den Verdacht der Schmeichelei zu fallen, ist schwer; zum guten Glück sind noch der Augenzeugen viele, in deren Gedächtnis diese Augenblicke nie vergehen, welche die noch zahlreich anwesenden Franzosen mit unwillkürlicher Ehrfurcht für diesen Fürsten und für dieses Volk erfüllt haben! Beim Aussteigen auf dem Burgplatz überstieg der Jubel alle Grenzen. Der Monarch wurde im eigentlichen Sinne

*) Im Jahre 1810 spendete der Kaiser den Bürgern an seinem Namenstage andere sechs Kanonen, welche die Inschrift erhielten: „Franz I. den Bürgern der Stadt Wien für erprobte Treue, Anhänglichkeit und Bürgersinn 1810."

auf Händen der Liebe in seine Gemächer getragen und all die schweren Wunden schienen urplötzlich geheilt und vergessen." Und ohne irgend einen Befehl oder eine Verabredung erglänzten abends Stadt und Vorstädte in einem Lichtmeer.

Am verhängnisvollsten wurde der abermalige unglückliche Ausgang des Krieges für die inneren Zustände des Reiches. K. Franz I. sah sich getäuscht in den Erwartungen, welche Erzherzog Karl's Armeereform, Stadion's Bestrebungen zum Aufschwung der Volkskraft rege gemacht hatten. Er erblickte nunmehr in jenen Kreisen, an deren Spitze Graf Gentz stand, namentlich in dem russisch-österreichischen Adelsklub unter der Führung der Grafen Rasumovsky und Pozzo di Borgo, die unausgesetzt glühenden Hass gegen Napoleon schürten, nur Intriguen von Personen, welche fremden, selbstsüchtigen Zwecken dienten, in den Verbindungen Stadion's mit den deutschen Patrioten, an deren Spitze Freiherr von Stein stand, den Herd zur Entzündung revolutionärer Volksleidenschaften. Durch diese Auffassung der politischen Lage gelang es jener Partei am Wiener Hofe, die ohne ausgesprochene politische Farbe nur die Begründung eines dauernden Friedens im Auge hatte und mit ihren Sitten und Gewohnheiten sich seit jeher altfranzösischen Vorbildern zuneigte, den Kaiser zu überzeugen, dass alles Heil für die Monarchie in einer Annäherung an Napoleon liege, zudem als Österreich durch den Wiener Frieden thatsächlich in Abhängigkeit von Frankreich gerathen war. Denn mit der Abtretung der illyrischen Provinzen war der Kaiserstaat im Süden von Frankreich, im Osten von dem Großherzogthum Warschau, Frankreichs Vasallenstaate, bedroht, gegen Westen stand es durch die Gebietsverluste Baiern und dem Vicekönig von Italien vollständig offen. Nirgends bot sich im Fall der Noth verlässliche Stütze für den Staat, am wenigsten an Preußen, das selbst ohnmächtig darniederlag.

Die Bestrebungen der Friedenspartei am Hofe wurden auch durch den Umschlag der Stimmung in weiteren Kreisen unterstützt. Nach der nationalen Begeisterung trat eine furchtbare Ernüchterung ein. Man hielt es vergeblich, gegen Napoleon's Genie und Thatkraft anzuknüpfen, und erblickte in dem corsischen Sieger den strafenden Engel, welcher von der Vorsehung berufen wurde, die verrotteten Zustände des alten Europa hinwegzufegen und eine neue Ordnung der Dinge herzustellen. Anstatt Napoleon aussichtslos zu bekämpfen und durch ihn Österreich gänzlich vernichten zu lassen, hielt man es nun für weit patriotischer, sich mit ihm zu verständigen und dadurch eine Wiedergeburt des Vaterlandes anzubahnen.

Graf Stadion, der prononcierteste Gegner Napoleon's, hatte den Kaiser unmittelbar nach der Schlacht bei Wagram um seine Entlassung

gebeten. An dessen Stelle berief dieser zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten den Grafen Clemens Metternich, bisher österreichischer Botschafter in Paris, einen Staatsmann von ungewöhnlicher Begabung und Scharfsinn, von dem man wusste, dass er schon früher von einem Kriege mit Napoleon, ohne den wahrscheinlichen Chancen eines Erfolges, entschieden abgerathen hatte. Im Kriegswesen wurde Erzherzog Karl durch den Fürsten W. Liechtenstein ersetzt. Graf Ugarte trat etwas später an die Spitze der deutsch-böhmischen Hofkanzlei. Nur das Finanzwesen blieb noch in den Händen des Grafen O'Donnell.

Die Annäherung Österreichs kam Napoleon nicht ungelegen, da er sich damals ernstlich mit einer Trennung von seiner Gemahlin Kaiserin Josefine beschäftigte und nach einer Braut aus einem alten Fürstengeschlechte ausblickte. Wie ein Traumgebilde bezeichnet Fürst Metternich selbst die erste Ende December 1809 aus Paris eingetroffene Nachricht von der beabsichtigten Bewerbung Napoleon's um die Hand der Erzherzogin Maria Louise, der Tochter des Kaisers Franz I. Es kostete dem Vater keinen geringen Entschluss, über das Glück und die Zukunft seiner Tochter in dieser Weise eine Entscheidung zu treffen. Nach einigem Zögern und gedrängt von Napoleon nahm er die Bewerbung aus Staatsklugheit unter der Bedingung an, dass kein kirchliches Hindernis dem Ehebunde im Wege stehe. K. Franz I. hoffte, durch diese Heirat der Monarchie Frieden zu sichern.

Der Eindruck der Nachricht war in allen Kreisen unbeschreiblich. Die Diplomaten konnten sich nicht fassen über den Entschluss des Kaisers Franz I., welcher Österreich angeblich eine neue Demüthigung bereitete; die Course auf der Börse fielen im ersten Augenblick mit panischer Eile. Varnhagen schrieb von Prag aus, dass der plötzliche Ausbruch eines ungeahnten Vulcans hätte nicht wunderbarer überraschen können; aller Sinn war betäubt, alle bisherigen Vorstellungen lagen umgestürzt. Die verwirrten Begriffe rangen nach neuer Fassung und Folge. In Wien hatte man sich jedoch bald gefasst; es überwog die Betrachtung, dass die Monarchie ihren gefährlichsten Gegner zum Freunde und Schützer gewonnen habe. Als am 24. Februar 1810 die „Wiener Zeitung" die amtliche Nachricht von dem am 7. Februar in Paris stattgefundenen Eheverlöbnis brachte, riss sich das Publicum mit Heißhunger um das Blatt. „Seit vielen Jahren," schrieb der junge Eipeldauer an seinen Freund in Kagran, „ist auf der Redout' in Essen und Trinken nicht so viel verschwendet worden, das wird aber alles aus lauter Freud' und in der Hoffnung g'scheh'n sein, dass wir ein' dauerhaften Frieden krieg'n." Und ein paar Tage später bemerkte er: „So lebendig ist's in der Wiener Stadt seit

langer Zeit nicht zugegangen, und man hört fast kein anderes Wort als von der großen Vermählung"; es war daher nicht ohne Grund, wenn Metternich damals nach Paris schrieb: „Das Ereignis habe die allgemeine Billigung des Hauptstockes der Bevölkerung für sich." Nur in den kirchlichen Kreisen war man ernstlich über den ganzen Vorgang verstimmt. Zuletzt erklärte aber doch der Wiener Erzbischof Graf Hohenwart dem Kaiser, dass er die Ehe der Erzherzogin Louise einsegnen wolle, wenn er über die Nullitätserklärung der Napoleonischen Ehe von Seite der bürgerlichen und geistlichen Behörden in Frankreich ein authentisches Document erhalte.

Während schon lange in allen Kreisen die Vermählung besprochen wurde, hatte wahrscheinlich Erzherzogin Maria Louise selbst noch keine Ahnung, welches Los ihrer harre. Erst Mitte Februar 1810 dürfte sie von ihrem Vater unterrichtet worden seien. Welchen Eindruck auf die junge Prinzessin ihre in Aussicht genommene Verbindung mit Napoleon hervorrief, lässt sich leicht denken. Sie müsste jedes edleren Gefühles bar gewesen sein, wenn nicht Zorn und Entrüstung ihr Herz bestürmt haben würden. Aber an unbedingten Gehorsam gewohnt, halfen keine Thränen und durch die Rücksichten für ihr Haus und ihr Vaterland sowie durch die Vorspiegelungen einer glänzenden und mächtigen Stellung beeinflusst, ergab sich die Prinzessin zuletzt derart in ihr Schicksal, dass sie ihren Vater mit den Worten zu trösten vermochte: „Sie werde bald an sich selbst erfahren, dass das Opfer kein so großes gewesen."

Je näher der Zeitpunkt der Vermählung heranrückte, desto mehr häuften sich auch die Freudenbezeugungen und einzelne Kreise waren in ihrer Sinn- und Denkweise wie umgewandelt. Dem einstigen gehassten Erbfeind zu Ehren kam das Grün seines Soldatenrockes in die Mode, der Adel ließ seine Galawagen in Stand setzen und die Bürger waren neugierig auf die Pracht der Hoffeste. Die Dichter, darunter Haschka und Sonnenfels, priesen in begeisterten Hymnen das Ereignis.

„Wie Myrthe sich um Lorbeer schlingt, vermähle
Dem hohen Geiste sich die schönste Seele"

sang einer der Poeten. Auch in anderer Richtung wurde das Gemüth der Braut gefangen genommen. Eines Tages fanden sich in den Gängen der Hofburg, vor den Gemächern der Erzherzogin, eine Anzahl französischer Soldaten ein, welche wegen ihrer in dem letzten Kriege erhaltenen Wunden zurückgeblieben waren. Diese erklärten, von ihrem Platze nicht weichen zu wollen, bis sie nicht ihre künftige Kaiserin gesehen haben würden. Als

Maria Louise vor ihnen erschien und einige der Harrenden französisch ansprach, brachen sie begeistert in die Rufe: „Vive notre Impératrice! Vive la maison d'Autriche!“ aus. „Was hätt' der Herr Vetter dazu g'sagt,“ schrieb der Eipeldauer sarkastisch nach Kagran, „wenn man so was vor vier Monaten prophezeyt hätt'?“

Am 5. März 1810 hielt der Fürst von Neufchatel, der außerordentliche französische Botschafter, seinen feierlichen Einzug. In der Eile musste ein neuer Weg hergerichtet und eine Brücke über den Stadtgraben gebaut werden, damit er in anständiger Weise über die Trümmer der von den Franzosen zerstörten Bastionen in die Burg gebracht werden konnte. Am 8. März warb der Großbotschafter in feierlichster Form bei Hofe um die Hand der Prinzessin und überreichte ihr das Bild des Bräutigams, das sie sich vor die Brust heften ließ. Am 11. März fand hierauf der Vermählungsact in der Augustinerkirche statt, wobei der Sieger bei Aspern den Platz seines großen Gegners ausfüllte. Unmittelbar nach der Trauung sandte die neue Kaiserin in sämmtliche Militärspitäler und ließ jedem verwundeten Franzosen und Sachsen und den Kriegern der übrigen mit Frankreich alliirten Truppen einen Napoleond'or, jedem Amputierten aber fünf Napoleond'ors einhändigen. Abends war großes Ballfest in den Redoutensälen, an demselben Orte, wo vor kaum einem Jahre Collin's Landwehrlieder die Zuhörer in eine begeisterte Stimmung versetzt hatten und in der Stadt feierliche Beleuchtung bei einem abscheulichen Sturmwind, wobei es zum Entsetzen der Polizei nicht an boshaften Streichen, satirischen Bildern und Inschriften fehlte. So sah man bei einem Pastetenbäcker die derbe Inschrift:

„Die Pastete sieht gut aus,
Wenn nur kein Dalken wird daraus.“

Und bei einem Schneider:

„Louisens Rock und Napoleon's Hosen
Vereinigen Österreicher und Franzosen.“

Am 13. März verließ Maria Louise mit schwerem Herzen ihre Vaterstadt. Sie fuhr mit ihrem Gefolge, mit Thränen in den Augen, über den Michaelerplatz, Kohlmarkt und Graben und durch die Kärntnerstraße auf die Mariahilferstraße. Auf einzelnen Häusern wehten tricolore Fahnen, kaiserliche Musikbanden spielten französische Weisen und die Bürgercorps bildeten Spalier, um die Menschenmenge zurückzuhalten, welche still und gerührt dem Abschied beiwohnte. Bis an die Linien und darüber hinaus

erhielt die Kaiserin von der Bevölkerung Beweise des innigsten Antheiles an ihrem Geschicke.

An der freudigen Stimmung hatte nicht geringen Antheil auch die Hoffnung, dass durch die infolge der Heirat bevorstehende Friedensära eine gründliche Besserung des Staatscredits und dadurch auch eine größere Sicherheit in den Geldverhältnissen eintreten werde. Thatsächlich war die Lage trostlos, da die Rückwirkung des Agio's auf das Privateigenthum und die Lebensbedürfnisse fast alle Kreise der Bevölkerung berührt hatte. Durch die unbeschränkte Vermehrung der Bancozettel, der einzigen Hilfsquelle, aus welcher die Regierung die Mittel zur Bestreitung ihrer Auslagen schöpfte, war die Summe derselben schon im Jahre 1806 auf 449,700.000 Gulden angewachsen, und, damit den Leuten die Vorliebe für die Kupferscheidemünze vergieng, hatte Graf Zichy im Jahre 1807 Dreißig- und Fünfzehn-Kreuzerstücke — 1600 Gulden vom Centner — prägen lassen. Angesichts der unvermeidlichen Entwertung des Nationalvermögens aus dieser Finanzwirtschaft, wurde schon im Jahre 1806 eine Regelung der Währung angekündigt, die aber nicht zur Ausführung kam. Graf O'Donnell, seit 1808 Finanzminister, wollte nach dem Wiener Frieden, als eine Unzahl durch die französische Regierung in Paris angefertigter Bancozettel aus den abgetretenen Provinzen zurückströmte, der Noth durch Vermehrung des Silbervorrathes abhelfen. Es erschien das Silberpatent vom 13. December 1809, in welchem die Privatbesitzer zur Abgabe aller entbehrlichen Silber- und Goldgeräthe aufgefordert wurden, und zwar gegen Antheilscheine an einer Lotterieanleihe oder gegen Umwechslung in Bancozettel, wobei drei Gulden Bancozettel für einen Silbergulden gegeben wurden. Am 26. Februar 1810 erschien nach langen Erwägungen ein kaiserliches Patent, in welchem die Umwechslung von 300 Gulden alten Bancozetteln gegen 100 Gulden neue angekündigt wurde. Zur jährlichen Verminderung der Einlösungsscheine, wie das neue Papiergeld hieß, wurde die Bildung eines Tilgungsfondes in Aussicht gestellt, der aus dem Erlöse der Anlehen auf freie Staatshypotheken und des liegenden Grundeigenthums der Geistlichkeit in klingender Münze gebildet werden sollte. Nebstbei wurden noch andere mit der Handelspolitik zusammenhängende Finanzmaßregeln getroffen.

So erfolgte am 2. Mai das Verbot des Handels mit Kaffee und die Weisung an die Gewerbsleute, nur Surrogatkaffee auszuschänken; später wurde auch die Einfuhr ausländischer Weine untersagt, damit dem inneren Verkehre bedeutende Geldkräfte erhalten blieben. Die Durchführung aller dieser Schritte bereitete aber große Schwierigkeiten und das

Misstrauen stieg derart, dass das Agio der Bancozettel im Juli 1810 bereits wieder auf 400 gestiegen war. Wer immer Vermögen hatte, suchte dieses durch Güter- und Häuserkäufe zu sichern.

Im Juli 1810 übertrug der Kaiser die Leitung der Finanzen dem Grafen Wallis, dem die Durchführung der energischsten Maßregeln zugetraut wurde. Die nächste Folge dieses Schrittes war gesteigerte Furcht und Angst, die sich darin aussprach, dass der Cours der Bancozettel am 1. December auf 1095 Gulden stieg, mit anderen Worten, dass derjenige, der 100 Gulden Silber haben wollte, dafür 1095 Gulden Bancozettel erlegen musste. Mit Bangen sahen der Bürger, der Gewerbsmann, der Beamte und der Arbeiter der Lüftung des Geheimnisses entgegen, in das die neuesten Finanzmaßregeln gehüllt wurden. Am 15. März 1811 fiel der Schleier. Schon am vorhergehenden Tage erhielt Bürgermeister v. Wohlleben ein versiegeltes Packet mit dem Auftrage, dasselbe erst nach Mitternacht zu öffnen und das darin enthaltene, von zwölf Beilagen begleitete kaiserliche Patent vom 20. Februar 1811 früh Morgens 5 Uhr an verschiedenen Punkten der Stadt anschlagen zu lassen. Da man im Publicum von dem bevorstehenden Erscheinen des Patentes unterrichtet war, so herrschte die ganze Nacht in den öffentlichen Localen ein ungewöhnlich reges Leben, indem viele vor Spannung und Aufregung den Moment der Veröffentlichung nicht erwarten konnten. Durch ein Missverständnis wurde das Patent in Wien erst um 6 Uhr morgens angeschlagen, weshalb der Oberkämmerer Embel bald seines Amtes entsetzt worden wäre. Nach dem Inhalte des Patentes traten die alten Bancozettel ganz außer Umlauf. Sie wurden zum Cours von 20 für 100 gegen die neuen Einlösungsscheine umgetauscht. Das neue Papier sollte unter der Benennung Wiener Währung die wirkliche Landeswährung darstellen. Gleichzeitig setzte die Regierung die Zinsen der Staatsschuld auf die Hälfte ihrer ursprünglichen Höhe herab. Die ganze, tief einschneidende Finanzmaßregel enthielt den nackten Staatsbankerott. Hunderte von Menschen umstanden die umfangreichen Druckschriften, ohne anfangs sich zurecht zu finden. So groß war die Angst, dass manche noch Schlimmeres befürchtet hatten, als das Patent enthielt. Andere trösteten sich damit, dass sie sich infolge der Entwertung der Bancozettel um das Fünffache durch eine fünffache Erhöhung der Warenpreise entschädigen könnten. Nur eine geringe Anzahl von Menschen, die ihr Vermögen in der richtigen Voraussicht der kommenden Dinge sichergestellt, konnte mit glücklichem Gleichmuth dem Eintritte der Katastrophe entgegensehen. Allmählich brach sich aber die traurige Erkenntnis Bahn, dass tausende

und tausende von Menschen über Nacht Bettler geworden seien. Bestürzung und Trauer ergriff die Familien, und Bitterkeit erfüllte jene, die mit dem edelsten Patriotismus ihr bewegliches Habe dem Staate anvertraut hatten. Als in den nächsten Tagen Müller, Bäcker, Fleischhauer, Wirte, Schneider, Schuster und Kaufleute theils ihre Verkaufsläden schlossen, theils die Waren zu den höchsten Preisen verkaufen wollten, entstand in allen Kreisen eine bedenkliche Aufregung, welche nur aus dem Grunde nicht in förmliche Excesse ausartete, weil die Polizei diese Preissteigerung nicht duldete, und angesehene Bürger in Arrest setzte, die sich solch eine „unpatriotische Handlung" zu Schulden kommen ließen.

Ungeachtet des Staatsbankerottes hatte die Regierung eine nachhaltige Besserung des Geldwesens nicht erreicht; vielmehr wurden sowohl durch die fehlerhaften Bestimmungen des Patentes, als auch durch eine schlechte Ernte die Finanznoth noch gesteigert. Die Regierung, ohne Credit und Hilfsquellen, gab auf Rechnung des künftigen Ertrages der Steuern neues Papiergeld, sogenannte Anticipationsscheine aus, zuerst wohl nur in der Summe von 45 Millionen Gulden, bald darauf aber neuerdings in solcher Menge, dass im Jahre 1816 auch dieses Papiergeld die Summe von 140 Millionen erreicht hatte.

Was aber die Regelung der Finanzen am meisten störte, war die fortdauernde Unsicherheit der europäischen Lage. Nach der Schwächung Österreichs wollte K. Napoleon auch Russlands Macht brechen, wozu den äußeren Anlass die russische Zollbegünstigung englischer — gegenüber von französischen Waren bot. Kaiser Alexander nahm den Kampf auf. Als Napoleon an Österreich das Verlangen stellte, sich in dem Kriege für eine der Parteien zu entscheiden, erklärte sich K. Franz I. im Interesse seines Reiches für eine bewaffnete Neutralität, und als Napoleon, damit nicht zufrieden, die Beistellung eines Hilfscorps von 30.000 Mann forderte, gab er dazu nur unter der Bedingung seine Zustimmung, dass hiedurch von beiden kriegführenden Mächten die Neutralität und Unverletzbarkeit des österreichischen Gebietes als nicht verletzt anerkannt würde. Nach einer Zusammenkunft K. Napoleon's und seiner Gemahlin mit dem österreichischen Kaiserpaare in Dresden, gieng ersterer am 26. Mai 1812 zur Armee nach Russland. Anfangs blieb das alte Glück Napoleon treu; er besiegte die Russen in der Schlacht von Borodino. Aber bald änderte sich die Lage. Es folgten der furchtbare Brand von Moskau und die Vernichtung der französischen Armee durch die Leiden und Entbehrungen ihres Rückzuges über die russischen Eisfelder. Unbeschreiblich war die Wirkung der grauenvollen Niederlage auf

Europa, indem an allen Orten sich die Überzeugung Bahn brach, dass nun der knechtische Druck der Fremdherrschaft gebrochen, die Freiheit und Unabhängigkeit errungen werden müsse. An allen Orten kam in Deutschland die hellste Begeisterung zum Ausbruch. Zuerst sagte sich Preußen von Frankreich los und schloss eine Allianz mit Russland. Österreich, zum Eintritt in dieselbe gedrängt, zögerte anfangs, weniger infolge der Verlockungen Napoleon's, welcher seinem Schwiegervater goldene Berge versprach, als aus Rücksichten für die politische Stellung zu Frankreich, die ungenügenden militärischen Vorbereitungen und die fortdauernde Zerrüttung der Staatsfinanzen. Graf Metternich hoffte durch eine bewaffnete Mediation das europäische Gleichgewicht wieder herzustellen. Doch der Friedenscongress in Prag scheiterte an dem übermüthigen Zögern Napoleon's. In der Nacht auf den 11. August 1813 unterzeichnete Metternich Namens seines Kaisers den Beitritt zum russisch-preußischen Bündnis und am 12. August 1813 die Kriegserklärung an Frankreich. Die Stunde der Vergeltung, der Erlösung der unterdrückten Völker war gekommen. Nach einer Reihe glänzender Waffenerfolge verlor Napoleon am 16., 18. und 19. October 1813 die große Völkerschlacht bei Leipzig gegen die Verbündeten. In beinahe unaufhaltsamem Siegesmarsche verfolgten die Verbündeten den Weichenden bis nach Frankreich und hielten am 31. März 1814 in Paris ihren Einzug. Vergebens hatte die Kaiserin Maria Louise schon früher ihren Vater gebeten, um ihres Sohnes, des Königs von Rom willen, Gnade zu üben. K. Franz I. hatte seinen Verbündeten das Wort gegeben, nicht ohne sie zu verhandeln und alles gut zu heißen, was sie beschließen würden. K. Napoleon wurde am 20. April 1814 von Fontainebleau nach Elba, Maria Louise mit ihrem Sohne am 23. April von Rambouillet in ihre alte Heimat verwiesen. Es war ihnen nicht gegönnt, persönlich von einander Abschied zu nehmen. Am 21. Mai 1814 traf letztere, still und ohne alles Gepränge, in Schönbrunn ein. Die glücklichen und glanzvollen Tage, die sie in Frankreich verlebte, der Abglanz des Ruhmes ihres Gatten, der sich um sie gesammelt — sie kehrten nicht wieder. Alles, was ihr geblieben — war der Sprosse des Mannes — die Zukunft Frankreichs.

Am 31. Mai 1814 wurde der Friede unterzeichnet, welcher Napoleon des französischen Thrones verlustig erklärte und die Bourbonen wieder einsetzte.

Die gewaltige patriotische Bewegung, die nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges Napoleon's mit Russland zum Ausbruche gekommen war, hatte auch in den deutsch gesinnten Kreisen Wiens lebhaften Anklang gefunden. Gentz, Adam Müller, die Gebrüder Schlegel, Hammer,

Brentano, Tieck und Körner folgten in Wien mit gespannter Theilnahme der Entwicklung der politischen Begebenheiten in Deutschland. Wie Arndt, Rückert und Schenkendorf, die Dichter der Freiheitskriege, ließ Körner in engen Freundeszirkeln seine Saiten erklingen. Eines Abends, erzählt Karoline Pichler, wurde trotz der Anwesenheit des westphälischen Gesandten Körner's Jägerlied nach Schubert's Melodie: „Auf, auf ihr Brüder und seid stark!" im Chorus gesungen. In weiteren Kreisen überwog dagegen noch das bittere Gefühl der traurigen inneren Lage, die schmerzliche Erfahrung des Jahres 1809. Man konnte nicht vergessen, wie übel den Österreichern damals der Versuch bekommen war, sich der Riesenmacht Napoleon's entgegenzusetzen, man hielt sich die Familienbeziehungen der beiden Höfe vor Augen und mistraute dem Erfolge. Aber schon zur Zeit der Prager Friedensverhandlungen zeigten sich die Symptome eines Umschlages der Stimmung. „Die blau Ang'loffenen," heißt es in den Eipeldauerbriefen, „glauben halt durchaus, der Kaiser wird d'französische Partei ergreifen — denn weil's halt sehen, dass Holland, Niederland, Wällischland, d'Schweiz, die Rheinbündner alle und b'sonders d'Sachsen bei der französischen Freundschaft so glücklich worden sind, so glauben's halt, wir sollten auch schauen, so glücklich z'werden aber das sind zum Glück nur meistens Leut', die der Wind aus allen Enden und Winkeln der Welt nach Wien z'sammenblasen hat und die blaue Livrée tragen, weil's dafür bezahlt werden — solche Leut' haben freilich kein Vaterland und sind so zu sagen gar nirgends geboren. Was aber die guten Patrioten sind (und überhaupt das ganze österreichische Volk) die können's halt schon gar nit glauben, dass der redliche Kaiser selbst mithelfen soll, Deutschland ganz unter ein'n fremden Pantoffel z'bringen und dass er sich dazu soll brauchen lassen, das schöne Vaterland zu befreien." Als hierauf das berühmte Manifest des Kaisers Franz mit der Kriegserklärung gegen Frankreich erschien, da brach sich auch im Volke eine Begeisterung Bahn, welche nur mit jener des Jahres 1797 und 1809 verglichen werden konnte.

Und diese Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt, als Samstag den 23. October 1813, früh 6 Uhr, staubbedeckt ein Courier in die Hofburg einritt und die ersten Nachrichten von der französischen Niederlage bei Leipzig überbracht hatte. Wie ein Blitz verbreitete sich die Siegesnachricht und füllte die Straßen mit Neugierigen. Noch größer war der Jubel am folgenden Tage, als Graf Reipperg mit einem Zuge von sechsunddreißig blasenden Postillonen durch die Rothenthurmstraße die ausführliche Relation überbrachte und Erzherzog Karl, der in stiller Zurückgezogenheit dem Gange

der Ereignisse gefolgt war, mit Hintansetzung aller Courtoisie bei dem Einzuge Neipperg's auf die Straße eilte und diesem, tief bewegt, angesichts der Menge die Hand drückte. Eine glänzende Stadtbeleuchtung beschloss den Freudentag. Als man dann erfuhr, dass die Heere der Verbündeten sich zum Marsch nach Paris in Bewegung gesetzt, reiste am 29. December 1813 Bürgermeister v. Wohlleben an der Spitze einer Deputation in das Hauptquartier der Alliirten, um diesen die Glückwünsche der Stadt Wien für die Befreiung Deutschlands auszudrücken. Ebenso groß waren die Ausbrüche der Freude, als der Courier, welcher den Pariser Friedensschluss verkündigte, mit einem Zug von 107 Postillons in Wien eingeritten war.

Doch größer noch war die Erwartung, mit welcher die Wiener der Rückkehr des Kaisers entgegensahen. Alle Leiden wurden vergessen, angesichts der politischen Erfolge zur Wiedergeburt von Österreichs Staatsmacht; alle Kreise wetteiferten in dem Bestreben, den Empfang so glänzend wie möglich zu gestalten. Am 1. Juni hatte der Monarch Paris verlassen und war am 13. d. M. auf seinem Schlosse Weinzierl eingetroffen, von wo aus derselbe am 14. d. M. in ununterbrochenem Triumphzuge nach Schönbrunn weiter gereist war. Am 16. Juni 1814 vormittags hielt Kaiser Franz, umgeben von seinem Hofstaate und von Abtheilungen des Militärs und der Bürgerwehr begleitet, vom Theresianum aus zu Pferde seinen Einzug. Jedes Haus war festlich geschmückt, der ganze Weg bis zum Kärntnerthor mit Bäumen bepflanzt und mit Gras und Blumen bestreut. Am Kärntnerthor erhob sich eine prächtige Triumphpforte mit Tribünen zu beiden Seiten. Zunächst der letzteren standen der Magistrat und fünfhundert Mädchen und Knaben in den österreichischen Farben. Das Erscheinen des Kaisers rief an allen Orten unbeschreiblichen Jubel hervor. „Die dünklere Gesichtsfarbe," erzählt ein Augenzeuge, „die knappere, modisch wattierte Pariser Uniform verliehen seiner Gestalt eine Fülle und Eleganz, welche man sonst an ihm keineswegs gewohnt war. Sein Wesen dagegen schien unverändert und äußerte sich ganz in alter Weise; dieselbe Leutseligkeit, derselbe mit der tiefgefühlten Freude rückhaltende Ernst, dasselbe Gemisch von Würde und Bescheidenheit in seinen Zügen." Auf die Ansprache des Bürgermeisters v. Wohlleben erwiderte der Kaiser in seiner schlichten Weise, indem er die Liebe und Treue der Wiener im Glück und Unglücke anerkannte und die Hoffnung aussprach, dass es ihm nach dem Frieden gelingen werde, den Wohlstand seiner Völker und seiner Hauptstadt zu befestigen. Nun gieng der Zug in einer ganz ungewöhnlich langen Ausdehnung durch die Kärntnerstraße, Singerstraße, Riemerstraße, Wollzeile, Liechtensteg, Hohen Markt,

Wipplingerstraße, Judenplatz, Hof, Freiung, Herrngasse, Kohlmarkt und Graben nach St. Stephan zur Abhaltung des Tedeums und sodann durch die Kärntnerstraße über den Neuen Markt, Lobkowitzplatz, Josefsplatz, Obere Bränner-straße, Graben und Kohlmarkt in die Burg. — Abends fand eine außerordentliche Beleuchtung statt, deren Glanz und Kostbarkeit selbst dem luxuriösen Gentz auffiel. Bezeichnend ist der an K. Franz I. gerichtete Willkommgruß des Verfassers der Eipeldauerbriefe für die in den Volkskreisen vorwaltende Auffassung des Ereignisses:

„Die Sünden von Europa abzubüßen
Warst du bestimmt durch zwanzig Jahr',
Du hast allan für alle leiden müssen,
Weil alles von dir g'wichen war.
Jetzt bist du aber glorreich auferstandten
Voll Glanz, wie Christus unser Herr,
Du hast die Welt erlöst von Satans Banden
Und ziegst hietzt in dein Reich wie Er."

Zu dieser gehobenen Stimmung trug nicht wenig die Nachricht bei, dass die Fürsten und Staatsmänner Europa's, der Einladung des K. Franz folgend, sich im Sommer 1814 in Wien zur Abhaltung eines Congresses einfinden würden, um die im Pariser Frieden nicht vollendete neue Ordnung der europäischen Verhältnisse zum vollständigen Abschluss zu bringen. Die Eröffnung desselben, für den 1. August bestimmt, verzögerte sich bis zum 1. November 1814. Bereits am 22. September trafen der König von Württemberg, am 23. September der König von Dänemark und am 25. September morgens der Kaiser von Russland und der König von Preußen in Wolkersdorf ein. Den beiden letzteren war Kaiser Franz I. mit sämmtlichen Erzherzogen bis an den Tabor entgegengeritten. Nach einer herzlichen Begrüßung zogen die drei Monarchen zu Pferde, K. Franz I. in der Mitte, Kaiser Alexander links und K. Friedrich Wilhelm rechts, unter Paradierung der ganzen Garnison und des Bürger-militärs durch die Jägerzeile beim Rothen Thurm unter jubelnden Zurufen der Bevölkerung in die Stadt ein. Am 27. September folgten die russische Kaiserin, am 28. September der König und die Königin von Baiern mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Karl, am 30. September der Kurfürst von Hessen, am 2. October der Großherzog von Baden, der Erbgroßherzog von Hessen, die Herzoge von Braunschweig und Nassau, von Weimar und Koburg. Gleichzeitig trafen auch die diplomatischen Vertreter der europäischen Mächte, Freiherr von Hardenberg und Wil-

helm von Humboldt, Lord Castlereagh, Herzog Wellington, Marquis von Talleyrand, Herzog von Dalberg, Graf Nesselrode und Graf Rasumovsky u. s. w. mit ihrem Gefolge ein. Von österreichischer Seite wohnten Fürst Metternich und Friedrich von Gentz, letzterer als Protocollführer, der Versammlung bei. Gleichzeitig führte auch die Neugierde und die Schaulust zahlreiche Fremde der vornehmen Welt aus allen Theilen Europa's und die Aussicht auf Ruhm und Geld einen Schwarm von Tänzern und Sängern, von Abenteurern, Gauklern und Spielern in die Donaustadt. Die Gasthöfe, Paläste und Privatwohnungen vermochten kaum die passenden Räume beizustellen, damit alle Gäste ein gutes Unterkommen fanden.

Der Hof, die Minister und der Adel waren unerschöpflich in der Veranstaltung von Festlichkeiten zur Zerstreuung und Unterhaltung der Gäste vor Beginn und während der Dauer des Congresses, bei welchen der belgische Fürst von Ligne durch seine gewandten Arrangements und seinen schlagfertigen Witz eine hervorragende Rolle spielte. Die Reihenfolge der Feste eröffnete die Stadt am 27. September mit einem großen Feuerwerk und einer allgemeinen Beleuchtung der Stadt und Vorstädte. Bald darauf folgten Maskenbälle und ein bal paré in den Redoutensälen und der Reitschule, die Aufführung von Händel's Oratorium „Samson" und die Abhaltung von Schlittenfahrten. Großartig war die Leipziger Siegesfeier am 18. October 1814. Morgens rückte die ganze Garnison zu einer Kirchenparade auf dem Glacis aus, der sämmtliche Monarchen beiwohnten. Hierauf marschierte alles nach dem Lusthause im Prater, zu dem von der Landstraße und von Simmering aus drei Pontonbrücken führten. Der Platz vor dem Lusthause war mit langen Tafeln für jene Grenadiere, die in der Schlacht bei Leipzig gekämpft hatten, besetzt. Im Hintergrunde befanden sich die Tafelreihen für die übrigen Soldaten. Jeder der beiden Säle des Lusthauses stellte ein reiches, auf Trophäensäulen ruhendes Zelt vor. Im ersten Stockwerke, wo die gekrönten Fürsten, deren Gemahlinnen, die Kron- und Erbprinzen und Feldmarschall Fürst Karl Schwarzenberg speisten, machte Kaiser Franz I., zu ebener Erde, wo die Erzherzoge, die übrigen fremden Prinzen und einige ausgezeichnete Generäle speisten, Erzherzog Karl die Honneurs. So oft einer der Monarchen auf der Galerie des Lusthauses erschien und das Glas nach der Ebene hinausschwenkte, brachten berittene Adjutanten den Toast unter Kanonendonner in das Lager. Nach der Tafel fuhr die ganze Gesellschaft durch das Garnisonslager, von den Jubelausbrüchen der Soldaten und der Volksmenge begrüßt.

Inmitten der scheinbaren Vertraulichkeiten und glänzenden Feste nahmen aber die Verhandlungen des Congresses selbst wiederholt einen stürmischen Charakter an, und waren wegen der übertriebenen Ansprüche einzelner Mächte und infolge der geschickten Intriguen Talleyrand's dem Abbruche nahe, wozu wesentlich die Fragen der Herrschaft über Polen und Sachsen und der Wiedereinsetzung der Bourbonen beitrugen. Das Schicksal der Schweiz und Italiens und die Berathung über die Gestalt, welche Deutschland erhalten sollte, war besonderen Ausschüssen zugewiesen.

In der Nacht auf den 12. März wurde eben der glänzendste aller Bälle abgehalten, als die Nachricht eintraf, dass Napoleon am 1. März an der französischen Küste gelandet sei. Wie ein Blitzstrahl fuhr dieselbe in die Gesellschaft, die größte Bestürzung hervorrufend. Sogleich trafen die versammelten Mächte kriegerische Vorkehrungen. Auf Grundlage des Vertrages von Chaumont verpflichteten sich Österreich, Russland, England und Preußen von neuem, jedes 150.000 Mann vollzählig im Felde zu halten und die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis Buonaparte der Möglichkeit beraubt war, neue Unruhen zu erregen. Wellington's und Blücher's Sieg bei Waterloo (15. Juni 1815) entschied Napoleon's Schicksal. Das furchtbare Meteor, das über Europa emporgestiegen war, versank — nun für immer — in eine einsame Insel des weiten Oceans. Am 20. November 1815 erfolgte der zweite Pariser Friede. Während der Feldzüge gegen Napoleon und Murat wurde der Wiener Congress beendigt, dessen Resultate die deutsche Bundesacte (8. Juni 1815) und die allgemeinen Congressacte (9. Juni) waren. Österreich gieng daraus mit neuer Machtfülle ausgestattet hervor. Zwölf große Staatsgebiete: Niederösterreich, Innerösterreich, Oberösterreich, Tirol, Böhmen, Mähren mit einem Antheil von Schlesien, Galizien, Ungarn mit Slavonien und Croatien, Siebenbürgen, die Militärgrenze, Dalmatien, Illyrien und das lombardisch-venetianische Königreich umfasste die neue österreichische Monarchie. Mit allen seinen ehemaligen und deutschen Provinzen dem deutschen Bunde angehörend und an der Spitze der Bundesversammlung stehend, stellte Österreich seine alten Beziehungen zum deutschen Reiche in einflussreicher Form her. — Bei ihrer zweiten Anwesenheit in Paris, am 26. September 1815, unterzeichneten die Monarchen von Österreich, Preußen und Russland die Urkunde der Heiligen Allianz, in der sie sich versprachen, die innere Verwaltung ihrer Länder nach den Vorschriften des Christenthums mit Gerechtigkeit und Liebe zu führen und sich bei jeder Gelegenheit Hilfe zu gewähren.

Unter den Segnungen eines mehr als dreißigjährigen Friedens war nun den österreichischen Staatsmännern reichlich Gelegenheit geboten, das zu neuem Ansehen gelangte Reich im Innern durch die Schaffung solcher politischer Einrichtungen, die das Band der Völker enger knüpften und die geistige wie die materielle Wohlfahrt förderten, zu kräftigen, getreu den Versprechungen, welche in den Tagen der Noth und Gefahr gemacht worden waren. Das geschah aber nicht in dem Maße, als die Völker gehofft hatten. Wiewohl der Paragraph **13** der deutschen Bundesacte die Einführung landständischer Verfassungen in allen Bundesstaaten angeordnet hatte, so wurden doch die zwei größten deutschen Staaten fortwährend absolut regiert. Denn die in Österreich belassenen, vorwiegend aristokratischen Provincialstände hatten den Charakter der alten Feudalverfassungen, durch welche dem Volke kein Einfluss auf die Gesetzgebung und Verwaltung, sondern nur das Recht der Bewilligung und Vertheilung der von der Regierung geforderten Steuern eingeräumt war. Man fürchtete durch die Einführung von Repräsentativ-Verfassungen, das rein monarchische Princip zu schwächen, das durch die französische Revolution zur Geltung gelangte Recht des Volkes auf die Organisation und Regierung des Staates zu sanctionieren und durch die Aufregungen der politischen Kämpfe den inneren Frieden zu gefährden. Je stärker die freiheitliche Bewegung in Deutschland wuchs, desto mehr suchte die österreichische Regierung der Verbreitung der liberalen Ideen entgegenzuwirken. Fürst Metternich ließ es mit seinem, den Gang der europäischen Politik beherrschenden Einflusse auf den Congressen und Conferenzen ebenso wie im schriftlichen und diplomatischen Verkehre an Rathschlägen, Warnungen und Drohungen nicht fehlen, um Staaten, welche zur Gewährung von freiheitlichen, politischen Institutionen hinneigten, davon abzuhalten und dadurch eine festere Haltung gegenüber dem Andrängen der politischen Parteien zu erzielen und den revolutionären Regungen entgegenzutreten.

Aber auch auf den Gebieten der inneren Gesetzgebung beschränkte sich die Reform auf die Schaffung der nothwendigsten, oft erst durch augenblickliche Verlegenheiten abgenöthigten Einrichtungen und Verfügungen. Nur langsam und nach mehreren Experimenten gelang es dem Grafen Stadion, der nunmehr an die Spitze der Finanzverwaltung trat, die Geld- und Schuldverhältnisse zu regeln, ohne aber ein dauerndes Gleichgewicht im Staatshaushalte herstellen zu können, weil es ihm an Muth gebrach, im Wege einer durchgreifenden Steuerreform neue Hilfsquellen zu eröffnen. Den industriellen Fortschritt suchte zwar die Regierung zu fördern, jedoch ohne die Vor-

bedingung, nämlich die Hebung der Bildung der unteren Volksclassen, ins Auge zu fassen und für eine ausreichende Concurrenz Sorge zu tragen, indem der bestehende Zolltarif jede Berührung mit dem Auslande möglichst ferne hielt. Als nach der Aufhebung der Continentalsperre zahlreiche Fabriken zugrunde gegangen waren, erlahmte in mehreren Zweigen der Unternehmungsgeist der großen einheimischen Industriellen, insbesondere weil die Anlage neuer Fabriken und die Errichtung von Niederlagen großen Schwierigkeiten begegnete. Anderseits drückten die geringen Zölle auf Rohproducte, Getreide und Vieh den Landwirt schwer und führten ungeheure Summen Geldes in das Ausland. — Mit ängstlicher Sorgfalt wachte die Regierung über tadelnde politische Äußerungen und geheime Zusammenkünfte und verhängte über die Schuldigen die strengsten Strafen. Die Polizei, an deren Spitze seit dem Jahre 1817 Graf Sedlnitzky stand, entwickelte sowohl in dieser Richtung, wie bei der Überwachung der Zeitschriften und der Einfuhr von Büchern und Schriften eine außerordentliche Rührigkeit. Die Worte der Censurvorschrift vom Jahre 1810, „dass kein Lichtstrahl, woher er auch käme, in Zukunft unbeachtet sein solle und Fehler der Staatsgewalt aufgedeckt und Verbesserungen angedeutet werden sollen", hatten keine Geltung mehr. Nur der wissenschaftlichen Richtung in der Literatur wurde einige freie Bewegung gestattet, dagegen den Broschüren über politische und sociale Fragen, Volksschriften, Unterhaltungsbüchern und Erzeugnissen der schöngeistigen Literatur eine immer ängstlichere Überwachung gewidmet. Im höheren Unterrichtswesen blieb es leitender Grundsatz, dass die Hochschulen vorzüglich den Zweck zu verfolgen haben, tüchtige Beamte, Lehrer und Erzieher heranzubilden und wissenschaftliche Bestrebungen vorwiegend nur der Förderung der Staatszwecke zu dienen hätten.

In Wien blieb das Unbehagen über die Haltung der Regierung gegenüber den politischen Fragen und über die Mängel der inneren Verwaltung lange Zeit nur auf engere Kreise beschränkt, wozu nicht wenig das Bestreben der Regierung, den Aufschwung der Stadt zu fördern, und andere, den Wohlstand der Bürger begünstigende Umstände beitrugen. Mit dem wiedererwachenden Vertrauen in die Stabilität der politischen Lage übte Wien nämlich eine immer größere Anziehungskraft auf die verschiedenen Nationalitäten der Monarchie aus. Italiener, Böhmen und Ungern begründeten sich hier eine neue Heimat mit der Aussicht auf ein besseres Fortkommen, und die Regierung beseitigte aus politischen Gründen die Hindernisse der Niederlassung, weil sie darin einen Hebel zu erblicken glaubte, das Band der zwischen den Völkern Österreichs bestehenden gemeinsamen Interessen zu

kräftigen *). Der deutsche, böhmische und ungarische Adel liebte es bei seinen guten Beziehungen zum Hof, einen Theil des Jahres hindurch die Annehmlichkeiten des Residenzlebens zu genießen. Wie unter Karl VI. und Maria Theresia belebten sich wieder viele der öde gestandenen Paläste und wurden der Schauplatz rauschender Vergnügungen. Mit Vorliebe besuchten auch Fremde aus allen Ländern unsere Stadt, angelockt durch die geselligen Freuden und das rege vielgestaltige Volksleben. Süddeutsche oder „Schwaben", wie sie die Wiener nannten, fanden infolge ihrer Rührigkeit und Sparsamkeit hier einen lohnenden Boden für industrielle Unternehmungen.

Die Wiener gewöhnten sich immer mehr daran, alles der schützenden Fürsorge des von ihnen verehrten Fürsten zu überlassen, wodurch ihre selbstthätige Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten erkaltete. Während zur Zeit der französischen Kriege sich die Schwingungen der politischen Bewegung bis in die untersten Volksclassen verpflanzt hatten, überall die Mittel und Wege besprochen wurden, wie der Erbfeind aus Deutschland zu vertreiben, die Gebrechen der Staatsverwaltung zu beseitigen, den Finanzen aufzuhelfen und neue Quellen des Wohlstandes zu schaffen seien, während damals der Parteigeist ungemein rührig war, überließen die Bürger nun vertrauensvoll ihrem Kaiser, der in seinem ganzen Wesen auf sie den Eindruck eines weisen und gerechten Regenten machte, die Sorge für das öffentliche Wohl. Es genügte ihnen, dass er sie in ihrem Erwerb schützte, die Leichtigkeit und Bequemlichkeit des Erwerbens durch hohe Schutzzölle förderte und dass sie mit Hilfe des ohne große Anstrengung errungenen Wohlstandes sich heiteren Vergnügungen widmen konnten. Es machte auf die Wiener einen mächtigen Eindruck, als der Kaiser, der nach dem Tode seiner dritten Gemahlin Maria Ludovika († 7. April 1816) am 10. November 1816 eine vierte Ehe mit der baierischen Prinzessin Karoline Auguste eingegangen war, aus diesem Anlasse infolge der damals herrschenden außerordentlichen Theuerung und Nothlage unter den ärmeren Classen der Bevölkerung anstatt der öffentlichen Feste eine milde Sammlung veranstalten ließ, welche ein Erträgnis von 200.000 Gulden abwarf. Störten daher nicht Missernten oder Krankheiten den Einklang des Residenzlebens, so gab es wenige Großstädte des Continents, wo so viele zufriedene Leute wie in Wien beisammen waren, und der Volksdichter Bäuerle, welcher den

*) Ungefähr aus der Zeit von dem Jahre 1820 angefangen datieren auch, wie aus den Bevölkerungslisten hervorgeht, die starken Zuzüge der Böhmen nach Wien, welche früher einen verschwindend kleinen Bruchtheil der Bevölkerung ausmachten.

Refrain des Liedes erfand: „'s gibt nur a Kaiserstadt, 's gibt nur a Wien", gab damit dem allgemeinen Wohlbehagen der bürgerlichen Kreise einen sehr zutreffenden Ausdruck. Diese Zufriedenheit wurde nur hie und da durch die Klagen über Steuerzahlungen gestört *).

Selbst Fragen, die die Interessen der Bürger unmittelbar berührten, beschäftigten sie wenig und es genügte ihnen, die Verfügungen des Magistrats und der Dominien auf der schwarzen Amtstafel in den Gemeindehäusern oder bei den Zunftversammlungen zu erfahren. Durch die Umgestaltung des Magistrats in eine landesfürstliche Behörde war überdies den Bürgern auch das Verständnis für ihr Gemeinwesen verloren gegangen. Sie hatten sich an den Gedanken gewöhnt, in der städtischen Behörde nicht das Organ ihrer Vertretung, sondern den obrigkeitlichen Verwalter des Gemeindewesens zu erblicken. Die Würde eines äußeren Rathes zu erlangen, galt ihnen eine Auszeichnung, nicht als ein Recht, das sie ohnehin nur bei der Wahl eines Bürgermeisters in beschränktem Maße geltend machen durften. Dazu gesellte sich der Umstand, dass damals ein Mann wie Bürgermeister Stephan von Wohlleben das Gemeinwesen leitete, zu welchem die Bürger eine große Zuneigung hatten. Dieser war nahezu seit seinem Eintritte in das Leben ein Kind der Gemeinde. In der Chaos'schen Waisenstiftung erzogen, trat er nach zurückgelegten Gymnasialstudien in den Dienst der Gemeinde und wurde schon frühzeitig in den technischen und ökonomischen Dienstzweigen verwendet. Die großen Verdienste und Kenntnisse, welche er sich darin erworben, waren der Grund zu seiner späteren Berufung zum Bürgermeister, ungeachtet er keine politische und juridische Vorbildung für den Verwaltungsdienst aufweisen konnte. In seiner dienstlichen Stellung in häufigem Verkehr mit der Bürgerschaft lebend, kannte er deren Wünsche und Bedürfnisse und trat als Vermittler zwischen ihr und dem Kaiser ein. Dass er die Bande nicht gelöst, die ihn seit seiner Jugend mit den bürgerlichen Kreisen verknüpften, in den schwierigsten Verhältnissen mit seltener Klugheit vorzugehen und den Geist und Charakter der Bevölkerung stets vorurtheilsfrei aufzufassen wusste, hatte ihm viele Freunde und großes Ansehen erworben. Eine Entfremdung in dem Verhältnisse zwischen dem Magistrat und den Bürgern trat erst unter seinem Nachfolger, dem Bürgermeister Lumpert

*) Als Graf Sedlnitzky dem Kaiser einst über das Schimpfen der Bürger wegen der hohen Steuern referierte, erwiderte dieser: „Schauen's, lieber Sedlnitzky, zahlen thut niemand gern; sie zahlen aber doch, weil's nothwendig ist; lassen sie sie nur schimpfen. Ich lasse über meine braven Wiener doch nichts kommen." (L. v. Wirtner: „Meine Erlebnisse". Preßburg 1879. S. 95.)

(1823—1835), ein. Dieser, zwar ein streng rechtlicher und gewissenhafter Mann, hatte aber seine ganze Diensteslaufbahn als Beamter des Justizsenates verbracht. Er wurde Bürgermeister, weil er der ältere im Rang unter den Vicebürgermeistern der drei Senate war und trat die Stelle an, ohne die Verhältnisse der Gemeinde gekannt zu haben und mit den Bürgern viel in Berührung gewesen zu sein. Seine Stellung als Bürgermeister fasste er nur vom Standpunkte eines landesfürstlichen Beamten auf. Ängstlich, weil unerfahren in den Geschäften, vermied er jedes entschiedene Auftreten. Unter seiner Verwaltung hatten solche Missbräuche und Unregelmäßigkeiten Eingang gefunden, dass die schärfste Bevormundung des Magistrats von Seite der Regierung eintrat.

Größer war die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten und an der nach den Freiheitskriegen eingetretenen, geistigen Bewegung in den Kreisen der Intelligenz. Hier kannte man recht gut die Schäden des Reiches, besprach unverhohlen die freiheitsfeindliche Haltung der Regierung am Bundestage und bei den verschiedenen Congressen und verfolgte mit Spannung das Wiedererwachen des politischen Lebens in Deutschland, Italien und Frankreich, sowie die ersten Regungen einer nationalen Gesinnung in Ungarn, Böhmen und Galizien. In diesen Kreisen, bestehend aus Beamten, Professoren, Advocaten, Schriftstellern u. s. w., wurden alle bedeutenderen Erscheinungen der Literatur und Kunst besprochen. Dieselben unterhielten einen ununterbrochenen schriftlichen und mündlichen Verkehr mit dem Auslande, und brachten durch Vorträge in den Salons und gegenseitige Mittheilung der auf Schleichwegen bezogenen politischen Schriften oder schöngeistigen Werke das Verständnis der neuen Zeit in weitere Kreise. Thatsächlich vergieng auch kein Jahr, ohne dass ein bedeutender auswärtiger Schriftsteller oder Künstler Wien besuchte. Jeder fand gastliche Aufnahme in diesen Kreisen, das liebenswürdigste Entgegenkommen und eine gutmüthige Offenheit in der Beurtheilung der einheimischen Zustände, die freilich nicht selten auf schlechten Boden fiel und die Saat schiefer, zum Theil selbst gehässiger Urtheile über die Wiener Gesellschaft befördern half. Nur durfte es niemand wagen, mit Ideen in die Öffentlichkeit zu treten, welche den Regierungsmaximen widersprachen oder Regungen des Liberalismus verriethen, ohne sich die schwerste polizeiliche Verfolgung oder den schärfsten Unwillen der leitenden Staatsmänner zuzuziehen.

So verfloss ruhig und ohne nach außen hin hervortretende Störungen ein Jahr um das andere; nur Feste und Feierlichkeiten, Fürstenbesuche und locale Begebenheiten brachten einen Wechsel in der herrschenden Stimmung zum Ausdruck. Die Unruhen in Neapel (1821), wiewohl sie ein Ein-

schreiten Österreichs herbeiführten, der Unabhängigkeitskampf Griechenlands (1821), und der sich daran knüpfende russisch-türkische Streit, der erst im Frieden von Adrianopel (1829) zum Abschluss kam, machten keinen tieferen Eindruck. Die Carbonari-Verschwörungen wurden als tollhäuslerische Unternehmungen einzelner exaltierter Köpfe angesehen.

Bei den engen, freundschaftlichen Beziehungen der Habsburger zu den europäischen Höfen fehlte es nicht an zahlreichen Fürstenbesuchen in der Hauptstadt. So kam im Jahre 1817 der kunstsinnige Kronprinz von Baiern, Herzog Ludwig, nach Wien, um der Vermählung der Erzherzogin Leopoldine mit dem Kronprinzen von Portugal und Brasilien beizuwohnen. Nach Beendigung des Aachener Congresses traf am 12. December 1818 Kaiser Alexander hier ein. Am 2. September 1819 besuchten der Kronprinz von Preußen und der Prinz von Oranien, am 1. Jänner 1821 abermals Kaiser Alexander den Hof, letzterer um von hier aus zum Congress nach Laibach abzureisen. Einen vierten Besuch machte Kaiser Alexander am 7. September 1822, um von Wien aus mit dem Kaiser von Österreich sich zum Congress von Verona zu begeben. Am 1. November 1824 traf der König von Baiern ein, um der Vermählung seiner Tochter, Prinzessin Sophie, mit dem jüngeren Sohn des Kaisers, Erzherzog Franz Karl, beizuwohnen, und wenige Tage darauf besuchte Prinz Johann von Sachsen mit seiner Gemahlin Amalie Auguste, der Schwester der neuvermählten Erzherzogin Sophie, den Hof. Ende 1824 erfolgte die Ankunft Dom Miguel's zum Zweck der Fortsetzung seiner Erziehung. Vom 11. September bis 7. October 1828 verweilten hier die Prinzen Wilhelm und August von Preußen, um an den großen militärischen Herbstmanövern theilzunehmen. Unter den Todesfällen machte jener des Herzogs Albrecht von Sachsen-Teschen (10. Februar 1822), dem Wien eine neue Wasserleitung, das Christinen-Denkmal in der Augustinerkirche, das Palais auf der Augustinerbastei und die Anlage einer der werthvollsten Kunstsammlungen, der Albertina, verdankte, einen schmerzlichen Eindruck.

Zu einer warmen Huldigungsfeier von Seite der Bürger gab die schwere Erkrankung des Kaisers Franz im Jahre 1826 Anlass. Welche Verehrung der Monarch genoss, bezeugt die große Bestürzung in allen Kreisen, als er in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar mit den Sterbesacramenten versehen wurde. Das Fest der Wiedergenesung (10. April 1826) rief Freudenausbrüche auf offener Straße hervor, wie sie kaum herzlicher gedacht werden können. — Gegenüber diesem loyalen Entgegenkommen des Volkes konnten die Wiener mit Recht bei der großen

Überschwemmung in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März 1830 auf eine ebenso herzliche Theilnahme rechnen. Außer den großen Verlusten an Hab und Gut, welche damals ein Theil der Bevölkerung erlitt, fanden 74 Menschen den Tod in den Fluten. Der Kaiser, sowie der Kronprinz Erzherzog Ferdinand und Erzherzog Franz Karl verweilten während der höchsten Gefahr oft ununterbrochen auf dem Schauplatz des Unglückes und überwachten die Rettungsanstalten. Eine Summe von 350.000 Gulden wurde im Weg der Sammlungen für die Nothleidenden aufgebracht. Dieselbe warme Theilnahme bezeugte der Kaiser bei dem großen Unglück, von dem Wien im darauffolgenden Jahre heimgesucht wurde. Die Cholera, eine neue epidemische Krankheit, die wegen ihrer zerstörenden Wirkung und des Unvermögens der Ärzte, sie zu bewältigen, schon seit Monaten die Gemüther beunruhigte, kam auch hier zum Ausbruche und forderte in der Zeit vom 16. August 1831 bis 17. Februar 1832 1975 Menschenleben. Aberglaube und Furcht verbreiteten die abenteuerlichsten Gerüchte über diese Krankheitserscheinung. Aller Handel und Verkehr gerieth in Stockung. Trotz aller Mahnungen, Wien fern zu bleiben, übersiedelte der Kaiser am 18. August von Baden nach Schönbrunn, um in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt zu sein und die Sicherheitsanstalten gleichsam mit eigener Hand zu leiten. Zur Verminderung der Noth unter den ärmeren Classen der Bevölkerung wurde die Inangriffnahme öffentlicher Bauten, wie des sogenannten Choleracanals und des Criminalgerichts- und Gefangenhauses angeordnet. Man hielt diese Bauten für um so nothwendiger, als die Stimmung unter den Arbeitern und kleineren Handwerkern seit der Einführung der Verzehrungssteuer (1830) sehr gereizt war. Damals war es bei einigen Linien, wie in Lerchenfeld und am Tabor, zu förmlichen Krawallen gekommen, wobei die Linienämter ausgeplündert, die Finanzmänner entwaffnet und die Beamten mißhandelt wurden.

In solcher, durch locale Vorgänge herbeigeführten, bedenklichen Stimmung wurde Wien durch die Nachricht von dem Ausbruche der Pariser Revolution (1830) überrascht, welche alle Kreise in die gewaltigste Aufregung versetzte. Hier lebte der einzige Sohn Napoleon's, der Herzog von Reichsstadt, der seit dem Jahre 1818 wohl den Rang und den Titel eines österreichischen Prinzen erhalten hatte, in dessen Seele aber der Cultus für seinen Vater trotz der Bemühungen seines Erziehers und der regen Vorsorge des Kaisers nicht verdrängt werden konnte. Seit jeher war der junge Prinz durch sein einnehmendes, lebhaftes Wesen der Gegenstand großer Aufmerksamkeit gewesen. Man bedauerte ihn, daß er der ruhmvollen Laufbahn, selbst dem Namen seines

Vaters entsagen und in dem eintönigen Hofleben seine Jugend verbringen musste. Wohl erzählte man sich, dass seine Umgebung bemüht sei, in ihm den Ehrgeiz zu erwecken, seinem Adoptivvaterland ein zweiter Prinz Eugen von Savoyen zu werden und freute sich, den Herzog zuerst in der Uniform eines Jägerhauptmanns, dann eines Majors im Regiment Salis herumspazieren zu sehen, aber das Volk ließ sich nicht ausreden, dass der Prinz einst bestimmt sei, seinen Vater zu rächen. Bei dem Ausbruche der Juli-Revolution richteten sich daher alle Augen auf den Prinzen. Es verlautete, dass hier bei dem Fürsten Metternich von den Anhängern Napoleon's der Antrag eingetroffen sei, das französische Kaiserreich wieder herzustellen, dass Versuche gemacht würden, den Prinzen nach Frankreich zu entführen, und dass die Gräfin Napoleon Camerata, eine Cousine des Prinzen, welche im „Gasthof zum Schwan" wohnte, mit ihm einen vertrauten Briefwechsel unterhalte. Man sah den Prinzen traurig, nachdenkend, zerstreut, und stets auf das strengste bewacht, nur selten seinen gewohnten Vergnügungen nachgehen. Alle diese Gerüchte und Vorfälle erweckten so starke Sympathien für ihn in allen Kreisen, dass die Regierung sich bestimmt sah, nach dem geheimen Verkauf von Napoleonischen Porträts und Schlachtenbildern zu fahnden und deren Verbreitung in einem besonderen Erlass (vom 13. December 1830) strenge zu verbieten. Kaum waren nach der Anerkennung Ludwig Philipp's als König der Franzosen die Gemüther wieder beruhigt und die Person des Herzogs von Reichsstadt in den Hintergrund getreten, als die Revolution in Belgien (25. August 1830), dann in Polen (29. November 1830) und in Modena, Parma und Bologna (im Februar 1831) ausbrach. In Deutschland waren noch zu Ende 1830 der Kurfürst von Hessen und im September 1831 der König von Sachsen durch Volksaufstände zu neuen liberalen Verfassungen gedrängt worden. Das Hambacher Fest (24. Mai 1832) zeigte die große Gährung unter der deutschen Jugend, ihre Begeisterung für freiheitliche Ideen und die Schaffung einer strammeren Centralgewalt an der Stelle des Bundestages.

Seit diesen Ereignissen begann das Gefühl der Sicherheit und die Bewunderung für den Kaiser und den Fürsten Metternich, die starren Vertreter der Aufrechthaltung der alten Staatsordnung, auch in weiteren Kreisen zu erkalten. Erwies sich doch das System, womit sie den Völkern einen ewigen Frieden erhalten wollten, als nicht ausreichend gegenüber den revolutionären Zuckungen. Man begann es zu tadeln, dass der Kaiser in seinem Hasse gegen jede Neuerung sich zum Anwalt jeder Regierung aufwarf, welche sich zum Princip der Stabilität bekannte. Man klagte über

den schleppenden Geschäftsgang, die Unentschlossenheit des Kaisers bei entscheidenden Verfügungen und die immer mehr ins Kleinliche fallende Bevormundung. Bei der ersten Nachricht von dem drohenden Ausbruche eines Krieges infolge der Unruhen in Italien erwachten die traurigen Erinnerungen an die Finanzkatastrophe von 1811. Alles eilte in die Bank, um die Banknoten gegen Silber einzuwechseln, was die Regierung nöthigte, mit schweren Opfern den Metallvorrath der Nationalbank zu verstärken. Trotz aller Verbote konnte die Polizei nicht verhindern, dass an öffentlichen Orten die Deutschen, Böhmen und Ungern einen förmlichen Cultus mit dem Polenaufstand trieben, so dass der russische Gesandte darüber bei dem Chef der obersten Polizeibehörde, Grafen Sedlnitzky, Beschwerde führte. In eingeweihten Kreisen wollte man wissen, dass die Polizei deshalb so nachsichtig gegen die öffentlichen Sympathiebezeugungen für den polnischen Aufstand vorgehe, weil der Staatskanzler Fürst Metternich im Geheimen denselben begünstige. — In diese Zeit der politischen Aufregung fiel auch ein Ereignis, welches die wissenschaftlichen Kreise lebhaft beschäftigte. Im September 1832 wurde hier auf Anregung der Freiherrn von Jacquin und J. Littrow die zehnte Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte abgehalten, welche sich von Seite des Kaisers und der Regierung einer ausgezeichneten Aufnahme zu erfreuen hatte. Sie sollte zeigen, dass Österreich ernsten wissenschaftlichen Forschungen nicht abgeneigt sei.

Von einer tieferen, nachhaltigen Wirkung war das plötzlich erwachte regere politische Leben allerdings noch nicht. Die von Kaiser Nikolaus seinen Alliirten, dem Kaiser von Österreich und dem König von Preußen, warm empfohlene Restaurationspolitik führte gegenüber dem Aufflammen liberaler Ideen zu strengen Repressivmaßregeln, welche in dem Auftreten der Mächte gegen die schweizerische Eidgenossenschaft, in den Bundesbeschlüssen vom Jahre 1832, den Congressen zu Teplitz und Münchengrätz (1833) und den Wiener Conferenzen (1834) Ausdruck erhielten. Kein Staat war aber eifriger bemüht, den reactionären Impulsen, die der immer stärker hervortretende russische Einfluss gab, eifriger zu folgen, als Österreich. Gleichsam als wollte Fürst Metternich den nordischen Bundesgenossen überbieten, aber auch aus Überzeugung von der Gefahr der nationalen und politischen Bewegung für Österreich, trat er den constitutionellen Neigungen einzelner deutscher Regierungen entgegen. Dadurch richteten sich alle Angriffe des „jungen Deutschland“ instinctmäßig gegen die österreichische Regierung, den erklärten Feind alles Fortschrittes und aller freieren Bewegung der Geister. Und dieser leidenschaftliche Kampf in der Presse gegen die Träger des ganzen

Systems konnte trotz des polizeilichen Druckes nicht verfehlen, in den verschiedensten Kreisen einen um so tieferen Eindruck hervorzurufen, als sich in dem herangewachsenen jungen Geschlecht selbst das Gefühl der Erniedrigung über den Druck der Geister lebhaft zu regen begann. In seinen „Spaziergängen eines Wiener Poeten" erhob Anastasius Grün die erste poetische Klage über das grenzenlose Misstrauen gegen edle, in so vielen Kämpfen erprobte Völker, den ersten Nothruf um Recht, um Freiheit der Bewegung. Trotz aller Anstrengungen der Polizei brachen sich die „Spaziergänge" in Österreich Bahn und fanden weite Verbreitung. Zurückkehrend aus dem Ausland, trat Nikolaus Lenau mit seinen Polenliedern und seinem „Savonarola" in die Öffentlichkeit. An diese beiden hervorragenden Dichter schlossen sich bald darauf eine Reihe anderer junger Schriftsteller, wie K. Beck, Kuranda, Hartmann, J. Kaufmann, Rank u. s. w., die zum Theil, ihre Heimat verlassend, von Deutschland aus den Kampf gegen das sogenannte Metternich'sche System eröffneten und mit dem wärmsten patriotischen Gefühl über die Zustände ihres Vaterlandes Klage führten.

Diese Bewegung machte sich in den weitesten Kreisen Wiens lebhaft geltend. Man konnte in keine Gesellschaft eintreten, ohne dass nicht selbst in rein literarischen Fragen bestimmte Gegensätze hervortraten. Dies galt vorzugsweise von den Salons der Banquiers, der adeligen Emporkömmlinge, die im Gegensatze zu dem alten österreichischen Adel, mit einer gewissen Vorliebe jüngere Künstler und Schriftsteller an sich zogen. Selbst in den bürgerlichen Kreisen war eine Wandlung eingetreten. Mit der von Jahr zu Jahr sich ausbreitenden Industrie waren zahlreiche Arbeitskräfte aus Deutschland nach Wien gekommen. Wohlhabende Fabrikanten hatten ihre Söhne ins Ausland gesendet oder unternahmen selbst Reisen zur Erwerbung einer größeren fachlichen Ausbildung. Sie brachten ein tieferes Verständnis für die Zeiterscheinungen mit und fühlten mit Unbehagen den geringen Einfluss der Bürger auf Angelegenheiten, welche ihre innersten Interessen berührten.

Inmitten dieser aufkeimenden Bewegung der Geister, von der sich aber noch nicht ahnen ließ, ob sie nur die flüchtige Wirkung vorübergehender Zeitereignisse sei oder mächtiger in das Leben der Hauptstadt eingreifen werde, starb Kaiser Franz I. Am 24. Februar stellten sich die ersten Krankheitserscheinungen ein, welche die herzlichste Theilnahme der Bevölkerung hervorriefen*);

*) Fürstin Melanie Metternich bemerkt in ihrem Tagebuche, dass diese Theilnahme rührend gewesen sei. „Allgemein spricht sich der Hass gegen die Siebenbürger aus, die, so sagt man, an der Krankheit des Kaisers schuld sind. Man möchte sie zerreißen." Aus Metternich's nachgelassenen Papieren, V. 1623.

am 2. März um $^3/_4$1 Uhr morgens, an demselben Tage, an welchem er vor 43 Jahren die Regierung angetreten hatte, hauchte er seinen Geist aus. Noch während des letzten Aufflackerns seiner Lebenskraft rief er den Thronfolger Erzherzog Ferdinand und dessen jüngeren Bruder Erzherzog Franz Karl an sein Krankenlager und ermahnte sie zur Eintracht. Eintracht in seinem Hause und mit seinen verbündeten Fürsten war das Letzte, woran der sterbende Monarch ahnungsvoll gedacht hatte. —

Tief fühlte man im Volke den Verlust des Kaisers und bis in die ärmsten Kreise drang der Schmerz. Aller Groll schwand und so groß war die vertrauensvolle Hingebung an den Kaiser, dass man sich mit den wunderlichsten Gerüchten über dessen Testament beschäftigte. Am 6. März wurde in der That ein Paragraph desselben (§. 14) veröffentlicht, welcher mit den Worten begann: „Meine Liebe vermache Ich meinen Unterthanen. Ich hoffe, dass Ich für sie bei Gott werde beten können, und Ich fordere sie auf zur Treue und Anhänglichkeit gegen meinen legitimen Nachfolger." Diese Worte riefen unter den Bürgern und Landleuten eine solche Freude hervor, dass das Placat in tausenden von Exemplaren unter Glas und Rahmen gebracht und durch viele Jahre in den Wohnungen der Bürger und Bauern aufbewahrt wurde. Nur in einzelnen Kreisen, welche das zurückgelassene große Privatvermögen des Kaisers im Auge hatten, machte die Kundgebung den entgegengesetzten Eindruck und sie wurde der Gegenstand beißenden Witzes und Spottes.

Die lebhaften Empfindungen der Trauer wurzelten nicht bloß in der Liebe zum Kaiser, sondern auch in der bangen Sorge um die Zukunft des Reiches. Der Thronfolger Ferdinand (geboren 19. April 1793) war in seiner Kindheit von krankhafter Leibesbeschaffenheit. Gleichwohl schien sich seine Gesundheit später zu kräftigen. Allein nach zurückgelegtem 35. Lebensjahr begannen sich epileptische Anfälle einzustellen, welche im December 1832 solch eine bedenkliche Stärke erreichten, dass man seinen Tod befürchtete. Diese Krankheitszustände blieben nicht ohne merklichen Einfluss auf die Energie seiner geistigen Fähigkeiten, sie schwächten und trübten sein Gedächtnis. Infolge dieser Kränklichkeit wurde er als Kronprinz mit Regierungsangelegenheiten nur wenig behelligt und lebte zurückgezogen für seine mit großer Vorliebe gepflegten naturhistorischen und technologischen Sammlungen. Es kostete ihm im Jahre 1830 große Anstrengung, sich den Ceremonien bei der Krönung zum König von Ungarn zu unterziehen und die Wiener waren nicht wenig erstaunt, als er in demselben Jahre bei Gelegenheit der Überschwemmung längere Zeit auf dem Schauplatze des Unglückes verweilte, weil

sie an sein Auftreten in der Öffentlichkeit nicht gewöhnt und durch die Beweise eines überaus regen Mitgefühles freudig überrascht waren. Herzensgüte und Milde der Gesinnung waren aber überhaupt ein dem Kronprinzen eigenartiger Charakterzug, der sich am glänzendsten bei einem gegen ihn gerichteten Attentate bewährte. Am 9. August 1832 hatte der pensionierte Hauptmann F. Reindl, ein leichtsinniger Schuldenmacher, dem man die wiederholt gewährte Unterstützung endlich verweigert hatte, auf den Kronprinzen in Baden geschossen. Während sich in allen Kreisen über dieses Verbrechen der größte Unmuth aussprach, bat Ferdinand so lange für den Attentäter um Gnade, bis die Todesstrafe in eine Festungsstrafe umgewandelt wurde, und warf noch überdies der Witwe und den Kindern eine ausreichende jährliche Pension aus. Diese Gesinnung bethätigte er auch bei seinem Regierungsantritte durch die Begnadigung eines gemeinen Mörders und die Amnestie für die politischen italienischen Sträflinge in Brünn und Munkacs, spontane Acte seiner Denkweise.

Kaiser Franz I. hatte seinem Nachfolger ein politisches Testament hinterlassen, worin er ihn ermahnte, zu regieren, wie er selbst regiert habe und sich in keiner Weise auf Veränderungen einzulassen. Er empfahl ihm den Fürsten Metternich als seinen besten Freund und treuen Diener. Nicht bloß erfahrene Politiker, auch schlichte Bürger waren sich bewusst, dass die Ausführung dieses Testamentes unmöglich sein werde. Kaiser Franz I. hatte durch die Macht seiner Persönlichkeit, die hohe Achtung, die er genoss, die Schäden des lockeren Staatsorganismus verdeckt, das politische und nationale Parteileben niedergehalten. Mit seinem Tod giengen der Glaube und das Vertrauen in die höchste Autorität zu Grabe. Niemand war im Stande, sie zu ersetzen, am wenigsten sein Nachfolger, dessen Herzensgüte wohl allgemein gepriesen, dessen Befähigung zu einer kräftigen, umsichtigen Leitung des Staates aber entschieden bezweifelt wurde. Sollte Österreich stark und mächtig bleiben, so war das, wie sich schon damals niemand verhehlte, bei dem erwachten regen nationalen Leben der verschiedenen Völker nur in der allmählichen Anbahnung einer stärkeren Einheit durch gemeinsame Institutionen möglich, damit durch diese der österreichische Staatsgedanke zum Ausdrucke gelange. Dies erforderte aber eine gründliche Reform aller politischen Einrichtungen, womit sich die Empfehlung des Kaisers Franz, an den Regierungsgrundsätzen nichts zu ändern, schlecht vertrug.

In Befolgung des Testamentes seines Vaters erklärte K. Ferdinand I. in seinem Regierungsmanifest, in jeder Hinsicht den Fußstapfen seines geliebten

Vaters folgen zu wollen. Mit Rücksicht auf seine körperlichen Leiden, welche eine angestrengte Regierungsthätigkeit nicht gestatteten, umgab er sich mit drei, sein volles Vertrauen genießenden Männern: Erzherzog Ludwig, seinem Oheim, der schon in den letzten Jahren auf die Regierungsgeschäfte großen Einfluss genommen hatte, dem Staatskanzler Fürsten Metternich und dem Staats- und Conferenzminister Grafen Franz Kolowrat. Schon nach einem Jahre stellte sich aber die Nothwendigkeit einer Änderung in der obersten Regierung heraus. Auf der einen Seite giengen die Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei leitenden Persönlichkeiten in offene Zerwürfnisse über, auf der anderen Seite steigerte sich die geistige Abspannung des Kaisers. Es kamen beunruhigende Fälle von Missbrauch der Güte des Kaisers vor, indem ohne das Gutachten der competenten Behörden kaiserliche Unterschriften zu ganz ungesetzlichen Acten erwirkt wurden. Durch die Mitwirkung der Kaiserin-Mutter und des Erzherzogs Johann vereinbarte man nach langen Verhandlungen im December 1836 die „Staatsconferenz", deren Hauptzweck war, „den Kaiser zu vertreten, wenn Unwohlsein ihn hinderte, sich mit den Regierungsgeschäften zu befassen". Den Vorsitz in dieser Conferenz hatte Erzherzog Ludwig zu führen, welcher dadurch auch das alter ego des Kaisers wurde. Die übrigen Mitglieder waren der wahrscheinliche Thronfolger, Erzherzog Franz Karl, Fürst Metternich und Graf Kolowrat, von denen aber der erstere nur eine berathende Stimme hatte. Der entscheidende Factor der Conferenz blieb das frühere Triumvirat, in dessen Händen ausschließend die Geschicke Österreichs lagen.

Von diesen Veränderungen im Staatsorganismus hatte man in der Hauptstadt nur eine dunkle Vorstellung, weil alles, was man selbst in diplomatischen Kreisen darüber erfuhr, nur auf Gerüchten beruhte und die Regierung in den auswärtigen Journalen die Bedeutung der vorgenommenen Veränderungen abzuschwächen bemüht war. Beunruhigt fühlte man sich kurze Zeit nur durch das Gerücht, dass Graf Kolowrat von seinem Posten zurückzutreten Willens sei, weil man in ihm den Vertreter reformfreundlicher, liberaler Ideen erblickte. Anfangs hatte es auch den Anschein, als ob ein frischer Geist in die ganze Verwaltung gekommen sei. Die Geschäfte wurden rascher erledigt, auf dem Gebiete des Innern, der Finanzen und der Rechtspflege manche wohlthätige Verbesserung vorgenommen; selbst die Censur fieng man an ungemein milde zu handhaben, so dass man von dem Präsidenten der Polizeihofstelle, Grafen Sedlnitzky, sagte, er sei unter die Liberalen gegangen. Aber zu einer weitergreifenden Änderung des Regierungssystems kam es nicht. In den höchsten Kreisen beschäftigte man sich

wohl mit Vorschlägen, Plänen und Entwürfen zu einer Reform der Staatsmaschine. „Zum Thun," schreibt Graf Hartig, der Verfasser der „Genesis der Revolution", „ließ es aber theils die Macht der Gewohnheit, theils Unentschlossenheit und Uneinigkeit über das zu Thuende nicht kommen. Man glaubte den Sturm nicht so nahe; als er hereinbrach, vermochte die abgenutzte Maschine das Staatsschiff nicht mehr zu lenken. Wind und Wellen trieben damit ihr Spiel."

Gegenüber dieser Unentschlossenheit wurde die Kritik gegen Personen und Zustände immer schärfer, die auswärtige Tagesliteratur in ihrer Opposition gegen die Wiener Verhältnisse mit immer größerer Begierde gelesen und jedes politische Ereignis im Ausland mit wachsender Spannung beobachtet. So rief das Wiederauftauchen der orientalischen Frage im Jahre 1840 die lebhafteste Bewegung in den Gemüthern hervor. Die alte patriotische Begeisterung flammte hier in allen Kreisen auf, als der junge Erzherzog Friedrich, der Sohn des Helden von Aspern, an der Spitze der österreichischen Truppen Saida erstürmte. Gleich mächtigen Wiederhall fand in allen Herzen die in Deutschland erwachte Begeisterung für die Zurückweisung jedes Angriffes der Franzosen auf die Rheingrenze. Trotz aller polizeilichen Bevormundung war an allen Orten das Lied: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein", verbreitet. Großes Missbehagen rief Metternich's Parteinahme für die Jesuiten in der Schweiz hervor, weil man deren Wiederausbreitung in Österreich besorgte. Nicht geringe Aufmunterung fand der Geist des Widerspruches gegen das bestehende Regierungssystem darin, dass selbst in den höchsten Kreisen starke Meinungsverschiedenheiten über die einzuhaltende Politik vorhanden waren. So galten im Volke von den Mitgliedern des Kaiserhauses Erzherzog Franz Karl und Erzherzogin Sophie, die Erzherzoge Johann und Stephan, und von der hohen Beamtenwelt Graf Kolowrat, Baron Kübeck, Baron Pillersdorf, Graf Hartig und Graf Figuelmont als die Vertreter liberaler Reformen.

Mancherlei Vorgänge in der Hauptstadt selbst wiesen auf die Unhaltbarkeit der Verhältnisse hin. Seit Jahren sprach niemand von den niederösterreichischen Ständen; die jährliche Versammlung kam und gieng immer, ohne irgendwie beachtet zu werden. Angeregt durch die Bewegung unter den böhmischen und mährischen Ständen fühlten nach dem Jahre 1840 nun auch diese das Bedürfnis nach einer vom Throne ausgehenden Reform des Staatslebens. Noch im Jahre 1843 drangen sie auf allgemeine Ablösung sämmtlicher Zehenten und Roboten; im Jahre 1844 entspann sich im Schoße der Stände eine scharfe Polemik mit der Regierung gegen die Ungerech-

tigkeit der Verzehrungssteuer und des Stempelgefälles. Im Jahre 1845 nahmen die Wünsche und Forderungen der Stände bereits einen höheren Flug. Sie hießen: Öffentliche Rechnungslegung über den Staatshaushalt, Zuziehung der Stände zur Berathung in allen wichtigen Angelegenheiten und bessere Vertretung des vierten (Bürger-) Standes in den Ständeversammlungen, Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer und Gründung einer ständischen Creditanstalt. Als die Nachricht von diesen Forderungen der Stände in weitere Kreise drang, wurde sie mit Jubel begrüßt. Desto größer war aber das Missbehagen der Regierung. Eine ständische Deputation, welche für die Herabsetzung der Militärdienstzeit dem Kaiser im Jahre 1845 eine Dankadresse überreichen sollte, wurde nicht einmal vorgelassen und das ständische Lesecabinet, der Versammlungsort der Stände außer der Zeit der jährlichen Versammlung, zeitweilig geschlossen.

Sollte die geistige Bewegung an Tiefe und Ausdehnung gewinnen, so war, wie man sich nicht verhehlte, das erste Erfordernis, die gesammte österreichische Literatur zu heben, was aber ohne eine Änderung der Censurverhältnisse nicht möglich war. Die Dichter, Gelehrten, Schriftsteller und Journalisten ermannten sich deshalb zu einem bedeutungsvollen Schritt. Sie überreichten am 17. März 1845 der Regierung eine Denkschrift mit der Bitte um die Ausarbeitung eines Censurgesetzes, die Verleihung einer unabhängigen Stellung für die Censurbeamten und die Gründung eines Recurszuges in Censurangelegenheiten, ein Schriftstück, in dem sie freimüthig die trostlosen Zustände in dieser Richtung auseinander setzten. Alle literarischen Namen von Bedeutung waren unterzeichnet, an ihrer Spitze Franz Grillparzer. Ihm schlossen sich an: Ettingshausen, Bauernfeld, Baumgartner, Feuchtersleben, Littrow, Schrötter, Ladisl. Pyrker, Friedrich Halm, Hye, Kudler, Ludwig Frankl, Th. v. Karajan, Joh. N. Vogl, Stelzhammer, Zedlitz, Castelli, Hammer-Purgstall, Neumann, A. Stifter, M. Saphir, Holbein, Hock, Rokitansky u. s. w.

Eine wahrhaft agitatorische Thätigkeit entwickelte die auswärtige Presse, welche unermüdet die bitterste Kritik an den österreichischen Zuständen übte und einen außerordentlichen Einfluss auf die Stimmung der Wiener Kreise nahm. In vorderster Reihe standen die in Leipzig erscheinenden „Grenzboten", im Jahre 1842 von J. Kuranda gegründet. Sie waren der Sammelpunkt der Geister, die ihrem Unmuth und ihrer Unzufriedenheit auf heimischem Boden nicht Luft machen konnten und unterhielten eine enge Verbindung mit den hervorragendsten Männern Wiens. Eine außerordentliche Sensation erregte eine im Jahre 1843 erschienene Broschüre: „Österreich

und dessen Zukunft", welche einen Appell an den österreichischen Adel richtete, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Als deren Verfasser bekannte sich später Freiherr von Andrian. Dieser Broschüre folgte eine Flut von politischen Flugschriften ähnlichen Inhaltes, unter denen jene von Franz Schuselka („Deutsche Worte eines Österreichers, ist Österreich deutsch?") wegen ihrer warmen patriotischen Färbung und ihrer Betonung „des deutsch-nationalen Berufes Österreichs" dem Verfasser die größte Popularität verschafften.

Einen langsamer wirkenden, aber um so mächtigeren Einfluss nahm die Universität. Unter den jüngeren Professoren hatte sich schon längst die Erkenntnis Bahn gebrochen, dass das bestehende Studiensystem im Interesse einer Belebung des wissenschaftlichen Geistes einer gründlichen Reform bedürfe. Versuche zu dessen Änderung fallen noch in die Zeit des Kaisers Franz I.; die Verwirklichung derselben scheiterte aber im wesentlichen deshalb, weil jede Reform ohne gleichzeitige Umgestaltung des Gymnasialunterrichtes keinen praktischen Erfolg hatte. So beschränkte man sich auf einzelne Abänderungen in dem Lehrplane der verschiedenen Facultäten, die nach langjährigen Verhandlungen erst im Jahre 1846 ins Werk gesetzt wurden. Während dieser Zeit war jener Theil der Professoren, welcher von dem Bedürfnis nach einer freieren Bewegung durchdrungen war, jeder in seinem Kreise bemüht, die Schranken des Lehrzwanges zu durchbrechen, in die Jugend ein ernsteres Streben zu bringen, den Kreis ihrer Anschauungen zu erweitern und sie mit den großen Fragen wissenschaftlicher Forschung im Ausland bekannt zu machen. In jeder Facultät gab es Männer von hohem wissenschaftlichen Ruf, um die sich die Jugend mit Vorliebe scharte, deren Vorträgen sie mit gespannter Aufmerksamkeit lauschte. In der juridischen Facultät gehörten dazu die Professoren: Josef Kudler, Anton Hye, Leopold Neumann; in der medicinischen Facultät die Professoren: Anton von Rosas, Adolf Pleischl, Josef Hyrtl, Stephan Endlicher, F. Schuh, Karl Rokitansky, Ernst Freiherr von Feuchtersleben, Johann Dumreicher, Johann Dhlauhy und F. Schneider und in der philosophischen Facultät die Professoren: Andreas von Ettingshausen, Josef Petzwal, K. von Littrow, Anton Schrötter, Ferdinand Heßler u. s. w. Wie einzelne dieser Männer ihre Aufgabe erfassten, zeigte das Missfallen, das sich in den Regierungskreisen über sie wiederholt kundgab.

Für jene gebildeten, außerhalb der Hochschule stehenden Kreise, welche sich an dem politischen Leben betheiligten, wurde der im Jahre 1842 begründete juridisch-politische Leseverein der gemeinsame Mittelpunkt zur

Besprechung der Tageserscheinungen. Seine Mitglieder gehörten größtentheils der hohen Beamtenwelt an; außer dieser traf man darin aber auch Schriftsteller aller Fächer, Professoren, Ärzte, Theologen und Industrielle. Nach den Statuten war wohl nur gestattet, Bücher und Zeitungen zu lesen, um die juristische und Beamtenwelt von dem Fortgang der Literatur in Kenntnis zu erhalten. Aber dabei war es unvermeidlich, Gedanken, Erlebnisse und Erfahrungen zu mündlicher Mittheilung zu bringen und zuweilen Besprechungen daran zu knüpfen. Gegründet von Dr. von Mühlfeld, Freiherrn von Sommaruga, Dr. Alex. Bach, Dr. von Würth, Dr. Wildner von Maithstein und den Professoren Hye und Stubenrauch, gewann er rasch eine so große Mitgliederzahl, dass in den Abendstunden dort das regste Leben herrschte. In diesen Verein mündete fast alles geistige Leben der Residenz; bedeutende Fremde aller Nationen ließen sich in denselben einführen, um in die herrschende Strömung Einsicht zu erlangen. Wie die Börse für die Politik, war der Verein ein Thermometer für die Stimmung in Wien.

Unter den Bürgern hatte der sich vorbereitende Umschwung in den Verkehrs- und Handelsverhältnissen das Bedürfnis nach Schaffung eines Organes für die Vertretung ihrer Interessen hervorgerufen. Es führte zur Gründung des niederösterreichischen Gewerbevereines. Der Gedanke hiezu tauchte in einem Kreis intelligenter Bürger, Fabrikanten und Kaufleute bei Gelegenheit der ersten Gewerbeproducten-Ausstellung in Wien (1835) auf. Diesen entgieng nicht, dass das bisherige Prohibitivsystem gegenüber dem von Preußen (1833) gegründeten deutschen Zollverein auf die Dauer unhaltbar und die Wiener Industrie verloren sei, wenn sie nicht der großartigen Entwicklung Englands, Frankreichs und Deutschlands zu folgen versuche. Es wurden deshalb schon im Jahre 1836 die ersten Schritte zur Begründung eines Vereinigungspunktes gemacht. Seine Wirksamkeit sollte darin bestehen, durch gegenseitige Belehrung auf die Hebung und Vervollkommnung der Industrie und des Handels Einfluss zu nehmen. Am 30. December 1838 fand unter dem Vorsitz des Grafen Ferdinand von Colloredo-Mannsfeld die provisorische Constituierung des Vereines statt, und nach Genehmigung der Statuten (20. October 1839) trat der Verein unter dem Protectorat des Erzherzogs Franz Karl definitiv ins Leben. Die besten, tüchtigsten Männer der industriellen und technischen Kreise, wie Arthaber, Hornbostel, Ettingshausen, Baumgartner, H. F. Müller, L. Robert, G. Borkenstein, Spoerlin traten in den ersten Verwaltungsrath ein. Graf Colloredo, Professor Kudler und Ludwig Freiherr von Pereira bildeten den Vorstand. Durch die regel-

mäßig wiederkehrenden Sitzungen, Vorträge und die Versammlungen in den Lesezimmern war ein unausgesetzter Verkehr und Ideenaustausch angebahnt, der sich zwar zunächst nur auf die industriellen, technischen und chemischen Fortschritte erstreckte, aber das Gebiet der Politik nicht vermeiden konnte, zudem gerade dieses die Interessen der Bürger sehr nahe berührte. Dies zeigte sich insbesondere in Bezug auf den am 1. März 1839 neu in's Leben getretenen Zolltarif und die Frage des Anschlusses Österreichs an den deutschen Zollverein, wozu Fürst Metternich den Anstoß gegeben hatte. Beide Angelegenheiten hatten unter den Industriellen Wiens große Aufregung hervorgerufen, weil diese die einheimische Industrie für zu schwach hielten, als dass sie mit den deutschen Gewerben und Fabriken hätte in Concurrenz treten können. Im Auftrage der Regierung wurde vom Gewerbevereine im Jahre 1841 eine Commission niedergesetzt, welche sich mit diesen Fragen beschäftigte. Eine entschiedene Majorität war gegen den Anschluss. In den maßgebenden Kreisen erkannte man aber die Bedeutung des Zollvereines für die künftige Gestaltung Deutschlands und wollte Österreich hievon nicht ausgeschlossen wissen, um dadurch dem Einfluss Preußens entgegenzuwirken. Schwierig war dieser Anschluss nur mit Rücksicht auf Ungarn, von woher in der Besorgnis einer Germanisierung des Landes der entschiedenste Widerspruch zu gewärtigen war. Der Kampf für und gegen den Zollanschluss wurde nun im Gewerbeverein durch mehrere Jahre mit einer leidenschaftlichen Erregtheit geführt, und er erreichte seinen Höhepunkt, als im Jahre 1844 der unermüdliche Zollvereinsagitator List nach Wien kam, um bei der Regierung wie bei den Industriellen für den Zollanschluss zu wirken. Er fand bei Metternich und dem Präsidenten der Hofkammer, Freiherrn von Kübeck, welche aus politischen und commerciellen Gründen für den Anschluss waren, die günstigste Aufnahme. Der Gewerbeverein veranstaltete zu Ehren List's am 23. December 1844 im Hotel Munsch auf dem Neuen Markt ein Bankett, das durch seine politische Färbung von großem Interesse war, indem List einen mit stürmischen Beifall aufgenommenen Toast auf Deutschlands Einheit ausbrachte. Eine große Bedeutung aber hatte dieser Ausbruch eines deutsch-nationalen Enthusiasmus nicht. Denn den Männern des Gewerbevereines war nicht unbekannt, dass sich die Regierung trotz ihrer starken Hinneigung zum Eintritt in den deutschen Zollverein kaum getraute, in eine neuerliche Modification der Zollsätze einzugehen, weil die Wiener Fabrikanten erklärt hatten, „dass vierzehn Tage nach Zulassung der außer Handel gesetzten Waren 50.000 Arbeiter in Wiens Vorstädten und nächster Umgebung beschäftigungslos sein würden".

Mit freudigen Hoffnungen sah man auch in diesen Kreisen, dass sich im Schoße des Magistrates ein frischerer Geist zu regen begann. Seit dem Tode Wohlleben's hatte, wie schon erwähnt wurde, das Gemeinwesen der Stadt bedeutende Rückschritte gemacht. Die Regierung, ohne Vertrauen zu den leitenden Personen, trieb die Bevormundung bis zur Erniedrigung, ohne aber im Stande zu sein, die Verwaltung zu verbessern. Dadurch büßte der Magistrat sein Ansehen und seinen Einfluss auf die Bürgerschaft ein. Schon Kaiser Franz I., obwohl ein Feind jeder Reform, schien eine Änderung dieser misslichen Verhältnisse im Auge gehabt zu haben, indem er Bürgermeister Lumpert im September 1834 bestimmte, in den Ruhestand zu treten. Als es sich um die Ernennung eines neuen Bürgermeisters handelte, war sein Augenmerk auf Ignaz Czapka (geboren zu Liebau in Mähren 24. Februar 1792), einen der jüngsten Magistratsräthe, gerichtet, von dem man sich wegen seiner großen Rührigkeit, seiner Energie bei Behandlung einzelner Fragen und seinem Organisationstalent viel versprach. Diese Anschauung theilte man auch in anderen Kreisen, und so geschah es, dass Czapka in der That von der Majorität der drei Senate und der äußeren Räthe in den Wahlvorschlag aufgenommen wurde. Bevor es aber zur Ernennung des Bürgermeisters kam, starb Kaiser Franz I. Nun fand man es für zweckmäßiger, zum Bürgermeister den schon seit Jahren als Vicebürgermeister fungierenden Leeb zu berufen und diesem Czapka als Vicebürgermeister zur Seite zu stellen. Nach drei Jahren (am 6. November 1837) starb aber Bürgermeister v. Leeb, und es erfolgte nun über fast einstimmigen Vorschlag des Magistrates und der äußeren Räthe am 30. Juni 1838 die Ernennung Ignaz Czapka's zum Bürgermeister.

In allen Kreisen der Hauptstadt wurde dieser Act mit Beifall begrüßt. Was man von Czapka bisher erfahren, sprach zu seinen Gunsten. Er hatte bisher unter ungünstigen Verhältnissen weitgreifende Reformen im Interesse des öffentlichen Wohles durchgeführt, den hergebrachten Schlendrian beseitigt und Muth und Ausdauer gezeigt, wo es sich um ein Einschreiten gegen missliebige Personen und misliche Verhältnisse handelte. In der That zeigte gleich sein erstes Auftreten, dass ihm bei seinen Reformen ein großes Ziel vorschwebte, indem er die durch die Josefinische Reform gehinderte Fortentwicklung der Stadt und der Vorstädte zu einem großen Gemeinwesen wieder aufnahm und den Magistrat aus der so drückenden Bevormundung der Regierung zu befreien suchte. Von diesem Gesichtspunkte aus strebte er sogleich nach einer Trennung der drei Senate in der Richtung, dass das Civil- und Criminalgericht als landesfürstliche Behörden erklärt würden,

weil sie keinen städtischen, sondern öffentlichen Interessen dienten, und der Magistrat, wie früher, nur die Stellung und Eigenschaft einer politischen und Gemeindebehörde erhalte, mit einem Wirkungskreis, der sich auf die Stadt und sämmtliche Vorstädte erstreckte. Für die wirtschaftlichen Angelegenheiten verlangte Czapka ein aus Bürgern zusammengesetztes Controlorgan, einen Bürgerausschuss, wie ihn auch andere österreichische Städte besaßen. Zur Begründung eines einheitlichen Gemeinwesens hielt er es aber für unerlässlich, dass der Wirkungskreis der noch innerhalb der Linien Wiens bestehenden herrschaftlichen Dominien, namentlich in politischer Beziehung, eingeschränkt würde, und dass diese Dominien aus ihren Renten zur Bestreitung der öffentlichen Verwaltungsauslagen, als Straßenerhaltung, Beleuchtung, öffentliche Sicherheit, Armenversorgung u. s. w., Beiträge leisteten und die Kosten nicht den Renten der Gemeinde allein überließen. Czapka gelang es indes nur theilweise, mit seinen Reformen durchzudringen. Die Regierung änderte wohl das bisherige Verhältnis zwischen den drei Senaten, aber zu einer eigentlichen Abtrennung der Justizsenate kam es nicht. Die herrschaftlichen Dominien aber, wie das Stift Schotten, das Domcapitel, die Barnabiten, Fürst Liechtenstein u. s. w., sträubten sich so energisch gegen eine Beschränkung ihres Wirkungskreises, dass es eines jahrelangen Kampfes bedurfte, bis es Czapka gelang, mit seinen Vorschlägen durchzudringen. Sein Versuch zur Errichtung eines Bürgerausschusses hatte aber bei Hof und in der Staatsconferenz einen ungünstigen Eindruck gemacht. Es blieb ihm der Vorwurf nicht erspart, dass er sich von den in Schwung gekommenen Reformideen zu stark hinreißen lasse. — Weit erfolgreicher waren Czapka's Bestrebungen, dem Magistrate wieder eine selbständigere und unabhängigere Stellung gegenüber der Regierung zu verschaffen. Unterstützt von dem ihm wohlwollenden Staatsminister Grafen Kolowrat, erwirkte er, dass der Geschäftskreis des Magistrats wieder eine größere Ausdehnung erhielt, insbesondere in Bezug auf solche Geschäfte, welche die Gemeinde-Interessen eng berührten, wie das Armenwesen, die Marktaufsicht und das Conscriptions- und Vorspannswesen. In Bezug auf die Gewerbe war Czapka für eine durchgreifende Reform der Gesetzgebung und stellte bei den Zünften mehrere schädliche Missbräuche ab. Da es nicht angieng, die politische Wirksamkeit der Dominien gänzlich zu beseitigen, weil dies angeblich der bestehenden Landesverfassung widersprach, so griff er zum früheren Auskunftsmittel und löste die Grundherrlichkeiten ein *).

*) Das Wirken Czapka's auf allen Gebieten der Verwaltung zu beleuchten, liegt außerhalb des Rahmens dieser Darstellung. Wir können nur noch einige hervorragende

Für all diese administrativen Reformen hatte man selbst in den intelligenteren Kreisen der Bürgerschaft ein nur geringes Verständnis und ebenso eine ganz unklare Vorstellung über deren Bedeutung für die Fortentwicklung des Gemeindewesens. Zum Theil gelangte man von den Veränderungen in der Verwaltung auch gar nicht in Kenntnis, weil man es durchaus nicht für nothwendig hielt, die Bevölkerung über derlei Angelegenheiten zu unterrichten und ihr dafür ein gewisses Interesse einzuflößen. Die fortschrittsfreundlichen Kreise, wie die Stimmführer im Gewerbeverein und im juridisch-politischen Leseverein hatten von Czapka eine ganz andere Haltung erwartet. Er hätte sich, wie sie glaubten, als Bürgermeister der Hauptstadt berufen fühlen sollen, in einer bestimmten Richtung eine politische Thätigkeit zu entfalten, die Wünsche und Forderungen der liberalen Partei zu einer Regenerierung Österreichs zu vertreten. Dazu war aber Bürgermeister Czapka nicht der Mann; dies widersprach allen Traditionen, in denen er gelebt, allen seinen Anschauungen über seine verantwortliche Stellung. Er hielt sich deshalb von allen jenen Kreisen fern, welche ihrer Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen Ausdruck gaben und beschwor dadurch eine energische Opposition gegen sich herauf, die nachgerade selbst den Werth und die Bedeutung seiner administrativen Reformen schmälerte. Man erhob gegen ihn den Vorwurf, dass er nur für die Wünsche der oberen Kreise, nicht aber auch für jene der Bürger ein geneigtes Ohr habe, man tadelte sein eigenwilliges Wesen und erblickte in seinem rückhaltslosen Vorgehen mehr das Streben nach Willkür als Sinn für Gerechtigkeit. Dass er überall fehlte, wo es galt, die Regierung in andere Bahnen zu drängen, wurde als ein Zeichen von zu starker Abhängigkeit gegenüber den damaligen Machthabern angesehen, und man kehrte sich nicht daran, dass ihm seine Stellung, sein Eid, wie seine Pflichten gegen den Kaiser und die Regierung verboten, an politischen Agitationen irgend welcher Art theilzunehmen.

Momente berühren. So vermehrte er das Stammvermögen, verringerte dabei den Schuldenstand und die jährlichen Umlagen für die Bedürfnisse der Gemeinde. Er erweiterte die Passage vom Graben auf den Kohlmarkt durch die Beseitigung einer ganzen Häusergruppe, jene auf dem Hohen Markt durch die Einlösung des Taschnerhauses. Am Spittlberg eröffnete er die Gardegasse und in der Alservorstadt die Währingerstraße bis zur Währingerlinie. Zur Eröffnung der Adlergasse auf der Wieden erwarb er das Haus „zum schwarzen Adler". Er verbesserte die Pflasterung und Gasbeleuchtung, wirkte bei der Anlage der Ferdinands-Wasserleitung mit, löste den Mühlbach und die Wasserrechte an der Wien ein, begann den Bau der Schlachthäuser und errichtete den Brunnen mit den Schwanthaler'schen Figuren auf der Freiung. Czapka bahnte auch die Centralisation des Vermögens der Vorstadtgemeinden an, und machte die ersten Schritte, um dem Magistrat einen größeren Einfluss wie bisher auf die Volksschulen zu verschaffen.

Zu dieser von Jahr zu Jahr steigenden Gereiztheit der Stimmung in der Hauptstadt trugen nicht wenig rein locale Zustände und Vorfälle bei. Die herrschaftlichen Verwalter in Wien, durch die Tendenzen Czapka's in ihrer Stellung bedroht, unterhielten eine ununterbrochene Agitation gegen den Magistrat und führten allerlei Chicanen aus. Am 27. Mai 1843 trug sich der ganz unerhörte Fall zu, dass bei der Recrutierung der Verwalter des Stiftes Schotten zwei in herrschaftlichen Vorstädten wohnende Bürger, von denen der eine dem ersten Bürgerregiment, der zweite dem Scharfschützencorps angehörte, zum Militär abstellen ließ. Allerdings war er dazu berechtigt, weil nach den Grundsätzen der Verfassung, die für das Bürgermilitär vom Jahre 1813 gegeben worden war, in dieses kein Individuum aufgenommen werden sollte, welches zum Militärdienst vorgemerkt oder für die Landwehr bestimmt war, und beide Bürger in militärdienstpflichtigem Alter standen. Es wurden aber diese Grundsätze, weil sie mit dem älteren, nicht aufgehobenen Reglement für die Wiener Bürgercorps vom Jahre 1806 unvereinbar waren, nie strenge gehandhabt, indem die Stadt Wien ohnehin jährlich nur ein Recrutencontingent von 200 Mann zu stellen hatte. Sie waren aber auch deshalb praktisch nicht ausführbar, weil bei ihrer strengen Handhabung kein Gewerbsmann, Fabrikant oder Hausbesitzer vor dem zurückgelegten 45. Lebensjahre das Bürgerrecht hätte erlangen können. Der Vorfall erregte in der Stadt Aufsehen. In allen Kreisen war man darüber entrüstet, dass ein Bürger wie ein Vagabund rücksichtslos unter das Militär gesteckt wurde. Man erblickte darin eine dem ganzen Stande angethane Schmach und zeigte sich, in Unkenntnis des Sachverhaltes, gar nicht abgeneigt, die Schuld daran dem Bürgermeister beizumessen. Thatsächlich hatte aber Czapka gleich am folgenden Tage mündlich und schriftlich wegen der Freilassung der zwei Bürger Schritte gethan und dieselbe auch erwirkt. Aber damit war die Sache noch nicht abgethan; die Bürger verlangten, dass für alle Zukunft ähnliche Fälle vermieden werden sollten. Die Regierung dagegen fand ganz in der Ordnung, was die herrschaftlichen Verwalter gethan hatten und beauftragte, wie zum Hohn, den Bürgermeister am 24. Februar 1844, von nun an darauf zu sehen, dass nur solche Leute in das Bürgermilitär aufgenommen würden, welche nicht mehr militär- und landwehrpflichtig oder Krüppel seien. Unter den Officieren der Bürgercorps fanden nun geheime Besprechungen darüber statt, was man thun solle, um sich für eine solche demüthigende Behandlung Genugthuung zu verschaffen. Sie beschlossen, eine Vorstellung an den Kaiser zu richten, worin sie baten, sämmtliche Bürger von der Militärpflicht zu befreien, widrigens sich alle Bürgercorps auflösen

würden; dabei verfehlten sie nicht, mit Bitterkeit darauf hinzuweisen, welche Opfer die Wiener Bürger für die Dynastie und das Vaterland in den Jahren 1797, 1805 und 1809 gebracht, und wie sie sich stets durch ihre patriotische Haltung ausgezeichnet hätten. Czapka war diesem Schritt dadurch zuvorgekommen, dass er am 22. März 1844 bei der Hofkanzlei eine Vorstellung gegen die Verfügung der Regierung überreicht hatte. Als sich die Bürger nun voll Misstrauen damit nicht zufriedenstellten und fortwährend Conventikel abhielten, in denen sie sich wegen eines gemeinsamen Schrittes beriethen, glaubte Czapka einer solchen Haltung der Bürgerofficiere entgegentreten zu müssen und rief im Mai 1844 ein polizeiliches Einschreiten gegen den Hauptmann im ersten Bürgerregiment A. List hervor, weil dieser in seinem Kaffeehaus und an anderen Orten „die Aufregung durch aufreizende Äußerungen und Gespräche vermehrte". Die Folge davon war, dass die überwiegende Mehrzahl der Bürger sich weigerte, beim Frohnleichnamsfest wie alljährlich zur Paradierung auszurücken, und nur dadurch zur Nachgiebigkeit bestimmt werden konnte, dass man ihnen die Überreichung einer Beschwerde beim Kaiser im Namen der gesammten Wiener Bürgerschaft gestattete.

Eine Verstimmung in einflussreichen Kreisen der Hauptstadt rief auch die Stellung hervor, die Czapka gegenüber den humanistischen Bestrebungen einnahm. Bei verschiedenen Anlässen zeigte sich in den unteren Classen der Bevölkerung eine große sittliche Verwahrlosung der Jugend. Es gab viel arbeitsscheues Gesindel, das, aus den Strafanstalten entlassen, die Straßen unsicher machte und sich mit liederlichen Dirnen herumtrieb. In den Jahren 1842 bis 1844 hatten sich die Sicherheitszustände in sehr bedenklicher Weise verschlimmert. Die sogenannten „Strichbuben", wie der polizeiliche Ausdruck lautete, machten so kecke Angriffe auf die öffentliche Sicherheit und Sittlichkeit, dass der Verkehr von der Stadt in die Vorstädte zur Nachtzeit mit Lebensgefahr verbunden war. Im Jahre 1842 wollte ein Kreis von Menschenfreunden nach dem Vorbilde von Einwohnern Prags einen Privat-Unterstützungsverein für entlassene Sträflinge gründen. Die niederösterreichische Regierung unterstützte dieses Vorhaben. Czapka aber trat der Gründung eines solchen Vereines mit der Einwendung entgegen, dass er ohnehin eine Reorganisation der Zwangs- und freiwilligen Arbeitsanstalt im Auge habe und lehnte jede Betheiligung daran mit den Worten ab, dass seine Zeit von anderen wichtigeren Geschäften in Anspruch genommen sei. Im Jahre 1844 trat hierauf dieser Verein ohne seine Mitwirkung ins Leben. Eine ähnliche Haltung nahm er später noch bei anderen Anlässen ein, als die Armenfrage durch industrielle Krisen und große Theuerung der Lebensmittel

immer stärker in den Vordergrund trat, und man hier der Verbreitung der in Frankreich aufgetauchten socialistischen Ideen dadurch in den gebildeten Kreisen entgegenwirken wollte, indem man im Wege der Privatwohlthätigkeit den Nothstand der ärmeren Classen zu lindern versuchte. Czapka wurde vorgeworfen, dass ihm jedes Verständnis für eine höhere Auffassung der Armenfrage fehle. — Unter einem Theil der Bürger, den Fleischern, war Czapka aber schon seit Jahren missliebig, weil er ihren Gewerbebetrieb einer strengen Aufsicht unterzog. Als er im Jahre 1846 durch den Bau der Schlachthäuser im Interesse einer besseren Approvisionierung Wiens einen neuen Schritt gegen sie unternahm, herrschte darüber keine geringe Aufregung. Man erhob gegen ihn den Vorwurf, dass er eine angesehene Classe von Bürgern dem Ruin preisgeben wolle.

Die ersten Anzeichen einer größeren Nothlage der Arbeiter zeigten sich im Jahre 1844. Man fühlte sich in Wien beunruhigt, als von Arbeiterunruhen in Prag und Reichenberg verlautete, und die Regierung hegte die Besorgnis, dass es auch in den Fabriken Wiens zu bedenklichen Excessen kommen könnte. Hier war man der Meinung, dass die Aufregung „von norddeutschen communistischen Emissären angefacht worden sei". Thatsächlich lag aber der Grund darin, dass die Wiener Industrie, insbesondere die Weberei, die Concurrenz mit dem Auslande immer schwerer bestehen konnte. Der Hofkammerpräsident Freiherr von Kübeck, ein Mann von erleuchteten Anschauungen, hatte im Jahre 1844, weil ein augenblicklicher Zollanschluss an Deutschland nicht möglich war, neuerdings eine Veränderung mit dem Zolltarif vorgenommen, durch welche die Einfuhr von Webwaren erleichtert wurde. Unter diesen Umständen fühlten sich die Wiener Fabrikanten in ihrer Existenz immer mehr bedroht. Sie fiengen an, sich in ihrem Betrieb einzuschränken und Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Manche fanden es vortheilhafter, im Wege des Schmuggels fertige ausländische Waren anzukaufen und sie als eigene Erzeugnisse auf den Markt zu bringen. Die Speculation war im hohen Grade beeinträchtigt, was insbesondere in Bezug auf die Vororte von Wien umsomehr einen bedenklichen Charakter annahm, als dort in den letzten Jahren zahlreiche Fabriken entstanden waren und eine in ihrer Existenz sehr gefährdete Arbeiterbevölkerung wohnte. Zu dieser Krisis gesellte sich eine im Sommer 1845 eingetretene große Theuerung. Ohne dass eine Mißernte war, stiegen im August die Körnerpreise beinahe um das Doppelte, so dass die Bäcker in große Verlegenheit geriethen, da bei der Satzungsberechnung immer die Preise des vorangegangenen Monats zugrunde gelegt wurden.

Infolge dieser und ähnlicher Zustände fanden im November 1845 in den Webfabriken thatsächlich starke Arbeiterentlassungen statt, welche die verheirateten Gesellen in Noth versetzten. Bürgermeister Czapka erhielt den Auftrag, genau zu erheben, ob nicht gegründete Besorgnisse für die öffentliche Ruhe vorhanden seien. Er beruhigte die Regierung über die Arbeiterverhältnisse Wiens mit dem Hinweise auf die Geldunterstützungen, welche er den beschäftigungslosen, nach Wien zuständigen Arbeitern zutheil werden ließ, lenkte aber die Aufmerksamkeit auf die beunruhigenden Zustände in den Vororten, welche einen neuerlichen Beweis gäben, „wie dringend nothwendig es sei, diese Ortschaften einer genauen und verlässlichen Aufsicht zu unterziehen und den fortwährenden Ansiedelungen in der Nähe der Hauptstadt und an deren Linien ein Ziel zu setzen". Seit dieser Zeit machte die theilweise Verarmung in der Hauptstadt und den Vororten immer größere Fortschritte, und erreichte im Frühjahre 1847 durch eine neuerliche, von den Fabrikanten vorgenommene Massenentlassung von Arbeitern einen bedenklichen Höhepunkt. Im März 1847 veranstaltete der Bürgermeister eingehende Erhebungen über deren Ursachen. Diesmal trug zur Nothlage eine bedeutende industrielle Krisis bei, welche zahlreiche Falliments von Kaufleuten und Fabrikanten nach sich zog. Die Vororte Gaudenzdorf, Sechshaus, Fünfhaus und Ottakring waren überfüllt mit Arbeitern, die keinen Verdienst hatten und in ihrer Noth sich zu groben Excessen verleiten ließen, wozu nicht wenig beitrug, dass Fleisch, Brot und Semmeln bei den Fleischhauern und Bäckern immer theurer wurden. Die allgemeine Aufregung steigerte sich, als bei manchen Falliments arge Betrügereien verübt und sogenannte muthwillige Concurse eröffnet wurden. Um den Ausbruch von bedeutenderen Unruhen zu verhüten, ließ Czapka Nothstandsbauten, wie die Abtragung des Cavaliers der Dominicanerbastei, den Bau eines neuen Versorgungshauses am Michelbeuerischen Grund, die Regulierung des Kohlen- und Kalkmarktes in Angriff nehmen, und den Fabriksarbeitern bei den Bäckern Brot zu billigeren Preisen verabfolgen. Auf Anregung des Dr. Romeo Seligmann bildete sich im April 1847 im Einvernehmen mit Czapka der Wiener allgemeine Hilfsverein, an dessen Spitze Dr. A. Bach, Fabrikant Hornbostel, Baron Doblhoff, Freiherr von Feuchtersleben u. s. w. traten. Zweck des Vereines war, Rumford-Suppe bereiten zu lassen und sie an die Armen unentgeltlich zu vertheilen. Bach und Stubenrauch organisierten den Verein und am 20. Mai konnte in der Küche des alten magistratischen Armenhauses „zum blauen Herrgott" am Alserbach die erste Suppe dargereicht werden. Dagegen sprach sich Czapka ganz entschieden

gegen die Bildung des Kreuzervereines aus, dem er jede Lebensfähigkeit absprach, abgesehen davon, dass er nach seiner Überzeugung den Wohlthätigkeitssinn der Wiener ermüde. Durch diese Verfügungen war man bemüht, den Verlegenheiten zu entgehen, welche die industrielle Krisis hervorrief und hatte auch im September 1847 erreicht, dass die beunruhigenden Symptome der öffentlichen Ruhestörungen schwanden.

So wirkten eine Reihe localer Verhältnisse mächtig zusammen, um in den Gemüthern die Unzufriedenheit mit den öffentlichen Zuständen zu steigern. Während aber andere Staaten, wie Preußen, schon seit Jahren die Bewegung durch verfassungsmäßige Institutionen aufzuhalten versucht hatten, und Ende 1847 selbst Italien auf dem Wege zu umfassenden politischen Reformen war, kam die österreichische Regierung zu keinem festen Entschluss, mit dem alten System zu brechen. Fürst Metternich sah gerade in diesem Augenblicke nicht das Bedürfnis, sich in den deutschen Erblanden mit Concessionen an das Volk zu beschäftigen. Er, dessen Art es war, die Zukunft immer schwarz zu sehen, ahnte gleichwohl nicht das nahe Hereinbrechen der großen politischen Katastrophe, die von dem Mittelpunkte des Reiches ausgehen sollte.

Fünfter Abschnitt.

Der Ausbau der Stadt und der Vorstädte.

Durch das ganze Mittelalter störten die zum Schutze gegen kriegerische Gefahren angelegten Befestigungen verhältnismäßig wenig die räumliche Entwicklung der Stadt. Ringförmig schlossen sich unmittelbar an die ältere Anlage neue Stadttheile. Ungefähr am Ende des XIII. Jahrhunderts trat allerdings insoferne ein neuer Abschnitt in der Entwicklung Wiens ein, als von nun an jede Erweiterung der inneren Stadt entfiel. Aber man erblickte nach dem damaligen Stande der Belagerungsmittel kein Hindernis, dass sich die Vorstädte (vor dem Burg-, Kärntner-, Stuben-, Werder- und Schottenthor) nicht hätten bis an die Thore und Wallgräben der inneren Stadt ausbreiten können. Es wurden im Gegentheile durch die Errichtung äußerer Thore und Bollwerke im XV. Jahrhundert auch die Vorstädte in die Vertheidigungslinie einbezogen. Erst um das Jahr 1460, bei Gelegenheit eines Streites des Stadtrathes mit dem Stift Schotten über das Recht zur Einfuhr von Bauwein, finden wir Andeutungen über die Bildung eines Festungsrayons bei der Vorstadt vor dem Schottenthor. Man hatte Häuser, die auf Grund und Boden des genannten Stiftes lagen, niedergerissen, weil diese zu nahe dem Stadtgraben lagen und dem Feinde die Gelegenheit boten, sich bei einem Angriffe auf die Festungswerke in gedeckter Stellung festzusetzen.

Mit dem Beginn der neuen Zeit trat aber für unsere Stadt ein entscheidender Wendepunkt in ihrer Entwicklung ein. Als die türkische Heeres-

macht im Jahre 1529 bis nach Wien vorgedrungen war und nicht die Thürme und Mauern, sondern die Leiber der heldenmüthigen Vertheidiger die Erstürmung der Stadt verhindert hatten, als im Jahre 1541 der von den Türken eroberte Theil Ungarns ein türkisches Gebiet und Wien eine Grenzstadt geworden war, welche die osmanischen Heere in wenigen Tagmärschen erreichen konnten, erkannte man die ganze Größe der Gefahr. In Deutschland und Italien erhoben sich Stimmen dafür, unsere Stadt in eine Vormauer der Christenheit, in eine nach den Grundsätzen der neueren Befestigungskunst angelegte Festung ersten Ranges umzugestalten, womit der Wiederaufbau der alten Vorstädte ausgeschlossen war.

Nachdem die traurige Lage der Stadt dem K. Ferdinand I. dargestellt worden war, begannen die Arbeiten zur Ausführung des Werkes noch im Jahre 1531. Zunächst wurde die Demolierung der Vorstadt vor dem Stubenthore und der noch vorhandenen Gebäuderuinen in den übrigen Vorstädten zur Gewinnung von Baumateriale in Angriff genommen und die „Abbrändler" in den Vorstädten, meist kleine Gewerbsleute und Bürger, welche dort Gärten und Stadeln besaßen, erhielten Grundeigenthum am Badergries, im Oberen Werd und längs des rechten Wienflußufers von dessen Einmündung in die Donau bis auf die Wieden. Zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Stadt beschloß die unter Zuziehung des Stadtrathes, des Bauinspectors Hans Haug und des Architekten Hans Tscherte, dann mehrerer deutscher und italienischer Bau- und Büchsenmeister abgehaltene militärische Commission, die alten Festungswerke durch Erbauung von fünf Bastionen bei der Burg, beim Schottenthor, beim Kärntnerthor, beim Paradeis und bei dem Predigerkloster zu verstärken. Ohne den Befehl des Königs abzuwarten, ließ die Regierung noch im Frühjahre 1531 den Bau von drei Bastionen in Angriff nehmen, wobei sie hoffte, für den Anfang mit der von den niederösterreichischen Ständen bewilligten Summe, mit dem Erlöse der verkauften Kleinodien und mit den, der Stadt aus dem deutschen Reiche wie von den Städten Straßburg, Offenburg, Schwäbisch-Gmünd, Heilbronn, Augsburg, Nördlingen, Nürnberg, Aachen, Köln u. s. w. zugekommenen Hilfsgeldern, der Munition und den Waffen ihr Auslangen zu finden. Aber schon wenige Monate später geriethen die Arbeiten ins Stocken, weil dem Könige durch den mit Zapolya im Juni 1531 geschlossenen Waffenstillstand und die eingeleiteten Friedensunterhandlungen mit der Pforte eine beschleunigte Fortsetzung der Arbeiten nicht dringend erschien. Selbst nach dem Vordringen der Türken bis nach Güns im Jahre 1532 wurde keine große Thätigkeit in dieser Richtung

entfaltet, indem alle Hoffnung auf einen entscheidenden Sieg des unter der Führung des K. Karl V. in der Nähe von Wien lagernden Reichsheeres gesetzt wurde. Erst nach der Einnahme von Ofen durch die Türken (26. August 1541) wurde die Umgestaltung Wiens in eine Festung neuerdings ernster betrieben und die Stadt in das Grenzbefestigungs-System einbezogen. Wien, Komorn und Raab sollten die drei Hauptstützpunkte der Vertheidigung der Erblande und des deutschen Reiches bilden. Bei dem großen Geldmangel in den königlichen Cassen wurden die Stände der österreichischen Länder zu außerordentlichen Geldleistungen aufgefordert. Im Jahre 1543 spendeten zu dem Festungsbaue große Handelsherren deutscher Städte, wie von Nürnberg, Augsburg, Ulm, Salzburg und selbst italienische Herren, wie Battista de Fossato und Pitti in Florenz und patriotische Bürger Wiens Geld zur Aushilfe. Zur Ausführung der Arbeiten wurden nebst den einheimischen auch fremde Baumeister, wie Dominico Illalio aus Kärnten, Francesco di Poco aus Mailand und Don Albero berufen.

Ungeachtet des im Jahre 1547 mit der Pforte zustande gekommenen Friedens wurden nunmehr die Vertheidigungsanstalten fortgesetzt, weil man wusste, dass die Türken ihr Hauptaugenmerk fortdauernd auf eine Zerstörung Wiens gerichtet hielten. Zur Gewinnung eines Überblickes des Standes der Befestigung ließ der Stadtrath im Auftrage des K. Ferdinand I. die innere Stadt im Grundrisse mit den alten und neuen Befestigungen durch den seit einigen Jahren in Wien ansässig gewesenen Ingenieur August Hirschvogel aufnehmen, welcher die vollendete Arbeit im August 1547 dem Könige in Prag vorlegte. Mit einem zweiten Exemplare des Stadtplanes begab sich Hirschvogel im königlichen Auftrage nach Augsburg und legte dieses K. Karl V. und den deutschen Reichsständen vor, damit diese, von der Nothwendigkeit einer raschen Förderung des Werkes überzeugt, dem K. Ferdinand I. die nöthigen Reichsmittel zur Ausführung der Befestigung der Grenzen zur Verfügung stellten. Thatsächlich blieb diese Mission auch nicht ohne nachhaltigen Erfolg, indem die deutschen Reichsstände vom Jahre 1548—1567 bedeutende Beträge zur Befestigung der Stadt Wien und der ungarischen Festungen Raab, Komorn, Szigeth und Bobotscha leisteten*). Die Bevorzugung Hirschvogel's weckte übrigens den Ehrgeiz der Wiener Baumeister, und es fertigte gleichzeitig auch der

*) Im ganzen verausgabten die Reichsstände für diesen Zweck von 1548—1567 1,553.381 fl. 56 kr. Hievon entfielen auf Wien allein 1,020.979 fl. 12 kr., auf Raab 290.446 fl. 5 kr. 2 Den., Komorn 208.580 fl. 7 kr. 3 Den., Szigeth 2000 fl. und Bobotscha 905 fl. 3 kr. 14 Den.

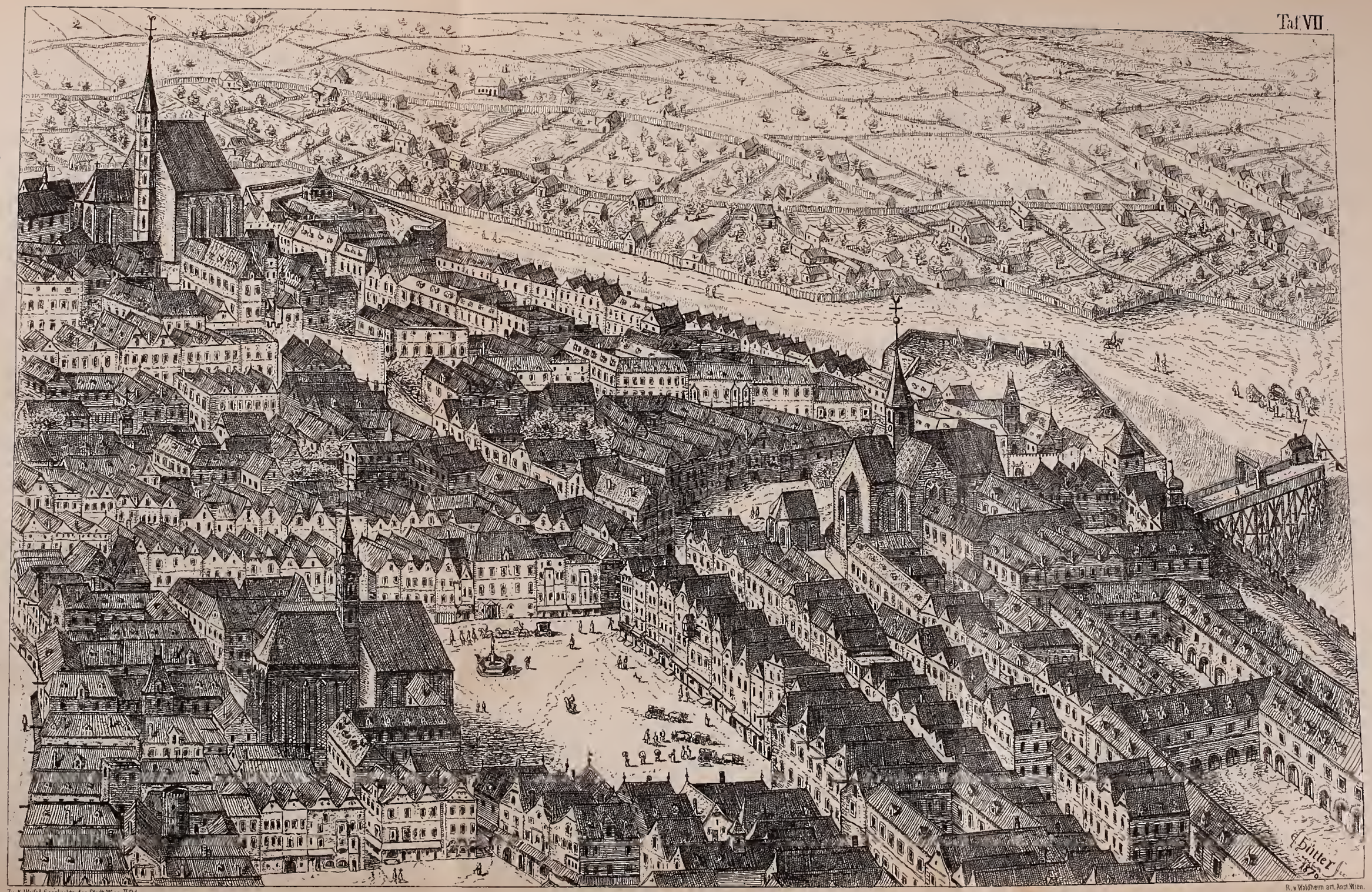
Zechmeister der Wiener Steinmetze, Bonifaz Wolmuet, mit Unterstützung des Steinmetzmeisters Benedict Kölbl einen Grundriss der Stadt und eines Theiles der Vorstädte an, der durch die Genauigkeit der Aufnahme und die reichen Details die Leistung Hirschvogel's weit überragte.

Auf Grund eines neuen, von dem Grafen N. Salm und dem Ingenieur Hermes Schallauzer berathenen Bauprogrammes begann im Jahre 1548 eine außerordentliche Thätigkeit. Die oberste Leitung der fortificatorischen Arbeiten gieng von dem Architekten Hans Tscherte auf den vorerwähnten Ingenieur über. Infolge Mangels an deutschen Steinmetzen wurden im Jahre 1550 solche aus Italien, insbesondere aus der Gegend vom Comersee verschrieben, im Jahre 1555—1556 die Vorstadt im Oberen Werd und die Häuser am Badergries abgebrochen, im Jahre 1555 zur besseren Wasserversorgung der Stadt nach den Plänen des Münchener Bürgers und Uhrmachers Hans Gasteiger drei Wasserwerke zwischen der Ringmauer und dem Stadtwall errichtet; am 5. März 1558 wurde befohlen, dass niemand unter fünfzig Klafter Entfernung vom Stadtgraben ein Gebäude aufführen dürfe und im Jahre 1561 die Regulierung der Donau von Krems bis Wien, sowie des Donaucanales in Anregung gebracht. Diese Thätigkeit erlahmte erst nach dem Jahre 1565, als es nach der Einstellung der Zuschüsse aus Reichsmitteln an Geld gebrach, das Werk zu vollenden. Nur mühsam schleppten sich seit dieser Zeit die Arbeiten fort und der Leiter der Befestigungsbauten, Thomas Eysler, der Nachfolger Schallauzer's, erschöpfte sich in Klagen über die jämmerlichen Bauverhältnisse.

Über den Stand der Befestigungen in dieser Zeit giebt Camesina's Plan der Befestigungen und Höhenverhältnisse der Stadt Wien im Jahre 1566 genaue Aufschlüsse. Es waren in der Hauptanlage folgende Basteien ausgeführt*): Burgbastei (1531), Kärntnerbastei (1548), Obere Paradeisbastei (1531 Heinerbastei, 1538 Wasenbastei), Untere Paradeisbastei (1547 Jakoberbastei), Bürgerbastei bei den Predigern (1532, 1544 auch Predigerbastei), Biberbastei (1533), Piata Forma (1561 und 1563 Donaubastei**), Arsenalbastei (1556—1560), Eckbastei (1465), Schottenbastei (1532), Landschaftsbastei (1547, Röm. Maj. Bastei). — Im ganzen Umfange der Stadt vom Kärntnerthor bis zur Landschaftsbastei waren die Basteien durch gemauerte Courtinen verbunden

*) Wir fügen jeder Bastei das Jahr des Beginnes des Baues bei.

**) Diese war unvollendet.



Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien. II Bd

R. v. Waldheim art. Anst. Wien.

Die Südwestseite der Stadt und der Vorstädte
im J. 1609
(Nach Houfnagel's und Vischer's Vogelperspective.)

und innerhalb der letzteren standen nur in der Ausdehnung von der Johannesgasse bis zur Singerstraße, dann von der Biber- bis zur Arsenalbastei und von der Eck- bis zur Schottenbastei die alten Stadtmauern mit ihren Thürmen. In der Strecke von dem Kärntnerthor bis zum Schottenthor fehlten vollständig neue Courtinen und den alten Stadtmauern waren hohe, mit Rasen bedeckte Erdwälle vorgelegt. Ein breiter, tiefer Graben umgab die Befestigungen und konnte bis an die Donauseite unter Wasser gesetzt werden. An der letzteren Strecke entfiel deshalb die Nothwendigkeit, weil von der Biber- bis zur Arsenalbastei hart am Ufer des Canales eine hohe starke, durch Pfeiler verstärkte Mauer aufgeführt war.

Die kriegskundigen Männer täuschten sich nicht, dass die bisherigen fortificatorischen Arbeiten zur Widerstandsfähigkeit der Stadt nicht ausreichten. Als im Jahre 1577 unter dem Vorsitze des Erzherzogs Ernst in Wien Berathungen über die Sicherung der ungarischen, croatischen und windischen Grenzen gepflogen wurden, theilte der Vorsitzende der Commission, welcher auch der Kriegspräsident Freiherr von Teufel und die Generäle Freiherr von Schwendi und Wilhelm Freiherr von Hofkirchner beiwohnten, die Ansicht, dass es weit zweckmäßiger sei, die Befestigung Wiens als die ungarischen Festungen zu verstärken. Sie machten geltend, dass man sich auf den gegenwärtigen türkischen Kaiser trotz des abgeschlossenen Friedens nicht verlassen könne. Er sei ein junger, ehrgeiziger Herr, der alles daran setzen werde, Wien in seine Gewalt zu bekommen. „Und er wird dies," heißt es wörtlich, „um so sicherer thun, da er weiß, wie an manchen Orten die Befestigung schadhaft und offen sei. Gleich in den ersten Tagen seiner Ankunft kann er sich ganz nahe lagern und mit seinen Janitscharen bis an die Contrescarpe des Grabens legen, seine Stollen unter dem Graben eintreiben, sich gegen die Streichwehren verschanzen, auf diese Art die Bollwerke und den Graben unterminieren und, da er mit Volk und Geschütz den unsrigen überlegen sei, zum Sturm gelangen. Weil dieses Wien die namhafteste Stadt, welche, wie in der Christenheit und in der Türkei geredet wird, den Feind aufhalten soll, ja der rechte Schlüssel nicht allein zu Euerer Majestät Königreichen und Ländern, sondern zum ganzen deutschen Reich sei, so können Ihre Räthe nicht anders rathen, als dass Euere Majestät sich die Befestigung dieser Stadt vornehmst angelegen sein und keine weitere Zeit darüber verstreichen lassen."

Der Kriegsrath machte zugleich dem Kaiser sehr umfassende Vorschläge. Von den 600.000 Gulden, welche die deutschen Reichsstände neuerdings für die Befestigung der Grenzen für die Jahre 1578—1583 bewilligt hatten,

beantragte er 300.000 Gulden für Wien zu verwenden, und die weiters erforderlichen Gelder von Baiern, Salzburg und Passau und von den Ständen Böhmens, Mährens und der österreichischen Erblande hereinzubringen. In Bezug auf die Festungswerke zeigte der Kriegsrath eingehend die vorhandenen Gebrechen und kam auf die sonderbare Idee, zur Reinhaltung der Stadt die Wien oder einen anderen Fluss durch die vornehmsten Straßen zu leiten. Um den Donaupass jederzeit offen zu erhalten und Kriegsvolk und Proviant im Nothfalle in die Stadt werfen zu können, drang er darauf, die Insel jenseits der Schlagbrücke, wo der Tabor stand, zur Stadt zu verbauen und zu befestigen, die Vorstädte, den größten und gefährlichsten Feind der Stadt, gänzlich abzubrechen und die Haus- und Grundbesitzer durch Plätze auf der befestigten Donauinsel und durch unentgeltliche Beistellung von Baumaterialien zu entschädigen, damit ein sehr breiter, fortificatorischer Rayon vor der Stadt geschaffen werde.

Um eine zu große Annäherung des Feindes zu verhindern, beschäftigten sich nunmehr die Ingenieure damit, an einzelnen Punkten zwischen den Cavalieren der Innenwerke vortretende Ravelins und am äußeren Rande des Stadtgrabens gemauerte Contrescarpen zu bauen, und durch diese Außenwerke eine doppelte Vertheidigungslinie zu schaffen. Zu einem neuerlichen Abbrechen der Vorstädte konnte sich aber die Regierung wegen des enormen Schadens insolange nicht entschließen, als nicht die äußerste Nothwendigkeit vorhanden war.

Umfassend und umsichtig können aber die in den nächsten Jahren ausgeführten Arbeiten nicht gewesen sein. Die Schilderung des Grafen Adolf von Schwarzenberg an den Kaiser vom Jahre 1597 über den Zustand der Festungswerke und seine zur Ergänzung und Verbesserung gemachten Vorschläge zeigen, dass mancherlei Fehler unterliefen und zahlreiche Gebrechen fortbestanden. Auch die Berichte des Zeugwarts Wolfgang Eglauer aus dieser Zeit und des Erzherzogs Mathias an den Kaiser vom Jahre 1602, betreffend den Bau der Burgbastei und der Piata Forma (Donaubastei) geben uns darüber interessante Aufschlüsse. Letzterer brachte darin neuerdings das Project der Anlage einer befestigten Donaustadt im Unteren Werd zur Sprache und vertrat die Ansicht, dass zum Schutze vor Feindesgefahr und zur Erhaltung der Verbindung mit Böhmen und Mähren die Erbauung einiger Blockhäuser jenseits der Donau und die Errichtung eines verschanzten Lagers im Unteren Werd genüge. Erst in den folgenden Decennien entstanden zur Vervollständigung der Befestigung der Stadt bedeutendere Werke, deren Armirung große Geldsummen in Anspruch nahm. Tief ein-

schneidend in das bürgerliche Leben waren aber dabei die zur Ausführung gebrachten neuerlichen Vergrößerungen des fortificatorischen Rayons, welchen der Kaiser am 8. Juli 1632 auf 300 Schritte und am 21. November 1662 auf 200 Klafter hatte erweitern lassen.

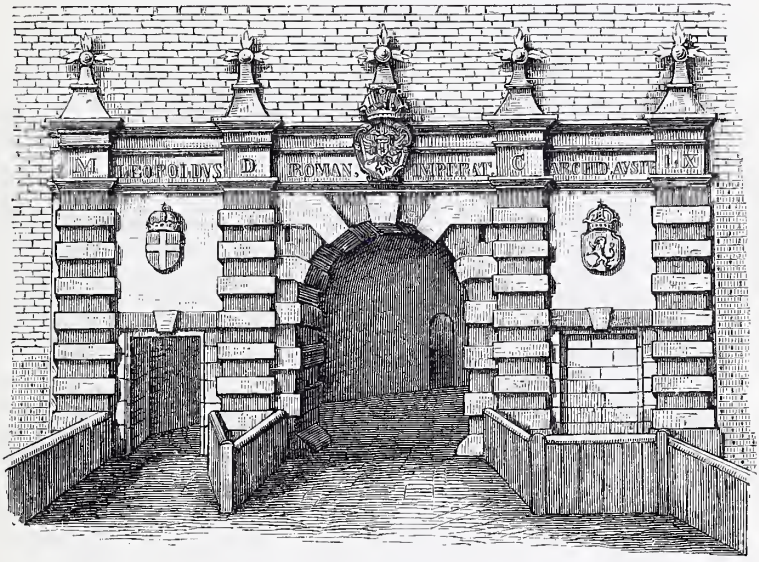
Als K. Leopold I. nach dem Jahre 1670 entscheidende Schritte gemacht hatte, die Macht der nationalen Bewegung in Ungarn zu brechen, und neue schwere Kämpfe zur Vertreibung der Türken aus den Ländern der ungarischen Krone in Aussicht standen, gebot die Vorsicht, die Vertheidigungsfähigkeit Wiens zu erhöhen. Der Ingenieur Francesco Baron de Wymes erhielt im Jahre 1674 den Auftrag, den Zustand der Festungswerke zu untersuchen und die nothwendigsten Verbesserungen in Vorschlag zu bringen, eine Untersuchung, deren Ergebnis große Mängel an den Befestigungswerken zeigte. Dieselben lassen sich nur daraus erklären, dass für die Befestigung kein streng vorgezeichneter Gesammtplan bestand und dass immer nur einzelne, nach dem augenblicklichen Bedürfnisse berechnete Arbeiten ausgeführt, für keine beständige Instandhaltung der Werke Sorge getragen und die Fortschritte der Befestigungskunst nicht berücksichtigt wurden. Es scheint nicht, dass die Vorschläge des Baron de Wymes verwirklicht wurden, weil unmittelbar vor dem Beginne der Belagerung des Jahres 1683 über den vernachlässigten Zustand der Festungswerke lebhafte Klagen geführt wurden. Mit diesen Arbeiten kam der Ausbau der Festungswerke zum Abschlusse, wie aus dem von dem Venetianer Bartholomäus Camuccio — einem früher in Diensten des Barons de Wymes gewesenen Ingenieur — und dem Ingenieur Leander Anquisola angefertigten Plane Wiens aus der Zeit der zweiten Türkenbelagerung zu ersehen ist *).

Der ganzen fortificatorischen Anlage war das System der sich gegenseitig flankirenden Bastionen zugrunde gelegt. Die Stadt umgaben zwölf Bastionen, von welchen vier durch erhöhte Werke verstärkt waren. Die Verbindung der Basteien bildeten zwölf gemauerte Courtinen. Eilf Ravelins oder Vorwerke deckten die Courtinen und die acht Stadtthore. Alle Werke umgab ein breiter und stellenweise sehr tiefer Stadtgraben, der an seiner äußeren Seite durch einen Wall und eine Palliſadenreihe verstärkt war. Derselbe konnte aber nur nach der Donauseite unter Wasser gesetzt werden, an den übrigen Stellen wurde er durch die Einleitung des Ottakringerbaches und des Münzgrabens und der Wien versumpft und aus den höher gelegenen Stellen durch mehrere Palliſadenreihen gegen ein Durch-

*) Auf Tafel IV geben wir die Abbildung dieses Planes.

waten und eine zu schnelle Besetzung geschützt. Was die einzelnen Bastionen betrifft, so zeigen die an denselben bis zu ihrer Demolierung vorhanden gewesenen Inschriften, dass seit dem Jahre 1566 an denselben bedeutende Reconstructionen und Ergänzungen vorgenommen wurden. Die Burgbastei, schon im Jahre 1532 mit einem Bollwerk, dem Spanier, versehen, wurde im Jahre 1659 von Kaiser Leopold I. durch ein großes Außenwerk verstärkt. Von dem Gewölbe des Spaniers führte eine Brücke über dessen besonderen Graben zu dem in der Stadtmauer gelegenen Burgthore, von welchem seitwärts des Außenwerkes eine lange Brücke, welche über den Stadtgraben und durch den äußeren Wall reichte, den Verkehr mit den Vorstädten herstellte. Von der Burgbastei zog sich eine durch einen breiten vorgeschobenen Ravelin geschützte Courtine bis zur Löbelbastei (1547 Ihrer römischen Majestät Bastei, 1566 Landschaftsbastei genannt), an welcher seit dem XVI. Jahrhundert nur einzelne Verbesserungen vorgenommen wurden. Die Bastei erhielt ihren Namen nach dem Stadtquardia-Obersten Hans Christoph Freiherrn von Löbel, der in der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts lebte und seinen Besitz auf dieser Bastei hatte. K. Ferdinand III. machte im Jahre 1649 den Flächenraum dieser Bastei seinem Oberstthofmeister Max Grafen von Trautmannsdorf zum Geschenke. Vor der Courtine zwischen der Löbel- und der Melkerbastei stand gleichfalls ein Ravelin, Melker- oder Ziegelschanzl genannt. Die Melkerbastei (1532 Schottenbastei) wurde im Jahre 1656 von K. Ferdinand III. umgebaut, und erhielt ihren Namen nach dem daselbst befindlichen großen Hausbesitze des Stiftes Melk. In der folgenden Courtine lag das alte Schottenthor, durch welches der Weg über eine lange Stadtgrabenbrücke und den davor liegenden Schottenravelin hinauf gegen die Vorstädte führte. Das Außenwerk wurde von K. Ferdinand III. im Jahre 1647 erbaut. Vom Schottenthor aus führte die Courtine zur Elendbastei (1561 Eckbastei), die seit K. Ferdinand I. in der Hauptanlage unverändert geblieben war. An diese schloss sich, gleichfalls durch eine Courtine verbunden, die Münichbastei (1560 Arsenal-, 1642 Münichbastei, 1706 Neuthorbastei). Die spätere Benennung „Neuthorbastei" hat auf das in der Courtine im Jahre 1558 eröffnete neue Thor Bezug, das erste, durch welches die bis dahin bestandenen Stadtthore vermehrt wurden. Über dem Neuthore gegen die Stadt zu lag querüber ein Stein, der als der größte in den Mauern der Stadt und als Wahrzeichen galt; er hatte ein Gewicht von 164 Centnern 51 Pfund. Vor der Courtine lag ein Ravelin und das Arsenal der Donauflotille, das mittelst eines zwischen den Festungswerken sich herauswindenden Canals mit der Donau in Verbindung stand. Von der Münichbastei

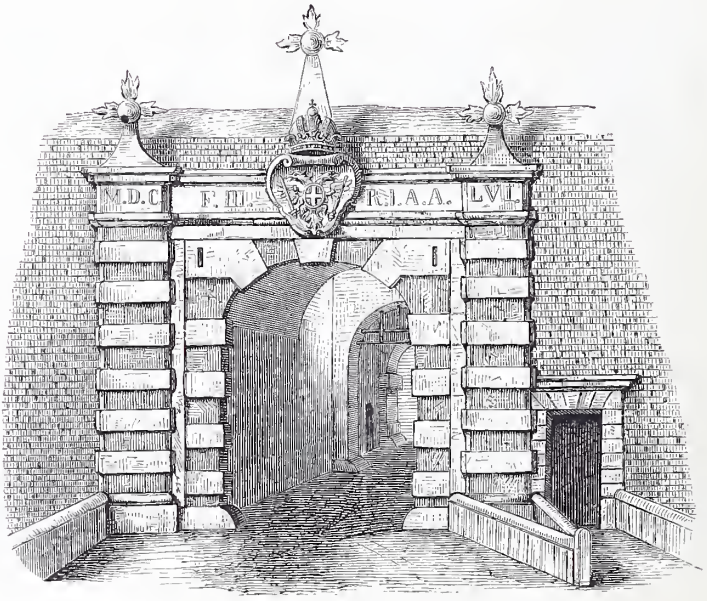
führte eine Courtine zu der aus zwei Cavalieren bestehenden ausgedehnten Gonzagabastei (1563 Donaubastei, 1577 Piata Forma). Sie trat an die Stelle der unausgebaut gebliebenen Piata Forma, war im Jahre 1646 vollendet und erhielt ihren Namen nach dem Stadtquardia-Obersten Marquis von Gonzaga. Auf dieser Bastei stand die Mehrzahl der Wohnhäuser der Stadtquardia. Das äußerste Werk führte die Benennung Wasserravelin oder Wasserschanze (daher der Name Schantzel), und war durch Brücken mit der Bastei verbunden. Der Eingang in die Stadt daselbst hatte den Namen Oberes Fallthor. In der Courtine, die beide Theile



Das Burgthor von außen.

der Gonzagabastei verband, befand sich das Wasserthor (1684 Fischerthörl genannt), daran schloss sich die Wasserbastei, ein kleines Werk, mit dem Unteren Fallthor; hinter dieser Courtine und dem Wasserthor stand das Alte Rothenthurmthor. Diese Courtine erstreckte sich bis zur Biberbastei, einer der ältesten unter den neuen Befestigungen, die schon 1533 nach dem alten Biberthurm die Bezeichnung hatte. In späterer Zeit wurde sie durch eine kleine Schanze, das Judenschanzel, verstärkt, durch die ein Thor in die Vorstadt Weißgärber gieng. Eine lange, durch den Biberravelin geschützte Courtine führte zur Hollerstaudenbastei (1544 Predigerbastei, 1577 Bürgerbastei), nach dem in der Nähe befindlichen Hause so

genannt. Mit der Erbauung derselben wurde schon 1531 begonnen. Vierzehn Jahre später wurde sie umgestaltet (1545), und durch einen hinter derselben erbauten Cavalier verstärkt (1560). Die Bastei, nach dem Plane des Baumeisters Dominik Illato errichtet, wurde theilweise mit Benützung der Steine des rückwärtigen, in Ruinen gelegenen Predigerklosters auf Kosten der Gemeinde erbaut, daher auch der Name „Bürgerbastei" vorkommt, und die Bürger das Recht in Anspruch nahmen, diese Bastei allein zu vertheidigen; von dieser Berechtigung machten sie in den Jahren 1683 und 1809 Gebrauch und gaben ihr bis zum Jahre 1848 dadurch Ausdruck, dass die Bürger-Artillerie auf



Das Schottenthor von außen.

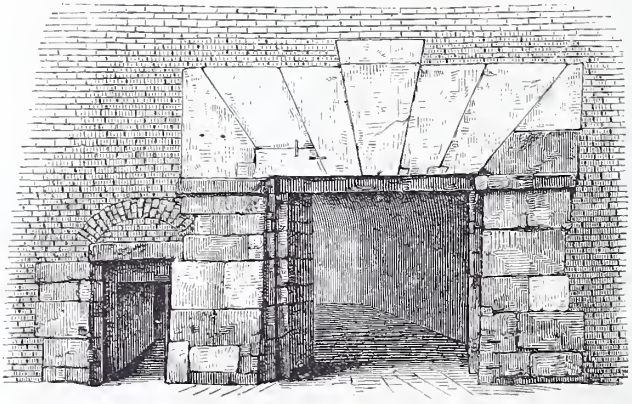
dieser Bastei bei feierlichen Anlässen ihre Kanonen löste. Hart an der linken Seite der Dominicanerbastei lag das um 1600 erbaute Stubenthor, von der nach Ungarn führenden Straße auch ungarisches Thor genannt. Die nächste anstoßende Courtine führte zur Braunbastei (1547 Jakoberbastei, 1566 Untere Paradeisbastei), im Jahre 1545 vollendet; die zu beiden Seiten erbauten Vorwerke hießen Stubenthor- und Dachlochschanze. Nächst diesem Werke, durch eine Courtine mit ihm verbunden, erhob sich die Wasserkunstbastei (1532 Heynerbastei, 1538 Wasenbastei, 1566 Obere Paradeisbastei), 1545 erbaut. Die älteste Benennung hatte dieses Werk nach dem

Bürger Wolfgang Heyner, aus dessen „ad pias causas“ hinterlassenem Vermögen die Regierung einen Theil zur Stadtbefestigung verwenden ließ,

Das Schottenthor von innen mit dem darauf stehenden Hause.

indem die Rechtsgelehrten herausfanden, dass zu den „pias causas“ auch die Beschützung der Stadt gegen eine Türkenbelagerung gerechnet werden könne. Den Namen Wasserkunstbastei hatte das Werk von jener wahrscheinlich durch

Hans Gasteiger aus München (1555) construierten Wasserhebmaschine, die das Wasser der Wien in den kaiserlichen Lustgarten in der Burg leitet. An diese schloss sich die durch mehrere Werke verstärkte Kärntnerbastion. Im Rücken derselben erhoben sich der erhöhte Vogelsang-Cavalier und die Courtinen, welche zu beiden Seiten des Kärntner- und des Augustinerravelins vorgeschoben waren. Der Bau dieser Bastei begann im Jahre 1531; in späterer Zeit wurden an ihr bedeutende Umgestaltungen vorgenommen. Die Thore dieser Bastion wurden erst 1671—1673 vollendet. In der Verbindungsmauer, an der Innenseite des Thores, das durch eine Brücke mit dem Kärntnerravelin verbunden war, befand sich im Rundbogen das Brustbild eines Mannes, der in seiner rechten Hand einen halb aufgerollten Plan

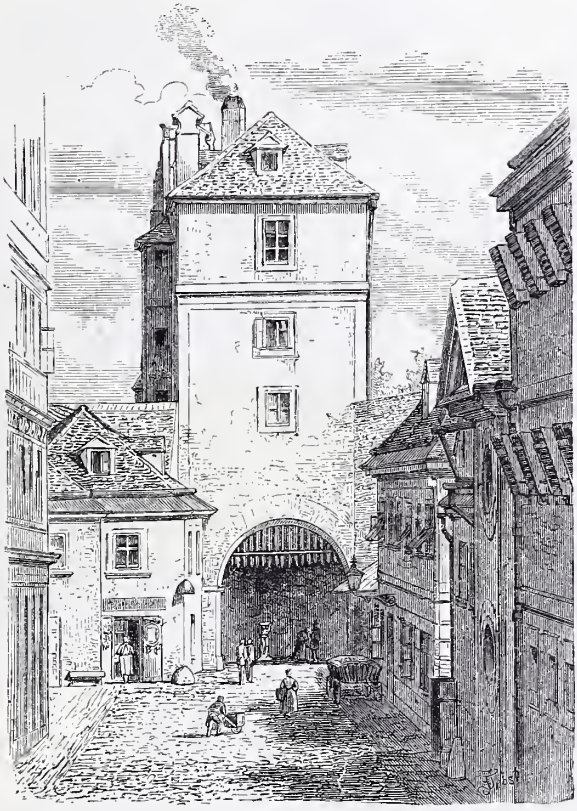


Das Neuthor von außen.

hielt, ein Werk, welches nach seiner Gewandung und seiner Formbildung bereits in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts angefertigt wurde. In früherer Zeit hielt man den „Fensterguäer", wie das Brustbild im Volksmunde hieß, bald für Luther, bald für Pilgram und Hirschvogel. Ohne Zweifel stellte dasselbe einen an den Befestigungsarbeiten hervorragend beschäftigten Baumeister dar, dessen Name uns leider nicht erhalten ist.

Unter dem Einflusse dieser Neugestaltung der Festungswerke erhielten sich nur wenige Überreste der mittelalterlichen Befestigung. So bestand der alte Widmerthurm bei der Burg bis zum Anbau des neuen Tractes zwischen den Jahren 1560—1570 in seiner ursprünglichen Gestalt und das alte Schottenthor als Stadtthurm fort, den M. Fuhrmann in seinem „Alt- und Neu-Wien" wegen seiner Buckelquadern für ein Römerwerk hielt.

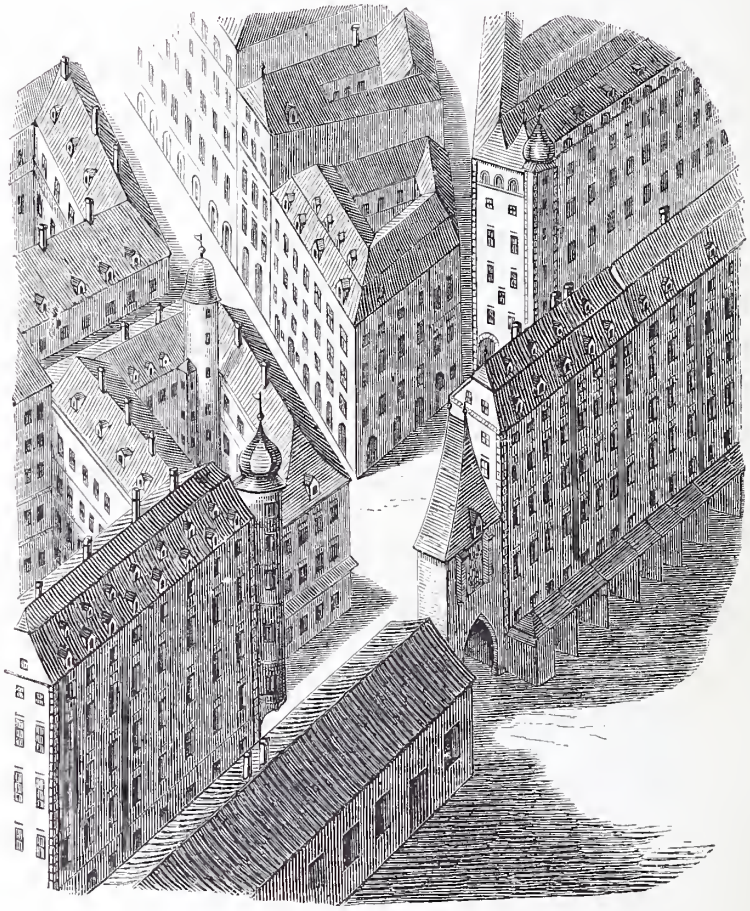
Er wurde erst im Jahre 1716 bis zur Höhe der Basteimauer abgebrochen und auf dem Durchfahrtsbogen, als dem Fundament, ein Wohnhaus (C.-Nr. 105) aufgebaut. Im Jahre 1839 entfernte man aus Passagerücksichten das alte Schottenthor mit dem darauf befindlichen Hause vollständig, und an dessen Stelle wurde ein neues Stadtthor mit drei Eingängen



Das Neuthor von innen mit dem darauf stehenden Hause.

erbaut. In der Nähe der Elendbastei erhielt sich bis 1775 der alte Judenthurm (1702 auch Gefängnisthurm genannt), auf dessen Flächenraum ein Haus mit der C.-Nr. 126 entstand. Längs des ganzen Salzgries, vom Unteren Arsenal bis zum Rothenthurmthor, blieben bis in das XVIII. Jahrhundert die alten Stadtmauern; die Stadtthürme daselbst fanden als Pulvermagazine Verwendung. Das Werderthor (1684 Gemeiner Stadtpulver-

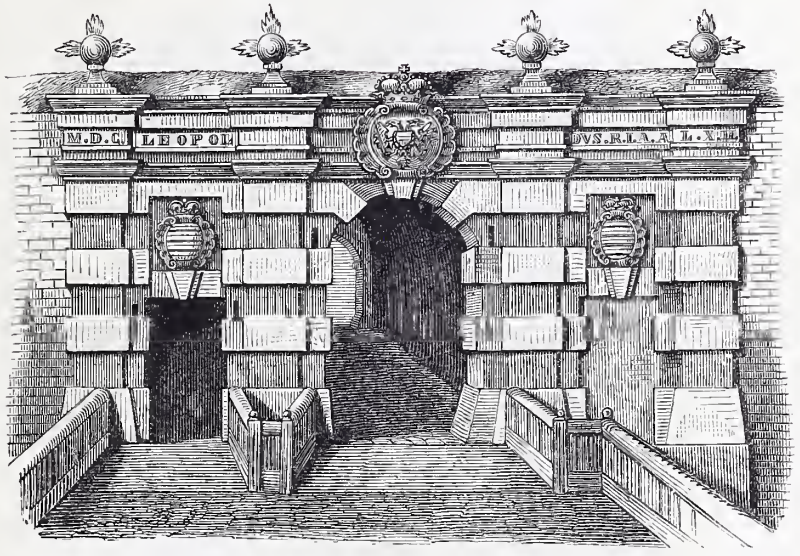
thurm) wurde in die Rückseite des Hauses C.-Nr. 184 verbaut, und auf dem oberen Theil ein Wohnhaus erbaut. Als das Haus im Jahre 1880 anläßlich der Regulierung des Salzgries abgebrochen wurde, verschwand auch der Überrest des Thurmes. Auf den Fundamenten des Salzthurmes



Das alte Rothenthurmthor sammt Umgebung.

erhob sich das Haus C.-Nr. 201, und auf jenen der an die Courtine der Gonzagabastei stoßenden alten Stadtmauern zum Theil die im Jahre 1741 erbaute und im Jahre 1880 demolierte Salzgriescaserne. Noch heute stehen auf den Grundfesten von mittelalterlichen Stadtmauern die Häuser C.-Nr. 472—479 und 482 des heutigen Franz Josefs-Quai. Das Rothen-

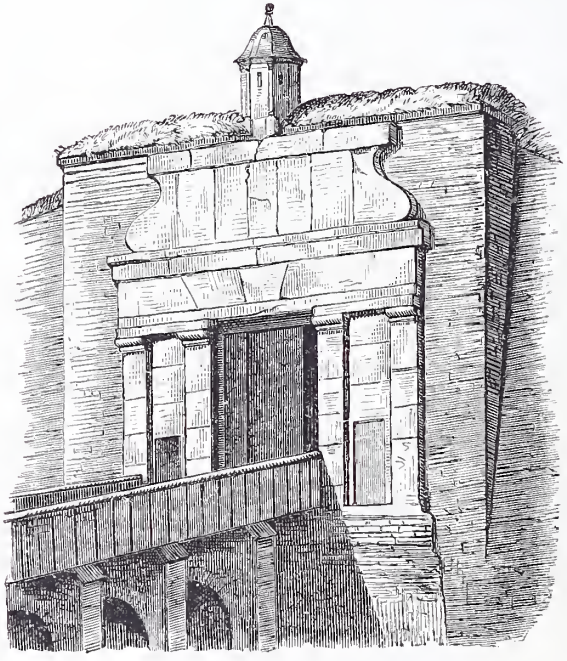
thurmthor, von K. Maximilian I. im Jahre 1511 erneuert, wurde erst im Jahre 1784 abgebrochen und zeichnete sich durch seine besondere Ausschmückung aus. Auf der Außenseite waren fünf Wappenschilde, drei in der oberen, zwei in der unteren Reihe bemalt. Der Mittelschild zeigte auf goldenem Grunde den schwarzen Doppeladler des deutschen Reiches mit dem Bindenschilde auf der Brust, rechts den Bindenschild, mit dem Herzogshut bedeckt, links das Wappen von Burgund, ebenfalls bedeckt, und in der unteren Reihe den städtischen Adler, gegenüber links den Kreuzesschild, beide letztere unbedeckt. An den Seiten zwei Schildhalter, geharnischte Männer,



Das Rothenthurmthor von außen.

von denen der eine rechts eine Fahne, mit einer Binde geziert, trägt. Die Inschrift lautete: „Sed Deus et virtus testantur Maximiliani Caesaris, haec urbis moenia cum populo“. Wie an dem Riesenthore der Stephanskirche das Probemaß für die Wiener Elle, so war hier jenes für die Weinstecken angebracht. Unter der Wölbung hieng eine der Sage nach früher wirklich vorhandene, später in Holz nachgebildete Speckseite, welche nur jener Mann ungehindert wegnehmen durfte, der sich vollkommen bewußt war, Herr im Hause zu sein. — Der Kärntnerthurm, der bei der ersten Belagerung eine so große Rolle spielte, wurde im Jahre 1671 nach der Erbauung des neuen Thores beseitigt.

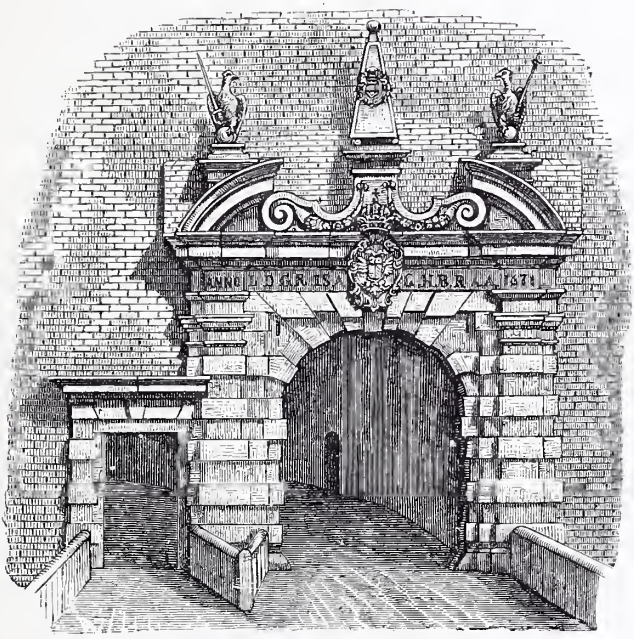
Die Festungswerke, im Laufe des XVIII. Jahrhunderts wiederholt restauriert, bestanden bis zur Zeit der beiden französischen Invasionen (1805 und 1809) unverändert fort. Der tägliche Verkehr zu Fuß und zu Pferde mit den Vorstädten wurde, wie im Mittelalter, durch sechs Thore: Burgthor, Kärntnerthor, Stubenthor, Rothenthurmthor, Neuthor (an der Stelle des Werderthores) und Schottenthor vermittelt, deren Zugänglichkeit durch Aufzugbrücken, Schutzgitter, Schlagbäume und Pallisaden wesentlich erschwert war.



Das Stubenthor von außen.

Lastwägen mit Kaufmannsgütern durften der Maut wegen nur durch das Rothenthurmthor verkehren. Nur an der Donauseite bestanden noch zwei kleinere Thore für Fußgeher, der Obere und Untere Fall. Erst von der Mitte des XVIII. Jahrhunderts an wurden die Eingänge vermehrt. Im Judenschanzel ließ Maria Theresia das ihr zu Ehren genannte Theresienthor eröffnen, welches nach der Demolierung dieses Vorwerkes im Jahre 1815 verschwand. Im Jahre 1806 kam das neue Kärntnerthor, im Jahre 1817 das Karolinen- und das Franzensthor, ersteres auf Kosten der Gemeinde, letzteres für Rechnung der Regierung, und im

Jahre 1855 das Franz Josefsthor in Verkehr. Zur Besichtigung der Festungswerke bedurfte man eines besonderen vom Stadtcommandanten ausgestellten Erlaubnisscheines. Erst Josef II. hob diese Beschränkung auf und machte die Wälle zu einem der beliebtesten Spaziergänge. Kaiser Franz I. erhöhte ihre Annehmlichkeit dadurch, dass er sie nach dem Jahre 1817 theilweise mit Alleen bepflanzen ließ. Ungeachtet der Beschränkungen im Betreten der Basteien begann schon zu Ende des XVI. Jahrhunderts der Bau von Basteihäusern, wozu ursprünglich die Bequartierung der Stadtquardia



Das Kärntnerthor von außen.

Veranlassung gab. Mit Rücksicht auf ihren Wachtdienst bei den Stadtthoren und auf den Basteien wurde für zweckmäßig erkannt, den Soldaten anstatt der Wohnungen in den Bürgershäusern kleine Häuser auf den Basteien zu erbauen, wodurch die Bürger zugleich von der Verpflichtung der Militär-Einquartierung loskamen. Nachdem schon früher einzelne solcher Häuschen auf der Kärntnerthor-, Schotten- und Biberbastei erbaut worden waren, ergieng am 25. October 1612 der ausdrückliche Befehl, dass kein Stadtquardia-Soldat anderswo als an der Stadtmauer und auf den Basteien wohnen dürfe, und es wurde vom Hofkriegsrathe, der das Eigenthum der

Basteigründe für sich in Anspruch nahm, ein eigenes Grundbuch, das sogenannte „Stadtquardia-Regiments-Schultheisen-Grundbuch", errichtet, an welches die Bürger ihre Grunddienste zu bezahlen hatten. Seit dieser Zeit erhoben sich solche „Stadtquardia-Häuseln" rings auf den Basteien, in kleinen ebenerdigen Gebäuden bestehend, von denen in der Regel jedes nur für die Bedürfnisse von ein bis zwei Familien eingerichtet war. Nach Aufhebung der Stadtquardia (1741) wurden auch die Soldatenhäuschen abgebrochen und auf deren Grund, zur großen Klage der Bewohner, welche die Beschränkung von Licht und Luft für die innere Stadt voraussahen, nach und nach Privathäuser erbaut. Die Grundherrlichkeit der Basteihäuser gieng bei dem Anlass vom Militärärar auf die Gemeinde über. Nur einzelne Realitäten — der Schlosserhof, die beiden kaiserlichen Zeughäuser, des obersten Landhauszeugmeisters Haus und das kaiserliche Arsenal — blieben Eigenthum der Militärbehörden.

Am Tage der Publication des Friedens (1809) sprengten die Franzosen die Vorwerke der Augustiner-, Burg-, Löwel-, Melker-, Schotten- und Neuthorbastei, die Courtine rechts und links neben dem Burgthor, dann zwischen der Löwel- und Melkerbastei. Da nach den Erfahrungen der Jahre 1805 und 1809 an ihre Erneuerung nicht mehr gedacht werden konnte, hob Kaiser Franz II. im Jahre 1817 Wien als Festung auf und stellte es in die Reihe der geschlossenen Städte. Die gesprengten Bastionen und Außenwerke wurden geschleift, selbst die Brustwehren an der inneren Stadt abgetragen. Nur wegen der großen Kosten der gänzlichen Schleifung ließ man die unbeschädigt gebliebenen Werke stehen. Durch die Auflassung der Festungswerke erfuhr die Burgbastei, in deren innerem Raum schon 1798 Bäume gepflanzt und ein Kaffeepavillon für das Publicum errichtet worden war, die bedeutendste Umgestaltung. Im Jahre 1822 entstand das neue Burgthor mit dem äußeren Burgplatz und 1819—1820 der Hof- und Kaisergarten.

Die Nachtheile, welche der Entwicklung der Stadt aus dem festgeschlossenen Gürtel von Festungswerken erwuchsen, hatten die Bürger frühzeitig empfunden. Nachdem die neuen Bastionen eine noch größere Sicherheit als die alten Stadtmauern boten, strebten die Beamten und Diener des kaiserlichen Hofstaates, der Adel, die Regierungsbeamten und die Geistlichkeit, sich in der Festung niederzulassen. Der Hof, seit K. Ferdinand I. bedeutend vergrößert, nahm für sein Personale bei den Bürgern eine standesgemäße Unterkunft in Anspruch, wozu er schon von alter Zeit her berechtigt war. Durch das ganze Jahr mussten die Bürger in ihren Häusern Quartiere, Stallungen und Keller für die Hofbediensteten in Bereitschaft

Wilh. Pramer S.C.M. a Cubic. Archit. et Equ. S. Marc. del.

Joh. Sonier sculpsit

Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien II. Bd

R. v. Waldheim art. Anst.

Wien von der Südseite im J. 1678

(aus Wolfg. Wilh. Pramer's „Ehrenpreis der Stadt Wien")

(Facsimile.)

halten, wofür sie nur durch eine mäßige Taxe entschädigt wurden. Der Adel, durch die bleibende Verlegung der Landtage nach Wien und den Reiz des glänzenden Hoflebens angelockt, kaufte Bürgerhäuser an, um diese für seine Bedürfnisse umzugestalten. Eine Anzahl kleinerer Bürgerhäuser verschwand auch durch den Zuwachs und die Ausbreitung der Klöster nach der Gegenreformation. So kam es, daß schon um die Mitte des XVI. Jahrhunderts, wie erwähnt, die Bürger über die Vermehrung der Freihäuser klagten, indem sie nachwiesen, daſs sich die Zahl der bürgerlichen Häuser von Jahr zu Jahr vermindere. Dieselbe Klage wiederholte sich im XVII. Jahrhundert. Im Jahre 1566 bestanden 90 Freihäuser, 62 steuerfreie, 53 geistliche und nur 987 bürgerliche Häuser. Im Jahre 1644 betrug die Gesammtzahl der ersteren 582 und jene der letzteren 643, so daſs daher fast die Hälfte der Häuser der bürgerlichen Jurisdiction entzogen waren. Das Raumbedürfnis gestattete deshalb auch in der inneren Stadt keine großen Veränderungen. Straßen und Plätze verblieben ununterbrochen in ihrer alten, schmalen, winkeligen Anlage, welche dadurch noch ungesünder wurden, daſs durch die Vermehrung der Stockwerke den Häusern der Zutritt von Licht und Luft erschwert wurde. Die folgende Zusammenstellung zeigt, wie sich in letzterer Hinsicht die Wohnungsverhältnisse verschlimmert hatten.

	Ebenerdige	Häuser mit						
Im Jahre	Häuser	I	II	III	IV	V	VI	VII Stockwerken
1566	41	390	565	88	1	—	—	—
1644	15	128	443	330	26	1	—	—
1795	6	42	188	457	376	51	6	1

Ein Zuwachs an Raum wurde erst nach der Aufhebung mehrerer Klöster unter Kaiser Josef II., nach der Verkleinerung der Anlagen mehrerer noch heute bestehender Klöster und nach dem Umbau anderer öffentlicher Gebäude gewonnen.

Schon K. Maria Theresia hatte sich deshalb mit der Idee zu einer großen räumlichen Umgestaltung Wiens, die zugleich eine Auflassung der Stadt als Festung zur Voraussetzung hatte, beschäftigt, wozu die eben damals herrschende Wohnungsnoth den unmittelbaren Impuls gab. Nach einem im Jahre 1767 entworfenen Plan beabsichtigte sie die innere Stadt in der Weise der heutigen Ringstraße mit einem Gürtel neuer Häuser zu umgeben, den unverbauten Raum in den der Stadt zunächst gelegenen Vorstädten auszunützen und den Baulustigen Plätze unentgeltlich zu überlassen; es sollten der Wienfluſs eingewölbt, der Verkehr der Leopoldstadt mit der Stadt durch Vermehrung der Brücken erleichtert,

die Stadtthore die ganze Nacht offen gelassen, die Straßen der Stadt und der Vorstädte gepflastert und Alleen rings um die Stadt angelegt werden. Damit man über die projectierte Stadterweiterung ein gründliches Urtheil fällen könne, erhielt der Stadtrath den Auftrag, unter Leitung des Hofmathematikers Josef Nagel einen großen Grundriss der Stadt und Vorstädte anfertigen zu lassen, der auch 1770—1771 zustande kam. Aus diesem Bestreben gieng auch die gleichzeitige Herausgabe des großen Vogelperspectivplanes der Stadt und Vorstädte von Josef D. Huber (1769—1774) und eine große Vogelperspective der inneren Stadt (1785) in zweiter verbesserter Auflage (1778) hervor, die mit dem Nagel'schen Plan sehr wertvolle Beiträge zur Topographie Wiens im XVIII. Jahrhundert bilden. Der großartige Plan der Kaiserin Maria Theresia, zu dessen Ausführung sie 1770 eine eigene Baucommission unter Beiziehung Nagel's niedergesetzt hatte, kam aber nicht zur Ausführung. Man vermochte noch nicht den Gedanken zu fassen, Wien als Festung aufzulassen, und beschränkte sich deshalb darauf, die Stadt durch die Bepflanzung des Glacis und eine verbesserte Bauordnung zu verschönern.

Von den Veränderungen an Plätzen, Straßen und an den Gebäuden wollen wir nur die wichtigsten berühren. Bis in das XVI. Jahrhundert hinein war die alte Babenberger Burg räumlich nicht größer als der heutige Schweizerhof und bildete ein an den Ecken von Thürmen flankiertes Quadrat. Die Südseite grenzte unmittelbar an die Stadtmauern, die übrigen drei Seiten waren von ummauerten Vorhöfen eingeschlossen. Gegen Westen trat die Abschlussmauer in ganz geringer Breite, gegen Norden dagegen bis in die Mitte des Michaelerplatzes vor, so dass sie in gerader Flucht mit der südlichen Häuserreihe der Herrengasse bis zur Front der Augustiner Hofkirche fortlief und bei dieser abschloss. Deshalb führte auch die Herrengasse wie in älterer Zeit ihre Benennung bis zum Lobkowitzplatz fort. Innerhalb dieses Vorhofes der alten Burg lag gegen die Herrengasse zu, von einer hohen Mauer eingeschlossen, der kaiserliche Irrgarten. Zur Hofburg gehörten aber schon im Jahre 1547 der ehemalige Hof der Grafen von Cilli, an Flächenraum weit größer als die erstere, der damals die Bestimmung eines Zeughauses Ihrer römischen Majestät hatte, die kaiserliche Hofkanzlei auf einem Theil des Flächenraumes der heutigen Reichskanzlei, die neue Burg gegenüber im Irrgarten (heute Stallburg genannt), im Jahre 1559 erbaut, der kaiserliche Hofstall am Schweinmarkt (Lobkowitzplatz) auf dem Flächenraume des Hauses C.-Nr. 751) und das gegen die Minoriten zu gelegene Hospital (zwischen 1554—1564 erbaut). Unter

K. Ferdinand I. wurden mehrere Ausbesserungen an der alten Burg vorgenommen, unter anderem auch auf der Seite gegen den Garten zu ein neues Stockwerk aufgesetzt, und das schöne Einfahrtsthor in den Schweizerhof mit den alten, die Inschrift 1552 enthaltenden Wappen, und unter K. Maria Theresia die Botschafterstiege erbaut; eine Erweiterung fand aber nicht statt. Zwischen den Jahren 1560—1600 wurden, wie aus Hofnagel's Vogelperspective (aus 1605—1612) deutlich hervorgeht, die ersten größeren Umgestaltungen vorgenommen. Der alte Cillierhof (das Zeughaus), bereits durch den Brand vom Jahre 1525 schwer beschädigt, wurde niedergerissen, der innere Burgplatz dadurch erweitert und an die Stelle des ersteren zwischen 1670—1680 der heutige Amalienhof erbaut. Die Bestimmung eines Zeughauses erhielt die neue Burg, die nach ihrem Umbau für einige Zeit die Residenz Maximilian's II. war. Nächst dem, neben der alten Burg stehenden Widmerthurm, durch welchen heute die Durchfahrt auf den äußeren Burgplatz führt, erhob sich mit der Front gegen Süden ein schmaler, drei Stockwerke hoher Tract, der mit dem Amalienhof durch die Stadtmauer verbunden war*). Unter Kaiser Leopold I. wurde auf der Stelle dieses Tractes ein neuer Flügel (zwischen 1660—1666) erbaut, der aber am 13. Februar 1668 gänzlich niederbrannte, und hierauf in seiner gegenwärtigen Gestalt neu aufgeführt wurde. Durch diese Neu- und Zubauten war der innere Burgplatz von allen vier Seiten mit Gebäuden eingeschlossen. Auch an der Nordseite stand bereits um das Jahr 1605 ein langer Tract, in den wahrscheinlich das Herbenstein'sche Haus (seit 1602 die Reichskanzlei) und das gegen die Schauflergasse zu gelegene Gußmann'sche Haus (schon 1529 Sr. Majestät Hofkanzlei genannt) verbaut war. An der alten Stadtmauer links neben dem Spanier erhob sich 1683 das älteste Komödienhaus, welches 1698 niederbrannte und von hier auf den Turnierplatz (Josefsplatz) zu stehen kam. Zur selben Zeit verschwand auch der gegen die Michaelerkirche zu gelegene Garten und Vorhof der alten Burg. K. Karl VI., der den Gedanken eines großartigen neuen Burgbaues gefaßt hatte, baute in den Jahren 1722—1726 die k. k. Hofbibliothek, in den Jahren 1728—1729 die Reichskanzlei und die Winterreitschule, K. Maria Theresia hierauf an der Stelle des Ballhauses nächst dem Schweizerhof im Jahre 1741 das Burgtheater (1748 erweitert, 1751—1760 in seiner jetzigen Gestalt hergestellt) und 1748

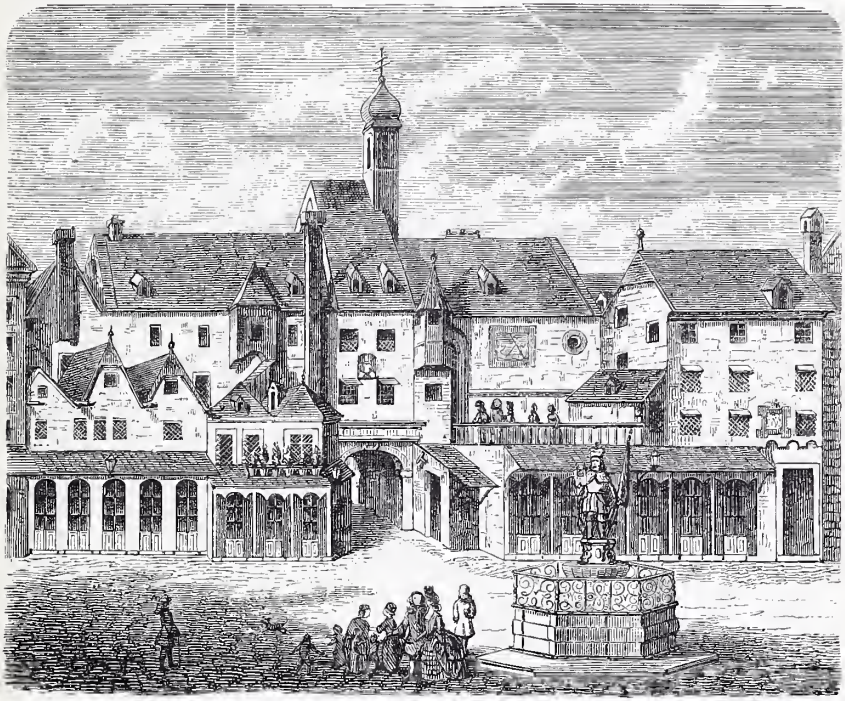
*) Auf der T. Stimmer'schen Ansicht der Stadt Wien, die erst nach 1570 gemacht wurde, ist der Amalienhof noch nicht aufgezeichnet.

den Flügel mit den Redoutensälen, Kaiser Josef II. den Flügel mit dem zoologischen Cabinete und Kaiser Franz II. 1804 den Rittersaal.

Diese Bauten in der Burg waren nicht ohne Einfluss auf die Gestaltung des Michaeler- und Josefsplatzes. Durch die Erbauung der Winterreitschule verbreiterte sich der Raum gegenüber der Michaelerkirche. Diese war schon im Jahre 1660 von dem sie umgebenden Friedhofe befreit und frei gestellt worden, so dass durch diese Veränderung, dann durch das Zurückrücken der Winterreitschule der Raum für den heutigen Platz gewonnen war. Durch die Erbauung der Hofbibliothek, des zoologischen Cabinets und der Redoutensäle entstand theilweise auf dem Flächenraume des Burggartens ein von drei Seiten geschlossener Platz (Josefsplatz), der gegenüber dem im Jahre 1581 erbauten Königinkloster durch eine Mauer abgeschlossen war. Als letzteres Kaiser Josef II. aufhob, wurden auf dessen Grundfläche der Graf Fries'sche Palast am Josefsplatz (1784) und die Bethäuser der augsburgischen und helvetischen Confession in der Dorotheergasse erbaut. Aus dem schmalen Durchgange zwischen der Stallburg und dem Klostergebäude in der Verlängerung der Bräunerstraße entstand eine neue Gasse. Bei dieser Umgestaltung fiel dann auch die Mauer, welche den ehemaligen Turnierplatz, nunmehr Josefsplatz genannt, abschloss.

Die räumliche Gestalt des Grabens blieb bis zum Jahre 1840 unverändert. Erst in diesem Jahre wurden zur Erweiterung der Passage gegen den Kohlmarkt das gräflich Schallenberg'sche und Zugschwert'sche Haus (Nr. 569 und 570) gegenüber dem Kohlmarkt abgebrochen, wodurch das Paternostergäßchen wegfiel. Im Jahre 1776 verschwand der alte Freisingerhof mit der „Georgskapelle", an dessen Stelle der Hofbuchdrucker Thomas Edler von Trattnern ein großes Zinsgebäude erbaute. Auf der Front des Hauses Nr. 619 wurde im Jahre 1552 der Elefant abgebildet, den K. Maximilian II. im April desselben Jahres aus Spanien nach Wien bringen hatte lassen. Sturm in seinem Ehrenpreis erzählt darüber: „Ein Haus, zum schwarzen Elefanten genannt, auf dem ein Mann reitet, in der rechten Hand einen kleinen Spieß haltend, damit er ihn auf den Kopf stößt, und in der linken einen gelben Zügel, an des Elefanten zwei lange weiße Zähne gebunden." — Der Petersplatz wurde durch den 1702 begonnenen Neubau der Kirche verengt und der Friedhof erst 1782 aufgelassen. Das alte Hubhaus (Nr. 564), im Jahre 1710 erneuert, wurde zum Vicedomhaus, und war bis 1753 Sitz der Regierungskanzlei, später auch jener des Hofkriegsrathes.

Der Stephansplatz war bis zum Jahre 1792 an vier Seiten von Häuserreihen eingeschlossen, von denen die westliche, vor der Brandstätte befindliche, ungefähr in der Mitte der heutigen Fahrstraße stand. Fünf Thore führten von den angrenzenden Straßen auf den Platz, und zwar das Messnerthor bei der Bischofgasse, das Schulerthor bei der Schulerstraße, das Hüttenthor bei dem deutschen Hause, das Zimmerthor beim Stock-im-Eisenplatz und ein kleines Thor bei dem heute verschwundenen Rauber-



Der Graben mit dem Freisingerhof.

gäßlein, das in gebrochener Linie bei dem Curhause in die Kärntnerstraße mündete. Der den Dom umgebende Friedhof blieb in die — seit dem Mittelalter bestehenden — Leichenfelder getheilt. Die auf dem Friedhofe befindliche Magdalenakirche wurde nach dem Brande vom 12. September 1781 abgebrochen. Nachdem schon seit 1732 auf dem Friedhofe keine Leichen mehr bestattet werden durften, erfolgte 1783 dessen gänzliche Auflassung. Im Jahre 1700 wurden der quer über die Straße erbaute Heilthumstuhl und im Jahre 1788 die fünf Eingangsthore niedergerissen. K. Josef II.

ordnete 1789 die Freimachung des Stephansdomes von den Häusern an der Westseite an, und Kaiser Franz I. widmete das Geld, welches gewöhnlich der Stadtrath bei der Kaiserkrönung zum Triumphbogen verwendet hatte, zur weiteren Verschönerung des Stephansplatzes. Im Ganzen standen dort sechs Häuser, von denen das erste im Jahre 1792, die übrigen aber erst im Jahre 1803 abgebrochen wurden. Darunter befand sich auch die Cantorei vor der Magdalenakirche, welche urkundlich schon 1441 vorkommt und 1633 neu gebaut worden war. — Von den Gebäuden am Stephansplatz erwähnen wir den Bischofhof, der im Jahre 1605 vergrößert, im Jahre 1641 neu erbaut und im Jahre 1716 neuerlich umgestaltet wurde, den Zwettlhof (Nr. 868) mit der Katharinenkapelle, der sich in seiner alten Gestalt bis zum Umbau im Jahre 1843 erhielt, nebenan das Münzhaus (Nr. 867), in dem sich 1566 auch die Kunstkammer befand, und welches nach seiner Auflassung als Münzstätte im Jahre 1781 für die Briefpost eingerichtet wurde, den Domherrnhof (Nr. 872), im Jahre 1841 neu gebaut, die Häuser der deutschen Herren (C.-Nr. 879), die Bürgerschule (Nr. 874) und die Bauhütte, schon seit dem Jahre 1635 theilweise Curatenhaus und 1742 in das heutige Curhaus umgebaut. — Die Wechselbänke und Kramläden auf der Brandstätte bestanden bis 1608, worauf das Haus Nr. 628 in den Besitz des Lazarus Henkel von Donnersmark übergieng und im Jahre 1698 in seine bis 1872 bestandene Gestalt umgebaut wurde. — An der Kärntnerstraße gieng keine wesentliche Veränderung vor. Alle Seitenstraßen mündeten schon im Mittelalter ein und nur nach dem Umbau des Bürgerspitals (um 1790) verschwand hinter dem Schwarzenberg-Palais ein schmales Gäßchen, das eine Verlängerung der Klostergasse war.

Auch die Gestalt des Neuen Marktes blieb dieselbe. Als 1595 die Kapuziner nach Wien berufen wurden, bezogen sie zuerst das Minoritenkloster und erhielten erst im Jahre 1622 das neuerbaute Ordenshaus am Neuen Markt, das im Jahre 1691 abbrannte und deshalb restauriert werden musste. K. Josef II. nahm im Jahre 1784 dem Kloster einen Theil der Nebengebäude und des weitläufigen Gartens ab und verwendete ihn zu Privatbauplätzen. Aus dieser Umgestaltung gieng die Plankengasse hervor. — Auf dem alten Schweinmarkt (Bürgerspitalplatz) stand auf dem Flächenraume des Kapuzinerklosters der alte Schaumburgerhof oder der kaiserliche Hofstall, gegen die Spiegelgasse zu der Altenburgerhof und seit dem Jahre 1687 das fürstlich Lobkowitz'sche Palais. Der Schweinmarkt, klein und unregelmäßig wie der Rossmarkt, erhielt seine

spätere Gestalt nach dem Umbau des St. Claraklosters, das nach der ersten Türkenbelagerung zur Unterbringung des vor dem Kärntnerthor gelegenen Bürgerspitals in den Besitz der Gemeinde übergieng. Nach dem Jahre 1784 wurde das Bürgerspital bei St. Clara in ein Zeughaus umgebaut. Der gegen die Kärntnerstraße zu gelegene Theil, das Chaos'sche Stifthaus, entstand im Jahre 1664.

Die Seilerstätte bildete infolge des Fortbestandes der alten Stadtmauer bis zum Schluss des XVI. Jahrhunderts einen schmalen Gang. In dem Raume zwischen der alten Stadtmauer und der neuen Courtine stand schon 1547 das Gusshaus; später wurden darin kleine Häuser der Stadtguardia und im Jahre 1684 das untere kaiserliche Zeughaus erbaut, wo K. Karl VI. die Kriegsfahrzeuge für die Donau ausrüsten ließ.

Die Riemerstraße, auf dem Hirschvogel'schen Plan (1547) irrig mit „Römerstraße" bezeichnet — ein schwacher Nachklang der Laz'schen Fälschungen — führt noch in gerader, ununterbrochener Linie auf den Alten Fleischmarkt. Erst zu Anfang des XVI. Jahrhunderts, nach Übergabe der Universität an die Jesuiten (um das Jahr 1625), bauten diese das Haus Nr. 757, (Bäckerstraße), die alte Aula Universitatis, schlossen die Riemerstraße gegen die Wollzeile zu ab und stellten durch einen noch heute bestehenden Durchgang die Verbindung her. Kirche und Kloster zu St. Jakob wurden im Jahre 1784 abgebrochen. Auf dem Platze der Kirche steht heute das Haus C.-Nr. 797, auf jenem des Klosters das große Ärarialgebäude mit dem Stempelamte.

Wesentliche Veränderungen giengen mit dem Universitätsplatze vor sich. Im Jahre 1628 erbauten die Jesuiten die Universitätskirche, wodurch sie die Verbindung mit dem Alten Fleischmarkt abschlossen und dafür das heutige „Jesuitengäßchen" eröffneten. An der Ostseite des Platzes entstand im Jahre 1623 das Collegium der Jesuiten oder das alte Universitätsgebäude, im Jahre 1754 auf dem Platze der ehemaligen alten „Liberey" die neue Universität. Um dieselbe Zeit errichtete der Erzbischof von Gran, Peter Pazmany, im Rücken der Universitätskirche ein Seminar für die Bildung ungarischer Jünglinge. Nach Einverleibung der Windhag'schen und Gmünd'schen Bibliothek in die Universitäts-Bibliothek unter Kaiser Josef II. erhielt dieselbe eine solche Bedeutung, dass für sie an der Rückseite der alten Universitätsräume im Jahre 1828 ein neues Gebäude erbaut wurde. Die Dominicanerkirche, die während der ersten Türkenbelagerung niedergebrannt war, wurde restauriert und im Jahre 1631 neu erbaut. Das alte städtische Zeughaus, auf

dem Platze des heutigen Postamtsgebäudes und der Schlesingerburse stehend (Nr. 664—665), wurde im XVI. Jahrhundert als Getreidekasten verwendet. Im Jahre 1767 entstand nach Einbeziehung mehrerer Privathäuser der gegenwärtige Bau. Auf dem Flächenraume zweier Privathäuser und der Rosenburse entstand im Jahre 1554 die unter der Leitung der Jesuiten gewesene adelige Landschaftsschule (Nr. 666), später Barbarastift genannt. Nach Aufhebung des Jesuitenordens gieng im Jahre 1775 die darin befindliche Kirche in die Benützung der griechisch-unierten Gemeinde über. Das Nonnenkloster zu St. Laurenz am Alten Fleischmarkt, im Jahre 1630 umgebaut und vergrößert und im Jahre 1786 aufgehoben, wurde im Jahre 1816 abgebrochen und auf dem Flächenraume desselben das gegenwärtige Ärarialgebäude aufgeführt. Die griechisch-nichtunierten Griechen und Walachen erbauten auf Grund des ihnen von K. Josef II. ertheilten Privilegiums am Alten Fleischmarkt eine Schule und Kirche.

Die Umgestaltung des Salzgries fällt in den Beginn des XVIII. Jahrhunderts. Nachdem die Gemeinde im Jahre 1716 von dem Hofkriegsrathe die daselbst befindlichen, von der alten Stadtbefestigung herrührenden Pulverthürme mit der Verpflichtung eingelöst hatte, dafür zwei Pulvermagazine auf den Ravelins bei dem Stuben- und Neuthor zu erbauen, wurden die alten Stadtmauern mit ihren Thürmen abgebrochen und auf dem Boden derselben Wohnhäuser erbaut. Nur der untere Theil des Werderthores, der gleichfalls als Pulverthurm verwendet wurde, blieb an der Rückseite des Hauses C.-Nr. 184 stehen. Nach der Aufhebung der Stadtquardia (1741) erbaute die Gemeinde auf dem Raume der dadurch überflüssig gewordenen Stadtquardiahäuser und der Stadtmauer im Jahre 1748 die Salzgriescaserne. Auf der anderen Seite des Salzgries lag das Praghaus, später kaiserliches Salzamt (Nr. 460 und 468) und nebenan der Gaminger-hof, heute Seitenstetterhof (Nr. 464). Bei diesem führte ein schmales Gäßchen auf den Kienmarkt, das zu der Zeit verschwand, als Kaiserin Eleonora, die Gemahlin Ferdinand's II., daselbst 1615 ein Kloster für die Karmeliterinnen erbaute und dazu eine Gruppe von Häusern, darunter auch die ehemalige Judensynagoge (Nr. 454), Siebenbücher genannt, einbezog. Auf dem Boden der Häuser Nr. 213 und 214 breitete sich der Passauerhof aus. Am Westende des Salzgries — ungefähr bei dem Hause C.-Nr. 182 — führte vor der ersten Türkenbelagerung zwischen einer Gruppe von Häusern ein schmales Gäßchen auf die Hohe Brücke. Nach dem Jahre 1561 wurde die ganze Häusergruppe bis zum Judenthurm und

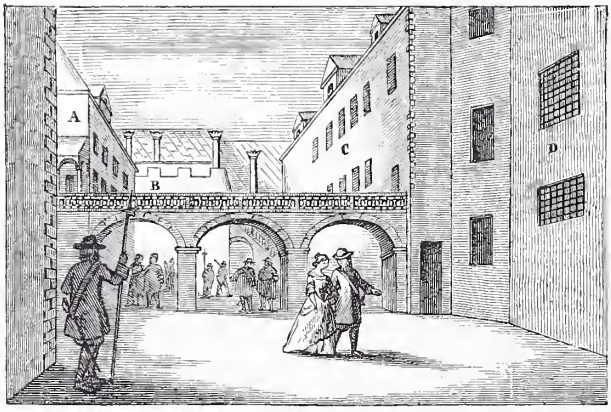
weiter hinauf bis zur Renngasse vom Kaiser angekauft. Das alte Arsenal stand auf einer Insel vor dem Salzthurm im Werd. Im Jahre 1546 wurde es vom K. Ferdinand I. für zweckmäßig erkannt, dasselbe innerhalb die Befestigung zu verlegen. So entstand in der ganzen Ausdehnung zwischen der Elend- und Neuthorbastei ein neues Arsenal; der Flächenraum des abgebrochenen alten Arsenals wurde der Gemeinde im Jahre 1561 zu einer „gemeinen Lände- und Anladestatt" übergeben. Das neue Arsenal war durch einen schiffbaren Canal mit dem Donauarme in Verbindung und hatte ein Bassin für die Kriegsfahrzeuge. In dasselbe wurde auch der alte Salzburgerhof in der Renngasse und ein Theil des Gartens des Stiftes Schotten einbezogen und im Jahre 1584 der Bau des oberen Arsenals begonnen. Unter Kaiser Leopold I. erhielt das Arsenal seine bis zum Beginn der Stadterweiterung bestandene Ausdehnung (1672).

In der Rothenthurmstraße erhob sich auf dem Boden der Häuser Nr. 641, 642 und 643 das Maut- und Waghaus der Gemeinde. Der Lugeck blieb vollständig unverändert und noch heute steht hier der alte Regensburgerhof Nr. 751. Das Tirnaerhaus, seit 1591 Federlhof genannt, wurde erst im Jahre 1845 umgebaut. Auf dem Wege zum Hohen Markt waren zu beiden Seiten und in der Rothgasse seit dem XV. Jahrhundert Fleischbänke, von denen die letzten erst 1842 nach dem Umbau des Taschnerhauses (Nr. 526) verschwanden. Der Hohe Markt hatte fast dieselbe Ausdehnung wie bei Beginn des XVI. Jahrhunderts; die Schraune (Nr. 545) bestand hier unverändert fort bis zum Jahre 1848 und gegenüber derselben auf dem „Fischmarkt" im XVII. Jahrhundert ein schöner „sommerlicher Saal", später Brunnenhaus genannt, das 1790—1800 verschwand. In der Judengasse baute sich Dr. W. Laz einen Hof. Unter den Tuchlauben führte im Jahre 1547 das Haus C.-Nr. 562 die Benennung „Zeughaus"; dasselbe war im Jahre 1701 im Besitze des Grafen Wagensperg, hatte den Schild zum „schönen Brunnen" und wurde im Jahre 1708 in das gegenwärtige Schönbrunnerhaus umgebaut. In der Wipplingerstraße erhielt durch Einbeziehung mehrerer Häuser (Nr. 383—385) das Rathhaus eine bedeutende Vergrößerung und 1710—1777 seine gegenwärtige Façade. In der beifolgenden Abbildung geben wir eine Ansicht seines Innern nach seinem Bestande in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts. Das Palais des Ministeriums des Innern erbaute Karl VI. (1717) auf dem Flächenraum einer Gruppe von zwölf Häusern.

Eine unveränderte Gestalt behielt auch der Judenplatz und der Hof. Im Jahre 1564 verlegte die Gemeinde auf den letzteren Platz das

bürgerliche Zeughaus und führte im Jahre 1732 das gegenwärtige Gebäude auf. — Der alte Herzogenhof und die Kirche der Karmeliter mit mehreren daranstoßenden Häusern gieng im Jahre 1550 in den Besitz der Jesuiten über. Nach Aufhebung dieses Ordens wurde das Professhaus dem Hofkriegsrath eingeräumt.

Wie verschiedenartig auch die ehemaligen Benennungen der Freiung lauten, so zeigt doch Wolmuet's Plan, dass der Platz bereits im Jahre 1554 seine heutige Gestalt hatte. Den größten Raum nahm das Schottenkloster ein. Im Jahre 1547 stand noch außerhalb der Klosterräume im Rücken der Kirche ein Karner. In Betreff der die Freiung einschließenden älteren Gebäude ist bemerkenswert, dass das Haus C.-Nr. 240 im Jahre 1566

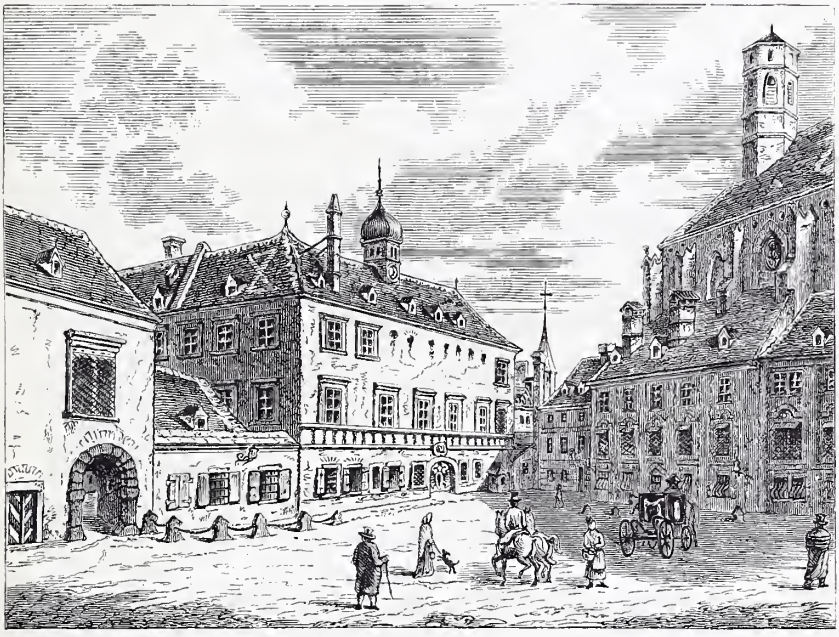


Der Hof des Rathhauses.

im Besitze des Herrn v. Puchheim, im Jahre 1683 in jenem der Fürsten Auersperg und des Cardinals Fürsten Dietrichstein war und im Jahre 1689 von dem Grafen Harrach umgebaut wurde. Das Haus C.-Nr. 241 war schon im Jahre 1566 im Besitze der Grafen Abersberg und Traun. Das Haus C.-Nr. 62 besaßen im Jahre 1683 die Grafen Lamberg; dasselbe ließen im Jahre 1710 die Fürsten Kinsky in das gegenwärtige Palais umbauen, worauf es im Jahre 1713 Eigenthum des Grafen Daun wurde. Das Haus C.-Nr. 236, „da der Haiden scheusst", war 1528 Eigenthum der Brüder des Heiligengeistspitals und bereits im Jahre 1683 des Wiener Bisthums.

Die Herrengasse behielt bis in die neue Zeit ihren ursprünglichen Charakter bei. Im Jahre 1513 legten die Stände den Grund zum alten Land-

haus auf einem Theil des Gartens und Friedhofes der Minoriten. Die Erweiterungen desselben erfolgten in den Jahren 1551, 1571 und 1674. Im ersteren Jahre entstand der gegen die Minoriten gelegene Quertract und im Jahre 1710 der schöne, mit Fresken geschmückte Saal. Der Umbau, mit möglichster Schonung der historischen Bestandtheile vorgenommen, fällt in die Jahre 1834—1838. Neben dem Landhause, von diesem getrennt durch ein schmales Gäßchen, stand im Jahre 1552 das Haus der Roggendorf, welches unter Ferdinand II. in den Besitz des Hofes übergieng; im Jahre 1764 wurde es für die nieder-



Das neue Landhaus.

ländische Kanzlei umgebaut, später darin die italienische Hofkanzlei untergebracht und in den Jahren 1845—1847 für die Zwecke der niederösterreichischen Regierung (Statthalterei) neu erbaut. Von den Palästen der Herrengasse war das Haus C.-Nr. 28 von 1560—1700 im Besitze der Herren v. Mollard, und kam um 1749 in den der Fürsten Clary. Das Haus C.-Nr. 28 war bereits im Jahre 1566 Eigenthum der Fürsten Dietrichstein, von welchen es 1810 der Herzog von Modena erwarb und der Flächenraum der Häuser C.-Nr. 751—752 schon im XV. Jahrhundert größtentheils im Besitze der Fürsten Liechtenstein, die den Umbau der letzteren im Jahre 1792 voll-

zogen. Das alte Gebäude der Nationalbank wurde im Jahre 1818 auf der Fläche von drei Privathäusern erbaut. Bis zum Umbau des Landhauses (1834) bestand zwischen diesem und dem Hause Nr. 31 noch keine Gasse.

Der Minoritenplatz behielt seine Gestalt bis zur Aufhebung des Minoritenklosters im Jahre 1784. Durch die Auflassung des Friedhofes an der Nordseite verbreiterte sich der Platz; die Außenseite der Kirche wurde aber durch angebaute Häuser verunstaltet. Außer dem Landhause war das umfangreichste Gebäude jenes des Freiherrn von Schönkirchner (C.-Nr. 42), das bereits vor 1683 in den Besitz der Grafen Starhemberg übergieng und heute Eigenthum des Staates (Ministerium für Cultus und Unterricht) ist. Die Häuser C.-Nr. 41 und C.-Nr. 4 waren im XVI. Jahrhundert Eigenthum der niederösterreichischen Landschaft und des Francisco Lasso di Castillia; ersteres erwarben im vorigen Jahrhundert die Grafen von Uhlefeld und Thürheim und später die Fürsten Dietrichstein; letzteres zu Ende des XVII. Jahrhunderts die Fürsten von Liechtenstein, die im Jahre 1694 das heutige Palais erbauten. An der Ostseite der Kirche lag das von K. Ferdinand I. im Jahre 1547 erbaute Hofspital. Auf einem Theile des Flächenraumes steht seit dem Jahre 1741 das Ballhaus. In der Bankgasse war das Palais C.-Nr. 47 schon in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts in Benützung der ungarischen Hofkanzlei.

Für die Entwicklung des bürgerlichen Lebens wurde die Umgestaltung der inneren Stadt in eine allen militärischen Ansprüchen entsprechende Festung um so nachtheiliger, als damit zugleich eine ganz veränderte Anlage der Vorstädte, d. i. der außerhalb der inneren Stadt auf dem Flächenraume des Burgfriedens vorhandenen Ansiedlungen verbunden war. Schon im Mittelalter hatte man über die Nachtheile geklagt, welche der inneren Stadt in Kriegszeiten durch die Lage der Vorstädte, hart am Rande des Festungsgrabens, erwuchsen, indem es den Belagerern dadurch möglich wurde, nach Bezwingung der Vorstädte ihre Wurf- und Brandgeschosse in gedeckter Stellung in die Stadt zu werfen. Aus diesem Grunde wollte man die alten Vorstädte nach der ersten Türkenbelagerung nicht mehr aufbauen, sondern diese in eine größere Entfernung von ihren früheren Standorten, zum Theil in den Oberen und Unteren Werd und nach Altdonau verlegen. Und wie wir wissen, tauchte im Jahre 1577 sogar der Plan auf, die Vorstädte durch Erbauung einer neuen befestigten Stadt im Unteren Werd gänzlich entbehrlich zu machen.

Aus der Ansicht der Stadt Wien von S. Lautensack ist zu ersehen, dass ungeachtet der militärischerseits geltend gemachten Nachtheile noch bis zum Jahre 1558 eine beträchtliche Anzahl von Häusern dicht an dem Stadtgraben neu aufgebaut worden war. Eine Änderung dieser Sachlage führte erst der kaiserliche Befehl vom 4. März 1558 herbei, dass niemand unter 50 Klafter Entfernung vom Stadtgraben ein Gebäude aufführen dürfe, ein Befehl, mit welchem die Bildung eines größeren fortificatorischen Rayons begann. Infolge der Fortschritte in den Belagerungsmitteln wurde dieser Rayon, nachdem schon im Jahre 1629 auf der Landstraße 26 durch eine Feuersbrunst zerstörte Häuser nicht mehr aufgebaut worden waren, mit dem kaiserlichen Befehl vom 8. Juli auf 300 Schritte, am 21. November 1662 auf 200 Klafter und unmittelbar vor der zweiten Türkenbelagerung auf 600 Schritte erweitert, wodurch das Bedürfnis eintrat, innerhalb des Zeitraumes von 1632—1684 452 und mit Hinzurechnung der 26 zerstörten Häuser im Ganzen 478 bürgerliche Häuser abzubrechen; dies fiel um so mehr ins Gewicht, als im Jahre 1683 Stadt und Vorstädte nicht mehr als 1780 bürgerliche Häuser zählten. Die letzte Erweiterung des fortificatorischen Rayons verfügte K. Josef II. am 20. November 1788 durch das Verbot, auf den Festungsesplanaden neue Häuser in einer Entfernung von weniger als 500 Klaftern ohne Genehmigung des Festungscommandanten zu erbauen. Bei dieser Bestimmung verblieb es auch nach der Auflassung der inneren Stadt als Festung im Jahre 1817, bis infolge der Stadterweiterung sämmtliche Bastei- und Glacisgrundflächen zur Verbauung gelangten.

Dieser fortificatorische Rayon war für die naturgemäße Entwicklung Wiens vom nachtheiligsten Einflusse. Die innere Stadt blieb auf jenen Umfang beschränkt, den sie bereits zu Ende des XIII. Jahrhunderts besaß; die Vorstädte wurden räumlich vollständig abgetrennt von ihrem politischen und socialen Mittelpunkte und entwickelten sich zu besonderen Gemeinden, über die der Stadtrath nur die grund- und ortsobrigkeitlichen Rechte ausübte. Durch die Inanspruchnahme eines weit ausgedehnten Territoriums für militärische Zwecke verringerte sich der Flächenraum des Burgfriedens, und die Gemeinde verlor über ein wertvolles Gebiet die Ausübung ihrer grund- und ortsobrigkeitlichen Rechte. Wie oft sie auch dagegen Einsprache erhob, die Klagen und Beschwerden fanden keine Berücksichtigung und nach langjährigem Streite der Gemeinde mit dem Hofkriegsrathe kam es so weit, dass K. Franz I. am 10. April 1817 dem Militärärar ausdrücklich das Grundeigenthum über die Bastei- und Glacisgründe zuerkannte und die Gemeinde

mit ihren Ansprüchen auf den Rechtsweg verwies. Auch die öffentliche Gesundheit litt viele Jahre unter dem verwahrlosten Zustande des fortificatorischen Rayons, indem dieser wüst und stauberfüllt war und mit Schutt und Unrath angefüllt wurde. Erst K. Maria Theresia ließ denselben, nachdem sie aus militärischen Rücksichten den Plan der Verbauung fallen gelassen, am 17. Jänner 1770 planieren, neue Straßen und Wege anlegen und die freigebliebenen Gründe mit Wiesen bepflanzen. Diese Wohlthat erhöhte K. Josef II. durch die Bepflanzung der Esplanadestraße und der Gehwege mit Alleen, die nach Sprengung der Vorwerke im Jahre 1817 vermehrt wurden.

Der größte Nachtheil aus dem fortificatorischen Rayon entsprang aber der Stadt dadurch, dass während der Zeit der Türkenkriege die räumlich getrennten Vorstädte in die Vertheidigung nicht einbezogen, sondern schutz- und wehrlos der Verwüstung preisgegeben blieben. Diese Unsicherheit für den Grundbesitz war die Hauptursache, dass die Vorstädte bis zu der zweiten Türkenbelagerung keinen bedeutenden Aufschwung nahmen, sondern im Ganzen nur 854 Häuser zählten, von welchen die meisten in den Händen des Adels und der Hofbediensteten waren, welche dort Landhäuser erbauten und viele dort auch durch das Jahr wohnten, weil sie in der inneren Stadt sich nicht ankaufen konnten. Erst als nach dem Jahre 1683 durch die glänzenden Siege des Grafen Montecucculi und des Prinzen Eugen von Savoyen über die Türken die Gefahr einer neuerlichen Belagerung schwand und gleichzeitig durch die Befestigung der Monarchie sich auch die Stellung und Bedeutung Wiens als Haupt- und Residenzstadt mächtig hob, machte die Entwicklung der Vorstädte raschere Fortschritte. Es entstanden große und zahlreiche Wohnhäuser der Bürger, Paläste des Adels und öffentliche Gebäude an der Stelle der durch die türkische Belagerung zugrunde gegangenen. Als im Jahre 1703 die Kuruzzen Wien bedrohten, ordnete der Kaiser am 23. Februar 1704 zum Schutze der Vorstädte über Vorschlag des Hofkriegspräsidenten Prinzen Eugen die sofortige Anlage einer Defensionslinie, bestehend aus Erdwällen, an. Auch die Befestigung der Leopoldstadt wurde neuerdings in Anregung gebracht, jedoch abermals wieder fallen gelassen. Alle Personen zwischen 18 und 60 Jahren wurden verpflichtet, bei der Aufwerfung von Erdwällen entweder persönlich Dienste zu leisten oder die Kosten der Stellvertretung zu tragen. Die geistlichen Stifte hatten das Holz aus ihren Waldungen zur Anfertigung von Pallisaden beizustellen. Anfangs Juni 1704 war diese Vertheidigungslinie oder der Linienwall sowohl in der Leopoldstadt als auch von dem Ufer des Donaucanales in Erdberg bis zu dem bei Nussdorf in einem weiten Bogen vollendet.

Als die Gefahr eines Kuruzzenüberfalles verschwunden war, beschloss die Regierung den Linienwall dauernd zu erhalten, und sie verlegte an denselben zugleich die Aufschlagsämter am alten Tabor, bei St. Marx, bei den Paulanern auf der Wieden, an der Wien, auf der Laimgrube und in der Rossau. Am 18. Juni 1718 wurde bestimmt, dass vom Liniengraben aus ein Flächenraum von 100 Klaftern und gegen die Vorstädte ein Flächenraum von 12 Klaftern frei zu bleiben habe. Im Jahre 1738 ließ die Regierung die Linienwälle zur besseren Erhaltung ausmauern.

Durch die Bildung eines großen und breiten fortificatorischen Raumes zwischen der Stadt und den Vorstädten wurde die Gemeinde in ihrem Grundeigenthume schwer geschädigt. Bald nach der ersten Türkenbelagerung hatte deshalb K. Ferdinand I. der Gemeinde für die erlittenen Verluste am 18. December 1540 einen Grundcomplex bei St. Johann in der Siechenals, worauf sie ein Lazareth erbaute, und einen zweiten bei dem Kloster St. Niklas auf der Landstraße zur Verlegung des Michaelerfriedhofes in der Stadt auf diese Örtlichkeit geschenkt. Am 5. April 1552 überließ der Kaiser der Stadt den Grund und Boden der Wälle und Brustwehren der alten Vorstädte in der Ausdehnung vom Schottenthor bis zum Kärntnerthor als Eigenthum. Am 20. October 1561 schenkte Kaiser Max II. der Stadt den Grund und Boden des alten, zwischen zwei Donauarmen gelegenen Arsenals. Am 26. April 1563 erkaufte die Gemeinde die sämmtlichen Besitzungen des Niklasklosters auf der Landstraße von der Universität und dem Dorotheastift. Am 23. Februar 1618 erhielt die Gemeinde die grundherrliche Jurisdiction über die Gründe in Altdonau (Weißgärber). Am 19. März 1620 kaufte sie den Grundbesitz des Klosters zu Theobald (Windmühle), welchen Hans von Francolin im Jahre 1562 von K. Ferdinand I. zum Geschenke erhalten hatte.

Einen wichtigen Schritt machte die Gemeinde nach der zweiten Türkenbelagerung zur Sicherung ihrer grundherrlichen Rechte. Es hatten sich nämlich infolge der großen Veränderungen, deren Schauplatz die Vorstädte waren, im Laufe der Jahrhunderte die Burgfriedensgrenzen verwischt, was zahlreiche Streitigkeiten mit den verschiedenen Grundherrschaften hervorrief. Diese Umstände gaben Veranlassung, den Kaiser um die Feststellung, zugleich aber auch um die Erweiterung des Burgfriedens zu bitten. Nach vieljährigen Verhandlungen hatte diese Bitte einen günstigen Erfolg und am 15. Juli 1698 erhielt die Stadtgemeinde ein neues Burgfriedens-Privilegium mit folgenden Grenzen des Gemeindegebietes. Vom Rothen Thurm hinaus an der Donau linker und rechter Hand bis St. Marx,

mit Ausnahme von Erdberg; vom Stubenthor auf der Landstraße linker und rechter Hand bis St. Marx; am Rennweg linker und rechter Hand nach St. Marx; von dem Kärntnerthor hinaus in dem Heugaſsl linker und rechter Hand, ſoweit die Ried von Neuſätzen oder Gräften (linke Seite der Heugaſſe) geht, bis an den Weg, der gegen St. Marx herab an die ſogenannte Ried Mühltruhen geht; von dem Kärntnerthor hinaus bei der kaiſerlichen Favorita linker und rechter Hand, ſoweit die untere Kurtzgährn oder Kurtzſtöß (eine Strecke abwärts von der Villa Metternich) gehen, bis an den Weg gegen St. Marx herab an die oberen Kurtzgährn; vom Kärntnerthor auf der Wieden hinaus rechter Hand bis Nikolsdorf hart an das erſte allda befindliche Gebäu, linker Hand gegenüber von Nikolsdorf und in der Linie an der Ried der Mittleren Schoſſen (Vorſtadt Hungelbrunn) hinumb an die oberen Kurtzgährn; von dem Kärntnerthor jenſeits der Wien linker Hand bis nach Margarethen, diesſeits der Wien hinaus bis an das ruinierte Häusl am Berg oben; von dem Burgthor linker Hand bis an die Windmühl und rechter Hand bis an die außerhalb des Chaos'ſchen Stiftgartens auf den geweſenen kaiſerlichen Spitalleriſchen Äckern (Spittlberg) erbauten Häuſer; vor dem Burgthor hinaus linker und rechter Hand bis zu Ende der Moſſeriſchen Wieſen, ſo an die Ottakring'ſchen Wieſen und Straßen anſtoßen, mit Ausnahme von St. Ulrich, Neubau, Neuſtift und dem Paſſauer'ſchen Grundbeſitz, ſodann bis hart an die Auguſtiner Gartenmauer; ſodann vom Schottenhor hinaus bis hart an die Auguſtiner Gartenmauer und von hier über den Alſerbach bis zu dem oberhalb in der Höhe unweit Währing gegen die Stadt zu ſtehenden Stein, ſodann bis an die Donau zu Ende des gräflich Althan'ſchen Gartens und Hauſes, mit Ausnahme des fürſtlich Liechtenſtein'ſchen Brauhauſes, über die Schlagbrücke bis zu den neuerbauten Schanzen und Fahnenſtangen, incluſive Tabormaut.

Im Beſitze dieſes Burgfrieden-Privilegiums war die Gemeinde ſeit jener Zeit beſtrebt, im Wege des Kaufes die noch vorhandenen grund- und ortsobrigkeitlichen Rechte über die zwiſchen den Vorſtädten gelegenen Dörfer und Güter zu erwerben, und es gelang ihr auch folgende ſogenannte Freigründe und herrſchaftliche Güter einzulöſen, welche, weil ſie außerhalb des Burgfriedens lagen, die Eigenſchaft und Benennung nicht bürgerlicher Vorſtädte erhielten: Einen Theil der ſpäteren Joſefſtadt von Hippolyt Marcheſe von Maleſpina mit Kaufbrief vom 30. April 1700 um 95.000 Gulden; — Erdberg und Altlerchenfeld durch die Ver-

träge vom 2. Mai 1786 und 1. September 1810 von verschiedenen Besitzern; — Hungelbrunn von Bartholomäus Freiherrn von Tinti um 4000 fl. mit Kaufbrief vom 28. April 1705; — Althan von Gundacker Grafen von Althan um 30.000 fl. mit Kaufbrief vom 30. Juni 1713; — einen Theil der Wieden vom Wiener Erzbischofe um 30.000 fl. mit Kaufbrief vom 3. März 1723; — Margarethen, Matzleinsdorf und Nikolsdorf vom Grafen Sonnau um 115.000 fl. mit Kaufbrief vom 22. Februar 1727; — Strozzigrund von Johann K. Grafen von Chotek um 16.000 fl. mit Kaufbrief vom 3. Mai 1753; — einen Theil der Laimgrube von den Erben des Johann Franz Freiherrn von Selb um 19.000 fl. mit Vertrag vom 11. Juni 1775; — einzelne Bestandtheile von Gumpendorf von den Dominicanern um 1189 fl. mit Kaufbrief vom 5. August 1786, von der Gräfin M. A. Meraviglia um 987 fl. mit Vertrag vom 19. October 1786, von Katharina Rechberger um 75 fl. mit Vertrag vom 13. October 1786, vom Stifte Schotten um 507 fl. 46 kr. mit Vertrag vom 11. August 1786, vom Grafen Molard am 19. October 1786, von dem Stifte St. Dorothea am 27. September 1786 und von Schmolk am 23. December 1802; — Thury und vier Häuser in Gumpendorf vom Stifte Klosterneuburg um 36.747 fl. 55 kr. mit Vertrag vom 27. September 1787; — Mühlfeld oder Schleifmühle von Josefa Kippo Edlen von Mühlfeld um 8800 fl. mit Vertrag vom 2. April 1786; — Michelbeuern vom Kloster Michelbeuern um 10.000 fl. mit Vertrag vom 19. August 1786; — Reinprechtsdorf vom Bürgerspitale um 14.500 fl. mit Vertrag vom 27. October 1786; — Magdalenagrund vom k. k. Religionsfonds um 9401 fl. mit Vertrag vom 1. April 1799; — Spittlberg vom Bürgerspitale um 102.730 fl. zufolge landtäflicher Intabulierung vom 1. März 1803 und von der Freiherr von Kirchberg'schen Stiftungsadministration um 16.800 fl. CM. mit Vertrag vom 1. Mai 1823; — Laurenzergrund von der k. k. niederösterreichischen Staatsgüter-Administration um 3560 fl. CM. mit Vertrag vom 20. Februar 1806; — Himmelpfortgrund vom k. k. Religionsfonds um 62.000 fl. CM. mit Vertrag vom 1. August 1824; — Hundsthurm von den Erben der Edlen von Seidl-Steinbauer um 30.300 fl. CM. mit Vertrag vom 1. März 1842 und Jägerzeile von Katharina von Frankl, Anton und Anna Müller um 180.000 fl. CM. mit Verträgen vom 3., 26. und 29. Juli 1841. Mit Anfang des Jahres 1848 unterstanden daher nur mehr die Vorstädte Schaumburgergrund, Mariahilf, St. Ulrich, Neubau, Neu-

stift, Schottenfeld und Liechtenthal einer fremden grund- und ortsobrigkeitlichen Jurisdiction.

Wenden wir uns nach dieser allgemeinen Betrachtung der Entwicklung der einzelnen, nach der ersten Türkenbelagerung entstandenen Vorstädte zu. Indem wir zunächst die Leopoldstadt in's Auge fassen, scheint es uns am Platze zu sein, einige Bemerkungen über die Veränderungen im Laufe der Donau und ihrer Arme in neuerer Zeit vorauszuschicken.

Zu Anfang des XVI. Jahrhunderts floß der Hauptstrom in der Richtung des Fahnenstangen- späteren Kaiserwassers, wie nicht nur aus der N. Meldemann'schen Rundansicht der Stadt Wien, sondern auch aus W. Schmelzl's Lobspruch zu ersehen ist. Erst später nahm er eine mehr nördliche Richtung und das neue Gerinne hatte im Jahre 1706, wie L. Anguisola's Plan zeigt, eine so ansehnliche Breite, wie das frühere des Kaiserwassers. Als in den Jahren 1785—1792 durch den Ingenieur Hubert sämmtliche Seitenarme der Donau von Nussdorf bis Langenzersdorf abgebaut, in der Brigittenau Dämme längs des Fahnenstangenwassers errichtet und der Vorkopf des Donaucanales um 30 Klafter weiter stromaufwärts verlegt wurde, wurde der Hauptstrom immer mehr in sein vor der jüngsten Stromregulierung bestandenes Bett gedrängt, während das Kaiserwasser versandete.

Wesentliche Veränderungen erfuhren die verschiedenen Arme der Donau. Der für Wien wichtigste Arm zwischen der inneren Stadt und dem Unteren Werd zweigte sich bei der Nussdorferlinie in zwei kleinere Arme ab. Der eine, und zwar wahrscheinlich stärkere, floss, bei der letzteren abbiegend, durch die heutige Spittlauerstraße (frühere Spittlauer- und Schmidtgrabenstraße), der zweite, damals noch schwächere, im Bette des heutigen Donaucanales ab; sie bildeten die Halterau, der gegenüber die Brigitten- und Taborau lag. Noch im XVII. Jahrhundert war übrigens die Halterau, das sind die heutigen Gemüsegärten und Ansiedlungen zwischen der Nussdorferstraße und dem Donaucanale außerhalb des Wiener Gemeindegebietes, von der Spittlau gleichfalls durch einen kleinen Arm getrennt. Ebenso durchschnitten noch zu jener Zeit die Spittlau zwei kleine Wasseradern. Beide größere Arme vereinigten sich erst am Ende der Spittlau zu einem Bette.

Abwärts der Donau folgte der vereinigte Arm dem Steilrande hinter dem Invalidenhause, zwischen der Landstraßer Hauptstraße und der Marxergasse, dann quer über die Rasumofskygasse durch den ehemaligen Liechtenstein'schen Garten; von dort aus näherte er sich

dem Steilrande an der Erdberger Hauptstraße, floss durch diese und die ehemalige, nun einen Theil der ersteren bildende Antonsgasse und theilte sich hier in zwei Arme, von diesen setzte der eine seinen Lauf in der Richtung der heutigen Erdbergerstraße fort, der andere beschrieb der Rainer- und Baumgasse entlang einen starken Bogen und bewegte sich mit seinem Bette in dem sogenannten Franzosengraben, bis er außerhalb des Gemeindegebietes mit dem anderen Arme zusammentrat und dadurch eine Insel, „Schrankenhäussel" genannt, bildete. Am Ende des heutigen Erdbergermais mündeten die beiden vereinigten Arme wieder in das Bett des heutigen Donaucanals und bildeten einen Bestandtheil desselben.

Für den regen Handelsverkehr Wiens im Mittelalter war der alte, durch die Spittlauerstraße laufende Arm deshalb ein großes Bedürfnis, weil durch ihn die Schiffe bis zu den Mauern der Stadt geführt werden konnten. Sein stark gekrümmter Lauf sowie die Absonderung kleinerer Arme bewirkten aber, dass bei niederem Wasserstande, oder wenn Uferbrüche im Hauptstrome an der linken Seite gegen das Marchfeld eintraten, oder auch, wenn die Einmündung versandete, der Wasserzufluss in dem Arme sich ungewöhnlich verringerte, wodurch der Schiffahrt große Hindernisse bereitet wurden. Andererseits erschwerte der Lauf dieses Armes die Ansiedlungen im Oberen Werd an dem so wichtigen Straßenzuge von und nach Deutschland. Daher wurden öfters Versuche angestellt, diesen Übelstand zu bewältigen, ohne dass dies aber bei den damaligen mangelhaften Kenntnissen im Wasserbau gelang. Einen solchen verunglückten Versuch machte auf Kosten der Stadt um das Jahr 1455 Caspar Hartneid von Augsburg, indem er die Donau bei dem Döblingbach hereinleiten, mithin einen neuen Arm graben wollte. Einen zweiten Versuch brachte 1472 Meister Martin in Vorschlag, und zwar in der Richtung, dass die Donau in den „Graben" einmünden sollte.

Zu Ende des XVI. Jahrhunderts wurde abermals versucht, den Zustand des Donaucanales zu verbessern. Ferdinand Albrecht von Hoyos auf Stüchsenstein ließ um 1590 durch Menschenhände einen Durchstich machen, wodurch die Brigittenau von der Klosterneuburger- und der Spittlau getrennt, ein großer Sporn und ein starkes Beschlächte bei der Einmündung des alten Armes bei Nussdorf angelegt wurde. Als sich diese Wasser- und Schutzbauten bei den wiederholten Überschwemmungen nicht bewährten, tauchte nach der großen Überschwemmung im Jahre 1656 das Project auf, bei Nussdorf von dem Hauptstrome einen neuen Canal zu graben, dessen Bau aber nicht zur Ausführung kam. Erst im Jahre 1698

wurde der alte Donaucanal reguliert, welcher, in fast gerader Richtung gegen die Stadt geführt, am Ende der Spittlau in das Bett des alten Armes einmündete, wodurch sich der obere Theil desselben für die Schiffahrt überflüssig erwies.

Zu welcher Zeit sich der alte Donauarm in der Gegend des Invalidenhauses und der Marxergasse von dem Steilrande zurückzog, darüber fehlt es an bestimmten Anhaltspunkten. Nur in Handschriften der Wiener Stadtrechtsbücher, deren Redaction der ersten Hälfte oder noch der Mitte des XV. Jahrhunderts angehört, begegnen wir einem Artikel über die Rechte der Bewohner von Altdonau und Erdberg, aus welcher Bezeichnung geschlossen werden kann, dass damals schon ein neuer Arm, nämlich der heutige Donaucanal, für die Schiffahrt benützt wurde und der alte Arm daselbst bereits aufgelassen war, worauf auch die Bezeichnung „enthalb der Altdonau" hinweist, welche in einem zwischen dem Vicedomamte und der Stadt Wien von 1561—1618 geführten Jurisdictionsstreite wiederkehrt. Eine Beschreibung der Grenzen der Jurisdiction der Vorstadt Weißgärber stellt fest, dass das Gerinne des alten Armes im Jahre 1693 nicht mehr bestand. — Was dagegen den Theil des alten Armes betrifft, welcher das Erdberger Mais von dem Stadtgebiete trennte, so erhielt sich dieser bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts, und derselbe erscheint noch auf einem Plane von 1800 als ausgetrockneter Arm.

Speciell für den Unteren Werd war ein kleiner Arm von Wichtigkeit, der vom Kaiserwasser unterhalb des ehemaligen Marienbades abzweigte und durch die heutige Fugbachgasse über den Praterstern längs des heutigen Eisenbahnviaductes fortlief und beim Schüttel in den Donaucanal einmündete. Da der Fugbach, wie er hieß, durch Hochwässer angeschwollen, den Unteren Werd wiederholt mit Überschwemmungen bedrohte, so wurde er unter K. Josef II. eingedämmt und zugeschüttet.

Außer den genannten bestanden zwischen dem Hauptstrome und dem Donaucanale noch zahlreiche Arme, von denen zwar mehrere schon in älterer Zeit verschwanden, andere aber bis zu der in unserer Zeit vorgenommenen Donauregulierung fortbestanden. Von den Namen sind einzelne auf uns gekommen, wie Schwarze Lacke, Fahnenstangenwasser, Verschlingsumpf, Heustadelwasser u. s. w.

Zur Herstellung einer ständigen Verbindung der Stadt mit Mähren und Böhmen wurde, wie schon früher erwähnt, im Jahre 1440 eine große Brücke über den nördlichsten Arm bei der Wolfsschanze geschlagen, die zur Zeit W. Schmelzl's dreizehn Joche hatte und 260 Schritte zählte;

dann folgte in der Richtung gegen die Stadt eine Brücke über einen kleineren Arm mit acht Jochen und 160 Schritten; nach der Überbrückung eines dritten Armes kam die lange Brücke über den Hauptstrom im Kaiserwasser in der Länge von 500 Schritten und über den alten Arm zunächst der inneren Stadt die seit 1447 bereits entstandene Schlagbrücke. Von den größeren Brücken wurden die Wolfsbrücke und die lange Brücke im Jahre 1698 abgetragen, nachdem bereits im Jahre 1684 zwei neue hölzerne Brücken über das Kaiserwasser und den Hauptstrom in jener Richtung, wie sie bis zur jüngsten Stromregulierung bestanden, erbaut worden waren. Die alte Schlagbrücke wurde im Jahre 1818 umgebaut und mit Steinpfeilern versehen. Zu Ehren des Kronprinzen Ferdinand erhielt sie die Benennung Ferdinandsbrücke. Das Bedürfnis zur Vermehrung der Brücken über den Donaucanal machte sich schon unter der K. Maria Theresia geltend. Es kamen jedoch erst im Jahre 1803 die Franzensbrücke (nach dem Namen des K. Franz I.), im Jahre 1825 der Sophienkettensteg (nach dem Namen der Erzherzogin Sophie) und im Jahre 1828 der Karlskettensteg (nach dem Namen des Erzherzogs Franz Karl) zur Ausführung.

Der Untere Werd, zwischen dem Donaucanale und dem Fugbache, war schon im XV. Jahrhundert stark bevölkert, ungeachtet er häufig durch Überschwemmungen litt. Nach der Belagerung Wiens durch K. Mathias Corvinus im Jahre 1495 wurden aber nur mehr 36 Häuser, 4 Stadeln und 2 Meierhöfe vorgefunden. Unter Rudolf II. (1579) tauchte, wie wir schon bemerkt haben, die Idee auf, in dem Unteren Werd eine neue befestigte Stadt anzulegen, um dadurch die westlichen Vorstädte entbehrlich zu machen, die innere Stadt besser zu schützen und neuen Raum zur Ausbreitung der Gewerbe und des Handels zu schaffen. Es kam aber zu keinem bestimmten Ergebnis, sondern die Verhandlungen ruhten bis zum Jahre 1622, wo man sie auf Andringen des Stadtrathes wieder aufnahm, ohne dass jedoch auch jetzt eine bestimmte Entscheidung gefällt worden wäre. Zur Gewinnung von Raum in der inneren Stadt entschloss man sich 1624 zu einem anderen Auskunftsmittel; es wurden die Juden von dort entfernt und im Unteren Werd angesiedelt, so dass sie in der Stadt nur Verkaufsgewölbe halten durften. So entstand daselbst ein eigener Ghetto, der durch einen Schutzwall von den übrigen Ansiedlungen abgeschlossen war. Ein neuer Abschnitt seiner Entwicklung begann für den Werd nach der Vertreibung der Juden im Jahre 1669 aus Wien und Niederösterreich. Die Bürger erwarben um 100.000 Gulden die Judenhäuser, übernahmen auch die Zahlung der Tole-

ranztaxe von 10.000 Gulden und legten an der Stelle der Synagoge am 16. August 1670 den Grundstein zu einer dem heil. Leopold geweihten Kirche, welche später (1723) vergrößert wurde, worauf die Vorstadt den Namen Leopoldstadt erhielt. Schon vor seiner Neugestaltung gab es im Unteren Werd zwei Klöster: die Karmeliter mit der Kirche zum heil. Josef seit 1624, und die barmherzigen Brüder, gleichfalls seit 1624, und zwar anfangs in einem unansehnlichen Hause am Tabor. Erst im Jahre 1676 erbauten diese letzteren das Kloster und die Kirche auf ihrem heutigen Platze. Da im Unteren Werd auch das Bürgerspital einen bedeutenden Grundbesitz hatte, so brachte die Gemeinde diesen im Jahre 1689 käuflich an sich, wodurch sie alleinige Grundeigenthümerin der Vorstadt wurde.

Als sich infolge der Eröffnung des Praters auch der östliche Theil der Leopoldstadt mehr zu bevölkern begann, wurde im Jahre 1780 die kleine Kirche zu St. Johann in der Praterstraße erbaut. Jenseits des Fugbaches breiteten sich weite Auen aus, die größtentheils Eigenthum des Landesfürsten waren. In einer derselben erbaute im Jahre 1614 K. Mathias II. ein Lustschloss, später die Alte Favorita (Augarten) genannt, das K. Leopold I. durch einen großen, im französischen Geschmacke angelegten Park verschönerte. Während der zweiten Türkenbelagerung wurde die Favorita durch Feuer zerstört und hierauf von K. Josef I. zum Wohnsitze der K. Eleonora umgestaltet. Kaiser Josef II., der den Augarten am 30. April 1775 der Bevölkerung eröffnet hatte, erbaute hierauf das gegenwärtige Schloss und machte es in den Sommermonaten zu seinem Lieblingsaufenthalte. Im Jahre 1570 erwarb Kaiser Max II. im Werd ausgedehnte Auen und Wälder von dem Stifte Klosterneuburg, der Stadt Wien, dem Stifte St. Dorothea, den Nonnen zur Himmelspforte und den Jesuiten zu Jagden, Promenaden, Hoffesten und Feuerwerken, die aber dem großen Publicum gänzlich verschlossen waren. Nur dem Adel und den vornehmen Fremden wurde der Besuch dieser Auen und Wälder, denen man nach dem spanischen Prado die Bezeichnung Prater gab, zu Wagen gestattet. Erst vom 7. April 1766 erhielt auch das größere Publicum die Erlaubnis, den Prater zu besuchen. Maria Theresia und Josef II. machten ihn zum Mittelpunkte des Wiener Volkslebens, indem sie die Anlage von Schankhütten und Spectakelbuden und die Abbrennung von Feuerwerken gestatteten. Während der Franzosen-Invasion (1809) wurde der Verkehr im Prater reguliert.

Nach der Erwerbung des Praters durch den Hof war das Bedürfnis vorhanden, für das Jagdpersonal Wohnhäuser und Höfe zu erbauen. Am

Eingange in den Prater diesseits des Fugbaches breitete sich am Donaucanale aufwärts gegen die Stadt eine kleine bewohnte Au aus, die im Jahre 1497 die Benennung Venedigerau führte, aber im Jahre 1524 infolge der Uferbrüche bei Überschwemmungen theilweise verschwand. Der Überrest dieser Au, auch „unter den Felbern" genannt, wurde ausschließend zur Ansiedlungen für das Jagdpersonal bestimmt. Im XVIII. Jahrhundert zierte die Jägerzeile eine Baumallee, welche zur Zeit der zweiten Franzosen-Invasion (1809) niedergehauen wurde.

Der Hauptstraßenzug von der Stadt durch die Leopoldstadt gieng durch die Taborstraße, die Augartenstraße, an deren Ende ein Mauthaus errichtet war, und die Schottenau zu den großen Donaubrücken und zu der am linken Ufer gelegenen großen Wolfsschanze, welche als Brückenkopf stets ein starker Vertheidigungspunkt war. In der Schottenau ließ Erzherzog Leopold Wilhelm, der Bruder des K. Ferdinand III., im Jahre 1657 zum Andenken, dass er bei der Beschießung der Stadt durch die Schweden von einer neben ihm eingeschlagenen Kugel unbeschädigt blieb, zu Ehren der schwedischen Heiligen Brigitta eine Kapelle, die ganz nahe der alten Straße lag, erbauen. Von dieser Kapelle stammt die Bezeichnung Brigittenau, die nach der Verlegung der großen Brücke zu Ende des XVIII. Jahrhunderts in die heutige Taborau ihre Bedeutung für den Straßenverkehr verlor. Zu Anfang dieses Jahrhunderts gab die auf den 1. Juli jedes Jahres fallende Feier der Kirche zu einem großen Volksfeste Anlass, an dem ganz Wien theilnahm.

Die Vorstadt Weißgärber verdankt ihr Emporblühen dem Abbruche der Häuser in der vor dem Stubenthor gelegenen Schöffstraße. Kaiser Ferdinand I. verlegte von hier 1561 die Lederer und Weißgärber in die „Altdonau", eine schon im Mittelalter bestandene Gemeinde, welche nun die Bezeichnung Weißgärber erhielt. Für die Wolfgangskapelle am Stadtgraben wurde 1673 die Kirche zu St. Margaretha erbaut und diese 1690 erweitert. Bei der zweiten Türkenbelagerung wurde diese Vorstadt gänzlich zerstört; aber schon im Jahre 1690 war sie wieder zahlreich bevölkert. Erdberg, nach der dort bestandenen Kirche ad S. Paulum oft auch Paulusgrund genannt, wurde nach der ersten Türkenbelagerung neu erbaut. Erdberg nahm die Stadtgemeinde im Jahre 1704 in Pacht, den aber K. Maria Theresia wieder aufhob.

Die Landstraße, ein altbürgerlicher Grundcomplex, entwickelte sich aus den Straßenzügen Rennweg, Ungargasse und Landstraße. Von der alten Niklasvorstadt verblieb der Gottesacker der Pfarrkirche, eine Kirche,

welche gerade an der Ausmündung der Hauptstraße auf dem Platze lag, worauf der Bürger Caspar Rothmayr eine dem heil. Niklas geweihte Kapelle erbaute, die ihm Jahre 1782 niedergerissen wurde. Nach der ersten Türkenbelagerung verödete diese Vorstadt, und sie hob sich erst wieder nach der Bildung und der Erweiterung des fortificatorischen Rayons. Die Bürger, welche vor dem Stubenthore ihren Grundbesitz aufgeben mussten, erhielten Bauplätze auf der Landstraße. Ebenso schwer wurde die Landstraße durch die zweite türkische Belagerung geschädigt. Sie erholte sich jedoch bald wieder und gelangte schon im XVIII. Jahrhundert zu einer großen Blüte. Nachdem bereits im Jahre 1642 daselbst das Kloster der Augustiner mit der Kirche des heil. Sebastian und Rochus gegründet worden, stiftete im Jahre 1710 die Fürstin Montecucculi das Kloster der Elisabethinerinnen. Im Jahre 1712 wurde in den Sommerpalast des Prinzen Maximilian von Hannover das Johannesspital verlegt, welches nach seiner Auflassung im Jahre 1787 die Bestimmung eines Militär-Invalidenhauses erhielt. Das ehemalige zu St. Marx gelegene Spital, eine Zweigstiftung des Bürgerspitals, wurde im XVI. und XVII. Jahrhundert bedeutend erweitert. In der Ungergasse bauten die Piaristen im Jahre 1757 ein Kloster mit der Kirche des heil. Josef von Calasanz, die Grafen Harrach und die Fürsten Lobkowitz Paläste. Auf dem Rennweg gründete die Kaiserin-Witwe Amalie im Jahre 1717 für die Frauen des Salesiusordens ein großes Kloster und K. Karl VI. das Dreifaltigkeitsspital auf dem vormals Öttl'schen Garten (C.-Nr. 537), wohin dann nach dessen Auflassung (1754) die Arcieren-Leibgarde verlegt wurde. Kaiserin Maria Theresia erweiterte in den Jahren 1763—1768 das von dem Fabriksbesitzer Kienmayer gegründete Waisenhaus, erbaute hierauf die Kirche Maria Heimsuchung, und verlegte 1755 das Hofspital vom Ballplatze auf den Rennweg, wobei die heil. Kreuzkirche entstand; im Jahre 1784 wurde auch dieses Spital aufgelassen. Von großem Einflusse für die Entwicklung des Rennweges waren der Bau des Palastes des Prinzen Eugen von Savoyen (1693—1700), heute Belvedere, des Sommerpalastes des Fürsten Schwarzenberg (um 1700) und die Anlage des botanischen Gartens durch Kaiser Franz I. (1753).

Für das Emporblühen der Wieden wurden die Straßenzüge Heugasse, Wiedner Hauptstraße mit ihren Abzweigungen nach Margarethen und in die Favoriten- und die Wienstraße entscheidend. Zur Zeit der zweiten Türkenbelagerung führten die Straßen und Plätze daselbst, welche zum Kärntnerviertel gehörten, folgende Benennungen: Vor

dem Kärntnerthor, Wöschhütten, Brandstätte, Wieden, Neulucke, Plenkl, Froschlacke, bei dem Steg, enthalb der Wien und am Gries. Dafür reichten sie aber nicht weiter als bis zur Paulanerkirche. Über die Schleifmühlgasse, Favoriten- und Margarethenstraße hinaus gab es fast nur Weingärten. Nach der Erweiterung des fortificatorischen Rayons auf 600 Schritte (1689) verschwanden 50 auf dem heutigen Obstmarkt und vor dem Polytechnicum gelegene Häuser, wodurch sich die Gegend um die Paulanerkirche stärker zu bevölkern anfieng. Grundeigenthümer der Heiligengeistgründe oder der Wieden wurden im Jahre 1533 das Domcapitel bei St. Stephan und am 3. März 1723 die Stadtgemeinde. Das Kloster der Paulaner stiftete Ferdinand II. zwischen den Jahren 1627—1651 und die Votiv- und Pfarrkirche daselbst K. Karl VI. im Jahre 1716. Der Bürgerspitals-Friedhof, im Jahre 1571 errichtet, wurde im Jahre 1783 zur Eröffnung der Karls-, Unteren Allee- und Paniglgasse auf Baustellen zertheilt und gleichzeitig die dort gestandene Kirche zu St. Augustin abgebrochen. Dasselbe geschah im Jahre 1784 mit dem alten Spital zum Klagbaum. Auf der Wiedner Hauptstraße errichteten in den Jahren 1754—1756 die Piaristen das Klosternoviziat mit der Kirche zu St. Thekla. Im Jahre 1657 begann der Bau der neuen Favorita (Theresianum), die der Schauplatz der glänzendsten Hoffeste wurde. Nach der zweiten Türkenbelagerung wurden die Räume vollständig umgebaut und im Jahre 1746 den Jesuiten zur Einrichtung der neu begründeten Ritterakademie übergeben, worauf die Anlage bedeutende Umgestaltungen erfuhr. Das Gebäude des Polytechnicums erbaute Kaiser Franz II. in den Jahren 1815—1818. Auf der zwischen zwei Armen des Wienflusses gelegenen Insel (Werd) lag ein fürstlicher Garten, den K. Ferdinand III. im Jahre 1643 dem Reichsgrafen Konrad von Starhemberg schenkte, und der Besitz erhielt daher die Benennung Konradswerd; das darauf erbaute Haus, ein Freihaus, wurde nach dem großen Brande 1759 neu gebaut und im Jahre 1786 durch Zubauten und ein zweites Stockwerk vergrößert. So wie das Starhemberg'sche Freihaus war auch die Schleifmühle (seit 1660) ein adeliger Sitz und gelangte am 2. April 1768 in den Besitz der Gemeinde.

Der Schaumburgergrund, einst zur Wieden gehörig, wurde erst im Jahre 1813 sammt allen dazu gehörigen Gründen ausgeschieden, in Bauplätze vertheilt und zu einem besonderen Freigut erhoben. Das Schloss Schaumburgerhof entstand in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts. Der Hungerbrunn war ein zum Gundelhof in der Stadt gehöriger Grundbesitz, zu der Zeit, als die Gemeinde denselben am 28. April 1705 von dem

Freiherrn von Tinti ankaufte. Bis zum Jahre 1700 lag hier nur ein Freihof (Nr. 22 Rainergasse); darauf folgte vom Jahre 1801 an der Bau von Privathäusern. — Die Ackergründe und Weingärten, auf denen heute die Vorstädte Nikolsdorf, Reinprechtsdorf, Matzleinsdorf und Margarethen stehen, sammt dem alten Bernardsthal, waren im Jahre 1578 ein Besitz des Erzbischofs von Gran Nikolaus Olai oder Olachus. Zwischen 1650 und 1684 gelangten sie in den Besitz des Rudolf Schmidt Baron von Schwarzhorn, Internuntius bei der Pforte, worauf eine Theilung derselben vor sich gieng. Matzleinsdorf, Margarethen und Nikolsdorf kamen an Ferdinand Grafen von Sonnau, während Reinprechtsdorf schon im XVII. Jahrhundert Eigenthum des Bürgerspitals geworden war. In Margarethen stand schon im XIV. Jahrhundert ein Schloss, das Herzogin Margareta Maultasch erbaut haben soll, und um welches herum bereits im Jahre 1672 kleinere Ansiedlungen lagen. Zur Kirche zu St. Florian in Matzleinsdorf wurde im Jahre 1725 und zur Kirche zum heil. Josef in Margarethen im Jahre 1786 der Grund gelegt. Der Hundsthurm, im Jahre 1484 als „Hunczmühle" vorkommend, war im Jahre 1684 noch dicht mit Weingärten bedeckt. Nur auf der Stelle des heutigen Schlosses stand im Jahre 1672 ein Complex kleiner Gebäude und Gärten mit einem Schlosse, welches K. Karl VI. zur Jagdzeit benützte, und das seiner ganzen Anlage nach auf einen älteren Bestand hinweist. Das Grundeigenthum des Hundsthurmes gieng am 28. Februar 1842 an die Gemeinde über. Der Laurenzergrund, ein Eigenthum der Nonnen zu St. Laurenz, kam am 20. Februar 1806 an die Gemeinde, welche die Gründe in Bauplätze theilte.

Der Lauf des Wienflusses änderte sich nur an solchen Stellen, wo infolge der Terrainverhältnisse eine Verflachung des Bettes eintrat und bei Eintritt von Hochwässern der Fluss in neue Bahnen getrieben wurde. In ihrem oberen Theile, bei der Hundsthurmerlinie, theilte sich die Wien bis zur Inangriffnahme der Uferregulierung im Jahre 1814 in mehrere Arme. In der Gegend zwischen der Schleifmühlgasse und der Elisabethbrücke umfloss in ältester Zeit ein Arm des Wienflusses den Boden des heutigen Freihauses und bildete eine Insel, welche später die Benennung Konradswerd erhielt. Von der Elisabethbrücke abwärts war in ältester Zeit jener Steilrand das rechte Ufer, der sich von der Karlskirche angefangen an den Palais des Fürsten Schwarzenberg und des Herzogs von Modena vorüber längs der Reisnerstraße, Rabengasse und Ungergasse hinzieht. Ein Arm der Wien floss in einem der Stadt nähergelegenen Bette bis zur Einmündung in die Donau

und wurde 1549 in den Stadtgraben geleitet. Und erst in unseren Tagen wurde das Bett des Wienflusses bei Gelegenheit der Erbauung der Schwarzenbergbrücke umgelegt, um die dortige scharfe Krümmung desselben zu beseitigen.

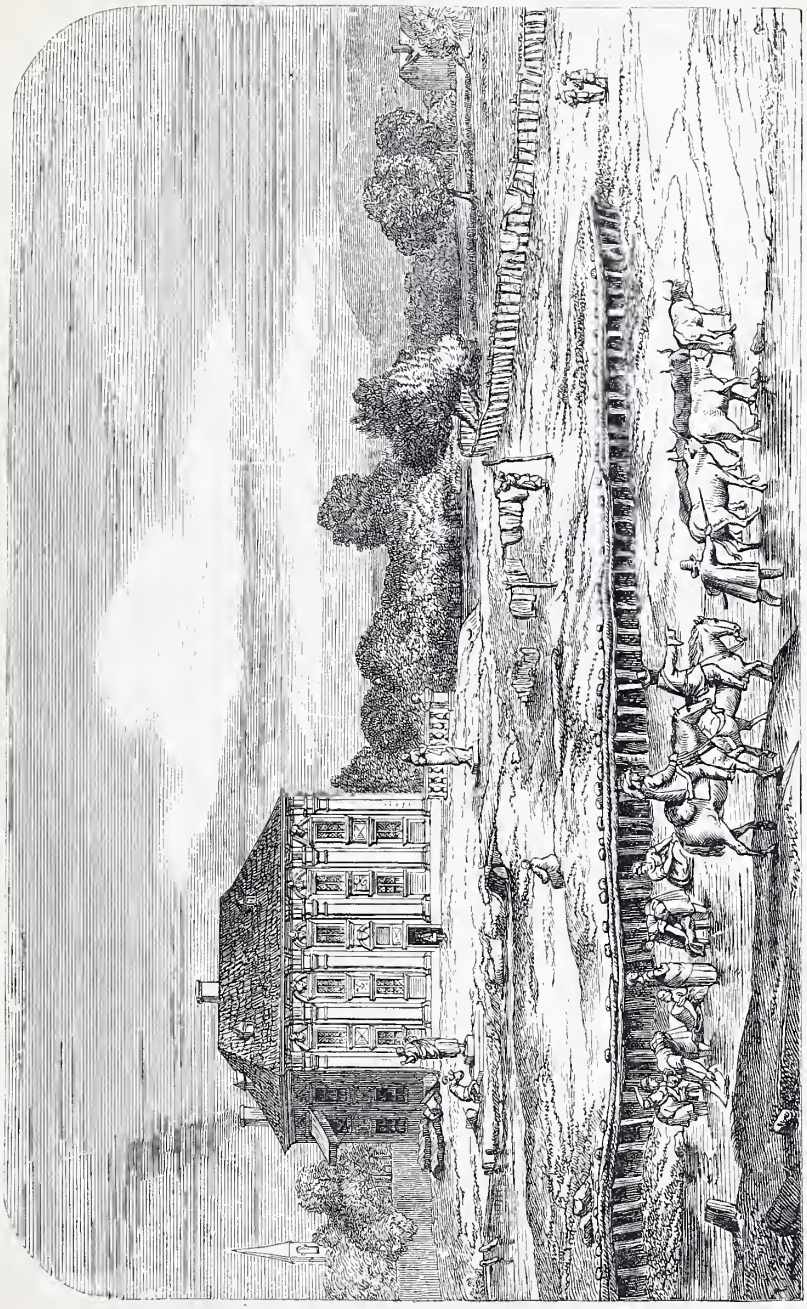
Außer diesen natürlichen Armen gab es aber zum Zwecke des Betriebes der zahlreichen Mühlen an beiden Ufern des Wienflusses auf künstlichem Wege angelegte Arme, sogenannte Mühlbäche. Darauf weist bezüglich der Heiligengeist- (später Bären-) Mühle am Naschmarkt die Urkunde Leopold's VII. vom Jahre 1211 hin, in der die Grenzen der Besitzungen des Heiligengeistklosters festgestellt werden. Der Mühlbach am linken Wienflussufer zweigte bei der Meidlinger Wehre ab, floss durch die heutige Wehr- und die heutige Mühlbachgasse in Sechshaus und mündete bei der Gumpendorfer Wehre wieder in die Wien ein. Er speiste die Dorotheermühle in der Hofmühlgasse, die Kirchenmühle und die Mollardmühle in der Mollardgasse, die Dominicanermühle in der Moritzgasse und im Bezirke Mariahilf. — Der am rechten Ufer abgeleitete Mühlbach begann bei der Gumpendorfer Wehre, durchzog die heutige Grün- und die heutige Sackgasse, die Heumühle und Mühlgasse bis zur Pressgasse, dann die Mühlbachgasse und ergoss sich nächst der Schikanederbrücke in die Wien. Dieser Bach speiste die Bärenmühle (Heiligengeistmühle), die Schleifmühle, bereits im Jahre 1582 vorkommend, und die Heumühle, auch Steinmühle genannt, schon 1539 urkundlich erwähnt. Ein dritter Bach, der sogenannte Münzgraben, wurde bei der Elisabethbrücke abgeleitet, führte in einem gemauerten Canale in den Stadtgraben zum Betriebe der kaiserlichen Münze und floss von dort in den Donaucanal ab. Dass noch andere, wenn auch kleinere Mühlbäche bestanden, ergiebt sich aus dem Vorkommen einer Spitalmühle neben dem alten, am linken Wienflussufer gelegenen und in der ersten Türkenbelagerung zerstörten Bürgerspitale, einer Himmelpfortmühle am Getreidemarkte und einer Radaunermühle bei dem Starhemberg'schen Freihause. Der Mühlbach am linken Ufer wurde im Jahre 1847 aufgelassen und eine Entschädigung von 50.000 Gulden an die Mühlenbesitzer verabfolgt. Die Auflassung des Mühlbaches am rechten Ufer erfolgte im Jahre 1856 gegen eine Entschädigung von 102.750 Gulden.

Die Verheerungen, die der Wienfluss bei Hochwässern infolge seines unregelmäßigen Bettes anrichtete, und seine gesundheitsschädlichen Ausdünstungen bei niedrigem Wasserstande führten — nachdem schon im Jahre 1787 die Ufer mit Weiden bepflanzt worden — in den Jahren 1814—1817 zu einer

Regulierung der Ufer von der Hundsthurmer (Schönbrunner-) Linie bis zur Stubenthorbrücke. Im Jahre 1825 begann die Gemeinde mit der Pflasterung der Uferböschungen, die, zeitweilig unterbrochen und wieder fortgesetzt, erst im Jahre 1870 beendigt wurde.

Für den Verkehr mit der Stadt dienten von alter Zeit her die (steinerne) Brücke bei der Wieden, das (hölzerne) Heubrücklein, die (steinerne) Stubenthorbrücke und die (hölzerne) Brücke bei den Weißgärbern; für die westlichen Vorstädte, eine (hölzerne) Brücke nächst der Laimgrube und eine (hölzerne) Brücke beim Übergang zum Hundsthurm. An die Stelle der hölzernen nächst der Laimgrubenbrücke wurde im Jahre 1828 die Fahrkettenbrücke erbaut. Eine Vermehrung der Verkehrswege trat auch hier erst in neuester Zeit, und zwar im Jahre 1830 durch den Kettensteg nächst dem Obstmarkt, durch den Fokanedi- und durch den Magdalenensteg ein. Welchen Anblick die Gegend am Wienfluss zwischen der Schikaneder- und Pressgasse gewährte, zeigt das folgende Bild mit dem Wenzelsberg'schen Landhaus (C.-Nr. 810), das erst in jüngster Zeit abgebrochen wurde.

Die rascheste Entwicklung nahmen die Vorstädte vor dem Burgthor. Vom Wienfluss bis zur Lerchenfelderstraße breiteten sich auf den Anhöhen sehr zahlreiche Ansiedlungen aus. Zur Zeit der zweiten Türkenbelagerung gab es auf dem vor dem Burgthore befindlichen und zum Widmerviertel gehörigen Flächenraume folgende Straßen und Plätze: Vor dem Burgthor, Getreidemarkt, auf dem Spitalgrund, Trompetergasse, auf der Straße, Ofenlucke, Katerlucke, an der Wien und Windmühle. — Auf der Laimgrube waren im XVI. Jahrhundert die Ziegeleien nicht mehr vorhanden und die gegen den Wienfluss abfallende Anhöhe mit Weinreben bepflanzt. Im Hause „zum goldenen Metzen" war ein der Stadt gehöriges Brauhaus, das nach der Zerstörung durch die Türken (1529) wieder aufgebaut und im Jahre 1620 restauriert wurde. Kirche und Kloster zu St. Theobald wurden im Jahre 1661 den Karmelitern übergeben und im Jahre 1687 neu aufgebaut. Im Jahre 1775 wurde diese Vorstadt durch den Ankauf des großen Grundbesitzes des Grafen Anton Selb, der sich von der Dreihufeisengasse an der linken Seite der Magdalenenstraße bis zum Esterhazy-Garten erstreckte, von Seite der Stadt wesentlich vergrößert. Der Magdalenengrund, ein zur Kirche Maria Magdalena am St. Stephansfriedhof gehöriges Beneficium, auf welchem meist Weinreben gepflanzt wurden, führte im XVI. Jahrhundert die Benennung: „im Saugraben an der Wien". Erst im XVIII. Jahrhundert entstanden dort einige



Das Wenzelsberg'sche Haus an der Wien (L.-Nr. 810 (Or.-Nr. 27).
Wienstraße und Umgebung.

kleine, unansehnliche Wohnhäuser. — Die Windmühle, ein Theil der alten Koth-, Kater- und Brunnlucke, war ein Grundcomplex, den K. Ferdinand I. im Jahre 1562 dem Reichsherold Hans von Francolin zur Erbauung von Windmühlen geschenkt hatte. — Gumpendorf war durch verschiedene Grundherrlichkeiten zersplittert. Im Jahre 1606 hatten daselbst die Dominicaner großen Grundbesitz, welche denselben im Jahre 1632 durch den Ankauf der Kuttermühle erweiterten. Im Jahre 1621 war Vincenz von Muschinger daselbst einer der bedeutenderen Grundbesitzer. In der Mitte des XVII. Jahrhunderts erwarben die Grafen Molard und Meraviglia den größten Theil der Grundherrlichkeiten, von welchen dieselben dann die Stadt Wien im Jahre 1786 erwarb. Das Stift Dorothea war von älterer Zeit her bis zum Jahre 1848 im Besitze der Permansmühle. Im Jahre 1688 besaß Graf Königsegg die Grundflächen bei der Kaserne und dem ehemaligen Brauhause. Die alte Pfarrkirche, die im Jahre 1672 inmitten des Friedhofes stand, wurde in den Jahren 1765—1770 umgebaut. Auf dem Platze des ehemaligen Brauhauses stand ein Frauenkloster, welches im Jahre 1683 zugrunde gieng. Im Jahre 1838 begann der Neubau des Klosters der barmherzigen Schwestern. — Mariahilf, oder „im Schöff", kam durch eine 1660 von den Barnabiten errichtete hölzerne Kapelle in Aufschwung, in der ein wunderthätiges Marienbild eine große Zahl von Gläubigen anzog. Fürst Paul Esterhazy erbaute im Jahre 1689 eine große Kirche. Dessen Sommerpalais erwarb später Fürst Wenzel Kaunitz.

Die Vorstadt Spittlberg, auch Krovattendörfl (Kroatendörfl) genannt, wurde im Jahre 1696 vom Bürgerspital angekauft. Zu Räumlichkeiten für den kaiserlichen Marstall erbaute K. Karl VI. im Jahre 1723 das heutige Hofstallgebäude. — Die Vorstadt St. Ulrich blieb wie von ältester Zeit her Grundeigenthum des Stiftes Schotten. Aus einem Register der dienstbaren, behausten Güter vom Jahre 1572 geht hervor, dass daselbst seit der ersten Türkenbelagerung neuerdings zahlreiche Ansiedlungen entstanden waren. Am 14. Juli 1629 erhob die Regierung den Oberhof zu St. Ulrich sammt den dazugehörigen Grundflächen, Gülten und Gütern zu einem Allodial und einem dem Stifte eigenthümlichen Gute und befreite ihn von der Lehenseigenschaft. Am 18. November 1693 wurde von dem Gute St. Ulrich, dessen oberer Theil (oberes Gut) schon im XIV. Jahrhundert unter der Benennung Neustift vorkommt, abgetrennt, und dasselbe bildete nun eine besondere Ortsgemeinde mit der Bezeichnung Neubau. Eine dichte Häuserreihe erstreckte sich schon vor dem Jahre 1683 von der heutigen Burggasse bis zur Mariahilferstraße. Im Jahre 1783

trennte das Stift die gegen den Linienwall zu gelegenen Gärten und Häuser ab, und in der daraus gebildeten Gemeinde, welche den Namen Schottenfeld erhielt, entstanden unter dem Einflusse eines der Entwicklung der heimischen Industrie günstigen Zollsystemes zahlreiche Fabriken. Im Jahre **1621** wurde die Pfarrkirche zu St. Ulrich umgebaut, im Jahre **1603** das Kloster und die Kirche der Kapuziner, im Jahre **1784** die Pfarrkirche zum heil. Laurenz und im Jahre **1712** das Palais des Grafen Trautsohn (Palais der ungarischen Garde) erbaut.

Weit geringer waren die Ansiedlungen in dem oberen Laufe zwischen dem Ottakring- und Alsbach. Von dem Ottakringbach wissen wir, dass derselbe in ältester Zeit, der Einfurchung folgend, in gerader Linie längs der heutigen Lerchenfelderstraße, hinter den Gärten der rechtsseitigen Häuserreihe in einem offenen Bette floss. Von hier bog er diagonal in die heutige Neustiftgasse ab und vereinigte sich, in gerader Richtung fortlaufend, mit der — damals noch durch die Strauchgasse und den Tiefen Graben abfließenden — Als. Im Jahre **1547** war der Bach bereits aus der Stadt abgeleitet und wandte sich, ungefähr am Ausgange der heutigen Neustiftgasse, gegen die Laimgrube zu, wo er in den Wienfluss einmündete. Zur Zeit der Ausführung der neuen Befestigungen wurde der Bach von dem Ende der Neustiftgasse wieder direct in den Stadtgraben geleitet, welchen Lauf er bis zum Jahre **1733** beibehielt, wo ihm seine alte Richtung über das Glacis (längs der Esplanadestraße) gegen den Wienfluss zu gegeben wurde. — Die fortschreitende Verbauung der Gründe in der Altlerchenfelderstraße hatte schon früher in der Strecke von der Rosmaringasse an bis auf das Glacis dessen Einwölbung nothwendig gemacht, so dass er an mehreren Stellen selbst unter den Häusern lief, woraus nicht selten bei eintretendem Hochwasser schwere Schäden für die Hausbesitzer erwuchsen. Diese Übelstände führten im Jahre **1840** dazu, den Bach von der Lerchenfelderlinie an bis auf das Glacis mit theilweiser Umlegung seines Bettes zu überwölben und in den in den Jahren **1832—1833** neu erbauten Choleracanal auf dem Glacis zu leiten.

Dem Alsbache wurde im Jahre **1459** eine veränderte Richtung gegeben, indem er dem Maria Magdalenenkloster näher gerückt wurde. Diese Veränderung war aber weitreichender Art. Denn da das Magdalenenkloster bei der Schottenpoint (dem Schottengrund), d. i. am Eingange der Dreimohren- (heutigen Liechtenstein-) Straße lag, so wurde damals, wahrscheinlich an der Stelle, wo gegenwärtig die Waisenhaus- und Liechtensteinstraße in die Alserbachgasse einmünden, ein Arm der Als in den Graben des alten, nicht mehr bestandenen Donauarmes abgeleitet, welcher einst durch die Porzellangasse, mithin

in unmittelbarer Nähe des Magdalenenklosters, in den zweiten Donauarm mündete und wobei eine neue Einmündung (Rinne) gemacht worden sein mag. Den größten Theil des Flächenraumes zwischen dem Ottakring- und Alsbache bildeten Äcker und Weingärten, deren Grundherr das Stift Schotten war.

Eine größere Ansiedlung nächst dem Ottakringer Bach bildete im XVII. Jahrhundert bloß der Rothe Hof. Im Lerchenfeld weist im Jahre 1706 der außerhalb der Linie gelegene Theil (Neulerchenfeld) eine größere Häuserzahl auf. Innerhalb der Linie lagen im Jahre 1706 an der Straße bis zur Neubaustraße links Weingärten, rechts Äcker und Gärten mit vier Gehöften. Erst zu Anfang dieses Jahrhunderts verschwanden hier die letzten Weingärten innerhalb der Linien Wiens. — Altlerchenfeld begann sich nach dem ersten Ankauf des Gutes durch die Stadtgemeinde am 27. Juni 1729 zu bevölkern. Später löste K. Maria Theresia dieses Gut wieder ein und K. Josef II. verkaufte es an Josef Freiherrn von Haggenmüller, von dem die Stadtgemeinde am 2. Mai 1786 zuerst die Gerichtsbarkeit und am 1. September 1810 die Grundherrlichkeit erwarb. In den Jahren 1779—1782 erfolgte die Erbauung der Pfarrkirche zu den sieben Zufluchten. Der Strozzi'sche Grund, ursprünglich ein Theil des Buchfeldes, wurde im Jahre 1702 Eigenthum der Gräfin Strozzi, welche für denselben im Jahre 1704 die Eigenschaft eines Edelsitzes erwarb. Am 13. Jänner 1746 verkaufte der Nachfolger, Erzbischof von Valencia, den Edelsitz an die Stadtgemeinde, welche die Gründe auf Baustellen abtheilte. Das Buchfeld, ein Freigut des Marquis Malespina, wurde 1690 ebenfalls in Bauplätze getheilt und der neue Freigrund zum Gedächtnis an die Krönung Josef's I. zum römischen König Josefstadt genannt. Am 22. April 1700 verkaufte ihn Marquis Malespina an die Stadtgemeinde. In den Jahren 1698—1716 erbaute der Orden der Piaristen das Kloster und die Kirche und im Jahre 1706 Marquis von Rofrano den Palast (seit 1780 Auersperg'scher Palast). Die jüngste der Vorstädte, das Breitenfeld, entstand nach 1801, indem das den Schotten gehörige Getreidefeld, die „Alserbreite", in Bauplätze zerlegt wurde.

Die Alservorstadt zerfiel in die Alsergasse und die Währingergasse; ihre Verbauung begann nach Hinausrückung des fortificatorischen Rayons, wobei die ältere, näher der Stadt gelegene „Alserstraße" abgebrochen wurde. Ein Hindernis ihrer raschen Entwicklung war in älterer Zeit der Umstand, daß zwischen der Alsergasse und der Währingergasse seit den Jahren 1540—1560 das Lazareth und seit dem Jahre 1657 der Contumazhof für Pestkranke lag, weshalb viele Scheu trugen, sich in der Nähe niederzulassen. Nach Erbauung des Großarmenhauses (Krankenhauses) zwischen den

Jahren 1693—1752 und des Armenhauses „zum blauen Herrgott“ (um das Jahr 1730) bot diese Gegend noch weniger Anziehungskraft für Privatansiedlungen, und es blieb die Zahl der Häuser (70—80) unverändert. Erst nach der Reform der Humanitätsanstalten unter Kaiser Josef II. begann für die Alservorstadt eine neue Epoche der Entwicklung. Das Grundeigenthum der Alservorstadt war getheilt und gelangte erst nach und nach in den Besitz der Stadtgemeinde. Im Jahre 1540 schenkte derselben Ferdinand I. die öd liegenden Gründe bei St. Johann in der Siechenals; am 15. Mai 1658 erwarb sie vom Bürgerspital die Grundherrlichkeit über die Neuhofer- und Schottenäcker, den Hauptrayon der Alservorstadt, am 12. December 1777 über die Salzam'schen Gründe, am 27. September 1786 über die Dorotheergründe am Alserbach und am 8. Februar 1820 über die Häuser Nr. 1—36 und Nr. 200—218. Über andere Gründe, wie über jene, auf denen heute das Rothe Haus steht, und über die gegen die Währingerstraße zu gelegenen Realitäten blieb das Stift Schotten, dann über die Realitäten Nr. 137—140, 157 und 158 das Domcapitel bis zum Jahre 1848 Grundherr. Der Alsbach floss hier bis zum Jahre 1832 in einem offenen Graben fort und wurde erst nach diesem Zeitabschnitte eingewölbt.

Im Jahre 1689 ließen sich in der Alservorstadt die Minoriten nieder und bauten in den Jahren 1690—1695 das Kloster und die Kirche in der Alserstraße. Links am Eingang der Alserstraße errichtete im Jahre 1633 K. Karl VI. den spanischen Benedictinern von Monte Serrato ein Kloster, das im Jahre 1683 zugrunde gieng, worauf diese auf dem Flächenraum im Jahre 1687—1727 ein neues Kloster sammt Kirche herstellten. Außer den drei schon erwähnten Humanitätsanstalten entstanden in der Alservorstadt im Jahre 1783 auf dem Flächenraume des Mariazellerfriedhofes das k. k. Militär-Garnisons-Hauptspital, auf dem Platze der Schießstätte der Niederläger das Josefinum und auf jenem des Schottenfriedhofes der dazu gehörige botanische Garten. In den Jahren 1717—1723 wurden das Spanische Spital, später Dreifaltigkeitsspital, und nach dessen Aufhebung (1783) das k. k. Waisenhaus und im Jahre 1787 das k. k. Findelhaus erbaut. — Im Gebiete der Alservorstadt lagen auch mehrere Friedhöfe: von 1732—1784 der St. Stephansfriedhof, auf einem Theile des Flächenraumes der Bürgerschießstätte, von 1766—1784 der Schottenfriedhof, von 1647—1784 der Contumazfriedhof und von 1570—1784 der kaiserliche oder Mariazellerfriedhof auf dem Platze des Militärspitals. Im Jahre 1694 erbauten die Stände in der Alserstraße die Landschaftsakademie (seit 1751 Infanteriekaserne). Nach Demolierung der alten Bürgerschießstätte am Schottenpühel (Nr. 276)

wurde im Jahre 1684 am Eingange der Alsergasse eine neue Schießstätte erbaut, die mit Ausschluss des an den St. Stephansfriedhof abgegebenen Flächenraumes hier bis zum Jahre 1831 verblieb und auf deren Grund im Jahre 1832 das Criminalgefangenhaus entstand. An Palästen besaß die Alservorstadt seit 1706 das Graf Schönborn'sche Palais (Nr. 59 und 60 Laudongasse) und seit 1700 die Graf Paar'sche Villa sammt Reitschule (Nr. 98 Laudongasse).

Michelbeuern, ein uralter Besitz der Benedictinerabtei Michelbeuern, gehörte in älterer Zeit zu Währing. Nach der Errichtung der Linienwälle wurde der Flächenraum der Gemeinde Michelbeuern abgetrennt, aber bis zum Jahre 1786 übte das Stift Michelbeuern die grundherrlichen Rechte über dieselben aus. Die ersten Häuser entstanden hier zwischen 1760—1765. Thury, bis zum Jahre 1646 Siechenals genannt, war seit dem Jahre 1476 ein Besitz des Stiftes St. Dorothea. Während der ersten Türkenbelagerung wurde Siechenals gänzlich zerstört, und, weil sich nach Abzug der Feinde niemand zum Wiederaufbau von Häusern fand, suchte man die Grundstücke zu Weingärten zu verwenden, die aber durch die häufigen Überschwemmungen des Alsbaches bald in Verfall kamen. Erst im Jahre 1646 entschloss sich der Ziegelschaffer Johann Thury an der Stelle des Hauses C.-Nr. 5 das erste Gebäude zu errichten, welchem Beispiele bald andere folgten. Es entstand ein kleines Dorf, das nach dem ersten Hausbesitzer benannt wurde. — Die Vorstadt Althan bestand noch im Jahre 1696 aus einem ausgedehnten Grundbesitz des Grafen Johann Christoph Althan, mit einem großen Sommerpalaste und Garten, den jener im Jahre 1697 durch das bürgerliche Haus zur grünen Kugel auf dem Sporkenbühel, das Eigenthum der Gemeinde war, vergrößerte. Erst nach dem Verkauf des Besitzes an die Gemeinde durch den Grafen Gundacker Althan im Jahre 1713, wurde ein Theil zu Baustellen aufgelassen. Der Bürger Simon Denk erbaute hierauf einen großen Hof, der im Jahre 1810 auf 21 Baustellen abgetheilt wurde. — Die Vorstadt Himmelpfortgrund, in ältester Zeit Sporkenbühel genannt, war im Jahre 1638 im Besitze der Jacobina Schönkirchner, welche die Grundherrlichkeit an das Kloster Himmelspforte vererbt hatte. Die ersten Häuser entstanden daselbst nach dem Jahre 1704, deren Zahl sich im Jahre 1738 auf 34 belief. Im Jahre 1723 wurde Himmelpfortgrund von der Pfarre Währing abgelöst und mit der Pfarre Liechtenthal vereinigt.

Bis 1663 bestand das Fischerdörfchen im Oberen Werd, dessen Bestand hoch in das Mittelalter hinaufreicht. Zur Zeit der Türkengefahr wurden sämmtliche Ansiedlungen zerstört und in den jenseits des alten

Donauarmes gelegenen Theil des Oberen Werd, die Roſsau, verlegt, wo ſchon eine ziemlich dichte Bevölkerung wohnte. Grundherr des Oberen Werd war die Stadtgemeinde und nur kurze Zeit, von 1605—1688, das Bürgerſpital. Im Jahre 1638 erbaute hier Ottavio Piccolomini das Kloſter und die Kirche der Serviten, im Jahre 1690 Fürſt Hans Adam Liechtenſtein den Sommerpalaſt und Dr. Quarient im Jahre 1655 den erſten botaniſchen Garten (Kräutergaſſe). Die Juden errichteten im Jahre 1629 hier einen Friedhof und 1698 ein Spital (C.-Nr. 50 Roſsau). — Die Vorſtadt Liechtenthal war ein Beſitz des Fürſten Hanns Adam Liechtenſtein, der 1694 hier ein Brauhaus erbaute. Nach Errichtung der Linienwälle theilte der Fürſt die Gründe auf Bauſtellen ab und erbaute im Jahre 1712 die Kirche zu den vierzehn Nothhelfern. Die Vorſtadt blieb bis zum Jahre 1848 im Beſitze der Fürſten Liechtenſtein.

Über die Fortſchritte, welche der Ausbau der Stadt und der Vorſtädte machte, geben wir in der folgenden Tabelle eine ſtatiſtiſche Zuſammenſtellung, die den Stand der Häuſer in den Jahren 1779, 1798, 1821 und 1847 zeigt. Es ergibt ſich daraus die Thatſache, daſs durch die Zuſammenziehung kleinerer Häuſer ſich in der inneren Stadt die Zahl der Nummern verringerte, und daſs jene Vorſtädte am raſcheſten aufblühten, die an den Hauptſtraßenzügen lagen.

Name	1779	1798	1821	1847	Name	1779	1798	1821	1847
Stadt	1306	1312	1217	1218	Laimgrube und an der Wien	124	174	189	203
Leopoldſtadt	410	508	597	742	Mariahilf	139	157	160	158
Brigittenau	—	—	—	234	Spittlberg	138	138	138	146
Jägerzeile	24	32	41	67	St. Ulrich (unteren Gut)		127	144	161
Unter den Weißgärbern	67	94	103	125	Neubau (Neuſtift und Wendelſtadt)	379	240	306	331
Erdberg	291	345	401	419	Schottenfeld		417	475	511
Landſtraße und der Rennweg	336	487	557	733	Altlerchenfeld	182	231	236	239
Wieden	368	519	589	962	Joſefſtadt	146	165	188	230
Schaumburgerhof	—	—	88	95	Strozzi'ſcher Grund	56	56	59	57
Hungelgrund	12	12	11	11	Alſervorſtadt	145	245	278	352
Laurenzergrund	—	—	16	17	Breitenfeld	—	—	93	94
Matzleinsdorf	90	108	129	131	Am Michelbeuer'ſchen Grund	—	24	28	48
Nikolsdorf	48	48	48	48	Himmelpfortgrund	58	83	86	87
Margarethen	86	160	170	190	Am Thury	80	82	112	128
Reinprechtsdorf	18	22	24	24	Liechtenthal	203	205	210	211
Hundsthurm	90	93	116	161	Althan	15	16	37	40
Gumpendorf	139	195	320	552	Roſsau	112	138	156	177
Magdalenengrund	36	37	39	38					
Windmühle	40	83	103	110					

Sechster Abschnitt.

Verfassung, Rechtspflege und Verwaltung.

Zur Zeit des Regierungsantrittes des K. Maximilian I. waren die alten Rechte und Freiheiten der Stadt noch in voller Kraft und die organische Einrichtung der städtischen Verwaltung bewegte sich in den überkommenen Formen der früheren Jahrhunderte. Unstreitig hatte sich aber schon lange das Bedürfnis nach Reformen geltend gemacht, wie dies mancherlei Vorgänge im Schoße der Bürgerschaft erkennen lassen. Das Stadtregiment lag nicht immer in den Händen von Männern, die in ihrem öffentlichen Wirken einzig und allein das allgemeine Wohl und die Wahrung der Interessen ihrer Mitbürger im Auge hatten. Es kamen Fälle von Missbrauch der Amtsgewalt, von Eigennutz und Unredlichkeit vor, und es drängten sich Männer zur Leitung der Verwaltung, in welchen kein sittlicher Ernst, kein reges Pflichtgefühl lebendig und kein richtiges Verständnis für solche Maßregeln vorhanden war, durch die dem Niedergange des Wohlstandes der Stadt entgegengewirkt werden konnte.

K. Maximilian I. nahm bei seinem Regierungsantritte an den Rechten der Stadt keine Änderung vor, sondern bestätigte diese am 29. September 1490 in demselben Umfange wie seine Vorgänger. Da er kurz nach dem Tode seines Vaters die österreichischen Erblande verließ, und später in diesen immer nur kurze Zeit verweilte, so fand er keine Gelegenheit, sich mit

den Angelegenheiten der Stadt eingehender zu beschäftigen. Selbst die Verhandlungen über das Niederlagsrecht, dessen Aufrechthaltung im vollen Umfange die Wiener anstrebten, führten viele Jahre zu keiner Entscheidung. Er zeigte wenig Lust die vorgebrachten Beschwerden abzustellen, weil er seine guten Beziehungen zu den deutschen Kaufleuten nicht beeinträchtigen wollte und die einstige Haltung der Bürger gegen seinen Vater nicht vergessen konnte. Diese geringe Sorgfalt des Kaisers für die Wahrung der Interessen der Stadt mag viel dazu beigetragen haben, dass der Geist der Opposition gegen seine Regierung wiederholt auf den Landtagen und im Stadtrathe zum Ausdruck kam, dass zwischen den kaiserlichen Regenten und der Gemeinde nicht selten Reibungen und Missheiligkeiten eintraten und angesehene und einflussreiche Bürger in wichtigen politischen Fragen Hand in Hand mit den niederösterreichischen Ständen giengen. Wir wissen, wie weit es in dieser Richtung kam. Die Regierung behauptete, dass im Stadtrathe Leute säßen, die eigennützig und selbstsüchtig zu Werke giengen und den kaiserlichen Anordnungen Widerstand leisteten. Und die Bürger warfen ersterer vor, daß sie die Rechte der Stadt verletzte und sich unberechtigt in die Verwaltung einmengte.

Die gegenseitige Erbitterung steigerte sich namentlich seit dem Jahre 1513 durch einen Betrugsprocess, bei dem Mitglieder der Regierung und des Stadtrathes der Bestechung beschuldigt wurden. Martin Siebenbürger, der Anwalt eines um sein Geld betrogenen Schiffmeisters, kam dabei in einen harten Conflict mit der Mehrzahl der Regimentsräthe und des Stadtrathes und wurde beim Kaiser wegen seiner angeblichen Verdächtigungen verklagt. Dieser Process, der mehrere Jahre dauerte, machte im Volke böses Blut und warf auf die Gerichtspflege und die städtische Verwaltung ein sehr ungünstiges Licht. Wahrscheinlich infolge der zutage getretenen Missstände entschloss sich endlich der Kaiser zu einer Revision der Rechte und Freiheiten der Stadt. Er gab der Stadt am 20. November 1517 eine Handfeste, die einschneidender Art für die ganze Fortentwicklung der städtischen Verfassung war. Nach ihrem Inhalte verblieb es zwar bei der früheren Bestimmung, dass Bürgermeister und Stadtrath wie bisher jährlich am St. Thomasabend durch 200 Genannte nach der Mehrzahl der Stimmen zu wählen seien; aber sich und seinem Statthalter behielt er das Recht vor, zu prüfen, ob die Gewählten auch zum Amte eines Bürgermeisters und Rathsherrn tauglich und geschickt und nicht mit Geldschulden oder anderen Privatgeschäften so belastet seien, dass sie ihren Ämtern nicht fleißig obliegen könnten. Wenn sein Statthalter solche Gebrechen an einem der Gewählten entdeckte, so konnte er diesen durch einen anderen nach seinem Gefallen

ersetzen. Die Wiederwahl einer und derselben Person zum Bürgermeister durfte erst nach drei Jahren stattfinden. Die Ergänzung der durch Tod oder Auswanderung unter die Zahl von 200 gesunkenen Genannten hatte jährlich der Bürgermeister und Stadtrath vorzunehmen. Jeder Einfluss auf die Wahl des Stadtrichters durch den Stadtrath entfiel. Die alten Niederlagsrechte wurden nur insoweit aufrecht erhalten, als sie nicht im Widerspruch mit dem Gesetze vom 22. Jänner 1515 standen, dagegen die Artikel des Stadtrechtes von 1296 über die Einsetzung von Vormündern für Minderjährige erneuert, und die darin enthaltenen Geldstrafen für Beschädigungen an Leib und Gut erhöht. Was aber kein früheres Stadtrecht enthielt, war die Bestimmung, dass der Landesfürst und seine Nachfolger jederzeit berechtigt seien, die verschiedenen Artikel aus eigener Machtvollkommenheit aufzuheben und die darin ausgesprochenen Rechte zu vermindern oder zu vermehren — eine Warnung für die Bürger, sich nicht gegen den Landesfürsten und seine Regierung aufzulehnen.

K. Maximilian I. hatte diese Reform der Stadtverfassung auf den Rath seiner Regenten durchgeführt. Es kann daher nicht verwundern, dass nach dem Tode des Kaisers der Hass gegen diese tiefe Wurzel gefasst hatte, welche auch in den Beschwerden des Martin Siebenbürger im Jahre 1519 bei K. Karl V. in Barcelona zum Ausdrucke gelangte.

Ein noch härterer Schlag wurde gegen die Verfassung nach der Unterdrückung der Empörung der Stände und des Stadtrathes gegen die alten Regenten (1519—1520) geführt. Da sich an dem Aufstande die Genannten und die Hausgenossen hervorragend betheiligt hatten, so wurden vom Erzherzog Ferdinand diese Institutionen am 16. August 1522 gänzlich aufgehoben und schon damals die Reform der ganzen Stadtverfassung in Aussicht genommen.

In Augsburg vollführte K. Ferdinand sein Vorhaben und gab den Bürgern am 12. März 1526 eine neue Stadtordnung. Die städtische Autonomie, die bisherige Hauptquelle der Rechtsentwicklung, wurde mit einem Schlage auf ein bescheidenes Maß reduciert, mit der Begründung, dass mehrere der früheren Freiheiten den Bürgern nichts genützt, sondern nur Irrung hervorbrachten, und „dass der Lauf der Natur immer neue Formen und Gestaltungen schaffe“. Vom Stadtrechte H. Albrecht's II. vom Jahre 1340 blieben nur der Artikel über das Verbot der Einfuhr ungarischer und italienischer Weine in den Burgfrieden und von dem Stadtrechte H. Albrecht's I. vom Jahre 1296 die Artikel über die Schule zu St. Stephan, das Strand-

recht, die Weingärten und die Erbauung von Burgen in Kraft. Das Niederlagsrecht des H. Albrecht I. und H. Friedrich des Schönen bestätigte der Kaiser nur vorbehaltlich seiner darüber aufzurichtenden Satzungen; ohne Einschränkung verblieben die Rechte vom Jahre 1370 über den Weinzehent, vom Jahre 1382 über die Jahrmärkte, vom Jahre 1383 über das Erbrecht und vom Jahre 1452 über die Weingärten mit neuen, den Weingartenbau und Weinschank betreffenden Freiheiten.

Zur Verwaltung und Gerichtspflege der Stadt berief der Kaiser hundert Bürger, die einen Hausbesitz in der Stadt und den Vorstädten nachweisen konnten, und auch sonst durch ihre Stellung und Fähigkeiten ausgezeichnet waren. Von diesen bildeten zwölf die Mitglieder des Stadtrathes, zwölf die Beisitzer des Stadtgerichtes und die übrigen sechs und siebenzig Personen den äußeren Rath. Die Wahl hatte jährlich am St. Thomasabend (29. December) dergestalt stattzufinden, dass, wenn im abgelaufenen Jahre im Stadt- oder äußeren Rathe durch Tod, Krankheiten oder aus anderen Ursachen Stellen erledigt wurden, zur Besetzung derselben durch den äußeren Rath einige verständige, behauste Bürger in den Stadtrath und vom Stadtrathe und den Gerichtsbeisitzern einige verständige, ehrbare Bürger in den äußeren Rath zu wählen waren, aus welchen Personen vom Landesfürsten oder seiner Regierung die Besetzung der vacanten Stellen nach ihrem Gefallen vorgenommen wurde. Nach Ablauf jedes dritten Jahres hatte am St. Thomastag ein Theil der Mitglieder aus dem Stadtrathe auszuscheiden und wieder in den äußeren Rath überzutreten, wogegen aus dem äußeren Rathe die entsprechende Anzahl in den Stadtrath gewählt wurde.

Zum Eintritte in den inneren Rath waren jene Bürger berufen, welche Hausbesitzer waren, ein bürgerliches Gewerbe betrieben und ein ehrbares, tugendhaftes und vernünftiges Leben führten. Handwerker, welche diese Eigenschaften nicht nachweisen konnten, blieben davon ausgeschlossen.

Die Wahl des Bürgermeisters fand jährlich am St. Thomastag durch den inneren Rath, die Gerichtsbeisitzer und die äußeren Räthe in derselben Form wie für die inneren Räthe statt. Der zu Wählende durfte nicht unbedingt den Mitgliedern des inneren und äußeren Rathes oder den Gerichtsbeisitzern angehören, sondern konnte auch der Gesammtheit der Bürger entnommen werden, und es blieb der Regierung vollkommen freigestellt, aus der Zahl der vorgeschlagenen Bürger die ihr am geeignetsten erschienene Person zum Bürgermeister zu ernennen. Zu den Erfordernissen gehörte, dass der Gewählte ein namhafter, ehrbarer, verständiger und wohlberühmter Bürger, ein Hausbesitzer und kein Handwerker war.

In den Wirkungskreis des Stadtrathes fiel die Verleihung des Bürgerrechtes, die Evidenzhaltung der Jurisdictionsgrenzen, die Finanzgebarung und ökonomische Verwaltung der Gemeinde, die Handhabung der Bau-, Feuer-Sicherheits-, Reinlichkeits- und Straßenpolizei, die Bewachung der Stadt, das Marktwesen, die Handwerksangelegenheiten, die oberste Verwaltung des Bürgerspitals, das Bettelwesen, die Bemessung und Einhebung der Steuern, ferner die Grundbuchsführung, die Testamentssachen, die Legate, Curatele und Tutele, die Burgrechtszinse und Sätze. In wichtigen Fragen war der Stadtrath verpflichtet, den Berathungen auch den äußeren Rath beizuziehen. Dieser war übrigens dem Stadtrathe untergeordnet und verpflichtet, die ihm übertragenen Amtshandlungen, wie Verhöre, Vergleiche, Beschauen, Schätzungen u. s. w. genau zu vollführen. Über die Mehrzahl dieser Angelegenheiten übte die Regierung das Recht der Überwachung und Controle, theils durch den landesfürstlichen Anwalt aus, der den Rathssitzungen beizuwohnen hatte, theils unmittelbar durch Anordnungen und Verfügungen, welche im Interesse der Stadt zweckdienlich erschienen. Der Stadtrath hielt in der Regel wöchentlich drei Sitzungen zur Besorgung der Geschäfte ab. Der Bürgermeister hatte die Beschlüsse schleunigst auszuführen und der Regierung die Anzeige zu erstatten, wenn Beschlüsse gefasst wurden, woraus dem Landesfürsten und seiner Regierung ein Nachtheil erwuchs. Dem Bürgermeister stand zur Ausführung der Beschlüsse ein Stadtschreiber zur Seite, der in ein Abschiedbuch alle Verordnungen, alle Verhöre und alle Bescheide an die Parteien einzutragen und die Erledigungen an letztere gegen Einhebung einer mäßigen Taxe hinauszugeben hatte.

Die ganze ökonomische Verwaltung lag in den Händen des Stadtkämmerers, der Mitglied des inneren Rathes war. Dieser führte die Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde nach den Beschlüssen des Rathes. Zugleich aber unterstanden ihm auch das Zeughaus, die Instandhaltung der Stadtthore und Thürme, die Reinhaltung der Straßen, die Brunnen und das Pflaster, die Feuerlöschanstalten und die Erhaltung und Erbauung städtischer Gebäude. Für die technischen und administrativen Geschäfte war ihm ein Unterkämmerer beigegeben, der, vom Stadtrathe aus den Bürgern gewählt, im Solde der Gemeinde stand und die Aufsicht über die Brücken und deren Neuherstellung, zugleich aber auch die Verrechnung über die eingelaufenen Brückengelder führte. Die Aufsicht über die Ausbesserung und Neuherstellung der Donaubrücken hatten der Brückmeister und Brückengegenschreiber, die Verrechnung der Gelder und der Mauten der Mautner, die unmittelbar dem Bürgermeister unter-

geordnet waren. Die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben der Kirchen zu St. Stephan, St. Michael und Maria am Gestade besorgten die Kirchenmeister, die zugleich das Heilthum, die Kelche, die Messgewänder und die Kleinodien zu verwahren hatten, die Prüfung der Rechnungen oblag vier Raitpersonen. Die Einhebung und gerechte Vertheilung der Steuern den Steuerpersonen und die Führung des Grundbuches geeigneten Personen des äußeren Rathes und der Bürgerschaft.

Der Spittelmeister hatte sich der Pflege der armen Leute zu widmen, zu welchem Zwecke ihm alle Spitäler der Stadt untergeordnet waren. Sache des Spittelmeisters war es ferner, darauf Acht zu geben, dass keine kranken und armen Leute auf der Straße starben, keine Bettlerzeche gehalten, und jene Bettler, die gesund und arbeitsfähig waren, an den Pranger gestellt und aus der Stadt gewiesen wurden. Das Pilgramhaus wurde einem besonderen Verwalter übergeben.

Die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt war den aus den Bürgern gewählten Viertelmeistern übertragen, die Schlüssel zu den inneren und äußeren Stadtthoren in der Verwahrung des Bürgermeisters.

Der Stadtrichter wurde uneingeschränkt vom Landesfürsten, ohne Rücksicht, ob er Bürger war oder nicht, ernannt. Er übte den Blutbann, hatte mit den Beisitzern nach dem Inhalte des Stadtgerichtsordnungsbuches Recht zu sprechen, und Sitz und Stimme im Stadtrathe, ohne verpflichtet gewesen zu sein, stets den Sitzungen beizuwohnen. Die zwölf Gerichtsbeisitzer waren dem Landesfürsten zum Gehorsam verpflichtet und genoßen bei Festen und Processionen den gleichen Rang mit den Mitgliedern des inneren Rathes, nur dass letzterer in der Ordnung den Vorrang hatte. Entscheidungen der Gerichtsbeisitzer konnten vom Landesfürsten sistirt werden. In den Wirkungskreis des Stadtgerichtes fielen alle Schuldsachen, Satzverpfändungen, Burgrechte und Burgrechtszinse bei fremdherrschaftlichen Grundbüchern, unbeschadet der Renten der Stadt Wien, alle Malefizsachen, Injurien, Schmähworte, Frevel und Gotteslästerungen und alle bürgerlichen Contracte.

Der Anwalt, der Bürgermeister, der Stadtrath, der äußere Rath, der Brückengegenschreiber, der Stadtrichter und die Gerichtsbeisitzer wurden in Eid genommen.

Das Statut K. Ferdinand's I. vom Jahre 1526 blieb die Grundlage der Verfassung bis zu der von K. Josef II. vollzogenen Umgestaltung des Organismus, es wurde von den folgenden Landesfürsten entweder im allgemeinen bestätigt oder wörtlich wiederholt, mit jenen neu erworbenen oder

abgeänderten Rechten, welche sich im Interesse der Wohlfahrt der Stadt als nothwendig herausgestellt hatten. Die letzte Bestätigung der Wiener Rechte und Freiheiten ertheilte K. Franz II. am 12. October 1792.

Unter den Änderungen des Ferdinandischen Statutes heben wir folgende hervor. Im Jahre 1530 wurde der Wirkungskreis des Anwaltes durch eine besondere Instruction geregelt und demselben im Jahre 1564 die Überwachung einer guten Gesundheits-, Armen-, Fremden-, Markt-, Gewerbs-, Reinlichkeits- und Sicherheitspolizei zur besonderen Pflicht gemacht. Im Jahre 1561 bestimmte der Kaiser, dass weder der Bürgermeister noch der Stadtrichter ununterbrochen länger als zwei Jahre in ihren Ämtern zu belassen seien. Im Jahre 1554 genehmigte derselbe, dass das Stadtrichteramt stets mit einem Manne zu besetzen sei, welcher seine bürgerliche Eigenschaft nachzuweisen vermag. Seit dem Jahre 1626 hatten alle Amtspersonen den Eid zu leisten, dass sie der katholischen Religion treu bleiben. Im Jahre 1656 wurden die Missbräuche und Bestechungen bei den Rathswahlen strenge gerügt und im Jahre 1665 angeordnet, dass im Interesse der Wahlfreiheit bei Öffnung der Wahlzettel nur der Name des Gewählten und nicht auch des Wählenden bekannt gegeben werde. Im Jahre 1703 wurde die Ernennung überzähliger Stadträthe angeordnet und im Jahre 1708 der Stadtrath verwiesen, dass er den Berathungen über wichtige, die Bürgerschaft berührende Angelegenheiten nicht einen größeren Ausschuss äußerer Räthe beiziehe und ihm anbefohlen, dass ohne dessen Einwilligung nichts beschlossen werden dürfe. Im Jahre 1737 setzte die Regierung für die ökonomischen Angelegenheiten eine besondere Wirthschafts-Commission ein, worauf infolge der vorgefundenen Unregelmäßigkeiten und Missbräuche die ökonomische Verwaltung unter die Controle einer besonderen Hofcommission kam. Im Jahre 1743 verfügte die Regierung, dass in den äußeren Rath nur Hausbesitzer zu wählen seien.

In Bezug auf den Wirkungskreis des Stadtrathes und des Stadtrichters führte die Schrannenordnung vom 27. Juli 1566 wesentliche Änderungen zu Gunsten des letzteren ein, welchem bei allen Strafen und Erkenntnissen der Localpolizei ein weitreichender Einfluss gesichert wurde. In demselben Jahre gab der Kaiser der Stadt auch eine verbesserte Grundbuchsordnung. — Zu den wichtigsten neu erworbenen Privilegien der Stadt gehört jenes des K. Ferdinand II. vom 18. Juli 1526 über das Einstandsrecht, welches die Begünstigung enthielt, dass die Bürger alle Häuser in und außerhalb der Stadt, die im Besitze von Fremden waren,

um den Schätzungspreis an sich bringen, und nur jene Personen, welche durch kaiserliche Gnadenbriefe dazu berechtigt waren, in deren Besitz bleiben durften. Das zweite derartige Privilegium war jenes des K. Leopold I. vom 15. Juli 1698 über die Erweiterung des Burgfriedens, welches für den Aufschwung des bürgerlichen Lebens eine große Bedeutung hatte.

Auch in der Stadtordnung vom Jahre 1526 erwies sich die Richtigkeit des Ausspruches des K. Ferdinand I., dass der Lauf der Natur neue Formen und Gestaltungen fordere. Die Handhabung der Verwaltung und Gerichtspflege, insbesondere die Zusammensetzung des Stadtrathes, war in der gegebenen Form dem Gedeihen des Gemeinwesens abträglich geworden. Missbräuche und Unregelmäßigkeiten hatten sich eingeschlichen und die wachsende Bevormundung der Regierung, eine Folge des mangelnden Vertrauens mitgeholfen, dass sich die nöthige Thatkraft bei der Bewältigung der dem Stadtrathe zugefallenen Aufgaben abschwächte.

In dieser Erkenntnis gab K. Josef II. der Verwaltung und Gerichtspflege eine neue Organisation. An die Stelle des Stadtrichters, Stadtrathes und Stadtgerichtes trat am 1. November 1783 der „Magistrat der kaiserlichen Residenzstadt Wien“, und zwar nicht in der Eigenschaft einer landesfürstlichen, sondern einer bürgerlichen Behörde. Er hatte einen Körper zu bilden und sich nur in Bezug auf die Behandlung der Geschäfte in drei Senate: für die politischen und ökonomischen, civilrechtlichen und strafrechtlichen Angelegenheiten zu theilen. Die Gesammtleitung des Magistrates erhielt der Bürgermeister, dem zwei Vicebürgermeister zur Seite standen und jeder Senat seine eigenen Räthe, Secretäre und Rechtsprotokollisten, die jedoch einen gemeinschaftlichen Status in Bezug auf die Anstellung und Vorrückung in höhere Gehaltsstufen bildeten. Es entfielen auf den politisch-ökonomischen Senat zwölf Räthe und drei Secretäre, auf den Civil-Justizsenat achtzehn Räthe, sechs Secretäre und drei Rechtsprotokollisten und auf den Criminalsenat zwölf Räthe, drei Secretäre und zwei Rathsprotokollisten. Gleichzeitig wurde auch ein Status der Beamten für das Protokoll, die Registratur und das Expedit festgestellt. Den Bürgermeister und die beiden Vicebürgermeister hatte der Ausschuss der Bürgerschaft (der äußere Rath) im Beisein eines landesfürstlichen Commissärs und des Appellationsgerichtes zu wählen; jedoch durfte hiezu niemand gewählt werden, der nicht durch ein Zeugnis über seine Kenntnisse und Studien seine Befähigung nachwies. Die Bestätigung der Wahl von Seite der Regierung wurde auf die Dauer von vier Jahren ertheilt, nach deren Verlauf der Gewählte im Falle seiner ausgezeichneten

Amtsführung ohne Vornahme einer Wahl von der Regierung auf unbestimmte Zeit bestätigt wurde. Ebenso war die Wahl der Räthe durch den Ausschuss der Bürgerschaft, jedoch ohne Beschränkung auf vier Jahre, angeordnet. Auch zu Räthen konnten nur solche Beamte gewählt werden, welche ihre Befähigung für die Geschäfte des einen oder des anderen Senates nachzuweisen im Stande waren.

Der äußere Rath blieb in seinem Bestande unberührt. Die Wahl der Mitglieder wurde schon früher nicht mehr von der Bürgerschaft, sondern von dem Stadtrathe vorgenommen. Dabei blieb es auch nach der Josefinischen Reform. Nachdem der Magistrat im Jahre 1784 die Ermächtigung erhalten hatte, äußere Rathsstellen an verdienstvolle Armenväter zu verleihen, konnten vom Jahre 1787 an derlei Stellen auch anderen besonders verdienstvollen Männern verliehen werden, ohne dass der Nachweis eines Hausbesitzes erforderlich war. Vom Jahre 1818 an wurde den Beisitzern des Criminalgerichtes nach fünfjähriger Dienstleistung diese Würde verliehen. Dass der äußere Rath in dieser Zusammensetzung auch nicht mehr den Schein einer Vertretung der Bürgerschaft hatte und in die vollste Abhängigkeit von dem Magistrate kam, wurde schon im Jahre 1793 erkannt und der schlechte Ausfall der Wahlen der Magistratsräthe auf die Zusammensetzung des äußeren Rathes zurückgeführt. Es wurden Vorschläge zur Bildung eines neuen Wahlkörpers gemacht, in welchem auch die gewerblichen Zünfte und der Handelsstand ihre Vertretung haben sollten. Die Furcht vor dem Jakobinerthum, damals sehr verbreitet, und die Erinnerung an die zu politischen Bewegungen geneigten, meist aus Handwerkern bestandenen „Genannten", hinderte die Bildung einer Bürgervertretung.

Der Magistrat wurde verpflichtet, die herrschende römisch-katholische Religion zu schützen, und im Falle etwas vorkam, was ihr nachtheilig oder hinderlich war, der Landesstelle sogleich die Anzeige zu erstatten. Rücksichtlich der übrigen tolerierten Religionen hatte er sich an die bestehenden Patente zu halten. Es oblag ihm die landesherrliche Hoheit und die Regalien und Gerechtsamen des kaiserlichen Hofes zu schützen, über die öffentliche Moral und die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu wachen und die Regierung in der Führung der von ihr abhängenden Polizeigeschäfte zu unterstützen. Zu seinen Geschäften gehörten unter der Aufsicht der Regierung: die Approvisionierung der Stadt und Vorstädte, die Überwachung der Märkte und Holzlegstätten, Maß und Gewicht, Beobachtung bestimmter Preise der Lebensmittel und der Brotsatzung, Instandhaltung der Stadtmagazine, das Gesundheitswesen,

die Aufsicht der Brücken, Wege und Stege, Beaufsichtigung schadhafter Häuser, Ertheilung von Bauconsensen, Feuerpolizei, Säuberung, Pflasterung und Beleuchtung der Stadt, Erhaltung der Glacis, Mitwirkung im Schulwesen, Führung der Bevölkerungslisten, Mitwirkung in Quartier-, Durchmarsch-, Recrutierungs- und anderen Militärangelegenheiten, Handhabung der Gesindeordnung, Aufsicht und Leitung der Jahrmärkte, die Behandlung aller Polizei- und Commercialzünfte und Handwerke, die Verleihung von Schutzbefugnissen, die Abstellung der Handwerksmissbräuche, die Streitigkeiten der Handwerksleute, die Verleihung von Gewerbsbefugnissen und die Verwaltung des der Stadt gehörigen Vermögens, aller städtischen Gefälle und Einkünfte und des ganzen die Stadt betreffenden Wirtschaftswesens.

Der Wirkungskreis des Senates für die Civil-Justizgeschäfte, der aus Geschäften des früheren Stadtrathes und Stadtgerichtes gebildet wurde, umfasste sowohl die Gerichtsbarkeit in Streitsachen als die Geschäfte des Richteramtes über alle inner der Grenzen der Stadt befindlichen unadeligen Parteien ohne Unterschied ihres Charakters, Dienstes oder sonstiger geistlicher und weltlicher Würden, soweit dieselben nicht der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes und der Reichskanzlei, der Militärgerichtsbehörde, der berggerichtlichen Instanz, der Gerichtsbarkeit des Mercantil- und Wechselgerichtes oder einer inner den Linien befindlichen Grundherrschaft und dem städtischen Dominio unterstanden, wie auch mit Ausschluss der Unterthanen der ottomanischen Pforte. — Ebenso erhielt der Magistrat die Gerichtsbarkeit nicht bloß mit Rücksicht auf die bürgerlichen, sondern aller inner den Grenzen des Wiener Burgfriedens gelegenen, obwohl einer anderweitigen Grundobrigkeit unterliegenden Realitäten in Absicht auf vorfallende Schätzungs- und Baugeschäfte. Endlich hatte der Magistrat auch die Gerichtsbarkeit über die in das Grundbuch der Stadt Wien gehörigen Realitäten. Der Wirkungskreis des Senates in Criminal-Justizgeschäften umfasste bis zum Zustandekommen eines neuen Criminalsystems jenen Theil der Criminalgerichtsbarkeit, welchen bisher das k. k. Stadtgericht inne gehabt hatte.

Zur Behandlung der Geschäfte wurden auch die Hilfsämter organisiert, zu welchen damals zählten: das Oberkammeramt, das Depositen- und Pupillartaxamt, das Taxamt, das Musikimpostamt, das Grundbuch, das Metzlenleiheramt, das Kastenamt, das Inslichthandlungsamt, die Mautämter, die Buchhalterei, das Steueramt und Quartierbuch, das Conscriptionsamt, das Todtenbeschreiberamt, das Unterkammeramt, die Scardiener, die Marktaufseher und die Fleisch- und Fischbeschauer.

Die retrograde Bewegung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens unter Kaiser Franz I. führte auch später bei dem Magistrate anstatt zu einer Erweiterung des Wahlrechtes der Bürgerschaft, zu einer noch größeren Beschränkung. Im Jahre 1793 ordnete der Kaiser an, dass die Bürgermeister in allen landesfürstlichen Städten bei ihren Ämtern ohne neue Bestätigung lebenslänglich zu verbleiben haben. Im Jahre 1803 verfügte Kaiser Franz I., dass die Wahl jener Individuen, welche sich entweder allein oder nebst den politischen Geschäften mit dem Civil- und Criminalsenate zu befassen haben, und bei welchen Studien und Prüfungszeugnisse erfordert werden, künftighin auch bei den Magistraten, außer in Galizien, nicht mehr zu bestehen und deren Ernennung auf vorläufigen Vorschlag des Magistrats der Landesstelle und dem Appellationsgerichte zu überlassen sei. Im Jahre 1808 hob der Kaiser die Wahlen der politischen und ökonomischen Räthe auf und bestimmte, dass die Rathsstellen durch den Concurs zu besetzen seien. So kam es, dass sich das Wahlrecht der Bürgerschaft zuletzt nur mehr auf die Wahl des Bürgermeisters beschränkte, und zwar in der Weise, dass der Regierung vom Magistrate sechs Candidaten vorzuschlagen waren. Die Zahl der äußeren Räthe stieg zwar im Laufe der Jahre auf 400, ohne dass aber auch deren Bedeutung für das Gemeinwesen sich gehoben hätte.

In den Wirkungskreis des politisch-ökonomischen Senates fiel alles, was bisher der Amtshandlung, Obsorge und Verwaltung des Stadtrathes überlassen war. Nach der Instruction vom Jahre 1784 war der Magistrat in publicis et politicis der niederösterreichischen Regierung untergeben. Die Magistratspersonen hatten sich stets ihres Eides zu erinnern, friedlich zu betragen, sich jeder unrechtmäßigen Handlung oder sträflichen Lebensweise zu enthalten.

Das Verhältnis des Magistrats zu den Vorstadtgemeinden blieb durch diese Neugestaltung der Gemeindeverfassung unberührt. Wie wir schon in dem früheren Abschnitte gezeigt haben, war zwar seit dem Beginne des XVIII. Jahrhunderts das Bestreben der Stadtgemeinde unausgesetzt darauf gerichtet, die innerhalb der Linienwälle noch bestandenen fremden Dominien durch die Ablösung ihrer grund- und ortsobrigkeitlichen Rechte zu beseitigen. Bis zum Jahre 1848 war es der Stadtgemeinde thatsächlich gelungen, die fremden Jurisdictionen bis auf jene des Domcapitels über Mariahilf, des Stiftes Schotten über Neubau, St. Ulrich, Schottenfeld und Breitenfeld, des Fürsten Schönburg über Schaumburgergrund und des souveränen Fürsten Alois von und zu Liechten-

stein über Liechtenthal zu erwerben. War dadurch der Magistrat seinem Ziele, der Begründung eines einheitlichen Gemeindegebietes näher gerückt, so hatte er damit keineswegs eine einheitliche Gemeindeverwaltung erreicht. An der Spitze der Vorstadtgemeinden standen nach wie vor Richter mit Gemeindebeisitzern, welche die ortspolizeilichen Geschäfte über die Straßen, Canäle, Feuersicherheit, Beleuchtung u. s. w. besorgten, kleine gerichtliche Functionen ausübten, das Vermögen der Vorstadtgemeinden verwalteten und ihre besonderen Umlagen zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse einhoben. Der Magistrat versah nur die Aufsicht und Controle über die Verwaltung der Vorstadtgemeinden, ähnlich wie die Regierung über den Magistrat.

An den Hauptgrundzügen der Organisation des Magistrats trat bis zum Jahre 1838 keine principielle Änderung ein, und der Grundsatz, dass die Verwaltung und Gerichtspflege ausschließlich durch besoldete Beamte zu besorgen und die Bürger von jedem Antheile und jeder Einflussnahme auf dieselben ferne zu halten seien, mit Consequenz durchgeführt. Allerdings wurde der Wirkungskreis der Senate wiederholt abgeändert, und zwar bald erweitert, bald wieder beschränkt, je nach den wechselnden Anschauungen der leitenden Oberbehörden, und der Magistrat selbst erhielt durch die Erwerbung der Mehrzahl der Dominien, durch das Anwachsen der Bevölkerung, und durch den Aufschwung der Vorstädte eine immer größere Ausdehnung, aber diese Veränderungen, auf welche hier einzugehen keine Veranlassung sein dürfte, nahmen keinen Einfluss auf die Grundlage der städtischen Verfassung. Nur das System der Bevormundung von Seite der Regierung stieg von Jahr zu Jahr, so dass derselbe Magistrat, dem K. Josef II. die ganze ökonomische Verwaltung uneingeschränkt überlassen hatte, dringende Auslagen von mehr als 500 Gulden ohne Genehmigung der Regierung nicht machen durfte.

Schon in den letzten Regierungsjahren des K. Franz I. brach sich die Erkenntnis Bahn, dass eine solche, jeden Vertrauens entbehrende Verwaltung nicht im Einklange mit den Ansprüchen, die man an ein großes Gemeinwesen macht, stand. Je größer die Bevormundung der Regierung wurde, desto schwächer war das Pflichtgefühl der Beamten geworden, und je mehr sich die Verbindung des Magistrats mit der Bürgerschaft lockerte, desto geringere Rücksicht nahmen die Beamten auf eine gewissenhafte Vertretung der ihnen anvertrauten Interessen, wovon die Mängel in der Verwaltung, die Verschlechterung der Finanzlage der Stadt und das Misstrauen des intelligenten Theiles der Bürgerschaft in die Geschäftsführung des Magistrats ein beredtes Zeugnis abgaben.

Nach dem Amtsantritte des Bürgermeisters Ignaz Czapka, eines an Kenntnissen und Ideen reichen, thatkräftigen Mannes, der die Bedürfnisse und die Bedingungen der Wohlfahrt der Stadt klar erkannte, wurden Schritte zur Reform der Gemeindeverfassung gemacht. Czapka wollte die vollständige Trennung der Civil- und Criminalgerichtsbarkeit von dem Magistrate, indem er darauf hinwies, dass die Justiz ein Ausfluss der Staatsgewalt sei. Zur Kräftigung des Vertrauens der Bevölkerung in die Geschäftsführung des Magistrats und zur Hebung des Gemeinsinnes verlangte er die Einsetzung eines Bürgerausschusses, zur Bildung einer einheitlich organisierten Gemeindeverwaltung, die Vereinigung der Stadt und der Vorstädte zu einem Gemeindegebiete und zur Erhöhung des Ansehens des Magistrats die Erweiterung und die selbständigere Gestaltung seines Wirkungskreises. Nicht alles hatte Czapka in Bezug auf die Reform der Verfassung erreicht, es wurde ihm aber bei der späteren Neugestaltung der Verfassung zu seiner Genugthuung die Anerkennung zutheil, dass er die richtigen Bahnen zur Bildung eines großen selbständigen Gemeinwesens erkannt hatte. —

Die Bezüge der Rathsherren wurden nach der Einführung der Ferdinandischen Stadtordnung nicht sogleich wesentlich geändert. Der Bürgermeister, die Stadträthe und der Stadtschreiber erhielten nebst ihren Besoldungen Geldentschädigungen für das von alter Zeit her bezogene Hofgewand, für Hausen und Weihnachtskleinodien und ihre Frauen, sowie jene des Stadtanwaltes und des Stadtrichters ihr Opfergeld zu Weihnachten. Der Stadtrichter und die Gerichtsbeisitzer erhielten ihre Besoldungen aus den Erträgnissen des Stadtgerichtes; überdies hatten letztere gleich dem Bürgermeister und dem Stadtrichter auch Naturalbezüge, wie eine Anzahl von Küffeln Salz. Im XVII. Jahrhundert genoß der Bürgermeister außerdem das Erträgnis von Grundstücken und Auen. Die gesammten Geldbezüge betrugen zwischen den Jahren 1530—1590: für den Bürgermeister 99 Pfund, für den Stadtkämmerer 78 Pfund, für einen der Stadträthe 52 Pfund Pfennige und für den Stadtschreiber 67 Pfund Pfennige. Selbstverständlich standen auch die übrigen für die einzelnen Zweige der Verwaltung aufgestellten Amtspersonen im Genusse von Besoldungen, auf die wir nicht näher eingehen können. Außer den ordentlichen Besoldungen erhielten der Bürgermeister und die Stadträthe für besonders geleistete Dienste Extrabelohnungen.

Erst vom Beginne des XVII. Jahrhunderts an traten in den Bezügen wesentliche Änderungen ein. Zuerst wurde die Besoldung des Bürgermeisters

auf 400 fl. aufgebessert, und sie erreichte am Schlusse des XVII. Jahrhunderts die Höhe von 1500 fl. Die Besoldung des Oberkämmerers stieg in diesem Zeitraume von 400 auf 700 fl. Jeder der Stadträthe und der Stadtschreiber erhielt seit 1630 eine außerordentliche Zulage von 300 fl. und jeder der Stadtgerichtsbeisitzer nebst seiner gewöhnlichen Besoldung von 12 fl. und 12 Küffeln Salz aus der städtischen Cassa seit 1658 eine Zubuße von 100 fl. und seit 1672 eine solche von 300 fl.; dafür wurden die Auslagen für süßen Wein und Confect bei den Rathswahlen eingestellt. — Eine weit bedeutendere Erhöhung der Bezüge der Rathspersonen trat nach der Regulierung in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts ein. Es bezogen der Anwalt 800 fl., der Bürgermeister 4000 fl., der Oberkämmerer 2000 fl., der Stadtsyndicus 3000 fl. und die zwanzig Räthe des Stadtrathes und des Stadtgerichtes Besoldungen von 500 bis 2000 fl. Nach der Josefini-

Avers- und Reversseite der Salvator-Medaille.

schen Reform der Gemeindeverfassung wurde der größere Theil dieser Besoldungen beibehalten, bis die Veränderung des Münzfußes eine neuerliche Regulierung nothwendig gemacht hatte.

Wir haben auch erwähnt, dass die Rathspersonen im XVI. Jahrhundert Geschenke an Fischen, Wein und Confect beim Jahreswechsel erhielten. Aber schon im Jahre 1578 fand es der Stadtrath aus ökonomischen Rücksichten für zweckmäßiger, diese Geschenke gänzlich einzustellen. Dafür erhielten von nun an beim Jahreswechsel der Stadtanwalt, der Bürgermeister und der Stadtrichter einen goldenen, mit dem Stadtwappen geschmückten Pfennig im Werthe von acht ungarischen Goldgulden und jedes Mitglied des inneren Rathes einen solchen Goldpfennig im Gewichte von sechs Ducaten. Zu diesem Zwecke wurde der Bürger und Goldschmied Cornelius Glocking beauftragt, einen neuen Prägestempel zu derartigen Goldstücken anzufertigen, auf welche der Siegelschneider Hans Jacob auf

der einen Seite das Bild des Salvator und auf der anderen Seite das Stadtwappen schnitt. Von diesen Darstellungen erhielten diese Goldstücke später die Bezeichnung Salvatorpfennige. Dass die ersten Salvatormedaillen, wie bisher behauptet wurde, infolge des päpstlichen Breve vom 10. Juni 1515, durch welches die Rathhauskapelle ihrer vom Volke irrthümlich gebrauchten Bezeichnung: „Maria Ottenhaim-Kapelle" entkleidet und in Salvatorkapelle umgetauft wurde, ausgeprägt wurden, für diese Annahme haben wir keinen glaubwürdigen Anhaltspunkt gefunden. Die älteste Form der Salvatormedaille — vor dem Jahre 1581 — welche wir hier abgebildet haben, enthält thatsächlich keine Beziehung zur Salvatorkapelle. Dieselbe zeigt auf der Aversseite eine sitzende männliche Gestalt, die mit ihrem linken Arm den Torso einer Säule umschlingt und in der Rechten einen Pelikan auf einer Kugel hält, und links eine männliche Gestalt mit einer Schlange in der rechten Hand. Die Umschrift lautet: Constantia, Fides utroque Amicizia allitur. Die Reversseite enthält das Stadtwappen, mit einem Lorbeerkranz und einer Mauerkrone eingefasst und mit der Inschrift: Mun. RP. Vien. (Munus Reipublicae Viennensis). Erst vom Jahre 1581 an wurden die Salvatorpfennige in der Form ausgeprägt, dass die Aversseite das Bild des Salvators und die Reversseite das Stadtwappen zeigt *). Ungefähr vom Jahre 1700 an trat folgende Änderung ein: auf der Reversseite wurde die Ansicht der Stadt von der Burgseite aus abgebildet und nur die Aversseite mit dem Bilde des Salvator beibehalten. In dieser Form erhielt sich die Salvatormedaille bis zum heutigen Tage. Die Sitte, goldene Rathspfennige am Neujahrstage an die Rathsmitglieder zu vertheilen, erhielt sich bis 1783, ungeachtet damals der Bürgermeister und die Mitglieder des inneren Rathes schon im Genuss feststehender Besoldungen standen. Von dieser Zeit an vertheilte man aber die Salvatormedaillen nur mehr an verdienstvolle Bürger. Im Jahre 1811 wurde insbesondere als Grundsatz aufgestellt, dass zur Erlangung der Salvatormedaille nicht bloß eine genaue Erfüllung der Bürgerpflichten durch fünfzig Jahre, sondern auch andere Verdienste um die Gemeinde erforderlich seien.

Die Finanzlage der Gemeinde blieb im XVII. Jahrhundert ungeachtet der großen und bedeutenden Ansprüche eine ziemlich günstige. Das Gleichgewicht im Haushalte wurde selten gestört, ungeachtet die Ausgaben fort und fort stiegen. Zu Schulden nahm die Gemeinde zwar häufig ihre Zuflucht; diese waren aber damals noch verhältnismäßig gering und

*) Es ist das Verdienst des A. Ritter v. Camesina, nachgewiesen zu haben, dass die Denkmünze von 1581 die erste Form mit der Darstellung des Salvators gewesen sei.

entsprangen meist aus den Anlehen für den Hof. Erst im XVII. Jahrhundert trat eine Verschlimmerung der Finanzlage ein, die ihren Höhepunkt im XVIII. Jahrhundert erreichte, als der Staat die Gemeinde zu seinen Creditoperationen in Anspruch nahm und die infolge des Aufschwunges der Stadt gestiegenen Bedürfnisse außerordentliche Auslagen hervorriefen. Es fehlt gegenwärtig noch an genügenden archivalischen Vorarbeiten, um den Entwicklungsgang des Finanzwesens mit einiger Sicherheit verfolgen zu können. Wollte man beispielsweise aus den Gesammtziffern der Einnahmen und Ausgaben einen Schluss auf die große Bewegung in der Verwaltung schließen, so würde dies nicht richtig sein, weil die Gemeinde auch für den Staat Steuern und Gefälle einhob oder einzelne der letzteren in Pacht hatte und die Vorschüsse zur Bestreitung der Bedürfnisse des Hofes und der Regierung einen bedeutenden Factor in dem Finanzwesen der Gemeinde bilden. Wir können uns deshalb nur auf einzelne Andeutungen beschränken.

Die Haupteinnahmsquelle der Gemeinde zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse bildeten auch in diesem Zeitraume die von den Hausbesitzern eingehobenen Steuern, die Antheile an der Stadtmaut und der Pflastermaut und die zu Ende des XVII. Jahrhunderts beginnenden Aufschläge auf einzelne Lebensmittel und Gegenstände des Luxus. Unter den indirecten Abgaben war das Umgeld und Zapfenmaß von Bedeutung, die aber zu Gunsten des Ärars eingehoben und der Gemeinde zeitweilig auch in Pacht gegeben wurden. Erst im Jahre 1763 brachte die Gemeinde das Taz- und Umgeldgefälle im Wege der Einlösung an sich. Von größerem Belange wurde seit dem XVIII. Jahrhundert die Gewerbesteuer, welche die Gemeinde bis zum Jahre 1801 für ihre Bedürfnisse einhob. Als neu zugewachsene Einnahmsquellen sind zu betrachten: das Metzenleihgefälle seit 1648, die Tandelmarktgebühren seit 1657, die Gefälle zu Gunsten des Zucht- und Arbeitshauses seit 1671, die Judicialtaxen seit 1679, die erhöhten Abfahrtsgelder seit 1690, das Musikimpostgefälle seit 1707, die Schutzsteuer für Gewerbe und Professionisten seit 1733, die Hauszinssteuer seit 1749, die Großhandlungssteuer seit 1749, die Zinsstrafgelder seit 1748, die Erbsteuer seit 1759, die Polizeisteuer seit 1775, der Laternbeitrag seit 1775, die politischen Taxen seit 1783, die Gewerbetaxen seit 1784, der Biertaxbeitrag für die Vorstädte seit 1785 und die Zimentirungsgebühren seit 1787. Die Bürgerrechtstaxen wurden im Jahre 1753 reguliert und nach sechs Classen eingehoben. — Eine neue sehr bedeutende Einnahmsquelle erhielt die Gemeinde durch die ihr im Jahre 1819 gestattete Einhebung einer Umlage auf die Mietzinse von den Häusern der Stadt und der Vorstädte, wofür allerdings die Kranken- und Versorgungs-

anstalten und die öffentliche Beleuchtung die Eigenschaft von Localanstalten erhielten und der Staat von nun an seine Beitragsleistung für dieselben einstellte. In Bezug auf die Mauten ist hervorzuheben, dass vom Jahre 1811 deren Einhebung von den Stadtthoren an die Linien verlegt wurde. Im Jahre 1829 wurde das ganze System der Mauten und Aufschläge abgeändert, zugleich das Taz- und Umgeld aufgehoben und die Einhebung einer Verzehrungssteuer für eine große Zahl von Artikeln eingeführt, wobei der Stadtgemeinde das Recht eingeräumt wurde, zur Entschädigung für den Verlust verschiedener Gefälle Zuschläge einzuheben.

Aber ungeachtet des beträchtlichen Zuwachses an Einnahmen war die Finanzlage der Stadt bei der großen Zersplitterung der Verwaltung — da die Vorstadtgemeinden für einzelne Zweige der letzteren selbständig waren und ihren eigenen Haushalt besaßen — keine günstige und der Schuldenstand bedeutend. Erst Bürgermeister Ignaz Czapka ließ sich die Ordnung der städtischen Finanzen angelegen sein und es gelang ihm, durch Hebung der Einnahmen und eine ökonomische Gebarung nicht nur die Schulden großentheils zu tilgen, sondern auch die städtischen Steuern zu verringern und den Vermögensstand der Gemeinde zu heben.

Zur Gewinnung eines Überblickes der Bewegung des städtischen Haushaltes lassen wir nach den Rechnungen das Summarium der Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde (ohne Rücksicht auf die Gebarung der Vorstadtgemeinden) folgen:

	Einnahmen Pfund Pfennige	Ausgaben Pfund Pfennige
Jahr 1527	17.112	17.099
„ 1540	21.001	20.929
„ 1560	123.707	124.806
„ 1580	145.437	139.764
„ 1601	98.962	106.356
„ 1620	137.705	130.730
	Gulden	Gulden
„ 1640	230.994	216.489
„ 1660	170.084	150.284
„ 1690	181.731	199.273
„ 1710	456.867	434.409
„ 1730	95.471	942.375
„ 1750	2,397.986	2,391.359
„ 1768	451.753	289.053

	Gulden C.-M.	Gulden C.-M.
Jahr 1831	1,484.566	1,847.864
„ 1840	1,795.388	1,722.961
„ 1847	3,016.286	3,079.685

Zu Ende des Jahres 1847 betrug der reine Vermögensstand der Gemeinde 2,596.011 Gulden.

Das Ferdinandische Stadtrecht theilte die Bevölkerung in Bürger, Inwohner und Tagwerker. Der Stadtrath war verpflichtet, jedem unbescholtenen Mann, der sich in Wien niederlassen wollte, mit und ohne Hausbesitz, das Bürgerrecht zu verleihen, wofür dieser eine Aufnahmstaxe von zwei Gulden zu bezahlen hatte. Im Besitze des Bürgerrechtes konnte er alle bürgerlichen Gewerbe betreiben. Zu den Inwohnern zählten die Prälaten, Landherren, der Adel und alle jene Personen, die sich nicht um das Bürgerrecht bewarben. Keiner derselben durfte Gewerbe, Kaufmannshandel und sonstige Geschäfte, welche den Bürgern ausschließlich zustanden, betreiben. Zu den Tagwerkern gehörten alle jene weiblichen und männlichen Personen, die vom Taglohn lebten. Über diese hatte der Stadtrath eine Evidenz zu führen und sie zu verhalten, dass sie nichts gegen die Regierung und gegen die Stadt unternahmen. Über die Fremden und Juden enthält das Stadtrecht keine besondere Bestimmung.

Ungeachtet keine Schwierigkeiten bei der Verleihung des Bürgerrechtes bestanden, verringerte sich die Zahl der Bürger theils durch die Reformation und die Türkenbedrängnis, theils durch die auf den Bürgern lastenden Steuern und durch das Übergehen des Hausbesitzes in der Stadt in die Hände von solchen Personen, welche kein Interesse hatten, der Bürgergemeinde anzugehören. „Vor Zeiten," heißt es in einem Berichte des Stadtrathes an die Regierung, „sind mehr als 8000 Bürger in der Stadt gezählt worden, jetzt gibt es aber nicht mehr als 1300 und darunter nur 400, welche eine eigene Behausung haben." Erst nach dem Einstandsprivilegium vom Jahre 1623 gestaltete sich das Verhältnis der Bürger zur Gesammtbevölkerung günstiger. Die Gesammtzahl der Bürger betrug noch im Jahre 1780 nicht mehr als 6046 bei einem Bevölkerungsstande von 186.878 Personen.

Einen wesentlichen Bestandtheil der Bevölkerung unserer Stadt bildete der Adel. Im XVI. Jahrhundert war allerdings dessen Zahl noch gering und seine Mitglieder gehörten meist dem niederösterreichischen Herren- und Ritterstande an. So hatten im Jahre 1566 in Wien nur folgende hervorragende Adelsgeschlechter eigene Wohnhäuser: die Grafen Arch, Pösing, Puchheim und Serin, die Freiherren von Teufel und die Herren

v. Althaim, Collalto, Dietrichstein, Eitzing, Fünfkirchen, Herberstein, Hofkirchen, Hoyos, Kindsberg, Kollonitsch, Liechtenstein, Neudegg, Pollheim, Roggendorf, Schönkirchen, Starhemberg, Traun und Trautson. Nach den großen Güterconfiscationen in den österreichischen Ländern und nach der Übertragung dieser Güter an die dem Hause Habsburg treu gebliebenen Adelsfamilien, ferners nach der immer reicheren Gestaltung des Hofstaates und der bleibenden Verlegung der kaiserlichen Residenz nach Wien, ließen sich aus den verschiedensten Theilen des Reiches und des Auslandes die angesehensten Adelsfamilien hier bleibend nieder und wurden mit ihrem Gefolge ein beträchtlicher Theil der Bevölkerung. Wir finden um das Jahr 1684 in Wien ansässig: die Fürsten Liechtenstein, Porzia und Schwarzenberg, die Grafen Auersperg, Althan, Brandeis, Boucquoy, Breuner, Berchtold, Carrafa, Caurian, Colloredo, Czernin, Cavriani, Dietrichstein, Draschkowitz, Esterhazy, Gurland, Harrach, Heissenstein, Hallweil, Hardegg, Khevenhüller, Kirnberg, Kollonitsch, Lamberg, Launoy, Nostiz, Mollard, Martiniz, Montecucculi, Mannsfeld, Palfy, Puchheim, Pötting, Prössing, Questenberg, Rauchenstein, Rothal, Rueber, Sinzendorf, de Souches, Strassoldo, Serin, Starhemberg, St. Julien, Thürheim Trautmannsdorf, Trautsohn, Vertenberg, Welz, Weissenbach, Wagensperg, Windhag, Weissenwolf, die Freiherren Abele, Althaim, Buccelini, Brasikau, Emmerberg, Eisenberg, Feyrhofer, Fünfkirchen, Geyer von Edelsbach, Hoyos, Kaiserstein, Meyerberg, Pergen, Pollheim, Selb, Schwarzenhorn, Tschernembl, Thavonat, Walterskirchen. Und diese stattliche Zahl stieg noch im XVIII. Jahrhundert durch die aus Deutschland, Spanien und Italien nach Österreich gekommenen Familien.

Einen bedeutenden Rückschritt machte im XVI. Jahrhundert die geistliche Bevölkerung. Unter dem Einflusse der Reformation hatte ein großer Theil der Mönche die nach der Türkenbelagerung noch bestandenen Klöster verlassen, und auch die Weltgeistlichkeit war so zusammengeschmolzen, dass viele Beneficien nicht verliehen werden konnten. Erst als nach der Gegenreformation wieder neue Klöster errichtet wurden, vermehrten sich sehr bedeutend die Mönche der Bettelklöster. K. Josef II. reducierte die im Jahre 1782 bestandene Zahl von 946 auf 374 Mönche. Im Ganzen lebten aber noch immer mehr als 1500 Geistliche (Weltpriester und Mönche) in der Stadt und den Vorstädten.

Nach der ersten Türkenbelagerung machte die Zahl der Gesammtbevölkerung infolge der ungünstigen politischen und religiösen Verhältnisse bedeutende Rückschritte. Eine Zunahme derselben trat erst ein, als Wien unter K. Leopold I. die bleibende Residenz des Hofes, der Mittelpunkt eines regen politischen Lebens, und der Zusammenfluss des reichen österreichischen und ungarischen Adels wurde und als dem Aufschwunge der Industrie und des Handels wieder eine größere Aufmerksamkeit zugewendet und die Bedrohung der Sicherheit der Person und des Eigenthums durch kriegerische Ereignisse in die Ferne gerückt worden war.

Über die Ziffern der Gesammtbevölkerung im XVI. und XVII. Jahrhundert fehlen verlässliche Anhaltspunkte. Der Jesuit Reifenstuel gibt an, dass Wien (Stadt und Vorstädte) 80.000 Einwohner zählte. Auf Grundlage der jährlichen Geburten und Trauungen berechnete man die Volkszahl im Jahre 1710 mit 113.000, im Jahre 1721 mit 137.000 und im Jahre 1741 mit 130.000 Einwohnern. Sichere Anhaltspunkte bieten erst die mit dem Jahre 1754 beginnenden Volkszählungen, woraus wir folgende Daten gewinnen:

Jahr 1754 . . . . . 175.460 Einwohner
„ 1772 . . . . . 192.971 „

Vom Jahre 1780 lässt sich auch das Verhältnis der einheimischen zur fremden Bevölkerung feststellen.

Jahr	Einheimische	Fremde	Zusammen
1780	175.318	11.560	186.878
1790	180.753	12.867	193.510
1799	190.039	18.069	208.108
1810	206.400	19.232	225.632
1820	235.887	24.872	260.759
1830	223.603	96.270	319.873
1840	204.298	153.629	357.927
1846	244.440	166.507	410.947

Unter der Zahl der Fremden ist in den Jahren 1790—1810 auffallend stark der Zuwachs von Fremden aus Deutschland, und vom Jahre 1820 macht sich ein außerordentlich starker Zuwachs von Fremden aus den österreichischen Erbländern, insbesondere aus Böhmen, geltend.

Unter der Wiener Bevölkerung hatten auch in neuerer Zeit die Juden viel zu leiden. Selbst nachdem sie nur mehr geduldet waren, beklagten sich die Bürger bei jedem Anlasse bei dem Landesfürsten und den Ständen über die Nachtheile, welche sie durch die Juden erlitten, und sie hätten

es am liebsten gesehen, wenn dieselben vollständig von der Stadt ferne gehalten worden wären; dies zeigt die Beschwerdeschrift der Wiener an Max I. vom Jahre 1494, worin sie sich beschwerten, „dass die Juden Handel und Wandel in der Stadt haben". Um den Wünschen der Bürger zu entsprechen, erließ Max I. 1511 für die Juden eine neue Kleiderordnung und Ferdinand I. 1528 eine Judenordnung, die aber geheim gehalten wurde, damit den Juden nicht zu großer Nachtheil auf dem flachen Land erwuchs. Nach dieser Bestimmung durften Juden, „die ihrer königlichen Majestät Kammergut sind", in Wien nicht länger verweilen, als der ihnen von der Behörde ertheilte Erlaubnisschein besagte, kein Gewerbe und kein Wechselgeschäft treiben, nur in zwei ihnen bezeichneten Häusern wohnen und mussten während ihres Aufenthaltes in Wien das jüdische Zeichen tragen, bestehend aus einem gelben, an der linken Achsel befestigten Ring. Ähnlichen Beschränkungen waren die ausländischen Juden unterworfen. Die zwei Häuser, welche als Judenherberge dienten, lagen neben dem Kloster zur Himmelspforte in der Stadt. Vom Jahre 1572 an wurde die Herberge in ein anderes Haus verlegt. Mit der Beschränkung des Aufenthaltes der Juden und dem Verbote des Gewerbs- und Wechselgeschäftsbetriebes waren die Bürger noch immer nicht zufrieden, weil die Juden ihnen auf den gewöhnlichen und den Jahresmärkten großen Schaden zufügen konnten. Im Jahre 1554 erschien ein Mandat, worin die Juden aufgefordert wurden, binnen einem halben Jahre Niederösterreich zu verlassen. Dass der Kaiser damit nur einem eilfertigen Drängen nachgab, ohne die Sache ernst zu nehmen, geht daraus hervor, dass er den Termin zur Auswanderung wiederholt erstreckte. So ergieng es auch mit den späteren Verbannungspatenten der Jahre 1567 und 1572 und selbst mit jenen der Jahre 1614 und 1625. Immer hatte die Regierung gezögert, ihre Mandate mit Nachdruck durchzuführen, aus dem Grunde, weil sie die reichen Juden zu ihren Geldoperationen fortwährend benöthigte. Aus demselben Grunde gestattete auch der Adel den Juden den Aufenthalt auf dem flachen Lande.

Es gab in Wien drei Arten von Juden: hofbefreite Juden, gemeine Juden, welche zu den Hofjuden in einem wirklichen oder fingierten Dienstverhältnis standen und fremde Juden. Erstere, schon unter Ferdinand I. vorkommend, genossen besondere Privilegien. Sie brauchten keine Steuern zu zahlen, kein Abzeichen zu tragen, konnten Groß- und Kleinhandel treiben und dem Hoflager des Kaisers folgen. Dafür mussten sie stets bereit sein, dem Hof und der Regierung mit Anlehen auszuhelfen. Auf sie hatten die Judengesetze keine Anwendung; aber gerade diese hinderten zunächst

deren strenge Handhabung, weil sie den gemeinen Juden den größten Schutz gewährten. Die Zahl der letzteren war in Wien übrigens sehr gering, sie bestand 1512 aus 7, 1599 aus 31 und 1619 aus 42 Familien. Weit bedeutender mag die Zahl der fremden oder Wanderjuden gewesen sein.

Seit dem Jahre 1663 hatte der Hass der Bürger gegen die Juden durch die Aufreizungen der Geistlichkeit, durch die Schachergeschäfte, die sie mit leichtsinnigen jungen Leuten schlossen, und die Putzsucht der reichen Jüdinnen, von denen die Bürgersfrauen stolz und hochmüthig behandelt wurden, eine bedenkliche Höhe erreicht. Es wiederholte sich der Ruf nach Vertreibung der Juden, und der Stadtrath legte umständliche Berichte vor, worin er die großen Nachtheile auseinandersetzte, welche der Staat, das Land und die Stadt durch die Juden erlitten. Studenten, Soldaten der Stadtquardia, Handwerker und andere Leute unterstützten durch häufig wiederkehrende Aufläufe und rohe Gewaltacte in der Judenstadt die Tendenzen der Bürger.

Die Regierung konnte sich aber lange nicht zu einem entscheidenden Schritte entschließen. Sie benöthigte in ihren fortwährenden Finanzverlegenheiten das Geld der Juden, zum Theil wusste sie auch, dass die Anklagen mehr auf Gehässigkeit als Wahrheit beruhten, und dass vielfach nur Eigennutz und Monopolssucht zur Austreibung drängten. Im Juli 1669 glaubte die Regierung den Sturm dadurch beschwören zu können, dass sie einen Theil der Juden abschaffte, einige der bedenklichsten Individuen strenge bestrafte und das Verbot, christliche Dienstboten zu halten, erneuerte. Als aber die Gemeinde mit ihren Beschwerden nicht nachließ, erschien endlich am 28. Februar 1670 der kaiserliche Befehl, dass sämmtliche Juden noch vor dem Frohnleichnamstag Wien und Niederösterreich zu verlassen hätten. Und in der That war am 28. Juli 1670 kein Jude mehr in Wien. In der freudigen Aussicht auf die endliche Erfüllung seiner Wünsche hatte der Stadtrath am 24. Juli 1670 mit der Regierung einen Vertrag abgeschlossen, in dem er sich bereit erklärte, die Judenstadt in der Leopoldstadt um die Summe von 100.000 Gulden anzukaufen, die Tilgung aller Schulden der Juden bis zum Betrage von 10.000 Gulden zu übernehmen und an der Stelle der Synagoge in der Judenstadt eine Kirche zu erbauen. Außerdem verflichtete er sich, der Regierung den Entgang der Judensteuer im jährlichen Betrage von 14.000 Gulden zu ersetzen.

Die Vortheile, welche sich die Bürger von der Abschaffung der Juden versprachen, giengen aber nicht in dem Maße in Erfüllung, dass sie die übernommenen finanziellen Lasten hätten ertragen können. Die Bürger blieben mit ihrer Judensteuer im Rückstande, die Regierung büßte außerdem an

40.000 Gulden und die Landesstände an 20.000 Gulden Steuern ein. Das Land war im Ganzen durch die Abschaffung der Juden um acht Millionen Gulden ärmer geworden. So kam bereits im Jahre 1675 ein Compromiss zwischen der Regierung und den Juden zustande, wodurch diesen neuerdings der Aufenthalt in Wien unter gewissen Beschränkungen eingeräumt wurde.

Fortan schritt die Regierung gegen Judenexcesse energisch ein, anderseits wurde den Juden der Aufenthalt in Wien auch sehr erschwert, wie die Gesetze vom 3. November 1706, vom 22. September 1753 und 5. Juli 1755 zeigen. Erst das Gesetz vom 5. Mai 1764 bekundete darin einen Fortschritt, dass es den Juden die Bildung einer eigenen Gemeinde möglich machte. Das Toleranzpatent Josef's II. vom Jahre 1782 eröffnete den Juden eine noch günstigere Stellung; aber diese blieben demungeachtet beschränkt in der Niederlassung und Auswanderung, im Recht auf physische Existenz, Religionsübung, Unterricht und Bildung und in der Ausübung der Gewerbe und des Handels. Im Jahre 1792 hatten es die Juden so weit gebracht, dass ihnen gestattet wurde, ein Spital zu errichten, worauf im Jahre 1826 die Erbauung der Schule und Synagoge in der Seitenstättergasse folgte. — Die Zahl der in Wien tolerierten Juden war noch im Jahre 1780 nicht mehr als 572 und im Jahre 1799 1431.

Die Verringerung der Bevölkerung im XVI. und XVII. Jahrhundert kam keineswegs den Wohnungsverhältnissen zugute. Abgesehen davon, dass Adelige, Hof- und Regierungsbeamte und später die neuen Klöster sich immer mehr bemühten, in der Stadt kleinere Wohnhäuser zum Umbau in größere zu erwerben, stieg auch die Last der Bürger durch die mit der Ausdehnung des Hofstaates sich vermehrenden Hofquartiere. Um nicht solche beistellen zu müssen, schlossen die Bürger Scheinbestandverträge mit anderen Personen, verleugneten oder versperrten ihre besten Zimmer, brachen die Stallungen muthwillig ab und ließen oft ihre Häuser lieber unausgebaut, als dass sie Hofgesinde hineinnahmen. Um dem wechselnden Bedürfnisse nach Wohnungen zu genügen, griff man zu dem Auskunftsmittel, die alten, meist zwei Stockwerke hohen Häuser in solche von drei- und vier Stockwerken umzubauen und, um den Neubau von Häusern in den Vorstädten zu fördern, befreite die Regierung die Hausbesitzer von den Hofquartieren für solange, bis die Hälfte der Baukosten durch die Wohnungsmiete hereingebracht wurde. K. Maria Theresia wandelte nach der Einführung der Hauszinssteuer die zeitliche Befreiung der Häuser von den Hofquartieren in steuerfreie

Jahre um, und K. Josef II. hob im Jahre 1781 die Hofquartierfreiheit gänzlich auf. Einen erheblichen Zuwachs an neuen bürgerlichen Häusern erhielt die innere Stadt erst nach der Aufhebung der Stadtquardia im Jahre 1741, als die auf den Basteien erbauten Soldaten-Quartierhäusel in das städtische Grundbuch einbezogen wurden und K. Maria Theresia gestattet hatte, dass auf dem Flächenraume dieser Soldatenquartiere große geräumige Wohngebäude, jedoch nur unter der Bedingung, dass sie bei feindlicher Bedrohung der Festung zu demolieren seien, erbaut wurden. Unter K. Josef II. vermehrte sich die Zahl der Häuser nach der Aufhebung mehrerer Klöster, indem ein Theil des Flächenraumes der Gärten und Klöster zum Bau von Privathäusern verwendet wurde. Ein Bild der Veränderungen in den Wohnungsverhältnissen der inneren Stadt gibt die folgende statistische Übersicht:

		darunter				
	Gesammtzahl der Häuser	bürgerl. Häuser	ebenerdige	einstöckige	zweistöckige	dreistöckige	vierstöckige
1566	1205	1035	41	340	565	88	1
1664	1116	943	15	128	443	330	26
1795	1312	1127	6	42	188	457	376

Häuser mit fünf Stockwerken gab es im Jahre 1664 eines und im Jahre 1795 einundfünfzig, mit sechs Stockwerken im Jahre 1795 sechs, und mit sieben Stockwerken ein Haus.

Die Handhabung der Baupolizei im Burgfrieden hatte K. Ferdinand I. mit der Verordnung vom 4. März 1558 neu geregelt. Nach derselben besaß die Gemeinde einen beschränkten Wirkungskreis bei der Ausführung städtischer und Privatbauten. Besondere Aufmerksamkeit war darin dem Bezuge des Baumaterials zugewendet. Mauersteine durften nur von Höflein, Hausteine dagegen auch von Hietzing, Mannersdorf, Prodersdorf, Reisenberg, Hainburg und Burgschleinitz, Ziegel und Kalk von allen beliebigen Orten mit Ausnahme aus den Kalköfen in Rodaun, Kalksburg und Mödling bezogen werden. In den Baubestimmungen trat seit Beginn des XVIII. Jahrhunderts das Bestreben in den Vordergrund, eine größere Sicherheit der Gebäude und eine zweckmäßigere Gestaltung der Straßen und Plätze anzubahnen. So wurde am 10. October 1704 die Bedachung mit Schindeln, am 18. Juni 1706 das Hinaus- oder Zurückrücken über eine bestimmte Baulinie, am 7. October 1721 die Herstellung getäfelter oder mit Holz verschallter Zimmer, sowie französischer oder sogenannter Mansardendächer, am 30. September 1721 die

Erbauung von kleinen, nur Bettlern und Müssiggängern zum Aufenthalte dienenden Häusern, sogenannten „Batzenhäuseln", am 13. Jänner 1728 die Erbauung von ebenerdigen Wohnungen mit einem Zimmer und dem Ausgange auf die Straße, am 19. September 1729 die Erbauung von Mezzaninzimmern und am 17. Februar 1737 von Erkern oder Vorsprüngen vor den Fenstern verboten. K. Maria Theresia gab der Stadt am 21. März 1755 eine neue Bauordnung, welche wie jene K. Ferdinand's I. die Form, das Maß und die Qualität der Ziegel und die Eigenschaft und die Bezugsorte des Kalkes bestimmte und für den Bauführer die Ablegung von Prüfungen festsetzte. Im Anschlusse an die Bauordnung schrieb die Kaiserin am 29. Jänner 1757 bestimmte Baulinien auch für die Vorstädte vor; sie verfügte am 3. August 1767 zur Förderung der Bauluft eine zwanzigjährige Steuerfreiheit bei Neubauten auf grünem Anger, und forderte aus demselben Grunde die Grundeigenthümer in den Vorstädten zum Verkaufe ihrer Felder, sowie die Stadtgemeinde zur unentgeltlichen Abtretung von Grundflächen, die einen geringen oder gar keinen Nutzen gewährten, auf. Am 27. Jänner 1770 anerkannte sie das Recht der Hausbesitzer auf eine Entschädigung, wenn sie infolge der Feststellung der Baulinie Grundflächen einbüßten. Alle diese und die später folgenden Bestimmungen traten nach dem Inslebentreten der ersten, alle Erfordernisse der Privatbauten umfassenden Bauordnung für Wien vom 13. December 1829 außer Kraft.

Für die Bedürfnisse des Hofquartieramtes wurde bereits in den Jahren 1566 und 1664 eine Numerierung der Häuser vorgenommen, die aber nicht allgemein im Gebrauche war. Zur Errichtung eines Steuercatasters nahm der Stadtrath im Jahre 1749 eine neue Beschreibung und Numerierung der Häuser in der Stadt und den Vorstädten vor. Als Maria Theresia im Jahre 1770 eine Volkszählung zu militärischen Zwecken angeordnet hatte, wurde damit gleichzeitig auch eine Beschreibung der Häuser verbunden und die Neuerung eingeführt, dass die Nummern innen und außen an den Häusern klar und leserlich anzubringen seien. Die Volkszählung und Häusernumerierung begann im Jahre 1771 und kam im Jahre 1775 zum Abschlusse. Infolge der großen baulichen Veränderungen in der Stadt und den Vorstädten unter K. Josef II. und K. Franz I. ließ der Magistrat in den Jahren 1795 und 1822 neue Häusernumerierungen vornehmen.

Von ähnlichen großen, ganze Stadttheile zerstörenden Feuersbrünsten wie im Mittelalter, wurde Wien noch in der ersten Hälfte des

XVI. Jahrhunderts heimgesucht. Am 18. August 1509 wüthete ein Brand, welcher hundert Häuser zerstörte und neun Menschen das Leben kostete. Am 18. Juli 1525 kam im Zeughause des Cilly'er Hofes nächst der Burg ein Feuer zum Ausbruche, das sich infolge des heftigen Windes über den östlichen und südlichen Theil der Stadt verbreitete, den Kirchen zu St. Michael und St. Stephan, den Klöstern bei der Himmelspforte, bei St. Hieronymus und St. Jakob und deren Umgebung großen Schaden zufügte, und, sogar über die Stadtmauer dringend, einen Theil der Vorstadt vor dem Stubenthore verheerte. Mehr als 400 Häuser wurden in's Mitleid gezogen und es fehlte nicht viel, dass auch der Thurm, in dem tausend Centner Pulver lagen, verbrannt wäre. Da verschiedene Gerüchte über die Ursache des Brandes im Volke circulierten, so entstand eine solche Aufregung, dass Zusammenrottungen stattfanden und eine Plünderung der vom Feuer verschonten Häuser zu besorgen war.

Um die Ausbreitung von Bränden zu verhüten, wurden die Sicherheitsmaßregeln verstärkt, wovon die Feuerordnungen der Jahre 1534, 1638, 1688, 1759 und 1817 Zeugnis geben, und auf eine größere Solidität bei der Erbauung von Häusern Wert gelegt.

Mit Ausschluss der Hauptstraßen auf der Landstraße, auf dem Rennweg, auf der Wieden und in der Leopoldstadt lag die Erhaltung aller übrigen Verkehrswege im Burgfrieden Wiens in den Händen des Stadtrathes und der Vorstadtgemeinden. Gepflasterte Straßen gab es bis zum Jahre 1724 nur in der inneren Stadt, wozu seit dem Jahre 1732 ausschließlich der Steinbruch in Sievering das Material lieferte. Im Jahre 1724 wurde in Wien mit der Anlage von Straßenkörpern in der Form von „gedrückten Gewölben" und von Wasserabzugsgräben begonnen und zur Bestreitung der Kosten eine besondere „Wegreparationscassa" gebildet, deren Mittel zur einen Hälfte der Regierung für den Bau der Hauptstraßen und zur anderen Hälfte der Stadtgemeinde zufielen. Im Jahre 1778 begann die Pflasterung der Straßen mit rechtwinkeligen Steinen, wozu seit dem Jahre 1800 schwarzgraue Granitwürfel in Verwendung kamen. Die Steinpflasterung der Straßen mit diesem letzteren Material machte übrigens nur langsame Fortschritte, denn es gab noch im Jahre 1838 beschotterte Straßen in der inneren Stadt und zahlreiche Straßen in den Vorstädten, wo nicht einmal die Trottoirs und Gehwege gepflastert waren. Erst von dieser Zeit an wurde die Pflasterung mit den allerdings kostspieligen Granitwürfeln bei allen Neuherstellungen in Anwendung gebracht, wodurch Wien seinen guten Ruf in Bezug auf das Straßenpflaster begründete.

Der Einfluss reinlicher Straßen auf den Gesundheitszustand der Bewohner gab im XVI. und XVII. Jahrhundert zu zahlreichen Rufen und Patenten Anlass. Demungeachtet kam es vor, dass häufig Kehricht, Unrath und Thierleichen zur Nachtszeit aus den Häusern auf die Straßen gebracht wurden. Am 20. December 1672 rügte der Stadtrath diesen Unfug strenge mit der Drohung, dass die Dienstleute, die sich dergleichen zu Schulden kommen ließen, an die Strafsäulen der öffentlichen Plätze gespannt würden. Ein ähnliches Verbot publicierte der Stadtrath im Jahre 1709 und erließ am 5. December desselben Jahres eine Ordnung für die Straßensäuberung, in der anbefohlen wurde, dass aller Unrath zweimal in jeder Woche aus der inneren Stadt hinauszuführen sei, und am 2. Juni 1724 verfügte er die Beseitigung der an den Häusern vorspringenden Rinnen und die Anlage gepflasterter Rinnsale.

Gemauerte Canäle, welche in die städtischen Möhrungen einmündeten, gab es im XVII. Jahrhundert nur in einzelnen Straßen und Häusern; meistens bestanden in den Häusern Senkgruben zur Aufnahme des Unraths. Am 24. November 1706 ordnete die Regierung den Bau gewölbter Canäle an. K. Maria Theresia befahl am 5. Mai 1753 den Bau von Haupt und Privatcanälen in der Stadt und den Vorstädten, und sie ermächtigte die Gemeinde zur Einhebung einer bestimmten Concessionstaxe (Einzapfgebür) für die Einleitung der Privatcanäle in die Hauptunrathscanäle.

Bis zum Jahre 1688 finden wir keine Andeutung, dass die Straßen und Plätze der Stadt beleuchtet wurden, indem weder die Stadtrechnungen noch die polizeilichen Verfügungen dessen Erwähnung thun. Wer nach Sonnenuntergang in den Straßen zu verkehren hatte, bediente sich wahrscheinlich der Fackeln oder Handlaternen. Nur in einem Rufe aus dem Jahre 1554 wird das Verbot ausgesprochen, im Sommer nach 9 Uhr und im Winter nach 8 Uhr die Straßen zu passieren. Erst am 5. Juni 1688 wurde die Beleuchtung der Straßen und Plätze mit Laternen, in welchen mit Klauenfett gefüllte Lampen brannten, eingeführt und zur Bestreitung der Kosten ein Illuminationsanschlag eingeführt. Da in Wien die zur Anfertigung von 2000 Laternen nöthige Zahl von Klempnern nicht vorhanden war, forderte die Regierung die Städte Niederösterreichs auf, ihre Klempner hieher zu senden. Die Füllung der Lampen besorgte das von der Stadt besoldete Beleuchtungspersonale, das Anzünden der Laternen musste jeder Hauseigenthümer bei seinem Hause besorgen, wozu durch das „Brennglöcklein“ das Zeichen gegeben wurde.

Im Jahre 1777 errichtete die Regierung eine besondere Beleuchtungsanstalt für das Füllen und Anzünden der Lampen, nachdem ein Jahr früher die von Sonnenfels vorgeschlagenen, kugelförmigen Laternen mit weißem Glas eingeführt worden waren. Für die Enthebung von der bisherigen Verpflichtung des Anzündens hatte jeder Hauseigenthümer einen jährlichen Beitrag von einem Gulden zu entrichten. Mit der Beleuchtung der Vorstädte wurde im Jahre 1786 begonnen. Sowie aber lange Zeit in der Stadt, fand auch in den Vorstädten bis ungefähr zum Jahre 1845 eine öffentliche Beleuchtung nur dann statt, wenn die Straßen nicht von Mondlicht erhellt wurden. — Die ersten Versuche der Anwendung von Leuchtgas zur Beleuchtung machte im Jahre 1817 das k. k. polytechnische Institut nach der Erfindung des Apothekers Moser, und noch in demselben Jahre wurde in der Baumwoll-Maschinenfabrik in Schönau die neue Beleuchtungsart eingeführt. Nach wiederholten Verbesserungen begann im Jahre 1829 der Apotheker Dr. Pfändler in der Rossau die Erzeugung von Leuchtgas und gründete zur Verwertung desselben für die Beleuchtung der Straßen und des Innern der Häuser die österreichische Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, welche im Jahre 1832 die Berechtigung zur Legung von Gasröhren in der Stadt erwirkte. Im Jahre 1839 entstand hierauf eine Gasbeleuchtungs-Gesellschaft in Fünfhaus, welche die Bewilligung zur Legung von Gasröhren in den Vorstädten Schottenfeld, Neubau, Gumpendorf, Mariahilf, Laimgrube und Windmühle erhielt. Die Rechte beider Gesellschaften giengen im Jahre 1843 an eine englische Gesellschaft, die englische Imperial-Continental-Gasassociation, über, mit der die Gemeinde am 10. Mai 1845 einen Vertrag betreffs der Übernahme der Beleuchtung der Straßen und der städtischen Gebäude auf die Dauer von zehn Jahren abschloss. Zunächst wurde die Gasbeleuchtung nur in der inneren Stadt und bis zum Jahre 1847 nur in den Hauptstraßen der Vorstädte Mariahilf, Leopoldstadt, Jägerzeile und Landstraße eingeführt, während in den übrigen Vorstädten die seit dem Jahre 1834 in Gebrauch gekommenen Rautsch'schen Lampen in Verwendung blieben.

Über die Versorgung der Stadt mit Trink- und Nutzwasser im XVI. Jahrhundert gibt uns W. Schmelzl einigen Aufschluss, der in seinem „Lobspruch" bemerkt, dass jedes Haus seinen Brunnen, mit Seilen und Ketten wohl versehen, besitze. Der große Brand vom Jahre 1525 zeigte aber, dass für Feuersgefahr die Hausbrunnen nicht ausreichten, weshalb K. Ferdinand I. im Jahre 1526 den Plan in Anregung gebracht hatte, durch die

Stadt einen Fluss zu leiten, ohne dass aber dieses Project zur Ausführung gekommen wäre. In den Jahren 1550—1553 sorgte der kaiserliche Hof für seinen eigenen Bedarf durch die Anlage einer Wasserleitung, die, von der Siebenbrunnerwiese und Matzleinsdorf ausgehend, über Reinprechtsdorf und Margarethen zuerst in die Hofburg und nach Erbauung der Favorita auf der Wieden auch in diese geleitet wurde. Im Jahre 1565 war eine ausgiebigere Wasserversorgung neuerdings Gegenstand von Verhandlungen. Es wurden die Quellen in der Einsattlung der Als zwischen Herrnals und Dornbach in einem Brunnenkasten in Herrnals gesammelt, von hier in unterirdischen Holzgränden bis zum Stadtwalle und dann in Bleiröhren zum Brunnenhause auf dem Hohen Markt geleitet. Zur Vermehrung des Wasserzuflusses wurden hierauf im Jahre 1707 neue Quellen und im Jahre 1732 eine Hauptquelle des Alsbaches in die Herrnalser Wasserleitung eingeführt, und mit diesem verstärkten Wasserzuflusse außer dem Brunnen auf dem Hohen Markte auch jener am Hof und die Brunnen verschiedener öffentlicher Gebäude gespeist. In der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts ließ der Stadtrath Quellen am Hungerbrunn zur Speisung des Brunnens auf dem Neuen Markte sammeln und erweiterte im Jahre 1735 diese Wasserleitung. Besonders stark zeigte sich der Bedarf an neuen Wasserleitungen für die Gebäude des kaiserlichen Hofes, für einzelne Paläste, und für öffentliche Gebäude in der Stadt und den Vorstädten nach dem Wiederaufblühen Wiens im verflossenen Jahrhundert. Es wurden Quellen am Galizinberg bei Dornbach, in Ottakring, Lerchenfeld, Neubau, St. Ulrich, auf der Wieden (oberhalb des Theresianums) und auf dem Laaerberg aufgefangen, woraus die Schottenfelder, Ottakringer (1756), Dornbacher und Belvedere-Hofwasserleitungen, die Karoly'sche Wasserleitung (seit 1716), das fürstlich Esterhazy'sche Schöpfwerk und die Mariahilfer Wasserleitung, die Herrnalser Regierungs-Wasserleitung (seit 1798), die Baron Dietrich'sche Wasserleitung (seit 1838) und die fürstlich Liechtenstein'schen Wasserleitungen (aus Herrnals, Währing und Döbling) hervorgiengen.

Alle diese Wasserleitungen befriedigten aber wesentlich nur die Bedürfnisse der inneren Stadt, während die Vorstädte nach ihrem immer stärkeren Anwachsen an gutem Trinkwasser Mangel litten. In den südwestlichen und höher gelegenen Vorstädten war die Noth in den Sommermonaten so groß, dass Wasser in großen Fässern zugeführt werden musste. Nach einer schweren Krankheit, im Jahre 1798, fasste die Erzherzogin Marie Christine, die damals den fürstlich Kaunitz'schen Palast in Mariahilf bewohte, den hoch-

herzigen Entschluss, für diese Vorstädte eine neue Wasserleitung anzulegen. Als sie vor der Ausführung ihres hochherzigen Planes starb, brachte ihn ihr Gemahl Herzog Albert von Sachsen-Teschen im Jahre 1804 mit einem Kostenaufwande von 400.000 Gulden zur Ausführung. So entstand die Albertinische Wasserleitung durch die Hereinleitung von sieben Quellen aus dem Halterthale bei Hütteldorf.

Durch dieses wohlthätige Unternehmen wurde das Bedürfnis der wasserarmen Vorstädte nur für wenige Decennien gedeckt. Bald bildete wieder die Wasserzufuhr einen sehr einträglichen Geschäftszweig: der „Wassermann" fuhr durch die Straßen der westlichen Vorstädte und verursachte den Bewohnern keine geringen Auslagen. K. Ferdinand I. widmete deshalb nach seinem Regierungsantritte im Jahre 1835 das aus freiwilligen Beiträgen der niederösterreichischen Stände, der Dominien und einzelner reichen Privaten aufgebrachte Krönungsgeschenk zur Anlage einer neuen Wasserleitung, die sich auf ganz Wien ausdehnen sollte. Zur Gewinnung von Wasser nahm man die Donau in Anspruch und erbaute bei Nussdorf ein großes Pumpwerk, das im Jahre 1843 mit einem täglichen Lieferungsquantum von 100.000 Eimern in Betrieb gesetzt und der Gemeinde übergeben wurde. Da die freiwilligen Beiträge weitaus nicht ausgereicht hatten, so wurden die Kosten des Werkes, welche 739.135 Gulden betrugen, durch Anlehen und Vorschüsse gedeckt.

Reinliche Luft und reichliches gesundes Wasser, zwei Hauptbedingungen für das Zusammenleben der Menschen, waren für unsere Stadt ein um so größeres Bedürfnis, als die Gesundheitsverhältnisse durch das Zusammenwirken verschiedener Ursachen fortdauernd ungünstig blieben. Wir besitzen zwar keine statistischen Daten aus älterer Zeit über die Sterblichkeitsziffern der Bevölkerung, aber die stete Mahnung der Regierung zur Handhabung einer strengen Gesundheitspolizei, die verheerenden Wirkungen epidemischer Krankheiten und das unreine und unsittliche Wohnen der ärmeren Volksclassen lassen keinen Zweifel darüber, dass es mit der öffentlichen Gesundheit schlecht bestellt war. Erst seit dem Beginne des XVIII. Jahrhunderts wurden durch die Veröffentlichung der Geburts- und Sterbelisten Anhaltspunkte zur Beurtheilung des Gesundheitszustandes der Stadt gefunden. Ein Vergleich solcher Listen aus den Jahren 1710—1780 ergab, dass während dieser Zeit nur in fünfzehn Jahren die Zahl der Geburten jene der Verstorbenen überwog.

Seit K. Maximilian I. wurde Wien wiederholt von der Pest und anderen Seuchen heimgesucht. Aus dem Jahre 1521 wird berichtet,

dass infolge der damals wüthenden Seuche fast aus jedem Hause fünf bis sechs Personen wegstarben. Im Jahre 1529, unmittelbar vor der Türkenbelagerung, raffte der englische Schweiß tausende von Personen weg. Im Jahre 1541 soll der dritte Theil der Bewohner der Pest erlegen sein; ebenso gräßlich waren ihre Folgen im Jahre 1570. Minder heftig wüthete sie im Jahre 1586; desto furchtbarer trat sie aber im Jahre 1679 auf. Vergebens wurden Ärzte und Wärter zur Pflege der Kranken, Todtengräber zur Beerdigung der Todten aufgeboten. Die Straßen, Plätze und Gärten füllten sich mit Todten und Sterbenden und dieselben wurden oft unter einander auf die Karren und in die außerhalb der Stadt gelegenen Pestgruben geworfen. Dabei ereignete sich es, dass ein dem Trunke ergebener Bänkelsänger mit dem Namen Augustin auf dem Wege nach St. Ulrich schlafend in einem Graben lag. Die Siechknechte, in der Meinung, dass es ein Todter sei, luden ihn auf den mit Leichnamen gefüllten Karren und warfen ihn mit denselben in eine Pestgrube. Am nächsten Morgen schrie und lärmte Augustin, seine entsetzliche Lage erkennend, verzweifelt so lange, bis ihn Pestknechte befreiten. Und wunderbar! Er blieb verschont von der Krankheit und spielte noch viele Jahre den Wienern zum Tanz und Mahl auf. Erst im December 1679 erlosch die Pest, welche — nach allerdings nicht verlässlichen Angaben — an 123.000 Menschen dahingerafft haben soll. Zur Erinnerung an die Pest ließ der Stadtrath schon im October 1679 eine Säule mit dem Bilde der heil. Dreifaltigkeit auf dem Graben errichten und veranstaltete dahin einen Bittgang. K. Leopold I. setzte an deren Stelle, in Erfüllung eines am 25. October 1681 bei St. Stephan abgelegten, feierlichen Gelübdes, ein kostbares Marmordenkmal, dessen Grundsteinlegung im Jahre 1687 stattfand. Zum letztenmale wüthete die Pest hier im Jahre 1713. Eine aus Ungarn gekommene schwangere Schwäbin schleppte sie zu Anfang des Jahres in die Rossau und das Bürgerspital ein. Die angewendeten Vorsichts- und Rettungsmittel waren diesmal wirksamer und verhinderten eine ähnliche Wirkung der Krankheit wie früher. Gänzlich erlosch die Pest aber erst im Februar 1714, nachdem ihr 8644 Menschen zum Opfer gefallen waren. In Erfüllung eines Gelübdes legte K. Karl IV. am 3. Februar 1716 den Grundstein zur Karlskirche auf der Wieden. Nachdem die Stadt durch mehr als einhundert Jahre von einer großen Seuche verschont geblieben, zeigte sich im Jahre 1831 eine neue bisher unbekannte Gattung: die asiatische Cholera. Sie trat schon am 16. August 1831 auf, begann aber erst in der Nacht vom 13. auf den 14. September verheerend zu wirken und erlosch am 17. Februar 1832. Bei der Neuheit der Krankheitserscheinung standen ihr

die Ärzte anfangs rathlos gegenüber, weshalb Angst und Furcht zu den abenteuerlichsten Gerüchten Anlass gaben. Aller Handel und Verkehr gerieth in's Stocken und verursachte eine so große Noth unter den ärmeren Classen der Bevölkerung, dass öffentliche Arbeiten, wie der Bau eines großen Unrathscanales, in Angriff genommen wurden. Während der ganzen Dauer der Epidemie blieb K. Franz I. und dessen Gemahlin Karoline Auguste in Wien; ersterer leitete selbst alle Anordnungen zur Bewältigung der Seuche und erschien mit der Kaiserin auf den Arbeitsplätzen, um den Armen Muth und Trost zuzusprechen. Im Ganzen erkrankten an ihr 4129 Menschen, von welchen 1975 starben.

Es dauerte lange Zeit bis die Ärzte über die Natur der Seuchen sich Rechenschaft geben konnten. Man suchte die Quelle dort, wo sie nicht zu finden war — im Laufe der Gestirne. Im XVI. Jahrhundert war es hier üblich, dass die Bürger jedes Jahr an die medicinische Facultät die Anfrage richteten, ob die Astrologie für das bevorstehende Jahr eine bösartige Krankheit in Aussicht stelle. Im Jahre 1679 beantwortete Paul Sorbait, ein berühmter Arzt, die Frage eines Schülers, wie die Verbindung des Saturn und Mars eine Pest verursachen könne, mit folgenden Worten: „Der eine versammelt die bösartigen Dunst in den Grund der Erden, der andere thut dieselbe in der Luft erhöchen, furnemlich wenn der Mond ein Finsternuß unter dem Zeichen des Wassermanns, der Waag und des Scorpions leydet. Desgleichen eine sich den 15. April 1679 begeben, also, dass die himmlische Planeten und Signa haben ziemlich zu unserem Untergange conspirirt und zusammengehalten." Dies war nämlich der Tag, an dem in der Leopoldstadt die erste Pesterkrankung vorfiel. Weiters fragte derselbe Schüler, ob es im Interesse der Gesundheit nicht zweckmäßig wäre, den Hühnermarkt zu entfernen und das Läuten der Glocken und das Weinpressen in der Stadt zu verbieten. Gegen den ersteren Vorschlag trug Sorbait aber deshalb Bedenken, weil die Dienstboten dann weiter auslaufen und vor inficierten Häusern vorbeigehen müssten. Das Läuten der Glocken fand er in physischer und moralischer Hinsicht zweckmäßig. „Physice, weil dadurch die Luft gereinigt und bewegt wird und die schon lange Zeit geschlossenen Winde aufgemuntert werden. Moraliter, weil die Glocken seind die Nuntii oder Botten Gottes, durch welche die frommen Christen ihre Gebetter Gott den Allmächtigen zuschicken, ja durch die Glocken werden alle bösen Geister, welche in der Lufft schweben und die arme Menschen von ihrer Andacht verhindern, hinweg vertrieben." Endlich war Sorbait auch gegen die Entfernung der Weinpressen aus der Stadt, weil erfahrungsgemäß der Gährungsproceß des

Weines auf die Reinigung der Luft Einfluss nehme. Erst im Jahre 1713 beschäftigte man sich mit wirksameren Gegenmitteln. Man ermahnte wohl die Leute, Gott zu bitten, dass er sie mit der Pest verschone, hütete sich aber, dem Aberglauben neue Nahrung zu geben. Vielmehr wurde das größte Gewicht auf die Errichtung einer strengen Contumaz gegen die ungarische Grenze, auf die Reinhaltung der Straßen von Mist und Unrath, auf eine sorgfältige ärztliche Pflege und strenge Absonderung der von der Contagion ergriffenen Personen gelegt.

Seit dem Auftreten Gottlieb van Swieten's in Wien beschäftigte man sich schon eingehender mit den Ursachen der großen Sterblichkeit, und es tauchten verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit auf. Im Interesse derselben untersuchte man den Bau der Häuser und fand, dass die 4—5 Stockwerke, zu denen finstere Treppen führten, der Gesundheit nachtheilig seien. Es wurde daher 1799 verboten, auf die Häuser einen fünften Stock aufzusetzen. Um den Staub in den Straßen zu verringern, verpflichtete man 1781 die Hausbesitzer, diese den ganzen Sommer vor ihren Häusern zu bespritzen. Dieser Zwang galt nur für die Hausherren in der Stadt, jene in den Vorstädten thaten dies freiwillig. Man legte unter der K. Maria Theresia wieder großes Gewicht auf Bäder, welche die körperliche Gesundheit kräftigen sollten. Die zahlreichen Badestuben des Mittelalters waren schon unter Ferdinand I. in der inneren Stadt auf zehn zusammengeschmolzen, weil man beobachtet hatte, dass durch diese am meisten die ansteckenden Krankheiten verbreitet worden waren. Das Recht zur Errichtung von warmen Bädern übten fort die Bader, Barbierer und Wundärzte bis in die Mitte des verflossenen Jahrhunderts. Die Badstuben bestanden aus kleinen hölzernen Hütten, die in Höfen und Gärten lagen; das Wasser wurde in großen Eimern durch die Badeknechte herbeigetragen. Kaltbadeanstalten gab es noch zur Zeit des Kaisers Josef II. nicht, wiewohl das Bedürfnis danach stets sehr lebhaft war. Denn gegen das unverschämte, jede Sittlichkeit verletzende und lebensgefährliche Baden in der Donau und in der Wien wurde schon in einem Ruf vom 26. Juli 1633 heftig geeifert. Nur in der Brigittenau gab es mit Pfählen begrenzte Stellen für den Gebrauch kalter Bäder. Von dem sogenannten Bründlbade in der Alservorstadt (früher „Pleigarten"), dessen Bestand nach einer Tradition in eine ältere Zeit hinauf reicht, das aber urkundlich erst 1765 genannt wird, wissen wir, dass dort noch 1794 nur warme Bäder gereicht und dasselbe im Jahre 1795 neu erbaut wurde. Erst 1780 entstand auf Kosten des Regierungsrathes von Ferro am Tabor das Freibad oder Armenbad.

Nachdem dieses aber bald in Verfall gerathen war, wurde es aus dem Überschuss der Geschenke für das Aufgebot 1797 neuerdings errichtet. Das zweite Kaltbad entstand gleichzeitig am Schüttl, wo man auch Kräuter- und Schwefelbäder reichte. Im Jahre 1810 wurde das Dianabad und die Militär-Schwimmschule, im Jahre 1813 die allgemeine Schwimmschule, im Jahre 1831 das Ferdinand- und Marienbad im Prater und in den Jahren 1845—1847 das Dianabad als Kaltbad, das Sophienbad auf der Landstraße, die Kouff'schen Bäder im Prater und das Eggerth'sche Bad auf der Laimgrube errichtet. Warme Bäder gab es im Jahre 1794 nur noch sieben, und zwar in der Stadt, in der Leopoldstadt, Jägerzeile, Landstraße und dem Althan. Erst seit dem Jahre 1810 trat auch darin eine bedeutende Vermehrung ein.

In der Organisation und dem Bestande der Wohlthätigkeitsanstalten begegnen wir gleich beim Anbruche der neuen Zeit wesentlichen Veränderungen. Die Armen- und Krankenpflege, zum Theile noch am Schlusse des XV. Jahrhunderts in den Händen geistlicher Genossenschaften, wurde nun vollständig eine Angelegenheit der Gemeinde. Durch die erste Türkenbelagerung giengen das Heiligengeistspital jenseits der Wien, das Bürgerspital, St. Lazar, der Klagbaum und St. Johann an der Siechenals zugrunde. Schon früher waren die Spitäler von St. Martin (1468) vor dem Burgthor, St. Johann im Oberen Werd (1343) und das Spital der Johanniter in der Kärntnerstraße, letzteres unbekannt in welchem Jahre, aufgehoben worden. Durch die Rückwirkung der Reformation hatten auch die Bruderschaften, welche arme Handwerker unterstützten oder andere Zwecke der Wohlthätigkeit verfolgten, viel gelitten und fristeten, da sie weder die Mittel noch die Kräfte zur Lösung ihrer Aufgabe besaßen, eine kümmerliche Existenz.

Dabei bedurfte es energischer Anstrengungen, um das durch die fortdauernden Kriege gesteigerte Bettelwesen in Schranken zu halten. Ein Heer von verabschiedeten Söldnern und deren Witwen und Waisen, von verarmten Handwerkern und von Haus und Hof vertriebenen Bauern durchzog das Land und richtete seine Blicke auf Wien, weil die Meinung galt, dass die hier bestehenden Anstalten nicht bloß für Arme und Kranke der Stadt, sondern auch für jene des flachen Landes zu sorgen hätten. Nach Wien strömte auch jene Gattung von Bettlern, welche von ihren Gemeinden förmliche Bettelbriefe oder Bettelabzeichen ausgestellt erhalten haben. Nach der ersten Türkenbelagerung war deshalb auch die erste Sorge der Gemeinde, das Bürgerspital wieder in Stand zu setzen, damit es seinen Zweck voll-

kommen erfüllen konnte. Kaiser Ferdinand I. schenkte der Gemeinde in Anerkennung ihrer großen Opfer zur Einrichtung ihres Spitals die ausgedehnten Gebäude des Claraklosters in der Stadt (20. December 1539), wo die Armen schon vor der Türkenbelagerung untergebracht worden waren. Die Bestimmung des Bürgerspitals blieb wie vor dem Jahre 1529 jene einer allgemeinen Wohlthätigkeitsanstalt für Arme und Kranke, Einheimische und Fremde, ja selbst für Gebärende, Findelkinder, Waisen, Irrsinnige und Pilger. Da diese Räumlichkeiten nicht für gewöhnliche Zeiten, viel weniger bei dem Ausbruche einer Epidemie genügten, so entstanden Zweiganstalten des Bürgerspitals. Im Jahre 1540 erhob sich auf dem Platze des in dem verödeten Dorfe Siechenals bestandenen Lazareths ein neues Spital, das die alte Bezeichnung beibehielt. Gegenüber dem Lazareth hatten mehrere Wiener Bürger schon im Jahre 1506 ein Reconvalescentenhaus für die aus dem Lazareth geheilt entlassenen Personen errichtet, welches nach der von dem Bäcker Paul Landler nächst dem Hause errichteten Denksäule die Benennung „Bäckenhäusl" erhielt. Im Jahre 1656 erwarb das Haus der Bürgerspitalsfond, welcher dasselbe zur Unterbringung von Pestkranken erweiterte, worauf es im Jahre 1708 durch eine abermalige Erweiterung in ein allgemeines Krankenhaus umgestaltet wurde. Im Jahre 1657 erbaute die Gemeinde den Contumazhof auf den dem Bürgerspitale gehörigen Grundflächen nächst der Währingerstraße für solche Fremde, die aus den der Pest verdächtigen Gegenden nach Wien kamen. Nach der Pest von 1713 wurde der Contumazhof in ein Armenhaus umgestaltet. Das Spital zu St. Marx blieb bis 1706 eine selbständig verwaltete Anstalt für die mit ansteckenden Krankheiten, wie mit Blattern, Syphilis u. s. w. behafteten Personen. Durch die zweite Türkenbelagerung schwer geschädigt, vereinigte in dem erwähnten Jahre die Gemeinde die Verwaltung dieses Spitals mit jener des Bürgerspitals. Dasselbe geschah gleichzeitig mit dem Klagbaum, dem Zufluchtsorte der Aussätzigen. Theils als Nothspitäler, theils als Contumazanstalten wurde zur Zeit einer Epidemie eine Anzahl Hütten in der Spittelau, Klosterneuburgerau und im Felix'schen Garten in der Roßau verwendet. Zwischen 1679—1681 war auch der alte Bettelkotter im Patzmayer'schen Haus (Nr. 176 Tiefer Graben) in der Stadt ein solches Nothspital. — Für die bessere Verpflegung und Erziehung der Waisen fand sich ein großmüthiger Wohlthäter in der Person des Erbmünzmeisters Johann Konrad von Richthausen Freiherr von Chaos, eines durch seine Schicksale sehr denkwürdigen Mannes. Er widmete testamentarisch (2. Februar 1663) sein ganzes Vermögen zur Errichtung einer Anstalt für arme

Waisen unter der Verwaltung des Stadtrathes, welche im Jahre 1666 in's Leben trat. Im Jahre 1742 hatte der Fabriksbesitzer Michael Kienmayer auf dem Rennweg gleichfalls ein Waisenhaus ausschließlich für Mädchen errichtet, in welches die bisher im Zuchthause in der Leopoldstadt und im Schlosse Kaiser-Ebersdorf erzogenen Kinder in Pflege kamen. K. Maria Theresia, die Wohlthat einer solchen Anstalt erkennend, erwarb die Kienmayer'schen Realitäten im Jahre 1762; sie erweiterte das Waisenhaus durch Gründung neuer Stiftplätze, übergab dessen Erhaltung der Armenleutcassa und erbaute hiezu eine Kirche, deren Einweihung am 29. April 1770 stattfand. Mit diesem Waisenhause hatte die Kaiserin schon 1767 die Chaos'sche Stiftung in Verbindung gesetzt. Die Leitung der Anstalt war seit dem Jahre 1750 in den Händen des Jesuiten Ignaz Parhammer, welcher ihr in Bezug auf die Erziehung der Knaben eine ganz eigenartige, militärische Organisation gegeben hatte.

Wenn auch die Armen- und Krankenpflege eine Angelegenheit der Gemeinde war, so lag es doch in der Stellung der Stadt als kaiserliche Residenz und als Hauptstadt der österreichischen Lande, dass auch der Hof und die Regierung für ihre kranken und alten Diener sowie für deren Witwen und Waisen Sorge trugen. In Erfüllung dieser Verpflichtungen gestaltete K. Ferdinand I. das von dem Edelknabenhofmeister Don Diego de Serrava 1545 bei den Minoriten neu errichtete Spital in ein Hofspital um (2. Juni 1564) und dotierte dasselbe mit so zahlreichen Renten, Gütern und Einkommen, dass 80 männliche und weibliche Personen und später auch 20 Waisen in Pflege genommen werden konnten. — Es machte einen trüben Eindruck, dass die im Kriege verunglückten oder nach einem Kriege verabschiedeten Soldaten in den Straßen bettelten, und die Witwen gefallener Soldaten häufig zugrunde giengen. Aus dem Gedanken, für solche Menschen, die ihr Leben und ihre Gesundheit dem Vaterland geopfert hatten, zu sorgen, gieng die Gründung eines Soldatenspitals oder Invalidenhauses hervor, wozu ein Wohlthäter, der kais. Regimentsrath Dr. Joh. Th. Franckh im Jahre 1686 testamentarisch sieben Hofstätten in der Alsergasse gewidmet hatte. Da aber zu jener Zeit die bestehenden Gemeindespitäler zur Unterbringung der vielen Bettler des flachen Landes nicht ausreichten und der Stadt zunächst doch nur die Versorgung der in ihrem Weichbilde wohnenden Armen und Kranken zufiel, so wurde im Jahre 1694 das Franckh'sche Testament derart in Vollzug gesetzt, dass auf sieben Hofstätten ein unter der Leitung der Regierung stehendes Armenhaus eingerichtet und ein Theil desselben speciell zur Verpflegung invalider oder abgedankter Soldaten verwendet werde. Auf diese

Art entstand das Großarmenhaus und Invalidenhaus in der Alsergasse. Durch die Fundationen der Regierung, noch mehr aber durch die großartige Schenkung des Hofkammerrathes Freiherrn von Thavonat vom Jahre 1720, bestehend in 600.000 Gulden, war es möglich geworden, in die Anstalt auch einen Theil des Contumazhofes einzubeziehen und ihr eine solche Ausdehnung zu geben, dass diese schon im Jahre 1754 den heutigen Flächenraum des allgemeinen Krankenhauses einnahm. — Die früher ein Eigenthum des Großarmenhauses gewesenen Lohnstallungen am Alserbach wurden im Jahre 1752 in ein Armenversorgungshaus, später zum „blauen Herrgott" genannt, umgestaltet, worin die Dürftigen auf Rechnung der Armencassa verpflegt wurden. — Kaiser Rudolf II. berief 1614 die barmherzigen Brüder nach Wien und gab ihnen ein Haus im Unteren Werd. Seine Nachfolger, K. Mathias und Ferdinand II., ertheilten ihnen mehrere Privilegien und erbauten ihnen in der Taborstraße ein Kloster, welches im Jahre 1676 erweitert und umgebaut wurde. — Die Fürstinnen Liechtenstein und Montecucculi, von dem wohlthätigen Wirken der Nonnen der heil. Elisabeth in Deutschland und Italien unterrichtet, verpflanzten im Jahre 1709 eine Colonie auf die Landstraße und verschafften ihnen im Vereine mit anderen adeligen Frauen so reiche Mittel, dass die Nonnen schon 1715 das neu erbaute Kloster eröffnen konnten. — Kaiser Karl VI. begründete zur Pflege der hier anwesenden Spanier und Niederländer im Jahre 1718 das spanische Spital in der Waisenhausgasse. Weil aber dasselbe nicht recht gedeihen wollte, so wurde es im Jahre 1754 mit dem Dreifaltigkeitsspital auf dem Rennweg vereinigt, welches im Jahre 1737 der Leibmedicus Dr. Biliot, der Regimentsrath L. Hofmann und der Hofbankalbuchhalter Kirchner in's Leben gerufen hatten. Kurze Zeit (1759—1765) bildete auch der Strudelhof einen Bestandtheil des spanischen Spitals. — Erzbischof Sigismund Graf Kollonitsch machte im Jahre 1725 eine Armenstiftung zu Gunsten des von mehreren Bürgern im Jahre 1723 im Münzwardeinhaus zu Gumpendorf errichteten Armenhauses. Als infolge des Anwachsens der Stiftung die Localitäten in Gumpendorf nicht ausreichten, wurde hiezu der Palast des Prinzen von Hannover angekauft und im Jahre 1727 zu einem Spital eingerichtet, welches von der später erbauten und dem heil. Johann von Nepomuk geweihten Kirche die Bezeichnung Johannesspital erhielt. Als Straf- und Besserungsanstalt für arbeitsscheue Bettler und Vagabunden gründete Kaiser Leopold I. im Jahre 1671 das Zucht- und Arbeitshaus in der Leopold-

Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien II. Bd

R. v. Waldheim art. Anst Wien.

Wiener Bürgerwehr im J. 1571

(Bürgermeister Hans v. Thau)

Aus. H. Wirrich's Beschreibung des Beilagers des Erzherzogs Karl.

(Facsimile.)

stadt, das in den Jahren 1718, 1724 und 1732 verschiedene Organisationen erhielt und zu demselben Zwecke widmete Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1745 das Schloss in Kaiser-Ebersdorf. — Die Quelle, aus welcher die Mittel zur Erhaltung der erwähnten, nicht besonders gut dotierten Wohlthätigkeitsanstalten flossen, war die seit dem Jahre 1638 bestehende Armencassa (cassa pauperum), in welche die Ergebnisse der Almosensammlungen in den Häusern einflossen. Für die Krankenpflege, insbesondere in Zeiten der Infection, bestand der unter der Verwaltung der Gemeinde stehende Sanitätsfond (aerarium sanitatis). — Außer diesen Anstalten wurden auf Veranlassung der Regierung seit dem Jahre 1715 von den Grundobrigkeiten der Stadt und Vorstädte für die dort wohnenden Armen Grundspitäler errichtet, dort, wo die Zuschüsse der Gemeindeverwaltungen oder die gestifteten Capitalien nicht ausreichten, leistete die Armencassa Beiträge. Solche Grundspitäler bestanden im Jahre 1741 in der Leopoldstadt (Kollonitsch-Garten), auf der Landstraße, auf der Siebenbrunnerwiese, in Margarethen (Sonnenhof), in Mariahilf, zu St. Ulrich (Langer Keller), auf dem Spittelberg, in Altlerchenfeld, in Neulerchenfeld, in der Josefstadt, am Thury und im Liechtenthal.

Wie großartig auch die zur Regelung der Armen- und Krankenpflege gemachten Anstrengungen waren, so fühlte doch schon K. Maria Theresia, dass sie in keinem Verhältnisse zu den erzielten Erfolgen standen. Die lange vorbereitete Reform reifte aber erst unter K. Josef II. (1782—1784). Das Princip derselben war, für die verschiedenen Zwecke der öffentlichen Wohlthätigkeitspflege besondere, von einander getrennte Anstalten zu errichten. Für die verarmten Bürger Wiens wurden aus dem Fonde des früheren Bürgerspitals alle zu Gunsten armer Bürger gemachten Stiftungen und Geschenke ausgeschieden und der Bürgerversorgungsfond gebildet; den Rest des Vermögens erhielten der Krankenhaus-, Findelhaus- und Waisenfond. Das Bürgerspital bei St. Clara in der Stadt wurde (1783—1790) zu Gunsten des Bürgerspitalfondes in ein großes Zinshaus umgestaltet und als Armenhaus für die Bürger das Spital zu St. Marx bestimmt. Nur der Klagbaum auf der Wieden wurde aufgelassen und der Flächenraum auf Baustellen abgetheilt. Für die Verpflegung der nichtbürgerlichen Armen der Stadt und Vorstädte verblieben in Wien: das Armenhaus am Alserbache (blauer Herrgott), das Bäckenhäusl in der Währingergasse, der Lange Keller am Neustift und die Grundspitäler. Außerhalb Wiens bestimmte der Kaiser hiezu die Kaserne zu Ips und das Karthäuserkloster

zu Mauerbach. Als im Jahre 1828 ein Theil des Versorgungshauses zu Ips zu einem Irrenhaus bestimmt wurde, erhielt der Armenfond die Kaserne zu St. Andrä a. d. Traisen. Für jene Armen, bei denen eine Geldunterstützung ausreichte, wurde aus einem Theile des Vermögens der aufgelassenen Bruderschaften das Armeninstitut gegründet. Der Krankenpflege widmete der Kaiser das Großarmenhaus und Invalidenhaus in der Alservorstadt, das Lazareth und den Contumazhof. Am 16. August 1784 fand die Eröffnung des allgemeinen Krankenhauses statt. Die Findlinge und Waisen erhielten ursprünglich gemeinschaftlich das spanische Spital in der Waisenhausgasse und den Strudelhof. Als sich aber die Unausführbarkeit einer Vereinigung herausstellte, verblieben den Waisen allein die Gebäude des spanischen Spitals und der Kaiser bestimmte 1788 die Gebäude des Melkergartens in der Alserstraße als Findelanstalt. Für kranke Soldaten der Garnison erbaute K. Josef II. 1784 auf einem Theile des Flächenraumes des Contumazhofes das Militärspital. Alle Wohlthätigkeitsanstalten blieben unter der unmittelbaren Verwaltung der Regierung, mit Ausnahme des Bürgerversorgungsfondes und seiner Zweiganstalten, die ihre frühere selbständige Administration unter der Controle der Gemeinde beibehielten. Erst im Jahre 1842 gelang es dem Bürgermeister Czapka das ganze Armenwesen, mit Ausschluss der Stiftungen, der Gemeinde unterzuordnen. Das allgemeine Krankenhaus und das Waisenhaus, die Gebär- und Findelanstalt mit ihren Fonden blieben dagegen unter der Verwaltung der Regierung. Ein zweites Krankenhaus auf der Wieden, welches im Jahre 1841 unter dem Einfluss der Gemeinde entstand, gieng im Jahre 1851 gleichfalls in die Verwaltung der Regierung über.

Die Bewachung der Stadteingänge handhabte die Gemeinde bei den fortdauernden Türkeneinfällen noch strenger als im Mittelalter. Seitdem die Ungern Unterthanen der Türken geworden, war es ausdrücklich verboten, einem Unger die Stadtthore zu öffnen. Im Jahre 1547 war das Misstrauen gegen die Ungern so stark, dass die Bürger den Kaiser baten, den Prior bei den Augustinern zu entfernen, weil er aus Stuhlweißenburg sei, kein Wort Deutsch verstehe und viel ungarisches Gesindel beherberge. Dieselbe Vorsicht gebrauchte man gegen die Juden, welche man beschuldigte, Spionendienste zu leisten. In den Organen der Bewachung der Stadt trat aber schon 1546 eine Änderung ein. Die Bürger und Handwerker, überdrüssig des Wachdienstes bei den Stadtthoren, nahmen siebzig Landsknechte in Dienst, die unter der Leitung eines Hauptmannes die Tag-

Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien. II. Bd.

R. v. Waldheim art. Anst. Wien

Wiener Bürgerwehr im J. 1571

Aus H Wirrich's Beschreibung des Beilagers des Erzherzogs Karl.

(Facsimile.)

und Nachtwache bei den Stadtthoren wie auf den Wällen zu versehen hatten. Diese Wache erhielt die Bezeichnung Stadtquardia, und wurde im Jahre 1580 unter den obersten Stadthauptmann der Festung gestellt. Dadurch änderte sich auch ihre ursprüngliche Bestimmung und sie wurde nicht mehr bloß zur Bewachung der Stadtthore, sondern auch für den Sicherheitsdienst in den Vorstädten, ja selbst zu Kriegsdiensten verwendet. Der Mannschaftsstand stieg in den Jahren 1569 auf 150, 1595 auf 500, 1607 auf 1000 und von 1683 an auf die stehende Zahl von 1200 Mann. Infolge der schlechten Disciplin und der noch schlechteren Besoldung versahen die Soldaten der Stadtquardia unbefriedigend ihren Dienst. Sie betrieben Gewerbe in ihren Wohnungen, ihre Weiber hielten Waren auf den Märkten feil, ja sie gaben sogar den Lustdirnen Unterstand und beschäftigten sie in ihren Schankbuden auf der Bastei. Darüber beschwerte sich im Jahre 1646 der Stadtrath, und weil die Regierung keine Miene machte, den sich wiederholenden Scandalen abzuhelfen, so errichtete er im Jahre 1650 für den Sicherheitsdienst in den Straßen und zur Unterstützung der Marktrichter auf den Märkten die Rumorwache, welche unter der Leitung des Stadtrathes blieb. Außerdem bestand aber noch eine von der Gemeinde bezahlte Tag- und Nachtwache, welche die Stunden auszurufen und die Straßen und Märkte mit der Rumorwache zu beaufsichtigen und bei Ausbruch eines Feuers die Meldungen zu machen hatte. Diese Wache wurde im Jahre 1695 aufgelöst und durch eine neue aus 80 Mann bestehende Wache ersetzt.

Die Untauglichkeit der Stadtquardia bestimmte endlich die Bürger zu einem entscheidenden Schritte. Sie erklärten sich bereit, zur Bewachung der Festung zwei Regimenter gewöhnlicher Soldaten als ständige Garnison aufzunehmen und diesen zur Bequartierung zwei Kasernen einzuräumen, worauf K. Maria Theresia die Stadtquardia auflöste (20. November 1741). Bald darauf erbaute die Gemeinde diese zwei Kasernen, im Jahre 1745 auf dem Salzgries, und im Jahre 1748 auf dem Getreidemarkt. Als Organe der städtischen Polizei verblieben die Tag- und Nachtwache und die Rumorwache. Im Jahre 1773 schritt die Regierung zu einer gänzlichen Umgestaltung des Polizeiwesens. Sie errichtete eine Sicherheitscommission, löste die alte Rumorwache auf und rief an deren Stelle die Polizeiwache ins Leben. Unter Leopold II. gieng die ganze Localpolizei in die Hände der Regierung über. Am 1. November 1791 wurden die innere Stadt in vier, die Vorstädte in acht Polizeibezirke getheilt, in in denen die k. k. Militärpolizeiwache als Executivorgan fungierte.

Dadurch, dass die Bürger die Bewachung der Stadtthore und Wälle gemietheten Söldnern überließen, waren sie keineswegs der Pflicht enthoben, sich fleißig in den Waffen zu üben. Handelte es sich darum, in der Stadt Unruhen zu unterdrücken oder die Festung gegen einen auswärtigen Feind zu vertheidigen, so mussten sie nach wie vor Dienste leisten und nur die Kriegführung im offenen Felde oder an den Grenzen des Landes und Reiches blieb Sache der Söldner. Aber unzweifelhaft hatte die Bürgerwehr durch die neu errichteten Sicherheitsorgane ihre einstige Bedeutung verloren. — Die Bürgerwehr theilte sich zu Anfang des XVI. Jahrhunderts nicht mehr in Viertel, sondern in Fähnlein, deren Zahl verschieden war, und die unter der Führung von berittenen Hauptleuten standen. Bei festlichen Anlässen, wie bei dem großen Dreikönigsfeste im Jahre 1515, waren die Bürger in rothen Farben, die Spielleute in weiß-rothen Farben gekleidet. Aber schon bei dem Einzuge des Erzherzogs Karl anlässlich seiner Vermählung mit der Prinzessin Marie von Baiern bedienten sich die Bürger, wie aus den illuminierten Holzschnitten von Heinrich Wirrich's Beschreibung der Festlichkeiten hervorgeht, verschiedener Farben: schwarz-gelb, gelb-weiß, weiß-roth und roth *). Die Fähnleins bildeten die Anfänge des sogenannten ersten Bürgerregiments. Gesonderte Abtheilungen der Bürgerwehr waren die Büchsenschützen und die Armbrust- und Stahlschützen. Die älteste bekannte Ordnung der Wiener Büchsenschützen fällt in das Jahr 1523. Zu Anfang des XVII. Jahrhunderts treffen wir auch auf eine berittene Bürgerwehr, die, aus zehn Fähnlein bestehend, 1605 dem König Mathias mit fünfzehn Fähnlein Fußvolk entgegenzog. Die gewöhnliche Bürgermiliz war 1658 beim Einzuge K. Leopold's I. in vier Compagnien getheilt und gleichfalls verschieden uniformiert. Die Mannschaft des Stubenviertels hatte gelbe Röcke mit schwarzen Borten, jene des Kärntnerviertels rothe Röcke mit weißen Borten, die des Widmerviertels weiße Röcke mit gelben Borten und die des Schottnerviertels rothe Röcke mit gelben Borten. Kurze Zeit darauf (1666) fand eine Untertheilung der Bürgermiliz statt. Die vier Compagnien wurden in acht formiert und nach den vier Stadtvierteln benannt: Altstuben und Jungstuben, Altkärntner und Jungkärntner, Altwidmer und Jungwidmer und Altschottner und Jungschottner**). — Zur Zeit der zweiten Türkenbelagerung vermehrte sich

*) Auf Tafel IX a und IX b geben wir nach Wirrich's Werk eine Abbildung des Costüms und der Bewaffnung der Wiener Bürgerwehr im Jahre 1571.

**) Die Tafel X zeigt die Uniformierung der Bürgerwehr im Jahre 1661 nach der im Zunftbuche der Wiener Bäckergenossenschaft enthaltenen Abbildung.

Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien. II. Bd.

R. v. Waldheim art. Anst. Wien.

Ein Vicelieutenant der Wiener Bürgerwehr (1661)

(Nach dem im Besitz der Wiener Bäckergenossenschaft befindlichen Originale.)

die Bürgerwehr durch das zu Scharfschützen formierte Corps der Niederläger, Hofbefreiten und Schutzverwandten und durch eine Artillerie-Compagnie, welche letztere an die Stelle der Büchsenmeister-Compagnie trat und bis in dieses Jahrhundert auf der Dominicaner- oder Bürgerbastei bei feierlichen Anlässen die Salven löste. Außerdem formierten damals einzelne Zünfte Freicorps, wie die Fleischhauer, die Bäcker und die Schuhknechte. Als im französisch-baierischen Erbfolgekriege (1740) Wien neuerdings der Gefahr einer Belagerung ausgesetzt war, ahmten auch die Mitglieder der Akademie der bildenden Künste das Beispiel der Hofbefreiten und Schutzverwandten nach und errichteten eine Compagnie, welche später die Bezeichnung akademisches Corps annahm. Dagegen verschwand in diesem Jahre die berittene Bürgerwehr. Ein großes Festschießen, welches 1760 K. Maria Theresia den bürgerlichen Scharfschützen gab, war Veranlassung zu einer neuen Uniformierung des Bürgerregiments, des Scharfschützencorps und des Artilleriecorps. Das Bürgerregiment uniformierte sich mit rothen Röcken und die einzelnen Viertel unterschieden sich bloß durch die Farbe der Beinkleider, die Scharfschützen mit grünen Röcken und die Artilleristen mit blauen Röcken und rothen Westen. In dieser Uniform paradierten sie zuerst bei der Vermählung des Erzherzogs Josef mit der Herzogin Elisabeth von Baiern. Anlässlich der Krönung des ersteren zum römischen König im Jahre 1764 bildete sich ein bürgerliches, ungarisch gekleidetes Corps*). Im Jahre 1790 veränderte das Bürgerregiment die Uniform in blaue Röcke mit rothen Stehkrägen. — Während der Kriegsereignisse des Jahres 1797 entstand ein neues Corps. Eine Anzahl Freiwilliger verstärkte die Reihen der Scharfschützen und bildeten für sich eine Abtheilung, welche sich in graue Röcke mit grünen Aufschlägen kleidete. Zwei Jahre später (1799) reorganisierte sich das Artillerie-Bombardiercorps. Das Jahr 1805 brachte die Wiedererrichtung des Bürger-Cavalleriecorps und die Neuformierung des zweiten, aus nichtbürgerlichen Gewerbsleuten bestehenden Regiments, welches graue Röcke mit blauen Aufschlägen trug. Das Anwachsen der Bevölkerung und das Bedürfnis, die Volkskraft zu erhöhen, führte endlich zu einer neuen Organisation der Bürgerwehr. Das Statut kam unter Einflussnahme des Generalissimus der österreichischen Armee, Erzherzogs Karl, am 3. Juni 1806 zustande und blieb die Grundlage der inneren Einrichtung der Wiener Bürgerwehr

*) Auf Tafel XI und XII folgen Abbildungen der ungarischen Bürgerwehr im Jahre 1783 nach den in der Stadtbibliothek vorhandenen Darstellungen.

bis zum Jahre 1847. Eine Folge der Heeresorganisation des Erzherzogs Karl war die Errichtung der Landwehr, die gleichfalls für Wien eine besondere Uniformierung aufwies.

Die Bürgerwehr unterstand stets unmittelbar dem Bürgermeister, welcher vom Jahre 1658 an den Titel Oberst führte. In militärischer

Ein Officier des Bürgerregiments aus dem Jahre 1797.

Ein Wiener Freiwilliger aus dem Jahre 1797.

Beziehung hatte aber die oberste Leitung der Stadtcommandant, dem die vorzunehmenden vierteljährlichen Musterungen und die Überwachung der militärischen Ausbildung oblag. —

Seit der Anwendung der Feuergewehre wurde eine noch größere Sorgfalt als früher auf die Schießübungen verwendet. Sie begannen am Sonntag vor Georgi und währten durch 22 Wochen bis zum Sonntag vor Michaelis. Als Preis hatte der Stadtrath ein „Hoftuch“ ausgesetzt. Außer

Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien. II. Bd.

R. v. Waldheim art. Anst. Wien.

Offizier des Wiener-Bürgerregiments
(1783)
(Nach dem Originale in der Stadtbibliothek.)

diesen Wochenübungen fanden Freischießen statt, zu denen Einladungen an alle Schützen der hervorragendsten Städte Österreichs und Deutschlands ergiengen und bei welchen besondere Preise ausgesetzt waren. Welch großen Wert die

Ein Corporal des Bürgerregiments aus dem Jahre 1806.

Ein Corporal des Bürgerregiments aus dem Jahre 1806.

Regierung auf die Ausbildung der Bürger in der Schußwaffe legte, beweist, dass Kaiser Ferdinand II. 1618 den Bürgern ein Pfund Küffel Salz (gleich 36 Centner) zum Ausschießen bewilligt hatte. Dieses sogenannte „Salzschießen" erhielt sich unter den Wiener Schützen bis zum Jahre 1848. Unter

Kaiser Karl VI. begannen die sogenannten Kränzelschießen, woran auch der Adel theil nahm. Sie wurden vom St. Jakobstag an durch den ganzen Sommer fortgesetzt und die besten Schützen durch Geschenke des kaiserlichen Hofes ausgezeichnet. Die jüngste Schützenordnung stammt aus dem Jahre 1830 und galt so wie jene des Jahres 1815 nicht mehr bloß für Mitglieder des Scharfschützencorps, sondern für alle Schießfreunde, welche sich der Gesellschaft anschlossen. — Schießstätten gab es in älterer Zeit hier mehrere, und zwar: im Jahre 1534 für die Stachelschützen auf dem Rennweg, 1546 für die Büchsenschützen in der Leopoldstadt, 1547 eine Schießstätte auf dem Schottenbühel, 1548 bei der Schmelz in der Leopoldstadt und 1558 Schießstätten jenseits der Schlagbrücke, worunter auch eine Schießstätte für das schwere Geschütz war. Nach der zweiten Türkenbelagerung verschwanden diese verschiedenen Schießstätten und 1684 ließ der Stadtrath in der Alservorstadt auf dem Grund zu den sieben Hofstätten, auch Well'scher Garten genannt, eine neue Schießstätte errichten, auf deren Flächenraum 1832 das Criminalgerichtsgebäude erbaut wurde. Die Niederläger hatten sich 1689 eine eigene Schießstätte in der Währingergasse gegründet, die jedoch bereits 1747 aufgegeben und an deren Stelle später das Josefinum erbaut wurde.

Ein Wiener Landwehrmann aus dem Jahre 1809.

Nach dem Jahre 1832 war das Interesse an den Schießübungen so gesunken, dass die Wiener Schützen genöthigt waren, sich auf ihre eigenen Kosten eine Schießstätte auf den Schlödl'schen Ziegelofengründen in der Blechernen Thurmgasse auf der Wieden herrichten zu lassen, wo das letzte Schießen am 4. September 1847 abgehalten wurde. Aber nicht allein das Interesse an den Schießübungen der Schützen, sondern auch das an der gesammten Bürgerwehr erlahmte von Jahr zu Jahr mehr. Am meisten trug hiezu bei, dass die Regierung der Bürgerwehr keine Bedeutung mehr beilegte und ihr

Zu K. Weiss' Geschichte der Stadt Wien. II. Bd.

R. v. Waldheim art. Anst. Wien.

Offizier des ungarischen (Wiener) Bürger-Corps
(1783)
(Nach dem Originale in der Stadtbibliothek.)

vom Jahre 1815 angefangen auch das Recht zum Bezuge der Wachen entzog. Man beschränkte ihren Dienst auf Paraden bei verschiedenen Festlichkeiten und nur einmal des Jahres, am Frohnleichnamsfest, rückten sämmtliche Corps aus. Dadurch entfiel für die Bürger jeder Anlass, sich in den Waffen zu üben; es fehlte jede Anregung, ein edleres Ziel in's Auge zu fassen. Schon im Jahre 1820 hatte sich unter den Bürgern solch ein Stumpfsinn gegenüber dem Institute der Bürgerwehr gezeigt, dass von 12.000 Mitgliedern, die in den Matrikeln eingetragen waren, kaum 2—300 Mann bereit waren, am Frohnleichnamsfeste in Uniform auszurücken. Bürgermeister Wohlleben schilderte der Regierung das erschlaffende Interesse der Bürger für dieses Institut in so lebhaften Zügen, dass diese allerdings die Nothwendigkeit einer Reform anerkannte, sich aber zu einer grundsätzlichen Änderung der Stellung der Bürgerwehr nicht entschließen konnte. Erst um das Jahr 1840 war in den Bürgern wieder ein größeres Interesse an dem Institute erwacht, das aus dem Bestreben hervorgieng, ein erworbenes Recht nicht aufgeben zu wollen.

Siebenter Abschnitt.

Gang der religiösen Bewegung. Pfarren, Kirchen, Klöster und Kapellen.

Schon bei der Darstellung der politischen Begebenheiten haben wir der mächtigen Bewegung gedacht, welche Luther's Auftreten auch nach Wien verpflanzt hatte. Wir wissen, dass die Thesen Luther's bei hervorragenden und religiösen Männern geneigtes Gehör fanden, und dass diese erst dann sich von denselben abwandten, als das Bestreben hervortrat, die Reformen nicht innerhalb der bestehenden Institutionen der Kirche ins Werk zu setzen, sondern eine tiefe religiöse Spaltung herbeizuführen.

Nur auf enge Kreise beschränkte sich anfangs das richtige Verständnis für die kirchlichen Reformen. Die Macht der ihr zugrunde liegenden Idee, die Lehren des Christenthums in ihrer ursprünglichen Reinheit wieder zur Geltung zu bringen, wirkte aber im ferneren Verlaufe der Bewegung so überwältigend auf weitere Kreise, dass auch in Wien die Herrschaft des Papstthums ernstlich bedroht wurde. Erst die Verquickung der politischen Fragen mit den religiösen, die Auswüchse der Bewegung wie die Verfolgung socialistischer Zwecke, das Hervorkehren der egoistischen Standesinteressen des Adels und die Bedrohung der Machtstellung des Hauses Habsburg durch den Protestantismus führten zu dessen Niederlage in den österreichischen Ländern, von der sich derselbe auch dann nicht mehr erholte, als mildere und aufgeklärtere Anschauungen über Glaubensfreiheit zur Geltung gelangt waren.

Von dem Verfall des kirchlichen Lebens in Wien bei Beginn der Reformation zeugen deutlich die Klagen der Wiener Bischöfe über den Zustand ihrer Diöcese, Klagen, die sich namentlich auf ihre Ohnmacht gegenüber dem Domcapitel und dem Klosterclerus, auf die Unbotmäßigkeit des letzteren, auf den Mangel eines sittenreinen Lebenswandels und einer guten Ökonomie

und auf die Verwirrung der Geister durch die Lehren der Prädicanten beziehen.

Nach dem Beginne der Gegenreformation unter K. Rudolf II. trat keineswegs sogleich eine merkliche Besserung in diesen Verhältnissen ein, zudem als erstere unter K. Mathias II. unterbrochen wurde. Erst nach den strengen Edicten, die unter K. Ferdinand II. erlassen wurden, nahm die Restauration der katholischen Kirche einen bedeutenden Aufschwung, und sie erreichte unter K. Leopold I. ihren Höhepunkt. Die Jesuiten, die früher den Kampf gegen den Feind der Kirche allein geführt hatten, erhielten durch die Chorherren des heil. Paulus und Barnabas, durch die Benedictiner vom Monte Serrato oder die „Schwarzspanier", wie sie das Volk wegen ihrer Tracht nannte, durch die Kapuziner, Karmeliter, Paulaner, die Kreuzherren des Ordens mit dem rothen Stern, die Serviten, Piaristen, Theatiner und Trinitarier, durch die Karmeliterinnen und Siebenbüchnerinnen eine sehr nachhaltige Unterstützung. Während die Jesuiten durch ihre Verbindungen und ihre Unterrichtsmethode den größten Einfluss auf den Hof, den Adel und die Regierungsmänner nicht nur in geistlichen, sondern auch in weltlichen Angelegenheiten, meist als Professoren und Beichtväter, errangen, unterließen sie es zugleich nicht, durch Sodalitäten, Processionen und Missionen, im Beichtstuhle und durch neue, die Sinne blendende, kirchliche Ceremonien auch auf die Menge zu wirken. Sie gründeten die marianischen Congregationen zur Verehrung Mariens und begünstigten die Vermehrung der Bruderschaften, so dass deren oft zwei bis sechs an einer Kirche bestanden. Die Mehrzahl der übrigen Klöster trat fast ausschließlich mit dem niederen Volke in Verkehr und suchte die Bethätigung seines religiösen Sinnes zu heben. In diesen Orden war die Bildung weit geringer, und sie reichte nicht weiter als für Kreise, denen es an jeder Bildung und Intelligenz fehlte.

Die Erfolge des Wirkens der Klöster und Congregationen blieben nicht aus. Zahlreiche geistliche Stiftungen wurden wieder gemacht und zur Errichtung von Privatkapellen viele Privilegien ertheilt. Den neuen Kirchen und Klöstern flossen große Geldmittel zu, so dass sie im reichsten Schmucke prangen konnten. Die Straßen Wiens füllten sich bei den zahlreichen Processionen mit Andächtigen und Glaubenseifrigen, die Bürger und Handwerker fanden Gefallen an den Bruderschaftsfesten, die fast immer mit Wirtshausgelagen endeten. Stärker als je wallten die Pilger zu den alten und neuen Gnadenorten und verrichteten dort ihre Opfergänge.

Die äußerlichen Formen erdrückten aber zuletzt die wahre und reine Frömmigkeit. Schon Kaiser Josef I. und K. Karl VI. traten der überwuchernden Macht der Geistlichkeit und den Auswüchsen des kirchlichen Lebens entgegen. Noch entschiedener handelte K. Maria Theresia ungeachtet ihrer tiefen Religiosität und ihrer großen Ehrfurcht vor dem kirchlichen Oberhaupte. Ihr klarer, durchdringender Verstand erkannte die aus diesen Verhältnissen für den Staat erwachsenden Gefahren. Sie begriff die Nothwendigkeit, den Aberglauben zu bekämpfen, Aufklärung und Bildung zu verbreiten und dadurch zur Hebung des Wohlstandes ihrer Völker und mittelbar auch des Staates beizutragen; aber sie wollte die Reformen nur mit und durch die Kirche durchführen und nichts unternehmen, was dem Geiste des Christenthums und den Einrichtungen der katholischen Kirche entgegen war. Nachdem die Jesuiten den mächtigsten Einfluss auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens nahmen, so zögerte sie nicht, der Aufhebung dieses Ordens in ihren Staaten zuzustimmen; sie regelte die Beziehungen Roms zu den inländischen Klöstern und das Verhältnis der Geistlichkeit zum Staate. Die Wirkung dieser Reformen trat in Wien am entschiedensten zutage, als K. Josef II. eine Anzahl von Klöstern, die er „als reiche oder arme Stätten von Müssiggängern, als römische Burgen, in denen die Hierarchie sich verschanzte und vertheidigte" bezeichnete und die bei den Klöstern und Kirchen bestandenen Bruderschaften aufhob. Zu den mit Gesetz vom 12. Jänner 1782 in Wien aufgehobenen Männerklöstern gehörten: die beschuhten Augustiner in der Stadt und die unbeschuhten Augustiner auf der Landstraße, die Augustiner-Chorherren zu St. Dorothee, die Kapuziner zu St. Ulrich, die Karmeliter auf der Laimgrube und in der Leopoldstadt, die Paulaner auf der Wieden, die Philippi-Nerianer im Lazzenhof in der Stadt, die Schwarzspanier und Trinitarier in der Alservorstadt, und die Theatiner in der Stadt. Von den Nonnenklöstern wurden aufgehoben: die Canonissinnen zu St. Laurenz, St. Jakob und der Himmelspforte in der Stadt, die Karmeliterinnen in der Leopoldstadt und die Clarissinnen im Königskloster auf der Laimgrube, zu St. Nikolaus und zu den Siebenbüchern in der Stadt. Nachträglich sollte auch das Schottenkloster und der Dominicanerconvent aufgelöst werden, wozu es aber nicht gekommen ist. Die meisten Kirchen wurden entweiht und die Klostergebäude für öffentliche Zwecke benützt oder an Private verkauft. Die Kirchengeräthe erhielten meistens arme Kirchen zum Geschenke, zum Theile wurden sie verkauft und der Erlös sowie die Barschaft und die Güter dem am 28. Februar 1782 gegründeten Religionsfonde zugeführt, aus welchem

zunächst die Exmönche und Exnonnen ihre Pensionen erhielten, dann aber auch die Ausgaben zur Förderung der Religion, für die Errichtung und Dotierung neuer Seelsorgestationen, und für Schulen und Armenversorgungs-Anstalten bestritten wurden. Diesem Fonde floss auch der Erlös der in den Abteien und Kirchen, besonders in den Wallfahrtskirchen befindlichen, von Geschenken und Gelübdeopfern herrührenden Kostbarkeiten zu. Wie bedeutend dieselben waren, geht daraus hervor, dass der Wert des Gnadenbildes bei den Franziskanern in Wien 100.000 Gulden, der Ornamente 80.000 Gulden und eines mit Edelsteinen reich besetzten Kelches 25.000 Gulden betrug. Außer den Klöstern wurden auch zahlreiche Hauskapellen geschlossen.

Dasselbe Los traf die Bruderschaften. Es gab vier Gattungen, und zwar zur Verehrung der Heiligen, zur Verehrung der Religionsgeheimnisse, zur Hilfeleistung für die armen Seelen im Fegefeuer, und für die Lehrlinge und Gesellen. Sämmtliche Bruderschaften hatten im Jahre 1783 die Zahl von 116 erreicht und sich auf alle Kirchen der Stadt und Vorstädte vertheilt. Nur sehr wenige derselben bestanden schon vor dem Beginne der Reformation und diese, meistens aus den Zünften hervorgegangen, hatten den Zweck, verstorbenen Mitgliedern die Kosten der Krankheit und der Beerdigung zu bestreiten. Wegen der Missbräuche bei den geistlichen Bruderschaften wurde schon auf der bischöflichen Synode in Köln im Jahre 1536 deren Aufhebung beantragt; sie hatten sich aber so tief in die Gewohnheiten des Volkes eingelebt, dass man Bedenken getragen hatte, die ohnehin erregten Gemüther noch mehr zu beunruhigen. Wenn die Bildung von Bruderschaften in der Mitte des XVII. Jahrhunderts neuerdings in Aufschwung kam, so geschah dies, weil sich die Kirche derselben bediente, um den Einfluss der Geistlichkeit in die weitesten Kreise zu verpflanzen. Die bei den Bruderschaften herrschenden Missbräuche und die dem bürgerlichen Leben daraus erwachsenden Schäden hatten schon K. Maria Theresia im Jahre 1750 zu einer Untersuchung der Zustände und im Jahre 1771 zu dem Verbote der Errichtung neuer Bruderschaften bestimmt. K. Josef II. hob im Jahre 1783 unter dem Beifalle aller gebildeten und verständigen Kreise und trotz des Widerspruches des Papstes sämmtliche Bruderschaften auf, indem er ihre Nutzlosigkeit und ihre Nachtheile für die Religion und echte Frömmigkeit nachwies; er vereinigte sie zum Zwecke der Unterstützung der Armen in eine einzige unter dem Namen: „die Liebe des Nächsten“ und bestimmte für diese das ganze Capital von 688.248 Gulden. Nach ihrer Bestimmung erhielt diese Bruderschaft später die Benennung: Armeninstitut. Von den alten

Bruderschaften verblieb nur jene des heiligen Camilus (gegründet im Jahre 1752).

Bei diesen Reformen hatte K. Josef II. nur das Ziel im Auge, die Auswüchse des kirchlichen Lebens zu beseitigen, keineswegs aber den religiösen Sinn zu beeinträchtigen. Um diesen letzteren im Geiste der Neuzeit zu heben, suchte er für die Erziehung und Heranbildung des Clerus zu sorgen, der dieser Aufgabe vollständig gewachsen war. Zu diesem Zwecke rief er im Jahre 1783 das Generalseminarium für Theologen im ehemaligen Jesuitencollegium in's Leben und brachte damit ein Priesterhaus für die aus dem Generalseminar austretenden Geistlichen in Verbindung, in welchem diese für ihren Lebensberuf vorbereitet wurden.

Aus demselben Bestreben gieng die von K. Josef II. vorgenommene neue Pfarreintheilung hervor. An der alten, noch aus dem Mittelalter herrührenden Eintheilung der Stadt und der Vorstädte in drei große Hauptbezirke: St. Stephan, St. Michael und zu den Schotten, wurde auch in neuerer Zeit festgehalten. Einzelne, in der Stadt und den Vorstädten befindliche Kirchen übten zwar gleichfalls pfarrliche Rechte aus, jedoch nur als Filialen der drei vorerwähnten Hauptbezirke. Am 9. September 1645 hatte Bischof Breuner infolge der eingetretenen großen Veränderungen eine Regulierung der drei Hauptbezirke in der Stadt und den Vorstädten vorgenommen. Zu dem St. Stephan-Pfarrbezirke gehörten außerhalb der Stadt: der Untere Werd, der Prater, die Weißgärber, die ganze Vorstadt vor dem Stubenthor, Erdberg und alles bis zum Kärntnerthor hinüber: die Vorstadt vor dem Kärntnerthor und Nikolsdorf bis zur Kothgasse; zu dem St. Michael-Pfarrbezirke alle Ansiedlungen von der rechten Seite der Kothgasse, dem Hause zum weißen Löwen, an hinüber bis zur Alsergasse, mit Ausschluss von St. Ulrich und Neustift, und zum Schotten-Bezirke außerhalb der Stadt: St. Ulrich, Neustift, Alsergasse, Währingerstraße, Rossau und der Obere Werd. In der inneren Stadt verblieben die Burgpfarre und die Pfarre im Bürgerspitale bei St. Clara in ihrer früheren Selbständigkeit.

Diese Pfarreintheilung erlitt jedoch bald nach 1645 wesentliche Abänderungen. Es wurden abgetrennt: von dem Bezirke St. Stephan: 1671 die Leopoldstadt mit der Pfarre zu St. Leopold und in Matzleinsdorf wurde 1725 eine Filiale errichtet; von dem Pfarrbezirke St. Michael: 1719 die Josefstadt mit der Pfarre Maria Treu und 1713 wurde in Mariahilf eine Filiale errichtet; von dem Pfarrbezirke Schotten: 1724 die Pfarrkirche im Lazareth mit Einschluss des

Bäckenhäusls und 1693 wurde im Großarmenhause eine Filiale errichtet. Von der Pfarre Währing wurden 1723 Liechtenthal, Thury und Sporkenbühel abgetrennt und für diese Orte die Pfarrkirche zu den vierzehn Nothhelfern errichtet.

Nach der neuen Pfarreintheilung, die Kaiser Josef II. einverständlich mit dem päpstlichen Stuhle nach vorgenommener Regelung der Diöcesen in Österreich ob und unter der Enns vorgenommen hatte, zerfielen vom 20. April 1783 an Stadt und Vorstädte in folgende 28 Bezirke: 1. St. Stephan, 2. Burg, 3. St. Michael, 4. Schotten, 5. Augustiner, 6. Franciscaner, 7. Peter, 8. Hof, 9. Dominicaner, 10. St. Rochus auf der Landstraße mit der Filiale Weißgärber, 11. Erdberg, 12. Rennweg, 13. St. Karl auf der Wieden, 14. Paulaner auf der Wieden, 15. St. Florian in Matzleinsdorf, 16. Sonnenhof in Margarethen, 17. Gumpendorf, 18. Mariahilf, 19. Karmeliter auf der Laimgrube, 20. St. Ulrich unteren Guts, 21. St. Ulrich oberen Guts (Schottenfeld), 22. Altlerchenfeld, 23. Josefstadt, 24. Minoriten in der Alservorstadt, 25. Liechtenthal, 26. Serviten in der Rossau, 27. St. Leopold in der Leopoldstadt, 28. Karmeliter in der Leopoldstadt. An dieser Pfarreintheilung wurden in den nächsten Jahren zwei Abänderungen vorgenommen. Im Jahre 1786 fand die Errichtung der Filiale St. Johann in der Praterstraße und 1793 die Aufhebung des Pfarrbezirkes der Franciscaner sowie dessen Vereinigung mit der Pfarre St. Stephan statt.

Gleichzeitig mit der neuen Pfarreintheilung, im Jahre 1783, wurde auch eine Regelung der Friedhöfe vorgenommen. In älterer Zeit lagen die Friedhöfe rings um die Kirchen, wie bei St. Rupert, St. Peter, St. Stephan, Schotten, St. Michael, St. Jakob, bei den Dominicanern, Karmelitern am Hof u. s. w. Aber die Rücksicht für die öffentliche Gesundheit und den beengten Raum machte es nothwendig, mit der Verlegung derselben aus der inneren Stadt zu beginnen. Der Michaelerfriedhof wurde am 19. April 1660 in die Vorstadt, im Schöff genannt (Mariahilf), der St. Stephansfriedhof 1733 auf einen Theil des Contumazhofes in der Alsergasse, der Schottenfriedhof 1766 auf den Grund der Leinwandbleiche beim Lazareth verlegt. Der Kolomannsfriedhof war schon vor dem Kärntnerthore 1540 nach St. Nikolaus auf der Landstraße verlegt und 1571 der kaiserliche Friedhof mit der Mariazell-Kapelle bei den Schwarzspaniern errichtet worden.

Vom 1. Jänner 1784 an wurden die noch um die Kirchen oder an anderen Orten bestehenden Friedhöfe aufgelassen und große allgemeine Fried-

höfe vor der St. Marxer, Hundsthurmer, Matzleinsdorfer und Währinger Linie und nachträglich auch vor der Lerchenfelder Linie (auf der Schmelz) errichtet.

Aber auch in der Stellung des Wiener Bisthums trat unter K. Josef II. eine wichtige Änderung ein. Um seinen Glanz und seine Bedeutung zu erhöhen, wurde schon im Jahre 1631 mit demselben die Fürstenwürde des römisch-deutschen Reiches verknüpft. Auf Andringen K. Karl's VI. erhob Papst Innocenz XIII. mit der Bulle vom 7. Juli 1722 das Bisthum zum Erzbisthum, dessen Würde zuerst Sigismund Graf Kollonitsch (1716—1751) bekleidete, worauf sechs Jahre später der Umfang der Diöcese auch auf das Viertel unter dem Wiener Walde (der Salzburg'sche Antheil ausgenommen) ausgedehnt und der Bischof von Passau vom Papst Benedict XIII. durch das Pallium, die erzbischöflichen Insignien und die Exemtion von Salzburg entschädigt wurde. Kaiser Josef II. regelte in eingreifender Weise neuerdings die Grenzen der Diöcese. Ohne sich mit dem Bischofe von Passau und mit Rom verständigt zu haben, trennte derselbe, nachdem er schon am 11. October 1782 den Erzbischof von Salzburg bestimmt hatte, seinen Antheil in Niederösterreich an das Erzbisthum Wien abzutreten, im Jahre 1783 den innerhalb Österreichs gelegenen Theil des Passauer Bisthums und wies die Viertel unter dem Wiener Walde und unter dem Manhartsberge dem Erzbisthum Wien zu. Dem Bischof von Neustadt, dessen Sitz der Kaiser im Jahre 1784 nach St. Pölten verlegte, wurden die Viertel ober dem Wiener Walde und ober dem Manhartsberge zugetheilt.

Nur an einzelnen der kirchlichen Reformen Josef's wurden unter K. Leopold II. und K. Franz I. Abänderungen vorgenommen, insbesondere in Fragen, die sich als Eingriffe in rein kirchliche Angelegenheiten erwiesen; in jenen Gesetzen, welche die Autorität des Staates berührten, blieben die Josefinischen Grundsätze aufrecht erhalten. So wurden schon im Jahre 1790 die Generalseminarien wieder aufgehoben und an deren Stelle traten die bischöflichen Seminarien als theologische Lehranstalten. Zur Heranbildung eines tüchtigen Clerus stiftete Kaiser Franz I. im Jahre 1816 das Bildungsinstitut für Priester zum heil. Augustin. Unter seiner Regierung kamen im Jahre 1810 die Congregationen der armenischen Mechitaristen, im Jahre 1820 die Redemptoristen (Ligurianer), wenige Jahre später die Redemptoristinnen (Klosterfrauen vom allerheiligsten Erlöser) und im Jahre 1832 die barmherzigen Schwestern nach Wien.

Der Geist größerer Duldung und Gewissensfreiheit, der sich in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts Bahn gebrochen hatte, kam aber auch den anderen Confessionen zugute.

Nach den Stürmen der Gegenreformation war der Protestantismus in Österreich zwar niedergeworfen, keineswegs aber ausgerottet worden. Nach Artikel V der Osnabrück'schen Verhandlungen sollten die Protestanten Österreichs und Böhmens, weil sie zum Reiche gehörten, auch an den Rechten der deutschen Protestanten theilhaben. Aber diese Rechtsgleichheit wurde denselben entzogen, ja den protestantischen Ständen daselbst auf Fürbitte der Königin von Schweden bloß das Verbleiben im Lande und der Besuch des lutherischen Gottesdienstes im Auslande gestattet. Nur unter dem Schutze der Gesandten protestantischer Mächte konnten die wenigen, noch vorhandenen Anhänger des Lutherthums im Geheimen an dem Privatgottesdienst, welchen erstere in ihren Häusern abhielten, auch hier theilnehmen. Zu den Anhängern des Lutherthums zählten die aus dem Reiche gekommenen Kaufleute, die hier Niederlagsgeschäfte betrieben, und Handwerkerfamilien, welche meist in St. Ulrich wohnten.

Schon unter K. Karl VI. war eine mildere Praxis gegen die Protestanten eingetreten; sie wurden geduldet und konnten selbst Gewerbe mit bestimmten Beschränkungen betreiben; aber den Gottesdienst durften sie auch fernerhin nur unter dem Schutze der protestantischen Gesandten ausüben.

Erst das Toleranzedict Kaiser Josef's II. vom 13. October 1781 ermöglichte den Protestanten Wiens die freie Religionsübung. Mit kaiserlicher Genehmigung vom 2. März 1782 constituierten sich die in Wien lebenden Protestanten, aus sechzig Familien bestehend, zu zwei Gemeinden, und zwar für die Bekenner der augsburgischen und jene der helvetischen Confession. Am 13. März 1783 kaufte die evangelische Gemeinde augsburgischer Confession einen Theil des aufgehobenen Königsklosters in der Dorotheergasse zur Errichtung eines Bethauses und eröffnete dasselbe am 30. November 1783. Die Gemeinde der helvetischen Confession errichtete nebenan ein Bethaus und eröffnete dasselbe am 25. December 1784. Die Bethäuser durften aber keine Thürme, keine Glocken und keine öffentlichen Eingänge von der Straße her haben.

Sowie die Protestanten, erlangten auch die in Wien lebenden Bekenner der orientalischen Kirche erst unter Kaiser Josef I. corporative Rechte. Die griechischen Handelsleute und die türkischen Unterthanen erwarben 1783 das Recht zur Abhaltung eines öffentlichen Gottesdienstes in der Kapelle zum heil. Georg am Hafnersteig und zur Einsetzung eines Pfarrers

und eines Gemeindeausschusses. Die Angehörigen der griechischen und walachischen Nation, welche sich zur griechisch nichtunirten Religion bekennen, erwarben im Jahre 1787 das Recht zur Abhaltung eines öffentlichen Gottesdienstes in dem Bethause auf dem Alten Fleischmarkt, und zur Anstellung von Pfarrern, Vicarien und Ephoren durch den jährlich zu wählenden Gemeindeausschuss. Diese Rechte bestätigte Kaiser Franz II. der Gemeinde am 8. October 1796. Im Jahre 1804 erhielt die Gemeinde die Bewilligung zur Errichtung einer Nationalschule. — Den unirten Griechen hatte schon Kaiser Leopold I. zur Ausübung ihres Gottesdienstes eine Kirche eingeräumt. Im Jahre 1775 erbaute ihnen K. Maria Theresia die Kirche zur heil. Barbara am Dominicanerplatz und stattete sie mit pfarrlichen Rechten aus.

Die Juden hatten seit der Schließung ihrer Synagoge in der Stadt und im Unteren Werd unter K. Leopold I. nur kleinere Bethäuser. Im Jahre 1792 wurde ihnen gestattet, zur Vertretung ihrer Angelegenheiten, insbesondere zur Verwaltung ihres Spitals und ihres Friedhofes in der Rossau, Vertreter zu wählen und im Jahre 1826 erwarben sie mit Bewilligung der Regierung den Dempfingerhof in der Seitenstettengasse zur Erbauung einer Synagoge und einer Schule.

Nachdem wir den Entwicklungsgang des religiösen Lebens in Wien von dem Beginne des XVI. Jahrhunderts bis zum Jahre 1847 in seinen Umrissen gekennzeichnet haben, wollen wir im Einzelnen die Veränderungen in dem Stande der Kirchen und Klöster während dieses Zeitraumes besprechen.

Kirchen, Kapellen und Klöster.

1. In der Stadt.

Wiewohl durch die Erhebung zum Sitze des Bisthums die Bedeutung der Kirche zu St. Stephan mächtig gehoben wurde, so hatte dies doch keinen Einfluss auf die Vollendung des Baues. Weder das Bisthum und das Domcapitel, noch die Landesfürsten und die Bevölkerung zeigten hiefür ein lebhaftes Interesse und als bald darauf auch infolge der Reformation der religiöse Sinn und mit ihm die Opferwilligkeit erlahmte, beschränkte man sich auf die nothwendigsten Herstellungen zur Sicherung des Bestandes der Kirche, und es blieben einzelne Theile des Äußern, wie die Giebel an den Seitenfaçaden und der nördliche große Thurm unvollendet.

Dieser Lauheit verdanken wir aber auch die Erhaltung der alten Westfaçade, des einzigen übrig gebliebenen Theiles der früheren Kirche.

Als im Jahre 1514 infolge mehrerer Blitzschläge die Spitze des hohen Thurmes mit dem Einsturze drohte, wurde sie von dem Baumeister Gregor Hauser wieder hergestellt und die Arbeit im Jahre 1519 vollendet. Zur Erinnerung an die mühsame Arbeit brachte man in der Mitte des obersten Theiles der durchbrochenen Pyramide gegen die Singerstraße zu eine metallene Inschrifttafel an, die heute im städtischen Museum aufbewahrt wird. Wahrscheinlich wurde bei dieser Herstellung die Spitze des Thurmes an der Stelle der Kreuzrose mit Mond und Stern als Symbolen des bis zu den Gestirnen reichenden Baues geschmückt. Da aber diese Symbole an den türkischen Halbmond erinnerten, ließ sie K. Leopold I. herabnehmen und das Symbol des Christenthums, das Kreuzeszeichen, aufsetzen. Ein Ziegeldeckermeister aus Brunn, Namens Nikolaus Reschylko, vollführte mit seinen beiden Söhnen am 12. Juli 1686 das Wagnis der Herabnahme des Mondes und des Sternes ohne Hilfe eines Gerüstes. Um den Thurm von den Wirkungen des Blitzes zu bewahren, wurden um 1552 auf der Spitze zwei Hirschgeweihe aufgesetzt, weil die Sage gieng, dass der Hirsch niemals von einem Gewitter getroffen werde. Diese Hirschgeweihe schmückten die Spitze des Turmes bis zu dessen Ausbesserung im Jahre 1810. Demungeachtet hatte der Thurmhelm sowohl durch Gewitter als durch Erdbeben im Laufe der Jahrhunderte so viel gelitten, dass eine Neigung der Spitze in der Richtung gegen Nordost eingetreten und deren Herabsturz bei einem neuerlichen Erdbeben zu besorgen war. Im Jahre 1839 wurde deshalb die Abtragung der alten Thurmspitze in einer Länge von 60 Fuß und deren Ersetzung durch ein pyramidales Eisengerippe (nach den Plänen des k. k. Hofbaurathes Paul Sprenger) beschlossen. Am 20. October 1842 fand nach vorgenommener Weihe die Bekrönung des neuen Thurmhelmes mit Kreuz und Adler statt.

Am Äußern der Kirche wurde an der Südseite des Chores im Jahre 1580 die obere Sacristei und im Jahre 1731 an der Stelle des ältesten Karners und des über denselben erbauten „Sagrer“ die untere Sacristei, in den Jahren 1825—1830 an der Ostseite die Armenseelennische mit dem Gemälde der heil. Maria von Josef Danhauser und im Jahre 1752 an der Nordseite neben dem Eingange in die Katakomben die Krucifixkapelle (nach dem darin befindlichen, aus dem XV. Jahrhundert stammenden Schnitzwerke: Christus am Kreuze, so genannt) angebaut. Im Innern wurden die ersten Veränderungen der ursprünglichen Gestalt dadurch herbeigeführt, dass im Jahre 1564 Glasfenster aus der Mino-

riten- und Augustinerkirche und aus der Kapelle am Hof zur Ausbesserung und Ergänzung der Glasfenster bei St. Stephan verwendet wurden. Später aber wurde der größte Theil der färbigen Fenster entfernt, damit ein helleres Licht in die Kirche einfallen konnte. Pfeiler und Gewölbe, mit einem ockerfarbigen Überzuge auf weiß aufgemalten Fugen und einzelnen, bunten Ornamenten versehen, erhielten im Jahre 1646 eine häßliche, kienrußartige Übertünchung, welche Wänden und Gewölben bis in die neueste Zeit ihr finsteres Aussehen gab und irrthümlich als ein Zeichen ehrwürdigen Alters angesehen wurde.

Fast sämmtliche mittelalterliche Altäre wurden im Laufe der Jahrhunderte aus der Kirche entfernt und folgende neue an deren Stelle gesetzt. Im mittleren Chore: im Jahre 1647 der Hochaltar mit dem Säulenwerk und den Steinbildern von dem Bildhauer Jakob Bock, ferners dem auf Zinntafeln gemalten Altarblatte: darstellend die Steinigung des heil. Stephan von Tobias Bock und einem silbernen Tabernakel, an dessen Spitze das Gnadenbild der heil. Maria von Bötz (Pötsch) prangt, welches im Jahre 1697 wegen seines wunderthätigen Rufes aus Ungarn hieher gebracht wurde; im Jahre 1728 der Altar des heil. Borromäus mit dem Altarblatte von Rottmayer und im Jahre 1720 der Altar des heil. Johann von Nepomuk. Im mittleren Schiffe, vom Haupteingange aus beginnend links: im Jahre 1708 der St. Michaels- (früher Maximilians-) Altar, im Jahre 1701 der Katharinenaltar und der Speise- oder Frauenaltar (noch aus dem Jahre 1493 stammend) mit der heil. Maria und dem Christuskinde auf Goldgrund; rechts: im Jahre 1708 der Allerheiligenaltar mit dem Altarblatte: darstellend die Geburt Christi; im Jahre 1713 der St. Veitsaltar und im Jahre 1700 der St. Josefsaltar von dem Salzburger Bildhauer Trüpl. Im linken (nördlichen) Seitenchor: im Jahre 1672 der Hauptaltar mit dem Altarblatt: die Himmelfahrt Maria von Joh. Spielberger und einem kreisförmigen Bilde über dem Altar, die Dreieinigkeit darstellend; im Jahre 1744 der Altar des heil. Johann von Padua (seit 1515 der heil. Bricciusaltar) mit dem Brustbilde des leidenden Heilands unter dem Altarblatte; im Jahre 1766 der Altar zur Ehren der heil. Maria Empfängnis mit dem Altarblatt der heil. Maria und dem Bilde des heil. Aloisius; in der Halle des unausgebauten Thurmes: im Jahre 1690 der Barbaraaltar und im Jahre 1623 der Cyprianaltar. In der Kreuz- (früher Tirna-) Kapelle an der Westfaçade: um das Jahr 1700 der Altar mit dem großen Schnitzwerke Christus am Kreuze. Im linken

Seitenschiffe: im Jahre 1715 der Ursulaaltar mit dem Altarblatte des heil. Franciscus Seraphicus; im Jahre 1690 der Agnesaltar mit dem Altarblatte des heil. Franz, der den Heiden predigt; im Jahre 1677 der Peter- und Paulaltar. — Im rechten (südlichen) Seitenchore: im Jahre 1732 der Hauptaltar mit einem Altarblatte: darstellend die Kreuzigung Christi von Joachim, und der Altar des heil. Johann von Kent. — In der Halle des ausgebauten hohen Thurmes: der Katharinenaltar mit dem alten hölzernen Crucifix, das früher außerhalb der Kirche an dem Eingange zur großen Gruft stand. — In der Eligiuskapelle auf der Westfaçade: im Jahre 1754 der Hauptaltar mit dem Marienbild (die „Hausmutter"), welches von dem Hauptaltar des linken Seitenchores hieher verlegt wurde. — Im rechten Seitenschiffe: im Jahre 1740 der Sebastianaltar mit dem Brustbilde der heil. Theresia unter dem Altarblatte; im Jahre 1754 der Dreifaltigkeitsaltar mit dem Altarblatte der heil. Dreifaltigkeit von Unterberger und der Leopoldaltar (früher St. Ulrichaltar).

Nebst der Erneuerung der Altäre fanden aber noch andere Veränderungen im Innern der Kirche statt. Unmittelbar um den Hochaltar wurden zur Zeit des Bischofs Breuner sechsunddreißig Chorstühle errichtet und unter demselben achtzehn, aus Holz geschnitzte Brustbilder des Papstes Paul II., des K. Friedrich III. und der Wiener Bischöfe bis auf den Grafen Breuner angebracht. Der mittlere Chor rechts erhielt im Jahre 1647 das kais. Oratorium. Martin Altomonte schmückte im Jahre 1732 den äußeren Theil der unteren Sacristei mit einem Deckengemälde. Im großen Musikchore wurde im Jahre 1720 die große Orgel von Georg Neuhauser erbaut. Der Hochthurm erhielt im Jahre 1711 eine neue große Glocke im Gewichte von 402 Wiener Centnern, von dem k. k. Stückgießer Johann Achammer gegossen.

Von den zahlreichen hervorragenden Personen, die im St. Stephansdome seit dem Beginne des XVI. Jahrhunderts ihre Grabstätte fanden, und von denen die noch vorhandenen Grabdenkmale Zeugnis geben, erwähnen wir: die Wiener Bischöfe Joh. Faber († 1754), Friedrich Nausea († 1722), Cardinal Melchior Klesel († 1630), Cardinal Graf Josef Trautsohn († 1757), Cardinal Sigismund Kollonitsch († 1751), Graf Leopold Firmian († 1831), Georg Slatkonia († 1522), Graf Sigismund Hohenwart († 1820), Bischof Wolfrath († 1639), die Herzoge Eugen von Savoyen († 1736) und Karl Eugen von Lothringen († 1825), dann Feldhauptmann Leonhard von Fels († 1545),

Bürgermeister Hans Übermann und die Gelehrten: Konrad Celtes († 1508), Johann Cuspinian († 1529) und Paul von Sorbait († 1691).

Die Ruprechtskirche räumte das Stift Schotten im Jahre 1533 den Franciscanern von St. Theobald auf der Laimgrube ein. Nachdem am 22. October 1544 das Patronat der Kirche von dem Stifte Schotten an die Regierung gekommen war, verließen die Franciscaner die Kirche und übersiedelten in das Niklaskloster in der Singerstraße, worauf die Messenstiftungen durch Weltgeistliche persolvirt wurden. In den Jahren 1788—1812 versahen nach der Auflassung der Philippi- und Jakobikapelle die Hieronymitaner den Gottesdienst. Durch die in den Jahren 1627 und 1703 vorgenommenen Restaurationen büßte St. Ruprecht viel von seinem ursprünglichen Charakter ein.

Die Kirche zu St. Peter, deren Patronat gleichfalls im Jahre 1544 das Stift Schotten an die Regierung abgetreten hatte, blieb in ihrem alten Bestande bis zum Jahre 1702. Am 30. Juni dieses Jahres legte K. Leopold I. den Grundstein zu der nach Plänen des J. B. Fischer von Erlach von dem Baumeister Franz von Cischini aus Klosterneuburg († 1709) neu erbauten Kirche. Über den Zeitpunkt ihrer Einweihung fehlen die Daten, und wir wissen nur, dass erst im Jahre 1734 die Façade und die Thürme und im Jahre 1756 das Portal vollendet wurde. Die Grabmale des ältesten Geschichtsschreibers Wiens Wolfgang Lazius († 1565) und des Baumeisters der neuen Kirche F. Cischini schmücken die Kirche.

Die Kirche Maria am Gestade, Eigenthum des Bisthums Passau, erlitt infolge ihrer hohen Lage während der zwei Türkenbelagerungen starke Beschädigungen. Da kein eigenes Kirchenvermögen vorhanden war, so bestritt der Stadtrath in den Jahren 1534—1537 die Restauration aus eigenen Mitteln und im Jahre 1685 vorschussweise aus den Pupillengeldern. Im Jahre 1785 wurde die Kirche der Pfarre bei den Schotten incorporiert. Auf ein im Jahre 1786 gestelltes Begehren des K. Josef II., den alten Passauerhof nebst der Kirche niederzureißen, gieng der Magistrat nicht ein, wodurch dieses interessante, gothische Denkmal erhalten blieb. Zur Zeit der zweiten Invasion benützten die Franzosen die Kirche theils als Fruchtmagazin, theils als Pferdestall. Einen Theil der Glasgemälde und die Chorstühle ließ K. Franz I. zur Ausschmückung des neuen Ritterschlosses nach Laxenburg bringen. Nur die aus dem XIV. Jahrhundert stammenden prachtvollen Glasgemälde an den drei Fenstern der Nordseite des Chores, von welchen das eine die gerüstete Gestalt des H. Rudolf IV. zeigt,

blieben erhalten. Im Jahre 1817 ließ die Regierung die Kirche zu dem Zwecke restaurieren, um sie den in Wien lebenden slavischen Angehörigen Böhmens zum Gottesdienste einzuräumen, worauf sie im Jahre 1820 der in Österreich zugelassenen Congregation der Redemptoristen (Liguorianer) zur Versehung des Gottesdienstes übergeben wurde. Unter den Neuherstellungen sind die Glasgemälde an den Fenstern der Südseite des Chores nach Zeichnungen des Künstlers Karl Schnorr von Karolsfeld von dem Glasmaler G. Mohn und der im Jahre 1846 von dem Bildhauer Thomas Marzik angefertigte große gothische Hauptaltar von hervorragender Bedeutung. Bei der Erneuerung der Kirche wurden die Grabsteine als Baumaterial verkauft.

Die Kirche zu St. Michael wurde am 4. März 1626 dem Orden der regulierten Priester des heil. Paulus, auch Barnabiten genannt, übergeben. Im Jahre 1660 beseitigten diese den daselbst bestehenden Friedhof, erbauten an dessen Stelle die beiden Zinshäuser und legten im Schöff (Mariahilf) einen neuen Friedhof an. Im Jahre 1590 stürzte der steinerne Thurmhelm bis zur Uhr ein, worauf im Jahre 1594 der gegenwärtige kupferne Thurmhelm aufgesetzt wurde. In den Jahren 1620, 1626, 1648, 1662 und 1666 erhielt das Langhaus die heute noch bestehenden Kapellenanbauten. In das Jahr 1716 fällt die Erbauung des Hauptportales mit dem Figurenschmucke von dem Bildhauer Mathielly, in das Jahr 1780 die Errichtung des in Alabaster ausgeführten Hochaltars nach Plänen des Architekten d'Avrange und in das Jahr 1792 die Umgestaltung der Hauptfaçade durch den Hofarchitekten Hohenberg.

Die Rathhaus- (Salvator-) Kirche erhielt im Jahre 1541 durch den Zubau einer zweiten Kapelle eine Vergrößerung, bei welchem Anlasse auch das schöne Renaissanceportal entstand. Den Gottesdienst leiteten Rectoren mit einer Anzahl von Caplänen, die ihren Unterhalt aus dem Kirchenvermögen und den reichen Stiftungen bezogen und in kirchlichen Angelegenheiten von der Hauptpfarre zu St. Stephan abhängig waren. Der zur Kirche gehörige Pfarrhof lag gegen die Wipplingerstraße zu und wurde im Jahre 1781 in das Rathhaus verbaut. Zur Vermehrung des Gottesdienstes bei der Domkirche zu St. Stephan übertrug die Gemeinde im Jahre 1699 das Otto Heimo'sche Beneficium, bestehend in einer Jahresrente von 900 Gulden an die bischöfliche Chur unter der Bedingung, dass diese den mit diesem Beneficium verbundenen Gottesdienst bei St. Salvator übernehme. Wiewohl der Stadtrath von diesem Übereinkommen im Jahre 1778 wieder abgieng, so wurde das Otto Heimo'sche Beneficium doch

im Jahre 1804 der Churpriesterschaft von St. Stephan neuerdings zugesprochen.

Mit den alten Kapellen der inneren Stadt giengen folgende Veränderungen vor: Die Pankrazkapelle am Hof wurde im Jahre 1610 dem Collegium der Jesuiten übergeben und nach dem Umbau des Gebäudes aufgelassen. Die Dreifaltigkeitskapelle auf dem Kienmarkt erhielt im Jahre 1701 die Congregation des heil. Philippi Nerii und die Philippi- und Jakobikapelle im Jahre 1718 die Congregation der Hieronymitaner. Bei dem Umbau dieser Gebäude wurden beide Kapellen aufgelassen. Die Kapelle zu St. Anna räumte K. Ferdinand I. im Jahre 1531 den Nonnen zu St. Clara und nach deren Aussterben durch die Pest im Jahre 1540 den Rittern des St. Stephanordens ein. Nach Aufhebung dieses Ordens übergab K. Maximilian II. im Jahre 1573 das Pilgerhaus und die Kapelle den Jesuiten, welche im Jahre 1626 darin ein Noviciat errichteten. Die Achatiuskapelle vergrößerte Bischof Wolfrath im Jahre 1643 und weihte sie zu Ehren des heil. Andreas. Die Ivokapelle erhielten zu Anfang des XVIII. Jahrhunderts die Piaristen, welche dieselbe im Jahre 1765 neu erbauten. Die alten Kapellen zu Ehren des heil. Nikolaus im Seizerhofe, des heil. Andreas im Liechtenstein'schen Palaste in der Herrengasse, der heil. Margareta im Margaretenhof und des heil. Thomas im Gundelhofe wurden gleichfalls umgebaut.

An neuen Kapellen wurden seit dem Anfange des XVI. Jahrhunderts in der inneren Stadt gestiftet: die Kapelle zum Leiden Christi im kais. Hospitale durch den Edelknabenhofmeister Diego di Serrava im Jahre 1543, die Kapelle der heil. drei Könige auf dem Neuen Markt (im fürstl. Schwarzenberg'schen Palais) durch H. Weidner von Villerburg im Jahre 1586, die Allerheiligenkapelle in der Habsburgergasse durch den Grafen Sixtus Trautsohn im Jahre 1590, die Kapelle der heil. Peter und Paul in dem Hause C.-Nr. 46 in der Bankgasse von Camillo von Wildenheim im Jahre 1592, die Kapelle des Stanislaus Kostka im Hause C.-Nr. 428 in der Steindlgasse, die Maria- und Rochuskapelle im Jesuiten-Professhause am Hof im Jahre 1635, die Marienkapelle im Landhause im Jahre 1621, die Barbarakapelle im Heiligenkreuzerhof im Jahre 1662, die Kapelle des heil. Franz Xaver im Hause C.-Nr. 930 Ballgasse von der Äbtissin des Frauenklosters bei der Himmelspforte im Jahre 1734, die Kapelle der heil. Peter und Paul im Gold-

berg'schen Hause C.-Nr. 975 in der Johannesgasse von Dr. P. Sorbait im Jahre 1678, die Kapelle der heil. drei Könige im kais. Zeughause auf der Seilerstätte von Franz Fürsten von Maunsfeld im Jahre 1696, die Kapelle des heil. Leopold im fürstl. Esterhazy'schen Palais in der Wallnerstraße im Jahre 1698, die Kapelle der unbefleckten Empfängnis Mariä im gräfl. Harrach'schen Palais auf der Freiung im Jahre 1703, die Kapelle des heil. Johann von Nepomuk auf der Hohen Brücke von Chr. Aug. Herzog von Sachsen-Seiz im Jahre 1725, die Kapelle der Agonie Christi in der Schranne auf dem Hohen Markt in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, die Kapelle des heil. Franciscus und der heil. Theresia in der österreichisch-böhmischen Hofkanzlei (heute Ministerium des Innern) auf dem Judenplatz im Jahre 1754 und die Kapelle des Johann von Nepomuk am Schanzel, im Jahre 1744 von dem kais. Mautamte erbaut. Die meisten dieser Kapellen erhielten sich bis auf unsere Zeit und nur in einem kleinen Theile derselben wurde der Gottesdienst zur Zeit K. Josef's II. eingestellt. —

Das Kloster zu St. Jakob in der Riemerstraße blieb bis zu seiner Aufhebung im Jahre 1783 im Besitze der Augustinernonnen, welche daselbst im Jahre 1776 eine Mädchen-Erziehungsanstalt errichtet hatten, ohne dass in dem baulichen Bestande der Kirche eine Veränderung vorgegangen wäre.

Das Schottenkloster blieb im Besitze der deutschen Benedictiner; es gerieth aber während der Reformation stark in Verfall und nahm erst zu Anfang des XVII. Jahrhunderts neuerdings einen größeren Aufschwung. Im Jahre 1638 begann der Umbau der romanischen Kirche mit dem Presbyterium, dem Oratorium und der Sacristei; im Jahre 1643 folgte der Neubau des Langhauses und der beiden Thürme, wahrscheinlich mit Benützung der Fundamente des alten Baues. Während der zweiten Türkenbelagerung hatte die Kirche so starke Schäden erlitten, dass eine neue Bedachung erforderlich war. Eine umfassende Restauration wurde an der Kirche in den Jahren 1816 und 1822 vorgenommen. Im Jahre 1824—1827 erfolgte der Umbau der Prälatur und des Conventhauses.

Im Kloster der Dominicaner erhielten die Jesuiten die erste Unterkunft, bevor sie das Carmeliterkloster am Hof bezogen. K. Ferdinand II. bestätigte die Rechte des Klosters nach seinem Siege am Weißen Berge (1621) und erbaute im Jahre 1631 mit dem Sohne K. Ferdinand III. die Kirche in ihrer jetzigen Gestalt. K. Claudia

Felicitas († 1676) wählte dieselbe zu ihrer Ruhestätte. Im Jahre 1783 wurde den Dominicanern die Ausübung pfarrlicher Rechte eingeräumt.

Die Commenden des deutschen Ordens und der Johanniter erhielten sich mit ihren Ordenshäusern. Die Kirche der ersteren, zu Ehren der heil. Elisabeth gestiftet, erhielt sich in ihrer alten Form, jene der letzteren wurde in neuerer Zeit umgebaut.

Im Kloster zu St. Nikolaus in der Singerstraße wurden nach dem Jahre 1529 die Nonnen des Magdalenenklosters vor dem Schottenthore untergebracht. Nachdem diese im Jahre 1533 in das Laurenzerkloster übersiedelt waren, errichtete Bischof Faber ein Collegium für arme Studenten. Im Jahre 1548 übersiedelten in dasselbe die Franciscaner von St. Ruprecht und, nachdem hierauf diesen das Kloster zu St. Hieronymus eingeräumt worden war, benützte die Gemeinde das Kloster als Waisenhaus für Mädchen bis zum Jahre 1624, worauf es den von Preßburg nach Wien berufenen Clarissernonnen übergeben wurde.

Im Kloster der Himmelspforte waren die Augustinernonnen infolge der Epidemien im Jahre 1585—1586 bis auf ein Mitglied gestorben. Bischof Neubeck führte eine neue Colonie von Nonnen in dasselbe ein und löste im Jahre 1603 diese von ihrem Verbande mit St. Jakob los. Im Jahre 1607—1616 wurde das Kloster umgebaut und 1776 in demselben eine Erziehungsanstalt für Mädchen errichtet.

Das Kloster der Minoriten wurde im Jahre 1560 den Protestanten eingeräumt, und die katholischen Conventualen hielten ihre Andachten im alten Chor, später nur mehr in der Katharinenkapelle ab. Im Jahre 1620 gelangten Kloster und Kirche wieder in den vollständigen Besitz der Minoriten. Im Jahre 1625—1636 fand der Neubau des Klosters und 1630 der Zubau der Puchheim'schen Kapelle statt. Im Jahre 1783 mussten die Minoriten das Kloster räumen und in das der aufgelösten Trinitarier in der Alservorstadt übersiedeln. Das Kloster benützte die niederösterreichische Landesregierung als Kanzleigebäude und die Kirche überließ sie den italienischen Nationalen.

Im Kloster der Augustiner erbaute im Jahre 1627 Kaiserin Eleonora im Mittelschiffe die Lorettokapelle. Im Jahre 1631 übergab K. Ferdinand II. Kloster und Kirche den unbeschuhten Augustinern, und erbaute den beschuhten Augustinern ein neues Kloster auf der Landstraße. Im Jahre 1784 fand die Abtragung der Lorettokapelle und die Errichtung einer neuen Kapelle statt.

Die Nonnen zu St. Laurenz vereinigten sich im Jahre 1533 mit jenen des Magdalenenklosters vor dem Schottenthor zu einer geistlichen Congregation und beschäftigten sich mit der Verpflegung und Erziehung der weiblichen adeligen Jugend. Im Jahre 1630 erbauten sie ein neues Kloster und nur die Kirche blieb in ihrem alten Bestande.

Das Kloster zu St. Dorothea blieb im Besitze der Chorherren. Im Jahre 1705 wurde das Kloster neu erbaut.

Die Magdalenenkirche am Stephansfreithof wurde aus Anlass des in der Kirche am 12. September 1781 ausgebrochenen Brandes, welcher sie zerstörte, abgetragen.

Das Kloster der Karmeliter am Hof war infolge der Reformation derart in Verfall gerathen, dass es um das Jahr 1550 nur von einem einzigen Mönche, dem Provincial des Ordens, bewohnt war, weshalb die Stiftungen nicht executiert und der Gottesdienst nicht ordentlich versehen werden konnte und die Güter des Klosters verschleudert wurden. Bei einer Untersuchung hatte sich gezeigt, dass das Kloster meist weltliche Personen bewohnten. Als der Provincial außer Stande war, eine Reform durchzuführen, übergab K. Ferdinand I. das Kloster und die Kirche im Jahre 1554 den nach Wien berufenen Jesuiten. Mit Unterstützung des Kaisers und der Gemeinde wurden das Kloster und die Kirche in Stand gesetzt, worauf die Jesuiten daselbst ein förmliches Collegium errichteten. Bei der Restauration wurde wesentlich das Innere der Kirche umgestaltet. Die Façade erhielt erst bei ihrem aus den Mitteln der Kaiserin Anna Eleonora, Gemahlin K. Ferdinand's III., bestrittenen Umbaue durch Carlo Canneval im Jahre 1662 ihre gegenwärtige Form. Das Kloster auf dem Hof blieb der Hauptsitz der Jesuiten, bis diesen im Jahre 1623 das alte Universitätsgebäude zur Errichtung eines (des unteren) Collegiums eingeräumt und die Stiftungen von dem (oberen) Collegium am Hof dahin übertragen wurden. Das letztere verwandelte die Gesellschaft im Jahre 1625 mit Unterstützung des K. Ferdinand II. in ein Professhaus, bei welchem Anlasse sie auch das alte Kloster im größeren Umfange umbauten, damit dort die Hofbeichtväter und Prediger, die Missionäre und Procuratoren, sowie auch ein Gymnasium untergebracht werden konnten. Nach der Aufhebung des Jesuitenordens kam das Professhaus in das Eigenthum der Regierung und die Kirche der heil. Maria bei den neun Chören der Engel erhielt im Jahre 1783 von K. Josef II. die Eigenschaft eines Pfarr-Gotteshauses.

Das Kloster der Büßerinnen des heil. Franciscus am Franciscanerplatz blieb in deren Besitz bis zu ihrem Aussterben um das Jahr 1553.

Um das Jahr 1589 erhielten dasselbe die bei St. Niklas untergebrachten Franciscaner, welche im Jahre 1603 die Kirche mit Belassung einzelner Theile des alten Baues umgestalteten und das Kloster im Jahre 1614 vom Grunde aus neu erbauten. „Zum heil. Hieronymus" heißt die Kirche seit der Einweihung des hohen Frauenaltars im Jahre 1745 nach dem Kirchenlehrer Hieronymus. Bei der neuen Pfarreintheilung im Jahre 1783 erhielt sie einen Bezirk, der jedoch schon nach wenigen Jahren wieder mit St. Stephan vereinigt wurde. —

Außer diesen schon im Mittelalter bestandenen Klöstern wurden in der inneren Stadt nach der Durchführung der Gegenreformation folgende neue Stiftungen errichtet:

K. Elisabeth, Gemahlin König Karl's IX. von Frankreich und Tochter K. Maximilian's II. gründete im Jahre 1582 das Königinkloster mit der Kirche Maria, Königin der Engel auf dem Josefsplatz für Frauen des Clarisserordens, wozu sie eine Colonie aus dem Stifte in München berief. Die Kirche wurde im Jahre 1582 zu Ehren Mariens, Königin der Engel, eingeweiht. Nach Aufhebung des Klosters durch Kaiser Josef II. wurden auf einem Theile des Flächenraumes die Bethäuser der evangelischen Gemeinden erbaut.

K. Ferdinand stiftete das Kloster und Kirche der Kapuziner auf dem Neuen Markt. Im Jahre 1622 wurde der Grundstein gelegt und am 8. September 1632 die Kirche des heil. Franciscus Seraphicus eingeweiht. Zu gleicher Zeit fand die Erbauung der fürstlichen Gruft und einer Kapelle statt, welche im Jahre 1703 erweitert und im Jahre 1753 von Kaiserin Maria Theresia durch ein Mausoleum geschmückt wurde.

K. Eleonora, Gemahlin K. Ferdinand's III., stiftete für Frauen des Ordens Unserer lieben Frau vom Berge Karmel das Kloster zu den Siebenbüchern in der Salzgasse. Am 22. October 1633 wurde der Grundstein gelegt und die Kirche zu Ehren des heil. Josef 1642 eingeweiht.

Nachdem die Universität im Jahre 1622 den Jesuiten übergeben worden, erbaute ihnen K. Ferdinand II. das Collegium und im Jahre 1631 an der Stelle der Kapelle des heil. Benedict die Kirche des heil. Ignaz und Xaver. Die Jesuiten besaßen an der Rückseite des Collegiums schon seit dem Jahre 1573 ein Convict mit einer zu Ehren der heil. Barbara geweihten Kapelle. Im Jahre 1652 wurde dieses Convict vergrößert und nach Aufhebung des Ordens dasselbe in ein Alumnat der griechisch-unirten Kirche umgewandelt.

K. Eleonora, Witwe K. Ferdinand's III., berief im Jahre 1660 Frauen des Ursulinerordens aus Lüttich nach Wien zur Hebung und Besserung der weiblichen Erziehung und Ausbildung, und erbaute ihnen im Jahre 1675 das Kloster und die Kirche der heil. Ursula in der Johannesgasse.

Herzog Christian August von Sachsen-Seiz, Cardinal und Bischof von Raab, gründete im Jahre 1703 den aus Adeligen bestandenen regulierten Priestern des heil. Cajetan ein Ordenshaus auf der Hohen Brücke und ließ die Kirche zu Ehren des heil. Cajetan weihen.

K. Leopold I. verlieh im Jahre 1701 das Beneficium der Dreifaltigkeitskapelle auf dem Kienmarkt der Congregation des heil. Philippi Nerii, die dasselbe bis zu ihrer Aufhebung im Jahre 1782 behielten.

2. In den Vorstädten.

Weit schlimmer wie in der inneren Stadt ergieng es den kirchlichen Stiftungen in den Vorstädten. Da die Vertheidigung Wiens zur Zeit der ersten Türkenbelagerung auf die Stadt beschränkt blieb und die Vorstädte, Dörfer und Freigründe niedergebrannt wurden, so waren auch die Kirchen und Klöster vollständig der Verwüstung preisgegeben. Wir wissen, dass die Klöster der Vorstädte insgesammt verwüstet blieben, dass ihre Besitzungen theils an andere Stiftungen, theils an den Staat und die Gemeinde übergiengen und daß erst nach der Wiederherstellung des Katholicismus neue Stiftungen entstanden. Nur die für den Gottesdienst der Bewohner der Vorstädte und mit pfarrlichen Rechten ausgestatteten Kirchen, sowie jene einzelner Spitäler wurden wieder in Stand gesetzt.

Bezirk Leopoldstadt: Auf dem Platze der Synagoge im Unteren Werd legte K. Leopold I. nach der Vertreibung der Juden am 18. August 1667 den Grund zur Kirche zum St. Leopold in der Großen Pfarrgasse, welche die Stadtgemeinde im Jahre 1723 erweiterte.

In Anerkennung der Verdienste des Generals der Karmeliter-Barfüßer in Prag bei den Ereignissen nach der Schlacht am Weißen Berge berief K. Ferdinand II. den Orden nach Wien und erbaute ihm ein Kloster und eine Kirche in der Sperlgasse, deren Einweihung am 15. October 1639 zu Ehren der heil. Maria und Theresia stattfand. Nach der zweiten Türkenbelagerung, wo sie großen Schaden gelitten, wurde die Kirche restauriert.

Auf Anrathen des Fürsten Karl Eusebius Liechtenstein berief K. Rudolf II. im Jahre 1614 Mitglieder der barmherzigen Brü-

der von Feldsberg nach Wien und wies ihnen auf dem Platze des heutigen Klosters in der Taborstraße einen Grund zu ihrer Niederlassung an. Aus Anlass der Dienste, welche der Orden dem Erzherzog Maximilian, Bruder des Kaisers Ferdinand II., geleistet, vergrößerte dieser mit Privilegium vom 21. September 1624 die Stiftung. Nachdem im Jahre 1655 Kloster und Kirche ein Raub der Flammen geworden, wurden beide im Jahre 1676 wieder hergestellt und das Spital vergrößert. Nach der zweiten Türkenbelagerung zerstört, erfolgte der Neubau und am 23. Mai 1692 die Einweihung der Kirche zu Ehren des heil. Johann des Täufers.

Im Jahre 1713 hatten sich die Bewohner der Jägerzeile eine Kapelle zu Ehren der heil. Maria Pötsch zum Andenken an ihre Befreiung von der Pest aus Holz erbaut. Nach deren Umbau im Jahre 1734 in eine Kirche wurde sie zu Ehren des heil. Johann des Täufers eingeweiht. Infolge der stark angewachsenen Bevölkerung der Praterstraße und ihrer Umgebung entstand daselbst ein eigener Pfarrbezirk, für welchen K. Ferdinand I. im Jahre 1846 an einem anderen Platze eine große stattliche Kirche erbauen und diese im Innern reich ausschmücken ließ.

Außer diesen drei Kirchen entstanden noch folgende Kapellen: Die Brigittakapelle in der Brigittenau im Jahre 1640, von Erzherzog Leopold erbaut; die Antoniuskapelle in der Zucht- und Besserungsanstalt in der Leopoldgasse, im Jahre 1673 von der Stadtgemeinde erbaut; die St. Lazaruskapelle auf dem Friedhofe der Pfarrkirche zu St. Leopold im Jahre 1732 erbaut; die Kreuzkapelle bei dem Mauthause am Tabor, im Jahre 1730 erbaut; die Wenzeslauskapelle im gräflich Czernin'schen Palais am Schüttel (das Jahr der Erbauung unbekannt), und die Johanneskapelle im gräflich Kollonitsch'schen Spitale C.-N. 138, Untere Donaustraße, im Jahre 1763 erbaut.

Bezirk Landstraße: Die Kirche des heil. Peter und Paul in Erdberg wurde im Jahre 1700 von den Bewohnern in Erdberg neu erbaut und am 28. August 1726 eingeweiht. In den Jahren 1529—1642 war die Kirche nach Simmering eingepfarrt, worauf sie wieder zu St. Stephan incorporiert wurde.

Die Kirche des heil. Marcus im Spitale zu St. Marx wurde im Jahre 1529 theilweise erneuert und im Jahre 1627 mit einem neuen Thurm versehen.

Die Nikolaikirche auf dem Friedhofe (Landstraßer Hauptstraße) erbaute K. Rohrmayr im Jahre 1698.

Infolge eines Gelübdes gründete K. Ferdinand III. im Jahre 1642 das Kloster und die Kirche des heil. Sebastian und Rochus auf der Landstraßer Hauptstraße und übergab sie dem Orden der beschuhten Augustiner. Nach ihrer Zerstörung durch eine Feuersbrunst im Jahre 1656 und nach der Türkenbelagerung im Jahre 1683 wurden die Gebäude erneuert.

Im Jahre 1737 verfügte Kaiser Karl VI., dass von den Capitalien der Spitalstiftungen des Leibmedicus Dr. F. Billiot, des Regimentsrathes L. Hofmann und des Bankbuchhalters Wilh. Kirchner ein Krankenhaus auf dem Rennwege und zu demselben eine der heil. Dreifaltigkeit gewidmete Kirche erbaut werde. Im Jahre 1741 war das Dreifaltigkeitsspital, wie es genannt wurde, vollendet. Als im Jahre 1754 dieses mit dem spanischen Spitale in der Alservorstadt vereinigt wurde, kam in das Gebäude das bis dahin in der Ballgasse in der Stadt bestandene Hofspital. Die Einweihung der neuerbauten Kirche zum heil. Kreuz fand am 1. November 1763 statt.

Die Kirche der heil. Margareta unter den Weißgärbern wurde im Jahre 1673 von K. Leopold I. und seiner Gemalin Margareta erbaut und im Jahre 1690 erweitert.

Das Kloster und Kirche der Elisabethinerinnen (Landstraßer Hauptstraße) gründeten Fürstin Montecucculi und Graf Leßlie im Jahre 1709, welche die Nonnen der heil. Elisabeth zur Errichtung eines Spitals für Arme weiblichen Geschlechtes nach Wien berufen hatten; die Kirche sammt dem Spitale wurde im Jahre 1710 eröffnet.

Infolge eines Gelübdes erbaute Kaiserin Amalia Wilhelmine auf der von ihr erkauften Besitzung des Dr. Quarient das Kloster und die Kirche Maria Heimsuchung auf dem Rennweg für Klosterfrauen des heil. Franciscus Salesius, welche sie von Brüssel nach Wien zur Erziehung adeliger Mädchen berufen hatte. Die Grundsteinlegung fand am 13. Mai 1717, die Einweihung des Baues am 13. Mai 1719 statt.

Im Jahre 1727 wurde die Kirche des heil. Johann von Nepomuk vom Erzbischof Kollonitsch im Johannesspital in der Invalidenstraße und im Jahre 1768 die Kirche Maria Geburt von der K. Maria Theresia auf dem Rennweg erbaut.

An neuen Kapellen entstanden in diesem Bezirke: die Salvatorkapelle im k. k. Belvedere auf dem Rennweg im Jahre 1693 und die Jeremiaskapelle im Sommerpalaste des Grafen Harrach im Jahre 1735, die Theresiakapelle im Reconvalescentenhause der barmherzigen Brüder im Jahre 1755, und die Kapelle des heil.

Josef von Calasanz im Piaristencollegium in der Ungergasse im Jahre 1757.

Bezirk Wieden und Margareten: Die Kirche der heil. Maria Heimsuchung im Klagbaum, Wiedner Hauptstraße, wurde in den Jahren 1581 und 1683 auf Kosten des Bürgerspitals restauriert und im Jahre 1706 das Spital sammt der Kapelle dem letzteren incorporiert.

Die Kapelle der heil. Margareta, schon zur Zeit der ersten Türkenbelagerung bestehend, wurde im Jahre 1578 restauriert und unter K. Ferdinand III. erweitert.

Im Jahre 1626 berief K. Ferdinand II. zur Wiederbelebung der katholischen Kirche Mönche aus dem Orden des heil. Franciscus de Paula nach Wien. Der Resident der Niederlande kaufte ihnen Grund und Boden auf der Wieden, bestehend aus Weingärten, zur Erbauung des Klosters und der Kirche. Wegen Mangel an Geldmitteln machte aber der Bau so langsame Fortschritte, dass die Einweihung der Kirche zu Ehren der heil. Schutzengel erst 1651 stattfinden konnte. Nach den Greueln der Türkenbelagerung wurden die Gebäude wieder hergestellt.

Nach Errichtung des Friedhofes nächst der Karlsgasse durch das Bürgerspital im Jahre 1571 wurde um das Jahr 1640 eine Kapelle zu Ehren des heil. Augustin erbaut, diese im Jahre 1701 umgebaut und im Jahre 1737 erweitert.

Im Jahre 1725 wurde an der Stelle der Kapelle zu Ehren der Vermählung der heil. Maria und des heil. Josef in Matzleinsdorf die Kirche des heil. Florian erbaut und diese zu einer Pfarrfiliale von St. Stephan bestimmt.

Nach Abwendung der Pest im Jahre 1713 machte K. Karl VI. das Gelübde, zu Ehren des heil. Karl Borromäus, in der Technikerstraße eine Kirche zu erbauen. Am 4. Februar 1716 wurde der Grundstein gelegt und am 28. October 1737 die Kirche eingeweiht. Zur Besorgung des Gottesdienstes berief der Kaiser im November 1733 Mitglieder des Ordens der Kreuzherren mit dem rothen Sterne, welche am 1. Mai 1738 den Gottesdienst begannen.

Im Jahre 1745 wurde die Kirche zur heil. Thekla im Collegium der P. Piaristen, Wiedner Hauptstraße, durch milde Beiträge gestiftet und im Jahre 1755 daselbst ein Collegium und Noviziat der Piaristen errichtet.

An neuen Kapellen entstanden: die Rosalienkapelle im Starhemberg'schen Freihause auf dem Obstmarkt im Jahre 1660, die Friedhof-

kapelle zu Mariahilf im ehemaligen Bernhardsthal vor der Matzleinsdorferlinie im Jahre 1675, die Michaelkapelle im Theresianum im Jahre 1657, die Kapelle der schmerzhaften Mutter Gottes im Sonnenhof, Margaretner Hauptstraße, im Jahre 1744, die Kapelle im Hundsthurmer Schlosse (Zeit der Erbauung nicht bekannt), und die Johanneskapellen bei der Matzleinsdorferlinie im Jahre 1748, bei der Favoritenlinie im Jahre 1761 und bei der Hundsthurmerlinie im Jahre 1759.

Bezirk Mariahilf. Die Kirche des heil. Aegidius, Gumpendorferstraße, gieng im Jahre 1571 lehenweise vom Stifte Baumgartenberg an die Abtei Schotten und im Jahre 1678 vollständig in das Eigenthum der letzteren über. Im Jahre 1765 begann der Neubau; am 19. März 1770 fand die Einweihung der Kirche statt.

Im Jahre 1660 wurde von den Barnabiten auf dem von ihnen neu errichteten Friedhofe im Schöff eine Kapelle mit dem Bildnisse Maria's errichtet. Nach deren Zerstörung durch die Türken unternahm Fürst Paul Esterhazy den Bau der Kirche zu Mariahilf, welcher am 20. April 1686 begonnen und im Jahre 1713 vollendet wurde.

Für das Chaos'sche Stift erbaute im Jahre 1754 K. Maria Theresia die Kirche des heil. Kreuzes.

Nachdem K. Leopold I. den beschuhten Karmelitern gestattet hatte, sich in Wien wieder niederzulassen, erwarben sie den Krebs'schen Grund auf der Laimgrube und erbauten mit erhaltenen Almosen Kloster und Kirche zum heil. Josef, wozu am 22. August 1667 der Grundstein gelegt wurde.

An neuen Kapellen entstanden: die Kapelle des Abendmahles Christi, Gumpendorferstraße (Kaserne), im Jahre 1688, und die Johanneskapelle bei der Mariahilferlinie im Jahre 1740.

Bezirk Neubau: Die Kirche Maria Trost, Ulrichsplatz, wurde im Jahre 1590 restauriert und neu geweiht, im Jahre 1651 begann der Umbau des Chores und Thurmes und im Jahre 1672 jener des Schiffes und der Erhöhung des Chores.

Baron Ernst von Mollard erbaute im Jahre 1600 für den Orden der Kapuziner die dem heil. Franciscus geweihte Kirche. Nach der zweiten Türkenbelagerung von Graf Karl Serenyi restauriert, blieb sie im Besitze der Kapuziner bis 1813, worauf Kloster und Kirche die Mechitaristen erwarben.

Der Bürger Michael Knorr stiftete im Jahre 1714 die Kapelle der sieben Zufluchten in der Altlerchenfelderstraße, die in den Jahren 1779—1782 in eine größere Kirche umgebaut wurde.

An neuen Kapellen entstanden: die Dreifaltigkeitskapelle im Andler'schen Hause am Neubau im Jahre 1690, die Marienkapelle im Pfarrhofe der Kirche zu St. Ulrich (das Jahr der Erbauung unbekannt) und die Johanneskapelle im Friedhofe der Pfarrkirche zu St. Ulrich (das Jahr der Erbauung unbekannt).

Bezirk Josefstadt: Im Jahre 1688 gestattete K. Leopold I. dem Barfüßerorden der Allerheiligsten Dreifaltigkeit zur Erlösung der Gefangenen aus Spanien, den sogenannten Weißspaniern, in Wien ein Kloster zu errichten. Sie erwarben von der Regierungssecretärs-Witwe Marie Koch von Adlersburg einen großen Garten sammt Haus in der Alsergasse und erbauten zuerst eine kleine Kapelle. Am 24. Mai 1690 schritten sie zum Bau des Klosters. Am 18. April 1695 wurde der Grundstein zur Kirche gelegt, und diese am 28. December 1698 zu Ehren der heil. Dreifaltigkeit eingeweiht.

Nach Niederlassung des Ordens der frommen Schulen in Wien (1697) wurde am 2. September 1698 der Grundstein zum Collegium und zur Kirche in der Piaristengasse gelegt, im Jahre 1700 das erstere vollendet und im Jahre 1716 die Kirche zu Ehren der heil. Maria Treu eingeweiht.

An neuen Kapellen entstanden: die Kapelle im gräfl. Löwenburg'schen Convicte Piaristengasse im Jahre 1750, die Kapelle des Johann von Nepomuk im Friedhofe der Pfarrkirche zu Maria Treu bei der Lerchenfelderlinie im Jahre 1736 und die Annakapelle in der kais. Reitschule im Jahre 1758.

Bezirk Alsergrund: Nach Errichtung des neuen Pestspitals (Lazareth) im Jahre 1540 wurde die Kirche zu St. Johann im Lazareth in der Währingerstraße umgebaut und am 22. Juni 1579 eingeweiht.

Nachdem der Orden der Serviten im Jahre 1636 die Bewilligung erhalten, sich hier niederzulassen, erwarb er von Katharina Quarient 1638 in der Rossau ein Haus sammt Garten, auf welchem er eine Kapelle erbaute. Durch bedeutende Schenkungen des Grafen Octavio Piccolomini in Besitz der nöthigen Geldmittel gelangt, begann der Orden im Jahre 1651 den Neubau des Klosters und der Kirche in der Servitengasse, und weihte letztere im Jahre 1620 zu Ehren Maria Verkündigung.

Während des deutsch-schwedischen Krieges machte K. Ferdinand III. das Gelübde, nach Besiegung der Schweden zu Ehren der heil. Maria von Monte-Serrato ein Kloster und eine Kirche zu erbauen. Nach der Schlacht bei Lützen (1632) erfüllte er dieses Gelübde, mit der Absicht, dasselbe den

Benedictinern von Monte-Serrato (Schwarzspaniern) zu übergeben, deren Prediger Penalosa im Jahre 1629 mit der Braut des Kaisers, Infantin Maria, nach Wien gekommen war. Am 15. November 1633 wurde der Grundstein gelegt. Nachdem Kloster und Kirche in der zweiten Türkenbelagerung zugrunde gegangen waren, erneuerte der Orden im Jahre 1690 die Kirche und das Kloster, deren Einweihung jedoch erst im Jahre 1727 stattfand. Im Jahre 1779 übersiedelten die Benedictiner zu den Jesuiten, und Kloster und Kirche erhielt das Militärärar.

Im Großarmenhause, Alsergasse, wurde im Jahre 1694 die Kirche zum heil. Kreuz erbaut, diese jedoch im Jahre 1783 abgebrochen und eine neue Kapelle gestiftet.

Am 20. November 1712 wurde der Grundstein zur Kirche zu den vierzehn Nothhelfern im Liechtenthal gelegt und am 21. December 1730 die Einweihung vorgenommen. Bereits im Jahre 1723 hatte deren Abtrennung von der Pfarre Währing und ihre Erhebung zu einer Pfarrkirche stattgefunden. Als im Jahre 1770 die Kirche nicht mehr für die Zahl der Andächtigen genügte, wurde das Schiff verlängert, das Presbyterium neu gebaut und am 21. September 1773 die Kirche neu geweiht.

Nach Errichtung des Spitals für Angehörige des spanischen Reiches wurde am 2. August 1718 der Grundstein zur Kirche der heil. Maria von Mercede im spanischen Spital, Waisenhausgasse, gelegt und am 24. September 1723 die Einweihung vorgenommen.

An neuen Kapellen entstanden: die Kapelle zu Maria-Zell im kaiserlichen Friedhofe nächst den Schwarzspaniern im Jahre 1570; die Rosalienkapelle im Armenhause in der Währingerstraße (Bäckenhäusel) im Jahre 1656; die Kapelle des heil. Rochus im Contumazfriedhofe in der Währingerstraße im Jahre 1647; die Kapelle des heil. Peter und Paul im Strudelhof im Jahre 1691; die Kapelle des heil. Johann des Täufers am Thury im Jahre 1713; die Kapelle der heil. Anna im Armenhause (Blauer Herrgott) auf dem Michelbeuerischen Grunde im Jahre 1759; die Kapelle im Chaos'schen Stifthause im Jahre 1761; die Kapelle des heil. Johann von Nepomuk bei der Währingerlinie im Jahre 1740; die Kapelle vom Abendmahl Christi auf dem St. Stephansfriedhof nächst der Alsergasse im Jahre 1733 und die Kapelle des heil. Johann von Nepomuk an der Nussdorferlinie im Jahre 1735.

Achter Abschnitt.

Handel, Verkehr und Gewerbe.

Auf zwei großen Begünstigungen beruhte, wie wir wissen, die Entwicklung Wiens im Mittelalter als Handelsplatz: auf dem Niederlagsrecht und dem Straßenzwang. Sie waren die Quellen des Emporblühens einer reichen einheimischen Kaufmannschaft und die Hauptursachen, dass Wien der Brennpunkt des ganzen Handelsgebietes der mittleren Donau wurde. Eine ungünstige Wendung in diesen Verhältnissen war aber schon in der zweiten Hälfte des XV. Jahrhunderts eingetreten. Die Kaufleute der süddeutschen Städte hatten die Privilegien der Bürger angegriffen und, als diese nicht abgeändert wurden, die zerrütteten inneren Zustände und die Geldbedürfnisse der Kaiser benützt, um sie zu umgehen. Unter K. Maximilian I. nahmen die fremden Kaufleute das letzte Mal den Kampf auf, diesmal jedoch mit günstigem Erfolg, indem sie Wien mit ihren Warenlagern verließen und sich nach Brünn begaben. Weil der Kaiser dadurch das Einkommen der landesfürstlichen Kammer beeinträchtigt sah, so verloren die Wiener nach mehrjährigen Verhandlungen das Recht, ausländische Handelsartikel allein in Verkehr zu bringen und mussten dieses Recht mit den oberdeutschen Handelsgesellschaften, an deren Spitze die Augsburger Kaufherren standen, theilen. Am 22. Jänner 1515 verkündigte K. Maximilian I. von Innsbruck aus eine neue Niederlagsordnung, worin er den ausländischen Kaufleuten den Handel im Großen und den einheimischen den Kleinhandel überwies, ersteren gestattete, mit ihren Waren wie früher auf den gewöhnlichen Straßen in und durch Niederösterreich zu verkehren und in der Stadt in Bürgers-

häusern zu wohnen, jedoch mit der Beschränkung, dass sie keine Küche halten durften, wenn sie nicht Bürger waren oder Weib und Kind hatten. In einem Tarif waren die Waren und deren Ausmaß verzeichnet, mit welchem sie den Großhandel betreiben durften.

Die Niederlagsordnung vom Jahre 1515 blieb die Grundlage der Handelsbewegung in Wien bis in das verflossene Jahrhundert. Eine Änderung nahm allerdings schon K. Ferdinand I. am 3. März 1536 vor, die aber keinen anderen Zweck hatte, als den Tarif durch mehrere Artikel zu erweitern, welche in der ursprünglichen Ordnung fehlten. Ein anderer Zusatz stellte den Missbrauch der ausländischen Kaufleute ab, auf hiesigem Platze Waren zu kaufen und in kleineren Quantitäten, als vorgeschrieben war, zum Nachtheile der einheimischen zu veräußern. Kaiser Mathias' II. Niederlagsordnung vom 12. August 1615 (confirmiert von Ferdinand II. am 14. Jänner 1625) machte neue Zusätze zu dem alten Warentarif und Kaiser Leopold I. stellte am 16. März 1671 einen völlig neuen Tarif fest, weil die Niederläger erklärten, bei den veränderten Handelsverhältnissen und den neu aufgetauchten Artikeln außer Stande zu sein, die alte Ordnung einzuhalten und weil sie aus diesem Grunde seit Jahren Klagen der einheimischen Kaufleute über Nichteinhaltung der Grenzen ihrer Befugnisse hervorgerufen hatten.

Die Niederläger durften außer den Zöllen und Mautgebüren keine Steuern bezahlen und konnten nur in außerordentlichen Fällen zur Entrichtung freiwilliger Beiträge verhalten werden. In Bezug auf die Ertheilung und die Handhabung der Handelsrechte unterstanden sie der Regierung, hinsichtlich der Gerichtsbarkeit dagegen dem Stadtrathe und dem Stadtgerichte. Sie bildeten unter sich einen bestimmten Genossenschaftsverband, der von der Zunft der einheimischen Kaufleute und Krämer vollständig geschieden war. Ihre Macht lag darin, dass sie im Besitz der Bezugsquellen zahlreicher Handelsartikel waren, welche nicht im Lande erzeugt wurden. Aus diesem Grunde wurden sie auch geduldet, wiewohl deren Mehrzahl zur protestantischen Lehre sich bekannte und für diese die stärkste Propaganda machten; dagegen wurde den protestantischen Bürgern im Jahre 1629 untersagt, bei den Niederlägern ihren Erwerb zu suchen. Selbst Ferdinand III. war genöthigt, den Niederlägern am 10. November 1653 die alten Freiheiten zu bestätigen und nicht bloß sie selbst, sondern auch ihre Witwen, wenn diese den Geschäftsbetrieb fortsetzten, und deren Geschäftsführer von der Gegenreformation unberührt zu lassen.

Die Niederläger mit ihren bedeutenden Capitalien und ihren weitverzweigten Handelsverbindungen ließen eine einheimische Industrie nicht auf-

kommen und nöthigten die Wiener Kaufleute, ihren Bedarf an Spezereien Seiden-, Tuch- und Wollenstoffen, an Gold- und Silberwaren und zahlreichen anderen Artikeln ausschließend aus ihren Lagern zu decken, und da eine strenge Controle über die Einhaltung der Grenzen ihrer Handelsrechte stets schwer geübt werden konnte, so geschah es auch häufig, dass sie dieselben überschritten, und Waren in geringerem Ausmaße, als in der Ordnung vorgeschrieben war, verkauften. Und, was das Schlimmste war, die Wiener mussten die Waren, ob gut oder schlecht, zu theueren Preisen nehmen und die gezahlten Summen wanderten in das Ausland, wodurch die Verarmung der Bevölkerung immer weiter um sich griff.

Diesem Darniederliegen des Handels suchte zuerst K. Leopold I. durch seine Bestrebungen, die inländische Industrie zu heben, entgegenzuwirken. Die Anregung hiezu gab ihm der aus München nach Wien berufene Nationalökonom Dr. Johann Joachim Becher, ein durch seinen Unternehmungsgeist bekannter Mann. Zuerst verbot der Kaiser am 27. Jänner 1659 die Einfuhr einer Reihe von Artikeln in den österreichischen Ländern, „damit nicht so viel bares Geld in's Ausland komme". Hiezu gehörten goldene und silberne, oder mit Gold und Silber durchwirkte Borten, Spitzen und Gallonen, mit Gold und Silber durchwirkte oder gestickte Stoffe und Wehrgehänge, Handschuhe, Hutschnüre, Kästchen von Schildkrot, Ohrgehänge, Halsbänder, seidene Spitzen, Bänder von Gold und Silber, Gegenstände von getriebenem Silber oder anderer künstlicher Arbeit, kostbare Goldarbeit und Kleinodien, ganze, Halb- und Viertel-Castorhüte, ausländische falsche Borten und Hutschnüre, Stützel, Messer, Sporen, ausländisches geschmolzenes Glas, Schreibtafeln, Falschschmuckarbeiten und weiße niederländische Spitzen. Dieses Verbot erstreckte der Kaiser im Jahre 1674 auf die Einfuhr und den Verkauf französischer Waren in Österreich ob und unter der Enns. Brocatzeug, Bänder und andere Luxusstoffe durften nur aus Deutschland, Italien, Holland und der Schweiz bezogen werden.

Im Jahre 1666 hatte der Kaiser ein Handelscollegium in Wien unter der Leitung des berüchtigten Ludwig Grafen von Sinzendorf errichtet, und zu dessen Mitgliedern Becher und den Hofkammerrath Johann von Selb ernannt. Als Aufgabe dieses Handelscollegiums bezeichnete der Kaiser die Ergründung des Handelszustandes und des Verbrauches der verschiedenen Artikel und die Erstattung von Vorschlägen, wie die einheimische Industrie gehoben und die Naturproducte im Lande selbst am besten verarbeitet werden könnten, damit der fortwährenden Geldausfuhr abgeholfen werde. Im Jahre 1669 wollte der Kaiser durch die Gründung einer Occidentalischen

Compagnie den Absatz inländischer Producte fördern, wobei als Hauptabsatzquelle Holland ins Auge gefasst war. Die Ausfuhrartikel bildeten Wein, Brantwein, Eisen, Stahl, Messingdraht, zubereitetes Leder und Leinwand. Auf den Rath Becher's ließ der Kaiser eine Probe von 50 Eimern Wein nach Holland bringen und entsendete auch Becher dorthin, damit dieser über den Erfolg der Probe seine Beobachtungen machte. Ungeachtet der großen Hitze litten die Weine, insbesondere jene von Russdorf, Margareten und Kreutz nur wenig, und die Holländer fanden an denselben solchen Geschmack, dass den Österreicher Weinen gegenüber den Rheinweinen in Amsterdam und Haag der Preis zugesprochen wurde. Und doch blieb es nur bei diesem Versuche, indem die Weinproducenten das Wagnis weiterer Sendungen scheuten. Nicht besser ergieng es mit der Gründung der Orientalischen Handelscompagnie, welche den Absatz der Waren in die Türkei vermitteln sollte. Sinzendorf und mit ihm andere Minister und einige Niederläger wollten mit dem Handel in den Orient selbst ein gewinnbringendes Geschäft machen; sie übertrugen die Leitung dem Passauer Handelsmanne und Wiener Niederläger Triangel Fuchs, der aber durch verfehlte Speculationen in der kürzesten Zeit die Compagnie zugrunde richtete. Als Becher die Wahrnehmung gemacht hatte, dass weit mehr Eigennutz als wirkliches Interesse an der Hebung des Handels die Triebfeder dieser Unternehmungen war, und seine wohlgemeinten Rathschläge bei der Gründung der Orientalischen Compagnie nicht berücksichtigt wurden, verließ er Österreich und beklagte sich bitter über den erfahrenen Undank und das schmutzige Treiben des Ministers Sinzendorf.

Ganz verloren giengen aber die Bestrebungen des Kaisers nicht. Gleich nachdem Ungarn fester an das Reich geknüpft und Versuche zur Germanisierung des Landes gemacht worden waren, breitete sich auch der Handel der Wiener Kaufleute nach Ungarn aus. Die Regierung hatte ein natürliches Interesse, dass diese die ungarischen Märkte häufig besuchten und den Absatz der fremden, ausländischen Waren vermittelten. Noch günstiger gestalteten sich die Verhältnisse nach dem Passarowitzer Frieden (1718). Sechs Tage nach dem Abschluss desselben kam ein Handelsvertrag mit der Türkei zustande, der die Beziehungen der handeltreibenden Unterthanen beider Staaten regelte, den Österreichern bedeutende Vorrechte einräumte und den ersten Anstoß zur Niederlassung türkischer Kaufleute in Wien gab, denen große Handelsfreiheiten gewährt wurden; gleichzeitig beschäftigte sich die Regierung eingehend mit Verfügungen zur Belebung des Handels. K. Karl VI. rief am 27. Mai 1719 die Orientalische Handelscompagnie in Wien

ins Leben, welcher allein das Recht zustand, mit allen Kaufmannsgütern zu Wasser und zu Land, insbesondere auf der Donau durch Ungarn nach der Türkei Handel zu treiben, und Fabriken und Schiffswerften an allen Orten anzulegen. In ihren Besitz kam auch die Linzer Tuchfabrik. Auf die langgestreckten Küsten, die der Kaiser sein Eigen nannte, richtete man das Augenmerk. Triest und Fiume, Buccari und Porto-Rè, Carlopago und Zengg, dann die neapolitanischen Seehäfen, endlich jene an dem belgischen Gestade wurden gemustert, um die zur Gründung großer Handelsetablissements geeignetsten Plätze zu wählen; in den Häfen Ostindiens, der Türkei Rußlands und Spaniens wehte die österreichische Flagge. Für Wien war es von Bedeutung, daſs im Jahre 1719 Triest und Fiume Freihäfen wurden, wodurch der Handel nach Italien und dem Mittelländischen Meere einen großen Aufschwung zu nehmen versprach. Da aber ein solcher ohne eine Verbesserung der Verkehrswege nicht zu erwarten war, so ließ K. Karl VI. im Jahre 1728 den Bau der für den Wiener Handel so wichtigen Kunststraße nach Triest über den Semmering in Angriff nehmen. Gleichzeitig hatte er aber auch sein Augenmerk auf die Verbesserung anderer Straßen, auf die Schiffbarmachung von Flüssen, die Regulierung der Mauten und die Aufstellung eines ordentlichen Wechselrechtes gerichtet und zur Befestigung des Handelscredites im Jahre 1734 eine Fallitenordnung ins Leben gerufen.

Von dem gleichen Geiste erfüllt, setzte K. Maria Theresia 1752 den Hofkommerzienrath ein, um, wie es wörtlich heißt, „der österreichischen Handlung im Ganzen eine neue Wendung zu geben“. Diese Einrichtung erwies sich freilich mehr wohlgemeint als nützlich, denn die Tendenz dieser Behörde war, so viel wie möglich die Einfuhr zu erschweren, ohne daſs sie über die Bedürfnisse der Bevölkerung und den Stand der Industrie genau unterrichtet gewesen wäre. Durch den Mangel an Verständnis von Seite der leitenden Personen verfiel sie auf die mannigfaltigsten Experimente, wie auf die Gründung von sechs Handelscompagnien, von denen jede den Absatz gewisser Artikel zu fördern hatte. Keine derselben vermochte sich aber lange zu behaupten, und sie schädigten den ohnehin von Geldverlegenheiten heimgesuchten Staat dadurch, daſs sie die gewährten Geldvorschüsse nicht zurückbezahlten. Nebstbei bemächtigte sich mancher Unternehmungen abermals ein unsauberer Speculationsgeist. Es drängten sich dazu nicht bloß Kaufleute, sondern auch Adelige, die schnell reich werden wollten und zu waghalsigen Unternehmungen sich verleiten ließen. Gleichzeitig dachte man aber auch auf eine bessere geistige Ausbildung des Handelsstandes und

begründete zu diesem Zwecke die Realakademie. Eine weitere Folge dieser Bestrebungen war die am 22. Mai 1774 erfolgte Aufhebung der Freiheiten der Niederläger, an deren Stelle die Großhändler traten, die das Recht der Erwerbung bürgerlicher, unbeweglicher Güter und des Incolats ständischer Gülten, ohne Rücksicht auf die Unterschiede in der christlichen Confession, erwarben.

K. Josef II. hielt ebenfalls an dem Grundsatze fest, dass durch hohe Einfuhrzölle Handel und Industrie des Inlandes zu heben seien. Aber er erkannte zugleich die Nothwendigkeit, die Warenausfuhr zu heben und dadurch den Repressalien anderer Staaten gegen das Prohybitivsystem entgegenzuwirken.

Als man sich mit der Ergründung der Ursachen einer stärkeren Warenausfuhr beschäftigte, schrieb ein genauer Kenner der industriellen Zustände Wiens, der frühere Niederläger Weinbrenner, dass den Wiener Kaufleuten zu einer stärkeren Ausfuhr die nöthigen Kenntnisse und Verbindungen, dann aber auch die hiezu nothwendigen Fonds fehlten. Von Seite der Regierung dagegen geschehe noch immer zu wenig für die Verbesserung der Straßen, für die Einführung vernünftiger Zolltarife und die Erleichterung der Manipulation bei den Zoll- und Mautämtern, weil man den Wohlstand des Staates nicht in dem Wohlstande der Bürger, sondern in Erhöhung des Staatscredites suche, wodurch die Capitalien nicht wie in anderen L ändern der Industrie, sondern den Staatscassen zuflößen. Diese Mahnung blieb nicht unberücksichtigt. Man beschäftigte sich mit der Hebung und Verbesserung der Handelswissenschaften. Im Jahre 1786 trat die Commercial-, Leih- und Wechselbank ins Leben, welche ihre Capitalien ausschließlich der Industrie und dem Handel zuwandte, und im Jahre 1788 erschien eine neue Zollordnung.

Unter dem Einflusse der folgenden Kriegsjahre litt der Handel, insbesondere nach dem Verluste der Häfen und nach Einführung des Continentalsystems. Erst nach dem Jahre 1816 begann wieder eine regere Thätigkeit. K. Franz I. suchte das Absatzgebiet durch neue Schiffahrtsordnungen und Handelsverträge mit auswärtigen Mächten zu erweitern. Im Jahre 1816 errichtete er eine eigene Commerz-Hofcommission, deren Aufgabe die Ausarbeitung eines gleichförmigen Zollsystems für alle Provinzen der Monarchie mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone war. Für die letzteren wurde ein besonderes Zoll- und Dreißigsystem beibehalten. Im Jahre 1822 veröffentlichte die Regierung einen Tarif für den Durchzugshandel, der im Jahre 1829 in verbesserter und vereinfachter Gestalt erschien. Ebenso sorgte der Kaiser für die Fortsetzung des Baues der Kunststraßen und die

Erweiterung der Wasserbauten, wobei wir nur auf die Arbeiten zur Regulierung des Donaustromes und die Anlage des Wiener Neustädter Canales (1797), der nach dem ursprünglichen Plane bis Triest fortgeführt werden sollte, verweisen. Von besonderer Bedeutung für den Wiener Handel war endlich die Gründung der Nationalbank im Jahre 1816, wodurch die Geldverhältnisse neu geordnet wurden. Durch diese und ähnliche Schritte der Regierung vermehrte sich in den nächsten Decennien die Zahl der Wiener Artikel auf den auswärtigen Handelsplätzen. Wir begegnen zwischen den Jahren 1820—1830 Glaswaren, Clavierinstrumenten, Stockuhren, Wagen, Riemer- und Drechslerwaren aller Art, Seide, Sammt und Schafwollstoffen, Leder, Kleider, Hüte u. s. w. als gesuchten Waren in Deutschland wie in Italien, der Türkei und Russland. Inzwischen reiften aber neue Anschauungen über die zu befolgende Handelspolitik. In den Jahren 1830—1832 wurde eine umfassende Enquête über die gewerblichen und industriellen Zustände veranstaltet, worauf im Jahre 1836 die neue Zoll- und Monopolsordnung und im Jahre 1838 ein neuer Zolltarif erschien. Gleichzeitig begannen die in den Jahren 1835, 1838 und 1845 veranstalteten gewerblichen Ausstellungen ein Bild des Standes und der Fortschritte der einheimischen Industrie zu geben. Die bald darauf begonnene Agitation zum Eintritte der österreichischen Erbländer in den deutschen Zollverein begründete in ihren weiteren Folgen eine neue Epoche in der Entwicklung des Wiener Handels.

Von nicht geringem Einflusse auf die Schwankungen in den Handelsbeziehungen Wiens im XVI. und XVII. Jahrhundert war der theils durch die häufigen Kriege, theils auch durch eine sorglose Verwaltung herbeigeführte schlechte Zustand der bestehenden Straßen. In den Jahren 1529 und 1532 war die Straße von Wien über St. Pölten nach Linz so ruiniert, dass der Warenzug durch das V. O. M. B. gehen mußte. Allerdings hatte schon K. Rudolf II. auf eine bessere Erhaltung der Straßen hinzuwirken gesucht und dieselbe dort, wo Mauten bestanden, den Mautinhabern, im Burgfrieden der Städte und Märkte den Gemeinden, und auf dem Lande den Dorfobrigkeiten übertragen. Eine wesentliche Besserung trat insolange nicht ein, bis nicht die Regierung selbst auf die Erhaltung der Hauptstraßenzüge directen Einfluss nahm, und erst das Straßenpatent K. Karl's VI. vom Jahre 1724 strebte eine durchgreifende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an.

Bis in die neueste Zeit liefen von Wien nur vier Handelsstraßen aus: von der St. Marxerlinie nach Ungarn, von der Matzleinsdorferlinie nach Triest, von der Mariahilferlinie nach Salzburg und Süddeutsch-

land und von der Taborlinie durch Böhmen nach Sachsen, und durch Mähren nach Polen und Rußland. Von dem Bestande der alten Reichsstraße, die sich über Döbling und Klosterneuburg hinzog, findet sich schon im XV. Jahrhundert keine Spur mehr. Einen Zuwachs erhielten diese Hauptstraßenzüge erst durch die Eisenbahnen. Von diesen wurde die Kaiser Ferdinands-Nordbahn in ihrer ersten Strecke bis Wagram am 6. Jänner 1838, bis Gänserndorf am 16. April 1838, bis Dürnkrut am 9. Mai 1839, bis Lundenburg am 6. Juni 1839, und der Flügel nach Stockerau am 26. Juli 1841 eröffnet. Die Wien-Gloggnitzer Bahn begann ihren Verkehr am 20. Juni 1841 bis Mödling, am 24. October 1841 bis Neunkirchen und am 5. Mai 1842 bis Gloggnitz, am 28. September 1845 auf ihrem Flügel von Mödling bis Laxenburg, am 12. September 1842 auf ihrem Flügel von Wien nach Bruck a. d. Leitha (Raaber Bahn) und am 20. August 1847 auf ihrem Flügel von Neustadt nach Ödenburg. — Die einzige Wasserstraße Wiens, die Donau, einst von so großem Werte für die Stadt, hatte seit dem XVI. Jahrhundert in Bezug auf den Handel eine geringere Bedeutung. Versuche zur Hebung des Donauhandels wurden unter K. Leopold I. und Karl VI., doch ohne bedeutenden Erfolg gemacht. Getreide und Holz blieben von Linz aus die Hauptfracht der Schiffe und Flösse. Nur von Wien abwärts war der Verkehr lebhafter. Erst K. Maria Theresia und K. Josef II. ermöglichten durch Sprengungen am sogenannten Strudel und Wirbel in den Jahren 1778 und 1791 die gefahrlose Beschiffung der oberen Donau. Mit dem Beginn der Dampfschiffahrt im Jahre 1831 gewann der Donauhandel eine größere Ausdehnung. Für Wien blieb aber immer das größte Hindernis einer Benützung des Flusses der Mangel eines guten, gesicherten Hafens, wie bereits Karl VI. die Anlage eines solchen ins Auge gefaßt hatte. Einen Zuwachs an Wasserstraßen erhielt Wien zwar, wie schon erwähnt wurde, durch den Wiener-Neustädter Schiffahrtscanal, der jedoch dadurch, daß er nicht seine ursprüngliche Ausdehnung erhielt, für die Stadt von geringerer Bedeutung war.

Das alte Jahrmarktprivilegium der Stadt (von 1382) blieb in Wirksamkeit und nur die damit verbundenen beiden Volksfeste: das Scharlach- und das Pferderennen, wurden im Jahre 1534 aufgelassen. Erst am 26. Mai 1771 erhielt Wien eine neue Ordnung für die zwei Jahrmärkte. Der früher für den Christi-Himmelfahrtstag (26. Mai) angeordnete Beginn des Frühlingsmarktes wurde auf den nächsten Montag nach Jubilate und dessen Dauer bis Sonnabend nach Pfingsten, der Beginn des

früher auf den Katharinentag (25. November) verlegten Herbstmarktes auf den Allerheiligentag (2. November) und dessen Dauer bis zum Sonnabend vor dem Adventsonntag festgesetzt. Nach der Zollordnung vom Jahre 1784 konnten alle Krämer, Fabrikanten und Händler der erbländischen Provinzen die Wiener Jahrmärkte besuchen. Den Platz für die Jahrmärkte verlegte die Gemeinde im Jahre 1782 von der inneren Stadt auf den Platz bei den sogenannten Schwarzspaniern. Von den Vorstädten erlangte nur die Leopoldstadt im Jahre 1671 das Recht der Abhaltung eines Jahrmarktes, der am St. Margaretentag begann, und die Rossau im Jahre 1742 das Recht der Abhaltung dreier Jahrmärkte für Töpferwaren vom 30. Juni bis 26. Juli, für Holzwaren vom 24. April bis 7. Mai, dann vom 23. September bis 6. October. Auch für die Wochenmärkte, welche den Verkauf der Lebensmittel zum Zweck hatten, wurden der Dienstag und Samstag beibehalten und um das Jahr 1578 auch der Freitag dazu bestimmt. Der Tandelmarkt, für die Bedürfnisse der ärmeren Volksclassen vor dem Kärntnerthore errichtet, wurde im Jahre 1671 in die Leopoldstadt, von hier im Jahre 1733 wieder vor das Kärntnerthor und im Jahre 1816 an den Standplatz vor die Heumarktkaserne verlegt. — Gegen den Vorkauf erflossen in den Jahren 1510, 1528 und 1542 strenge Verordnungen. Ungeachtet aller dagegen verhängten Leib- und Geldstrafen verstummten die Klagen über denselben nicht und fanden in allen späteren Marktordnungen aus den Jahren 1568, 1647, 1665, 1754, 1772, 1775, 1791 und 1792 Ausdruck, ja sie finden sich noch in den Marktordnungen unserer Tage. — Die Marktplätze hatten sich durch die Hinausrückung der Stadtmauern um die Seilerstätte, den Platz nächst dem Rothen Thurm und den Salzgries vermehrt. Die Bestimmung der einzelnen Plätze wechselte aber je nach dem Bedürfnisse des Marktverkehres.

Angesichts der Wirkungen der Niederlagsordnung vom Jahre 1515 auf den einheimischen Handel und des Niederganges der Industrie blieb für die Bürger auch in der neueren Zeit eine Hauptquelle des Erwerbes der Weinbau, den K. Ferdinand I. in seinem Stadtrechte vom Jahre 1526 als die „meiste Nahrung der Stadt Wien“ bezeichnete. Nach dem Weinbuche des Schulmeisters bei den Schotten Johann Rasch vom Jahre 1584 galt das Wiener Gebirge, welches sich vom Wienflusse an bis nach Piesting auf der östlichen Abdachung des Wiener Waldes ausbreitete, „als das herrlichste, mächtigste, trächtigste und größte Österreichs“. Vom Gumpoldskirchner Wein bemerkt derselbe: „Wer Gumpoldskirchers trinkt

zwei maß, der kan allein nit gehn sein straß". Zur Zeit der zweiten Türkenbelagerung war ein Theil der Landstraße, und zwar vom Wienfluss bis zum Augustinerkloster, dann längs des Rennweges bis St. Marx, der größte Theil der Wieden, ganz Matzleinsdorf, Margareten, Hundsthurm, die Anhöhen in Mariahilf und Neustift, Lerchenfeld, Breitenfeld und die Alserstraße dicht mit Weingärten bedeckt. Erst in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts begann sich durch die Ausbreitung der Vorstädte die Zahl der Weingärten zu verringern, und die letzten Überreste derselben finden sich in unserem Jahrhunderte auf dem Boden der Vorstädte Matzleinsdorf und Lerchenfeld. Zu den Weingärten mittlerer Gattung wurden im Jahre 1673 von Sixfey in seinem „unterösterreichischen Compass" die Rieden in Gumpendorf, Penzing, Meidling, Hundsthurm, Nikolsdorf, Simmering und Erdberg gerechnet.

Die Wiener Bürger genossen nach dem Stadtrechte vom Jahre 1526 das ausschliessliche Recht der Anlage neuer Weingärten im Umfange des Burgfriedens. Fremde Weinzierler und Hauer waren von der Errichtung neuer Weingärten ausgeschlossen. Die Bürger machten aber von dem Rechte des Weinbaues so umfassenden Gebrauch, dass sie die Ausübung von Gewerben vernachlässigten, weshalb K. Ferdinand I. jenen Bürgern, die Handwerker waren, im Jahre 1559 untersagte, neue Weingärten zu den schon von ihnen besessenen zu kaufen. Nachdem der Kaiser infolge der ungünstigen Wirkung dieser Verfügung dieselbe am 13. November 1563 zurückgenommen, erließ K. Maximilian II. zwei Jahre später (29. Jänner 1565) ein das ganze Land berührendes Generale, worin er die Anlage neuer Weingärten auf solchen Gründen, die zum Anbau von Feldfrüchten geeignet wären, untersagte, damit nicht eine Vertheuerung des Getreides einträte und der Lohn der Arbeiter in den Weingärten zu sehr in die Höhe gienge. Bei diesem Verbote blieb es auch in späterer Zeit, wie die Verordnungen aus den Jahren 1679 und 1730 zeigen, die für Wien übrigens keine praktische Bedeutung hatten, weil sich durch die Fortschritte im Bau der Vorstädte nach der zweiten Türkenbelagerung ohnehin die Weingärten von Jahr zu Jahr vermindert hatten.

In Bezug auf die Pflege des Weines erfahren wir durch die „Praktiken" des Schulmeisters Rasch die im XVI. Jahrhundert bestandenen Gewohnheiten. Gegen die Schäden durch Hagel empfiehlt er besonders wirksam das Bestreuen der Ecken der Weingärten mit Korallenpulver. Als Erfordernis einer guten Kellerwirtschaft bezeichnet er die Lage der Keller gegen Süden, das Ausspülen der Weinfässer mit Salzwasser und ihre Ausräucherung mit Weihrauch und zur Zeit der Gährung das Einhängen

von Bockshornkraut, Myrten und Aloeholz in die Fässer. Für das Abziehen der geringeren Weine empfiehlt er den Winter und für das der rauhen und starken Weine das Frühjahr und den Sommer. Um schwachen Wein stark zu machen, spüle man, nach seiner Vorschrift, ein Fass zuerst mit Salzwasser aus, nehme ein halbes Pfund Johanniskraut, ein halbes Pfund Zucker und ein halbes Pfund Zimmetrinde, siede es gut in einem Kessel und seihe es im warmen Zustande durch ein Tuch in das mit Wein gefüllte Fass, und verschließe das Ganze bis auf eine Öffnung, die handbreit groß ist. Dagegen räth er von der Verbesserung abgestandener und gebrochener Weine mit Alaun, Schwefel und Kalk als gesundheitsschädlich ab. Zur Umwandlung von weißen Weinen in rothe schlägt Rasch vor, den gesottenen Honig so hart wie Stein werden zu lassen und denselben nach vorgenommener Pulverisierung in den weißen Wein zu legen.

Der Weinschank im Kleinen blieb das ausschließliche Recht der Wiener. Niederläger durften blos den Handel mit ausländischen Weinen treiben. Die Klöster behaupteten die Freiheit fort, ihre Bauweine mautfrei in Wien einzuführen und hielten Weinschänken, meist in Kellern, welche von den Weinkennern stark besucht wurden. Die zum Hofstaat gehörigen Personen und die Mitglieder der Universität durften nur den ererbten oder erheirateten Wein in die Stadt führen und den nicht zum Hausgebrauch erforderlichen Theil ausschenken. Von jedem Eimer Wein hatten die Wiener ein Zapfen- und Umgeld zu bezahlen. Die freie Ein- und Durchfuhr ungarischer Weine blieb so wie in alter Zeit strenge verboten. Nur den drei Grenzstädten: Neustadt, Heimburg und Bruck a. d. Leitha war es erlaubt, ihren auf ungarischem Boden gebauten Wein in Österreich ungehindert zu vertreiben. Außerdem bedurfte jedermann für den ausnahmsweisen Bezug von ungarischen Weinen besonderer Passbriefe und nur in Zeiten von Missernten wurde die Einfuhr freigegeben, weil das Bedürfnis des Weingenusses für den Armen wie für den Reichen gleich groß war. Der Handel mit italienischen, spanischen und französischen Weinen im Großen lag in den Händen der Niederläger. Für den Ausschank der sogenannten „süßen Weine" im Kleinen hatte man Concessionen an Krämer und Wirte ertheilt. Weil sich aber in den Häusern, wo süßer Wein ausgeschenkt wurde, viele leichtfertige Personen aufhielten, so beauftragte die Regierung im Jahre 1664 den Stadtrath mit dem Ausschank dieser Weine und der Errichtung von Tavernen, die jedoch wegen verschiedener Unzukömmlichkeiten nur kurze Zeit im Betriebe standen.

Die Erzeugung und der Ausschank des Bieres ohne besondere Bewilligung der Regierung war unter K. Friedrich III. in Gegenden, wo der

Weinbau betrieben wurde, verboten. Auch in späteren Jahrhunderten wurde noch daran festgehalten. In Missjahren, wie 1551 und 1566, durfte insbesondere Bier aus Weizen oder Gerste nicht gebraut werden. Erst K. Rudolf II. gestattete im Jahre 1579 den Klöstern, Schlössern, Städten und Märkten das Bierbrauen; er verbot es dagegen den Bewohnern des flachen Landes. Im Jahre 1602 verordnete die Regierung, dass in guten Getreidejahren der Eimer Bier höchstens mit sechs Schillingen verkauft werden dürfe.

In Wien hatte noch im Jahre 1699 das Bürgerspital innerhalb des Burgfriedens das ausschließliche Recht des Bierbrauens und es hatte dasselbe nach der Zerstörung des Brauhauses in der Vorstadt vor dem Kärntnerthor im Bürgerspital zu St. Clara ausgeübt; das Brauhaus im Unteren Werd, das schon zu Ende des XVI. Jahrhunderts im Betriebe war, lag außerhalb des Burgfriedens und das Brauhaus zu St. Marx entstand erst nach dem Jahre 1706. Gleichfalls außerhalb des alten Burgfriedens lagen die Brauhäuser am Hundsthurm, in Gumpendorf, und in Margareten. Von diesen war das Brauhaus in Gumpendorf bereits im Jahre 1564 Eigenthum des Grafen Königseck und erwarb im Jahre 1689 das ausschließliche Recht zum Brauen von Weißbier; das Brauhaus in Margareten stand seit dem Jahre 1732 in Betrieb. In unmittelbarer Nähe Wiens gab es im Jahre 1732 folgende Brauhäuser: in Simmering, Kaiser-Ebersdorf, Schwechat (drei), Mannswörth, Fischamend, Zwölfaxing, Pottendorf, Schwadorf, Baden, Schellenhof, Biedermannsdorf, Heimburg, Hütteldorf und Stockerau. Auch aus Breslau, Prag und Regensburg wurde zu jener Zeit Bier in unsere Stadt verführt. Um dem neuen Großarmenhause in der Alserstraße eine Einnahmsquelle zu verschaffen, ließ man dieses seit dem Jahre 1687 einen Aufschlag auf die Einfuhr fremder Biere einheben. Vom Weizenbier kannte man drei Gattungen: das Weißbier, Doppelbier und Weinbier, vom Gerstenbier fünf: Weiß-Gerstenbier, Braunbier, Märzenbier, Luftbier (aus Gerste, die in der Luft getrocknet wurde) und Einbock; Haferbier wurde nur in Horn und Trost erzeugt.

Sowie die fremden Kaufleute den Handelsgeist der einheimischen Bürger lähmten, ebenso übten sie auch eine nachtheilige Wirkung auf die Entwicklung der Gewerbe aus. Wir wissen aus dem Mittelalter, dass schon damals die Mehrzahl der Wiener Gewerbe nicht einen solchen hohen Grad von Ausbildung besaß, dass sie mit den Erzeugnissen der Handwerker anderer deut-

scher Städte erfolgreich in Concurrenz hätte treten können. Wie konnten sich die Verhältnisse bessern, nachdem es den deutschen Kaufmannschaften ermöglicht war, mit ihren, die wichtigsten Gebiete der gewerblichen Thätigkeit umfassenden Waren den Markt zu beherrschen, so dass fast nur die eigentlichen Nahrungsgewerbe ohne fremde Concurrenz blieben. Schon nach der Niederlagsordnung vom Jahre 1515 durften die Niederläger nicht bloß Spezereien und Confecte aller Art, sondern auch Goldspulen, Borten, Nähseide, Zendal, Schamot, Taffet, Salin, Wachs, Sammt, Damast, Atlas, Glasscheiben, Zwilch, Leinwand, Barchent, alle Gattungen Kurzwaren, Nürnbergerkram, Tücher, Kürschnerwaren, Häute, Gold- und Silbererzeugnisse kaufen und verkaufen, und in den folgenden Niederlagsordnungen wurde die Zahl der Artikel noch bedeutend vermehrt. Es kann daher nicht Verwunderung hervorrufen, dass die Bürger mit Vorliebe den Weinbau betrieben und die Ausübung der Gewerbe zum großen Theile fremden, aus dem Auslande zugewanderten Handwerkern überließen. Aus einem Häuserverzeichnisse vom Jahre 1566 ist zu ersehen, dass nicht mehr als der dritte Theil der Häuser in der inneren Stadt im Besitze von Bürgern war, welche sich mit dem Betriebe von Gewerben beschäftigten.

Zum nicht geringen Theile trugen aber unzweifelhaft auch die Türkenkriege und locale Ursachen zur untergeordneten Stellung der Gewerbe bei. Erstere störten die ruhige Entwicklung der Gewerbe, die Lust zu weitreichenden Unternehmungen, und nöthigten oft Meister und Gesellen zum Wach-, ja selbst zum Kriegsdienste. Zu den localen Ursachen gehörte die große Verringerung der bürgerlichen Häuser in der inneren Stadt, wodurch die Handwerker immer mehr genöthigt wurden, sich in den Vorstädten niederzulassen. Wie konnten dort Gewerbe gedeihen, wo jeder Besitz von Jahr zu Jahr einer Zerstörung durch den Feind oder einer Demolierung aus fortificatorischen Gründen preisgegeben war!

Wie K. Ferdinand I. der Stadt eine neue Verfassung gab, so erhielt sie auch von ihm, und zwar ein Jahr später, eine neue Handwerksordnung (ddo. Gran, 5. December 1527) mit der Begründung, dass sie auf Wunsch des Landtages gegeben werde und dazu bestimmt sei, den Aufschwung der Stadt zu fördern „weil Wien seit einiger Zeit zurückgehe und die Handwerke sich in großer Unordnung befinden". Diese Handwerksordnung, speciell für die Verhältnisse Wiens berechnet, ergänzte die Polizei- und Handelsordnung, welche der Kaiser in demselben Jahre den österreichischen Landen verliehen hatte. Die Wiener Handwerksordnung des Jahres 1527 kennzeichnete sich dadurch, dass die Einflussnahme der Zünfte auf die Verleihung der Gewerbe wesentlich beschränkt und nicht bloß das Verhältnis der Zunft zu

den Meistern und der Meister zu den Gesellen, sondern auch der Handwerksbetrieb im Einzelnen durch sie geregelt wurde.

Wer das Meisterrecht erwerben wollte, war nicht mehr abhängig von seiner ehelichen oder unehelichen Geburt, auch nicht von dem Ausspruche der Zunftmeister. Er hatte sich dem Bürgermeister vorzustellen, welcher durch eine Commission, bestehend aus zwei Mitgliedern des Stadtrathes und zwei äußeren Räthen, und drei Meistern die Eigenschaften des Bittstellers prüfen ließ. Lastete auf ihm keine unehrbare Handlung, wies er nach, dass er die Artikel seines Handwerkes kenne, und versprach er zu niemands Schaden zu arbeiten, so wurde ihm das Meisterrecht verliehen. Der neue Meister legte in die Hände des Bürgermeisters einen Eid ab und verpflichtete sich darin auch zur Erwerbung des Bürgerrechtes.

Jede Zunft war angewiesen, den bisherigen Gottesdienst bei den Kirchen und Klöstern beizubehalten und zu dessen Unterhalt eine besondere Lade zu führen, welche Bestimmung zu der später erfolgten zahlreichen Vermehrung der Bruderschaften wesentlich beitrug. Zwar sollte das Geld zu nichts anderem als zur Verherrlichung des Gottesdienstes dienen; es blieb aber keineswegs dabei, sondern aus den Zunftladen wurden oft auch die Kosten der nach der Abhaltung des Gottesdienstes veranstalteten Trinkgelage bestritten. Am Frohnleichnamstage hatten alle Zünfte sich in der Kirche zu St. Stephan einzufinden und der Procession beizuwohnen. In einer im Jahre 1528 publicierten Ordnung wurde die Reihenfolge bestimmt, in welcher sie der Frohnleichnamsprocession beizuwohnen hatten. In Kriegszeiten mussten die Handwerker dem vom Fürsten an sie ergangenen Ruf folgen und Kriegsdienste leisten.

Gestützt auf diese Ordnung, hatten die Zechen und Zünfte ihre inneren Angelegenheiten zu regeln. Nach dem Tode K. Ferdinand's I. ließen sich die Handwerker von dessen Nachfolgern die jede einzelne Zunft berührenden Artikel in besonderen Briefen bestätigen.

Erst Kaiser Leopold I. nahm an der Handwerksordnung vom Jahre 1527 eine durchgreifende Änderung vor. Den Anlass hiezu bot die große Theuerung der Waren. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, dass daran nur die übermäßige Gewinnsucht der Handwerker Schuld trage und es Pflicht der Regierung sei, das Publikum gegen willkürliche Übervortheilungen zu schützen, gieng K. Leopold I. in der Überwachung der Handwerke noch weiter, indem er mit dem Patente vom 21. Juni 1689 Tarife aufstellte, nach denen bei dem Verkaufe der Waren vorgegangen werden sollte. Wie die Erfahrung zeigte, erwies sich aber diese Maßregel als unzureichend. Die Zünfte

klagten über die bestehenden hohen Preise der Rohproducte und über die in den Vorstädten arbeitenden Handwerker, welche in eine der bestehenden Genossenschaften theils nicht eintreten wollten, theils auch wegen ihres protestantischen Glaubensbekenntnisses nicht eintreten konnten. K. Josef I. trat im Jahre 1708 der willkürlichen Vermehrung der Zünfte dadurch entgegen, dass er das Recht zur Einführung von Zechen und Zünften und die Ertheilung von Innungsartikeln, Privilegien und Freiheiten für sich allein in Anspruch nahm. In der Absicht, durch Vermehrung der Concurrenz den alten störrischen Zunftgeist zu brechen, entschloss sich K. Karl VI. zur Aufhebung der aus der Zeit religiöser Intoleranz hervorgegangenen Bestimmung, wonach nur Katholiken zum Bürgerrecht zuzulassen seien, und schuf mit der Verordnung vom 12. April 1725 eine ganz neue Gattung von Gewerbetreibenden, die auch ohne die Erwerbung des Bürgerrechtes ein Gewerbe betreiben konnten. Er verlieh gegen Entrichtung einer bestimmten Taxe sogenannte Schutzbefugnisse an katholische und protestantische, fremde und einheimische Gesellen, die sich bereits eine zeitlang in Wien aufhielten, jedoch nur für ihre Person und ohne das Recht zur Haltung von Gesellen. Anfangs mussten diese Befugnisse von Jahr zu Jahr erneuert werden; aber auch diese Beschränkung fiel in der Handwerksordnung vom Jahre 1732. Ebenso hatte K. Karl VI. in seiner Abneigung gegen die Zünfte in demselben Jahre jedermann gestattet, gewisse Artikel ohne Eintritt in eine Zunft zu erzeugen, woraus dann die sogenannten freien Beschäftigungen hervorgiengen.

Durch die freiere Bewegung in den Gewerben, im Zusammenhange mit der sich entwickelnden Fabriksindustrie, fühlten sich die Zünfte in ihrer Existenz bedroht. Auf deren Andringen befahl K. Maria Theresia im Jahre 1740, dass bei jenen Zünften, die eine zu große Zahl von Meistern besaßen, mit der Verleihung neuer Gewerbe innezuhalten sei und insbesondere die in den Vorstädten ansässigen Schuster, Schneider, Schlosser und Tischler vermindert werden sollen, „damit die Bürgerschaft bei zulänglicher Nahrung und Contributionskraft erhalten werde“. Von diesem Zeitpunkte an, begann die abgesonderte Behandlung der Polizei- und Commercialgewerbe, und das Patent vom 4. Jänner 1754 bestimmte jene Gewerbe, deren Verleihung und Überwachung einerseits der Commercialdirection und anderseits dem Wiener Magistrate zufielen. Dagegen erklärte die Kaiserin im Jahre 1755 ausdrücklich, dass sie nicht gesonnen sei, unzünftige Gewerbe zünftig zu machen und sie verbot im Jahre 1775 den Fortbestand der für die Industrie so schädlichen, noch aus der Zeit Herzog Rudolfs IV.

stammenden Gepflogenheit, auf neue Häuser Gewerbe zu radicieren und Personalbefugnisse zu verkaufen. Unter dem Einflusse der Theresianischen Gesetzgebung nahm die gewerbliche Industrie unter K. Josef II. und K. Franz I. einen bedeutenden Aufschwung, K. Franz I. suchte die Gewerbe dadurch zu schützen, dass er im Jahre 1802 die Verleihung von Meisterrechten auf den Localbedarf beschränkte und jene von Schutzbefugnissen gänzlich einstellte. Als nach der Beendigung der Kriege ein ungeheuerer Bedarf an Waren eintrat, erstarkten zwar die Gewerbe neuerdings, aber die Wohlhabenheit der Bürger würde nur von kurzer Dauer gewesen sein, wenn nicht zugleich das bestandene Zollsystem die Concurrenz mit dem Auslande möglichst ferne gehalten hätte.

Der Umstand, dass im XVII. Jahrhundert ein großer Theil der Producte aus dem Auslande bezogen und durch die an das Ausland abgegebenen Geldsummen die Verarmung der Steuerzahler herbeigeführt wurde, gab zu dem Impulse Anlass, dass der Staat die Förderung der inländischen Industrie durch die Anlage von Fabriken ins Auge fasste, deren Erzeugnisse in Wien, dem Hauptstapelplatze des Handels und Verkehres, unter denselben Begünstigungen wie die Waren der fremden Niederläger verkauft werden sollten. Nachdem K. Leopold I., wie schon erwähnt wurde, im Jahre 1659 die Einfuhr einer großen Anzahl von Waren verboten hatte, begünstigte er auf Anregung des Dr. Becher zuerst im Jahre 1660 die Errichtung einer Tuchwarenfabrik in Linz durch den dortigen Bürger Christian Sind und verlieh derselben bedeutende Privilegien. Hierauf folgte im Jahre 1667, ungeachtet der Gegenvorstellung der Niederläger, von mehreren Wiener Kaufleuten die Gründung einer Seidenstofffabrik auf dem gräflich Sinzendorf'schen Schlosse in Walpersdorf, welcher der Kaiser im Jahre 1670 das Recht zur Errichtung von Niederlagen auf allen größeren Handelsplätzen verlieh. Gleichzeitig (1668) schaffte Graf Ludwig Sinzendorf die Mittel zur Errichtung einer Fabrik zur Erzeugung seidener Bänder und Strümpfe in Traismauer herbei. Diese Fabriken hätten sich kaum forterhalten können, wenn sie der Kaiser nicht dadurch zu schützen gesucht haben würde, dass er nach vorgenommener erprobter, guter Qualität der Erzeugnisse die ausländischen derselben Gattung mit dem Einfuhrverbote belegt hätte.

Bald nach diesen Schöpfungen begann in Wien selbst die Entstehung von Fabriken.

Um das Jahr 1700 legte Mathias Hengstberger am Neubau die erste Seidenfabrik an und im Jahre 1709 erhielt Adam Ignaz

Höger ein Privilegium auf die Ölerzeugung aus Weinkörnern. Einen mächtigen Aufschwung nahm die Fabriksindustrie unter K. Karl VI. durch die Beseitigung verschiedener Hemmnisse bei der Anlage von Fabriken. Wir treffen zwischen den Jahren 1710 bis 1720 die Seidenfabrik des Sickingen am Alten Tabor, die Maschinen- und Instrumentenfabrik des Schneider und die Blechwarenfabrik des Tenninger in der Leopoldstadt, eine Strumpfwirkwaren-Fabrik am Spittelberg und die Porzellanfabrik in der Rossau, im Jahre 1719 von Claudius du Marquer gegründet, welch' letztere später in den Betrieb des Staates übergieng und durch ihre ausgezeichneten Leistungen den Weltruf des Wiener Porzellans begründete. Im Jahre 1727 erwarben auch mehrere Niederläger ein zwanzigjähriges Privilegium zur Erzeugung von feinen silbernen und goldenen Borten, Drähten und Gespinnsten.

K. Maria Theresia löste die Fesseln der Industrie, indem sie die Spinnerei und Weberei auf dem Lande, dann die Bandmacherei, Crepin- und Knopfmacherei auch in den Städten freigab, und im Jahre 1755 zur Unterstützung des Fabriksbetriebes einen eigenen Commercialfond bestimmte. In Wien selbst entstanden von Jahr zu Jahr neue Fabriken für die verschiedensten Erzeugnisse. So waren im Jahre 1770 folgende derartige Unternehmungen im Betriebe: für Blumen auf der Laurenzerbastei, für Blonde und Manchetten am Neubau, womit auch eine weibliche Arbeitsschule in Verbindung stand, für Coton und Zitz im Starhemberg'schen Freihause auf der Wieden, für Gyps bei der Kärntnerthorbrücke, für Berchtesgadnerwaren auf dem Alten Fleischmarkt, für Leder an der Wien, für leonischen Draht in Margareten, für Metallwaren und Reißblei auf der Windmühle, für Schweizerbänder in Matzleinsdorf und auf dem Rennweg, für Seidencultur in der Leopoldstadt, für Niederländerspitzen in Mariahilf, für Wachsleinwand auf der Wieden und für Seidenknöpfe in der Ungergasse. Außerdem hielten eine Reihe Fabriken aus der Umgebung Wiens in der Stadt Niederlagen. Weitere Fortschritte machte die fabriksmäßige Erzeugung von Waren zur Zeit K. Josef's II. Dieser richtete im Jahre 1785 sein Hauptaugenmerk auf die Einwanderung fremder Arbeiter; er bewilligte denselben Geldvorschüsse und begünstigte sie in Bezug auf die Ausübung der Gewerbe, und durch die Befreiung von der Recrutierung und der Entrichtung von Steuern, wodurch Franzosen, Niederländer, Schweizer, Engländer, Italiener und Deutsche sich hier niederließen und in großer Zahl Fabriken am Neubau, Schottenfeld, Gumpendorf, Mariahilf und auf der Wieden errichteten.

Durch das Wareneinfuhrverbot vom Jahre 1784, welches nur Privaten den Bezug fremder Manufacturwaren zu ihrem eigenen Gebrauche gegen einen Zoll von 60 Percent gestattete und dessen Ertrag dem Commercialfonde zur Unterstützung inländischer Fabriken zufloss, fanden sie ausreichenden Schutz gegen die fremde Concurrenz. Im Jahre 1787 gestattete der Kaiser den Fabrikanten auch den Kleinverkauf ihrer selbsterzeugten Waren im Hause mit oder ohne Aushängeschild. Infolge dieser großartigen Förderung der Industrie gab es im Jahre 1794 bereits 19 Fabriken für Bandwaren, 4 für Baumwollwaren, 2 für Bleistifte, 2 für Blonden, 3 für Kunstblumen, 3 für Dosen, 4 für Fächer, 2 für Farbholz, 5 für Galanteriewaren, 2 für Gold- und Silberspitzen, 1 für Hüte, 3 für Metallcompositionen, 7 für Knöpfe, 12 für Leder, 6 für Leinwaren, 2 für gefärbtes Papier, 6 für Papierdosen, 29 für Seidenzeuge (mit 3000 Webstühlen), 3 für Siegellack, 5 für Stahlwaren, 3 für Tapeten, 1 für Teppiche u. s. w. Unter der Regierung des K. Franz I. litt zwar in der ersteren Zeit der Fabriksbetrieb unter dem Einflusse der kriegerischen Verhältnisse. Im Jahre 1802 wurde die Ertheilung von Fabriksrechten auf den Localbedarf beschränkt und im Jahre 1804 die Errichtung von Fabriken auf das flache Land verwiesen. Politische Rücksichten erschwerten die Einwanderung fremder Künstler und Fabrikanten und die schlechte Finanzlage verbot die Ertheilung von Vorschüssen an Fabrikanten. Nur jenen Artikeln der Großindustrie, die mit dem Auslande concurrierten, kamen die Continentalsperre und die Entwertung der Valuta zugute, wie der Coton-, Seidenzeug- und Warenmanufactur, den Stahlfabriken, den Clavierinstrumentenmachern und Galanterietischlern, welche durch Bestellungen aus dem Auslande vollauf beschäftigt waren. Nach dem Wiener Frieden fielen die früheren Beschränkungen der Fabriksindustrie, aber zu ihrer weiteren Entwicklung bedurfte sie den Schutz von hohen Zöllen in noch größerem Maße als die Kleinindustrie.

Durch die Intelligenz, den Fleiß und den Erfindungsgeist einer Reihe ausgezeichneter Männer errang Wien seit der Zeit des Aufschwunges des Fabriksbetriebes eine hervorragende Stellung als Industriestadt, deren Glanz und Bedeutung die alten Industriestätten Deutschlands verdunkelte und wodurch das Selbstbewusstsein des Bürgerthums gekräftigt wurde. Zu den Männern, die sich durch ihre Leistungen um das industrielle Aufblühen Wiens große Verdienste erwarben, gehören: Auf dem Gebiete der Chemie: Dr. Zacharias Andreas Winzler aus Znaim, durch seine im Jahre 1802 gemachte Erfindung der Thermolampe zur Erzeugung von Holzgas und deren erste Anwendung in der Zitz- und Kattunfabrik zu Kettenhof bei

Wien; Dr. Karl Reichenbach durch seine im Jahre 1823 begonnene Erzeugung von Barytsalzen, seine Erfindung des Paraffins im Jahre 1823 und des Creosots im Jahre 1832; Josef Leitner durch seine Entdeckung des Kobaltblau im Jahre 1795; Professor Jasnüger durch Erzeugung von Kalium und Natrium im Jahre 1807 und durch seine Erfindung des Wiener-Schwarz im Jahre 1817; Josef Setzer durch seine Erzeugung des Ultramarins; Apotheker Moser durch seine im Jahre 1816 angestellten Beleuchtungsversuche mit Gas; Apotheker Dr. Pfändler durch seine Erzeugung von tragbarem Gas; Leopold Schrattenbach durch die Begründung der ersten Schwefelsäurefabrik zu Nussdorf um das Jahr 1800, die im Jahre 1810 in das Eigenthum des Staates übergieng; Christian Rückert durch die Einrichtung der Salmiakfabrik zu Nussdorf im Jahre 1800; Dr. Karl Wagenmann durch seine Erfindung der Schnellessigfabrication und seine im Jahre 1828 zu Liesing errichtete, durch Karl Seybel in Aufschwung gebrachte chemische Fabrik; J. Schlesinger durch seine Erfindung der Leimseife im Jahre 1810; V. Böhm in Nikolsdorf durch seine Erfindung von Tafelkerzen im Jahre 1822 und Jakob Perl durch jene von gegossenen Tafelkerzen im Jahre 1825; John Diedeck durch die Erfindung der Wiener Reinigungsseife im Jahre 1826 und der Wiener Meisterkerzen; Eduard Hanel durch seine Erfindung der Argand'schen Kerzen mit hohlen Dochten im Jahre 1824; Josef Schreder in der Leopoldstadt durch die Einführung von Stearinkerzen; Gustav de Milly durch die Begründung der Millykerzenfabrik (nach der Methode seines Bruders Adolf de Milly so genannt) im Jahre 1838; W. F. Mareda's Sohn durch die im Jahre 1839 gegründete Apollokerzenfabrik; Treu und Ruglisch durch die Begründung der Parfümerie-Industrie im Jahre 1831; Stephan von Römer durch seine Erzeugung von Zündhölzchen seit dem Jahre 1827; Trevani durch seine im Jahre 1832 begonnene, von Preshel und später von A. M. Pollak verbesserte Erzeugung von Reibzündhölzchen und Hofrath von Schrötter durch seine Erfindung von amorphem Phosphor.

Auf dem Gebiete der Müllerei: der Müller Ignaz Paur zu Liechtenwörth durch seine Begründung der Wiener Gries- und Hochmüllerei in den Jahren 1814—1815 zur Erzeugung weißer Mehle für die Bäcker und Georg Volk, Müller in Wiener-Herberg, durch seine Einführung des ersten Paternosterwerkes im Jahre 1824.

Auf dem Gebiete der Shawl-Industrie: Johann Blümel durch die Gründung der ersten größeren Shawlfabrik im Jahre 1810, durch die Erfindung der Fabrication der sogenannten Double-Shawls im

Jahre 1823; ferners in Verbindung mit Josef Zeisel durch die Einführung der von Franz Keil im Jahre 1828 erfundenen neuen Kartenschlagmaschine, die Etablierung einer vollständigen Dampfappretur im Jahre 1846 und durch das sogenannte abgedoppelte Musterzeichnungspapier im Jahre 1844; Theodor Woitech durch die Erfindung der neuen doppelten Jacquard-Maschine *) im Jahre 1837; W. Reinhold durch die großartige Entwicklung seines Geschäftes seit dem Jahre 1833 und Josef Arthaber durch die Gewinnung von Absatzgebieten in Deutschland und Rußland.

Auf dem Gebiete der Baumwollindustrie: Catulus Spath durch die Erfindung des Doppelwebstuhles im Jahre 1799; Ägid Arzt durch die Erfindung der Schuhspulmaschinen für Abrollspulen im Jahre 1799 (verbessert von Chwalla); Johann Reißer durch die Aufstellung der ersten Dampfmaschine in seiner Türkisch-Kappenfabrik im Jahre 1815; Johann Thornton durch seine Erfindung einer selbstarbeitenden Schlichtmaschine im Jahre 1818; der Schlosser Willmann durch seine Erfindung der Schlagmaschine im Jahre 1820; der Webermeister Philipp Haas durch seine Erfindung des Regulators einer Maschine zur Erzielung gleichartiger und beliebig dicker Baumwollgewebe im Jahre 1822, durch seine Verbesserung des englischen Spitzengrundes oder Bobbinet im Jahre 1823 und durch seine Erfindung bei der Bändererzeugung im Jahre 1827; Ludwig Damböck durch seine Einführung und Vervollkommnung der Bobbinet-Fabrication.

Auf dem Gebiete der Strohflechterei: Josefine Effinger durch ihre Erzeugung schwarzer Strohhüte aus inländischem Stroh im Jahre 1819 und Anna Veneziani durch ihre Erzeugung von Florentiner Strohhüten aus niederösterreichischem Stroh im Jahre 1834.

Auf dem Gebiete der Seidenindustrie: Marcus von Kähnel durch die Errichtung der ersten Bandfabrik in Penzing im Jahre 1763; Thaddäus Berger durch die Errichtung einer Floretspinnerei im Jahre 1788; Christian Gottlieb Hornbostel durch die Gründung einer Seidenstoffweberei im Jahre 1768 und durch seine Erfindung selbstwebender Stühle im Jahre 1816; Leidold durch seine Erfindung der Doppelwebmaschine; Waldheer durch seiner Erfindung der Hochsprungmaschine im Jahre 1799, der Vorläuferin der Jacquard-Maschine; Willibald Schram durch seine zahlreichen Verbesserungen an Stühlen und Maschinen und Anton Chwalla durch die Einführung der Seidenzucht in Niederösterreich.

*) Die Jacquard-Maschine wurde in Wien zuerst im Jahre 1820 eingeführt.

Auf dem Gebiete der Bekleidung: der Schneider Josef Madersperger durch seine Erfindung einer Nähmaschine im Jahre 1814, die erste, welche durch spätere Verbesserungen die Näharbeit in neue Bahnen lenkte; Karl Winter durch seine Erzeugung von Halskrägen aus Papier im Jahre 1828; Peter Dupuy und Peter Jaquemar durch ihre Einführung und Verbesserung der französischen Art des Handschuhmachens; Philipp Raab durch die Einführung der Glacé-Lederfabrication im Jahre 1812; Ignaz Rasim durch seine bedeutende Förderung des Rauhwarenhandels und Johann N. Reithoffer durch seine Erzeugung von Kautschukwaren seit dem Jahre 1821.

Auf dem Gebiete der Metallindustrie: Stephan von Keeß durch die Erfindung einer Maschine zur Herstellung blecherner Geschirre im Jahre 1828; Adolf M. Pleischl durch seine Erfindung emaillierter Blechgeschirre im Jahre 1846; Franz X. Wurm durch seine Erfindung der Erzeugung zweilappiger Nägel im Jahre 1834 und der Drahtseil-Flechtmaschine im Jahre 1840; Mathäus Rosthorn durch die Einführung des englischen Platierverfahrens und der Metallknopffabrication im Jahre 1765; Rudolf Ritter von Gersdorff durch die Erzeugung von Nickelmetall seit dem Jahre 1824 und dessen fabriksmäßige Anwendung seit dem Jahre 1834.

Auf dem Gebiete der Holzindustrie: Josef Domhauser durch die Errichtung der ersten Möbelfabrik im Jahre 1804, Michael Thonet durch seine ersten Versuche zur Erzeugung gebogener Möbel und Johann Weiß durch die Gründung der ersten Werkzeugfabrik im Jahre 1820 und Franz Wertheim durch die weitere Entwicklung dieses Fabrikszweiges seit dem Jahre 1841; J. Weilhöfer durch seine Erfindung des Holzdrahthobels um das Jahr 1822 und Friedrich Afh durch seine Veredlung der Korbwaren seit dem Jahre 1830.

Auf dem Gebiete der Porzellan-, Thon- und Glasindustrie: Franz Dürnbeck und Albert Kunstowny durch ihre Einführung des Wedgewood-Geschirres im Jahre 1828; Josef Hartmuth durch seine Erfindung des Wiener Steingutgeschirres im Jahre 1798 und Jakob Waldstein durch die Errichtung der ersten österreichischen Crown- und Flint-Glasfabrik im Jahre 1844.

Auf dem Gebiete der Bronzeindustrie: Johann G. Danninger durch seine erste Ausbildung der Bronzearbeiten seit dem Jahre 1815; Josef Glanz durch die Erzeugung von feinem Eisenschmuck seit 1831; John Morton durch seine neue Methode der Vergoldung und David Hollenbach durch seine vergoldeten Bronzearbeiten.

Auf dem Gebiete der Leder-Galanteriearbeiten: Jakob Fleischer durch seine Einführung der Leder-Galanteriearbeit im Jahre 1832; Daniel Prutzmann und Charles Girardet durch ihre Verbesserungen in diesem Industriezweige seit dem Jahre 1839.

Auf dem Gebiete der Papierindustrie: Leopold Gruber durch die Errichtung der ersten Seidenzeug- und Papiertapetendruckerei im Jahre 1768; Michael Spoerlin durch seine Erfindung des Iris-Druckes im Jahre 1816, der Glättmaschine im Jahre 1823 und seine Ausbildung der Tapetenindustrie; Johann Seidan durch die Erfindung einer Maschine zur Anwendung gepresster Papier- und Ledertapeten; Wilhelm Knepper durch seine Buntpapiererzeugung seit dem Jahre 1819; J. G. und Max Offenheimer durch ihre Spielkartenerzeugung seit dem Jahre 1823; Josef Hardtmuth durch seine Erfindung der Bleistiftfabrication seit dem Jahre 1795 und Karl Kuhn durch die Einführung der Stahlschreibfeder im Jahre 1843.

Auf dem Gebiete der graphischen Künste: Alois Auer durch seine Verbesserungen des Buchdruckes und seine Einführung verschiedener Zweige der graphischen Künste seit 1841; Alois Sennefelder durch seine Erfindung der Lithographie im Jahre 1799; Blasius Höfel durch seine Einführung des Holzschnittes; Petzval durch seine Erfindung des Porträtobjectes, Voigtländer durch dessen Ausführung im Jahre 1840 und A. Martin durch seine Erzeugung von Photographien auf Papier in den Jahren 1844—1845.

Auf dem Gebiete der Maschinenindustrie: E. Fischer von Erlach durch seine Erfindung der Feuermaschine im Schwarzenberggarten im Jahre 1725; Eduard von Redtenbacher durch sein System des Baues von Motoren; Georg Altmüller durch seine Construction von Arbeitsmaschinen († 1821); Franz X. Wurm durch seine Vielseitigkeit und schöpferische Kraft in der praktischen Mechanik (seinen Transmissionsmotor, seine Sortier- und Justiermaschine); Jakob Degen durch seine Construction einer Luftmaschine im Jahre 1808; Dr. Melzl durch seine Construction des Luftballons vom Jahre 1824 und A. von Kempelen durch seine Erfindung eines Automaten im Jahre 1791.

Auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Instrumente: Johann Voigtländer durch seine Einrichtung einer mechanischen Anstalt um das Jahr 1770; Friedrich Voigtländer durch seine Erfindung der Doppel-Theaterperspectivs im Jahre 1823 und seinen Comparator mit dem österreichischen Urmaße im Jahre 1816; Simon Plößl durch die Construction

der Feldstecher im Jahre 1830, die Ausführung des dialytischen Fernrohres im Jahre 1832 und seine unübertroffenen Mikroskope; Georg Christoph Starke durch die Construction seiner Instrumente in der astronomischen Werkstätte des polytechnischen Institutes, C. E. Krafft durch seine Nivellierinstrumente seit 1823; G. Doppler durch seine Erfindung des Spectralapparates im Jahre 1842; Franz Schuh durch seine Förderung der Erzeugung chirurgischer Instrumente seit dem Jahre 1836.

Auf dem Gebiete der musikalischen Instrumente: Anton Kiendel durch seine Erfindung der Liederzither, Häckel durch seine Erfindung der Physharmonika im Jahre 1821; Leopold Röllig († 1804) durch seine Erfindung der Tastenharmonika; Johann Mälzel durch seine automatischen Musikinstrumente (1790—1830); Johann Ziegler († 1858) durch seine Verbesserung der Flöte und Clarinette; Anton Weidinger durch seine Erfindung der Klappentrompete im Jahre 1801 und des Klappenwaldhorns im Jahre 1822; Ignaz Stowasser durch die Erfindung seines Flügelhorns im Jahre 1839; Johann Streicher seit 1824, Konrad Graf seit 1809, Ignaz Bösendorfer seit 1840 durch ihre Vervollkommnung des Fortepianos.

Die Erkenntnis, dass zu einem dauernden Aufblühen der einheimischen Industrie auch die kräftigste Staatshilfe nicht ausreiche, wenn nicht auch für eine größere Ausbildung des Handels- und Gewerbestandes gesorgt werde, hatte sich schon unter der Regierung der K. Maria Theresia Bahn gebrochen. Nachdem im Jahre 1752 Fürst Kaunitz die Nothwendigkeit der Errichtung von Schulen für Fabrikanten dargethan hatte, ordnete im Jahre 1757 die Kaiserin die Errichtung gewerblicher Fachschulen an, worauf an der kaiserlichen Akademie der bildenden Künste im Jahre 1758 eine Manufacturschule eröffnet wurde. Im Jahre 1767 folgte die Errichtung der „Possier-Verschneid- und Graveurakademie" zur Ausbildung geschickter Meister in geschnittener und getriebener Arbeit. Im Jahre 1771 wurde nach dem Plane des Rectors J. G. Wolf zu Lörrach eine Real-Handlungsakademie gegründet, an welcher in zwei Jahren alles gelehrt werden sollte, „was einen geschickten Handelsmann von einem Krämer unterscheidet". Die Unterrichtsgegenstände waren: Schreiben, Rechnen, deutsche, französische und italienische Sprache und Correspondenz, allgemeine und Handelsgeographie, Vernunft- und Sittenlehre, Geometrie, Mechanik, Physik, Zeichnen, natürliches und bürgerliches Recht, doppelte Buchhaltung, praktische Handlungswissenschaft, Handels- und Seerecht. Im Jahre 1774 folgte die Sanctionierung der allgemeinen Schulordnung, nach deren Bestimmungen die Normal-

hauptschule in Wien ins Leben trat. An dieser wurden außer den Lehrgegenständen der Trivialschulen auch die Elemente der lateinischen Sprache, der Geographie und Geschichte, die Anleitung zu schriftlichen Aufsätzen, zum Zeichnen und zur Geometrie, sowie etwas Haus- und Feldwirtschaft gelehrt. Mit den Volksschulen wurden Sonntagsschulen für Handwerkslehrlinge und Sonntagszeichenschulen errichtet und von K. Josef II. im Jahre 1783 bestimmt, dass in den Zeichnungsschulen der Knaben vorzüglich die Anleitung zur Abzeichnung geometrischer Figuren, des Laub- und Schnitzwerks zu geben sei, welcher Unterricht der künftigen Bestimmung zu Handwerkern oder zu Coton-, Zitz- und Leinwanddruckerei-Fabrikanten am meisten entspreche. In die Reorganisation der Akademie der bildenden Künste im Jahre 1786 hatte K. Josef II. Schulen für alle Gattungen von Bauhandwerkern aufgenommen und mit ersterer auch die Manufacturschule vereinigt.

Die Wirksamkeit der Real-Handlungsakademie in ihrer ersten Organisation war nur von kurzer Dauer, indem aus ökonomischen Gründen der Lehrplan wesentlich eingeschränkt wurde. Erst im Jahre 1795 trat eine Wendung zum Besseren ein. Man erkannte die Nothwendigkeit der Errichtung einer Lehranstalt zur höheren Ausbildung des Bürgerstandes, und der Präsident der Studienrevisions-Commission Fr. von Rottenhann beschäftigte sich mit dem Plane zur Errichtung einer alle Zweige des Wissens umfassenden Realschule. Im Jahre 1798 entwickelte in der vorerwähnten Commission Professor F. J. Gerstner aus Prag Vorträge über den Plan zur Gründung einer großartigen technischen Lehranstalt. Es bedurfte jedoch noch mehrerer Jahre, bis diese Ideen praktische Gestalt annahmen. Im Jahre 1809 trat hier die erste Realschule und im Jahre 1815 an der Stelle der Realakademie nach dem Plane des Professors J. J. Prechtl das polytechnische Institut ins Leben, mit der die Realschule in Verbindung gebracht wurde.

Unter der Rückwirkung der Erstarkung der Industrie fühlten die Bürger auch das Bedürfnis, einen Vereinigungspunkt zur Besprechung der Interessen und zur Förderung der Ausbildung der Industrie zu gründen. Eine Anzahl intelligenter Bürger gründete den Niederösterreichischen Gewerbeverein, der sich durch Errichtung von Fachschulen und durch die Ausschreibung von Preisen um die Hebung des gewerblichen Geistes und überhaupt um die Anerkennung der Bedeutung des Bürgerthums im Staatsleben große Verdienste erwarb. —

Die Erscheinungen im Münzwesen, wie sie im Mittelalter zutage traten, wiederholten sich auch in der neueren Zeit, und zwar zeitweilig in

noch schlimmerem Maße durch den Wechsel der Münzsysteme, durch die Verleihung von Münzprivilegien an einzelne Personen und durch die Verpachtung der Münzstätten; sie mussten in Wien umsomehr einen lähmenden Einfluss auf Handel und Verkehr und eine enorme Preissteigerung aller Lebensmittel hervorrufen, als durch den Zusammenfluss zahlreicher Fremden sich hier geringhältige und schlechte Münzsorten aus aller Herren Länder anhäuften. Wir haben dafür einen schlagenden Beweis an den Münzfunden, die hier aus Anlass der Stadterweiterung an verschiedenen Orten, insbesondere aber auf dem ehemaligen Exercierplatze (Rathhausgarten und dessen Umgebung) gemacht wurden und heute im Besitze der Münzsammlung der Gemeinde sind. Auf die zahlreichen Wandlungen der Münzsysteme hier näher einzugehen, würde außerhalb des Rahmens der Geschichte Wiens fallen, weshalb wir auch nicht näher eingehen. Ebensowenig können wir die Preise der Lebensmittel näher verfolgen, weil nicht einmal die Vorarbeiten zu einer Geschichte der Preise abgeschlossen sind.

Neunter Abschnitt.

Unterricht und Erziehung. Wissenschaften.

In den Einrichtungen zur Entwicklung der geistigen Kräfte, den Unterrichtsanstalten, traten zwar bei Beginn der Neuzeit äußerlich keine wesentlichen Änderungen ein, aber die damals herrschende, gewaltige Bewegung im gesammten Fühlen und Denken, der Sieg des Humanismus und die darauffolgende Reformation blieben nicht ohne Einfluss auf den Geist der Schulen und drängten zu einer Reorganisation der bestehenden und Gründung neuer Anstalten für den Unterricht und die Erziehung der Jugend.

Für den eigentlichen Volksunterricht bestanden im Beginne des XVI. Jahrhunderts die sogenannten deutschen Schulen bei den Pfarren zu St. Stephan, zu den Schotten, bei St. Michael und im Bürgerspitale. Wahrscheinlich dienten auch die Minoriten, die Dominicaner, die Klosterfrauen bei St. Laurenz, bei der Himmelspforte, bei St. Niklas und andere Männer- und Frauenklöster dem Bedürfnisse der Bürger und Handwerker nach Unterricht im Deutschlesen, Schreiben und Rechnen; aber öffentliche Schulen scheinen in den letzteren Klöstern nicht gewesen zu sein, weil wir in deren Geschichte keine Anhaltspunkte dafür finden. Ebenso ist anzunehmen, dass meist nur die Kinder armer Eltern

diese Schulen besuchten und die reicheren Bürger ihren Kindern Privatunterricht ertheilen ließen. Eine Änderung trat in diesem Zweige des Unterrichtes erst mit der Ausbreitung der protestantischen Lehre ein. Diejenigen, die sich der letzteren anschlossen, ließen ihre Kinder nicht mehr in den katholischen Klosterschulen, sondern bei den Prädicanten und Schulmeistern unterrichten, die, aus Sachsen, Württemberg und Baden kommend, sich hier niederließen.

Von den höheren Schulen blieb wie im Mittelalter die erste und wichtigste, die Bürgerschule bei St. Stephan, deren Rector zugleich die Aufsicht über die anderen Schulen führte. Auch in dem Verhältnisse der Bürgerschule zum Stadtrathe trat keine Änderung ein. Die Gemeinde führte die Oberaufsicht über dieselbe, besoldete den Rector und seine Gehilfen, und nahm Einfluss auf die Feststellung des Unterrichtsplanes.

An der Universität fühlte man schon seit langer Zeit das Bedürfnis nach einer gründlichen Reform, weil infolge Mangels eines regen wissenschaftlichen Geistes unter den Lehrern eine gewisse handwerksmäßige Behandlung und Ausbeutung ihrer Stellung eingetreten war. Der Geist dieser Reform kam im Kampfe zwischen den Scholastikern und den Humanisten zum Ausdrucke. Als im Jahre 1494 Vorträge über Rhetorik und Poetik eröffnet und im Jahre 1499 die humanistischen Studien für obligat erklärt worden waren, trat die entscheidende Wendung ein. Dazu kamen die Gründung der sogenannten Gelehrten Donaugesellschaft (sodalitas Danubiana) um das Jahr 1497 und das der Universität eingeräumte Recht der Dichterkrönung, welches den vollständigen Sieg der Humanisten bezeugte.

Die Umgestaltung des wissenschaftlichen Lebens an unserer Hochschule, das Werk Maximilian's I., wurde von ungemein fruchtbaren Folgen. Männer von anerkanntem Rufe bestiegen die Lehrstühle und versammelten um sich eine so zahlreiche lernbegierige Jugend, dass der Universität in den Jahren 1515, 1516 und 1517 jährlich zwischen 600—800 Studierende, darunter vorzugsweise aus dem westlichen Deutschland und der Schweiz, zuwuchsen, und dass sie einige Zeit selbst ihre große Nebenbuhlerin, die Pariser Universität, in Schatten stellte *). Das theologische Studium wurde von den Einheimischen vernachlässigt, das Kirchenrecht als ein nicht mehr nöthiger Gegenstand beiseite geschoben und dafür das römische Recht (seit 1493) mit

*) Es ist bemerkenswert, dass in den Jahren 1499 und 1500 auch Ulrich Zwingli, der spätere Kirchenreformator, an der artistischen Facultät studierte. Aschbach: Geschichte der Wiener Universität, II., 125.

besonderer Vorliebe gelehrt. Auf dem Gebiete der Geschichte machte sich das Streben geltend, den ältesten Quellen der Landesgeschichte nachzuforschen, die noch vorhandenen historischen Denkmale kritisch zu prüfen und zu erläutern und die Kenntnis der älteren Dichtung zu pflegen. Mit Vorliebe wurden auch Mathematik, Geometrie, Astronomie und einzelne Zweige der Naturwissenschaften betrieben. Die Folge davon war ein bedeutender Aufschwung der Artistenfacultät, welche die theologische und die medicinische weit überragte.

Zu den Männern, durch welche in der ersten Hälfte des XVI. Jahrhunderts unsere Stadt einen besonderen Glanz als Pflegestätte der Wissenschaften erhielt, zählen: Johann Faber († 21. Mai 1541), Bischof von Wien; Friedrich Nausea († 6. Februar 1552), Bischof von Wien, Theologe und Anhänger kirchlicher Reformen; Hieronymus Balbi aus Venedig (geb. 1465, † 1535), Lehrer des römischen Rechtes und Humanist; Ladislaus Suntheim († 1512), Geschichtsschreiber; Konrad Celtes (geb. 1. Februar 1459, † 24. Jänner 1508), Dichter, Professor der Poetik und Rhetorik; Johann Spießhaimer, genannt Cuspinian (geb. 1473, † 19. April 1529), Staatsmann und Geschichtsforscher; Johann Ricutius Vellinus, genannt Camers (geb. 1458, † 1546), Theologe und Philologe; Martin Capinius, genannt Siebenbürger († 13. August 1522), Rechtsgelehrter (als Bürgermeister bekannt); Johann Stab († 1. Jänner 1522), Geschichtsschreiber und Mathematiker; Caspar Vel, genannt Ursinus (geb. 1493, † 5. Mai 1538), Geschichtsschreiber; Joachim von Watt, genannt Vadianus (geb. 29. November 1484, † 1551), Dichter und Geschichtsforscher; Johann Vögelin († um 1550), Mathematiker; Johann Angelus, genannt Bavarus (geb. 2. März 1463, † 29. September 1512). An den Bestrebungen dieser Männer nahm K. Maximilian I., der selbst als Schriftsteller hervorragte, persönlich den lebhaftesten Antheil; er stand mit ihnen theilweise in schriftlichem Verkehr und unterstützte ihre Bestrebungen durch Geldmittel und Ansammlung von Bücherschätzen. Zu letzterem Zwecke hatte er Celtes beauftragt, aus den Privatsammlungen K. Rudolf's I. und der übrigen Kaiser und Erzherzoge die vorhandenen Handschriften und Werke zusammenzustellen. Nach Celtes' Tod erhielt Cuspinian diese Mission, welcher im Jahre 1510 im Auftrage des Kaisers auch eine Anzahl kostbarer Codices aus der Corviniischen Bibliothek in Ofen der neu entstandenen Bücher- und Handschriftensammlung zuführte. Mit diesen Bücherschätzen wurde der Grund zur kais. Hofbibliothek gelegt.

Der wissenschaftliche Aufschwung der Hochschule war nur von kurzer Dauer. Abgesehen von den zeitweiligen localen Ursachen — der Pest (1527), der Türkenbelagerung (1529) und den sich bald darauf wiederholenden Türkengefahren — bewirkten vor allem die Klagen über die angeblichen gewaltigen Eingriffe des Stadtrathes in die Privilegien der Hochschule bei vorgekommenen Studentenexcessen und die Religionsneuerungen einen großen Ausfall unter den Studierenden; ja selbst unter denen, welche zurückblieben, nahmen Zuchtlosigkeit und Ungehorsam überhand, wozu nicht wenig die Zwistigkeiten im Schoße der verschiedenen Facultäten beitrugen. So sank in den Jahren 1527 und 1528 die Frequenz der Universität auf ein Minimum herab, und im Jahre 1530 besuchten dieselbe nur mehr 30 Studierende. Um diesem Verfalle der Hochschule entgegenzuwirken, hatte K. Ferdinand I. schon in den Jahren 1533 und 1537 Reformverordnungen erlassen, welche in Verbindung mit dem Statute vom 1. Jänner 1554 die Grundgesetze der Hochschule für die nächste Epoche wurden. Sowie die Universität früher die Interessen der Kirche, so hatte sie nunmehr jene des Staates vor Augen zu halten und die Heranbildung der Schüler den Anforderungen des Staatsdienstes entsprechend umzugestalten. Damals hörte auch die selbständige Stellung des herzoglichen Artistencollegiums auf, indem dasselbe mit der artistischen Facultät vereinigt wurde. Diese Reform war infolge des sich steigernden Einflusses der Jesuiten nicht im Stande, der Hochschule einen neuen Aufschwung zu geben. Insbesondere der protestantische Adel mied es sorgfältig, seine Söhne nach Wien zu schicken, sondern er zog es vor, dieselben an die Universitäten in Wittenberg, Rostock, Jena u. s. w. zu senden, wo ihnen sehr geschmeichelt wurde.

Der Aufschwung der protestantischen Lehre blieb auch nicht ohne nachtheiligen Einfluss auf die Bürgerschule zu St. Stephan. Im Jahre 1558 bestanden, wie aus einem Bericht des Rectors derselben, Benedict Kleinschnitz, an den Stadtrath hervorgeht, an zwanzig lateinische und deutsche Schulen in der Stadt und den Vorstädten. Wegen ihres ausgesprochenen katholischen Charakters sandten weder der Adel noch der protestantisch gesinnte Theil der Bürger, weder die fremden Kaufleute noch auch die Handwerker ihre Kinder in die Bürgerschule und die von ihr abhängigen lateinischen Schulen, sondern in die vorerwähnten Anstalten, — „offene und Winkelschulen" nach der Bezeichnung des Rectors Kleinschnitz — ohne dass die Regierung dagegen Einsprache erhoben hätte. Zu diesen Schulen gehörte auch die von den Ständen im Jahre 1546 im fürstlich Liechtenstein'schen Hause auf dem Minoritenplatz errichtete, welche kurze Zeit nach ihrer

Gründung in eine protestantische umgewandelt und deshalb im Jahre 1555 geschlossen wurde. Die gefährlichste Concurrenz war aber der Bürgerschule durch die im Jahre 1554 bei den Karmelitern am Hof errichtete lateinische Schule der Jesuiten erwachsen, an der die Schüler kein Unterrichtsgeld zu bezahlen hatten, während an der Bürgerschule dieses vierteljährig entrichtet und den Rectoren und ihren Gehilfen in den Wintermonaten noch Holz beigestellt werden musste. Da durch diese Concurrenz der Jesuiten die Bürgerschule ihre Bedeutung verlor, so entwarf der Rector im Jahre 1561 eine neue Schulordnung, welche sich jener der Jesuiten näherte, und verlangte gleichzeitig von dem Stadtrathe, dass er auch auf das Schulgeld verzichte.

An Stelle der geschlossenen adeligen Schule der niederösterreichischen Stände stiftete K. Ferdinand I. im Jahre 1560 für österreichische Adelige eine Akademie bei den Jesuiten am Hof, wozu er ihnen ein eigenes Haus schenkte. Nachdem sich der protestantische Adel lange geweigert hatte, seine Kinder den Jesuiten zur Erziehung zu übergeben, wurde auch diese Akademie im Jahre 1565 aufgehoben, und die protestantischen Stände errichteten im Jahre 1568 eine eigene, der Leitung weltlicher Rectoren anvertraute Schule, welche aber im Jahre 1591 aufgelassen wurde.

In dem Bestande der unteren, deutschen Schulen trat keine Änderung ein; die katholischen Pfarrschulen lagen bei dem Zustande des Clerus im Argen, wogegen die protestantischen Schulmeister sich trotz aller Verbote mehrten. Erwähnenswert ist die Stiftung einer Mädchenschule bei St. Hieronymus (später bei St. Nicola) im Jahre 1572, wozu Bürgermeister Prandstetter ein Capital von 5000 Pfund Pfennigen gewidmet hatte.

Der Verfall der Hochschule während der protestantischen Bewegung war vom entschiedensten Einflusse auf das wissenschaftliche Leben. Der Kreis jener Männer, die Ruf und Ansehen in ganz Deutschland genossen, hatte sich theils durch Todesfälle, theils dadurch, dass manche von ihnen ihre Stellung aufgaben, gelichtet, und unter den Nachfolgern des Celtes und Cuspinian wurde der Humanismus einseitig betrieben. Nichts ist dafür charakteristischer, als dass im Jahre 1549 von dem Professor der Poetik Sebastus Solidus in einer Elegie die Pflege der deutschen Sprache als etwas Schädliches erklärt wurde, und die lateinischen Wiener Dichter dieses Zeitraumes so unbedeutend waren, dass man vom Jahre 1560 an das Recht der Dichterkrönung gänzlich fallen ließ. Zu den Gelehrten dieses Zeitabschnittes zählten: Georg Rithaimer, Professor der griechischen Sprache; Anton Margaritha, Pro-

fessor der hebräischen Sprache; Franz Emerich (geb. 1497, † 25. Mai 1560), Mediziner; Crato von Kraftheim (geb. 20. November 1519, † 9. November 1583), Mediziner und Botaniker, und Paul Fabrizius, Botaniker und Astronom. Von ganz specieller Bedeutung für unsere Stadt war Dr. Wolfgang Lazius (geb. in Wien 31. October 1519, † daselbst 19. Juni 1565), Professor der Medizin an der Universität und Verfasser mehrerer historischer und geographischer Werke, darunter auch einer „Chronik der Stadt Wien". Außerdem sind noch zu erwähnen: Hermes Schallautzer (geb. 1503, † 1594), Alterthumsforscher; Johann Tscherte († September 1552), Mathematiker und Architekt; Georg Tanstetter (geb. 1482, † 26. März 1532), Astronom; Andreas Perlachius (geb. 1490, † 11. Juni 1531), Mathematiker und Astronom.

Bei dem wachsenden Einflusse der Jesuiten war geringe Aussicht, dass der öffentliche Unterricht und durch diesen das wissenschaftliche Leben an der Universität einen bedeutenden Aufschwung nehmen werde. Spielte schon in bürgerlichen, nur die materielle Entwicklung Wiens berührenden Angelegenheiten das religiöse Element eine bedeutende Rolle; um wie viel mehr auf geistigem Gebiete! Es lag zwar der Schwerpunkt der Thätigkeit der Jesuiten auch in der Pflege der humanistischen Studien, und sie betrieben dieselben mit ausgezeichnetem Erfolge, aber sie entwickelten erstere noch einseitiger als die weltlichen Humanisten der späteren Zeit. — Mit der Universität standen die Jesuiten durch zwei ihnen eingeräumte theologische Lehrkanzeln in Verbindung. Von der philosophischen Facultät waren sie noch zu Ende des XVI. und zu Anfang des XVII. Jahrhunderts ausgeschlossen und sie tradierten selbst Philosophie in drei Jahrgängen, wobei ebenso wie in den lateinischen Schulen die Professoren mit den Schülern aufstiegen. Auch hier trat der Fall ein, dass die Vorträge der Jesuiten weit zahlreicher besucht waren, als jene der philosophischen (artistischen) Facultät, wodurch die Universität schwer getroffen wurde. Deshalb dachte man schon im Jahre 1593 daran und man kam unter Kardinal Klesel wieder darauf zurück, die philosophische Lehranstalt des Jesuitencollegiums mit der Universität zu vereinigen. Dazu wirkten noch andere, der Entwicklung eines regen wissenschaftlichen Lebens ungünstige Umstände. K. Rudolf II. verlegte seine Residenz nach Prag; dort war nun der Sammelpunkt der Gelehrten und Künstler, der günstige Ort zu literarischen Unternehmungen, insbesondere für Gelehrte, die mit dem Hof in unmittelbarer Berührung lebten. Wir begegnen deshalb auch in dieser Zeit in Wien nur wenigen bedeutenden Gelehrten. Dazu gehörten Aug. Busbeck (geb. 1522, † 28. October 1592), Philosoph und Rechtsgelehrter, Erzieher

der Söhne K. Max' II.; Hieronymus Beck, Orientalist; Hugo Blotius (geb. 1533, † 29. Jänner 1608), Rechtsgelehrter; Joh. Sambuccus (geb. 1531 † 13. Juni 1584), Geschichtsschreiber und Archäolog; Richard Freiherr von Strein (geb. 1537, † 8. November 1660), gleich ausgezeichnet als Staatsmann wie als Geschichtsschreiber, und Karl Clusius (geb. 19. Februar 1526, † 4. April 1609), Botaniker. In deutscher Sprache veröffentlichte abermals ein Schulmeister und Organist des Stiftes Schotten, Johann Rasch (geb. 1540, † um 1610), eine Reihe von Schriften über das Land Österreich, die zwar geringen historischen, aber einen desto größeren culturgeschichtlichen Wert haben, weil sie über Personen und Zustände jener Zeit interessante Aufschlüsse enthalten.

Noch ungünstiger gestalteten sich die Verhältnisse vom Jahre 1623 an, dem Zeitpunkte der Vereinigung der Universität mit dem Jesuitenorden, die unter der Bezeichnung: „sanctio pragmatica" eine vollständige Umgestaltung des Grundgesetzes der Hochschule nach sich zog. Infolge dieser Neugestaltung zogen die Jesuiten im Jahre 1625 in die akademischen Gebäude ein und erbauten im Jahre 1628 die neue akademische Kirche an der Stelle der früheren Bursa Agni & Pontis. Als Ersatz für die abgetretenen Räume erhielt die Universität den vorderen Theil der alten akademischen Aula.

Auch in den lateinischen Schulen trat nun eine Veränderung ein. In dem Collegium am Hof wurde eine sechsclassige lateinische Schule eröffnet, welche später K. Maria Theresia (1744) auf die zwei oberen Classen, die Poesie und Rhetorik, ausdehnte. Eine zweite derartige Schule eröffneten die Jesuiten im Jahre 1626 bei St. Anna. Für die unter ihrer Leitung stehenden Zöglinge bestanden die Collegien St. Ignatii und St. Pancratii, welche nach ihrer Verlegung an die Universität im Jahre 1654 in ein Collegium vereinigt wurden. Die Jesuiten hatten daher auch einen überwiegenden Einfluss auf die lateinischen Schulen, und es kann nicht überraschen, dass seit dieser Zeit jene zu St. Stephan und bei den Schotten von Seite der Jugend weniger als früher besucht wurden, ja, dass die lateinische Bürgerschule im Jahre 1623 vollständig eingieng, wie dies aus einem Berichte des Rectors Lindenberger an den Stadtrath hervorgeht, worin er die Anzeige machte, dass er bei seinem Lehrantritte weder Schüler noch Lehrer vorgefunden habe. Sie wurde deshalb auch bald darauf in eine deutsche Schule umgestaltet, deren Rector bis zur Einführung der Normalschulen die Oberaufsicht über die anderen, in Wien bestehenden deutschen Schulen führte. Auf den Unterricht in den deutschen Schulen nahmen die Jesuiten keinen directen Einfluss, sondern wirkten auf

dieselben nur in religiöser Richtung durch die Einführung der Christen-lehr-Bruderschaften, deren Zweck war, an Sonntagen religiöse Übungen für die Jugend in den Kirchen abzuhalten. Solche Bruderschaften bestanden zu Ende des XVII. Jahrhunderts in Wien bei fast allen Kirchen der Stadt und der Vorstädte. Die deutschen Schulen, außer den öffentlichen, blieben so wie früher in den Händen von Privatschullehrern. Es genügte den Jesuiten ihr Einfluss in den Mittelschulen und der Hochschule, um der Bildung der Jugend aus den verschiedenen Ständen ein bestimmtes Gepräge zu geben. Gleichgiltigkeit gegen nationale Sprache und Sitte, knechtisches Nachahmen der altlateinischen Classiker, Mangel an jeder Anregung zu selbständigem Schaffen und einseitiges Auffassen der Philosophie und Ethik verpflanzte sich in die gelehrten Kreise. Auch die Lehrmethode schuf eine tiefe Kluft zwischen den höheren Ständen und dem Bürgerthum, eine Entfremdung in dem mächtigsten geistigen Bindemittel, der Poesie und Kunst, welche dadurch noch empfindlicher wurde, dass sich der kaiserliche Hof selbst, der Mittelpunkt des geistigen Lebens, von allen Bemühungen um die Pflege der deutschen Sprache ferne hielt und mit einer gewissen Vorliebe italienische, französische und spanische Literatur und Gelehrsamkeit förderte.

Der Rückgang der Bildung zeigte sich darin, dass einzelne Zweige der Wissenschaften, insbesondere Philosophie, Rechtswissenschaft, Mathematik, Naturkunde und deutsche Sprache und Dichtung gänzlich in Verfall geriethen und die Werke der Geschichte sich meist auf schwulstige und langathmige Genealogien und Biographien beschränkten, weshalb auch im XVII. Jahrhundert nur wenige Gelehrte zu einer Bedeutung gelangten. Zu diesen gehören: Peter Lambecius (geb. 13. April 1626, † April 1680), Director der königl. Bibliothek; Georg Mathäus Vischer (geb. 22. April 1628, † Mai 1699); Joh. Wilhelm Mannagetta (geb. 1. Mai 1558, † 31. Mai 1667), Mediziner; Paul von Sorbait († 29. April 1691), Mediziner. Schriftsteller, die in deutscher Sprache schrieben, gab es überhaupt wenige; unter diesen erwarb sich Verdienste um unsere Stadt: Heinrich Abermann, Rector an der Bürgerschule zu St. Stephan, durch seine „Historische Beschreibung der Stadt Wien", seine Übersetzung und Ergänzung der Laz'schen Chronik (1619) und Wolfgang W. Praemer durch seinen „Ehrenpreis der Stadt Wien" (1678).

Die wissenschaftlichen Anstalten und Sammlungen wurden durch das Pazmann'sche Collegium, welches im Jahre 1623 nach Wien kam, im Jahre 1631 durch die bischöfliche und im Jahre 1678 durch die Windhag'sche Bibliothek vermehrt. Im Jahre 1682 errichteten die niederösterreichischen Stände in der Rossau zur Erziehung junger Adeliger die

Landschaftsakademie, welche nach der Zerstörung des Gebäudes in der zweiten Türkenbelagerung in die Alserstraße (mit dem Flächenraum der heutigen Alserkaserne) verlegt wurde.

Ein Umschwung in der Pflege des Unterrichtes und der Erziehung bereitete sich in Wien erst gegen Ende des XVII. Jahrhunderts vor; nur äußerte sich derselbe zunächst nicht in Reformen der höheren Anstalten, sondern in der Sorgfalt für eine bessere Erziehung der verwahrlosten Jugend und in der Errichtung von Volksschulen. Wie es mit der letzteren aussah, wissen wir aus einzelnen Andeutungen. Die Lehrer, fast allein auf das Schulgeld angewiesen, von welchem sie aber nicht leben konnten, suchten sich einen Nebenverdienst und waren in Wien meistens Musikanten, welche oft die ganze Nacht im Bierhause vorgeigten und dann am Tage verdrießlich und schläfrig zu ihrer Pflicht giengen. Zuweilen, und zwar meist in den Dörfern, waren sie Handwerker, Boten, Küster und Vorsänger bei den Wallfahrten. Da kein Schulzwang bestand und die Schullehrer unentgeltlichen Unterricht nur in besonderen Fällen ertheilten, so waren die Kinder vieler armer Eltern vom Schulbesuch vollständig ausgeschlossen.

Unter dem Eindrucke der traurigen Verwahrlosung der Jugend, insbesondere der früh verwaisten armen Kinder, widmete schon im Jahre 1663 ein hochherzig denkender Mann, der Erbmünzmeister von Österreich Johann Konrad von Richthausen Freiherr von Chaos, sein gesammtes, aus 300.000 Gulden bestehendes Vermögen zu einem Erziehungs- und Unterrichtsinstitute für arme, verwahrloste Waisen, welches in der Kärntnerstraße, an das Bürgerspital anstoßend, erbaut wurde, hierauf in die Verwaltung des letzteren gelangte und im Jahre 1767 mit dem Waisenhause auf dem Rennweg vereinigt wurde.

Auf die Verbesserung der Volksschulen nahm wohlthätigen Einfluss der neu begründete Orden der Piaristen, der sich im Jahre 1697 in Wien niederließ und in dem von ihm 1701 erbauten Collegium in der Josefstadt zuerst eine vierclassige Schule eröffnete, worin er der Jugend unentgeltlichen Unterricht ertheilte. In den unteren Classen lehrten die Piaristen die deutsche Sprache und in den oberen Classen wie die Jesuiten die alten Sprachen, sie bezogen aber auch die Real- und Naturwissenschaften, Geographie und Geschichte in ihre Vorträge ein. Im Jahre 1735 erweiterten sie die Schule auf sechs Classen, erbauten im Jahre 1754 das Collegium und die Kirche zu St. Thekla auf der Wieden und 1757 jenes in der Ungergasse, wo sie gleichfalls deutsche Schulen eröffneten; sie kauften 1765 die ehemalige Juristenschule in der Schulerstraße und

lehrten hier Geometrie, Kalligraphie, Rechenkunde, Wechselrechnung, Cameral- und doppelte Buchhaltung. Zur selben Zeit (1735) wurde auch die lateinische Schule der Schotten erweitert. Dem Beispiele der Piaristen folgten nunmehr auch die Jesuiten, indem sie sich auf Mathematik und Physik verlegten, ein physikalisches Cabinet (1715) einrichteten und geschichtliche Vorträge eröffneten. Sie verpflanzten zur größeren Beeinflussung der Jugend 1715 die Christenlehrbruderschaften in die Vorstädte und führten katechetische Missionen ein, an deren Spitze der Jesuit Ignaz Parhamer trat, ohne dass es ihnen aber gelang, die Piaristen auf diesem Gebiete zu verdrängen. Im Jahre 1743 gründete Michael von Zollern in seinem Hause am Neubau eine Schule für arme Kinder mit unentgeltlichem Unterricht. Auf Anregung des Weihbischofes Franz Anton Marxer errichtete der reiche Fabrikant Michael Kienmayer auf dem Rennwege neben seiner Fabrik ein Erziehungsinstitut für arme Waisen, welches später durch die mächtige Förderung der K. Maria Theresia und des Adels sowie unter der Leitung des Jesuiten Ignaz Parhamer (seit 1759) einen solchen Aufschwung nahm, daß es 800 Zöglinge zählte. Aus demselben Geiste der Humanität gieng die Stiftung des Josef Edlen von Tepfer hervor, welcher im Jahre 1761 eine Stiftung machte, aus deren Zinsen für eine Anzahl armer Kinder das Unterrichtsgeld in den Schulen in der Rossau, im Liechtenthal, am Neustift und im Neulerchenfeld entrichtet wurde.

Die Versuche zu Reformen der Hochschule, welche K. Ferdinand II. und K. Leopold I. zur Förderung ihres Ansehens und Wirkens machten, scheiterten an dem Mangel eines richtigen Verständnisses der Professoren für ihre Aufgaben, an der misslichen Finanzlage des Staates und vor allem, wie schon erwähnt, an der Besorgnis der Jesuiten, dass darunter ihre Macht leiden könnte. Erst unter K. Karl VI. wurde die Frage der Studienreform mit besserem Erfolge wieder aufgenommen, wobei sich aber die Verhandlungen sehr bemerkenswert zunächst nur auf die philosophische und theologische Facultät erstreckten, mit dem klar ausgesprochenen Zwecke, das bisherige System der Jesuiten zum Falle zu bringen.

Der größte, den Jesuiten gemachte Vorwurf betraf ihre Vernachlässigung der deutschen Sprache und Literatur. Dieses plötzliche Erwachen des deutsch-nationalen Bewusstseins unter den österreichischen Staatsmännern jener Epoche stand mit den politischen Verhältnissen im Zusammenhange. Der Hass gegen die Franzosen, der sich in der Landesverweisung derselben, in dem Verbote der Einfuhr französischer Waren und in der Schaffung einer einheimischen Industrie aussprach, rief die Hebung des nationalen

Sinnes und die Verbreitung einer größeren Bildung in den unteren Volksclassen hervor. Ein Ausdruck dieser veränderten geistigen Strömung war, dass Prinz Eugen mit dem größten deutschen Gelehrten jener Zeit, mit Leibnitz, in Verbindung trat und beide sich in dem Gedanken begegneten, dass die Aufmunterung der ingenia nothwendig sei, damit Deutschland nicht mehr in Handel und Wandel ein Raub der Fremden, in der Wissenschaft ein bloßer Nachzügler derselben sei. Wahrscheinlich unter der Einwirkung Eugen's hatte Leibnitz dem Kaiser Leopold I. schon im Jahre 1704 den Plan zur Errichtung einer Akademie der Wissenschaften vorgelegt und mit letzterem darüber lebhaft verhandelt, ohne dass es jedoch zu einem günstigen Resultate gekommen wäre. Im Jahre 1712 wurde dieser Plan von K. Karl VI. wieder aufgenommen. Leibnitz verweilte dieser Angelegenheit halber längere Zeit in Wien, trat hier mit dem Prinzen Eugen in ein freundschaftliches Verhältnis und erfreute sich der Gunst der Kaiserin-Witwe, einer welfischen Prinzessin, welche ebenso wie der Kaiser wollte, dass sich Leibnitz hier bleibend niederlasse. Nach Genehmigung des Planes zur Gründung der Akademie kehrte Leibnitz wieder in seine Heimat zurück, wo er der Verwirklichung seines großen Projectes entgegensah. Er starb (1716) in dem Augenblicke, als man ernstlich daran gieng, dasselbe zu verwirklichen, und seiner kräftigsten Stütze beraubt, wurde es hierauf gänzlich fallen gelassen. Demungeachtet blieb seither unausgesetzt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die im deutschen Reiche gepflegte wissenschaftliche Bewegung gerichtet, zur Bekümmernis der Jesuiten, welche die von dort gekommenen ersten Regungen der geistigen Aufklärung mit aller Macht bekämpften.

Erst unter der Regierung der K. Maria Theresia durchdrang die Erkenntnis der Nothwendigkeit durchgreifender Reformen auf dem Gebiete des Unterrichtes und der Erziehung und einer sorgsamen Pflege der Wissenschaften und Künste die maßgebenden Kreise. Die Kriege, welche die Kaiserin zur Erhaltung der Monarchie zu führen genöthigt war, hatten den Ausspruch des Prinzen Eugen von Savoyen, dass Oesterreich nur in der vollen Entwicklung seiner geistigen Kräfte die Gewähr für seine Zukunft suchen könne, bestätigt, und das Bestreben, das Band der Länder der Monarchie durch die Förderung der gemeinsamen Interessen zu befestigen, kräftigten die Überzeugung, dass das festeste Bindemittel die Pflege deutscher Bildung und Sitte sei.

So geschah es, dass auch die Kaiserin der Gedanke der Gründung einer Akademie der Wissenschaften lebhaft beschäftigte. Sie empfieng

im Jahre 1749 Gottsched, welcher zur Sondierung des Terrains nach Wien gekommen war und besprach mit ihm diese Angelegenheit. Ermuthigt durch den ihm zutheil gewordenen Empfang übersandte ihr Gottsched einen Plan zur Errichtung einer Akademie, dessen Ausführung aber aus verschiedenen Gründen scheiterte. Dagegen zögerte sie nicht, den Rathschlägen zu folgen, welche ihr Gerard van Swieten (geb. 7. Mai 1690, † 18. Juni 1772) in Bezug auf die Reform der Universität gab, Rathschläge, die von dem Grundgedanken ausgiengen, dass die Studienanstalten, da sie ausschließlich den Zweck hätten, dem Staate nützlich zu sein, jedem kirchlichen Einflusse zu entziehen seien, und dass sie in dieser Richtung sich der ernsten Pflege aller Zweige der Wissenschaften zu widmen und allen Fortschritten aufmerksam zu folgen hätten. Die neue Organisation begann im Jahre 1749 mit der Reform der medicinischen Studien, in welche als neue Zweige: Chemie, Botanik und Chirurgie aufgenommen wurden. Im Jahre 1752 folgte die Reorganisation der philosophischen und theologischen Studien. In ersteren bildeten Philosophie, Physik, Naturgeschichte und Ethik die Hauptfächer, bei letzteren wurde das Hauptgewicht auf die Erweckung des wissenschaftlichen Geistes gelegt. Im Jahre 1753 kam die Reform der juridischen Studien zur Ausführung, in welche das jus publicum und das Naturrecht, dem man bisher den Zutritt verweigert hatte, aufgenommen wurden. Nachdem die Kaiserin in dieser Weise für den geistigen Aufschwung gesorgt hatte, ließ sie der Universität auch ein größeres, der Höhe ihres Berufes entsprechendes Haus bauen, dessen feierliche Übergabe am 5. April 1756 erfolgte.

Nach der im Jahre 1773 erfolgten Aufhebung des Jesuitenordens wurden nach den Plänen der Professoren K. Freiherr von Martini (geb. 15. August 1726, † 7. August 1800) und J. M. von Heß (geb. 1746, † 7. Juni 1776) die Gymnasien umgestaltet und das akademische Gymnasium, an dem bisher die Jesuiten gewirkt hatten, den Piaristen übergeben.

Wiederholte Fallimente in der Handelswelt, dadurch hervorgerufen, dass es den hiesigen Handelsleuten an den erforderlichen Mercantilkenntnissen fehlte, führten im Jahre 1769, wie schon in einem früheren Abschnitte erwähnt wurde, zur Eröffnung der nach dem Plane des J. G. Wolf errichteten „Realschule“ (Nr. 364 auf dem Stoß am Himmel), welche nach ihrer Erweiterung (1771) den Namen Realhandelsakademie erhielt. Auf Anregung des Cardinals Ernst Grafen von Firmian beschäftigte sich Maria Theresia auch mit einer Reform der deutschen Schulen. Die Seele

dieser Reform waren Freih. von Gebler, Staatsrath (geb. 2. November 1726, † 9. November 1786) und Josef Meßmer, Rector der Bürgerschule bei St. Stephan (geb. 23. Mai 1734, † 5. März 1815). Am 2. Jänner 1771 fand die Eröffnung der Wiener Normalschule, welche das Haupttriebwerk der ganzen Schulverbesserung abgeben sollte, bald darauf jene eines Lehrercandidatencurses statt, worin zuerst von Mastalier und nach dessen Tode von Dr. von Portenschlag auch Vorlesungen über die physische Erziehung der Kinder gehalten wurden. Außer der Normalschule bei St. Stephan (1775 nach St. Anna verlegt) errichtete man noch vier Hauptschulen. Die übrigen Schulen hießen Trivialschulen.

Die Fürsorge der Kaiserin war aber mit diesen Reformen zur Hebung des Unterrichtes keineswegs erschöpft. Es entstanden theils auf ihre Veranlassung, theils durch andere Gönner eine Reihe von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, die specielle Staatszwecke verfolgten, wie im Jahre 1747 die Theresianische adelige Ritterakademie, im Jahre 1748 die Savoyen'sche adelige Ritterakademie und das Löwenburgische adelige Convict, im Jahre 1754 die Ingenieurakademie in Mariahilf und die orientalische Akademie, im Jahre 1769 die Thierarzneischule auf der Landstraße und im Jahre 1775 das Erziehungspensionat für Töchter österreichischer Officiere in Hernals. Im Zusammenhange mit dieser Neugestaltung stand die Vermehrung der bestehenden und die Gründung neuer wissenschaftlicher Sammlungen und Institute. Die Hofbibliothek, schon unter Karl VI. durch bedeutende Sammlungen neuerdings bereichert, erhielt im Jahre 1745 einen Zuwachs durch sechs Bibliotheken und im Jahre 1848 wurde die Garrelli'sche Bibliothek am Theresianum begründet. Kaiser Franz I., der Gemahl Maria Theresia's, legte durch den Ankauf der Sammlungen des Charles de Baillou im Jahre 1748 den Grund zum k. k. Mineraliencabinet. Im Jahre 1753 entstand der botanische Garten in Schönbrunn, im Jahre 1756 der botanische Garten auf der Landstraße durch Freiherrn von Jacquin, und 1765 wurde zur Förderung des Studiums der Alterthumskunde das von dem berühmten Numismatiker Josef von Eckhel (geb. 13. Jänner 1737, † 10. Mai 1798) geleitete k. k. Münz- und Antikencabinet eröffnet.

Infolge der Neugestaltung des Unterrichtswesens nahm auch das wissenschaftliche Leben — insoweit dies die noch immer strenge Censur gestattete — einen bedeutenden Aufschwung. Die niederösterreichischen Klöster, wie die Benedictiner, Cistercienser und Pauliner waren mit der Erforschung

der Quellen der vaterländischen Geschichte vorausgegangen, im Gegensatze zu den Jesuiten, welche für die Hebung des patriotischen Geistes geringes Verständnis an den Tag legten. In der Theresianischen Zeit ragten durch ihre Leistungen außer den schon genannten Männern noch hervor: Paul Josef Riegger (geb. 29. Juni 1705, † 2. December 1775) und Josef Val. Eybel (geb. 3. März 1741, † 30. Juni 1805), beide als Kirchenrechtslehrer; Karl Freiherr von Martini (geb. 15. August 1726, † 7. August 1800) und Ferdinand von Schrötter (geb. 13. Jänner 1736, † 3. Juli 1780) als Rechtsgelehrte; Josef von Sonnenfels (geb. 1733, † 26. April 1817) durch Einführung der politischen Wissenschaften; Adrian Rauch (geb. 1. April 1731, † 16. Juni 1802); Sigmund Calles (geb. 12. September 1696, † 3. Januar 1761); Marcus Hansitz (geb. 23. April 1683, † 5. September 1766); Joh. Chr. Scheyb (geb. 1704, † 2. October 1777); Adam Franz von Kollar (geb. 15. April 1723, † 15. Juli 1783); Leopold Fischer (geb. 28. März 1703, † 11. April 1787); Philipp Jakob Lambacher (geb. 1700, † 10. November 1774); Konst. F. Ant. von Khauz (geb. 21. Mai 1735, † 28. Jänner 1797); Josef Heyrenbach (geb. 24. Mai 1742, † 20. April 1779); Mathias Fuhrmann (geb. 1690, † 1773), sämmtlich als Geschichtsforscher; Ignaz Mathias von Heß (geb. 1746, † 7. Juni 1776) und Johann Nikolaus von Vogel (geb. 10. Jänner 1686, † 12. Jänner 1760), beide als Literarhistoriker; Johann Michael Denis (geb. 27. September 1729, † 29. September 1800); Wilhelm Weiskern (geb. 20. Mai 1711, † 29. December 1768) als Topograph; Erasmus Fröhlich (geb. 2. October 1700, † 7. Juli 1758) als Archäologe; Val. J. Düval (geb. 1708, † 3. November 1775); Franz Neumann (geb. 22. November 1744, † 7. April 1816), nächst Eckhel als Numismatiker; Ignaz Edler von Born (geb. 26. December 1742, † 24. Juli 1791) als Mineraloge; Nikolaus Josef Freiherr von Jacquin (geb. 16. Februar 1727, † 26. October 1817) als Botaniker und Chemiker; Josef Freiherr von Quarin (geb. 19. November 1733, † 19. März 1814); Anton de Häen (geb. 8. December 1703, † 3. September 1776); Maximilian Stoll (geb. 12. October 1742, † 23. Mai 1787); Johann H. Freiherr von Crantz (geb. 24. November 1722, † 1799); Leopold Auenbrugger (geb. 10. November 1722, † 18. Mai 1809); Johann Josef Leber (geb. 31. December 1727, † 18. October 1808) und Johann Alexander von Brambilla (geb. 1728, † 1800) im Vereine mit Gottfried van Swieten als Begründer der neueren medicinischen Wiener Schule; Josef Franz (geb. 23. Februar 1703, † 12. April 1776); Maxi-

milian Hell (geb. 15. Mai 1720, † 14. April 1792); Anton Pilgram (geb. 3. October 1720, † 21. April 1800) und Josef Liesganigg (geb. 13. Februar 1719, † 4. März 1799); Josef Anton Nagel (geb. 3. Februar 1717, † 1794), sämmtlich als Mathematiker und Astronomen.

Da der eine Theil der Theresianischen Reformen im Unterrichtswesen schon unter Mitwirkung des Thronfolgers erfolgt war, so stand bei dessen Regierungsantritte zu erwarten, dass er den Reformen ein noch bestimmteres Gepräge geben werde. K. Josef II. strebte noch mehr als seine Mutter an, die Erziehung und den Unterricht den Staatszwecken unterzuordnen, was die rein wissenschaftlichen Bestrebungen keineswegs förderte. An die Spitze der Hofstudiencommission stellte der Kaiser im Jahre 1781 Gottfried Freiherrn van Swieten, den Sohn des Leibarztes seiner Mutter, und gab gleichzeitig den Ministern die Grundzüge des einzuhaltenden Studiensystems bekannt. Nach deren Inhalt war die Universität nur als Vorbereitungsschule für Staatsbeamte aufzufassen und aus dem Lehrplane alles auszuscheiden, was nicht für deren Ausbildung nothwendig war. Vom Jahre 1785 an mussten alle Gegenstände in deutscher Sprache vorgetragen werden. Im Lehrplan für die drei Gymnasien wurde noch entschiedener die Verbindung mit den Normalschulen angestrebt.

Im Interesse der Erziehung und Bildung der Jugend stiftete K. Josef II. im Jahre 1785 die medicinisch-chirurgische Akademie in der Währingerstraße, im Jahre 1782 das Taubstummeninstitut und im Jahre 1786 das Civilmädchenpensionat in Wien zur Heranbildung von Lehrerinnen. Das Theresianum und die übrigen adeligen Knabenerziehungsanstalten hob der Kaiser im Jahre 1784 auf, um in allen Ständen einen gleichförmigen Unterricht zu erzielen. Neue wissenschaftliche Anstalten entstanden nicht; dagegen wurden die Hofbibliothek im Jahre 1780 durch die Einverleibung der Wiener Stadtbibliothek und die Universitätsbibliothek durch die Büchersammlungen der aufgehobenen Klöster bereichert.

Hatte Josef II. in Bezug auf den Beruf der Wiener Hochschule Anschauungen, welche mit der Entwicklung eines regen, wissenschaftlichen Strebens wenig vereinbar waren, so war er keineswegs abgeneigt, solche wissenschaftliche Forschungen, welche der Menschheit Nutzen verschafften, zu unterstützen. Neben den Männern der Theresianischen Zeit tauchten neue Jünger der Wissenschaft auf, welche auf einzelnen Gebieten das Ansehen der Wiener Hochschule förderten und von dem geistigen Fortschritte Zeugnis gaben, wie Joh. Jahn (geb. 18. Juni 1750, † 16. Au-

gust 1816) als Orientalist; Ferdinand Zeiller (geb. 14. Jänner 1751, † 23. August 1828) als Rechtsgelehrter; Maximilian Stoll (geb. 12. October 1742, † 23. Mai 1787); Joh. Josef Gall (geb. 9. März 1758, † 22. August 1826); Georg Prohaska (geb. 10. April 1749, † 17. Juli 1820); Joh. N. Hunczowsky (geb. 15. Mai 1752, † 4. April 1798); Pasc. Josef Ferro (geb. 1749, † 1778), sämmtlich als Ärzte; Josef Franz Freiherr von Jacquin (geb. 7. Februar 1756, † 9. December 1839) als Chemiker.

Wie in Deutschland bewirkte auch in Wien der Fortgang der französischen Revolution einen großen Rückschlag; er vergiftete die Stimmung und bedrohte jene, welche dem neuen Geiste der Literatur gefolgt waren, mit den ärgsten Verdächtigungen, weil man in der modernen Philosophie und ihren politischen Theorien die Quelle der Pariser Vorgänge erblickte. Die Wirkung der Reaction zeigte sich zunächst im Unterrichtswesen. Kaiser Leopold II. ließ durch Martini im Jahre 1790 den Studienplan der Universität einer neuen Prüfung unterziehen. Das Ergebnis derselben zeigte allerdings ein unverkennbares Wohlwollen für die Hebung der Wissenschaften, indem nun jeder der Professoren verhalten wurde, seine wissenschaftlichen Fortschritte durch jährliche gedruckte Abhandlungen an den Tag zu legen. Aber die engen Grenzen in der Behandlung der Themata, die Furcht vor dem Hinübergreifen auf Gebiete, welche die höchsten Lebensfragen berührten, führte in der philosophischen und juridischen Facultät einen Stillstand herbei. K. Franz I. kehrte in Bezug auf das Lehrsystem allmählich wieder zu den Josefinischen Grundsätzen zurück, welche unter den Staatsbeamten, ja selbst im Clerus zahlreiche Anhänger zählten. Der neue Lehrplan für die Hochschule vom Jahre 1805 hatte noch als obersten Grundsatz aufgestellt, dass durch die philosophischen Lehranstalten eine höhere und umfangreichere Geistesbildung der Studierenden anzustreben sei. Derselbe verlor aber schon im Jahre 1813 seine Bedeutung durch den Ausspruch des Kaisers, dass es nicht der Zweck der Schule sei, Gelehrte zu bilden und wurde im Jahre 1824 durch einen neuen Lehrplan verdrängt, der das philosophische Studium nur auf das Nothwendigste einschränkte, die Weltgeschichte aus den obligaten Lehrfächern ausschied und das Studium der österreichischen Geschichte auf jene Andeutungen beschränkte, welche sich in der Universalgeschichte vorfanden. Einen besonderen Werth hatte für den Kaiser nur die Ausbildung der Naturkunde, der Mathematik, Physik, Chemie und der technischen Wissenschaften, für deren Pflege auch tüchtige Kräfte gewonnen wurden. Die Einrichtung der Gymnasien und Volksschulen blieb im Wesentlichen dieselbe wie unter K. Maria Theresia und K. Josef II., nur mit dem

Unterschiede, dass in ersteren der lateinischen Sprache und in den letzteren dem Religionsunterrichte eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet wurde. Durch die Eröffnung des polytechnischen Instituts (1816) erhielten die technischen Studien eine neue Organisation, deren Bedeutung wir schon in dem vorhergegangenen Abschnitte hervorgehoben haben.

Im Einklange mit diesen Grundsätzen standen die neu entstandenen Fortbildungs- und Erziehungsanstalten. Im Jahre 1807 reorganisierte der Kaiser das an die Stelle der Generalseminarien getretene erzbischöfliche Seminarium und gründete im Jahre 1816 nach dem Plane des Burgpfarrers Frint die höhere Bildungsanstalt für Weltpriester. Im Jahre 1797 wurde das Theresianum wieder hergestellt und im Jahre 1816 das von J. W. Klein gegründete Blindeninstitut als Staatsanstalt erklärt. Was neue wissenschaftliche Anstalten betrifft, so fällt in diese Zeit die Gründung des zoologisch-botanischen Cabinets (um 1810), des anatomisch-pathologischen Museums in der Alservorstadt (1812), des botanischen Gartens im Oberen Belvedere und des physikalisch-astronomischen Cabinets in der Burg (1815).

Der Einfluss der im Unterrichtssystem eingeschlagenen Richtung trat auch bei den in's Leben getretenen Censurgesetzen in den Vordergrund. Schon K. Leopold II. hatte das Josefinische Censurgesetz in bedenklicher Weise beschränkt. Nicht was unsittlich oder für Religion und Staat gefährlich war, sondern was die Censoren nach ihrer subjectiven Auffassung für anstößig hielten, sollte nach den Regeln der Klugheit unterdrückt werden. Noch einschneidender war das Censurgesetz vom Jahre 1795, welches ein entschiedenes Misstrauen gegen jede geistige Regung kundgab und die frühere Begünstigung aufhob, wonach jeder Schriftsteller sich seinen Censor selbst wählen durfte. Mit diesem Gesetze trat das Bücher-Revisionsamt ins Leben, welches den directen Verkehr der gebildeten Leser mit den literarischen Erscheinungen in Deutschland und Frankreich beschränkte. Der schon früher stark betriebene Nachdruck von Werken wurde auch fernerhin begünstigt, weil durch ihn die Schöpfungen ausländischer Dichter und Schriftsteller in der Form verbreitet werden konnten, in der es die Regierung für zweckmäßig hielt.

Die im Jahre 1810 erschienene neue Censurvorschrift gab sich den Anschein, als ob sie dem geistigen Leben einen freieren Spielraum gönnen wolle. „Kein Lichtstrahl, er komme, woher er wolle," heißt es im Eingange, „soll in Zukunft unbeachtet und unerkannt in der Monarchie bleiben, aber mit vorsichtiger Hand sollen auch Herz und Kopf der Unmündigen vor den verderblichen Ausgeburten einer scheußlichen Phantasie, vor

dem giftigen Hauche selbstsüchtiger Verführer und vor den gefährlichen Hirngespinnsten verschrobener Köpfe gesichert werden." In der That rechtfertigte sie nicht die kühnen Hoffnungen der Schriftsteller, da die Grundtendenz bald durch eine Reihe von Erläuterungen und Nachtragsbestimmungen verwischt wurde und die Vorschriften in der Praxis strenge gehandhabt wurden. Als die Regierung im Jahre 1841, den Klagen der Schriftsteller nachgebend, einen großen Fortschritt zu machen glaubte, indem sie erklärte, die Censur dem ursprünglichen Charakter gemäß wieder handhaben zu wollen, waren die literarischen Kreise damit keineswegs zufrieden, sondern sie verlangten im Jahre 1845 die Erlassung eines neuen Censurgesetzes.

Ungeachtet aller Beschränkungen erhielt sich noch das wissenschaftliche Leben der früheren Epoche in der ersten Zeit der Regierung K. Franz' I. Einzelne Staatsmänner waren bestrebt, dahin zu wirken, dass die Regierung auf die Belebung und Förderung gelehrter Forschungen einwirke, in der Überzeugung, dass ohne die Pflege höherer Bildung und Aufklärung der Wiederaufbau des durch die Kriege in seinen Grundlagen erschütterten Staatswesens nicht ausführbar sei; sie anerkannten die Nothwendigkeit, dass nach Änderung der politischen Stellung Österreichs infolge der Auflösung des deutschen Reiches der geistige Verband mit Deutschland aufrecht erhalten bleiben müsse und wollten, dass in Wien sich alles vereinige, was den Stolz und den Ruhm deutscher Wissenschaft und Kunst bilde. Diese Ideen fanden aber nur kurze Zeit, und zwar nur in den Jahren der größten Bedrängnis allgemeine Zustimmung. Nach den Kriegsjahren erwachte das Misstrauen gegen alle Regungen der freien Forschung auf jenen Gebieten, welche die Kirche und die Politik berührten, und man sah es nicht gerne, wenn sich Geistliche und Beamte damit beschäftigten. Die Wissenschaft hatte für diese Kreise nur insoweit Wert, als sie praktischen Zwecken diente oder nützliche Unternehmungen förderte, weshalb auch nur den Naturwissenschaften eine besondere Sorgfalt zutheil wurde. Es bedurfte aller Anstrengungen einzelner Staatsmänner und des Einflusses mächtiger Gönner, damit es den Fachgelehrten gegönnt war, sich im Anschlusse an die Fortschritte und die Richtung der deutschen Wissenschaft, unbelästigt mit historischen und philosophischen Studien zu beschäftigen und deren Ergebnisse literarisch zu verwerten. Nur besonders günstige Umstände ermöglichten es, dass folgende literarische und fachwissenschaftliche Zeitschriften bestanden: die „Vaterländischen Blätter" (Jahre 1808—1816) und die „Neuen Annalen der Literatur des österreichischen Kaiserstaates" (Jahre 1808—1810); das „Archiv für Geschichte, Statistik, Literatur und Kunst" (herausgegeben 1809—1828 von Hormayr, 1829 und 1830

von Mühlfeld und Hohler, 1831—1833 von Riedler und Veith und 1835—1837 von Kaltenbäck); die „Jahrbücher der Literatur“ (1818—1849); Hormayr's „Taschenbuch für vaterländische Geschichte“ (1811—1848). Von einer politischen Literatur, einer freimüthigen Besprechung der Tagesfragen konnte dagegen bei dem Bestande der Censurvorschrift vom Jahre 1810 nicht die Rede sein, daher auch die politische Tagespresse nur durch die „Wiener Zeitung“ und den „Österreichischen Beobachter“ (seit 1810) vertreten war. Bei der Besprechung der politischen Begebenheiten brachte letzterer unter der Redaction des Ferdinand von Pilat (geb. 20. Februar 1782, † 2. Mai 1865) die Anschauungen des österreichischen Staatskanzlers Fürsten Clemens Metternich zum Ausdrucke.

Zu den Männern der Wissenschaft, deren Thätigkeit in die erste Hälfte dieses Jahrhunderts fällt, zählen: Jakob Ruttenstock (geb. 10. Februar 1770, † 22. Juni 1844); Joh. M. Leonhard, Weihbischof (geb. 23. September 1782, † 19. Jänner 1863); Vinc. Ed. Milde, Erzbischof (geb. 11. Mai 1777, † 14. März 1853); Jakob Frint, Bischof von St. Pölten (geb. 4. December 1766, † 11. October 1834) als Theologen. Anton Günther (geb. 17. November 1783, † 24. Februar 1863); Joh. Em. Veith (geb. 10. Juli 1788, † 6. November 1876); Karl Freiherr von Hock (geb. 18. März 1809, † 2. Jänner 1869); Ernst Freiherr von Feuchtersleben (geb. 29. April 1806, † 3. September 1849) als Philosophen.

Karl Freiherr von Pratobevera (geb. 17. Februar 1769, † 6. December 1853); Thomas Dolliner (geb. 12. December 1760, † 15. Februar 1839); Joachim Füger (geb. 1772, † 14. Jänner 1833); Vinc. Aug. Wagner (geb. 7. März 1790, † 14. October 1833); Konrad Freiherr von Gärtner (geb. 21. September 1775, † 10. April 1849) als Rechtsgelehrte.

Josef Hormayr, Freiherr von Hartenberg (geb. 20. Jänner 1781, † 5. November 1848); Jos. Feil (geb. 21. Juni 1811, † 29. October 1862); Jos. Chmel (geb. 18. März 1798, † 28. November 1858); Andreas von Meiller (geb. 22. November 1812, † 1. Juli 1871); Theodor G. R. von Karajan (geb. 22. Jänner 1810, † 28. April 1873); Ernst Birk (geb. 15. December 1802); Josef C. Arneth (geb. 12. August 1791, † 21. October 1863); Josef Freiherr von Hammer-Purgstall (geb. 9. Juni 1774, † 23. November 1856); Josef Bergmann (geb. 13. November 1796, † 29. Juli 1872); Joh. P. Kaltenbäck (geb. 11. Jänner 1804, † 22. Juni 1861); Franz Tschischka (geb.

18. August 1786, † 15. November 1855); Max Freiherr von Liechtenstern (geb. 12. Februar 1765, † 10. October 1828) und Karl W. Blumenbach (geb. 1. Jänner 1791, † 7. April 1847) als Geschichtsforscher.

Adolf Schmidl (geb. 18. Mai 1802, † 20. November 1862) als Topograph. — Alois Primisser (geb. 4. März 1796, † 25. Juli 1827); Friedrich Otto Leber (geb. 4. October 1803, † 11. December 1846); Eduard Melly (geb. 5. Jänner 1814, † 12. October 1854) als Kunstforscher und Archäologen. — Josef Diemer (geb. 6. März 1807, † 3. Juni 1869) und Ferdinand Wolf (geb. 8. December 1796, † 18. Februar 1866) als Philologen. — Paul Maria Partsch (geb. 11. Juni 1791, † 3. October 1856); Franz Leydolt (geb. 15. Juli 1810, † 10. Juni 1859) und Wilhelm von Haidinger (geb. 5. Februar 1795, † 19. März 1871) als Mineralogen.

Josef Redtenbacher (geb. 12. März 1810, † 5. März 1870); Josef Franz Freiherr von Jacquin (geb. 7. Februar 1766, † 9. December 1839); Anton Schrötter (geb. 1802, † 15. April 1875) als Chemiker.

Franz Edler von Portenschlag-Ledermayer (geb. 13. Februar 1772, † 7. November 1822); Heinrich W. Schott (geb. 7. Jänner 1794, † 5. März 1865); Stanislaus K. Endlicher (geb. 24. Juni 1805, † 28. März 1849); Franz Unger (geb. 30. November 1800, † 13. Februar 1870) und Aug. Neilreich (geb. 12. December 1803, † 1. Juli 1871) als Botaniker.

Joh. G. Megerle von Mühlfeld (geb. 22. Juni 1760, † 15. September 1831); Karl Ant. von Schreibers (geb. 15. August 1775, † 21. Mai 1852); Joh. Natterer (geb. 9. November 1787, † 17. Juni 1843); Rud. Kner (geb. 24. August 1810, † 27. October 1869) und G. R. von Frauenfeld (geb. 1805, † 8. October 1873) als Zoologen.

Joh. P. Frank (geb. 19. März 1745, † 24. April 1821); Joh. Val. Edler von Hildebrand (geb. 8. April 1803, † 31. Mai 1818); Joh. N. von Raimann (geb. 20. Mai 1780, † 8. März 1847); Andr. Jos. Freiherr von Stifft (geb. 29. November 1760, † 1837); Joh. Malfatti (geb. 1776, † 12. September 1859); Th. C. Hartmann (geb. 20. Jänner 1773, † 5. März 1830); Vinc. von Kern (geb. 20. Jänner 1760); Friedr. Jäger (geb. 1783); Franz Schuh (geb. 1805, † 23. December 1865); Karl Freiherr von Rokitansky (geb. 19. Februar 1804, † 23. Juli 1878); Josef Skoda (geb. 10. December 1805, † 13. Juni 1881); Josef Hyrtl (geb. 7. December 1811); Karl Schroff (geb. 10. December 1805);

Anton Edler von Rosas (geb. 30. December 1791, † 31. Mai 1855) als Ärzte.

Josef Joh. Littrow (geb. 13. März 1781, † 30. November 1840) als Astronom. — Joh. Chr. Stelzhammer (geb. 28. August 1750, † 10. October 1840); Andr. Freiherr von Ettinghausen (geb. 25. November 1796, † 25. Mai 1878); Andreas Freiherr von Baumgartner (geb. 23. November 1793, † 20. Juli 1865); Joh. Josef Prechtl (geb. 16. November 1778, † 28. October 1854); August Kunczek (geb. 28. Jänner 1795, † 31. März 1865); Karl Kreil (geb. 4. November 1798, † 21. December 1862); Simon Stampfer (geb. 28. October 1792, † 10. November 1864); Adam Freiherr von Burg (geb. 28. Jänner 1797, † 2. Februar 1882) als Physiker.

Während die Historiker sich nur in enggezogenen Grenzen bewegen konnten, war es der Mehrzahl der Naturforscher durch die ihnen gestattete freiere Bewegung ermöglicht mit den ausgezeichnetsten Fachgenossen Deutschlands und Frankreichs in Concurrenz zu treten.

Zehnter Abschnitt.

Dichtung und Musik.

Als nach der Berufung des Konrad Celtes an die Wiener Universität im Jahre 1497 das Studium griechischer und römischer Classiker festen Boden gewonnen hatte, vereinigte sich, wie schon bei Besprechung der wissenschaftlichen Bestrebungen angedeutet wurde, auf Anregung des ersteren eine Anzahl von Gelehrten zu einer aus zwanzig Personen zusammengesetzten Gesellschaft zur Verbreitung des Humanismus, die den Namen „Gelehrte Donaugesellschaft" führte, an deren Spitze der Administrator des Wiener Bisthums Johann von Vitez stand und zu deren hervorragendsten Mitgliedern Johann Cuspinian (Gelehrter und Staatsmann), Hans Peter Krachenberger (Geheimschreiber des Kaisers), Stiborius von Vilshofen (Mathematiker), Johann Stabius (Secretär des Kaisers und Historiograph), Hieronymus Balbi und Bartholomäus Steber (Söhne eines Wiener Lederermeisters und Arztes), Georg Reudeck (später Bischof von Trient), Ladislaus Suntheim (Genealog und Archäologe), Stephan Rusinus (Mathematiker), Gabriel Gutrather (Stadtanwalt und im Jahre 1522 Bürgermeister) gehörten. Der Sitz der „Gelehrten Donaugesellschaft" war in dem Hause C.-Nr. 897 (Or.-Nr. 10) in der Singerstraße, wo eine noch heute bestehende Gedenktafel daran erinnert. — Vier Jahre später (1501) gründete K. Maximilian I. ein der artistischen Facultät untergeordnetes Dichtercollegium, das seine Wohnungen und Lehrsäle in den Räumlichkeiten des St. Annenklosters in der Annagasse hatte. Zum Vorstande des Dichtercollegiums wurde vom Kaiser Konrad Celtes ernannt, dem auch das Recht der Dichterkrönung zustand, ein Recht, das bisher nur von den Kaisern selbst ausgeübt worden war.

Diese beiden gelehrten Institute wirkten damals für den Humanismus nicht bloß durch ihre gelehrten Forschungen über das classische und das

deutsche Alterthum, sondern auch durch ihre poetischen Schöpfungen belehrend und anregend auf die ihnen nahestehenden Kreise; sie nährten den Schönheitssinn, die Begeisterung für die Helden der alten Zeit und erweckten Manneswürde und Patriotismus. Aus diesen Kreisen gieng die erste Opposition gegen die römische Hierarchie und deren Dunkelmänner, gegen den Druck des Obscurantismus und gegen die Verwilderung der Sitten und des Geschmackes hervor.

Welche Verdienste sich aber auch diese Männer um das Interesse an den classischen Dichtungen und den Heldengesängen der deutschen Vergangenheit erwarben, so konnten sie infolge des Gebrauches der lateinischen Sprache und der Form ihrer Dichtungen keinen Einfluss auf weitere Kreise ausüben. Sie sprachen nur zu ihren Fachgenossen und Schülern, aber nicht, wie Johann Reuchlin, Erasmus von Rotterdam und Ulrich von Hutten gethan hatten, zum Volke. Als letzterer bei seiner Anwesenheit in Wien zu Ende des Jahres 1511 den Wiener Dichtern sein Mahngedicht an K. Max I. zum Kriege gegen die Venetianer, diesen wichtigen Wendepunkt in der Entwicklung Hutten's, und seinen „Gruß an Wien" übergab, worin er sich entschuldigte, dass er erst jetzt diese schöne Stadt besucht habe, verfehlten zwar der Schwung und der Feuergeist seiner Dichtungen nicht ihre Wirkung, aber zu einer Nachfolge konnten sich die lateinischen Wiener Dichter nicht entschließen, weshalb auch ihr Ruhm und Glanz mit dem Tode ihres Meisters, des Konrad Celtes (1508), erblich, mit diesem auch das Dichtercollegium eingieng und die „Gelehrte Donaugesellschaft" sich auflöste.

Von dauernder Bedeutung wurde dieser Kreis von Männern für den Entwicklungsgang der Dichtung in unserer Stadt dadurch, dass durch ihn das Gelehrten-Drama Boden gewann. Die in der Aula von Plautus, Terenz und Seneca aufgeführten Lustspiele und Tragödien gaben den Mitgliedern die Anregung zu eigenen Schöpfungen, und die allgemeine Theilnahme für diese Productionen war die Veranlassung, dass ähnliche bei Hofe, in Schulen und auch am Rathhause stattfanden. Bei Hofe bildeten diese gelehrten Dramen den Übergang zu den im XVII. Jahrhundert mit großer Pracht aufgeführten italienischen und französischen Komödien. In den Schulen bemächtigten sich der gelehrten Dramen mit besonderem Geschicke die Jesuiten, welchen dieselben anfänglich zur Übung der Schüler in der lateinischen Sprache dienten, im Gegensatze zu den protestantischen Schulkomödien, die in stofflicher Hinsicht sich meist auf das alte Testament stützten, und welche mit Benützung neutestamentarischer und antiker Stoffe zu glänzenden, allegorischen Stücken gemacht wurden, welche nicht nur die

Sinne der Schüler, sondern auch jene der Eltern gefangen hielten und unter der Bezeichnung Ludi caesarei bei großen Festen Hof und Adel ergötzten. Die am Rathhause aufgeführten Komödien dienten den Mitgliedern des Rathes und ihren Frauen bei besonderen Anlässen zur Erheiterung. Wir begegnen diesen Aufführungen jedoch nur ganz vereinzelt bis zum Anfang des XVII. Jahrhunderts, und es wurden daselbst keineswegs lateinische, sondern deutsche Dramen von Dichtern, wie von Hans Sachs, aufgeführt.

Von Wiener Dichtern, die deutsche Schulkomödien schrieben, kennen wir Wolfgang Schmälzl, und selbst dieser hat nur aus dem Grunde Anspruch in die Reihe der Wiener Dichter gestellt zu werden, weil er ungefähr zehn Jahre bei uns zubrachte und wegen seines prächtigen, von Liebe und Anhänglichkeit an unsere Stadt zeugenden „Lobspruch auf Wien“ von uns gerne als Wiener reclamiert wird. Schmälzl war der Sohn eines Handwerkers zur Kemnat in der Oberen Pfalz, schloss sich nach dem Auftreten Luther's der protestantischen Bewegung an und wurde Cantor zu Amberg, wo er durch mehrere Jahre mit seinem Weibe und seinen Kindern lebte. Aus Gründen, die wir nicht kennen, verließ er seine Familie, bereiste, dem Rathe seines Vaters folgend, Sachsen und die deutschen Reichsstädte und kam, wahrscheinlich zwischen 1535—1540, nach Österreich. In Wien bekleidete er, nach einer gleichzeitigen handschriftlichen Notiz in einem Exemplar seines Gedichtes „Zug in's Hungerland“ „ein papistischer Pfaff“, das Amt eines Schulmeisters bei den Schotten und suchte im Jahre 1550 um die Erlaubnis nach, in Wien auf dem sogenannten „Mistl“ (der Freiung) ein Haus erbauen zu dürfen. Wie lange er nach diesem Jahre noch in Wien verweilte, wissen wir nicht, und ersehen nur aus dem vorerwähnten, im Jahre 1556 bei Raphael Hofhalter und Caspar Kraft zu Wien gedruckten Gedichte, dass er damals Pfarrherr bei St. Lorenzen auf dem Steinfelde war.

Während seines Aufenthaltes in Wien erschienen mehrere seiner Dramen: „Comödia Judith“ (1542), „Aussendung der Zwelffpoten“ (1542), „Comödia der Hochzeit Cana“ (1543), „Comedj von dem plintgebornen Sonn“ (1543), „Historia von David“ (1545), „Komedia des verlornen Sons“ (Wien 1545) und das Zeitgedicht: „Guter seltzamer vnn kunstreicher teutscher Gesang“ (Nürnberg 1545) und der „Lobspruch auf die Stadt Wien“ (1. Ausgabe: Wien 1547. 2. Ausgabe: Wien 1548). In seiner Eigenschaft als Pfarrherr ließ er in Wien ohne Datum „Ein new Liad“ zu Ehren des Erzherzogs Ferdinand und seines Zuges nach Ungarn (3 Seiten in Quart) und im Jahre 1556 das Zeit-

gedicht: „Der christlich und gewaltig Zug in das Hungerland“ (8 Blätter in Quart) erscheinen. Unter den Dichtungen Schmälzl's hat unstreitig sein „Lobspruch auf Wien“, worin er die Eindrücke, welche die Zustände in unserer Stadt auf ihn machten, in gebundener Rede schildert, das größte Interesse. Als Dramatiker ist Schmälzl deshalb bedeutend, weil seine Werke die ältesten uns bekannten, in deutscher Sprache verfaßten weltlichen Schauspiele sind, welche in Wien zur Aufführung gelangt sind.

Vor dem Auftreten Schmälzl's kennen wir keinen Wiener Dichter, der durch seine Erzeugnisse auf das Volksleben eingewirkt hatte. Selbst ein so bedeutendes Ereignis wie die erste Türkenbelagerung ging in dieser Richtung spurlos vorüber. Als Hans Guldenmundt seine fünfzehn Flugblätter über das türkische Heer vor Wien herausgab, lieferte kein Wiener, sondern der Nürnberger Hans Sachs den erläuternden poetischen Text. Nur ein versificierter Sendspruch, verfaßt von Sebastian Thau, der dem Nachdrucke einer Relation über die erste Türkenbelagerung vorausgeschickt ist, trägt den Namen einer Familie, aus welcher später zwei Mitglieder, beide Namens Hans Thau (Vater und Sohn), das Amt eines Bürgermeisters versahen.

Besonders auffallend bleibt es, daß wir so wenig Belege über die Wirkung der mächtigen, tief in das Volk eingedrungenen Reformation auf das poetische Schaffen aufweisen können. Es ist nicht wahrscheinlich, daß der heftige, zwischen den Katholiken und den Protestanten geführte Kampf nur auf theologische Streitsachen beschränkt blieb; denn ungeachtet der strengen kirchlichen und weltlichen Censur erschienen im XVI. Jahrhundert zahlreiche Flugschriften, die in weiteren Kreisen Verbreitung fanden, worauf die wiederholten Druckverbote hinweisen. Wahrscheinlich gieng diese Literatur unter dem Drucke der Hausvisitationen und der mit großem Nachdrucke betriebenen Ausrottung ketzerischer Schriften gänzlich zugrunde, und es erhielten sich nur einige „Exulandenlieder“, welche den Schmerz der aus ihrer Heimat Vertriebenen schildern. Vielleicht, daß es einer in dieser Richtung emsiger als bisher betriebenen Forschung gelingt, die wenigen noch übrig gebliebenen Reste von Wiener Volkspoesie an's Tageslicht zu ziehen.

Der schwere geistige Druck nach Durchführung der Gegenreformation, die Entnationalisierung der Jugend durch die lateinischen Schulen und der lange Stillstand im geistigen Leben Wiens im XVII. Jahrhundert spricht sich in dem Mangel an Dichtern und localen Dichtungen aus. Die Gelehrten schwelgten fort im classischen Alterthum und verachteten das Deutsche, und die künstlichen Versuche einzelner Sprachgesellschaften, die von Schlesien

aus nach Wien gedrungen sein dürften, blieben dem Volke fremd. Als geistige Nahrung verblieben dem Volke die gedruckten und geschriebenen politischen Zeitungen, Chroniken, Heiligenlegenden, geistliche Betrachtungen, die Weihnachts-, Dreikönigs- und Passionsspiele, von den Kirchendienern bei St. Stephan aufgeführt, und geistliche Gesangsbücher, von welchen wir die „Geistliche Nachtigall" erwähnen. Eine ganz vereinzelte Erscheinung ist J. Sturm's Gedicht aus der Mitte des XVII. Jahrhunderts.

Erst in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts tauchte neuerdings eine Persönlichkeit auf, die durch ihre prosaischen Schriften den gewaltigsten Eindruck hervorrief, nämlich der Augustinermönch Ulrich Megerle, genannt Abraham a Santa Clara (geb. 3. Juli 1645, † 1. December 1709). Seine Predigten und Schriften machten ihn durch ihre Originalität zu einem ebenso gerne gehörten als gelesenen Schriftsteller. Mit praktischem Blicke, tiefer Menschenkenntnis und vielseitigen Kenntnissen schilderte er alle Lebensverhältnisse und tadelte mit Unerschrockenheit, mit seltenem Freimuthe und beißendem Witze die Schwächen seiner Zeitgenossen.

Zu derselben Zeit wurde auch zu einer selbständigen dramaturgischen Volksdichtung der Grund gelegt. Schon in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts waren trotz der strengen Verbote gegen die fahrenden Sänger, Reimsprecher und Schalksnarren wandernde, sogenannte niederländische Schauspielertruppen nach Wien gekommen, welche theils bei Hofe und auch auf dem Rathhause, theils in den Wirtshäusern und in den geschlossenen Höfen ihre Productionen veranstalteten. Über deren Inhalt haben wir zwar keine Kenntnis, wir wissen aber aus den Verboten der Regierung, dass sie viel „Unrath und Böses austifteten, den gemeinen Mann und die liebe Jugend verführten und um's Geld brachten". Erst vor Beginn des XVII. Jahrhunderts gaben die wandernden Komödianten Übersetzungen und Bearbeitungen englischer und deutscher Schauspiele zum Besten, der Geschmacksrichtung folgend, welche sich durch die volksthümliche Richtung des englischen und niederländischen Theaters und die dramatischen Dichtungen von J. Ayrer, Gryphius und Heinrich Julius, Herzog zu Braunschweig, Bahn gebrochen hatte.

Unter den zur Darstellung gelangten Schauspielen erregten das lebhafteste Interesse solche Stoffe, die große politische Actionen aus alter und neuer Zeit behandelten. Wenn Könige, Helden und Tyrannen in schwulstiger, hochtönender Sprache über die Bretter schritten, wenn dem einen die Nasen und Ohren abgeschnitten, dem anderen die Augen ausgestochen, Rad und Galgen aufgerichtet oder Folterwerkzeuge in Anwendung ge-

bracht und in den Zwischenacten zur Erholung von den gräßlichsten Scenen sentimentale Liebesscenen, komische Intermezzos der Narren oder die alten Schnurren und Schwänke des „Pikelhäring", „Harlekin" und „Hanswurst" aufgeführt wurden, war das meist aus Bürgern, Handwerkern und Hofbediensteten zusammengesetzte Publicum befriedigt. Diese Gattung von Volksschauspielen erhielt sich bis in die zweite Hälfte des XVII. Jahrhunderts unter dem Namen Haupt- und Staatsactionen, von Jakob Veltheim aus Leipzig vorzugsweise gepflegt, und hatte darin ihren eigenthümlichen Charakter, daß einerseits nur das Scenarium entworfen und die Ausführung des Dialoges den Schauspielern überlassen, anderseits in die Handlung selbst komische Charaktere verwoben wurden.

Bis zum Schlusse des XVII. Jahrhunderts kannten die Wiener nur solche Komödien, welche von zeitweilig hier eingetroffenen wandernden Schauspielertruppen zur Aufführung gebracht wurden. Der Versuch des Wiener Bürgers Peter Hüttler, im Jahre 1671 eine ständige Theaterunternehmung zu begründen, womit auch die Bildung einer Schauspielergesellschaft verknüpft war, blieb ohne Erfolg. Da tauchte im Jahre 1706 hier Josef Stranitzky als Mitglied einer wandernden Schauspielergesellschaft auf, der für die Entwicklung der Wiener Volksdichtung eine große Bedeutung erlangte. Derselbe, im Jahre 1676 zu Schweidnitz geboren, hatte zu Breslau seine Gymnasialstudien vollendet und hierauf die Leipziger Hochschule besucht, schloss sich aber, von dem Reize des Schauspielerlebens angezogen, zuerst der Veltheim'schen Truppe an, reiste später in Gesellschaft eines schlesischen Grafen nach Italien, schloss sich nach seiner Rückkehr, bereichert durch die an der italienischen Volksbühne gemachten Beobachtungen, wieder den Komödiantentruppen an und warf sich, durch sein Wissen und sein Talent angespornt, zum Komödienmeister auf. Nach seinem ersten Besuche kam er im Jahre 1708 wieder nach Wien und führte seit dieser Zeit Haupt- und Staatsactionen, meist von ihm selbst verfasst, auf, in welchen der Hanswurst eine hervorragende Rolle spielte. Zuerst in hölzernen Buden auf der Freiung und am Neuen Markt auftretend, gelang es ihm, durch die Leistungen seiner Truppe, dass er auch neben den begünstigten italienischen Komödianten Vorstellungen in dem vom Stadtrathe im Jahre 1708 neu erbauten Theater nächst dem Kärntnerthor abhalten konnte, die so lebhaften Anklang fanden, dass sie zuletzt die fremden Schauspielertruppen vollständig verdrängten. Im Jahre 1713 hatte es Stranitzky so weit gebracht, dass er das Theater pachten und durch das

ganze Jahr, mit Ausschluss der Advent- und Fastenzeit, bis zu seinem Tode am 19. Mai 1726*), regelmäßig Komödien aufführen konnte.

Stranitzky gab seinen Haupt- und Staatsactionen dadurch ein besonderes Gepräge, dass er das Gräßliche der Situationen und den Schwulst der Sprache milderte. Ein weiterer Fortschritt war, dass die komischen Figuren zu den Personen der Handlung gehörten, daß er bei seinem Hanswurst das Traditionelle des Schalksnarren aufgab und aus demselben eine Charaktergestalt schuf, welche in der Maske eines Bergamasker Bauern die einfältige Art eines salzburgischen oder baierischen Bauern wiedergab, und dass dessen Rolle theils ausgearbeitet, theils extemporiert wurde. Seine Aufgabe blieb immer, die Intriguen und Anschläge der Höflinge und Minister zu entlarven und mit seinem Witz und seiner Satire die Sitten und Schwächen der Wiener zu geißeln. Stranitzky gebürt durch seine Leistungen das Verdienst, dass er die dramatische Wiener Volksdichtung begründete und ihr eine bleibende Stätte errang, vor allem aber, dass er den Einfluss der italienischen Komödien abschwächte.

Nach dem Tode Stranitzky's übernahm Gottfried Prehauser (geb. 8. November 1699 in Wien, † 30. Jänner 1769) dessen Rolle und schrieb ebenfalls extemporierte Komödien, welche sich jedoch von dem Wesen der Wiener Haupt- und Staatsactionen entfernten und dem Possenhaften das Übergewicht einräumten. Rasch hatte er seinen Vorgänger ersetzt, ja ihn an schauspielerischem Talent übertroffen. Zu ihm gesellte sich 1734 Friedrich Weiskern (geb. 1711, † 30. December 1768), der sich den ernsten Charakter des Odoardo schuf und eine Menge Burlesken nach italienischen, französischen und spanischen Originalen bearbeitete. Im Jahre 1737 betrat Josef Kurz (geb. 22. Februar 1717 zu Wien, † 2. Februar 1784 daselbst), das Haupt der Burleske, das Kärntnerthortheater. Lebhaft, witzig und erfinderisch, modernisierte er den alten Hanswürst und schuf daraus einen neuen Charakter, den Bernadon, dessen Merkmale Dummheit und Spitzbüberei waren. Er schrieb eine große Zahl extemporierter Theaterstücke, die nach den Grundsätzen der überdachtesten Ökonomie verfasst waren, indem dem Schauspieler jeder Fußtritt und jede Maulschelle besonders bezahlt wurde. Dabei waren seine Stücke mit Flugwerken, Gaukeleien, Verkleidungen und Pantomimen ausgestattet, die ihnen einen unglaublichen Zulauf aus

*) J. Stranitzky war Eigenthümer des erst im Jahre 1880 demolierten Hauses C.-Nr. 184 auf dem Salzgries, das er im Jahre 1717 erbaut hatte. Dasselbe Haus wurde fünfzig Jahre später der Versammlungsort einer literarischen Gesellschaft, deren vorzüglichstes Mitglied (Sonnenfels) dem Reiche des Hanswurstes ein Ende machte.

allen Kreisen der Gesellschaft verschafften. Gleichzeitig mit ihm schuf Josef Huber (geb. 1726 in Wien, † 23. April 1760) die Figur des Leander und des Leopoldl und führte die Zauberkomödien ein.

Die fast unbeschränkte Herrschaft der extemporierten Possenspiele hatte mit dem Auftreten von Kurz und Huber ihren Höhepunkt erreicht. Trotz des Beifalles, den der derb-komische, oft unfläthige Dialog, die burlesken Situationen und die Zaubereien und Pantomimen fanden, fühlte man doch in den gebildeten Kreisen, dass sie mit den immer festeren Boden gewinnenden Bestrebungen zur Befreiung der Geister von dem geistigen Drucke, zur Veredlung der deutschen Sprache und zur Begründung einer nationalen Literatur nicht vereinbar seien. Die Bühne war der Ort, wo am raschesten und unmittelbarsten ein veredelnder Einfluss auf die Bildung und den Geschmack des Publicums genommen werden konnte. Diese derb-komischen Stegreifspiele konnten die Vorliebe der höheren Stände für die Poesie der Italiener nicht abschwächen, deren bedeutendster Repräsentant, Pietro Metastasio (geb. 3. Jänner 1698, † 12. April 1782 im Michaelerhause auf dem Kohlmarkt), durch den Schwung, die Anmuth und die wohllautende Sprache seiner Dichtungen fünfzig Jahre hindurch der Liebling des Hofes, des Adels und der deutschen und italienischen Componisten war. Gegen die in Deutschland aufgetauchten, neuen Poeten hatten die einflussreichen Kreise, weil dieselben Protestanten waren, entschiedenes Misstrauen, und die Büchercensur übte gegen sie die größte Strenge. Nur Gellert, der Fabeldichter und Sänger geistlicher Lieder, brach sich dort Bahn, wo man sich überhaupt mit einer anderen Lectüre als mit Predigten und Gesangbüchern beschäftigte. Der Weg, durch die Schule den Sinn für eine bessere geistige Nahrung zu wecken, war noch versperrt durch die Jesuiten und durch die Verkommenheit der Volksschulen.

Schon im Jahre 1730 erhob Gottsched seine Stimme gegen die extemporierten Wiener Possenspiele, die auch in Deutschland Eingang gefunden hatten. Es dauerte aber noch geraume Zeit, bis sich die Wirkung dieses Anathems in Wien verspüren ließ. Erst als im Jahre 1744 Anläufe zu regelmäßigen Stücken gemacht wurden, begann der Kampf mit der Verdrängung des Volksschauspiels von dem Kärntnerthortheater. Das erste regelmäßige Stück: „Die alemannischen Brüder" von Krüger, im Jahre 1747 aufgeführt, machte nur geringen Eindruck. Die Farcen von Kurz und Weiskern und die Zauberkomödien von Huber verloren noch nichts an ihrer Beliebtheit. In das Theaterrepertoire fanden nur einmal in der Woche regelmäßige Lust- und Trauerspiele Eingang. Erst als Sonnenfels im

Jahre 1751 die Einführung einer Theatercensur durchgesetzt und K. Maria Theresia im Jahre 1752 die Aufführung regelmäßig ausgearbeiteter Dramen angeordnet hatte, wodurch das Extemporieren bedeutend eingeschränkt wurde, verloren die Burlesken viel von ihrer Macht. Und als Kurz im Jahre 1759, des Kampfes müde, Wien verließ, ein Jahr später Huber starb, erhielt das Volksschauspiel den Todesstoß. Dazu kam noch, dass im Jahre 1760 Magister Heydn eine Schrift gegen den Hanswurst erscheinen ließ und Sonnenfels' scharfe Feder seit 1765 unermüdet in dem „Mann ohne Vorurtheil" gegen die frühere Wirtschaft zufelde zog. Vergebens suchte der im Jahre 1770 wieder nach Wien gekommene Kurz das Interesse an den derbkomischen Singspielen, den letzten Ausläufern der alten Possenspiele, zu retten. Hanswurst, Bernadon und die ihnen verwandten komischen Charaktere verschwanden für immer von den Hofbühnen.

Die Bemühungen des Josef von Sonnenfels und seiner Freunde waren aber nicht bloß auf die Reform des Dramas, sondern auch auf die Veredlung der literarischen Bildung auf allen Gebieten geistigen Schaffens gerichtet. Im Jahre 1761 entstand in Wien die erste deutsche Gelehrtengesellschaft, von Professor Josef Rieger gegründet, deren Mitglieder Sonnenfels, Spielmann, Khauz, Bob, Thugut u. a. m. die Werke der neuen deutschen Dichter lasen und die Anregung zu literarischen Arbeiten gaben. Im Jahre 1765 erschien die erste literarische Wochenschrift: „Die Welt" von Christian Klemm und Franz Heufeld, welche jedoch bald von J. von Sonnenfels' „Der Mann ohne Vorurtheil" verdrängt wurde. Wenige Jahre später (1768—1769) dachten K. Josef II. (als Mitregent) und Fürst Kaunitz Klopstock und Lessing an Wien dauernd zu fesseln. So erstanden unter dem Einflusse der mächtigen geistigen Bewegung in Deutschland auch auf anderen Gebieten der Dichtung neue Männer. Angeregt durch Haller, Gellert, Gleim und Klopstock, trat Michael Denis (geb. 27. September 1729 zu Schärding, † 29. September 1800 in Wien), Lehrer der schönen Wissenschaften am Theresianum und später Custos der Hofbibliothek, auf, dessen Bardengesänge auf Maria Theresia und Josef II. und „Poetische Bilder" voll zarter Empfindung für Natur, sowie seine „Lieder Sined's des Barden" durch ihre edle Sprache und ihren Schwung auch außerhalb Österreichs Eindruck machten. Auf der gleichen Höhe hielt sich Karl Mastalier (geb. 16. November 1731 zu Wien, † 6. October 1795), Professor der schönen Wissenschaften an der Universität, in seinen Oden voll Begeisterung und Liebe für Freiheit und Vaterland.

Diesen zunächst stand Leopold Haschka (geb. 1. September 1749 zu Wien, † 3. August 1827) in Bezug auf den patriotischen Geist der Dichtung, welcher auch den Text zur Volkshymne: „Gott erhalte den Kaiser" mit J. Haydn's Melodie (zum erstenmale gesungen am 12. Februar 1797) verfasste. Der heiteren Muse Wieland's folgten Fr. Just. Riedl (geb. 10. Juli 1742, † 2. März 1785) in seinen Satiren und poetischen Episteln; Joh. B. Alxinger (geb. 24. Jänner 1755 zu Wien, † 1. Mai 1797) in seinen Rittergedichten „Doolin von Mayntz" und „Bliomberis"; Alois Blumauer (geb. 21. December 1755 zu Steyr, † 21. März 1798) in seinen „Gedichten" und seinen „Abenteuern des frommen Äneas" oder „Virgils Äneis travestirt", allerdings mit plattem und frivolem Witze; Josef Franz Ratschky (geb. 22. August 1757 zu Wien, † 31. Mai 1810), Hof- und Staatsrath, in seinen „Gedichten" und „Melchior Striegel", einem heroisch-epischen Gedichte für Freunde der Freiheit und Gleichheit. Den geistigen Mittelpunkt für die Wiener Poeten dieser Zeit bildete der „Wiener Musen-Almanach" der vom Jahre 1777 bis zum Jahre 1796 erschien. — Nicht weniger regte es sich auf dem Gebiete des Dramas, wo man durch Aufführung der besten deutschen Werke und durch Originalarbeiten der Abhängigkeit von der italienischen und französischen Literatur ein Ende zu machen suchte. Zuerst wurden Dramen von J. Chr. Krüger, Chr. Fel. Weiße, J. El. Schlegel, Johann Friedrich Freiherr von Cronekh und G. Eph. Lessing, in dessen „Miss Sarah Samson" noch im Jahre 1763 der Hanswurst auftrat, dargestellt. In kurzer Zeit brachen sich auch einheimische Talente Bahn. Dem großen Vorbilde Lessing's strebten nach: Tobias Freiherr von Gebler (geb. 2. November 1726 im Voigtlande, † 9. October 1786), Vicekanzler der Hofkanzlei, als Lustspieldichter; Corv. Herman von Ayrenhoff (geb. 1734 in Wien, † 15. August 1819), Feldmarschall-Lieutenant, vorzugsweise als Trauerspieldichter durch „Hermanns Tod", durch „Tumelikus" und „Antiope" bekannt geworden; Gottlieb Stephanie der ältere (geb. 1733, † 10. April 1798); Hofschauspieler F. Heufeld (geb. 13. März 1731 zu Meinau, † 23. März 1795); Joh. H. Müller (geb. 20. Februar 1738 zu Halberstadt, † 8. August 1815); Hofschauspieler Johann B. Bergobzoomer (geb. 1744, † 12. Jänner 1804); Paul Weidmann (geb. 1746 zu Wien, † 16. September 1810), Official der kaiserlichen Cabinetskanzlei; Josef Richter (geb. 16. März 1748 zu Wien, † 16. Juni 1813); Sal. Fr. Schletter (geb. 1739, † 2. September 1801) u. a. m., die meist bürgerliche Schauspiele und Lustspiele schrieben. Neuerdings ergieng damals (1775) der Ruf an Lessing, seine

Thätigkeit dem Wiener Hoftheater zu widmen. Als dieser auf Wunsch der K. Maria Theresia und des K. Josef II. zur Führung von Verhandlungen eintraf, wurde er als der „größte dramatische Dichter" Deutschlands gefeiert, und nur ungern vernahm man, dass durch mancherlei Intrignen die Berufung nicht zustande kam.

Die Anfänge der Romandichtung hatten einen Vertreter in Johann Friedel (geb. 17. August 1755, † April 1789) gefunden, der aber in seiner „Eleonore" und seinen Ritterromanen mehr durch Frivolität als poetischen Gehalt glänzte.

Hand in Hand mit der Dichtung giengen die literarischen Zeitschriften, die dem besseren Geschmacke die Bahn zu ebnen suchten. Nach der Unterbrechung des Erscheinens der „Welt" (Ende 1763) trat Klemm im Jahre 1764 mit einer neuen Wochenschrift: „Der österreichische Patriot" auf, welche meist Erzählungen und kleine Romane brachte. Gleichzeitig mit dem „Mann ohne Vorurtheil" gab Sonnenfels die Wochenschrift „Therese und Eleonore" heraus. Im Jahre 1767 begannen Sonnenfels' „Briefe über die Wienerische Schaubühne" und im Jahre 1768 Klemm's „Briefe über die neuere österreichische Literatur". Im Jahre 1769 erschien die „Bibliothek der österreichischen Literatur", im Jahre 1770 „Die Realzeitung", im Jahre 1771 die „Anzeigen aus sämmtlichen k. k. Erbländern", 1772 die „Kritischen Auszüge aus den neuesten Schriften der Ausländer und Deutschen", 1774 Klemm's „Allerlei von Wien", und ungefähr in derselben Zeit das „Wiener Blättchen" u. s. w.

Wie bedeutend aber auch der Aufschwung der Dichtung war, so machte deren innerer Gehalt keineswegs solche Fortschritte, dass er sich dem Geiste und der Sprache der aufstrebenden großen deutschen Dichter Goethe und Schiller auch nur entfernt näherte. Es fehlte der Mehrzahl der Dichter die Tiefe der Bildung, die Wahrheit des Empfindens, das richtige Erfassen der Erscheinungen ihrer Zeit, der Adel und die Schönheit der Sprache. Dem Geschmacke ihres mehr auf Erheiterung und Rührung als auf Erhebung der Stimmung ausgehenden Publicums folgend, erhielten sie sich nur auf dem Niveau der Mittelmäßigkeit und theilten das Schicksal aller Dichter, die das Publicum nicht lenkten, sondern von ihm gelenkt wurden, dass sie mit dem wechselnden Geschmacke rasch in Vergessenheit geriethen und keine bleibende Wirkung zurückließen. Am deutlichsten zeigte sich die verhältnismäßig schwache Leistungsfähigkeit der dichterischen Talente zur Zeit der schrankenlosesten Freiheit unter Kaiser Josef II., welche keine wahrhaft bedeutende poetische Leistung, sondern nur die seichteste, ordinärste Tages-

literatur hervorrief. Die älteren besseren Dichter zogen sich, von dem wüsten Treiben der „Scribenten“ angewidert, von der Öffentlichkeit zurück und fanden weder die Stimmung noch die Lust zu neuen Arbeiten, so dass die literarische Wiener Sturm- und Drangperiode spurlos vorübergieng.

Nach dem Tode K. Josef's II. gestalteten sich auch die politischen und socialen Verhältnisse für die Dichtung ungünstig. Die Schreckenstage der französischen Revolution hatten in den weitesten Kreisen Missbehagen hervorgerufen. In der Furcht vor der Verbreitung revolutionärer Ideen wachte die Regierung mit ängstlicher Sorgfalt über die Erzeugnisse der Literatur. Die Strenge der Censurgesetze war wohl nur gegen die politische und historische, dann gegen die leichte, Geist und Gemüth verderbende Romanliteratur gerichtet. Aber wie weit gieng man nicht in der Auslegung der Censurvorschriften! Man verbot die Werke wahrhaft classischer, deutscher, französischer und englischer Dichter, wenn sie Ideen Ausdruck gaben, die der geistlichen und weltlichen Hierarchie gefährlich zu sein schienen. Wollten die Dichter nicht mit der Censur in Conflict kommen, so mussten sie alle Beziehungen auf das politische und kirchliche Leben der Gegenwart vermeiden. Daher kam es auch, dass die romantische Schule, die sich in der Ferne des Mittelalters und des Orients bewegte, hier so großen Einfluss errang. Nur als die Regierung in dem Bestreben nach der Befreiung von der Herrschaft der Franzosen einen Appell an das deutsche Nationalgefühl richtete, machte sich auch in Wien die Begeisterung für Deutschlands Freiheit und Unabhängigkeit in Liedern, Gesängen und dramatischen Dichtungen geltend. Nur kurze Zeit wurde aber dem idealen Zuge der Geister ein weiter Spielraum gestattet. Nach dem Jahre 1815 waren der Dichtung neuerdings enge Grenzen gesteckt, die im Allgemeinen zur Ausbildung einer flachen Unterhaltungsliteratur führte. Nur einzelne Dichter bewahrten sich den Sinn für ein ernstes Streben und diesen gelang es auch durch die Macht ihres Talentes, von Wien aus wahrhaft bedeutende, poetische Schöpfungen ausgehen zu lassen.

Ein Zeugnis für den edlen Geist, der zu Anfang des XVIII. Jahrhunderts in Österreich aufzuleben begann, sind die Dichtungen des Heinrich Josef von Collin (geb. 26. December 1771, † 28. Juli 1811). Seine „Landwehrlieder“ und seine Balladen und Romanzen fanden durch ihre patriotische Wärme die weiteste Verbreitung, und seine Dramen, darunter vorzugsweise sein „Regulus“ und sein „Coriolan“, zeichnen sich durch ihren hohen Schwung und ihr mächtig wirkendes Pathos aus; von gleichem Geiste erfüllt, wenn auch nicht auf gleicher Höhe stehend,

war sein Bruder Mathäus von Collin (geb. 3. März 1779, † 23. November 1824) in seinen Schauspielen. Als Lyriker übte Theodor Körner (geb. 23. September 1791 zu Dresden, † 26. August 1813) durch das edle Pathos in seinen patriotischen Liedern „Leier und Schwert“ eine mächtige Wirkung. Die romantische Schule vertrat in dem letzten Abschnitte seines vielbewegten, in grellen Gegensätzen sich bewegenden Lebens F. L. Zacharias Werner (geb. 18. November 1768, † 20. Juni 1823).

In die letzten Lebensjahre dieses fällt das erste Auftreten eines der hervorragendsten Wiener Dichter der Neuzeit, Franz Grillparzer's (geb. 15. Jänner 1791 in Wien, † 21. Jänner 1872). Nachdem er gleich durch sein erstes Drama „Die Ahnfrau“ (1817) in Österreich wie in Deutschland ungewöhnliches Aufsehen hervorgerufen, bewährte er auch in seinen folgenden Arbeiten, worunter wir „Sappho“, „Der Traum ein Leben“, „Das goldene Vlies“, „K. Ottokar's Glück und Ende“, „Des Meeres und der Liebe Wellen“, „Ein treuer Diener seines Herrn“ und „Ein Bruderzwist im Hause Habsburg“ hervorheben, ungeachtet der großen Verschiedenheit der Stoffe, seine seltene Begabung für die Tragödie. Aber auch als Lyriker erwarb sich Grillparzer den Ruhm eines, durch die Tiefe der Empfindung und den Reichthum der Gedanken ausgezeichneten Dichters. Grillparzer traf das Los, dass er infolge seines warmen Patriotismus und seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Ideen der Freiheit in Deutschland lange Zeit nur wenig gewürdigt wurde. Erst im Greisenalter kam sein dichterischer Wert zur allseitigen Anerkennung. Gleichzeitig errang sich als Lyriker einen bedeutenden Ruf Josef Chr. Freiherr von Zedlitz (geb. 28. Februar 1790 zu Johannesberg, † 10. März 1862). In seinen „Todtenkränzen“ machte er, die Form der italienischen Canzone in Deutschland einführend, durch die Schönheit der Form, den poetischen Inhalt und seinen Cultus der großen Todten einen nachhaltigen Eindruck. Auf gleicher Höhe hielten sich die Mehrzahl der übrigen Gedichte, unter diesen fand die „Nächtliche Heerschau“ und sein „Waldfräulein“, als Spätling der romantischen Schule, große Verbreitung. Weniger wirksam war das dramatische Talent des Dichters.— Als Vorbote einer neueren Richtung ist Johann G. Seidl (geb. 21. Juni 1804 in Wien, † 18. Juli 1875) durch seine Anklänge an Byron und Heine und seine vortrefflichen Balladen und Romanzen zu betrachten. Am glücklichsten war Seidl in seinen „Flinserln“, Gedichte in niederösterreichischer Mundart, wozu ihm Ignaz F. Castelli (geb. 6. März 1781 zu Wien, † 5. Februar 1862), der als Lyriker wie als Dramatiker in Wien eine große

Beliebtheit besaß, durch seine im Jahre 1829 zuerst erschienenen Lieder in österreichischer Mundart die nächste Anregung gab.

Zwischen den Jahren 1820—1848 wuchs eine Reihe von Dichtern heran, welche durch ihr lyrisches Talent die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland auf sich lenkte und durch ihre Werke großen Einfluss auf die öffentliche Stimmung in Österreich übte; die bedeutendsten darunter waren: Graf Anton Alexander Auersperg, genannt Anastasius Grün (geb. 11. April 1806, † 12. September 1876), und Nikolaus Lenau (geb. 13. August 1802, † 22. August 1850). Neben diesen zählte Wien in dieser Zeit noch eine Anzahl tüchtiger lyrischer und epischer Dichter, wie Ladislaus Pyrker (geb. 2. November 1772 zu Langh, † 2. December 1847); Johann Mayrhofer (geb. 3. November 1787, †. 5. Februar 1836); Ludwig August Frankl (geb. 3. Februar 1802); Moriz Gottlieb Saphir (geb. 8. Februar 1775 zu Lovasbereny, † 5. September 1858); Johann N. Vogl (geb. 7. Februar 1802, † 16. November 1866); Franz Stelzhammer (geb. 29. Jänner 1802, † 14. Juli 1874). Als Dramatiker ersten Ranges folgten auf Grillparzer: Eligius Freiherr von Münch-Bellinghausen, genannt Friedrich Halm (geb. 2. April 1806 zu Krakau, † 20. Mai 1871), und Eduard Bauernfeld (geb. 12. Jänner 1801).

Die dramatische Poesie wurde in Wien überhaupt seit dem Beginne dieses Jahrhunderts durch die Vermehrung der Theater und die große Vorliebe der Wiener für diese außerordentlich stark gepflegt. Außer den vorgenannten Dichtern entfalteten eine große Fruchtbarkeit im ernsteren Drama: Fr. W. Ziegler (geb. 1759 zu Braunschweig, † 21. September 1827); Josef Schreyvogel (geb. 1768, † 28. Juli 1832); Johanna Franul von Weißenthurn (geb. 1773 zu Koblenz, † 17. Mai 1845); K. L. Costenoble (geb. 25. December 1773 zu Herford, † 28. August 1837); Franz August Kurländer (geb. 1777 zu Wien, † 4. September 1836); Ig. F. Castelli (siehe oben); Karoline Pichler (geb. 7. September 1769, † 9. Juli 1843); Franz K. Weidmann (geb. 11. Februar 1788 zu Wien, † 28. Jänner 1867); J. G. Seidl (siehe oben); F. Deinhardstein (geb. 21. Juni 1794, † 12. Juni 1859); Franz von Holbein (geb. 1779 zu Zistersdorf, † 6. September 1855) u. s. w.

Die Freude am Theater wirkte aber auch belebend und neugestaltend auf die dramatische Wiener Volksdichtung. Noch zu der Zeit, als die Burleske auf den Hofbühnen herrschte, schrieb Philipp Hafner (geb. 1731 zu Wien, † 1764) Possen, die in den Situationen, Charakteren und Witzen eine specifisch-locale Färbung hatten. Als dann in den Vorstädten

neue kleinere Theaterunternehmungen in's Leben traten, zeigte sich die unverwüstliche Macht der stehenden komischen Charaktere, und sie tauchten in den verschiedenen Gattungen von Volksstücken auf, von welchen die eine ihre Stoffe den Wiener Stadtbegebenheiten, den Vorzügen und Schwächen der einzelnen Stände entnahm, die andere aus mythologischen Caricaturen, aus Parodien von Trauerspielen, Romanen, Melodramen u. s. w., oder wieder auch aus Ritterschauspielen, Zauberstücken, Pantomimen bestand. Die Hauptträger dieser Gattungen waren: J. Richter (geb. 1. März 1748, † 16. Juni 1783); Franz Gewey (geb. 14. April 1764 in Wien, † 18. October 1819); Josef A. Gleich (geb. 14. September 1772, † 1841); Adolf Bäuerle (geb. 9. April 1786 in Wien, † 19. September 1869); Karl Meisl (geb. 30. Juni 1775 zu Laibach, † 7. October 1853); Karl Bernbrunn, genannt Karl (geb. 1787 zu Krakau, † 14. August 1854); K. F. Hensler (geb. 2. Februar 1761 zu Schaffhausen, † 24. November 1825). Unter diesen waren Gleich, Meisl und Bäuerle, welche durch ihre Leistungen als die Begründer der neueren Wiener Volksbühne zu betrachten sind. Einzelne der komischen Figuren: wie Casperl und Staberl, beherrschten durch die Originalität der Darsteller durch Jahrzehnte das Volkstheater.

Einen edlen, sittlichen Gehalt gab der Wiener Volksbühne Ferdinand Raimund (geb. 1. Juni 1790 in Wien, † 5. September 1836). Die Mischung tiefen Ernstes und natürlichen Humors in seinen märchenhaften Stoffen, das Sinnige und Anmuthige der Gestalten und das Drastische, oft aber auch das Gemüthliche seiner Witze geben ihm den Wert und die Bedeutung eines vollen und echten Dichters. Vor allem schuf Raimund in seinem „Verschwender" ein so unübertroffenes Spiegelbild der Gegensätze des Lebens, dass dasselbe als eine der hervorragendsten Leistungen des modernen Dramas gilt und durch den allgemein menschlichen Grundton seiner Motive noch heute nichts von seinem Reize eingebüßt hat. Eine andere Richtung gab der Wiener Volksbühne Johann Nestroy (geb. 7. December 1802, † 25. Mai 1862). Von den Gestalten der Zauber- und Märchenwelt abgehend, entnahm er seine Stoffe vollständig dem wirklichen Leben und geißelte voll feiner Beobachtungsgabe mit scharfem ätzenden Witz die Schwächen und Leidenschaften der Menschen und socialen Einrichtungen. Sein großes satirisches Talent brachte er namentlich in seinen Travestien zum Ausdruck. Dieser Richtung folgte Friedrich Kaiser (geb. 3. April 1814, † 6. November 1874), jener Raimund's Franz X. Told (geb. 1792, † September 1849).

Auf einer geringen literarischen Stufe standen die Vertreter der prosaischen Dichtung (Erzählung und Roman). Keiner derselben schwang sich in seinen Schöpfungen zu einer idealeren Auffassung und zu einer edleren Kunstform empor, sondern alle strebten nur das Lesebedürfnis der mittleren Volksclassen zu befriedigen. Ritter-, Räuber- und Gespenstergeschichten, moralisirende Erzählungen und sogenannte historische Romane ohne tieferen Gehalt bildeten die Hauptgattungen. Als eine Ausnahme ist Karoline Pichler zu betrachten, deren Romane einen idealen Zug besitzen.

Bei dem Mangel jedes politischen Lebens bildeten einen wichtigen Bestandtheil in der Literatur Wiens die belletristischen Journale. Die ältesten und verbreitetsten belletristischen Journale waren die „Theaterzeitung" (1808 gegründet von A. Bäuerle), der „Wanderer" (1809 gegründet von J. M. Armbruster), der „Sammler" (1809 gegründet von Josef von Portenschlag), der „Wiener Zuschauer" (gegründet von Ebersberg), die „Wiener Zeitschrift für Kunst, Literatur und Mode" (1817 gegründet von Johann Schickh) und die „Wiener Sonntagsblätter" (1842 gegründet von L. A. Frankl). Die größte Theilnahme erweckte aber auf diesem Gebiete eine Volksschrift, die sogenannten „Eipeldauerbriefe", welche im Wiener Dialect die Tagesereignisse besprachen und bekrittelten und die Eindrücke derselben auf die bürgerlichen Kreise in drastischen Zügen widerspiegelten. Sie wurden im Jahre 1785 von dem Localschriftsteller Josef Richter gegründet und nach dessen Tode (1813) von F. C. Gewey und A. Bäuerle fortgesetzt. Letzterer gab sie im Jahre 1821 auf, worauf A. Gleich als neue Folge die „Hansjörgelbriefe" erscheinen ließ.

Eine große Bedeutung erlangte Wien auf dem Gebiete der Musik. Schon zu Ende des XV. Jahrhunderts erreichte diese Kunst hier eine verhältnismäßig hohe Stufe. An der Universität wurde sie theoretisch und praktisch gelehrt und die „Gelehrte Donaugesellschaft" zog die Musik in den Bereich ihrer Wirksamkeit bei der Aufführung der Ludi caesarei. So lieferte Jakob Diamond zu dem auf dem Fürstencongresse im Jahre 1515 aufgeführten Singspiele die Musik. An dem Hofe des Kaisers Maximilian I. wurde diese Kunst mit Vorliebe gepflegt und dessen Hofkapelle zählte die berühmtesten Männer dieser Zeit, wie Jasquin des Près, zu ihren Mitgliedern. Zu den tüchtigsten Musikern in Wien zählte auch Georg Slatkonia, Bischof von Wien.

Für die kunstgemäße Pflege und Ausbildung der Musik sorgten im XVI. und in der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts ausschließlich der

Hof und die Schulen. Dass aber auch im Volke der Sinn und das Interesse für die Musik fortdauernd lebendig war, bezeugen die in den Höfen und Wirtshäusern sich herumtreibenden Singer und Reimsprecher und der Antheil der Musik an öffentlichen und Familienfesten. Noch am Hofe K. Ferdinand's I. hatte die niederländische Musik den Vorzug, zu deren Vertretern in Wien Arnold de Prukh (1536—1545), Petrus Maesdomns (1543—1560) und Johann Castileti (1563—1564) zählten. Aber schon unter K. Maximilian II. brach sich der Geschmack an der italienischen Musik Bahn, und diese blieb seit dieser Zeit durch zwei Jahrhunderte bei kirchlichen Productionen, wie bei den Hofopern, Singspielen und Balleten vorherrschend. Die gefeiertsten Componisten beherbergte unsere Stadt entweder als Kapellmeister und Mitglieder der Hofkapelle, wie Giovanni Prioli (1619—1629), Giovanni Valentini (1629—1649) und Pietro Verdina (1634—1635), oder bei besonderen festlichen Anlässen. Selbst die Monarchen wie K. Ferdinand II., K. Ferdinand III., der im Jahre 1626 die erste italienische Oper in Wien aufführen ließ, und K. Leopold I. zeichneten sich durch ihre im Geschmacke der Italiener geschaffenen Tondichtungen aus. Nur vereinzelt treffen wir deutsche Musiker am kaiserlichen Hofe.

Den mächtigsten Aufschwung nahm die Musik unter K. Leopold I. Von Jugend auf für diese Kunst begeistert, bewahrte er für dieselbe auch in späteren Jahren das größte Interesse und in jeder seiner Residenzen war ein Spinett aufgestellt, an welchem er seine Mußestunden zubrachte. In seine Zeit fällt die Blütezeit der italienischen Oper, und es wurden nur wenige Werke aufgeführt, zu welchen der Kaiser nicht einzelne Nummern componiert hatte. Zu den vorzüglichsten italienischen Componisten am Hofe des Kaisers zählten: Antonio Bertali (geb. 1605 zu Verona, † 1. April 1669 zu Wien); Giovanni Fel. Sances (geb. 1600 in Rom, † 24. November 1679 in Wien); Antonio Cesti (um 1620 zu Arezzo geb., † 1669 zu Venedig); Antoni Draghi (geb. 1642 zu Ferrara, † 18. Jänner 1700 in Wien). Damals durchbrachen aber bereits auch Deutsche den Einfluss der Italiener. Zu diesen gehörten: Johann Heinrich Schmelzer (geb. um 1630 in Österreich, † 1680 in Wien) und Ferdinand Tob. Richter (geb. 1649, † 3. November 1711 in Wien).

Auch die folgenden Kaiser, Josef I. und Karl VI., blieben entschiedene Gönner und Beförderer der Musik, und die unter K. Leopold I. begonnenen glänzenden Opernvorstellungen in der neuen Favorita und im ehemaligen Opernhause (späterem Redoutensaale) in der Burg wurden fortgesetzt. In dieser Zeit wirkten mit großem Erfolge von italienischen Com-

poniſten: Carlo Agoſtino Badia (geb. um 1672, † 23. September 1738 in Wien); Marc Antonio Bononcini (geb. um 1675, † um 1725); Giovanni Battiſta Bononcini (geb. um 1676, † um 1741); Antonio Caldara (geb. um 1670 zu Venedig, † 28. December 1736 in Wien); Bartholomäus Conti (geb. 20. Jänner 1682, † 20. Juli 1732 in Wien) und Giuſeppo Porſile (geb. zu Neapel, † 29. Mai 1750 in Wien). Unter den deutſchen Tondichtern Wiens gelangte zu großer Berühmtheit: Johann Joſef Fux (geb. um 1660 in Hirtenfeld, † 13. Februar 1741 in Wien), gleich ausgezeichnet auf den Gebieten der Kirchenmuſik wie als Componiſt von Oratorien und Opern. Aus der Schule desſelben gieng eine Reihe tüchtiger Künſtler, wie G. Muffat, Thuma, G. Ch. Wagenſeil hervor, die im Dienſte des kaiſerlichen Hofes ſtanden.

Von dem öffentlichen Muſikleben unſerer Stadt in dieſer Zeit haben wir keine Kenntnis. Die Namen der Componiſten der Muſik zu den Liedern und Duetten der Stegreifſpiele, zu den Pantomimen, den Nachtmuſiken und Serenaden, und den Tanzbeluſtigungen ſind verſchollen.

Schon um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts bereitete ſich ein Umſchwung in dem muſikaliſchen Leben Wiens vor. Durch die Einſchränkung des Hofes wurden die italieniſchen Opernvorſtellungen ſeltener, die Serenaden mit mythologiſchen Aufzügen auf dem Burgplatze hörten vollſtändig auf und die Hofkapelle verlor ihre frühere Bedeutung. Infolge dieſer Verhältniſſe war der Hof keine Anziehungskraft mehr für hervorragende italieniſche Muſiker. K. Maria Thereſia und K. Joſef II., wiewohl ſie die gleiche warme Liebe für die Muſik wie ihre Vorfahren beſaßen, beſchränkten letztere auf engere Kreiſe.

Für dieſen Entgang der muſikaliſchen Hoffeſte hatte die K. Maria Thereſia kurz nach ihrem Regierungsantritte (1747) dadurch einen Erſatz geboten, daſs ſie das Hofballhaus nächſt der Burg in ein Theater, das Burgtheater, umgeſtalten ließ, in welchem die abwechſelnde Aufführung von Opern, deutſchen und italieniſchen Komödien für den Hof und das bezahlende Publicum angeordnet wurde. Vom Jahre 1750 an begann hier auch die Veranſtaltung muſikaliſcher Akademien, vom Jahre 1752 an jene von franzöſiſchen Singſpielen und vom Jahre 1767 an von Balleten, bis im Jahre 1776 das Burgtheater ausſchließlich für deutſche Schauſpiele beſtimmt und deutſche und italieniſche Opern und Ballete in das Kärntnerthortheater verlegt wurden, wo bis zu dieſer Zeit nach dem Aufhören der Stegreifſpiele nebſt Singſpielen und Balleten vorzüglich regelmäßige Schauſpiele in deutſcher Sprache zur Aufführung gelangt waren.

Die Gründung öffentlicher Theater und die gleichzeitige Errichtung von Musikkapellen des Adels steigerte das Interesse weiterer Kreise an der Musik. Das wachsende Bedürfnis nach neuen Compositionen rief den Wettstreit der deutschen mit den italienischen Tondichtern hervor und erhob Wien zur ersten Musikstadt, in welcher die größten deutschen Tondichter der neueren Zeit ihre Ausbildung erhielten, und wo sie die Stätte eines ruhmvollen Wirkens fanden. Unter den Italienern begegnen wir hier in der Zeit der Kaiserin Maria Theresia und des Kaisers Josef II.: G. Scarlatti (geb. 1712, † 17. August 1777) und A. Salieri (geb. 1750 zu Legnano, † 7. Mai 1825 zu Wien).

Unter den Deutschen steht in erster Reihe Chr. R. von Gluck († 15. November 1787), der Schöpfer der deutschen dramatischen Musik, welcher vom Jahre 1754—1764 als Kapellmeister der Oper angestellt, im Jahre 1767 seine epochemachende „Alceste" zur Aufführung brachte. Gleichzeitig mit Gluck wirkten hier durch längere Zeit Fl. Gaßmann (geb. 1729 zu Brüx, † 22. Jänner 1774); Dittersdorf (geb. 2. November 1739 in Wien, † 1. October 1799); Hasse (geb. 25. März 1699, † 16. December 1783).

Zu derselben Zeit hatten zwei andere große Tondichter, welche mit dem Zauber ihrer Schöpfungen die gebildete Welt zur Bewunderung hinrissen, ihre glänzende Laufbahn begonnen. Der eine, Josef Haydn (geb. 31. März 1732 zu Rohrau, † 31. Mai 1809), früher im Dienste des Fürsten N. Esterhazy stehend, nahm im Jahre 1780 in Wien seinen bleibenden Aufenthalt und galt schon im Jahre 1762 durch seine unvergleichlich melodiöse Erfindungsgabe, den auf seinen Schöpfungen ruhenden Seelenfrieden und die Tiefe und Heiterkeit seines Gemüthes als Liebling seiner Nation. Seine Werke brachten musikalischen Sinn in Familie und Haus und bewirkten einen Umschwung im öffentlichen Concertleben. Ein noch vielseitigeres Genie entfaltete sich in dem anderen, in Wolfgang Mozart (geb. 27. Jänner 1756, † 5. December 1791), indem dieser nicht nur auf dem Gebiete der Kammermusik, sondern auch auf jenem der Oper alle seine Vorgänger durch die Schönheit, die Originalität und den Reichthum seiner Melodien, sowie durch die Charakteristik des Ausdrucks weit überragte. Seine Werke „Don Juan", die „Hochzeit des Figaro" und die „Zauberflöte" wurden die Grundpfeiler der deutschen Oper und durch ihre unübertreffliche Wirkung ein Gemeingut der ganzen Welt. Diesen beiden großen Tondichtern folgte Ludwig van Beethoven (geb. 17. December 1770, † 26. März 1827), vollständig abweichend von seinen Vorgängern in Bezug auf den tiefernsten

Charakter seiner Werke, wurde er der Schöpfer der Richtung der modernen deutschen Musik; durch seine Symphonien, seine Oratorien und seine Oper „Fidelio" errang er den Ruhm des gewaltigsten und phantasiereichsten musikalischen Geistes, dem für die Gefühle der Schwermuth, der Trauer und Leidenschaftlichkeit die ergreifendsten musikalischen Ausdrücke zu Gebote standen. Speciell für das deutsche Lied errang den größten Ruhm Franz Schubert (geb. 31. Jänner 1797, † 19. November 1828). Wenig gewürdigt während seines Lebens, kam Schubert erst nach ausgebreiteterer Pflege des Männergesanges zur vollen Geltung. In der wunderbaren Macht seiner Töne fanden Herz und Gemüth die reinste und edelste Befriedigung. Nur meteorartig zog seine Erscheinung am musikalischen Himmel hin; sie blieb aber unvergänglich, soweit deutscher Gesang reichte.

Durch diese großen Tondichter wurde Wien der Mittelpunkt des musikalischen Schaffens in Deutschland und unter der geistigen Führung derselben wuchsen zahlreiche, hochbegabte Männer heran, welche der Liebe und Begeisterung für die Musik in weiteren Kreisen Nahrung gaben. Zu diesen Tondichtern gehörten: Abrechtsberger (geb. 3. Februar 1736, † 7. März 1809); Josef Weigl (geb. 28. März 1766, † 5. Februar 1846); Ignaz R. von Seyfried (geb. 15. August 1776, † 27. August 1841); Maximilian Stadler (geb. 4. August 1748 zu Melk, † 8. November 1833); Adalbert Gyrowetz (geb. 1763 in Budweis, † 22. März 1850); Wenzel Müller (geb. 26. September 1767, † 3. August 1835); Gottfried Preyer (geb. 1808 zu Hausbrunn) u. s. w.

Zu einem Weltruf brachte es die Wiener Tanzmusik durch ihre bestrickenden Rhythmen. Schon im vorigen Jahrhundert hatten die volksthümlichen Tanzweisen von Ferdinand Gruber und Josef Pammer die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Einen ungeahnten musikalischen Reiz und wahrhaft poetisches Leben wussten Josef Lanner (geb. 11 April 1800, † 14. April 1843) und Johann Strauß (geb. 14. März 1804, † 25. September 1849) ihren Compositionen zu geben. Die Melodien dieser anspruchslosen Tondichter rissen nicht nur die Wiener, sondern die ganze tanzlustige Welt zur Lust und Freude hin.

Eilfter Abschnitt.

Bildende Künste.

Wie in anderen deutschen Städten, vollzog sich auch in Wien nur allmählich der Übergang zu neuen Kunstformen; er war mehr das Werk äußerer Umstände, als eines selbstempfundenen Dranges der einheimischen Künstler. In Bezug auf die Baukunst kann es nicht befremden, dass man mit Zähigkeit am gothischen Style festhielt. War ja in unserer Stadt der Sitz einer der hervorragendsten Bauhütten Deutschlands, deren festgeschlossene Organisation, noch tief in das XVI. Jahrhundert fortbestehend, ein willkürliches Abweichen von den ererbten Regeln der Baukunst nicht zuließ! Sollte daher hier die neue, italienische Bauweise Eingang finden, so musste der Anstoß von Baumeistern kommen, welche außerhalb des Genossenschaftsverbandes der Bauhütte standen. Was die Malerei betrifft, so weisen mehrere Anhaltspunkte, wie die Verbindung Tscherte's mit Albrecht Dürer darauf hin, dass die Wiener Künstler mit den deutschen Malerschulen in enger Berührung standen, bis später diese Verbindung durch den Hof, welcher der italienischen und spanischen Kunst mit Vorliebe zugethan war, gestört wurde.

Zu einer gründlichen Beurtheilung des Entwicklungsganges der Wiener Baukunst im XVI. Jahrhundert fehlt es uns an einer ausreichenden Zahl von Denkmalen. Von kirchlichen Bauten wurden zu Beginn der neuen Zeit vollendet oder umgestaltet: der Dom zu St. Stephan, die Kirche Maria am Gestade und die St. Salvatorkapelle im Rathhause. Bei St. Stephan fallen in die Frühzeit des XVI. Jahrhunderts die reizvollen, inneren Ausstattungsstücke, wie die Kanzel und der Orgel-

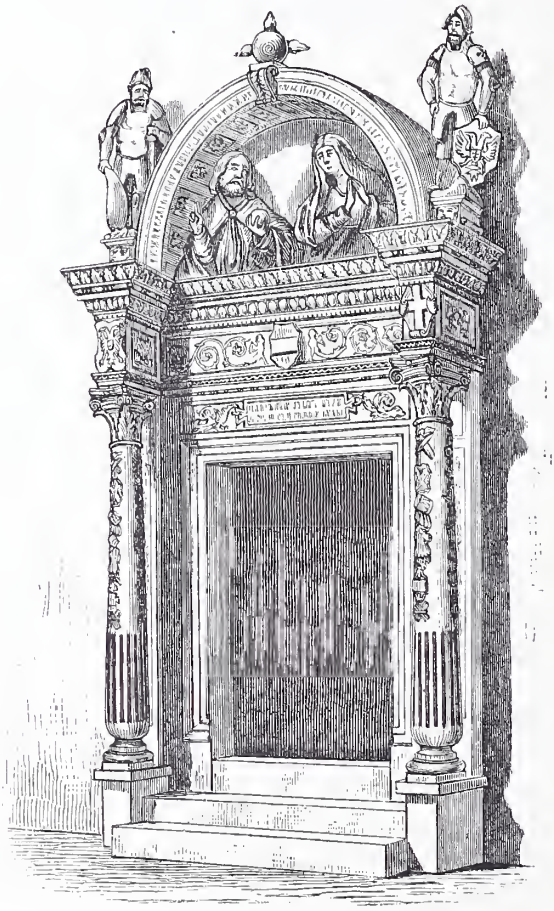
fuß*), dann die zierlichen Vorhallen des Singer- und Bischofsthores und der Bau des unvollendet gebliebenen hohen Thurmes (von H. Pilgram und Georg Hauser). Zeigen diese Werke noch die volle Anwendung des gothischen Styles ohne jeden fremdartigen Einfluss, wenn auch in späten Formen, so finden sich an dem Thurmhelm bei Maria am Gestade (von Benedict Kölbl), der in etwas späterer Zeit, zwischen 1534—1536, erbaut wurde, bereits Spuren des Überganges zu einer neuen Bauweise. Dagegen weist das schöne, reich geschmückte Portal der Salvatorkapelle im Rathhause, dessen Bau in die zweite Hälfte des XVI. Jahrhunderts fallen dürfte, schon die reinste Anwendung der Renaissance auf. Die übrigen noch im XVI. Jahrhundert aufgeführten Kirchenbauten, wie das Königskloster (1583) und der Neubau der Schottenkirche (1590), fallen in eine Zeit, wo der Übergang zu den neuen Kunstformen bereits vollzogen war.

Zuerst trat in Wien die Renaissance, deren erste Vertreter deutsche Ingenieure waren, bei Profanbauten auf. Eine hervorragende Stellung nahm unter diesen der Freund Albrecht Dürer's, Hans Tscherte († September 1552), als landesfürstlicher Baumeister in den Jahren 1528—1533 ein. Nach dem Rücktritte desselben gelangte Hermes Schallautzer (geb. 1503, † 21. März 1561) als oberster Baumeister der niederösterreichischen Lande zu großem Einflusse. Gleichzeitig mit diesem nahm an den Plänen für die Befestigung der Stadt lebhaften Antheil der Nürnberger Ingenieur und Kupferstecher Augustin Hirschvogel (geb. 1503, † 1553). Der Neubau der Festungswerke führte italienische Baumeister nach Wien. Wir finden 1532 in unserer Stadt an den Festungsbauten: Jakob de Spacio, im Jahre 1544 Dominik Illalio aus Kärnten und Franz di Poco aus Mailand, im Jahre 1550 Pietro Ferbosco und im Jahre 1563 Tebaldi und Continella beschäftigt. Das einzige noch erhaltene Werk der Profanbaukunst, aus der Zeit, in welcher diese Künstler lebten, ist das Eingangsthor des Schweizerhofes in der Burg, nach der noch wohl erhaltenen Inschrift im Jahre 1552 erbaut.

Zu großen, bedeutenden Kunstleistungen kann es übrigens, wenn wir die damaligen localen Verhältnisse im Auge behalten, der Renaissancestyl

*) Nach den auf Grundlage der Steinmetzzeichen gemachten Untersuchungen des Professors Franz Rziha (Wiener Dombauvereinsblatt vom Jahre 1881, Nr. 4 und 5) ist — den bisherigen Annahmen entgegen — die Kanzel nicht das Werk des Hans Pilgram, sondern von diesem soll der Orgelfuß herrühren, welchen man bisher dem Baumeister G. Oechsel zuschrieb.

in Wien während der ersten Periode seiner Entwicklung keinesfalls gebracht haben. Erst mit dem Beginne des Barockstyles im XVII. Jahrhundert entwickelt sich unter dem Einflusse der politischen und religiösen Verhältnisse eine regere Bauthätigkeit. Aber auch aus dieser Zeit trägt keines der kirch-



Das Portal der Salvatorkapelle.

lichen Gebäude das Gepräge eines hervorragenden Werkes, weder in seiner Anlage noch in seiner Ausstattung. Es waren eben Bauten, zunächst hervorgegangen aus dem religiösen Bedürfnisse, ausgeführt ohne hohen künstlerischen Sinn, nach handwerksmäßig erlernten Formen. Rechteckige Schiffe mit flachen Tonnengewölben und kleinen Kapellenanbauten, an die sich nicht sehr tiefe,

rund oder rechteckig abgeschlossene Chöre anfügen, im Westen ein oder zwei Thürme, hohe und breite rundbogige Fenster kehren mit einigen Abweichungen in den Raumverhältnissen stets wieder, ohne dass ein reicher plastischer Schmuck die Nüchternheit der Anlage überdeckte. Diesem Styl gehören an, in der Stadt: die Façade und Ausschmückung der Kirche der Franciscaner zu St. Hieronymus (1603—1614), die Kirche der Kapuziner (1622—1632), die Façade der Jesuitenkirche am Hof (1662), die Kirche zu St. Anna (1670), die Ursulinernonnenkirche (1675), und in den Vorstädten die Kirchen zu St. Rochus auf der Landstraße (1642), der Serviten in der Rossau (1651), der Paulaner auf der Wieden (1651), zu St. Leopold (1670) und der barmherzigen Brüder in der Leopoldstadt (1684), zu St. Margaret unter den Weißgärbern (1690), der Minoriten in der Alservorstadt (1695), und zu St. Florian in Matzleinsdorf (1695). Eine Ausnahme bilden nur die Universitätskirche (1627—1631), die Dominikanerkirche (1631) und die Kirche zu Mariahilf (1689), welche von der herkömmlichen Bauweise abweichen und eine größere, künstlerische Bedeutung haben. Zu den bedeutendsten Künstlern dieser Zeit zählen Martin Carlone, genannt Canneval, und Carlo Antonio Carlone.

Einen höheren Aufschwung nahm die Baukunst erst im letzten Viertel des XVII. und in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, jener Epoche, welche, wie wir wissen, auch auf anderen Gebieten einen bedeutsamen Abschnitt in der Geschichte Wiens bildet. Wien war der Mittelpunkt einer großen, länderreichen Monarchie, der Sitz eines mächtigen Hofes geworden, der an Glanz und Ansehen hinter dem prunkvollen Hofe Ludwig's XIV. nicht zurückstand. Um diesen scharte sich ein reichbegüterter Adel voll Ehrgeiz und Verlangen, dem Kaiserhause zu dienen. Es erwachte der Wetteifer, Schlösser und Paläste mit französischer Pracht und Großartigkeit zu erbauen und Wien dadurch auch äußerlich jene Bedeutung zu geben, welche die Stadt in politischer Beziehung bereits hatte.

Unzweifelhaft übten in künstlerischer Richtung auf diese Bestrebungen großen Einfluss zwei mit dem Hofe in enger Berührung gewesene Künstler: Johann Bernhard Fischer von Erlach durch die von ihm ausgeführten und projectierten Bauwerke und Peter von Strudel durch die von ihm gegründete Akademie der bildenden Künste, deren Anfänge bis in das Jahr 1692 zurückreichen und welche im Jahre 1705 die Eigenschaft einer kaiserlichen Anstalt erhielt. Beide haben das große Verdienst, einerseits das Interesse an bedeutenden Bauwerken gesteigert, anderseits für die Heranbildung junger Kräfte Sorge getragen zu haben. Denselben standen unter-

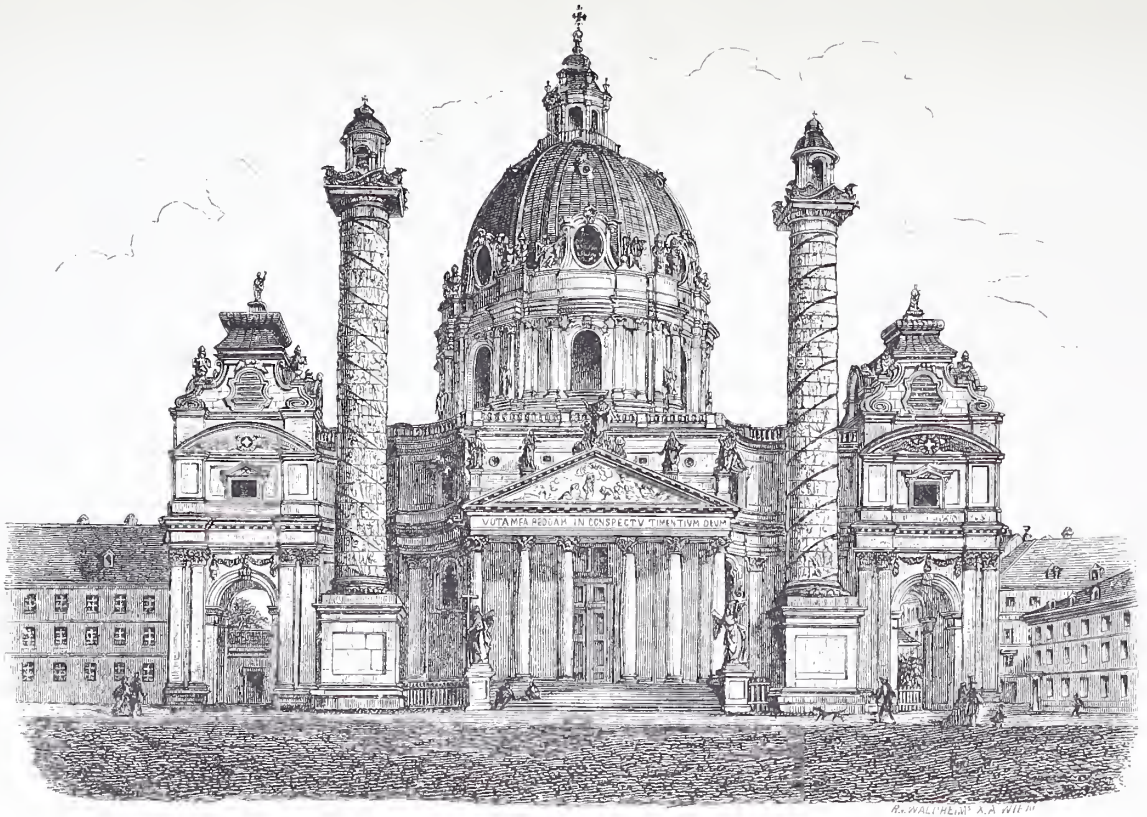
stützend zur Seite Josef Emanuel Fischer von Erlach, der Sohn des früher genannten, und Lukas von Hildebrand. Diese Künstler gaben der Architektur unserer Stadt das Gepräge ihrer Kunst; durch sie erreichte der Barockstyl in Wien seine glänzendste Entwicklung.

Johann Bernhard Fischer von Erlach (geb. zu Prag 1650, † zu Wien 5. April 1723) erhielt seine erste künstlerische Ausbildung in Rom, wo er sich dem Studium der Werke des Lorenzo Bernini und Francesco Boromini widmete. Von K. Leopold I. an seinen Hof berufen, um dem künftigen Thronfolger K. Josef I. Unterricht in der Architektur zu geben, erhielt er im Jahre 1696 den ersten bedeutenden Auftrag zur Entwerfung eines Planes für den Umbau des kaiserlichen Lustschlosses Schönbrunn, der in der That großartig gedacht war, und dessen vollständige Ausführung an dem Mangel an Geld scheiterte. Der zweite, eben so bedeutende kaiserliche Auftrag betraf die Erweiterung der Burg. Den Anstoß hiezu gab schon Kaiser Leopold I. durch den wiederholten Aufbau des nach ihm benannten Tractes (1660 und 1668), an dem sich aber im Gesammtaufbau der Einfluss französischer Renaissance verfolgen lässt. Auch der Erweiterungsplan der Hofburg trägt den Stempel einer großartigen Auffassung an sich. K. Karl VI. ließ jedoch von dem Projecte durch den Sohn des Künstlers, Josef Emanuel Fischer von Erlach, nur die Rotunde mit der Reichskanzlei und die beiden Durchfahrten gegen den Michaelerplatz (1728), dann die Sommer- und die Winterreitschule (1729—1735) zur Ausführung bringen. Zwischen diese beiden Schöpfungen fällt die Erbauung des Trautson'schen Palastes (1712), heute Eigenthum der ungarischen Garde, hervorragend durch seine schöne Façade und die prachtvolle Treppenanlage, der Bau des k. k. Ministeriums des Innern in der Wipplingerstraße (1717) und der neuere Theil des Palastes des Prinzen Eugen von Savoyen (1703 von Lukas von Hildebrand begonnen), heute k. k. Finanzministerium, der, ebenso schön in seiner Façade, wie prunkvoll in den inneren Räumen, jedoch große Verschiedenheiten von der Geschmacksrichtung Fischer's aufweist. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass die Gesammtanlage für den Palast das Werk des Lukas von Hildebrand ist, und Fischer von Erlach den Bau wesentlich mit Benützung von dessen Plänen ausgeführt hat. Von Bernhard Fischer von Erlach rührt auch der Plan zur originellsten und am reichsten ausgestatteten Kirche Wiens aus der Barockzeit, zur Votivkirche St. Karl auf der Wieden (1716—1737), her, deren Bau von ihm begonnen und durch den Baumeister A. E. Martinelli (geb. 1650, † 1718) vollendet wurde. Demselben Künstler wird der Entwurf der Pläne zur

St. Peterskirche in der Stadt zugeschrieben, zu der K. Leopold I. im Jahre 1702 den Grund gelegt hatte. — Josef Emanuel Fischer (geb. 1680, † um 1740) trat in die Fußstapfen seines Vaters, ohne aber ein so bedeutendes Talent wie dieser entfaltet zu haben. Wie schwer es auch ist, bei dem Mangel näherer Nachrichten die Grenzen der Thätigkeit beider Künstler festzustellen, so läßt sich doch aus jenen Werken, die unzweifelhaft Josef Emanuel angehören, wie aus den Plänen zu den k. k. Stallungen (1725), der k. k. Hofbibliothek (1726) und den Sommerpalästen der Fürsten Schwarzenberg (1706) und Auersperg (1724), schon mehr das Gepräge einer nüchternen Auffassung erkennen.

Eine andere künstlerische Richtung vertrat Lukas von Hildebrand, über dessen Leben wir sehr wenig wissen. Auch dieser verlebte seine Lehrjahre in Italien, aber es machte sich in all seinen Werken eine entschiedene Hinneigung zur französischen Renaissance geltend. Seine zwei bedeutendsten Werke sind das k. k. Lustschloss Belvedere auf der Landstraße, einst Sommerpalast des Prinzen Eugen von Savoyen (1693 bis 1724) und der fürstlich Liechtenstein'sche Palast in der Schenkenstraße (1694), die sowohl durch den harmonischen Charakter der Gesammtanlage, als durch die geschmackvolle decorative Ausstattung der Räume zu den schönsten und edelsten Werken dieser Stylrichtung in Deutschland gehören. Der dritte, von diesem Künstler erbaute Palast ist jener des Grafen Daun auf der Freiung, heute dem Fürsten Kinsky gehörig (1710). Wie schon erwähnt, ist es nicht unwahrscheinlich, dass von diesem Künstler auch die Pläne zu dem Palaste des Prinzen Eugen von Savoyen in der Himmelpfortgasse herrühren. — Ein vierter begabter Künstler dieser Epoche war Dominik Martinelli (geb. zu Innsbruck 1650, † in Wien 1718), ein Anhänger des italienischen Barockstyles, und der Erbauer des fürstlich Liechtenstein'schen Gartenpalastes in der Rossau (1701—1712), dessen Gartenpavillon mit seiner reizenden Treppenanlage von außerordentlicher Wirkung war.

Die Bewegung, welche diese aus der Fremde berufenen Künstler in der Baukunst hier hervorbrachten, war keine nachhaltige, und sie konnte es aus dem Grunde auch nicht sein, weil nach dem Tode des Peter von Strudel († 1714) die Akademie der Künste wieder aufgehoben, und nach deren Wiedereröffnung im Jahre 1726 keiner der hervorragendsten Architekten in derselben eine Stellung erhielt, was vielleicht mit der von Jakob van Schüppen, dem Director der neuen Akademie, hieher verpflanzten Richtung der fran-



Die Karlskirche.

zösischen Kunst nicht ohne Zusammenhang sein dürfte. Die Stelle eines Professors der Architektur erhielt Johann Adam Loscher († 5. März 1762), der übrigens, soviel wir wissen, mit dem Geiste der französischen Kunst nicht vertraut war. Von dem Einflusse des Joh. B. Fischer von Erlach auf die übrigen Baumeister Wiens zeugen die Kirchen im Liechtenthal (1712), der Elisabethinerinnen auf der Landstraße (1711), zu St. Ulrich (1721), die Kirche der Salesianerinnen auf dem Rennweg (1719) und die Kirche zum heil. Kreuz auf der Laimgrube (1736), welche von den einheimischen Baumeistern Henrici, Mathias Gerl, Franz Raimund, Franz Anton Pilgram und Johann Opel erbaut wurden.

Die Richtung, welche die Baukunst in Wien nach dem Tode der Meister des Barockstyles einschlug, bestand in der Rückkehr zur Reinheit des römischen Baustyles; Vitruv und Vignola galten nun als die unverrückbaren Leitsterne bei Entwerfung von Gebäuden. Die hervorragendsten Vertreter dieser Richtung waren Ferdinand Hetzendorf von Hohenberg, Director der Architekturschule an der Akademie der bildenden Künste (geb. 1732, † 1816), Franz von Hillebrand, Hofarchitekt, Theodor Valeri, durch zwei Jahre Professor an der Akademie, seit 1764 Stadtunterkämmerer, Melchior Heferl, akademischer Rath, Andreas W. Fischer (geb. 17. Februar 1755, † 9. October 1819), und Gottlieb Nigelli (geb. um 1750, † 1812), Hofarchitekt. Von diesen baute Hohenberg die Gloriette und die römische Ruine in Schönbrunn (1775—1780), die Façade mit dem Portale an der Michaelerkirche (1792) und den gräflich Fries'schen Palast auf dem Josefsplatz (1784), Nigelli das Bethaus der evangelischen Gemeinde (1784).

Dem Classicismus huldigte von nun an mit entschiedener Vorliebe auch die Architekturschule der Akademie, und da sie nach ihrer Organisation einen entschiedenen Einfluss auf alle öffentlichen Bauten nahm, so gelangte diese Kunstrichtung ausschließend zur Herrschaft. Nur fühlte man bald, dass auch der römische Styl mit seinen etwas nüchternen Formen nicht allen Anforderungen des modernen Geschmackes entsprach und folgte der Anregung zum Studium griechischer Bauwerke, welche die zu Anfang dieses Jahrhunderts durch die Arbeiten englischer Architekten bekannt gewordenen Ausgrabungen in Griechenland gegeben hatten. Zu den Architekten der ersten Decennien dieses Jahrhunderts, welche dieser Richtung folgten, gehörten: Josef Schemerl Ritter von Leytenbach (geb. 1752, † 1837), der Erbauer des Polytechnikums, Peter von Nobile (geb. 1774, † 7. November 1854), der Erbauer des Burgthores und des Theseustempels, Ludwig Montoyer, der Erbauer des Erzherzog Albrecht'schen Palais in der Stadt, des fürstlich

Rasumovsky'schen Palais auf der Landstraße und des Rittersaales in der Burg, F. Kornhäusel, der Erbauer der Synagoge und der Weilburg bei Baden, Karl Moreau, der Erbauer der Nationalbank, und A. Pichl, der Erbauer des Landhauses und des Este'schen Palais auf der Landstraße. Mit Ausnahme Nobile's war aber keiner dieser Künstler bedeutend genug, um der Baukunst einen Aufschwung zu geben, wobei sich aber nicht verkennen läßt, daß es auch der Zeit, in der diese Künstler lebten, an Sinn und Verständnis für großartige Werke der Baukunst fehlte. Dabei brachte es die Übung mit sich, fast alle unter Einwirkung des Staates zustande gekommenen Bauwerke durch den Hofbaurath ausführen zu lassen, wodurch die ganze monumentale Architektur bureaukratisirt und die schablonenmäßige Behandlung der Bauformen gefördert wurde.

Um das Jahr 1840 brachte die in Deutschland eingetretene Kunstbewegung, die Frage der Erfindung eines neuen Baustyles und die eben erwachte Begeisterung für mittelalterliche Bauwerke, eine lebhafte Bewegung in die Wiener Kunstkreise. Zunächst steigerte sich die Opposition gegen die Allmacht des Hofbaurathes, an dessen Spitze damals Paul Sprenger (geb. 20. August 1798, † 29. October 1854), ein begabter aber einseitig wirkender Künstler, stand. An der Akademie der bildenden Künste begann man den mittelalterlichen Baustylen eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zu diesem Umschwung der Kunstanschauungen trugen die Architekten Ludwig Förster (geb. 1797, † 15. Juni 1863), der Erbauer der protestantischen Kirche in Gumpendorf, Karl Rösner (geb. 19. Juni 1804, † 13. Juli 1869), der Erbauer der Pfarrkirche zu St. Johann in der Praterstraße, und eine Reihe jüngerer Künstler wie E. Oescher, Leop. Ernst (geb. 1808, † 17. October 1862), Eduard van der Nüll (geb. 1812, † 3. April 1868) und Aug. von Siccardsburg (geb. 6. December 1813, † 11. Juni 1868), die beiden letzteren als Erbauer des Carltheaters und durch ihr Wirken an der Akademie der bildenden Künste (1845) mächtig bei. Alle vereinigten sich in dem Bestreben, der Baukunst in Wien einen neuen Aufschwung zu geben. —

Über die Kunst der Bildschnitzerei oder Bildhauerei waren wir infolge des Mangels an Denkmalen und Handwerksordnungen schon in Bezug auf das Mittelalter im Unklaren. Nicht viel besser sind wir über den Entwicklungsgang dieses Kunstzweiges im XVI. Jahrhundert unterrichtet. Aus dem Beginne dieses Jahrhunderts kennen wir nur einen bedeutenden Bildhauer in Wien, nämlich Michael Tichter, den Vollender des Grab-

denkmals K. Friedrich's III. in der Stephanskirche. Wahrscheinlich ist auch sein Werk das Grabdenkmal des Passauer Officials Dr. Kaltenmarkter im Theklachor derselben Kirche. Außer diesem sind wir wohl im Stande aus verschiedenen Quellen eine Reihe von Bildhauern namhaft zu machen, ohne dass wir jedoch an künstlerischen Leistungen ihren Wert ermessen könnten, wie Hans Slays, Hausbesitzer auf dem Kohlmarkt und vor dem Stubenthor (1514), Meister von Thon (1553), Michael Fuchs (1554), Leonhard Waller (1558), Joachim Teschler (1563), Caspar Moller (1565), Michael Meldemann (1566—1583), Mathias Manmacher (1564), Laurenz Murmann und Valerian Gerold (1599).

Erst zwischen 1630—1640 betreten wir einen etwas festeren Boden. Am Hauptaltare des St. Stephansdomes stehen vier lebensgroße, aus Marmor gemeißelte Figuren, die Heiligen Leopold, Sebastian, Florian und Rochus vorstellend, die das Werk des aus Konstanz nach Wien übersiedelten Bildhauers Johann Jakob Bock sind. Die Figuren verrathen zwar in der Manierthertheit der Bewegungen den Barockstyl, sind aber noch entfernt von jenen Übertreibungen in Haltung und Geberde, wie sie die bald darauf folgenden Werke aufweisen. Hiezu trug wahrscheinlich der Umstand bei, dass um die Mitte des XVII. Jahrhunderts einige Künstler aus Italien nach Wien berufen wurden, welche dieser Richtung huldigten. Unter diesen hatte den größten Einfluss Ludwig Burnacini (1652—1690), Hofarchitekt und Theatermaler, welcher auch die Ideen und Zeichnungen zu fast allen öffentlichen, von Bildhauern auszuführenden Denkmalen angab, wie zu der Marienſäule am Hof (1668 errichtet) mit in Erz gegossenen Figuren von Balthasar Herold, zur Dreifaltigkeitssäule auf dem Graben (1686—1693 errichtet), von Paul Strudel, wie er selbst bemerkt, „erfunden und gemacht". Für die weitere Entwicklung der Bildhauerkunst in Wien war ebenso wie für die Baukunst von nicht geringer Bedeutung die Gründung der Akademie der Künste. Zum Unterricht in der Plastik bediente sich Peter von Strudel seines älteren Bruders, des Bildhauers Paul Strudel († 20. November 1708), eines vorzüglichen Künstlers, von dem außer der vorerwähnten Denksäule die Mehrzahl der Kaiserstatuen in der k. k. Hofbibliothek und wahrscheinlich auch der Marmoraltar in der Kapuzinerkirche auf dem Neuen Markt herrühren. Durch Paul Strudel wurden eine Reihe tüchtiger Bildhauer herangebildet, die aber, wie wir annehmen müssen, noch an den Traditionen der Barockplastik festhielten. Eine Reaction gegen diese Richtung machte sich aber bereits an dem von K. Karl VII. errichteten schönen Votivdenkmale auf dem Hohen Markte

(1732) mit der Architektur des B. Fischer von Erlach und den Figuren von A. Corradini, ferner an der figuralischen Ausschmückung des großen Saales der Hofbibliothek (1726), gleichfalls von A. Corradini, den großen Steinfiguren an den beiden Thoren der Reichskanzlei in der Burg (1728), der figuralischen Ausschmückung der Karlskirche (1736), und den Figuren am Hauptportale der Michaelerkirche (1723), letztere sämmtlich von Lorenz Mathielli (geb. 1699, † 1749), geltend.

Der Drang, die bisher angewendeten Formen des italienischen Barockstyles aufzugeben, machte immer weitere Fortschritte, und es gelang auch der Bildnerei durch das Studium der Natur und ein tieferes Erfassen der Antike neue, bedeutendere Erfolge zu erringen. Aus diesem Bestreben giengen die Werke des Bildhauers Raphael Donner (geb. 25. Mai 1693, † 15. Februar 1741) hervor, des bedeutendsten Künstlers seiner Zeit. Von ihm rührt Wiens schönstes plastisches Denkmal aus jener Epoche, die Figuren zu dem Brunnen auf dem Neuen Markt (1739), dann jene an dem Brunnen im Hof des Rathhauses (1739) her. Der von Donner betretenen Bahn folgten seine Schüler Adam Fr. Oeser (geb. 18. Februar 1717, † 18. März 1799), Jakob Schletterer, Professor an der Akademie (geb. 1700, † 20. Mai 1774) und J. Mader (geb. 1697, † 1761), die Schöpfer der Basreliefs an den Säulen vor der Karlskirche, der zwölf Apostel am Frauenaltar in der Pfarrkirche am Hof und mehrerer Statuen im Parterre des kaiserlichen Lustschlosses in Schönbrunn, Balthasar Moll, Professor an der Akademie (geb. 4. Jänner 1717, † 1771), der Schöpfer der lebensgroßen Statue Kaiser Franz' I. im botanischen Garten und mehrerer Statuen im Gartenparterre zu Schönbrunn, Joh. B. Hagenauer, Professor an der Akademie (geb. 1732, † 9. September 1810) und W. Beyer (geb. 1729, † 1797), von denen die meisten Marmorstatuen im Garten des Schönbrunner Schlosses herrühren. Mit noch größerer Entschiedenheit als alle seine Vorgänger huldigte dem Streben nach Natur Franz X. Messerschmidt (geb. 20. August 1732, † 21. August 1783). Dieser formte die überlebensgroße Statue der Kaiserin Maria Theresia und des Kaisers Franz I. im k. k. Belvedere, die Büsten Kaiser Josef's II. im Naturaliencabinete, Gerhard van Swieten's an der Universität und eine Immaculata in der Kapelle des Savoyen'schen Damenstiftes. Angeregt durch Lavater's physiognomisches Werk, schuf er, abgeschieden von der Welt, achtzehn Charakterköpfe, welche noch heute durch die Originalität der Auffassung Bewunderung erwecken. Dieselbe Richtung schlug Martin Fischer (geb. 1740, † 27. April 1820) ein, welcher

den größten Wert auf Correctheit der Figuren und ihrer Gewandung legte. Zu seinen zahlreichen Werken gehören: die Brunnenfiguren am Hof, Graben, Franciscanerplatz, in der Alserstraße, im Militärspitalshofe und im Vorhof der Josefsakademie, die Immaculata in der Kirche am Hof, die Pietas und die Fides publica am Portal des Rathhauses, die Statuen der vier Evangelisten am Hochaltar der St. Michaelshofkirche und die Büsten des Freiherrn von Quarient an der Universität.

Ein entschiedener Anhänger der Antike war Franz von Zauner (geb. 1748, † 3. März 1832), ein Schüler Schletterer's und Beyer's, gleich ausgezeichnet durch künstlerische Bildung wie durch Begabung. Er lenkte zuerst die Aufmerksamkeit auf sich durch das gelungene Modell zu einem Bassin in Schönbrunn. Seine hervorragendsten Werke sind die in Erz gegossene Reiterstatue Kaiser Josef's II. auf dem Josefsplatz (1807) und das Grabmal Kaiser Leopold's II. in der Augustinerhofkirche. Seit Zauner's Auftreten gelangte die idealere Richtung in der Bildnerei zur entschiedenen Geltung, wozu nicht wenig auch Canova's Auftreten in Wien, sein schönes Christinendenkmal in der Augustinerhofkirche (1805) und sein Theseusdenkmal im k. k. Volksgarten, beitrugen. Einer ihrer talentvolleren Nachfolger in Wien war Johann Schaller (geb. 13. October 1804, † 29. April 1865), zu dessen bedeutendsten Arbeiten ein „Bellerophon" und die Statue des Andreas Hofer für die Hofkirche in Innsbruck gehören. Gleichzeitig mit diesem Künstler wirkten Josef Käsmann (geb. 3. September 1784, † 18. Januar 1856), von dem die Figuren des „Perseus" und „Jason" in der Belvedere-Gallerie, die Kanzel in der Michaelerhofkirche (1819) und die Frontons am Laurenzergebäude herrühren, und Josef Klieber (geb. 1. November 1740, † 11. Jänner 1850), ein sehr fruchtbarer Künstler, der die Figuren für das Albertinische Palais (heute Palais des Erzherzogs Albrecht) in Wien, für das Palais des Fürsten Liechtenstein in der Schenkenstraße, das polytechnische Institut, den Brunnen im Landhaus, das Schloss Weilburg bei Baden, die Kirche zu St. Johann in der Praterstraße und außerdem eine große Anzahl von Büsten und Wappen formte.

Ungeachtet ihres langjährigen Wirkens und ihrer großen Productivität übten aber diese Künstler keinen nachhaltigen Einfluss auf das Kunstleben Wiens. Da sie einer Richtung huldigten, welche hier stets auf heftigen Widerspruch gestoßen war, folgte ihnen keine Schule jüngerer Künstler. Dagegen richteten sich die Blicke aller auf die von München ausgegangene

Kunstbewegung. So geschah es, dass Schwanthaler aus München dazu berufen wurde, das Brunnendenkmal auf der Freiung (1846) auszuführen. Das Franzensdenkmal in der Burg dagegen wurde wesentlich aus politischen Gründen dem Italiener Pompeo Marchesi zur Ausführung übergeben. Dem jüngeren Nachwuchs an Wiener Bildhauern, wie A. Bauer, Joh. Preleuthner, Adam Rammelmayer, Hans Gasser u. s. w., traute man die Befähigung zu derartigen größeren Aufgaben nicht zu.

Auf dem Gebiete der kleineren Plastik hatte Wien schon vor der Errichtung der Bossier- und Graveurschule an der Akademie (1767) tüchtige Künstler, wie A. Wiedemann, A. M. de Gennaro und Math. Donner (geb. 1699, † 26. Aug. 1756), einen Bruder des Bildhauers. Von 1767 an zeichneten sich auf diesem Gebiete aus: Joh. B. Hagenauer (1760—1810), Ant. Domanök (geb. 1713, † 1779); Ign. Donner (geb. 1752, † 1803); Josef Klieber (auch Bildhauer), Thomas Lang (geb. 1749, † 6. März 1812), dessen Sohn Josef Lang (geb. 1776, † 1835), und Daniel Böhm (geb. 16. März 1794, † 15. August 1864).

Auch über den Stand der Malerei in Wien im Beginn des XVI. Jahrhunderts sind wir, da keine Werke von Wiener Künstlern vorhanden sind, nicht unterrichtet. Dass der kaiserliche Hof bei bedeutenderen Aufgaben Maler aus Italien und Deutschland nach Wien berief, deutet darauf hin, dass es an vorzüglichen, tüchtig geschulten einheimischen Talenten gebrach. Eine Ausnahme hievon mag nur Jakob Seisseneger († 1567) gemacht haben, ein hier ansässiger Künstler, von dem wir wenigstens wissen, dass er Hofmaler war und nebst Fahnen und Wappen auch Porträte von Mitgliedern des Hofes anfertigte. Den Wert der übrigen Wiener Meister, wie Hans von Werd (1500), Leop. Sichard (1536), Thomas Loshammer (1549), Heinrich Vogther (1554), können wir nicht bestimmen Von zwei Wiener Kartenmalern, Hans Forster und Hans Bock, ersehen wir aus den noch vorhandenen Kartenspielen, dass sie eine große Gewandtheit im Zeichnen besaßen. Von deutschen Künstlern, welche hier durch einige Zeit verweilten, haben wir des Malers und Ingenieurs August Hirschvogel aus Nürnberg (1547), des Albrecht Glockenthon (um 1553), des Hans Sebald Lautensack, Malers aus Nürnberg (1556—1560), und Hans Guldenmundt, Formschneider aus Nürnberg (1520—1540), zu erwähnen, die beide sich durch Radierung von Ansichten Wiens verdient machten. Von italienischen Meistern kennen wir Franz Tertio aus Bergamo. Nicht besser gestalteten sich die Verhältnisse in der nächsten Zeit. Wir begegnen am Hofe Max' II. und Rudolf's II. italienischen Künstlern von Rang, wie Pordenone

(um 1564 und 1585), Anton Abondio (1566—1576), Josef Arzimbaldo (1568—1592) und deutschen Künstlern wie Bartholomäus Spranger (um 1581—1592), Hans von Achen (geb. 1562, † 6. Jänner 1615), Johann Houfnagel (um 1588—1616), welch letzterer auch die große Vogelperspective der Stadt (5 Fuß lang und 2 Fuß 4 Zoll hoch) angefertigt hat. Während Werke dieser Meister sich bereits in der Kunstsammlung Rudolf's II. vorfinden, suchen wir in dem noch vorhandenen Verzeichnis vergebens nach den Namen von Wiener Meistern.

Unter Kaiser Mathias II. erhielt Wien die erste bedeutende Gemäldesammlung. Dieser ließ nämlich zwischen 1610—1614 die von seinem Bruder Rudolf II. angehäuften Kunstschätze von Prag nach Wien in die Stallburg bringen, womit der Grund zur k. k. Gemäldegallerie gelegt wurde, die bald darauf (1651) durch die kostbare, von Erzherzog Leopold Wilhelm, Statthalter der Niederlande, angelegte Sammlung von Meistern derart vermehrt wurde, dass diesem das nicht geringe Verdienst zuerkannt werden darf, der Gallerie ihre große Bedeutung gegeben zu haben. Nach Angabe des Reisenden Patin enthielt die Sammlung an 15.000 Bilder, worunter die schönsten ehemals Eigenthum des Königs Karl I. von England waren, an 800 Goldmünzen und 300 antike Statuen aus Marmor und Erz.

Zur selben Zeit wurden nicht bloß von Seite des Hofes, sondern auch von mehreren Klöstern auswärtige Künstler zur Ausschmückung der Kirchen mit neuen Altarblättern nach Wien berufen, wie: Andreas Pozzo (geb. 1642, † 1709), der die Fresken in der Kuppel der Universitätskirche malte, Johann und Maximilian Hofmann, Kammermaler (1602 bis 1630), Joachim Sandrat (geb. 1606, † 1688), der für die Kirchen zu St. Stephan, zu den neun Chören am Hof, bei den Schotten und die Kirche der Dominicaner, dann aber auch für die Kunstsammlung des Erzherzogs Wilhelm Aufträge erhielt. Eine noch größere Anzahl von Gemälden führte ein anderer Künstler, Tobias Bock (um 1640—1650), aus, der sich hier bleibend niederließ; von diesem finden sich Gemälde in den Kirchen bei St. Stephan, St. Michael, den Schotten, St. Augustin, den Dominicanern, der Deutsch-Ordens- und der Johanniterkirche. Von einheimischen Malern kennen wir aus dieser Zeit Thomas Vischer (1611), Caspar Della (1627) und Friedrich Stall (1639), welch letzterer zugleich kaiserlicher Kammermaler war. — Unter Kaiser Leopold I. wirkten hier als Maler: Franz Leux von Luxenstein, Christoph Lauch, beide Porträtmaler im Dienste des Hofes, die niederländischen Schlachtenmaler Niklas

van Hoy (1680—1710), Folpert van Allen († 1715), der, sowie Houfnagel, gleichfalls eine große Vogelperspective der Stadt Wien (1680—1682) anfertigte, Gabr. Parys und Ludwig Burnacini (geb. 1636, † 12. December 1707), als Decorationsmaler von hervorragendem Rufe.

Für die heimische Ausbildung der Malerei von entscheidender Bedeutung wurde die bereits berührte Gründung der Maler- und Bildhauer-Akademie durch Peter Freiherr von Strudel (geb. 1660, † 4. Oktober 1714). Sie befreite die Kunst aus den Fesseln des Zunftverbandes, indem sie deren Jünger unmittelbar unter kaiserlichen Schutz stellte, und legte den Grund zu einer selbständigen Schule. Zunächst blieb allerdings in den Altarbildern und Deckengemälden noch der italienische Barockstyl vorherrschend, aber in der Zeichnung und der Technik machte sich ein entschiedener Fortschritt und in den übrigen Zweigen der Malerei eine selbständige Auffassung geltend. Als im Jahre 1726 die Akademie unter der Leitung des Jakob van Schüppen (geb. 1669, † 28. Jänner 1751) wieder eröffnet wurde, hielt zwar der Geist der französischen Schule in Wien seinen Einzug, derselbe machte sich aber bei den größeren Aufgaben, welche den Künstlern zufielen, nicht fühlbar, sondern gelangte nur in den Cabinetsstücken, womit die Paläste des Adels geschmückt wurden, zum Ausdruck, wovon die Deckengemälde des Daniel Gran (geb. 1694, † 1757), Karl Aigen (geb. 1684, † 22. October 1762), Johann Michael Rothmayer (geb. 1660, † 1730), Paul Troger (geb. 1698, † 1772) und Michael Unterberger (geb. 1732, † 1798) Zeugnis geben.

Zu den gleichzeitigen begabtesten Malern von Porträts und Cabinetsstücken gehören Johann Kupetzky (geb. 1666, † 1740); Johann Friedrich Auerbach (geb. 28. October 1697, † 3. August 1753); Franz Stampart (geb. 1675, † 1750); Anton Faistenberger (geb. 1678, † 1735); Franz Ferg (geb. 1689, † 1740); Josef Hauzinger (geb. 1728, † 1786); Caspar Sambach (geb. 1715, † 1796) und Anton Maulpettsch (geb. 7. Juni 1724, † 9. August 1796).

Nach dem Tode Schüppen's trat an die Spitze der Akademie Martin von Meytens (geb. 1695, † 23. März 1770), ein vielseitig gebildeter Künstler, unter welchem aber das Institut keine wesentlichen Fortschritte machte. Auf dem Gebiete der Malerei trat die Historienmalerei in den Hintergrund. Das französische Rococo behielt wie auf anderen Gebieten auch hier das Übergewicht und nur die von Jakob Schmutzer (geb. 5. April 1733, † 2. December 1811) gegründete Kupferstecherschule überragte durch ihre vortrefflichen Leistungen alle übrigen Zweige der bildenden Künste.

Erst um die Mitte der achtziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts brach sich in der Malerei eine neue Richtung Bahn. Das große Interesse, welches seit der Entdeckung Pompeji's (1748) für das Studium des griechischen Culturlebens erwacht war, drang auch nach Wien und Winkelmann's Lehre fand begeisterte Verehrer. Zu diesen gehörte unter den Künstlern Heinrich Füger (geb. 8. December 1751, † 5. November 1818), welcher im Jahre 1783 bereits eine sehr einflussreiche Stellung erhalten hatte. Diesem schlossen sich an: Josef Abel (geb. 1768, † 4. October 1818), Friedrich Brand (geb. 19. September 1735, † 9. October 1806), Hubert Maurer (geb. 10. Juni 1738, † 10. December 1818), Johann Ritter von Lampi (geb. 5. März 1755, † 11. Februar 1837), und Franz Cauzig (geb. 3. December 1762, † 18. November 1828).

Noch zur Zeit, als diese Künstler in der Blüte ihres Wirkens standen, begann sich abermals eine andere Richtung geltend zu machen. Die Begeisterung für griechische Götter und Helden erkaltete außerhalb der akademischen Kreise zu Gunsten von Darstellungen aus der vaterländischen Geschichte und der Zauber der Romantik des Mittelalters fesselte wie in der Literatur so auch in der Kunst. Man vertiefte sich in die Zustände, Sitten und Gebräuche der Gegenwart, machte das einfachste Seelenleben, die verschiedenen Thätigkeitskreise der Menschen zum Gegenstand der Darstellung und hegte ein ungemein lebhaftes Interesse für Landschaften aus der österreichischen Alpenwelt. Aus diesen Richtungen giengen eine Reihe bedeutender Künstler auf den verschiedensten Gebieten hervor, zu welchen zu zählen sind: Die Historienmaler: Josef Führich (geb. 9. Februar 1800, † 13. März 1876); Leopold Kupelwieser (geb. 17. October 1796, † 17. November 1862); die Porträtmaler: Friedrich Amerling (geb. 14. April 1803); M. Daffinger (geb. 25. Jänner 1790, † 22. August 1849); Franz Schrotzberg (geb. 1811); die Genremaler: Peter Fendi (geb. 4. September 1796, † 28. August 1842); Josef Danhauser (geb. 10. August 1805, † 4. Mai 1845); Franz Waldmüller (geb. 15. Jänner 1793, † 22. August 1865); die Landschaftsmaler Friedrich Gauermann (geb. 20. September 1807, † 7. Juli 1862); Josef Höger (geb. 17. November 1802, † 13. Mai 1877); Josef Feid (geb. 1807, † 10. April 1870); Franz Steinfeld (geb. 26. Mai 1797, † 3. November 1868); Karl Marko (geb. 1793, † 10. November 1860), und die Thiermaler Johann Dallinger (geb. 7. Mai 1782) und Mathias Raffalt (geb. 9. Juli 1836, † 9. August 1865).

Dadurch, dass die Darstellungen der Malerei dem Denk- und Gefühlsvermögen weiterer Kreise näher rückten, erweiterte sich das Interesse für die

Kunst, und dasselbe wurde noch dadurch gesteigert, dass nach den Befreiungskriegen das politische Leben erstarb, und die Gebildeten mit Vorliebe den Künsten huldigten. Diese Theilnahme sprach sich durch die außerordentliche Vermehrung der Gemäldesammlungen zwischen den Jahren 1820—1840 aus, welche nicht bloß Eigenthum von Adeligen, sondern auch von Bürgern waren. Eine der wertvollsten Sammlungen dieser Art, jene des Grafen von Lamberg, gieng 1835 in das Eigenthum der Akademie der Künste über.

Einen großen Aufschwung nahm die Kupferstecherkunst, welche mehrere der tüchtigsten Meister aufzuweisen hat, wie: Johann Chr. Brand (geb. 15. November 1753, † 12. Juni 1795); Michael Benedetti (geb. 1745, † 28. Juni 1810); Johann Leybold (geb. 18. Juni 1755, † 13. November 1838); Franz Stöber (geb. 20. Februar 1795, † 11. April 1858), und Karl Heinrich Rahl (geb. 11. Juli 1779, † 12. August 1843). Unter den Kupferstechern des verflossenen Jahrhunderts hat sich Johann Chr. Brand dadurch um Wien verdient gemacht, dass er in einem prachtvollen Kupferwerke die Wiener Volkstypen seiner Zeit darstellte. Das Werk führt den Titel: „Zeichnungen nach dem gemeinen Volke, besonders der Kaufruf in Wien“ (1775) *).

Die so wichtige Erfindung der Lithographie wurde 1802 durch Alois Senefelder (geb. 6. November 1771, † 26. Februar 1834) in Wien gemacht, ohne dass es aber diesem gegönnt gewesen wäre, sie fruchtbringend zu machen. Erst in späteren Jahren kam sie durch Blasius Höfel (geb. 27. Mai 1792, † 17. September 1863) zu einer größeren Verwertung und es bemächtigten sich ihrer mehrere vorzügliche Künstler wie Karl Agricola (geb. 18. October 1779, † 15. Mai 1852), und Josef Kriehuber (geb. 14. December 1801, † 13. October 1881).

Fördernd auf das erwachte rege Kunstleben wirkten die periodisch veranstalteten Ausstellungen. An der Akademie der bildenden Künste wurden bereits seit 1790 zeitweilig Ausstellungen von Kunstwerken veranstaltet, welche seit 1816 jedes dritte Jahr wiederkehrten. Im Jahre 1830 bildete sich der „Verein zur Beförderung der bildenden Künste“, der sich große Verdienste dadurch erwarb, dass er durch Ankäufe von Werken und die Vervielfältigung von Werken vorzüglicher Wiener Künstler auf dem Wege des Kupferstiches zur Verbreitung des Interesses an der Kunst in den bürgerlichen Kreisen viel beitrug.

*) Einige Proben aus diesem Werke geben wir in Facsimiles auf den Tafeln XV und XVI.

Zwölfter Abschnitt.

Feste, Theater, Concerte und Volksbelustigungen.

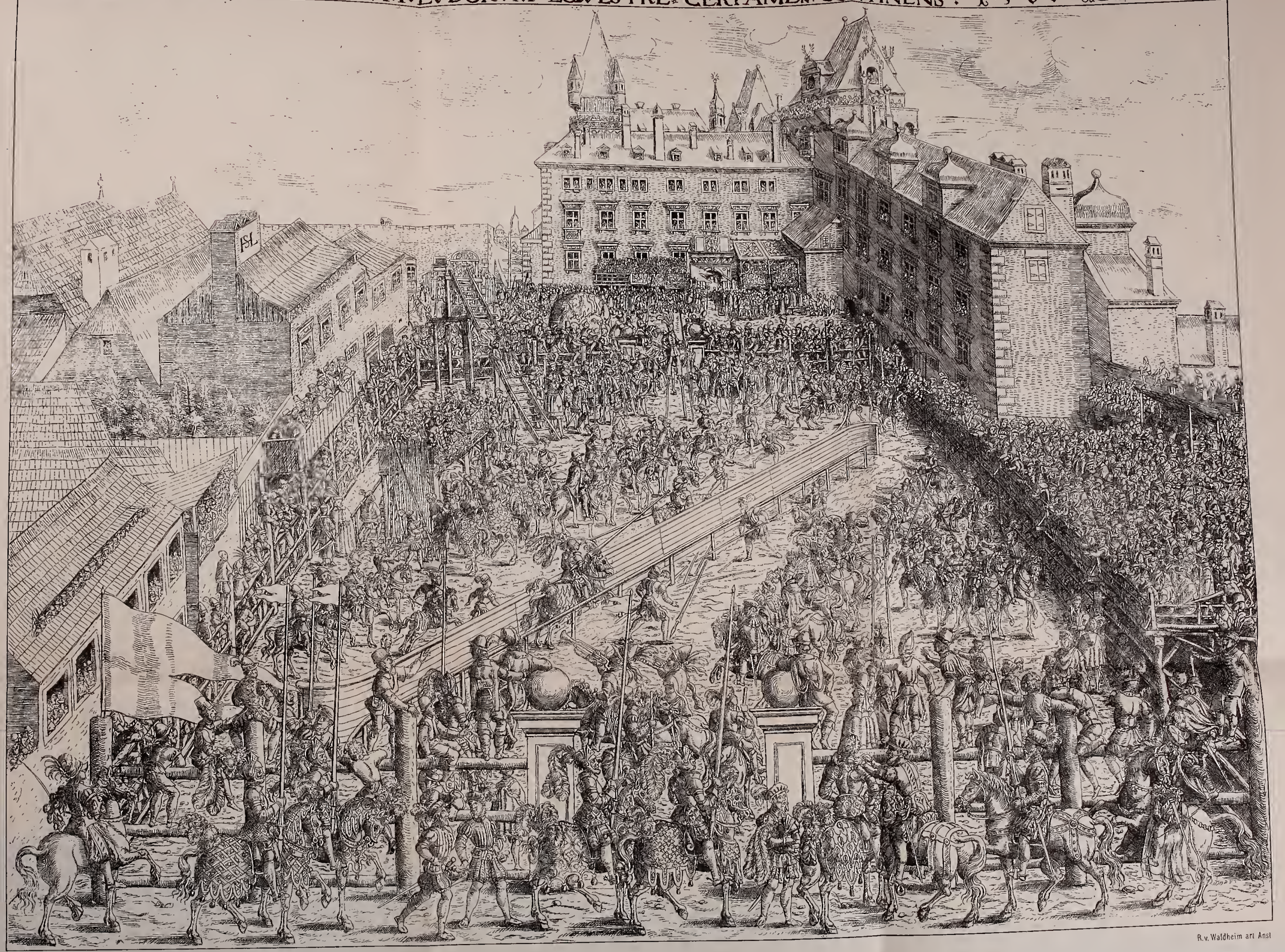
Der Umschwung im staatlichen Zusammenleben, in Religion, Kunst und Wissenschaft, drückte auch nach und nach dem geselligen Leben ein bestimmtes Gepräge auf. Zwar blieben noch lange die alten Formen, Sitten und Gewohnheiten, aber der Sinn und die Bedeutung mancher Feste und Spiele waren verloren gegangen, und dieselben lebten nur noch als ein das Auge durch äußere Pracht und Glanz bestechendes Rüstzeug fort, oder sie traten in Berührung und vermischten sich mit neuen, fremdländischen Festen und Belustigungen, wozu der Anlass durch die engen Verbindungen des kaiserlichen Hofes mit Spanien, Frankreich und Italien gegeben war.

Unter den Hoffesten boten im Beginn der neuen Zeit noch immer die Turniere den größten Reiz, ungeachtet der Ernst und die Bedeutung derselben verloren gegangen war. Sie gaben nicht mehr Gelegenheit, körperliche Kraft, ritterlichen Sinn und Ehrgeiz zu zeigen, sondern man begnügte sich, ein prächtig ausgestattetes Waffenspiel auszuführen, und so den Schein der ehemaligen Feste dieser Art festzuhalten. Solche Turniere wurden am 22. und am 25. Juli 1515 auf dem Neuen Markt und am Hof anlässlich des berühmten Fürsten-

congresses und der Wechselheirat zwischen dem Sohne und der Enkelin des Kaisers und den Kindern des Königs von Böhmen und Polen abgehalten. Ein anderes prachtvolles Fußturnier gab K. Maximilian II. seinem Vater Mittwoch den 12. Juni 1565 auf dem Burgplatz, worüber uns Francolin in seinem Turnierbuch ausführlich berichtet. Bei dem großen Festturniere im Oberen Werd zu Ehren der Vermählung des Erzherzogs Karl von Steiermark mit Maria von Baiern (28. August 1571), von welchem uns der Pritschenmeister Wirrich eine prächtige bildliche Darstellung hinterließ, spielten schon nebst den Rittern auch mythologische Gestalten eine Hauptrolle. Eines der großartigsten Schauturniere fand zur Feier der Vermählung Kaiser Leopold's I. mit Margareta, Infantin von Spanien, im Jahre 1667 statt, das den Titel „Sieg-Streit der Luft und Wassers" führte, und dessen Reiz man durch ballettartige Scenen zu erhöhen versuchte. Eines der letzten Turniere der älteren Art wurde am 18. Juni 1708 in der Favorita auf der Wieden abgehalten. — Ein Nachklang der alten Turniere waren die im XVIII. Jahrhundert beginnenden Carroussels. Wir begegnen denselben seit der Erbauung der Winterreitschule am Hofe K. Karl's VI., und K. Marie Theresia betheiligte sich an diesem Feste mit besonderer Vorliebe in den ersten Jahren ihrer Regierung persönlich. Von dieser Zeit an wiederholten sie sich bei besonderen Anlässen bis in die neueste Zeit. Zu Anfang dieses Jahrhunderts hatten sie aber nicht mehr den ausschließlichen Charakter von Hoffesten, indem der Adel solche Carroussels auch zu wohlthätigen Zwecken veranstaltete, wie in den Jahren 1803, 1806 u. s. w.

Ein neues Element brachten in die Hoffeste die dramatischen Darstellungen, deren Anfänge, wie wir wissen, mit der Veranstaltung der Ludi caesarei zusammenfallen. Kurz darauf fanden auch die an den italienischen Höfen zur Aufführung kommenden Komödien, Pantomimen und Ballette am Wiener Hofe Eingang. So verweilten hier in den Jahren 1560 und 1569 niederländische und italienische Komödianten und Sänger. Kaiser Max II. ließ am 8. Februar 1573 eine „Pauernhochzeit" abhalten, in der wir vielleicht die Anfänge der Schäferspiele zu suchen haben. Daneben treffen wir „Maidle, die vor Ihrer römischen kaiserlichen Majestät tanzt und gesprungen", spanische Sänger, Luftspringer und normannische Ballschläger zur Kurzweil des Hofes.

Während aber in dieser Zeit noch keine Spur einer ordentlichen Schaubühne zu entdecken ist, war man unter K. Ferdinand II. bereits darauf bedacht, bei Gelegenheit einer Vermählung (1626) eine solche mit



R. v. Waldheim art. Anst.

Zu K. Weiſs' Geschichte der Stadt Wien II. Bd.

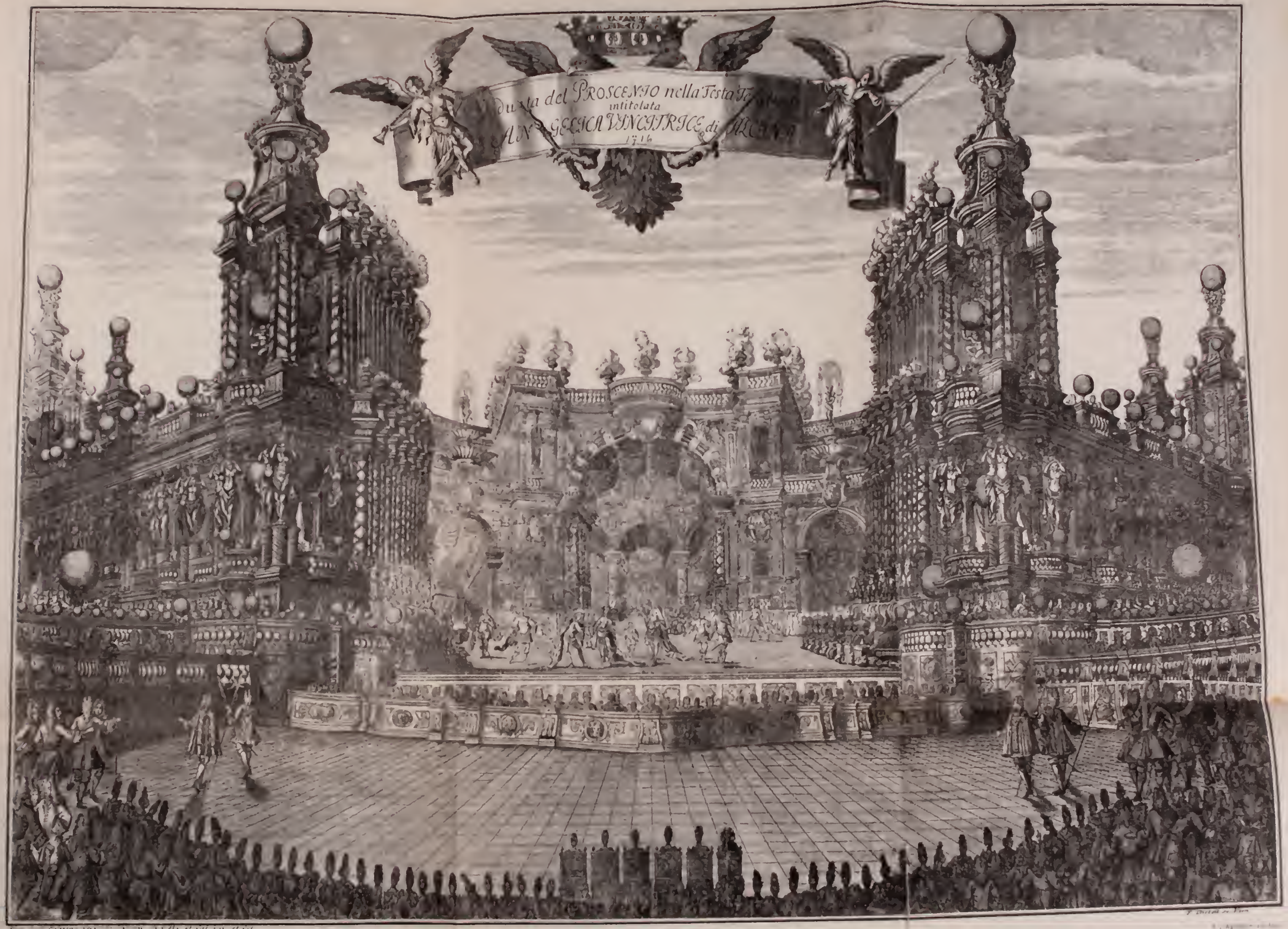
Das Turnier auf dem Burgplatze im J. 1560
(aus Hanns Francolins Turnierbuch.)
(Facsimile.)

großem Glanz einzurichten, „um Kriegsstücke, Landschaften und Perspective darstellen zu können“, und verschrieb bei diesem Anlasse fünf italienische Komödianten und einen Falsetsänger aus Italien. In der Zeit des K. Ferdinand III. hatte das musikalische Drama bereits außerordentliche Erfolge erzielt. In diese Zeit fällt auch die Erbauung des ersten ständigen Theaters für die am Hofe veranstalteten Opern, Ballette und Pantomimen. Ungefähr auf dem Raume des Tractes der Hofburg, in welchem gegenwärtig noch das kaiserliche Münz- und Antikencabinet untergebracht ist, ließ K. Leopold I. im Jahre 1659 ein Theater erbauen, in welches nur geladene Gäste des Hofes Zutritt hatten. Nachdem dieses Theater wegen Feuersgefahr bei der zweiten Türkenbelagerung abgebrochen worden war, ließ K. Leopold I. dasselbe wieder erbauen, worauf es kurz vor seiner Vollendung im Jahre 1699 vom Feuer zerstört wurde. Hierauf ließ der Kaiser zwischen der Winterreitschule und dem alten Burggraben ein neues Hoftheater, bestehend aus zwei Sälen für größere und für kleinere Vorstellungen, erbauen, dessen größerer Saal im Jahre 1748 in einen Redoutensaal umgewandelt wurde. Im Jahre 1752 ließ Maria Theresia diesen Bau abbrechen und die gegenwärtigen Redoutensäle erbauen. Außerdem bestand auch im kaiserlichen Sommerschlosse auf der Wieden, der Favorita, eine Schaubühne.

Auch in den bürgerlichen Kreisen war schon im XVI. Jahrhundert die Lust und Neigung zu dramatischen Darstellungen vorhanden, die aber bei der Beschränktheit der Geldmittel keinen erheblichen scenischen Apparat nothwendig machten. Aus der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts wissen wir, dass die deutschen Wandertruppen, welche Wien besuchten, ihre Vorstellungen in Ballhäusern und in hölzernen, auf den öffentlichen Plätzen erbauten Hütten abhielten. Aber wie die Bühneneinrichtung beschaffen war, darüber erhalten wir in den Beiträgen zur älteren Theatergeschichte Wiens keine Auskunft. Nach alten Aufzeichnungen bestand die Bühne in den Ballhäusern aus einem erhöhten Podium, welches von dem Zuschauerraum durch einen Vorhang abgeschlossen war. Das Podium war nach seiner ganzen Breite durch einen zweiten Tapetenvorhang in zwei Räume geschieden, von denen der vordere bedeutend schmäler als der rückwärtige war. Auf die Vorderbühne wurden die Scenen verlegt, welche auf Straßen und Plätzen spielten, oder solche Scenen, für welche der Ort der Handlung gleichgiltig erschien und wo sich das ganze Interesse auf den Dialog concentrierte. Handelte es sich um Scenen, die im Innern eines Palastes oder in irgend einem Gebäude, ja selbst im Walde oder in einer Landschaft vorfielen, so lüftete man die Mittelöffnung der Tapete der hinteren Bühne, wo sodann die entsprechenden

Scenen abgespielt wurden. Folgten zwei Scenen unmittelbar in geschlossenen Räumen, so verließen die Schauspieler auf der einen Seite die Bühne und kamen auf der anderen Seite wieder zum Vorschein. Fielen in einer Handlung große Schauscenen vor, welche viele Schauspieler auf der Bühne versammelten, so wurde der Tapetenvorhang der hinteren Bühne weggenommen und die Bühne nach ihrer ganzen Tiefe in einen Raum verwandelt. Die Beleuchtung bestand aus Talglichtern in blechernen Hüllen, welche zur Seite an genagelten Latten und an der Decke an Seilen befestigt waren. Von Zeit zu Zeit mussten diese „Kronleuchter" herabgelassen und die Lichter geputzt werden. Für die Bürger, Handwerker, Hofbedienten, Soldaten und Studenten bestand ein Parterre mit Sitz- und Stehplätzen; an den Wänden waren Tribünen mit Bänken, ausschließend für Cavaliere und ihre Frauen und adelige Fräulein, angebracht. Die Vorstellungen begannen in der Regel schon nachmittags um vier Uhr und mussten bis längstens sieben Uhr abends geschlossen sein. Mit diesen einfachen Mitteln wirkten die Schauspieler auf das schaulustige Publicum so gewaltig wie in unseren Tagen.

Das erste ständige öffentliche Schauspielhaus erbaute der Wiener Stadtrath im Jahre 1708 nächst dem Kärntnerthore, in welchem abwechselnd italienische und deutsche Komödianten spielten. Nachdem dasselbe im Jahre 1761 abgebrannt war, ließ der Hof auf dessen Flächenraum, nach Plänen des Hofarchitekten von Pacassi, ein neues Schauspielhaus erbauen, das am 9. Juli 1763 eröffnet wurde. In diesem Hause wurden bald deutsche, bald französische Schauspiele, dann wieder deutsche Singspiele von den verschiedenen Theaterunternehmern aufgeführt, und dasselbe erst von October 1790 an vorzugsweise für die Darstellung von Opern, Singspielen und Balletten bestimmt. Deutsche Singspiele kamen darin nur selten mehr zur Aufführung. Vom November 1810 an wurde das Kärntnerthortheater ausschließlich für die Oper und das Ballett bestimmt. Seit dem Jahre 1776 gleichzeitig mit dem Burgtheater unmittelbar unter der Administration des Hofes stehend, wurde es von demselben im Jahre 1794, gleichzeitig mit ersterem, an den Wiener Banquier Peter Freih. von Braun verpachtet. Im Jahre 1807 giengen beide Theater in die Verwaltung einer aus Cavalieren bestehenden Theater-Unternehmungsgesellschaft über, und sie blieben unter dieser Leitung bis zum Jahre 1817, worauf sie neuerdings unter die Verwaltung des Hofes kamen. Von December 1821 bis 1828 hatte das Kärntnerthortheater Dominik Barbaja in Pacht, welchem am 1. September 1830 Louis Duport folgte. Dessen Nachfolger waren vom Jahre 1836 an Carlo



Scene aus der Oper „Angelica Vincitrice di Alcina"

Aufgeführt im Garten der Kais. Favorita auf der Wieden (1716)

(Facsimile nach dem Original in der Stadtbibliothek)

Balochino und Barth. Merelli, deren Pacht bis zum Jahre 1849 dauerte.

Noch während des Bestandes des alten Kärntnerthortheaters, am 11. März 1741, erhielt der Entrepreneur der Hofoper, Johann K. Selliers, die Bewilligung, das an die kaiserliche Burg anstoßende Hofballhaus nebst dem dabei befindlichen Stöckl auf eigene Kosten zu einem Komödienhause für den Hof und das Publicum einzurichten und darin deutsche und italienische Opern aufzuführen. Der Eröffnungstag des neuen Schauspielhauses ist nicht nachweisbar, sondern es ist nur gewiss, dass darin bereits am 5. Februar 1742 K. Maria Theresia der Aufführung einer italienischen Oper beiwohnte. Im Jahre 1743 fand eine Erweiterung des Theaters in der Weise statt, dass zwischen dem Ballhause und der mit der Seite der heutigen Sommerreitschule parallel laufenden alten Schatzkammer die Scheidewand eingerissen wurde. Nach Selliers wurde Baron Rocco de Lopresti Unternehmer der kaiserlichen Hofoper, welcher von Ostern 1748 an ein auf zehn Jahre giltiges Privilegium unter der Bedingung erhielt, das Hofballhaus auf seine Kosten dergestalt einzurichten, dass es die wahrhafte Form eines Theaters erhalte, um darin die besten Opern aufzuführen. Seine heutige äußere Gestalt erhielt jedoch das Theater erst im Jahre 1748 durch Hinausrückung der Bühne gegen den Michaelerplatz und die Erbauung der heute noch bestehenden Façade. Das Hoftheater im Ballhause wurde am 14. Mai 1748 mit Gluck's „Semiramis" eröffnet. Lopresti, welcher gleichzeitig auch das städtische Theater nächst dem Kärntnerthor in Pacht übernommen hatte, gab die Leitung des Burgtheaters am Schlusse des Faschings 1752 auf, da er bei diesem Unternehmen seine Rechnung nicht fand. Für die artistische Leitung beider Theater setzte K. Maria Theresia nunmehr eine Hofdirection ein, welche sie dem Grafen Franz Esterhazy anvertraute, und es wurde das Burgtheater einer französischen Schauspielergesellschaft und das Kärntnerthortheater den deutschen Schauspielern überlassen. Ersteres verwaltete unmittelbar Graf Jakob Durazzo, letzteres der Stadtrath. In dieser Einrichtung, jedoch seit dem Jahre 1754 unter der alleinigen Oberleitung des Grafen Durazzo, blieben beide Theater, bis 1761 das Kärntnerthortheater niederbrannte und hierauf im Burgtheater die deutschen Schauspieler abwechselnd mit den französischen spielten. Im Burgtheater wechselten bis 1765 französische Schauspiele mit italienischen Opern. An die Stelle Durazzo's war im Jahre 1764 Graf Spork getreten. Nachdem nach dem Tode des K. Franz das Burgtheater durch zwei Jahre geschlossen geblieben war, kam es 1767 unter die Leitung des Giuseppe d'Affligio, welcher darin

französische Schauspiele, zum Theil auch Ballette, französische Singspiele und italienische Opern zur Aufführung brachte. Aber auch Affligio scheiterte mit seinem Unternehmen, worauf Graf Johann Kohary die Oberleitung beider Theater übernahm und zur artistischen Direction ein Comité, welchem Sonnenfels, Häring, Director des deutschen Theaters beim Kärntnerthor, und Gontier, Oberregisseur der französischen Komödie, angehörten, berief. Aber auch Kohary's Hoffnungen auf eine finanzielle Sicherung des Unternehmens giengen nicht in Erfüllung. Es wurde im Februar 1772 das französische Schauspiel, der kostspieligste Theil, aufgegeben und das Burgtheater hierauf für deutsche Schauspiele und italienische Opern bestimmt. Die Unternehmung, schon Ende 1773 unter Sequester gestellt, fristete sich mühselig bis Februar 1776 fort. Als der Sequester Graf Keglevich sich für unvermögend erklärt hatte, die Unternehmung weiter fortzuführen, stellte K. Maria Theresia das Burgtheater unter die Administration des Hofes und erklärte es zum Nationaltheater mit der Bestimmung, dass es der Pflege des deutschen Schauspieles diene. Bereits am 17. Februar 1776 fand eine Vorstellung der deutschen Schauspielergesellschaft statt. Am 8. April 1776 traten die Mitglieder derselben zum erstenmale als k. k. Hofschauspieler auf. Wiewohl im Burgtheater von dieser Zeit an vorzugsweise deutsche Schauspiele aufgeführt wurden, so kamen darin doch auch italienische, französische und deutsche Opern, Singspiele und Ballette zur Darstellung. Erst vom November 1810 an wurde das Burgtheater ausschließlich dem recitierenden deutschen Schauspiele gewidmet und dieser Bestimmung blieb es bis zum heutigen Tage erhalten. Nachdem das Burgtheater vom Jahre 1776 bis zum Jahre 1794 unmittelbar unter der Verwaltung des Hofes gestanden war, nahm es vom 1. August 1794 an Peter Freiherr von Braun gleichzeitig mit dem Kärntnerthortheater und vom 1. Jänner 1807 an eine aus Cavalieren bestehende Theater-Unternehmungsgesellschaft in Pacht. Vom 1. April 1817 angefangen kam das Burgtheater wieder unter die Administration des Hofes und wurde nicht mehr verpachtet. Die künstlerische Leitung führten: vom Jänner 1815 bis Mai 1832 Ludwig Schreyvogel, vom Mai 1832 bis April 1841 Ludwig Deinhardstein, vom April 1841 bis Ende 1849 Franz von Holbein.

So stark hatte aber schon zur Zeit Kaiser Josef's II. in allen Kreisen das Theaterbedürfnis Wurzel gefasst, dass zugereiste Schauspielertruppen nun auch in den Vorstädten ihr Lager aufschlugen. Um das Jahr 1771 begannen solche Gesellschaften in der Leopoldstadt regelmäßige, zum Theile aber auch extemporierte Stücke und Burlesken beim „Schwarzen Adler“

und im „Czernin'schen Gartengebäude“ aufzuführen. Im Jahre 1780 erwirkte Karl Marinelli das Privilegium zur Erbauung eines stehenden Theaters für Schauspiele und Pantomimen und ließ von dem Baudirector v. Prequin ein Theater in der Jägerzeile erbauen, das er am 28. October 1781 eröffnete. Nach dem Tode Marinelli's (1803) nahm das Theater Friedrich Hensler und im Jahre 1814 Leopold Huber in Pacht. Im Jahre 1828 wurde Franz von Marinelli und im Jahre 1838 C. Bernbrunn (Carl) Eigenthümer, welcher das Theater nach Plänen der Architekten van der Nüll und Siccardsburg umbauen ließ und das neue Haus am 10. December 1847 eröffnete. — In der Trautsohn- (ehemals Schwibbogen-) gasse der Josefstadt eröffnete im Jahre 1776 der Unternehmer Franz Scherzer in dem Hause „zum Bauernfeind“ ein Schauspielhaus, welches später von dem Fürsten Auersperg in sein Palais einbezogen und in ein Privattheater umgewandelt wurde. — In der Neustiftgasse am Neustift Nr. 58 (neu 67), „zum weißen Fasan“, gab im Jahre 1776 Franz Berner mit seiner Kindertruppe Theatervorstellungen, und in demselben Jahre wurden im Baron Summerau-Hause in Mariahilf, etwas später im Hause „zum blechernen Thurm“ auf der Laimgrube Theatervorstellungen gegeben. — Im Jahre 1788 erwirkte Karl Mayer ein Privilegium für ein Theater in der Josefstadt, welches am 10. Juni 1788 im Hause „zum goldenen Strauß“ in der Josefstädterstraße eröffnet wurde. Dieses Schauspielhaus wurde im Jahre 1821 nach Plänen des Architekten Kornhäusl umgebaut und am 3. October 1822 eröffnet. — Auch in der Vorstadt Wieden hatten schon in den Jahren 1770—1776 herumziehende Truppen ihr Glück versucht. Der Principal Chr. Rossbach erbaute hierauf im großen Hofe des Starhemberg'schen Freihauses ein neues, am 7. October 1787 eröffnetes Theater, dessen Leitung 1788 Johann Friedl und Emanuel Schikaneder übernahmen. In diesem Hause brachte W. Mozart 1787 zum erstenmale seine „Entführung aus dem Serail“, 1791 die „Zauberflöte“, 1792 „Don Juan“ und die „Hochzeit des Figaro“, und 1798 „Titus“ zur Aufführung. Weil das Unternehmen sich äußerst günstig gestaltete, so entschlossen sich die Directoren wenige Jahre darauf zum Bau des Theaters an der Wien, in dessen Räumen die erste Vorstellung am 13. Juni 1801 stattfand. Im Jahre 1804 kaufte das Haus Freiherr von Braun, im Jahre 1813 wurde es Eigenthum des Grafen Ferdinand Palffy. Im Jahre 1826 pachtete es Theaterdirector Carl (Bernbrunn). In demselben Jahre kauften das Theater die Wimmer'schen Erben und kurze Zeit darauf

Hruschofsky, von dessen Gläubigern dasselbe 1845 in das Eigenthum des Theaterdirectors F. Pokorny übergieng, welcher den Pacht mit Director Carl löste und mit seiner Gesellschaft aus dem Josefstädter Theater hieher übersiedelte. Auch die Landstraße erhielt schon im Jahre 1787 nächst der Rochusgasse ein steinernes Komödienhaus, dessen Directionen aber bei der Theilnahmslosigkeit der Bewohner dieser Vorstadt regelmäßig zugrunde giengen.

Aus fremden Ländern, und zwar, wie es scheint, durch Spanier, wurden auch die Thierhetzen nach Wien verpflanzt. Das älteste Hetztheater lag auf der Heide in der Leopoldstadt, wo man im Jahre 1710 die ersten Vorstellungen gab. Um das Jahr 1720 verlegte man dasselbe in das Haus „zum schwarzen Adler" in der Leopoldstadt. Im Jahre 1755 erbaute ein Franzose das Amphitheater nächst den Weißgärbern, ein großes, geräumiges Haus, das am 1. September 1796 niederbrannte, seit welcher Zeit auch die Thierhetzen ihr Ende fanden. —

Seitdem durch die Pflege der Musik von Seite des Hofes Wien eine der wichtigsten Pflanzstätten dieser Kunst geworden war, wuchs auch das Interesse für dieselbe in weiteren Kreisen. Bis ungefähr 1740 kennen wir aber außer den Oratorien, welche in der Fastenzeit und während der Charwoche abgehalten wurden, und den Serenaden auf dem Burgplatze bei festlichen Gelegenheiten keine Productionen, woran einem größeren Publicum theilzunehmen gestattet war. Erst im Jahre 1750 beginnen musikalische Akademien im Burgtheater, und zwar an solchen Tagen, wo kein Schauspiel stattfinden durfte. Im Jahre 1771 gründete der Hofcapellmeister F. Gaßmann die Wiener Tonkünstlersocietät, einen Pensionsverein der Musiker, durch welchen das eigentliche Concertwesen in Aufschwung kam. In seinen periodischen Akademien wurden nicht nur Oratorien aufgeführt, sondern es traten darin auch Virtuosen mit einzelnen Instrumental- und Gesangsnummern auf. Die Societät war der Vereinigungspunkt der ersten Musiker. Josef Haydn trat in ihren Concerten im Jahre 1775 mit seinem ersten Oratorium, und Wolfgang Mozart im Jahre 1785 mit seinem „Davide penitente" auf. Dittersdorf, Salieri, Albrechtsberger und Weigl erhielten durch diese Concerte die Anregung zu zahlreichen musikalischen Schöpfungen. — Noch vor dem Inslebentreten der „Tonkünstlersocietät" gab es aber in Wien auch Privatkapellen, wie jene des Prinzen Sachsen-Hildburghausen (1740—1759), der Fürsten Esterhazy, Lobkowitz, Schwarzenberg, Liechtenstein u. s. w., welche für die Musikgeschichte Wiens dadurch von Einfluss wurden, dass

Die kleine Post (1775).

Bretzenverkäufer (1775).

Aus C. Brand's Kaufruf in Wien.

Hutverkäuferin (1775).

Stubenmädchen (1775).

Aus C. Brand's Kaufruf in Wien.

sie durch ihre Aufführungen zur Pflege der Symphonien und Quartette Anlass gaben und durch die Gewährung reicher Geldmittel die Aufführung großer Werke und die sorgenfreie Existenz bedeutender Künstler ermöglichten. Dieser Kreis adeliger Mäcene veranlasste 1799 die Aufführung der „Schöpfung“ und 1801 jene der „Jahreszeiten“ von J. Haydn, und Beethoven genoss durch sie eine lebenslängliche Pension von 4000 Gulden. — Nebst den fürstlichen Hauskapellen gab es in Wien für die größeren musikliebenden Kreise seit dem Jahre 1781 Liebhaberconcerte in der „Mehlgrube“ auf dem Neuen Markt und seit 1782 in den Sommermonaten Morgenconcerte im Augarten, in denen sich die vorzüglichsten Virtuosen hören ließen. Diese beiden Gattungen von Concerten, von welchen jene in der „Mehlgrube“ (heute Hôtel Munsch) bis zum Jahre 1808 und jene im Augarten bis zum Jahre 1817 dauerten, verbreiteten sich später in andere öffentliche Locale, wie in die kaiserliche Winterreitschule, die Redoutensäle, in die Säle der Universität, des Landhauses, des Müller'schen Gebäudes beim Rothen Thurm und des Gasthofes „zum römischen Kaiser“ und trugen nicht wenig zu der Entwicklung der mannigfaltigen Erscheinungen des musikalischen Lebens der Hauptstadt bei.

Allmählich war aber das Bedürfnis nach einer organisierten Vereinigung der Dilettanten zu Musikaufführungen erwacht, aus welchem im Jahre 1814 über Anregung des J. Sonnleitner die Gesellschaft der Musikfreunde hervorgieng, deren Hauptzwecke ursprünglich die Errichtung eines Conservatoriums, die Aufführung classischer Werke und die Anlegung einer Musikbibliothek waren. Diese Gesellschaft eröffnete im Jahre 1817 eine Singschule und im Jahre 1821 Schulen für Instrumentalmusik, welche im Jahre 1822 die Bezeichnung Conservatorium annahmen. Im Jahre 1830 erbaute sich die Gesellschaft ein eigenes Haus mit einem Concertsaale (C.-Nr. 558 unter den Tuchlauben), in welchem seit dieser Zeit die Concerte einheimischer und fremder Virtuosen stattfanden. Durch diese Gesellschaft, dem Mittelpunkt der musikalischen Bestrebungen Wiens, gelangte das Concertwesen zu seiner höchsten Blüte.

Wenn von Musik die Rede ist, so darf auch der Lust am Tanze nicht vergessen werden, der seit alter Zeit eine Eigenart des Wiener Lebens war, welche sich durch alle Jahrhunderte forterhielt. Die Übertragung der Tanzfeste aus dem Familienkreise in die öffentlichen Tanzsäle lässt sich aber nicht verfolgen. Wir wissen nur, dass einst in Wein- und Kellerschänken viel getanzt wurde. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es bereits mehrere derartige Locale, unter denen im Jahre 1781 als die berühmtesten

die „Mehlgrube“, der „Sperl“ in der Leopoldstadt, der „Mondschein“ auf der Wieden und das „Grüne Thor“ in der Rossau genannt werden. Für den Adel waren die Redoutensäle der gewöhnliche Sammelpunkt, und Mozart, wie Beethoven componierten Tänze für die daselbst abgehaltenen Bälle. Ebenso gab es schon damals zahlreiche Gartenconcerte, welche Adel und Bürger besuchten. Diese Concerte erhielten später ihren eigenthümlichen Charakter durch Josef Lanner, Johann Strauß, Ludwig Morelly und Philipp Fahrbach, deren volksthümliche Tanzmusik ein hervorragendes Element des geselligen Lebens wurde.

Das Theater und die Musik verdrängten die alten Volksfeste, sie verringerten die Lust und Freude an den Sitten und Gebräuchen, den Spielen und Tänzen, welche die Jahrmärkte und andere Feste des Jahres einst im Gefolge hatten. Nur die Form, nicht der Geist und die Bedeutung der Volksfeste erhielt sich bis in das verflossene Jahrhundert. Das Rennen der Laufer am 1. Mai im Prater war noch ein Nachklang des alten Scharlachrennens, aber ein Schauspiel, an dem der gebildete Theil des Volkes stets Anstoß nahm. Der Brigittenkirchtag, das jährliche Fest in der Brigittenau, dessen Entstehung nicht mit der dort im Jahre 1645 gegründeten Brigittenkapelle in Verbindung steht, war eine Volksbelustigung, welche am ersten Sonntag im Monate Juli stattfand und durch zwei Tage dauerte. Über den Ursprung des Festes wissen wir nichts Näheres. Erst zu Anfang dieses Jahrhunderts zeigte sich die allgemeine Theilnahme für den Kirchtag, welcher sich zu einem wahren Volksfeste gestaltete, an dem Adel und Bürger, Handwerker und Arbeiter lebhaften Antheil nahmen. Aber auch dieser letzte Nachklang der alten öffentlichen Feste verlor sich um das Jahr 1840, als in dieser Gegend die Auen ausgerodet wurden und man mit der Anlage von Küchengärten und Fabriksgebäuden begann.

Die Gegenwart.

Erster Abschnitt.

Bis zur Thronentsagung Kaiser Ferdinand's I.

Eine stille, aber sich allmählich steigernde Bewegung hatte, wie aus dem Schlusse unserer Darstellung der politischen Begebenheiten hervorgeht, seit dem Regierungsantritte Kaiser Ferdinand's I. alle Kreise der Hauptstadt erfasst. Wiewohl im innigen Zusammenhange mit den Zuständen in den verschiedenen Theilen der Monarchie stehend, so charakterisierte sie sich doch darin, dass die Führer der Bewegung vorwiegend politische und culturelle Ziele im Auge hatten; sie strebten gegenüber dem willkürlichen Gebaren des Polizeistaates einen verfassungsmäßigen Einfluss der gebildeten Kreise auf die Regierung zum Zwecke einer freiheitlichen Neugestaltung Österreichs, eine durchgreifende Reform der Gesetzgebung auf geistigem und materiellem Gebiete an, im Gegensatze zu den Tendenzen in der Lombardei und Galizien, deren Ziel die Losreißung vom Kaiserstaate war, und zu jenen in Ungarn und Böhmen, welche durch die Erweiterung der ständischen Rechte einer stärkeren Entwicklung des nationalen Lebens Bahn zu brechen suchten.

Bei der Geneigtheit einiger Mitglieder des kaiserlichen Hofes und der Staatsmänner zu Reformen gab man sich in den Wiener Kreisen noch zu

wiederholt zu heftigen Auftritten und es leerten sich die Hörsäle, weil die Studenten es vorzogen, geheime Clubs zu bilden. Die beunruhigendsten Gerüchte über die Finanzlage des Staates circulierten unter den Bürgern. In der Furcht vor einem Bancozettelsturz verschwand alles Silbergeld; die Gewerbsleute weigerten sich Banknoten anzunehmen. Die Zeit des Silberagio's begann, während noch wenige Wochen vorher der Nationalbank das Silber von der Geschäftswelt in Wägen gegen Umwechslung in Banknoten zugeführt worden war. Der plötzliche Stillstand in den Geschäften und die Rolle, welche die Arbeiter in Paris gespielt, hatte auch unter diesen eine große Aufregung hervorgerufen. Man hörte von Drohungen gegen die Fabrikanten, von Ausbrüchen des Hasses gegen die Verzehrungssteuer und am 10. und 11. März fanden in Gumpendorf und Gaudenzdorf förmliche Arbeiterversammlungen statt, worin fremde nach Wien gekommene Elemente die Hauptrolle übernahmen.

All diesen Vorgängen gegenüber beobachteten der Magistrat und die Polizei eine auffallende Ruhe und Unthätigkeit. War es Selbsttäuschung über die Bedeutung der Bewegung oder die Furcht, durch Präventiv-Maßregeln die Aufregung zu steigern? — Thatsache ist, dass der Polizei der Inhalt der Petitionen und die Äußerungen der Unzufriedenheit nicht unbekannt waren. Ebensowenig blieben die von den Bürgern unternommenen Schritte dem Bürgermeister v. Czapka verborgen, der sich politischen Reformen keineswegs feindlich gezeigt, von den Bürgern aber verlangt hatte, dass sie ihn als das gesetzliche Organ der Vertretung ihrer Wünsche und Beschwerden betrachten sollten. Als im September 1847 die niederösterreichischen Stände ihre Wünsche und Beschwerden formuliert und schon damals eine Erweiterung der ständischen Rechte und Veröffentlichung des Staatshaushaltes verlangt hatten, schloss er sich diesen Forderungen an. Nur bekämpfte er die Ermäßigung der Verzehrungssteuer, weil dadurch die finanziellen Interessen der Stadt geschädigt würden. Czapka musste aber bald erfahren, dass niemand an die Aufrichtigkeit seiner reformfreundlichen Gesinnungen glaubte und dass er weder bei den Ständen noch bei den Bürgern Vertrauen genoss. Ohne sich um den ersten Vertreter des vierten Standes zu kümmern, verfassten die 33 Ständemitglieder ihre Denkschrift, die Bürger ihre Petitionen in- und außerhalb des Gewerbvereines. Ein Versuch des Bürgermeisters, letztere zu bestimmen, ihre Wünsche an ihn, als den gesetzlichen Vertreter zu richten, mit der Mahnung, die Bürger mögen sich nicht missbrauchen lassen und ihre Treue und Anhänglichkeit an das Kaiserhaus gefährden, wurde mit den Worten zurückgewiesen, „dass der Bürgermeister ja

nie etwas für die Bürgerschaft gethan, sondern es stets nur mit der Regierung gehalten habe". Anstatt einer Vertrauensäußerung mied man Czapka ängstlich und schenkte ehrenrührigen Äußerungen über seine Verwaltung willig Gehör. In dieser gereizten Stimmung machte der Bürgermeister dem Erzherzog Ludwig schon am 10. März die Mittheilung, dass er das Vertrauen unter der Bürgerschaft eingebüßt habe. Eine am 11. März von Baron Doblhoff empfangene Aufforderung, am 13. März mit zwölf äußeren Räthen im Ständesaale zu erscheinen, lehnte er mit dem Bemerken ab, dass ein solcher Vorgang der ständischen Verfassung nicht entspreche.

Noch am 12. März war die Polizei ohne ernste Besorgnisse über bevorstehende Ruhestörungen, wiewohl vorauszusehen war, dass die für diesen Tag anberaumte Studentenversammlung auf der Universität zur feierlichen Überreichung der Adresse an den Kaiser eine große Bewegung hervorrufen werde. Zum Glück kam es nicht zu diesem Schritte, weil es den Professoren Endlicher und Hye gelungen war, die Studenten davon abzuhalten, gegen das Versprechen, dass sie — die Professoren — selbst die Adresse dem Kaiser, beziehungsweise dem Erzherzog Ludwig übergeben würden. Die Audienzen beider Professoren und die dabei gemachten Vorstellungen blieben auch thatsächlich nicht ohne Erfolg. Die Staatsconferenz entschied sich zu dem bedeutsamen Schritte einer Einberufung von Landtagsdeputierten aus allen Provinzen zu einer gemeinsamen Berathung. Der Landmarschall Graf Montecucculi erhielt noch am 12. März abends mittelst kaiserlichen Handbillets den Auftrag, am nächsten Tage diesen Entschluss des Kaisers den Ständen bekannt zu geben. In der Hoffnung, durch diese Kunde beruhigend auf die Gemüther zu wirken, theilte sie der Landmarschall noch spät abends den im Landhause versammelten ständischen Ausschüssen und einem beim Baron Doblhoff anwesend gewesenen Kreise von Bürgern mit. An beiden Orten nahm man sie aber ohne sonderliches Gefühl der Befriedigung und Freude auf, weil man bereits auf die Verwirklichung kühnerer Wünsche, auf eine totale Änderung des Regierungssystems baute.

So brachen die Märztage, die großen, unvergänglichen Gedenktage in der Geschichte Österreichs an, von denen niemand geahnt, dass sich an sie die großartigste Umwälzung in allen staatlichen und Gemeindeverhältnissen, ja selbst die durchgreifendste Änderung in den gesellschaftlichen Zuständen knüpfen werde. Was in Adressen und Petitionen als Wünsche des Volkes laut geworden, gieng in Erfüllung, aber nicht auf dem Wege der Reform, durch Vereinbarung der Regierung mit den Ständen, sondern durch eine von blutigen Straßenscenen begleitete Volksbewegung.

Der Ausgangspunkt der Bewegung war das Landhaus, wo die Stände über drei Adressen beriethen. Noch um 8 Uhr morgens hatte es nicht den Anschein, dass stürmische Scenen im Anzuge seien. Zuerst bildeten sich einzelne Gruppen, mehr aus Neugier als in der Absicht Demonstrationen zu verüben. Erst nach und nach vermehrte sich die Zahl der Kommenden, die sich in den Hofraum des Landhauses drängten. Einen anderen Charakter nahm die Scene an, als die Studenten, begleitet von einer großen Volksmenge, im Landhause ankamen. Nun bemächtigte sich der ganzen Versammlung eine von Minute zu Minute wachsende Ungeduld. Ein Ungar, Med. Dr. Ad. Fischhof, schwang sich auf die Schultern seiner Nebenstehenden und entwickelte in einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede, was dem Volke noththue und was es begehren müsse. Es folgte Rede auf Rede, von denen jede eine leidenschaftlichere Färbung hatte und von den Anwesenden mit stürmischem Beifall begleitet wurde. Mitten in diesen Demonstrationen entstand im Hofe ein großer Tumult, hervorgerufen durch das zufällige Schließen eines Hausthores. Das Volk glaubte, dass es durch die Polizei absichtlich eingeschlossen worden sei und stürmte zu den Berathungssälen der Stände im ersten Stockwerke. Eine Deputation verlangte von den Ständen, dass diese die Wünsche des Volkes sogleich zur Kenntnis des Hofes bringen sollten. Während sich einige Ständemitglieder in die Burg begaben, um dort die Forderungen des Volkes vorzubringen, traf im Landhause die Nachricht ein, dass Militär im Anrücken sei, worüber sich die Gährung unter der versammelten Menge steigerte. Als sich gegen 1 Uhr mittags von der Freiung und dem Michaelerplatz her Militärabtheilungen näherten, um die Massen zu zerstreuen, versuchten diese kühn und erregt das Militär zu verdrängen, bis endlich nach wiederholten thätlichen Angriffen und Insulten zuerst blinde Schüsse fielen und, als dies nichts half und neue Angriffe erfolgten, eine Salve knatterte und Pionniere mit gefälltem Bajonnet einstürmten. Fünf Personen waren die ersten Opfer der Revolution.

Noch während der Scenen im Landhause hatte Bürgermeister v. Czapka in der Voraussicht eines drohenden Conflictes zwischen dem Militär und dem Volke mittelst Ordonnanzen das gesammte Bürgermilitär aufzubieten versucht und als Versammlungsort das Josefstädter Glacis bestimmt, von wo aus sich dasselbe dem Militär anschließen sollte. Aber nur ein Theil war der Aufforderung nachgekommen. Als der Sturm vor dem Landhause losgebrochen war, erschien eine Deputation von Studenten beim Bürgermeister mit dem Verlangen, auf den Abzug des Militärs aus der Stadt hinzu-

wirken und dem Bürgermilitär die Aufrechthaltung der Ordnung zu übertragen, worauf aber Czapka nicht eingieng und die Deputation an den commandierenden General Erzherzog Albrecht mit dem Bemerken wies, dass diesem allein das Bürgermilitär unterstehe.

Durch diese Weigerung des Bürgermeisters, zum Schutze des Volkes einzuschreiten und durch den blutigen Ausgang der Vorfälle beim Landhause, stieg die Aufregung von Stunde zu Stunde. Wo sich Militär zeigte, wurde es mit Zischen und Pfeifen und selbst mit Steinwürfen empfangen. „Waffen! Waffen!“ schrien die Massen und zogen gegen 2 Uhr zum bürgerlichen Zeughause auf den Hof. Als sie das Thor versperrt fanden, versuchten es einige Verwegene zu stürmen. Darüber kam es zu einem neuerlichen Conflict mit dem Militär, welches die Erstürmung des Zeughauses verhindern wollte. Kürassiere, durch Steinwürfe aufgereizt, hieben mit der blanken Waffe ein und drängten das Volk gegen die Färbergasse und den Judenplatz, von wo aus gegen den Hof zu die ersten Versuche zur Errichtung von Barrikaden aus alten Baumaterialien gemacht wurden. Dies zu verhindern, rückte eine Abtheilung Grenadiere vor und feuerte mit scharfer Ladung auf die Massen. Darüber erbittert, erschien neuerdings eine Deputation von Bürgern mit dem Kaufmann Arthaber an der Spitze in der Wohnung des Bürgermeisters und bestimmte diesen, sich mit den Bürgern zum commandirenden General zu begeben, von diesem den Abzug des Militärs aus der Stadt zu verlangen und das auf dem Glacis aufgestellte Bürgermilitär einrücken zu lassen. Während der Erzherzog, dem letzteren Wunsche nachgebend, die nöthigen Befehle ausfertigte und dem Bürgermilitär die Herstellung der Ruhe und Ordnung übertrug, erneuerte das Volk seine Angriffe auf das Zeughaus und konnte abermals von einem Eindringen in die Waffensäle nur durch wiederholtes Einschreiten der Truppen abgehalten werden. Ähnliche blutige Zusammenstöße fanden auch auf dem Hohen Markt, vor dem Liguorianerkloster, auf dem Michaelerplatz und vor dem Schottenthor statt. Sie wurden erst gegen Abend behoben, als das Bürgermilitär in die Stadt eingerückt und beruhigend auf die Gemüther einzuwirken bemüht war. Noch schlimmer lauteten die Nachrichten aus den Fabriksvorstädten und den Vororten. Man erfuhr, dass dort Zusammenrottungen von Arbeitern stattfanden, welche einzelne Fabriken zerstört und diese, sowie die Eingänge der Mariahilferlinie in Brand gesteckt hatten.

Infolge dieser im hohen Grade beunruhigenden Wendung der Volksbewegung waren schon in den Vormittagsstunden in den Gemächern des Erzherzogs Ludwig die Mitglieder der Staatsconferenz und mehrere Gene-

rale, darunter auch Fürst Windischgrätz, versammelt. Deputationen der Stände, der Bürgerschaft und der Universität giengen aus und ein und drangen in den Erzherzog, die Volkswünsche zu erfüllen, um der Bewegung Einhalt zu thun. Nach dem Eintreffen der Nachrichten von Conflicten des Volkes mit dem Militär und den Brandlegungen in den Vororten, erschien abends eine Deputation der Universität mit ihrem greisen Rector Jenull an der Spitze und beschwor den Erzherzog, die Bewaffnung der Studierenden zu gestatten, damit diese in die Vorstädte eilen und den verbrecherischen Angriffen auf Eigenthum und Leben Schranken setzen, indem er erklärte, dass sie vor Begierde glühen, Ordnung und Recht zu vertheidigen. Lange zögerte Erzherzog Ludwig mit der Gewährung der Bitte. Erst als der Rector fußfällig dieselbe erneuerte und für die Haltung der Studenten einstand, verfügte der Erzherzog, dass die Studenten im Vereine mit den Bürgern die Autorität der Behörden wieder herstellen sollten. Zurückgekehrt von dieser Audienz, erschienen Professoren und Studenten spät abends auf dem Rathhause mit dem Begehren, in das Bürgermilitär eingereiht zu werden. Bald darauf begaben sich auch Bürgerofficiere auf die Aula und verkündigten im Auftrage des Bürgermeisters, dass die Bürger bereit seien, sich mit den Studenten zum Zwecke der Wiederherstellung der Ordnung zu vereinigen. Gegen 11 Uhr nachts wurde sodann auf Anordnung Czapka's auf dem Judenplatze ein förmliches Werbebureau errichtet, welches die sich zum Waffendienst meldenden Studenten in Listen eintrug. Gegen 11 Uhr nachts eilten die ersten Abtheilungen in das bürgerliche Zeughaus, nahmen Waffen in Empfang, formierten sich in Compagnien und marschierten in die Vororte, welche der Schauplatz der von den Proletariern angerichteten Greuel und Verwüstungen waren. Von den Bewohnern mit Jubel begrüßt, gelang es ihnen auch, der entfesselten Volkswuth Einhalt zu thun.

Kaum war die Bewaffnung der Studenten und Bürger bewilligt, so spielte sich in den Räumen der Hofburg eine andere denkwürdige Scene ab. Die in den Gemächern weilenden Vermittler der Stände und Bürger baten den Erzherzog, nun auch auf die Gewährung der Pressfreiheit einzugehen, mit dem Hinweis auf Preußen, welches eben mit einer Reform der Pressgesetzgebung vorangegangen sei. Ohne großes Widerstreben zeigte sich der Erzherzog und der anwesende Staatskanzler bereit, auf eine Änderung der Pressverhältnisse einzugehen. Während aber Fürst Metternich in einem Nebenzimmer den Entwurf zu der dem Kaiser vorzuschlagenden Antwort abfasste, stellten die Bürger dem Erzherzog vor, dass eine Beruhigung des Volkes nur durch den Rücktritt des Fürsten Metternich zu erwarten sei. Als

letzterer erfahren hatte, dass es sich um seine Person handle, trat er in das Gemach und erklärte in Gegenwart der Wortführer des Volkes mit größter Ruhe und Gelassenheit, dass er bereit sei, seinen Posten zu verlassen. Thatsächlich verließ er die Burg und begab sich in die Staatskanzlei, vor welcher bald darauf Studenten und Bürger erschienen und in lärmender Weise seinen Rücktritt verlangten. In der darauffolgenden Nacht flüchtete sich Fürst Metternich unerkannt unter dem Schutze einiger ihm treu gebliebener Freunde aus der Stadt in ein verborgenes Asyl und verließ von dort aus Österreich.

Am Morgen des 14. März füllten sich die Straßen neuerdings mit Menschen. Die improvisierte Bürgerwehr hatte sich in der Nähe der Burg versammelt. Man fühlte, daß die Art und Weise der Bewilligung der Bewaffnung keine Garantie für den Fortbestand gab. Eine Deputation von Bürgern, mit den Kaufleuten Haardt und Mayrhofer an der Spitze, begab sich deshalb zum Bürgermeister und ersuchte diesen, sich ihnen anzuschließen und bei Hofe die bleibende Errichtung einer Bürgerwehr zu erwirken. Czapka erfüllte diesen Wunsch, weigerte sich aber, angelangt in der Burg, den Fürsprecher zu machen, als die Deputation nicht mehr von einer Bürgerwehr, sondern einer Nationalgarde sprach, welche unter das Commando eines kaiserlichen Prinzen, des Erzherzogs Wilhelm, gestellt werden sollte. Nach langen Erörterungen über die Frage, ob Bürgerwehr oder Nationalgarde, gelang es der Deputation gegen Mittag die Zustimmung zur Errichtung einer Nationalgarde zu erwirken, zu deren Commandanten der Kaiser den Oberstjägermeister Feldmarschall-Lieutenant Grafen Hoyos ernannt hatte. Inzwischen hatte eine andere Deputation, aus Professoren, Advocaten und Bürgern bestehend, auch die Ausführung der schon am 13. März beschlossenen Aufhebung der Censur errungen. Im Besitze der physischen und geistigen Waffen zur Bekämpfung des alten, zusammenbrechenden Österreich zogen nun die Massen jubelnd durch die Straßen. Man umarmte und küsste sich über die großen freiheitlichen Errungenschaften und eilte auf den Josefsplatz, um dort das eherne Standbild des unvergesslichen Kaisers Josef II. mit Blumen zu bekränzen und an seine Hand eine Fahne mit der Aufschrift: „Preßfreiheit" zu befestigen. Die Herzen der edelsten Patrioten erglühten über das Zerbrechen der geistigen Fesseln, welche bisher den Aufschwung des Vaterlandes gelähmt hatten.

Nur kurze Zeit dauerte aber dieser Freudenrausch. In der Fassung der inzwischen veröffentlichten Kundmachung war nur von der Aufhebung der Censur und der Verkündigung eines Preßgesetzes die Rede. Es erregte

in den Führern der Bewegung das Bedenken, dass darin das Wort: Pressfreiheit fehlte und sie erweckten die Meinung, nur die dermalige Censur sei aufgehoben und durch das künftige Pressgesetz könne die Presse wieder geknechtet werden. Man suchte nach neuen Garantien, welche die willkürliche Auslegung und Beschränkung der Errungenschaften verhüten sollte und fand sie in der Gewährung einer Constitution, den Inbegriff aller politischen Freiheiten. Neuerdings eilte eine Deputation in die Burg, gab dort Nachricht von der schlimmen Stimmung der Massen. Zu gleicher Zeit trafen beunruhigende Nachrichten von neuen Zusammenrottungen in den Vorstädten und dem Anrücken von Unruhestiftern gegen die Burg ein. Auf die in die Gemächer der Burg einberufene Staatsconferenz blieben diese Schreckensnachrichten nicht ohne Eindruck. Um nicht neuerdings in wahrhaft unwürdiger Weise durch heranstürmende Deputationen zu neuen Concessionen gedrängt zu werden, empfahl die Staatsconferenz dem Kaiser, in einer Kundmachung die Einberufung von Delegierten der Stände aller Provinzen zuzusichern, welche einen Beirath des Kaisers in allen legislativen und administrativen Fragen bilden sollte, in der Hoffnung, damit die Bevölkerung über die ernst gemeinten Absichten der Regierung vollständig zu beruhigen. Gleichzeitig glaubte aber die Regierung zur Beendigung der aufregenden Straßenscenen zu ernsten Maßregeln schreiten zu müssen und sie bevollmächtigte den Fürsten Windischgrätz, über Wien den Belagerungszustand zu verhängen. In der Besorgnis aber, dass diese Verfügung Anlass zu neuen bedeutenden Ruhestörungen geben könnte, unterblieb indessen in der letzten Stunde die Verlündigung des Belagerungszustandes und der Fürst zeigte in einer noch im Laufe des Tages erschienenen Kundmachung nur an, dass er vom Kaiser mit allen Vollmachten ausgerüstet sei, Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt herzustellen.

Die Zusicherung der Einberufung einer berathenden Körperschaft, die am 15. März kundgemacht wurde, konnte umsoweniger eine günstige Wirkung hervorrufen, als die gleichzeitig dem Fürsten Windischgrätz ertheilten Vollmachten neue Besorgnisse hervorriefen. Inmitten dieser Stimmung verbreitete sich plötzlich die Nachricht, dass der Kaiser an der Seite des Erzherzogs Franz Karl und dessen Sohnes, Erzherzogs Franz Josef, eine Fahrt durch die Straßen der Stadt zu machen gedenke. Erst dieser offenkundige Beweis des Vertrauens des gütigen Monarchen verscheuchte alle Zweifel und Besorgnisse. Mit unermesslichem Jubel begrüßte ihn das Volk. Wohin er kam, umringten ihn die Bürger, sie schwenkten die Hüte, wollten die Pferde seines Wagens ausspannen und riefen ihm donnernde

Hochs zu. Erfreut über diesen Empfang, wollte man nun bei Hofe weitere Bürgschaften für die Gewähr der Freiheiten geben und bestimmte den Kaiser, diese in einem, mit seiner Unterschrift verbrieften Patente zu veröffentlichen, worin die Gewährung der Preßfreiheit, der Nationalgarde und einer Constitution erläutert und ausdrücklich ausgesprochen war. Damit wurden nun alle Befürchtungen zerstreut, und begeistert zogen nachmittags Deputationen aller Stände in die Burg. Umgeben von den Mitgliedern des Hofes, erschien K. Ferdinand I. auf dem Balkon der Hofbibliothek auf dem Josefsplatze und nahm dankend die tausendstimmigen Ausbrüche der Freude entgegen. Zum drittenmale erglänzten abends Stadt und Vorstädte in einem Lichtmeere, lärmend zogen die Bürger und Studenten bis spät abends durch die Straßen. Am stärksten war das Gedränge in der Kärntnerstraße vor dem Hotel „zum Erzherzog Karl". Dort begrüßte das Volk die wenige Stunden vorher angekommene Deputation von Mitgliedern des ungarischen Landtages, welche unter Führung Kossuth's die Wünsche der Ungern ihrem Könige vortragen wollte.

An dem Tage der Verkündigung der Constitution kam es auch auf dem Rathhause zu einem offenen Bruch der Bürger mit dem Bürgermeister v. Czapka. Seit dessen passiver Haltung am 13. März war von Stunde zu Stunde der Unwille der Führer der Bewegung gegen ihn gestiegen. Czapka, das Mißliche seiner Stellung während der Märztage selbst fühlend, hatte am 15. März morgens eine Anzahl von Bürgern auf das Rathhaus zur Wahl eines Ausschusses berufen, welcher bei dem Umstande, als die Wirksamkeit aller Behörden gelähmt war, ihn und den Magistrat bei der Wiederherstellung der Ruhe unterstützen sollte. Mit Hilfe dieses Ausschusses hoffte er zugleich wieder freundlichere Beziehungen zur Bürgerschaft anknüpfen zu können. Die Wahl dieses Bürgerausschusses wurde vormittags vorgenommen *). Czapka täuschte sich aber vollständig über die Wirkung dieses Schrittes. Die Mitglieder dieses Bürgerausschusses hatten nicht entfernt die Absicht, Hand in Hand mit ihm zu gehen, sondern strebten

*) Er bestand aus 24 Mitgliedern, von denen 2 (Freiherr von Doblhoff und Freiherr von Stifft) den Landständen, 2 der Universität (Dr. v. Well und v. Hye), 2 dem Großhandlungsgremium (Josef Mayer und Ludwig Robert), 5 dem Handelsstande (Rud. von Arthaber, J. B. Benvenuti, M. Sieß, Albert Haardt und Jos. Voigt), 3 dem Buch- und Kunsthändlergremium (C. Gerold, Friedrich Beck und Aug. Artaria), 6 dem Fabrikantenstande (M. Spörlin, Theodor Hornboſtel, Jos. Bader, W. Reinhold, Karl Brevillier und Karl Hartmann), 2 dem medicinischen Doctoren-Collegium (Dr. Lerch und Dr. E. Schilling) und 2 dem Advocaten-Collegium (Dr. Johann C. Seiller und Dr. Alex. Bach) angehörten.

vielmehr seine Entfernung vom Amte an und nöthigte ihn indirect dem Sturme zu weichen, als direct an ihn gelangte vertrauliche Aufforderungen ohne Erfolg blieben.

Am 16. März vormittags hielt der Bürgerausschuss vereint mit dem Magistratsgremium unter dem Vorsitze Czapka's eine Sitzung ab. Noch vor Beginn der Sitzung erschien eine Deputation der Juden, sich darüber beschwerend, dass ihre Glaubensgenossen nicht im Bürgerausschusse vertreten seien. Die Antwort des Bürgermeisters, dass dieser Bürgerausschuss ja nur die Mission habe, zur Herstellung der Ordnung mitzuwirken, rief unter den Mitgliedern eine nicht geringe Gereiztheit hervor. Nach Eröffnung der Sitzung ergriffen die Doctoren Seiller und Bach sogleich das Wort und äußerten sich, dass im Publicum gegen den Magistrat ein aufregendes Misstrauen bestehe, welches die Fortsetzung seiner Functionen unmöglich mache. Zum Beweise wies Dr. Bach auf die Einladung der Stände hin: zwölf Mitglieder des Bürgerausschusses mit Umgehung des Magistrats zu den ständischen Verhandlungen abzuordnen und forderte den Bürgermeister auf, diese Wahl sogleich vornehmen zu lassen. Gegen diese Zumuthung legte Czapka energisch Protest ein und erklärte jede Erweiterung der Wirksamkeit des Ausschusses als Anmaßung. Als über diese Bemerkungen die Aufregung unter den Bürgern stieg, wollte Czapka unter der Bedingung die Wahl der zwölf Mitglieder in den Landtag zulassen, wenn, wie bisher, auch der Bürgermeister und ein Magistratsrath zugezogen werden würden. Dieser Vorschlag wurde aber von Seiller und Bach entschieden bekämpft, worauf Czapka die Sitzung aufhob und sich vom Rathstische zurückzog. Der Bürgerausschuss ließ sich aber dadurch nicht in seinem Entschlusse beirren. Er blieb im Rathssaale versammelt und nahm nun selbst die Wahl vor. Um zu zeigen, dass ihn nur persönliche Gründe abhielten, in den Vorschlag Czapka's einzugehen, wählte er in den städtischen Ausschuss den Vicebürgermeister des Magistrats Ferdinand Bergmüller, welcher die Wahl annahm, wiewohl ihm Czapka davon abgerathen hatte. Nach beendigter Wahl verließen der Bürgerausschuss und mit ihm Bergmüller den Rathssaal, ohne sich um den Bürgermeister weiter zu bekümmern.

Verlassen von Allen, auf deren Stütze er gerechnet, wurde sich Czapka nunmehr klar, dass er unter diesen Verhältnissen nicht mehr seine Stellung behaupten könne. In der Hoffnung, dass es ihm in späterer Zeit gelingen werde, sich von allen Vorwürfen und Verdächtigungen zu reinigen, erbat er sich von der Regierung einen dreimonatlichen Urlaub. Da man aber in der Stadt glaubte, dass Czapka Anstrengungen mache, seine Stellung zu behaupten,

so erschien nachmittags ein Trupp von Nationalgarden, mit einem Fleischhauer an der Spitze, in seiner Wohnung mit entblößten Säbeln, erbrach und durchwühlte Kästen und Betten, in der Meinung, dass sich der Bürgermeister versteckt halte. Man wollte ihn mit allen Mitteln zwingen, seinen Posten zu verlassen. Czapka, hievon benachrichtigt, flüchtete sich noch in der Nacht aus Wien und reiste nach Mähren, von wo aus er um seine Pensionierung nachsuchte. Mit der Vertreibung Czapka's schloss die Märzbewegung ab; das Gelingen dieses Actes war die letzte der Errungenschaften, womit sich die Bürger den Weg zur Wiedererlangung der alten Gemeindefreiheiten zu bahnen hofften.

Jene, welche zu der ganzen Volksbewegung durch eine rührige, in alle Kreise verpflanzte Agitation am mächtigsten mitgewirkt, wie die Wortführer im Landtage, im juridisch-politischen Lesevereine, im Gewerbevereine u. s. w., suchten nach den Errungenschaften der Märztage beschwichtigend zu wirken. Sie glaubten, dass die mit dem kaiserlichen Worte bekräftigten Errungenschaften in den Gemüthern die letzten Zweifel an dem Ernst einer freiheitlichen Neugestaltung des Reiches beheben müssen. Von Seite der Regierung wiesen auch die folgenden Schritte darauf hin, dass sie daran festzuhalten willens sei. Es folgten der Abdankung Metternich's die Genehmigung zur Errichtung eines Gemeindeausschusses (17. März), dann noch eine Reihe wichtiger Personalveränderungen, wie die Entfernung des Polizeipräsidenten Grafen Sedlnitzky (17. März) und die Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums, bestehend aus dem Grafen Kolowrat als Präsidenten, Grafen Fiquelmont als Minister des Äußern, Baron Pillersdorf als Minister des Innern, Grafen Taaffe als Minister der Justiz, Baron Sommaruga als Minister des Unterrichts, und Baron Kübeck als Minister der Finanzen (17. März). Wenige Tage später legte auch der oberste Kanzler Graf Inzaghi (21. März) seine Stelle nieder. Am 29. März erfolgte die Aufhebung des Staatsrathes und am 4. April jene der Polizeihofstelle. Am 5. April zog sich Erzherzog Ludwig von den Staatsgeschäften zurück und Erzherzog Franz Karl übernahm die Stellung seines Oheims.

Aber die Huldigungen, welche Wien als glorreiche Vorkämpferin der Freiheit aus allen Theilen Europa's empfieng, die darauffolgenden Aufstände in Mailand, Venedig, Lemberg, Berlin und München, die Aufforderung der Journale und Flugblätter, mit Wachsamkeit und Ausdauer den über den Absolutismus erkämpften Sieg zu benützen, hielt die Gemüther in fortwährender Aufregung. Zudem waren auch die Vorstellungen der Massen

von der Bedeutung und dem Werte der Errungenschaften zu unklar, als daſs an eine ruhige Entwicklung verfassungsmäßiger Zustände gedacht werden konnte. Wie der Bauer die Verkündigung der Constitution gleichbedeutend mit der Aufhebung der Robot hielt, so erblickte der Bürger in ihr die Waffe, sich aller ihm lästigen Einrichtungen des bürgerlichen Lebens zu entledigen, und der Arbeiter den Schutzwall gegen angebliche Bedrückungen der Meister. Die Studenten, im vollen Bewusstsein der hervorragenden Rolle, die sie in den Märztagen gespielt, beglückwünscht in Adressen und Deputationen über ihre glorreiche Haltung, betrachteten sich als die Wächter der errungenen Freiheiten. Die Presse, ihrer Fesseln entledigt, suchte in Flugschriften und Tagesblättern den Geist der in den Volksversammlungen genährten Agitationen in weiteren Kreisen zu verbreiten und verwirrte durch einen schrankenlosen Radicalismus und die Bloßstellung missliebiger Personen die Begriffe von Freiheit. Durch die Ausbrüche nationaler Leidenschaften in Pest, Prag und Lemberg loderten auch hier die Flammen der Begeisterung für die Herstellung eines festen politischen Bandes mit Deutschland empor, um darin einen Schutz gegen die ungeberdige und rohe, nationale Propaganda zu suchen.

Bald zeigte sich die Wirkung der verworrenen Zustände. Den Händen der Regierung entglitt vollständig die Leitung der Bewegung. Sie ließ es ohne gesetzliche Begründung zu, daſs die Studenten eine abgesonderte Legion bildeten. Das am 1. April 1848 verkündigte Preſsgesetz wurde, weil es den Ansprüchen der Demokraten nicht entsprach, auf der Aula öffentlich verbrannt. Um dem innigen Anschluſs an Deutschland einen Ausdruck zu geben, hatten die Studenten am 2. April auf dem Stephansthurme eine schwarzrothgoldene Fahne aufgepflanzt und einen Zug in die Hofburg veranstaltet, wo sich die Massen nicht früher zufrieden gaben, bis nicht auch der Kaiser vom Balkon das deutsche Banner schwenkte. Weil man den Clerus im Verdacht hatte, daſs er der Freiheit feindlich gesinnt sei, wurde am 5. April dem Erzbischof eine Katzenmusik gebracht und am 6. April die Vertreibung der Liguorianer ins Werk gesetzt. Wenige Tage darauf wurden Katzenmusiken auch anderen Personen gebracht, deren liberale Gesinnung in Zweifel gezogen wurde, so daſs schon am 20. April der Bürgerausschuſs gegen die Fortdauer der Unruhen und Straßentumulte, wiewohl vergeblich, warnte. Ebenso richtete sich eine große Agitation gegen den Chef der Nationalgarde Grafen Hoyos, angeblich weil er ein Aristokrat und deshalb nicht berechtigt sei, eine Volkswehr zu commandieren. Da zu den Straßenexcessen die zahlreichen brotlosen Arbeiter viel beitrugen,

so suchte man in der Veranstaltung öffentlicher Arbeiten ein Ableitungsmittel gegen den Anhang der Aula.

Ein Gegenstand der lebhaftesten Discussion war die Verfassungsfrage. Man erfuhr, dass Pillersdorf sowohl in Bezug auf die Zusammensetzung der Volksvertretung als auch des Wahlcensus die belgische Verfassung zum Vorbilde nahm. Davon waren aber die Wortführer in der radicalen Presse und den Clubs nicht erbaut. Sie predigten, dass die Bürger und Studenten, welche so großartiges in den Märztagen geleistet, die Rechte der Volkssouveränität verdienen. In einer am 14. April im Odeon abgehaltenen Volksversammlung wurde auf den Antrag eines der wüthendsten Agitatoren, Dr. Schütte, beschlossen, dem Ministerium Pillersdorf ein Misstrauensvotum auszusprechen und in einer Sturmpetition an den Kaiser die Volkswünsche zum Ausdruck zu bringen. Solche Versammlungen mit den aufreizendsten Reden fanden in den nächsten Tagen auf Veranlassung Schütte's auch in anderen Vorstädten statt. Demungeachtet rief die Verfassung (vom 25. April 1848) nach ihrer Verkündigung bei der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung Freudenbezeugungen hervor. Ihre Freisinnigkeit hatte die Männer des juridisch-politischen Lesevereines und des Gewerbevereines, die Patrioten der Märzrevolution, befriedigt. Ein großartiger, dem Kaiser dargebrachter Fackelzug gab dieser Gesinnung Ausdruck. Anders dachten die Clubredner in den Vorstädten und mit ihnen vereint die demokratischen Organe der Tagespresse, wie Häfner's „Constitution", das politische Evangelium der Masse. Sobald der Freudenrausch der Patrioten vorüber war, begannen sie von neuem den Kampf über die Grundsätze der Verfassung. Sie wiesen nach, dass das Zweikammersystem der Hemmschuh der Volksfreiheiten, der Senat ein Tummelplatz für die reactionären Bestrebungen der Aristokratie und der Camarilla, und dass das Wahlgesetz unvereinbar sei mit dem politischen Katechismus der Demokratie. Hand in Hand mit dieser Opposition giengen die Czechen und Polen, welche durch den Wirkungskreis des Reichstages die Länder-Autonomie beeinträchtigt und die nationalen Ansprüche gefährdet fanden. So berührten sich die Extreme in dem Bestreben, die Einführung der Aprilverfassung zu verhindern. In Wien wurden jenen Personen, welchen die Hauptschuld an dem Charakter der Verfassung beigemessen wurde, Katzenmusiken oder „Abendconcerte", wie man sie nannte, gegeben. Dieses Los traf vor allen den Grafen Fiquelmont (3. Mai), bald darauf auch den Grafen Taaffe und den juridisch-politischen Leseverein. Die Ohnmacht der Regierung gegenüber diesen Excessen bestimmte den Grafen Hoyos, das Obercommando niederzulegen, an dessen Spitze kurz

darauf Oberstlieutenant A. Pannasch trat. Aber auch in den Provinzen regte sich bereits die Unzufriedenheit über diese Vorgänge. Von Prag her ertönte in diesen Tagen zuerst der Ruf, dass man den Kaiser aus Wien entfernen müsse, um ihn der „Pöbelherrschaft" zu entreißen. — Weit weniger berührte damals die Menge noch die Frage der Constituierung Deutschlands, welche durch das am 16. Mai in Frankfurt am Main zusammentretende Parlament gelöst werden sollte. Die Wahlen für dasselbe giengen hier am 3. Mai in aller Ruhe vor sich.

Die Furcht vor dem Eintritt einer die Freiheit vernichtenden Reaction bestimmte am 4. Mai den provisorischen Bürgerausschuss, Grundzüge zur Errichtung eines aus zwölf Mitgliedern bestehenden Sicherheitsausschusses zum Schutze der öffentlichen Ordnung festzustellen. Auch im Schoße des Studentenausschusses und der Nationalgarde hielt man Berathungen zu einem ähnlichen Zwecke. Dem Minister Pillersdorf wurde am 6. Mai eine Petition übergeben, worin zur Beschwichtigung der Menge die Verkündigung eines liberalen Wahlgesetzes und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Einsetzung eines Ministeriums für öffentliche Arbeiten verlangt wurde. Indem Pillersdorf die Gewährung eines Theiles dieser Forderungen zusicherte, empfahl er zugleich den Studenten und Nationalgarden, für die Herstellung der Ruhe zu sorgen. So tauchte im Schoße der letzteren der Gedanke auf, ein Centralcomité zu bilden, welches diese Aufgabe übernehmen, zugleich aber auch die Wünsche der Bevölkerung stets zum Ausdruck bringen und die Herrschaft der Verfassung befestigen sollte. Wiewohl Pillersdorf sich unter Zustimmung des Verwaltungsrathes der Nationalgarde aus verschiedenen Gründen geweigert hatte, das Centralcomité mit diesem erweiterten Wirkungskreise anzuerkennen, so trat dieses doch am 13. Mai ins Leben. Die Absicht des Ministers, dasselbe aufzulösen, führte am 14. Mai zu einer so stürmischen Versammlung in der Aula, dass der Ausbruch eines neuen Aufstandes zu besorgen war. Als die Studenten von der Mehrzahl der Nationalgarde im Stiche gelassen worden waren, zogen zur Unterstützung Arbeiter herbei. Noch spät abends wurde Alarm geschlagen, die Nationalgarde versammelt und das Militär zur Besetzung der Stadtthore aufgeboten. Am 15. Mai wurden die Debatten in der Aula mit erneuerter Heftigkeit fortgesetzt und man beschloss in die Burg zu ziehen, um die Anerkennung der Nationalgarde als politische Körperschaft zu erzwingen. Abtheilungen von Studenten und Nationalgarden drangen bis in die Gemächer der Burg, um den dort versammelten Ministern eine darauf bezügliche Petition zu überreichen. Während die Deputation mit den Ministern

verkehrt hatte, erschien in der Burg Militär zum Schutze des Hofes, worüber die Menge immer unruhiger, drohender und lärmender wurde. Inzwischen erschienen neue Deputationen, welche auf die auf der Aula und unter den Arbeitern wachsende Aufregung hinwiesen, die Zurückziehung des Militärs, die Erweiterung des politischen Wahlrechtes, die Beseitigung des die Slavisierung Österreichs begünstigenden Senates und in der auswärtigen Politik den innigsten Anschluss an Deutschland verlangten. Ungeduldig über das Nichteintreffen einer befriedigenden Antwort wurde abends auf der Aula die Veranstaltung einer Sturmpetition beschlossen. Bürger, Nationalgarden und Studenten zogen bald darauf bewaffnet durch die Straßen unter einem enormen Andrange des Volkes gegen die Burg und aus den Vorstädten kamen die Arbeiter mit Spaten, Schaufeln und Eisenstangen, in der Absicht, bei einem Conflicte mit dem Militär Barrikaden zu errichten. Aus der Mitte dieser Menge begab sich abermals eine Deputation, in der sich auch Dr. Giskra befand, in die kaiserlichen Gemächer, welche auf die drohende Gefahr eines Blutvergießens hinwies. Bis nach Mitternacht zögerte das Ministerium mit der Gewährung der Forderung und erst die gewonnene Überzeugung, dass die Garnison zu schwach und unverlässlich sei, um einen Aufstand niederzuschlagen, wurden sämmtliche Forderungen bewilligt. Ein kaiserliches Manifest, welches am nächsten Morgen erschien, verkündigte den vollen Sieg der Mairevolution.

Auf den Hof hatte dieser Act des Terrorismus einen schlimmen Eindruck gemacht. Es wurden Besorgnisse laut, dass den Kaiser bei dem fortschreitenden Einflusse der Demagogen dasselbe Los wie Ludwig XVI. ereilen könnte. In dem gewährten Verlangen der Nationalgarde und Studenten, mit dem Militär die Bewachung der Burg zu übernehmen, erblickte man den Plan, die Freiheit der Entschließungen des Hofes zu stören und den Kaiser als Bürgen der neuen Errungenschaften gefangen zu halten. Um aus diesem Wirrnis zu gelangen, gab es nach der Ansicht dieser Kreise nur ein Mittel: den Kaiser von Wien zu entfernen. Am 18. Mai morgens verließ er mit den jüngeren Erzherzogen ohne alle Vorbereitung und in ganz unscheinbarer Weise die Burg und flüchtete nach Innsbruck, von wo aus er in einem Manifeste ausdrücklich erklärte, dass ihn die anarchischen Zustände der Residenz zu diesem Schritte genöthigt hatten.

Mit tiefer Bestürzung vernahmen alle Kreise Wiens die Nachricht von der Flucht des Kaisers. In dem Bewusstsein der großen Bedeutung des Ereignisses für die politische Stellung Wiens und der großen, die Bürger und Gewerbsleute bedrohenden materiellen Nachtheile, vollzog sich

über Nacht ein totaler Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung, die sich nun in Beweisen der Loyalität und Ergebenheit gegen den Hof überbot. Als zwei Journalisten, Häfner und Tuvora, auf den Einfall kamen, den Zwischenfall zu einer republicanischen Demonstration zu benützen, wurden sie von denselben Leuten misshandelt, welche tagsvorher ihren radicalen Redensarten zugejauchzt hatten. Deputationen und Adressen giengen nach Innsbruck ab, um den Kaiser zur Rückkehr zu bewegen — darunter jene der Concordia mit 80.000 Unterschriften — jedoch vergebens. Der Hof, der Zustimmung der Provinzen sicher, welche die Vorgänge in Wien auf das schärfste verurtheilten, erklärte, erst bis zur Wiederherstellung geordneter Zustände in die Residenz zurückkehren zu wollen. Wüthend schimpften nun die Radicalen auf die Umgebung des Kaisers, denen man die Schuld an der Flucht zuschob, auf die unberechtigten, falschen Rathgeber, die Hofcamarilla, die den freien Willen des gütigen Monarchen beeinträchtige.

Fast schien es, als ob auch das Ministerium aus dem Umschwung der Stimmung Muth zu energischem Handeln geschöpft habe. Als die erste Nothwendigkeit der Wiederherstellung der Ordnung erkannte man die Auflösung der Studentenlegion und Schließung der Aula. Dieser Schritt, wozu der Commandant der Legion, Graf Colloredo, in einem Tagesbefehl die Mitglieder selbst aufforderte, rief aber am 26. Mai eine neue Bewegung hervor. Da die Studenten entschieden die Auflösung der Legion verweigerten und das Militär die Aula umzingelte, so eilten die Arbeiter und der radicale Theil der Nationalgarde den Studenten zu Hilfe. Es entstanden Barrikaden auf den Straßen gegen das anrückende Militär und erst als das Ministerium die Verfügung zurückgenommen, das Militär sich zurückgezogen und Pillersdorf in seiner Rathlosigkeit und Ohnmacht sich bereit gezeigt hatte, auch auf andere Volkswünsche einzugehen, beruhigten sich die Massen. Anstatt mit einem Erfolge, endete dieser Versuch der Regierung zur Geltendmachung ihrer Autorität mit einer neuen Niederlage; ja deren Ohnmacht war so groß, dass sie voll Resignation die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung den Vertrauensmännern der Gemeinde, der Nationalgarde und den Studenten überließ, welche in einer am Rathhause am 26. Mai abends abgehaltenen Versammlung auf Anregung des Vicebürgermeisters Bergmüller die Einsetzung eines aus Mitgliedern des Gemeindeausschusses, der Nationalgarde und der Studentenlegion bestehenden Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Wahrung der Volksrechte beschlossen, wozu die Regierung am 27. Mai ihre Zustimmung gab. Zugleich

machte sie die Zugeständnisse, dass das Militär nur einzelne Wachen gemeinschaftlich mit der Nationalgarde beziehen, die übrigen aber der letzteren allein überlassen, dass alles nicht zum Dienste nothwendige Militär von Wien entfernt, der Obercommandant der Nationalgarde unter die Aufsicht des Gemeinderathes gestellt und an den Kaiser die Einladung zur Rückkehr nach Wien gerichtet werde.

Alle durch Bildung und sociale Stellung ausgezeichneten Männer, die Vertheidiger des politischen Fortschrittes in der vormärzlichen Zeit, entsetzten sich vor dem Bilde der Freiheit, das die Maitage entrollt hatten. In der Voraussicht, dass auch der in bester Absicht begründete Sicherheitsausschuss von terroristischen äußeren Einflüssen bald dazu würde gedrängt werden, eine Dictatur der rohen, gewaltthätigen Massen zu begründen, kehrten in diesen Tagen viele der freiheitlichen Bewegung den Rücken und richteten ihre Blicke auf Italien, in der Überzeugung, dass auf den dortigen Schlachtfeldern über die Neugestaltung des Reiches, über die Wiederherstellung eines kräftigen, geeinigten Österreichs entschieden werden würde. Sie schrieben der Armee, welche unter Radetzky's glänzender Führung nach langem Missgeschicke und unter den ungünstigsten Verhältnissen bei St. Lucia die ersten Lorbeeren errang, die Mission zu, das Reich zu retten. In tausend Herzen hatte Grillparzer's begeistertes Lied an die Armee: „In deinem Lager ist Österreich", einen mächtigen Wiederhall gefunden. Zu dieser Hoffnung fühlten sich die Patrioten umsomehr berechtigt, als wenige Tage nach der Mairevolution die Nachricht von dem Treffen bei Curtatone (29. Mai) eintraf, das im Zusammenhange mit dem späteren glänzenden Siege Radetzky's bei Vicenza (9. Juni) einen Wendepunkt im italienischen Kriege herbeigeführt hatte.

In der That wurde nun der Sicherheitsausschuss unter dem Präsidium des Dr. Fischhof die Seele der ganzen Bewegung. Von dem Vertrauen der Vereine, der Presse und der Arbeiter getragen, herrschte er mit unumschränkter Macht und griff in den Wirkungskreis der übrigen Behörden ein. Nicht einmal der am 20. Mai neugewählte Gemeindeausschuss wagte es seinen Beschlüssen entgegen zu treten, sondern er musste es sich gefallen lassen, mit schwerem Gelde die an ihn gewiesenen Arbeiter zu beschäftigen. In Innsbruck ließ der Kaiser von den zwei neuen am Hoflager weilenden Ministern, Freiherrn von Wessenberg, der die Stelle Fiquelmont's übernommen, und dem Freiherrn von Doblhoff, die Anträge der Wiener Centralregierung prüfen. In einem Manifeste vom 3. Juni forderte der Kaiser die Wiener neuerdings auf, zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung alles aufzubieten, damit

er den constituierenden Reichstag eröffnen könne. Mit Ausnahme geringfügiger Straßenexcesse wurde äußerlich die Ruhe nicht gestört; die demokratischen Vereine wurden weniger besucht und die Tagesblätter mit geringen Ausnahmen etwas vorsichtiger in der Besprechung der Tagesereignisse, zudem als der in Prag am Pfingstsonntag in Scene gesetzte Slavenaufstand (12. bis 14. Juni) blutig niedergeschlagen wurde. Nur ist es bemerkenswert, dass nunmehr auch hier die Reibungen zwischen den Soldaten und der Nationalgarde begannen. Der Kaiser kehrte aber ungeachtet der anscheinenden Besserung der Sicherheitszustände nicht nach Wien zurück, sondern er ernannte zu seinem Stellvertreter Erzherzog Johann, der am 24. Juni, mit Jubel begrüßt, in der Hauptstadt eintraf. Am 27. Juni ward ihm eine Serenade und ein Fackelzug gebracht. Wenige Tage darauf (5. Juli) gab seine Ernennung zum deutschen Reichsverweser neuerdings Anlass zu einer großartigen Huldigung. Mit seiner Zustimmung wurde die Josefsstatue mit der deutschen Tricolore geschmückt und von diesem Tage wehten auch von den Privathäusern die deutschen Farben und es schmückten sich damit die Nationalgarden, Studenten und Bürger. Die schwarzgelben Farben galten als Symbol der Reaction.

Erst die Wahlen zum österreichischen Reichstag riefen eine neue Bewegung hervor. Das Wahlgeschäft lag wohl in den Händen des Gemeindeausschusses und des Magistrates; den politischen Einfluss auf die Wahlen nahmen aber der Sicherheitsausschuss und der demokratische Verein für sich in Anspruch. In dem darüber entstandenen Streite erhitzten sich abermals die Gemüther, wobei der Sicherheitsausschuss Sieger blieb. Die Wahlbewegung führte aber auch den Sturz Pillersdorf's herbei. Dieser hatte sich durch seine Einschränkung des Wahlgesetzes und die Bestimmungen der provisorischen Geschäftsordnung für den Reichstag, insbesondere durch sein fortwährendes Hin- und Herschwanken zwischen conservativen und demokratischen Grundsätzen bei den Radicalen unmöglich gemacht. Inmitten der Wahlen am 7. Juli verlangten der Sicherheitsausschuss und der demokratische Verein dessen Absetzung. Eine an den Erzherzog Johann abgesandte Deputation gab diesem Wunsche Ausdruck. Zwei Tage nach der Rückkehr des Erzherzogs von Frankfurt (19. Juli) verkündigte die „Wiener Zeitung" die Ernennung des neuen Ministeriums, bestehend aus: Freiherr von Wessenberg (Äußeres), Freiherr von Doblhoff (Inneres), Dr. Alexander Bach (Justiz), Graf Latour (Krieg), Freiherr von Krauß (Finanzen), Theodor Hornbostel (Handel), Ernst von Schwarzer (öffentliche Arbeiten). Die Zusammensetzung dieses Ministeriums hatte den Zweck, alle Parteien zu befriedigen und

befriedigte aus diesem Grunde keine. Den Gemäßigten waren Hornbostel, Schwarzer und Bach zu demokratisch gesinnt und Doblhoff ein zu unentschiedener Charakter, während den Radicalen Graf Latour ein Greuel war. Indes setzten alle Parteien — jede in ihrer Weise — ihre Hoffnungen auf den Reichstag, der die ganze freiheitliche Bewegung in gesetzliche Bahnen lenken und ein neues, verfassungsmäßiges Österreich begründen sollte. Diese Hoffnungen schienen um so berechtigter, als sich durch die Siege der österreichischen Armee in Italien die Stellung Österreichs nach außen gekräftigt hatte.

Die Eröffnung des constituierenden österreichischen Reichstages fand am 22. Juli statt, und es war von glücklicher Vorbedeutung, dass wenige Tage darauf die Nachricht von dem glänzenden Siege Radetzky's bei Custozza (25. Juli) eintraf, wodurch der Ausgang des Krieges mit Sardinien entschieden war. Wien feierte die Bedeutung dieser großen That durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes und die Widmung eines Ehrensäbels an Radetzky. Den Jubel der Bevölkerung störte nur das demonstrative Auftreten der in Wien anwesenden Czechen, welche in der Nacht vom 28. auf den 29. Juli die Anwesenheit des hier in Angelegenheit der magyarisch-croatischen Wirren verweilenden Banus Jellačić durch einen glänzenden Fackelzug feierten. Große Befriedigung rief die aus Innsbruck eingetroffene Nachricht, dass der Kaiser die Bitte des Reichstages zur Rückkehr nach Wien wohlwollend aufgenommen und deren baldige Gewährung in Aussicht gestellt hatte, hervor. Es war ein Tag reiner Freude, als bald darauf, am 12. August, K. Ferdinand I. und seine Gemahlin unter enthusiastischen Zurufen des Volkes in Wien ihren Einzug hielten.

Die demokratische Partei im Bunde mit den Studenten wusste indes durch fortgesetzte Agitationen in den unteren Classen rasch die Aufmerksamkeit von den Loyalitäts-Bezeigungen abzulenken; selbst der von dem Abgeordneten Hans Kudlich im Reichstage eingebrachte, ewig denkwürdige Antrag wegen Aufhebung des Unterthänigkeits-Verhältnisses wurde nur vorübergehend in seiner vollen Bedeutung gewürdigt. Schon am 16. August hatte Dr. Schütte die Betheiligung der Aula an einer Zustimmungsadresse zur Haltung der äußersten Linken in Frankfurt durchgesetzt. An demselben Tage befreiten die Studenten gewaltthätig den wegen eines Pressvergehens verhafteten Redacteur des „Studenten-Couriers". Unter Betheiligung Tausender von Zuhörern begannen Mitte August die Versammlungen der Deutschkatholiken im Odeon und führten am 18. August, in der ersten von Ronge im Musikvereinssaale abgehaltenen

Sitzung, zu einem großen Scandale. Bei der Parade am 19. August über die Nationalgarde und die Studentenlegion geschah es, angeblich durch ein Mißverständnis, daß letztere den Kaiser statt mit der Volkshymne mit dem berüchtigten „Fuchslied" begrüßten. Einen düsteren Eindruck ließen die Arbeitercravalle am 21. bis 23. August zurück. Eine vom Ministerium angeordnete Herabsetzung des Taglohnes bei den öffentlichen Arbeiten, die zu dem Zwecke geschah, damit die Arbeiter in geringerem Maße die Staatshilfe in Anspruch nahmen, war die Veranlassung der Excesse. Die Weigerung des Ministeriums, diese Verfügung zurückzunehmen, rief eine bedeutende Aufregung unter den Arbeitern hervor. Die neuerrichtete Municipalgarde — an der Stelle der Militärpolizeiwache — gerieth im Prater mit den Arbeitern in einen blutigen Conflict. Es kam in der Jägerzeile zwischen der Municipalgarde, der zur Unterstützung der letzteren herbeigeeilten Nationalgarde und den Arbeitern zu einem förmlichen Kampfe, der mehrere Menschenleben kostete. Die weitere Folge dieser Ereignisse war die Auflösung des Sicherheitsausschusses (23. August) wegen seiner etwas schwächlichen Haltung gegenüber den Excessen, was neuerdings die Erbitterung der revolutionär gesinnten Elemente steigerte.

Diese Ereignisse verschärften die vorhandenen Gegensätze. Die radicale Partei, bitter enttäuscht durch die Haltung des Ministeriums, überschüttete die bisher volksthümlichen Mitglieder desselben, darunter insbesondere den Minister der Arbeiten, v. Schwarzer, mit Vorwürfen und beschuldigte sie des Verrathes an dem Volke. Die Ordnungspartei schöpfte nach dem ernsten Auftreten der Regierung Muth und Zuversicht, und dachte an eine Vereinigung ihrer Kräfte, indem sie in den ersten Tagen des Monats September zur Bildung eines constitutionell-monarchischen Vereines schritt, dessen Tendenz die Verdrängung der radicalen Partei war. Bald zeigte sich aber, daß sie viel zu schwach war, weil sich weite Kreise von jeder activen Theilnahme in der Bewegung zurückgezogen hatten und daß deshalb bei der Rührigkeit und dem Terrorismus der radicalen Partei an einen dauernden Erfolg noch nicht gedacht werden konnte. Um ihre Stärke zu zeigen, veranstaltete letztere am 3. September einen feierlichen Trauerzug für die am 23. August gefallenen Arbeiter. Auf dem Währinger Friedhof sang man revolutionäre Lieder und forderte die Masse in aufreizenden Reden auf, durch einen feierlichen Eid ihr Festhalten an der Freiheit zu bestätigen. Am 6. September wurde dem Abgeordneten Borrosch, weil er zur äußersten Linken übergetreten war, ein großer Fackelzug dargebracht und dabei der Schwur erneuert, Blut und Leben für die Volkssouveränität zu opfern. Eine schlimme

Wendung drohte am 11. September ein Excefs auf dem Judenplatz zu nehmen. Ein Schwindler Namens Swoboda hatte ohne Fonds einen Aushilfsverein für kleine Gewerbsleute begründet und Actien ausgegeben, die sich als wertlos erwiesen. Die Theilnehmer an dem Unternehmen verlangten nun, dafs die Regierung die Rückzahlung der Actien garantiere. Tausende von Theilhabern versammelten sich vor dem Palais des Ministeriums des Innern mit einer Sturmpetition und lärmten über die sie bedrohenden Verluste. Als Minister Doblhoff sich weigerte, auf eine Garantie einzugehen, tobte die Menge in einer Art, dafs das Ärgste zu befürchten war. Am 12. September erneuerten sich angesichts der unerwarteten hartnäckigen Weigerung des Ministers die tumultuarischen Scenen derart, dafs dessen Leben bedroht war. Nur die Besonnenheit Einzelner verhütete, dafs es nicht zu neuen blutigen Scenen kam. Am 13. September wurde die Aufregung dadurch beschwichtigt, dafs der Reichstag 500.000 Gulden zur augenblicklichen Unterstützung der zu Schaden Gekommenen bewilligte. Die demokratische Partei wies aus diesem Vorfalle die Nothwendigkeit nach, den Sicherheitsausschufs wieder einzusetzen, weil das Volk vom Ministerium verrathen sei. Sie klagte den Kriegsminister Latour an, dafs er in der Armee einen freiheitsfeindlichen Geist erweckt habe, richtete leidenschaftliche Angriffe gegen die Minister Bach und Schwarzer, weil diese, von ihrer Partei emporgehoben, nun die Tendenzen dieser Partei selbst energisch bekämpften. In den demokratischen Vereinen, in der Presse und auf der Aula wurde darauf hingearbeitet, den Sturz dieser Minister erforderlichen Falls im Wege einer grofsartigen Volksdemonstration herbeizuführen.

Zu einer unheilvollen Katastrophe führte dieses Treiben die verhängnisvolle Wendung, welche eben zu dieser Zeit die ungarisch-croatischen Wirren genommen hatten. Ermuthigt durch die Siege der Armee in Italien, wollte das Wiener Ministerium der immer schärfer hervorgetretenen Absonderung Ungarns von dem Gesammtreiche entgegentreten, von dem Gesichtspunkte ausgehend, dafs die Zugeständnisse, welche der ungarische Landtag dem Könige in den Märztagen abgerungen und die am 11. April 1848 dessen Sanction erhalten hatten, unvereinbar mit der pragmatischen Sanction seien. Schon am 22. August waren die aufserordentlichen Vollmachten des Palatins zurückgenommen und am 31. August das ungarische Ministerium aufgefordert worden, sich in Wien zu einer Conferenz einzufinden.

In Pest täuschte man sich nicht über die Tragweite dieser Schritte des Wiener Ministeriums, welche nicht blofs den Bruch mit der Revolution, sondern auch den ersten Anlauf zur Centralisation des Reiches bedeuteten.

Anfangs versuchte das ungarische Ministerium den Hof umzustimmen. Als dies nicht half, faßte der ungarische Reichstag den Beschluß, durch eine aus seiner Mitte abgesandte Deputation an den König den Besorgnissen der ungarischen Nation Ausdruck zu geben. Am 6. September langte diese aus hundert Mitgliedern bestehende ungarische Deputation an und wurde am 9. September vom König in Schönbrunn empfangen. Ohne eine bestimmte Zusage kehrte aber die Deputation nach Pest zurück, und sie war peinlich überrascht, als gleichzeitig Ban Jellačić in seine Würden eingesetzt wurde.

Mit dem Auftreten der Ungern war die radicale Partei der Hauptstadt einverstanden. Kossuth und seine Freunde waren die Herolde constitutioneller Freiheiten, die Vorkämpfer gegen die Söldlinge der Reaction und der Hofcamarilla; es war dieselbe Partei, welche unter dem Schlagworte: „innigster Anschluß an Deutschland" eine Lostrennung der deutschen Provinzen von der Monarchie ins Auge gefaßt hatte. Mit Spannung verfolgten die Radicalen den weiteren Verlauf der Krise in Pest. Noch größer war die Aufregung nach dem Eintreffen der Nachricht, daß Jellačić am 11. September mit seiner Armee die Grenzen Ungarns überschritten habe. Damit war der Bürgerkrieg ausgebrochen. Angesichts dieses Ereignisses kam am 18. September eine Deputation des ungarischen Reichstages nach Wien, welche, mit Rücksicht auf die politische Lage, mit dem österreichischen Reichstag selbst in Verhandlungen treten wollte. Die Ungern wurden hier mit Beweisen der vollsten Sympathie begrüßt. Man begleitete sie mit stürmischen Eljens durch die Stadt, und als der Reichstag ungeachtet der Bemühungen der äußersten Linken sich weigerte, mit den Ungern in Verkehr zu treten, wurde der Deputation vor ihrem Wohnort, dem Hotel zur Stadt Frankfurt, ein Fackelzug dargebracht, wobei der Hauptredner die Ungern der vollen Sympathie aller Österreicher versicherte. Doch dabei blieb es nicht. Kaum war die Nachricht aus Pest eingetroffen, daß man sich dort zum energischen Widerstand gegen den Einbruch des Banus auf ungarisches Gebiet rüste, wurde auf der Aula die Werbung eines Freicorps für Ungarn betrieben. — Wenige Tage nach der blutigen Emeute in Frankfurt veranstaltete die demokratische Partei in Wien, erbittert über die Niederlage ihrer Parteigenossen, eine große Volksversammlung (24. September) und abends einen Fackelzug zu Ehren des Abgeordneten Kudlich. Bei ersterer wurde offen zum Widerstande gegen die Regierung aufgefordert und der Hoffnung auf eine Unterstützung des Landvolkes Ausdruck gegeben. Noch kühner traten die Radicalen auf, als sich in Pest ein Landesvertheidigungs-Ausschuß gebildet hatte und der königliche Commissär Graf Lamberg auf der Brücke (27. September) ermordet worden war,

womit das Signal zum offenen Ausbruch der Rebellion gegeben war. Die Radicalen, im Besitze des einflussreichsten Theiles der Tagespresse und mit dem Zauber politischer Schlagwörter sowohl die Studenten als einen großen Theil der bürgerlichen Kreise beherrschend und von ungarischen Agitatoren angeeifert, suchten nun auch in Wien einen Vorwand zum Anschlusse an die Revolution.

Während die Ungern gegen die Croaten ins Feld rückten, beorderte der Kriegsminister Graf Latour alle disponiblen Truppen an die Grenze. Auch aus der Wiener Garnison wurden mehrere Bataillone zum Ausmarsch bestimmt. Schon der Abmarsch eines italienischen Grenadier-Bataillons am 5. October musste, um den Verleitungen zum Treubruch zu entgehen, unter Cavallerie-Escorte auf den Bahnhof erfolgen. Am nächsten Tage sollte das deutsche Grenadier-Bataillon Richter, in der Gumpendorfer Kaserne stationiert, nachrücken. Eine Deputation des demokratischen Vereines erschien noch am 5. October in der Kaserne, rief den Grenadieren zu, dass deutsche Bundestruppen nicht außerhalb der Grenze Deutschlands verwendet werden dürfen und bestärkte sie in ihrer Widerspenstigkeit. Trotz aller Versuche der Officiere die Disciplin herzustellen, marschierten am 6. October früh morgens die Soldaten Arm in Arm mit den Nationalgarden und Studenten auf den Nordbahnhof, der von Abtheilungen der letzteren besetzt worden war. Dort angelangt, wurde aber das Bataillon Richter vom Regiment Nassau und einer halben Batterie unter Führung des Generals Breda erwartet. Nach wiederholten Versuchen, die Soldaten zu ihrer Pflicht zurückzuführen, schritt dieser mit den Waffen ein. Es entspann sich unter Theilnahme der Nationalgarden, Studenten und Arbeiter ein hartnäckiger Kampf, wobei der General sein Leben verlor.

Mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Nachricht von diesem Kampfe in allen Theilen der Stadt. Die Alarmtrommel rief die Garden in sämmtlichen Bezirken der Stadt zusammen. Der radicale Theil derselben, verstärkt durch Massen von Arbeitern und Gesellen, wollte seinen Kameraden am Tabor zu Hilfe eilen. Die Mehrzahl der Nationalgarden des Kärntnerviertels stellten sich auf dem Stephansplatz auf, theils um das Sturmläuten bei St. Stephan zu verhindern, theils um den Zuzug der radicalen Wiedner Garden mit Gewalt zu vereiteln. Sie wurden in die Flucht geschlagen und in den Stephansdom gejagt. Nicht besser gieng es einzelnen Truppenabtheilungen am Hof und auf dem Graben. — Der Aufstand wuchs, als Wagen mit Verwundeten vom Tabor hereinkamen. Über Aufforderung von Mitgliedern des demokratischen Vereines zogen die Arbeiter aus den Maschinenfabriken in die Stadt,

bereit, den Kampf mit den Truppen aufzunehmen. Aufgereizt durch die Vorgänge, zogen die Massen in den Nachmittagsstunden auf den Hof, stürmten das Kriegsministerium und bemächtigten sich des Ministers Grafen Latour, der ungeachtet aller Warnungen auf seinem Platz verblieb. Nicht genug, dass sie auf den wehrlosen Greis mit Stöcken, Säbelhieben und Bajonnetstichen eindrangen, hängten sie ihn zuerst an ein Fenstergitter, schleppten, als die Schnur riß, den halb entseelten Körper auf die Laterne des Platzes und misshandelten ihn in schauderhafter Weise. Im Bewusstsein der Folgen rüsteten sich die Aufständischen zum hartnäckigen Widerstande. Es wurden die Stadtthore besetzt, zu den schon bestehenden Barricaden neue errichtet und zur Bewaffnung des Pöbels das kaiserliche Zeughaus zu stürmen versucht, wo sich bis Mitternacht ein blutiger Kampf entwickelt hatte. Erst nachdem einzelne Theile des Gebäudes in Brand gerathen waren, übernahm der Reichstag die Vermittlung, worauf sich die militärische, durch flüchtige Nationalgarden verstärkte Besatzung zurückzog.

Bis zur Erstürmung des Zeughauses waren die Minister im Kriegsministerium versammelt, von wo aus sie vergebliche Anstrengungen gemacht hatten, dem Fortschreiten des Aufstandes Einhalt zu thun. Mittags war eine Proclamation mit der Aufforderung erschienen, sich von Aufläufen auf der Straße zurückzuhalten. Nach dem Vorfalle auf dem Stephansplatz, wo sich die Garden feindlich gegenüberstanden, forderte die Regierung jene Nationalgarden, welche zur Wiederherstellung der Ordnung mitzuwirken bereit waren, auf, sich gegenseitig durch weiße Binden kenntlich zu machen. Aber die Männer der Ordnungspartei waren durch diese Vorgänge so entmuthigt, dass sie sich zurückzogen und den Aufständischen vollständig das Feld räumten. — Zu stürmischen Scenen war es im Reichstag gekommen. Dort hatte die Linke die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung verlangt, welche vom Präsidenten Strobach hartnäckig verweigert worden war. Einzelne Mitglieder hatten an einzelnen Punkten der Stadt die Massen zu beschwichtigen versucht. Andere waren in das Kriegsministerium geeilt, um die dort versammelten Minister zu bestimmen, dem Blutvergießen durch das Zurückziehen des Militärs und durch Befehle an die Nationalgarde Einhalt zu thun. Latour, Doblhoff und Wessenberg unterschrieben hastig auf Papierstreifen den Befehl, das Feuern überall einzustellen. Als das Leben des Kriegsministers bedroht war, hatten mehrere Reichstagsabgeordnete versucht, Latour mit ihren Leibern vor Verunglimpfungen zu schützen; sie wurden aber von dem wüthenden Pöbel bei Seite gestoßen. Inzwischen hatte Strobach dem Drängen zur Eröffnung einer Sitzung nachgegeben. Er wollte sie um 5 Uhr abends eröffnen; aber die

beschlussfähige Zahl fand sich nicht ein. Inmitten des Tumultes im Saale traf die Schreckenskunde von der Ermordung Latour's ein; Arbeiter drangen bewaffnet in die Berathungszimmer, worauf Strobach, besorgt für sein Leben, das Haus verließ und noch in der Nacht mit mehreren czechischen Abgeordneten aus der Hauptstadt flüchtete. An seiner Stelle übernahm den Vorsitz im Reichstage der Lemberger Advocat Dr. Smolka. Die zurückgebliebenen Reichstagsabgeordneten bestellten einen Sicherheitsausschuss, welcher gemeinschaftlich mit den zurückgebliebenen Organen der Regierung und dem Gemeinderathe für die Wiederherstellung der Ruhe sorgen sollte. Von den Ministern hatte sich auch Dr. A. Bach, weil dessen Leben ernstlich bedroht war, in der darauffolgenden Nacht aus Wien geflüchtet.

Am Hofe des Kaisers in Schönbrunn hatte man anfangs keinen klaren Überblick von der Bedeutung des Aufstandes. Noch um Mittag nährten die Minister die Hoffnung, dass durch die vereinten Anstrengungen des Militärs und der gemäßigteren Elemente der Nationalgarde die Revolution niedergeschlagen werden würde. Bald überzeugte man sich aber in der Umgebung des Kaisers von der ganzen Tragweite der Greuelscenen und traf in aller Stille Vorbereitungen zur Abreise. Zwar empfieng der Kaiser noch in später Nacht die Deputation des Reichstages mit einer Adresse und gab die Zusage zur Bildung eines volksthümlichen Ministeriums. Aber dies geschah ohne Zweifel nur, um Zeit zu gewinnen und um nicht neue, stürmische Scenen herbeizuführen. Am frühen Morgen des 7. October hatte der Kaiser unter dem Schutze einer ansehnlichen Truppenmacht Schönbrunn verlassen und sich über Krems in die Festung Olmütz bringen lassen. An den Finanzminister Kraus kam ein kaiserliches Handschreiben, welches eine scharfe Verwahrung gegen die Wiener Ereignisse und einen Aufruf an die Völker Österreichs zum Kreuzzuge gegen die Revolution, zur Befreiung der unterjochten Bevölkerung Wiens von den Männern des Umsturzes enthielt.

Die Ereignisse des 6. October hatten eine düstere, unheimliche Lage geschaffen: der Kaiser auf der Flucht, ein Minister ermordet, der Reichstag zu einem Rumpfparlament herabgesunken und die innere Stadt vollständig in der Gewalt der Aufständischen. Tausende von Flüchtlingen füllten die Bahnhöfe oder suchten auf anderen Wegen aus Wien zu entkommen. Auf den Anhöhen des Belvedere und des fürstlich Schwarzenberg'schen Sommerpalais lagerte General Auersperg mit dem Überreste der nicht meineidig gewordenen Garnison, in der ausgesprochenen Absicht, die Stadt im Falle eines Angriffes zu bombardieren. In den nächsten Tagen blieben alle Anstrengungen der in der Stadt zurückgebliebenen Behörden darauf gerichtet, allfälligen weiteren

Ausbrüchen der Leidenschaft der aufgeregten Massen entgegen zu wirken. Von Seite des Ministeriums wirkten Freiherr von Kraus und Hornbostel im Reichstag im Geiste der Mäßigung. Ebenso trat mit diesen der am 7. October neu constituierte Gemeinderath in Verbindung und erklärte sich bereit, die Anordnungen des Sicherheitsausschusses des Reichstages und der Regierung zu unterstützen. Nachdem der bisherige Obercommandant der Nationalgarde, v. Streffleur, zurückgetreten war, berief der Reichstag zu diesem Posten Joh. Georg Scherzer, welcher aber, da seinen Anordnungen nicht Folge geleistet wurde, nach wenigen Tagen zurücktrat und das Obercommando provisorisch an Phil. Braun abgab.

Die radicale Partei begrüßte aber die Ereignisse des 6. October als einen Sieg des Volkes über die Hofcamarilla, der Freiheit über die Reaction. Am 9. October erschien ein Aufruf des Centralausschusses der demokratischen Vereine, worin der glückliche und einheitliche Gang der letzten Erhebung als sein Werk bezeichnet ward. Beunruhigend wirkte nur auf diese Partei die Stellung Auersperg's im Lager am Belvedere; man betrachtete sie als eine stete Drohung und verlangte den Abzug der Truppen. Noch größere Aufregung verursachte die Nachricht von dem Anrücken der Croaten unter Jellačić, so dass auch der Reichstag und der Gemeinderath zur Beruhigung der Gemüther einzuschreiten genöthigt waren. Der Reichstag richtete am 8. October eine Adresse an den Kaiser, worin er bat, dem ausgebrochenen Bürgerkriege ein Ende zu machen. Der Gemeinderath sprach in einer Kundmachung die Hoffnung aus, dass in wenigen Tagen die Wirren auf friedlichem Wege gelöst werden würden. An Auersperg und Jellačić wurden Deputationen entsendet, um von diesen das Versprechen zu erwirken, jeden feindlichen Angriff zu unterlassen. Während ersterer dieses Versprechen leistete, für den Fall, dass seine Soldaten nicht gereizt und beunruhigt würden, antwortete Jellačić ausweichend. Diese gespannte Situation gieng zu Ende, als man am 17. October erfuhr, dass Auersperg in aller Eile das Lager am Belvedere verlassen habe.

Verschiedene Anzeichen wiesen nach dem Abzuge Auersperg's darauf hin, dass ein größerer combinierter Schlag gegen die Stadt vorbereitet werde. Wie wir schon angedeutet, setzten die Führer der Bewegung ihre größte Hoffnung auf die Hilfe der Ungern. Diese hieng aber wesentlich von der Vernichtung der Armee des Ban Jellačić ab, welche bei Rothneusiedl stand. Zur Verhütung des Gelingens eines Angriffes auf die Croaten hatte sich Auersperg mit seinen Truppen aus dem Belvedere zurückgezogen und mit Jellačić in Verbindung gesetzt. Diese Bewegung erleichterte daher nur

momentan die Lage der Stadt. Gleichzeitig traf aber auch aus Olmütz die Nachricht ein, dass Fürst Windischgrätz mit der Bildung einer größeren Armee betraut wurde, deren Aufgabe die Bezwingung Wiens sei. Nun galt es, die Vertheidigung der Stadt in größerem Maßstabe zu organisieren. Es wurde beim Obercommando der Nationalgarde ein Generalstab errichtet und zu dessen Chef Ernst Hauk ernannt, die Einreihung der tagsvorher bewaffneten Arbeiter in eine Mobilgarde beschlossen und der Gemeinderath veranlasst, für die Verpflegung und den Unterhalt derselben Sorge zu tragen. Auf Andringen des Studentenausschusses und der demokratischen Vereine hatte der Reichstag am 12. October den ehemaligen Oberlieutenant W. Messenhauser zum Obercommandanten der Nationalgarde ernannt. Dieser, umgeben von E. Hauk, Daniel Fenner von Fenneberg und dem bei der militärischen Organisation des Aufstandes vorzüglich betheiligten Polen Josef Bem verwandelte Wien in ein Kriegslager. Fast willenslos mussten sich der Reichstag und der Gemeinderath den getroffenen Anordnungen fügen. Selbst der Regierungsvertreter, Finanzminister Kraus, stellte eine vom Reichstage genehmigte Summe von 200.000 Gulden zur Unterstützung unbemittelter Garden aus dem Staatsschatze zur Verfügung. Wer waffenfähig war und nicht den Nachweis einer Befreiung erwarb, wurde in die Nationalgarde oder Mobilgarde eingereiht. An den Linienthoren errichtete man Barricaden und an den offenen Punkten Schanzen und Verhaue. Nur die Zufuhr von Lebensmitteln aus den benachbarten Orten war gestattet. Am 15. October übernahm General Bem das Commando über die Mobilgarde, welche am 17. im Belvedere ein Lager bezog. Wenig Tage darauf verlegte Messenhauser das gesammte Hauptquartier in das Schwarzenbergpalais. Anderseits fühlte man aber doch das Bedenkliche der Lage und ließ von friedlichen Schritten nicht ab. Eine Deputation des Gemeinderathes gieng nach Frankfurt am Main, um die Vermittlung des Erzherzogs-Reichsverwesers in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig sandten der Gemeinderath und die Nationalgarde Deputationen an das kaiserliche Hoflager zur Einleitung versöhnender Schritte; sie wurden aber bei dem Kaiser nicht vorgelassen. Man verwies sie auf die dem Fürsten Windischgrätz ertheilten ausgedehnten Vollmachten und zeigte sich damit entschlossen, dem Gange der militärischen Ereignisse freien Lauf zu lassen.

Mit größter Spannung sah man der Entwicklung der Ereignisse außerhalb der Stadt entgegen. In der Überzeugung, dass gleiche Interessen und gleiche Gefahren für Wien und Pest in Frage standen, trug man sich hier mit dem Plane, durch vereinte Anstrengungen die Armee Jellačić's

und Auersperg's in die Flucht zu schlagen und deren Vereinigung mit der anrückenden Armee des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz zu verhindern. Aber sowohl der Reichstag als auch der Gemeinderath lehnten solch einen folgenschweren Schritt entschieden ab und letzterer sprach dem Obercommandanten Messenhauser ausdrücklich die Befugnis ab, auf eigene Verantwortung einen Angriff gegen die Truppen Jellačić's und Auersperg's zu unternehmen. Man hielt fest an dem Standpunkt der Defensive und wollte in diesen Kreisen um keinen Preis die Bahn des Bürgerkrieges, der offenen Auflehnung gegen Kaiser und Reich weiter verfolgen. Nach dieser Weigerung der berufenen Organe wurden nun von Seite der demokratischen Partei alle Anstrengungen gemacht, die Ungern zu bestimmen, dass sie unaufgefordert die Grenze überschritten und eine Verbindung mit Wien herstellten. Am 16. October überbrachte sogar Messenhauser die Meldung in den Gemeinderath, dass die Ungern im Anrücken gegen Wien seien, was sich aber nicht bestätigte. Im Gegentheile wiesen die Bewegungen der Ungern darauf hin, dass diese die Wiener ihrem Schicksale überließen. Schon sank der Muth der Führer der Bewegung, als in diesem verhängnisvollen Augenblicke eine Deputation der Linken der Frankfurter Nationalversammlung, bestehend aus Robert Blum, Julius Fröbel, Moriz Hartmann und Trampuţsch ankam, welche zu neuen Anstrengungen enthusiasmierte. Nun richteten sich die Blicke hoffnungsvoll auf Deutschland. Die Reden Blum's und Fröbel's in den Versammlungen erweckten den Glauben, dass die deutsche Demokratie sich erheben werde, um Wien aus den Händen der Croaten zu befreien. Nüchterner fasste der Gemeinderath die verhängnisvolle Lage der Stadt auf. Er glaubte durch eine neuerliche Adresse an den Kaiser das traurige Geschick eines bevorstehenden, erbitterten Kampfes von Wien abzuwenden und setzte nicht geringes Vertrauen auf die Mission der beiden, vom Reichsministerium in Frankfurt am Main entsendeten Commissäre Welker und Moste, welche am 19. October ihr Erscheinen in Österreich mit den Worten ankündeten, auf dem Wege der Versöhnung den Conflict beseitigen zu wollen, sich aber nach Olmütz begaben, ohne Wien berührt zu haben.

Während dieser Vorgänge näherten sich langsam die Colonnen der Armee des Fürsten Windischgrätz der Hauptstadt. Am 21. October war der Aufmarsch auf allen Punkten der Umgebung vollendet. Gleichzeitig mit demselben erschien ein kaiserliches Manifest (vom 16. October), worin dem Fürsten Windischgrätz der Oberbefehl über sämmtliche Truppen im ganzen Bereiche der Monarchie mit Ausnahme der unter dem Commando des Feld-

marschalls Grafen Radetzky stehenden italienischen Armee anvertraut wurde. In einem zweiten Manifest (vom 19. October) gab der Kaiser seinen festen Willen kund, die gewährten Rechte und Freiheiten in ihrer ganzen Ausdehnung ungeschmälert zu belassen und das vom Reichstage begonnene Verfassungswerk einem gedeihlichen Ende zuzuführen. Dieses Manifest, speciell für Wien berechnet, hatte den Zweck, die Gemüther über die Absichten der Regierung zu beruhigen.

Am 21. October überbrachten Mitglieder der nach Olmütz entsendeten Deputation des Gemeinderathes, die auf dem Rückwege sich in das Hauptquartier des Feldmarschalls begeben hatten, eine Proclamation: Lundenburg, 20. October, worin über die Stadt der Belagerungszustand und das Standrecht verhängt wurden. Der Gemeinderath, wiewohl verantwortlich gemacht für die Veröffentlichung, weigerte sich, dem Befehle nachzukommen, weil er nach seiner Anschauung nur den Befehlen des Reichstages unterstand und übergab das Document dem Reichstage. Gestützt auf das kaiserliche Manifest, welches die unverkürzte Aufrechthaltung der constitutionellen Freiheiten zugesichert hatte, erklärte der Reichstag unter stürmischem Zuruf der Versammlung die Proclamation für ungesetzlich. Selbst Pillersdorf bezeichnete diesen Schritt Windischgrätz's als eine Bloßstellung der Krone. Durch diese Haltung des Reichstages erhitzte sich auch die Stimmung im Gemeinderathe. Man vermochte nicht den Gedanken einer Unterwerfung aufkommen zu lassen und hoffte, dass von Frankfurt aus der Befehl zum Einmarsch von Reichstruppen ergehen werde, um Wien vor einer militärischen Vergewaltigung zu schützen. Neue, energische Vertheidigungsanstalten wurden getroffen, denen sich weder der Reichstag noch der Gemeinderath widersetzte und man zeigte sich sogar geneigt, das Terrain der bloßen Vertheidigung aufzugeben und zum Angriff überzugehen. Wer von Frieden sprach, kam in Gefahr als Verräther behandelt zu werden.

Fürst Windischgrätz war nicht der Mann, der sich durch die Beschlüsse des Reichstages in seinen Operationen gegen Wien aufhalten ließ. Am 23. October übersetzte das Gros der Armee bei Nussdorf die Donau, marschierte auf großen Umwegen — über das Tulnerfeld — nach Purkersdorf und Schönbrunn und bezog zwischen Erlaa und Vösendorf ein Lager. Die Aufständischen beunruhigten die nächst den Linien bei Herrnals, Nussdorf und am Tabor aufgestellten Truppenabtheilungen, wobei es zu ziemlich heftigen Scharmützeln und zu den ersten größeren Bränden kam. In der Nacht vom 23. auf den 24. October bereitete General Bem auf eigene Faust einen größeren Ausfall vor; er wurde aber durch die Weigerung eines Theiles der Garden vereitelt.

An demselben Tage, wo diese Kämpfe stattfanden, hatte sich eine Deputation des Reichstages im Hauptquartier zu Hetzendorf eingefunden, und bat, von weiteren Schritten so lange abzulassen, bis die Reichscommissäre in Wien eingetroffen sein würden. Windischgrätz bemerkte der Deputation, dass er keine andere Executivbehörde als den Gemeinderath kenne, und daher nur mit diesem in Beziehung treten werde. In einer zweiten Proclamation (23. October) gab Fürst Windischgrätz die Bedingungen der Einstellung jedes feindlichen Actes dem Gemeinderathe bekannt. Sie waren: Unterwerfung innerhalb 48 Stunden und Auslieferung sämmtlicher Waffen, Auflösung aller bewaffneten Corps, Stellung von zwölf Studenten als Geiseln, der Vorsteher der akademischen Legion, Auslieferung mehrerer von ihm noch zu bestimmender Individuen, Suspendierung aller Journale mit Ausnahme der „Wiener Zeitung", Namhaftmachung aller anwesenden Ausländer und Schließung aller Clubs. Im Reichstage wie im Gemeinderathe riefen diese Bedingungen neue Ausbrüche der Erbitterung hervor. Man fand, dass der Inhalt der Proclamation unerträglich hart, ja barbarisch sei; der Reichstag erklärte sie nicht bloß für ungesetzlich, sondern auch für einen Angriff auf die Rechte des Volkes und Thrones. Im Gemeinderathe gieng nach einer stürmischen Debatte der Antrag durch, in einer Denkschrift auszusprechen: dass die Gemeinde den Reichstag als höchste Behörde des Landes anerkennen müsse, und daher nur ihm gehorchen werde. Ein Versuch Pillersdorf's, den Fürsten zur raschen Besetzung der Stadt zu bestimmen und dem Gemeinderathe dadurch die peinliche Lage zu ersparen, die gestellten harten Bedingungen selbst ausführen zu müssen, hatte keinen Erfolg. Fürst Windischgrätz machte nur das eine Zugeständnis: die Namen der auszuliefernden Personen nachträglich bekannt geben zu wollen.

Während dieser Verhandlungen war man im Hauptquartier der Nationalgarde mit Vorbereitungen beschäftigt, den Kampf bis zum Äußersten fortzusetzen. Auch Messenhauser verkündigte den Belagerungszustand und ernannte Fenneberg zum Chef der Militärpolizei. Die Vorstädte wurden in acht Vertheidigungsrayone getheilt, und jeder Wehrfähige angewiesen, unter die Waffen zu treten. Einzelne Abtheilungen der National- und Mobilgarde durchstreiften die Häuser und bedrohten jeden, der sich weigerte, den Befehlen nachzukommen. Erst infolge der Intervention des Gemeinderathes wurden diese Maßregeln eingestellt. Indessen wüthete bereits in der Brigittenau, im Prater und am Tabor der Kampf, wo das Belagerungscorps den Angriff begonnen hatte, um sich in den Besitz einzelner Punkte zu setzen. Die Mobilen unter Gritzner's Führung setzten ihm

einen hartnäckigen Widerstand entgegen und erst nach starken Verlusten war am 24. abends die Brigittenau und ein Theil des Tabors in den Händen der Truppen. Am folgenden Tage wurden die Kämpfe fortgesetzt, der Augarten und die Taborbrücke besetzt. Ein Ausfall Bem's in den unteren Prater zur Zerstörung einer Pontonsbrücke verunglückte gänzlich. So wie in der Leopoldstadt, rückten auch an der West- und Ostseite der Stadt die Truppen zur Besetzung der Vorstädte den Linien immer näher. Heftig und erbittert waren die Kämpfe am 26. October. Nur mit großer Anstrengung gelang es den Truppen, den Nordbahnhof und unteren Prater, die Schmelz und die Anhöhen bei Herrnals zu besetzen. Am hitzigsten entbrannte der Kampf in den Nachmittagsstunden auf dem Nordbahnhofe, von wo aus das Militär Versuche machte, die Barricade am Ausgange der Praterstraße zu nehmen. Als die Nacht einbrach, bot sich ein furchtbares Schauspiel der Verwüstung dar. Feuersäulen rötheten den Himmel und verbreiteten namenloses Entsetzen in allen Theilen der Stadt.

Am 27. trat Waffenruhe ein. Auf Anregung des Gemeinderathes war schon in der Nacht eine aus den verschiedenen Körperschaften einberufene Versammlung im Rathhause zusammengetreten, um angesichts der verzweifelten Lage die weiteren Schritte zu berathen. Groß war die Entmuthigung, und mit tiefer Bekümmernis blickte man auf die schrecklichen Verwüstungen und zahlreichen Menschenopfer. Eine neue Deputation begab sich in das Hauptquartier, zur Erzielung milderer Bedingungen, ohne diese aber zu erreichen.

Mit der militärischen Bewegung im Zusammenhange standen die Vorgänge in der ungarischen Armee. Zu derselben Zeit, wo Windischgrätz vor Wien erschienen war, marschierte General Simonić mit seiner Armee durch den Jablunka-Pass in Oberungarn ein, ein Ereignis, welches in Pest große Sensation und in der Haltung der Ungern gegenüber den Wienern eine Wendung hervorrief. Der Präsident des Landesvertheidigungs-Ausschusses, Kossuth, eilte in das Lager der ungarischen Armee und bestimmte Moga und Görgey zum Überschreiten der Leitha, um eine Verbindung mit Wien zu forcieren. Windischgrätz, von diesen Vorgängen unterrichtet, säumte nun nicht mehr mit dem Angriffe auf die Stadt. Dieser begann von allen Seiten Donnerstag am 28. October. Als Hauptziel galt die Eroberung der Leopoldstadt bis an den Donaucanal und jene der Vorstädte Erdberg und Landstraße bis auf das Glacis. An den übrigen Linien wurden nur Scheinangriffe vorbereitet.

Gegen Mittag begann der Kampf; von allen Seiten donnerten Geschütze, erschollen Alarmrufe und eilten Abtheilungen von Garden und Mobilen an

die Linien. Bis auf das Glacis fielen Brandgeschosse und verbreiteten Schrecken und Verwirrung. Nach hartnäckigem, blutigem Kampfe erstürmten die Truppen die beiden großen Barricaden in der Praterstraße, die St. Marxer- und Erdbergerlinie und drangen zu beiden Seiten des Canals gegen die innere Stadt vor. Gleichzeitig besetzten die anderen nach ebenso hartnäckiger Gegenwehr die Favoriten-, Matzleinsdorfer- und Hundsthurmerlinie und drangen in einen Theil der Vorstädte.

Infolge dieser militärischen Vorgänge traten abends die Leiter der Vertheidigung und die Mitglieder des Gemeinderathes zu einer Berathung zusammen. Messenhauser erklärte im Hinblick auf die Fortschritte der Belagerungsarmee nun selbst, dass an eine weitere Vertheidigung nicht zu denken sei und schlug vor, durch eine Deputation den Fürsten zu vermögen, dass er menschlichere Bedingungen stelle. Diesem Antrage beistimmend, beschloss zugleich die Versammlung, den Reichstagsausschuss einzuladen, sich diesem Schritte anzuschließen; allein dieser lehnte es ab und überließ alles Weitere dem Ermessen der Vertreter und Vertheidiger der Stadt. Am nächsten Morgen begab sich die Deputation in das Hauptquartier und erhielt dort die Zusicherung einer zwölfstündigen Waffenruhe, jedoch mit der Eröffnung, dass der Fürst auch im Falle der Übergabe an den früheren Bedingungen festhalte. Um 4 Uhr nachmittags versammelten sich Vertrauensmänner der Garden und Legionäre im großen Redoutensaale zur Entscheidung der Frage über die Übergabe der Stadt. Wiewohl Messenhauser und selbst Blum und Fröbel die Unmöglichkeit eines weiteren Kampfes darlegten, gab es doch eine Partei, welche im Hinblick auf die in Aussicht stehende Hilfe der Ungern zur Gegenwehr aufstachelte, und auf die bedenkliche Stimmung der unteren Volksclassen, insbesondere der Mobilgarden und der Arbeiter hinwies, aus der hervorgieng, dass letztere die Friedensfreunde an den Laternen aufzuhängen drohten. Demungeachtet verharrte Messenhauser mit Festigkeit auf der Capitulation; er sprach mit überzeugendem Eifer gegen das nutzlose Blutvergießen und bestimmte die Mehrheit der Versammlung für seine Meinung. Unmittelbar darauf verfügte er sich in den Gemeinderath, um diesem die weiteren Schritte zur Ausführung des eben gefassten Beschlusses zu überlassen, der ihm für seine besonnene und mannhafte Haltung den Dank aussprach.

Auch in der Mehrheit der Nationalgarden und Bürger rief das Ergebnis der Berathung Befriedigung hervor. Nothlage und Ermüdung hatten den Muth und die Ausdauer der Stärksten gebrochen. Eine große Anzahl von Garden eilte in die Gemeindehäuser, um dort die Waffen niederzulegen. Erst

gegen Abend war, aufgeregt durch die Umzüge und Drohungen der Proletarier, ein Umschlag in der Stimmung eingetreten und einzelne Abtheilungen versuchten, jedoch vergeblich, die in das Hauptquartier abgehende Deputation des Gemeinderathes zurückzuhalten. Die Deputation kam in der Nacht in Hetzendorf an und vereinbarte mit dem Fürsten die Modalitäten der Übergabe. Am 30. October morgens telegraphierte Windischgrätz nach Olmütz: „Wien hat sich unbedingt unterworfen, die kaiserlichen Truppen besetzen heute die Stadt."

Am Morgen des 30. October trat aber durch die bei Schwechat zwischen den Kaiserlichen und den Ungern vorgefallene Schlacht, die übrigens gegen 3 Uhr nachmittags mit einer vollständigen Niederlage der letzteren geendet hatte, ganz unerwartet eine neue Wendung ein. Kaum war der Geschützdonner in die Stadt gedrungen, so bemächtigte sich der Masse eine fieberhafte Aufregung. „Die Ungern sind da!" ertönte es in den Straßen, und uneingedenk der geschlossenen Capitulation griffen National- und Mobilgarden, trotz aller Abmachungen des Gemeinderathes mit dem Fürsten, neuerdings zu den Waffen. Vom Stephansthurm aus wurden die Bewegungen der Schlacht beobachtet, von wo aus Messenhauser, uneingedenk der bereits abgeschlossenen Capitulation, der Bevölkerung den Verlauf des Kampfes mittheilte und sich, gedrängt von seiner Umgebung, zu dem auf gedruckten Zetteln in der ganzen Stadt verbreiteten Bulletin verleiten ließ, „dass die Ungern im siegreichen Fortschreiten begriffen und die Wehrkörper verpflichtet seien, die Waffen zu ergreifen, falls sich ein geschlagenes Heer den Mauern der Stadt nähern sollte". Diese Kundgebung hatte die weitere Folge, dass die exaltierten Garden und Studenten von Messenhauser verlangten, dass er zur Unterstützung der Ungern einen Ausfall unternehme. Als dieser sich gegen eine solche Zumuthung sträubte, forderten sie seine Abdankung und riefen, ohne den Gemeinderath oder den Reichsrathsausschuss zu befragen, Fenneberg zum Obercommandanten der bewaffneten Corps aus. Abtheilungen der Mobilgarden verhinderten die Fortsetzung der Waffenablieferung und zogen sich in die innere Stadt zurück, um diese noch ferner gegen die Kaiserlichen zu vertheidigen.

Als Windischgrätz während der Schlacht die Nachricht von dem Bruch der Capitulation erfuhr, gab er Befehl, Wien zu bombardieren. Von Fünfhaus und Herrnals aus wurden in die Vorstädte Mariahilf, Gumpendorf, Wieden, Neubau, Josefstadt und Alservorstadt Wurfgeschosse geschleudert und damit erst eingehalten, als die Bewohner auf den Dächern der Häuser und an den Linienwällen weiße Fahnen aussteckten. Am folgenden

Morgen gab Windischgrätz Befehl, in die noch nicht besetzten Vorstädte Wieden, Mariahilf und Schottenfeld einzurücken und auf dem Glacis Aufstellung zu nehmen. Geheime Sendboten der Friedenspartei waren in der Nacht im Hauptquartier mit der dringenden Bitte eingetroffen, den Einmarsch zu beschleunigen, da die in der inneren Stadt angehäuften Arbeiter und Mobilen eine Plünderung und Brandlegung der wichtigsten öffentlichen Gebäude beabsichtigten.

Bei dem Vormarsch auf das Glacis fanden die Truppen in der That die innere Stadt abgesperrt und Geschütze auf den Basteien postiert. Wiederholt ließ der Commandant der auf dem Burgglacis aufgestellten Abtheilungen zur Öffnung des Burgthors auffordern. Einen Augenblick schien es auch, als ob die Friedenspartei das Übergewicht hätte. Nationalgarden und Hofbedienstete öffneten das äußere Burgthor und traten als Parlamentäre mit dem Truppencommandanten in Verhandlung. Inzwischen bemächtigten sich aber Abtheilungen der Mobilgarde der auf der Burgbastei aufgestellten Kanonen und feuerten gegen die Soldaten. Dies war das Signal, das Bombardement nun auch gegen die innere Stadt zu eröffnen. Von der steinernen Wienflussbrücke bis gegen die Vorstadt Spittlberg hin spielten die Geschütze und richteten furchtbare Verheerungen an. Vollkugeln von jedem Caliber, Raketen, Bomben und Granaten trafen Schlag auf Schlag. Schreiend flüchtete das unbewehrte Volk durch die Straßen, verschloss die Thore und suchte in den Kellerräumen Schutz gegen die einfallenden Wurfgeschosse. Als ungeachtet dieser furchtbaren Kanonade, die von den Aufständischen lebhaft erwidert wurde, sich keine Aussicht zu einer freiwilligen Übergabe der Stadt zeigte, gab der Fürst den Befehl, das Burgthor zu stürmen. Nach wiederholten vergeblichen Angriffen ließ (gegen 4 Uhr) der Widerstand nach; immer seltener fielen die Schüsse und immer lichter wurden die Reihen der Vertheidiger. Gleichzeitig aber trat ein Ereignis ein, welches die erschöpften Truppen zu neuer Anstrengung spornte. Ein Theil der Burg und der Hofbibliothek gieng in Flammen auf. Nun begann der letzte heftigste Sturm; die Truppen zerhieben die schon halb zerschossenen Thore mit Äxten und drangen über Schutt und Trümmer in den inneren Burgplatz. Gegen 6 Uhr abends marschierten die ersten Truppencolonnen über den Kohlmarkt auf den Graben. Rasch folgten andere beim Schotten- und Kärntnerthor und besetzten die übrigen Straßen und Plätze. Die Hauptstadt war vollständig in der Gewalt des Fürsten Windischgrätz.

In einer am 1. November veröffentlichten Kundmachung wurde Wien mit allen Vorstädten und ihrer Umgebung im Umkreise von zwei Meilen in

Belagerungszustand versetzt, die Nationalgarde und die akademische Legion aufgelöst, eine allgemeine Entwaffnung angeordnet, das Vereinsrecht und die Freiheit der Presse suspendiert, die Thätigkeit aller Behörden unter Militärgewalt gestellt und eine gemischte Centralcommission zur obersten Leitung der durch den Belagerungszustand bedingten Geschäfte niedergesetzt. Noch an dem Tage der Verkündigung des Belagerungszustandes ließ Fürst Windischgrätz die innere Stadt gegen die Vorstädte und die Vorstädte gegen die Linien absperren, um sich der Anstifter des Aufstandes, insbesondere der fremden Führer der Bewegung, zu bemächtigen. Eine Masse von Verhaftungen fand statt, zum Theil von schuldlosen Personen, so dass die Gefängnisse zur Aufnahme aller nicht ausreichten. Ungeachtet der strengsten Vorkehrungen gelang es aber doch einem Theil der Führer, wie Bem, Hauk, Feuneberg, Gritzner, bei der Nussdorferlinie, welche durch ein zufälliges Übersehen in den ersten Stunden der Einnahme unbesetzt geblieben war, zu entkommen.

So wie andere Körperschaften aufgelöst wurden, war es auch Windischgrätz' Absicht, die Thätigkeit des Gemeinderathes einzustellen und die Verwaltung ausschließlich in die Hände des Magistrats zu legen. Nur den Vorstellungen des Gemeinderathes Eduard Hütter, welcher als Deputationsmitglied wiederholt mit dem Fürsten in Berührung gekommen war, gelang es, diesen Schritt hintanzuhalten, unter der Bedingung, dass drei Mitglieder aus dem Gemeinderathe traten, wozu diese freiwillig die Hand boten. Am 5. November 1848 nahm der Gemeinderath wieder seine Sitzungen auf, der mit dem Magistrate nunmehr vollauf beschäftigt war, die pünktliche Waffenablieferung durchzuführen und für die Unterstützung und Beschäftigung zahlreicher arbeitsloser Individuen, die Ausweisung fremder Arbeiter, die Wiederaufnahme des Handels und Verkehrs, die Beseitigung der Störungen in der Approvisionierung, die Erhebung des durch das Bombardement angerichteten Schadens, und die Beseitigung der vielen in der Stadt und den Vorstädten angerichteten Verwüstungen Sorge zu tragen. Der Gemeinderath hatte aber auch die schwierige Aufgabe, vermittelnd und besänftigend auf die Gemüther einzuwirken und das Misstrauen der Militärbehörden zu bezwingen, welche es unbegreiflich fanden, dass ersterer nicht den Ankläger seiner Mitbürger machte und Auskünfte an die Militärgerichte über die Wirksamkeit einzelner Gemeinderäthe und Bürger verweigerte. Selbst ein Theil der sogenannten „gutgesinnten" Bürger, darunter vornehmlich solche, die ungedenk ihrer Pflichten sich im October aus der Stadt geflüchtet, ließen es nicht an Verdächti-

gungen über die Haltung des Gemeinderathes während des Octoberaufstandes fehlen.

Anfangs November trat eine Stand- und Kriegsrechtscommission in Wirksamkeit. Dumpfe Gerüchte durchzogen die Stadt über die zahlreichen, dem Tode verfallenen Schuldigen, welche in den unteren Classen der Bevölkerung neue Aufregung hervorriefen. Am 9. November fand die erste militärische Execution in der Brigittenau statt, indem Robert Blum daselbst erschossen wurde. Dasselbe Los traf am 10. Eduard Jelowicki, am 11. Eduard Preslern von Sternau, am 14. den Schuster Johann Horwath und zwei Soldaten. Den tiefsten Eindruck machte die Erschießung des Wenzel Messenhauser im Stadtgraben beim Neuthor, von dem man wusste, dass selbst der Gemeinderath seine Begnadigung zu erwirken versucht hatte. Unbesonnene ließen sich hinreißen, neuerdings öffentlich zum Aufruhr zu reizen, so dass der Gemeinderath in Aufrufen seine Mitbürger beschwören musste, sich jeder Ruhestörung zu enthalten, und der neuernannte Gouverneur der Stadt, Freiherr von Welden, in einer Proclamation mahnte: „die Stimme der Vernunft und des Gemüthes zu erkennen und ihn nicht zu zwingen, im Donner der Geschütze die Ordnung zu verkünden". Dagegen jubelten die sogenannten Gutgesinnten über die Militärherrschaft. Weiße Fahnen und Tücher wehten von den Fenstern, stürmische Evviva's, Eljens und Zivios erschollen auf den Straßen bei dem Einzuge des Jellačić inmitten der Serezaner. Und doch war es derselbe Mann, der vor kurzem noch in einem offenen Briefe angekündigt hatte, dass er nach Wien ziehe, weil dort die Feinde der Slaven seien, die er besiegen müsse, als sollte, wie Berthold Auerbach in seinem Tagebuche über die Octobertage schrieb, Deutsch-Österreich das Elsaß des Slavenreiches und unsere Stadt das slavische Straßburg werden.

Zweiter Abschnitt.

Kaiser Franz Josef I. (1848—1865).

Während in Wien die Militärbehörden mit rücksichtsloser Strenge walteten, reiften am kaiserlichen Hoflager zu Olmütz die Pläne zur Wiederaufrichtung des in seinen Grundfesten erschütterten Reiches. „Eine starke Regierung!“ so lautete die allgemeine Losung. Dieses Verlangen klang nach der Besiegung des Octoberaufstandes in den Glückwünschen der fremden Höfe, in den Grüßen der italienischen Armee an die Armeen Windischgrätz' und Jellačić's und in den Loyalitätsadressen czechischer Städte durch. Am 22. November 1848, dem Tage der Wiedereröffnung des Reichstages in Kremsier, trat diese starke Regierung ins Leben, zu deren Mitgliedern Fürst Felix Schwarzenberg (Ministerpräsident und Minister des Äußern), Graf Franz Stadion (Minister des Innern), Freiherr von Krauß (Finanzminister), Dr. Alexander Bach (Minister der Justiz), Karl Bruck (Handelsminister), Thinfeld (Minister für Landwirtschaft) gehörten. In den durch Hinrichtungen, Militärexcesse und servilen Geist verdüsterten politischen Kreisen Wiens machte die Zusammensetzung des Ministeriums keinen ungünstigen Eindruck. Saßen ja Männer darin, welche nach ihrer Vergangenheit nicht bloß die Bürgschaft

einer starken, sondern auch einer freisinnigen Regierung boten. Diese Hoffnungen steigerten sich zur Zuversicht, als das Ministerium in seinem Programm (27. November) sich aufrichtig und ohne Rückhalt für die constitutionelle Monarchie aussprach, und die Erklärung abgab, „an die Spitze der Bewegung treten zu wollen".

Dem Ministerwechsel folgte in wenig Tagen ein ungleich wichtigeres Ereignis. Am 2. December unterzeichnete Kaiser Ferdinand I. seine Abdankung, sein Bruder Erzherzog Franz Karl verzichtete auf sein Nachfolgerecht und dessen erstgeborner Sohn bestieg als Kaiser Franz Josef I. den Kaiserthron. Dieses Ereignis kam allen so plötzlich und unerwartet, dass es die wunderlichsten Gerüchte und Combinationen erzeugte, allerlei Erträumtes und willkürlich Ersonnenes hervorrief. Erst allmählich gewann eine ruhige, natürliche Anschauung des Thronwechsels Boden. Man erfasste den Sinn des kaiserlichen Manifestes, worin es hieß, dass der neue Kaiser, fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt zu erhalten und bereit seine Rechte mit den Vertretern seiner Völker zu theilen, darauf rechne, „dass es mit Gottes Beistand gelingen werde, alle Länder und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen". Aus diesen Worten gieng hervor, dass der Kaiser mit dem alten historischen Österreich abschloss und die Constituierung eines neuen, einheitlichen Staates im Auge hatte. Hinfällig wurden damit die Sonderstellungen der einzelnen Königreiche und Länder, die Verschiedenheiten in Verfassung und Verwaltung; hinfällig vor allem die staatsrechtlichen Zugeständnisse an Ungarn, welche K. Ferdinand I. in den Märztagen abgerungen und die Quelle des in hellen Flammen auflodernden Bürgerkrieges wurden. Selbst der Fortbestand des Kremsierer Reichstages, der wesentlich auf der früheren dualistischen Gestaltung Österreichs beruhte, war dadurch in Frage gestellt.

Kaiser Franz Josef (geb. 18. August 1830) trat die Regierung wie einer seiner bedeutendsten Ahnen, Karl V., in dem jugendlichen Alter von 18 Jahren an. Was von seinen geistigen Anlagen, seiner Gemüthsbeschaffenheit, seiner Erziehung verlautete, sprach zu seinen Gunsten. Als Sohn einer gebildeten deutschen Fürstin, deren Vater der Mäcen der Dichter und Künstler in Deutschland war, machte er hochgespannte Erwartungen für den Aufschwung der Wissenschaften und Künste rege. War auch der Kaiser noch jung und unerfahren, so hoffte man doch, dass er bei seinen Fähigkeiten an der Seite erfahrener und staatsmännischer Räthe die großen Schwierigkeiten der Lage des Reiches glücklich überwinden werde.

In Wien hatte der Thronwechsel in den radicalen Kreisen keinen freudigen Eindruck hervorgerufen. Weil die Armee das Ereignis mit Jubel begrüßt hatte, erblickten diese darin einen Staatsstreich der Militärpartei am Hoflager und sie knüpften daran die Besorgnis, dass die Militärherrschaft nunmehr dauernd zum vollen Ausdrucke gelangen werde. In Erinnerung an die Güte und das Wohlwollen des K. Ferdinand I., seine große Nachsicht und Milde betrauerten die Radicalen seine Abdankung.

Der Gemeinderath hatte gleich nach dem Bekanntwerden des Thronwechsels eine Deputation zu beiden Kaisern nach Olmütz und Prag entsendet: zu K. Franz Josef I., um denselben ehrfurchtsvoll zu begrüßen, zu K. Ferdinand I., um diesem zu danken für das Wien stets bewahrte Wohlwollen. Beschränkte sich die am 7. December in Olmütz überreichte Huldigungsadresse nur auf allgemein gehaltene Ausdrücke, so versäumte der Gemeinderath nicht in einer gleichzeitig dem Ministerium überreichten Adresse den dringenden Wunsch nach baldiger Aufhebung des Ausnahmszustandes auszusprechen, von der Überzeugung ausgehend, dass an der fortdauernden Aufregung der Bevölkerung die Execution der Kriegsgerichte in den Stadtgräben und das schroffe, zahlreiche Conflicte herbeiführende Auftreten der Soldaten wesentlich schuld tragen. Thatsächlich wiesen auch Mitte December neue bedenkliche Erscheinungen auf die bestandene große Aufregung hin. Es fielen Attentate auf einzelne Soldaten vor, indem aus Verstecken scharfe Schüsse auf Patrouillen abgefeuert wurden und gleichzeitig tauchte das Tragen sogenannter „deutscher Hüte“ (breitkrämpiger Filzhüte mit Federschmuck) auf, worin die Polizei das Erkennungszeichen geheimer Verbrüderungen erblickte und deshalb zahlreiche Arretierungen vornahm. Angesichts dieser Vorfälle wollte man in Olmütz von einer Aufhebung des Belagerungszustandes nichts wissen, zudem die Demokratie, nachdem sie in Wien geschlagen worden, in Berlin ähnliche Zustände herbeizuführen versucht hatte, und es trat nur darin eine Milderung der Ausnahmsgesetze ein, dass das standrechtliche Verfahren eingestellt und dafür das kriegsgerichtliche angewendet wurde.

Inmitten der aufregenden Nachrichten über die Kriegsbulletins aus Ungarn und die Ergebnisse der Berathungen der Reichsverfassung in Kremsier, wo die Deutschen für eine starkes Centralparlament und die Czechen und Polen für eine föderalistische Gestaltung des Reiches mit Erbitterung kämpften, schloss das denkwürdige Jahr 1848.

War Wien schon durch den Gang der politischen Bewegung schwer geschädigt worden, so steigerte sich zu Beginn des Jahres 1849 die schwierige

Lage der Stadt durch andere Calamitäten, wie durch eine ungewöhnlich starke Überschwemmung der an der Donau gelegenen Vorstädte (16. Jänner) und den Ausbruch der Cholera. Um die Noth zu lindern, wies der Kaiser nebst dem Geschenke von 200.000 Gulden bei seiner Thronbesteigung im Jänner 1849 noch 500.000 Gulden als Vorschuss zur Vertheilung an Nothleidende an.

Um eine Besserung der durch diese Unglücksfälle verschlimmerten öffentlichen Zustände herbeizuführen, glaubte ein Theil der Bürger auf Anregung des Gouverneurs Freih. von Welden dadurch einen Umschwung zu bewirken, dass er an der Aufrechthaltung der Ruhe mitwirkte. Es wurden die Stadt und Vorstädte in Rayons von je zehn Häusern eingetheilt und jedem solchen Rayon ein Bürger zur Überwachung übergeben. Diese Vertrauensmänner, wie sie sich nannten, hatten die Aufgabe zwischen den Militärbehörden und der Bevölkerung zu vermitteln und bei vorkommenden Unbesonnenheiten strengen Maßregeln vorzubeugen. Wie gut gemeint auch das Institut dieser Vertrauensmänner war, so erweckte es doch unter der Bevölkerung das größte Misstrauen, indem Einzelne ihre Aufgabe schlecht begriffen und sich zu Denunciationen ihrer Mitbürger herbeiließen. Mit diesen Bestrebungen im Zusammenhange war auch die Erscheinung, dass auch im Gemeinderathe die conservative Partei immer stärkeren Boden gewann. Jene, welche an den Octobereignissen thätigen Antheil genommen, traten entweder aus der Versammlung oder hörten auf, darin eine Rolle zu spielen. Schon bei der Neuwahl des Präsidiums im December 1848 zeigte sich der Umschwung der Stimmung. Man wählte zum Präsidenten den Advocaten Dr. Joh. C. Seiller, einen Mann, der an den Errungenschaften der Märztage lebhaft theilgenommen, aber ebenso entschieden sich später im Gemeindeausschusse der conservativen Partei angeschlossen hatte.

Wichtige Begebenheiten in Bezug auf die Neugestaltung des Reiches brachten die Monate Februar und März. Nach der Schlacht von Kapolna (26. Februar) in Ungarn, in welcher die ungarische Revolutionsarmee aufs Haupt geschlagen wurde, hielt man den Moment für gekommen, den ungeordneten Verfassungszuständen ein Ende zu machen. Am 6. März 1849 wurde der Reichstag von Kremsier, welcher eben in den nächsten Tagen zur ersten Lösung der von ihm berathenen Verfassung schreiten wollte, aufgelöst und mittelst eines kaiserlichen Manifestes eine Verfassung für Gesammt-Österreich (ddo. 4. März) octroyiert. Damit sollte der bei dem Regierungsantritte des Kaisers Franz Josef I. ausgesprochene Grundgedanke zur Verwirklichung und die Revolution zum Abschlusse gebracht werden. Die

Märzverfassung, aus einer Nachbildung der belgischen und preußischen Verfassung, der Frankfurter und Kremsierer Grundrechte hervorgegangen, proclamierte Österreich als eine untheilbare und unauflösbare Erbmonarchie und erklärte jeden Unterschied zwischen den einzelnen Provinzen aufgehoben. Die Kronländer bildeten von nun an nur Verwaltungsgebiete, demgemäß auch die Landtage nur mit geringen Befugnissen ausgestattet waren. Der Entschluss des Monarchen, sich als Kaiser von Österreich krönen zu lassen, deutete symbolisch die Umwandlung des Reiches in einen centralisierten Staat, die Erhebung Wiens zum einzigen politischen Mittelpunkt des Reiches an.

Hatte die neuerliche Octroyierung einer Verfassung in den Provinzen eine gewaltige Gährung hervorgerufen, weil man darin einen rücksichtslosen Staatsstreich erblickte, so wurde sie in Wien mit lebhafter Freude begrüßt, weil sowohl der Kremsierer Reichstag wie das Frankfurter Parlament nach der Anschauung der Bürger Tendenzen verfolgten, welche deren Interessen nicht entsprachen, während die Märzverfassung Wien gewährleistete, dass es die Hauptstadt des Kaiserreiches, die Residenz des Monarchen, der Sitz der Centralgewalt blieb. Stadt und Vorstädte begrüßten daher auch das Ereignis mit einer Beleuchtung, die Theater mit Festvorstellungen und der Gemeinderath entsandte am 8. März eine Deputation nach Olmütz, um dem Kaiser für das Geschenk der Verfassung zu danken. Am 11. März erneuerte sich die Feier der Verleihung der Verfassung. Im Dome zu St. Stephan wurde ein Tedeum abgehalten, zu welchem die ganze Garnison in die Straßen der innern Stadt ausrückte, und abends abermals eine Beleuchtung veranstaltet, die mit einer großartigen, dem Civil- und Militär-Gouverneur Freiherrn von Welden dargebrachten Serenade schloss. Durch diese Loyalitätskundgebungen sollte aber auch von dem wieder erwachten guten Geist des überwiegenden Theiles der Bevölkerung Zeugnis gegeben werden. — Im Gegensatze hiezu beabsichtigte die Revolutionspartei am 13. März eine große Demonstration auszuführen. Eine unbekannte Frau hatte für diesen Tag bei St. Stephan ein Requiem, angeblich für den verstorbenen Kaufmann Julius Wünsche, bestellt. Die Polizei war aber schon am 12. März in Kenntnis gekommen, dass dieses Requiem den Märzgefallenen gelte und untersagte dessen Abhaltung. Wirklich versammelte sich am 13. März, 10 Uhr vormittags, eine große Menschenmenge auf dem Stephansplatze, unter denen viele Trauerkleider oder Trauerabzeichen auf den Hüten und die Studenten die Tracht der akademischen Legion trugen. Auf den Friedhöfen der Schmelz und in Währing versammelten sich zahlreiche Arbeiter, wobei ein Drechslergeselle am Grabe der Märzgefallenen eine Standrede hielt. Als aber das

Militär anrückte und die gefürchteten Serezaner erschienen, zerstreute sich rasch die Menge. Ebenso misslang eine für abends beabsichtigte Beleuchtung der Vorstädte.

Bei den großen Vortheilen, welche die Märzverfassung Wien in Aussicht stellte, waren die Wünsche der Bevölkerung auf eine Beschleunigung des raschen Aufbaues des neuen Staatsgebäudes gerichtet. Aber dieses Ziel stand noch in weiter Ferne. Allerdings erfocht abermals Radetzky in einem kurzen, achttägigen Feldzuge glänzende Siege über den König von Sardinien und vernichtete damit die Hoffnungen Kossuth's auf eine Schwächung der kaiserlichen Streitkräfte; desto schlimmere Nachrichten kamen nach der Verkündigung der Märzverfassung, welche die Sonderrechte der Länder der Stephanskrone aufhob, aus Ungarn. Hier entflammte von neuem die nationale Begeisterung, neue Scharen strömten in die Heere der ungarischen Generale, der Debrecziner Reichstag erklärte das Haus Habsburg der Stephanskrone für verlustig und proclamierte Ungarn als unabhängigen Staat (14. April 1849). Schritt für Schritt zog sich die kaiserliche Armee vor der anstürmenden Revolutionsarmee bis an die Raab zurück. Hatte schon diese Nachricht entmuthigt, so wurden die Gefühle der Patrioten noch mehr verletzt, als der Kaiser zur Unterwerfung der Insurrection die Hilfe Russlands in Anspruch genommen hatte. Dieses Ereignis zeigte die Ohnmacht der Regierung und erweckte die schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft des Staates. Auf den großen Ernst der Lage wiesen auch die gleichzeitig mit dem Einmarsche der Russen eingetretenen wichtigen Veränderungen hin. Der Kaiser übernahm den Oberbefehl über sämmtliche Heere und umgab sich mit einer Militär-Centralkanzlei, zu deren Vorstand er seinen ersten Generaladjutanten Grafen Grünne ernannte. Wenige Tage darauf verließ er Olmütz und verlegte seine Residenz nach Schönbrunn (5. Mai).

Ohne festliches Gepränge, still und unvorbereitet, betrat K. Franz Josef I. zum erstenmale seit seiner Thronbesteigung die Hauptstadt. Ungeachtet der ernsten Stimmung war das Verlangen der Bevölkerung, den jungen Monarchen zu sehen, so mächtig, dass kurz nach dem Bekanntwerden des lange erwarteten Ereignisses Tausende von Menschen nach Schönbrunn eilten. Noch größer war der Andrang am folgenden Tage, einem Sonntag, an dem der Kaiser auf dem Josefstädter Paradeplatze mit einem glänzenden Gefolge eine Truppenrevue abhielt. Halb Wien drängte sich dazu und begrüßte den Kaiser mit stürmischen Hochs. Unter dem mächtigen Eindrucke der blühenden, sympathischen Erscheinung vergaß alles die bitteren Erinnerungen

der Vergangenheit und die regste dynastische Anhänglichkeit kam zum Durchbruch. Zurückgekehrt nach Schönbrunn, erwartete den Kaiser eine Deputation des Gemeinderathes und Magistrates, welche ihn der unwandelbaren Treue und begeisterten Liebe der Bevölkerung, der Opferfreudigkeit für die heilige Sache des Rechtes und der Freiheit versicherte.

Mit dem Einmarsch der Russen (2. Mai) nahm der Feldzug in Ungarn eine günstigere Wendung. Der Übermacht der vereinten österreichisch-russischen Armeen vermochten auch die größten Anstrengungen der Revolutionsarmee nicht Stand zu halten. Am 13. August 1849 streckte Görgey bei Villagos vor den Russen die Waffen; fast gleichzeitig mit dem Eintritte dieser Katastrophe trat auch im Kriege gegen die italienische Revolutionspartei eine entscheidende Wendung ein. Nach mehrmonatlicher Belagerung unterwarf sich Venedig. So erreichten die großen blutigen Nachspiele der Bewegung des Jahres 1848 ihr Ende.

Nach der Einkehr des Friedens hatte es den Anschein, als ob die Regierung auf constitutionellem Wege die in Aussicht gestellten staatlichen Reformen zur Schaffung eines Einheitsstaates durchführen werde. Nach dem aus Gesundheitsrücksichten nothwendig gewordenen Rücktritte des Grafen Stadion fand noch während des Krieges eine Neubildung des Ministeriums statt, wobei Dr. Alex. Bach zur Leitung der inneren Angelegenheiten, Herr v. Schmerling zum Justizminister und Graf Leo Thun zum Cultus- und Unterrichtsminister berufen wurde (28. Juli 1849). Alle diese Änderungen wiesen auf ein energisches Festhalten an den Regierungsgrundsätzen hin, wie dies auch aus der unmittelbar darauffolgenden Thätigkeit des Ministeriums zu entnehmen war. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, dass die Neugestaltung des Gemeindelebens die Grundlage aller weiteren Reformen sei, schritt die Regierung an die Verwirklichung der Grundzüge des Gemeindegesetzes und beauftragte den Wiener Gemeinderath, sich mit der Ausarbeitung eines Gemeindestatutes zu beschäftigen. Welcher Geist die Versammlung dabei beherrschte, zeigen die großen Kämpfe bei der Feststellung der Wahlordnung. Je größer und umfassender die in Anspruch genommene Gemeinde-Autonomie war, desto vorsichtiger glaubten die Bürger selbst bei dem Wahlrechte vorgehen zu müssen, um den Interessen der einflussreicheren Classen der Bevölkerung gerecht zu werden. — An die Umgestaltung des Gemeindelebens knüpften sich die Organisation des politischen Verwaltungsgebietes, die Einführung einer neuen Strafproceßordnung und der Geschwornengerichte, die Berufung hervorragender Männer der Wissenschaft von den deutschen Hochschulen nach Wien, und eine Reihe durch-

greifender handelspolitischer Reformen. Eine schlimme Wendung hatte während des Krieges nur der Staatscredit genommen. Da die Silber- und Kupferscheidemünzen aus dem Verkehre verschwunden waren, so musste infolge der Geldnoth mit der Ausgabe von Münzscheinen (1. Juli 1849) begonnen worden.

Zu Anfang des Jahres 1850 publicierte die Regierung die Landesverfassungen und Landtagswahlordnungen für die deutscherbländischen Provinzen; nur jene für die Länder der ungarischen Krone und für Galizien wurden aufgehoben, wodurch aber bei dem Umstande, als die Mitglieder des Unterhauses aus der Wahl der Landtage hervorgiengen, die Einberufung des Reichstages noch immer in weiter Ferne stand. Einen peinlichen Eindruck machte die Regelung der Beziehungen der katholischen Kirche (vom 22. April 1850) zum Staate. Man warf der Regierung das Preisgeben der staatlichen Interessen an die Kirche, die Hinneigung zum Ultramontanismus vor und versuchte es in Wien sogar, einen Protest gegen das Übereinkommen mit den Bischöfen in Scene zu setzen. Anders dachte der zu Anfang des Jahres 1850 ins Leben getretene Severinusverein *), welcher sich zur Aufgabe gestellt hatte, das durch die Ereignisse des Jahres 1848 erschütterte katholische Bewusstsein wieder zu heben. Er wollte dem Kaiser aus diesem Anlasse eine Dankadresse überreichen, was ihm aber nicht gestattet wurde.

Zu Ende des Jahres 1850 zeigte sich eine Wandlung in der inneren Politik, indem der Kaiser Verbindungen mit den ungarischen Altconservativen, den heftigsten Gegnern der Märzverfassung, angeknüpft hatte. Den Altconservativen die Spitze zu bieten, hatte das Ministerium nicht die Macht, vielleicht auch nicht den Willen, in der Besorgnis, die eigene Stellung zu gefährden. Im Laufe des Jahres 1851 waren die Minister v. Schmerling, Bruck und Krauß schon aus dem Cabinette geschieden. Als Fürst Felix Schwarzenberg über die preußische Politik im November 1850 einen glänzenden Sieg erfochten, zögerte das neue Ministerium auch nicht länger, mit den modernen constitutionellen Staatsein-

*) Eine völlig neue Schöpfung war der Severinusverein nicht. Schon im Jahre 1848 trat hier, gegründet von mehreren Laien, ein Katholikenverein ins Leben. Die wesentliche Tendenz desselben war, den Laien, wie in alter Zeit, einen gewissen Einfluss auf das kirchliche Leben zu erringen. Durch clericalen Einfluss nahm aber später der Verein eine andere Gestalt an und wechselte auch den Namen (Severinusverein). Seine Aufgabe war: den Einfluss der Kirche auf den Staat zu erhöhen, wodurch eine Spaltung im Schoße des Vereines hervorgerufen und eine Reihe von Mitgliedern zum Austritte aus dem Verein veranlasst wurde.

richtungen aufzuräumen, welche man als einen Hemmschuh der politischen Actionsfreiheit, als eine Schwächung der kaiserlichen Gewalt und als die Quelle der Revolutionen bezeichnete. „Österreich wurde," wie es in einer Staatsschrift hieß, „nicht durch die Befriedigung der Forderungen der Revolution, sondern durch das kaiserliche Ansehen, durch die treue Liebe und Anhänglichkeit der Völker für das gesammte Herrscherhaus gerettet."

Die Pläne zu jenem verhängnisvollen Staatsstreiche, welcher zuerst Misstrauen in die Beständigkeit der bestehenden Staatseinrichtungen wachrief, gelangten zur Ausführung. Zunächst erfolgte die Ernennung des Freiherrn von Kübeck zum Präsidenten des in der Verfassung vorgesehenen Institutes des Reichsrathes unter gleichzeitiger neuer Organisation dieses Institutes (5. December 1850). Am 20. August 1851 enthob der Kaiser das Ministerium jeder verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit gegenüber den politischen Körperschaften und erklärte, dass die Minister nur kaiserliche Befehle und Beschlüsse zu erfüllen und unbedingte Treue in die Hände des Monarchen zu geloben haben. Das Ministerium erhielt die Eigenschaft des obersten Vollzugsorganes und hörte auf der Rath der Krone zu sein. An dessen Stelle trat der activierte Reichsrath, welcher, den Posten des früheren Staatsrathes einnehmend, aus vom Kaiser ernannten Mitgliedern zusammengesetzt war. Als unmittelbare Folge dieser Beschlüsse beauftragte der Kaiser gleichzeitig den Ministerpräsidenten Fürsten Felix Schwarzenberg, „die Frage über den Bestand und die Möglichkeit der Vollziehung der Verfassung vom 4. März 1849 in reife Erwägung zu ziehen". Bei Erörterung der Frage wurde ihm aber als Leitstern die Aufrechthaltung aller Bedingungen der monarchischen Gestaltung und der staatlichen Einheit des Reiches vorgezeichnet. Damit jeder gewaltthätige Versuch einer Vertheidigung der Verfassung unmöglich gemacht werde, verfügte ein kaiserliches Patent die Aufhebung des Institutes der Nationalgarde. Und wer über die Tragweite dieser Schritte noch einen Zweifel hatte und vielleicht glaubte, daß es sich nur um eine Umgestaltung der Verfassung handelte, musste durch die Einbegleitungsworte der „Wiener Zeitung" eines Besseren belehrt werden. Es war darin klar ausgesprochen, „dass keine Rede davon sein könne, die Verfassungsfrage als einen neuen Zankapfel zwischen die kaum befriedigten Völker zu werfen". Die Lösung derselben müsse nur von der Quelle ausgehen, aus der sie erflossen sei und deshalb müsse sie an den Thron zurückgeleitet werden, wenn sie zum wahren Heil dieses großen Reiches erfolgen solle. Der letzte Tag des Jahres 1851 brachte die Lösung in Form eines kaiserlichen Patentes, welches die Verfassung vom 4. März 1849

aufhob und die Grundrechte außer Wirksamkeit setzte. Es war ein verhängnisvoller Schritt dieser Männer, alle Verantwortung des Staatsstreiches von sich weg auf die Krone zu wälzen.

In Wien war der Umschwung der Stimmung zu groß, als dass die Aufhebung der Märzverfassung eine mächtige Bewegung hervorrufen sollte. Seit dem Tage, als der Gemeinderath auch dem General Haynau das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wien verliehen (7. September 1849), konnte von einem in der Mehrzahl der Bevölkerung lebenden Geiste für freiheitliche Institutionen nicht mehr die Rede sein. Thatsächlich las und hörte man auch nur mehr von dem Bedürfnisse eines endlichen Abschlusses der Verfassungsfrage. Was geschehen, betrachtete man als eine eiserne Nothwendigkeit, ein mächtiges, festgegliedertes Österreich zu begründen, und tröstete sich mit den Versprechungen der Regierung, auf der Bahn der Civilisation fortschreiten und mit vereinten Kräften die Quellen des Wohlstandes eröffnen zu wollen.

Mit der Herstellung der absolutistischen Regierungsform zog sich das politische Leben der Hauptstadt wieder auf engbegrenzte Kreise zurück. Wie man über einzelne Regierungsmaßregeln fühlte und dachte, gieng nur von Mund zu Mund und drang gar nicht oder nur schüchtern in die Öffentlichkeit. Selbst die Angelegenheiten der Gemeinde wurden bei verschlossenen Thüren verhandelt und in den im Amtsblatte der Regierung erschienenen Auszügen der Sitzungsprotokolle nur administrative Verfügungen oder Acte der Loyalität veröffentlicht. Ein im April 1852 kundgemachtes Pressgesetz stellte die Tagespresse unter die Aufsicht der obersten Polizeibehörde, verhängte über sie das System der Verwarnungen und der Suspensionen. Über innere Verhältnisse des Reiches, die in der Hauptstadt oder den Provinzen herrschende Stimmung Aufschlüsse zu geben, die Gesetze vom Standpunkte des Staatswohles kritisch zu beleuchten, war der Presse nicht gestattet. Sie durfte nur rein nationalökonomische Fragen, und selbst diese nur mit Ausschluss solcher, welche das Staatscreditwesen berührten, oder rein locale Angelegenheiten in den Kreis ihrer Besprechungen ziehen. Für diesen Entgang jeder Einflussnahme auf politische Fragen wollte die Regierung den gebildeten Kreisen damit einen Ersatz schaffen, dass sie der Wissenschaft und Kunst eine besondere Theilnahme schenkte und durch die Begründung einer Großindustrie, durch die möglichste Förderung materieller Interessen und durch die Belebung des kaufmännischen Speculationsgeistes die Aussicht auf eine leichte Erwerbung von Reichthümern befriedigen. Das leichterregbare, zu heiteren Genüssen stets geneigte Naturell der Wiener beachtend, setzte man der Lust und Freude am Theater und an anderen Vergnügungen keine

Schranken, ja man steigerte den Reiz derselben durch eine gewisse Freiheit, selbst auf Kosten der öffentlichen Moral.

Verfolgen wir nun die wichtigeren Begebenheiten der Reactionsperiode, soweit sie mit den politischen Verhältnissen im Zusammenhange standen. Am 4. Juni 1852 trat der Kaiser eine Rundreise durch Ungarn an. Das Erscheinen des Monarchen in dem von der Revolution tief durchwühlten Lande sollte eine der Dynastie und der Regierung freundlichere Stimmung hervorrufen und die traurige Vergangenheit abschließen. Am 14. August kehrte der Kaiser nach Wien zurück. Mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Reise wurde ihm von dem Gemeinderathe der Hauptstadt ein festlicher Empfang zutheil. Am Praterstern, wo sich ein imposanter Triumphbogen mit der Inschrift: „Franz Josef I., dem Sieger über die Herzen seiner Völker" erhob, erwarteten den Monarchen die Mitglieder des Gemeinderathes und Magistrates. Gegenüber dem Triumphbogen, in der Mitte des Pratersternes, erhob sich eine Estrade mit einem Thronsessel, zu beiden Seiten Tribünen für die Zuseher. Als der Kaiser die Estrade bestiegen, begrüßte ihn an deren Stufen Bürgermeister Dr. Seiller mit einer von Loyalität überströmenden Rede. Doch wie enttäuscht war der Gemeinderath, als der Kaiser nicht mit freundlichen, sondern ernsten Worten erwiderte, indem er den Gemeinderath ermahnte, auf eine Besserung der Stimmung der Bevölkerung hinzuwirken. War es doch gewiss nicht die Schuld des Gemeinderathes, wenn die Stimmung der Bevölkerung sich wieder verschlimmert hatte. Und waren nicht die äußeren Zeichen der Huldigung ein Beleg, dass er es an nichts fehlen gelassen hatte, die Loyalität der Wiener in ein glänzendes Licht zu stellen? In prächtiger, durch zahllose Transparente verstärkten Beleuchtung erstrahlten abends Stadt und Vorstädte, vor allem der Stephansthurm, das alte Wahrzeichen Wiens. Auf den Höhenzügen der Umgebung, wie auf dem Kahlenberg, Leopoldsberg, Hermannskogel, Aninger, bis zu den Spitzen der Alpen hin leuchteten Freudenfeuer und eine jubelnde Menge umwogte den Wagen, als der Kaiser abends durch die Straßen fuhr.

Wenige Tage nach der mazzinistischen Erhebung in Mailand (6. Februar 1853), die ein unheimliches Licht über die Zustände in der Lombardei verbreitete, fand auch hier ein verbrecherisches Attentat auf den Kaiser statt. Am 18. Februar mittags machte K. Franz Josef I. in Begleitung des Flügeladjutanten Grafen O'Donnel einen Spaziergang über die Bastei. Ein ungarischer Schneidergeselle, Namens Johann Lybenyi, benützte den Moment, als der Kaiser, nächst dem alten Kärntnerthor still stehend, sich

über die Brustwehr lehnte, und versetzte dem Kaiser mit der Spitze eines Küchenmessers einen Stich in den Nacken, um, wie der Meuchelmörder später eingestanden, mit diesem Attentate sein Vaterland zu rächen. Zum Glück misslang der Versuch und er hatte nur eine leichte Verletzung des Monarchen zur Folge. Der Verbrecher, dessen sich Graf O'Donnel und der Bürger Ettenreich im Momente der That bemächtigt, büßte diese am 26. Februar mit seinem Leben. Stärker als je erscholl nun der Ruf in den Kreisen der Gutgesinnten, sich der Regierung anzuschließen und da in dem kriegsrechtlichen Urtheile das Lesen regierungsfeindlicher Schriften als eine der Ursachen, welche Lybenyi zu dieser Unthat geführt, bezeichnet war, so drangen die Gutgesinnten, mit dem Journalisten Ebersberg an der Spitze, in die Regierung, die strengsten Maßregeln gegen die oppositionelle Presse zu ergreifen. Wenige Tage nach dem Attentate (27. Februar) erließ Erzherzog Ferdinand Max, der älteste Bruder des Kaisers, einen Aufruf, als Denkmal für die Rettung des Kaisers einen Fond zur Erbauung einer Votivkirche zu gründen, der in der That so warmen Anklang fand, dass innerhalb dreier Monate die Summe von einer halben Million Gulden gezeichnet war. Als der Kaiser am 12. März 1853 zur Beiwohnung eines Dankamtes nach St. Stephan fuhr, da gab Wien seine rege dynastische Gesinnung kund. Alle Straßen, durch welche die Fahrt gieng, waren mit Teppichen, Blumen, Kränzen und Bildnissen des Kaisers geschmückt. Wiener Bürger mit schwarzgelben Abzeichen bildeten Spalier, zu beiden Seiten des Wagens schritten der Bürgermeister, seine Stellvertreter und die Gemeinderäthe. Diesmal unterließ der Kaiser nicht, die musterhafte Ordnung und die loyale Gesinnung der Bevölkerung anzuerkennen. Er beauftragte den Bürgermeister, den Bürgern auszusprechen, dass es ihn erfreut habe, das frühere Wien wieder zu erkennen. Diese Überzeugung von der gebesserten Gesinnung der Wiener erlangte mehrere Monate später einen thatsächlichen Ausdruck, indem am 1. September 1853, mithin nach nahezu fünfjähriger Dauer, der Belagerungszustand über Wien aufgehoben wurde, ungeachtet gerade damals infolge einer immer mehr zunehmenden Theuerung der Lebensmittel und einer empfindlichen Wohnungsnoth keine gerade beruhigende Stimmung in den unteren Kreisen der Bevölkerung anzutreffen war.

Zu einer Reihe glänzender Feste gab die Vermählung des Kaisers mit der Prinzessin Elisabeth von Baiern im Jahre 1854 Anlass. Ein überaus günstiger Ruf war der Kaiserbraut seit Monaten vorausgeeilt. Ihre Anmuth, Schönheit und Einfachheit wurde von allen gepriesen, welche sie zu beobachten Gelegenheit hatten. Am 22. April traf die gefeierte Prinzessin,

auf das herzlichste begrüßt, mit dem Dampfboote in Wien ein. Am 23. April, nachmittags ½5 Uhr, hielt sie von dem Theresianum auf der Wieden aus ihren Einzug über die neuerbaute steinerne Brücke, welcher der Gemeinderath ihren Namen beigelegt hatte. Am 24. fand bei den Augustinern die Vermählung statt. Mit drei prachtvollen Festen beging die Gemeinde dieses Ereignis: einer der großartigsten Beleuchtungen (25. April), einem Volksfest im Prater (29. April) und einem großen Ball in den vereinigten Räumen der Redoutensäle und der Winterreitschule (30. April). Der Kaiser erwiderte diese Huldigung mit einem Geschenke von 200.000 Gulden, die Kaiserin mit der Gabe von 50.000 Gulden für die Armen.

Kaum waren diese Freudenfeste verrauscht, so geriethen die Gemüther durch die innere und äußere Lage des Reiches wieder in Unruhe. Der schon 1853 begonnene Conflict zwischen Russland, der Türkei und den Westmächten hatte zum Kriege geführt. Anfangs schien es, als ob die Regierung sich auf die Beobachtung einer strengen Neutralität beschränken wollte. Eine im Mai 1854 angeordnete außerordentliche Recrutenaushebung und die Übertragung des Obercommando's über die an der Südostgrenze des Reiches aufgestellte Armee an Feldzeugmeister Freiherrn von Heß ließ aber keinen Zweifel übrig, dass Österreich zu Gunsten der Türkei zu intervenieren und mit Russland zu brechen willens sei.

Um die Geldmittel zur Verfügung zu haben, schritt die Regierung zur Eröffnung einer Subscription auf eine Nationalanleihe im Betrage von 500 Millionen Gulden, womit die Regierung zugleich die lang versprochene Ordnung in den Finanzen herstellen, beziehungsweise die auf dem Verkehr schwer lastende Valuta regeln wollte. Großartig zeigte sich bei diesem Anlasse die Opferwilligkeit der Hauptstadt, indem hier und in Niederösterreich allein die Summe von 100,700.000 Gulden, d. i. der fünfte Theil der ganzen Anleihe gezeichnet wurde. Alle Kreise der Bevölkerung, vom Großhändler bis zum armen Kleingewerbsmann, betheiligten sich an dem Finanzunternehmen, in der Absicht, der Regierung bei der Wahrung der Ehre und des Ansehens des Staates und der Hebung seines Credites hilfreich zur Seite zu stehen.

Im Frühjahre 1855 war aus Rom die Nachricht von der Verkündigung des Dogma's der unbefleckten Empfängnis Mariä eingetroffen. Seit Wochen hatten die Jesuitenmissionen, im März 1855 hier zuerst auftretend, auf das bevorstehende große Ereignis in der katholischen Welt vorbereitet. Am 22. Juni 1855 wurde das Ereignis im St. Stephansdome verkündigt und, wie in alter Zeit, durch eine große Procession gefeiert.

Voran schritten die katholischen Lehrjungen- und Gesellenvereine mit Fahnen und Marienbildern und der Severinusverein. Darauf folgten weißgekleidete Kinder und Jungfrauen, die Pfarrgeistlichkeit, die Klöster, der Gemeinderath und Magistrat, die Universität und der gesammte Hofstaat. Hinter dem päpstlichen Nuntius schritten der Kaiser, die Kaiserin und sämmtliche Erzherzoge. In der Bevölkerung selbst war das Ereignis ohne mächtigen Eindruck geblieben und es war mehr Spott als Frömmigkeit über den Pomp zum Ausdruck gekommen. Bald darauf trat ein für das Verhältnis des Staates zur Kirche bedeutsames Ereignis ein. Am Geburtstage des Kaisers (18. August 1855) wurde das Concordat zwischen den Bevollmächtigten des päpstlichen Stuhles und der österreichischen Regierung unterzeichnet, ein Act, der in unserer Stadt die gewaltigste Bewegung hervorrief. In jedem Hause, jeder Familie empfand man den Schlag, den die Regierung damit der Staatsgewalt versetzt hatte. Es sträubte sich das Gefühl gegen den Gewissenszwang, gegen den Einfluss der Geistlichkeit auf die zartesten Verhältnisse des bürgerlichen Lebens und die besten, ergebensten Patrioten beklagten diesen unglücklichen Schritt. Aber ungeachtet dieser Missstimmung zögerte die Regierung nicht, an die Durchführung des Staatsvertrages zu schreiten. Am 1. Jänner 1857 begann die Wirksamkeit des neuen Ehegesetzes.

Auf die Regierung machte die schlimme Wirkung des Concordates deshalb keinen Eindruck, weil sie durch diesen Act an dem Ziele ihrer Bestrebungen zu sein und mit den drei Stützen: eine große einheitliche Armee, ein Heer von Beamten und einen ihr ergebenen Clerus den österreichischen Einheitsstaat begründen zu können glaubte. Sowie man sich aber in Ungarn, Böhmen und Galizien über die rücksichtslose Centralisation und Germanisirungssucht, ebenso hatte man sich in den deutschen Provinzen über den unleidlichen Druck des Soldatenthums und die polizeiliche Maßregelungssucht der Beamten beklagt. Seit dem Bestande des Concordats regten sich nun auch die Befürchtungen vor einem Druck der Priesterherrschaft, vor einer Verkümmerung der Quellen der deutschen Bildung und Aufklärung und einer Trennung des Bandes mit Deutschland, wie in den schlimmsten Tagen der Gegenreformation.

Diese Tendenzen des neu geschaffenen absolutistischen Systems traten in Wien am schärfsten zutage und führten hier zu der bittersten Kritik. Man sah in nächster Nähe, was am Hofe und in den Regierungskreisen vorgieng, wie der Kaiser sich fast nur mit militärischen Angelegenheiten beschäftigte und von Jahr zu Jahr das Armeebudget stieg, während in den übrigen, das geistige und materielle Wohl des Volkes berührenden Zweigen

der Verwaltung die größten Einschränkungen gemacht wurden. Eine tiefe Abneigung faßte man gegen jene Personen der Umgebung des Kaisers, von denen man glaubte, daß sie auf dessen Entschlüsse Einfluß hatten. Man tadelte, daß die von Jahr zu Jahr wiederkehrenden Versprechungen der Regierung wegen endlicher Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt nicht in Erfüllung giengen und sah mit Sorge das fortschreitende Sinken des Staatscredites. Es empörte, wie der Statthalter Eminger und der Polizeidirector Weiß von Starkenfels gegen den Gemeinderath, das Organ der Bürgerschaft, verfuhren, ersterer, indem er mit Verletzung des Gemeindestatutes sich fortwährend Eingriffe in die Gemeindeverwaltung erlaubte, letzterer durch sein barsches, gewaltthätiges Auftreten und sein Bestreben, den Wirkungskreis der Gemeinde einzuschränken. Man erhob deshalb auch laute Vorwürfe gegen den Bürgermeister, daß er zu nachgiebig vorgehe, das Ansehen und die Rechte des Gemeinderathes nicht genügend wahre. So geschah es, daß selbst die Genehmigung der Stadterweiterung (20. December 1857), ein Act, womit der Kaiser seine besondere Sorgfalt für den Aufschwung der Reichshaupt- und Residenzstadt zu erkennen gab, an der um sich greifenden Verdüsterung der Stimmung nichts zu ändern vermocht hatte.

In dieser Stimmung brach das Jahr 1859 an, welches durch den berühmten Neujahrsempfang des österreichischen Botschafters Freiherrn von Hübner in den Tuilerien die traurige Aussicht auf einen neuen Krieg mit Sardinien und Frankreich eröffnete. Durch drei Monate schwebten alle Kreise in Furcht und Hoffnung zwischen Krieg und Frieden. Daß Sardinien die großmüthige Behandlung Österreichs nach der Schlacht bei Novara so schlecht vergalt und Kaiser Napoleon, die Unterstützung Österreichs im Krimkriege verleugnend, sich mit Sardinien zum Kriege gegen Österreich rüstete, rief in Wien die schmerzlichsten Empfindungen hervor. Trotz der Leiden und Unbilden der Reaction erfüllte ein warmer patriotischer Geist die Bevölkerung, und als der Ausbruch des Krieges entschieden war, der Kaiser in einem Manifeste (vom 28. April) auf seine vertragsmäßigen Rechte hinwies, fühlte man in tiefster Seele das Österreich zugefügte Unrecht. Schon am 1. Mai 1859 gab der Gemeinderath der gehobenen Stimmung durch die Aufstellung von Freiwilligencorps, zu denen sich Tausende drängten, Ausdruck. Zahlreiche patriotische Gaben an Geld, Wein und Kleidungsstücken flossen für die in's Feld ziehenden Krieger ein. Und trübte ja etwas diese Stimmung, so war es die Furcht, daß durch einen siegreichen Ausgang des Feldzuges eine Besserung der inneren Verhältnisse nicht eintreten würde.

Wer dachte aber ernstlich an eine Niederlage! Hatte Österreich nicht eine Armee, welche in ganz Europa einen hervorragenden Ruf genoss? War nicht die große, ihrer Ausbildung gewidmete Sorgfalt zum großen Theile die Quelle des finanziellen Ruines des Staates? Und stand hinter Österreich nicht ganz Deutschland? Ließ sich erwarten, dass der deutsche Bundestag die Schwächung Österreichs zu Gunsten des napoleonischen Kaiserreiches dulden werde? Doch das Unerwartete traf ein. Österreich verlor in kurzen Zwischenräumen die großen, blutigen Schlachten bei Magenta und Solferino. Es war allein, ohne Bundesgenossen, in das Feld gezogen. Wiewohl die Volksstimmung in ganz Deutschland sich der Unterstützung Österreichs mit den Waffen günstig gezeigt hatte, so hinderte doch Preußen eine rasche Mobilisierung und war nur dann zu einem activen Eintreten bereit, wenn von den Franzosen und Italienern deutsch-österreichisches Bundesgebiet angegriffen würde. Und als nach der Schlacht bei Solferino der Moment einer Unterstützung Österreichs durch Deutschland gekommen zu sein schien, schloss Kaiser Franz Josef I. in Villafranca auf Grund der Abtretung der Lombardie mit Napoleon III. einen Separatfrieden.

Dieser unglückliche Ausgang des Feldzuges wurde von außerordentlichen Folgen für das Reich. Erschüttert war der Glaube und das Vertrauen auf die Machtstellung Österreichs, auf das Geschick seiner Staatsmänner und Generäle und auf die Armee, den laut gepriesenen Schutzwall der Reaction; ja noch mehr, allgemein fühlte man, dass der Verlust der Lombardie auch jenen der übrigen italienischen Provinzen nach sich ziehen müsse, und dass die mit dem Kriege inaugurierte Politik Napoleon's III. zu Gunsten der nationalen Einheitsbestrebungen der Italiener den Bestand Österreichs gefährde, indem nunmehr auch die Ungern und die Slaven in Napoleon III. ihren Schützer und Befreier erblicken würden. Sollte Österreich den Schlag verwinden, so musste es nach der allgemeinen Überzeugung eine Kräftigung in sich selbst, aber auf einem anderen Wege als dem nach 1851 betretenen suchen. In einem Manifeste (vom 15. Juli) hatte der Kaiser bereits thatsächlich die Nothwendigkeit zeitgemäßer Veränderungen in der Gesetzgebung und Verwaltung anerkannt. Einen Monat später (am 21. August) wurde der Minister des Innern Dr. Bach, das gefügige Werkzeug des Hofes und Clerus, seiner Stellung enthoben und Graf Goluchowski, ein Mitglied der nationalgesinnten Adelspartei, zu seinem Nachfolger bestimmt. Mit Bach fielen der Chef der obersten Polizeibehörde, Freiherr von Kempen, und der Handelsminister Ritter von Toggenburg. Zum Ministerpräsidenten ernannte der Kaiser den bei Beginn des Krieges an die Stelle des Grafen

Buol zur Leitung des Auswärtigen berufenen Grafen Rechberg und zum Polizeiminister den früheren Gesandten in Paris, Freiherrn von Hübner, der jedoch schon zwei Monate später angeblich wegen seiner den ungarischen Altconservativen gemachten Zusagen wieder entlassen und durch Hofrath von Thierry ersetzt wurde. Gleichzeitig (20. October) erfolgte die Enthebung des Grafen Grünne, die aus der Umgebung des Kaisers vom Volke am meisten gehasste Persönlichkeit, von seinem Posten als erster Generaladjutant und Chef der Militär-Centralkanzlei.

Wie groß auch die Befriedigung über den Rücktritt einzelner Personen war, so flößten doch die Männer der neuen Regierung in den Wiener Kreisen kein Vertrauen ein. Insbesondere galt dies vom Grafen Goluchowski, den man im Verdachte einer entschieden feindlichen Gesinnung gegen die Deutsch-Österreicher und einer Bevorzugung der Adelsherrschaft hatte. Um die Befürchtungen der gebildeten Kreise wegen einer Schwächung des deutschen Elementes zu zerstreuen, hatte die Regierung gestattet, das Schillerjubiläum (11. November) in Wien öffentlich zu begehen. Selbst der Kaiser gab einen Beweis seiner Verehrung für das Andenken des großen deutschen Dichters, indem er befahl, den Platz, auf dem das neue Hofschauspielhaus erbaut werden würde, mit dem Namen Schillerplatz zu bezeichnen, und sich an die Spitze der Spender zur Schillerstiftung mit einem bedeutenden Beitrage stellte. Als ein politisches Ereignis wurde die schwungvolle Rede des Präsidenten Ritter von Schmerling, des ehemaligen Reichsministers, bei dem Schillerbankette (12. November) gefeiert, der, nach mehrjähriger Zurückgezogenheit von aller Einflussnahme auf die politischen Verhältnisse wieder in die Öffentlichkeit tretend, darin die Zusammengehörigkeit Österreichs mit Deutschland betonte. — Zur Befriedigung der industriellen Kreise wurde am 10. December 1859 ein neues Gewerbegesetz publiciert, durch welches die alten Zünfte beseitigt und eine große Concurrenz unter den Industriellen herbeigeführt werden sollte, und zu derselben Zeit auch das Pressgesetz modificiert.

Zu den Befürchtungen über die Gesinnung der Träger der neuen Regierung kamen Enthüllungen über die Misswirtschaft der früheren Regierung, welche das Entsetzen über die Niederlage bei Solferino weit übertrafen. Auf die finanziellen Kreise hatte schon die Mittheilung der Regierung (11. October), dass die Nationalanleihe von 500 Millionen Gulden um die Summe von 111 Millionen überschritten worden sei, einen tiefen Eindruck gemacht. Zu Anfang des Jahres 1860 verbreiteten sich Gerüchte über große Unterschleife bei der Verpflegung der Truppen im letzten Kriege.

Infolge der angeordneten Untersuchung wurde Feldmarschall-Lieutenant von Eynatten, welcher während des Krieges an der Spitze der Armeeverwaltung stand, in Arrest gebracht, wo er sich erhängte (8. März 1860). Seine Aussagen gaben Veranlassung zur Verhaftung des Directors der Creditanstalt F. Richter und mehrerer angesehener Kaufleute. Aus der Untersuchung gieng hervor, dass Eynatten bei der Überlassung der Lieferungen in der That der Bestechung zugänglich war. Am 22. April 1860 wurde der Finanzminister Freiherr von Bruck in dem Processe Richter als Zeuge vernommen, gleichzeitig aber von dem Kaiser ohne Angabe einer Ursache seines Postens als Minister enthoben. Mächtig ergriffen von dem auf ihm lastenden furchtbaren Verdachte einer Mitschuld entleibte sich Freiherr von Bruck. Kurz vorher hatte sich der in Ungarn hochverehrte Graf Stephan Szechenyi infolge einer bei ihm abgehaltenen Hausuntersuchung, wozu der Verdacht einer hochverrätherischen Correspondenz mit unzufriedenen Ungern Anlass gab, in der Irrenanstalt in Döbling erschossen. Man stand vor einem tief gähnenden Abgrunde, aus dem die Saat des schwärzesten Misstrauens emporwucherte.

Unter diesen Erscheinungen schwerer Krankheit des Staatsorganismus trat am 31. Mai 1860 der verstärkte Reichsrath mit der Aufgabe zusammen, die Finanzen zu controlieren und wichtige Entwürfe in Sachen der allgemeinen Gesetzgebung und Vorlagen an die Landesvertretungen zu berathen. Saßen auch Männer in seiner Mitte, von deren freisinnigen, muthigen Haltung eine rücksichtslose Beurtheilung und Ergründung der Schäden des Staatswesens zu erwarten war, so zeigte sich doch bald die mächtige Erstarkung des nationalen Geistes unter den Parteien, welche, die Grenzen ihrer legislativen Thätigkeit überschreitend, an den Grundlagen des einheitlichen Staatswesens rüttelten. Die Ungern verwahrten sich gleich in der ersten Sitzung, dass ihre Anwesenheit im Reichsrathe dahin missdeutet werden könnte, als ob sie als Repräsentanten ihrer Nation erschienen seien. Die böhmischen Feudalen, mit dem Grafen Heinrich Clam-Martinitz an der Spitze, stellten in diesem Reichsrathe zuerst den Begriff der historisch-politischen Individualitäten Österreichs auf und in gleichem Sinne ließen sich auch die Croaten und Polen vernehmen. Nur die Deutsch-Österreicher hielten an der von K. Franz Josef I. bei seinem Regierungsantritte proclamierten Staatseinheit unverbrüchlich fest und wollten zur Kräftigung der letzteren eine gewählte, alle Theile des Reiches wie einen goldenen Reif umschließende Volksvertretung, der das Gesetzgebungsrecht im ausgedehnten Maße zustand. Sie

wollten ein constitutionelles Österreich, in welchem die Sonderrechte der einzelnen Länder nur insoweit Berücksichtigung finden sollten, als es das Gesammtwohl des Reiches vertrug. Aber es war damals noch nicht gestattet, das Wort Verfassung auszusprechen, ohne sich nicht des Verdachtes eines Revolutionärs auszusetzen, und als Maager aus Siebenbürgen den Antrag stellen wollte, die Versammlung möge den Kaiser um Verleihung einer Repräsentativverfassung für den Gesammtstaat bitten, entzog ihm der Präsident unter dem Vorwande das Wort, dass die Berathung über einen solchen Gegenstand die Befugnisse der Versammlung überschreite.

Der patriotische Geist der Deutsch-Österreicher wurde bei Hofe, weil man in dem gleichzeitigen Verlangen nach constitutionellen Staatseinrichtungen einen Angriff auf die Rechte der Krone erblickte, nicht gewürdigt, sondern die Einflüsse jenes Theiles des ungarischen, böhmischen und polnischen Adels, der nach der Wiedergewinnung der historischen, staatsrechtlichen Stellung der einzelnen Länder strebte, mit dem Vorgeben, dass darin eine bessere Bürgschaft für die Anhänglichkeit der Völker an ihre Dynastie liege, erwiesen sich stärker. So kam es, dass der Kaiser am 20. October 1860 die Grundzüge einer neuen Verfassung verkündigte, welche, wie es darin hieß, sowohl dem geschichtlichen Rechtsbewusstsein, der bestehenden Verschiedenheit der Königreiche und Länder als auch den Anforderungen ihres untheilbaren und unzertrennbaren Verbandes gleichmäßig entsprechen wollte. Den Ungern wurde ihre frühere Verfassung, soweit sie mit der Einheit des Reiches verträglich gefunden wurde, zurückgegeben, den übrigen Kronländern wurden Landesstatute in Aussicht gestellt. Die gemeinsamen Angelegenheiten sollten in und mit einem Reichsrath verhandelt werden, dessen Mitglieder der Kaiser ernannte. Mit der Kundmachung des Octoberdiploms traten zugleich wichtige Änderungen in der Organisation der Centralbehörden ins Leben. Die Ministerien des Innern, der Justiz und des Unterrichtes wurden aufgehoben, die ungarische und siebenbürgische Hofkanzlei wieder hergestellt und die oberste Leitung der politisch-administrativen Angelegenheiten einem Staatsminister übertragen. Zum letzteren ernannte der Kaiser den Grafen Goluchowski und zum ungarischen Hofkanzler Baron Vay.

Das Octoberdiplom hat in Wien sogleich nach seiner Verkündigung einen ungünstigen Eindruck gemacht. Allgemein fasste man dasselbe als einen entschiedenen Rückschritt, als einen Sieg der feudalen Adelspartei des verstärkten Reichsrathes auf. Mit Besorgnis sah man dem

Wiederaufleben der nationalen und politischen Ansprüche, vorzugsweise der neuerdings eingeräumten Sonderstellung Ungarns, Croatiens und Siebenbürgens entgegen. Nicht geringe Überraschung bereitete es auch, dass Baron Bay, der Freund des standrechtlich erschossenen Grafen Batthyanyi, der ehemalige Flüchtling und Vorkämpfer der ungarischen Protestanten, den Platz eines ungarischen Hofkanzlers einnahm. Eine trübe, unheimliche Stimmung verbreitete sich über die Hauptstadt. Als am Tage der Verkündigung des Diploms (21. October 1860) der Kaiser zu einer Zusammenkunft mit dem Kaiser von Russland und dem Prinz-Regenten von Preußen nach Warschau abreiste, wozu die beunruhigenden Vorgänge in Italien und die Stellung Englands und Frankreichs zu derselben die Veranlassung bot, sprach sich deutlich die Stimmung der Bevölkerung aus. Der Versuch, die Straßen zu beleuchten, durch welche der Kaiser zum Nordbahnhofe fuhr, misslang und still und schweigsam verhielt sich die auf den Straßen versammelte Menge bei dem Erscheinen des Monarchen. Noch größer war aber die Enttäuschung nach der bald darauf erfolgten Veröffentlichung der Landesstatute, die, auf dem Principe der Stände fußend, dem Adel und Clerus einen unverhältnismäßigen Antheil an den Berathungen einräumten. Die vollständige Verleugnung der hervorragenden Stellung des Bürgerthums in der Vertretung rief den bittersten Spott hervor.

So schlimm war der Eindruck des Octoberdiploms und der Landesstatute nicht nur auf Wien, sondern auch auf die bürgerlichen Kreise in den Kronländern, und so eindringlich sprachen sich hochstehende, wahrhaft patriotische Männer über dessen schädliche Wirkung für das Reich aus, dass schon wenige Wochen nach Veröffentlichung der Landesstatute eine neue Wendung in der inneren Politik eintrat und Graf Goluchowski seine Entlassung erhielt. Am 17. December 1860 berief der Kaiser den Präsidenten des Oberlandesgerichtes, Anton R. von Schmerling, zum Staatsminister. Diese Berufung eines von den Liberalen gefeierten Mannes zur Leitung der inneren Politik bedeutete den vollständigen Bruch mit der national gesinnten Adelspartei, die Begründung freisinniger, constitutioneller Einrichtungen und die Rückkehr zur Verwirklichung des österreichischen Staatsgedankens.

Gleich bei seinem Amtsantritte gab Schmerling in einem Rundschreiben an die Statthalter sein Programm bekannt (23. December 1860). Er erklärte darin, dass in den Landesstatuten das Princip der Interessenvertretung, das Recht der Initiative, sowie die Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen zum Ausdrucke gelangen und der Reichsrath alle Attribute einer parlamentarischen Körperschaft erhalten werde. Er anerkannte das Bedürfnis, die

Presse von ihren Fesseln zu befreien, versprach die berechtigte öffentliche Meinung in sich aufzunehmen und erklärte sich bereit, die möglichste Autonomie den einzelnen Ländern einzuräumen. Durch seinen berühmt gewordenen Ausspruch: „Wissen ist Macht“ gab er ganz entgegen seinem Vorgänger Goluchowski, der die Macht der Wissenschaft entgegengestellt hatte, seine Absicht zu erkennen, beim Aufbau des constitutionellen Österreichs auf die Unterstützung der Intelligenz zu zählen. Zwei Monate darauf, am 26. Februar 1861, trat die neue Reichsverfassung ins Leben, womit Österreich abermals in die Reihe der constitutionellen Staaten trat.

Unter dem Schirm der Februarverfassung und der sich daran knüpfenden politischen Reformen entfaltete sich in Wien ein reges Leben. Nach den verlebten düsteren Tagen bot die Zukunft ein freundlicheres Bild. Man hoffte, dass es der Reichsvertretung gelingen werde, alle am Mark des Staates zehrenden Schäden zu beseitigen und durch die erwärmenden Lichtstrahlen der Freiheit, der Wissenschaft, des Rechtes und der Bildung die Keime der Volkskraft zur Blüte zu bringen. Zunächst wandte sich alle Aufmerksamkeit den Gemeindeverhältnissen zu. Schon Goluchowski hatte das Wiener Gemeindestatut vom 6. März 1850 in volle Kraft gesetzt und auf dessen Grundlage Neuwahlen angeordnet. Durch diese hofften die Liberalen den Charakter des Gemeinderathes vollständig zu verändern, nur solche Männer in die Versammlung zu bringen, welche für ihre constitutionelle Gesinnung, ihre Freisinnigkeit und Unabhängigkeit und ihre strenge Wahrung der Gemeinde-Autonomie Bürgschaft gaben. Der neue Gemeinderath sollte aber auch gründlichen Reformen auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung Bahn brechen und das in Angriff genommene Werk der Stadterweiterung in einem Geiste weiter entwickeln, wodurch Wien unabhängig von allen politischen Verhältnissen den Rang und die Bedeutung einer Großstadt zu behaupten im Stande wäre.

Inmitten der freudigen Bewegung, die sich nach Verkündigung der Februarverfassung in allen Kreisen kundgab, fanden die Gemeinderathswahlen statt. Von den Mitgliedern des alten Gemeinderathes wurden nur jene wiedergewählt, welche durch ihre Geschäftstüchtigkeit unentbehrlich schienen. Eine Reihe hervorragender, durch ihre politische wie ihre sociale Stellung ausgezeichneter Männer bewarb sich im Interesse des Aufschwunges der Stadt um ein Mandat zum Eintritte in diese Versammlung. Zugleich traten auch solche Männer in das öffentliche Leben, die sich während der Reactionsperiode hievon zurückgezogen hatten. Am 9. April 1861 constituierte sich unter dem Alterspräsidium des Freiherrn J. von Czapka die

Versammlung, welchen die Wähler der inneren Stadt in den Gemeinderath berufen hatten, um ihm eine Genugthuung für die in den Märztagen erlittenen Unbilden zu geben. Freiherr von Seiller hatte jede Wiederwahl abgelehnt und sich in das Privatleben zurückgezogen. Am 16. Juni 1861 wählte der Gemeinderath Dr. Andreas Zelinka zum Bürgermeister, den Gegencandidaten Seiller's bei der Bürgermeisterwahl im Jahre 1851.

Eine noch mächtigere Bewegung wie die Wahlen in den Gemeinderath riefen jene in den Landtag hervor, wesentlich infolge des Umstandes, dass aus den Landtagen die Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes hervorgehen sollten. Wien gab dem Staatsminister v. Schmerling einen glänzenden Beweis des Vertrauens, indem es ihn fast einstimmig in den Landtag gewählt hatte. Am 1. Mai 1861 eröffnete der Kaiser den Reichsrath mit einer Thronrede, welche in den deutsch gesinnten Kronländern, insbesondere in Wien, mit Begeisterung aufgenommen wurde. Dass die Ungern im Reichsrathe nicht erschienen, trübte nicht die Stimmung, in der Überzeugung, dass es der staatsmännischen Umsicht, dem beharrlichen Festhalten des Kaisers und des Ministeriums an den Grundgesetzen gelingen werde, den Widerstand der Ungern zu brechen, zudem diese ja nach damaliger Anschauung ihre Rechte auf die volle Wiederherstellung der 1848er Verfassung durch die Revolution unwiderruflich verwirkt hatten.

Aus dem Schoße des Wiener Gemeinderathes gieng der Gedanke hervor, den Jahrestag der Verkündigung der Februarverfassung (26. Februar 1862) festlich zu begehen. Im Dome von St. Stephan wurde ein Tedeum abgehalten. Eine Deputation sprach dem Kaiser für die Verleihung der Verfassung den Dank aus und die Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrathes erhielten das Ehrenbürgerrecht. Abends war Freitheater und und im Opernhause eine glänzende Festvorstellung. Dieselbe Feier wurde auch in den Jahren 1863 und 1864 abgehalten und durch Bankette erhöht. Im Hinblick auf den Geber der Verfassung veranstaltete der Gemeinderath im Jahre 1863 am Geburtstage des Kaisers (18. August) ein großes Volksfest im Prater, welches vom Jahre 1864 an zugleich die Bedeutung eines Verfassungsfestes erhielt, damit sich dem Volke der Wert und die Bedeutung des Februarpatentes einprägte. Mit Rücksicht auf die Jahreszeit, welche die Theilnahme weiterer Kreise an dem Verfassungsfeste nicht zuließ, sollte der 26. Februar von nun an nur mehr durch eine kirchliche Feier begangen werden.

Dem Kaiser, der freiwillig zu einer Theilung seiner Rechte mit dem Volke die Hand geboten, gab aber der Gemeinderath noch andere Beweise

seiner Loyalität. Als am 14. August 1862 die Kaiserin aus dem Bade Kissingen, wo sie nach langem Leiden wieder ihre Gesundheit erlangt hatte, in die Hauptstadt zurückkehrte, bereitete ihr der Gemeinderath einen festlichen Empfang. Bürgermeister Dr. Zelinka beglückwünschte sie an der Spitze des Gemeinderathes und Magistrates auf dem Bahnhofe in Penzing; abends waren Stadt und Vorstädte glänzend beleuchtet und, um den Theilnehmern des dritten deutschen Juristentages, welche in diesen Tagen (24. bis 29. August) in Wien versammelt waren, die warme Theilnahme der Hauptstadt an den Geschicken des Kaiserhauses zu zeigen, wurde das Fest der Genesung der Kaiserin vom Gemeinderathe durch einen großartigen Fackelzug gefeiert (25. August). Fast sämmtliche Vereine und Genossenschaften, die Universität, das Polytechnikum, die Akademie der Wissenschaften und andere Institute, im ganzen mehr als 10.000 Menschen, nahmen an dem Zuge theil, der sich von der Stiftskaserne nach Schönbrunn durch volle zwei Stunden bewegte.

Am 13. August 1863 reiste der Kaiser zu dem von ihm nach Frankfurt einberufenen Fürstentage, an dessen Ergebnis die weitgehendsten Hoffnungen geknüpft wurden. Während des großen Volksfestes im Prater am Geburtstage des Kaisers hatte Bürgermeister Dr. Zelinka ein Telegramm nach Frankfurt gerichtet, worin er dem Monarchen im Namen der Bevölkerung ein Hoch zusandte und die besten Wünsche zum Gelingen des begonnenen großen Werkes aussprach. Als der Kaiser am 4. September nach Wien zurückkehrte, empfieng ihn der Gemeinderath auf dem Westbahnhofe mit Jubel und dankte ihm für seinen hochherzigen Entschluss, die Einigung aller deutschen Stämme angestrebt zu haben. Wie im Triumphe zog der Kaiser durch die festlich geschmückten Straßen in die Burg ein. Abends producierten sich auf den größeren Plätzen Musikbanden, die Theater spielten bei freiem Eintritt und Stadt und Vorstädte sowie die Anhöhen der Umgebung waren beleuchtet.

Diese schwungvolle deutsch-patriotische Stimmung kam in diesem Jahre auch bei dem Entwicklungsgange der schleswig-holstein'schen Frage zum Ausdrucke, welche sich in die weitesten Kreise verpflanzt und den Gemeinderath bestimmt hatte, zu Gunsten der verfassungsmäßigen Rechte Schleswig-Holsteins an den Kaiser eine Adresse zu richten, welche am 7. December 1863 durch eine Deputation überreicht wurde. Der Kaiser zeigte sich aber diesmal sehr ungehalten über die Einmengung des Gemeinderathes in Fragen der auswärtigen Politik und erwiderte dem Bürgermeister, dass der Gemeinderath besser thun würde, anstatt Politik zu treiben, der Zerfahrenheit in der

Verwaltung ein Ende zu machen. Diese Missbilligung der Thätigkeit der Gemeindevertretung rief eine bedeutende Aufregung hervor. Am 15. December erbat sich der Bürgermeister eine neue Audienz beim Kaiser, worin er das erfolgreiche und patriotische Wirken der Gemeindevertretung rechtfertigte, und wiewohl der Kaiser erklärt hatte, dass ihm dasselbe bekannt sei, so ließ er doch nicht unerwähnt, dass ihn verschiedene Vorfälle sehr unangenehm berührt hätten. Die Waffenthaten der österreichischen Truppen in Schleswig versetzten übrigens die Wiener bald wieder in eine gehobene Stimmung. Mit Enthusiasmus wurden die am 19. Februar 1864 in Wien eingetroffenen Siegestrophäen begrüßt, als Symbol des alten Waffenruhmes, der auf den Schlachtfeldern in Italien (1859) verdunkelt worden war, und glänzende Ovationen bereiteten die Wiener den am 30. November 1864 aus Schleswig-Holstein siegreich zurückgekehrten Truppen und deren Führer Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn von Gablenz.

In den politischen Kreisen der Hauptstadt konnte man indes über diese Vorgänge die Enttäuschung über die Entwicklung der inneren Zustände nicht vergessen. Durch drei Jahre war die Verfassung in Kraft, ohne dass es der Regierung gelungen war, sie in allen Theilen des Reiches zur Anerkennung zu bringen und den „engeren Reichsrath“ zu erweitern. Wohl wurden im Jahre 1863 die Siebenbürger zum Eintritt in den Reichsrath bewogen, dafür standen sich Deutsche und Czechen in Böhmen schroff gegenüber, und die hervorragendsten Mitglieder der letzteren schieden, gleichfalls im Jahre 1863, aus dem Abgeordnetenhause. Damit hatten sich auch die leisen Hoffnungen auf eine Anerkennung der Februarverfassung von Seite der Croaten und eine Isolierung der Ungern wieder verringert. Auch im Schoße der deutsch-österreichischen Partei des Abgeordnetenhauses war eine Spaltung eingetreten, welche deren Gewicht bedeutend schwächte. Eine Fraction derselben, die sogenannten Autonomisten, wollten durch eine Vergrößerung der Länderautonomie die Ungern, Croaten und Czechen versöhnen, wogegen sich Schmerling und die Centralisten entschieden sträubten, von dem Standpunkte ausgehend, dass die Klagen und Beschwerden über Mangel an Länderautonomie nur ein Schild seien, hinter dem die staatsrechtliche Opposition ihre Secessionsbestrebungen verberge. Schmerling beharrte starr und fest auf der Forderung, dass die Opposition eher in den Reichsrath treten müsse, bevor er zu einer Umgestaltung der Februarverfassung die Hand biete. Nebst dieser Verschiedenheit in den Anschauungen über die Herstellung des inneren Friedens zeigte sich der Reichsrath noch aus anderen Gründen über das Ministerium tief verstimmt. Seine Be-

strebungen zur Herstellung einer geregelten Finanzlage stießen fortwährend auf Schwierigkeiten, besonders dann, wenn es galt, Ersparungen im Armeebudget zu erzielen. Der Reichsrath wollte aber auch auf anderen Gebieten eine dauernde Besserung der öffentlichen Zustände herbeiführen; er strebte zu diesem Zwecke eine Erweiterung seiner Competenz an und drängte das Ministerium zu durchgreifenden Reformen auf den Gebieten der confessionellen Gesetzgebung, der politischen Verwaltung, der Finanzen und der Rechtspflege. Er war nicht von jenem Scheinconstitutionalismus befriedigt, der die Volksvertretung für die den Völkern auferlegten Opfer verantwortlich macht, ohne ihr den gebührenden Einfluss auf die Verbesserung des Staatswesens einzuräumen.

Je heftiger die Angriffe der deutsch-österreichischen Partei im Reichsrathe auf den Staatsminister Schmerling wurden, eine desto größere Thätigkeit entwickelten auch die Föderalisten im Bunde mit den ungarischen Alteonservativen außerhalb des Reichsrathes zu dessen Sturz. Schon zu Ende des Jahres 1864 hatte der Zersetzungsprocess des Ministeriums begonnen, der in dem darauffolgenden Jahre bei der Budgetdebatte im Abgeordnetenhause über die Auslegung des §. 13 der Verfassung zu der schon lange erwarteten Minister- und Verfassungskrise geführt hatte. Voll trüber Ahnungen sah man in Wien derselben entgegen, weil eine grundsätzliche Änderung der Verfassung nur im Sinne des Föderalismus in Aussicht stand und diese nur von schweren Folgen für die Zukunft der Hauptstadt begleitet sein konnte.

Am 5. Juni 1865 hatte sich der Kaiser zur landwirtschaftlichen Ausstellung nach Pest begeben, wo die von dem Minister Grafen Moriz Esterhazy geleiteten Intriguen über das Schicksal des Ministeriums entschieden. Was zu erwarten sei, hatte Schmerling in einer im Herrenhause gegen den Grafen Rechberg gerichteten Rede angedeutet, worin er warnte, stets an den Grundsätzen der staatlichen Zustände zu rütteln und neue Experimente zu versuchen. Zwei Tage nach dem Schlusse der Reichsrathssession — am 29. Juli — verkündigte die „Wiener Zeitung" die Entlassung des Staatsministers v. Schmerling, der Minister Freiherr von Mecsery, v. Plener, Freiherr von Burger, Dr. Hein und Freiherr von Kalchberg, ferners die Ernennung des Grafen Belcredi zum Ministerpräsidenten und provisorischen Staatsminister, des Grafen Larisch zum Finanzminister, des Herrn von Komers zum Justizminister, für „alle nicht zur ungarischen Krone gehörigen Königreiche und Länder" und des Grafen Haller zum siebenbürgischen Hofkanzler. Von den früheren Ministern

blieben nur Graf Mensdorff als Minister des Äußern, Feldzeugmeister v. Franl als Kriegsminister und Graf Moriz Esterhazy als Minister ohne Portefeuille im Amte. Zum ungarischen Hoflanzler waren schon früher Graf Mailath und zum Tavernicus Baron Sennyey — ohne Befragen der Minister — ernannt worden.

Das „Grafen-Ministerium", wie es spöttisch hieß, rechtfertigte nur zu rasch die Befürchtungen der Hauptstadt. Mit den Patente vom 20. September 1865 sistierte der Kaiser das Gesetz über die Reichsvertretung, „bis die Vertretungen der östlichen Königreiche und Länder sich über das Octoberdiplom und über die Februarverfassung ausgesprochen haben würden und auch die legalen Vertretungen der anderen Königreiche und Länder über die ihnen vorgelegten Verhandlungen, falls sie eine mit dem einheitlichen Bestande und der Machtstellung des Reiches vereinbare Modification der erwähnten Gesetze in sich schließen, ihren gleich gewichtigen Ausspruch gethan haben". Es sollte dadurch die staatsrechtliche Neugestaltung des Reiches der freien Vereinbarung der Völker überlassen, die Bahn zur Verständigung frei gemacht und das Princip der Rechtsverwirkung der Völker aufgegeben werden. Bald darauf wurden die Landtage der östlichen und westlichen Königreiche und Länder einberufen und denselben das kaiserliche Rescript zur Berathung vorgelegt.

Die Action der neuen Regierung rief in allen Theilen des Reiches eine gewaltige politische Bewegung hervor. Die Föderalisten jubelten, dass nun der Länderautonomie neuerdings ein weiter Spielraum eröffnet worden sei. Die deutsch-österreichischen Centralisten verdammten die Erschütterung der Rechtsbeständigkeit der Februarverfassung und beantragten die Einberufung des engeren Reichsrathes, welchem die Verhandlungen des ungarischen und croatischen Landtages über eine Änderung der Reichsverfassung vorzulegen sei.

Bevor aber die ganze staatsrechtliche Action der Regierung zum Abschlusse gekommen war, wurden die Gemüther durch die gespannten Beziehungen Österreichs zu Preußen und Italien in große Unruhe versetzt.

Schon zur Zeit der Ministerkrise war der Conflict mit Preußen bei der definitiven Ordnung der schleswig-holstein'schen Herzogthümer so heftig geworden, dass an Kriegsvorbereitungen gedacht wurde. Eine zu Gastein am 14. August 1865 abgeschlossene Convention zwischen Österreich und Preußen führte anscheinend durch eine Theilung der Verwaltung der Herzogthümer Schleswig-Holstein den ganzen Streit zu Ende

und sogar zum Abschlusse einer Allianz. Da trat Ende Jänner 1866 eine neue Wendung ein. Preußen machte Österreich zum Vorwurfe, dass sein Regierungssystem in den Herzogthümern die conservativen Interessen schädige, und es drohte mit dem Abbruche der Allianz. Während der Depeschenwechsel immer gereizter wurde, erfuhr man im März 1866, dass in Berlin Verhandlungen über eine Allianz mit Italien gepflogen und die Eventualität eines Krieges mit Österreich ins Auge gefasst wurde. Gleichzeitig mehrten sich auch die Anzeichen von Kriegsvorbereitungen beider Mächte. Diesen Ereignissen gegenüber wurden nun auch in Wien unverhüllt Kriegsvorbereitungen getroffen.

In den politischen Kreisen Wiens erkannte man bald, dass der neuerdings von Preußen heraufbeschworene Conflict nur ein Vorwand war, den Kampf mit Österreich um die Hegemonie in Deutschland aufzunehmen und nach einem glücklichen Ausgange den Einfluss seines Gegners auf die deutschen Angelegenheiten dauernd zu schwächen.

Ungeachtet der Beunruhigung der Gemüther durch die Gestaltung der inneren politischen Verhältnisse war in Wien das patriotische Gefühl so lebendig, dass der bevorstehende Krieg gegen Preußen und Italien lebhaften Sympathien begegnete. Im Vertrauen auf die Bundesgenossenschaft der Mehrzahl der deutschen Staaten, sowie auf die Schlagfertigkeit der Nordarmee unter der Führung des populären Generals Freiherrn von Benedek und der Südarmee unter dem Commando des Erzherzogs Albrecht, sah man mit Zuversicht dem glücklichen Ausgange entgegen, wiewohl bedächtige Männer auf die Gefahr eines Doppelkrieges hinwiesen, dem Österreich nicht gewachsen sei.

Am 7. Juni 1866 begann factisch der Krieg in Deutschland mit dem eigenmächtigen Einrücken der Preußen in Holstein; am 16. Juni drang Preußen durch Sachsen gegen Böhmen vor. Am 21. Juni erklärte Preußen, am 23. Juni Italien Österreich den Krieg.

Während die Preußen mit überraschender Energie ihre Bewegungen vollzogen und am 24. Juni bereits an mehreren Punkten in Böhmen und Schlesien eindrangen, verhielt sich die österreichische Nordarmee ruhig und unbeweglich in ihrer Aufstellung. Ebenso rasch waren die militärischen Bewegungen der italienischen Armee, denen aber durch den glänzenden Sieg des Erzherzogs bei Custozza (24. Juni), welcher das Schicksal des ganzen Feldzuges zu Gunsten Österreichs entschied, rasch Einhalt gethan wurde.

Die Freude über diesen großen militärischen Erfolg des Sohnes des Helden von Aspern, wurde durch den unglücklichen Gang des Krieges in Böhmen getrübt. Nach einer Reihe von Gefechten mit den Preußen, die für

unsere Armee keinen befriedigenden Ausgang genommen hatten, fand am 3. Juli die große Schlacht bei Königgrätz statt, welche mit einer vollständigen Niederlage, einer wilden, verzweiflungsvollen Flucht der österreichisch-ungarischen Armee endete. Eine düstere, kaum zu schildernde Stimmung griff nach dem Unglückstage bei Königgrätz um sich. Jene, die vor wenigen Tagen noch von stolzen, siegesbewussten Hoffnungen erfüllt waren, überboten sich an Verzagtheit und Jammer; sie schrieen von Verrath, häuften schonungslos Anklagen auf die Regierung und die Armeeführung und verzweifelten an dem ferneren Bestande des Reiches. Vergebens machte die Regierung alle Anstrengungen, den gesunkenen Muth zu heben, indem sie Einleitungen zur Aufstellung einer neuen Armee machte, den Erzherzog Albrecht zum Obercommandanten aller operierenden Armeen berief und durch Vermittlung des K. Napoleon III. Friedensverhandlungen mit Preußen und Italien einleitete, die jedoch vorläufig keinen Erfolg hatten. Beide Mächte erklärten nur auf Grund von Friedenspräliminarien einen Waffenstillstand abschließen zu wollen.

Während der Verhandlungen bewegte sich die preußische Armee in Eilmärschen vorwärts. Nachdem sie sich in den Besitz der Hauptstädte Prag und Brünn gesetzt, rückte die Hauptarmee gegen Wien vor. Am 14. Juli überschritt sie die Grenze Niederösterreichs und am 20. Juli standen ihre Vorposten bereits vor Korneuburg. Ein Theil derselben setzte sich gegen Ungarn in Bewegung, wo zur Insurgierung des Landes ein Freicorps unter General Klapka in der Bildung begriffen war. Das Vorrücken gegen Preßburg hatte nämlich den Zweck, der österreichischen Nordarmee, deren Trümmer sich bei Olmütz gesammelt hatten, den Weg nach Wien zu versperren und deren Vereinigung mit der österreichischen Südarmee zu verhindern. Inmitten dieser schweren Bedrängnis traf aus dem Süden die Nachricht von einer Heldenthat der österreichischen Marine ein. Viceadmiral Tegetthoff hatte am 20. Juli bei Lissa die italienische Marine total geschlagen.

Unter dem Eindrucke der Kriegsereignisse machte der Geist des Pessimismus unter der Bevölkerung rasche Fortschritte. Schon das Gerücht, dass die Regierung die Absicht habe, die Stadt in Vertheidigungszustand zu setzen, wiewohl sie nur die Errichtung eines verschanzten Lagers bei Floridsdorf zum eventuellen Stützpunkte einer geschlagenen Armee in Aussicht genommen hatte, rief eine große Bemruhigung hervor. Als nach der Schlacht bei Königgrätz die Gefahr einer preußischen Invasion nahe rückte, die Regierung Vorkehrungen traf, den Preußen im Falle des Scheiterns der eingeleiteten Friedensverhandlungen vor Wien eine zweite Schlacht anzubieten, Gerüchte über die Verhängung des Belagerungszustandes und die

Sistirung der Thätigkeit der kaiserlichen Behörden verlauteten und Vorbereitungen zum Transporte der Archive, der Kunstschätze und der Staatscassen nach Komorn getroffen wurden, da bemächtigte sich der Bevölkerung der Hauptstadt eine starke Erregung und von einzelnen Unbesonnenen waren selbst Demonstrationen zu Gunsten der Preußen zu besorgen.

Von der großen Aufregung gaben auch die vom Gemeinderathe unternommenen Schritte Zeugnis. Es kostete dem Bürgermeister Anstrengungen, die Einbringung des Antrages zur Überreichung einer Adresse an den Kaiser zu verhüten, welche die Einberufung eines deutschen Reichsparlamentes und die Entlassung des Ministeriums verlangt hatte. Als die Absicht der Armeeleitung bekannt wurde, den Landsturm aufzubieten, Wien gegen das Eindringen des Feindes zu vertheidigen und die Bevölkerung den Folgen einer eroberten Stadt preiszugeben, nahm Bürgermeister Dr. Zelinka an der Spitze einer Deputation des Gemeinderathes bei dem Kaiser Audienz, worin er der herrschenden Stimmung Ausdruck gab. Die Zusicherung des Kaisers, Wien als offene Stadt behandeln, die Behörden auf ihren Posten belassen und bis zum letzten Augenblicke inmitten der Bürger ausharren zu wollen, wirkten beruhigend. Weniger hatte dessen ganz allgemeine Zusicherung befriedigt, dass er seinerzeit die staatsrechtlichen Fragen nur auf constitutionellem Wege lösen wolle. Deshalb beschloss der Gemeinderath am 17. Juli die Überreichung einer neuen Adresse, worin die politischen Wünsche der Hauptstadt noch eindringlicher vorgebracht wurden. Es machte aber auf den Kaiser einen schlimmen Eindruck, dass die Vertreter der Hauptstadt, während der Feind vor der Stadt stand, sich mit solchen Forderungen beschäftigten und tadelnd erwiderte er auf die ihm dargebrachten Loyalitätsbezeigungen der Gemeindevertretung, dass die Thaten auch den Worten entsprechen mögen. Darüber in hohem Grade bestürzt, wurde der Bürgermeister am 24. Juli gedrängt, in einer dritten Audienz die stets bewährte patriotische Haltung des Gemeinderathes und der Bevölkerung dem Kaiser gegenüber zur Geltung zu bringen*), worin der Kaiser beschwichtigend entgegnete, dass er in die Opferwilligkeit und den Patriotismus der Wiener Bevölkerung niemals Zweifel gesetzt habe. Zwei Tage später (26. Juli) wurde über Wien und Niederösterreich der Ausnahmszustand verhängt, welchen die Regierung mit

*) Die ganzen Vorgänge bezüglich dieser merkwürdigen Audienz, insbesondere in Bezug auf die vom Bürgermeister Dr. Zelinka gesprochenen Worte, bedürfen noch im historischen Interesse einer Klarstellung. Ich muss dies ausdrücklich bemerken, weil mir eine Version bekannt ist, die von allen bisher über diese Vorgänge in die Öffentlichkeit gelangten Darstellungen abweicht. D. V.

dem Hinweise auf die in Wien vorhandenen, zu Unruhen geneigten Fremden begründete.

Inzwischen war es nach langen Verhandlungen, unter dem Eindrucke des glänzenden Sieges der österreichischen Flotte unter Viceadmiral Tegetthoff bei Lissa, am 22. Juli zu einer fünftägigen Waffenruhe mit Preußen gekommen, welcher am 27. Juli zu Nikolsburg die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien mit Preußen und am 12. August 1866 zu Cormons jene mit Italien gefolgt war. Die Friedenstractate selbst wurden am 19. August 1866 zu Prag mit Preußen und am 3. October in Wien mit Italien abgeschlossen.

Durch diese Friedensschlüsse wurde die historische Stellung Österreichs tief erschüttert, indem es seine frühere mächtige Stellung in Deutschland verlor. Preußen trat an die Spitze eines aus den Staaten Norddeutschlands zusammengefügten Bundes und behielt sich vor, mit den süddeutschen Staaten, unter Ausschluss der deutsch-österreichischen Provinzen, in eine ähnliche festgeschlossene Verbindung zu treten. An Italien trat Österreich Venetien ab, so dass nunmehr das ganze lombardisch-venetianische Königreich verloren gegangen war. Unter den Friedensbedingungen empfanden die Deutschen in Österreich am schmerzlichsten die Lostrennung von ihren Stammesgenossen, mit denen sie seit Jahrhunderten politisch und culturell enge verbunden waren und sie besorgten, dass die neugeschaffene Lage des Staates ihre bisherige Stellung gefährden und einen schweren Kampf mit den übrigen Nationalitäten heraufbeschwören werde. Die Gestaltung eines magyarisch-slavischen Österreichs, deren Schwerpunkte nach Pest und Prag fielen, bildete das Schreckbild, welches den Deutsch-Österreichern aus den verworrenen Zuständen entgegentrat. Die größte Entmuthigung rief der Prager Friedensschluss in Wien hervor, indem durch denselben dessen materielle wie geistige Fortentwicklung bedroht wurde.

Über die Grundlagen einer politischen Neugestaltung des Reiches giengen in den politischen Kreisen der Deutsch-Österreicher die Anschauungen auseinander. Die verfassungstreuen Centralisten hielten nach wie vor an einer einheitlichen Reichsverfassung fest. Jene, die schon unter dem Ministerium Schmerling die Verständigung mit Ungarn und die Kräftigung der Autonomie der Länder angestrebt hatten, drangen nunmehr im Wege einer Verständigung der Deutschen mit Ungarn auf eine dualistische Umänderung der Staatsform. Alle Parteien waren aber darin einig, dass zu einer Abänderung der Reichsverfassung nur der zurecht bestehende Reichsrath berechtigt sei.

Während der lebhaften Discussionen bewahrte das Ministerium seine bisherige schweigsame Haltung und sprach sich nur in seinen Organen entschieden gegen die Anschauungen der Centralisten aus. Nach den Friedensschlüssen trat der Kaiser in die vom Feinde am schwersten betroffenen Provinzen zur Kräftigung des patriotischen Muthes und zur Linderung der Noth und des Elendes eine Reise an. Schon während seines Aufenthaltes in Prag vollzogen sich Ereignisse, welche auf bedeutsame Änderungen in der inneren und äußeren Politik hinwiesen. Der Kaiser ernannte den früheren sächsischen Minister Freiherrn von Beust zum Minister des Auswärtigen, den Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn von John, Generalstabschef des Erzherzogs Albrecht im letzten italienischen Kriege, zum Kriegsminister und enthob den Grafen M. Esterhazy seiner Stellung als Minister ohne Portefeuille. Ohne dass man noch die ganze Bedeutung dieser Ernennungen kannte, machten letztere in der Reichshauptstadt einen günstigen Eindruck, der sich in dem herzlichen, festlichen Empfange des Kaisers bei seiner am 9. November 1866 erfolgten Rückkehr aussprach.

Mit großer Spannung sah man nun der weiteren Entwicklung der Verhältnisse entgegen, deren Schwerpunkt in den in allen Theilen des Reiches einberufenen Landtagen lag. Sowie die Verfassungspartei der österreichischen Erblande, legte auch der ungarische Landtag in sehr entschiedenen Worten das Hauptgewicht auf die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Nur die Czechen, Polen und Slovenen demonstrierten gegen diese Auffassung und drückten dem Ministerium ihre Sympathien aus. Noch immer sträubte sich der Kaiser gegen eine Einberufung des Reichstages auf Grund der Februarverfassung und bemühte sich zunächst, einen Ausgleich mit Ungarn anzubahnen, zu welchem Zwecke sich Ende December 1866 Minister Freiherr von Beust nach Pest begab und dort mit Deak, Graf Andrassy, Baron Eötvös und anderen Parteiführern Verhandlungen pflog. Nach deren Beendigung berief der Kaiser am 2. Jänner 1867 zur Berathung der Verfassungsfrage eine außerordentliche Reichsversammlung für die erbländischen Provinzen ein, in welche die auf Grund von Neuwahlen tagenden Landtage ihre Vertreter entsenden sollten. Mit aller Entschiedenheit verharrte aber die Verfassungspartei auf ihrem Rechtsstandpunkte und sie beschloss mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, dass die erbländischen Landtage gegen die Beschickung einer außerordentlichen Reichsrathsversammlung und für die Einberufung des legalen Reichsrathes sich erklärten.

Bei den Wahlen in Wien siegten in allen Bezirken Anhänger der Februarverfassung und nur im Bezirke Margareten wurde der Demokrat

Steudel gewählt, welcher mit seinen Gesinnungsgenossen, den „Deutsch-Föderalen", die Wiederherstellung der Reichsverfassung vom Jahre 1849 verlangt hatte. Im gleichen Sinne fielen die Wahlen in den deutsch-erbländischen Ländern aus, wogegen in Böhmen, Polen und Krain die Nationalen siegten.

Auf die Regierungskreise blieb das Festhalten der Deutschen an der Februarverfassung und deren Weigerung in den außerordentlichen Reichsrath einzutreten, nicht ohne tiefen Eindruck. Als es sich darum handelte, die mit Ungarn getroffenen Vereinbarungen der Reichsvertretung der deutsch-slavischen Länder zur Modification der Verfassung vorzulegen, vertrat Freiherr von Beust im Ministerrathe die Auffassung der deutschen Verfassungspartei, und als auch die übrigen Mitglieder des Ministeriums diese Ansicht theilten, gab der Staatsminister Graf Belcredi seine Entlassung, die der Kaiser am 7. Februar 1867 genehmigte. An dessen Stelle übernahm provisorisch die Leitung des Staatsministeriums Freiherr von Beust und Freiherr von Becke die Leitung des Finanzministeriums. Die weitere Folge war, dass der Kaiser die für den 18. Februar 1867 einberufenen Landtage zur Vornahme der Wahlen in den ordentlichen Reichsrath aufforderte. Gleichzeitig anerkannte der Kaiser den Ungern gegenüber die Rechtsgiltigkeit ihrer Verfassung und berief ein verantwortliches ungarisches Ministerium, an dessen Spitze Graf Julius Andrassy trat. Wenige Tage später wurde das Staatsministerium aufgehoben und an dessen Stelle ein Ministerium des Innern für die Länder der westlichen Reichshälfte eingesetzt.

So vollzog sich die dualistische Gestaltung des habsburgischen Reiches, d. h. die Theilung in zwei gleich große Reichshälften, von denen jede in Bezug auf Verfassung und Verwaltung selbständig wurde und als deren gemeinsames Band nur mehr die Dynastie, das Auswärtige, die Armee, die Staatsschulden und einzelne handelspolitische Angelegenheiten verblieben. Es gab kein einheitliches Österreich mehr, sondern ein Österreich-Ungarn, in dem naturgemäß nun auch zwei Reichshauptstädte: Wien und Budapest bestanden, wo der Kaiser und König abwechselnd seinen Sitz hat. Als daher nach dem vollzogenen Ausgleiche am 8. Juni 1867 in Pest die Krönung des Kaisers und der Kaiserin zum König und zur Königin von Ungarn vollzogen wurde, empfand jeder Österreicher die große Bedeutung des Ereignisses für die künftigen Geschicke der habsburgischen Monarchie und mit innerem Widerstreben folgten die Vertreter der Stadt Wien der Einladung, dem Krönungsacte beizuwohnen, weil sie recht wohl fühlten, dass die von den Ungern erkämpfte politische und nationale Gleichberechtigung mit der westlichen Reichshälfte auch den materiellen und geistigen Auf-

schwung der ungarischen Hauptstadt zum Schaden der historischen Stellung der alten Kaiserstadt nach sich ziehen werde.

In der Voraussicht von der ungünstigen Rückwirkung der dualistischen Staatsform auf Wien, beschäftigte daher auch damals ernste, weitblickende Männer im Schoße der Wiener Gemeindevertretung lebhafter wie je der Gedanke, die Zukunft der Stadt gegen die Ungunst der politischen Verhältnisse, so weit es in der Macht der Gemeinde liege, zu sichern. Als die mächtigsten Hebel erkannten sie: eine rasche Förderung aller Institutionen zur Hebung der Bildung und des Volksunterrichtes, der Industrie, des Verkehres und des Handels, der Verschönerung der Stadt und der Verbesserung der Gesundheitspflege.

In der Stimmung des Reichsrathes war bald nach dem Ausgleiche mit Ungarn infolge der schweren finanziellen Belastung der Länder der diesseitigen Reichshälfte und des Bestrebens der Ungern, sich alle Vortheile der errungenen selbständigen Stellung zu sichern, eine wesentliche Änderung eingetreten; es trat die Ansicht hervor, dass nur durch weise Sparsamkeit im Staatshaushalte, durch die Schaffung von freisinnigen Staatseinrichtungen zur Hebung des Nationalwohlstandes der Bevölkerung die Tragung der ihr bevorstehenden schweren finanziellen Lasten erleichtert und durch die Sicherung und Erweiterung der constitutionellen Rechte das Vertrauen und die Zuversicht auf eine bessere Zukunft gehoben werden könne. Von diesem Gesichtspunkte aus befasste sich der Reichsrath mit zahlreichen darauf bezüglichen Gesetzentwürfen, von denen das Grundgesetz über die Reichsvertretung, die Verantwortlichkeit der Minister und über den finanziellen Ausgleich mit Ungarn nach langen Berathungen noch im Jahre 1867 zustande kamen. Größere Schwierigkeiten bereiteten die Sanction der confessionellen Gesetze und das Verlangen des Reichsrathes nach einer Revision des Concordats. Gegen diese Bestrebungen der Reichsvertretung erhoben die Bischöfe der westlichen Reichshälfte in zwei an den Kaiser gerichteten Adressen entschieden Einsprache, welche sie am 1. October 1867 am Hoflager in Ischl überreichten. In der ersten beschuldigten sie die Gegner des Concordats der Förderung der Revolution und warfen dem Wiener Gemeinderathe durch die von ihm beabsichtigte Gründung des Lehrerpädagogiums vor, die Grundsätze der Religion und der Sittlichkeit zu untergraben; die zweite Adresse wendete sich gegen die Loslösung des Einflusses der Geistlichkeit auf den Volksunterricht.

Der Wiener Gemeinderath beschloss die gegen ihn ausgesprochenen Beschuldigungen in einer dem Kaiser zu überreichenden Adresse

zurückzuweisen und stellte sich damit an die Spitze der Gegner des Concordats. Nicht nur in Wien, sondern in allen Theilen des Reiches sah man der Antwort des Kaisers mit um so größerer Spannung entgegen, als nach den circulierenden Gerüchten der Reichskanzler Freiherr von Beust seine Demission angeboten hatte, wenn die Adresse ohne Zustimmung des verantwortlichen Ministeriums beantwortet werden würde.

Am 14. October 1867 überreichte Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Cajetan Felder — in Abwesenheit des beurlaubten Bürgermeisters Dr. Zelinka — dem Kaiser die Adresse, welcher dieselbe mit den Worten entgegennahm, dass er die Adresse seinem Ministerium zumitteln werde, und dass er die Bestrebungen der Gemeinde für die Hebung und Förderung des Volksschulwesens anerkenne. Am darauffolgenden Tage veröffentlichte das Amtsblatt die Antwort des Kaisers auf die Adressen der Bischöfe, worin er deren Ausschreitungen zurückwies, an ihren Patriotismus appellierte und auf seine Pflichten als constitutioneller Monarch hinwies. In ganz Europa wurde diese Haltung des Kaisers gefeiert, vor allem in Wien, wo sie die freudigste Bewegung hervorrief. Hievon gab der enthusiastische Empfang Zeugnis, den die Reichshauptstadt dem Kaiser am 7. November 1867 bei seiner Rückkehr von Paris bereitet hatte.

Noch vor Ablauf dieses Jahres kamen die für die weitere Entwicklung des constitutionellen Lebens wichtigsten Gesetze zustande. Am 15. November 1867 sanctionierte der Kaiser das Vereins- und Versammlungsgesetz und am 21. December die Staatsgrundgesetze, die Gesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, die richterliche Gewalt, die Reichsvertretung, die gemeinsamen Angelegenheiten und die Einsetzung des Reichsgerichtes, welche als die Grundpfeiler constitutioneller Freiheit betrachtet wurden. Wenige Tage nach der Publication dieser freisinnigen Gesetze erfolgte die Neubildung des Reichsministeriums und eines parlamentarischen Ministeriums für die Länder der diesseitigen Reichshälfte. Zu Reichsministern ernannte der Kaiser am 27. December 1867 Freiherrn von Beust (Äußeres), Freiherrn von Becke (Finanzen) und Freiherrn von John (Krieg), an dessen Stelle jedoch schon wenige Tage darauf Feldmarschall-Lieutenant Freiherr von Kuhn trat. Zu Mitgliedern des Ministeriums für die Länder der westlichen Reichshälfte berief der Kaiser am 30. December: Fürst Carlos Auersperg, Graf Taaffe (Landesvertheidigung), v. Plener (Handel), Dr. Karl von Hasner (Cultus und Unterricht), Graf Potocki (Ackerbau), Dr. Karl Giskra (Inneres), Dr. Ed. Herbst (Justiz), Dr. Brestel (Finanzen)

und Dr. J. N. Berger (ohne Portefeuille) — Männer, die an der jüngsten politischen Neugestaltung des Reiches hervorragenden Antheil genommen hatten und durch ihre liberalen Anschauungen die Bürgschaft für ein strenges Festhalten an den Grundsätzen der Verfassung boten.

In den Reihen der Czechen und Ultramontanen rief diese Wendung große Missstimmung hervor, welche in Prag, bei Gelegenheit der Feier der Ernennung Herbst's zum Minister von Seite des deutschen Casinos, in starke Straßenexcesse ausartete. Die Czechen verweigerten den Eintritt in den Reichsrath und die Anerkennung der Staatsgrundgesetze. Nur die Polen schlossen sich der neuen politischen Ära an, in der Hoffnung, dadurch eine Sonderstellung zu erreichen und Galizien polonisieren zu können.

Durch zwei Jahre wirkte das Ministerium Auersperg an der Verjüngung Österreichs. Es gelang ihm die Ausführung der confessionellen Gesetze, trotz der heftigsten Angriffe des päpstlichen Stuhles und des von ihm genährten Widerstandes der Bischöfe und der Ultramontanen, unter dem Jubel der Bevölkerung der Reichshauptstadt, dann die Regelung des zerrütteten Staatshaushaltes durch eine zwangsweise Umwandlung der Staatsschuld in eine fünfpercentige einheitliche Staatsschuld und durch die Erhöhung der Couponsteuer auf zwanzig Percent nach heftigen parlamentarischen Kämpfen; ferner erwirkte dasselbe die Sanction des neuen Wehrgesetzes, der Gesetze über den Volksschulunterricht, über die Ehen zwischen Angehörigen verschiedener christlicher Confessionen, und die Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden, über die Einführung der Schwurgerichte, die Freigebung der Advocatur, die Organisation des Reichsgerichtes, die Presse und die Concessionierung zahlreicher Eisenbahnen im Interesse der Hebung des Verkehrs, Gesetze, welche den Staat auf den Grundlagen des Rechtes und der politischen Freiheit aufbauen, den Verkehr heben und dem Bürgerthum den Schutz zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte gewähren sollten. Bereitwillig folgten die gesetzgebenden Körper der Führung der Regierung. Wenn irgend ein wunder Punkt in dem Verhältnisse der beiden Factoren war, so betraf dies das Verhalten der Regierung gegenüber den Czechen und Ultramontanen, von welchen erstere in Böhmen, letztere in Tirol fortdauernd tumultuarische Demonstrationen hervorriefen. Der Reichsrath forderte, dass die Regierung mit größter Energie gegen deren Ausschreitungen vorgehe, wozu es aber der letzteren am nöthigen Einfluss gebrach. Als der Reichskanzler ohne Einvernehmen mit dem Ministerium mit den Führern der Czechen Verbindungen anknüpfte, um eine Versöhnung herbeizuführen, so trat Fürst Carlos Auersperg, der entschiedenste Vertreter

der Centralisten, im September 1868 aus dem Ministerium und Graf Taaffe wurde zum Ministerpräsidenten ernannt.

Der Gang der äußeren Politik begünstigte die Entwicklung der verfassungsmäßigen Zustände. Österreich anerkannte die durch den Prager Frieden begründete Neugestaltung Deutschlands, enthielt sich jeder Einmischung in die Beziehungen Preußens zu den übrigen deutschen Regierungen und betonte, dass es, ferne von jedem Rachegefühl, sich die Pflege freundschaftlicher Beziehungen angelegen sein lasse. Aus diesem Grunde hatte Österreich im Jahre 1867 das ihm aus Anlass der Spannung zwischen Frankreich und Preußen von K. Napoleon III. bei der Zusammenkunft mit K. Franz Josef I. in Salzburg angebotene Bündnis mit Frankreich zurückgewiesen und alle Verabredungen, die einen offensiven Charakter gehabt hätten, vermieden. Die politischen Kundgebungen der Süddeutschen bei dem in Wien abgehaltenen deutschen Schützenfeste im Jahre 1868, worin sich der stärkste Hass gegen Preußen ausdrückte, schwächte der Reichskanzler Freiherr von Beust durch eine Versöhnungsrede ab. So große Theilnahme der Hof auch dem Schicksale der hannoveranischen Königsfamilie, welche in Wien ihren Sitz aufgeschlagen, entgegengebracht hatte, so duldete die Regierung nicht die Umtriebe der hannoveranischen Flüchtlinge und deren Versuche zur Bildung einer Legion. Eine kluge Zurückhaltung beobachtete Österreich gegenüber den sich vollziehenden Einheitsbestrebungen Italiens, wie sehr auch dieselben dem Reiche für Südtirol gefahrdrohend waren. Den fortdauernden Angriffen der päpstlichen Curie auf die neue confessionelle Gesetzgebung trat die Regierung mit Entschiedenheit entgegen und unterbrach selbst für kurze Zeit den normalen diplomatischen Verkehr.

Wiederholt gab die Gemeindevertretung der Reichshauptstadt ihre Befriedigung über die neue constitutionelle Ära Ausdruck. Wir haben bereits der Stellung der Gemeindevertretung in der Frage der Reform des Volksunterrichtes gedacht. Die Staatsgrundgesetze feierte sie durch die Ernennung des Freiherrn von Beust zum Ehrenbürger (am 27. December 1867). Als am 21. März 1868 das Herrenhaus nach einer stürmischen Debatte seine Zustimmung zu den confessionellen Gesetzen gegeben, wurden Stadt und Vorstädte beleuchtet und dem Minister Dr. Giskra, dem Grafen A. Auersperg, Dr. Edlen von Mühlfeld und anderen Vorkämpfern der Religions- und Unterrichtsfreiheit von der Bevölkerung Ovationen vor ihren Wohnungen dargebracht. Gegen die päpstliche Allocution vom 27. Juli 1868, worin die confessionellen Gesetze verdammt wurden, erhob der Gemeinderath entschieden Protest. Seine liberale Gesinnung bezeugte der

letztere im Jahre 1868 durch das entschiedene Eintreten für das Wahlrecht der Gemeindegenossen bei den Gemeinderathswahlen und im Jahre 1869 durch seine Petition um Einführung directer Reichsrathswahlen.

Die düsteren Sorgen um die zukünftige Stellung der Stadt waren freudigen Hoffnungen gewichen. Voll Zuversicht gieng der Gemeinderath an die Lösung weitgehender Fragen, unter welchen seine Bemühungen zur Vermehrung der Volksbildung einen hervorragenden Platz einnehmen. Als im November 1868 Bürgermeister Dr. Zelinka, ein Mann, der sein Amt unter sehr schwierigen Verhältnissen mit rastloser Mühe und Sorgfalt verwaltet hatte, von allen Bürgern tief betrauert, gestorben war, wählte der Gemeinderath an dessen Stelle den bisherigen ersten Stellvertreter Dr. Cajetan Felder, im Vertrauen auf seine bewährte Thatkraft, seine seltene, umfassende Bildung und in Anerkennung seines hervorragenden Antheiles an den großen Werken der Neugestaltung der Stadt, Eigenschaften, welche derselbe während seiner zehnjährigen Leitung der Gemeindeverwaltung auch glänzend bewährt hatte. Eine bedeutungsvolle Epoche begann für Wien. Während früher die Stadterweiterung nur langsame Fortschritte gemacht hatte, wuchs nun die Baulust in reichstem Maße. Aber auch außerhalb dieses Gebietes war die Baubewegung ungemein rege und mit dieser gieng Hand in Hand ein außerordentlicher Zuwachs der Bevölkerung. Der Kunst und der Wissenschaft wurden neue Stätten, dem Gewerbefleiße, dem Handel und Verkehre neue Bahnen eröffnet, und durch die freie Entwicklung der Association nahm das volkswirtschaftliche Leben einen kaum geahnten Aufschwung. Ungeachtet der schweren Lasten an Steuern hob sich unter den Bürgern wieder der Wohlstand, durch welchen sich aber viele ungeachtet der warnenden Stimmen hinreißen ließen an Börsespeculationen theilzunehmen, anstatt auf dem Wege der soliden Arbeit, durch Intelligenz und Bildung sich Reichthümer zu sammeln.

Mit Vorliebe wählten damals zahlreiche Männer der verschiedensten Lebensberufe Wien zum Sammelpunkte ihrer Besprechungen, denen die Gemeindevertretung stets einen gastlichen Empfang bereitete. Unter diesen war von hervorragender politischer Bedeutung das vom 26. Juli bis 6. August 1868 im Prater abgehaltene dritte deutsche Bundesschießen. Deutsche Schützen aus allen Theilen der Erde strömten nach Wien, um an den Tag zu legen, dass durch den Ausschluss Österreichs aus Deutschland das enge Band der Zusammengehörigkeit der Deutsch-Österreicher mit den übrigen deutschen Stämmen nicht zerrissen wurde und feierten die Kaiserstadt als die feste Vormauer deutscher Cultur. Der erste Vertreter

Wiens, Bürgermeister Zelinka, begrüßte die deutschen Schützen mit dem Gelöbnis, dass Wien seine Liebe zu den deutschen Brüdern für ewige Zeiten in seinem Herzen bewahren werde und Minister Dr. Giskra toastierte bei dem großen Bankette unter enthusiastischem Beifalle auf Deutschland und seine Stämme.

Diese freudige Stimmung in den Reihen der Deutsch-Liberalen war aber nicht von Dauer. Im Reichsrathe begann sich die Stellung des Ministeriums schwieriger zu gestalten, einerseits durch die Polen, die als Preis für ihren Eintritt in den Reichsrath mit immer stärkeren Forderungen zur Nationalisierung ihres Landes hervortraten und anderseits durch die Czechen, die beharrlich den Eintritt in den Reichsrath verweigerten und in einer, im August 1868 eingebrachten Declaration mit aller Entschiedenheit erklärt hatten, an ihrem angeblichen Rechtsstandpunkt unverrückt festhalten zu wollen. Wiederholt hatte das Ministerium Ergänzungswahlen für den böhmischen Landtag an die Stelle der czechischen Declaranten ausgeschrieben, ohne dass es ihm gelang, solche Männer in den Landtag zu bringen, die auf dem Boden der Verfassung standen. Dabei wuchs immer stärker das Verlangen nach Herstellung des inneren Friedens zur Kräftigung der Macht des Reiches und der constitutionellen Freiheiten, ohne dass das Ministerium die Mittel und Wege hiezu fand; im Gegentheile hatten die im October 1868 ausgebrochenen dalmatinischen Unruhen gezeigt, dass es keinen Einfluss auf eine wirksame Bekämpfung derselben besaß.

Zu dieser ungünstigen Wendung in den inneren Verhältnissen des Reiches gesellte sich in Wien die Arbeiterbewegung. Infolge der freien Association, welche die Staatsgrundgesetze gewährleistet hatten, organisierten sich die Arbeiter, unter welchen schon seit längerer Zeit durch Flugschriften und Agitationen socialdemokratische Grundsätze Eingang gefunden hatten, zu einer festgeschlossenen Partei, die in Petitionen und Resolutionen ihre Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage dem Reichsrathe und dem Ministerium bekannt gegeben hatten. Am 13. December 1869 arrangierten die Führer der Arbeiter eine großartige Demonstration. Mehr als 20.000 Arbeiter zogen auf den Paradeplatz und überreichten durch eine Deputation dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe eine Petition, worin sie das unbeschränkte Coalitionsrecht, Aufhebung der Zwangsgenossenschaften, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Pressfreiheit und Wahlrecht forderten. Die Gerichte erblickten darin einen gesetzwidrigen Vorgang und es wurden wenige Tage darauf sämmtliche Führer der Arbeiter verhaftet und in Anklagestand versetzt. Hand in Hand mit diesen Erscheinungen giengen die Strikes der

Arbeiter bei verschiedenen Gewerben zu Gunsten von Lohnerhöhungen, die zu heftigen Reibungen mit den Meistern führten.

Gewichtige Stimmen wurden laut, die auf eine Änderung der Decemberverfassung einerseits durch Einführung von directen Wahlen in den Reichsrath, anderseits durch Befriedigung der auf eine größere Autonomie gerichteten Forderungen der Czechen, Polen und Slovenen drangen. Im Jahre 1869 kam es darüber zu ernsten Zerwürfnissen im Ministerium. Die Majorität der Minister entschied sich nur für die Wahlreform, die Minorität für die gleichzeitige Änderung der Verfassung zu Gunsten einer größeren Autonomie der Landtage. Beide Parteien legten dem Kaiser ihre Anschauungen in Memoranden nieder, die am 12. Jänner 1870 zur Veröffentlichung gelangten. Da der Reichsrath in seiner Adressdebatte sich entschieden für die Anschauungen der Majorität der Minister ausgesprochen hatte, gab die Minorität, bestehend aus dem Grafen Taaffe, Grafen Potocki und Dr. Berger ihre Entlassung und der Kaiser ernannte am 1. Februar 1870 zum Ministerpräsidenten Dr. von Hasner, zum Ackerbauminister Dr. Banhans, zum Unterrichtsminister Dr. von Stremayr und zum Minister der Landesvertheidigung Feldmarschall-Lieutenant von Wagner.

Da die nationalen Parteien im Reichsrathe durch diese Beendigung der Ministerkrise verstimmt wurden, so suchte die deutsche Partei nun selbst einen staatsrechtlichen Ausgleich herbeizuführen, welcher jedoch nicht zustande kam, weil die deutsche Partei als Vorbedingung eine Neuwahl des Reichsrathes auf Grund directer Wahlen angestrebt hatte. Am 1. April 1870 traten die Polen, die Slovenen, die Tiroler und ein Theil der Dalmatiner und Bukowiner aus dem Reichsrathe und nachdem schon am 21. März der Minister des Innern Dr. Karl Giskra aus Anlass der nicht zustande gekommenen Wahlreform aus dem Ministerium geschieden war und der Kaiser die Anträge des Ministeriums auf eine Auflösung jener Landtage, deren Abgeordnete aus dem Reichsrathe traten, nicht genehmigt hatte, nahm dasselbe gleichfalls seine Entlassung. Wenige Tage darauf — am 11. April 1870 — ernannte der Kaiser den Grafen Potocki zum Ministerpräsidenten, den Grafen Taaffe zum Minister des Innern, Herrn von Tschabuschnigg zum Justizminister und Leiter des Unterrichtsministeriums, De Pretis zum Handelsminister, Freiherrn von Holzgethan zum Finanzminister und Baron Petrino zum Ackerbauminister, deren staatsrechtliche Aufgabe es sein sollte, einen Ausgleich mit den Czechen, Polen und Slovenen herbeizuführen.

Diese Vorgänge versetzten die politischen Kreise Wiens neuerdings in lebhafte Beunruhigung, indem sie das Hereinbrechen einer neuen,

den Charakter der Verfassung bedrohenden und die Ansprüche der Föderalisten begünstigenden staatsrechtlichen Krise besorgten. Ein bedenkliches Anzeichen der vorhandenen Stimmung war die schon im December 1869 zustande gekommene Gründung eines „Vereines der Deutschen in Österreich" mit dem Sitze in Wien, zur Herstellung einer gemeinsamen Wahrung der nationalen Interessen. Als am 21. Mai 1870 der Reichsrath und sämmtliche Landtage mit Ausnahme des böhmischen Landtages aufgelöst und Neuwahlen angeordnet wurden, trat gleichzeitig in Wien eine Parteiversammlung zusammen, die in ihrem Programme den Standpunkt der Deutsch-Österreicher darlegte. Zu derselben Zeit bildete sich hier eine deutsche Fortschrittspartei, welche, unzufrieden mit der Haltung der bisherigen Vertreter Wiens, im Reichsrathe bei den bevorstehenden Wahlen für Männer mit demokratischen Grundsätzen eintreten wollte und die Industriellen bildeten ein Wahlcomité für eine stärkere Vertretung der Industrie und des Handels. Nach einer leidenschaftlichen Wahlbewegung wurden in Wien durchgehends liberale Männer in den Landtag gewählt, von welchen sich sechs zu den Grundsätzen des deutschen Vereines und fünf zu jenen der Fortschrittspartei bekannten. Dagegen trat auf dem flachen Lande in Niederösterreich zum erstenmale die bemerkenswerte Erscheinung auf, dass auch Clericale und im Großgrundbesitze Conservative gewählt wurden. Ebenso ergieng es in den übrigen deutschen Erbländern. In Böhmen, Mähren, Galizien, Kärnten und Krain änderte der Ausfall der Wahlen nichts an der Zusammensetzung der Landtage.

Schon seit Beginn des Jahres 1870 wuchsen auch die Besorgnisse über eine neuerliche Störung des europäischen Friedens. In allen politischen Kreisen war die Meinung von dem nahe bevorstehenden Ausbruche eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich vorherrschend. Die Rivalität zwischen beiden Mächten in Bezug auf die spanische Throncandidatur bot den unmittelbaren Anlass zum factischen Ausbruche des deutsch-französischen Krieges. Mit größter Spannung sah man hier der Haltung der Regierung entgegen, indem man wusste, dass sich mächtige Einflüsse zu einer Parteiergreifung für Frankreich geltend machten, wodurch zwar den Wünschen der Czechen und Polen entsprochen, die Gefühle eines großen Theiles der Deutsch-Österreicher aber verletzt worden wären. Als Mitte Juli der Ausbruch des Krieges entschieden war, wurde hier die Stimmung in hohem Grade erregt und allgemein brach sich die Überzeugung Bahn, dass nur die Beobachtung der strengsten Neutralität Österreich vor einer neuen Katastrophe bewahren könne. Diese Stimmung spiegelte sich in der Haltung des

Gemeinderathes, welcher am 19. Juli 1870 in einer Resolution dem Verlangen nach einer neutralen Haltung Ausdruck gab. Anderweitige Kundgebungen in den Vereinen und unter den Studierenden der Universität zeigten, dass durch die jüngste Wendung in der inneren Politik die exclusiv deutsch-nationale Partei an Boden gewonnen, und dass die Arbeiter, welche mit ihren Sympathien auf Seite der Franzosen standen, die schwierige Lage zur Hervorrufung von ernsten Unruhen benützen wollten. Nach reiflichen Erwägungen entschied sich die Regierung für die Beobachtung der strengsten Neutralität; sie traf aber im Stillen Vorbereitungen, um gegen alle Eventualitäten des Krieges geschützt zu sein.

In diesen hocherusten Tagen und unter dem unmittelbaren Eindrucke der glänzenden Siege der Deutschen auf den französischen Schlachtfeldern wurden die Landtage einberufen, um die Vertreter für den Reichsrath zu wählen, der am 15. September 1870 zusammentrat. Die Berathungen in Bezug auf die staatsrechtlichen Fragen führten zu keiner Verständigung unter den politischen Parteien. Angesichts der unversöhnlichen Gegensätze setzte der Kaiser am 6. Februar 1871 das Ministerium Hohenwart ein, „in der Überzeugung", wie das kaiserliche Handbillet lautete, „dass es einem über den Parteien stehenden Ministerium gelingen werde, im Wege sorgfältiger Berathung der verschiedenen Interessen diese Aufgabe zur festen Begründung der Macht und Wohlfahrt des Reiches ihrer ersehnten Lösung zuzuführen". Im Sinne einer wahrhaft österreichischen Regierung, frei von jeder ausschließlichen Parteirichtung und schonungslos gegen alle staatsfeindliche Bestrebungen, wollte das Ministerium auf dem Boden des bestehenden Verfassungsrechtes die nationalen und politischen Gegensätze ausgleichen. Konnte es ein patriotisch edleres und schöneres Programm geben? Aber so groß war bereits das Misstrauen in die Aufrichtigkeit der Versprechungen, dass alle politischen Kreise im Reichsrathe mit größter Zurückhaltung das Programm aufnahmen. Am geringsten war das Vertrauen der Deutsch-Österreicher, welche besorgten, dass das wahrhafte Österreicherthum mit dem Föderalismus gleichbedeutend sei. In der That standen den Deutschen in Österreich in ihrer historischen Stellung als Hüter der Reichseinheit neue und schwere Prüfungen gegenüber den Ansprüchen der übrigen nationalen Parteien bevor.

Dritter Abschnitt.

Die Neugestaltung der Stadt.

Nach dem Abschlusse der Bewegung des Jahres 1848 boten sich geringe Aussichten auf eine rasche Entwicklung der Hauptstadt. Zu groß waren die Erschütterungen des Reiches, als daß sie nicht in alle Verhältnisse des bürgerlichen Verkehrs mächtig eingriffen. Fast alle größeren Unternehmungen lagen danieder; mühselig fristete die Gewerbs- und Handelswelt ihr Dasein und harrte der Wiederherstellung des Friedens in Ungarn und Italien, bis die alten Verbindungen hergestellt und neue angeknüpft werden konnten. Den ersten Lichtstrahl einer besseren Zukunft brachte die Märzverfassung des Jahres 1849. Durch sie erhielt die politische Stellung Wiens eine neue Kräftigung, indem die Stadt der Sitz der Reichsvertretung und der Reichsbehörden, die bleibende Residenz des Hofes, der Mittelpunkt aller geistigen und materiellen Interessen wurde. Freudige Hoffnungen knüpften sich an diese glückliche Wendung in der Neugestaltung Österreichs, die um so berechtigter waren, als die Regierung mit großer Voraussicht die Absicht hatte, nicht nur das zersplitterte Gemeinwesen der Stadt in ein einheitliches Ganzes zusammenzufassen, sondern auch deren Gemeindegebiet durch die Einbeziehung der Vororte zu erweitern.

Dass eine solche Vergrößerung des Gemeinwesens auch die räumliche Ausbreitung der inneren Stadt und die Herstellung einer engeren Verbindung mit den Vorstädten hervorrufen werde, hatte man damals noch nicht ins Auge gefasst. Infolge des Octoberaufstandes beherrschte die Regierung nur ein Gedanke, wie in der Hauptstadt künftig jede revolutionäre Bewegung niedergehalten werden könne. So kam man zu dem Entschlusse, den Gürtel von Basteien durch die Anlage neuer militärischer Werke zu verstärken, ungeachtet einsichtsvolle Männer, wie Ludwig Förster durch seinen Plan der Erweiterung der inneren Stadt in der Gegend des ehemaligen Neu- und Fischerthores, die Nothwendigkeit einer Erweiterung der inneren Stadt nachgewiesen hatten. Es entstanden die Franz Josefskaserne und kleinere fortificatorische Bauten auf der Kärntnerthor-, Mölker- und Gonzagabastei. Kaum waren aber diese mit großen Kosten errichteten militärischen Werke vollendet, so zeigte sich schon durch die wachsende Concentration des industriellen Lebens das unabweisbare Bedürfnis einer größeren Ausbreitung der inneren Stadt. Eine im Jahre 1853 eingetretene große Wohnungsnoth drängte zu einer ernstlichen Erwägung der Mittel, wie derselben auf die Dauer abgeholfen werden könne, und die Regierung suchte vorläufig darin einen Ausweg, in unmittelbarer Nähe der inneren Stadt und auf dem fortificatorischen Rayon vom Eingang der Währingergasse gegen die Rossau zu die Anlage von Wohnhäusern und für die Neubauten daselbst gewisse Begünstigungen in Bezug auf die Steuerfreiheit zuzugestehen (4. Mai 1853).

Erst im Jahre 1857 reifte der Gedanke einer großartigen Neugestaltung Wiens. Ein Handschreiben an den Minister des Innern, Freiherrn von Bach (20. December), sprach die Nothwendigkeit der Herstellung einer entsprechenden Verbindung der inneren Stadt mit den Vorstädten, sowie der Regulierung und Verschönerung der inneren Stadt aus, zu welchem Zwecke die Auflassung der Umwallung und der Fortificationen der inneren Stadt und der Stadtgräben und die Verwendung der Glacis als Baugründe angeordnet wurde. Die Kosten der Regulierung des Terrains, der Herstellung der Straßen und bestimmter Hof- und Staatsbauten sollten aus dem durch den Erlös der Baugründe gebildeten Stadterweiterungsfonds bestritten werden. Die Gemeinde wurde zur Canalisierung, Pflasterung und der Erhaltung der neuen Straßen und Plätze und zur Anlegung und Erhaltung der Gärten verhalten. Mit Benützung von Ideen und Combinationen mehrerer im Concurswege eingelangter Pläne (insbesondere jener der Architekten Stache, Ludwig Förster, Ed. Van der Nüll und Siccards-

burg) wurde von Moriz Löhr ein Stadterweiterungsplan ausgearbeitet und dieser am 1. September 1859 vom Kaiser genehmigt. Diesem lag die Idee zugrunde, drei Hauptverbindungslinien in concentrischer Anlage herzustellen, bestehend aus der Ringstraße, Lastenstraße und Gürtelstraße. Die Ringstraße sollte den Verkehr mit der inneren Stadt, die Lastenstraße den Verkehr mit den Vorstädten und die Gürtelstraße jenen mit den Vororten regeln und erleichtern. Der Flächenraum der Basteien und der ausgefüllten Stadtgräben, sowie des Glacis zwischen der Ring- und Lastenstraße wurde zur Verbauung für öffentliche Privatgebäude und zu Gartenanlagen bestimmt. Nur der große Flächenraum des Josefstädter Paradeplatzes blieb wie bisher militärischen Zwecken vorbehalten. Erst auf Fürbitte des Bürgermeisters Dr. Cajetan Felder beim Kaiser wurde im Jahre 1870 auch der letztere in die Stadterweiterung einbezogen.

Schon bei der Feststellung des Stadterweiterungsplanes sprach Vincenz von Streffleur den Gedanken aus, dass zu einer naturgemäßen Entwicklung Wiens die Verschmelzung der Stadt mit den Vorstädten nicht ausreiche. Mit dem Hinweise auf die günstige Lage der Stadt an der Donau, welche ihr schon in alter Zeit eine hervorragende Stellung im europäischen Völkerleben verschafft hatte, brachte er in Anregung, in die Stadterweiterung auch die Regulierung des Donaustromes einzubeziehen, und zwar in der Richtung, dass das Hauptbett desselben der Stadt näher gerückt, daselbst die Anlage größerer industrieller Ansiedlungen begünstigt und dasselbe dadurch für den Handelsverkehr Wiens nutzbringend gemacht werde. Aber erst, als das rasche Emporblühen der Städte Ofen-Pest und deren Bestrebungen, den Hauptstapelplatz des Donauhandels dahin zu verlegen, gegründete Besorgnisse für die Zukunft Wiens in allen Kreisen erweckt hatte, gelang es der Gemeinde nach mehrjährigen Verhandlungen mit der Regierung, die Donauregulierung in Fluss zu bringen. Im Jahre 1868 genehmigte der Kaiser den unter Zuziehung mehrerer hervorragender Ingenieure festgestellten Plan, worauf am 14. Mai 1870 die feierliche Inaugurierung der Donauregulierung und am 30. Mai 1875 die feierliche Eröffnung des neuen Strombettes stattfand.

Überblicken wir nun, welche wichtige Veränderungen die Stadterweiterung hervorrief. In der Zeit vom 29. März 1858 bis Ende December 1862 fielen folgende Basteien und Thore: Rothenthurmbastei (1858), alte Kärntnerthorbastei (1858—1859), neue Kärntnerthor- und Augustinerbastei (1861), Gonzaga- und Elendbastei (1859), Wasserkunst-, Schotten- und Neuthorbastei (1860), Mölker-, Franzensthor- und Burgbastei (1862). In der inneren

Stadt selbst wurden die wichtigsten Veränderungen in den Jahren 1860 und 1870 durch die Demolierung der Häusergruppen zwischen dem Graben und Stephansplatz, durch die Auflassung des kaiserlichen oberen und unteren Arsenals in der Renngasse, des Artillerie-Arsenals auf der Seilerstätte, im Jahre 1868 durch die Demolierung des Graf Kolowratpalais, in den Jahren 1869 und 1870 durch die Regulierung der Schottenbastei, im Jahre 1870 durch jene des Graf Breunerpalais bei der Mölkerbastei und im Jahre 1880 durch die Regulierung des Salzgries vorgenommen. Am 1. Mai 1865 vollzog der Kaiser in feierlicher Weise die Eröffnung der vollendeten Ringstraße und in die Jahre 1867—1869 fällt die Vollendung der Lasten- und einzelner Theile der Gürtelstraße. — Die Verbauung der Baugruppen an der Ringstraße begann im Jahre 1860 an der Elisabethbrücke. Nachdem diese in den ersteren Jahren nur langsame Fortschritte gemacht hatte, wurde sie in den Jahren 1868—1872 unter dem Einflusse des Aufschwunges des volkswirtschaftlichen Lebens, insbesondere durch die Bildung von Baugesellschaften, außerordentlich rasch gefördert. Während früher die Baulust nur auf dem Theile der Ringstraße vom Burgthor bis zum Stubenring wahrzunehmen war, erstreckte sie sich nunmehr auch auf den Franzens- und Schottenring. An neuen Plätzen entstanden im Stadterweiterungsgebiete: der Schwarzenbergplatz, der Fichteplatz, der Beethovenplatz, der Schillerplatz, der Maximilianplatz, der Schlickplatz, der Börsenplatz, der Deutschmeister- und der Rudolfsplatz. Im Jahre 1861 waren der Garten am Franz Josefsquai, in den Jahren 1862—1863 der Stadt- und der Kinderpark, in den Jahren 1867—1869 die Gärten am rechten Ufer des Wienflusses und im Jahre 1873 der Rathhausgarten vollendet.

In den Vorstadtbezirken giengen die größten Veränderungen unter den Weißgärbern, in dem früher zur Wieden gehörigen Stadttheile vor der Favoritenlinie und in der Brigittenau und Zwischenbrücken vor sich. Dort, wo noch vor wenigen Jahren nur eine geringe Bevölkerung wohnte, entstanden ganz neue Straßen mit zahlreichen Zinshäusern. Die öffentlichen Gärten wurden in den Vorstadtbezirken von der Gemeinde durch den Ankauf des gräflich Schönborn'schen Palais in der Josefstadt (1863) und des fürstlich Esterhazy'schen Sommerpalais in Mariahilf (1867) vermehrt.

Noch weit großartiger entwickelten sich die Vororte, wie Simmering, Gaudenzdorf, Meidling, Sechshaus, Rudolfsheim, Fünfhaus, Neulerchenfeld, Ottakring, Währing und Döbling.

Für die Neugestaltung Wiens war aber von größter Bedeutung das Wiederaufleben der freien, selbständigen Gemeinde. Der erste Schritt geschah durch die Einsetzung eines Gemeindeausschusses (kaiserliche Entschließung vom 17. März 1848), der am 18. April 1848 ein provisorisches Statut erhielt, nach welchem die Zahl der Mitglieder auf hundert festgesetzt wurde. In den Wirkungskreis desselben fielen die Vertretung der Gemeinde, die Reorganisation des gesammten Municipalwesens und das Recht der Selbstverwaltung aller Gemeindeangelegenheiten. Der erste Schritt zur Herstellung eines einheitlichen Gemeindegebietes geschah am 1. März 1849 durch die Übertragung der gesammten Jurisdiction über die bisher unter den herrschaftlichen Dominien gestandenen Vorstadtgemeinden an den Gemeindeausschuss. Die Organisation des Magistrats wurde durch die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit (1848) und die Einsetzung landesfürstlicher Gerichtsbehörden (1849) abgeändert, indem ersterer nur mehr den Wirkungskreis einer politischen Behörde behielt.

Auf Grund einer am 27. August 1848 zustande gekommenen Wahlordnung wurde am 7. October 1848 ein neuer Gemeinderath gewählt, dem nach Abschluss der Octoberrevolution die Aufgabe zugefallen war, die Wirkungskreise des Gemeinderathes und Magistrates (16. April 1849) und nach dem Erscheinen des allgemeinen Gemeindegesetzes vom 17. März 1849 ein Gemeindestatut für Wien auszuarbeiten. Nach mehreren von dem Ministerium vorgenommenen Abänderungen erhielt die neue Gemeindeordnung am 6. März 1850 die kaiserliche Sanction, welche ungeachtet ihrer provisorischen Geltung bis heute das Grundgesetz des Gemeindewesens unserer Stadt bildet. Nur in der Reactionsperiode 1852—1860 waren die jährlichen Ergänzungswahlen sistirt. Im Jahre 1861 trat dagegen die Gemeinde wieder ungeschmälert in die Ausübung ihrer Rechte. Änderungen des Statutes wurden bis 1870 nur in der Richtung vorgenommen, dass das Wahlrecht theils durch Herabsetzung des Steuercensus, theils durch die Einbeziehung der Gemeindegenossen erweitert wurde.

Das Gemeindegesetz vom Jahre 1850 hatte aus der Stadt und sämmtlichen Vorstädten (mit Einbeziehung der Orte Brigittenau und Zwischenbrücken *) ein Gemeindegebiet mit einem Flächenraum von 1·03 Quadratmeilen gebildet, welches für die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten

*) Infolge der Donauregulierung verschwand der größere Theil der Ansiedlungen in Zwischenbrücken und es bildete sich eine neue Ansiedlung am linken Ufer des regulierten Stromes, Mühlschüttel genannt, die nicht zum Wiener Gemeindegebiete gehört.

in acht und nach Errichtung des Bezirkes Margareten (1861) und des Bezirkes Favoriten (1874) durch Abtrennung einzelner Theile vom Bezirke Wieden in zehn Verwaltungsbezirke getheilt ist. Nach dem Statute wird die Gemeinde in der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten durch den Gemeinderath vertreten. Die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten ist dem Gemeinderathe, dem Magistrate und den Bezirksvorstehern anvertraut. Die Gemeinderäthe, 120 an der Zahl, werden auf drei Jahre gewählt, von denen jährlich ein Drittheil ausscheidet. Der Bürgermeister wird vom Gemeinderathe auf drei Jahre gewählt, ihm stehen zwei Stellvertreter zur Seite, welche vom Gemeinderathe jährlich gewählt werden. Der Magistrat besteht aus dem Bürgermeister und seit der letzten im Jahre 1876 erfolgten Regulierung aus 1 Magistratsdirector, 1 Vicedirector, 24 Räthen, 36 Secretären, 50 Concipisten, 12 Conceptsadjuncten und 10 Praktikanten; diesem stehen für die einzelnen Verwaltungszweige besondere Ämter und Anstalten zur Seite. Die Bezirksvorsteher werden von den Bezirksausschüssen und diese von den wahlberechtigten Gemeindegliedern der Bezirke gewählt. Der Wirkungskreis der Gemeinde ist ein natürlicher und ein übertragener. In den ersteren fällt die Systemisierung der Gemeindeämter, die Verwaltung der Localpolizei, die Ausstellung von Heimatsscheinen, die Armenpflege, das Volksschulwesen und das Localsanitätswesen; in den letzteren: die Kundmachung der Gesetze, die Einhebung der Steuern, die Militärangelegenheiten, das Schubwesen und die Gewerbepolizei.

Für die Rechtspflege in Wien bestehen seit 1852 als Gerichtshof erster Instanz das k. k. Landesgericht für Civil- und Criminalangelegenheiten, für kleinere Rechtsfälle acht k. k. städtische delegierte Bezirksgerichte und das k. k. Handelsgericht (seit 1855). Die Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit, insoweit sie nicht in das Gebiet der eigentlichen Ortspolizei fallen, unterstehen der k. k. Polizeidirection. Zur Unterstützung und Handhabung des executiven Polizeidienstes war der Polizeidirection früher die Militärpolizeiwache beigegeben. An die Stelle der ersteren trat die nach dem Vorbilde der englischen und französischen Polizei im Jahre 1869 organisierte k. k. Civilsicherheitswache.

Nach der gegenwärtigen Gemeindegesetzgebung zerfällt die Bevölkerung in Bürger, Gemeindeangehörige, Gemeindegenossen und Fremde. Von diesen genießen die beiden ersteren alle Gemeinderechte, die Gemeindegenossen nur die politischen Rechte. Die Gesammtcivilbevölkerung des Wiener Gemeindegebietes bestand im Jahre 1846 noch aus 407.980 Personen; dieselbe stieg im Jahre 1857 auf 476.222, Ende des

Jahres 1869 auf 607.514 und zu Ende des Jahres 1879 auf 705.402 Personen. Mit der Bevölkerung der Vororte, die von jener der Stadt Wien nur durch die Verzehrungssteuerlinie getrennt ist und mit dieser daher im unzertrennbaren Zusammenhange steht, stieg Ende des Jahres 1869 die Gesammtzahl auf 810.502 und Ende 1879 auf 1,083.154 Personen. Die Bevölkerung des Gemeindegebietes, zerfiel im Jahre 1857 in 273.907 Bürger und Gemeindeangehörige und in 336.603 Gemeindegenossen und Fremde. Zu Ende des Jahres 1869 in 270.911 Bürger und Gemeindeangehörige und in 336.607 Gemeindegenossen und Fremde und zu Ende des Jahres 1879 in 249.353 Bürger und Gemeindeangehörige und in 456.049 Gemeindegenossen und Fremde. Nach der Confession betrachtet, lebten in Wien zu Ende des Jahres 1879 603.084 Katholiken, 24.993 Protestanten, 854 Angehörige der unirten und nichtunirten griechischen Kirche, 72.543 Juden, 829 Altkatholiken, 1239 Confessionslose und 566 Personen anderer Confessionen. Die Zahl der Häuser im Wiener Gemeindegebiete war 1857: 8493; 1869: 10.184 und 1879: 12.210.

Infolge der Umgestaltung des Gemeindewesens nahm der Gemeinderath im Jahre 1862 eine neue Numerierung der Häuser und Veränderungen in der Benennung der Straßen vor. — In den Vorkehrungen gegen Feuersgefahr geschah im Jahre 1853 ein großer Fortschritt durch die Reorganisation der Feuerwehr und im Jahre 1862 durch die Errichtung von Feuerlöschfilialen in den Vorstadtbezirken. — Die Beleuchtung mit Gas wurde im Jahre 1855 in allen Straßen des Gemeindegebietes vollendet. Die Wasserleitungen, wiewohl 1836 durch die Kaiser Ferdinands-Wasserleitung vermehrt, entsprachen im Jahre 1860 nicht mehr den Bedürfnissen des Verbrauches und der öffentlichen Gesundheit. Um Wien für immer mit frischem und gesundem Trinkwasser ausreichend zu versorgen, faßte der Gemeinderath, wesentlich durch die Bemühungen seines Mitgliedes Eduard Sueß, im Jahre 1864 den großartigen Plan, aus dem Quellengebiete des Schneeberges eine neue Wasserleitung nach Wien zu führen. Zur Verwirklichung dieses Unternehmens erhielt die Gemeinde im Jahre 1865 vom Kaiser bei der feierlichen Eröffnung der Ringstraße den Kaiserbrunnen und vom Grafen Ernst Hoyos-Sprinzenstein die Stixensteinerquelle zum Geschenke. Der Beginn des Baues dieses in der Entwicklung Wiens epochemachenden Werkes wurde am 21. April 1870 gefeiert. Am 24. October 1873 war der Bau der Kaiser Franz Josefs-Wasserleitung vollendet und ganz Wien im Genusse des Wassers der Hochquellen. — Die öffentlichen Krankenanstalten wurden im Jahre 1858 durch

die Rudolfs-Stiftung auf der Landstraße, das Sophienspital am Neubau (1880) und die Kinderspitäler in der Leopoldstadt (1873) und im Bezirke Mariahilf (1879) vermehrt und im Jahre 1852 anstatt des Lazarethes (Narrenthurms) eine neue Irrenheil- und Pflegeanstalt erbaut. — Da der Raum der fünf alten Wiener Friedhöfe zur Beerdigung der Leichen nicht mehr ausreichte, errichtete der Gemeinderath einen großen Centralfriedhof bei Kaiser-Ebersdorf, dessen Eröffnung am 1. November 1874 stattfand. — Eine besondere Sorgfalt wandte der Gemeinderath der Armen- und Waisenpflege zu. Für arme Bürger wurde im Jahre 1860 nach Auflassung des alten Hauses zu St. Marx ein neues Versorgungshaus in der Währingergasse erbaut. Für arme Gemeindeangehörige wurden im Jahre 1862 das Armenhaus in Ybbs, im Jahre 1867 jenes am Alserbach in Wien, im Jahre 1874 jenes in Klosterneuburg und im Jahre 1877 jenes zu Liesing neu erbaut, wogegen die alten Armenhäuser: das „Bäckenhäusl" in der Währingergasse, das Haus „zum blauen Herrgott" am Alserbach und der „lange Keller" am Neubau aufgelassen wurden. Die freiwillige Arbeitsanstalt verlegte die Gemeinde in das ehemalige Strafhaus in der Leopoldstadt. Die Waisen nahm der Gemeinderath in eigene Pflege und erbaute für dieselben Waisenhäuser im Bezirke Neubau (1862), im Bezirke Margareten (1864), im Bezirke Alsergrund (1874) und im Bezirke Favoriten (1879). Einen außerordentlichen Aufschwung nahm die Privatwohlthätigkeit durch Bildung von Vereinen. — An neuen öffentlichen Badeanstalten entstanden: das städtische Bad, zwei Freibäder und die Militärschwimmschule; an Privatbadeanstalten: das Fechner'sche Bad in der Stadt, das Holzer'sche und das Römische Bad in der Leopoldstadt und das Margaretner Bad. — Im Interesse einer Regelung des Marktverkehres und einer ausreichenden Versorgung Wiens mit billigen Lebensmitteln, erbaute der Gemeinderath im Jahre 1865 eine Centralmarkthalle auf der Landstraße. Er gestaltete dieselbe, weil sie ihren Zweck nicht erfüllt hatte, im Jahre 1868 in eine Großmarkthalle um, und baute Detailmarkthallen in der Zedlitzgasse (1871) und in der Auerspergstraße (1880) in der Stadt, in der Esterhazy-Realität im Bezirke Mariahilf (1877), in der Burggasse im Bezirke Neubau (1879), in der Alserbachstraße im Bezirke Alsergrund (1879) und am Phorusplatz im Bezirke Wieden (1880). Im October 1879 begann die Gemeinde den Bau eines großen Centralviehmarktes zu St. Marx.

Zur Bequartierung des Militärs der Wiener Garnison wurden neu erbaut: die Heumarktkaserne auf der Landstraße (1844), die Franz Josefskaserne in der Stadt (1850), die Rudolfskaserne in der Alservorstadt (1869), die Infanteriekasernen in Mariahilf (1879) und auf dem Rennweg, letztere anstatt der Salzgrieskaserne. Das kaiserliche Zeughaus in der Stadt wurde sammt der kostbaren Waffensammlung im Jahre 1864 in das neu erbaute große Arsenal vor der Favoritenlinie verlegt. — Die nebst der Bürgerwehr im Jahre 1848 errichtete Nationalgarde wurde nach Beendigung der Octoberrevolution aufgelöst und nicht mehr activiert.

Zu einer großen Bedeutung entwickelten sich Handel und Verkehr, deren Interessen seit dem Jahre 1849 die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer zu wahren hat. Wien wurde nach dem Fallen der Zwischenzollinien und der Bildung eines Handelsgebietes der Sitz der Creditanstalten, der großen Handels- und Fabrikscomptoirs, der Brennpunkt der Verkehrsthätigkeit der gesammten Kronländer. Ein beträchtlicher Theil der Erzeugnisse des österreichischen Bergbaues, der Fabriksthätigkeit, der für den Bedarf im Inlande und für den Ausfuhrhandel erzeugten Gewerbswaren, der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Oberösterreichs, Steiermarks, Mährens, Böhmens und Ungarns fand vor der Lostrennung der Länder der ungarischen Krone aus dem Gesammtverbande der Monarchie im Jahre 1868 erst nach seiner Einsammlung in die Magazine und Niederlagen Wiens seinen Absatz und seine Verwertung. Die Stadt vermittelte das Gros der Wechseloperationen, die Geld- und Fondsgeschäfte des ganzen Reiches. Die Transactionen ihrer Börse waren maßgebend für die Valutaverhältnisse des ganzen Staates. Durch ihre eigene Consumtion in allen Gegenständen des gewöhnlichen Bedarfes und des Luxus, durch den Credit, die Capitalskraft, die Geschäftsthätigkeit und den Unternehmungsgeist ihres Handelsstandes übte sie den größten Einfluss auf die industrielle Bewegung des Reiches. In Verbindung mit der freien Bewegung der gewerblichen Production war der Aufschwung so nachhaltig, dass ungeachtet der Störungen der großen Handelskrisis (1857) und des französisch-italienischen Krieges (1859) ein Fortschritt in der Handelsbewegung wahrzunehmen war. Hievon gaben auch Zeugnis die Vermehrung aller mit dem Handel in Berührung stehenden Institute. Nach dem Neubau der Nationalbank übersiedelte dahin die bisher in der Weihburggasse untergebrachte Börse. Nachdem die Räume der Bank aber schon im Jahre 1864 nicht mehr genügten, so wurde im Jahre 1871 der Bau eines eigenen großen Börsengebäudes in Angriff genommen.

Neben der Nationalbank traten infolge der gesteigerten Anforderungen des Geldverkehres zahlreiche neue Creditinstitute ins Leben, an welchen die k. k. priv. Creditanstalt (1855), die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft (1853), die Anglo-österreichische Bank (1863), die Österreichische Bodencreditanstalt (1863), die Unionbank (1870) und der Wiener Bankverein (1869) einen maßgebenden Einfluss auf den Geldmarkt und die Gründung neuer Industriezweige und Verkehrsanstalten nahmen. Noch großartiger entfaltete sich der Speculationsgeist nach der Sanction des neuen Vereinsgesetzes im Jahre 1868. Es gab kaum einen Industriezweig, dessen sich nicht Actiengesellschaften bemächtigt hätten, von welchen aber ein großer Theil, jeder soliden Grundlage entbehrend, in eine schwindelhafte Gebarung ausartete. Die Betheiligung der kleinbürgerlichen Kreise an der Speculation der Börse führte im Mai 1873 eine beispiellose Geld- und Handelskrise hervor, welche den Ruin von tausenden Familien nach sich zog. Zu dieser schweren Calamität kamen noch die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Absonderung Ungarns. Alle Bestrebungen der ungarischen Regierung waren seit diesem Zeitpunkte dahin gerichtet, die jenseitige Reichshälfte vom Wiener Geld- und Industriemarkte möglichst unabhängig zu machen und Budapest zu einem Emporium des ungarischen Geld- und Handelsmarktes zu machen. Neue, die Verbindung mit dem Westen Europas herzustellende Eisenbahnlinien bezweckten, Wien zu umgehen. In Budapest wurden selbständige Geld- und Creditinstitute mit namhaften Begünstigungen ins Leben gerufen und zur Gründung einheimischer Industriezweige große Opfer gebracht. Wien erntete als Frucht des Wechsels in den politischen Systemen eine schwere, volkswirtschaftliche Schädigung.

Zu den bestehenden Eisenbahnlinien, welche in Wien einmünden, kamen: im Jahre 1858 die Kaiserin Elisabeth-Westbahn, im Jahre 1870 die Österreichische Staatseisenbahn, im Jahre 1870 die Kaiser Franz Josefsbahn und im Jahre 1872 die Nordwestbahn.

Zur Herstellung eines directen Frachtenverkehres mit den Hauptbahnhöfen wurden vier Verbindungsbahnen erbaut. Die erste, im Jahre 1851 vollendet, führt vom Nordbahnhofe längs des Praters bis zum Donaucanal und nach dessen Übersetzung durch die obere Viaductstraße, Invaliden- und Bahnstraße zum Staats- und Südbahnhofe. Die zweite zweigt bei Penzing von der Elisabeth-Westbahn ab und mündet bei Hetzendorf in die Südbahn ein, und die dritte führt von hier an dem Hauptbahnhof der Österreichischen Staatseisenbahn vorüber, reicht bis zum rechten Ufer des regulierten Donaustromes und mündet daselbst in die Donau-Uferbahn

(seit 1876), welche, zur Aufnahme und Weiterbeförderung der Schiffrachten bestimmt, die Verbindung mit der Nordwestbahn und der Kaiser Franz Josefs-bahn vermittelt.

Über den regulierten Donaustrom wurden für den gewöhnlichen Straßenverkehr: die Kaiser Franz Josefsbrücke (1874) und die Kronprinz Rudolfsbrücke (Reichsstraßenbrücke) (1876) auf Staatskosten und für den Eisenbahnbetrieb Brücken von der Nordwestbahn, der Nordbahn und der Staatseisenbahn erbaut. Längs des rechten Ufers entstanden im Interesse des Donauhandels große Warenlagerhäuser, woran sich auch die Gemeinde im Jahre 1876 zur Förderung des Handels durch Umgestaltung der Maschinenhalle der Weltausstellung in ein Lagerhaus betheiligte. Auf der Donau selbst vermittelt noch immer den überwiegenden Warenverkehr die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Einen Umschwung im localen Personenverkehre führte die im Jahre 1866 begonnene Einführung der Pferdebahn herbei, welche sich bis heute (mit Ausnahme der Josefstadt) auf alle Bezirke erstreckt. — In demselben Jahre gründete Dr. Folkmann das Erste Wiener Dienstmänner-institut, welchem bald darauf zwei andere ähnliche Institute und die Reorganisation der Stadtträger folgten. —

Infolge der Einführung der neuen Gewerbeordnung (1859), welche auf dem Principe der Gewerbefreiheit fußt, lösten sich die alten Zünfte auf und es traten an deren Stelle gewerbliche Genossenschaften. Die an diese Reform geknüpften Erwartungen giengen bei der mangelnden Vorbedingung einer erhöhten fachlichen Bildung des Gewerbestandes nicht in Erfüllung, zudem die Wiener Industrie nach dem Inslebentreten der Handels- und Zollreformen mit dem Auslande, ferner durch die Entstehung größerer, fabriksmäßig eingerichteter Unternehmungen eine große Concurrenz zu bestehen hatte.

Große Veränderungen vollzogen sich auf dem Gebiete des Unterrichtes und der Bildung. Im Jahre 1850 erfolgte die Reform der Universität (1849—1850) unter dem Einflusse der Ideen, welche Ernst Freiherr von Feuchtersleben und später F. Exner vertraten. Es wurden gleichzeitig hervorragende Männer der Wissenschaft aus dem Auslande nach Wien berufen, welche die Bedeutung der Wiener Hochschule hoben. Das polytechnische Institut wurde in den Jahren 1865 und 1872 im Einklange mit den Fortschritten der technischen Wissenschaften reorganisiert. Zur größeren Ausbildung im Handelsfache gründete im Jahre 1857 ein Verein von Industriellen die Handelsakademie. Das akademische Gym-

nasium und das Gymnasium im Theresianum wurden zu Staatsgymnasien erhoben, die geistlichen Gymnasien bei den Schotten und den Piaristen im Sinne des neuen Gymnasiallehrplanes reorganisiert und das letztere im Jahre 1871 gleichfalls in ein Staatsgymnasium umgewandelt. Im Jahre 1872 eröffnete die Regierung Staatsgymnasien in der Hegelgasse in der Stadt und im Bezirke Alsergrund. Als durch den industriellen Aufschwung der Stadt sich ein immer stärkerer Andrang zu den realistischen Studien zeigte, errichtete der Staat zwei Realschulen: auf dem Schottenfeld (1851) und auf der Landstraße (1851), und als diese Anstalten nicht genügten, gründete der Gemeinderath, ohne hiezu verpflichtet zu sein, Realschulen in den Bezirken Mariahilf (1852) und Wieden (1852). Die im Jahre 1861 in der Rossau gegründete Realschule verlegte er auf die Schottenbastei in der Stadt. Nach der Organisation der Realgymnasien errichtete der Gemeinderath auf seine Kosten zwei derartige Anstalten, in Mariahilf (1864) und in der Leopoldstadt (1864), worauf erst der Staat ein Realgymnasium auf der Landstraße (1869) ins Leben rief. Außerdem entstanden mehrere Privat-Mittelschulen in der Stadt und den Vorstadtbezirken. Noch bedeutender war die Neugestaltung der Volksschulen durch den Gemeinderath. Diese begann im Jahre 1848 durch die Verbesserung der Stellung der Lehrer und erstreckte sich sodann auch auf den Bau neuer Schulen. Nachdem im Jahre 1868 die neue Volksschulgesetzgebung ins Leben getreten war, gründete der Gemeinderath zur Gewinnung tüchtiger Lehrer eine Lehrerbildungsanstalt (Pädagogium); er verbesserte die materielle Stellung der Lehrer im Sinne der neuen Schulgesetze, erbaute eine bedeutende Zahl von neuen, den Ansprüchen der Pädagogik und der Gesundheit genügende Schulen, hob das Schulgeld (1870) auf und errichtete achtclassige Bürgerschulen (1870). Im Jahre 1875 bestanden in Wien 18 achtclassige Bürger- und 82 sechsclassige Volksschulen. Außerdem wurde der Reorganisation und der Vermehrung der gewerblichen Fachschulen große Aufmerksamkeit zugewendet, unter welchen die Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums für Kunst und Industrie (seit 1868) sich durch die Heranbildung von tüchtigen Industriellen große Verdienste erwarb.

Mit diesem Aufschwunge des öffentlichen Unterrichtes entwickelte sich auch das wissenschaftliche Leben. An die Spitze desselben trat die schon im Jahre 1847 gegründete Akademie der Wissenschaften, welche durch ihre Schriften Anlass zu einer Concentration aller hervorragenden gelehrten Kräfte auf dem Gebiete der Geschichte und der Naturwissenschaften gab. Neben

der Akademie der Wissenschaften entstanden der Österreichische Ingenieur- und Architekten-Verein (1848), die Geologische Reichsanstalt (1849), die Centralcommission zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale (1850), die Centralanstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus (1851), die Zoologisch-botanische Gesellschaft (1851), der Österreichische Reichsforstverein (1852), der Alterthumsverein (1854), die Geographische Gesellschaft (1856), die Juristische Gesellschaft (1861), der Verein zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse (1860), der Österreichische Alpenverein (1862), der Verein für Landeskunde (1864), die Anthropologische Gesellschaft (1870) und die Numismatische Gesellschaft (1870). Von den hier lebenden Gelehrten, welche an diesem regen wissenschaftlichen Leben Antheil haben, erwähnen wir außer den schon früher (Seite 479—480) genannten: Alfred Ritter von Arneth (Geschichte), L. Arndt (Rechtswissenschaften), Josef Aschbach (Geschichte), Dr. Moriz von Becker (Geographie und Geschichte), A. Bauer (Chemie), Th. Billroth (Chirurgie), E. Brücke (Anatomie), Aimé Boué (Geologie), A. Ritter von Camesina (Geschichte und Archäologie), A. Conze (classische Archäologie), J. Czermak (Chirurgie), Karl Freiherr von Czoernig (Statistik), R. von Eitelberger (Kunstgeschichte), K. von Ettingshausen (Botanik), J. Falke (Kunstgeschichte), Josef Fiedler (Geschichte), Ed. Fenzl (Botanik), K. Glaser (Rechtswissenschaft), Ed. Hanslick (Musikgeschichte), F. von Hauer (Mineralogie), Franz von Hauslab (Kriegswissenschaft), Gust. Heider (Archäologie), F. von Hochstetter (Geologie), F. Hurter (Geschichte), Anton von Hye (Rechtswissenschaft), Albert Jäger (Geschichte), K. Jellinek (Physik), Fr. Kenner (Archäologie), K. Kreil (Meteorologie), A. Langer (Anatomie), K. von Littrow (Astronomie), O. Lorenz (Geschichte), F. Lott (Philosophie), R. von Miklosich (slavische Philologie und Literatur), Friedrich Müller (vergleichende Sprachwissenschaft), A. Musaffia (romanische Sprache und Literatur), August Neilreich (Botanik), Theodor Oppolzer (Medicin), K. Oppolzer jun. (Astronomie), J. Petzwall (Mathematik), F. Pfeiffer (deutsche Sprache und Literatur), G. Philipps (Rechtsgeschichte), L. Redtenbacher (Zoologie), S. Reissek (Botanik), Eduard Freiherr von Sacken (Archäologie), A. Schrötter (Chemie), Theodor Sickel (Geschichte), Heinrich Siegel (Rechtsgeschichte), E. Simony (Geographie), L. Stein (Volkswirtschaft), Ed. Sueß (Geologie), J. A. Tomaschek (Rechtsgeschichte), G. Tschermak (Petrographie), J. Vahlen (Philologie), F. Unger (Rechtswissenschaft), Ed. Weiß (Astronomie), C. von Wurzbach (Bibliographie), R. Zimmermann (Philosophie), E. Zippe (Mineralogie).

Auf dem Gebiete der schönen Literatur erwarben sich als Lyriker, Epiker und Novellisten in weiteren Kreisen Anerkennung: Karl Beck, Betti Paoli, Ludwig A. Frankl, C. Rick, Ernst Freiherr von Feuchtersleben, L. Kompert, F. Kürnberger, H. Lorm, A. Schindler (Julius v. d. Traun), A. Silberstein, Fr. Uhl; als Dramatiker: A. Anzengruber, Friedrich Hebbel, H. Laube, O. Prechtler, S. Mosenthal, J. Rosen, J. Weilen, A. Wilbrandt. Als dramatische Volksdichter wirkten: O. F. Berg (Ebersberg), K. Elmar, Fr. Kaiser und Anton Langer; als Romanschriftsteller mit Stoffen aus der Geschichte Wiens: A. Bäuerle, E. Breier, A. Langer und Th. Scheibe und durch Schilderungen des Wiener Volkslebens Fr. Schlögl mit glücklichem Erfolge.

Einen außerordentlichen Aufschwung nahm nach der Aufhebung der Censur die politische Journalistik. In den stürmischen Tagen des Jahres 1848 tauchten nahe an zweihundert verschiedene Tagesblätter auf, von denen aber die meisten ein nur kurzes Dasein fristeten oder nach den Octobertagen des Jahres 1848 unterdrückt wurden. Während der Dauer des Ausnahmszustandes litt die Presse durch drakonische Maßregeln und Willküracte der Militärbehörden. Als nach dessen Beseitigung das Pressgesetz vom Jahre 1852 in Wirksamkeit trat, schädigte den freien Austausch von politischen Meinungsäußerungen das dem Gesetze zugrunde liegende Repressivsystem, durch welches nicht nur die Person des Redacteurs gestraft, sondern der Fortbestand des mit großen Kosten ins Leben gerufenen Journals in Frage stand. Erst mit der Rehabilitierung des constitutionellen Gedankens im Jahre 1861 änderten sich die Verhältnisse und die freiere Bewegung sowie die ausgezeichneten Kräfte, die sich an der politischen Tagespresse betheiligten, gaben ihr eine so außerordentliche Bedeutung, dass sie einer der wichtigsten Factoren des öffentlichen Lebens wurde. In Anerkennung der Wichtigkeit der Presse hatte die Regierung schon im Jahre 1849 ihr officielles Organ, die „Wiener Zeitung", durch die literarische Beilage „Österreichische Blätter für Literatur und Kunst" und durch die Beigabe eines „Abendblattes" (seit 1863 „Wiener Abendpost"), worin sie ihren politischen Anschauungen Ausdruck geben ließ, erweitert. Unter den übrigen zwischen den Jahren 1849—1860 erschienenen Journalen hatten eine größere Bedeutung: die „Presse" (im Jahre 1848 von A. Zang gegründet), die „Ostdeutsche Post" (im Jahre 1848 von J. Kuranda gegründet), die „Allgemeine österr. Zeitung" (im Jahre 1849 gegründet), der „Lloyd" (im Jahre 1848 von Ed. Warrens gegründet), das „Fremdenblatt" (im Jahre 1846 von Gustav Heine gegründet), der „Wanderer" (seit 1849 als politisches Journal), die „Morgenpost" (im

Jahre 1849 von Dr. L. Landsteiner gegründet), der „Österreichische Volksfreund“ (im Jahre 1855 gegründet), die „Vorstadtzeitung“ (im Jahre 1855 von Dr. Seidlitz gegründet), und das „Vaterland“ (im Jahre 1859 gegründet). Von diesen Journalen erhielten sich bis heute die „Presse“, das „Fremdenblatt“, die „Morgenpost“, die „Vorstadtzeitung“ und das „Vaterland“. Nach dem Jahre 1861 wurde eine große Zahl neuer politischer Journale gegründet, von welchen sich aber nur wenige zu behaupten vermochten. Unter den letzteren behaupteten durch geistigen Gehalt, politischen Einfluss und durch ihre Verbreitung eine hervorragende Stellung: die „Neue Freie Presse“ (im Jahre 1864 von Dr. M. Friedländer und A. Etienne und Werthner gegründet) und das „Neue Wiener Tagblatt“ (im Jahre 1867 von M. Szeps gegründet). Als politisches Localblatt erreichte die größte Verbreitung das „Illustrierte Extrablatt“ (im Jahre 1872 von O. F. Berg und F. Singer gegründet). Als politische Publicisten erwarben sich einen Ruf: E. Bacher, M. Etienne, E. Falk, M. Friedländer, O. B. Friedmann, J. Herzka, J. J. Krasnigg, J. Kuranda, A. Landsteiner, J. Neuwirth, H. Schuselka, G. Seidlitz, M. Szeps, E. Warrens u. a. m.; als Feuilletonisten und Kritiker: E. Bauernschmid, B. Bucher, H. Grasberger, E. Hanslick, J. Nordmann, J. Oppenheim, E. Ranzoni, L. Schelle, Schembera, S. Schlesinger, Fr. S. L. Speidel, K. von Thaler, R. Valdeck, J. v. Vincenti, W. R. von Wiener, H. Wittmann u. a. m. — Unter den Wochenschriften erlangten die im Wiener Dialecte forterschienenen „Briefe des Hans Jörgel aus Gumpoldskirchen“ unter der Redaction des Schriftstellers A. Langer, und unter den zahlreich aufgetauchten illustrierten Witzblättern fanden der „Figaro“ (1857) unter der Redaction des Schriftstellers K. Sitter und der „Kikeriki“ (1861) unter der Redaction des Dichters O. F. Berg, der „Floh“ (1869), die „Illustrierten Blätter“ von Klič, die „Bombe“ u. s. w. eine weite Verbreitung.

Zur Förderung des Aufschwunges der bildenden Künste wurde der kaiserlichen Akademie der bildenden Künste im Jahre 1865 ausschließend die Eigenschaft einer höheren Kunstschule gegeben und zum ersten Präsidenten des reorganisierten Institutes Dr. G. Heider gewählt. Im Jahre 1872 erhielt dieselbe eine wesentlich veränderte Einrichtung mit der Aufgabe „die akademische Jugend zu selbständiger, künstlerischer Thätigkeit in den großen Zweigen der bildenden Künste heranzubilden“.

Der Ausgangspunkt der Kunstbewegung auf dem Gebiete der Architektur war das Jahr 1848. Den Anregungen der Professoren Van

der Rüll, Siccardsburg und Förster folgend, sagten sich die jüngeren Architekten von dem akademischen Classicismus auf dem Gebiete der Architektur los und begannen ihre Aufmerksamkeit den alten Meisterwerken der Baukunst zuzuwenden. Noch inmitten der Stürme des Jahres 1848 errangen sie von der Regierung das Zugeständnis, dass in Zukunft bei öffentlichen Bauten das Princip der Concurrenz in Anwendung gebracht werde. Die erste Frucht dieser Errungenschaft war die Altlerchenfelderkirche (1858—1861), ein Bau, der nach Entwürfen des Joh. G. Müller unter der Oberleitung Van der Rüll's im italienischen Rundbogenstyl erbaut und auf Grund eines von J. Führich ausgearbeiteten Bildercyklus im Innern ausgeschmückt wurde. Die nächste den Architekten zugefallene bedeutende Aufgabe war der Bau des k. k. Arsenals (1849—1855) nach Plänen der Architekten Van der Rüll, Siccardsburg, Hansen und Förster gleichfalls im Rundbogenstyl ausgeführt, in welchem das Waffenmuseum von Th. Hansen eine reiche, künstlerische Ausstattung mit Deckengemälden von K. Blaas und K. Rahl und mit Standbildern österreichischer Feldherren von verschiedenen Künstlern erhielt.

Bald darauf entbrannte wie in Deutschland und Frankreich auch hier der Kampf über die Anwendung der Baustyle bei den verschiedenen Aufgaben der modernen Architektur. Vor allem wandte sich die Aufmerksamkeit der Erhaltung des St. Stephansdomes zu, dessen stylgemäße Restauration im Jahre 1853 unter der Leitung des Dombaumeisters Leopold Ernst begonnen und nach dessen Tode im Jahre 1862 von dem Dombaumeister Friedrich Schmidt fortgesetzt wurde. Zwei der bedeutendsten Aufgaben fielen dem Architekten Heinrich Ferstel durch den ihm übertragenen und im Jahre 1856 begonnenen Bau der Votiv- (Heilands-) Kirche im gothischen Style, und durch den Bau des neuen Bankgebäudes in der Herrengasse (gleichfalls 1856 begonnen) in den Formen des italienisch-romanischen Styles zu. Architekt Theophil Hansen erhielt den Neubau der griechisch nichtunirten Kirche auf dem Alten Fleischmarkt (1858) und der Friedhofkapelle auf dem protestantischen Friedhof (1856), wozu dieser Künstler die byzantinische Stylweise in Anwendung brachte. Im maurischen Styl führte Ludwig Förster den Bau der neuen Synagoge (1858) in der Leopoldstadt aus.

Mit dem Beginne der Stadterweiterung mehrten sich die Aufgaben der Künstler in großartiger Weise. Es wurden vier neue katholische Kirchen, sämmtlich im gothischen Styl, erbaut, von denen jene der Lazzaristen im Bezirke Neubau (1860—1862), der Pfarre zur heil. Margareta im Bezirke Landstraße (1866—1870), der Pfarrkirche der heil. Brigitta in der Leopold-

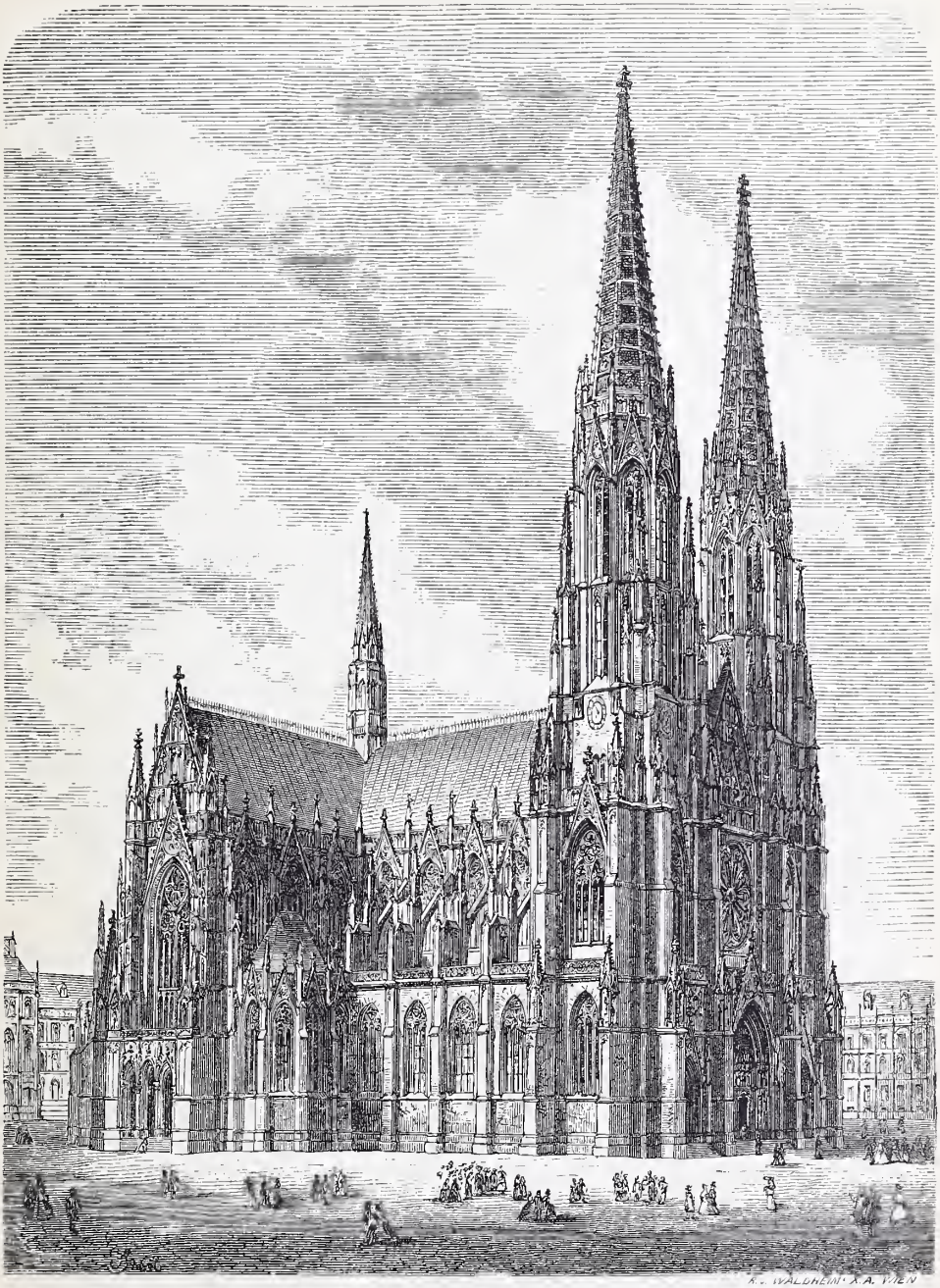
Die Altlerchenfelderkirche.

stadt (1869—1872) Werke des Dombaumeisters Friedrich Schmidt, und die Kirche zur heil. Elisabeth im Bezirke Wieden (1860—1866) ein Werk des Architekten J. Bergmann sind. Von den anderen hervorragenden öffentlichen Gebäuden stehen in erster Reihe das neue Opernhaus (1861—1869) von den Architekten Van der Nüll und Siccardsburg, das protestantische Schulhaus (1861) von Th. Hansen, die Hofmuseen (1871 begonnen) von G. Semper und K. Freih. v. Hasenauer, das Reichsrathsgebäude (1875 begonnen) von Th. Hansen, die Universität (1872 begonnen) von H. Ferstel, die Akademie der bildenden Künste (1876) von Th. Hansen, das Rathhaus (1871 begonnen) von Fr. Schmidt, das Hofburgtheater (1875 begonnen) von K. Freih. v. Hasenauer, der Justizpalast (1880) von A. Wielemanns, die Börse (1878) von Th. Hansen, das Akademische Gymnasium in der Christinengasse (1863—1866) von Friedrich Schmidt, das neue Musikconservatorium (1867—1870) von Th. Hansen, das Künstlerhaus (1865—1868) von August Weber, der Cursalon (1865—1867) von J. Garben, das Österreichische Museum für Kunst und Industrie (1871) von H. Ferstel, die Handelsakademie (von 1860—1862) von Josef Fellner, die Anlagen der Gartenbaugesellschaft (1862—1864) von A. Weber, das Rudolfspital (1858—1864) von A. J. Horky, der Nordbahnhof (1859—1866) von Ehrenhaus und Hoffmann, der Westbahnhof (1859) von M. Löhr, die Bahnhöfe der Staatseisenbahn-Gesellschaft (1870) von Ruppert, und der Südbahn (1871) von J. Flattich, das Stadttheater (1872) von Fellner, die Komische Oper (1873) von Emil von Förster, die Armenversorgungshäuser in der Währingerstraße (1858—1860) von Josef Fellner und am Alserbach (1864—1867) von Rudolf Niernsee.

Der Aufschwung der Architektur entwickelte sich aber nicht nur an Kirchen und öffentlichen Gebäuden, sondern auch an Privatbauten; es erwachte ein rühmlicher Wetteifer, die Paläste und Wohnhäuser mit Geschmack und Luxus auszustatten. Um die Ausführung solcher Privatbauten haben sich außer den vorerwähnten Architekten die Künstler J. Dörfel, H. von Förster, F. Fröhlich, G. Gugitz, H. Helmer, J. Hlawka, E. Kaiser, A. König, F. Neumann, J. von Romano, F. Schachner, K. Schumann, A. von Schwendenwein, A. Streit, O. Thienemann, C. Tietz, L. Tischler, O. Wagner u. a. m. besonders verdient gemacht.

Nicht so rasch und so glänzend wie die Architektur entwickelte sich die Plastik. Kein Kunstzweig wie letzterer hatte in der vormärzlichen Zeit so

großen Mangel an bedeutenden Aufgaben, wodurch es den Meistern an Gelegenheit fehlte, ihr Können zu entwickeln und jüngere Talente heranzubilden. Die Bildhauer F. Bauer, Hans Gasser, V. Pilz, H. Preleuthner, Rammelmayer, deren Thätigkeit noch vor dem Jahre 1848 begann, konnten ihre Kräfte nur an kleineren Aufträgen erproben. Auf dem Gebiete der ornamentalen Plastik schuf sich der Bildhauer F. Schönthaler ein reiches Feld fruchtbarer Thätigkeit. Erst mit der Erkenntnis von der Nothwendigkeit, der Plastik durch die Errichtung von öffentlichen Denkmalen einen bedeutenderen Wirkungskreis zu eröffnen und durch die Gründung einer Kunsterzgießerei den Erzguss wieder in Schwung zu bringen, im Zusammenhange mit den vielseitigen anregenden Aufgaben in der Periode der Stadterweiterung, mit der Ertheilung von Aufträgen an ausländische Künstler und der Berufung vorzüglicher jüngerer Bildhauer nach Wien gelang es, die Plastik wieder zu Ehren zu bringen. Die Reihe der monumentalen plastischen Denkmale eröffnete A. R. von Fernkorn mit dem Erzherzog Karl-Monumente (am 22. Mai 1860 enthüllt), dem Prinz Eugen-Monumente (am 18. October 1865 enthüllt), und dem Reiterstandbilde (1863). Gleichzeitig wurde F. Hähnel aus Dresden mit der Ausführung des Schwarzenberg-Denkmales (am 20. October 1867 enthüllt) betraut. Hierauf folgte K. Kundmann mit dem Schubert-Denkmale im Stadtpark (am 15. Mai 1872 enthüllt), A. Schilling mit dem Schiller-Denkmale auf dem Schillerplatz (am 10. November 1876 enthüllt), K. Zumbusch mit dem Beethoven-Denkmale auf dem Beethovenplatze (am 10. Mai 1880 enthüllt). Der Vollendung gehen entgegen: das Kaiserin Maria Theresia-Denkmal von K. Zumbusch, das Tegetthoff- und das Grillparzer-Denkmal von K. Kundmann. An kleineren öffentlichen Denkmalen entstanden: von Hans Gasser: die Donaunixe im Stadtpark (1865) und die Brunnenfiguren beim Opernhause (1868); von A. Wagner: das Gänsemädchen (1863), früher auf der Brandstätte, gegenwärtig vor der Mariahilfer Pfarrkirche aufgestellt; von Meixner: der Albrechtsbrunnen (1869); das Zelinka-Denkmal im Stadtparke (am 3. Mai 1877 enthüllt) von Pönninger, welcher auch als Leiter der k. k. Kunsterzgießerei gemeinschaftlich mit Röhlich für die Vervollkommnung des Erzgusses wirkte. Durch die reichhaltige Beschäftigung bei der Ausschmückung von öffentlichen und Privathäusern erhielten — nebst den bewährten älteren Künstlern H. Gasser, V. Pilz, Schönthaler — zahlreiche andere Bildhauer Gelegenheit, ihre Kräfte zu erproben. Wir zählen zu letzteren: J. Benk,



Die Heiland- (Votiv-) Kirche.

C. Costenoble, F. Erler, Josef Gasser, E. Helmer, O. König, Melnitzky, F. Pönninger, Silbernagel, Wagner und R. Weyr. Als Porträtplastiker entfaltete Victor Tilgner ein ungewöhnliches Talent. — Unter den Medailleurs zeichneten sich in früherer Zeit Caesar, Th. Lang und K. Radnitzky, und neuestens A. Scharf und C. Tautenhayn durch ihre hervorragenden Leistungen aus.

Die Malerei war schon vor dem Jahre 1848 durch Künstler wie F. Amerling, J. Führich, F. Gauermann, L. Hansch, K. Rahl und Ferdinand G. Waldmüller, von welchen jeder auf seinem Gebiete vorzügliche Werke schuf, in einer sehr geachteten Stellung. Nach diesem Zeitabschnitte wuchs der Umfang und die Bedeutung der Aufgaben. Die Historienmaler erhielten, wonach sie immer Verlangen trugen, Gelegenheit, die Kunst der Frescomalerei zu üben. Nicht nur, dass die Innenräume von Monumentalbauten, wie jene der Altlerchenfelderkirche, der griechisch nichtunirten Kirche des Waffenmuseums im kaiserlichen Arsenal und des neuen Opernhauses mit Gemälden geschmückt wurden, sondern auch die Besitzer von Palästen und Wohnhäusern, wie Freiherr von Sina, Freiherr von Wehli, Freiherr von Todesco, von Dumba, von Ephrussi, Epstein, F. Klein, Auspitz, G. Leon u. a. m., ließen mit lobenswertem Kunstsinn ihre Gemächer mit Decken- und Wandgemälden schmücken. Aufträge und Ankäufe des Staates, der Kunstvereine und der Kunstfreunde förderten die Schaffenslust der Vertreter der übrigen Zweige der Malerei. Durch dieses Zusammenwirken günstiger Umstände gelang es der Wienerschule auch in der Neuzeit bedeutende Erfolge zu erringen, an welchen hervorragenden Antheil haben als Historienmaler: C. Blaas, F. Dobyaschofsky, A. Eisenmenger, E. von Engerth, R. Geyling, H. Griepenkerl, K. Jobst, J. Klein, F. L'Allemand, E. Laufberger, A. Probst, J. Trenkwald, M. von Schwind, E. Swoboda, A. von Wörndle, C. Wurzinger, und außer diesen im letzten Decennium vorzugsweise H. Canon, A. Feuerbach und Hans Makart; als Porträtmaler: J. Aigner, H. von Angeli, C. Berger, G. Decker, R. Felix, F. Gaul, A. George-Mayer, A. Greil, E. Lafitte, J. Neugebauer, A. Öconomo, G. Raab, A. Schilcher; als Genremaler: E. Blaas, H. Charlemont, A. Friedländer, K. Kurzbauer, F. Löffler, L. Müller, L. Passini, Pettenkofer, Rumpler, F. Schams, A. Schönn und Friedrich Sturm; als Landschaftsmaler: J. Brunner, Th. Ender, Geyer, R. van Haanen, L. Halauska, L. Hansch, J. Hofmann, J. Holzer, Lichtenfels, L. Munsch, J. Nowo-

packy, A. Obermüller, R. Ruß, H. Schwemminger, G. Seelos, J. Selleny, Böscher, A. Zimmermann; als Thiermaler: J. Bühlmayer, F. Huber, A. von Thoren; als Marinemaler: F. Pitner; als Stillebenmaler: M. Schödl, A. Schrödl, Josef Schuster; als Aquarellmaler behaupteten R. und J. Alt ihren Künstlerrang; nebst diesen gelangten auf diesem Gebiete zur Geltung: K. Göbel, F. Kriehuber und J. Varonne.

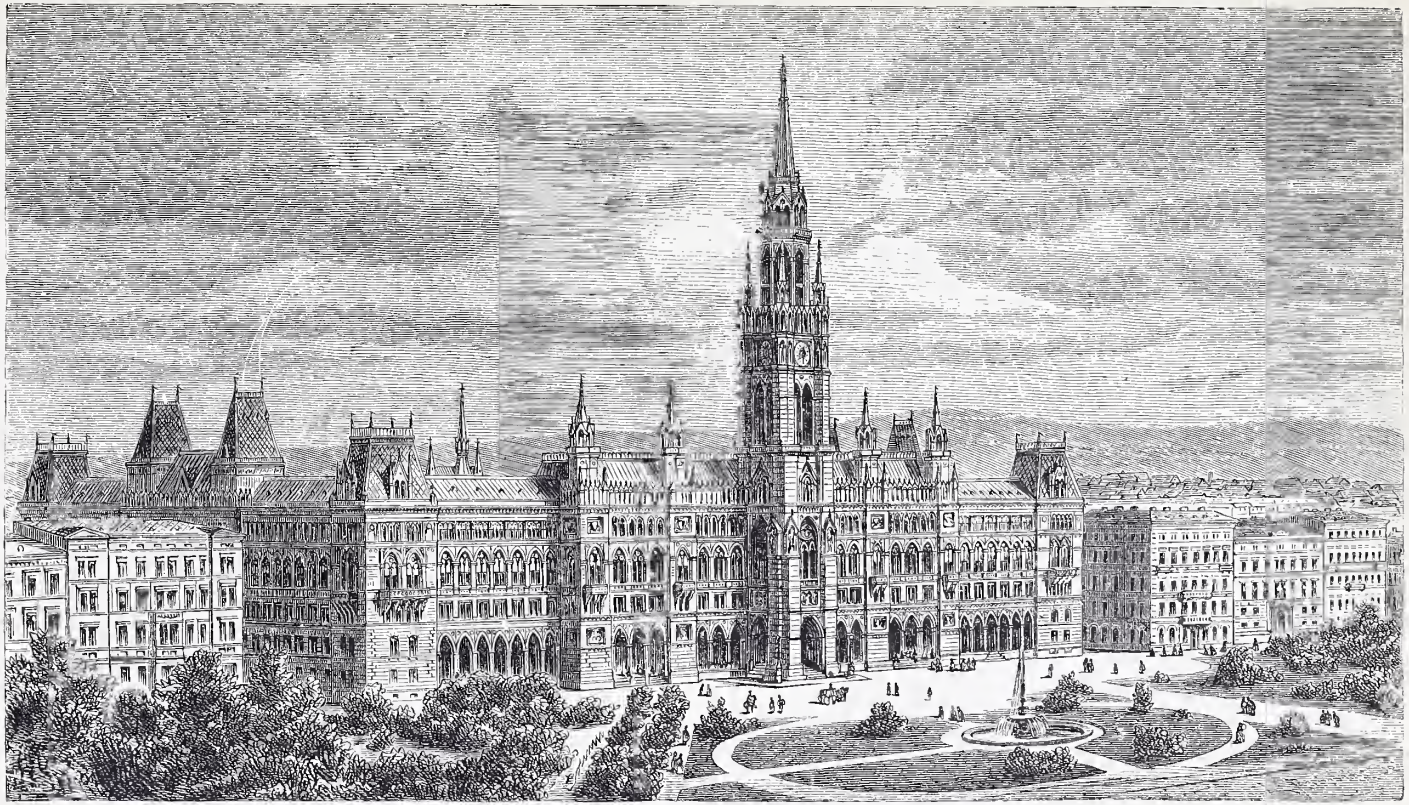
Unter den graphischen Künsten litt längere Zeit durch die große Verbreitung der Lithographie und der Photographie die Kupferstecher- und Radierkunst. Fast schien es, als sollte diese edle Kunst gänzlich von den modernen Reproductionsmitteln verdrängt werden. Eine nachhaltige Anregung zu deren Wiederaufschwung gab der kunstsinnige Oberstkämmerer Graf Crenneville, indem er die kaiserliche Genehmigung zur Ertheilung von Stipendien und Aufträgen an jüngere Künstler, welche sich der Kupferstecherei widmeten, erwirkte. Anderseits berief die Regierung die ausgezeichneten Kupferstecher Louis Jacoby und William Unger zur Heranbildung von Künstlern nach Wien. Diese Bestrebungen unterstützte in jüngster Zeit in reichem Maße die Gesellschaft für vervielfältigende Kunst durch die von ihr unter der Redaction des Dr. O. Berggruen herausgegebenen Publicationen. Durch diese Bestrebungen bildeten sich auf diesem Gebiete mehrere tüchtige Künstler, wie A. Bültemeyer, Johann Klaus, Post und Sonnenleitner heran. Durch die sich mehrenden Illustrationswerke und einzelne wissenschaftliche Unternehmungen nahm endlich auch die Holzschneidekunst einen großen Aufschwung, um deren Vervollkommnung W. Bader, H. Exter, Grois, Knöfler sich große Verdienste erwarben.

Ein erfolgreicher Schritt zur Bildung des Geschmackes in der Kunstindustrie geschah durch die Gründung des Österreichischen Museums für Kunst und Industrie, das Werk des gegenwärtigen Directors des Institutes, Rudolf Edlen von Eitelberger, welches im Jahre 1864 eröffnet und mit dem im Jahre 1868 eine Kunstgewerbeschule in Verbindung gebracht wurde, die unter der Leitung der Professoren F. Laufberger und R. von Stork auf die verschiedenen Zweige der Kunstgewerbe fördernd und veredelnd einwirkte. Anregend auf das Kunstleben im allgemeinen wirkte ferner der Österreichische Kunstverein (seit 1851) durch seine permanenten Ausstellungen und die Heranziehung von Werken deutscher und französischer Künstler. Solche permanente Ausstellungen veranstaltete auch die Wiener Künstlergenossenschaft in dem von ihr erbauten Künstlerhause. Dieser Vereinigungspunkt der Künstler Wiens

und die wirksame Förderung ihrer Interessen verschafften der Künstlergenossenschaft eine hervorragende Stellung, welche die Regierung dadurch würdigte, dass sie ihr die früher von der Akademie der bildenden Künste veranstalteten Jahresausstellungen übertrug.

Der Pflege der kaiserlichen Kunstsammlungen Wiens, wie der Gemäldegallerie, der Ambrasersammlung (seit dem Jahre 1806 in Wien) im kaiserlichen Belvedere, dem Hofwaffenmuseum im kaiserlichen Arsenale (neu aufgestellt), dem Münz- und Antikencabinette, der erzherzoglichen Kupferstichsammlung Albertina, der Gemäldegallerie der Akademie der Künste wurde von ihren Vorständen E. von Engerth, A. Ilg, G. von Leitner, K. von Lützow, W. Freiherr von Sacken und M. Thausing eine große Sorgfalt zugewendet. Einen Rückgang erlitt Wien in der Zahl der Privat-Gemäldesammlungen, indem ein Theil derselben theils in andere Städte übertragen, theils veräußert wurde und die neu zugewachsenen kein Äquivalent dafür bilden.

Mit den gewaltigen Veränderungen in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, den ernsteren geistigen Bestrebungen hörten zwar Theater und Musik auf, in unserer Stadt eine so hervorragende Rolle wie vor den Märztagen zu spielen, aber sie bildeten doch einen wichtigen Factor in dem geselligen Leben Wiens. Unter den Theatern nahm das Burgtheater unter der Leitung des H. Laube (1849—1867) einen großen Aufschwung und den Ruhm der ersten deutschen Bühne bewahrte sich dasselbe auch unter dessen Nachfolger Franz Freiherrn von Dingelstedt (1872—1881). Das Opernhaus kam, nachdem es früher verpachtet war, im Jahre 1849 wieder in die unmittelbare Verwaltung des Hofes. Dasselbe blieb der Pflege der großen Oper und des Balletts gewidmet und überragte durch die vorzügliche Ausführung der classischen Werke der Tonkunst alle ähnlichen deutschen Kunstinstitute. Im alten Opernhause führten in den Jahren 1849—1867 die Direction: F. von Holbein, Louis Cornet, K. Eckert, S. Salvi und F. von Dingelstedt. Seit der Eröffnung des neuen Opernhauses (25. Mai 1869) wirkten als artistische Leiter: F. Freiherr von Dingelstedt, J. Herbeck, Fr. Jauner und A. Jahn. — Das Theater an der Wien pflegte unter der Direction des F. Pokorny und dessen Sohn (bis 1862) die Oper, die Localposse und das Ausstattungsstück. Hierauf übernahm dasselbe Fr. Strampfer, welcher vorzüglich Ausstattungs- und Volksstücke zur Aufführung brachte und später auch mit den französischen Operetten Offenbach's große Erfolge erzielte. Im Jahre 1869 pachteten das Theater



Das neue Rathhaus.

M. Steiner und Marie Geistinger, welche überwiegend Operetten und Localpossen zur Aufführung brachten. Unter dieser Direction errang Johann Strauß als Operettencomponist seine ersten glänzenden Erfolge. Vom Jahre 1875 an führte M. Steiner die alleinige Direction. — Das Carltheater blieb bis zum Jahre 1854 unter der Leitung seines Erbauers Carl (Bernbrunn). Nach dessen Tode übernahm die Direction Johann Nestroy, der hier zuerst Offenbach's Operetten zur Aufführung brachte. Im Jahre 1863 trat die Direction K. Treumann an, der die Richtung seines Vorgängers weiter verfolgte; im Jahre 1866 A. Ascher, unter dessen Direction zugleich das moderne französische Schau- und Lustspiel in Aufschwung kam und im Jahre 1872 F. Jauner, der in denselben Bahnen das Theater mit Glück weiterführte. — Das Theater in der Josefstadt brachte es seit Pokorny's Leitung nicht mehr zu einem größeren Erfolge. Die zahlreich wechselnden Directionen fristeten mit mäßigen Kräften ihre Existenz mit Localpossen und Volksstücken.

Der Aufschwung der Stadt führte auch zur Gründung neuer Theater. Zuerst erbaute F. Treumann im Jahre 1860 ein Theater auf dem Franz Josefs-Quai, das aber am 8. Juni 1863 abbrannte. In der Alservorstadt erbauten Baronin Pasqualati das Harmonietheater, das nach wenigen Jahren in eine Singspielhalle umgewandelt wurde und im Prater an der Stelle des Affentheaters der ehemalige Volkssänger Fürst eine hölzerne Singspielhalle, in der während der Sommermonate später regelmäßige Possen aufgeführt wurden. — Auch zwei Sommertheater besaß Wien in den Jahren 1850—1860: in Rudolfsheim und in Neulerchenfeld. Im ersteren spielten die Mitglieder des Theaters an der Wien, im letzteren die Mitglieder des Josefstädter Theaters.

Eine größere Bedeutung für die Pflege der dramatischen Kunst erlangte das im Jahre 1872 von einer Actiengesellschaft erbaute Stadttheater, welches, von dem Tage der Eröffnung mit einer kurzen Unterbrechung bis zum Jahre 1880 unter der Direction des H. Laube stehend, die Aufgabe verfolgt, das Publicum mit den interessantesten Erscheinungen des modernen deutschen und französischen Theaters bekannt zu machen. — Ein zweites gleichfalls von einer Actiengesellschaft erbautes und am 17. Jänner 1874 eröffnetes Theater, die Komische Oper, sollte die moderne Spieloper pflegen und die neuesten Erscheinungen auf diesem Gebiete zur Darstellung bringen, ohne dass dieses Theater dieses Ziel erreichte. Einerseits durch die Ungunst der Zeitverhältnisse, anderseits durch das geringe Geschick der Directionen kam es nach kurzer Dauer in Verfall. — Im Jahre 1872 erbaute Franz

Freiherr von Wertheim das „Residenztheater" in der Canovagasse, in welchem kleine Lustspiele, meist von Anfängern, aufgeführt wurden.

Auf dem Gebiete der Concertmusik trat in der Richtung ein Umschwung ein, dass die Werke der classischen Tondichter eine immer größere Verbreitung fanden und das Virtuosenthum in den Hintergrund trat. Um diese edlere Geschmacksrichtung erwarben sich die Gesellschaft der Musikfreunde, die Veranstalter der Philharmonischen Concerte (bestehend aus den Orchestermitgliedern der Hofoper) und jene der Quartettproductionen unter der Leitung von Josef Hellmesberger und andere Musiker große Verdienste. — Der Wiener Männergesangverein behauptete unter Führung J. Herbeck's und seiner Nachfolger Kremser und Weinwurm, neben den nach ihm zahlreich gegründeten Gesangvereinen, durch seine ausgezeichneten Leistungen den ersten Rang und verpflanzte im gemeinsamen Streben mit den letzteren die Liebe und die Begeisterung für F. Schubert's Lieder und Chöre, wie überhaupt für das deutsche Lied in die weitesten Kreise. — Die Wiener Tanzmusik büßte nichts von ihrem alten Reize ein. Nach dem Tode der Componisten Josef Lanner und Johann Strauß wurde der Sohn des letzteren, Johann Strauß, durch die Anmuth und die Originalität seiner Tonweisen der größte und populärste Vertreter dieser Richtung.

Mit diesen flüchtig angedeuteten Momenten der Neugestaltung unserer Stadt schließen wir unsere Darstellung. Wie der Entwicklungsgang der politischen Begebenheiten, so zeigen auch die Erscheinungen des Culturlebens, dass Wien in einen bedeutungsvollen Abschnitt seiner Geschichte eingetreten ist. Seit einem Jahrtausend wie ein immer blühendes Eiland inmitten des großen Stromes der osteuropäischen Völkerbewegung stehend, oft bedrängt von beutelustigen Nachbarn, aber nie verzagend im Kampfe für deutsche Bildung und Sitte, steht heute die Stadt in einem schweren Ringen und und Streben, sich die alte Größe, den alten Glanz zu bewahren. Inmitten der Schwierigkeiten, welche die politische Lage des Reiches, die Eifersucht und der Wettstreit anderer aufblühender Städte bereiten, liegt das Wohl und das Glück der Zukunft dieser Stadt in dem Vertrauen der Bürger auf ihre Kraft und in der rastlosen Pflege des geistigen Fortschrittes. Möge es ihnen gelingen, dass Wien, das einst ein festes Bollwerk gegen die Verheerungen östlicher Barbaren war, der Brennpunkt blühenden, deutschen Culturlebens, das Arsenal der Bildung bleibe, in dem sich Kaiser und Reich die Waffen zum Kampfe gegen innere und äußere Feinde schmieden.

Anhang.

Bürgermeister.

Jahr	
1501	Wolfgang Rieder
1502	Leonhard Lakner
1503	Wolfgang Zauner
1504–1506	Paul Köck
1507	Paul Köck Sigmund Pernfueß
1508	Wolfgang Zauner
1509–1510	Wolfgang Rieder
1511	Hans Süß
1512	Leonhard Pudmannsdorfer
1513	Hans Kuchler
1514	Friedrich Piesch
1515	Friedrich Piesch Hans Kuchler
1516	Hans Süß
1517	Hans Rynner
1518	Leonhard Pudmannsdorfer
1519	Wolfgang Kirchhofer
1520	Wolfgang Kirchhofer Hans Süß
1521	Martin Siebenbürger
1522–1523	Gabriel Guetrater
1524–1526	Hans Süß
1527	Sebastian Sulzbeck
1528–1530	Wolfgang Treu
1531	Sebastian Eysler († 2. März 1574)
1532–1533	Wolfgang Treu
1534–1535	Johann Pilhamer
1536–1537	Wolfgang Treu
1538–1539	Hermes Schallautzer
1540–1541	Paul Pernfueß
1542–1546	Stephan Tenck
1547–1548	Sebastian Schrantz
1549–1550	Sebastian Hutstocker
1551–1552	Christoph Hayden († 1558)
1553–1555	Sebastian Hutstocker
1556–1557	Hans Übermann
1558–1559	Georg Prantstetter
1560–1561	Thomas Siebenbürger
1562–1563	Hermann Bayr († 1566)
1564–1565	Mathias Brunhover († 23. Februar 1567)

Jahr	
1566	Hans Übermann
1567	
1568	Georg Prantstetter
1569	
1570	Hans vom Thau
1571	
1572	Georg Prantstetter († 6. Mai 1574)
1573	
1574	Hans vom Thau
1575	
1576	Christoph Hutstocker († 12. Mai 1612)
1577	
1578	Hans vom Thau
1579	
1580	Bartholomäus Prantner
1581	
1582	Hans vom Thau
1583	
1584	Bartholomäus Prantner († 13. Februar 1599)
1585	
1586	Oswald Hüttendorffer
1587	
1588	Hans vom Thau
1589	
1590	Georg Fürst
1591	
1592	Bartholomäus Prantner
1593	
1594	
1595	
1596	Paul Steuerer († 28. November 1601)
1597	
1598	Oswald Hüttendorffer
1599	
1600	Andreas Riederer
1601	
1602	Georg Fürst († 3. August 1603)
1603	
1604	August Haffner († 20. März 1616)
1605	
1606	
1607	
1608	Lukas Lauffer († 20. Mai 1609)
1609	

Jahr	
1610	Daniel Moser
1611	
1612	
1613	
1614	Veit Resch († 27. August 1625)
1615	
1616	Daniel Moser
1617	
1618	
1619	
1620	
1621	
1622	
1623	Paul Wiedemann
1624	
1625	
1626	Daniel Moser
1627	
1628	
1629	
1630	
1631	
1632	
1633	
1634	
1635	
1636	
1637	
1638	Christoph Fassholdt
1639	
1640	Konrad Pramber
1641	
1642	
1643	
1644	
1645	
1646	Caspar Bernard
1647	
1648	
1649	Johann Georg Dietmayr
1650	
1651	
1652	
1653	

Jahr	
1654, 1655	Thomas Wolfgang Puchenegger
1656, 1657, 1658, 1659	Johann Georg Dietmayr von Dietmannsdorf
1660, 1661, 1662, 1663	Johann Chr. Holzner
1664, 1665, 1666, 1667	Johann Georg Dietmayr von Dietmannsdorf
1668, 1669	Joh. Chr. Holzner († 11. Mai 1672)
1670, 1671, 1672, 1673	Daniel Lazarus Springer
1674, 1675, 1676, 1677	Peter Sebastian Fuegenschuch († 6. October 1679)
1678, 1679	Daniel Lazarus Springer († 4. März 1687)
1680, 1681, 1682, 1683	Johann Andreas von Liebenberg († 9. September 1683)
1684, 1685, 1686, 1687	Simon Stephan Schuster († 20. Februar 1695)
1688, 1689, 1690, 1691	Daniel Focky († 21. März 1695)
1692, 1693, 1694, 1695	Johann Franz Peickhardt
1696, 1697, 1698, 1699	Jakob Daniel Tepser
1700, 1701, 1702, 1703	Johann von Peickhardt († 27. Juli 1717)
1704, 1705, 1706, 1707	Jakob Daniel Tepser
1708, 1709, 1710, 1711, 1712	Johann Franz Wenighoffer
1713, 1714, 1715, 1716	Johann Lorenz Frank von Guetenberg
1717, 1718, 1719, 1720	Josef Hartmann, Dr. d. R.
1721, 1722, 1723, 1724	Franz Josef Hauer
1725, 1726, 1727	Josef Hartmann, Dr. d. R. († 16. Mai 1732)
1728	Franz Josef Hauer
1729, 1730	Johann Franz Purck
1731, 1732	Franz Daniel Edler von Partuska
1733, 1734, 1735, 1736	Andreas Ludwig Leitgeb
1737, 1738, 1739, 1740	Johann Adam von Zahlheim

Jahr	
1741 bis 1744	Peter Josef Kofler, Dr. d. R.
1745 bis 1751	Andreas Ludwig Leitgeb
1752 bis 1764	Peter Josef Edler von Kofler, Dr. d. R., des heil. römischen Reiches Ritter
1765 1766 1767	Josef Anton Bellesini, Dr. d. R.
1768 bis 1772	Leopold Franz Gruber
1773 bis 1782	Josef Georg Hörl († 10. December 1806)

Seit dem Bestande der Organisation des Magistrates im Jahre 1783.

Jahr	
1805 bis 1823	Stephan Edler von Wohlleben († 30. Juli 1823)
1824 bis 1834	Anton Lumpert († 10. April 1837)
1835 1836 1837	Anton Edler von Leeb († 6. December 1837)
1838 bis 1848	Ignaz Czapka Ritter von Winstetten († 5. Juni 1881)
1848 1849 1850	*)

Seit dem Bestande der Gemeindeordnung vom 6. März 1850.

Jahr	
1851 bis 1861	Johann Caspar Freiherr von Seiller, Dr. d. R.
1861 bis 1868	Andreas Zelinka, Dr. d. R. († 21. November 1868)
1869 bis 1878	Cajetan Felder, Dr. d. R.
1878 bis 1882	Julius Ritter von Newald, Dr. d. R.
1882	Eduard Uhl

*) Infolge der Neugestaltung der Gemeindeverhältnisse war Wien vom 16. März 1848 angefangen bis 10. Februar 1851, d. i. bis zum Abschlusse der Constituierung des auf Grundlage der provisorischen Gemeindeordnung vom 6. März 1805 gewählten Gemeinderathes ohne Bürgermeister. Im Bürgerausschusse (vom 18. März bis 24. Mai 1848) führte den Vorsitz der Vicebürgermeister des Magistrats Ferdinand Bergmüller. Der Gemeindeausschuss (vom 25. Mai bis 5. October 1848) wählte am 2. Juni zum Präsidenten: Theodor Hornbostel, zu seinen Stellvertretern Dr. Dierl und Dr. J. C. Seiller und nach dem Austritte des Dr. Dierl aus dem Gemeindeausschusse am 21. Juni Dr. Leopold Neumann zu dieser Stelle. Am 14. August 1848 nahm der Gemeinderath eine Neuwahl des Präsidiums vor, wobei Dr. Seiller Präsident und Martyrt Stellvertreter wurden. — Nach der Neuwahl des Gemeinderathes fand, wie im Gemeindeausschusse, jeden Monat die Erneuerung des Präsidiums statt. Es wurden gewählt am 12. October 1848: Ignaz Bondi zum Präsidenten, Freiherr von Stifft und Martyrt zu Vicepräsidenten; am 13. November 1848: Ignaz Bondi zum Präsidenten, M. von Stubenrauch und Dr. Eul. Kluger zu Vicepräsidenten; am 11. December 1848: Dr. J. C. Seiller zum Präsidenten, M. v. Stubenrauch und Kaltenbäck zu Vicepräsidenten; am 13. April 1849: Dr. Seiller zum Präsidenten, Dr. M. von Stubenrauch und Dr. Andreas Zelinka zu Vicepräsidenten; am 16. Juni 1849: Dr. Andreas Zelinka und Dr. J. Klucky zu Vicepräsidenten. In dieser Zusammensetzung verblieb das Präsidium bis zur letzten Sitzung des Gemeinderathes (16. November 1850). — Auf Grund des Gemeindestatutes vom 6. März 1850 wählte der Gemeinderath am 11. Februar 1851 zum Bürgermeister Dr. Johann C. Ritter von Seiller.

Bürgermeister-Stellvertreter

seit dem Bestande der Gemeindeordnung vom 9. März 1880.

Jahr	
1851 bis 1860	Andreas Zelinka, Dr. d. R. / Franz Khunn
1861	Leopold Mayr
1862	Cajetan Felder, Dr. d. R.
1863	
1864	Cajetan Felder, Dr. d. R.
1865	Franz Karl Mayerhofer, D. d. R.
1866	
1867	Cajetan Felder, Dr. d. R.
1868	Julius Newald, Dr. d. R.
1869 bis 1874	Julius Newald, Dr. d. R. / Franz Khunn
1875 bis 1878	Julius Ritter von Newald / Eduard Uhl
1879	Eduard Uhl
1880	Moriz Lederer, Dr. d. R.
1881	Eduard Uhl / Ferdinand von Schrank, Dr. d. Ph.
1882	Dr. Johann Prix / Josef Steudel

Stadtrichter.

Jahr	
1501 1502	Lorenz Hüttendorffer
1503 1504 1505 1506 1507 1508	Sigmund Pernfueß
1509	Lorenz Hüttendorffer
1510	Sigmund Pernfueß
1511	Hans Rynner
1512	Martin Siebenbürger
1513	N. Plechinger
1514 1515 1516	Hans Rynner
1517	Jobst Nagel
1518	Andreas Pachole
1519 1520	Georg Tugendlich
1521	Ladislaus von Edlasperg
1522	Ulrich Khuck
1523	—
1524	Heinrich Kunigshamer
1525	Ulrich Khuck
1526 1527 1528 1529 1530	Paul Pernfueß
1531	—
1532 1533 1534 1535	Ladislaus von Edlasperg
1536	Paul Pernfueß
1537	Sebastian Eysler
1538 1539	Paul Pernfueß
1540 1541 1542 1543	Hermes Schallautzer
1544 1545 1546	Leopold Offner
1547 1548	Sebastian Hutstocker
1549	Hans Prock

Jahr	
1550	Leopold Offner
1551	
1552	Jakob Himmelreich
1553	Christoph Hayden
1554	
1555	
1556	Georg Prantstetter
1557	
1558	Lorenz Hüttendorffer
1559	
1560	Hermann Bayr
1561	
1562	Hans vom Thau
1563	
1564	Hans Vöchter
1565	
1566	Thomas Siebenbürger
1567	
1568	Hans Hutstocker
1569	
1570	
1571	Christoph Hutstocker
1572	
1573	Hans Hutstocker
1574	Rupert Schöller
1575	
1576	Bartholomäus Prantner
1577	
1578	Hans Prunner
1579	
1580	Rupert Schöller († 1585)
1581	
1582	Oswald Hüttendorffer
1583	
1584	Hans Seyß († 1585)
1585	Hans Hutstocker
1586	
1587	
1588	Georg Fürst
1589	
1590	Oswald Hüttendorffer
1591	Paul Steuerer
1592	
1593	

Jahr	
1594	Andreas Rieder
1595	
1596	Leopold Gartner
1597	
1598	Lukas Lauffer
1599	
1600	Leopold Gartner († 2. Septem-
1601	ber 1603)
1602	
1603	
1604	Hans Pauer
1605	
1606	Daniel Moser
1607	
1608	August Hassner
1609	
1610	Hans Pauer
1611	Christoph Lechner
1612	
1613	
1614	Martin Köck, Dr.
1615	
1616	Christoph Lechner
1617	
1618	Georg Mezner
1619	
1620	Paul Wiedemann
1621	
1622	
1623	Christoph Lechner
1624	
1625	
1626	Paul Wiedemann
1627	
1628	
1629	
1630	
1631	
1632	Daniel Polmüllner von Mülperg
1633	
1634	
1635	
1636	
1637	

Jahr	
1638 1639	Konrad Pramber
1640 1641	Friedrich Höfer
1642 1643	—
1644 1645 1646 1647 1648	Johann Georg Dietmayr
1649 1650 1651 1652 1653 1654 1455 1656 1657 1658 1659	Johann Christian Holzner
1660 1661	Daniel Lazarus Springer
1662 1663	Johann Georg Dietmayr von Dietmannsdorf
1664 1665	Johann Moser
1666 1667	Johann Christoph Holzner
1668 1669	Peter Sebastian Fuegenschuch, Dr. d. R.
1670 1671	Johann Moser († 26. Februar 1672)
1672	Johann Christoph Holzner († 11. Mai 1672)
1673	Bartholomäus Schletzer von Schönberg
1674	Friedrich Müller von Löwenstein
1675 1676 1677	Johann Franz Pfeifer von Schalamhaim
1678 1679	Johann Andreas von Liebenberg

Jahr	
1680 1681	Mathias Persilla, Dr. d. R. († 1. November 1681)
1682 1683	Simon Stephan Schuster
1684 1685 1686 1687	Caspar Patzinger
1688 1689 1690 1691	Johann Franz Peickhart
1692 1693 1694 1695	Jakob Daniel Tepser
1696 1697 1698 1699	Johann Franz Peickhart
1700 1701 1702 1703	Jakob Daniel Tepser
1704 1705 1706 1707	Johann Franz Wenighofer
1708 1709 1710 1711 1712	Johann Lorenz Frank von Guetenberg
1713 1714 1715 1716	Josef Hartmann, Dr. d. R.
1717 1718 1719 1720	Franz Josef Hauer
1721 1722 1723 1724	Josef Hartmann, Dr. d. R.

Jahr	
1725–1728	Johann Franz Purt
1729–1732	Andreas Ludwig Leitgeb
1733–1736	Franz Daniel Edler von Partuska, Dr. d. R.
1737–1740	Peter Josef Kofler, Dr. d. R.
1741–1744	Andreas Ludwig Leitgeb
1745–1750	Peter Josef Kofler, Dr. d. R.
1751 bis 1760	Johann Leopold von Ghelen, Dr. d. R.
1761–1764	Josef Anton Bellesini, Dr. d. R.
1765 bis 1772	Josef Georg Hörl
1773 bis 1782	Friedrich Franz Maurer

Vicebürgermeister des Civil- und Criminalgerichtes.

Von 1783—1849.

Mit der Einsetzung des Magistrats im Jahre 1783 und der Theilung seiner Geschäfte in drei Senate: 1. für die politisch-ökonomischen; 2. die Civilrechts-; 3. die Criminalrechtsangelegenheiten, hörte das Amt eines Stadtrichters auf. Die Leitung der Geschäfte des Civil- und Criminalsenates erhielten Vicebürgermeister, deren Reihenfolge nachstehende ist:

Jahr	
1782–1787	Leopold Edler von Mosbach (Civ.) Ignaz von Maurer (Crim.)
1788–1794	Leopold Edler von Mosbach (Civ.) Joh. Georg Augusti (Crim.)
1795–1801	Josef Edler von Pilgram (Civ.) Joh. Georg Augusti (Crim.)
1802–1804	Josef Edler von Pilgram (Civ.) Josef Macher (Crim.)
1805–1808	Josef Balthasar Weber (Civ.) Josef Macher (Crim.)

Jahr	
1809	Josef Balthasar Weber (Civ.)
1810	
1811	Josef Macher (Crim.)
1812	
1813	Josef Balthasar Weber (Civ.)
1814	Vincenz Weber (Crim.)
1815	Josef Balthasar Weber (Civ.) Anton Lumpert (Crim.)
1816 bis 1823	Josef Anton Hober (Civ.) Anton Lumpert (Crim.)
1824	Josef Anton von Hober (Civ.)
1825	
1826	Josef Hollan (Crim.)
1827	
1828 bis 1844	Johann Ripelly (Civ.) Josef Hollan (Crim.)
1845	Johann Ripelly (Civ.) Florian Philipp (Crim.)
1846	
1847	
1848	
1849	

Mit der Einsetzung landesfürstlicher Behörden für die Gerichtspflege wurden auch die bei dem Magistrate bestandenen Civil- und Criminalsenate aufgehoben.

Stadtschreiber.

Jahr	
1501	Stephan Vorchtenauer, Dr. d. R.
1502	
1503	
1504	
1505	
1509	Gabriel Guetrater von Lauffen,
1512 bis 1521	Gabriel Guetrater, Licentiat
1522	Victor Gamp, Dr. d. R.
1523	Gabriel Guetrater
1524	
1525	
1526	
1527 bis 1540	Hans Hofmann
1541 bis 1576	Franz Iglshofer, k. Rath
1577	—
1578	Johann Pämpl († 1579)
1579	
1580	—
1581 bis 1590	Adam Altensteig
1591 bis 1602	Stephan Schachtner, Dr.
1603 bis 1712	Mathias Kapeller, Dr. d. R. († 1612)
1613 bis 1631	Johann Widmer, Dr. d. R. († 12. April 1631)
1632 bis 1640	Hans Jakob von Scholz, Dr. d. R.
1669 bis 1675	Johann Theob. Frank, D. d. R., Syndicus
1676 bis 1681	Johann Eilers, Dr. d. R.
1682 bis 1691	Nikolaus Hocke, Dr. d. R.

Jahr	
1692 bis 1717	Franz Andreas Gall, Dr. d. R.
1718 bis 1731	Zacharias Adalbert Hüttner, Dr. d. R. († 5. März 1741)
1732 bis 1736	Joachim Ehrenreich Mannagetta von Lerchenau, Dr. d. R.
1737 bis 1748	Franz Rieger, Dr. d. R.
1749 bis 1762	Josef Ferdinand Riedl, Dr. d. R.
1763 bis 1782	Franz Josef Hacker, Dr. d. R.

Vicebürgermeister des politisch-ökonomischen Senates.

Von 1835—1849.

Infolge der Geschäftsvermehrung des Magistrats wurde im Jahre 1835 bei dem politisch-ökonomischen Senate die Stelle eines Vicebürgermeisters und im Jahre 1846 eine zweite derartige Stelle, und zwar speciell die Senatsabtheilung für schwere Polizeiübertretungen systemisiert:

Jahr	
1835 bis 1837	Ignaz Czapka
1838 bis 1844	Andreas Lanser
1845	Ferdinand Bergmüller
1846 bis 1855	Ferdinand R. v. Bergmüller Josef Mader († 26. Jänner 1855)
1856 bis 1868	Ferdinand Ritter von Bergmüller († 25. Mai 1868)

(Von Ende Mai 1868 bis anfangs April 1870 war provisorischer Leiter der Geschäfte des Magistrates der Senior der Magistratsräthe: Karl Edler von Sögner.)

Magistratsdirector.

Jahr 1870—1882: Wilhelm Grohmann.

Bischöfe und Erzbischöfe von Wien.

Bischöfe.

Jahr	
1501—1504	Bernhard von Pollheim und Wartenburg.
1504—1509	Franz Bakacs.
1513—1522	Georg von Slatkonia.
1523—1530	Johann I. von Revilles.
1530—1541	Johann II. Faber.
1541—1551	Friedrich Nausea.
1552—1553	Christoph Wertwein.
1554—1555	Peter Canisius.
1558—1562	Anton I. von Muglitz.
1563—1572	Urban Bischof von Gurk.
1574—1594	Caspar Neubeck.
1598—1630	Melchior Klesel, Cardinal.
1631—1639	Anton II. Wolfrath (der erste mit dem Titel eines Fürsten des heil. römischen Reiches).
1639—1669	Friedrich II. Philipp Graf von Brenner.
1669—1680	Wilderich Freiherr von Wallendorf.
1680—1685	Emerin Sinelli.
1685—1702	Ernst von Trautsohn.
1702—1705	Franz I. Anton Graf von Harrach.
1706—1716	Franz II. Ferdinand Freiherr von Rumel.

Erzbischöfe.

Jahr	
1716—1751	Sigmund Graf von Kollonitsch.
1751—1757	Johann Josef Graf von Trautsohn.
1757—1803	Christoph Anton Graf von Migazzi.
1803—1820	Sigmund II. Anton Graf von Hohenwart.
1822—1831	Leopold Maximilian Graf von Firmian.
1832—1853	Vincenz Milde.
1853—1875	Othmar Ritter von Rauscher, Cardinal.
1876—1881	Johann Rudolf Kutschker, Cardinal.
1882	Cölestin Josef Ganglbauer.

Quellen und Belege.

Um den dem Werke zugemessenen Raum nicht zu überschreiten, bin ich genöthigt, für die „Neue Zeit" auf einen so detaillierten Nachweis der Quellen und Belege, wie ich denselben für das Mittelalter gab, zu verzichten. Dem Kenner der Geschichte Wiens wird es übrigens nicht entgehen, dass die Darstellung des Culturlebens (V. bis XII. Abschnitt) zum Theil neu bearbeitet ist. Bezüglich der Detailliteratur der Abschnitte VII (Kirchen, Klöster und Kapellen), IX (Unterricht, Erziehung und Wissenschaften), X (Dichtung und Musik), XII (Feste, Theater und Volksbelustigungen) verweise ich auf meine „Topographie der Stadt Wien" (II. Band der „Topographie von Niederösterreich", herausgegeben vom Vereine für Landeskunde von Niederösterreich).

Im Nachfolgenden mache ich die Hauptwerke namhaft, welche vorzugsweise bei den Abschnitten I bis IV benützt wurden.

Arneth A. v.: K. Maria Theresia. Wien 1863—1881. 11 Bde.

— — Briefe der K. Maria Theresia an ihre Kinder und Freunde. Wien 1881. 2 Bde.

— — Maria Theresia und Josef II. Wien 1867—1870. 3 Bde.

— — Prinz Eugen von Savoyen. Wien 1858. 3 Bde.

— — Guido Graf von Starhemberg. Wien 1853. 1 Bd.

Aschbach: Geschichte der Wiener Universität. 2 Bde.

Barth-Barthenheim J. L. Graf v.: Allgemeine österreichische Gewerbs- und Handelskunde. Wien 1819. 9 Bde.

Beer: Zehn Jahre österreichischer Politik. Leipzig 1877. 1 Bd.

Beitrag zur Charakteristik und Regierungsgeschichte Josef's II., Leopold's und Franz' II. Paris 1800. 1 Bd.

Berichte und Mittheilungen des Wiener Alterthums-Vereines. I. bis XIX. Bd.

Bucholz: Geschichte K. Ferdinand's I. Wien 1831—1838. 9 Bde.

Camesina A. v. und Weiß K.: Niklas Meldemann's Rundansicht der Stadt Wien während der ersten Türkenbelagerung.

Codex Austriacus. I und II.

Dunder G.: Denkschrift über die Wiener October-Revolution. Wien 1849. 1 Bd.

Exner W. H.: Beiträge zur Geschichte der Gewerbe und Erfindungen in Österreich. Wien 1873. 1 Bd.

Feil Josef: Die Schweden vor Wien, in den „Quellen und Forschungen zur vaterländischen Geschichte". Wien 1849.

Fournier Dr. A.: Geschichte der österreichischen Diplomatie in den Jahren 1801—1805. Wien 1880. 1 Bd.

Fugger J. J.: Spiegel der Ehren des Hauses Österreich. Nürnberg 1680.

Fuhrmann M.: Alt- und Neu-Wien. Wien 1738—1739. 2 Bde.

Geusau A. R.: Geschichte der Stadt Wien. 2. Auflage (sammt Supplementen). Wien 1792—1810. 7 Bde.

Gindely: K. Rudolf II. und seine Zeit. Prag 1863—1865. 2 Bde.

— — Geschichte des 30jährigen Krieges. Prag 1869—1870. 4 Bde.

Hammer-Purgstall Freiherr v.: Cardinal M. Klesel's Leben. Wien 1847. 4 Bde.

Hartig Graf F.: Genesis der Revolution in Österreich. Leipzig 1850. 1 Bd.

Helfert Josef Alex. Freiherr v.: Geschichte Österreichs vom Ausgange des October-Aufstandes 1848. 4 Bde.

— — Die österreichische Volksschule. Prag 1860. I. und III. Bd.

— — Maria Louise, Erzherzogin von Österreich, Kaiserin der Franzosen. Wien 1873. 1 Bd.

Hormayr J. Freiherr v.: Wiens Denkwürdigkeiten. Wien. 9 Bde.

Hurter F.: Geschichte K. Ferdinand's II. und seiner Eltern. Schaffhausen 1850—1862. 11 Bde.

Josef II., K.: Sammlung der Gesetze und Verordnungen. Wien 1780—1790.

Kabdebo H.: Bibliographie zur Geschichte der beiden Türkenbelagerungen Wiens. Wien 1876.

Kaltenbäck's „Austria": Jahrg. 1843—1850.

Karajan Th. v.: Ausgabe der Tagebücher von S. von Herberstein und Bürgermeister Kirchmayr in den Font. rer. Austr. I. Abtheilung. I. Bd.

Khevenhiller's Annales: Ferdinand II. Leipzig 1721. 2 Bde.

Kink R.: Geschichte der Wiener Universität. Wien 1854. 2 Bde.

Koch M.: Geschichte des deutschen Reiches unter K. Ferdinand III. Wien 1865. 1 Bd.

— — Quellen zur Geschichte K. Maximilian's II. Leipzig 1857. 1 Bd.

Kopetz G.: Allgemeine österreichische Gewerbegesetzkunde. Wien 1829. 2 Bde.

Kraus V. v.: Zur Geschichte Österreichs unter K. Ferdinand I. Wien 1873. 1 Bd.

Krones Dr. Ignaz: Handbuch der Geschichte Österreichs von der ältesten bis zur neuesten Zeit. II. bis IV. Bd. Berlin 1877—1879.

Krones F.: Geschichte der Neuzeit Österreichs. Berlin 1878. 1 Bd.

Lazius W.: Vienna Austriae rerum Viennensium Comentariis. Basilea 1546 (sammt Abermann's Fortsetzung). 1 Bd.

Lauber: Denkmahl rühmlich erfüllter Bürgerpflichten. Wien 1806. 1 Bd.

Lützow K. v.: Geschichte der kaiserlichen Akademie der bildenden Künste in Wien. Wien 1879. 1 Bd.

Meynert H., Dr.: K. Franz I. Wien 1871. 1 Bd.

— — K. Josef II. Wien 1862. 1 Bd.

Newald Johann: Das Salm-Monument in Wien (im XVIII. Bd. der Berichte des Wiener Alterthums-Vereines).

Notizenblatt der Akademie der Wissenschaften (1849—1865).
Österreich und seine Staatsmänner seit 1840. Leipzig 1843.
Pückler B. Freiherr v.: Geschichte der Regierung K. Franz I. Wien 1841.
Ranke L. v.: Deutsche Geschichte und Zeitalter der Reformation. 5 Bde. Leipzig 1868.
Raupach: Erläutertes evangelisches Österreich. Hamburg 1736. 4 Bde.
Reitzes: Zur Geschichte der religiösen Wandlung Max' II. Leipzig 1870.
Reschauer H. und M. Smets: Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution. Wien 1870—1872. 2 Bde.
Richter H. Dr.: Geistesströmungen aus Österreich. 2. Aufl. Berlin 1876.
Rink: K. Leopold's I. wunderwürdiges Leben. Leipzig 1708. 1 Bd.
Rogge Walter: Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart. Wien 1872—1873. 1 Bd.
— — Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust. Wien 1879. 1 Bd.
Schlager K.: Wiener Skizzen aus dem Mittelalter. I.—V. Bd.
Schlossar Dr. A.: Österreichische Cultur- und Literaturbilder. Wien 1879. 1 Bd.
Schmelzl W.: Lobspruch der Stadt Wien 1549.
Schmidt A., Dr.: Zeitgenössische Geschichten. Leipzig 1859. 1 Bd.
(Schönholz F. A. Freiherr v.): Traditionen zur Charakteristik Österreichs, seines Staates und Volkslebens unter Franz I. Leipzig 1844. 2 Bde.
Schwabe A.: Versuch einer Geschichte des österreichischen Staats-, Credits- und Schuldenwesens. Wien 1860. 2 Hefte.
Sonnenfels J. v.: Gesammelte Schriften. Wien 1783. 10 Bde.
Springer A. H., Dr.: Österreich nach der Revolution. Leipzig 1850. 1 Bd.
Tschischka Geschichte der Stadt Wien. Stuttgart 1852. 1 Bd.
Varnhagen's von Ense Denkwürdigkeiten. 3. Bd.
Vivenot A. Edler v.: Thugut und sein politisches System. Wien 1870. 1 Heft.
— — Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen. Wien 1866. 1 Bd.
Wagner Franz: Historia Josephi Caesaris Augusti. 1745. 1 Bd.
Wiedemann Th.: Geschichte der Reformation und Gegenreformation im Lande Österreich unter der Enns. Prag 1879. 2 Bde.
Wiener Geschichtsquellen, I. Abtheilung, II. Band (Dr. Tomaschek: Das Wiener Stadtrecht).
Wiesner Dr. Ad.: Denkwürdigkeiten der österreichischen Censur. Stuttgart 1847. 1 Bd.
Wolf Ad.: Österreich unter Maria Theresia. Wien 1855. 1 Bd.
— — Marie Christine, Erzherzogin von Österreich. Wien 1863. 2 Bde.
— — Fürst W. Lobkowitz. Wien 1869. 1 Bd.
— — Geschichtliche Bilder aus Österreich. Wien 1878—1880. 2 Bde.
Wolf G.: Die Leopoldstadt bei Wien. Wien 1864.
— — Geschichte der Juden in Wien. Wien 1876.
Zeibig: Aufzeichnungen der Klosterneuburger Stiftsdechante im Notizbuche der Akademie. Jahrg. 1854.
— — Der Ausschusslandtag der gesammten österreichischen Lande im XIII. Bd. des Archivs für die Kunde österreichischer Geschichte.

Register

(über Personen, Orte und Sachen).

Abraham a Santa Clara 145, 486.
Adel, österreichischer 63, 381.
Aegidius, St., Pfarrkirche 433.
Akademie der Künste 175, 505, 507, 518, 624.
Akademie der Wissenschaften 183, 471, 621.
Akademien, musikalische 499, 526.
Albert v. Sachsen, Herzog 213.
Albert von den Schotten, Prediger 9.
Albrecht, Erzherzog 537, 595, 596.
Albrecht, Erzherzog, Statthalter 105, 110.
Alsbach 361, 359.
Alserbach: Armenhaus 401.
Alservorstadt 360; Krankenhaus 402.
Altdonau 348.
Althan 362.
Althan, Graf und dessen Gemahlin Maria Pignatelli 180.
Altlerchenfeld 360; Kirche 433.
Andrä, St., Armenhaus 402.
Andrassy, Julius Graf 599.
Andreossy, General 261, 266, 269.
Anguisola, L. 152, 157, 317.
Anna, St., Kirche 78.
Anticipationsscheine 278.
Arbeiterbewegung 309, 534, 537, 552, 606, 609.
Arbeitshaus 400, 617,
Architektur 311, 312, 313, 502—510. Neubauten 624.
Armencassa 401.
Armeninstitut 402, 413.
Armenhäuser 308, 360, 361, 617, 627.
Arsenal, kaiserl. 328, 337, 343, 618.
Arthaber, L. v. 533, 537.
Ärzte: Verbot der Behandlung protestantischer Kranken 120.
Aspern, Schlacht 263—265.
Attentate 571, 579.
Audienzbrüder 168.
Auersperg, Fürst 139, 140.
Auersperg, Graf, General 557, 558.
Auersperg, Fürst Carlos 602, 603.
Aufgebot (Wiener) 240, 241, 242, 243.
Aufstände: Soldknechte 54, 59, 88, 90; Studenten 128; spanische Bediente 138; Juden 171, 176; Schuhmachergesellen 183; Einschränkung der Feiertage 101; französische Fahne 242; vergl. auch Revolution.
Augarten: Eröffnung 216, 315, 527.
Augsburg 5, 23, 69.
Augustin, Brüder 395.
Augustinerkloster (Stadt) 80, 426; (Landstraße) 352, 431; Bildungsinstitut 416; (Wieden) 432.
Ausstellungen (Gewerbe-) 301, 442; (Kunst-) 518, 631.
Austerlitz, Schlacht 250.
Avianus, M. 157.

Bach, Dr. A. 541.
Bäckenhäusl 399, 401.
Bäder 396, 617.
Baiern 148, 188, 212, 224.
Ballhäuser 521.
Bancozettel 209, 276.
Banken 619.
Barbarastift 78, 336.
Barmherzige Brüder 350, 400, 429.
Barmherzige Schwestern 417.
Barnabiten 423, 433.
Bartenstein, Christ. Reichsfreiherr 186, 202
Basteien, deren Erbauung 57, 311, 314 bis 330; deren Demolirung 612; Basteihäuser 327; vergl. auch Befestigungen.
Bauernaufstand 36, 88.
Baugesellschaften 613.
Baukunst, vergl. Architektur.
Baumeister 502, 510.
Baupolizei 387.
Becher, J. E. 166, 438, 439.
Befestigungen, alte 41—42; neue 57, 61 83, 150, 191, 258, 309, 311, 314—330, 611. Sprengung 271. Demolierung 612
Beiträge deutscher Städte 57, 61.

Belagerungen: der Türken (1529) 43—52, (1683) 148—162; der Schweden 125; der Böhmen 106 bis 108; der Franzosen (1809) 251; der kaiserl. Truppen (1848) 560, 565, 566.
Belagerungszustand 540, 561, 567, 571, 580.
Belcredi, Graf 594, 600.
Beleuchtung (Straßen-) 391.
Belgrad 178, 179, 184, 225.
Belvedere, kaiserl. 515.
Benedek, Freiherr v. 595.
Bergmüller, F. 542.
Berlin 193, 205.
Bernadotte, General 242.
Bernardon 488.
Bernardsthal 354.
Berthier, General 260, 268.
Besoldungen der Rathsherren 377.
Bethäuser, protestantische 332, 417.
Bethlen Gabor, Fürst 100, 109, 111, 122.
Bettelwesen 168, 397.
Beust, Freiherr v., 599, 600, 602, 604.
Bevölkerung 381, 383, 615.
Bewachung der Stadt 402.
Bibliotheken 463, 467, 473, 475.
Bierbrauereien 447.
Bierschank 447.
Bildende Künste 502, 624.
Bildhauerei 510—514, 628.
Bildungsanstalt für Weltpriester 477.
Billek v. Billenberg: Verurtheilung 235.
Bischöfe: Reihenfolge 646; Adressen 601, 602.
Bisthum, Wiener 183, 217, 416. Schloss und Kirche von Herrnals 120.
Blindeninstitut 477.
Blum, Robert 560, 568.
Böhmen 97, 100—101, 102—112, 116, 122.
Böhmische Brüder in Wien 70.
Born, J. 218.
Borodino, Schlacht 278.
Borri, Goldmacher 140.
Borrosch, Abgeordneter 552.
Börse 618.
Bosnien 178.
Botanische Gärten 473, 477.
Botschkai's Verschwörung 75, 90.
Brandenburg, Casimir Markgraf v. 18, 23.
Breitenfeld 360.
Brigittenau 126, 127, 351; Kirchtag 528.
Broschürenliteratur unter K. Josef II. 223.
Bruck, Freiherr v. 585, 586.
Bruck a. d. Mur 5, 18.
Brücken über die Donau 349, 620.
Brücken über die Wien 356.
Bruderschaften 68, 211, 397, 411, 412 417, 468, 470.
Brunnen, öffentliche 512, 628.
Buchdrucker 67
Bücher-Revisionsamt 477.
Buchfeld 360.
Buchhändler: Confiscation protestantische Bücher 120.
Bucquoy, Graf 107, 110, 112.
Budapest 612, 619.
Bukowina, dessen Erwerbung 212.
Burg: Feuersbrunst 140, 200, 330, 506.
Bürger, deren Haltung in der Reformationszeit 63, 85, 96, 124; Eid 124.
Bürgerausschuss 304, 376, 541, 546 vergl. auch Gemeinderath.
Bürgermeister: Reihenfolge 637.
Bürgermeister-Stellvertreter: Reihenfolge 641.
Bürgermilitär 306, 307, 404, 536.
Bürgerschießstätte 361.
Bürgerschule, St. Stephan 87, 461, 464, 467.
Bürgerspital 35, 397, 401.
Burgfriedens-Privilegium 165, 170, 343.
Burgtheater, vergl. Theater.

Camesina, A. v. 152, 157.
Campo Formio, Friede 241.
Canäle 390, 395.
Canisius, Jesuit 67.
Capinius, M., vergl. Siebenbürger.
Carousel 193, 520.
Caspar, Bischof von Wien 83.
Censur 222, 229, 286, 299, 476—478, 539.
Centralfriedhof 617.
Chaos'sche Stiftung 399, 469.
Cholera (1831) 291, 572.
Choleracanal 359, 395.
Civilmädchenpensionat 475.
Civilsicherheitswache 615.
Clarakloster 335, 398.
Clarke, General 249, 250.
Colloredo, Graf 548.
Commerz, vergl. Handelsverhältnisse.
Concerte 522, 634.
Concordat (1856) 582, 601, 602.
Contumazhöfe 396, 399, 400.
Cormons, Friedenspräliminarien 598.
Cursalon 626.
Custozza, Schlacht 551, 595.
Cythräus, Agende 77.
Czapka, J., Bürgermeister 302—309, 375, 402, 534, 537—539, 541—543.

Dalmatinische Unruhen 606.
Dampierre, General 104, 107, 108.
Dampfschiffahrt 443, 620.
Daun, L. Graf 199, 204, 205, 208.
Debreczin, Reichstag 574.
De Ligne, Karl Prinz 169.
Denkmale, öffentliche 512, 513, 628.
Denksäulen (gegen die Türken) 89, 173, 174, 511, 512.
Deutsch-französischer Krieg 608.
Deutsch-Katholiken 551.
Deutsche Ordenskirche 426.
Deutsche Sprache: Förderung durch K. Maria Theresia und Josef II. 224. Einschränkung unter K. Leopold II. 229.
Deutsche Städte: Beiträge zum Bau der Basteien 313.
Deutscher Zollverein 442.
Deutsches Lied 501.
Dichtercollegium 478.
Dichterkrönungen 462.
Dichtung und Dichter 482—497, 623.
Dienstmänner 620.
Dietmayr, G. v. 134.
Doblhoff, Baron 535, 549, 553.
Dominien, herrschaftliche: Einlösung ihrer Rechte 304, 344.
Dominikanerkirche und Kloster 80, 355, 425.
Donau, ihre Arme und deren Lauf 346; Regulierung 442, 612.
Donaugesellschaft, gelehrte 10, 462, 478.
Donaustadt, deren Befestigung 316.
Dorotheakirche und Kloster 53 80, 427.
Dramen 483—497, 520.
Dreifaltigkeitskapelle auf dem Kienmarkt 429.
Dreifaltigkeitskirche (Rennweg) 431.
Dreifaltigkeitsspital 352, 400.
Dreißigjähriger Krieg 117.
Dresden, Friedensschluss 195.
Drugeth v. Hommonay, Graf 111.
Dualismus 598—600.

Eck, Joh., Dr., päpstlicher Commissär 32.
Eglauer, W., Zeugwart 316.
Eiczing, Michael v. 19, 29.
Einlösungsscheine 276.
Einstandsprivilegium 381.
Einzüge: K. Max' I. und der Könige von Ungarn, Böhmen und Polen (1515) 12. K. Karl's V. 59. K. Matthias' II. 92, 98. K. Leopold's I. 134. Prinzessin Margareta 137. Claudia Felizitas 143. Prinzessin Wilhelmine Amalia 171. K. Karl's VI. 178. K. Maria Theresia 195. K. Josef's II. 207. K. Leopold's II. 228. K. Franz I. 251, 271, 281. K. Franz Josef's I. 602. Türkischer Botschafter 137, 172.
Eipeldauer Briefe 244, 253, 273, 274, 275, 280, 282.
Eisenbahnen 443, 619.
Eisenbahnhöfe 627.
Eleonora v. Mantua, K. 118.
Eleonora, K. 177, 182.
Elisabeth, K. 580, 591.
Elisabethinerspital 352, 400, 431.
Elsaß, Abtretung an Frankreich 147.
Embel, Oberkämmerer 277.
Erblandeverein, österr. 41, 57.
Erdberg 351, 348.
Erfindungen von Wiener Industriellen 453.
Ernst, Erzherzog, Statthalter von Niederösterreich 82, 83, 85.
Erzbischöfe: Reihenfolge 646.
Erziehungsanstalten 472, 475.
Erzpatrioten 233, 234, 236.
Eschenbach, Sattler 265.
Esplanadestraße 341.
Ettenreich, Bürger 580.
Eugen v. Savoyen, Prinz 163, 164, 174, 177, 178, 184, 471.
Eynatten, Proceß 586.

Faber, Johann, Bischof 62.
Fabrikswesen, dessen Anfänge 451; dessen Aufschwung 452—453.
Favorita (alte), in der Leopoldstadt 350.
Favorita (Wieden), Feste 170, 171, 353, 488, 520.
Februarverfassung 589, 590, 593, 594.
Fehrenberg, Regiment 126.
Feiertage, deren Beschränkung 198, 201.
Felder, Dr. 602, 605, 612.
Fels, Leonhard v. 60.
Fenner v. Fenneberg, Dr. 559, 562, 565.
Ferdinand I., K., Antritt der österr. Erblande 25, 26. Vermählung mit Anna von Ungarn 26. Charakteristik 26. Verhandlungen mit den niederösterreichischen Ständen in Linz 26. Hochverrathsproceß 27, 28. Stellung zur kirchlichen Reformation 31, 34, 63—66, 72. Besitzergreifung von Ungarn, Böhmen, Mähren und Schlesien 39. Kriege mit Ungarn 40, 60, 61. Türkenkriege 43, 54, 55, 61. Beziehungen zu den Bürgern 64. Witz- und Spottlieder 70. Verhältnis zu Karl V. 71. Römisch-deutscher König 56, Kaiser 72. Tod 72. Stadtrechte 367, 437, 448. Musik 498.
Ferdinand II., K. 98, dessen Charakter 104, 105. Thronfolge in Böhmen und Un-

garn 100, 101. Huldigung der niederösterreichischen Stände 105. Auftreten gegen die böhmischen und niederösterreichischen Protestanten 106, 107, 108. Audienz der letzteren 108. Krönung in Frankfurt a. M. 109. Dessen Absetzung in Böhmen 109. Ereignisse in Ungarn 111. Verhandlungen mit den niederösterreichischen Ständen 112, 113, 114, 115. Aburtheilung der protestantischen Stände 116. Procession (1620) 117. Majestätsbrief 117. Geschenke der Stadt 117. Vermählung mit Prinzessin Eleonora 118. Gegenreformation 120, 122, 123. Juden 121. Tod. 123. Stadtrecht 371.

Ferdinand III., K., Charakter 123. Krönung in Böhmen 122. Übernahme des Commando's 123. Krönung in Frankfurt a. M. 123. Einstandsprivilegium für Wien 124. Bürgereid 124. Aufschwung der Klöster 124. Juden 125. Krieg mit den Schweden 125, 126, 127. Westphälischer Friede 128. Bündnis mit Polen 129. Tod 129.

Ferdinand IV., K. 129. Huldigung der niederösterreichischen Stände 129. Krönung in Ungarn und Böhmen 129. Tod 129.

Ferdinand I, K. von Österreich 233. Charakter und Erziehung 295. Attentat 296. Staatsconferenz 297. Misbehagen über das Regierungssystem in Wien 296, 298, 310. Denkschrift der Stände 299. Reformversuche 300. Juridisch-politischer Leseverein 301. Gewerbeverein 301. Zoll- und Handelspolitik 301. Unruhen in Italien 310. Staatsreformen 531. Märztage 535—542. Reise nach Innsbruck 547. Einzug 551. Reise nach Olmütz 557. Thronentsagung 570, 571.

Ferdinand, König von Arragonien, dessen Tod 13.

Ferdinand Max, Erzherzog 580.

Ferdinand, Herzog von Württemberg 240, 241, 252.

Festungsrayon 311, 341.

Festungswerke, vergl. Befestigungen.

Feuerpolizei 389, 616.

Fischamend 107.

Fischhof, Dr. A. 536, 549.

Finanzen der Stadt 201, 378, 379, 380.

Findelhaus 361, 402.

Flacianer in Wien 84.

Florian, St., Pfarre 354, 432.

Flugschriften: auf die zweite Türkenbelagerung 161; auf Preußen 199, 204—205.

Folter, deren Aufhebung 210.

Fortificatorischer Rayon 311, 341.

Franciscanerkirche und Kloster 427. Spanische Procession 68.

Frangipani, Markgraf 140, 141.

Frankfurt, Nationalversammlung 546, 551, 554, 559. Fürstentag 591.

Frankreich 139, 143, 173, 189, 194, 199, 201, 206, 212, 225, 231, 232, 233, 238, 241, 243, 279, 281, 284.

Franz I., K. v. Österreich, Charakter und Erziehung 231. Vermählungen 228. Huldigung 232. Krönung in Frankfurt und Prag 232. Baseler Friede 233. Patriotismus der Wiener 233. Jakobiner 334. Process gegen die Jakobiner 234. Verschwörung in Ungarn 235. Bekämpfung der französischen Revolution 236. Innere Politik 237. Kriege mit Frankreich (1792) 235, (1797) 238, (1800) 243, (1805) 248, (1809) 255. Friede von Campo Formio 241. Coalitionen mit Russland und England 243, 248. Innere Reformen 245—246, 253. Niederlegung der römisch-deutschen Kaiserwürde 247. Erbkaiser von Österreich 247. Rheinbund 252. Einzüge 251, 271, 281. Innere Reformen 272. Maria Louise 273, 275. Finanzlage 276, 277, 278. Beitritt zum russisch-preußischen Bündnisse 279. Patriotische Bewegung 279, 280. Friede 279, 281. Congress 282, 283. Napoleon's Flucht von Elba 284. Schlacht bei Waterloo 284. Deutscher Bund 284. Heilige Allianz 284. Innere Zustände bis zu seinem Tod 285 — 294. Unzufriedenheit des Volkes 286. Zustände in Wien 286—289. Auswärtige Verhältnisse 284—289. Fürstenbesuche 290. Erkrankung des Kaisers 290. Überschwemmung und Cholera 291. Beginn der freiheitlichen Bewegung in Wien 293. Dessen Tod 294. Testament 295, 296.

Franz (von Lothringen), römisch-deutscher Kaiser 179, 184, 194. Tod 207.

Franz Josef I., K. 540. Regierungsantritt 570. Märzverfassung 572. Rückkehr nach Wien 574. Reaction 576. Staatsstreich 577. Attentat 579. Vermählung 580. Türkisch-russischer Krieg 581. Concordat 582. Folgen des absolutistischen Systems 582. Französisch-italienischer Krieg 583. Friede von Villafranca 584. Staatsreformen 584—586. Octoberverfassung 587. Reise nach Warschau 588. Februarverfassung 598, 590, 592. Frankfurter Fürstentag 591. Schleswig-Holstein 592.

Sistirung der Verfassung 594. Preußisch-italienischer Krieg 594—598. Adressen des Gemeinderathes 597. Friedensschlüsse 598. Dualismus 598—600. Ausgleich mit Ungarn 599—600. Reise nach Paris 602. Decemberverfassung 603. Zusammenkunft mit Napoleon III. 604. Confessionelle Gesetze 604.
Franz Karl, Erzherzog 533, 540, 543, 570.
Französische Emissäre 184, 234, 239.
Französische Invasionen (1805) 249—251. Haltung der Wiener 250—251, (1809) 255—269. Bombardement 260. Einmarsch der Franzosen 261.
Freigründe, deren Ankauf 344.
Freihaus 353.
Freimaurer 217, 229, 236.
Freischießen 407.
Freisingerhof 332.
Freitag, E., Buchhändler 83.
Freiung 338.
Freiwilligencorps (1797) 241, (1800) 243, (1809) 257, (1859) 583, (1866) 583.
Freyunger, Balthasar, Pfarrer 79.
Friedhöfe 217, 332—333, 343, 361, 415, 625. Centralfriedhof 617.
Friedrich II., K. von Preußen: Kriege mit Österreich 189, 191, 193, 194, 203—206. Fürstenbund 225.
Friedrich, Erzherzog 298.
Friedrich von der Pfalz, K. 109, 115, 116.
Frohnleichnamsfest 84, 307, 409, 449.
Fuchs Triangel, Niederläger 439.

Gablenz, Freiherr v. 592.
Galizien, dessen Erwerbung 212.
Gampus, Dr., Stadtschreiber 24, 29.
Gasbeleuchtung 391, 616.
Gasteiger, H., Ingenieur 322.
Gatterburg (Schönbrunn) 114.
Gattinara, Großkanzler 21.
Gebet, vierzigstündiges 96.
Geißlerfahrten 120.
Gelehrte (Wiener) 462—478, 621.
Gelehrten-Drama 479.
Gemeindeausschuss 543, 549.
Gemeindegebiet, dessen Erweiterung 341, 343, 614.
Gemeinderath 558, 560, 561, 567, 571, 572, 574, 576, 579, 583, 589, 591, 592, 597, 600, 601, 604, 609; vergl. auch Bürgerausschuss.
Gemeindeumlagen 379.
Gemeindeverfassung 575, 604, 614.
Gemeindeverwaltung 614, 615.
Genannte 30, 366.
Generalseminarium, dessen Gründung 217, 414.
Gentz, Fr., 246, 247, 252.
Gesellschaft der Musikfreunde 527, 635.
Gesellschaft für vervielfältigende Kunst 631.
Gesundheitsverhältnisse 393.
Getreidemarktkaserne 403.
Gewerbeverein, niederösterreichischer 301, 302, 451, 533.
Gewerbliche Fachschulen 458, 621.
Gewerbsverhältnisse 200, 211, 222, 379, 448—458, 578, 585, 620.
Gilofski, Hinrichtung 235.
Giskra, Dr. 547, 604, 606, 607.
Glacis, dessen Bepflanzung 330.
Goluchowsky, Graf 587, 588.
Gonzaga, Fürst 135.
Gotteslästerungen 167, 180.
Gotthardy, F. 230, 235.
Gottsched 489.
Grabdenkmale 511.
Graben, Denksäule 146, 332.
Graphische Künste 631.
Graveurkunst 514, 630.
Griechische Gemeinde 336, 417.
Großarmenhaus 399.
Großenzersdorf 107.
Großhändler 441.
Grün Anastasius 294.
Grundspitäler 401.
Guldenmundt, Hans 53.
Gumpendorf 358; Kirche 433.
Güns, H. Jurischitz 58.
Gürtelstraße 612.
Gustav Adolf, K. 122, 125.
Gymnasien 211, 221, 472, 475, 476, 620, 621, 626.

Habsburgische Hausverträge 25, 72, 91, 92, 98, 178.
Hackel, Josef, Hinrichtung 235, 236.
Häfner: Constitution 545.
Halbthurn 185.
Halleweil, Graf Ferdinand 169.
Hambacher Fest 232.
Handelsakademie 620.
Handelscollegium unter Leopold I. 438.
Handelsgesellschaften 137, 179, 438, 439, 440.
Handelskrise 619.
Handels- und Gewerbekammer 618.
Handelsverhältnisse Wiens 211, 301, 436—442, 452, 618.
Handwerksordnungen 222, 448—450.
Hannoveranische Flüchtlinge 604.
Hanswurstkomödien 487, 490.

Hartig, Graf 298.
Haupt- und Staatsactionen 487.
Häusernumerierungen 388, 610.
Häuserzahl 329, 363, 609.
Hausgenossen 30, 366.
Haynau, Freiherr v. 578.
Hebenstreit v. Streitenfeld, Hinrichtung 235.
Heider, Dr. G. 624.
Heinrich v. Anjou, Festlichkeiten 81.
Hengstberger, M., Fabrikant 451.
Herberstein, Sigismund, dessen Tagebuch 20.
Herbst, Dr. Ed. 603.
Herrnals: protestantische Prediger 65, 85, 95, 119, 120; Schloss und Pfarre 99, 120.
Heyner, W., Bürger 321.
Himmelpforte 95. Kloster 426.
Himmelpfortgrund 362.
Hieronymitaner 422.
Hirschvogel, Aug.: Plan 312.
Hofbibliothek 463.
Hofmusikkapelle 497.
Hofmann, L. A. 229.
Hofquartiere 386.
Hofstallgebäude 358.
Hofspital 399.
Hohenwart, Graf, Erzbischof 274.
Hohenwart, Graf, Aburtheilung 236.
Hohenwart, Graf 609.
Hoher Markt 337. Denksäule 173, 174.
Hörl, J. 216, 233.
Hormayr, J. Freiherr v. 271.
Horn: Stände, protestantische 88, 93, 112.
Hoyos, E. Graf 539, 544, 545.
Hoyos, Graf Ernst 616.
Huber, Josef: Plan 330, 489.
Hubertsburg, Friede 206.
Hubmayr, Balthasar, Wiedertäufer 36.
Hundsthurm 354.
Hungerbrunn 353.
Hutter, Eduard 567.

Jägerzeile 351.
Jahrmärkte 443.
Jakob, St., Kloster 80, 335, 425.
Jakobiner in Wien 234. Process 234, 236.
Jellacic, Ban 554, 559, 568.
Jesuiten 67, 78, 84, 86, 87, 99, 118, 166, 180, 211, 298, 235, 411, 412, 427, 465—467, 470, 581.
Industrieverhältnisse 200, 211, 222, 379, 448—458, 578, 585, 620.
Ingenieur-Akademie in Mariahilf 200.
Innsbrucker Landtag (1518) 5.
Invalidenhaus 352, 400.
Inzersdorf 85, 95, 120.
Johann Erzherzog 244, 246, 297, 550.
Johann, St., Kirche (Landstraße) 431.
Johann, St., Pfarrkirche (Leopoldstadt) 350, 430.
Johann, St., in der Siechenals 361, 434.
Johannesspital 352.
Johanniterkirche 426.
Jordanhaus 78.
Jörger, Familie 85, 95, 99, 119.
Josef I., K. Charakter 174. Krönung 168. Vermählung 171. Krieg mit Frankreich 173. Denksäule 173, 174. Tod 177. Handwerksordnung 450.
Josef II., Geburt 190. Vermählungen 206. Krönung 207. Verhältnis zu Maria Theresia 208. Charakter und Bildungsgang 214. Innere Politik 215. Sorgfalt für Wien 215. Reformen 216—222. Papst Pius VI. 218, 219. Förderung deutscher Sprache 224. Ungarn und Siebenbürgen 224, 225. Aufstand in den Niederlanden 224. Baiern 224. Fürstenbund 224. Französische Revolution 225. Bündnis mit Russland 225. Türkei 225. Dessen Tod 225. Bild im Tiefen Graben 226. Einsetzung des Magistrats 371. Humanitätsanstalten 401. Censur 474. Unterricht und Wissenschaften 475. Literatur 492. Standbild 539.
Josefsplatz 332.
Josef, St., Pfarre in Margareten 354.
Josefstadt 360.
Ips, Armenhaus 402.
Italien, Kriege 178, 179, 293, 310, 574, 583, 594—598.
Juden 121, 125, 142, 171, 176, 198, 216, 383, 402. Friedhof 363, 418. Spital 363, 418. Synagoge 363, 418.
Judenplatz 337.
Judenstadt 121, 349, 385.
Juridisch-politischer Leseverein 301, 533, 545.
Juristenschule 470.
Juristentag, deutscher 591.
Justizreformen 197, 210, 229, 615.

Kaffee-Einfuhrverbot 276.
Kaiser-Ebersdorf 103.
Kahlenberg 156.
Kaltenmarkter, Dr. Joh. 9.
Kapellen: in der Stadt 424; in den Vorstädten 430, 431, 432, 433, 434, 435.
Kapolna, Schlacht 572.
Kapuzinerklöster 117, 121, 129, 359, 428.
Kara Mustapha, Feldherr 149, 153, 155, 157—159.

Karl V., K., Vermählung 12. Regierungsantritt 13. Alte Regenten 18. Gesandte der Erblande 20, 22. Kaiserwahl 23. Zug gegen die Türken 56, 58. Einzug in Wien 59. Rücktritt von der Kaiserwürde 71.
Karl VI., K. 145, 172. Krönung in Frankfurt 177. Pragmatische Sanction 178. Kriege 178, 179, 185. Vermählung 180. Vorliebe für Spanier 180. Maria Pignatelli 180. Aufschwung Wiens 181. Kirche St. Karl 181. Geburt des Prinzen Leopold 182. Schiffswerfte 182. Erzbisthum 183. Dessen Tod 185. Handelsverhältnisse 439. Handwerksordnung 450. Unterricht 470.
Karl v. Lothringen, Herzog 149, 150, 153 bis 159, 163, 198.
Karl, Erzherzog von Steiermark, dessen Vermählung mit Maria von Baiern 81.
Karl, Erzherzog 238, 239, 241, 244—248, 252, 255, 263, 264, 267, 280, 283.
Karl, K. von Baiern: Krieg 186, 191—194.
Karlowitzer Friede 163, 170.
Karlskirche 181, 394, 432.
Karmeliter, Stadt 67, 330, 338, 427; Leopoldstadt 350, 429; Laimgrube 356, 433.
Karmeliterinnen 428.
Kasernen 324, 403, 618.
Katzenmusiken 545.
Katzianer, H. 58.
Kaunitz, Wenzel Fürst 201, 240.
Khevenhüller, Graf 138, 191.
Kienmayer, Michael 470.
Kirchen (in der Stadt) 418, (in den Vorstädten) 429. Denkmale 502, 510, 515, 625.
Kirchenagende, protestantische 78.
Kirchhofer, W. 14, 17.
Klagbaumspital 353, 399, 401, 432.
Kleinschnitz, Venedict 78.
Klesel, Melchior 87, 95, 97, 99, 102, 120.
Klöster 54; Verfall 80; Visitationen 86; neue 120, 124, 412; Aufhebung 217, (in der Stadt) 418, (in den Vorstädten) 429.
Klosterneuburg, Landtag 23, 24.
Klosterrath 86.
Kobenzl, Graf 244.
Kolin, Schlacht 204.
Kollonitsch, Bischof 142, 161, 183.
Kolowrat, Graf Leopold 245, 297.
Koltschützky, Franz 154, 162, 163.
Königgrätz, Schlacht 596.
Königinkloster 332, 428.
Konradswerd 353, 354.
Kornenburg 126, 127.
Kosaken in Wien 112.
Kossuth, L. 541, 574.
Krankenhäuser 360, 361, 402, 617.
Kraus, J. Freiherr v. 557.
Kremsier, Reichstag 569, 570, 571.
Kreuzenstein 126.
Kreuzerverein 310.
Kreuz, heil., Kirche (Renuweg) 352, (Mariahilf) 433, (Alservorstadt) 435.
Kübeck, Freiherr v. 309, 577.
Kudlich, H. 551.
Kufstein, Ludwig v. 112, 113, 114, 115.
Künstlergenossenschaft 631.
Künstlerhaus 627, 631.
Kunstvereine 518, 631.
Kupferstecherkunst 518, 631.
Kuranda, J. 294, 299.
Kuruzzen 144, 174.
Kurz, Josef 488, 490.

Labbe, Jesuit 120.
Laimgrube, 356; Kirche und Kloster 433.
Landhaus, Märztage 536.
Landschaftsschule, adelige 75, 78, 336, 465, 469.
Landstände, niederösterr. 14, 15, 17, 18, 22, 26, 27, 55, 65, 69, 72, 75, 76, 83, 92—95, 97, 99, 103, 104—116, 129, 130, 188, 299, 532—535.
Landstraße 351; Kirchen und Klöster 432.
Landtag (General-) der Erblande 18, 69; vergl. Landstände, niederösterr.
Landwehr 254, 255, 256.
Lannes, Marschall 259, 260, 264.
Lastenstraße 612.
Latour, Graf 553, 555, 556.
Laudon, Freiherr v. 205, 225.
Lauferrennen 528.
Laurenzergrund 354.
Laurenzkloster 336, 359, 427.
Lautensack, H. 71, 341.
Lazareth 343, 398.
Lebensmittel-Theuerung 580.
Lehrerbildungsanstalt 601, 621.
Leibnitz, G. 471
Leipzig, Völkerschlacht 278, 279, 283.
Leopold I., K., Charakter 33. Dessen Staatsmänner 133. Krönung in Frankfurt 133. Kriege: mit Schweden und Türken 134, 135, 136, 147, 148. Friede von Vasvar 136. Vermählungen 137, 143, 145. Spanischer Einfluss 138. Theilungsvertrag mit Frankreich 139. Losreißungsversuch Ungarns 139, 173. Vorri 140.

Krieg mit Frankreich 143, 146. Änderung der Politik gegen Ungarn 144. Denksäule auf dem Graben 146. Belagerung Wiens 150. Dessen Einzug 160. Begegnung mit K. Sobiesky 160. Burgfriedens-Privilegium 165, 170. Jesuiten 166. Die Protestanten 167. Peter der Große 170. Karlowitzer Friede 169. Spanischer Erbfolgekrieg 172. Tod 174. Stadtrechte 371, 437. Handwerksordnung 449. Akademie der Wissenschaften: Musik 498.
Leopold II., K., Charakter und Erziehung 227. Huldigungsfeier 227. Einberufung der ungarischen Stände 228. Vermählungsfeierlichkeiten 228. Krönung in Frankfurt 228, in Ungarn 228. Einzug 228. Innere Reformen 229. Geheime Polizei 229. Äußere Politik 230. Convention mit Preußen 230. Friede mit der Türkei 230. Bündnis mit Preußen gegen Frankreich 231. Tod 231. Unterrichtsreformen 476.
Leopold Wilhelm, Erzherzog 110, 123, 124, 127.
Leopold Johann, Erzherzog 182.
Leopoldstadt 121, 342, 346; Pfarre 350, 429.
Leopoldstadt, vergl. Werd, oberer.
Lerchenfeld 360; Pfarre 433.
Liebenberg, Andr. v. 150, 155.
Liechtenthal 353, 435.
Ligurianer 416, 423, 544.
Linienwälle 174, 341, 343.
Linz, Tuchfabrik 440.
Lissa, Seeschlacht 596, 598.
List, Nationalökonom 302.
Lithographie 518.
Literarisches Leben 223, 280, 462, 478, 482—497, 520, 623.
Lobkowitz, Fürst 139, 144, 334.
Lothringen, Vereinigung mit Frankreich 179.
Löwenburg'sches Convict 475.
Ludwig, Erzherzog 297, 532, 537, 543.
Ludwig v. Ungarn, K., Regierungsantritt 13, 39.
Ludwig XIV., K. 147, 168.
Lumpert, J. 289.
Luneville, Friede 244.
Luther, Martin 21, 22.
Lybenyi, Joh., Schneider 579.

Magdalenagrund 356.
Magdalenenkirche (auf dem Stephansfriedhof) 334, 427.
Magistrat 221, 288, 303, 371, 534.
Magistratsdirector 645.
Maitage 547.
Malerei und Maler 514—518, 630.
Maler- und Bildhauerakademie 516.
Männergesangsvereine 634.
Margareta-Pfarre (Weißgärber) 351.
Margareten 85, 354; Kirche 431.
Maria am Gestade, Kirche 422.
Mariabrunn, Wallfahrt 121, 220.
Maria Geburt, Pfarre (Rennweg) 431.
Maria Heimsuchung, Pfarre (Rennweg) 352, 431.
Mariahilf 358; Kirche 433.
Maria Louise, Erzherzogin 273—275, 279.
Marianische Congregationen 411.
Maria Theresia, Kaiserin, Geburt 182. Vermählung 184. Stimmung bei ihrem Regierungsantritt 186, 188. Charakter 187, 210. Kriege mit Baiern 188—193, mit Preußen 189—194, 203—205, mit Frankreich 189, 191. Begeisterung der Ungern 191. Carousseł 193. Krönung in Prag 194. Krönung des Franz von Lothringen zum römisch-deutschen Kaiser 195. Innere Reformen 196—198, 210 bis 211. Deren Minister 197. Kräftigung des Volksgeistes 199. Umschwung in der äußeren Politik durch Kaunitz 201. Maria Theresien-Orden 204. Deren Kinder 206. Allianz mit Frankreich und Spanien 206. Erkrankungen an den Blattern 207. Verhältnis zu Josef II. 208. Finanzlage 209, 210. Aufhebung des Jesuitenordens 211. Beschränkung der Bruderschaften 211. Hebung Wiens 212. Theilung Polens 212. Erwerbung Galiziens, der Bukowina und des Innviertels 212. Baierischer Erbfolgekrieg 212. Maria Antoinette 213; ihr Tod 213. Handwerksordnung 451. Unterricht 471.
Maria Theresien-Orden 204.
Maria Trost, Pfarre 433.
Marie Antoinette, Vermählung 212, 230, 232.
Marie Christine, Erzherzogin 213.
Marienfeste 121, 123, 581.
Märkte (Jahr- und Wochen-) 444.
Markthallen 617.
Martinolli, M., Rath 229, 234.
Mathias II., K., Zerwürfnisse mit Rudolf II. 90, 91. Regent der deutsch-erbländischen Lande und Gubernator von Ungarn 92. Einzug in Wien 92. Niederösterreichische Stände 94, 96. Krönung in Ungarn 94. Einrücken in Böhmen 97. Verehelichung mit Erzherzogin Anna 97. Krönung in

Frankfurt a. M. 97. Thronfolge 98. Dessen Auftreten gegen die Protestanten 99, 100. Böhmische Stände 100, 101, 102, 103. Tod 104. Niederlagsordnung 437.
Mauerbach: Armenhaus 402.
Mauthen 379.
Maxen, Sieg. 205.
Maximilian I., K., Bitten der Wiener bei seinem Regierungsantritt 6. Schutz des Niederlagsrechtes 7, 8. Stadtrechte 8, 364, 365, 436. Verhältnis zu Wien 10. Erbeinigung und Doppelvermählung (1515) 11. Dessen Tod 13. Opposition des Landtages 14, 15, 22. Gelehrsamkeit 462, 463.
Maximilian II., K., dessen Charakteristik 69, 70, 73. Vermählung mit Erzherzogin Maria 73. Beziehungen zu K. Karl V. 73; zu seinem Vater 73; zur protestantischen Lehre 73, 75, 76. Wahlen zum böhmischen, römisch-deutschen und ungarischen König 74. Türkenkriege 74. Haltung gegenüber den Jesuiten 77. Ansprüche auf Polen 81. Dessen Tod 81.
Maximilian, Erzherzog (1809) 257, 258.
Marx, St., Kirche und Spital 352, 398, 401, 430.
Marxer Bischof 470.
Mechitaristen 416.
Medaillenkunst 631.
Meldemann, N.: Rundansicht 53.
Messenhauser, W. 559, 560, 564, 565, 568.
Metternich, Clemens Fürst 273, 279, 285, 292, 293, 302, 532, 538.
Michaelerplatz 332.
Michaelowitz, Georg 154.
Michaelskirche und Kloster 423.
Michelbeuern 362.
Migazzi, Erzbischof 217, 218.
Militär-Einquartierung 327.
Militärspital 402.
Mineraliencabinet 473.
Ministerien 245, (1848) 543, 550, 569, (1849) 575, (1851) 576, (1859) 584, (1860) 588, (1865) 593, (1867) 602, (1870) 607, (1871) 609.
Minoritenkloster und Kirche (Stadt) 80, 339, 340, 426, (Alservorstadt) 361.
Mobilgarde 559.
Mohacs, Schlacht 38.
Montecuculi, General 135, 136.
Monte Serrato, Kloster 361, 434.
Moser, Daniel, Bürgermeister 106.
Mühlen an der Wien 355.
Münchengrätz, Congress 293.
Municipalgarde 553.
Münzgraben 317.
Münzscheine 576.
Münz- und Antikencabinet 473.
Münzwardeinhaus 400.
Münzwesen 459.
Murat, Prinz 249.
Museum, österr., für Kunst und Industrie 621, 631.
Musik 497, 498, 499, 500, 501, 522, 632.
Muzzarelli, Ballettmeister 236.

Nadasdy, Graf, dessen Hinrichtung 141.
Nagel, Josef: Plan 330.
Napoleon I., K. 238, 242, 243, 249, 250, 251, 260, 268, 269, 271—274, 278, 279, 284.
Napoleon III., K. 584, 596.
Nationalanleihe 581, 585.
Nationalbank 442.
Nationalgarde 539, 541, 555, 559, 564, 577, 618.
Naturaliencabinet 473.
Naturforscher-Versammlung 293.
Nausea, Bischof 68.
Neideck, G. v. 5.
Neubau 358.
Neubauten 625.
Neubeck, Caspar, Bischof 85.
Neuer Markt, Rennen und Stechen 13, 334.
Neufchatel, Fürst v. 275.
Neuhäusel 135.
Neustift 358.
Niederläger 64, 128, 145, 437, 441.
Niederlagsrecht 7, 365, 436, 437.
Niederlande, Aufstand 224, 230.
Niederländische Schauspieler 486.
Niklas, St., Kloster (Landstraße), dessen Besitzungen 343; Kirche 352, 431, (Stadt) 426.
Nikolsburg, Friedenspräliminarien 598.
Nikolsdorf 354.
Normal-Hauptschule 473.
Nymphenburg, Vertrag 190.
Nymwegen, Friede 144.

Oberösterreich, Innviertel 212.
Octoberrevolution 555. Verfassung 587.
Odeon, Volksversammlung 548.
O'Donnel, Graf 579, 580.
Ofen 60, 62.
Officierstöchter-Institut 475.
Olmütz, K. Ferdinand 557, 560.
Opern 499, 500. Opernhaus 498.
Opitz, Josua 84.
Oppenheimer, Sam. 171, 176.
Oratorien 526.
Ostindische Handelsgesellschaften 179.

Orientat. Handelscompagnie 43

Österreich, Proclamierung des Kaiserthums in Wien 247.
Ottakringbach 317, 359.
Otto-Heimo'sches Benefizium 423.

Pacheleb, Joh. 99.
Pädagogium, vergl. Lehrerbildungsanstalt.
Paläste 332—339, 352—363, 506—510, 627, 630.
Pannasch, A. 546.
Paradeiser, G., Oberst 90.
Paradeplatz, Josefstädter 612.
Parhammer, Ign. 399, 470.
Paris: Friedensschlüsse 281, 284; Revolution 291.
Pasquille, protestantische 71.
Passarowitz, Friede 178.
Passauer Diöcese 217.
Passauerhof 336.
Passauer'sches Kriegsvolk 97.
Paul V., Papst 72.
Paulanerkirche und Kloster 353, 431.
Paulusgrund 351; Kirche 430.
Pazmann'sches Collegium 468.
Peregrin, Pfarrer im Bürgerspital 35.
Pernfueß, Stadtrichter 44.
Pest 145, 168, 181, 393.
Pest, Stadt, Revolution 554.
Peter d. Gr., Czar, in Wien 170.
Peterskirche 422.
Petersplatz, Auflauf 171, 332.
Peterwardein, Friede 178.
Pfarreintheilungen 217, 414, 415.
Pfauser, Sebast., Prediger 69, 70, 73.
Pferdebahnen 620.
Pferderennen, Aufhebung 443.
Pflasterung der Straßen 389.
Philipp, K. v. Spanien 80.
Philippi Neri-Congregation 429.
Physikalisches Cabinet 470, 477.
Piaristenkirche und Kloster (Wieden) 353, 432, (Josefstadt) 434, 469, (Rennweg) 352.
Pillersdorf, Freih. v. 545, 546, 548, 550.
Pius VI., Papst in Wien 218.
Plainacher, Elisabeth 86.
Plätze, neue, in der Stadt 613.
Plechinger, Dr. 8.
Polen, Ansprüche K. Max' II. 81, 129, 142, 148, 179, 212, 238.
Polizei 229, 286, 543, 615. Bezirke 229, Gewerbe 450. Wache 403.
Polytechnisches Institut 459, 477, 620.
Pötsch, Marienbild 169.
Prädicanten, vergl. Protestanten und Reformation, kirchliche.
Prag 82, 102, 116, 194, 550, 598.
Prandstätter, Martin 235, 236.
Prandstetter, B. 465.
Prater 216, 350, 590.
Prehauser, G. 488.
Preßburg, Friede 251.
Preßfreiheit 223, 538, 541, 544, 578, 585.
Preußen 195, 199, 204, 230, 231, 238, 248, 594, 596, 598.
Priester-Bildungsinstitute 414, 417.
Processionen 68, 121, 167, 192.
Protestanten 145, 180, 183, 198, 417. Schulen 465. Gemeinde 216; vergl. auch Reformation, kirchliche.
Puchheim, Joh. v. 29.
Pudmannsdorfer, L. 8.
Pulverthürme 336.

Quellen und Belege 647.

Raab, Festung, Denksäulen 89.
Radetzky, Graf, Sieger in Italien 549, 551, 574.
Rainer, Erzherzog 256.
Rakoczy, Fürsten 111, 122, 124, 126, 127, 134, 135, 173.
Rasch, Schulmeister 445.
Rastatt, Friede 178. Congress 242.
Rathhaus 337. Kapelle 423. Neues Rathhaus 627.
Realakademie 441, 458.
Realschulen 459, 472.
Redemptoristen 416.
Reformation, kirchliche: Übersicht der Bewegung 410. Anfänge unter Ferdinand I. 9, 31, 80. Regensburger Religionsfriede 56. Zustand des katholischen Clerus 62. Ausbreitung der protestantischen Lehre 65, 72. Scandal eines Bäckergesellen 65. Bekämpfung der protestantischen Lehre 66, 68. Augsburger Religionsfriede 69. Witz- und Spottlieder 70. K. Maximilian II. 69, 73, 75, 76. Böhmische Brüder 70. Abendmahlstreit 72. Ausschließung des vierten Standes 76, 78. K. Rudolf II. 83, 84. Reform des kathol. Clerus 85, 86, 87. Klosterrath 86. Teufelaustreibung 86. Opposition der Stände 87, 92, 93. Capitulation in Horn 94. Wiedereröffnung der protestantischen Bethäuser bei Wien 95, 99. Haltung der Bürger 96. Kräftigung des Katholicismus 96. Ereignisse in Böhmen 99—103. Protestanten bei Mathias II. 92, 103; bei Ferdinand II. 108. Gegenreformation 117, 119, 120, 122, 123. Procession bei St. Stephan (1620) 117. Ausweisung der Prädicanten 119, 120.

Neue Klöster 124. Westphälischer Friede 128; vergl. auch Protestanten.
Regensburg, Religionsfriede 56.
Reich, Obrist 127.
Reichenbach, Convention 230.
Reichsrath, österr. 577, 586, 591—593, 598, 600, 601, 605, 606—608.
Reichsstadt, Herzog v. 291.
Reichstag, erster österr., 551, 557, 558, 561.
Reindl, Hauptmann 296.
Reinprechtsdorf 354.
Rennweg 352; Pfarre 431.
Residenzstadt Wien 132.
Retz, Stände 113, 114, 115.
Revellis, Joh. v., Bischof 34.
Revolutionen (Wiener) (1519—1520) 17, (1848) 535—568.
Rheinbund 252.
Richter, F., Proceß 586.
Riedl, Freiherr v. 235.
Ringstraße 612, 613.
Rinner, Hans 16, 24, 29.
Rochuskirche 352.
Rodaun, Prädicanten 95.
Roggendorf, Christ. v. 61.
Romane (Wiener) 492.
Romantische Schule 494.
Ronge, Deutschkatholik 551.
Roßau 363. Jüdischer Friedhof 142.
Rotherhof 360.
Rudolf II., K., Charakteristik 82. Dessen Königswahlen 81. Verlegung des Hoflagers nach Prag 82. Verhältnis zu den Protestanten 83, 84, 87, 97. Zerwürfnisse mit K. Mathias II. 90, 91, 92. Geisteszustand 91. Entsagung auf die böhmische Krone 97. Frohnleichnamsprocession 84. Tod 97.
Rumfordsuppe 309.
Rumorwache 403.
Ruprechtskirche 422.
Ruschiczka, J. 235.
Russen in Ungarn 574, 575.

Sachs, H. 480, 481.
Sachsen 148.
Saint Hilaire, Gilbert v. 108.
Salm, Niklas Graf 43, 44, 45, 53.
Salvator, St., Kapelle 79, 423.
Salvatorpfennige 377.
Salzgrieskaserne 324, 403.
Sammlungen, wissenschaftl. 473; Kunst- 635.
Sanitätsfond 401.
Sauer, L., Vicedom 7.
Sauran, Graf 234, 241.
Savoyen'sche Akademie 221.
Scalich, Hofprediger 70.
Schallauzer, Hermes, Ingenieur 314.
Scharlachrennen, Aufhebung 443.
Schaumburgergrund 353.
Scherer, Jesuit 84, 86.
Scherzer J. G., Nationalgarde-Obercommandant 558.
Schießstätten 408.
Schiffswerfte in Wien 182.
Schikaneder, J. 236.
Schillerjubiläum 585.
Schlachthäuser 308
Schleifmühle 353.
Schlesien, Abtretung an Preußen 193.
Schleswig-holsteinische Frage 591, 592.
Schlutterbauer, Anna 86.
Schmelzerfriedhof, Märzgefallene 573.
Schmelzl, Wolfgang 63, 480.
Schmerling, Freiherr v. 576, 588, 590, 192.
Schneidpöck, Dr., Kanzler 8.
Schöfstraße 351.
Schönbrunn (Gatterburg) 114, 270, 507, 575.
Schönbrunnerhaus 337.
Schotten, Kirche und Kloster 338, 425.
Schottenau 351.
Schottenfeld 359; Kirche 433.
Schriftsteller, Wiener 299, 623.
Schulen 87, 121, 461, 464, 465, 467, 470—473, 476
Schulmeister, K. 249.
Schütte, Dr. 551.
Schutzbefugnisse 451.
Schützenfeste 604, 605.
Schwarz, Hans 29.
Schwarzenberg, Adolf v. 89; Karl 283; Felix 577.
Schwarzer, E. v. 552.
Schwarzspanierkirche und Kloster 361, 434.
Schwechat 109, 151, 565.
Schweden 122, 125—127, 134.
Sedlnitzky, Graf 286, 293, 297.
Seiller, Dr. J. C. 542, 572, 579, 590.
Selb'scher Grund 356.
Selim II., Sultan 74.
Seminar, erzbischöfliches 477.
Semmering, Straße 440.
Serbien, Abtretung an die Türkei 178, 179.
Servitenkloster und Kirche 263, 434.
Severinusverein 576.
Sicherheitsausschuß 546, 548, 549, 557.
Siebenbücherkloster 336, 428.
Siebenbürgen 122.
Siebenbürger, M. (Capinius) 8, 15, 19, 20, 25, 29, 365, 366.
Sigismund, K. 11, 12.

Sigismund, Erzherzog 137.
Sinzendorf, Graf 166.
Slatkonia, Bischof 34.
Sobiesky 148, 156, 157, 159, 160.
Soldatenquartiere 387.
Solferino, Schlacht 584.
Sonnenfels, J. v. 223, 489, 490.
Sonntagsschulen 459.
Sorbait, Dr. 395.
Spanien 13, 139, 172, 178, 193, 206.
Spanisches Spital 400; Kirche 435.
Speratus, Paul 33.
Spinola, Franciscaner 166.
Spittlberg 358.
Spottgedichte 70, 204, 205.
Staatsbankerott im Jahre 1811 277.
Staatsrath 543.
Staats- und Conferenz-Ministerium 245.
Stadion, Phil. Graf 252, 253, 272, 285.
Stadtbank, Errichtung 175, 179.
Stadterweiterung 611—613.
Stadtquardia 125, 327, 387, 402.
Stadtrath 17, 23, 24, 28, 29. Erste Türkenbelagerung 44. Reformation 63. Besoldungen 377.
Stadtrechte: K. Max' I. 8, 364, 365. K. Ferdinand's I. 30, 367. Änderungen vom XVI. bis XVIII. Jahrhundert 369. K. Ferdinand's II. 118, 370. K. Leopold's I. 371. K. Josef's II. 372. Bürgerausschuss 376; vergl. auch Gemeindeverfassung.
Stadtrichter 641.
Stadtschreiber 644.
Stadtthore 317—327.
Stammersdorf 126.
Stände, niederösterr., vergl. Landstände.
Starhemberg, Graf Gundacker 176.
Starhemberg, J. v. 108.
Starhemberg, Rich. v. 93.
Starhemberg, Ernst Rüdiger Graf 149, 150, 153, 154, 158—159, 162.
Stephan, St., Kirche 12, 80, 333, 418. Bürgerschule 87, 462. Sonne und Mond 160. Gnadenbild Maria Pötsch 169. Abbruch der Häuser 232. Grundbesitz 353. Requiem für die Märzgefallenen 573.
Stephansplatz 332.
Stranitzky, Josef 487, 488.
Straßenbauten (für Handel) 441, 442.
Straßenbenennung 616.
Straßenpolizei 389, 390.
Straßenzüge (für Handel) 440.
Streffleur, V. v., Nationalgarde-Obercommandant 558, 612.
Strobach, Dr. 556.
Strozzigrund 360.
Strudel, Peter v. 175.
Strudelhof 400.
Studentencollegium 426.
Sturm, J. 486.
Sueß, Hans, Bürgermeister, dessen Absetzung 8.
Suleiman II., Sultan 38, 40, 43—52, 59.
Synagogen 121, 385, 386, 625.
Swieten, G. v. 472, 475.
Swieten, Gottfr. v. 475.
Swoboda, Aushilfsverein 553.

Taaffe, Ed., Graf 606, 607.
Tag- und Nachtwache 403.
Tanzmusik 501, 527, 635.
Taroucca, Graf 193, 197.
Taschnerhaus 337.
Tattenbach, Graf 140.
Tauber, Caspar 35.
Taz und Umgeldgefälle 379.
Tegetthoff, Freiherr v. 596.
Tell, Tischler 265.
Teplitz, Congress 293.
Tepser, J. v. 470.
Teufel, Freiherr v. 220.
Teufelaustreibung 86.
Theater 520—526.
Tiefer Graben: Bild Josef's II. 226.
Tilsiter Friede 254.
Tirol, dessen Erwerbung 137.
Tököly, Graf 144, 147, 154, 155.
Toleranzpatente 216.
Tondichter 498.
Tonkünstlersocietät 526.
Torgau, Schlacht 205.
Torrianus, Dr. Phil., Prediger 9.
Torstensohn, General 125, 126.
Toscana, Herzog v. 179.
Traun, Adam v. 112, 125.
Treu, Wolfgang 44, 52.
Triest, Freihafen 440.
Troll, H. v., Aburtheilung 235.
Tschernembl, E. 93, 95.
Tscherte, Hans, Architekt 311, 314.
Tuchlauben 337.
Tulnerfeld 59.
Türkenkriege 38, 40, 41, (1529) 43—52, 55, (1532) 56, 57, 74, 88, 134—137, (1683) 147—163, 178, 225.
Türkische Kaufleute 439.
Turniere 519.
Tyrnau, Schlacht 174.

Übermann, Hans 76, 78.
Überschwemmungen 291, 572.
Ugarte, Graf 256.

Ulrich, St., Kirche 358, 359. Protestanten 99, 145, 167.
Ulrichskirchen 110.
Universität 10, 32, 36, 63, 66, 99, 118, 211, 253, 254, 300, 462—467, 475, 476, 533, 538, 548, 620. Neubau 200. Kirche 335, 429, 470, 472.
Ungarn 38, 39, 40, 60, 109, 111, 122, 137, 139, 140, 144, 173, 224, 228, 235, 553, 554, 558, 563, 564, 570—572, 574, 575, 576, 578, 579, 585—587, 598—600.
Urban v. Gurk, Bischof 72, 79.
Ursulinerkloster 429.

Vadianus, Joachim v., ketzerische Schriften 33.
Vacsel, Joh., Achter 35.
Vasvar, Friede 136.
Vaterländische Blätter 253.
Vay, Baron 588.
Veltheim, J. 487.
Venedig 575, 598.
Venedigerau 351.
Vereine: humanitäre 307; politische 552, 558, 608.
Verfassungen, österr. (1848) 540, (1849) 572, 577, (1860) 586, 587, (1861) 589, 592, 593, 594, (1867) 600, 603.
Verfassungsfeier 573, 590.
Verkehrsverhältnisse 618.
Versailler Vertrag 202.
Verschwörung der Jakobiner: Process 234.
Vertrauensmänner 572.
Verzehrungssteuer, Einführung 291, 380, 534.
Vicebürgermeister 644.
Vicedom-Amt 5.
Vigano, Tänzer 236.
Villafranca, Friede 584.
Vilagos, Waffenstreckung der Ungern 575.
Volksfeste 528, 590.
Volksschulen 211, 221, 461, 473, 475, 476, 604, 621.
Volkszählungen 383, 388.
Vorstädte 54, 310, 311, 314, 340, 343, 344.
Vororte 613.
Votivkirche, Salmdenkmal 53, 580.

Wagram, Schlacht 266.
Waisenhäuser 352, 361, 399, 400, 402, 426, 465, 469, 617.
Wallenstein, G., Feldherr 122.
Wallfahrten 121, 167.
Wallis, Graf 277.
Wasserleitung 322, 391, 616.
Watterott, v. 230.
Weinbrenner, Niederläger 441.
Wein-Einfuhrverbot 276. Weinbau 444, 445. Weingärten 445. Weinschank 446
Weißgärber 348, 351.
Weiskern, Fr. 488.
Weißspanierkloster 361, 434.
Welden, Freiherr v. 568, 573.
Wenzelsberg'sches Haus 356.
Werd, oberer 312, 314, 316, 362.
Werd, unterer 121, 348, 349.
Wertheimer, J. 171.
Wessenberg, Freiherr v. 549
Westphälischer Friede 128.
Wieden 342, 352. Krankenhaus 402.
Wiedertäufer in Wien 36, 65
Wien, Titel als Haupt- und Residenzstadt 247, 252.
Wienfluss 317, 354, 355.
Wiener Friedensschlüsse 179, 282, 598.
Wiener-Neustadt 13, 18, 28, 58.
Wiener-Neustädter Canal 442, 443.
Wiener Stadtbank, vergl. Stadtbank.
Wiener-Währung, Bancozettel 277.
Windhag'sche Bibliothek 468.
Windischgrätz, Fürst 540, 559, 560—566.
Windmühle 343, 358.
Wissenschaften 462, 621.
Wladislaus v. Ungarn, K. 11, 12, 13.
Wöber, Freiherr v. 188.
Wochenmärkte 444.
Wohlleben, St. v. 249, 250, 252, 268, 277, 281, 288, 409.
Wohlthätigkeitsanstalten 397.
Wohnungsverhältnisse der Stadt 329, 387, 580.
Wolfsschanze 126, 127, 351, 348.
Wolmuet, B.: Plan 314.
Wolstein, Prof. 235.
Wymes, Baron, Ingenieur 150, 317.

Zablat, Treffen 109
Zahlheim, F. 222.
Zapolya, Joh., K. von Ungarn 38, 39, 41, 60.
Zapolya, K., der jüngere 60, 61, 62, 75.
Zauberkomödien 489.
Zeitschriften 492, 623.
Zelinka, Dr. A., Bürgermeister 590, 591, 597, 605, 606.
Zenta, Schlacht 163, 164.
Zeughäuser 328, 335, 537, 556, 618.
Zoll- und Handelspolitik 301, 302, 441.
Zollern, Michael v. 470.
Zoologisch-botanisches Cabinet 477.
Zriny, Graf Niklas 74.
Zriny, Graf Peter 140, 141.
Zuchthaus 400.
Zunftverhältnisse 222, 448.

Verbesserungen.

Durch die nothwendige Beschränkung auf den ursprünglich festgestellten Umfang des Werkes unterblieb nicht bloß der detaillierte Nachweis der Quellen, sondern der Verfasser war auch genöthigt in mehreren Abschnitten den Text des Werkes zu kürzen.

Durch diesen Umstand entfiel im Texte die Berufung, beziehungsweise Erläuterung der Tafeln: VII (Ein Theil der inneren Stadt im Jahre 1609), VIII (Wien von der Südseite 1678), XIII (Das Turnier auf dem Burgplatze 1560), XIV (Scene aus der Oper: „Angelica Vincitrice di Alcina").

Zu der Tafel VII habe ich nur beizufügen, dass mir die Originalplatte von Herrn Emil Hütter bereitwilligst für dieses Werk zur Benützung überlassen wurde. Die von ihm ausgeführte Radierung ist eine genaue Reproduction der Südwestseite der Stadt und Vorstädte nach der großen, sehr seltenen Vogelperspective Wiens von Houfnagel und Vischer, deren erste Ausgabe nach Karajan's Erläuterung in das Jahr 1609 fällt. Die Tafel gibt eine Übersicht der Configuration der Straßen und Plätze in ihrer Ausdehnung von dem alten Arsenal bis zum Minoritenkloster.

Tafel VIII bedarf keiner näheren Erläuterung.

Tafel XI ist eine in Farben ausgeführte Darstellung des Bürger-Officiers, der (Seite 406) im Holzschnitte mit der unrichtigen Bezeichnung „1797" anstatt „1783" abgebildet ist.

Tafel XIII gehört zu dem Werke von Johann von Francolin: „Rerum praeclare gestarum intra et extra moenia munitissimae civitatis Viennensis pedestri, et equestri praelio terra et aqua, elapso mense Junio Anno Domini 1560 elegantissimis Iconibus ad vivum illustratarum in laudem . . . . . Ferdinandi electi Rom. Imp. etc. . . ." Das auf der Tafel dargestellte Rossturnier wurde am 13. Juni 1560, keineswegs am 12. Juni 1565 abgehalten, wie von dem Verfasser (auf Grund einer Angabe von Kaltenbäck in seiner „Austria", Jahrgang 1843, Seite 170) in dem Texte Seite 520, 4. Zeile von oben, irrthümlich angegeben wurde.

Tafel XIV ist eine Beilage des Werkes: „Die über Alcina obsigende Angelica zur Besrolockung der allerglorwürdigsten und glückseligsten Geburt Leopold I. Ertzherzogen von Österreich und königlichen Printzen von Asturien auf allergnädigsten Befehl Ihrer

röm. kais. Majestät Caroli VI. auf dem großen Teich in der k. Favorita wälsch gesungener vorgestellt im Jahre 1716. Wien bei Johann van Ghelen."

Was Tafel XV und XVI betrifft, so ist der Bezug im Texte bereits auf Seite 518 bei der Erwähnung der Leistungen des Kupferstechers Chr. Brand, weil im XII. Abschnitte (Feste, Theater, Concerte und Volksbelustigungen) die von dem Verfasser beabsichtigte übersichtliche Darstellung über das Wiener Volksleben aus dem vorerwähnten Grunde unterblieb.

Seite 251, 13. Zeile von oben, ist anstatt: „12. Jänner 1805" zu lesen: „12. Jänner 1806".

Die Titelüberschrift auf Seite 569 hat richtiger zu lauten: „Kaiser Franz Josef I. (1848—1870)".

GETTY CENTER LIBRARY
3 3125 00112 2106